Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

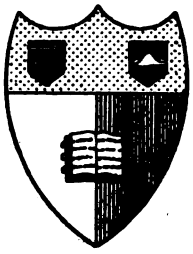
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

AP
30



Cornell University Library
Ithaca, New York

BOUGHT WITH THE INCOME OF THE

SAGE ENDOWMENT FUND

THE GIFT OF

HENRY W. SAGE

1891

Digitized by Google

The date shows when this volume was taken.

To renew this book copy the call No. and give to the librarian.

HOME USE RULES

All Books subject to recall

All borrowers must register in the library to borrow books for home use.

All books must be returned at end of college year for inspection and repairs.

Limited books must be returned within the four week limit and not renewed.

Students must return all books before leaving town. Officers should arrange for the return of books wanted during their absence from town.

Volumes of periodicals and of pamphlets are held in the library as much as possible. For special purposes they are given out for a limited time.

Borrowers should not use their library privileges for the benefit of other persons.

Books of special value and gift books, when the giver wishes it, are not allowed to circulate.

Readers are asked to report all cases of books marked or mutilated.

Do not deface books by marks and writing.

CORNELL UNIVERSITY LIBRARY

3 1924 087 701 391

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatsschrift

Herausgegeben von .....

Richard Fleischer

Vierundvierzigster Jahrgang. Dritter Band
Juli bis September 1919

Stuttgart und Leipzig 1919 Deutsche Verlags-Anstalt

CORNELL UNIVERSITY LIBRARY
Digitized by Google

A491125

Digitized by Google

Inhalt

des

Dritten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLIV

(Juli bis September 1919)

Seite

Dr. **Fritz Vollmer**, Geheimer Regierungsrat: Weltörtliche Lage und Weltgeltung 1

Dr. **Georg Baron Mautenffel**: Bismarck und die Revolution 13

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. IV. V. 19. 127

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. **Wilhelm Schüßler** 32. 138. 227

Dr. rer. pol. **Imre Fejér**, Frankfurt a. M.: Der Bolschewismus im Agrar-Ungarn 55

Professor Richard Eickhoff: Erinnerungen an Friedrich Althoff ... 63

Dr. **Max v. Szczepanski**, Oberstleutnant a. D.: Theoretisches und Historisches zur politischen Tätigkeit des Feldherrn 71. 157

Erich Petzet: Ungedruckte Briefe von Gottfried Keller an Christian Schad und Ignaz Hub. Zum 100. Geburtstag des Dichters (19. Juli 1919) 82

C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen 97. 201

Dr. **J. Lulvès**, Archivrat (Berlin): Papst Benedikt XV. und der Völkerbund 102

Ernst Reinhardt, Oberst: Von den Soldatenräten. Persönliche Erinnerungen 108

Dr. **Ernst Traumann** (Heidelberg): Erlebnis und Dichtung in Goethes „West-östlichem Divan". Eine Jahrhundertbetrachtung .. 167. 274

Dr. **Arnold Sachse**, Geh. Regierungs- und Schulrat in Hildesheim: Die Trennung von Kirche und Staat 175

Dr. **Breger**, Geh. Regierungsrat (Berlin): Der Seuchenschutz des Reichs während des Krieges 183

Karl Elster: Die deutsche Währung der Zukunft 189

Digitized by Google

Seite

B. Nannyn (Baden-Baden): Angedenken an das Gute hält uns immer frisch bei Muthe 212
Eleonore v. Bojanowski: Alt- und Neu-Weimar 217
Professor Dr. jur. Friedrich Giese (Frankfurt a. M.): Die Wandlungen im Staatscharakter der deutschen Länder 251
Professor Dr. Konrad Lange (Tübingen): Theater und Kino im neuen Volksstaat 264
Rudolf Schick (Berlin): Betriebsräte 283
E. K.: Die internationale Kohlennot 289

Kleine Revuen

Literarische Berichte 95. 196. 290
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 96. 199

Digitized by Google

Weltörtliche Lage und Weltgeltung

Von

Geheimem Regierungsrat Dr. Fritz Vollmer

„Land und Leute" ist uns eine geläufige Verbindung geworden, unter der wir zusammenfassen, was uns für die Kenntnis vom Wesen und der Entwicklung eines Volkes von Bedeutung erscheint. Land und Leute gehören zusammen, wenn wir recht erkennen wollen, welche Stellung ein Volk im Gesamtbilde der Menschheitsgeschichte einnimmt. Sind gewiß in erster Linie die Leute, die körperlichen und geistigen Anlagen der Rasse, die Grundbedingungen für die Weltgeltung eines Volkes, so ist doch auch die Eigenart des Landes, in dem es lebt, seine Bodengestaltung, seine Witterung, seine Bodenkräfte, von ausschlaggebender Wichtigkeit dafür, in welcher Richtung und in welchem Umfange es die ihm innewohnenden Fähigkeiten entfalten kann. Dabei ist das Land das Stetige, die Leute das Wandelbare. Jede in die Tiefe dringende Darstellung der Geschichte eines Volkes beginnt deshalb auch mit einer Betrachtung seiner Wohnsitze. In der Tat kennen wir im ganzen Bereiche der Weltgeschichte ein einziges Volk, dessen Lebensbahn sich gänzlich von einem gemeinsamen Heimatboden loslöst und infolgedessen auch von denen aller anderen Völker durchaus unterscheidet, die Juden.

Zur rechten Würdigung des Landes gehört aber nicht nur die Betrachtung seiner inneren Verhältnisse, sondern auch seiner äußeren Umgebung, seiner Stellung auf dem jeweiligen Schauplatze der Weltgeschichte, kurz, seine weltörtliche Lage. Sollte nicht sogar diese für die Beziehungen eines Volkes zu seinen Zeitgenossen, für die Ausstrahlungen seines Wirkens auf die Umwelt von ganz besonderer Bedeutung sein, so daß sie für seine Weltgeltung von größerem Einfluß sein könnte, als selbst seine Anlagen und Fähigkeiten? Nicht in dem Sinne, daß sie fehlende Eigenschaften ersetzte, wohl aber, daß deren vollgültige Entfaltung durch ihre Gunst gefördert, durch ihre Ungunst gehemmt wird? Ist das der Fall, so müßten sich wohl im Verlaufe der Geschichte gewisse gleichmäßige Grundsätze erkennen lassen, nach denen sich der Einfluß der weltörtlichen Lage auswirkt und aus denen sich ergibt, in welcher Richtung ein Volk seine Aufgabe in der Geschichte zu suchen hat, wenn es nicht in fruchtlosen Bemühungen seine Kräfte vergeuden will.

Unsere genauere Kenntnis weltgeschichtlicher Zusammenhänge beginnt im wesentlichen mit dem Hervortreten des Griechenvolkes. Was zuvor liegt, ist

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

noch zu sehr in Nebel gehüllt, um aus dem Gange der Geschehnisse allgemeine Schlüsse herauszuläutern. Nur die Bildung einer Reihe mächtiger Reiche in dem geschlossenen Landkörper von Vorder- und Südasien und Nordostafrika tritt daraus hervor. Hier sind es besonders die fruchtbaren Stromauen des Euphrats und des Tigris, des Indus und Ganges und des Nils, in denen Völker zu einer hohen Kultur emporsteigen. Welche tieferen Ursachen aber dem Wechsel ihrer Machtstellungen zugrunde liegen, läßt sich noch nicht und vielleicht niemals mit ausreichender Sicherheit erkennen. Nur für das Volk der Phönizier bietet uns die Lage seiner Wohnsitze an der Küste des Meeres eine Erklärung für seine weit ausstrahlende siedlungspolitische Betätigung bis in den fernsten Westen, die aber, von dem Entstehen des karthagischen Reiches abgesehen, ohne dauerndere Bedeutung für die Weltgeschichte bleibt. Heller und lebendiger wird das Bild erst, als sich das letzte dieser gewaltigen asiatischen Reiche, das persische, in seinem Weltherrschaftsdrange auf die Hellenen stürzt und hier einen Gegner findet, der ihm ein endgültiges Halt gebietet. Mit einem Schlage wird damit dieses Volk in das volle Licht der Weltgeschichte gerückt und zugleich in ihren Mittelpunkt gestellt, um nun durch etwa anderthalb Jahrhunderte hindurch eine unvergleichliche, dann freilich bald verblassende Stellung einzunehmen.

Ein ganz eigenartiges Gelände ist es, auf dem die griechischen Stämme nach ihren Wanderungen zur Ruhe gekommen sind. Kaum an einer anderen Stelle des Erdballs findet sich eine solche Oberflächengestaltung wieder, bei der der feste Boden durch das Meer mit zahlreichen Buchten in Halbinseln und Unterhalbinseln zerklüftet, in Inseln zerrissen, dabei im Innern noch von hohen Gebirgszügen in Teile zerlegt ist. Nur Europa im großen weist eine ähnliche Gestaltung auf wie Griechenland im kleinen. Auf diesem Gelände finden wir vom Beginne der griechischen Geschichte an die drei Stämme der Äolier, Dorier und Jonier vor, die auch aller Druck des Persertums nicht imstande ist, zu einer dauernden Einheit zusammenzuschweißen. Sie bleiben, wenn auch der eine Stamm von den beiden anderen verdunkelt wird, bis zum Untergange der hellenischen Freiheit völkisch getrennt und in oft sich untereinander befehdende Stadtstaaten zerteilt bestehen. Trotz aller Sondertümelei der Stämme aber rafft sich das griechische Volk zu gewaltigen Heldentaten gegen einen übermächtigen Feind auf, erringt eine überragende geschichtliche Bedeutung und wird vor allem der Träger einer Kulturentwicklung, die mindestens in ihren bleibenden Werten die aller seiner Zeitgenossen übertrifft, ihre Wirkungen ringsum über die ganze bekannte Welt ausstrahlt und dadurch sogar den Weg zu ihrer Bedeutung bis in die heutige Zeit findet. Spiegelt sich nun in diesem Gange der Entwicklung die Eigenart des Heimatlandes und seine weltörtliche Lage wider?

Vergleicht man die Grenzen der Stämme und Einzelstaaten mit der Gestaltung des Siedlungsgebietes, so fällt ins Auge, daß Meer und Gebirge die Stämme und Staaten in abgeschlossenen Bereichen voneinander scheiden. Es

Digitized by Google

leuchtet ein, daß diese Scheidungen, deren Bedeutung für den ständigen Nachbarkleinverkehr damals noch größer war als heute, den dauernden Bestand der völkischen Spaltung stark begünstigt hat. Aber die tausendfältige Gliederung eines Halbinsel- und Inselgewirres ist es auch, die die Entwicklung nur auf sich angewiesener Persönlichkeiten von Tatkraft und Bildungsdrang geradezu herausfordert, ganz im Gegensatz zu dem weiträumigen ungegliederten Gebilde des vorderasiatischen und nordafrikanischen Festlandes, das auf Zusammenfassung, auf herdenmäßige Gesellung hinweist. Der Blick auf die Karte lehrt aber ferner, daß Hellas im Mittelpunkte derjenigen Welt lag, die damals die Bühne der Geschichte darstellte, des östlichen Mittelmeeres. Das Wasser, das nicht das ungastliche wilde Großmeer ist, sondern ein Binnensee, über den eine gestaffelte Fahrt von Insel zu Insel möglich ist, erschwerte nicht wie weite Steppen mit sandigen Kamelpfaden, sondern erleichterte im schnellen Dreiruderer den Verkehr. Während so von den asiatischen Großmächten nur das eine Persien den Versuch machte, seinen Herrschaftsbereich über das geschlossene Festland hinaus zu erstrecken, und auch die reichen Kulturen Ägyptens, Assyriens und Indiens von der Umwelt abgeschlossen blieben und erst durch die an ihren Quellen schöpfenden Griechen besonders aus ihren wissenschaftlichen Früchten der Allgemeinheit ein Anteil vermittelt wurde, erstreckt das Griechentum seine politische Geltung rings ausstrahlend auf alle Küstenländer des östlichen Mittelmeeres, ja darüber bis an die Gestade des Schwarzen Meeres, bis nach Gallien und Spanien, und mit ihr zieht die griechische Kultur hinaus und befruchtet den ganzen weiten Bereich.

Die gewaltigste Kraftentfaltung des Griechentums, die Alexanders des Großen, nach dem Osten hin, schon am Ende der hellenischen Blütezeit gelegen und in politischer Beziehung keine rein griechische Leistung mehr, bleibt freilich ohne dauernde Wirkung. Sein Zug verlor sich in die ungeheuren und unwegsamen Steppen Asiens und Afrikas, von denen aus keine innige Fühlung mit dem Mutterlande Mazedonien mehr zu halten war, so daß das Riesenreich von dort aus, wo doch der Kulturquell floß, nicht durchdrungen werden konnte. Es besteht deshalb nur solange, als die machtvolle Persönlichkeit des Gründers selbst in ihr siegt und es durch seine Siege zusammenhält.

Einen bleibenderen Erfolg hatte die Ausbreitung der griechischen Kultur nach dem Westen. Hier erhalten sich, durch das Meer in ständiger Verbindung mit dem Mutterlande, eine große Anzahl Pflanzstätten hellenischen Geistes, freilich letzten Endes nur, um als Kulturdünger für die neuaufsteigende Weltmacht Rom zu dienen, zugleich die Stätte, von der aus später ihre Wiedergeburt für die Neuzeit erfolgen sollte.

Mit der Ausdehnung des Griechentums über das westliche Mittelmeer erfährt zugleich der Schauplatz der Geschichte eine bedeutsame Erweiterung. Nun wird an Stelle Griechenlands die italienische Halbinsel zu seinem Mittelpunkte, und mitten in ihr liegt Rom.

Digitized by Google

Rom entwickelt sich zunächst als Landmacht auf dem italienischen Festlande. Durch keine natürlichen Grenzen von seinen Nachbarn getrennt, wird das Volk der Römer zum Kampfe mit ihnen genötigt und unterwirft sich von dem Mittelpunkte der Halbinsel aus in allmählichem Vorschreiten alle umwohnenden Stämme und sodann auch die griechischen Staaten in Süditalien, bis es an den Küsten des Meeres und dem nördlichen Teile der Apenninen einen günstigen Abschluß für seinen Herrschaftsbereich findet. Während dieser Kämpfe um die Einheit Italiens bildet es seine hervorragenden soldatischen und staatsbildenden Fähigkeiten in einer Weise aus, daß es auf Jahrhunderte hinaus vorbildlich für das Heerwesen, als Schöpfer eines hochentwickelten Rechts maßgebend sogar bis in die Gegenwart hinein bleibt.

Solange das politische Wirken Roms auf das Festland Italien beschränkt bleibt, kann das meerbeherrschende Karthago neben ihm bestehen. Als es aber anhebt, über das Meer hinauszugreifen, kann sich Karthago nicht mehr ihm entgegen erhalten. Die Gründe des römischen Übergewichts liegen auch hier gewiß nicht allein in den weltörtlichen Lagen der beiden gegnerischen Staaten. Aber es ist bemerkenswert, daß Karthago, an den Südrand des Mittelmeers gedrückt, im Rücken die Wüste hat, während Rom der Mittelpunkt einer Halbinsel ist, die wie ein drohender Arm hinaus in das Meer reicht, das damals das Weltmeer war und dessen Küsten und Hinterländer in mehr oder minder weiter Ausdehnung die damals bekannte Welt darstellten. Mit dem Falle Karthagos fiel der Riegel, der sich der Entwicklung Roms zur Weltmacht vorschob, und in deren allmählichem Wachstum wurde die ganze damals bekannte Welt zum römischen Weltreich.

Rom in seiner überaus günstigen Lage behält seine Stellung als Beherrscherin der Welt viele Jahrhunderte hindurch. Sein Glanz, den es in dieser Stellung erworben hat, ist so groß, daß es auch lange, nachdem es aufgehört hat, der räumliche Mittelpunkt der Weltbühne zu sein, noch für das Gemüt der angestammte Sitz der Weltmachtstellung und zugleich das Haupt der Weltkirche bleibt. Aber es ist beachtenswert, daß bei der Teilung des römischen Reiches eine zweite Hauptstadt emporsteigt, die für die Aufgaben des von ihr aus geleiteten Reichsteiles eine ähnliche Gunst der Lage aufweist, Byzanz. Auf der Brücke zwischen den beiden Ländermassen von Südosteuropa und Vorderasien und am Kanal zwischen den beide umspülenden Meeren gewinnt Konstantinopel mehr und mehr eine weltgeschichtliche Bedeutung. Auch als Haupt der ostkatholischen Kirche tritt es mit Rom in Wettbewerb. Die Bedeutsamkeit seiner Lage wird so hoch eingeschätzt, daß es später auch den Türken ein heißerstrebtes Ziel ist und von ihnen zur Hauptstadt ihres über drei Weltteile ausgreifenden Reiches erkoren wird. Wie es sich seine vielumworbene Stellung bis heute gewahrt hat, die es als einen der Angelpunkte der Weltgeltung erscheinen läßt, lehrt die Geschichte der orientalischen Frage bis herab auf die Erfahrungen des Weltkrieges.

Digitized by Google

Indessen das Schwergewicht der Weltgeschichte verschiebt sich von Rom aus nach Norden. Ihr Hauptschauplatz wird an Stelle der Gestade des Mittelmeers mehr und mehr die Gesamtmasse des europäischen Festlandes. Das erste große Reich, das sich hier aus dem Brodeln der Völkerwanderung herausbildet, ist das Karls des Großen. Seine Lage ist geradezu unübertrefflich für die Entwicklung einer Machtstellung. Wäre es Karl dem Großen gelungen, auch die Völkerstämme seines Herrschaftsbereiches zu einer einheitlichen Volkschaft zu verschmelzen, so würde dieses Reich wie kein anderes geeignet gewesen sein, der Träger einer Weltgeltung bis in die Jetztzeit hinein zu bleiben. Denn es umfaßte einmal den Kern Europas in einer geschlossenen Masse, der sich nach Süden, Westen und Norden die bedeutungsvollsten Halbinseln anschließen und wichtige Inselgruppen vorlagern. Ausgezeichnete natürliche Grenzen umschlossen diesen Kern, abgesehen von dem Ausgriff ins halbe Italien hinein und vom Osten, wohin es zu Karls Zeiten überhaupt noch keine feste Grenze hatte. Dabei war es umspült von vier Meeren, dem Mittelmeer, dem Atlantischen Großmeer, der Nord- und Ostsee, so daß es zu allen Schauplätzen weltgeschichtlichen Geschehens auf ein Jahrtausend hinaus freien Zugang hatte. Da das Reich aber nach seinen Volksstämmen zerfiel, ging das Schwergewicht zunächst auf den östlichen Teil, auf Deutschland, über, das den eigentlichen Kern des europäischen Festlandes bildete. Das alte Deutsche Reich hatte aber weit vorteilhaftere Grenzen als das heutige. Einmal hatte es durch Friesland — im wesentlichen das heutige Holland — einen breiten Zugang zur Nordsee, und seine an sich ungünstige offene Grenze nach Osten verlief doch wenigstens auf einer Linie, die annähernd die kürzeste Verbindung zwischen dem Adriatischen Meere und der Ostsee darstellte. Außerdem hatte es im 10. Jahrhundert durch das damalige Kärnten, das Friaul mit umfaßte, später auch durch Burgund und die Verbindung mit Italien Berührung mit dem Mittelmeer. So findet die Machtstellung des Deutschen Reiches unter den sächsischen, fränkischen und schwäbischen Kaisern auch durch die weltörtliche Lage ihre Unterstützung.

Diese Machtstellung des Deutschen Reiches hat viel früher ihr Ende erreicht, als wir nach der in Deutschland üblichen Geschichtsbetrachtung im allgemeinen anzunehmen geneigt sind. Tatsächlich beginnt der Verfall schon mit dem Ausgang des staufischen Geschlechts und dem großen Zwischenreiche im 13. Jahrhundert. Mit dem Anwachsen der landesfürstlichen Machtvollkommenheiten wird die Reichsgewalt immer hinfälliger. Neben ihr wachsen die Mächte im westlichen Europa immer deutlicher empor.

Indessen verschwindet die Weltgeltung des deutschen Wesens noch nicht sofort und nicht gänzlich mit dem Verfall der Reichsgewalt. An Stelle des Reichs wird sie besonders, wenn auch in beschränkterem Rahmen und in einseitigen Richtungen, von zwei Trägern gewahrt, dem Deutschen Ritterorden und der Hansa.

Der Deutsche Ritterorden wird der Verbreiter deutscher politischer Macht und deutscher Kultur nach dem Osten. Seine Unternehmungen aber, sowohl

Digitized by Google

in Preußen wie in den baltischen Ländern, lehnen sich an die See an und bleiben auf die von der Küste aus erreichbaren Landstriche beschränkt. Das Binnenland setzt seinem Vordringen erfolgreichen Widerstand entgegen. Hier ist ein ungeheures Gebiet ohne natürliche Grenzscheiden, in dem das mannigfache Völkergemisch hin und her wogt, ohne zur rechten Ruhe zu kommen und festgeschlossene Sitze und damit die Voraussetzung einer stetigen staatlichen Entwicklung zu gewinnen. Auch das Vordringen des Deutschtums scheitert an der Ungunst dieser Lage. Diese Umstände beeinflussen dauernd die Stellung Deutschlands zu seinen slawischen Nachbarn und sind die Gründe dafür, daß die Ostgrenze des Deutschtums noch heute, und heute noch mehr als im Mittelalter, unklar und ungünstig ist, und daß Deutschland an dieser Stelle gerade heute sich vor neue und schwere Zukunftssorgen gestellt sieht.

Die Machtstellung der Hansa erstreckt sich über die Nord- und Ostsee. An der Stelle, wo diese beiden Meere am nächsten aufeinander zustreben, liegen die beiden Städte, aus deren Bündnis die Hansa erwächst, Lübeck und Hamburg, und hier bleiben auch dauernd die Wurzeln ihrer Kraft. Daß vor allen deutschen Städtebünden des Mittelalters, auch so mächtigen wie dem rheinischen und dem schwäbischen, die Hansa als Trägerin einer Weltgeltung nicht nur kaufmännischer, sondern auch politischer Art auftreten kann, liegt in der Entfaltungsmöglichkeit begründet, die ihr die Lage des größten Teiles und der führenden Kräfte unter ihren Mitgliedern längs der Nord- und Ostsee gewährt. Eine ganz ähnliche Stellung erwerben sich unter den gleichen Bedingungen am Mittelmeer die Stadtmächte Venedig und Genua. Von einem bescheidenen Untergrunde aus erstrecken diese Kaufmannsstaaten, den Fäden ihrer Handelsbeziehungen folgend, auch ihre politische Geltung weit hinaus auf fremde Länder.

Besonders ins Auge fallend wird der Untergang der Weltgeltung des Deutschen Reiches, als der Umkreis der bekannten Welt eine ungeheure Ausdehnung durch die Entdeckungsfahrten der Portugiesen nach Afrika und Indien und der Spanier nach Amerika erfährt. Der Kern Europas ist nicht mehr der Mittelpunkt der Welt. Schon daß diese Entdeckungsfahrten mit ihren weittragenden politischen Folgen nicht von der seebefahrenen Hansa oder etwa von dem mächtigen Venedig, auch nicht von einer der schon deutlicher zu Machtstellung emporgestiegenen westeuropäischen Mächte Frankreich oder England ausgehen, sondern von den unbedeutenden Königreichen Portugal und Kastilien, ist bezeichnend. Die Gunst ihrer Lage an der äußersten Spitze Europas gegen Südwesten ist es, die ihre wagemutigen Forscher auf die Fährte setzt. Der Erfolg beweist nachdrücklich diesen Vorteil. Am Ende des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nehmen Portugal mit seinem Besitz an den Küsten von Afrika, Indien und Brasilien und besonders Spanien mit seinen amerikanischen Nebenländern Machtstellungen ein, an die in dieser Richtung kein anderes europäisches Land heranreicht. Daß Portugal trotzdem in der innereuropäischen Geschichte nicht zu besonderer Geltung kommt, er-

Digitized by Google

klärt sich aus seiner Lage am äußersten Rande des Festlandes. Spanien dagegen, das gleichzeitig im Kern Europas, in den Niederlanden, der Freigrafschaft Burgund und Mailand, sowie im Süden Italiens zur Herrschaft gelangt ist, greift machtvoll in die Geschicke Europas ein und erreicht unter Karl V., der in erster Linie Spanier und nur nebenbei deutscher Kaiser war, den Höhepunkt seiner Bedeutung.

Inzwischen haben sich die völkischen Verhältnisse in Europa überhaupt in einer Weise geordnet, die den außerordentlichen Einfluß der weltörtlichen Lage deutlich erkennen läßt. Die Formgestaltung des Erdteils erinnert, wie schon angedeutet, ganz ungemein an die Griechenlands. Meeresbuchten und Gebirge gliedern Europa in eine Anzahl deutlich voneinander geschiedener Bereiche; nur im Osten schließt sich, wie für Griechenland in Mazedonien, eine weite zusammenhängende Landmasse an. Wie in Hellas im kleinen, so ist für Europa im großen die Landgestaltung einmal die günstige Grundlage für eine reiche politische und kulturliche Entwicklung, wie sie keiner der vier anderen, aus großen Massen gebildeten Erdteilen aufweist, zum anderen auch der geeignete Rahmen für eine Sonderung der darüber verteilten Volkschaften.

Am frühesten läßt sich diese Scheidung von anderen Völkern und Zusammenfassung des eigenen Volkstums bei den drei skandinavischen Stämmen erkennen, für die das Meer und das lange Gebirgsrückgrat der nördlichsten Halbinsel die natürlichen Grenzen darbieten; eine Gestaltung, die mit geringfügigen Schwankungen bis heute die gleiche geblieben ist. Aber keiner der drei Stämme erreicht jemals eine Weltgeltung von Dauer, doch wohl, weil sie zu sehr an den Nordrand Europas gedrängt, außerhalb der großen Wege des europäischen Verkehrs liegen. Auch der vorübergehende Aufschwung Schwedens im 17. Jahrhundert kann sich nicht weiter als bis auf die Küsten der Ostsee und zur Zeit der größten Machtentfaltung ihre Hinterländer auswirken.

Im Westen Europas wurde gleichzeitig mit der gewaltigen Machtentfaltung nach Amerika auch die Vereinigung der Reiche spanischen Stammes vollendet, neben der nur als Küstenland mit dem vollen breiten Zugang zu dem offenen Weltmeer Portugal sein Sonderdasein bewahren und später nach einer kurzen Verbindung mit Spanien auch wieder gewinnen kann. Bald formt sich auch Frankreich nach langdauerndem Kampfe gegen England und die mächtigen Kronvasallen zur staatlichen Einheit in etwa demselben Umfange, den es bis zur Jetztzeit behauptet hat, und nach ihm werden die großen Inseln des Nordwestens unter einer Krone vereinigt. Spanien und England zeigen ringsum die günstigsten natürlichen Grenzen, liegen aber beide — von der vorübergehenden Verbindung Spaniens mit seinen Besitzungen in Mitteleuropa abgesehen — am Rande Europas, dem Mittelpunkte des Weltgeschehens etwas abgerückt. Demgegenüber hat Frankreich als ein Teil des früheren Reiches Karls des Großen auch seinen Anteil an der Gunst der Lage dieses Reiches geerbt, indem es außer der Berührung mit zwei Meeren auch noch

Digitized by Google

eine innige Verbindung mit dem Hauptkörper Europas wahrt, die den beiden anderen fehlt. Dabei ist aber die Grenze nach dem Osten hin günstiger, als es die des ungeteilten karolingischen Frankenreiches war, denn im Süden wird sie durch die natürliche Mauer der Alpen, nördlich davon durch die kürzeste Linie von ihnen zum Meere gebildet. So erscheint es ganz naheliegend, daß mit dem eintretenden Verfall des Deutschen Reiches Frankreich mehr und mehr zur Vormacht Europas emporsteigt. Auch die gefahrdrohende Nebenbuhlerschaft Spaniens schwindet dahin; für das allmähliche Herabgleiten Spaniens von seiner stolzen Höhe mag dabei seine Lage in einer heißeren Breite nicht ohne Einfluß sein, die die immer nötiger werdende volle Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft nicht in der gleichen Weise gestattet, wie es in gemäßigteren Lagen möglich ist. In allen heißen Ländern scheint die Sklavenarbeit eine unumgängliche Voraussetzung für volle wirtschaftliche Entwicklung und damit auch politische Geltung zu sein. Italien weist ebenfalls innerhalb hervorragend günstiger natürlicher Grenzen, die nur durch die langen Küstenlinien und die Schmalheit des Landes zwischen ihnen beeinträchtigt werden, eine völkische Einheit auf; aber es gelangt erst in jüngster Zeit auch zu staatlichem Zusammenschluß und ist auch in ihm nicht zum Range einer Weltmacht emporgestiegen; neben seiner Lage im Mittelmeer, das für den erweiterten Schauplatz der Weltgeschichte nur noch die Bedeutung einer Bucht hat, vielleicht auch eine Folge seiner südlichen Wärmelage.

Ganz anders als im feingegliederten Westen Europas entwickeln sich die Verhältnisse im Osten. Hier können die verschiedenen an- und recht oft durcheinander wohnenden Völker nicht zu dauerhaften staatlichen Bildungen kommen. Einen Ersatz dafür bietet auf der durch hohe Gebirge vom Festlande abgegrenzten Balkanhalbinsel eine Zeitlang das türkische Reich, das aber nicht imstande ist, die verschiedenen Völkerstämme innerlich aufzunehmen, und infolgedessen trotz der Gunst der weltörtlichen Lage allmählich wieder zerfällt. Auf der Hauptmasse des östlichen Festlandes aber wird eine staatliche Einheit erst durch die überwiegende Macht des stärksten der Stämme geschaffen.

Ein ganz eigenartiges Gebiet bleibt zwischen dem so entstandenen russischen Reiche, Deutschland und der Balkanhalbinsel liegen. Ein Gebiet, in dem das Nebeneinander und Durcheinander der Völkerschaften so ungünstig für völkische Sonderung und eigene Staatenbildung ist, wie wohl in keinem anderen Teile Europas, und das trotzdem zu einer staatlichen Einheit gelangt und sich in ihr eine ziemliche Zeitlang erhalten kann, gewiß nicht ohne die Gunst der räumlichen Geschlossenheit, die Österreich-Ungarn inmitten seiner Gebirgswälle auszeichnete, über die nur Galizien, das ärgste Schmerzenskind des Doppelreiches, hinausgreift.

Auch dem zerfallenden Deutschland wird seine weltörtliche Lage inmitten aller dieser sich festigenden Staatengebilde noch einmal zum Heile, ihre Gunst sowohl wie ihre Ungunst. Denn als Ungunst sind seine mangelhaften natürlichen Grenzen, und besonders die zerrissene Offenheit nach Osten wohl anzu-

Digitized by Google

sehen. Und doch erwuchsen gerade aus dem Osten seines Gebietsbereiches die Grundlagen seiner Wiedergeburt, und die Ungunst seiner Grenzen und seine Lage inmitten erstarkender Staatswesen wurde ihm zum unausweichlichen Zwang, seine kriegerischen Machtmittel zu entwickeln, als sich das Volk aus seiner tiefen Erniedrigung im Dreißigjährigen Kriege erholte und seine völkische Ehre wieder über alles zu stellen anfing. Gerade da, wo der Druck fremder Nachbarn am stärksten war, wurde auch der Gegendruck am stärksten, und aus ihm wurde die Macht geboren, der die geschichtliche Aufgabe der Wiedererstarkung und Wiedervereinigung des Deutschtums zufiel. Andererseits wurde ihm die Lage im Herzen Europas zum Nährboden einer aufblühenden Volkswirtschaft, die damit gute Gelegenheit hatte, nach allen Seiten ihren Kundenkreis zu erweitern.

So hat sich in Europa jene eigenartige Verteilung der größeren Mächte entwickelt, die die Grundlage für das vielberufene europäische Gleichgewicht bildet. Nur Rußland fällt aus dem Rahmen dieser Gleichförmigkeit heraus, wobei man freilich berücksichtigen muß, daß in Rußland Mutterland und Schutzgebiete scheidungslos ineinander überfließen. Denn es ist eine lediglich erdkundliche Teilung, wenn man etwa das europäische Rußland als Mutterland, das asiatische als Schutzgebiet bezeichnen wollte.

Aber das europäische Gleichgewicht bleibt auch wirklich bloß auf Europa beschränkt. Je mehr der Handel der europäischen Volkschaften übers Weltmeer hinausgreift, je mehr auch die anderen Festlandsmächte als Spanien und Portugal überseeische Siedlungen gründen und Schutzgebiete erwerben, je mehr sich damit der Schauplatz der Weltgeschichte wirklich auf die ganze Welt erstreckt, um so gewichtiger tritt die Bedeutung der weltörtlichen Lage der Stammächte in Europa hervor. Frankreich nutzt nun den Vorteil der Lage aus, der es vor dem östlichen Teile des Karolingerreiches auszeichnet. Dank seiner unmittelbaren Berührung mit einem großen Teile der übrigen europäischen Staaten behält es seine Bedeutung in Europa bei, dank seiner Lage an zwei Meeren aber erwirbt es ausgedehnten überseeischen Besitz und wird vor allem die erste Macht in Nordafrika. Je mehr es aber damit von der europäischen Großmacht zur Weltmacht aufsteigt, um so weniger kann es auf die Dauer England die Wage halten. Englands Lage, die es der unmittelbaren Berührung mit den europäischen Geschehnissen etwas entrückt und dadurch weniger bedeutend erscheinen ließ, solange der Schwerpunkt der Weltgeschichte in Europa lag, wird ihm nun zum größten Vorteil. Bei seinem ungehinderten Zugang zu allen Großmeeren und Erdteilen kann es seine Weltmachtstellung mit um so größerer Gelassenheit ausbauen, als es in der Lage ist, sich von den Ereignissen auf dem Festlande etwas abseits zu halten, und von europäischen Erschütterungen nicht am eigenen Leibe betroffen wird. So steigt England über Frankreich hinaus zur ersten Weltmacht auf.

Freilich erstehen ihm nun zwei gewichtige Nebenbuhler, zuerst in Europa selbst Rußland und in der jüngsten Zeit die eigene verlorene Tochter in Nord-

Digitized by Google

amerika. Mit diesen beiden Weltmächten tritt aber eine ganz neue Form in Erscheinung. Während die älteren und besonders auch das englische Riesenreich weit verzettelt über die ganze Erde liegen und von einem kleinen Mutterlande aus nur mittels der Flottenmacht, politisch wie wirtschaftlich, beherrscht werden, bilden die beiden jüngsten große geschlossene Ländermassen. Innerhalb einer einzigen unendlichen Grenze liegt alles vereinigt, was dem Reiche Lebenskraft und Macht gibt. Der ungeheure Vorteil einer solchen Lage springt deutlich in die Augen, wenn man an den peinlichen Notstand denkt, in den England durch den Unterseebootkrieg zugestandenermaßen gekommen war. Mächte wie Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind dagegen, wenn sie ihrer Breitenlage und ihren Bodenschätzen nach imstande sind, allen unentbehrlichen Bedarf innerhalb ihrer Grenzen selbst zu erzeugen, von außen her kaum zu überwinden. Das wäre nur dann möglich, wenn wichtige, nur einmal vorhandene Lebensquellen, wie Kohlengruben oder ähnliches, in die Hand des Feindes fielen. Auch Rußland, das in seiner Selbstversorgung noch nicht bis zur höchsten technischen und wirtschaftlichen Entfaltung gediehen war, ist von außen her nur im Kampfe besiegt worden, zertrümmert aber von seinen eigenen Völkerschaften, die der Aufgabe der Staatenbildung und Staatenerhaltung nicht gewachsen waren.

Solchen Weltmächten gegenüber hat England eine bedeutend ungünstigere weltörtliche Lage und demgemäß eine schwächere Stellung. Englands weitschauende Politik hat das vom ersten Emporsteigen Rußlands an klar erkannt. Deswegen der dauernde Zustand von Gespanntheit zwischen beiden Mächten, der zwischen unterirdischer Minenarbeit und offenem Kampfe im Krimkriege in allen Abstufungen hin und her schwankt. Auf einem ganz neuen Wege hat nun England im Weltkrieg den Erfolg seiner überaus geschickten politischen Spielleitung erreicht, so daß Rußland als Wettbewerber um die Weltgeltung für absehbare Zeit, wenn nicht für immer, ausscheidet. Für den offenen Kampf war die Lage der beiden Weltmächte zueinander wenig geeignet oder mindestens für England viel gefährlicher als für Rußland. Denn in dem weit vom Mutterlande abgelegenen Indien hatte es eine für Rußland gut erreichbare wunde Stelle, während es selbst weder von dort aus, noch anderwärts dem Festlandsriesen erfolgreich an den Leib konnte. Aber England hat die Kunst des politischen Spiels aufs höchste ausgebildet. Wenn seine weltörtliche Lage etwas abseits der europäischen Weltläufe zugleich einen Nachteil in sich schließt, so wußte es ihn jederzeit dadurch auszugleichen, daß es sich zur Ausübung mittelbaren Einflusses entweder eines festländischen Bundesgenossen bediente oder Zwistigkeiten einer ihm unbequemen Macht mit ihren Nachbarn zu schüren und für seine Zwecke auszunützen verstand. Die glänzendste Probe dieser Kunst hat es im Weltkriege abgelegt. Hier war ihm sogar die Form der Bundesgenossenschaft genehm, um das ihm immer drohender anwachsende Rußland in eine Gefahr zu bringen, aus der es Befreiung von seinen eigenen Beklemmungen erhoffte. Um so meisterhafter war diese politische Schürzung,

Digitized by Google

da als Gegenspieler Deutschland ausersehen war, das, wenn auch nicht zur politischen, so doch zur wirtschaftlichen Weltmacht mehr und mehr emporzusteigen anfing und Englands Handelsmacht bedrohte, und als gleichzeitig Gelegenheit war, auch die dritte, ihm noch immer unbequeme europäische Macht, Frankreich, in seiner Stellung zu schwächen. Allerdings erwies sich seine Abschätzung der Kräfte insofern als irrig, als sich Deutschland den beiden festländischen Bundesgenossen zu stark überlegen zeigte und als einseitiger Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen drohte. Deshalb war England genötigt, mehr als jemals in der europäischen Geschichte seit seinem Aufstiege zur Weltmacht, seine eigenen Kräfte im Kampfe anzuspannen und schließlich sogar Amerika zur Hilfe aufzurufen. Damit hat es einen Schritt von unübersehbarer Tragweite tun müssen.

Mit diesem Eingreifen Amerikas in die Weltgeschichte steigt ein ungeheures Warnungszeichen vor England auf. Damit erwächst ihm zu gleicher Zeit mit der Überwindung der russischen eine neue, noch viel schwerere Gefahr. War Rußland weder staatlich noch wirtschaftlich bereits zur vollen Entwicklung gelangt, so gebührt den Vereinigten Staaten eine ganz andere Bedeutung. Die Monroelehre, die Amerika bisher vom europäischen Schauplatz der Geschichte fernhielt, ist auf Englands eigene, wenn auch so gewiß nicht gewollte Veranlassung hin durchbrochen. Damit ist Amerika in den Kampf um die Weltherrschaft eingetreten. Deshalb auch Englands verzweifeltes Ringen gegen den Wilsonschen Grundsatz von der Freiheit der Meere. An die Dauer des friedenbewahrenden Völkerbundes scheint es selbst nicht recht zu glauben. Dann aber braucht es unbedingt die Herrschaft auf dem Meere, denn jede Einschränkung gefährdet die Verbindung des Mutterlandes mit den Siedlungs- und Schutzgebieten und bedroht damit seinen Lebensnerv. Amerika dagegen braucht nur die Freiheit der Meere für die Ausdehnung seines Handels, nicht aber eine eigene Herrschaft über das Meer, denn auch im schlimmsten Falle kann ihm niemals der Lebensnerv von außen her abgeschnitten werden. So erscheint den Weltmächten europäischer Gestaltung bereits das Vorzeichen ihrer Ablösung am westlichen Himmel.

Und die Nutzanwendung dieses Fluges durch die Weltgeschichte?

Im Rahmen des europäischen Gleichgewichts, solange die europäischen Mächte in ihren wichtigsten Lebensäußerungen Großmächte des Festlandes waren, konnte auch Deutschland einen angemessenen Platz einnehmen. In seiner weltörtlichen Lage als Mittelpunkt Europas, genötigt zur Entwicklung seiner Wehrmacht und befähigt für die Blüte seiner Volkswirtschaft, wurde es eine europäische Macht von ausschlaggebender Bedeutung und blieb das, solange im wesentlichen Europa sein politisches Feld war. Der gewaltige Aufschwung seiner Volkswirtschaft und das Wachstum seiner Bevölkerung zwang es, den Bahnen der Westmächte zu folgen und die Welt zu seinem Feld zu machen. Für seine Entwicklung zur Weltmacht aber genügte seine Lage nicht. Der Mittelpunkt Europas eignet sich nicht zum Mittelpunkt einer

Digitized by Google

Weltmachtstellung. Ihm fehlt das Unentbehrlichste, der offene Zugang zum Großmeer. Dadurch wurde es unmöglich, eine gesicherte Verbindung mit seinen Schutzgebieten und anderen Ländern herzustellen, aus denen es die Teile seines Lebensbedarfs decken konnte, die es nicht innerhalb seiner Grenzen erzeugt. Solange Frieden herrschte, ist das dem deutschen Volke niemals zum klaren Bewußtsein gekommen. Erst der Krieg hat ihm diese harte Lehre ins Hirn gehämmert. So erklärt sich die durchaus triebmäßige und letzten Endes unüberlegte, im ersten Kriegsjahr einsetzende Begeisterung für den Gedanken, Belgien dem Deutschen Reiche anzugliedern, die das deutsche Volk in den schlechten Ruf der Eroberungssucht gebracht hat. Triebmäßig, denn vor dem Kriege hat weder die Regierung noch die große Masse des Volkes jemals an solche Eroberungspläne gedacht — was ja später einmal eine wahrhaftige Geschichtsforschung trotz aller Lügengewebe erweisen wird —; und unüberlegt, denn von allen völkischen Bedenken abgesehen, hätte auch der Besitz der belgischen Küste und selbst der von Calais Deutschland noch nicht aus dem berüchtigten nassen Dreieck herausgeführt. So erklärt sich auch das Streben nach einer engeren Vereinigung der beiden mitteleuropäischen Großmächte und ihre Verbindung mit den südöstlichen Bundesgenossen, wodurch ein Gebiet geschaffen worden wäre, das den Verbündeten annähernd in der gleichen Weise wie das von Rußland und Nordamerika eine Selbstversorgung innerhalb der eigenen Grenzen sichergestellt hätte; freilich innerhalb von Grenzen, deren Linienführung nicht entfernt die Vorzüge der amerikanischen oder russischen aufweist, sondern eine Menge der gefährdetsten Angriffspunkte geboten hätte. Und auch dieser Gedanke krankte an der dem Deutschen eigenen politischen Schwarmseligkeit; denn da eine völkische Einigung der zahllosen auf diesem Gebiete wohnenden Stämme ausgeschlossen war, hätte nur die unbedingteste Gemeinschaft aller Lebensbelange diesen Bund jemals auf längere Dauer zusammenhalten können. Durch Freundschaftsräusche läßt sich die nüchterne Berechnung des eigenen Nutzens niemals aus der Politik hinwegträumen.

Diese Bestrebungen, die ganz natürlich auf dem Wege der Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht lagen, so unzureichend sie ohnehin waren, sind gescheitert. Wenn die Lehren der Geschichte nicht trügen, scheint kein Zweifel möglich, daß Deutschland allein wegen seiner weltörtlichen Lage nicht dazu berufen ist, jemals eine Weltmacht im politischen Sinne zu werden, auch wenn es imstande sein sollte, sich wieder aus seiner tiefen Erniedrigung zu erheben.

Wenn es, wie man von einem großen Volke wohl annehmen möchte, das immerhin eine ganze Reihe von tüchtigen Leistungen, von guten Anlagen und früher auch von Tugenden aufzuweisen hat, noch zur Erfüllung einer besonderen Aufgabe in der Weltgeschichte berufen ist, so kann sie nur auf ganz anderem Wege erfüllt werden, als auf politischem. Vielleicht liegen die Aufgaben des deutschen Volkes doch auf dem Gebiete der geistigen Kultur oder der Gesittung. Zur Gegenwart freilich scheint eine solche Hoffnung auch

Digitized by Google

der deutschen Schwarmseligkeit zugezählt werden zu müssen. Denn dazu müßte es sich erst einmal aus der Schmach und Schande herausarbeiten, in die es sich, weit über das Unglück des Kriegsausgangs hinaus, in seiner geistigen Verwirrung selbst gestürzt hat, und in der alle Volkskultur, ja sogar alle Gesittung, alle Vernunft und alle Selbstbewußtheit elend zugrunde gegangen sind. Nur der Gedanke läßt noch eine solche Hoffnung zu, daß der mit der Wucht eines Naturereignisses einsetzende erschütternde Zusammenbruch des deutschen Wesens eine nur vorübergehende Folge der durch die Dauerhungersnot verursachten Zerrüttung der körperlichen und geistigen Kräfte unseres Volkes ist.

Bismarck und die Revolution

Von

Dr. Georg Baron Manteuffel

„... Ich bin ein Royalist in erster Linie, dann ein Preuße und ein Deutscher. Ich will meinen König und das Königtum verteidigen gegen die Revolution, die offene und die schleichende, und will ein gesundes, starkes Deutschland herstellen und hinterlassen. Die Parteien sind mir gleichgültig." (Bismarck zu Moritz Busch.)

Revolutionäre berufen sich ungern auf bedeutende Männer und Ereignisse der Vergangenheit. Das ist nicht weiter erstaunlich, da eine Revolution, aus welchem Grunde sie auch entstanden sein mag, sich stets der Vergangenheit gegenüber feindlich stellt und ihre Vertreter dem historischen Denken und den sich daraus ergebenden praktischen Folgerungen und Forderungen abgeneigt sind. Sie sind meistens Anhänger eines Systems, Schüler einer Theorie, ob sie von Rousseau, Marx oder Bakunin stammt, ist gleichgültig.

Nun soll das Deutsche Reich nach 48 Jahren eine neue Verfassung bekommen. Daß von dem Urheber der ersten so wenig die Rede ist, darf nicht wundernehmen, denn er war ein Staatsmann mit außerordentlich großem historischem Feingefühl. Es ist ihm beschieden gewesen, vieles Ehrwürdige, durch das Alter scheinbar Unantastbare zu zerstören. Er tat es mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit Staatsnotwendigkeiten gegenüber. Daß er es aber tun mußte, hat er bedauert. So wenn er bezüglich Hannover meint: „Ich habe ein volles Verständnis für die Anhänglichkeit der heutigen welfischen Partei an die alte Dynastie, und ich weiß nicht, ob ich ihr, wenn ich als alter Hannoveraner geboren wäre, nicht angehörte." Irgendwann hat Bismarck einmal gesagt: „20 Jahre nach meinem Tode will ich aus dem Grabe aufstehen und sehen, wie das deutsche Volk sein Erbe verwaltet hat." Genau 20 Jahre nach seinem Tode (1898) brach das Reich zusammen. 28 Jahre lang (1862—1890) hat er Preußen bzw. Deutschland „regiert", und gerade

Digitized by Google

ebensoviele Jahre nur hat das Reich seinen Abgang überdauert. Es ist, als ob dieser letzte große europäische Staatsmann etwas von dem jetzt über uns hereingebrochenen Leid geahnt hätte, als ob sein Geist die Dinge hätte kommen sehen und er mehr gewußt hätte als wir, die den Folgen des Weltkrieges, der drohenden und zum Teil sich schon offenbarenden Weltrevolution wehr- und verständnislos gegenüberstehen. Natürlich kannte Bismarck den Bolschewismus als solchen nicht, aber er hatte 1848 erlebt. In einer Zeit, als die konservative Partei in einer Droschke Raum fand, hat er die Revolution bekämpft, und obgleich ihm beschieden war, dereinst ihr Ideal zu erfüllen, hat er den Achtundvierzigern nie das mitfühlende Verständnis geschenkt, das oft auch Andersdenkende ihnen bis heute entgegenbringen. Der Ausspruch, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, was der Fehler von 1848 und 1849 gewesen sei, entschieden würden, sondern durch Eisen und Blut, enthielt nicht nur ein politisches Programm, sondern auch eine Kennzeichnung seiner Denkweise über die Revolution an sich. In Rußland hatte er Gelegenheit, den Nihilismus zu studieren, welcher gerade zu jener Zeit seine ersten furchtbaren Anschläge vorbereitete. Abgesehen davon, daß Bismarck aus Weltanschauung, Anlage und durch Geburt Monarchist sein mußte, war er es auch gewissermaßen aus nüchternen Zweckmäßigkeitsgründen. In der starken Monarchie sah er das einzige Mittel gegen den drohenden Umsturz, welch letzteren er, wie gesagt, für näher und gefährlicher gehalten hat, als irgendeiner seiner Zeitgenossen, Disraeli vielleicht ausgenommen. Nur einmal hat Bismarck die Monarchie bekämpft, weil er in ihr eine direkte Gefahr für Deutschland sah. In dieser Ausnahme von der Regel hat er sich scheinbar getäuscht, denn das republikanische Frankreich bekämpft uns mit einer durch keine andere Staatsform zu überbietenden Heftigkeit. Der Sturz Napoleons III., überdies von den Franzosen selbst veranlaßt, war kein Eingriff in das monarchische Prinzip, denn dieser war ja doch selbst revolutionären Ursprungs.

In der Zeit vor 1870 hat Bismarck die Demokratie bekämpft. Nach 1870 in erster Linie die Sozialdemokratie, aber in ihr vor allem den politischen Radikalismus, der ihr mit der Demokratie gemeinsam war. Antisozial ist der „eiserne Kanzler" nie gewesen, im Gegenteil, er ist der Bahnbrecher auf diesem Gebiet.

Bismarck ist durch seine Bekämpfung der Revolution überhaupt erst bekannt geworden. Seine die Krone verteidigenden Reden haben die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelms IV. auf ihn gelenkt. Allerdings war der König für Taten nicht zu haben. Der Unmut darüber hat Bismarck zu dem wohl zu keiner Zeit unberechtigten Ausspruch veranlaßt, daß nicht die Royalisten, wohl aber vielleicht dereinst die Könige aussterben würden. Als der König sich an ihn mit den Worten „ich denke, die Stimmung ist gut bei Ihnen" wendet, erhält er zur Antwort: „Die Stimmung war sehr gut, aber seit die Revolution uns von den königlichen Behörden unter königlichem Stempel eingeimpft wor-

Digitized by Google

den, ist sie schlecht geworden. Das Vertrauen zu dem Beistande des Königs fehlt." — „Ein König muß schlafen können," wird der Königin mitgeteilt, als sie die Räumung Berlins mit der Schlaflosigkeit ihres Gatten zu entschuldigen sucht. Friedrich Wilhelm, der schwankende, der Bismarck nur zum Minister wollte, „wenn das Bajonett schrankenlos waltet", hat diese Bemerkung freundlich hingenommen, ohne sich in seinem Gottesgnadentum gekränkt zu fühlen. Er stieß seine wahren Freunde nicht von sich, aber er wußte nicht, wie sie verwenden. Dies blieb seinem Nachfolger, dem „Kartätschenprinzen", vorbehalten. Selten sind wohl Fürst und Ratgeber zu Beginn ihrer politischen Laufbahn so verhaßt gewesen und insonderheit bei denen, deren Wünsche sie dereinst erfüllen sollten. Selten hat die Geschichte so deutlich gezeigt, daß die Völker wohl tiefe, durch Jahrhunderte ersehnte Wünsche berechtigter Art haben können, daß aber ihre Erfüllung nie ohne die Führung großer Männer möglich ist und meist auf Wegen und mit Mitteln geschieht, die den spontanen Explosionen des gesamten Volkswillens diametral entgegengesetzt sind.

Bismarck hätte ja auch „revolutionär" sein können: „Ich habe nie Vorgesetzte ertragen können." — „Die in meiner Kindheit empfangenen Eindrücke waren wenig dazu angetan, mich zu verjunkern ..." Wohl aber ist ihm England mit seiner früheren aristokratischen Verfassung nie unsympathisch gewesen. „... das „von" vor meinem Namen war ein Nachteil für mein kindliches Wohlbehagen im Verkehr mit Lehrern und Mitschülern ... Mein Vater war von aristokratischem Vorurteil frei." Einerseits durch Abstammung vom bürgerlichen „stark liberalen" großväterlichen Kabinettsrat, der sich in dieser Eigenschaft nicht vom Kollegen späterer Zeit unterschied. Andererseits haben bei allen Revolutionen, von Mirabeau bis Lenin und Pilsudzki, Edelleute in erster Reihe gestanden. Auch im Berliner und im Frankfurter Parlament waren sie stark, und nicht nur rechts, vertreten. Nicht bewußte Erkenntnis, welche Stein und Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, Moltke in Hohenzollernsche Dienste trieb, weil dort dem Genie das größte Betätigungsfeld, der deutschen Sache die glücklichste Entwicklung geboten wurden, sondern weil er seiner innersten Natur nach das Königtum brauchte, das ihm etwas Persönliches und zugleich Überpersönliches war. Der mystische[1]) Zug, der dem deutschen Begriff der Lehensmannschaft innewohnt, ließ ihn sich auf die richtige Seite stellen, d. h. dort, wo wahrer Fortschritt zu finden war, der auf den Fundamenten und Stückwerken die andere, nicht minder vorwärtsstrebende errichteten, weiterbaut. Bismarck hatte das Glück, im Träger der Krone nicht nur einen treuen Herrn und Freund, sondern auch einen König zu finden, der ein Fortschrittler im wahren Sinne des Wortes sein wollte, wenn man ihn nur zu führen verstand.

[1]) „Sprich nicht geringschätzig von dem Könige (Friedrich Wilhelm IV.), wir fehlen beide darin und sollten nicht anders von ihm reden wie von unseren Eltern, auch wenn er irrt und fehlt, denn wir haben seinem Fleisch und Blut Treue und Huldigung geschworen."

Digitized by Google

Weder der Dreibund noch die russische Rückversicherung entstanden ausschließlich auf der Basis der deutschen auswärtigen Politik. Nein, Bismarck verfolgte noch ein zweites, innerpolitisches Ziel und hat dieses ganz deutlich ausgesprochen. Nicht nur den Frieden zwischen den Völkern wollte er herstellen und dabei seinem Vaterlande einen geachteten Platz unter ihnen bereiten, sondern auch die Ruhe und Ordnung innerhalb eines jeden von diesen Völkern Europas, und damit in erster Linie natürlich des deutschen, sollte sichergestellt werden. „Wenn die monarchischen Regierungen für das Bedürfnis des Zusammenhaltens im Interesse staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung kein Verständnis haben, sondern sich chauvinistischen Regungen ihrer Untertanen dienstbar machen, so befürchte ich, daß die internationalen, revolutionären und sozialen Kämpfe, die auszufechten sein werden, um so gefährlicher und für den Sieg der monarchischen Ordnung schwieriger sein werden." Den chauvinistischen Einflüssen seiner Untertanen ist Kaiser Nikolaus II., und mit ihm sein unglückliches Land, erlegen. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sehen, daß über Italien sich dunkle Wetterwolken zusammenziehen, und vielleicht in nicht allzuferner Zeit wird das Haus Savoyen sich erinnern, daß Bismarck die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien in dem Maße sicherstellen wollte, als es gelinge, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten. „Aber nicht nur an die drei anderen „großen" Dynastien hat er gedacht, da die Erhaltung eines Elementes monarchischer Ordnung in Wien, Rom und Petersburg für Deutschland eine Aufgabe war, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfiel." — „Dem monarchischen Prinzip in Italien sollte eine stete Anregung" gewährt werden. Wie anders hat unsere heutige Politik, namentlich im Osten während der Jahre 1916, 1917 und 1918, gehandelt! Wenn in irgendeinem Lande auch nur von der Monarchie die Rede war, so hieß es, wir wollten diese Staatsform Völkern aufzwingen, die sich dagegen auflehnten, ohne zu bedenken, daß die Republik dort ein fremder Begriff war und gerade die deutschfreundlichsten Elemente monarchisch gesinnt waren. Der Fehler lag nicht daran, daß man für monarchische Staatsformen arbeitete — hierin wäre man nur auf Bismarckischen Bahnen weitergeschritten —, sondern daß in diesen an sich richtigen Gedanken dynastische, persönliche und parteipolitische Aspirationen hineingetragen wurden, die eine berechtigte Opposition in weiten Kreisen hervorriefen, wobei dann, in echt deutscher Weise, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet ward, indem man verlangte, überhaupt von der künftigen Gestaltung des Staatslebens der Finnländer, Balten, Litauer, Polen usw. Abstand zu nehmen.

Bismarck hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß seiner Auffassung nach Deutschland mit der Monarchie stehe und falle; in noch höherem Maße gilt ihm dies für Preußen. „Ist es wohl sicher," meint er, „daß der östliche und der westliche Teil, daß Pommer, Hannover, Holsteiner und Schlesier, daß Aachen und Königsberg im untrennbaren preußischen Nationalstaate verbunden, ohne die Dynastie so weiterleben würden?" Oder: „Wenn man den Zustand

Digitized by Google

fingierte (!?), daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre es nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Frikttionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderativer Hansastädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden festergeschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verlorenginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt." Gegen eine Reihe deutscher Dynastien hat Bismarck Krieg geführt, weitere gestürzt, die Errichtung einer (in Schleswig-Holstein) verhindert, um doch am Ende seines Lebens zu schreiben: „... Niemals bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag, und nicht bei der Publizistik im Parlament oder bei der Barrikade ... Die Überzeugung, daß ich die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler, oder doch des Reichstages, überschätzt, war Ende der siebziger Jahre bei mir noch nicht zum Durchbruch gekommen ... Jetzt habe ich den Dynastien Abbitte zu leisten — ob die Fraktionsführer mir ein pater, peccavi schuldig sind, darüber wird das Zeugnis der Geschichte einmal entscheiden. Ich kann nur das Zeugnis ablegen, daß ich den Fraktionen eine schwerere Schuld an der Schädigung unserer Zukunft beimesse, als sie selbst fühlen."

Bismarck litt, nach dem bekannten Ausspruch des Grafen Schuwalow, an „cauchemar des coalitions". Die Furcht vor ihnen und vor ihren Folgen hat sich als eine berechtigte erwiesen. Seine Mißbilligung des sogenannten „neuen Kurses" war kein Produkt des Beiseitegeschobenseins, sondern das Wissen von kommenden, furchtbaren Dingen. Wenn wir dieses berücksichtigen, so wird uns seine Sorge um die Zukunft des Reiches, die auch seinen Anhängern und Bewunderern übertrieben schien, verständlich. Wenn uns berichtet wird, man habe ihn kurz vor seinem Tode nachts laut für das Vaterland beten hören, so tat er es, getrieben von dem Bewußtsein, daß sein Werk, wie ein Schiff, gefährlichem Fahrwasser zutrieb, und er sah, daß dieses Schiff steuerlos war.

Der Bismarcksche Royalismus lag, wie bereits angedeutet, in seinem Wesen und in der Auffassung, daß diese Staatsform der sicherste Schutzwall gegen den chaotischen Umsturz sei. Seine, aller grauen Theorie abgeneigte Natur sah in der Staatskunst nur das Nützliche und Praktische, wenn auch von einem hohen sittlichen Standpunkt aus oder mit einem idealen Ziele. Seine Stellung zum Wahlrecht richtete sich nicht danach, ob es ein allgemeines Menschenrecht oder dergleichen sei, sondern fragte nur, welches Wahlsystem dem Staate den denkbar größten Nutzen bringen könnte. Dies geht z. B. klar hervor aus den Worten: „Für die Sicherheit und die Fortbildung des Staates ist das Übergewicht derer, die den Besitz repräsentieren, das nützlichere." Bismarck war ein unerbittlicher Gegner der Sozialdemokratie. Er ist seinen Feinden nicht immer gerecht geworden und hat sie deswegen vielleicht auch teilweise verkannt und dadurch mit in die Bahnen einer radikalen Demokratie hineingetrieben, wodurch sie nicht selten ihren eigentlichen Auf-

Digitized by Google

gaben nicht mehr gerecht wurde. Weder das allgemeine Wahlrecht noch die Sozialgesetzgebung sind Gaben der linken Partei. Beide verdankt das deutsche Volk dem Staatsmanne, der die Gründung des Deutschen Reiches eine „konservative Tat" nannte, freilich nicht in parteipolitischem Sinne. Ob die Monarchie durch andere Staatsformen abgelöst werden könnte, darüber hat er sich meines Wissens nicht geäußert. Die Frage war nicht aktuell und berührte den Realpolitiker daher nicht. „... Manche Auszeichnungen eines Staatsmannes bei freier Verfassung, wie Peel, O'Connel, Mirabeau usw. würden auf mich eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft ausüben." Die „unumschränkte Autorität der alten preußischen Königsmacht" ist nie das letzte Wort seiner Überzeugung gewesen. Sein „Ideal" war eine berufsständische oder genossenschaftliche Standesvertretung. Gegen Bestrebungen auf diesem Gebiet hat sich die Demokratie damals mit allen Mitteln gesträubt. Heute sind sie Tatsache geworden. Zwar in einer Form, die von produktiver Arbeit und Leistungsfähigkeit denkbar weit entfernt ist, aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Räte, die Sowjets, diese Erzeugnisse des Bolschewismus, nichts anderes sind als Berufsvertretungen. Überall, wo der Bolschewismus erscheint und erscheinen wird, da ist die Bildung von Räten seine erste Tat. Im Bismarckschen „Ideal" war uns ein Mittel in die Hand gegeben, wirklich etwas Neues zu schaffen. Alle Parteien, die rechten wie die linken, sind aber reaktionär gewesen in dem Sinne, daß es ihnen am Willen oder an der Fähigkeit mangelte, die Sehnsucht des gesamten Volkes nach Weiterentwicklung zu erfüllen; denn was sie predigten, war rechts: veraltete Tradition, und links: überlebte Theorie. Bismarck aber hatte mit der Revolution gemeinsam, daß beide etwas Neues wollten. Doch das Genie ist schöpferisch seinem Wesen nach, die Revolution an sich ist es nicht, das ist der Gegensatz. Die russische Revolution könnte als eine Reaktion gegen jahrhundertelange Sünden oder als eine Empörung lange unterdrückter Fremdvölker aufgefaßt werden. Die Ära Bismarck hätte das deutsche Volk vor so tiefgehenden Erschütterungen bewahren müssen, wenn in der Geschichte Analogieschlüsse anwendbar sind. Ohne diese hat sie keinen praktischen Wert. Dasselbe sollte — dank der Disraelischen Erneuerung der konservativen Partei und den sich daran knüpfenden Folgen — auch für England gelten. Bricht nun auch dort oder anderwärts der Umsturz los, so wird man geneigt sein, anzunehmen, daß diese Revolution sich prinzipiell von ihren Vorgängerinnen seit 1789 unterscheidet, indem ihre Entstehung auf ganz andere Ursachen als Mißwirtschaft, Klassenherrschaft, Militarismus und dergleichen zurückzuführen ist.

Was auch kommen möge, uns — den Epigonen — soll ein Wort aus Bismarcks Reichstagsrede vom 12. Juni 1882 zum Troste dienen:

„Ein Minister kann bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden."

Digitized by Google

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

IV

Zwischen 1899 und 1907

Unter guten Vorzeichen war die erste Haager Konferenz beendet worden: die in der Welt herrschenden Friedensströmungen hatten durch ihre Beratungen eine bedeutende Stärkung erfahren, und die Regierungen hatten in der wichtigsten dieser Beratungen, wenn auch unter Schwierigkeiten, eine vollkommene Einigung erreicht, deren Folge die Aufrichtung eines dauernden großen Friedenswerkes, des ständigen Haager Schiedshofes, war. Und gerade diese Schwierigkeiten und deren Überwindung mußten, insbesondere für Deutschland, der Wegweiser in die Politik der Zukunft sein. Deutschland hatte seinen wohlerwogenen Willen in betreff der Einrichtung und Gestaltung des Haager Schiedshofes durchgesetzt; es hatte auch im übrigen auf der Konferenz bedeutende Erfolge erzielt, indem es die Behandlung der Abrüstungsfrage und wichtiger militär-technischer Fragen, in denen Rußland der Konferenz unreife Vorschläge unterbreitet hatte, maßgebend beeinflußte, ferner auf die Gestaltung des Kriegsrechtsabkommens bestimmend einwirkte. Dadurch hatte Deutschland verhindert, daß die Arbeiten der Konferenz in das utopistisch-pazifistische Fahrwasser gerieten — eine Gefahr, die nicht gering war — und damit für die Wirklichkeit der damaligen Staatenwelt jeden Wert verloren hätten. Deutschland konnte aber diesen großen Erfolg, in Wirklichkeit der Regulator der ganzen Konferenzarbeit im Sinne einer praktischen Realpolitik zu sein, nur dadurch erreichen, daß es in der wichtigsten Frage der Konferenz, der Errichtung des ständigen Schiedshofes, der allgemeinen Weltströmung verständnisvoll entgegenkam und seine diesen Gedanken ablehnende Politik aufgab. Damit hatte Deutschland das feierliche Wort eingelöst, das der Kaiser in der Thronrede vom 6. Dezember 1898 gegeben hatte: „an meinem Teile mitbeizutragen zur Aufrechterhaltung und immer größerer Festigung des Weltfriedens ist das vornehmste Ziel meiner Politik.“ Und die weitere Auswirkung dieser Gedanken konnte und mußte von der Zukunft erwartet werden.

Man durfte mit gutem Grunde annehmen, daß insbesondere Rußland dieses Verhalten Deutschlands, das den Beschlüssen der Konferenz in den Augen der Welt die Anerkennung eines großen und praktisch wertvollen Friedenswerkes sicherte, dankbar aufnehmen und daraus Folgerungen der allgemeinen Politik ziehen werde. Der russische Botschafter v. Staal hat auch

Digitized by Google

dieser Meinung lebhaften Ausdruck gegeben. Und ebenso erschienen die Vertreter Frankreichs von dem Gang und den Ergebnissen der Konferenz befriedigt: ein von d'Estournelles herrührender Antrag, den ständigen Schiedshof auch zu einer Art Friedensvermittlungsinstanz zu erheben, wurde zwar in dieser Fassung nicht angenommen, immerhin wurde dem Gedanken mit deutscher Zustimmung in Artikel 27 des Schiedsgerichtsabkommens Ausdruck verliehen und damit einem lebhaften französischen Wunsche Rechnung getragen. Artikel 27 besagte: „Die Signatarmächte betrachten es als Pflicht, in dem Falle, wo ein ernsthafter Streit zwischen zwei oder mehreren von ihnen auszubrechen droht, diese daran zu erinnern, daß ihnen der ständige Schiedshof offensteht." Diese Erinnerung soll nur als Betätigung guter Dienste „im höheren Interesse des Friedens" angesehen werden. Am wenigsten befriedigt von dem Ergebnis der Konferenz war wohl England. Zwar rührte der Antrag auf Errichtung des ständigen Schiedshofes vom ersten englischen Delegierten Pauncefote her; aber die damalige englische Regierung war, wie bereits oben bemerkt, keineswegs eine begeisterte Vorkämpferin des Schiedsgerichtsgedankens; in einer Reihe wichtiger Einzelfragen, so in der Frage der Dum-Dum-Geschosse und der sogenannten levée en masse, wurde der englische Standpunkt abgewiesen, und mit äußerster Energie verwahrte sich England gegen jede Behandlung seerechtlicher Fragen auf der Konferenz, so in der von Amerika angeregten Frage des Schutzes des Privateigentums im Seekrieg und der von Dänemark angeregten Frage des Schutzes der unterseeischen Kabel.

England befand sich zu jener Zeit für die hohe Politik im Verhältnis der „splendid isolation"; englische Bestrebungen, einen „germanischen Dreibund" gegen Rußland zu gewinnen, fanden in Deutschland keine Unterstützung, das an dem unter Hohenlohe wiederhergestellten guten Verhältnis zu Rußland streng festhielt. Durch die Haager Konferenz wurden diese Verhältnisse in keiner Weise verändert. Im übrigen erfolgte der Abschluß der Konferenz für die Staatenwelt in einer erfreulichen Atmosphäre des Friedens und der Befriedigung, die die Hoffnung bot, daß auf dieser Grundlage der Weltfriede weiter werde erhalten und befestigt werden können. Der Schiedshof wurde eingerichtet und begann nach einiger Zeit in einem Streitfall der Vereinigten Staaten mit Mexiko seine Tätigkeit, die dann in einer Reihe von wichtigen und zum Teil sehr schwierigen Prozessen ein Jahrzehnt lang in sehr erfolgreicher Weise fortgesetzt wurde. Auch Deutschland war an diesen Prozessen mehrfach beteiligt und hat niemals Veranlassung gehabt, seine Entschließung des Jahres 1899 zu bereuen. Der verdienstvolle Vorkämpfer des „Werkes vom Haag", Walter Schücking, hat in einem so benannten wissenschaftlichen Unternehmen die Haager Schiedsgerichtsbarkeit in einer genauen Bearbeitung der Einzelfälle durch die bedeutendsten deutschen Vertreter des Völkerrechtes zur monumentalen Darstellung gebracht („Das Werk vom Haag", 1. Band, 3. Teil, 1914).

Digitized by Google

Welchen Weg im übrigen die deutsche Politik in der Zeit unmittelbar nach 1899 nahm, ist in der Hauptsache heute noch Geheimnis der Akten. Die wichtigste Frage der damaligen deutschen Politik war die Erneuerung der Handelsverträge. Ihr sachlicher Inhalt, der zu schweren inneren Kämpfen führte, hat für die hier zu betrachtenden Dinge keine Bedeutung. Hervorzuheben ist nur, daß in den in dieser Periode abgeschlossenen Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, Schweiz, Rumänien, Serbien — nicht in dem russischen — die Schiedsgerichtsklausel dahin enthalten ist, daß die Vertragsteile sich verpflichten zu schiedsrichterlichem Austrag aller Streitigkeiten, die sich in Fragen des Zolltarifes aus den Handelsverträgen ergeben — also obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in bestimmt umgrenztem Umfange, ohne Ehrenklausel (vgl. Artikel 12a des Vertrages mit Rumänien, Reichsges.-Bl. 1905, S. 256). Das Deutsche Reich bekannte sich damit neuerdings entschieden zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, und zwar zum Grundsatze des Obligatoriums, das es 1899 im Haag abgelehnt hatte, allerdings in bestimmter sachlicher Begrenzung.

Inwieweit sonst in der auswärtigen Politik im Sinne der kaiserlichen Entscheidung von 1899 weiter gearbeitet wurde, ist zur Zeit noch verborgen im Dunkel der Archive. Die deutsche Presse tat nur wenig, um das deutsche Volk über die Haager Konferenz in richtiger Weise zu unterrichten; vom Auswärtigen Amt geschah jedenfalls nicht das Mindeste in dieser Richtung. Dies darf zuversichtlich behauptet werden; die starke Einwirkung des Auswärtigen Amtes auf die großen, auch im Ausland weitverbreiteten Preßorgane des deutschen Westens (Kölnische und Frankfurter Zeitung) war allgemein bekannt; der Wunsch des Auswärtigen Amtes nach einer eingehenden wohlwollenden Behandlung der Haager Konferenzfragen wäre sicherlich von diesen erfüllt worden; aber eine solche Anregung erfolgte zweifellos nicht. Als ich einem der großen deutschen Preßorgane eine eingehende Darstellung der Haager Konferenzarbeiten anbot, die mir zur Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland unbedingt nötig erschien, erfolgte eine höfliche Ablehnung mit der Begründung: die Arbeiten der Haager Konferenz seien so ergebnislos gewesen, daß es nicht angezeigt erscheine, sich eingehender damit zu beschäftigen! Ich konnte damals und kann heute der Vermutung mich nicht enthalten, daß das Verhalten der deutschen großen Presse die Folge von Anweisungen des Auswärtigen Amtes war. In der Sitzung des Reichstages vom 1. März 1900 stellte der Abgeordnete Dr. Gradnauer fest, daß das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", über das Ergebnis der Haager Konferenz nur durch Mitteilungen aus anderen Zeitungen berichtet habe. Ich habe dann in der bedeutendsten deutschen Monatsschrift, der Rodenbergschen „Deutschen Rundschau", einen Bericht über die Konferenz veröffentlicht, ohne daß die deutsche öffentliche Meinung sich veranlaßt gefühlt hätte, den Fragen eine eingehendere sachgemäße Würdigung zuteil werden zu lassen. Man blieb in Deutschland fast all-

Digitized by Google

gemein bei der Überzeugung, daß die Haager Konferenz nur leeres Stroh gedroschen habe, und verspottete die Friedensbestrebungen; man wiederholte insbesondere immer wieder die doch lediglich auf Unwissenheit beruhende Behauptung, das internationale Schiedsgericht werde doch nur im Sinne der uns feindlichen Mächte arbeiten, was ja durch die Vorschriften über die Zusammensetzung des Gerichtes im einzelnen Falle ganz ausgeschlossen war: das Auswärtige Amt aber tat nichts, um in dieser Beziehung erzieherisch auf die deutsche öffentliche Meinung einzuwirken. Daß das Auswärtige Amt in dieser Richtung sehr gut und segensreich hätte wirken können, ist zweifellos; daß es dies nicht getan hat, gleichfalls. Ich darf, mangels positiver Unterlagen, nicht behaupten, daß das Auswärtige Amt direkt dahin gearbeitet habe, die Haager Konferenzarbeit in Deutschland als Komödie erscheinen zu lassen; daß es aber dieser in Deutschland allgemein verbreiteten Anschauung nicht ernst und energisch entgegengetreten ist, ist zweifellose Tatsache, und diese schwere Unterlassungssünde hat die bedauerlichsten Folgen für die Beurteilung Deutschlands in der Welt gezeitigt. Ich selbst habe meiner entgegengesetzten gewissenhaften Überzeugung bei jedem Anlaß lebhaften Ausdruck gegeben; aber außerhalb des unnahbaren Hoheitsbereiches des unfehlbaren Auswärtigen Amtes stehend und mit den Aufgaben eines an Arbeit überreichen anderweitigen Berufes belastet, hatte ich keine Möglichkeit, in wirksamer Weise den bedauerlichen und gefährlichen Vorurteilen, die das deutsche Volk beherrschten, entgegenzutreten, und mußte nur mit Schmerz und weiterhin mit Schrecken erkennen, wie sich das Mißtrauen der Welt gegen Deutschland immer stärker verdichtete und immer allgemeiner wurde.

Das ausgezeichnete, streng wissenschaftliche zweibändige Werk von Meurer über die völkerrechtliche Arbeit der Konferenz blieb seinem Charakter gemäß auf die wissenschaftlichen Kreise beschränkt, und das Auswärtige Amt bezeugte auch für diese wissenschaftliche Arbeit nicht das geringste Interesse. Und überaus kennzeichnend für die deutsche Auffassung der Haager Dinge ist es, daß das hervorragende, sowohl von ausgezeichneter Sachkenntnis wie von gesundem Urteil zeugende Werk des Grafen Reventlow über Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914 mit keinem Worte der großen Bewegung gedachte, die sowohl die Ursache als die Wirkung der ersten Haager Konferenz in der Welt war.

Die Ereignisse der Weltpolitik, die in der Zeit zwischen den beiden Haager Friedenskonferenzen die Verhältnisse der Staaten bestimmten und die in ihrem Zusammenhange und ihrer Wechselwirkung allmählich zu der Konstellation führten, aus der der Weltkrieg hervorgehen mußte, sind in gedrängter Übersicht folgendermaßen zu gruppieren.

Das Satyrspiel, das die erste Konferenz unmittelbar begleitete, war der Burenkrieg. Die lange vorbereitete Vergewaltigung der beiden südafrikanischen Burenstaaten durch England in dem mehrere Jahre andauernden Kriege setzte das außerhalb der beiden großen Mächtegruppierungen stehende

Digitized by Google

England in schärfsten Gegensatz gegen die gesamte übrige Staatenwelt: England schien durch dieses Vorgehen, obwohl es sein Endziel, die Unterwerfung der Burenstaaten, schließlich nach schweren Kämpfen erreichte, hoffnungslos vereinsamt. Der russische Gegensatz zu England wurde allgemein als vollkommen unausgleichbar betrachtet; der französische, durch andere afrikanische Fragen scharf zugespitzte Gegensatz zu England fand während des Burenkrieges schärfsten Ausdruck; die deutsche öffentliche Meinung nahm mit Heftigkeit Partei für die mißhandelten Burenstaaten, und in der vielbesprochenen Krügerdepesche hatte auch der Kaiser dieser Meinung schon gelegentlich des Jamesonschen Einfalles, des Vorspieles zum Burenkrieg, Ausdruck gegeben. England aber schritt ruhig zum Ziele und ließ die Welt in Worten, denen keine Taten folgten, sich austoben. Daß die europäische Stimmung einhellig scharf gegen England gerichtet war, ist zweifellos. Der chinesische Boxeraufstand und die nach Ermordung des deutschen Gesandten folgende Weltexpedition gegen China unter deutschem Oberbefehl änderten nichts an diesem allgemeinen Stande der Dinge. Der österreichisch-russische Gegensatz in den Balkanfragen hatte in einer Petersburger Vereinbarung von 1897 und weiterhin in dem Mürzsteger Programm von 1903 eine vorläufige friedwillige Ausgleichung auf der Grundlage: Erhaltung des Status quo in der Türkei gefunden. Bedrohlich war für kurze Zeit der Venezuelastreit, in dem die Vereinigten Staaten zugunsten Venezuelas die Monroedoktrin geltend machten, indes ein Dreibund England-Deutschland-Italien durch Blokkade der venezolanischen Küste die Einlösung venezolanischer Schuldverpflichtungen erzwang. Der Streit fand mit allgemeiner Übereinstimmung schließlich seine Entscheidung durch den Haager Schiedshof, der in dieser Frage zum erstenmal eine schwierige Rechtsfrage, an der die meisten großen Mächte der Welt beteiligt waren und die zugleich durch die Stellungnahme der Vereinigten Staaten einen politischen Charakter trug, der Lösung zuführte, die ohne Widerspruch angenommen und vollzogen wurde, ohne politische Spannungen zu hinterlassen oder politische Neubildungen hervorzubringen (s. dazu die Bearbeitung des Venezuelaprozesses durch v. Bar bei Schücking a. a. O., S. 249 ff.)

Im Januar 1901 hatte Eduard VII. den englischen Königsthron bestiegen. In diesem Zeitpunkte der höchsten politischen Vereinsamung Englands beginnt die Periode höchster politischer Aktivität Englands, deren letzter Erfolg die Ereignisse von 1914 sind. Erst die Geschichtschreibung der Zukunft wird berufen und in der Lage sein, die ganze verhängnisvolle Bedeutung der Persönlichkeit Eduards VII. in klares Licht zu setzen. Jedenfalls hat Eduard VII. der Welt den Beweis geliefert, wie falsch der allgemein nachgebetete Satz ist, daß unter der Herrschaft des parlamentarischen Systemes nur die verantwortlichen Minister die Politik machen, nicht der unverantwortliche Monarch. Die englische Politik Eduards VII. ist die persönliche Politik des Königs, und diese Politik hat die Geschicke der Welt bestimmt. Sicherlich

Digitized by Google

war diese Politik im Einklang mit den weit überwiegenden Stimmungen und Strömungen des englischen Volkes; ob der König sie im Gegensatze zum Volke hätte durchführen können, kann dahingestellt bleiben. Die treibende Kraft dieser Politik waren aber jedenfalls nicht die Minister, sondern der zähe und starke Wille des Königs, dessen gefügige Werkzeuge die Minister in London, Paris und Petersburg waren; ein selbständiger politischer Wille neben dem König, aber auf engste Verbindung von Frankreich und England gegen Deutschland gerichtet, trat weiterhin nur in Paris hervor, wo dessen bedeutendster Träger Delcassé war. Diesen französischen Willen hatte schon 1896 der französische Botschafter in London nach der Krügerdepesche mit den Worten ausgesprochen: „Frankreich hat nur einen einzigen Feind, und das ist Deutschland. England kann danach seine Politik einrichten." Dieser Grundcharakter der französischen Volksstimmung konnte zwar zeitweise verhüllt werden, wie in den Tagen von Faschoda und der Zeit des Burenkrieges, sie blieb aber gleichwohl das Leitmotiv der französischen Politik.

Die Politik Eduards VII. war bewußt und scharf gegen Deutschland gerichtet. Trotz der nahen Verwandtschaft zwischen dem Sohn und dem Enkel der Königin Viktoria war zweifellos das persönliche Verhältnis zwischen dem Deutschen Kaiser und dem König von England kein nahes und vertrauensvolles; der starke Gegensatz der Persönlichkeiten und die scharfen sachlichen Gegensätze, die nicht nur die politische, sondern insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und England gezeitigt hatten, bewirkten zusammen eine mit innerer Notwendigkeit immer steigende Entfremdung der beiden Staaten, die zum tragischen Verhängnis für die Welt wurde. Ob Eduard VII. in die Kombinationen seiner Weltpolitik den Plan eines Krieges gegen Deutschland von vornherein eingesetzt hatte, wird schwerlich jemals festzustellen sein; der deutsche Kronprinz hat mir persönlich gegenüber bestimmt betont: er habe aus verschiedenen Unterredungen mit seinem Onkel, der ihm die freundlichste Gesinnung bezeugt habe, die feste Überzeugung gewonnen, daß der König keinen Krieg mit Deutschland gewollt habe. Jedenfalls aber wollte der König mit größter Bestimmtheit, daß das mit Riesenkraft aufstrebende Deutschland in eine weltpolitische Stellung herabgezwungen werde, die keine Gefahr bot für die politischen und wirtschaftlichen Weltinteressen Englands. Der immer schärfer hervortretende Gegensatz zwischen Deutschland und England war verursacht durch Deutschlands Eintreten in die Weltpolitik, und das Eintreten Deutschlands in die Weltpolitik war eine notwendige Folge der äußeren Machtstellung und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Schon 1897 hatte die bekannte englische Zeitschrift „Saturday Review" in einem vielbesprochenen Aufsatz mit dem Ceterum censeo „Germaniam esse delendam" diesem Gegensatze schärfsten Ausdruck gegeben.

Es war allgemein bekannt, wie stark die Vorliebe des Prinzen von Wales für französisches Wesen und insbesondere für das leichte Pariser Leben

Digitized by Google

war. Auch mit Rußland war der englische Hof durch nahe Verwandtschaftsbande verknüpft, und schon 1894 war der Prinz von Wales in diplomatischer Mission nach Petersburg zur Ausgleichung politischer Schwierigkeiten entsandt worden.

Bei seiner Thronbesteigung im Jahre 1901 fand Eduard VII. die schweren kolonialen Gegensätze mit Frankreich und den allgemein als unausgleichbar betrachteten asiatischen Gegensatz mit Rußland vor. 1898 hatte Frankreich in der „Schmach von Faschoda" vor englischen Drohungen kapitulieren und die französische Trikolore einziehen müssen. Alsbald machte sich der König an das große und schwere Werk der Überwindung des französischen Gegensatzes. Das Ergebnis dieser Arbeit, das von entscheidender Bedeutung für den Gang der Weltereignisse wurde, ist das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 (Text bei Fleischmann, Völkerrechtsquellen 343). Schon im Herbst 1903 hatten England und Frankreich einen Schiedsvertrag abgeschlossen, durch welchen beide Staaten alle ihre Streitfälle — mit Vorbehalt der Ehrenklausel — der Schiedsprechung zu unterwerfen sich verpflichteten. Dieser Schiedsvertrag war der wahre Ausdruck des Verhältnisses beider Staaten, wie es sich durch Eduard VII. und Delcassé gestaltet hatte. Dann folgte das Abkommen von 1904.

Die Einzelbestimmungen dieses denkwürdigen Staatsvertrages sind hier von keiner Bedeutung; es kommt nur darauf an, seine Grundgedanken und ihre Bedeutung für die Weltpolitik klarzustellen. Diese Grundgedanken sind: die schweren englisch-französischen Gegensätze in Afrika werden überwunden und restlos ausgeglichen durch die vertragsmäßige Einigung auf die beiden Sätze: 1. in Ägypten und dem dazugehörigen Interessengebiete, insbesondere dem Sudan (Faschoda!) herrscht England und scheidet Frankreich aus; 2. in Marokko und dem dazugehörigen Interessengebiete herrscht Frankreich und scheidet England aus. Dies war zwar nicht direkt ausgesprochen, aber es war der zweifellose Sinn und die bewußte Absicht des Abkommens. Die Ausdrucksweise, besonders in bezug auf Marokko, war unklar und widerspruchsvoll; scheinbar war die Souveränität des Scherifen anerkannt; im Abkommen selbst aber war schon Frankreich das Recht zuerkannt, alle für Herstellung der Ordnung und Entwicklung des Verkehres erforderlichen Maßnahmen zu treffen; in einem besonderen Geheimabkommen war Frankreich alle Gewalt in und über Marokko zuerkannt. Ein besonderes Abkommen wurde noch mit Spanien abgeschlossen, das die alten Rechte Spaniens an der Nordküste von Afrika anerkannte und erweiterte; damit war Spanien in das neue System eingegliedert. Das Abkommen, selbstverständlich ohne den Geheimvertrag, wurde alsbald veröffentlicht, nicht aber den Signatarmächten der Madrider Konvention von 1880 (s. hierüber unten S. 30 f.), insbesondere Deutschland, amtlich mitgeteilt. Auch die übrigen Streitfragen zwischen England und Frankreich: Neufundland, Westafrika, Siam, Madagaskar, Neue Hebriden wurden durch das Abkommen restlos ausgeglichen.

Digitized by Google

Damit war der gefährliche französisch-englische Gegensatz in Afrika völlig beseitigt. Für die Erreichung dieses Zieles mußte Frankreich eine seiner größten und im französischen Volke tiefgewurzelten Traditionen, die Vormachtstellung in Ägypten, das es durch die Schaffung des Suezkanales in den Mittelpunkt der Weltinteressen gestellt hatte, aufgeben. Daß es dies tun konnte und tat, beweist am klarsten die ungeheure weltpolitische Bedeutung, die man in Frankreich dem Abkommen beilegen zu müssen überzeugt war. Denn weit wichtiger als das Abkommen selbst war es, daß durch die Verhandlungen über dieses Abkommen und durch den Abschluß die englische und die französische Politik überhaupt in ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis gesetzt wurden, das weit über den unmittelbaren Inhalt des Abkommens hinaus wirken mußte und gewirkt hat. Seit dem großen Werke Eduards VII. von 1904 sind die englische und die französische Politik gemeinsame Wege gegangen, und vorsichtige Staatsmänner mußten sich darüber klar sein, daß die Überwindung des heftigen Gegensatzes zwischen England und Frankreich in Afrika nur möglich war im Rahmen einer großen, weitausschauenden Politik, die ein allgemeines, wenn auch nicht vertragsmäßig formuliertes Bündnis zwischen beiden Staaten schuf. Das war sicherlich auch die Absicht Eduards VII., und mit Freude nahm man dies in Paris auf. Die englischen Staatsmänner konnten mit voller Wahrheit immer wieder, noch bei Ausbruch des Weltkrieges, betonen, England sei durch kein Bündnis in der Freiheit seiner Entscheidung beschränkt; dies war formell richtig, aber die innere Kraft des Abkommens von 1904 wog viel schwerer als jede geschriebene Bundespflicht: England und Frankreich waren seit 1904 in engem Vertrauensverhältnis verbunden, und dies trat bei jeder seitdem aufgetauchten politischen Frage allgemeiner Natur scharf zutage.

Das zweite weltpolitisch charakteristische Moment des Abkommens von 1904 lag in der souveränen Nichtachtung des Völkerrechtes, die der Welt gegenüber zu betätigen England und Frankreich nicht das mindeste Bedenken trugen. Daß man das Abkommen alsbald veröffentlichen konnte, beweist den Tiefstand des Rechtes in der damaligen Weltpolitik. Eine eingehende Begründung dieses Urteiles ist nicht erforderlich; es genügt die Feststellung, daß Ägypten, wenn auch seit 1882 von England gewaltsam besetzt, rechtlich Bestandteil des türkischen Reiches und als solches durch europäische Verträge anerkannt war; daß ferner Marokko selbständiger Staat, in seinem Verhältnis zu Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika festgelegt durch den Madrider Vertrag von 1880 (Text D. R.-Ges.-Bl. 1881, S. 103), war. Ohne jede Rücksicht auf diese Schranken verfügt das Abkommen von 1904 über Ägypten wie über Marokko.

Nach dem Gelingen des Werkes von 1904 griff Eduard VII. alsbald den zweiten, noch schwierigeren Teil der welthistorischen Aufgabe an, die er sich gestellt hatte: Rußland. Seit dem Berliner Kongresse waren die deutsch-russischen Beziehungen Schritt für Schritt aus der früheren engeren Freund-

Digitized by Google

schaftsbahn herausgetreten; diese Entwickelung führte, wie oben gezeigt, zu der wachsenden Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich, die seit 1891 zum formellen Bündnis erhoben worden war, andererseits zu dem engen Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Österreich, das Deutschland immer tiefer in die Balkaninteressen und damit in die schweren österreichisch-russischen Gegensätze verstrickte. Dem gegenüber erschienen allerdings die russisch-englischen Gegensätze unausgleichbar und dadurch England mit zwingender Notwendigkeit auf die österreichisch-deutsche Seite gestellt. Von welcher Bedeutung für den Plan Eduards VII., das für unmöglich Gehaltene auszuführen, nämlich den russisch-englischen Gegensatz in Ost- und Mittelasien auszugleichen, das russisch-französische Bündnis sein mußte, ist ohne weiteres klar: das mit den beiden Gegnern eng verbundene Frankreich war der gegebene und überaus geschickte Vermittler zwischen beiden Staaten, deren jeder mit diesem Vermittler in festem Vertrauensverhältnis stand. Um diese Gegensätze oszillierte die Weltpolitik seit 1890; es fehlte nicht an tastenden Versuchen, aus diesen Gegensätzen ein enges politisches Verhältnis zwischen Deutschland und England herzustellen, erst in der Ära Caprivi, weiterhin durch Anregungen von England; sie scheiterten an dem seit Hohenlohe deutscherseits streng gewahrten Grundsatz, das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland festzuhalten und zu pflegen, wie er besonders in dem Verhalten Deutschlands in bezug auf die Mandschurei und weiterhin in der wohlwollenden Neutralität Deutschlands im Russisch-Japanischen Kriege sowie darin zur Geltung gelangte, daß Deutschland streng vermied, aus der russischen Niederlage und den Schwierigkeiten nach dem Kriege irgendwelchen politischen Nutzen zu ziehen. Aber eine feste Verbindung zwischen Deutschland und Rußland wiederherzustellen, gelang der deutschen Politik nicht. Und nunmehr begann das Werk Eduards VII.

Um aber Rußland dem Willen Englands dienstbar zu machen, mußte zuvor die Macht Rußlands in Ostasien, die durch die Entwickelung der jüngst vergangenen Zeit ungeheure Dimensionen angenommen hatte, gebrochen werden. Der Vollstrecker dieser Aufgabe an Rußland im Dienste der englischen Weltpolitik war Japan. Das gewaltig aufstrebende und insbesondere durch deutsche Hilfe in geistiger, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zur Großmacht emporgewachsene Japan hatte 1895 durch den Krieg mit China auf dem asiatischen Festland Fuß gefaßt und war dadurch in scharfen Gegensatz zu der in Nord- und Mittelasien stärksten europäischen Macht, Rußland, getreten. Es gelang Rußland, Japan die Haupterfolge des chinesischen Krieges dadurch zu entreißen, daß es Japan zum Verzicht auf den Frieden von Schimonoseki nötigte; Frankreich, seit 1891 Rußlands Bundesgenosse, hatte hierbei hilfreichen Beistand geleistet, und unbegreiflicherweise hatte auch Deutschland sich diesem Vorgehen gegen Japan angeschlossen, zweifellos in der Absicht, damit Rußland einen wichtigen Freundschaftsdienst zu leisten und damit die Beziehungen zu Rußland nach der seit dem Berliner

Digitized by Google

Kongreß eingetretenen und durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages unter Caprivi verschärften Entfremdung wieder zu festigen.

Die tiefe Verstimmung Japans gegenüber dieser Vergewaltigung benützte England in geschicktester Weise, um Japan seinen Interessen dienstbar zu machen: am 30. Januar 1902 wurde das englisch-japanische Bündnis abgeschlossen. Es scheint, daß die Absicht bestand, auch Deutschland in dieses Bündnis einzubeziehen, daß diese Absicht aber bei Deutschland, das seine russischen Beziehungen festzuhalten entschlossen war, keinen Anklang fand. Der große Gegensatz zwischen Japan und Rußland über die nordöstlichen Teile des asiatischen Kontinentes, speziell die Mandschurei, führte sodann zu dem Russisch-Japanischen Kriege von 1904, der für Rußland die verhängnisvollsten Folgen hatte. Das für unüberwindlich gehaltene Riesenreich Rußland erlag den siegreichen japanischen Waffen; durch den Frieden von Portsmouth von 1905 wurde Japan die entscheidende Vormacht in Nordostasien, und Japan war der vertragsmäßige Bundesgenosse Englands. Die Revolution, welche im europäischen Rußland die Folge des Krieges war, schwächte außerdem die innere Kraft Rußlands in hohem Grade. Damit war Rußland auf den Standpunkt herabgeführt, auf welchem es mit Hilfe der französischen Einwirkungen den englischen Anträgen bereitwillig Gehör zu schenken vorbereitet war. Der Boden für gegenseitiges Entgegenkommen war geebnet; der geschickten englischen Politik gelang es, mit Rußland zu einer vertragsmäßigen Einigung vom 31. August 1907 über die mittelasiatischen Fragen dahin zu gelangen, daß 1. die „Unabhängigkeit" Persiens anerkannt, 2. dies Reich aber in drei Zonen eingeteilt wurde, deren nördliche Rußland, deren südliche England überlassen wurde, indes die mittlere neutral bleiben sollte, 3. der Persische Golf an England überlassen wurde, und 4. Rußland sich aus Afghanistan zurückzog.

Durch diese Vereinbarung hatte Rußland zwar den ihm verbliebenen asiatischen Besitzstand gesichert und Nordpersien war für die Zukunft an Rußland ausgeliefert. In der Hauptsache aber war dadurch für England die Sicherheit gegenüber weiterer russischer Expansionspolitik mit dem Ziele Indien gegeben, und in Ostasien war Japan die entscheidende Vormacht geworden.

Das Zurückdrängen Rußlands von seinen großen asiatischen Plänen durch diese gewaltigen Erfolge der englisch-japanischen Politik hatte zur Folge, daß die alten russischen Pläne für den näheren Orient, die Balkanhalbinsel, mit erneuter Kraft wieder auflebten und damit die österreichisch-russischen Gegensätze wieder breit in den Vordergrund der Weltpolitik traten. Und in diesen Balkangegensätzen — das war die große mittelbare Bedeutung des englisch-russischen Abkommens von 1907 — stand nunmehr England, unter völliger Preisgabe seiner überlieferten Balkanpolitik, auf seiten Rußlands.

Während im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nach den angegebenen Richtungen in London, Paris und Petersburg große Weltpolitik gemacht

Digitized by Google

wurde, stand Deutschland seitab in der Welt und ist von den Vorgängen dieser großen Weltpolitik so gut wie ausgeschaltet. Weder aus Tatsachen der politischen Geschichte noch aus dem Werke des damaligen deutschen Reichskanzlers, Fürsten Bülow, über deutsche Politik können wir einen großen Gedanken entnehmen, der die deutsche Politik jener Zeit beherrscht oder auch nur stark beeinflußt hätte. Die Weltpolitik geht ihre großen Bahnen, die ihr von London aus vorgezeichnet werden und die zuerst in Paris, dann in Tokio, dann in Petersburg immer stärkere Zustimmung finden und engere Verbindungen herstellen: Berlin aber, wo von 1870 bis 1890 die Politik der Welt gemacht wurde, ist so gut wie ausgeschieden aus der großen Weltpolitik. Die ersten Jahre dieser Periode stehen im Zeichen der Handelsverträge, die schwere innere Kämpfe entfesseln, für die äußere Politik aber weder positiv noch negativ große Bedeutung haben. Die in England durch die deutsche Haltung den Burenstaaten gegenüber hervorgerufene und weiterhin insbesondere durch die Entwicklung der deutschen Flotte verschärfte Verstimmung nimmt einen dauernden Charakter an, der durch die persönliche Stellung Eduards VII. noch verstärkt wird. Äußerlich bleiben die deutsch-englischen Beziehungen korrekt, und am 12. Juli 1904 wird sogar für fünf Jahre ein Schiedsgerichtsvertrag mit England abgeschlossen (Text bei Fleischmann, Völkerrechtsquellen, S. 341, den Vertrag im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen, hielt man charakteristischerweise für überflüssig!), inhaltlich dessen die Vertragsstaaten die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, nur durch die Ehrenklausel eingeschränkt, zur Grundlage ihrer internationalen Beziehungen machen; es ist dies der einzige Schiedsgerichtsvertrag allgemeinen Charakters, den Deutschland abgeschlossen hat; viel Interesse hat dieser Schiedsgerichtsvertrag weder bei uns noch in England erweckt, und man hat ihm in der öffentlichen Meinung weder hier noch dort große Kraft zugetraut.

Das englisch-französische Abkommen von 1904 war Deutschland nicht amtlich mitgeteilt worden. Es bestand nicht die geringste Möglichkeit, gegenüber der in dem Abkommen liegenden Verletzung des Völkerrechtes eine Erfolg versprechende Gesamtaktion der übrigen Mächte zustande zu bringen. Allerdings trat Deutschland für das geschändete Völkerrecht ein, gestützt auf den Madrider Vertrag von 1880; der Kaiser unternahm die berühmte Reise nach Tanger 1905 und bekannte sich feierlich zur Souveränität des Scherifenreiches; Deutschland verlangte eine Konferenz zur Regelung der Rechtsfrage. Mit starkem Widerwillen gab Frankreich dem deutschen Verlangen nach.

Die Lage war aufs äußerste zugespitzt. Frankreich forderte unverhüllt das Protektorat über Marokko; England, das inzwischen den Schwerpunkt seiner ungeheuren Flottenübermacht aus dem Mittelländischen Meere in die heimischen Gewässer, speziell in die Nordsee, verlegt hatte, trat aufs schärfste, selbst mit direkten Drohungen gegen Deutschland, für die französischen Marokkoforderungen ein; Deutschland war unmittelbar vor die Frage des Krieges gestellt, der, da Rußland durch den unglücklichen Krieg mit Japan aus-

Digitized by Google

geschaltet war, kein Zweifrontenkrieg gewesen wäre. Durch den Rücktritt Delcassés und die Annahme der deutschen Konferenzforderung von seiten Frankreichs wurde die Katastrophe vermieden.

1906 trat die Konferenz von Algeciras zusammen; aber diese Konferenz enthüllte mit erschreckender Klarheit die Ohnmacht Deutschlands in und gegenüber der Weltpolitik.

Der Rechtsgrund, den Deutschland für seine Konferenzforderung geltend machte, war der Widerspuch des englisch-französischen Abkommens von 1904, insoweit er Marokko betraf — die ägyptische Frage, die rechtlich noch bedenklicher lag als die marokkanische, wagte Deutschland nicht aufzurollen —, mit dem Madrider Vertrag von 1880, der für Marokko die drei Grundsätze aufgestellt hatte: 1. Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Sultanats; 2. „offene Tür" für den Handel; 3. Gleichberechtigung der Staaten unter Anerkennung der Vorzugsstellung Spaniens, im übrigen nach dem Grundsatze der „Meistbegünstigung". Deutschland forderte, daß gewissermaßen in Ergänzung und authentischer Erläuterung des französisch-englischen Abkommens diese Grundsätze neuerdings völkerrechtlich anerkannt und festgelegt würden. Diese Rechtsforderung war unbedingt gerechtfertigt. Dabei war Deutschland durchaus bereit, die seit 1880 erfolgte tatsächliche Veränderung in der politischen Sachlage anzuerkennen und eine Vorzugsstellung Frankreichs neben derjenigen Spaniens zuzugestehen. Vom völkerrechtlichen Standpunkte aus war diese Stellungnahme Deutschlands unangreifbar. Aber die Konferenz bewies, einmal wie geringwertig das Völkerrecht für die die Weltpolitik jetzt bestimmenden Staaten geworden war und zweitens, wie ohnmächtig seit der Katastrophe von 1890 Deutschland in der Weltpolitik geworden, wie völlig das ungeheure Kapital, das Fürst Bismarck erarbeitet und hinterlassen hatte, verwirtschaftet war. Deutschland setzte scheinbar seine grundsätzlichen Forderungen auf der Konferenz durch; in der nicht weniger als 123 Artikel enthaltenden Algecirasakte vom 7. April 1906 fanden sie völkerrechtlichen Ausdruck (Text im Reichs-Ges.Bl. 891). Aber ausgeführt wurde die Algecirasakte nicht. Trotz des unangreifbaren Rechtsstandpunktes, den Deutschland behauptete, war es auf der Konferenz so gut wie vollständig isoliert; nur Österreich-Ungarn war sein „getreuer Sekundant". Die Algeciraskonferenz zeigte — das Ergebnis der glänzend durchgeführten Politik Eduards VII. — bereits vollständig die Kräfteverteilung der Welt, die späterhin die Katastrophe des Weltkrieges hervorrief: auf der einen Seite der feste und unerschütterliche französisch-englisch-russische Block, auf der anderen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn in fast hilfloser Defensive gegenüber den selbst- und siegesbewußten Angriffen der Gegner; der Dreibundgenosse Italien, bereits seit 1903 wieder in enger freundschaftlicher Verbindung mit Frankreich — die enge Verbindung mit England war nie unterbrochen — und durch die Zusicherung von Tripolis geködert, unverhohlen auf der Seite der Gegner der beiden anderen Dreibundgenossen; die Vereinigten Staaten von Amerika vermittelnd, aber keines-

Digitized by Google

wegs geneigt zu scharfer Vertretung des Völkerrechts an der Seite Deutschlands, vielmehr im Zweifel der englisch-französischen Parole folgend; Spanien durch sein Interesse gegenüber der französischen Herrschaft über Marokko zwar an die Seite Deutschlands gewiesen, aber weder fähig noch gewillt, der übermächtigen Koalition entgegenzutreten, und gleichfalls gebunden durch geheime vertragsmäßige Abmachungen mit Frankreich, die ihm einen Teil des marokkanischen Raubes zusicherten.

So war die Konferenz von Algeciras zwar scheinbar ein deutscher Erfolg durch Anerkennung des Völkerrechts für Marokko und genaue Einzelformulierung der für die Staats- und Handelsverhältnisse dieses Staates geltenden Vorschriften; in Wirklichkeit aber die schwerste diplomatische Niederlage Deutschlands, die das Reich Bismarcks nur im Bunde mit Österreich-Ungarn vereinsamt in der Welt und ohnmächtig gegenüber einer übermächtigen Weltkoalition zeigte. Das deutsche Volk ist sich dieser gefahrvollen politischen Situation nicht in vollem Umfange bewußt geworden; erst der Weltkrieg hat sie uns vollständig enthüllt.

Die Überlieferung aus der großen Zeit Deutschlands, die in dem Namen Bismarck umschlossen ist, hatte es mit sich gebracht, daß die auswärtigen Angelegenheiten im Volk und seiner Vertretung, dem Reichstag, eine weit geringere sachverständige Kenntnis und Wertung fanden als in anderen Ländern, besonders in England. Man lebte immer noch in der Vorstellung der Bismarckschen Zeit, daß im deutschen Auswärtigen Amt mit überlegener Sachkenntnis und politischer Weisheit gearbeitet werde, und dieses Vertrauen beherrschte, dank insbesondere auch einer sehr starken und sehr geschickten Beeinflussung der maßgebenden deutschen Presse durch das Amt, die öffentliche Meinung Deutschlands. Überdies war man — und dies gewiß mit Recht — der Überzeugung, daß die deutsche auswärtige Politik getragen sei von den Grundsätzen des Rechtes und einer darauf begründeten ehrlichen Friedensliebe, und man fühlte sich stark in dem Bewußtsein, daß diese Politik des Rechtes und ehrlicher Friedensliebe einen sicheren Schutz gegen jede politische Gefahr bilden müsse.

Jedenfalls war durch die Algeciraskonferenz die politische Lage auch für den einfachsten politischen Verstand vollkommen geklärt. Fest verbunden waren Deutschland und Österreich-Ungarn; fest verbunden waren andererseits Rußland und Frankreich; beide Verbindungen beruhten auf geschriebenen Verträgen; der russisch-französischen Verbindung trat England, zwar nicht in geschriebenem Vertrage, aber kraft der die Interessen enge verbindenden Sonderabmachungen seit 1904 mit beiden Staaten, zur Seite; das Zusammengehen der drei genannten Staaten, wie es die Konferenz von Algeciras aufs klarste und schärfste der Welt offenbarte, war die zwingende politische Folge der durch Eduard VII. seit 1904 geschaffenen politischen Lage. Neben diesen beiden festen Verbänden Italien, zwar noch dem Dreibund angehörend, aber, wie in Algeciras, so jederzeit sonst bereit, diesem Bunde den Rücken zu kehren,

Digitized by Google

sobald ihm dies wünschenswert erschien; Japan in vertragsmäßigem Bündnis mit England; die Vereinigten Staaten von Amerika, in Worten scharfe Verteidiger des Völkerrechtes im pazifistischen Sinne, in Taten lediglich ihren Interessen folgend, auf den Wegen der Weltpolitik noch unsicher schwankend, aber unzweifelhaft überwiegend von angelsächsischer Blutsverwandtschaft und von republikanisch-demokratischen Freiheitsidealen in ihren Neigungen und Abneigungen beherrscht. Die durch den Besuch des Prinzen Heinrich, durch „Austauschprofessoren", durch zahlreiche andere Mittel und Mittelchen nicht immer in richtiger und würdiger Weise erstrebte engere Verbindung des amerikanischen und deutschen Volkes war jedenfalls nicht in dem erwünschten Grade erreicht worden.

Unter diesen Auspizien trat die zweite Haager Friedenskonferenz im Juni 1907 zusammen.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

1867

7. Januar.

Um 7½ Uhr fuhr ich auf einen Ball im Militärkasino, dem auch der Großherzog, Prinz und Prinzessin Ludwig, Prinz Alexander und Prinzessin Battenberg, Prinzessin Karl und Prinz Wilhelm nebst dem Hofe beiwohnten. Ich sprach lange mit der Prinzessin Karl und sagte derselben meine verdiente Anerkennung über ihre politischen Grundsätze und ihr Verhalten während des verflossenen Sommers. Später nahm mich die Prinzessin Battenberg in ein Nebenzimmer und sprach mir in höchster Aufregung von den zwei verschiedenen Reisen, die der Prinz und die Prinzessin Ludwig kürzlich nach Karlsruhe gemacht hätten, zumal aber von der Reise, welche dieselben morgen früh nach Koburg und von da nach Berlin antreten wollten. Sie fragte, weshalb der Großherzog einen solchen Skandal, namentlich die Reise nach Berlin, nicht hindere. In Petersburg habe das Benehmen des Prinzen und der Prinzessin das größte Mißfallen erregt. Ich antwortete, daß der Großherzog, ebenso wie ich und alle rechtlich denkenden Menschen, die politische Richtung des Prinzen und der Prinzessin Ludwig und insbesondere deren Reisen zu den badischen und koburgischen Verrätern beklagten, daß es aber schwer sei, solche Reisen wie diejenige nach Berlin zu verbieten,

Digitized by Google

ohne neue Zerwürfnisse mit Preußen herbeizuführen, welche man dermalen um jeden Preis vermeiden müsse.

16. Januar.

Morgens 11½ Uhr kam der bayerische Gesandte Baron Thüngen mit dem Ministerialrat Grafen Taufkirchen. Der letztere hatte mich mündlich vertraulich zu einer Konferenz der Minister der süddeutschen Staaten nach Stuttgart, behufs Feststellung einer gemeinsamen militärischen Organisation, einzuladen und mir die Grundzüge zu entwickeln, nach welchen diese Organisation auszuführen sei. Ich erwiderte, daß wir dermalen wegen einer Militärkonvention mit Preußen verhandelten und daß wir uns deshalb vorerst auf keine Verhandlungen mit Bayern und Württemberg einlassen könnten. Um 12¼ Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel, um sich zu erkundigen, ob Bayern hier Vorschläge wegen einer gemeinsamen militärischen Organisation gemacht habe. Ich bejahte dies und sagte, daß wir den Vorschlag mit Rücksicht auf unsere Verhandlungen mit Preußen abgelehnt hätten.

17. Januar.

Gagern brachte mir Grüße von Beust. Er sagte mir, daß er vor seiner Abreise eine beinahe zweistündige Audienz bei dem Baron Beust gehabt habe. Am Schlusse derselben habe Beust ein Telegramm aus Dresden von Bürgermeister Pfotenhauer daselbst mit Glückwünschen zu seinem Geburtstage empfangen. Beust habe es ihm mit dem Bemerken gezeigt, daß solche Beweise von Erinnerung wohl täten. Er, Gagern, habe dann Veranlassung genommen, ihm ebenfalls zu gratulieren, und zwar mit dem Zusatze, wie er wünsche, daß Beusts Stellung sich immer mehr befestigen möge. Darauf sei er weggegangen. Als er aber schon im Vorzimmer gewesen, habe ihn Beust, obgleich eine Anzahl darunter sehr hochgestellter Personen im Vorzimmer gewartet hätten, nochmals zurückrufen lassen, um ihm zu sagen, er möge in Darmstadt aussprechen, daß seine, Beusts, Stellung keine schlechtere geworden sei.

19. Januar.

Um 12½ Uhr hatte ich den Besuch des Ministerresidenten zu Paris, Grafen Enzenberg. Derselbe las mir einen Brief des österreichischen Kommandanten in Galizien, Grafen St. Quentin, vor, wonach auch dieser an die Auflösung der österreichischen Monarchie glaubt und die österreichische Zukunft in den schwärzesten Farben sieht.

26. Januar.

Der preußische Gesandte v. Wentzel interpellierte im Auftrage seiner Regierung bezüglich der in der Kammer vorgebrachten Beschuldigung des Herrn Metz, daß die großherzogliche Regierung einen für Preußen verletzenden Aufruf an die Wähler bei den letzten ständischen Wahlen in die Kreisblätter habe aufnehmen lassen. Ich erwiderte, daß die Kreisblätter in keiner Weise

Digitized by Google

offiziös seien und daß die Regierung für das, was darin enthalten sei, keine Verantwortlichkeit habe. Ich würde die Interpellation schriftlich durch den großherzoglichen Gesandten in Berlin beantworten. Sodann verlas Herr v. Wentzel eine Depesche, worin die großherzogliche Regierung dringend ersucht wird, sich bei den bevorstehenden Stuttgarter Militärkonferenzen zu beteiligen. Ich verhehlte dem Herrn v. Wentzel die Bedenken nicht, die ebensogut im preußischen als im hessischen Interesse lägen, versprach aber, dem preußischen Wunsche nachzukommen.

27. Januar.

Um 12 Uhr empfing ich den Ministerialsekretär Neidhardt und beauftragte ihn, die Benachrichtigung an die Höfe von München und Stuttgart, daß man sich diesseits an den dortigen Militärkonferenzen beteiligen werde, aufzunehmen.

Um 12¼ Uhr kam der Geheime Staatsrat v. Bechtold auf mein Ersuchen. Ich ersuchte ihn, eine Depesche nach Berlin als Antwort auf die Beschuldigung des Herrn Metz, daß man preußenfeindliche Wahlaufrufe durch die Kreisblätter verbreitet habe, zu entwerfen.

Um 12¾ Uhr fuhr ich zu dem General v. Grolman und teilte ihm mit, daß unsere gemeinsame Reise zu den Stuttgarter Konferenzen Allerhöchsten Ortes genehmigt sei. Bei dieser Gelegenheit gab mir v. Grolman die Versicherung, daß Prinz Ludwig, aus Anlaß seiner Reise nach Berlin, nicht den entferntesten Auftrag zu einer Verhandlung mit dem preußischen Hofe oder der preußischen Regierung erhalten habe.

30. Januar.

Gagern erzählte mir, daß wenn der Fürst Hohenlohe ein seinen Ansichten entsprechendes Programm hätte veröffentlichen wollen, er in der bayerischen Kammer auf keine zehn Stimmen hätte rechnen können. Er habe deshalb sein bekanntes Programm in die Welt geschickt, welches die Selbständigkeit Bayerns betone, im allgemeinen aber unbestimmt gehalten sei. Gagern bestätigte mir noch, nach Mitteilungen des früheren Ministers v. Edelsheim, dasjenige, was mir Baron Soden[1]) über die Zerfahrenheit der badischen Zustände gesagt hatte. Die fortschrittlich-preußische Partei herrscht dort mit maßlosem Despotismus über die große Majorität des Landes. Der Großherzog ist schwach und ratlos. Der Minister Matthy[2]) hat ihn glauben machen, seine und der anderen kleineren Fürsten Existenz werde höchstens noch ein Jahr dauern. Es sei also ganz überflüssig, noch irgendwie Verbesserungen in der Gesetzgebung und Verwaltung einzuführen. Edelsheim

[1]) Oskar, württembergischer Gesandter in München.

[2]) Karl, 1807—1868, seit 1842 in der Badischen Kammer, Mitglied des Frankfurter Parlaments 1848, seit 1864 badischer Handelsminister, Förderer der preußisch-deutschen Einigung.

Digitized by Google

hatte zu Anfang des verflossenen Krieges, vor seiner Reise nach München, dem Großherzog Friedrich ein Memoire vorgelegt, welches im Staatsministerium beraten und gebilligt worden war und auch die Genehmigung des Großherzogs erhielt. Während Edelsheim danach verfuhr, änderten sich die Ansichten seines Herrn. Der Großherzog wurde in hohem Maße mißtrauisch, sah Edelsheim nicht mehr, und dieser verlangte und erhielt deshalb seine Entlassung. Eine Zeitlang, bis zu Freydorffs Ernennung, fehlte es ganz an einem Minister des Äußern in Karlsruhe. Der Großherzog regierte ohne Minister, und in diese Zeit fallen die Korrespondenzen und Maßnahmen, welche wir als verräterisch an der Sache des Deutschen Bundes zu bezeichnen haben.

Stuttgart, 2. Februar.

Morgens 11¼ Uhr fuhr ich mit dem General v. Grolmann nach Stuttgart zur Teilnahme an den dortigen Ministerkonferenzen.

3. Februar.

Morgens 9 Uhr besuchte mich Hügel. Er sagte mir, der König sei eine Null. Seine drei Günstlinge, Oberst v. Spitzemberg,[1]) Staatsrat v. Egloffstein und Graf Leutrum[2]) stellten ihm alles im rosigsten Lichte dar, während die Stimmung im Lande eine sehr schlechte sei. Die Bevölkerung sage, wenn sie größere Lasten, namentlich die allgemeine Wehrpflicht übernehmen solle, so wolle sie lieber gleich preußisch werden. Die Truppen seien ganz unzuverlässig, sieben Achtel der Offiziere würden lieber heute als morgen, wenn auch in niederen Graden, in die preußische Armee eintreten, weil ihnen der württembergische Dienst unerträglich sei.

Um 10 Uhr morgens hatte ich zusammen mit dem General v. Grolmann Audienz bei dem Könige von Württemberg. Derselbe war herzlich und gab mir die Hand, erging sich aber in allgemeinen Phrasen, man müsse das Geschehene vergessen, nur an die Zukunft denken, sich Preußen anschließen, dem treue Bundesgenossen lieber seien als annektierte Untertanen usw. Der König sprach auch ganz allgemein von seinen militärischen Organisationsplänen, er wolle ständige zuverlässige Kaders, aber keine Mannschaft, die halb Bürger, halb Soldat sei u. s. f. Um 11 Uhr ging ich mit Herrn v. Grolmann in die erste Konferenzsitzung, die im alten Schlosse stattfand. Die badischen Bevollmächtigten, Präsident v. Freydorff und Generalleutnant Ludwig,[3]) machten eine Reihe von Einwendungen gegen den bayerischen Entwurf einer Übereinkunft, sowohl gegen die allgemeinen Sätze als gegen den Vorschlag, nur ¾ Prozent der Bevölkerung zu den Waffen zu rufen. Sie

[1]) Württembergischer Gesandter in Berlin.
[2]) Württembergischer Staatsrat und Mitglied des Geheimen Rates.
[3]) Badischer Kriegsminister.

Digitized by Google

bestanden auf einem vollen Prozent und ließen ihre übermäßig preußenfreundlichen annexionslustigen Gesinnungen überall durchblicken. Die Sitzung dauerte von 11 bis 3 Uhr.

4. Februar.

Zweite Konferenzsitzung, die bis 3 Uhr dauerte. Nach meiner Rückkehr hatte ich den Besuch des sächsischen Geschäftsträgers Lemaistre, der mich über die Haltung der Südstaaten und um meine Meinung von der Zukunft Deutschlands befragte. Ich sagte ihm, daß ich den dermaligen Zustand für ganz unhaltbar hielte und einen allgemeinen europäischen Krieg voraussähe. Meine Parole sei: „Zuwarten und rüsten."

5. Februar.

Neurath sagte mir, der König habe ihm mit Befriedigung von mir und meinen Ansichten gesprochen. Varnbüler sei sehr preußisch geworden. In Nikolsburg habe ihn Graf Károlyi kalt und hochfahrend, wie ein rechter ungarischer Magnat behandelt. Dagegen habe ihn Bismarck mit studentischer Herzlichkeit empfangen. Bismarck sei kurz über die Ereignisse des letzten Sommers weggegangen und habe dann mit Wärme von den früheren Zeiten und seinem Wunsche, sich mit Varnbüler zu verständigen, gesprochen. Varnbüler sei dafür nicht unempfindlich geblieben und habe auch den König in seinem Sinne gestimmt. Er, Neurath, halte dagegen entschieden am Rechte und der Bewahrung der Selbständigkeit der Einzelstaaten fest und habe seine abweichenden Ansichten dem Herrn v. Varnbüler nicht bloß mündlich, sondern zur Konstatierung seines Standpunktes auch noch schriftlich ausgesprochen. Er halte, im Falle eines zwischen Frankreich und Preußen ausbrechenden Krieges Neutralität der süddeutschen Staaten für angezeigt. Ich bemerkte, daß diese Neutralität alsdann unmöglich sein werde. Eine französische Armee werde über Mannheim einfallen und den Süden abschneiden. Österreich werde Bayern und Württemberg in der Flanke fassen. Wir würden uns also wohl oder übel Frankreich und Österreich anschließen müssen, wenn wir uns auch anfangs die Miene geben müßten, mit Preußen zu marschieren. Neurath war damit einverstanden. Von Rußland meinte er, so lange Gortschakoff lebe, werde dieser, aus Abneigung gegen Österreich, und um diesem nicht indirekt zu helfen, nichts gegen Preußen unternehmen. Neurath sagte mir noch, die Königin sei höchst korrekt, aber vorsichtig. In der Gesellschaft z. B. vermeide sie jedes politische Gespräch mit ihm, um nicht den Schein einer Parteistellung auf sich zu laden und so an ihrem Einflusse zu verlieren. Auch Staatsrat v. Egloffstein denke antipreußisch.

6. Februar.

Varnbüler erzählte mir, die badischen Friedensunterhändler seien in der sicheren Erwartung nach Berlin gekommen, dort ein Stück von Württemberg

Digitized by Google

zu erhalten, hätten sich aber in ihren Hoffnungen sehr getäuscht gesehen. — Bismarck habe ihn, Varnbüler, mit großer Herzlichkeit behandelt, dagegen sei der König ihm gegenüber kalt und verstimmt gewesen.

Darmstadt, 8. Februar.

Um 11 Uhr fuhr ich in das Schloß und referierte dort dem Großherzog über den Verlauf der Stuttgarter Konferenzen und meine dortigen Erlebnisse. Wir sprachen auch von den jüngsten Reisen des Prinzen und der Prinzessin Ludwig. Ich sagte dem Großherzog, ein allgemeiner europäischer Krieg in den nächsten Jahren sei unvermeidlich. Entweder gehe dann Hessen unter oder als bedeutendes Königreich aus dem Kampfe hervor. Im letzteren Falle werde der Großherzog das Recht haben, seinen Nachfolger zu bestimmen, und die Frage trete heran, wer dazu fähig und würdig sei. Der Großherzog antwortete: „Prinz Wilhelm ist ein braver und gescheiter Junge."

25. Februar.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des Herrn v. Wentzel, welcher zu wissen wünschte, ob man diesseits wegen der von Preußen gewünschten definitiven Annahme der norddeutschen Bundesverfassung, für den Fall der Verwerfung derselben durch das norddeutsche Parlament, bereits einen Entschluß gefaßt habe, was ich verneinte.

Abends 8½ Uhr fuhr ich zu einer Soirée dansante im Palais des Prinzen Ludwig. Die Prinzessin Ludwig war über alle Erwartung liebenswürdig. Sie fragte nach Dellchen und lud dieselbe ein, wann sie wolle, mit den Kindern zu ihr, der Prinzessin, zu kommen. Später sprach sie mir sogar von Politik und fragte mich nach meinem Urteil über die Rede, womit der König den Reichstag eröffnet habe. Ich sagte, daß ich diese Rede, in der man stark auf die Leichtgläubigkeit des Volkes rechne, nur mit Achselzucken habe lesen können. Die Prinzessin erwiderte, daß auch der Kronprinz die Politik seines Vaters mißbillige, ohne dieselbe ändern zu können. Der König sei persönlich wohlwollend, aber Bismarck durchkreuze stets seine Absichten. Der Kronprinz sei vom Vater der Prinzessin, dem Prinzen Albert,[1]) eigentlich erzogen und deshalb liberal. Auch mit dem Prinzen Ludwig sprach ich lange. Er hat es sich in den Kopf gesetzt, die preußische Militärorganisation im Lande einzuführen. Er meinte, das Land sei reich genug, die Kosten zu tragen. Ich bemerkte, daß die Stände solche enormen Ausgaben nie billigen würden. In diesem Falle, entgegnete der Prinz, müsse man die Kammer auflösen, und man werde dann leicht eine gefügigere bekommen. Ich versetzte, daß ich zu solchen Experimenten nie die Hand bieten würde.

---

[1]) von Coburg, Prinzgemahl, 1819—1861.

Digitized by Google

26. Februar.

Um 10¾ Uhr fuhr ich zu dem Prinzen Alexander und teilte ihm den neuesten Beustschen Brief mit. Der Prinz beauftragte mich, Beust zu antworten, daß er sich ihm jederzeit und namentlich zur Ausgleichung der Beziehungen zu Rußland gern zur Verfügung stelle. Der Prinz erzählte mir beiläufig, die Prinzessin Alice beabsichtige, wenn etwa Hessen annektiert werden sollte, ihren Gemahl zum Gouverneur einer englischen Kolonie ernennen zu lassen.

27. Februar.

Um 3 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine Depesche seiner Regierung vorlas, worin der Abschluß einer Militärkonvention auf den von uns angebotenen Grundlagen zwar für zulässig erklärt, aber der Wunsch ausgesprochen wird, die Verhandlungen so lange zu verschieben, bis die militärischen Beziehungen der süddeutschen Staaten untereinander geordnet seien.

3. März.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des von Berlin zurückgekehrten Obersten v. Grolmann. Derselbe erzählte mir, er habe sich in Berlin bei dem Könige angemeldet, habe aber acht Tage lang keine Audienz erhalten. Er habe sich darauf an den diensttuenden Flügeladjutanten mit der Bitte gewandt, ihm zu sagen, ob er etwa ein Versehen begangen habe, infolgedessen er nicht zur Audienz zugelassen werde. Der Adjutant habe ihm erwidert, das sei keineswegs der Fall, aber man fürchte sich, das Mißtrauen der Franzosen zu erwecken, welche sofort Anfragen stellen würden, wenn im „Staatsanzeiger" zu lesen sei, daß tags zuvor ein hessischer Oberst und Flügeladjutant vom Könige empfangen worden sei. Nach der Abreise des Königs Wilhelm nach Dresden sei er, Grolmann, sofort zu einem Diner bei der Königin eingeladen worden. Später habe ihn der König zuerst bei einem großen Diner im Schlosse gesehen. Derselbe sei aus weiter Entfernung auf ihn zugekommen, habe ihm beide Hände entgegengestreckt und ausgerufen: „Siehe da, ein lieber, alter Bekannter." In gleicher Weise sei Graf Bismarck ihm entgegengekommen. — Er habe den letzteren gefragt, ob er ihm Aufträge für Darmstadt zu erteilen habe, wohin er in den nächsten Tagen zurückgehe, da seine Geschäfte in Berlin zunächst beendigt seien. Bismarck sei sichtlich in Verlegenheit geraten, indem ein französischer Militärbevollmächtigter, General Stoffel,[1]) dicht daneben gestanden habe. Er habe ihm geantwortet, daß er mit ihm noch später sprechen würde. Das sei auch wirklich geschehen. Graf

[1]) Eugène George Henri Céleste, Baron Stoffel, 1823—1907; war 1866—1870 französischer Militärattaché in Berlin und warnte Napoleon in berühmt gewordenen Berichten vor einem Kriege mit dem militärisch überlegenen Preußen.

Digitized by Google

Bismarck habe ihn allein genommen und ihm gesagt, er hoffe und wünsche, daß die Militärkonvention mit uns zustande komme. Um die Franzosen bekümmere sich jetzt die preußische Regierung nicht mehr. — Grolmann fügte hinzu, es scheine ihm, daß die preußische Regierung den größten Wert darauf lege, wenn Hessen ganz in den Norddeutschen Bund eintrete, weil Preußen dadurch einen unmittelbaren territorialen Zusammenhang mit Baden gewänne, welches den Anschluß an den Norddeutschen Bund mit allen Kräften anstrebe. Es werde nur einer kleinen Anregung der Diesseite bedürfen, um jetzt den früher wiederholt angebotenen, aber von Preußen abgelehnten Eintritt in den Norddeutschen Bund unter den günstigsten Bedingungen zustande zu bringen. Ich erwiderte, daß das fragliche Anerbieten von mir früher unter der Voraussetzung der Erhaltung der vollen Integrität der Besitzungen des Großherzogs gemacht worden sei. Auch habe man damals die enormen Lasten nicht voraussehen können, welche die Norddeutsche Bundesakte den kleineren verbündeten Regierungen auferlege. Grolmann erzählte mir noch, daß er schließlich vom Könige eine Abschiedsaudienz erhalten habe. Er habe dem Könige von dem Wunsche des Großherzogs, mit Preußen in den engsten freundschaftlichen Beziehungen zu stehen, gesprochen. Der König habe erwidert: „Aber Herr v. Dalwigk!" Er, Grolmann, habe darauf dem Könige bemerkt, daß ich ihm bei seinem letzten mir in Darmstadt gemachten Besuche sehr entschieden von der Notwendigkeit eines engen Anschlusses an Preußen gesprochen habe. Herr v. Grolmann lobte den Kronprinzen von Preußen und dessen rechtliche Denkungsart. Derselbe habe auch bei ihm die Politik des Königs entschieden mißbilligt. Der Kronprinz habe seinerzeit den König gebeten, sich die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen, aber keine Annexionen vorzunehmen. Darüber sei der König so in Zorn geraten, daß er gegen seinen Sohn die Faust erhoben habe.

5. März.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in die Sitzung, der auch Prinz Ludwig beiwohnte. Nach derselben begleitete ich, wie gewöhnlich, den Prinzen bis zur Treppe, und er drang dort auf das lebhafteste in mich, ich möge veranlassen, daß das ganze Großherzogtum in den Norddeutschen Bund eintrete.

(Abends.)

Nach dem Souper kamen auch noch der Prinz und die Prinzessin Karl. Vor dem Souper hatte ich eine lange Unterredung mit der Prinzessin Alice, die zuerst sehr liebenswürdig nach meinen Kindern fragte, sie lobte, von der Art der Erziehung und Kleidung der englischen Kinder sprach und dann lebhaft in mich drang, ich möge für den Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund wirken. Ich sagte ihr, daß ich stets für größere deutsche Einheit und für vernünftige freiheitliche Institutionen in Deutschland gearbeitet habe, aber der Norddeutsche Bund erfülle meine Erwartungen nicht,

Digitized by Google

und für die Freiheit der Kaserne vermöge ich mich nicht zu begeistern. Die Prinzessin meinte, immer könnten die Dinge in Preußen nicht bleiben, wie jetzt. Wenn sich der Süden anschlösse, so könne derselbe im deutschen und freiheitlichen Sinne den Ausschlag geben. Ich erwiderte, daß ich das nicht glaube, der Süden sei nicht stark genug, um Preußen selbst als Bundesgenosse und in gemeinsamer parlamentarischer Vertretung Gesetze vorzuschreiben. Wir würden zugunsten Preußens uns enormen Lasten unterwerfen und nichts gewinnen. Die Prinzessin betonte mit Lebhaftigkeit, daß ihr Vorschlag der einzige Weg sei, um zu einem großen, gemeinsamen Vaterlande zu gelangen, daß die Kleinstaaterei und der Partikularismus sich überlebt hätten. Ich fragte, ob sie denn wünsche, daß Hessen aus der Reihe der selbständigen Staaten verschwinde. Sie verneinte das, meinte aber, Opfer müßten der nationalen Idee gebracht werden. Ich erwiderte, wenn es sich von einer wirklich nationalen Idee handle, würde ich bereit sein, dazu mitzuwirken, aber eine solche vermöge ich im Norddeutschen Bund nicht zu entdecken. Alle schönen Worte des Königs Wilhelm und des Grafen Bismarck seien eitel Schein. Erst solle man das gegen den König von Hannover, das Haus Augustenburg und die Stadt Frankfurt begangene Unrecht wieder gutmachen und dann die deutsche Fahne aufpflanzen. In diesen Ländern herrsche Preußen eben durch Gewalt und unter dem größten Widerstreben der Bevölkerungen. Ich würde lieber Republikaner werden, als mich einem solchen Regime unterwerfen. Die Prinzessin erwiderte, daß die Ostfriesen gut preußisch seien, im übrigen seien die Massen dumm und hätten kein politisches Urteil. Der König von Hannover habe sein Land im offenen Kriege mit Preußen verloren. Ich möge bedenken, welche wichtige Rolle dem Großherzogtum durch seine eigentümliche politische und geographische Lage dermalen zugefallen. Die großherzogliche Regierung habe es in der Hand, einen mächtigen Schritt zur deutschen Einheit zu tun. Trete Hessen dem Norddeutschen Bunde bei, so folge Baden, und Württemberg und Bayern würden dann notgedrungen dasselbe tun müssen. Ich bemerkte der Prinzessin, was ihre Ansichten von der Annexion von Hannover betreffe, so habe der König Georg nicht Krieg mit Preußen geführt, sondern er habe die gegen das bundesbrüchige Preußen verhängte Bundesexekution vollziehen helfen. Sie, die Prinzessin, habe zwei hohe Eigenschaften, Verstand und Offenheit. Die letztere Tugend nehme ich auch für mich in Anspruch, und deshalb sage ich, daß wir hier unsere Vertragsverbindlichkeiten Preußen gegenüber gewissenhaft erfüllen, aber nicht mehr tun würden. Die Prinzessin lachte, als ich von ihren Eigenschaften sprach. Sie meinte, sie habe auch einige weniger gute Eigenheiten, sie sei rechthaberisch und rücksichtslos und stoße damit oft an. Das sei aber Schuld ihrer Erziehung. Dann sagte sie, der König[1]) sei 71 Jahre alt und werde nicht ewig leben, der Kronprinz sei

[1]) Wilhelm von Preußen.

Digitized by Google

wahrhaft deutsch und ihm könne man mit vollem Vertrauen entgegenkommen. Aber das Feld müsse durch sofortigen Eintritt in den Norddeutschen Bund vorbereitet werden. Ich erwiderte, wenn der Kronprinz einmal zur Regierung komme, so möge man diese Frage wiederholt in Erwägung ziehen. Vorerst sei ich nicht dafür, dem Großherzog und dem Lande für eine scheinbar nationale Idee unerschwingliche Opfer aufzulegen. Die Prinzessin meinte, diese Opfer würden sich bald vermindern, denn Preußen selbst sei nicht imstande, die Lasten, namentlich die militärischen, zu tragen, welche das norddeutsche Bundesverhältnis ihm auferlege. Ich erwiderte, daß diese Hoffnung eine schimärische sei. Allerdings habe man hier früher einmal den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit den drei Provinzen angeboten, um dadurch die Integrität des Landes zu retten. Dieser Versuch sei aber mißglückt, und man werde um so weniger auf das frühere Erbieten zurückkommen, als der nun fertig gewordene Entwurf der norddeutschen Bundesakte gerade nicht geeignet sei, sich für dessen Inhalt zu enthusiasmieren. Preußen habe sich auch das Heranziehen der kleineren Staaten zur Tragung seiner Militärlasten erleichtert, seine bisherigen Leistungen herabgesetzt. Schließlich sagte ich, daß ich mich für pflichtvergessen halten würde, wenn ich um bloßer Ideen willen, deren Realisierung mir sehr zweifelhaft scheine, mir ein anderes Ziel setzen wollte, als die Rechte und Interessen des Großherzogs, meines Herrn, und seines Landes. Die Prinzessin möge es halten, wie sie wolle, wenn einmal ihr Gemahl den Thron besteige. Meine Haltung sei mir durch meine Pflichten und die Befehle des Großherzogs vorgezeichnet. — Die ganze Unterhaltung wurde übrigens mit lächelnder Miene und von beiden Seiten in artigster Weise geführt. Wir standen mitten im Saale ganz allein. — Nach dem Souper sprach ich lange Zeit mit dem Prinzen Karl, dessen Ansichten natürlich von denen der Prinzessin Alice höchst verschieden waren.

11. März.

Um 12 Uhr kam der badische Gesandte v. Mohl[1]) und tauschte die badische Ratifikation der Stuttgarter Militärkonvention gegen das diesseitige Exemplar aus. Herr v. Mohl äußerte sich mit großer Bitterkeit über badische Personen und Zustände, namentlich über den Prinzen Wilhelm von Baden. Er sagte mir, man habe in Karlsruhe nach dem Friedensabschluß den Geheimen Rat Bluntschli[2]) zum Gesandten in Berlin ernennen wollen, Graf Bismarck habe sich aber denselben verbeten.

---

[1]) Robert v. Mohl, 1799—1875; 1827 ordentlicher Professor der Staatswissenschaften in Tübingen, 1847 Professor in Heidelberg, 1848 im Frankfurter Parlament und Reichsminister der Justiz, 1861—1866 badischer Bundestagsgesandter in Frankfurt, 1867—1871 in München, 1874 Mitglied des Reichstages.

[2]) Johann Kaspar Bluntschli, 1808—1881; 1833 Professor der Rechte in Zürich, 1848 Professor des Staatsrechts in München, seit 1861 in Heidelberg, 1867 im Zollparlament.

Digitized by Google

13. März.

Den Morgen hindurch arbeitete ich. Ich bekam um 11½ Uhr ein merkwürdiges Schreiben des Prinzen Ludwig, welchem ein Brief des Kronprinzen von Preußen beilag, in dem auf das dringendste geraten wird, mit allen Provinzen des Landes den Eintritt in den Norddeutschen Bund anzubieten. Ich antwortete dem Prinzen, daß ich nichts tun könne, ohne die Befehle des Großherzogs eingeholt und letzterem das Schreiben des Kronprinzen vorgelegt zu haben. Im Laufe des Tages autorisierte mich der Prinz durch ein weiteres Schreiben dazu.

14. März.

Ich berichtete morgens an den Großherzog, indem ich ihm die beiden Schreiben des Prinzen Ludwig und den Brief des Kronprinzen von Preußen mitteilte. Der Großherzog genehmigte meinen Antrag, dem Prinzen Ludwig zu antworten, daß er den Brief des Kronprinzen mit Interesse gelesen habe, aber den Moment nicht für geeignet halte, um den darin gemachten Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

16. März.

Morgens 10 Uhr erhielt ich einen ungezogenen Brief des Prinzen Ludwig als Antwort auf mein Schreiben mit der Erklärung über den Vorschlag des Kronprinzen von Preußen wegen Eintrittes des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund. Der Prinz kündigte mir an, daß er sich direkt an den Großherzog wenden werde. Ich berichtete sofort an Serenissimum, welcher mir antwortete, er habe vom Prinzen einen kauderwelschen Brief bekommen, den er demselben mit dem Bemerken zurückgeschickt habe, daß er sich solche politischen Korrespondenzen verbitte.

17. März.

Morgens 6 Uhr schrieb ich dem Prinzen Ludwig die verdiente Antwort auf seinen insolenten Brief vom 15. l. M. Um 8 Uhr schickte mir der Großherzog den Entwurf einer Antwort an den Kronprinzen von Preußen, welche ihm der Prinz Ludwig vorgelegt hatte, zur Begutachtung. Ich fand den Entwurf in der Hauptsache unannehmbar.

25. März.

Morgens 12 Uhr, als ich in die Kammerausschußsitzung fahren wollte, kam Graf Astorg. Ich bat ihn, mit in meinen Wagen zu steigen und mich bis zur Türe des Ständehauses zu begleiten. Er fragte in großer Aufregung nach dem Sinne der geheimen Verträge Bayerns, Württembergs und Badens mit Preußen und ob diese Verträge ebensogut offensiver als defensiver Natur seien. Ich sagte, daß meiner Überzeugung nach beides der Fall sei. Hessen habe einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen, aber es liege unter den Kanonen von Mainz.

Digitized by Google

27. März.

Morgens 10½ Uhr hatte ich den Besuch des abberufenen badischen Gesandten v. Mohl, und um 10¾ Uhr denjenigen seines Nachfolgers, des Geheimen Legationsrates v. Pfeufer. Dem letzteren sagte ich, daß Baden mit seinen ultrapreußischen Sympathien und insbesondere mit seinem mit Preußen abgeschlossenen geheimen Vertrage Frankreich gegenüber ein gefährliches Spiel spiele. Der Geheime Legationsrat v. Pfeufer, ein mir von dem württembergischen Geschäftsträger Baron Soden als konservativ empfohlener Mann, erklärte sich mit meinen Ansichten einverstanden.

Graf Hoyos[1]) wünschte meine Ansichten über die geheimen Verträge Bayerns, Württembergs und Badens mit Preußen kennen zu lernen. Ich sagte ihm vor allem, daß Hessen einen solchen Vertrag nicht geschlossen habe, daß es töricht sei, zu glauben, die fraglichen Verträge seien bloß defensiver Natur, und daß endlich dieselben nur dann und insoweit gehalten werden würden, als die Umstände es möglich oder notwendig machten. Bayern habe seinen Vertrag geschlossen, um größere Territorialabtretungen zu hindern. Gebe es Krieg mit Frankreich, und Österreich stelle eine Armee von 100000 Mann an der bayerischen Grenze auf, während die Franzosen eine Armee bei Mannheim über den Rhein schickten, so würden die fraglichen Schutz- und Trutzbündnisse illusorisch.

30. März.

Ich schrieb an den Gesandten v. Gagern und bat ihn, dem Grafen Platen zu sagen, daß Graf Görtz[2]) nach Hietzing habe kommen wollen, daß ich ihn aber aus Rücksicht auf Preußen von einer solchen offiziellen Reise abgehalten habe.

31. März.

Graf Chotek,[3]) der mit seiner Frau zur Taufe des kleinen Morier[4]) nach Darmstadt gekommen war, erzählte mir, Graf Bismarck habe dem württembergischen Gesandten in Berlin, Baron Spitzemberg, eine Reihe von Punkten schriftlich mitgeteilt, über die er namens des Norddeutschen Bundes mit Württemberg zu verhandeln wünsche, wie Post, Telegraphen, Zölle usw., namentlich gehöre dazu der Vorschlag, daß württembergische Kommissäre zur Teilnahme an den Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages abgesendet werden möchten. Baron Varnbüler habe die Vorschläge in den Ministerrat gebracht. Baron Neurath habe sich dagegen ausgesprochen, weil

[1]) Graf Ladislaus Hoyos-Sprinzenstein, österreichischer Gesandter in Darmstadt.

[2]) Karl Graf v. Schlitz, genannt v. Görtz, 1822–1885, ehemaliger hessischer Gesandter in Berlin und dann in Hannover.

[3]) Graf Bohuslaw Chotek, österreichischer Gesandter in Stuttgart, Vater der am 28. Juni 1914 ermordeten Herzogin Sophie von Hohenberg.

[4]) Sohn des englischen Gesandten in Darmstadt, Robert David Burnet Morier.

Digitized by Google

ein solcher Anfang zu bedenklichen Konsequenzen führe. Jedoch habe Baron Varnbüler, welcher pure für die preußischen Vorschläge gewesen sei, ein Eingehen auf dieselben durchgesetzt; nur sei beschlossen worden, zu antworten, nicht daß auf Grund der preußischen Vorschläge, sondern daß überhaupt verhandelt werden sollte. Auch sei man auf eine Beschickung des Norddeutschen Reichstages nicht eingegangen. Baron Neurath habe ihm, Chotek, dies alles vertraulich mitgeteilt, und hinzugesetzt, er, Neurath, könne für das einstehen, was im Geheimen Rate verhandelt werde, nicht aber für die Privatkorrespondenzen Varnbülers mit seinem Schwiegersohn Spitzemberg. In München habe Graf Bismarck die Vorschläge, die er für Württemberg dem Baron Spitzemberg in die Feder diktiert, nur mündlich, gesprächsweise durch den preußischen Gesandten andeuten lassen. Ich erzählte darauf dem Grafen Chotek, daß man hier durch Korrespondenzen des Kronprinzen von Preußen mit dem Prinzen Ludwig darauf dränge, daß der Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund diesseits angeboten werde. Ich widerstände bis jetzt diesem Drängen. Aber wie lange würde ich es können? Baden sei zu dem Eintritt in den Norddeutschen Bund vollständig bereit und warte nur auf den Vorgang Hessens. Dann würden Württemberg und Bayern folgen müssen.

Graf Chotek erzählte mir noch weiter, daß man in der württembergischen Ständeversammlung wahrscheinlich eine Majorität für die Annahme des mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses erhalten werde. Im allgemeinen werde dort die Stimmung insofern preußischer, als man sich sage, besser als eine so erbärmliche, charakterlose Regierung wie die jetzige, die Württemberg zum Vasallen Preußens mache, sei ein vollkommener Anschluß an Preußen durch Annexion. Chotek erzählte mir auch, die Königin Olga habe ihm gesagt, der luxemburgische Handel sei zwischen Holland, Preußen und Frankreich abgeschlossen.

2. April.

Morgens 11 Uhr fuhr ich zum Grafen Hoyos und erhob bei ihm 2300 Gulden zur Subvention der hiesigen loyalen Presse.

3. April.

Ich machte mittags 12 Uhr der Frau v. Wentzel einen längeren Besuch und fuhr dann zum Grafen Astorg, mit welchem ich die luxemburgische Frage ausführlich besprach. Astorg berührte die Eventualität eines Krieges, und ich bemerkte, daß ein solcher für Frankreich nur dann Aussichten auf Erfolg biete, wenn er im Bund mit Österreich unternommen und das deutsche Nationalgefühl geschont werde.

8. April.

Um 12 Uhr kam Graf Hoyos und besprach mit mir eine Depesche seiner Regierung vom 6. April, worin mir die Antwort mitgeteilt wird, welche

Digitized by Google

Baron Beust der preußischen Regierung auf ihre Frage, ob man in Wien den Eintritt der drei Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund beanstanden werde, gegeben hat.

11. April.

Ich hatte am Morgen einen Brief des Abgeordneten Wernher empfangen, worin mir derselbe mitteilt, daß die Stände zu Ende dieses Monats wieder zusammentreten würden, daß eine Interpellation wegen Eintritts auch der südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund bevorstehe, und daß ich gut tun würde, meine projektierte Reise nach Paris gegenwärtig nicht vorzunehmen, um meinen Gegnern nicht Waffen gegen mich in die Hand zu geben. Ich besprach nach Beendigung der Staatsratssitzung diese Frage mit Bechtold, Kritzler[1]) und Frank, die meinen Vorschlag zur Beantwortung der Interpellation billigten und auch damit einverstanden waren, daß ich jetzt nicht nach Paris gehe.

Am Abend war ich im Theater. Die Labenskis saßen neben uns. Ich sprach mit Astorg und bat ihn, zu veranlassen, daß auch seine Regierung gegen den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund Einsprache erhebe.

14. April.

Der preußische Gesandte v. Wentzel las mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung vor, worin zur Erklärung darüber aufgefordert wird, ob man bereit sei, Preußen zur Seite zu stehen, wenn aus der luxemburgischen Frage ein Kriegsfall entstehe. Es ist bemerkt, daß Preußen zunächst kein Interesse dabei habe, Krieg anzufangen, um die Abtretung Luxemburgs an Frankreich zu verhindern. Die Frage sei wesentlich eine deutsche und berühre die Ehre Deutschlands. Glaube die großherzogliche Regierung, daß es nicht der Mühe wert, für die Erhaltung Luxemburgs sich den großen Nachteilen eines Krieges auszusetzen, so möge sie dies aussprechen, aber auch zugleich die Verbindlichkeit übernehmen, diese ihre Ansicht demnächst öffentlich zu vertreten. Ich erwiderte dem Herrn v. Wentzel, daß die Ansicht der großherzoglich hessischen Regierung nicht zweifelhaft sein könne. Hessen werde Preußen bis zum letzten Blutstropfen zur Seite stehen, wenn es sich davon handle, deutsches Gebiet und deutsche Ehre zu wahren. Es sei für Preußen und den Grafen Bismarck ein glücklicher Zwischenfall, daß Frankreich die Luxemburger Frage aufs Tapet gebracht habe, denn in diesem Falle verschwänden alle Parteiunterschiede in Deutschland, und Preußen könne auf die Sympathien und die Unterstützung eines jeden Deutschen zählen. Herr v. Wentzel wünschte dann noch zu wissen, ob wir bereit seien, die Aufnahme in den Norddeutschen Bund zu verlangen. Ich erwiderte, daß darüber ein Entschluß der groß-

[1]) Friedrich, Geheimer Rat, Direktor der Oberstudiendirektion und Mitglied des Staatsrats.

Digitized by Google

herzoglichen Regierung noch nicht feststehe. Vorerst sei zu prüfen, ob uns durch einen solchen Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht zu große Lasten erwüchsen, und dann, ob Österreich einen solchen Schritt nicht als eine Verletzung des Prager Friedens betrachten werde. Nach Herrn v. Wentzel kam Baron Wilhelm Löw[1]) und wünschte im Auftrage des Grafen Solms-Laubach[2]) zu wissen, ob wir den Eintritt in den Norddeutschen Bund beabsichtigten. Ich antwortete ihm wie dem Herrn v. Wentzel.

16. April.

Um 2 Uhr kam Graf Hoyos zu mir und las mir eine weitere Depesche seiner Regierung, betreffend den Eintritt des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund vor. Baron Beust protestiert darin gegen die Unterstellung, als ob er gegen diesen Eintritt Widerspruch erheben werde, falls das Großherzogtum ihn verlange.

21. April.

Um 10¾ Uhr kam der österreichische Hauptmann v. Vivenot, um von mir Abschied zu nehmen. Er erzählte mir, daß er im verflossenen Jahre von der österreichischen Regierung beauftragt gewesen sei, im Rücken der preußischen Armee den Massenaufstand zu organisieren. Er gab mir Exemplare der damals von ihm erlassenen Proklamationen.

Um 12 Uhr empfing ich den Hofgerichtsrat Hallwachs, um mit ihm die Frage vom Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu besprechen. Ich fand, daß er ein eigensinniger Anhänger dieser Idee sei. Er meinte, der dermalige Zustand, wonach nur Oberhessen zum Norddeutschen Bund gehöre, sei ein ganz unhaltbarer. Ich möge die Bewegung, welche den Zweck habe, die beiden südlichen Provinzen in den Norddeutschen Bund zu bringen, nicht unterschätzen. Die Absicht stecke dahinter, mich von meinem Posten zu verdrängen, und die Intrige reiche bis zum Prinzen Ludwig hinauf. Ich möge deshalb nicht starr auf meinen Ansichten bestehen und lieber nachgeben. Ich könne auf die Dauer die bestehende Verschiedenheit in der politischen Lage der südlichen Provinzen vom Norden doch nicht aufrechthalten. Die deutsche Einheit müsse hergestellt werden. Der Anschluß an Preußen durch Eintritt in den Norddeutschen Bund sei die einzige Möglichkeit dazu, nachdem alle früheren Versuche mißglückt seien. Man müsse sich den Umständen fügen. Was früher das Parlament nicht fertiggebracht, das sei dem Säbel gelungen. Preußen habe bereits die militärische Führung, die ja ein wesentliches Souveränitätsrecht sei. Warum sträube man sich so sehr gegen andere, minder wichtige Konzessionen? Ich antwortete dem Herrn Hallwachs, daß ich gar keinen Grund einsähe, weshalb die Stellung des Groß-

[1]) Wilhelm Karl Gottlieb Kurt, Kammerherr.

[2]) Otto, 1799—1872, Mitglied des Norddeutschen Reichstages, Förderer des Eintritts Gesamthessens in den Norddeutschen Bund.

Digitized by Google

herzogtums eine unhaltbare geworden sein solle. Wir hätten soeben mit Preußen eine Militärkonvention und ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen. Die Haupteinwürfe gegen die Fortdauer des seitherigen Zustandes seien also beseitigt. Auf eine Beteiligung der diesseitigen Provinzen an den Wahlen zum norddeutschen Parlament legte ich wenig Wert. Dieses sogenannte Parlament sei eine Komödie ohne Einfluß und Ansehen. Während die norddeutschen Staaten nichts sehnsüchtiger wünschten, als aus dem sogenannten Bund, der nichts als ein Vasallenverhältnis sei, wieder herauszukommen, dränge man hier die Regierung zum Eintritt. Vor allem werde es sich doch fragen, ob die Kräfte des Landes die großen Lasten, welche Preußen seinen Bundesgenossen auferlegt habe, auch tragen könnten, und ob seinen Interessen nicht besser gedient sei, wenn man für Starkenburg und Rheinhessen seine Selbständigkeit wahre. Meiner Überzeugung nach könnten die sogenannten norddeutschen Bundesstaaten keine zehn Jahre fortexistieren.

Schon jetzt hätten einzelne norddeutsche Bundesfürsten, wie der Herzog von Koburg, Preußen die Abtretung ihrer Länder angeboten. Dieselbe sei freilich und im wohlverstandenen preußischen Interesse nicht angenommen worden. Um ehrlich und konsequent zu sein, müßten diejenigen, welche den Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund anstrebten, statt dessen die Annexion des Großherzogtums durch Preußen fordern. Wünsche man aufrichtig eine enge Verbindung Süddeutschlands mit dem Norden, so müsse man dem Großherzogtum die Doppelstellung belassen, die es dermalen einnehme und die es zur Vermittlung besonders geeignet mache. Der Abgeordnete v. Rabenau habe dem Großherzogtum in einer Diskussion des norddeutschen Parlamentes mit Recht die Rolle des Pioniers zur Herstellung der Verbindung des Nordens mit dem Süden vindiziert. Es heiße aber auf diese Rolle verzichten, wenn man unbedingt und sofort in den Norddeutschen Bund eintrete. Man rede von einem anormalen Zustande im Lande. Ich frage aber, ob Preußen während der fünfzigjährigen Dauer der alten Bundesverfassung nicht ebenfalls mit einem Teil seiner Staaten im deutschen Bunde und mit einem Teile außerhalb desselben gewesen sei. Ich fände die Stellung eines Staates, der den Namen trage, ohne Selbständigkeit zu besitzen, viel anormaler als die jetzige Lage des Großherzogtums.

Daß Preußen die militärische Führung habe, sei notwendig und recht. Aber daraus, daß man sich eine solche notwendige Beschränkung auferlegt habe, folge nicht, daß man auch andere nicht notwendige Konzessionen machen müsse. Die Frage sei eine viel zu wichtige, als daß man dieselbe in der Kammer durch eine einfache Interpellation abmachen könne. Sie erfordere einen eigenen Antrag und eine gründliche Prüfung im Ausschusse. Die bevorstehende Interpellation würde ich in diesem Sinne höflich, aber ausweichend beantworten. Hofgerichtsrat Hallwachs, der mir anfangs zugestanden hatte, daß eine Vertretung im norddeutschen Parlamente eine ziemlich wertlose Sache sei, kam dann wieder auf dieselbe zurück und meinte, die Bevölkerung

Digitized by Google

Starkenburgs und Rheinhessens betrachte dieselbe als einen Gewinn von großer Bedeutung, was ich entschieden in Abrede stellte. Ich bemerkte weiter, schon der Geheime Legationsrat Hofmann habe in einer der Versammlungen des norddeutschen Parlamentes erklärt, daß man die Vorteile, welche die norddeutsche Bundesverfassung darbiete, auch durch Einzelverträge erreichen könne. Dieser Weg sei jedenfalls der empfehlenswertere. Ich ging aber noch weiter und erklärte, daß manche Vorteile überhaupt nur durch Separatverträge erreicht werden könnten, wie z. B. in bezug auf das Militärwesen, die Post usw. Der Graf v. Solms-Laubach habe durch seine bekannte Interpellation im norddeutschen Parlament die großherzogliche Regierung, welche damals über eine Militärkonvention verhandelt habe, in nicht geringe Verlegenheit gebracht. Eine noch größere Übereilung würde es sein, wenn die Kammern dermalen die Regierung drängen wollten, mit zwei Füßen in den Norddeutschen Bund zu springen und auf alle Zugeständnisse zu verzichten, die sie dermalen von Preußen auch für Oberhessen noch erlangen könne.

Wir sprachen dann noch weiter von der diplomatischen Vertretung des Großherzogtums und von dem Antrage des Finanzausschusses der Zweiten Kammer, die dafür nötigen Mittel zu streichen.

Hallwachs meinte, man habe ja auch im Jahre 1848 auf eine selbständige diplomatische Vertretung des Landes verzichtet. Ich entgegnete, daß dies damals zugunsten eines großen gemeinsamen Vaterlandes geschehen sei. Diesmal handle es sich von einem Verzicht zugunsten Preußens. Die Angelegenheiten unserer Untertanen würden im Auslande schlecht besorgt werden, wenn es durch die preußischen Gesandtschaften geschehen solle, denen man keine Weisungen erteilen könne. In der Sitzung der vereinigten Finanzausschüsse beider Kammern über diese Frage habe Graf Görtz erklärt, es sei zynisch, dem Großherzoge so kurzweg ein Recht nehmen zu wollen, welches er seither ausgeübt habe. Man solle die geforderte Summe wenigstens noch für 1867 und 1868 bewilligen. Dagegen habe der Finanzausschuß der Zweiten Kammer damals nichts zu erinnern gehabt, scheine aber später seine Ansicht wieder geändert zu haben. Hallwachs erklärte sich mit der Ansicht des Finanzausschusses der Ersten Kammer einverstanden. Er meinte, die Abneigung gegen eine Beibehaltung des Pariser Postens hänge mit der allgemeinen Mißstimmung gegen den Grafen Enzenberg zusammen, den man als einen Aventurier betrachte. Ich erwiderte, daß Enzenberg Adjutant des Erzherzogs Albrecht gewesen und mir von dem Erzherzoge sowie von Baron Gagern als vorzugsweise befähigt empfohlen worden sei. Enzenberg sei der französischen Sprache ganz mächtig, versehe seinen Dienst zur vollkommenen Zufriedenheit der großherzoglichen Regierung und sorge namentlich auf das eifrigste für die Interessen der großherzoglichen Untertanen. Derselbe habe in Paris sehr gute Verbindungen und sei in seinen Vermögensverhältnissen sehr gut geordnet. Er habe allerdings im Jahre 1848 seine Entlassung aus einem ungarischen Regimente nachgesucht, weil der Geist des Regimentes

Digitized by Google

ein unzuverlässiger gewesen sei, auch habe er sich längere Zeit in Mexiko aufgehalten. Das sei aber kein Grund, ihn als Aventurier zu bezeichnen. Hätte ich bei der Erledigung des Pariser Postens einen qualifizierten Inländer finden können, so würde man diesem den Vorzug gegeben haben. Es habe aber leider daran gefehlt. Hallwachs konnte meine Bemerkungen nicht widerlegen, meinte aber schließlich wieder, es sei auch weniger die Abneigung gegen Enzenberg, als die Abneigung gegen den Pariser Posten überhaupt, die in der Kammer vorherrsche. Ich erwiderte, das beweise nur, daß die Kammer von der Bedeutung des Pariser Postens nichts verstehe. Wenn man auch die 6000 Hessen, die in Paris lebten, schutz- und hilflos lassen wolle, so könne man die Korrespondenzen mit der französischen Regierung in Untertanensachen nicht abbrechen. Täglich seien Insinuationen, gerichtliche Urkunden, Requisitionen in Polizei- und Kriminalsachen usw. zu erledigen, und das könne vertragsmäßig nur auf diplomatischem Wege geschehen. Rufe man den hessischen Gesandten von Paris ab, so werde auch der französische Gesandte Darmstadt verlassen. Unsere Diplomatie sei auf ein Minimum beschränkt. Noch keiner deutschen Kammer in einem Staate von gleicher Größe wie das Großherzogtum sei es eingefallen, die diplomatische Vertretung des Landes ganz aufzuheben.

27. April.

Um 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Landtagsabgeordneten Geheimen Rats Seitz.[1]) Derselbe erzählte mir, daß er mit dem Grafen Bismarck in Göttingen studiert habe. Er sei damals Senior der Hessen, Bismarck Senior der Hannoveraner gewesen, und sie hätten sich sogar einmal pro patria geschlagen. Bismarck sei damals der beste Fechter der Universität gewesen und hätte sich schon damals durch Verstand, aber auch durch anmaßendes, gewalttätiges Wesen ausgezeichnet. Seine Anträge im Seniorenkonvent seien stets extravaganter Natur gewesen.

29. April.

Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, der mir vertraulich mitzuteilen hatte, daß Mainz und die übrigen Rheinfestungen vollständig in Verteidigungsstand gesetzt würden. Zugleich fragte Herr v. Wentzel, wie weit man mit den hiesigen Rüstungen gediehen sei. Ich erwiderte, daß man hier, ganz wie im verflossenen Jahr, binnen wenigen Wochen 10000 Mann aufstellen könne, nur wisse ich nicht, ob die Umarbeitung der Miniégewehre in Hinterlader bereits vorangeschritten sei. Ich versprach, mit dem Direktor des Kriegsministeriums zu reden und Beschleunigung zu empfehlen. Herr v. Wentzel erbot sich, uns 10000 Zündnadelgewehre leihweise zu verschaffen. Ich bemerkte,

[1]) Dr. Eduard Seitz, Generalstaatsprokurator am Oberappellations- und Kassationsgericht.

Digitized by Google

daß damit, ohne die nötige Munition, wenig gedient sei, und die etwa mitkommende Munition werde man bei den Übungen bald verbraucht haben.

Vom Prinzen Alexander empfing ich am Nachmittage Mitteilung eines aus Wien, 22. April, datierten Schreibens, worin es heißt, daß Louis Napoleon den Krieg mit Deutschland nicht wünsche, auch Rouher und Lavalette seien entschiedene Friedensmänner. Inzwischen bereite man sich aber aus Mißtrauen gegen Preußen auf den Krieg vor. Dieses Mißtrauen habe bei den französischen Staatslenkern tiefe Wurzeln geschlagen, besonders seitdem man in Paris das preußische Raubgelüste nach dem Besitze von Holland in allen seinen Einzelheiten in Erfahrung gebracht habe, wie denn letzteres auch nicht wenig dazu beigetragen habe, die Verhältnisse zwischen dem englischen Kabinette und der preußischen Regierung in hohem Grade zu trüben.

5. Mai.

Um 12 Uhr hatte ich gleichzeitig den Besuch des Grafen Hoyos und des Baron Thüngen. Der erstere, von Wien zurückgekehrt, brachte mir Grüße des Baron Beust und volle Anerkennung der diesseitigen politischen Haltung. Der letztere erzählte mir vertraulich, es sei in München noch vor acht Tagen ein Ministerwechsel bevorstehend gewesen. Man habe ihm, Thüngen, das Ministerium des Äußern angeboten. Er habe aber entschieden abgelehnt. Seitdem sei nun Bomhard ausgeschieden und Hohenlohe Minister geblieben. Der König sei aber fortwährend den preußischen Tendenzen des Fürsten Hohenlohe abgeneigt.

12. Mai.

Minister Baron Neurath aus Stuttgart, welcher, von Wiesbaden kommend, nach Württemberg zurückreiste, erzählte mir ausführlich die Gründe seines Rücktrittes von seinem Ministerposten. Er habe im Ministerrate geradezu erklärt, daß die Verhandlungen mit Preußen, die Baron Varnbüler beabsichtige, zur Mediatisierung führten, daß Varnbüler noch vor einem Jahre die nämliche Ansicht ausgesprochen habe und daß er, Neurath, nicht wissentlich die Hand dazu bieten wolle, um solche Erfolge zu erreichen. Wenn man den Bevölkerungen der Einzelstaaten die nämlichen oder größere Lasten auflege, welche die Preußen zu tragen hätten, so sei es natürlich, daß diese Bevölkerungen es vorziehen würden, sofort preußisch zu werden, die Fürsten könnten in dieser Voraussetzung nichts Besseres tun, als wegen Abtretung ihrer Länder mit Preußen zu verhandeln, um rechtzeitig noch von ihren Domänen zu retten, was zu retten sei.

23. Mai.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des niederländischen Legationsrates v. Westenberg, welcher mich bat, ihm Aufschlüsse über den Inhalt der Liquidationsverhandlungen der ehemaligen Bundesstaaten unter sich zu geben. Westenberg sagte mir, daß, wenn Preußen je daran denken sollte, Holland

Digitized by Google

zu nehmen, es noch schlimmere Erfahrungen machen werde als in Hannover. Die ganze Nation sei von Haß gegen Preußen durchdrungen.

26. Mai.

Morgens 10¼ Uhr besuchte mich der Attaché v. Gagern, um Abschied zu nehmen. Er reiste eine Stunde später nach Paris zurück. Ich beauftragte ihn, zu versuchen, eine Petition der in Paris wohnenden Hessen für Beibehaltung der dortigen Gesandtschaft zustande zu bringen.

Graf Astorg fragte mich, was man denn in Hessen für die Zukunft zu tun gedenke. Ich antwortete, vorerst wiese ich die preußischen Versuche zum Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund zurück. Ich stände in dieser Beziehung ziemlich allein. Die Zweite Kammer und vor allem Prinz Ludwig drängten dahin; gäben wir nach, so werde Baden nachfolgen und Württemberg keinen Widerstand leisten. Dann sei das deutsche Kaiserreich fertig. Ich könne aber diesen Widerstand nur auf ein bis zwei Jahre leisten. Bis dahin müsse Frankreich seine Entschlüsse gefaßt haben. Entweder wolle es den Frieden erhalten und Deutschland aufgeben. Dann wüßten wir, was wir hier zu tun hätten. Oder es wolle die gefährliche Vergrößerung Preußens hindern, dann müsse es rechtzeitig handeln, ehe es zu spät sei. Die Losung der hessischen Regierung sei vorerst „Abwarten".

27. Mai.

Um 12 Uhr kam der Geheime Rat Seitz und teilte mir mit, was bisher im zweiten Ausschusse der Zweiten Kammer über den Antrag v. Goldmann usw. wegen Eintritts von Rheinhessen und Starkenburg in den Norddeutschen Bund verhandelt worden ist. Er bat mich, auf die etwas lauen Abgeordneten Kritzler und Zentgraf einzuwirken, damit diese sich ebenso, wie er getan, gegen den Antrag erklärten.

28. Mai.

Sitzung des zweiten Ausschusses der Zweiten Kammer, in welcher der Antrag wegen Eintrittes der südlichen Teile des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund beraten wurde. Die oberhessischen Mitglieder versicherten, daß sie bei der Zustimmung zum Antrage nur durch die Besorgnis geleitet würden, daß Oberhessen, wenn es isoliert bleibe, vom Großherzogtum losgerissen werde. Ich erklärte diese Furcht für ganz grundlos und bemerkte, daß, wenn Preußen die Absicht habe, die Provinz zu annektieren, es an der Ausführung dieser Absicht nicht durch den Eintritt von Starkenburg und Rheinhessen in den Norddeutschen Bund werde gehindert werden.

30. Mai.

Bei meiner Rückkehr empfing ich den Gesandten v. Gagern, der mir mitteilte, daß er am nächsten Dienstag in der Kammer gegen den Eintritt

Digitized by Google

der südlichen Provinzen des Landes in den Norddeutschen Bund sprechen und dann unmittelbar nach Pest zur Königskrönung abreisen wolle.

1. Juni.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mir mitteilte, daß nach einem soeben eingetroffenen Telegramm des Grafen v. Bismarck ich zur Teilnahme an einer Konferenz der Minister der süddeutschen Staaten mit dem Grafen Bismarck in Zollangelegenheiten, die am nächsten Montag in Berlin beginnen soll, eingeladen sei. Nach Wentzel kam Baron Thüngen, um mir namens seines Hofes eine gleiche Mitteilung zu machen.

2. Juni.

Um 4¼ Uhr fuhr ich mit dem Schnellzuge ab. Ich reiste in dem nämlichen Waggon mit den Ministern v. Varnbüler und v. Freydorff. Letzterer hat seinen unvermeidlichen Legationsrat Hardeck, ersterer einen württembergischen Finanzbeamten bei sich.

Berlin, 3. Juni.

Der württembergische Gesandte v. Spitzemberg, der badische Gesandte v. Türkheim und der hessische Gesandte Hofmann erwarteten uns am Bahnhofe. Auch Frau v. Spitzemberg war mitgekommen, um ihren Vater, Herrn v. Varnbüler, zu empfangen. Bald nach meiner Ankunft bekam ich eine Einladung des Grafen Bismarck zur Konferenz um 2 Uhr im Ministerium des Äußern. Um 11 Uhr gab ich Karten bei Graf und Gräfin Bismarck ab und machte dann dem Geheimen Legationsrat Hofmann und dessen Frau einen Besuch. Hierauf fuhr ich mit Hofmann zu dem russischen Gesandten v. Oubril, der uns sehr freundlich empfing. Ich fragte nach Frau v. Oubril, die im Begriffe war, auszufahren, aber dennoch einen Augenblick in das Zimmer ihres Mannes kam. Von da fuhr ich zu dem bayerischen Minister Fürsten Hohenlohe, der im Hotel de Rome abgestiegen und erst um 12 Uhr in Berlin eingetroffen war. Er war beim Ankleiden, und ich ließ ihm, ebenso wie dem Minister v. Freydorff und dem Legationsrat Hardeck, die im British Hotel wohnten und nicht zu Hause waren, Karten. — Um 2 Uhr ging ich in das Ministerium des Äußern, wo eine zweistündige Konferenz über die Erneuerung des Zollvereins auf parlamentarischer Basis stattfand. Im Laufe der Diskussion äußerte Fürst Hohenlohe, man werde vielleicht in München Bedenken tragen, auf den preußischen Vorschlag, Abgeordnete der süddeutschen Zollvereinsstaaten zur Beratung der Zollvereinsangelegenheiten in das norddeutsche Parlament zu senden, einzugehen, weil man in einem solchen Schritt den Anfang zu einem vollkommenen Eintritt in den Norddeutschen Bund erblicken könne. Graf Bismarck verwahrte sich dagegen, als ob Preußen eine solche Ausdehnung des Norddeutschen Bundes anstrebe, oder auch nur wünsche. Dasselbe müsse vor allem die neue Einrichtung im Norden konsolidieren. Ich ergriff diesen Anlaß, zu sagen, daß ich also nicht glauben könne, es werde

Digitized by Google

ein Anerbieten der hessischen Regierung wegen Eintrittes ihrer südlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund in Berlin Anklang finden. Graf Bismarck erwiderte, nicht ohne einen Anflug von Gereiztheit, daß die Trennung Oberhessens von Starkenburg und Rheinhessen sich auf die Dauer nicht durchführen lasse, und daß deshalb Preußen der Großherzoglichen Regierung keine Schwierigkeiten machen werde, wenn die letztere in der Lage sei, den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund zu wünschen. Ich warf ein, ob denn nicht Österreich und Frankreich Schwierigkeiten machen würden. Graf Bismarck erwiderte in dem nämlichen Tone: „Mit Österreich wissen wir zu reden, und was Frankreich betrifft, so kümmert uns dasselbe nicht. Wir sind imstande, ihm die Spitze zu bieten."

Um 5 Uhr war Diner im Königlichen Palais, zu dem, außer dem Grafen Bismarck, Herrn v. Savigny, Minister v. Schleinitz und vielen Militärs, die Minister der Konferenz eingeladen waren. — Graf Bismarck saß rechts vom Könige, links Fürst Hohenlohe. — Graf Pückler, der dem Könige gegenüber saß, hatte rechts den Herrn v. Varnbüler, links den Präsidenten v. Freydorff. Dem ersteren zur Rechten saß ich und hatte zu meiner Rechten den preußischen Generalleutnant Schwarz von der Artillerie. Der König reichte mir vor dem Diner die Hand vor vielen Anwesenden und sagte: „Wir haben uns lange nicht gesehen." Nach dem Diner sprach er länger mit mir von seiner Reise nach Paris. Ich sagte ihm, wie sehr ich mich über die Auszeichnungen gefreut hätte, die einigen meiner in der preußischen Armee dienenden Vettern infolge ihres Verhaltens im letzten Feldzuge zuteil geworden seien. Der König schien kaum etwas davon zu wissen. Ich sagte ihm, daß einer meiner Vettern, ein bloßer Unterleutnant, für die Wegnahme einer österreichischen Batterie den Orden Pour le mérite erhalten habe. Der König antwortete, etwas höhnisch lächelnd, indem er weiterging: „Nun, es hätte ja auch eine hessische Batterie sein können." Unter den Gästen befand sich auch Regierungsrat Klapp von Arolsen, der mir zugab, daß er wegen Abtretung des Fürstentums an Preußen verhandle, wenn letzteres nicht einige Erleichterungen zugestehen wolle. Auch die Abtretung von Koburg, Meiningen und Lippe sei von den betreffenden Fürsten angeboten. Aber Preußen wolle auf solche Zessionen nicht eingehen. Ich sprach längere Zeit mit Herrn v. Savigny, der überaus entgegenkommend war und mir zugab, daß das preußische Unternehmen keine Dauer verspreche, wenn es nicht die deutsche Idee zur Unterlage nehme. Dem Grafen Bismarck sagte ich, ob er denn glaube, daß die kleineren norddeutschen Bundesstaaten imstande seien, in dieser Verbindung und unter den ihnen auferlegten Lasten fortzuexistieren. Bismarck erwiderte, dieselben müßten eben den unnötigen großen Aufwand für innere Verwaltung beschränken. Preußen habe seither die nämlichen großen Lasten unweigerlich tragen müssen. — Abends 7 Uhr besuchte mich der Geheime Legationsrat Hofmann und las bei mir den preußischen Entwurf zu einer Konvention über Zollvereinserneuerung durch. Um 8½ Uhr ging ich wieder zur Ministerkonferenz in das Ministerium des

Digitized by Google

Äußern, wo unter Zuziehung des Ministers v. d. Heydt,[1]) der Geheimen Räte Philippsborn[2]) und Delbrück[3]) und des bayerischen Ministerialrates Weber bis um 11 Uhr beraten und beschlossen wurde. Fürst Hohenlohe behielt sich definitive Erklärung vor, indem er vorerst die Ansichten seines Königs einholen müsse.— Ich gab eine ähnliche Erklärung ab. Graf Bismarck meinte, es sei doch nicht möglich, daß Bayern die hier vereinbarten Vorschläge verwerfe, worauf Ministerialrat Weber ausrief: „Ach! bei Gott und in Bayern ist alles möglich." Im Augenblick des Weggehens sprach mir Graf Bismarck von der Pariser Reise, die er morgen nachmittag 3 Uhr mit dem Könige antrete. Es sei wohl möglich, daß er in Paris in Mörderhände falle. Die preußische Polizei habe Spuren, daß eine ganze Bande teilweise aus Amerika herübergekommener Deutscher dort mit Kugeln und Orsinibomben auf ihn lauere.

Berlin, 4. Juni.

Ich hatte morgens 10½ Uhr den Besuch des Fürsten Hohenlohe. Derselbe sagte mir, daß durch die Annahme der preußischen Vorschläge behufs Rekonstruierung des Zollvereins sein Projekt eines näheren Anschlusses der süddeutschen Staaten untereinander und an Österreich zusammengefallen sei. Er klagte, daß Minister v. Beust dieses Projekt, welches Graf Taufkirchen, auf den Wunsch des Grafen Bismarck, vertraulich in Wien vorgelegt, zum Gegenstande einer scharfen Zirkulardepesche gemacht habe, die an deutschen und nichtdeutschen Höfen vorgelesen worden sei und namentlich bei Varnbüler gegen Bayern Mißtrauen erweckt habe. Ich sagte Hohenlohe, der mir bemerkte, es werde Bayern nichts übrigbleiben, als sich enger an Österreich anzuschließen, daß ich mich bemühen würde, zu besseren Beziehungen zwischen ihm und Minister v. Beust beizutragen. Taufkirchen sei nicht der rechte Mann für eine Sendung nach Wien gewesen. Ich fügte hinzu, daß der dermalige Zustand der Dinge in Deutschland ein lediglich provisorischer, aber sehr unerträglicher sei und daß denselben nur ein furchtbarer Krieg befriedigend lösen könne. Dieser Krieg mit Frankreich scheine mir unvermeidlich. Wir sprachen dann noch von Bismarck und seiner vollständigen Unzuverlässigkeit. Bismarck sei mit Benedetti im höchsten Grade gespannt, weil er demselben Hoffnungen auf einen leichten Erwerb Luxemburgs gemacht und ihn dadurch veranlaßt habe, die Sache in Paris anzuregen, während er, Bismarck, später von seinen Zusicherungen nichts mehr habe wissen wollen.

Ich sagte dem Fürsten noch, die Lage Hessens, mit einer Provinz im Norddeutschen Bund, sei eine überaus schwierige. Wir könnten nicht so frei

[1]) 1801—1874; war 1848 zum ersten Male, 1862 zum zweiten, 1866—1869 zum dritten Male preußischer Finanzminister.

[2]) Direktor im Ministerium des Auswärtigen.

[3]) Martin Friedrich Rudolf, 1817—1903; war seit 1844 im preußischen Handelsministerium, wo er maßgebenden Einfluß in Zollvereinsangelegenheiten ausübte; seit 1867 Präsident des Bundeskanzleramts, 1871 hervorragend beteiligt beim Abschluß der Versailler Verträge.

Digitized by Google

handeln, wie Bayern. Wir seien genötigt, für die Annahme des preußischen Projektes einer neuen Zolleinigung zu stimmen, während wir uns über die Folgen der Beschickung des norddeutschen Parlamentes durch Abgeordnete für Zollsachen keine Illusionen machten. Unsere Sympathien für Bayern seien eine durch eine lange Reihe von Jahren bewährte Tatsache. — Wir könnten aber dermalen nur vorsichtig Rat geben, nicht selbständig handeln. Auch würden wir von der öffentlichen Stimme, die unter allen Umständen Erhaltung des Zollvereins fordere, gedrängt.

Um 12 Uhr wurde das von den Geheimräten Delbrück und Philippsborn entworfene Konferenzprotokoll unterzeichnet und der Vertrag von den Ministern v. Varnbüler und Freydorff genehmigt. Fürst Hohenlohe und ich behielten uns Instruktionseinholung vor. Wir nahmen von Graf Bismarck Abschied, der um 3 Uhr mit seinem Könige nach Paris geht. Hohenlohe erzählte mir vor dem Beginn der Sitzung, er habe nach München telegraphiert, daß Preußen den Zollverein gekündigt habe und daß er in München neue Instruktionen einholen wolle. Gelange diese Schreckensnachricht an ihre Adresse, so würden die Gemüter weich gestimmt sein, und man könne um so mehr auf Annahme des heute geschlossenen Vertrages hoffen, wenn man in den maßgebenden Münchener Kreisen sehe, daß die Möglichkeit, den Zollverein zu erhalten, noch nicht ausgeschlossen sei. (Fortsetzung folgt)

Der Bolschewismus im Agrar-Ungarn

Von

Dr. rer. pol. Imre Fejér, Frankfurt a. M.

Die Tatsache, daß auch Ungarn, dies zweite dem Bolschewismus erlegene Land, überwiegend agrarischen Charakter trägt,[1]) läßt es angebracht erscheinen, einen Blick auf die Verhältnisse der ungarischen Landbevölkerung zu werfen. Denn zum Verständnis des augenblicklichen Siegeslaufes des Bolschewismus unter den ungarischen Landarbeitern ist die Kenntnis der Vorbedingungen, soweit sie dem Bolschewismus den Weg bahnten, unerläßlich.

Soziale Bewegungen entstehen nicht von heute auf morgen. Auch das ungarische Bauernvolk wurde nicht erst plötzlich durch den in seinen Formen höchst inkonsequenten Staatsstreich für die neue „Lehre" gewonnen. Und zwar so stark gewonnen, daß die jetzige Regierung, wenn nicht ihr Entstehen, so doch ihr Bestehen allein seiner Haltung verdankt.

Die Keime der Unzufriedenheit des ungarischen Landvolkes, die dank der Halsstarrigkeit der herrschenden Klassen jetzt so furchtbar sich entwickelten, sind

[1]) Nach der Volkszählung vom Jahre 1910 betrug Ungarns Bevölkerung 20884870 Menschen. Davon gehörten der Landwirtschaft an 13465653 Personen — 64,5 Prozent der Bevölkerung.

Digitized by Google

schon längere Zeit im sozialen Körper des ungarischen Landproletariats vorhanden.

Mannigfaltig sind die Entstehungsursachen der Unzufriedenheit, der Auflehnung dieses in seinem tiefsten Inneren aristokratischsten Volkes Europas.

Die historische Entwicklung der Landarbeiterschaft, Grundbesitz und Erwerbsverhältnisse, Art der Bodenbewirtschaftung, kulturelle und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, ihre Stellung im Staate, Charakter und Weltanschauung des ungarischen Bauernvolkes; alle diese Momente wirkten bei der Erzeugung der Unzufriedenheit mit und leisteten ihr Vorschub.

Die bedeutendsten davon seien hier besprochen.

Das Grundeigentum ist der größte und stärkste soziale Friedensstifter. Es ist die sicherste Quelle menschlicher Zufriedenheit, die beste Gewähr für Ruhe und Ordnung. Nur wo eine geordnete, ja geregelte, gleichmäßige Bodenverteilung vorhanden, wo ein kräftiger, gesunder Bauernstand Besitzungen von gesunder mittlerer Größe, die selbständige Ganze bilden, sein Eigen nennen kann, ist Wohlstand, Zufriedenheit. Wo aber die Gegensätze zwischen Groß- und Zwergbesitz allzu schroff, wo Armut und Elend den großen Teil des Landvolkes stärker dem Dienste der Herrschaft (der wirtschaftlichen wie politischen), unterwirft und an sie kettet, als selbst die alte feudalistische Agrarverfassung es vermochte, wo die Hoffnung auf eigenen Grund und Boden an dem Wall und verhängnisvollen Widerstand einer mehrhundertjährigen Einrichtung zuschanden werden muß, da wird früher oder später eine Revolution kommen, die glaubt, wenigstens für einige Zeit der Menschheit durch die scheinbare Milderung der vermeintlichen oder auch tatsächlichen Gegensätze Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Über die Hälfte — 55,2 Prozent — der Grundbesitzer Ungarns besaß vor der Revolution nur 6,15 Prozent der gesamten bewirtschaftbaren Fläche, was auf den Kopf nur 1,6 Hektar ausmachte. Dagegen hatten die Großgrundbesitzer, die 0,09 Prozent aller Grundeigentümer darstellten, 31,19 Prozent der bebauten Landfläche, im Durchschnitt 3831,2 Hektar pro Kopf. Aber nur im Durchschnitt, in Wirklichkeit gibt bzw. gab es Latifundien bis zu einer Größe von 300,000 Hektar, und solche über 100,000 Hektar waren keine Seltenheit. Zu dieser ungleichen Bodenverteilung kommt noch hinzu, daß 33,5 Prozent der Gesamtfläche des Landes dem freien Verkehr entzogen waren.

Die Zahl derer, die *keinen* Grund und Boden haben, beträgt im Agrarstaate Ungarn 16,5 Millionen = 78 Prozent, während die Zahl der Besitzer des ihnen die Existenz sichernden Grund und Bodens nur 4,5 Millionen, d. i. kaum 22 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes, war.

Noch ungünstiger wird das Bild, untersucht man die Zahl der besitzlosen Angehörigen der Landwirtschaft. Vor der Revolution gab es in Ungarn ungefähr 6 Millionen besitzlose Landproletarier ohne die Zahl der „Besitzenden", die weniger oder nicht mehr als 1 Katasterjoch (0,575 Hektar)

Digitized by Google

haben. Von solch kleinen Parzellen können Familien nur sehr unzureichend leben, zumal die meisten solcher Zwergbesitzungen ohne Ackerboden sind.

Dieses Landproletariat, dessen Beschäftigungsgrad noch in viel höherem Maße als es bei dem Industrieproletariat der Fall, von äußeren, unabänderlichen Faktoren abhängig ist — wie es in der Natur der Landwirtschaft im allgemeinen und in der der ungarischen Landwirtschaft infolge ihrer Extensität im besonderen liegt —, war auf Gnade und Ungnade seinen Arbeitgebern ausgeliefert. Es war dies um so mehr, als die wenig entwickelte heimische Industrie die beschäftigungslosen Landarbeiter nicht aufnehmen konnte.

Die ungarische Landarbeiterschaft weist folgende Arten der ihr Angehörenden auf:

Zwergbesitzer, Taglöhner, Teilackerbauer, Wirtschaftsgesinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter im engeren Sinne. Die Grenzen dieser einzelnen Gruppen sind naturgemäß nicht so fest gezogen, daß der Übergang aus einer in die andere nicht möglich wäre. Vielmehr gehört oft ein und derselbe Arbeiter den verschiedenen Gruppen an. Infolge der bereits erwähnten extensiven Wirtschaftsweise überwiegt die Zahl der zu dem Gute in keinem ständigen Dienstverhältnis stehenden Arbeiter. Zu diesen nur zeitlich Beschäftigten gehören Taglöhner, Akkordarbeiter und Anteilbauern. Die Gruppe der dauernd Beschäftigten stellt hauptsächlich das Gesinde.

Zu den Taglöhnern im weiteren Sinne gehören in Ungarn (abgesehen von dem ständigen Gesinde) alle in der Landwirtschaft tätigen armen Personen einschließlich solcher Kleinbesitzer, Kleinpächter, Gärtner, Anteilbauern, Kleinzüchter usw., die von dem Ertrag ihrer Parzelle nicht leben können. Die Anzahl der Taglöhner mit eigenem Besitz, denen also der Taglohn mehr oder weniger ein Nebenerwerb, ist verhältnismäßig klein. Die Taglöhner, die ohne feste Existenzgrundlage sind, haben am schwersten unter den ungerechten, sogar menschenunwürdigen Lebens- und Erwerbsverhältnissen zu tragen.

Zum Gesinde zählt jede Person, die sich kontraktlich gegen Lohn zu dauernden, auf den Haushalt oder die Wirtschaft sich beziehenden persönlichen Dienstleistungen für mindestens einen Monat verpflichtet. An Stelle des Arbeitsvertrages der Landarbeiter oben erwähnter Gruppen, tritt zwischen Gesinde und Dienstherrn der Dienstvertrag. Bis zu den neunziger Jahren waren diese Arbeitsverhältnisse überhaupt nicht gesetzlich geregelt. Es war dies den einzelnen Komitaten, die natürlich ihrer Aufgabe auf verschiedene Weise gerecht wurden, überlassen. Die seither erlassenen Gesetze und Verordnungen sind weniger im Interesse des Gesindes als in dem der Dienstherren geschaffen, so daß kaum eine Besserung zu verzeichnen war. Der Geist der Gesindeordnung blieb der gleiche, waren doch Gesetzgeber und Dienstherren oft identisch, zum mindesten aber vertraten sie die gleichen Interessen. Nur so wird auch der die Gesindegesetze beherrschende Geist verständlich. Das Gesindegesetz von 1907 verlangt von dem Gesinde eine Arbeiterlegitimation, Dienstbuch und das Mindestalter von zwölf Jahren. Die Lösung des Dienst-

Digitized by Google

verhältnisses wird in den, ohne Unterschrift des Arbeitgebers ungültigen Entlassungsbrief eingetragen. Das Gesinde kann und darf ohne Entlassungsbrief keine neue Stelle antreten. Ebenso kann und darf ihm kein Reisepaß ausgehändigt werden. Auf Dienstverweigerung vor Ablauf des Vertrags stehen schwere Strafen. Das Gesinde hat Befehle, Mahnungen und Zurechtweisungen des Grundherrn mit Ergebung entgegenzunehmen. Es muß sich überhaupt der Hausordnung des Dienstgebers fügen. Besuche können vom Grundherrn untersagt werden. Das Recht der häuslichen Züchtigung des Gesindes steht dem Dienstgeber zu. Ausdrücke, die sonst als Verbalinjurien gelten, sind, von seiner Seite dem Gesinde gegenüber angewandt, nicht als solche zu betrachten. Minderjährige bis zum achtzehnten Lebensjahre (unter Umständen auch ältere) sind der Rüge und der häuslichen Strenge des Arbeitgebers unterworfen.

Das gleiche Bild der ungleich und ungerecht verteilten Lasten, wie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bieten die Erwerbsverhältnisse.

Die Lohnverhältnisse der ungarischen Landarbeiter werden in erster Linie von ihrem Beschäftigungsgrade beeinflußt. Dieser wiederum wird durch die extensive Wirtschaftsweise bedingt. Die ungarische Landwirtschaft mit ihrer einseitigen Produktion, die plötzlich große Arbeitermengen erfordert, ihrer dann aber ebenso plötzlich nicht mehr bedarf, ihrem geringen Viehstande, kann die Landarbeiterschaft nur sehr unvollkommen beschäftigen. Der Arbeiter hat keinen ständigen Erwerb das ganze Jahr hindurch. In den Sommermonaten aber kann er nicht so viel verdienen, daß er davon seine Familie das ganze Jahr über erhalten könnte. Große Gegensätze, noch größere Schwankungen im Beschäftigungsgrade der ländlichen Arbeitskräfte, eine äußerst ungleiche zeitliche Verteilung der Arbeit sind ohne weiteres festzustellen und hemmen den sicheren Erwerb, da sie für letzteren eine nur sehr unsichere Basis zu schaffen vermögen. Die Extensität der ungarischen Landwirtschaft beeinflußt die Lohnverhältnisse auch noch deshalb, weil die Grundbesitzer bei dem relativ niedrigen Ertrag keine höheren Löhne zahlen können. Die Ungleichmäßigkeit, die die Bevölkerungsdichte der einzelnen Landesteile aufweist, schafft einen Gegensatz zwischen ihr und der Erwerbsmöglichkeit, und trägt zusammen mit der Verbreitung der landwirtschaftlichen Maschinen, die wiederum eine Verringerung der Arbeitsgelegenheiten zur Folge hat, dazu bei, die Erwerbsverhältnisse der ungarischen Landarbeiter noch ungünstiger zu gestalten. Der durchschnittliche Jahresverdienst der ungarischen Landarbeiter betrug 300 bis 450 Kronen (wovon die Arbeiter 140 bis 160 Kronen meist in Getreide erhielten), ein Lohn, der selbst bei der beschämend geringen Lebenshaltung erbärmlich erscheinen muß.

Sowohl die Nahrungs- wie die Lohnverhältnisse zeugen von einer ungeheuren Primitivität. Die Nahrung, deren Beschaffung den ungarischen Landarbeiter die Hälfte seiner Gesamtausgaben kostet, besteht hauptsächlich aus Erbsen, Hirse, Gerstengries, Gersten- und Hafermehl. Auch etwas Kraut,

Digitized by Google

aber fast gar kein Fleisch. Dafür ein enorm hoher Branntweinkonsum. Das ganze Elend der ungarischen Landbevölkerung aber zeigen die Wohnverhältnisse. Die Wohnungen sind schlecht, ungesund und überfüllt. Dies erkannte sogar die Regierung. Im Jahre 1907 erließ sie ein Gesetz zur Verbesserung der Landarbeiterhäuser. Allerdings wurde seiner Durchführung eine Frist von zehn Jahren gewährt. Was also mit der einen Hand gegeben, wurde mit der anderen genommen.

Unter solchen Umständen ist die entstandene große Erbitterung des ungarischen Bauernvolkes verständlich, die ihren Ausdruck in Streiks und Aufständen, vor allem aber in einer ungeheuren Auswanderung fand. Letztere geschah besonders aus den Gegenden, in denen der gebundene Besitz jede Hoffnung, einmal zu eigenem Boden zu gelangen, erstickte. Die Existenzgrundlage des ungarischen Landarbeiters ist seine Arbeitskraft, und nur diese allein. Sie wird aber nur zeitweilig in Anspruch genommen. So war das Leben eines großen Teiles der Landarbeiter vom Zufall abhängig. Sie trachteten daher, ihre Lage nach Kräften zu verbessern. Sobald sich die Arbeiter ihrer drückenden Lage bewußt wurden, in ihnen das Klassenbewußtsein entstand, oder zur Entstehung gebracht ward, verbreitete sich ein blinder Haß gegen die Grundbesitzerschaft, gegen die ganze bestehende Ordnung.

Für die Arbeiterschaft galt es, nach Möglichkeit das Elend zu beseitigen. Für die Grundbesitzerschaft stand die alte Macht auf dem Spiele. Es entstand ein erbitterter Kampf zwischen beiden Parteien um ihre wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Es war ein ungleicher Kampf, denn der ziemlich unorganisierten Arbeiterschaft stand die festgefügte Organisation der Grundbesitzer gegenüber. Bald wurde auch aus diesem rein wirtschaftlichen ein politischer Kampf. Er ward eine wirksame Waffe in der Hand der verschiedenen politischen Parteien. Das Interesse der Landarbeiterschaft aber trat in den Hintergrund.

Bereits 1873 findet sich in der Gründung der ungarischen Landarbeiterpartei das erste Anzeichen einer Bewegung des Landproletariats.

Als später die Agitation von der sozialdemokratischen Partei geleitet wurde, nahm sie immer ernsteren Charakter an. Mit ungeheurem Geschick und Verständnis wurde dabei verfahren. Von der Erkenntnis ausgehend, daß bei der Wesensart des ungarischen Bauern er einer Lehre und ihrer mehr theoretischen Verkündigung schwer zugänglich sei, packte sie das Volk bei seinen innersten Nöten. Es war unzufrieden, war mit Recht aufgebracht gegen die, in deren Hand die Gewalt und ihre Durchführung gegeben, also der Regierungsbeamten wie Polizei und Stuhlrichter. Daß auch gegen seine Herren, die Grundbesitzer, gehetzt wurde, ist selbstverständlich und erklärlich.

Der Hauptherd des Agrarsozialismus waren von jeher die kernmadjarischen Teile des Landes. Für die Entwicklung der letzten Tage ist dies von Bedeutung. Denn die alliierten und assoziierten Mächte können zur Besetzung

Digitized by Google

dieser Landstrecken keinen Vorwand finden. Die Budapester Räteregierung hatte daher dort um so leichteres Spiel.

Die Unzufriedenheit und Erbitterung unter der klugen Leitung der Sozialisten äußerte sich zuerst bei dem im Jahre 1891 ausgebrochenen Aufstand, dessen unmittelbaren Anlaß die unbegründeten Vergewaltigungen seitens der Behörden gaben. Die durch Anwendung von Gewalt, mit Auflösung der Arbeitervereinigungen hergestellte scheinbare Ruhe dauerte nur solange, als bis die durch die Aufstände gestiegenen Löhne wieder zu sinken begannen. 1894 kam es zu einem neuen Aufstand, der wie der vorherige blutig unterdrückt wurde. Sonst blieb alles beim alten. Das Versammlungsrecht wurde für das ganze Alföld[1]) aufgehoben. Teils heimlich, teils öffentlich entstandene Arbeitervereine übten eine rege agitatorische Tätigkeit für die Lohnerhöhung, für Beseitigung der Robotarbeit, des Truckſystems und der Arbeitslosigkeit. Das Jahr 1897 brachte drei wichtige Ereignisse in der Geschichte der ungarischen Landarbeiterbewegung. In diesem Jahr wurde der erste ungarische Landarbeiterkongreß eröffnet. Seine Forderungen enthielten außer wirtschaftlichen auch solche politischer Natur: die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, Sicherstellung des Koalitions-, Organisations- und Versammlungsrechts, Zusicherung der Pressefreiheit, demokratische Normierung der Rechtsverhältnisse der Landarbeiterschaft. Was die wirtschaftlichen Forderungen anbelangt, so waren sie für die damalige Zeit teils recht radikal, teils auf die Landwirtschaft nicht anwendbar (z. B. Beschränkung der Arbeitszeit). Der Kongreß forderte: die einheitliche Festsetzung des Tagelohnes und der Arbeitszeit, Abschaffung des Pauschale, der Robotarbeit und des Naturallohnes, Errichtung einer zentralisierten Arbeitsvermittlung, gleiche Entlohnung der Frauen wie Männer, Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, Abschaffung des Dienstbotengesetzes vom Jahre 1876, des Dienstbotenverhältnisses, Einführung bzw. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Feldarbeiter, deren Kosten selbstverständlich die Grundbesitzer zu tragen haben. Einführung der von den Arbeitern gewählten, mit behördlichem Wirkungskreise ausgestatteten Ackerbauinspektoren. In den wesentlichen Punkten blieben die Forderungen bis zum Ausbruch der Revolution 1918 unerfüllt. Im Anschluß an diesen Kongreß und als seine notwendige Folge brach im Jahre 1897 ein großer Ernteſtreik mit blutigen Aufständen aus. Das dritte Ereignis des Jahres 1897 war die Begründung der ungarischen unabhängigen (!) sozialistischen Partei durch Stephan Várkonyi, der das Hauptgewicht der sozialdemokratischen Agitation auf die Landarbeiterbewegung legte. Er gründete beinahe in jedem Dorf gemeindliche Organisationen. Außerdem gab er ein Blatt, den „Ackerbau", heraus, dessen Abonnement, wie seine Agitatoren behaupteten, zu einem Feldanteil bei der bald erfolgenden Bodenverteilung berechtigen werde. Welchen Erfolg und welche Verbreitung die

[1]) Die große ungarische Tiefebene.

Digitized by Google

Lehre Várkonyis fand, zeigt der noch im Gründungsjahre seiner Partei ausgebrochene Aufstand. „In der Gemeinde Káráſz machten sich die Einwohner eines Tages auf, vermaßen die Gemarkung und verteilten den Boden unter sich. Dem größten Besitzer beließen sie 40 Joch, ihrem Führer aber maßen sie 60 Joch zu. Dann machte sich fast die gesamte Bevölkerung des Ortes — Männer, Frauen und Kinder — auf den Weg nach dem Hauptorte des Bezirkes, mit der Absicht, die Grundbücher zu vernichten (!) und so ihrer Bodenverteilung die Sanktion zu geben.“ [1])

Die Unruhen der Jahre 1898, 1901, 1903, 1904, 1905, 1906 zeugen einerseits von den Erfolgen der Agitation, andererseits von der Erfolglosigkeit, Machtlosigkeit, dem Nichtkönnen und Nichtwollen der Regierung. Diese suchte durch Gesetzesstrenge den Aufständen für die Zukunft vorzubeugen. Das Volk, das sich eine Zeitlang hatte einschüchtern lassen, veranstaltete trotz aller Bemühungen und Maßnahmen der Regierung 1905 einen großen Streik. Es stellte sich dabei heraus, daß die Ausbeutung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber nicht abgenommen hatte und daß die Lage der ländlichen Arbeiter allen Erlassen und Gesetzen zum Trotz nicht gebessert war.

Die seit der Aufhebung der Leibeigenschaft anhaltende Vermehrung der Zahl des Landarbeiterproletariats und die Verschlimmerung seiner Lage dauerte also an. Nur die rechtliche Form der Leibeigenschaft war aufgehoben, ihr wirtschaftlicher Inhalt lebte von neuem auf.

Das unerbittliche Vorgehen des Gesetzes gegen die Aufständigen vermochte den Ausbruch des dritten großen Streiks 1906 nicht zu verhindern. An den letzten beiden Bewegungen beteiligte sich eine große Anzahl landwirtschaftlichen Gesindes.

Da das Gesetz den Kontraktbruch schwer strafte, umgingen es die Arbeiter, indem sie keine Kontrakte schlossen. So war vielfach bis zu Johanni 1906 noch kein Erntevertrag eingegangen. In vollem Maße nützte die Arbeiterschaft die wegen der Nähe der Erntezeit sehr eifrigen Bemühungen der Landwirte um Sicherstellung von Arbeitskräften aus.

Gleich beim ersten Arbeiteraufstand sah sich die ungarische Regierung veranlaßt, einzugreifen. Sie begnügte sich nicht mit der blutigen Unterdrückung der Bewegung, sondern brachte den durch seine außerordentlich große Strenge weltberüchtigt gewordenen Gesetzartikel II von 1898. Er sollte vor allem „die für Ungarns Volkswirtschaft schädlichen Aufstände, die in ihrer Passivität aggressive Mittel seien, abwehren und so die Landwirte gegen den Vertragsbruch der Landarbeiter sicherstellen“. Zum Schutze der Arbeiter diente lediglich das Verbot sämtlicher Arten des Truckſystems und die Feststellung eines Mindestgeldlohnes bei der Anteilarbeit.

Dies Gesetz, als eine Strafmaßnahme gedacht, enthält neben präventiven auch repressive Maßnahmen. Die keineswegs radikale „Deutsche Monatsschrift

[1]) Graf Mailath, „Studien über die Landarbeiterfrage in Ungarn“.

Digitized by Google

für christliche Sozialreform" schrieb hierüber: „Niemand wird sich des Gedankens erwehren können, daß dieses Gesetz zu den barbarischsten gehört, die je ein menschliches Gehirn zur Unterdrückung von Mitmenschen ersonnen hat."

Durch die Verfügung bezüglich des schriftlichen Kontraktes liefert das Gesetz den größten Teil der Landarbeiter (nämlich die des Lesens und Schreibens Unkundigen) auf Gnade und Ungnade den Grundherren aus.

Dem Gesetzartikel II 1898 folgten die Gesetzartikel XLI und XLII 1899, die die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und Hilfsarbeiter, ferner der bei den Wasser-, Straßen- und Eisenbahnarbeiten angestellten Arbeiter und Tagelöhner sowie der Akkordarbeiter regeln sollten.

Die Gesetzartikel XVI 1900 und XIV 1902 brachten die Versicherung der Landarbeiter, aber nur gegen Unfall und Invalidität, ebenso eine Witwenversicherung. Diese ist nicht obligatorisch. Eine Ausnahme bildet nur die Versicherung des Gesindes und der die Dresch- und Häckerlingsschneidemaschinen bedienenden Arbeiter. Die Unterstützung wird aber nur bei Unfällen gewährt. Von dieser Neuerung machten nur wenige Gebrauch, was bei der dürftigen materiellen und kulturellen Lage ungarischer Landarbeiter nicht verwunderlich ist. Eigenartig ist die folgende Bestimmung gegen Streikende: der wegen Streiks bestrafte Arbeiter wird aus der Versicherung ausgeschlossen und verliert seine eingezahlten Beträge! Zur Erläuterung des die damalige Gesetzgebung beherrschenden Geistes und der Richtung seiner Bewegung die folgende Bestimmung: dem Grundherrn steht das Recht zu, von dem vor Ablauf von fünf Jahren aus seinem Dienst austretenden Arbeiter die für ihn eingezahlten Beträge zurückzufordern. Zahlt der Arbeitgeber für sein Gesinde die sogenannten ordentlichen Beiträge, so werden sie dem Gesinde nur dann angerechnet, wenn es zehn Jahre lang bei ihm dient, oder während der Dienstzeit Invalide wurde oder starb.

Gesetzartikel XLV 1907 trägt auch der Streikbewegung des Gesindes Rechnung, indem er Gesetzartikel II 1898 auch auf das Gesinde ausdehnt. Außer der Abwehr des Streikes ist dies Gesetz von 1907 bestrebt, die stetig anwachsende Auswanderung und die Freizügigkeit an sich zu unterbinden. Die bereits obenerwähnte Verfügung dieses Gesetzes, die das Gesinde unter achtzehn Jahren in die Zucht des Grundherrn und diesem das Bestimmungsrecht darüber gibt, wann das Gesinde seine Wohnung verlassen, wen es bei sich als Gast sehen darf, ist wohl in der ganzen Kulturwelt einzig. Der Wert der zugunsten der Landarbeiterschaft bzw. des Gesindes getroffenen Verfügungen, wie wiederholte Beseitigung der Robotarbeit, teilweise Schulgeldzahlung für Gesindekinder, von Krankenkassengebühren durch den Grundherrn, Einführung des Mindestalters von zwölf Jahren für dauernde Anstellung (wobei jedoch auch jüngeren periodische Arbeit gestattet war), wird jedoch wesentlich durch den Umstand vermindert, daß die Kontrolle der Durchführung dieser Bestimmungen dem Grundherrn selbst bzw. dem von ihm gewählten Beamten obliegt.

Digitized by Google

Die wenigen sozialpolitischen, zugunsten der Landarbeiter getroffenen Maßnahmen werden in ihrem Werte wesentlich beeinträchtigt dadurch, daß den so gewählten Beamten daran liegt und daß sie darin ihre Hauptpflicht zu sehen glauben, sich die Gunst ihrer Wähler zu erhalten. Überhaupt war die wenig unparteiische Verwaltung nicht die letzte Ursache der Unzufriedenheit.

Das unerbittliche Vorgehen der Regierung gegen die Landarbeiter, die Auflösung ihrer Vereine, die rasche Verminderung der Mitgliederzahl der noch Bestehenden, die Unkultiviertheit und Armut des ungarischen Bauernvolkes, das für dauernden Widerstand und Auflehnung zu schwach war, bewirkten, daß die Zeit seit 1907 weniger stürmisch verlief. Es kamen wohl vereinzelte Streiks und Aufstände vor, die aber keine wesentliche Bedeutung hatten. Das Volk wandte seine Aufmerksamkeit den heftigen politischen Kämpfen jener Zeiten zu. Die seit 1906 einsetzende riesige Auswanderung diente zur Ableitung der Unzufriedenheit und vermeintlichen Besserung der Lage der Landarbeiter.

In diese Zeit der Erschlaffung und des Nachlassens praktischer Aktivität fällt das theoretische Wirken einer kleinen Gruppe hervorragender Soziologen. Unermüdlich arbeiteten sie für das materielle und kulturelle Wohl der Arbeiter und ebneten trotz kaum überwindlicher Schwierigkeiten und Widerstände den Weg für eine bessere, ruhige Entwicklung, und somit für eine sichere Zukunft. Die Tage der ersten ungarischen Revolution waren ihr Werk. Daß es unter der erdrückenden politischen Lage und nervösen, unsteten, sehr wenig selbstbewußten Leitung vorläufig nicht beendet werden konnte, war nicht ihre Schuld.

Wie kaum ein anderes, neigte das ungarische Bauernvolk jetzt zu einer überradikalen Lösung. Ermüdet und ungeduldig von den Leiden und Enttäuschungen der letzten Jahrzehnte, überstark durch den Krieg belastet, warf es sich auf die Seite derer, die am meisten versprachen. Ob der Ausweg, trotz allem, durch und über den Bolschewismus die letzte Konsequenz bleiben mußte, mag dahingestellt sein.

Erinnerungen an Friedrich Althoff

Von

Professor Richard Eickhoff

Am 20. Oktober vorigen Jahres waren schon zehn Jahre verflossen, seit Friedrich Althoff, der so viele Jahre hindurch die eigentliche Seele des preußischen Kultusministeriums gewesen war, aus seinem arbeits- und erfolgreichen Leben schied. Aber noch heute sehe ich diese so charakteristische Erscheinung, die nach keiner Richtung an einen preußischen Geheimrat erinnerte, leibhaftig vor mir, diese große, breite Gestalt mit dem niedersächsischen

Digitized by Google

Bauernkopf, wie sie mir in unserer gemeinsamen Heimat seit den Tagen der Jugendzeit so oft begegnet waren, noch glaube ich seine helle Stimme zu hören, die fast immer einen Anflug von jenem köstlichen Humor hatte, der Althoff bis in die letzten Tage, ja Stunden seines reichgesegneten Lebens nicht verlassen hat.

Obwohl ich schon seit 1898 dem Reichstage angehört hatte, lernte ich Althoff doch erst im Winter 1903/04 in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, in das ich im Sommer 1903 gleichfalls gewählt worden war, persönlich kennen. Ich trat auf ihn mit den Worten zu: „Vielleicht ist Ihnen mein Name nicht ganz unbekannt." In der liebenswürdigsten Weise bestätigte er es, indem er sagte, er habe meine Aufsätze und Abhandlungen zur Schulreform mit dem größten Interesse gelesen; aber ich lehnte dies höflich ab, verwies ihn vielmehr auf die gemeinsame Heimat unserer Väter am Niederrhein, die so gute Freunde gewesen seien. „Das sind Sie?" rief er lebhaft aus, und nun wurden unsere Beziehungen bald enger und enger. Ich muß hierzu bemerken, daß Friedrich Althoff am 19. Februar 1839 in Dinslaken am Niederrhein geboren war, wo sein Vater, ein niedersächsischer Bauernsohn, als königlicher „Domänenrat" wirkte, während mein eigener Vater, Johann Dietrich Eickhoff, 1834 bis 1883 Seminarlehrer in Moers, Ludwig Erks Schüler und Freund, unweit von Dinslaken, in Barmingholten, Gemeinde Hiesfeld, auf dem gleichnamigen Hofe seiner Väter, dem noch heute bestehenden „Eickhoff", am 17. November 1814 das Licht der Welt erblickte.

Nachdem ich Althoff auch persönlich kennen gelernt hatte, zog er mich bei allen Fragen des höheren Unterrichts zu Rate, und welchen Einfluß ich dadurch allmählich auf ihn gewann, das wurde mir zufällig durch eine Äußerung von Adolf Matthias, dem ausgezeichneten, am 8. Juni 1917 in Düsseldorf verstorbenen Schulmanne, zum Bewußtsein gebracht, der mich einmal bat, Althoff auf eine bestimmte Schulfrage aufmerksam zu machen und ihm die uns beiden recht erscheinende Lösung vorzuschlagen: „dann wird er es sicher tun." In der Tat folgte Althoff meinem Rate, und wir setzten bei ihm durch, was wir für recht erkannt hatten.

Das war überhaupt ein besonderes Kennzeichen dieses im Grunde durchaus konservativen Mannes, der mich immer an die Zeiten des aufgeklärten Despotismus erinnerte, daß er sich in allen wichtigen Fragen von denjenigen beraten ließ, denen er sein Vertrauen schenkte, und ihren Ratschlägen selbst dann folgte, wenn er vorher eine entgegengesetzte Anschauung vertreten hatte. Ich könnte zum Beweise dafür mancherlei anführen, will aber nur eine von meinen zahlreichen Erinnerungen aus den Jahren 1904—1907 an dieser Stelle wiedergeben.

Aus den Kreisen des Zentrums drang man schon lange auf den Ausbau der Akademie Münster zu einer Universität; aber im Ministerium schien dieser Gedanke wenig Entgegenkommen zu finden; man verzögerte seine Ausführung jedenfalls von Jahr zu Jahr. Eines Tages kam der Oberbürger-

Digitized by Google

meister von Münster ins Abgeordnetenhaus, um einen neuen Vorstoß zu machen, und ich schloß mich auf den Wunsch einiger befreundeter Abgeordneter der Zentrumspartei einer Deputation an, die sich zu Althoff ins Ministerium begab und ihn bat, doch endlich den dringenden Wunsch der Bevölkerung der Stadt Münster und der ganzen Provinz Westfalen zu erfüllen. Nachdem die Herren sich entfernt hatten, hielt mich Althoff noch einen Augenblick zurück und stellte an mich die Frage, ob mir denn auch so viel an dem Ausbau der Universität Münster gelegen sei. Ich bejahte dies und entwickelte die Gründe, die mich dazu bestimmt hätten, mich den Herren aus Münster anzuschließen; dabei hob ich vor allem hervor, daß mir der Ausbau der Akademie zu einer Universität ganz besonders auch im Interesse zahlreicher unserer rheinischen Landsleute zu liegen scheine, für deren Söhne die Universität Bonn viel zu teuer sei, und die doch eine Universität aufsuchen müßten, die nicht allzu entfernt von ihrer Heimat liege. Dieser Grund schien Althoff sofort einzuleuchten. Nun ging er nach seiner Art mit der größten Energie an die Verwirklichung des Planes, und die Universität Münster ist so auch sein Werk geworden. Der damalige Vertreter von Münster im preußischen Abgeordnetenhause, der auch zu jener Deputation gehörte, erhielt von der neugegründeten Universität aus Dankbarkeit bald den Ehrendoktor: vielleicht erfährt er durch die vorstehende Darstellung — nach Jahr und Tag — zum ersten Male, was denn schließlich den Ausschlag gegeben hat, die Akademie seiner Vaterstadt zum Range einer Volluniversität zu erheben.

Althoffs Anhänglichkeit an seine rheinische Heimat war überhaupt geradezu rührend: wie manchem seiner rheinischen Landsleute hat er den Lebensweg erleichtert! Viele Männer, die sich jetzt zum Teil in hervorragenden Stellungen befinden, werden seiner auch heute noch in Dankbarkeit gedenken. Vielleicht hielt sein Faktotum im Ministerium, ein übrigens ganz vortrefflicher Mann, der wohl auch heute noch seinen Posten innehat, auch mich, als ich ihm zum ersten Male vor die Augen trat, für einen der vielen, die auf des allmächtigen Mannes Güte und Wohlwollen angewiesen seien. Althoff hatte mich eines Tages in einer dringenden Frage der Schulreform zu sich bitten lassen. Da ich im Reichstage zum Worte gemeldet war, so hatte ich nicht viel Zeit uud sagte dies dem braven Diener denn auch mit aller Deutlichkeit, indem ich hinzufügte: „Exzellenz will nämlich etwas von mir!“ Das half: ich wurde bald vorgelassen und konnte mit Althoff das Erforderliche verabreden. Als ich dann aus seinem Zimmer in das Wartezimmer, den berühmten „Versprecherkeller“, zurückkehrte, saß immer noch, nach stundenlangem Warten, ein Mann dort, dessen prächtiger Gelehrtenkopf mir vorher aufgefallen war. Beim Verlassen des Ministeriums kam mir der Gedanke, daß dies doch eines bedeutenden Gelehrten — für den ich den Herrn halten mußte — eigentlich nicht ganz würdig sei. Am andern Abend lernte ich dann in einer großen Gesellschaft bei einem bekannten Parlamentarier, der

Digitized by Google

selber den Universitätskreisen angehört hatte, diesen Herrn persönlich kennen — er ist noch heute eine der Zierden der Berliner Universität! ...

Wiederum war ich von Althoff ins Ministerium gerufen worden, denn wenn der unermüdliche Mann einmal einen Plan gefaßt hatte, ruhte und rastete sein Geist nicht, bis er am Ziele war, und die Schulreform, die durch den kaiserlichen Erlaß vom 22. November 1900 so glücklich eingeleitet worden war, lag ihm in jener Zeit ganz besonders am Herzen. Aber diesmal hatte er hohen Besuch erhalten und konnte mich deshalb nicht gleich empfangen, als ich mich durch den Diener bei ihm hatte melden lassen. Weil er jedoch nicht zugeben wollte, daß ich im Vorzimmer, das schon ganz besetzt war, auf ihn warte, trat er selber einen Augenblick heraus und geleitete mich in das Zimmer eines seiner Räte, der zu seinen Lieblingen zählte, aber gerade nicht anwesend war. Ich hatte mich erst einige wenige Augenblicke niedergelassen, als der Inhaber des Zimmers hereintrat, aber auf meine entschuldigenden Worte: „Exzellenz Althoff hat mich hier deponiert!" lachend erwiderte, das kenne er, und ich solle es mir nur bequem machen. Als ich dann später bei Althoff selbst eintreten konnte, wurden wir gleich wieder durch den Diener gestört, der mit der Meldung kam, Exzellenz möchten sofort zum Herrn Unterstaatssekretär kommen. Das war denn für Althoff, der seinen Unterstaatssekretär um Haupteslänge überragte, doch etwas peinlich, und er rief fast ärgerlich aus: „Das geht aber nicht!" Dann eilte er für einige Augenblicke heraus, um seinen Unterstaatssekretär abzufertigen, und fand dann endlich die Ruhe, mit mir zu besprechen, was ihm am Herzen lag. Der Außenstehende aber konnte nur immer wieder den Eindruck gewinnen, daß sich im „Ministerium des Geistes" um diesen Mann, wie die Gestirne um die Sonne, alles drehe: es fand in der Tat keine Entscheidung von einiger Wichtigkeit statt, die ohne ihn getroffen worden wäre. Einen Ministerialdirektor von seinem Einfluß hatte das Ministerium nie zuvor besessen und wird es auch in Zukunft wohl nicht wieder erhalten; nur ein Mann von Althoffs schöpferischem und umfassendem Geiste vermochte eine solche Ausnahmestellung so lange zu behaupten.

Wie er auch seinen Minister geistig beherrschte, mit dem er seit der Universitätszeit, wo sie zusammen dem Korps Saxonia in Bonn angehört hatten, in Freundschaft verbunden war, davon erhielten wir im Abgeordnetenhause oft die sprechendsten Beweise. Wir konnten von unseren Plätzen aus genau beobachten, wie Althoff dem Minister v. Studt auf kleinen Zetteln die Antworten aufschrieb, die er den Abgeordneten erteilte. Und da Althoff eine schöne, deutliche Handschrift schrieb, so war es dem Minister ein leichtes, selbst in Fragen sich zu äußern, mit denen er sich kaum beschäftigt hatte oder denen er völlig fremd gegenüberstand. Als dann Althoff im Jahre 1907 verabschiedet worden war und ein anderer Geheimrat diese seine Aufgabe übernommen hatte, fiel es dem Minister schon weniger leicht, auf alle Einzelheiten Rede und Antwort zu stehen; offenbar schrieb Althoffs Nachfolger

Digitized by Google

nicht so deutlich und machte so dem Minister das Leben schwer, dem ohnehin jede parlamentarische Gewandtheit zu fehlen schien. Später, als Mitglied des Herrenhauses, soll Herr v. Studt allerdings mehr rednerisches Talent an den Tag gelegt haben; aber vielleicht stellte man in diesem hohen Hause auch geringere Anforderungen an die parlamentarische Beredsamkeit.

Doch auch Althoff selber war alles andere als ein parlamentarischer Redner: dazu fehlte ihm schon das Organ. Denn dieser große, breitschulterige Mann hatte merkwürdigerweise nur eine helle, fast dünne Stimme, die sich, zumal in dem Hause, unter dessen schlechter Akustik mehr oder weniger alle Redner litten, nur schwer verständlich machen konnte. Und doch lauschte ihm alles, wenn er, was nicht allzu häufig vorkam, das Wort ergriff, denn man wußte, welche bedeutende Persönlichkeit es war, die sprach, und seine Zuhörer erkannten sofort, daß er wirklich etwas zu sagen hatte. Auch im Parlament ließ Althoff nie den köstlichen Humor vermissen, der ihn auszeichnete, und diese Gabe kam ihm natürlich bei seinen Reden namentlich dann sehr zustatten, wenn er nach einer scharfen Entgegnung einen gemütlich-humorvollen Ton anschlug, um seiner Rede einen versöhnlichen Schluß zu geben. Denn milde und freundlich war sein Wesen von Grund aus, und er hat niemals jemand persönlich verletzt oder er suchte doch den Gegner, wenn er in der Hitze des Wortgefechtes einmal zu weit gegangen zu sein glaubte, gleich wieder zu versöhnen.

Doch ich kehre zu meinen persönlichen Erinnerungen zurück. Nach den Neuwahlen zum Reichstage im Januar 1907 war ich noch nicht in Berlin eingetroffen, als Althoff schon einen Diener in meine Wohnung sandte und mich bitten ließ, gleich nach meiner Ankunft ins Ministerium zu kommen. Es handelte sich, wie ich dann erfuhr, um die Zulassung der Oberrealschüler zum medizinischen Studium bzw. zu den medizinischen Prüfungen, die auf Grund einer Bestimmung der Gewerbeordnung bekanntlich Reichssache ist. Althoff wußte natürlich, daß ich schon früher im Reichstage dafür eingetreten war, und er bat mich nun, den Reichskanzler selber für die Angelegenheit zu interessieren. Am 19. Februar 1907 — es war zufällig Althoffs Geburtstag — sprach mich Fürst Bülow nach der Thronrede im Weißen Saale an, und ich benutzte diese Gelegenheit, ihn zu bitten, mich einmal wieder in einer Schulfrage zu empfangen, wie er das schon früher in liebenswürdigster Weise getan hatte — damals handelte es sich um die materielle Lage der reichsländischen Oberlehrer, die sich an mich gewandt hatten. Wenige Tage darauf hatte ich dann Gelegenheit, dem Fürsten Bülow die Sache der Oberrealschüler eingehend vorzutragen, die bei ihm gleich das vollste Verständnis fand; denn die volle Gleichberechtigung der realistischen Abiturienten war ja doch nur die einfache und natürliche Konsequenz der durch den kaiserlichen Erlaß inaugurierten Schulreform, deren eigentliche Urheber Friedrich Althoff und Adolf Matthias waren, und diese Schulreform — diese magna charta libertatum, wie sie Matthias selber treffend genannt hat — hatte damals

Digitized by Google

schon, selbst über Deutschlands Grenzen hinaus, weite Kreise gezogen und überall in der Welt die verdiente Beachtung und auch Nachahmung gefunden. Nun wurde auf meine Anregung hin über den Kopf des Kultusministers, der doch eigentlich zuerst hätte gefragt werden müssen, zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der einzelnen Bundesstaaten verhandelt und nach kurzer Zeit eine Verständigung erzielt: dank Althoffs rastloser, nie ermüdender Tätigkeit wurden die Oberrealschulabiturienten auch hinsichtlich der medizinischen Studien als völlig gleichwertig anerkannt, und was sie auf diesem Gebiete inzwischen geleistet haben, das hat die volle Berechtigung ihrer Gleichstellung mit den Abiturienten der beiden anderen höheren Lehranstalten längst erwiesen. Aber ich bin auch heute noch davon überzeugt, daß diese Gleichstellung bei den in einzelnen Bundesstaaten gegen die lateinlosen Oberrealschulen herrschenden Vorurteilen nicht so rasch erfolgt wäre, wenn nicht Althoff diesen gänzlich unbureaukratischen Weg eingeschlagen und den höchsten Reichsbeamten selber für die Sache gewonnen hätte. Auch in dieser Frage hatte er früher einen andern Standpunkt eingenommen. Aber vorurteilslos, wie er war, ließ er sich durch gewichtige Gegengründe stets zum „Umlernen" bestimmen und hat es wahrlich nicht zu bereuen gehabt. Denn auf vielen andern Gebieten hat Althoff gewiß auch ganz Hervorragendes geleistet und segensreiche Einrichtungen von Dauer geschaffen; aber sein höchster Ruhm wird doch immer die preußische und deutsche Schulreform bleiben, die sein und seines treuen Mitarbeiters Adolf Matthias ureigenstes Werk ist.

Ich möchte den Namen Adolf Matthias indes nicht nochmals nennen, ohne daran eine andere Erinnerung zu knüpfen, die mich mit Althoff verbindet. Eines Tages lud er mich in ein Restaurant Unter den Linden zum Mittagessen ein und sagte mir dabei in seiner burschikosen Weise, wen er außer mir noch einladen wolle. Dabei fragte er mich plötzlich: „Wen wollen Sie haben, Koepke oder Matthias?" Ich antwortete ihm natürlich prompt: „Matthias!" Der verstorbene Geheimrat Koepke war sicherlich ein vortrefflicher Mann, der seine Verdienste hatte; aber er gehörte doch der alten Schule an und konnte mit Adolf Matthias den Vergleich nicht aushalten, der, ein wahrhafter praeceptor Germaniae, allen modernen Bestrebungen zugetan war und nicht müde wurde, den Schulmännern neue Wege zu weisen. Sein Name wird in der Geschichte des höheren Unterrichts allezeit unter den ersten genannt werden. Ob Althoff, indem er diese burschikose Frage an mich richtete, mein Urteil über diese beiden Männer hören wollte? Ich vermute es. Aber da ich ihn kannte, antwortete ich ihm ebenso frank und frei, wie er mich gefragt hatte, und diese echt rheinische Art konnte ihm nur gefallen. Die Stunden aber, die ich dann in einem kleinen Kreise von fünf Personen, an seiner Seite sitzend, verlebte, vergingen mir und den anderen Gästen wie im Fluge, und jener Tag ist mir auch deshalb in der freundlichsten Erinnerung geblieben, weil er mir einen vollen Einblick in Althoffs goldenes Gemüt gewährte und mir bewies, daß dieser so weltkluge Mann,

Digitized by Google

der sich, wie kaum ein zweiter, auf die Menschenbehandlung verstand, eine durchaus sincere Natur war, der selbst eine gewisse Naivität nicht fremd zu sein schien. Neben der uns gemeinsam am Herzen liegenden Schulreform waren es besonders die schönen Erinnerungen an unsere niederrheinische Heimat, die wir an jenem mir unvergeßlichen Abend miteinander austauschten, und unwillkürlich mußte ich auf Althoff des Dichters Wort anwenden:

„Der ist in tiefster Seele treu,
Der die Heimat liebt wie du."

In welch menschenfreundlicher Weise Althoff für diejenigen seiner Räte sorgte, die sein Vertrauen genossen, dafür möchte ich auch nur ein einziges Beispiel anführen. Der Geheimrat, in dessen Zimmer mich Althoff, wie ich oben erzählt habe, führte, weil er nicht zugeben wollte, daß ich im Vorzimmer auf ihn warte, gehörte zu diesen Männern. Im Jahre 1907 weilte ich zur Erholung in Bad Harzburg und traf im Walde zufällig einen alten Bekannten aus der Jugendzeit wieder, den Generaldirektor der Solvaywerke, Geheimen Kommerzienrat Carl Wessel, der in Harzburg einen herrlichen Besitz hatte. Er lud mich sofort zu sich ein: hatten wir uns doch, die wir in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Duisburg freundschaftlich miteinander verkehrt hatten, im Jahre 1903, nach einem Vierteljahrhundert, im Reichstage wieder getroffen, in den Herr Wessel vom II. Anhalter Wahlkreise damals gewählt worden war. Nur eine Legislaturperiode hat er dem Reichstage angehört und ist inzwischen längst verstorben. Als ich Herrn Wessel in seinem schönen Heim besuchte, erzählte er mir, daß er an einer ernsten Nierenerkrankung leide, sich von allen Geschäften zurückziehen müsse und einen Nachfolger für sich suche. Zugleich berichtete er mir von dem „interessanten Besuche", den er gehabt habe. Althoff weilte nämlich zu jener Zeit in dem nahen Schierke, das er besonders liebte, und machte sich von dort aus, obwohl auch er schon recht leidend war, nach Harzburg auf, um Herrn Wessel als seinen Nachfolger eben jenen Geheimrat E. zu empfehlen, von dem ich sprach. Man kann sich denken, daß für diese glänzende Stellung zahlreiche Bewerber vorhanden waren, wie mir Herr Wessel erzählte, u. a. der Oberbürgermeister einer großen rheinischen Industriestadt. Aber da für diesen Posten die genaueste Kenntnis der französischen Sprache die unerläßliche Voraussetzung war und diese auch dem rheinischen Oberbürgermeister fehlte, so konnte er schon aus diesem Grunde nicht in Betracht kommen. Wie dürftig übrigens die Kenntnis der modernen Sprachen unter unseren höheren Verwaltungsbeamten und auch unter unseren Diplomaten war, davon habe ich mich oft genug überzeugen können: noch höre ich die lebhaften Klagen des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Richthofen, in der Budgetkommission des Reichstages darüber, daß der diplomatische Nachwuchs „keinen französischen Brief schreiben und keinen englischen lesen könne". Auch Herr Geheimrat E. beherrschte die französische Sprache damals nicht, wie er Herrn Wessel, als er sich ihm in Harzburg

Digitized by Google

vorstellte, freimütig eingestand; als er aber hinzufügte, er werde sie in vier Wochen erlernen, entgegnete dieser, der selber ein richtiger Selfmademan war: „Dann sind Sie mein Mann!“ In der Tat hatte Althoffs Besuch in Harzburg den Erfolg, daß Herr Geheimrat E. von Herrn Solvay zum Nachfolger des Herrn Wessel ernannt wurde; er bekleidet diese bedeutungsvolle Stellung, soviel ich weiß, auch heute noch. — Ich wollte meinen Lesern auch diese kleine Erinnerung nicht vorenthalten, weil gerade sie von der rührenden Sorgfalt zeugt, die Friedrich Althoff den Männern seines Vertrauens stets angedeihen ließ.

Doch ich möchte diesen Kranz von Erinnerungen nicht schließen, ohne noch einer köstlichen Szene zu gedenken, die ich mit Althoff einmal bei einem Hofballe erlebte, bei dem wir uns ganz zufällig trafen. Dieser Mann, der konservativ bis in die Knochen und überzeugter Monarchist war, war doch nichts weniger als ein Höfling. Es ging ihm wohl wie mir selbst: er war der Einladung gefolgt, um sich nach des Tages Last und Arbeit, die in der parlamentarischen Hochsaison für uns beide wahrlich nicht gering war, etwas zu erholen und zu zerstreuen. Und dazu war die große internationale Gesellschaft wie geschaffen, die wir im königlichen Schlosse vorfanden. Ich erinnere mich noch, wie eine Griechin, die durch ihre klassische Schönheit allgemein auffiel, zu ihrer Umgebung äußerte, die Herren im einfachen Frack ohne Ordenszeichen — sie meinte uns Abgeordnete! — seien wohl Künstler. Auch Althoff war, im Gegensatz zu anderen hohen Beamten, die das neue Hofkleid trugen, im Frack erschienen; aber er hatte natürlich seine Orden angelegt, an denen es ihm nicht mangelte. Sobald er mich erblickte, trat er auf mich zu und erzählte mir mit seiner hellen Stimme, aber so laut, daß die Umstehenden es hören konnten, der Hofmarschall Graf E. habe ihm gesagt, er habe die „falschen Orden“ angelegt. „Aber das kann ich doch nicht wissen,“ fügte er in humoristischem Tone, dem diesmal etwas wie Selbstironie beigemischt war, hinzu. Er hatte, glaube ich, statt der bei diesen Festen vorgeschriebenen Ordenssterne die Orden selbst mit den Bändern angelegt. Man kann sich vorstellen, welche Heiterkeit Althoffs Worte bei den Umstehenden erweckten, da jedermann wußte, daß es einer der hervorragendsten und einflußreichsten Regierungsbeamten war, der sich dieser Sünde wider den heiligen Geist der Hofetikette schuldig gemacht hatte! Unten im Saale begann inzwischen der Tanz, und ich sehe noch den Kaiser vor mir, wie er in seiner nervöshaftigen Art auf eine blendendschöne Hofdame einredete, um dann wenige Stunden später mit dem Nachtzuge — wenn ich mich recht erinnere: nach Korfu — abzureisen . . .

Jüngst stand ich wieder einmal auf dem „Kastell“ in Dinslaken am Niederrhein, zu dem man jetzt durch die Althoffstraße gelangt. In diesem seinen Eltern gehörigen schloßartigen Besitze, einer alten, sagenumwobenen Römerfeste, die jahrhundertelang ein fränkischer Herrensitz gewesen war und heute, modernisiert, die Amtswohnung des Landrats bildet, war Friedrich Althoff

Digitized by Google

geboren worden. Als ich das „Kastell" verließ und durch die Althoffstraße schritt, wurden die Erinnerungen in mir wieder lebendig, die mich an diesen einzigartigen, so oft ganz verkannten Mann knüpften, und ich beschloß, sie aufzuzeichnen, bevor es zu spät sei. Sie mögen der Nachwelt, die das neue Deutschland schauen wird, zugleich sagen, daß es auch im alten Deutschland und in Preußen des „alten Regime" Männer von schöpferischem Geiste gegeben hat, die, wie Friedrich Althoff, von lauterer Vaterlandsliebe beseelt, ihr ganzes Leben dem Dienste des Vaterlandes weihten und Spuren hinterließen, die so leicht nicht verwischt sein werden. Vielleicht wird die Nachwelt noch einmal zu solchen Männern, wie Friedrich Althoff einer war, voll Ehrfurcht aufschauen, diesen Männern, deren nie ermüdende Arbeitskraft, deren vorbildliche Pflichttreue und wahre Herzensgüte nicht zu übertreffen waren, und die darum in der dankbaren Erinnerung aller derer fortleben werden, die ihnen im Leben nahezutreten das Glück hatten. Have, pia anima!

Theoretisches und Historisches zur politischen Tätigkeit des Feldherrn

Von

Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.

Einleitendes

Der unsieghafte Ausgang des deutschen Verteidigungskampfes gegen eine Überzahl von Feinden sowie die Tatsache, daß der Umsturz des Reichsgebäudes unter wesentlichster Mitwirkung großer Teile vornehmlich des deutschen Heimatheeres glücken konnte, hat in den Köpfen vieler die Meinung verbreitet, Zweck und Ziel der augenblicklichen geschichtlichen Entwicklung sei die Beseitigung eines mit dem Schlagwort „Militarismus" bezeichneten Zustandes gewesen, der allein allem freiheitlichen und friedlichen Volks- und Völkerleben im Wege gestanden habe. Bedauerlich ist dabei, daß dies vor dem Kriege längst selbst bei der Sozialdemokratie verbrauchte Schlagwort, das dann als Losungswort von unseren Feinden aufgenommen und während des Krieges von der deutschen öffentlichen Meinung oft genug mit schlagenden Gründen zurückgewiesen wurde, jetzt sogar von seiten intellektuell hochstehender, in nationalem Sinne einwandfreier Männer als ein unheilvolles und daher auszurottendes System des deutschen Volkstums gebrandmarkt wird. Aus der Überspannung dieses Systems, seinen Prinzipien und Tendenzen allein oder doch in erster Linie soll der Zusammenbruch, soll der Umsturz erklärt werden. Insonderheit wirft man den leitenden Militärs gern ehrgeizige und ungerechtfertigte politische Strebungen vor, wobei kein Geringerer denn Fürst Bismarck als Kronzeuge solcher Generalstabspolitik angerufen werden könnte.

Digitized by Google

Im Kapitel „Versailles" seiner „Gedanken und Erinnerungen" spricht der Altreichskanzler nämlich von „einer Theorie, die der Generalstab ihm gegenüber zur Anwendung gebracht habe, und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll". Diese Theorie sei: „Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen" — mit anderen Worten: der Generalstab beanspruche theoretisch und praktisch den Vorrang des militärischen Willens vor dem politischen während des Kriegsverlaufes. Bei der Folgenschwere der Schlüsse, die sich aus dieser Behauptung für die Herkunft des gegenwärtigen Unglücks unseres deutschen Vaterlandes ziehen lassen, erscheint es selbst der Autorität eines Bismarck gegenüber nicht unwichtig, nach ihren Grundlagen zu forschen.

I

Wir wenden uns zunächst an den unbestritten größten Kriegstheoretiker der Vergangenheit, an den General Karl v. Clausewitz. In seinem Werk „Vom Kriege" lehrt er, „daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit anderen Mitteln." Dieser Satz wird dann ergänzt durch die Worte: „Was dem Kriege nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern, und dieser Anspruch ist wahrlich nicht gering. Aber wie stark er auch in einzelnen Fällen auf die politischen Absichten zurückwirkt, so muß dies doch immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden; denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden." Die ihm für möglich geltende, gelegentlich als nötig erachtete „modifizierende" Einwirkung des Feldherrn auf die Politik denkt sich Clausewitz dadurch sichergestellt, daß dieser in den wichtigsten Momenten an den Beratungen und Beschlüssen der Regierung teilnehme, damit der Krieg ganz den Absichten der Politik entspreche und die Politik den Mitteln zum Kriege angemessen sei. Der große Theoretiker spricht also der Staatsgewalt das Amt politischer Zielsetzung zu, will aber dem Feldherrn eine beratende Stimme vorbehalten wissen. Um aber gar keinen Zweifel an Clausewitz' Stellungnahme übrigzulassen, ist noch eine, vom General v. Freytag in dessen Buch über Politik und Kriegführung beigebrachte Briefstelle an Müffling heranzuziehen, welche lautet: „Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst der Politik gegenüber ist hauptsächlich, zu verhüten, daß die Politik Dinge fordert, die gegen die Natur des Krieges sind, daß sie aus Unkenntnis über die Wirkungen des Instruments Fehler begeht im Gebrauch derselben."

Die minderen Geister der nach Clausewitz gekommenen Zeit folgen dem großen Muster und Meister auf diesen Gedankengängen. So verlangt General

Digitized by Google

v. Decker, „daß auch der Feldherr die Politik ebensogut kennen müsse wie die Zwecke, die dem Kriege zum Grunde liegen, wenn er richtige Maßregeln zur Erreichung dieser Zwecke treffen will". General v. Willisen betont ebenfalls: „Ein Feldherr ist aber nie bloß der Führer seiner Armee; er ist notwendig immer zugleich Staatsmann im höchsten Sinne des Worts; die Frage, ob man irgendwo eine Schlacht liefern soll, ist jedesmal auch eine Frage der höchsten Politik. Natürlich: denn was entscheidet mehr über das Geschick eines Staates als eine Schlacht in diesem oder jenem Sinne." Man kann diese Stelle bei Willisen gewissermaßen als die „authentische Interpretation" des folgenden, sonst vielleicht mißzuverstehenden Satzes ansehen, der bei Clausewitz sich findet: „Die Kriegskunst auf ihrem höchsten Standpunkt wird zur Politik, aber freilich eine Politik, die statt Noten zu schreiben Schlachten liefert." — Der grundsätzlichen Auffassung, daß der Krieg im Dienste der Politik stehe, begegnen wir selbstverständlich auch bei dem liberalen, man kann sogar sagen demokratischen Kriegstheoretiker, bei Rüstow: „Krieg ist ein Mittel zur Erreichung des Staatszweckes, und der Weg des Krieges ist die Gewalt ... Der allgemeine und umfassende Ausdruck für den Staatszweck ist das gemeine Beste oder das öffentliche Wohl. Für dasselbe muß auch ein jeder Krieg unternommen werden, und wird einer nicht für das öffentliche Wohl unternommen, so muß ihm dasselbe doch jedenfalls zum Vorwande dienen."

In allen vorstehenden Äußerungen findet sich nirgends eine Sucht nach dem Vorwalten des militärischen Willens vor dem politischen. Sollte solche Idee etwa aus den siegreichen Erfahrungen der Einigungskriege, sollte sie bei Moltke oder im Kreise der ihn umgebenden „Halbgötter" entstanden und von hier aus gelehrt und verbreitet worden sein?

Moltkes theoretische Auffassung erhellt aus seinem, dem Jahre 1871 angehörenden Aufsatz „Über Strategie". Dieser beginnt: „Die Politik bedient sich des Krieges für Erreichung ihrer Zwecke; sie wirkt entscheidend auf den Beginn und das Ende desselben ein, so zwar, daß sie sich vorbehält, in seinem Verlauf ihre Ansprüche zu steigern oder aber mit einem minderen Erfolg sich zu begnügen. Bei dieser Unbestimmtheit kann die Strategie ihr Streben stets nur auf das höchste Ziel richten, welches die gebotenen Mittel überhaupt erreichbar machen. Sie arbeitet so am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr." Der erste Absatz dieser Darlegung fußt völlig auf der Clausewitzschen Lehre, daß der Krieg ein politischer Akt sei; der zweite, welcher Handlungsfreiheit für die Heeresleitung verlangt, anerkennt doch zugleich die Einschränkung, daß das militärische Handeln lediglich dem politischen Zweck zu dienen habe. Daß während der kriegerischen Handlung die politische Zielsetzung auf den Feldherrn übergehe, die politische Willensmacht der Regierung ausgeschaltet und zu einem Dornröschenschlummer verurteilt sei, darf aus den knappen Sätzen Moltkes um so weniger gefolgert

Digitized by Google

werden, als dieser im Jahre 1882 in einer handschriftlichen Bemerkung zu dem Entwurf eines Buches über „Strategie" von Oberst Blume, die ebenda vom Verfasser wiedergegeben wird, sich äußerte: „Für den Gang des Krieges sind vorwiegend militärische Rücksichten maßgebend, die Ausnutzung seiner Erfolge und Mißerfolge fällt wiederum der Politik anheim." Moltkes Auffassung geht also lediglich dahin, daß bei dem Gewaltakt, durch welchen der Gegner zur Erfüllung des politischen Willens gezwungen werden soll, der Feldherr auf militärischem Gebiet, also mit seiner Kriegskunst, das Höchste anzustreben, aber mit dem Erreichbaren sich zu begnügen habe, wie der Hinweis auf die gebotenen Mittel zeigt. Dagegen ist schon vorher dem Politiker, dem Staatsmann, das Recht zuerkannt, seine Zwecke zu begrenzen oder zu erweitern. Die Entfaltung der höchsten militärischen Kraft schließt das Erreichen des ersteren Ziels ein; aber auch der Gewinn des erweiterten Willens ist theoretisch gesichert, denn nach Clausewitz „ist ein Streit zwischen den politischen und kriegerischen Interessen da, wo er eintritt, nur als eine Unvollkommenheit der Einsicht zu betrachten. Daß die Politik an den Krieg Forderungen macht, die er nicht leisten kann, wäre gegen die Voraussetzung, daß sie das Instrument kenne, welches sie gebrauchen will, also gegen eine natürliche, ganz unerläßliche Voraussetzung. Beurteilt sie aber den Verlauf der kriegerischen Ereignisse richtig, so ist es ganz ihre Sache und kann nur die ihrige sein, zu bestimmen, welche Ereignisse und welche Begebenheiten dem Ziele des Krieges entsprechen."

Mit Moltke oder Clausewitz also läßt sich Bismarcks Behauptung beweiskräftig nicht belegen. Vielleicht aber sind die Epigonen jener gemeint, von denen der schon genannte spätere General der Infanterie v. Blume schon in den Jahren 1882 und 1886 eine strategische Studie veröffentlicht hat, die dann im Jahre 1912 unter dem Titel: „Strategie, ihre Aufgaben und Mittel", in dritter und erweiterter Auflage herausgegeben worden ist. Hier lesen wir nun zwar den Satz: „Der Feldherr steht nicht im Dienste des Staatsmannes, ist diesem nicht untergeordnet," wie aber von dieser Feststellung her der Verfasser das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung aufgefaßt wissen will, geht aus folgendem hervor: „Wo die politische und militärische Oberleitung des Krieges in verschiedenen Händen liegen, kann Einheitlichkeit und Folgerichtigkeit des Handelns nur dann erzielt werden, wenn in der politischen Leitung Verständnis für die militärischen Aufgaben der Kriegführung, in der militärischen Leitung politisches Verständnis herrscht, und beide unter fortwährender wechselseitiger Orientierung und in beständigem Einvernehmen miteinander, aber unter strenger Einhaltung der Grenzen ihrer Tätigkeitsbereiche harmonisch zusammenwirken. Wo das Staatsoberhaupt die Oberleitung im Kriege zwar persönlich, aber unter einflußreicher Mitwirkung des leitenden Staatsmannes und des Generalstabschefs ausübt ... liegt ein Vorzug des Systems in der Möglichkeit, die es bietet, Meinungsverschiedenheiten durch schnelle autoritative Entscheidungen zu erledigen, ehe daraus sach-

Digitized by Google

liche oder persönliche Reibungen entstehen können." Diese Anschauungen gehen ganz offenbar auf die Erlebnisse im Großen Hauptquartier König Wilhelms I. zurück; aber so entschieden auch gegen die Unterordnung des Feldherrn unter den Staatsmann Stellung genommen ist, so wenig wird auch nur andeutungsweise umgekehrt ein militärischer Vorrang in politicis begehrt.

Noch bliebe, als vor Bismarcks Hingang, nämlich im Jahre 1895, erschienen, ein Büchlein des Generals Freiherrn v. d. Goltz zu erwähnen; hier wird unter den Merkmalen der Kriegführung aufgeführt: „Ein rastloser Verlauf ohne Innehalten, bis der geordnete Widerstand des Gegners in entscheidenden Schlachten gebrochen ist, und erst dann bis zum Friedensschlusse ein ruhigerer, das Kriegsinstrument mehr schonender Gang. Es liegt in der Natur der Sache, daß in diesem letzten Abschnitte die Politik, welche den Krieg gebar, wieder mehr hervortritt, um endlich beim Abschlusse des Friedensvertrages ganz im Vordergrunde zu stehen." Danach fußt Goltz also durchaus auf dem von Moltke im Aufsatz über Strategie vertretenen Standpunkt.

Einen wichtigen Einfluß als Lehrer der Kriegswissenschaften hat aber auch lange Jahre hindurch General v. Verdy gehabt, der mit seinen Anschauungen über Strategie schriftstellerisch freilich erst im neuen Jahrhundert hervorgetreten ist. Sind von ihm vielleicht ältere Theorien umgebogen oder verfälscht worden? Doch auch in ihm hat Bismarck keinen Zeugen; vielmehr besagen seine Studien über den Krieg hinsichtlich der hier aufgeworfenen Frage: „Weder die Politik noch die Strategie können für sich beanspruchen, daß eine von ihnen durchgängig den beherrschenden Einfluß auf die andere ausübe, sondern es kann nur eine Wechselwirkung beider anerkannt werden, bei der allerdings der Politik die weitaus verbreiterte Einwirkung zufällt." Und an anderer Stelle meint v. Verdy, „daß es auch politische Domänen gibt, welche ihr (der obersten Heeresleitung) ebenso zugehören wie der diplomatischen Leitung, auch daß sie diese selbständig zu verwerten hat für das Gebiet der Operationen. Sie hat daher sich auch politische Ansichten für ihre Zwecke zu bilden, was ihr jedoch noch lange kein Recht einräumt, selbständig Politik zu treiben".

II

Wie vorstehend nachgewiesen wurde, wird die Ressortfrage zwischen Heeres- und Staatsleitung im Kriege von allen militärischen Autoritäten grundsätzlich theoretisch in einem ganz anderen Sinne beantwortet, als Bismarck die Welt glauben machen möchte. Aber er weiß auch von praktischen Schwierigkeiten zu erzählen, die seiner Politik von seiten des Generalstabes gemacht worden seien, von Kämpfen, die ihm erwachsen seien, weil militärischerseits man sich nicht mit dem Erwerb von politischer Einsicht habe genügen lassen, sondern auch Einfluß auf die politische Willensbildung beim Monarchen angestrebt habe. Da erzählt er zunächst im Kapitel „Nikolsburg" seines hinterlassenen Werkes:

Digitized by Google

„Ich fragte (später) in Nikolsburg den General v. Moltke, was er tun würde, wenn Frankreich militärisch eingriffe. Seine Antwort war: Eine defensive Haltung gegen Österreich, mit Beschränkung auf die Elblinie, inzwischen Führung des Krieges gegen Frankreich. Dieses Gutachten befestigte mich noch mehr in meinem Entschlusse, Seiner Majestät den Frieden auf der Basis der territorialen Autorität Österreichs anzuraten. Ich war der Ansicht, daß wir im Falle der französischen Einmischung entweder sofort unter mäßigen Bedingungen mit Österreich Frieden und womöglich ein Bündnis schließen mußten, um Frankreich anzugreifen, oder daß wir Österreich durch raschen Anlauf und durch Förderung des Konflikts in Ungarn, vielleicht auch in Böhmen, schnell vollends lahmzulegen, und bis dahin gegen Frankreich, nicht wie Moltke wollte, gegen Österreich, uns nur defensiv zu verhalten hätten. Ich war des Glaubens, daß der Krieg gegen Frankreich, den Moltke, wie er sagte, zuerst und schnell führen wollte, nicht so leicht sein, daß Frankreich zwar für die Offensive wenig Kräfte übrig haben, aber in der Defensive nach geschichtlicher Erfahrung im Lande selbst bald stark genug werden würde, um den Krieg in die Länge zu ziehen, so daß wir dann vielleicht unsere Defensive gegen Österreich an der Elbe nicht siegreich würden halten können, wenn wir einen Invasionskrieg in Frankreich, mit Österreich und Süddeutschland feindlich im Rücken, zu führen hätten. Ich wurde durch diese Perspektive zur lebhafteren Anstrengung im Sinne des Friedens bestimmt."

Diese Darstellung enthält also Hinweise, als habe im Sommer 1866 der Chef des Generalstabes einen Doppelkrieg mit entscheidender Offensive nach Westen unbedenklich nicht nur in Betracht gezogen, sondern gar empfohlen, eine Politik und ein Verfahren, vor deren voraussichtlichen Mißerfolgen die bessere Einsicht des Ministerpräsidenten den preußischen Staat damals gerettet habe. Wie so oft aber, war Bismarcks Erinnerung hier ungenau. Das ergibt sich, wenn man in Moltkes militärischer Korrespondenz aus dem Jahre 1866 die Denkschrift nachschlägt, die er in Berlin am 8. August 1866 an den Ministerpräsidenten richtete. Das Ergebnis der dort angestellten Überlegungen lautet:

„Im allgemeinen läßt sich aber übersehen, daß der Krieg gegen Österreich in dessen augenblicklicher Schwäche und Frankreich zugleich mehr in defensiver Weise zu führen sein wird, doch aber in Rücksicht auf die großen zu erreichenden Zwecke nicht zu scheuen ist. Selbst ein nicht überall ganz glücklicher Ausgang würde für alle Zukunft Deutschland um Preußen versammeln, während die freiwillige Abtretung auch des kleinsten deutschen Gebietes die künftige Führerschaft Preußens ausschlösse. Gelingt es, den Frieden mit Österreich in den nächsten Tagen abzuschließen, so würde sicherlich Frankreich vorerst von allen Forderungen Abstand nehmen; es könnte keinen ungünstigeren Augenblick als den jetzigen zum Kriege wählen. Dann

Digitized by Google

würde es darauf ankommen, Norddeutschland schnell zu konsolidieren, um späteren Gefahren von Westen und Osten her mit genügender Macht entgegenzutreten."

In Wahrheit liegen die Dinge demnach so, daß Moltke auch den Feldzug gegen Frankreich neben Fortsetzung des österreichischen Krieges nur defensiv führen wollte, daß er sogar den Vorteil eines raschen Abkommens mit Österreich vorurteilslos einsieht. Selbst wenn man annimmt, daß eine doppelte Äußerung Moltkes, eine frühere mündliche und eine spätere schriftliche, zur Frage des Doppelkrieges authentisch sind, daß dieser wirklich bei einer in Nikolsburg vorhergegangenen Unterhaltung kühneren Gedanken Ausdruck gegeben habe, so würde doch seine Denkschrift den Beweis erbringen, daß er amtlich unter genauer Innehaltung des theoretisch feststehenden Verhältnisses zum leitenden Politiker in dessen Gedankengänge — sogar unter Preisgabe eines etwa vorhanden gewesenen soldatischen Siegesverlangens — sich eingefühlt habe. Beiden Männern schwebte doch wohl als das große zu erreichende Ziel die Einigung Deutschlands außer Österreich unter preußischer Führung vor. Es liegt kein Anzeichen vor, daß Moltke *nach* den Erfolgen von 1866 den süddeutschen Staaten gegenüber dabei einen anderen Weg als mit Bismarck den der Verständigung gehen wollte. Für die Beurteilung der Lage unmittelbar *vor* dem österreichischen Kriege freilich teilt Moltke ganz den Standpunkt von Bismarcks Blut- und Eisentheorie; denn am 20. Mai 1866 schreibt er an seinen Bruder Adolf: „Fünfzig Friedensjahre haben gezeigt, daß bei dem unpraktischen, immer mehr auf die Phrase hinauslaufenden Sinn der Deutschen es zu einer Einigung auf dem Wege gütlicher Verständigung niemals kommen wird." Und das war keineswegs erst eine neu gewonnene Überzeugung des Generalstabschefs. Schon eine anläßlich der kurhessischen Wirren abgefaßte Denkschrift vom 3. Juni 1862, also wenige Monate vor Bismarcks Eintritt in das Ministerium, enthält den Satz: „Es kommt darauf an, Deutschland durch Gewalt gegen Frankreich zu einigen."

Man darf aus dieser Denkschrift nicht etwa ein Drängen zum Kriege herauslesen wollen, wie es nach Anschauung vieler mit Sicherheit dem Chef des Generalstabes im Jahr 1875 vorzuwerfen ist. Für das Jahr 1862 ist dabei zu berücksichtigen, daß Moltkes Aufsatz niemals den Weg hinaus aus den Akten des Generalstabes gefunden hat; sonst würde die Herausgabe der Korrespondenz einen entsprechenden Vermerk enthalten. Ferner aber kommt hinzu, daß der Generalstab damals ressortmäßig noch dem Kriegsministerium unterstand und daß sein Chef gar keinen selbständigen Vortrag, noch weniger natürlich entscheidenden Einfluß in militärischen oder gar politischen Fragen hatte. Erst nachdem während des Feldzuges von 1864 dieses Verhältnis als untunlich sich erwiesen hatte, trat eine Änderung ein: es entwickelte sich das Amt eines selbständigen Chefs des Generalstabes beim Oberfeldherrn oder Kriegsherrn, der schon im Frieden für diesen Posten ernannt war.

Digitized by Google

Seine Stimme konnte nun bereits bei den vorbereitenden Beratungen der Staatsmänner gehört werden. Man wird also gegen frühere Zeiten an der Unterscheidung festzuhalten haben, daß die strategische Vorbereitung auf den Krieg seitdem dauernd über die Friedenszeiten sich erstreckt und als Ziel die militärische Höchstleistung des Staates im Auge hat, die zur Niederwerfung des oder der Gegner erforderlich ist. Da diese nach Zahl und Bereitschaft wechseln, so kann auch die eigene Kriegsbereitschaft stets nur eine relative sein. Wo nicht Staats- und Kriegsmann in einer Person vereinigt sind, wo also die diplomatische und militärische Arbeit im allgemeinen nebeneinander hergehen, wird doch stets anzustreben sein, daß die nur durch den Gewaltakt des Krieges erreichbaren politischen Ziele des Staatsmannes auch dem Generalstabschef rechtzeitig bekannt seien und klar vor Augen stehen. So wird auch General v. Moltke nicht im Zweifel darüber gewesen sein, daß seit den Ereignissen von 1866 nach Bismarcks in den „Gedanken und Erinnerungen" wiedergegebener sicherer Annahme „der Krieg mit Frankreich auf dem Wege zu unserer weiteren nationalen Entwicklung, sowohl der intensiven als der über den Main hinaus extensiven, notwendig werde geführt werden müssen, und daß wir diese Eventualität bei allen unseren Verhältnissen im Innern wie nach außen im Auge zu behalten hätten". Zu diesen Eventualitäten gehörte die Luxemburger Frage im Jahr 1867, bei der nach Bismarcks Andeutungen erstmalig wieder der militärische Sonderwille in der Politik sich bemerklich gemacht habe; und ebensowenig kann wohl geleugnet werden, daß die Raschheit, mit der Frankreich nach den Schlägen der Kriegsmonate von 1870/71 sich politisch festigte und militärisch stärkte, die nahe Wahrscheinlichkeit des unvermeidlichen Rachekrieges erwarten ließ. In beiden Fällen also war es Pflicht der militärischen Leitung, beim Erkennen der Konfliktsmöglichkeiten das Verhältnis der Streitkräfte und die Aussichten des gewaltsamen politischen Verfahrens besonders sorgsam abzuwägen, sowie unter Umständen ihre Stimme dahin abzugeben, daß der Kampf zunächst zu scheuen sei, oder vielleicht anderenfalls, daß die gerade vorhandene Überlegenheit in absehbarer Zeit durch Maßnahmen der Gegner ausgeglichen und eine Durchführung des Konflikts mit den Waffen dann nicht mehr ratsam sein werde. Mit je eindringlicheren Gründen diese letztere Auffassung belegt werden konnte, desto leichter wird sie von einer friedlich gerichteten Politik als Kriegshetzerei und Durchkreuzungspolitik angesprochen werden, selbst wenn diese Beweggründe der militärischen Stelle durchaus fernlagen.

Für die Vorgänge von 1875 haben wir sogar eine Stelle in Bismarcks Erinnerungen, die geeignet ist, den Grafen Moltke vom Vorwurf des Drängens zum Kriege durchaus zu entlasten. Sie findet sich in der Wiedergabe eines Kanzlerbriefes an den Kaiser, der von der Königin von England ein Schreiben erhalten hatte, welches die Kriegsgerüchte vom Frühjahr 1875 betraf und die Wendung enthielt, es sei ihr ein leichtes, nachzuweisen, daß ihre Befürch-

Digitized by Google

tungen nicht übertrieben waren. Bismarck möchte dem Kaiser die Entscheidung überlassen, ob es tunlich sei, die hohe Dame beim Worte zu nehmen, fährt dann aber fort: „Es wäre sonst wohl von Wichtigkeit, zu ermitteln, von welcher Seite her so kräftige Irrtümer nach Windsor haben befördert werden können. Die Andeutung über Personen, welche als Vertreter der Regierung Eurer Majestät gelten müssen, scheint auf den Grafen Münster zu zielen. Derselbe kann ja sehr wohl, gleich dem Grafen Moltke, akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich gesprochen haben." Bismarck argumentiert also hier mit einer dem Kaiser und ihm dem Inhalt nach bekannten Äußerung, er argumentiert mit ihrem rein akademischen Charakter. Das Genauere, was und zu wem der Chef des Generalstabes — und nicht nur dieser — gesprochen habe, erfahren wir aus Hanotaux, Geschichte des zeitgenössischen Frankreich; da heißt es:

„Der Baron de Nothomb, der belgische Gesandte, hatte in den ersten Tagen des Mai eine doppelte Unterredung gehabt, die eine mit Bismarck und die andere mit Moltke, und hatte darüber pünktlich an den französischen Botschafter berichtet. Fürst Bismarck hatte gesagt, daß Frankreich die bedeutende Erhöhung der Militärausgaben, zu der es sich verleiten ließ, nicht ertragen könne und daher gezwungen sein werde, entweder abzurüsten oder bald einen Gewaltstreich zu machen. Der Feldmarschall Moltke sagte: „Ich sehe nur die Tatsache; und die Einführung eines vierten Bataillons bei jedem Regiment, wodurch die französische Armee um 144000 Mann vermehrt wird, ist eine Tatsache, die unumstößlich eine Vorbereitung zum Kriege ankündigt: in dem Falle dürfen wir nicht warten, bis Frankreich fertig ist, und unsere Pflicht ist, ihm zuvorzukommen." Es ist allerdings wahr, daß der Feldmarschall hinzugefügt hat: „Dieses Jahr werden wir aber keinen Krieg haben." — „Geheimnisvolle Politik!" ruft Herr de Gontaut-Biron verzweifelt aus."

Die Lösung des Geheimnisses bedurfte vielleicht nicht der kunstvollen Untersuchung des Herrn Hanotaux, der den Ursprung der Kriegsgefahr infolge des Übereifers eines Militärattachés — wir kommen darauf noch zurück — mehr bei Moltke als bei Bismarck sehen will, im übrigen aber der Ansicht ist, daß der Kanzler zwar nicht daran gedacht habe, den Krieg zu versuchen, wohl aber die Meinung Europas hinsichtlich eines solchen habe prüfen wollen und bei diesem diplomatischen Waffengange unterlegen sei. Was Bismarck bezweckte, das, wofür er die — beanspruchte oder freiwillige — Unterstützung des Soldaten und des Diplomaten gerne hinnahm, ist in der Fortsetzung eben jenes Briefes an Wilhelm I. zu lesen: „Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es möge tun, was es wolle. Ich würde noch heut wie 1867 in der Luxemburger Frage Eurer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerüstet beginnen werde; man kann die

Digitized by Google

Wege der göttlichen Vorsehung niemals sicher genug im voraus erkennen. Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff jedenfalls abwarten werde. Deshalb würde ich Münster noch nicht tadeln, wenn er in solchem Sinne gelegentlich geredet hätte" — und folgerichtig auch wohl nicht Moltkes Äußerung. Allerdings ist zwischen der Sprache Moltkes und der brieflichen Auslassung Bismarcks ein nicht zu verkennender Unterschied. Der Feldmarschall spricht, wenn auch akademisch, so doch unzweideutig von der Pflicht, dem Gegner zuvorzukommen, bevor dieser fertig gerüstet hat. Er schwächt diesen theoretischen Standpunkt jedoch sofort ab durch die aufs Wirkliche gerichtete Bemerkung, daß es in diesem Jahr, als noch auf Monate hinaus, nicht zum Kriege kommen werde. Damit tritt er faktisch auf den Standpunkt des Kanzlers über, der den Zeitpunkt zum Kriege der göttlichen Vorsehung, d. h. irdisch gesprochen doch: einem ausgesprocheneren politischen Konflikt vorbehalten wissen will.

Nun könnte man ja wieder einwerfen, es sei doch möglich, daß Moltke zwar nach außen hin akademisch gesprochen, im Rate des Kaisers aber seine schärfere Theorie zur praktischen Aufnahme empfohlen habe und erst durch Bismarcks Widerspruch bekehrt worden sei. Jenes Doppelgespräch mit dem Baron de Nothomb hat nach Hanotaux in den ersten Tagen des Mai stattgefunden. Am 18. desselben Monats notiert Fürst Chlodwig von Hohenlohe in Berlin: „Der Kaiser sprach längere Zeit über die nachteiligen Folgen der Zeitungsartikel, erzählte dann von Verstimmungen zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck, dann von der Anwesenheit des Kaisers von Rußland und wie sich dieser von der Unwahrheit der Gerüchte (über kriegerische Absichten Deutschlands) überzeugt habe." Die hier erwähnten Verstimmungen mit Bismarck dürfen wir in Zusammenhang denken mit dem Abschiedsgesuch, welches der Fürst dem Kaiser unter dem Datum des 4. Mai 1875 vorgelegt hatte, also etwa in den Tagen des Gesprächs mit Nothomb. Setzt man die dabei gefallenen Äußerungen in innere Beziehung zueinander, so hat der Kanzler seine Auffassung der politischen Lage klargelegt, der Generalstabschef die theoretischen, aber auch die praktischen Folgerungen jener Auffassung gezogen, die ja dahin gingen, daß ein Kriegsausbruch in absehbarer Zeit nicht bevorstehe. Dementsprechend konnte Bismarck in seinem dienstlichen Abschiedsgesuch auch sagen: „Die günstige Lage der inneren Verhältnisse und der anderwärtigen Beziehungen Deutschlands gestattet Eurer Majestät eine Änderung, die in kurzem von jedem menschlichen Willen unabhängig eintreten muß, in gegenwärtigem Moment in jeder zweckmäßig erscheinenden Gestalt eintreten zu lassen." Das Gesuch ist sehr eingehend mit dem körperlichen Zustand des doch erst 60jährigen Ministers begründet, auf den ein Hinweis auch in den obigen Satz eingeschaltet ist. Darf man die „tiefe Erschütterung", welcher der Kaiser bei der eine volle Woche später liegenden Beantwortung des nach Bismarcks eigenem Wunsch noch geheimzuhaltenden Gesuches Ausdruck gibt, lediglich der ernsten Besorgnis um das Befinden des Kanzlers

Digitized by Google

zuschreiben oder der damit vorliegenden Verdeutlichung eines sei es noch schwebenden, sei es gerade beendeten Konflikts, der eben durch die beinahe erfolgreich gewesene Geltendmachung eines besonderen militärischen Standpunktes in der politischen Frage der Kriegsgefahr könnte hervorgerufen worden sein? In letzterem Falle aber hätte Bismarck in seinem Augustbrief die „sehr kräftigen Irrtümer" der Königin Viktoria wohl kaum gerade mit Berufung auf auch Moltkes akademische Worte dem Kaiser gegenüber abweisen dürfen. Bismarcks Hindeutung auf die Kriegslust der Militärs dürfte als tatsächlichen Untergrund vielleicht doch nur den bei Hanotaux erwähnten Bericht des übereifrigen Wiener Militärattachés haben, von dem festzustellen wäre, ob er durch den Generalstab oder durch das Auswärtige Amt oder unmittelbar an den Kaiser gelangte, so daß eine Beeindruckung des Herrschers im Sinne kriegerischen Vorgehens auch ohne Vermittlung des Chefs des Generalstabes früher als durch dessen dienstlichen Vortrag eingetreten sein konnte. Denn daß Graf Moltke durchaus nicht ohne weiteres die Auffassung der Militärattachés sich zu eigen zu machen pflegte, beweist seine Unabhängigkeit von den Anschauungen des Herrn v. Loë im Jahr 1866; und gar gewiß nicht würde er für die Beurteilung der französischen Verhältnisse sich auf Berichte aus Wien statt solcher aus Paris gestützt haben. Eine volle Klärung der Sachlage ist also auch hier noch nicht erreicht; zum mindesten aber sind doch reichlich Momente vorhanden, die es durchaus in Frage stellen, ob Moltke bei der Kriegsgefahr von 1865 wirklich treibend gewirkt habe oder nicht, vielmehr im Kabinettsvortrag lediglich akademisch seiner Pflicht in Heraushebung der militärischen Beweggründe nachgekommen sei, die damals auch zweifellos für einen Präventivkrieg gesprochen haben.

Einer Führernatur wie Bismarck war selbstverständlich jede anders als die seine gerichtete Ansicht unbequem, die Gelegenheit fand, seinem kaiserlichen Herrn nahegebracht zu werden; und neben den höfischen und Familieneinflüssen kam da auf dem Gebiete der großen Politik eigentlich nur die Stimme des Generalstabschefs als die selbständig erklingende in Frage, nachdem durch den Arnimprozeß den Botschaftern das Handwerk unabhängiger Berichterstattung gründlich gelegt worden war. (Schluß folgt)

Digitized by Google

Ungedruckte Briefe von Gottfried Keller an Christian Schad und Ignaz Hub

Zum 100. Geburtstag des Dichters (19. Juli 1919) mitgeteilt

von

Erich Petzet

In Emil Ermatingers Sammlung der Briefe von Gottfried Keller ist nach Jakob Bächtolds Vorgang [1]) ein Brief des Dichters an Christian Schad vom 30. April 1857 mitgeteilt (Bd. II, S. 442 f., Nr. 152), der aus der freundlichen Herzlichkeit seines Tones erkennen läßt, daß er nicht der einzige sein kann, den Keller an den Herausgeber des „Deutschen Musenalmanachs" gerichtet hat. In der Tat hatte auch schon im Jahre 1891 Anton Englert im „Heimgarten" [2]) neben jenem Schreiben drei weitere Briefchen (vom 19. April 1852, vom 27. Mai 1857 und vom 16. August 1858) veröffentlicht, von denen keiner, trotz ihrer Kürze und ihres geschäftlichen Inhaltes, nur in dem Gleise der Konvention stecken bleibt. Dazu fanden sich aber in dem umfänglichen Briefnachlaß Schads, der durch Englerts Vermittlung an die Münchener Hof- und Staatsbibliothek gelangt ist, noch weitere sieben Briefe Kellers vor, und so ergibt sich nun aus der vollständigen Briefreihe ein anschauliches Bild eines zwar vorübergehenden und nicht tiefgreifenden, aber doch nicht ganz gleichgültigen Verhältnisses, dem Keller selbst, wenigstens ein Weilchen, gern einige Pflege zuteil werden ließ.

Christian Schad (geb. 1821 zu Schweinfurt, von 1846 bis zu seinem Tode im Jahre 1871 Subrektor der Lateinschule in Kitzingen) hatte zum ersten Male im Jahre 1850 seinen „Deutschen Musenalmanach" erscheinen lassen, mit dem er sich zum Ziele setzte, die Tradition von Bürger, Voß, Schiller, Kerner, Chamisso, Schwab und Rückert fortzuführen. Mit großer Umsicht und Rührigkeit war er darauf bedacht, ebenso anerkannte Namen wie neu auftretende junge Begabungen für sein Unternehmen zu gewinnen und möglichst vielseitig alle Teile des deutschen Sprachgebietes bei sich vertreten zu sehen, wie er denn besonders stolz darauf war, wenn sein Musenalmanach im Gegensatz zu dem gleichzeitig in Berlin von O. F. Gruppe herausgegebenen als der „großdeutsche" bezeichnet wurde. 1851 waren die „Neueren Gedichte" von Gottfried Keller erschienen, ebenso wie die erste Sammlung von 1846 wohl in der Schweiz, doch wenig in der breiteren deutschen Lesewelt gewürdigt und beachtet. Schads sicherem Blick aber entging es nicht, daß hier eine ungewöhnlich bedeutsame Bereicherung seiner Gefolgschaft zu gewinnen sei, und er faßte sofort ins Auge, den neuen

[1]) Gottfried Kellers Leben. II. Bd., S. 385 f.

[2]) XV. Jahrgang, 4. Heft, S. 310—311.

Digitized by Google

Schweizer Dichter auch äußerlich unter seine berühmtesten Mitarbeiter einzureihen, mit deren Bildern er seinen Musenalmanach zu schmücken pflegte.[1]) Seine Aufforderung zur Mitarbeit war daher in der schmeichelhaftesten Weise abgefaßt. Keller hielt sich damals seiner dramaturgischen Studien halber in Berlin auf, in seiner „Korrektionsanstalt", wie er es bitter genannt hat, „die ihm vollkommen den Dienst eines pennsylvanischen Zellengefängnisses geleistet". Die leidigen Geldsorgen, die durch die heimatlichen Stipendien nur zeitweilig und unzureichend gemildert wurden — gerade Ende Mai 1852 erhielt er vom Zürcher Erziehungsrat zum letzten Male 600 Franken —, peinigten den bereits Zweiunddreißigjährigen und lähmten seine Schaffensfreudigkeit in verhängnisvoller Weise. Nur unter großen Qualen und ständigem Drängen des Verlegers rückte der „Grüne Heinrich" vorwärts. Unbehaglich in der betriebsamen Umgebung das eigene innere Übergewicht fühlend, ohne es zur Geltung bringen zu können, mußte er es wohltuend empfinden, wenn ihm einmal aus fremdem Munde ein freundlicher Widerhall des bisher Geleisteten entgegentönte, und so antwortete er Schad, wenn auch zunächst noch in ganz förmlichem Tone, doch in entgegenkommender Weise:

Berlin d. 19t. Aprill 1852.

Hochgeehrter Herr!

Ich habe mit Vergnügen Ihr verbindliches und geehrtes Schreiben vom 11t. d. erhalten und werde, Ihre freundliche Aufforderung benutzend, Ihnen binnen 2—3 Wochen einige Beiträge für Ihren Musenalmanach einsenden, da ich mir die par Gedichte, welche seit der letzten Sammlung entstanden sind, erst noch ein wenig näher besehen muß.

Mein Portrait betreffend, welches in der Zukunft zu geben Sie die für mich schmeichelhafte Absicht kund zu thun so gütig sind, so müßte ich, dies zu rechtfertigen, mir erst noch das dazu gehörige Verdienst erwerben und statte ich Ihnen also für Ihre wohlwollende Meinung bis auf Weiteres meinen Dank ab. Mit der Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung mich Ihnen empfehlend Ihr ergebenster

Gottfr. Keller.

*

Einen Monat später ging die versprochene Sendung nach Kitzingen ab mit folgendem kurzen Begleitbrief:

Hochverehrter Herr!

Hiermit übersende ich Ihnen vier Gedichte für Ihren Musenalmanach, mit dem ergebensten Wunsche, daß dieselben sich für Ihre Zwecke als geeignet erweisen möchten. In diesem Falle veranlaßen mich aber meine Verhältniße zu Handen Ihres Herrn Verlegers die Bedingung hinzuzufügen, daß ich für jedes Gedicht 1 Dukaten Honorar erhalte, ansonst ich die Sachen anderweitig

[1]) Die neun Jahrgänge brachten die Bildnisse von Daumer, Max Waldau, Robert Reinick, Heinrich Heine, Leopold Schefer, Scherenberg, Mörike, Lingg und Eichendorff.

Digitized by Google

verwenden müßte und würde. Jedoch steht es Ihnen natürlich frei, unter den Gedichten zu wählen, wenn Sie nicht alle aufnehmen können.

Indem ich mich Ihrem geneigten Wohlwollen ferner empfehle, verbleibe ich Hochverehrter Herr! mit vollkommener Hochachtung Ihr

Berlin den 23ten Mai 1852. Gottfr. Keller.

*

Schad verzichtete auf keines der eingesandten Gedichte, sondern brachte alle vier in seinem Musenalmanach für das Jahr 1853 sorgfältig zum Abdruck: „Rätsel" I und II, „Romanze" und „Für die Roten". In der Gedichtsammlung letzter Hand sind die beiden letzteren eingreifend, die beiden ersteren weniger bedeutsam von Keller umgearbeitet worden, und alle vier haben hier neue, bezeichnendere Überschriften erhalten: „Doppelgleichnis", „Mit einer Reißkohle", „Am Ufer des Stroms" und „Rote Lehre". Da Paul Brunner in seinen sorgfältigen „Studien und Beiträgen zu Gottfried Kellers Lyrik" (Zürich 1906) eine vollständige Zusammenstellung aller Lesarten der Gedichte gegeben hat, erübrigt es sich, hier noch einmal ihre verschiedenen Entwicklungsstufen näher zu besprechen.[1])

Nach dem Erfolg seiner ersten Einladung ließ es sich Schad angelegen sein, sich nicht nur Kellers weitere Mitarbeit zu sichern, sondern durch seine Vermittlung womöglich noch andere Beiträge zu erhalten. Die folgenden Briefe zeigen, wie Keller erst zögernd, dann aber doch mit wachsendem Entgegenkommen diesen Wünschen entsprach, ja sogar selbst die Initiative zu einer Werbetätigkeit in seinen Berliner Kreisen ergriff. Auch auf weitere Honorarzahlung, die ihm damals doch sehr erwünscht sein mußte, verzichtete er aus Freude an dem Gedeihen von Schads Unternehmen, und allmählich gleiten seine Briefe aus dem hochachtungsvollen Tone des Anfangs in einen freundschaftlichen über. Auf die erneute Anfrage Schads vom Februar 1853 antwortete er:

Berlin d. 22/2. 53.

Hochverehrter Herr!

In Beantwortung Ihres geehrt. Schreibens benachrichtige ich Sie, daß ich noch immer am alten Orte wohne, und zwar bis zu meiner Abreise von Berlin, welche dies Frühjahr eintreffen wird. Mit verbindlichem Danke zeige

[1]) Nur zu der „Romanze" darf vielleicht bemerkt werden, daß Keller in seinem Manuskript ursprünglich in der vorletzten Strophe geschrieben hatte:

Und auf den Lippen, bleich und tot,
Lag schmerzlich lächelnd noch der Spott.

Er selbst hat dann geändert: Lag lieblich lächelnd noch der Spott — viel feiner aber wurde die Fassung von 1883:

Doch auf dem Munde bleich und tot,
Da lächelt's noch leise wie ein Spott —

worauf dann ein viel zarterer, empfindungstieferer Abschluß folgt, von dem der ursprüngliche fast etwas „grob" absticht.

Digitized by Google

ich den Empfang des Freiexemplar's an und hoffe bis zu der festgesetzten Zeit Ihnen einen neuen Beitrag zuzusenden.

Eichendorff kenne ich nicht; seine ausführliche Adreße ist: Jos. Freiherr v. Eichendorff, geheimer Regierungsrath. Neue Friedrichstraße 13.

Scherenberg hingegen sehe ich fast täglich, und will, falls es sich um Ihren M. A. handelt, ihm denselben an's Herz legen. Er wohnt indeßen Lützowerweg-Straße No. 1 und würde ich Ihnen rathen, ihm zeitig zu schreiben, da er etwas bequem und saumselig ist.

Hochachtungsvoll grüßend empfehle ich mich als Ihr ergebenster

Gottfr. Keller.

*

Rechtzeitig stellte er sich dann auch mit seinem Beitrage bei Schad ein und berichtete gleichzeitig über seine weitergehenden Bemühungen:

Berlin d. 3.t. Juni 1853.

Verehrtester Herr!

Inliegend übersende ich Ihnen meinen Beitrag für den künftigen Jahrgang des Musenalmanach und erlaube mir zugleich, die hinzugefügten Gedichte eines jungen Schlesiers zur Aufnahme zu empfehlen. Derselbe hat in Königsberg schon Einiges drucken lassen, ist aber noch nicht viel bekannt; doch scheinen mir vorliegende Sachen nicht unempfehlenswerth zu sein.

Scherenberg sagte mir wiederholt, er würde Ihnen etwas schicken, ob er es gethan hat oder thun wird, ist mir unbekannt, da ich ihn in letzter Zeit nicht gesehen. Max Ring, der Dramatiker und Verfasser der Stadtgeschichten, der auch hübsche Gedichte macht, sagte mir, er wolle mir etwas für Sie bringen. Da es mir zu lange dauert, will ich es nachschicken oder ihm sagen, er möge die Sachen Ihnen selbst schicken.

Ich habe vor einiger Zeit 10 Thaler pr. C. von Ihnen erhalten als das von mir ausbedungene Honorar für den letzten Jahrgang. Sollte jedoch bei Ihrem Unternehmen keine Honorarzahlung überhaupt üblich sein oder dieselbe den Verhältnissen des Unternehmens schwer fallen, so bestehe ich durchaus nicht ferner auf einer solchen.

Indem ich Ihnen, geehrtester Herr, eine gesegnete Jahresernte wünsche, verbleibe ich mit freundschaftlichem Gruße Ihr ergebenster

Gottfr. Keller.

*

Der briefgewandte Schad — er schrieb in jedem Jahre in den Angelegenheiten seines Musenalmanachs über 1000 Briefe — begnügte sich darauf nicht mit einer geschäftlichen Empfangsanzeige, sondern stattete seinen Dank in flüssigen Versen ab, worüber Keller quittierte:

Berlin d. 29. Juni 1853.

Geehrter Herr u. Freund!

Ich sende Ihnen hiermit, in Erwiderung Ihrer letzten freundlich-poetischen Epistel, die versprochenen Gedichte von Max Ring, nebst Gedichten von einer

Digitized by Google

jungen Dame, welche mir von so angesehener Schriftstellerhand oktroirt wurden, daß ich dieselben wohl oder übel beilegen und versuchsweise empfehlen muß. Indessen scheinen sie mir für Frauenpoesie sehr hübsch zu sein und gefallen mir besser, als die Sachen der Ida v. Düringsfeld etc.

Fontane liegt schwer krank darnieder und ist nichts mit ihm zu verkehren. Scherenberg habe ich wiederholt erinnert und er versprach wieder; allein ich mache Ihnen nur wenig Hoffnung, denn er scheint ungefälliger, launenhafter und preußischer als je zu sein.

So will ich denn diese leichten Truppen abgehen lassen und nur wünschen, daß sie wohlbehalten zu Ihrer großen Armee stoßen und Sie bei gutem Sonnenschein und freundlicher Stimmung antreffen mögen.

Mit freundschaftlichem Gruße Ihr ganz ergebener

Gottfr. Keller.

Was meine Biographie betrifft, so bin ich 1819 in Zürich geboren, widmete mich in meiner ersten Jugend der Malerei, verließ aber in der Folge dieselbe, um der Literatur zu leben. Es wird nächstens ein Roman von mir erscheinen „Der grüne Heinrich" in 4 Bänden; in Berlin halte ich mich auf, um mich zu dramatischer Thätigkeit vorzubereiten, zu welchem Zwecke ich während drei Jahren ein Stipendium von meiner Regierung genoß. Ich bitte aber diese Notizen nicht etwa wörtlich abzudrucken.

*

Von den biographischen Angaben Kellers hat Schad keinen Gebrauch gemacht. Er hatte damals den Plan eines „Poeten-Adreß-Kalenders", eines ähnlichen Unternehmens wie es später in Kürschners Literaturkalender verwirklicht wurde; doch bereitete ihm sein „Musenalmanach" genug Mühe und Sorge, und so ließ er jene andere Absicht trotz der weit gediehenen Vorarbeiten wieder fallen. Dagegen gelangten Kellers poetische Beiträge, diesmal fünf an der Zahl, im vierten Jahrgang des „Deutschen Musenalmanachs" sämtlich zum Abdruck: „Jung gewohnt, alt getan", „Liebeslied", „Die Aufgeregten", „Ehescheidung" und „Trochäen". Auch von diesen Gedichten blieb in der Gesamtausgabe von 1883 keines unverändert. Vor allem wurden die nichtssagenden Überschriften „Liebeslied" durch „Geübtes Herz" und „Trochäen" durch „Stilles Abenteuer" ersetzt, die „Ehescheidung" durch den Zusatz „Amerikanisch" in ihrer absonderlichen Geschäftlichkeit mit einem deutlichen Aushängeschildchen versehen, wie dann auch im Texte Dollars an die Stelle des farbloseren Beutels traten. Im übrigen sind die Änderungen nicht so stark wie bei der „Romanze" und der „Roten Lehre"; nur die „Trochäen" wurden auf eine wesentlich höhere Stufe gehoben durch die Hinzufügung von 14 neuen Einleitungsversen, einen poetischen Rahmen, der im kleinen an die Kunst des „Sinngedichtes" und der „Zürcher Novellen" erinnert.[1])

[1]) Sonst zeigt das Manuskript nur einige wenige Verbesserungen von Keller selbst: er hatte in den „Trochäen" zuerst „In dem dunklen Purpur" geschrieben statt „blauen

Digitized by Google

Wenn die an Schad geschickten Gedichte schöne und teilweise sehr persönlich gefärbte Proben der zweiten Periode von Gottfried Kellers Lyrik bieten, so geben auch die Briefe an Schad eine ganz hübsche Illustration zu der Schilderung, die Ermatinger in seiner Biographie (S. 214—252) von Kellers Aufenthalt in Berlin und seinen literarischen Beziehungen dort entwirft. Mit Eichendorff ist Keller in den ganzen sechs Jahren (1850—1855), zu denen sich sehr gegen alle ursprünglichen Pläne seine Berliner Zeit ausdehnte, nicht in Berührung gekommen, und Schad mußte andere Wege einschlagen, um an den großen Romantiker heranzukommen, der denn auch erst im letzten Jahrgang des Musenalmanachs das Wort nahm. An Scherenberg aber schloß Keller sich merkwürdigerweise eine Zeitlang außerordentlich herzlich an und erklärte ihn in einem Briefe an Hettner vom 29. August 1851 für „einen der größten Poeten der nächsten zwanzig und letzten zwanzig Jahre". Hier konnte er also mit gutem Fug seine Vermittlung versuchen — freilich vergebens: erst 1856 gelang es Schad, den ersehnten Beitrag des preußischen Schlachtendichters zu erhalten. Übrigens hielt Kellers Verehrung für Scherenberg nicht gerade lange an, und es fällt darum nicht so sehr auf, daß sich unter den Namen, die er Schad zuführen möchte, kein Mitglied des Tunnels über der Spree befindet, dessen Mittelpunkt Scherenberg war. Es ist richtig, wenn Ermatinger betont, daß Keller sich diesem Kreise beharrlich fernhielt; auch zu Fontane, den er streifte, gewann er kein Verhältnis. Unrichtig aber ist es, wenn Ermatinger Geibel zu den Dichtern des Tunnels zählt: Geibel mochte mit der von ihm „Kleindichterbewahranstalt" getauften Gesellschaft nicht mehr zu tun haben als Keller. Für Schad wären natürlich alle diese Berliner Dichter sehr erwünscht gewesen, und er gab sich viele Mühe, sie zu gewinnen. Allein nur vereinzelt gelang es ihm, Gedichte aus ihrem Kreise zu bekommen, und er mußte sich damit trösten, daß es seinem Konkurrenten Gruppe in Berlin selber nur teilweise besser erging, da sich die Kugler-Gruppe des Tunnels bald in der „Argo" unter Leitung von Franz Kugler und Theodor Fontane und unter Mitarbeit von Heyse, Storm u. a. m. eben ihr eigenes Organ gründete.

Der einzige bekanntere Name, den Keller wirklich dem Schadschen Musenalmanach vermittelte, war Max Ring, der Hausarzt und Hausfreund Varnhagens, mit dem er in persönlichen Verkehr gekommen war und dessen Betriebsamkeit er, wenn auch mit begreiflichem Vorbehalt, schätzte. Keine Gegenliebe aber fand er bei Schad mit seiner Empfehlung des jungen Schlesiers

---

Purpur" (Vers 12) und ebenso Vers 28 „Nicht sich [regend?]" statt „Nicht mehr atmend"; ferner in „Jung gewohnt, alt getan" Vers 28: „Jedoch ein Fräulein ließ ein Häppchen fallen" statt „Bröckchen", was beides später durch die bessere Zeile beseitigt wurde: „Doch einem Fräulein war ein Stück entglitten". Auf Unachtsamkeit Schads aber beim Abdruck ging in demselben Gedicht der falsche identische Reim „verneigte — verneigte" zurück, während es in der Handschrift das zweitemal „verbeugte" heißt, und ebenso in der „Ehescheidung" Vers 4 „von einander sein", wofür Keller schon 1854 das richtige „ohne einander" wiederherstellte.

Digitized by Google

Eduard Schönau, der denn auch keinerlei Spuren in der deutschen Literatur hinterlassen hat, und der Dichterin Auguste Kurs, deren Gedichte ihm vermutlich durch Varnhagen übergeben worden waren. Auguste Kurs (geb. Rosenberg, geboren 1815 zu Berlin, seit 1840 verheiratet mit dem Geheimen Regierungsrat Kurs) hatte 1845 ihre erste Gedichtsammlung „Epheublätter" erscheinen lassen, und noch nach ihrem Tode (1892) wurden ihre „Ausgewählten Gedichte" (1894) neu herausgegeben. Damals, nach der Ablehnung durch Schad, ging sie zu Gruppe über, während Schad an Ida v. Düringsfeld festhielt.

Keller selbst war wegen des Mißerfolges, den seine Empfehlungen gehabt hatten, in keiner Weise empfindlich. Im Gegenteil, sein Eifer für den Almanach wuchs nach dem Erscheinen des neuen, reichhaltigen Jahrgangs ganz erstaunlich, und in seinem Dankbriefe versprach er nun mit allerhand guten Ratschlägen eine ausgedehnte und nachhaltige Hilfe. Nicht nur die „namhaften Leute" Berlins wie Titus Ullrich, Karl Beck und selbst den alten Varnhagen, in dessen Hause er freilich viel verkehrte, will er mobil machen, auch für Besprechungen in der Presse will er sorgen und hofft, daß so der Schadsche Musenalmanach sich auch in Norddeutschland immer mehr durchsetzen müsse. Der Herausgeber konnte glauben, nun eine ganz feste und zuverlässige Stütze gewonnen zu haben, als er den folgenden Brief erhielt:

Berlin d. 28/12 53.

Hochgeehrter Herr!

Ich habe neulich mit dem größten Vergnügen den neuen Jahrgang Ihres Almanachs erhalten und mich an dem wirklich erfreulichen Inhalte ergötzt. Da ich jetzt mehr unter die Leute komme, will ich trachten, Ihnen für den nächsten Jahrgang Beiträge von hiesigen namhaften Leuten zuzusichern, da doch mancher hier lebt, wie Titus Ullrich, Karl Beck, der alte Varnhagen, Scherenberg u. andre. Der letztere muß doch noch dran. Warum ich Sie aber für jetzt bitten muß, ist, dem Dr. Max Ring, Kronenstraße No. 16 in Berlin gefälligst ein Freiexemplar zuschicken zu wollen, oder es zu veranlassen. Dem Pakete ersuche ich Sie dann, die Gedichte der Frau Auguste Kurs, die Sie nicht aufgenommen haben, beizulegen, so wie diejenigen des Eduard Schönau. Von ersterer sind übrigens neulich Gedichte in 3ter Auflage erschienen.

Ich selbst will nun suchen für meine Person das nächste Jahr etwas Rechtes einzusenden, im Falle die angedrohte Einstellung nicht eintritt. Mit einiger Ausdauer, glaube ich, wird sich das Buch doch noch durchschlagen; es ist in Norddeutschland noch wenig bekannt, während man doch da mit dem Gruppe'schen M. A. nichts weniger als zufrieden ist. Es käme nur darauf an, daß etwa 1/2 Dutzend rechter Leute sich vornähmen und förmlich darauf freuten, jedes Jahr etwas Gutes, Gelungenes und nicht zu Dünnleibiges bereit zu halten, damit ein stofflicher werthvoller Kern da wäre, so würde das Ganze gesichert sein. Ich habe diese Erfahrung eigentlich an mir selbst gemacht und würde mich in der Zukunft danach richten. Bloße Marotten und Kleinig-

Digitized by Google

keiten zu liefern, ist schlimmer, als nichts zu thun, weil es dem Publikum die Meinung beibringt, daß man überhaupt Liebe und Eifer verloren habe und daß Alle nichts mehr können!

Dann müßte aber auch die Verlagshandlung in der Ausstattung etwas mehr wagen, vielleicht aber wäre das überflüssig.

Die hiesigen Literaten, die an Zeitungen betheiligt sind, sind jetzt wegen der Weihnachtsliteratur unbrauchbar gewesen. Ich werde aber mein Möglichstes thun, daß das Buch etwa besprochen wird. Wenn es nicht schon geschehen ist, so würde ich dem Verleger rathen, an die Nationalzeitung ein Exemplar zu schicken und zwar zu Handen des Titus Ullrich, der die dortigen Rezensionen schreibt. Andere hier angesehene Rezensenten sind Ernst Kossak, der die „Feuerspritze" redigirt, und Dr. Klein, der den „Phönix" herausgibt. Doch sind dies Nebensachen.

Verzeihen Sie mir, geehrtester Freund, daß ich mich dergestalt in Ihre Angelegenheiten mische. Anton Niendorf, der Verfasser der Heglermühle, will Ihnen auch etwas schicken.[1])

Mit ergebenstem Gruße Ihr Gottfried Keller.

Wenn Schad auf diese erfreulichen freiwilligen Zusagen und Ratschläge schöne Hoffnungen für die weitere Mitarbeit Kellers setzte, so mußte er eine schmerzliche Enttäuschung erleben. Es erging ihm nicht besser als Vieweg, Duncker, Rodenberg und so manchen andern, die im Geschäftsverkehre erfahren mußten, was es mit den bindendsten Versprechungen Kellers bei seinen dichterischen Arbeiten auf sich hatte. Nachdem sich der Dichter gerade recht liebevoll die Erfordernisse des Musenalmanachs klar gemacht und die besten Vorsätze gefaßt hatte, ließ er, wie so oft, das Angefangene wieder gänzlich liegen und hüllte sich in tiefstes Schweigen, ohne auch nur eine Erklärung für sein Verstummen anzudeuten. Es ist ein ehrenvoller Beweis von Schads Weitherzigkeit und von seiner Gewandtheit in der Vertretung seines ihm zum Herzensanliegen gewordenen Unternehmens, daß er es nicht zu einem unerquicklichen Ausklang des so glücklich angesponnenen Verhältnisses kommen ließ, sondern, in seinem kleineren Wirkungskreise ähnlich wie später Rodenberg, es verstand, den genialen Schweizer in seiner Eigenart zu packen und ihm schließlich doch noch die Wiederaufnahme der so plötzlich abgebrochenen Mitarbeit abzuschmeicheln. Über drei Jahre waren seit Kellers letztem Briefe vergangen, als Schad endlich auf seine wiederholten Bemühungen von dem inzwischen nach Zürich zurückgekehrten eine freundliche und entschuldigende Antwort erhielt:

[1]) Anton Niendorf (1826—1878) war 1849 als revolutionärer Lyriker hervorgetreten und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, gab 1852 den Liederzyklus „Die Heglermühle" heraus, wurde später Landwirt und ging schließlich als tätiger Politiker von der Fortschrittspartei zu den Agrariern über. Von ihm ist so wenig ein Beitrag an Schad gelangt wie von Titus Ullrich oder Varnhagen; auch Karl Beck ist erst im Jahrgange 1858 vertreten. Und weder Ullrich noch Kossak oder Klein haben Anzeigen des Musenalmanachs geschrieben.

Digitized by Google

Verehrtester Herr und Freund!

Da Sie mir gar so freundlich und höflich-galant schreiben, so muß ich endlich meine Läßigkeit gegen Sie einigermaßen bezwingen und meine Gesinnung mehr zur Geltung kommen laßen, obgleich leider mehr in Worten als mit Thaten. Warum ich Ihnen für den Musenalmanach, dessen Fortgang ich seither mit Vergnügen und Interesse verfolgt habe, nichts mehr gesandt, geschah aus dem allereinfachsten Grunde, weil ich nichts gemacht habe. Ich bin durch die leidige Buchschriftstellerei, die ich handwerklich nicht beherrsche, aus aller Lyrik herausgekommen; denn das jugendliche Bedürfnis häufiger momentaner Stimmungsergüsse ist halt vorbei, und zu einer erneuten reiferen und künstlerischen Periode absichtlichen lyrischen Hervorbringens gehört eine fast gänzliche Tabula rasa von allen beschwerenden Abhaltungen, ein glückliches Vierteljahr gänzlicher Freiheit. Seit ich wieder in meiner Heimat bin, spekulire ich darauf, da ich eigentlich etwas unzweifelhaft Gutes in Liedersachen erst noch zu leisten habe, wenigstens in einem charakteristischen Ensemble. Ich wollte Ihnen nichts mehr schicken, bis ich etwas derart hätte, will nun aber doch für diesen Jahrgang wenigstens einige Späne zusammensuchen, damit ich nicht ganz in Vergessenheit gerathe. Diese werde ich Ihnen bis Anfang Juni zustellen, oder, wenn es sich länger hinziehen sollte, nach Ihrem Wunsche das Gehörige anzeigen.

Ich lese immer mit einem Hauptvergnügen Ihre frischen und frohen Dichtungen, mit welchen Sie so trefflich den Beweis leisten, daß immer noch etwas Neues und Eigengehöriges auszuhecken ist, und denke, Sie werden uns nun bald wohl mit einer Sammlung erfreuen?

Ich danke Ihnen herzlichst für Ihren freundlichen Gruß und wünsche Ihnen gleichfalls das beste Wohlergehen, das Sie um Ihrer treulichen Pflege unserer Musen willen so sehr verdienen.

Mich Ihrer guten Gesinnung ferner empfehlend, verbleibe ich mit freundschaftl. Hochachtung Ihr ergebener

Gottfried Keller.

Hottingen bei Zürich den 30t. April 1857.

P. S. Die Benennung „Maler" bitte ich künftig weglassen zu wollen, da sie mir längst nicht mehr zukommt!

*

Man hört es diesem Briefe an, daß Keller doch nach der langen Vernachläßigung Schads das Bedürfnis fühlte, dem wackeren Manne, dessen „deutschen Handschlag" er gleichzeitig behaglich in einem Briefe an Freiligrath zitiert, etwas Wohltuendes und Erfreuliches zu sagen. In der Tat hätte es Schad wohl verdient, einmal die eigenen Dichtungen in einer selbständigen Sammlung veröffentlichen zu können, und er würde damit seine liebenswürdige und anspruchslose lyrische Begabung wohl noch zu besseren Ehren gebracht haben. Er ist nie dazu gekommen; um so mehr mußte er aber Wert darauf legen, daß ihm seine größeren Dichtergenossen beim Musen-

Digitized by Google

almanach treu blieben, und so war es eine frohe Genugtuung für ihn, daß diesmal Keller Wort hielt und Ende Mai 1857 einen reichen Beitrag einsandte:

Verehrtester Freund!

Anliegend der versprochene Beitrag für den Musenalmanach. Sollte er zu umfangreich sein, so lassen Sie weg, was Ihnen beliebt. Ich habe einige schweizerische Gelegenheitsgedichte dazu gethan, in der Meinung, daß dergleichen Uebung, wenn sie Ländlich-sittliches zum Gegenstande hat, in einem deutschen Musenalmanach wohl zulässig sei!

Indem ich Ihnen und Ihrem Weinberge einen guten und glückhaften Jahrgang wünsche, verbleibe mit alter Gesinnung

Ihr ganz ergebenster Gottfr. Keller.

Zürich d. 27. Mai 1857.

*

Eigentlich entsprachen die Gedichte, die Keller diesmal einsandte, nicht ganz den idealen Forderungen, die er selbst in seinem Briefe vom 28. Dezember 1853 an Schad aufgestellt hatte. Die gute Absicht, nicht wieder ungefällig zu sein, ließ ihn zusammenscharren, was er noch ungedruckt liegen hatte, und Gelegenheitsgedichte hinzufügen, deren Eignung für diese Stelle sich nicht gerade schlagend begründen ließ. Aber er hatte tatsächlich nichts anderes zur Verfügung. Mit der zweiten Ausgabe seiner „Neueren Gedichte" von 1854 war die zweite fruchtbare Periode seiner Lyrik abgeschlossen, und in der langen Zeit von seiner Heimkehr aus Deutschland 1856 bis zum Ende der siebziger Jahre kam bei ihm neben der Novellistik die Lyrik fast nur gelegentlich eines Volksfestes einmal zu Worte. Von den neun Gedichten, die Schad sämtlich in seinem achten Jahrgang aufnahm, hat Keller selbst später drei von seiner Gesamtausgabe ausgeschlossen: „Propheten beim Champagner" (1847), „Aktäon" und „Auf das Sängerfest des Zürichsees" (1847).[1]) Man mag das bei dem ersten, das übrigens unter der Überschrift „Champagner" schon 1848 in dem poetischen Jahrbuch „Donauhafen" (herausgegeben von K. Julius und Rupertus in Preßburg) neben anderen „Weinliedern" gedruckt worden war, bedauern; bei den anderen aber hatte Keller sicher recht, sie nicht wieder hervorzuziehen. Drei weitere Beiträge mußten in der Gesamtausgabe neben ein paar unwesentlichen Verbesserungen wieder den Titel wechseln: aus der „Berliner Hebe" (1850) wurde „Biermamsell", aus dem „Unterbrochenen Opferfest" (1853) die „Mönchspredigt", aus den „Trochäen" die „Zeitlandschaft". Die letzten Drei sind treffliche Proben der vaterländischen Festgedichte, mit denen Keller sich seinen Schweizer Landsleuten so tief ins Herz gesungen hat: Das „Marschlied für das ostschweizerische Kadettenfest im September 1856", das „Abschiedslied für Ch. H."

[1]) Man findet sie jetzt am bequemsten bei Bächtold a. a. O., I, S. 444 u. 445 und bei Brunner a. a. O., S. 429.

Digitized by Google

(Christian Heußer, 1856) und das weithin bekannt gewordene Tischlied für das Jahresfest der Schweizerischen Militärgesellschaft im Juli 1857 „Schweizerdegen".

Bei solcher Festdichtung allein, für die sich Keller übrigens auch noch später theoretisch in seinem Aufsatze „Am Mythenstein"[1]) mit Wärme einsetzte, blieb es denn auch im folgenden Jahre. Als Schad wieder bei dem Dichter anklopfte, antwortete dieser:

Verehrtester Freund!

Ihrer wiederholten freundlichen Aufforderung kann ich leider nur mit 2 oder 3 Gelegenheitsgedichten nachkommen, da mir sonst nicht eine Zeile bereit liegt. Ein reiferer lyrischer Nachfrühling ist mir allerdings im Anzuge und ich verspüre ihn öfter, muß ihn aber der „Verhältnisse" wegen immer noch vor der Thüre stehen lassen. Hoffentlich wird er dort nicht erfrieren.

Den Sängergruß werden Sie beigelegt finden. In der A. A. Zeit. war nur die mittlere Strophe weggelassen. Ob sie Anstoß erregend sei, überlasse ich Ihnen zu beurtheilen. Sie ist indessen, in der zweiten Hälfte, durchaus nicht persönlich, sondern allgemein prinzipiell gemeint.

Freundschaftlich grüßend

Ihr achtungsvoll ergebener Gottfried Keller.

Zürich d. 16t. Aug. 1858.

*

Ein kleines Nachtragsbriefchen folgte dann noch, da Schad diesmal in seinem Almanach auch Geburtsort und -datum seiner Mitarbeiter anzugeben wünschte:

Verehrter Freund!

Ich bin in Zürich geboren, am 19ten Juli 1819, und habe mit Ausnahme der Wanderjahre stets da gelebt, obschon, wie meine Aeltern, immer in der Eigenschaft als Niedergelassener. Gemeindebürger sind wir in Glattfelden, einem Dorfe im nördlichen Theile des Kanton Zürich, gegen den Rhein zu. Im wörtlichen Sinne ist also die Stadt Zürich mein Geburtsort.

Von L. Kalisch[2]) weiß ich leider nichts näheres.

Freundschaftlich grüßend

Ihr ergebener Gottfr. Keller.

Zürich d. 14t. Sept. 1858.

*

Die drei Gelegenheitsgedichte, die Schad im neunten Jahrgang seines Musenalmanachs bringen konnte, waren das „Kommerslied zur ersten Jubel-

[1]) Im „Morgenblatt für gebildete Leser" 1861, Nr. 14 u. 15, aufgenommen in die „Nachgelassenen Schriften und Dichtungen" (1893), S. 34—69.

[2]) Mit Ludwig Kalisch (1814—1882), der 1849 nach Paris übergesiedelt war, gelang es Schad dann, auf anderem Wege in Verbindung zu treten; der Musenalmanach von 1859 brachte einen Beitrag des ausgewanderten Dichters.

Digitized by Google

feier der Zürcher Hochschule 1858", „Auf der Ufenau" (für die Züricher Studenten gedichtet, welche das Lied, bei einer Lustfahrt nach der Insel, auf dem Grabe Ulrichs von Hutten sangen) und der „Sängergruß am eidgenössischen Sängerfest in Zürich 1858". Das erste, etwas trockene Lied „Vom Wort" schloß Keller 1883 von seiner Gesamtausgabe der Gedichte aus, während er die beiden anderen fast unverändert aufnahm. Das dritte, „Der Sängergruß", der in der Komposition von Kellers Freund Wilhelm Baumgärtner die Feier in Zürich eröffnet hatte, war bereits durch einen Sonderdruck und durch den Abdruck in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" verbreitet worden. Hier hatte ihn Schad in dem Bericht über das Sängerfest (Nr. 203 vom 22. Juli 1858) unvollständig vorgefunden und ihn sich nun vollständig ausgebeten; er trug aber dann Bedenken, die von der „Allgemeinen Zeitung" fortgelassene dritte Strophe unverändert wiederzugeben, da er eben doch wohl trotz Kellers Erklärung über seine prinzipielle und nicht persönliche Absicht die Spitze darin als allzu deutlich gegen den preußischen Monarchen gerichtet empfand. Ist doch der kriegerische Ton des Liedes ein Nachhall des Neuenburger Konfliktes der Schweiz mit Preußen, wie wohl nicht nur den Festteilnehmern bewußt war! Schad hatte aber gerade diesen Band seines Musenalmanachs, trotz seiner großdeutschen Gesinnung, dem Prinzregenten von Preußen gewidmet — da scheute er sich nun, zu drucken:

Ein Mehrer seines Reichs zu sein,
Dünkt sich der Fürst im blut'gen Schein;
Wir mehrten nur im Heimatland
Den Menschenwert mit reiner Hand!

Die Änderung, die Schad sich erlaubte, hat allerdings die Beziehung auf die nahe Vergangenheit, aber auch die Schlagkraft der Verse verwischt; er setzte an Stelle von „der Fürst" ein farbloseres „Held", was den Gegensatz von Monarchie und Demokratie verhüllen sollte, und an Stelle des bestimmten Imperfektes „mehrten" ein allgemeineres Präsenz „mehren", womit er vielleicht Kellers „prinzipielle" Meinung richtiger herauszubringen dachte. Es ist selbstverständlich, daß Keller in der Gesamtausgabe den ursprünglichen Wortlaut wiederherstellte.

Mit diesen letzten Mitteilungen haben die unmittelbaren Beziehungen zwischen Gottfried Keller und Christian Schad ihr Ende erreicht. Der neunte Jahrgang ist der letzte des „Deutschen Musenalmanachs" geblieben; noch einen zehnten durchzuführen, zu dem Schad schon alle Vorarbeiten traf, war ihm schließlich nicht mehr möglich — die Opfer, die er seinem Unternehmen gebracht hatte, waren allmählich zu groß geworden, und so mußte er sich damit bescheiden, immerhin um vier Jahre länger ausgehalten zu haben als der „Deutsche Musenalmanach" Gruppes, der schon 1855 eingegangen war. Doch war damit Schads Herausgebertätigkeit noch nicht abgeschlossen, und so erhielt auch sein Verhältnis zu Gottfried Keller noch einen, freilich ergebnislosen, Nachklang.

Digitized by Google

Als im Jahre 1867 Ferdinand Freiligrath durch die Auflösung der Schweizer Bankfiliale, der er in London vorstand, noch einmal dem aufreibenden Kampf ums tägliche Brot ausgesetzt wurde, erging durch Emil Rittershaus in Barmen ein Aufruf an das deutsche Volk, dem alternden Dichter durch Sammlung eines Nationalfonds einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern. Mit den verschiedensten Veranstaltungen in ganz Deutschland gelang es, alle Schichten der Bevölkerung für diesen schönen Zweck in Bewegung zu setzen; Christian Schad aber verband sich mit Ignaz Hub, um durch die Herausgabe eines Albums auch die Dichter für ihren großen Genossen mobil zu machen und durch dessen Ertrag das Gesamtergebnis, das schließlich auch durchaus ehrenvoll und stattlich ausfiel, zu vermehren. Ignaz Hub war Schads Landsmann aus Würzburg (1810—1880) und hatte in jungen Jahren (1836—1839) mit Freiligrath und August Schnezler zusammen das „Rheinische Odeon" herausgegeben und sich mehrfach in verdienstlichen Anthologien bewährt. So war er denn eine wohl geeignete Persönlichkeit, ja vielleicht noch mehr die treibende Kraft als Schad selbst, dessen viele alte Beziehungen aber sich großenteils wieder bewährten. Natürlich erging ihre Einladung zur Mitarbeit auch an Gottfried Keller, dessen aus der Jugendzeit stammendes herzliches Verhältnis zu Freiligrath ihnen wohl bekannt sein mochte. Allein auch dieses konnte an dem unglücklichen Umstande nichts ändern, daß Keller, damals in seinen Züricher Staatsschreibergeschäften vergraben, der Lyrik gänzlich verloren war. Seine Antwort an Hub — der letzte Brief, in dem Schads Namen vorkommt — lautete:

Hochgeehrter Herr!

Ich bin Ihnen immer noch eine Erwiderung Ihrer freundlichen Zeilen vom 23. Juni und des Aufrufes für das Freiligrath-Album schuldig. Leider muß ich in abschlägigem Sinne antworten, da mir auch nicht das mindeste präsentable Versprodukt zu Gebote steht. Ich habe in den letzten Jahren die verfügbare Zeit nur zu größeren Arbeiten in Prosa verwendet, so daß, wie gesagt, zur Zeit mir keinerlei Gedichte daliegen.

Ich bitte daher Sie wie Herrn Dr. Schad, dem ich mich bestens empfehle, mich für diesmal von Ihrem gemeinsamen Unternehmen zu dispensiren.

Ich weiß mich nicht mehr zu erinnern, welche Romanzen aus meinen Gedichten ich Ihnen in jenem Briefe bezeichnet hatte; so bald ich Zeit habe, wieder nachzusehen, werde ich nicht ermangeln, Ihnen die gewünschten Abschriften zu senden.[1])

[1]) Weder ein früherer noch ein späterer Brief Kellers an Hub scheint erhalten zu sein. Wahrscheinlich handelte es sich um die Frage, welche Gedichte Kellers etwa für Hubs Anthologie „Deutschlands Balladen- und Romanzendichter", die in den Jahren 1864 bis 1870 in 4. Auflage erschien, geeignet wären; es hat aber keines darin Aufnahme gefunden.

Digitized by Google

Uebrigens wünsche ich Ihrer gegenwärtigen Unternehmung das beste Glück u. verbleibe mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster Gottfr. Keller.

Zürich 8. Juli 1867.

Literarische Berichte

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Von Otto Hammann. Berlin, R. Hobbing. Geb. M. 5.—.

Dieser zweite Teil der Memoiren Hammanns umspannt die Zeit vom Amtsantritt Bülows als Staatssekretär des Auswärtigen bis zur Konferenz von Algeciras, also die Jahre, in denen sich die entscheidende Umgruppierung innerhalb der Konstellation der Großmächte zu Ungunsten Deutschlands teils vollzog, teils vorbereitete. Auch hier hat Hammann viel Interessantes und historisch Wertvolles zu sagen. Ganz besondere Bedeutung kommt dem Kapitel über das englische Bündnisangebot von 1901 zu. Auf Grund der Mitteilungen, die Hammann hier macht, und auf Grund der Ergänzungen, die Freiherr v. Eckardstein in seiner kleinen Broschüre über denselben Gegenstand bietet, können wir nun doch schon etwas genauer hinter die Schleier sehen, die bisher über diese welthistorisch entscheidende Stunde gebreitet waren. Hingewiesen sei darauf, daß im Anhang zuerst der seitdem von allen Zeitungen nachgedruckte Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887 in deutscher Übersetzung veröffentlicht ist, den im Wortlaut zu besitzen der historischen Forschung von so überaus großem Werte ist. W. W.

Mein Glück im Hause Ludendorff. Eine Familiengeschichte. Von Henny von Tempelhoff. Verlag von August Scherl, G. m. b. H., Berlin. Preis M. 5.—.

Die Familiengeschichte, die hier zum ersten Male der Oeffentlichkeit übergeben wird, ist schon vor vielen Jahren niedergeschrieben, als die Verfasserin, die jüngste Schwester der Mutter des Generals Ludendorff, als Tante und Lehrerin im Ludendorffschen Hause lebte. Man findet in dem Buche natürlich auch die Kindheitsgeschichte des Generals Ludendorff. Aber das ist nicht dasjenige, was dem Buche seinen Wert gibt, sondern daß hier ganz schlicht und absichtslos ein lebenswahres Bild echt deutschen ländlichen Familienlebens geboten wird, wie wir modernen Menschen es uns kaum noch vorstellen können. In einem gesunden, reinen Familienleben liegen die starken Wurzeln unserer Kraft, sie müssen wir wiederfinden, wenn wir die Not der jetzigen Zeit überwinden wollen. H. H.

Christian Dietrich Grabbe in der nachschillerischen Entwicklung. Von Joseph Gieben. Selbstverlag J. B. Kleinsche Buchdruckerei, Krefeld. 143 S., M. 2.50.

Grabbes Stellung zu Schiller ist der Hauptgegenstand dieser (etwas unklar betitelten) Arbeit in ihren ersten Abschnitten und ein wichtiger Gesichtspunkt auch der folgenden Kapitel, in denen das Werk des vielumstrittenen Dichters näher beleuchtet wird. Es ist ein Verdienst des Verfassers, daß er Grabbe, den man bisher hauptsächlich mit Shakespeare, Kleist, Hebbel verglichen hat, einmal ausgiebig in seiner Verwandtschaft mit Schiller darstellt, wenn er auch wohl, wie das bei solchen Arbeiten zu geschehen pflegt, ihren Grad überschätzt. In Einzelheiten bietet die Abhandlung jedenfalls zahlreiche wertvolle Ergebnisse. H. Brömse

Der See- und Kolonialkrieg 1914—1916. Von Konteradmiral a. D. Foß. Halle, Mühlmann.

Ein bekannter Fachmann und militärischer Schriftsteller bietet hier eine nach Möglichkeit gesichtete und ins Einzelne gehende Darstellung des Ausschnitts aus dem Weltkrieg, der sich zur See und in den Kolonien abspielte. Die Heldentaten unserer Blaujacken treten in helles Licht; aber freilich — sobald es zu großen Zusammenstößen kam, waren die Briten an Zahl der Schiffe, an Wucht der Bestückung, an Schnelligkeit überlegen. Bei den Falklandinseln hatte Sturdee über Graf Spee eine sechsfache Ueberlegenheit; selbst dessen 21-Zentimeter-Kasemattgeschütze schossen nicht so weit wie die englischen — ein „Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen". Gleichwohl stellt der Heldenmut unserer Seeleute, die damals fochten und starben, alles in Schatten, was alte Mären künden. Aehnliche Mißverhältnisse wie zur See bestanden auch in den Kolonien, und das Ergebnis war dasselbe. E.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bauer, Oberst, Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Flugschriften des Tag. Nr. 2. Berlin, Verlag August Scherl G. m. b. H. Geh. M. 2.—.

Das Gewissen. Halbmonatschrift. Leiter: Alois Essigmann, Wien. 1. Jahrgang 1919. 1. Heft. Wien XII/2, Verlag „Das Gewissen" (Rudolf Falk). Kr. 2.20 (M. 1.50).

Ehrat, J., Hermann, Schicksale eines jungen Freundes. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Fr. 6.— (M. 7.—).

Freytag-Loringhoven, Frhr. v., General der Infanterie, Dr. h. c. der Univ. Berlin, Politik und Kriegführung. Berlin SW 68, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 9.75, geb. M. 11.50.

Jerusalem, Wilhelm, Moralische Richtlinien nach dem Kriege. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller, Univ.- und Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. Kr. 3.— (M. 2.50).

Jolles, André, Wege zum Phidias. Briefe über antike Kunst. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 4.80.

Kammerer, Paul, Dr., Naturforscherreisen zu den Felseneilanden Dalmatiens. Mit 19 Abbildungen und 1 Kartenskizze. Wien, Verlag des Volksbildungshauses Wiener Urania.

Krebs, Engelbert, Professor der kath. Theologie an der Univ. Freiburg i. Br., Völkergeschicke und Gerechtigkeit Gottes. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. 80 Pf.

Millenkovich, Max v., Die österreichische Tonkunst (Oesterreichische Bücherei Bd. 10). Wien und Leipzig, Verlag Carl Fromme, G. m. b. H. Kr. 1.—. (80 Pf.)

Mumbauer, Johannes, Der Dichterinnen stiller Garten. Aus der Geschichte der Freundschaft Marie v. Ebner-Eschenbachs mit Enrica v. Handel-Mazzetti. Mit 2 Bildern. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. M. 1.—, kart. M. 1.60.

Nicolai, Georg Fr. Prof., Die Biologie des Krieges. Betrachtungen eines Naturforschers, den Deutschen zur Besinnung. Bd. I und II. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. Brosch. Bd. I Fr. 15.— (M. 20.—), Bd. II Fr. 10.— (M. 15.—).

Schmidt, Karl L. A., Demosthenes. Ein Schauspiel aus längstvergangenen Tagen. München, J. F. Lehmanns Verlag. Geh. M. 1.50.

Schnee, Ada, Meine Erlebnisse während der Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 3.20.

Schreiber, Georg, Prof. Dr., Mutter und Kind in der Kultur der Kirche. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 6.—.

Simmel, Georg, Lebensanschauung. Vier metaphysische Kapitel. München, Duncker & Humblot. M. 6.—.

Stählin, Otto, Prof. Dr., Hindenburg, der Retter und Führer des deutschen Volkes in schwerer Zeit. München, J. F. Lehmanns Verlag. 60 Pf.

Svensson (Nonni) Jón, Aus Island. Erlebnisse und Erinnerungen. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 1.—, kart. M. 1.50.

Wechßler, Eduard, Prof. Dr., Der Neuphilologe zu Felde in Frankreich. Ein Gruß aus der akademischen Heimat. Marburg, N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung. 45 Pf.

Wechßler, Eduard, Prof. Dr., Deutsche und französische Kultur. Mannschaftsvorträge an der Westfront im Dezember 1917. Marburg, N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung. M. 1.—.

Wiese, Leopold v., Strindberg. Ein Beitrag zur Soziologie der Geschlechter. München, Duncker & Humblot. M. 4.—.

Wildgans, Anton, Dies irae. Eine Tragödie in fünf Akten. Leipzig, Verlag von L. Staackmann.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Württembergische Erinnerungen

Von

C. v. Weizsäcker

I.

Der letzte französische Botschafter bei dem verflossenen deutschen Kaiserreich J. Cambon hatte anläßlich seiner Ernennung nach Berlin über die deutschen Mittelstaaten sich dahin geäußert: „Ils gémissent sous le joug prussien." Für Württemberg traf dies nicht zu, wenn auch die Gegensätze zwischen Nord und Süd, wie sie vor 1870 bestanden, noch nicht voll ausgeglichen waren. Die innere Politik des württembergischen Bundesstaats wurde von den herrschenden preußischen Kreisen natürlicherweise nicht überall verstanden, geschweige denn gern gesehen. Aber es gelang mancherlei Versuchen von Berlin nicht, den stetigen Gang der inneren Entwicklung der politischen Verhältnisse des Landes zu hemmen. Man seufzte daher auch in Württemberg keineswegs „unter einem preußischen Joch". Irrige Vorstellungen von solchen Zuständen hatten offenbar in Paris zu der Idee geführt, französische Gesandte bei den seufzenden Höfen zu beglaubigen. Um so mehr entschloß ich mich als zuständiger württembergischer Minister, darauf abzielenden Gedanken ein höfliches Nein entgegenzusetzen und meinem König vorzuschlagen, auf eine französische Bereicherung der Stuttgarter diplomatischen Welt zu verzichten. Es war genug, daß Bayerns Hauptstadt mit solchem Schmuck versehen war, daß man in Dresden aus innerem Drang, gegen Bayern nicht zurückzustehen, französischen Sondierungen Folge gegeben hatte.

Von Rheinbunds- und ähnlichen Erinnerungen war man in Stuttgart unter König Wilhelms des Zweiten Regierung himmelweit entfernt. Die Einheit der Nation nach außen wurde als höchste Errungenschaft der Reichsgründung von dem ganzen Volk empfunden, als Preis des Aufgebens so mancher Souveränitätsrechte, vor allem des Aufgebens einer wirksamen Anteilnahme an der auswärtigen Politik betrachtet. Ich habe mich längere Zeit vor Ausbruch des Weltkriegs anläßlich der Daily-Telegraph-Affäre nachdrücklich für eine einheitliche, ihrer Verantwortlichkeit bewußte Leitung der deutschen auswärtigen Geschäfte ausgesprochen. Dieser Verantwortlichkeit war sich Bismarck mit der ganzen Kraft seiner Seele und mit dem ganzen Gewicht seiner geschichtlichen Leistungen bis zum letzten Tag seiner

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Amtsführung auch gegenüber seinem Kaiser bewußt gewesen. Mit seiner Entlassung fand das bismarckische deutsche Reich sein Ende. Von da an trat zutage, daß in der deutschen Verfassung die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, des obersten verantwortlichen Leiters der deutschen auswärtigen Geschicke, nicht genügend ausgebildet war; es trat hervor, daß die auswärtige Geschäftsführung des Reichskanzlers, den der Kaiser nur als sein Organ betrachtete, zu wenig einer staatsrechtlichen Kontrolle unterworfen war, daß weder die Nation im Reichstag noch die Bundesstaaten im Bundesrat in der auswärtigen Politik auch nur insoweit einen Einfluß hatten, wie es zumal nach den nunmehr eingetretenen Zeiten nach Bismarck, nach Wilhelm I. ohne Störung der Einheit möglich und in so mancher Richtung nützlich gewesen wäre.

Der Bundesrat hatte zwar einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in Wirklichkeit eine mit dem Bundesrat nur formell verbundene Ministerkonferenz, der die in auswärtiger Politik auch sehr sparsam gebrauchten Machtmittel des Reichstags fehlten. Aber bekanntlich hatte dieser Ausschuß keine verfassungsmäßigen Kompetenzen und noch weniger die Zuneigung des Reichsgründers. Unter Bismarck war er ein totgeborenes Kind. Von 1906 ab wurden Belebungsversuche unternommen, und es muß anerkannt werden, daß Reichskanzler v. Bethmann, der in loyaler vertrauenerweckender Weise innerhalb des Kreises seiner Pflichtauffassung den Bundesstaaten entgegenkam, in regelmäßigen Perioden die im Ausschuß vertretenen Mittelstaaten über die Grundlinien seiner auswärtigen Politik im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern mehr und mehr orientierte. Es war klar, daß, nachdem mit dem Krieg die Existenz des Reichs und der Bundesstaaten in Gefahr geraten, der letzteren Anteilnahme an dem Gang der auswärtigen Leitung des Reichs eine stärkere wurde. Das Auswärtige Amt verständigte nunmehr die in Berlin befindlichen deutschen Gesandten in weitgehenderer Weise, im Bundesratsausschuß versammelten sich die leitenden Minister der in ihm vertretenen Bundesstaaten verhältnismäßig häufiger. Persönliche Bande der Staatsmänner, die Besprechungen der deutschen Souveräne spielten eine Rolle.

Im ganzen blieben aber auch während des Kriegs die entscheidenden Figuren der deutschen auswärtigen Politik neben dem Kaiser, der übrigens dem Anscheine nach gegenüber früherer Zeiten in vielem eine der Bemerkung werte Zurückhaltung beobachtete, der Reichskanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts und — als Folge des Kriegszustands — die Oberste Heeresleitung. Mit letzterer konnte ich in einigen politischen Fällen durch Vermittlung des im Großen Hauptquartier befindlichen württembergischen Militärbevollmächtigten in Fühlung treten. Als sich zeigte, daß die Oberste Heeresleitung auch in der während des Kriegs so oft und viel erörterten elsaß-lothringischen Frage eine gewichtige Stimme hatte, als mir zu Beginn des Jahres 1918 eine persönliche Auskunft über die Kriegslage von besonderem Wert erschien, trat ich auch einmal mit Hindenburg-Ludendorff in unmittelbare persönliche Verbindung.

Digitized by Google

Im einzelnen sollen hier nur in Kürze einige württembergische Notizen aus der Zeit vor dem Krieg und dann aus der Zeit während des Kriegs wiedergegeben werden. Um zusammenfassende Schilderungen kann es sich in dem gesetzten Rahmen nach keiner Seite handeln, noch weniger um Ausschüttung all der kritischen Betrachtungen, zu denen die Stellung eines mittelstaatlichen Ministers auf dem Gebiet der auswärtigen Politik Anlaß gab auf Grund seiner Rolle als eines etwas privilegierten Zuschauers, höchstens gelegentlichen Beirats gegenüber den im Besitz der Macht zum Handeln Befindlichen. Die Zuschauerrolle, die in der Bülowschen Kanzlerzeit nur — und nur in recht beschränktem Umfang — in Frage kam, gewährte in den letzten Jahren vor der Kanzlerschaft Bethmanns einen mir steigend beunruhigenden Einblick. Die Gewässer der württembergischen Politik, einschließlich ihres Anteils an der inneren Reichspolitik, waren damals nur zeitweise bewegt. Ein im öffentlichen Leben stehender Schweizer hatte in Stuttgart den Eindruck einer politischen Idylle. Das war denn doch eine zu rosige Auffassung des Außenstehenden. Aber wie außerordentlich schwierig war in Berlin die Leitung der Politik, vor allem der deutschen Außenpolitik, geworden. Deutschland machte nach außen in dem wechselnden Spiel des Tags Pointsgewinne, aber es hatte im ganzen sehr erheblich schlechtere Karten in der Hand als früher. Wenn Fürst Bülow nicht lange vor seinem Abgang mir gegenüber den Trost aussprach, daß die europäischen Differenzen mehr und mehr zurücktreten werden gegenüber den großen, den ganzen Erdball berührenden Fragen, so war diese geistreiche Zukunftshoffnung für das außerhalb Europas keine ernsten Machtmittel besitzende, in Europa eingekreiste Deutschland nicht eine Sache von aktuellem Wert, so wenig uns jetzt der von amerikanischen Offizieren im vergangenen Winter in Frankreich mehrfach ausgesprochene Gedanke nützt, ihr Krieg in Frankreich sei nur eine Probemobilmachung der Vereinigten Staaten gegen England. Im Jahr 1909 mußte man den Eindruck haben, daß trotz andauernden kräftigen Aufschwungs des deutschen Volks die politische Außenlage eine schwer kompromittierte war. Verpaßte Gelegenheiten! Vor allem die von 1901 gegenüber England verpaßte Gelegenheit. Die damalige Leitung in Deutschland rühmte sich der obersten Stelle in Stuttgart gegenüber der Chance, zwischen Walfisch und Bär die Wahl zu haben. Und nach einigen Jahren war es glücklich soweit, daß die so weit voneinander entfernten Großtiere gegen das friedfertige Deutschland loszogen.

Der neue Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, von seinem Vorgänger dem Vernehmen nach selbst empfohlen, wurde um seiner ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften willen weithin, auch in den Einzelstaaten mit Vertrauen begrüßt. Er errang sich auf dem ihm fremd gewesenen Gebiet der auswärtigen Politik die Mitarbeit meines schwäbischen Landsmanns v. Kiderlen-Wächter, des in Orientfragen besonders erfahrenen Diplomaten. Es gereichte mir zur Genugtuung, daß mir Herr v. Bethmann Gelegenheit gab, ihm den Diplomaten auch als einen wirklichen Staatsmann schildern zu können. Nach einigem Zögern willigte

Digitized by Google

der Kaiser in die Ernennung des von Bethmann gewünschten neuen auswärtigen Staatssekretärs. Es ist ein Verdienst Bethmanns, oft und viel in stürmischer Zeit Kiderlen freie Hand gelassen, seinem Rat Folge geleistet zu haben. Oft hörte man später sagen: Wäre Kiderlen länger am Leben geblieben, vielleicht wäre Europa die Katastrophe von 1914 erspart worden. Ich möchte nicht verschweigen, daß auch die Zukunftserwartungen dieses furchtlosen, von kräftigem Entschluß getragenen Mannes gegenüber den zahllosen Widerständen von außen und von innen in vertraulichem Gespräch nicht selten sehr pessimistische waren.

Den Grundlinien der Bethmann-Kiderlenschen Außenpolitik konnte die württembergische Regierung, soweit sie von ihnen Kenntnis erhielt, nur Beifall zollen. Das Ziel war die Vermeidung des drohenden Weltkriegs. Daß die verantwortlichen Leiter der damaligen deutschen Außenpolitik ihrerseits von jeden hohlen, lediglich auf Impulsen beruhenden Prestigebestrebungen schlechthin entfernt waren, daran konnte ich nach meinen Informationen nicht zweifeln. Sie traf jede Störung des ruhigen Gangs der internationalen Verhältnisse aufs tiefste. In dem hohen Spiel der Außenpolitik befand sich Deutschland auch für den, der grundsätzlich einer Offensive nicht widerstrebt hätte, schon damals offensichtlich in einer Lage, die zur Defensive raten mußte. Ausreichende positive Ziele eines Kriegs konnte sich die deutsche Politik bei vollem Willen nicht setzen. Die so vielen ernstesten Bedenken ausgesetzte Idee eines Präventivkriegs konnte in den entscheidenden Kreisen keinen Raum gewinnen, es gab keinen Holstein mehr. Es war dafür zu spät. Man hoffte auf eine Besserung der europäischen Konstellation, auf ein Zurücktreten des Einflusses der kriegslüsternen oder wenigstens kriegsbereiten Machthaber im gegnerischen Lager. Man fühlte sich von außen bedroht. Die innere politische Lage in Deutschland konnte durch einen Weltkrieg, auch im Falle eines günstigen Ausfalls, nicht gewinnen; dies war meine Ansicht, der ich auch in Berlin Ausdruck gab; den leitenden Persönlichkeiten gegenüber aber war dazu kein Anlaß.

War Agadir ein offensives Vorgehen? Ich habe nach meinen bestimmten Erinnerungen aus der Agadirzeit nicht den leisesten Zweifel, daß es richtig ist: Agadir war von der entscheidenden verantwortlichen Stelle als Schachzug in dem deutschen Verteidigungsplan gedacht. Auch der Belagerte darf der Initiative nicht entsagen. Aus unmittelbarer Kenntnis der im Entstehen begriffenen Pläne des Staatssekretärs weiß ich, daß Kiderlens Absicht war, die Marokkoangelegenheit aus ihrem wiederum gefährlich gewordenen schleichenden Stadium heraus ohne Krieg zu liquidieren. Der Konflikt wegen Marokko — das stand von vornherein fest — durfte nicht zum Krieg führen. Der Preis der Liquidation, die für uns mit formellen Verzichten verbunden sein mußte, sollte vor allem in der Beseitigung einer Streitfrage liegen, deren gewaltsame Lösung uns England sicher als Gegner gebracht hätte. Nur zögernd gelangte dabei die deutsche Politik überhaupt zu dem Wunsch anderer als

Digitized by Google

wirtschaftlicher Kompensationen. Der Staatssekretär war erstaunt, als ich ihm noch Wochen vor dem Pantherſprung sagte, unsere öffentliche Meinung werde sich mit letzteren Vergütungen nicht beruhigen. Wie schwer war eine vorsichtige Politik zu vereinen mit der meisterlosen deutschen „öffentlichen Meinung". Mit dem Schluß der Akten über Marokko waren nun freilich die Sorgen vor England nicht in dem Maße beseitigt, wie man in der Wilhelmstraße anfänglich gehofft. Das mag ein Rechenfehler gewesen sein, aber es war und blieb gut, daß die Pläne der Friedensfeinde in Paris, in Petersburg und London nicht über der afrikanischen Frage zur Explosion kommen konnten. Der Staatssekretär war sich darüber klar, daß das Bündnis mit Österreich-Ungarn in diesem Fall nicht standgehalten hätte. Die alldeutsche Agitation gegen die Erledigung der Marokkosache war grundlos und verständnislos gegenüber dem politischen Problem, das in Frage stand.

Und die Haldanesche Mission? Ihre Erfolglosigkeit war bedauerlich. Ich betrachte sie als ein Unglück. Aber auf deutscher Seite sind daran nicht Bethmann, noch weniger Kiderlen schuldig und jedenfalls sind — das muß jeder billige Beurteiler zugeben — die betreffenden Verhandlungen nicht aus offensiven Beweggründen der deutschen Politik gescheitert. Die Frage, ob die Haldanesche Mission ein taktisches Manöver oder — in den gewissen Grenzen der englischen Anschauungen — ein wirklicher Versuch zur Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland gewesen, möchte meines Erachtens im letzteren Sinne zu bejahen sein. An fester zielbewußter Verfolgung hat es der englische Versuch fehlen lassen. Jedenfalls hatte der Reichskanzler darin recht, wenn er auch bei diesem Anlaß bestrebt war, die englische Gefahr abzuschwächen. Ob er dabei zu Hause diejenige Unterstützung seiner Bestrebungen durchsetzte, die zu wünschen gewesen, ist mir durchaus zweifelhaft. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Deutschland vor allem und nicht England eines den Frieden sichernden Abkommens bedurfte. Auf Einzelformulierungen des Abkommens kam es damals meines Erachtens nicht in erster Linie an. Das Moment war von ganz außerordentlicher Wichtigkeit. Der Ressortstandpunkt der Marine mußte zurücktreten. Daß das Unternehmen einer Ausgleichung der englisch-deutschen Gegensätze, der Zentralpunkt der Bethmannschen Friedenspolitik, in ein überaus wichtiges Stadium getreten, mußte klar vorliegen. Der Versuch mit London war eine Messe wert, und zwar auch, wenn es sich nur um eine allmähliche Überleitung in sichere gegenseitige Beziehungen handelte. Eine günstige Weiterentwicklung wäre nicht von vornherein aussichtslos gewesen, wie die spätere Spaltung des englischen Kabinetts in den kritischen Tagen vor Kriegsausbruch beweist. Hat man doch trotz des Scheiterns des Haldaneschen Unternehmens noch im Jahr 1913, im Frühjahr 1914 in Berlin mindestens damit gerechnet, daß im Falle des Unglücks eines Zweifrontenkriegs mit Frankreich und Rußland England zunächst sich abwartend verhalten werde. Hätte früher eine gewisse Entspannung stattgefunden, Sir Nicholson, der böse Genius der englischen Diplomatie, hätte im Sommer 1914 mindestens

Digitized by Google

ein schwierigeres Spiel gehabt. England kann uns den Ausgang der Haldaneschen Mission gewiß nicht zum Vorwurf machen. Wohl aber ist nach meiner Ansicht diese Episode „den verpaßten Gelegenheiten" einzureihen.

Papst Benedikt XV. und der Völkerbund

Von

Dr. J. Lulvès, Archivrat (Berlin)

Angesichts des niederschmetternden Eindrucks, den der Inhalt des Versailler Gewaltfriedens überall, in erster Linie natürlich in Deutschland, hervorgerufen hat, ist vielfach, am eindringlichsten in der deutschen Nationalversammlung zu Berlin am 12. Mai 1919 durch ihren Präsidenten Fehrenbach, das berechtigte Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht worden, daß in jener Friedensversammlung kein moralisches Element zu Worte gekommen ist, das an die Lehren und Grundsätze christlicher Sittenlehre und Religion erinnert hätte. Es schien fast so, als ob es keine an das Gewissen der Menschheit appellierende ethische Macht mehr auf Erden gäbe.

Jedoch, kraft geschichtlicher Tradition, kraft einer dogmatischen Lehre, zu der sich der größere Teil der Christenheit — über 1/4 Milliarde Anhänger in allen Erdteilen — bekennt, haben wir eine solche im römischen Papsttum, in der einzigen als „völkerrechtlichen Organisation" anerkannten Geistesmacht,[1]) anzunehmen.

Das ist jetzt wichtig für die geplante Verwirklichung und Ausbildung der Völkerbundsidee!

Vom rein unparteiischen Standpunkt wird auch der Nichtkatholik wenigstens die geschichtlich-ethische Tradition im Papsttum zugeben, die von christlichen Ideen des Friedens und der Menschlichkeit getragenen Handlungen seines gegenwärtigen Trägers, Benedikts XV., im Weltkriege anerkennen.

In völliger Verkennung dieser Stellung des Papsttums und des jetzigen Papstes haben die Machthaber der Entente letzteren von den Friedenskonferenzen ferngehalten, lediglich aus Rücksicht auf Italien und das von diesem durchgesetzte Londoner Geheimabkommen vom 26. April 1915.[2]) Da-

[1]) Der Heidelberger Völkerrechtslehrer Prof. G. Radbruch glaubt in seinem Aufsatze „Das Papsttum im Völkerbund" auch noch auf den demnächstigen Zusammenschluß „einer evangelischen Weltkirche" rechnen zu dürfen, die „an der Seite der katholischen Kirche einen Sitz im Rate der Nationen erlangen kann".

[2]) Im Artikel 15 jenes Abkommens verpflichteten sich Frankreich, Großbritannien und Rußland, „Italien in seinem Widerstande gegen die Zulassung von Vertretern des Heiligen Stuhles bei irgendwelchen diplomatischen Schritten über den Friedensschluß oder über die Regelung der mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen ihren Beistand zu leisten"

Digitized by Google

durch mitverschuldet, ist ein Gewaltfriedensentwurf zustande gekommen, ein bedingungsloser Diktatfriede! Für einen solchen wäre Papst Benedikt allerdings nie zu haben gewesen! Sich auf eine Vermittlertätigkeit nur im Falle eines Vergleichsfriedens einzulassen, nur unter Voraussetzung eines solchen eine Einladung zu den Verhandlungen anzunehmen, war ein Entschluß, den der Papst schon in der ersten Periode des Weltkrieges, unter ganz anderen Umständen, gefaßt hatte; das haben wir am deutlichsten Mitte März 1919 aus den beiden dem Vatikan nächststehenden Organen „Osservatore Romano" und „Corriere d'Italia" erfahren. —

Auf die weiteren, leider noch allzusehr zu apathischer Gleichgültigkeit neigenden Volksmassen in Deutschland hat keine Note der Entente aus den Friedensverhandlungen einen so tieferschütternden Eindruck gemacht, als die Ablehnung unserer Forderungen wegen Verbesserung des schrecklichen Loses der deutschen Gefangenen in Frankreich, und wegen Beschleunigung ihrer Heimbeförderung.

Gerade Benedikt XV. hat sich um die Milderung des Loses von Tausenden und Abertausenden von Kriegs- und Zivilgefangenen unvergängliche Verdienste erworben. Von ihm stammt die so viel Glück spendende Anregung zum Austausch der kampfuntauglich gewordenen Kriegsgefangenen noch während des Weltkampfes.

Derselbe Papst hat sich wegen Aufhebung der Blockierung Deutschlands und wegen Erwirkung von Lebensmittelsendungen für die dem Hungertode nahen Nationen an den französischen und amerikanischen Episkopat, sowie an die amerikanische und englische Regierung gewandt. Das meldete, gemäß einem Bescheide, den der Münchner Erzbischof Faulhaber vom Kardinal-Staatssekretär Gasparri erhalten hatte, das französische Blatt „Le Journal". Durch den Dank, welchen am 10. April 1919 der deutsche Reichsminister des Äußern, Graf Brockdorff-Rantzau, dem Papste feierlichst unter lebhaftem Beifall der Nationalversammlung ausgesprochen hat, ist diese Meldung unwiderleglich bestätigt worden.

Die Nachricht, daß Papst Benedikt bei den Alliierten für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen eingetreten sei und die Bischöfe gebeten habe, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen, ist zwar, gemäß „Petit Journal" vom 7. Dezember, durch Bischof Chapon von Nizza in Abrede gestellt worden, gewinnt aber an Wahrscheinlichkeit im Hinblick auf die in der italienischen und in der französischen Presse besprochene Tatsache, daß Benedikt XV., hauptsächlich auf Anregung des Kardinal-Erzbischofs Hartmann von Köln, Wege suche, um für die Mittelmächte gewisse Milderungen der Friedensbedingungen zu erlangen. Ausdrücklich mache er dabei geltend, daß, wenn England aus eigensüchtigen, politischen Rücksichten auf die Schonung des Islamismus bei der Aufteilung der Türkei bestehe, auch das Schicksal der größtenteils katholischen Rheinbevölkerung dem Papste nicht gleichgültig sein dürfe. Als dann der Breslauer Fürstbischof Dr. Bertram sich an den

Digitized by Google

Papst ebenfalls mit der Bitte um geeignete Einwirkung wegen Milderung der Friedensbedingungen wandte, konnte ihm nur der offizielle Bescheid werden, daß Benedikt XV. bereits in jener Richtung tätig sei.

Diese Tatsachen lassen erkennen, welchen sittlichen und rein menschlichen Standpunkt der Papst vertreten würde, falls er Aufnahme im Völkerbunde finden sollte.

Die Aufnahmefrage ist bereits Gegenstand von Erörterungen geworden. Auch bei den Ententemächten, vornehmlich natürlich in Italien.

Am 28. Dezember 1918 hatte der „Secolo" die derzeitigen Absichten der vatikanischen Politik, nach dem Ausbleiben einer Einladung zur Friedenskonferenz, dahin deuten zu dürfen geglaubt, daß die Mächte der Entente zur Übertragung des Schiedsgerichts an den Papst bei internationalen Streitigkeiten im Völkerbund veranlaßt werden sollten; in einer derartig hervorragenden Stellung hätte der Papst dann, auch ohne Beteiligung am Kongreß, die Möglichkeit, die von ihm gewünschten internationalen Garantien für seine Souveränität zu verlangen, welche ihm Italien bis jetzt in seinem Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 nicht gewährt habe.

In den Unterredungen mit dem Präsidenten Nordamerikas, Woodrow Wilson, zu Beginn des Jahres 1919 ist demgemäß, laut Mitteilung der italienisch-katholischen Trustpresse, schon in der Vorbesprechung mit Monsignore Cerretti die Frage des Völkerbundes, als Ausgangspunkts aller gegenwärtigen und zukünftigen diplomatischen Verhandlungen des Heiligen Stuhls, als Hauptmittels zur Sicherung des künftigen Friedens, berührt worden.

In der Tat ist die vatikanische Diplomatie angewiesen, an erster Stelle die kirchlich leitenden Kreise des Katholizismus für die Völkerbundsidee zu gewinnen.

Nicht ein italienisches Blatt, sondern das führende Organ der englischen Liberalen, die „Daily News", brachte am 17. März die Notiz, daß nach zuverlässiger Quelle nunmehr die Großmächte auch wirklich den Beitritt des Papstes zum Völkerbund anregen würden, und, da ein solcher Schritt die Anerkennung der Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in sich schlösse, dürfte eine Lösung der römischen Frage die notwendige Folge sein. In Verbindung mit dieser Nachricht gewänne der kurz zuvor stattgehabte Besuch des Kardinals Amette, Erzbischofs von Paris, nach dessen Unterredung mit Clemenceau, beim Papste erhöhte Bedeutung. Dieser Besuch erweckte in diplomatischen Kreisen die Vermutung, es handele sich um Besprechungen zwecks Wiederaufnahme der früheren Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan in dem alten Umfange, wobei die Form noch unentschieden bliebe, ob durch einen ständigen Gesandten oder durch gelegentliche Beauftragung eines hohen Diplomaten.

Wasser in diesen schönen Wein goß das offiziöse Organ des italienischen Außenministers Sidney Sonnino, das „Giornale d'Italia", durch den Vorschlag, dem Papste im Völkerbunde eine Aufnahme mit nur beratender

Digitized by Google

Stimme zu bewilligen; dadurch wären die vom Papst gewünschten Bürgschaften natürlich hinfällig geworden. Der Vorschlag zog selbstverständlich einen umgehenden Protest des Vatikans nach sich.

Nicht zu unterschätzen ist endlich in diesem Zusammenhange der mit 13 gegen 8 Stimmen angenommene Wunschausdruck des internationalen Völkerbundskongresses in Bern vom März 1919, es möge der Heilige Stuhl zur Mitwirkung im Völkerbund eingeladen werden.

Alles in allem beweisen schon die angeführten Auslandsstimmen zum mindesten, daß die Idee, der Papst habe einen entsprechenden Platz im Völkerbunde zu beanspruchen, durchaus nicht absurd, durchaus nicht einseitig und parteiisch ist. Dem Inhalt eines wirklichen Völkerbundes trägt der von der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht ausgearbeitete Entwurf einer Verfassung des Völkerbundes Rechnung. Dieser Entwurf, der ja auch von der Reichsregierung als Unterlage für die Friedensverhandlungen angenommen ist, enthält ausdrücklich den Passus: Der päpstliche Stuhl wird eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund einnehmen.[1])

Seiner Bedeutung entsprechend! Der Papst hätte als unstreitig mit den übrigen gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbund jene internationale Garantie für seine Souveränität zu beanspruchen. Er würde dadurch vorerst lediglich die Rechte erhalten, welche den übrigen ohne weiteres zustehen. Jedenfalls würde jene Garantie ihm die volle Unabhängigkeit, den auch von breiten nichtkatholischen Kreisen als notwendig erkannten festen völkerrechtlichen Unterbau seiner Souveränität geben, ihm — nicht nur Italien, sondern auch übermächtigen Ententeregierungen gegenüber — eine größere politische Bewegungsfreiheit gewähren. Gerade in letzterem Sinne scheint Benedikt XV. seit den Tagen seines berühmten Friedensmanifestes vom 1. August 1917 behindert zu sein.

Die Vorschläge dieses Friedensmanifestes können, soweit sie nicht auf Einzelheiten der damals aktuellen Kriegsfragen eingehen, unbedingt als Grundlagen für einen Völkerbund dienen, obgleich dort eines solchen nicht ausdrücklich Erwähnung getan ist; sie decken sich in der Mehrzahl sowohl mit den 14 Punkten Wilsons, als auch mit den Bestimmungen des offiziellen deutschen Völkerbundvorschlages; ein Beweis für die Richtigkeit der Empfindungen Benedikts XV.

Nach den im „Secolo" wiedergegebenen Absichten der Ententemächte sollte dem Papste — dessen strenge Unparteilichkeit ja von den verschiedensten Seiten gebührend anerkannt worden ist — das Schiedsrichteramt bei internationalen Streitfällen übertragen werden. Hierdurch würde ihm im Völkerbund des weiteren ein besonderes Vorrecht, eine besonders gehobene Stellung vor den übrigen eingeräumt sein.

[1]) In den Vorschlägen der deutschen Regierung ist hier die farblosere Wendung gebraucht worden: „Dem päpstlichen Stuhl bleibt der Eintritt in den Völkerbund vorbehalten."

Digitized by Google

Hat der Papst darauf ein Anrecht, ganz abgesehen davon, daß er Oberhaupt einer über den Nationalitäten stehenden Kirche ist?

Ja! Das lehrt die Geschichte, das lehren genügend zahlreiche Tatsachen der Vergangenheit!

Berühmt ist der Schiedsspruch des spanischen Borgia-Papstes Alexanders VI. im Streite zwischen Spanien und Portugal über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der neuentdeckten Welt durch die Demarkationsbulle vom 4. Mai 1493. An diese Rolle des Papsttums knüpfte Bismarck zu Beginn 1886 bewußt an, als er Leo XIII. bat, das Schiedsrichteramt in der Streitfrage zwischen Deutschland und Spanien wegen der Karolineninseln zu übernehmen, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die beiden Nationen sich nicht in einer analogen Lage befänden in bezug auf die von ihm als Oberhirten geleitete katholische Kirche. Leo XIII. hat sodann noch zwischen Belgien und Portugal in einer Kongofrage 1890, zwischen Portugal und England in einem ostafrikanischen Grenzstreit 1891, zwischen Venezuela und England in der Guyanaangelegenheit 1894 des Schiedsrichteramtes gewaltet. Sein Nachfolger Pius X. ist in den Jahren 1909 und 1910 dreimal von südamerikanischen Staaten zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten angerufen worden.

Von den Haager Konferenzen (1899 und 1907) ist bekanntlich der Papst, entgegen den Bemühungen Zar Nikolaus' II., der Königin Wilhelmine von Holland und, wie behauptet wird, Frankreichs, ausgeschlossen worden. Daß für das im Haag geschaffene internationale Schiedsgerichtssystem „der Eintritt des Papstes enorme Bedeutung haben würde", ist eine von dem Völkerrechtslehrer Philipp Zorn öffentlich kundgegebene und begründete Ansicht.[1])

„Eine schiedsgerichtliche Einrichtung mit hoher, friedenstiftender Funktion" bildet endlich eine der Hauptforderungen Benedikts XV. in jener Friedensnote vom 1. August 1917. Das offiziöse „Giornale d'Italia" Sidney Sonninos hat daran folgende Betrachtungen geknüpft:

„Benedikt XV. will aus der Kirche die höchste geistliche Institution machen, die, frei von jedem Eigennutz, von jedem selbstischen Interesse, Schiedsrichter über die Streitigkeiten in der Welt, Richter über Unrecht und Recht zwischen den Menschen sei. Einzig eine solche Institution kann eine derartige Aufgabe des Friedens erfüllen. Sie allein kann, durch höhere Inspiration, den Völkern der Erde das sein, was das Haager Schiedsgericht — bei seiner Materialität — vergeblich — ihnen hatte sein wollen!"

Schon durch eine jahrtausendalte geschichtliche Überlieferung verkörpert das Papsttum, wie oben erwähnt, eine der größten kulturellen Mächte auf Erden. Seine Bedeutung ist gerade während des Weltkrieges in politischer

[1]) Ph. Zorn, Die beiden Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 (1915), S. 56. — M. Erzberger sieht in seinem Buche „Der Völkerbund" (1918), S. 114 und 189, Art. 16, für den Fall, daß die von ihm vorgeschlagenen vier Oberschiedsrichter sich nicht über den Obmann einigen können, die Ernennung eines solchen durch den Papst vor.

Digitized by Google

und ethischer Hinsicht wesentlich gewachsen. Seit den ersten Kriegsmonaten unterhalten das neutrale Holland und vor allem der leitende Staat der Entente, England, aus eigenem Antriebe Gesandte bei der Kurie. Doch noch andere Ententestaaten fühlen das Bedürfnis nach einer diplomatischen Vertretung beim Oberhaupte der katholischen Kirche. Das wird Rumänien, Japan und China nachgesagt; mit größter Wahrscheinlichkeit darf es von den Vereinigten Staaten von Nordamerika angenommen werden, besonders nach dem Entgegenkommen, das Wilson durch seinen Besuch im Vatikan Benedikt XV. gezeigt hat. Vor allem fühlt auch Frankreich, wie schon angedeutet, jenes Bedürfnis nach einer bleibenden Wiederannäherung an die Kurie in zunehmend steigendem Maße. Es hat Gründe genug dazu, vornehmlich in Rücksicht auf seine im Verlaufe des Krieges aktuell gewordene Orientpolitik. Denn Frankreichs althergebrachtes Protektorat über die Katholiken im Orient ist wertlos ohne Zutun des jeweiligen Papstes.

Von der Gesamtheit der Ententeregierungen ist dem Papst schon jetzt in dem Friedensvertrage ein Zugeständnis gemacht worden: Hinsichtlich der katholischen Missionen in den ehemaligen deutschen Kolonien wird er als oberste Kirchenbehörde ausdrücklich anerkannt; denn dem abgeänderten Artikel 438 gemäß ist nur er zuständig für die Überwachung der persönlichen Arbeit der Missionäre.

Auf der anderen Seite ist für die derzeitige Stellung der Kurie als bezeichnendes Ereignis der kürzlich Mitte Mai stattgehabte Besuch des Präsidenten von Brasilien im Vatikan hervorzuheben: Zum ersten Male seit dem 20. September 1870, seit der Besetzung Roms durch die Piemontesen, ist das Haupt eines katholischen Staates vom Papste empfangen worden! Die Reihe ist eröffnet, nach Friedensschluß wird als zweiter der König der Belgier erwartet. Der vatikanische Protest gegen die Okkupation Roms darf tatsächlich als durchbrochen gelten, wenn auch der „Osservatore Romano" noch gegen eine derartige Auffassung formell Verwahrung einlegt. Das päpstliche Rom muß sich entschließen, den tief eingreifenden Umwälzungen der Gegenwart Rechnung zu tragen; schon beginnt es damit, ihnen Konzessionen zu machen!

Wegen der Angst des doktrinären Sidney Sonnino, der Vatikan könne die leidige Römische Frage aufwerfen — deren Lösung sich der italienische Patriot auf dem Heiligen Stuhle in Wahrheit wesentlich anders und unsagbar bescheidener denkt, als einst der entthronte Pius IX. und sein großer Nachfolger Leo XIII. —, hat die Entente einerseits kraft des von Sonnino ihr aufgezwungenen Artikels 15 des Londoner Geheimabkommens ebenso der italienischen Regierung Zugeständnisse gemacht, wie sie andererseits bei Aufstellung der Friedensbedingungen in erster Linie die Absichten und Wünsche der Franzosen und ihres leitenden Staatsmannes, George Clemenceau, verwirklichen zu müssen gemeint hat. Auf diese Weise ist, abgesehen von allem anderen, ein ganz unmögliches Friedensinstrument ausgearbeitet worden, das bei längerer Betrachtung selbst

Digitized by Google

einzelnen der alliierten Mächte und ihren Vertretern bedenklich zu werden begonnen hat.

Soll der Völkerbund ein ähnliches Schicksal haben? Jedenfalls wäre er dann von vornherein baldigem Untergange geweiht. Ein Hauch christlicher Duldung, innerlicher Versöhnung und wahrer Nächstenliebe muß ihn durchwehen! Für ihn, für seinen Inhalt, wenn er wirklich — im Gegensatz zu dem Ententegebilde unter diesem Namen — seinen hehren Zweck erfüllen soll, könnte als Motto gelten der Ausspruch des seitdem als echten Friedensfürsten, als Heroldes des versöhnenden Christentumgedankens im haßerfüllten Nationalitätenkampfe bewährten Papstes Benedikt XV. aus seiner ersten „Apostolischen Mahnung an die kriegführenden Völker und ihre Oberhäupter" vom 28. Juli 1915:

„Das Gleichgewicht der Welt und der gedeihliche und gesicherte Friede der Nationen beruhen viel mehr auf gegenseitigem Wohlwollen und auf der Achtung vor fremdem Recht und fremder Würde, als auf Massenheeren und gewaltigen Festungsgürteln!"

Von den Soldatenräten

Persönliche Erinnerungen von Oberst Ernst Reinhardt

Wir sind in Württemberg gegenwärtig daran, eine Errungenschaft der Revolution, die „Soldatenräte", umzuleiten in die sogenannten „Vertrauensleute", wie wir sie unmittelbar nach dem 9. November 1918 auf Verfügung der Obersten Heeresleitung im Feldheer eingeführt hatten. Während diese Vertrauensleute oder Vertrauensräte einen bestimmt abgegrenzten Wirkungskreis und bestimmt festgesetzte Befugnisse hatten, sind die „Soldatenräte" bei uns in Württemberg eine mehr militärpolitische Einrichtung geworden, mit sehr ausgedehnten Vollmachten und Befugnissen.

Durch den sogenannten „Reinhardt-Erlaß" des preußischen Kriegsministers vom 19. Januar 1919 wurden die Befugnisse der von den Soldaten gewählten Vertreter ihrer Interessen genau festgesetzt und ihre Stellung in dem Gefüge der militärischen Einrichtungen klargelegt. In Preußen hörte daher auch allmählich die Herrschaft der Soldatenräte auf. Anders bei uns in Württemberg, wo durch Beschluß der Soldatenräte vom 14. Dezember 1918, durch die Regierung bestätigt und sanktioniert, wesentlich erweitert, aber keineswegs fest und eng umgrenzt, die Stellung der Soldatenräte bestimmt wurde. Jetzt, wo das alte Heer aufgelöst und die neue Reichswehr im Werden ist, wird auch bei uns die Umleitung in die Vertrauensmännereinrichtung der Reichswehr vor sich gehen müssen.

Es ist so viel über die Soldatenräte bei uns geurteilt, verurteilt, geschimpft und räsoniert worden, daß ich mich berechtigt glaube, ein Scherflein zu einem sachlichen Urteil beitragen zu dürfen. Ich habe die Revolutions-

Digitized by Google

anfänge nicht in der Heimat, sondern an der Front erlebt, kann also über diese Zeit in der Heimat nicht Selbsterlebtes berichten.

Mein erstes Zusammentreffen mit einem Soldatenrat geschah auf dem Rückmarsch in Boppard a. Rh., Ende November 1918.

Als ich in Boppard einrückte — es war an einem der letzten Novembertage —, kam mir der quartiermachende Offizier entgegen und meldete mir, der Soldatenrat habe angeordnet, daß die Mannschaften zum Teil in Massenquartieren untergebracht werden. Und sie hatten sich alle auf die Betten in dem sauberen Rheinstädtchen gefreut! Ich ging sofort zu dem Soldatenrat hin. Er hatte sein Geschäftszimmer in einem Wirtschaftslokal, äußerlich kenntlich durch die Aufschrift „Quartieramt des Soldatenrats" oder ähnlich; genau weiß ich es nicht mehr. Ich fragte zunächst: „Ist hier der Soldatenrat?" — „Jawohl!" antwortete mir ein jugendliches Milchgesicht von einem Gefreiten. „Wo ist der Vertreter der Gemeindebehörde?" fragte ich. „Die Einquartierung ist dem Soldatenrat von der Stadt übertragen worden!" — „Sind Sie entlassen?" fragte ich den Gefreiten. „Jawohl", war die Antwort. Ich forderte ihn auf, mir seine Entlassungspapiere zu zeigen, das konnte er nicht, er hatte keine. Ich fragte ihn weiter nach seinem Ausweis, auch den hatte er nicht. Er berief sich auf den Garnisonältesten, einen Hauptmann X, der aber dienstlich nach Koblenz gereist sei. Im weiteren Verlauf stellte es sich heraus, daß er eigentlich Schreiber bei einem Reservelazarett gewesen war und als solcher als Gefreiter die Uniform des Regiments 68 trug. Außer ihm saß noch ein Landsturmunteroffizier da, der sich ebenfalls in keiner Weise ausweisen konnte. Außer diesen beiden war noch ein als Entlassener (keine Regimentsnummer und keine Gradabzeichen) gekennzeichneter Herr da, der sich als Bopparder Bürger vorstellte. Er habe sich für den Zweck der Einquartierung zur Verfügung gestellt. Die städtische Behörde wäre der Aufgabe in keiner Weise gewachsen gewesen, deshalb habe der Soldatenrat die Sache in die Hand genommen, und die bisher durchgekommenen Truppen seien ganz damit zufrieden gewesen. Na ja, mich interessierte eben auch die Art der Geschäftsführung des Soldatenrats.

Ich stellte daher fest, weshalb die Mannschaften in Massenquartiere sollen. „Wegen der Verlausungsgefahr" war die Antwort. „Aber wer hat das befohlen?" — „Das Stellvertretende Generalkommando in Koblenz!" — „Zeigen Sie mir die Verfügung!" — „Sie stand in der Zeitung, ich habe sie nicht da, auch die Zeitung habe ich nicht da." Nun ja, das war ein ganz verständiger Grund, den ich gelten ließ. Als ich aber erklärte, ich werde alles tun, daß die Leute in die Massenquartiere gehen, wenn es ihnen auch schwer falle, da sagte der Soldatenrat: „Ja, wenn die Bopparder Bürger die Leute aufnehmen, dann wollten sie nichts davon wissen." Also, das wollten sie denn doch nicht auf sich nehmen, daß die Soldaten tatsächlich in den Massenquartieren auf Stroh schliefen, sonst hätten sie es ja als Soldatenräte mit den Soldaten und mit den Bürgern verscherzt. Strenge Objektivität im

Digitized by Google

Interesse der Gesamtheit ist mit der Einrichtung der Soldatenräte nicht vereinbar gewesen. Und so wurden denn meine Leute im stillen Einverständnis mit den allgewaltigen Soldatenräten, die wegen der tatsächlich ernstlich vorhandenen Verlausungsgefahr die Unterbringung in Massenquartieren angeordnet hatten, von den Bopparder Bürgern in ihre Häuser aufgenommen; die Betten wurden verlaust, die eingerichteten Massenquartiere blieben leer. Für mich war dieses erste Zusammentreffen mit wirklichen Soldatenräten insofern lehrreich, als es mir ein Beweis dafür ist, daß diese Einrichtung niemals in der Lage sein wird, Notwendigkeiten, die im Interesse der Gesamtheit liegen und den einzelnen betroffenen Teilen unangenehm und schmerzlich sind, streng und schroff durchzuführen. Dazu mangelt ihnen die Objektivität des Urteils und die selbstlose bzw. selbstverständliche Rücksichtslosigkeit des militärischen Vorgesetzten da, wo sie im Gesamtinteresse notwendig ist.

Die Stimmung in den drei Regimentern meiner Brigade über das Wesen der „Vertrauensmänner" war ganz verschieden, auch innerhalb der Regimenter. Bezeichnend ist, daß es in mehreren Kompagnien unmöglich war, Vertrauensmänner aufzustellen, weil die Mannschaften der Kompagnien ihren Führern erklärten, sie sähen nicht ein, zu was sie noch Vertrauensleute brauchen, ihr Kompagnieführer habe doch immer gut für sie gesorgt und werde auch weiter gut für sie sorgen. Bei anderen Kompagnien waren nach wenigen Tagen keine Leute mehr zu finden, die das undankbare Amt übernehmen wollten, weil die Kameraden wegen jeder Kleinigkeit zu ihnen kamen und wegen der unglaublichsten Dinge sich beschwerten, die eben nun einmal nicht zu ändern waren. Wirkliche schwere Übelstände wurden jedenfalls durch die Einrichtung nicht beseitigt; das war aber auch gar nicht möglich und nicht nötig, weil es diese schweren Übelstände nicht gab. Wohl aber bot sich Gelegenheit für die Führer, durch die Vertrauensmänner auf die Mannschaften einzuwirken, und für die Mannschaften, bei den Führern ihre Wünsche, auch wenn sie das berechtigte und vernünftige Maß überschritten, zur Sprache zu bringen. So blieb auch in den schweren Wochen des Rückmarsches, der unter stetem seelischen Druck auf uns Führer und unsere Truppe sich glatt vollzog, das gegenseitige Verhältnis frei von tiefgreifenden Erschütterungen und im allgemeinen ungetrübt.

Eigenartig war der Einfluß des Vertretertages der Soldatenräte am 2. und 3. Dezember 1918 in Ems auf unsere während dieser Tage in dieser Stadt und Umgebung untergebrachten Leute. Während bis dahin die Haltung und das Benehmen unserer Truppe noch als gut bezeichnet werden konnte, wandelte sich es von diesem Tage an. Die Leute fingen an, uns Offiziere nicht mehr zu grüßen, sie begannen in ihrem Auftreten und in ihren Forderungen das Maß von Achtung vor den Vorgesetzten zu verlieren, das zu einem gesunden und richtigen persönlichen Dienstverhältnis unbedingt nötig ist. Es mehrten sich die Klagen der Offiziere und der vernünftigen Elemente. Die Division hatte einen Offizier als Vertrauensmann eingesetzt, auch die Regi-

Digitized by Google

menter hatten solche Offiziere als Bindeglied zwischen Kommandeur und Soldaten teilweise eingerichtet. Mit ähnlichen Aufgaben, wie sie die Aufklärungsoffiziere und späterhin die Unterrichtsoffiziere hatten. Sie traten wenig in die Erscheinung. Um so mehr gewannen die Vertrauensleute an Bedeutung; aber das Gebiet und der Erfolg ihrer Tätigkeit war sehr verschieden, je nach der Auffassung des Regimentskommandeurs über die ganze Einrichtung.

Der eine Kommandeur konnte sich mit der ganzen neuen Einrichtung nicht zurechtfinden. Er hatte seit Jahren für sein Regiment gesorgt als verantwortlicher Ältester und konnte es nicht über sich gewinnen, den von unten, oft in nicht gerade schöner Weise, an ihn herantretenden Forderungen der Neuzeit gerecht zu werden.

Der zweite Kommandeur hoffte und glaubte, durch seinen persönlichen Einfluß, durch Besprechung und Belehrung seine braven Soldaten für die Richtigkeit seiner Ansicht zu gewinnen und sie davon zu überzeugen. Viele, im alten Vertrauen zu ihrem Kommandeur, gewann er auf seine Weise, äußerlich stand alles tadellos, Ordnung und Manneszucht schienen auf fester Grundlage. Die erste Enttäuschung erlebte er, als der von ihm vorgeschlagene, von den Vertrauensleuten der Division gewählte Vertreter, ein Unteroffizier seines Regiments, von der Emser Versammlung zum Regiment zurückkam. Dieser war wie umgewandelt; er hatte die Soldatenratsideen dieser Versammlung mit ihren extremen Forderungen in sich aufgenommen; sie aber geistig zu verarbeiten, hatte er sich nicht fähig erwiesen.

Der dritte Kommandeur in der Brigade verstand es sehr gut mit seinen Vertrauensleuten. Er besprach mit ihnen alle Angelegenheiten, betrachtete sie als seine Berater, trat für sie, ihre Wünsche und ihre Interessen ein. So erwuchs ein gutes, persönliches Verhältnis, das bis zuletzt auch tadellos vorhielt und sich bewährte.

Von bedeutendem Einfluß auf die Mannschaften war die Unsicherheit der Lage, der Mangel an Nachrichten aus der Heimat sowie das Benehmen und Verhalten der allerorten sich mehrenden entlassenen Soldaten, die nicht immer das waren, was man gute Soldaten nennt, sondern vielfach recht zweifelhafte Elemente und Persönlichkeiten, die einen direkt zersetzenden und verhetzenden Einfluß auf unsere Leute ausübten, so daß die Stellung für uns Offiziere immer schwieriger wurde.

Solange wir in dem Gebiet untergebracht waren, das später vom Feinde besetzt wurde, ging's ganz gut. Als wir aber in die Gegend von Nauheim und Friedberg kamen, gab's Soldatenräte in den Städten, die tüchtig an der Arbeit waren. Ich selbst war mit meinem Stabe, ebenso wie die Regimenter, meistens in kleineren Ortschaften untergebracht, so daß die Einrichtung nicht sehr störend in die Erscheinung trat.

Um 12. Dezember sammelte ich in Windecken einen Transport nach Ulm von 30 Offizieren und 2200 Mann entlassener Soldaten, mit denen ich am 14. Dezember in Ulm ankam.

Digitized by Google

In Ulm, so hieß es, herrschen unglaubliche Zustände. Ich begab mich daher am nächsten Morgen nach der Kaserne. Dort traf ich den Major N., der mir berichtete, daß der Soldatenrat des Ersatzbataillons die Mannschaften des Regiments, das schon am 12. Dezember in Ulm eingetroffen war, bearbeitet habe, so daß Wahlen der Offiziere vorgenommen worden seien, der Regimentskommandeur Major S. sei abgesetzt und in Urlaub abgereist. Das waren wenig erfreuliche Nachrichten. Und dabei sei das Regiment in tadelloser Ordnung und musterhafter Haltung und Verfassung in Ulm eingerückt. Was war da vorgefallen?! Schon auf der Eisenbahnfahrt gab es in Hanau und Frankfurt a. M. Reibungen mit den dortigen Soldatenräten, und beim Empfang in der Kaserne gab es einen unliebsamen Zwischenfall. Der Kommandeur des Ersatzbataillons sollte das Feldregiment festlich mit einer Ansprache empfangen. Aber dieser Kommandeur war nicht zur Stelle. An seiner Statt war der Soldatenrat des Ersatzbataillons zur Stelle und wollte das Regiment begrüßen. Der Regimentskommandeur wollte seinerseits eine Ansprache an sein Regiment halten und empfand das Heranschaffen eines Podiums für den Soldatenrat als eine Brüskierung. Er ließ daher vor diesem das Regiment zum offenen Viereck einschwenken. Nun fühlte sich der Soldatenrat zurückgesetzt und begann schon nachmittags ganz entschieden gegen den Regimentskommandeur und einige Offiziere Stimmung zu machen und die Mannschaften über die Revolution und die Verhältnisse in der Heimat „aufzuklären".

Ich begab mich zu dem Soldatenrat des Ersatzbataillons des Infanterieregiments 120 und ließ mich von dessen Mitgliedern über die neuesten Bestimmungen für die Soldatenräte Württembergs, das am 14. Dezember in Stuttgart von der Landesversammlung der Soldatenräte erlassene und von der Regierung genehmigte sogenannte „Organisationsstatut" aufklären. Das war allerdings im Verhältnis zu dem, was wir bisher gekannt hatten, eine Ungeheuerlichkeit, es war die Herrschaft der Soldaten und ihrer Soldatenräte oder, richtiger gesagt, die Herrschaft der Soldatenräte und der von ihnen „aufgeklärten" Soldaten. Das neueste war die Wahl der Führer durch die Militärpersonen des betreffenden Truppenteils. Meistens wurden ja Offiziere gewählt. Ich vertrat damals die Ansicht und stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß diese Wahleinrichtung viele von den Offizieren derart reizte und aufregte, daß sie ihre kaltblütige Ruhe den Soldatenräten gegenüber nicht bewahren konnten. Die Einrichtung ist ja keineswegs eine neue Idee. Sie spukt seit den Befreiungskriegen fast in allen Ländern, wir begegnen der Führerwahl teilweise bei der Landwehr in den Befreiungskriegen, dann bei den Polen 1831, bei den Amerikanern im Sezessionskrieg 1863—1865, und in den Köpfen deutscher Demokraten und in ihren Programmen während des ganzen 19. Jahrhunderts. Aber nirgends hat sie sich bewährt, sie ist eine Begleiterscheinung der Revolutionen und der freiheitsschwärmerischen Demokratie. Was uns aber vor allem fehlte, das war die Fähigkeit, für die Wahl der bewährten Offiziere

Digitized by Google

Stimmung zu machen, mit einem Worte zu „agitieren". Dies war aber die Hauptforce der Revolutionäre, aus denen sich die Soldatenräte der Ersatzbataillone zusammensetzten. Hätten wir für unsere Offiziere ebenso eifrig und rücksichtslos agitiert, wie die Männer der sozialistischen Revolution für ihre Leute oder zunächst wenigstens gegen die wirklichen Kommandeure, so wäre der Zusammenbruch der Manneszucht in den Regimentern nicht so rasch erfolgt. Aber wir Offiziere waren politisch und vor allem agitatorisch ungewandt und ungeschult, die Mehrzahl unserer Kameraden zog sich zurück von diesem unschönen Kampfgetriebe und gab auch häufig ihrem Unmut unklug und unverhohlen Ausdruck. So kam es, daß der Einfluß der Soldatenräte und damit auch ihre Macht immer mehr wuchs und zunahm. — Nachdem ich mir also beim Soldatenrat des Ersatzbataillons 120 die neuen Bestimmungen hatte erklären lassen, stellte ich dem Führer des Infanterieregiments 120, N., anheim, die Offizierswahlen in der vorgeschriebenen Weise vornehmen zu lassen, um einmal festzustellen, zu welchem Ergebnis diese Wahlen führen würden. Inzwischen waren am 14. nachmittags durch die Revolutionssoldatenräte des Ersatzbataillons 120, worunter auch ein Matrose war, die Angehörigen des aktiven Regiments „aufgeklärt", d. h. gegen ihre Offiziere bzw. gegen bestimmte Persönlichkeiten des Regiments verhetzt worden. Das Ergebnis zeigte sich bei der Wahl. Der Regimentskommandeur wurde nicht gewählt, an seiner Stelle ein Major, ebenso wurden Bataillonskommandeure und Kompagnieführer nicht, Leutnants zu Bataillonskommandeuren gewählt. Also der helle Blödsinn. Dabei war das Wahlverfahren keineswegs genau festgelegt, auch wurden die Wahlen großenteils angefochten. Also beim Regiment 120 stimmte die Sache tatsächlich nicht ganz.

Ich war vom Divisionskommandeur vorausgeschickt worden mit dem ersten Transportzug, um mich über die Verhältnisse in Ulm und überhaupt in Württemberg zu orientieren. Ich begab mich daher am Montag den 16. zum „Kontingent". Dort herrschte der Kommandeur der stellvertretenden 53. Infanteriebrigade mit dem Garnisonrat. Die Verhältnisse schienen mir auch dort nicht ganz geklärt, vor allem war das Verhältnis der immobilen Heimatdienststellen und Truppenteile zu den mobilen Feldtruppenteilen keineswegs ganz klar. Es fehlte die einheitliche Leitung. Der zweite Vorsitzende des Garnisonrats — der erste war in Berlin abwesend — orientierte mich über die Bestimmungen für die Soldatenräte noch einmal; ich wies dabei auf die Schwächen und die Mängel derselben hin, er bedauerte sie und sah sie auch ein, erklärte mir auch freimütig, es sei eben kein älterer Offizier bei den Beratungen in Stuttgart dabei gewesen. Im übrigen war mit dem Herrn ganz leidlich zu verkehren, er ist im Zivilberuf Hoteldirektor und hatte die Tätigkeit seinerzeit nur aus Pflichtgefühl gegen die Allgemeinheit angenommen, um nicht den radikalen Elementen alles überlassen zu müssen. Ich begab mich im Laufe des Tages dann noch zum Ersatzbataillon Grenadierregiment 123 und fragte dessen Kommandeur, wie es mit den Soldatenräten gehe und ob die Demobilmachung

Digitized by Google

des Grenadierregiments 123 richtig vorbereitet sei. Er antwortete mir, daß alles tadellos vorbereitet sei und er mit den Soldatenräten sehr gut arbeite. Dasselbe bestätigte mir auch dieser Soldatenrat. Na, ich kannte den Kommandeur des Ersatzbataillons und wußte, daß „mit ihm gut zu arbeiten ist". Bei den Pionieren wehte auf dem Turm der Kaserne die rote Fahne. Als das Feldbataillon einrückte, kam es zu unliebsamen Auftritten, als deren Folge bei der Offizierswahl die Wahlergebnisse entsprechend waren. Man konnte es keinem Feldtruppenteil übelnehmen, daß er diese rote Fahne haßte. Am 17. fuhr ich nach Stuttgart-Ludwigsburg und sprach am 18. beim Generalkommando und Kriegsministerium vor. Ich wollte mich erkundigen wegen der Bestimmungen über Soldatenräte und über die Demobilmachung. Beim Kriegsministerium sprach ich auch den „Leiter des Kriegswesens" über die Offizierswahl und wies ihn auf das Unhaltbare dieser Bestimmungen hin. Kaltlächelnd behauptete er, es könnten doch auch Unteroffiziere Regimenter, Bataillone und Kompagnien führen. Der Mann hatte ja keine Ahnung von derartigen militärischen Dingen! Er meinte unter anderem, die abgesetzten Offiziere würden jedenfalls ganz froh sein, von den Strapazen des Krieges ausruhen zu können, wenn sie nicht gewählt würden. Ich erwiderte: „Keineswegs! Wir wollen mitarbeiten am Wiederaufbau der Heerwesens." Na ja, das war also der Vertreter des Soldatenstandes, der „Leiter des Kriegswesens", er war der Mann der Revolution und der Soldatenräte. Am 17. und 18. waren die Regimenter 123 und 124 in Ulm bzw. Weingarten eingerückt. Auch da waren nach zwei Tagen die Regimentskommandeure und eine Anzahl weiterer Offiziere nicht mehr gewählt, die Regimenter ihrer Häupter beraubt und dadurch einer systematischen Disziplinlosigkeit die Bahn freigemacht. Ich konnte es als Brigadekommandeur nicht hindern. Am 20. kam der Divisionskommandeur nach Ulm. Mit dem Garnisonratsvorsitzenden hatte ich besprochen, daß er sich möglichst bald dem Divisionskommandeur vorstellen sollte. Diese Vorstellung mit gegenseitiger Versicherung des gemeinsamen Arbeitens zum Wohle des Ganzen hatte ich so arrangiert, um dem Herrn 3. die Möglichkeit zu bieten, jeder radikalen Bestrebung gegen den aktiven Divisionskommandeur innerhalb des Garnisonrats sofort die Spitze abzubrechen. Das gelang auch ganz gut. Am 23. Dezember gab ich das Kommando der 53. Infanteriebrigade ab und fuhr nach Hause. Damit war für mich der erste Abschnitt meiner heimatlichen Tätigkeit mit Soldatenräten zu Ende.

*

Die Weihnachtsfeiertage gingen vorüber. Das aktive Heer litt unter der Herrschaft der Soldatenräte und kam immer mehr unter sie. Und ich war als Oberst von der Armee zum Nichtstun und Abwarten verdammt und mußte Zeuge des Verfalles sein, ohne irgendwie helfend eingreifen zu können. Das hielt ich auf die Dauer nicht aus. Ich ging daher am 30. Dezember nach Stuttgart zum Generalkommando und bat um ein Truppenkommando, um ein Regiment. Man beschied mich dahin, daß kein Regiment frei sei; aber ich

Digitized by Google

wurde gebeten, doch die Kommandantur von Stuttgart zu übernehmen. Diese Stelle sei frei, da Oberst St. vom Soldatenrat, als nicht mehr erwünscht, abgelehnt worden und infolgedessen von der Stelle enthoben werde. Ich bat mir Bedenkzeit aus, denn das war gewiß nicht das, was ich erstrebte und weshalb ich gekommen war. Ich wurde zu General v. Str. befohlen, auch dieser bat mich dringend, die Stelle zu übernehmen, ich sei der geeignete Mann dazu und sie hätten keinen andern.

So sagte ich denn nach kurzem Besinnen zu, unter der Voraussetzung, daß der Soldatenrat damit einverstanden sei. Dieses Einverständnis sollte telephonisch von dem Vertreter der Soldatenräte Württembergs beim Generalkommando eingeholt werden. Das genügte mir aber keineswegs. Ich wollte erst persönlich mit den leitenden Persönlichkeiten des Garnisonrates Rücksprache nehmen, weil mir das als Vorbedingung eines ersprießlichen Zusammenarbeitens erschien. Ich begab mich daher zum Garnisonrat und traf dort im Gebäude des Landtages den Vorsitzenden des Garnisonratsausschusses, Herrn B. Ich besprach mich kurz mit Herrn B., d. h. ich erklärte ihm, daß ich vom Generalkommando als Nachfolger von Oberst St. bestimmt sei, und fragte ihn, wie das Verhältnis von Soldatenrat zu Kommandant sei nach seiner Ansicht. Nach meiner Auffassung müsse der Kommandant zu allen seinen dienstlichen schriftlichen Anordnungen und Befehlen die Gegenzeichnung des Soldatenrates haben. Mir liege sehr daran, mit dem Garnisonrat gut zusammenzuarbeiten, aber der Garnisonrat sei dem Kommandanten nicht übergeordnet, sondern gleichgeordnet. Herr B., der auf mich keinen ungünstigen Eindruck machte, sagte mir, die Erklärungen, die ich ihm abgegeben habe, genügen ihm, ich sei ihm zwar bisher nicht persönlich bekannt gewesen, aber daß ich persönlich zu ihm gekommen sei und, was er über mich als Kommandeur im Felde wisse, genüge ihm völlig, er sei also mit meiner Bestimmung einverstanden. Mit diesem Bescheid ging ich wieder zum Generalkommando, um dort mein Jawort abzugeben. Um mich noch über einiges zu orientieren, besprach ich dann die Angelegenheit endgültig dahin, daß ich am 3. Januar mein neues Amt antreten solle und bis dahin den schriftlichen Befehl, an dem mir viel lag, erhalten werde. Ich ging noch zur Abteilung IIa wegen dieser Frage, wo mir die Erledigung bis 2. Januar versprochen wurde. An der schriftlichen Ausfertigung war mir deshalb gelegen, weil nur der schriftliche Befehl mir die offizielle Gültigkeit verbürgte, so, wie eben die Verhältnisse bei uns in Württemberg mit den Soldatenräten lagen. So zog ich wieder heim und als Aspirant für den Kommandantenposten von Stuttgart in das neue Jahr hinüber.

Am 2. Januar nachmittags erhielt ich endlich ein Telegramm von IIa Generalkommando, daß ich als Nachfolger von Oberst St. bestimmt sei und meine Tätigkeit sofort antreten solle. Schriftlich bekam ich die Verfügung erst später. Es ist eine Erscheinung der „neuen Zeit", daß alle Verfügungen, die der Gegenzeichnung eines „Soldatenratsdelegierten" bedürfen, viel länger brauchen, als früher, und als es gut und nötig ist; denn der

Digitized by Google

ordnungsmäßige Betrieb leidet naturgemäß sehr unter solchen Verschleppungen. Dieser Schaden zieht durch die ganze Einrichtung dieses Revolutionsgeschenkes, das ja einen gesunden Kern seinerzeit gehabt haben mag, aber in dieser Beziehung, wie so vieles, wertlos zu nennen ist: Macht ohne innere Berechtigung, moralisch unberechtigt, in vielen Dingen technisch ohne Erfahrung und hemmend.

Am 3. Januar fuhr ich nach Stuttgart. Nachmittags war im Landesgewerbemuseum eine Besprechung über Demobilmachung mit den Regimentskommandeuren durch den Chef des Generalstabes, im Beisein des „Leiters des Kriegswesens", Herrn F. (alias Kriegsminister), dessen Stellvertreters (Generalleutnant v. H.) und einiger Soldatenräte, d. h. Landesausschußmitgliedern. Auch hierbei zeigte sich der Einfluß der Soldatenräte bei den Truppen, der als keineswegs günstig für den Dienstbetrieb geschildert wurde. Nach dieser Sitzung ging ich in das Ständehaus zum Garnisonratsausschuß, um mich den Mitgliedern vorzustellen. Der Garnisonratsausschuß hatte dort ein Zimmer. Ich besprach mich mit einigen Mitgliedern über meine Stellung, und auch darüber, ob ich erst gewählt werden müsse und ob das erforderliche Einverständnis des Landesausschusses eingeholt sei. Letzteres war nicht der Fall. Ich ging daher zum Landesausschuß, der nebenan im Saal seine Sitzungen abhielt, hinüber und gab ihm etwa folgende Erklärung ab: „Ich habe als aktiver Brigadekommandeur meine 53. Infanteriebrigade, die ich vor dem Feinde geführt habe, zurückgeführt und in Ulm demobil gemacht. Am 23. Dezember habe ich das Kommando der Brigade abgegeben, da ich als Oberst von der Armee bestimmt wurde. Am 30. Dezember habe ich beim Generalkommando um ein Regiment gebeten, weil ich als Soldat mitarbeiten will, wo und was ich kann. Ich wurde zum Kommandanten von Stuttgart bestimmt. Ich habe das Amt angenommen. Ich erkläre hiermit, daß ich meine Pflicht nach bestem Gewissen erfüllen werde, ich stelle Ihnen meine ganze Kraft, wenn es sein muß, mein Leben, für diese Aufgabe zur Verfügung." Diese Erklärung wurde mit Beifall auf- und entgegengenommen. Ich kehrte zum Garnisonrat zurück. Im Laufe der Unterhaltung stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß ich von dem gesamten Soldatenrat, d. h. den gewählten Delegierten aller Soldaten Stuttgarts, gewählt werden sollte; da dies in den Bestimmungen verlangt wurde, bestand ich darauf, weil ich mein Amt nur gestützt auf das Vertrauen der Soldaten glaubte durchführen zu können. Außerdem sollten nach einem Antrag des Garnisonratsausschusses noch zwei andere Offiziere zur Auswahl vorgeschlagen werden. Ich begab mich daher zum Generalkommando und brachte dies dort zur Sprache. Es wurden noch zwei andere Herren vorgesehen und meine Wahl auf den 7. Januar festgesetzt. Ich hatte mit dem Garnisonratsausschuß verabredet und das Einverständnis des Generalkommandos erhalten, daß ich solange wieder nach Ludwigsburg gehe, und fuhr auch abends heim.

Am 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, fand die Sitzung des gesamten Garnison-

Digitized by Google

rates — Vollsitzung — im Schwurgerichtssaal des Justizgebäudes statt. Ich erschien pünktlich zur angesetzten Stunde.

Ich muß noch etwas nachholen: Am 3. Januar hatte ich auch zur Sprache gebracht, ob ich als Kommandant die Waffe tragen solle und dürfe. Die Frage wurde bejaht und ich legte meinen Säbel an. Als ich aber dann in Ludwigsburg von Stuttgart auf dem Bahnhof ankam, trat mir ein „Soldat" entgegen mit den Worten: „Herr Oberstleutnant, Sie müssen ihren Säbel abgeben!" — „Fällt mir nicht ein! Wer hat das befohlen?" war meine Antwort. „Ja, es ist uns heute befohlen worden, allen Militärpersonen die Waffen abzunehmen," antwortete mein früherer 248er, als den er sich gleichzeitig zu erkennen gab. Ich verlangte, zum Wachhabenden geführt zu werden, was auch geschah. Als dieser dann geholt war, fragte ich ihn, wer das befohlen habe. Er gab mir zur Antwort, es sei von der Sicherheitskompagnie befohlen, schriftlichen Befehl darüber habe er nicht. Ich erklärte ihm, ich gebe meinen Säbel nicht her, sie sollen ihn mir wegnehmen, wenn sie wollen, abgeben tue ich ihn aber nicht. Er solle mich festnehmen lassen, wenn er wolle, aber meinen Säbel, gebe ich nicht ab! Er solle dies seiner Kompagnie melden. Er kam nun doch in Verlegenheit und sagte etwa: „Ja, das ist ein eigener Fall! Was soll ich da machen?" — „Das ist Ihre Sache," sagte ich, „ich gehe jetzt heim!" und ging unbehelligt nach Hause. Ich ging sofort aufs Garnisonkommando, um mich darüber zu beschweren, daß ich nichts davon erfahren habe, daß man nicht mehr Waffen tragen dürfe. Es war auch der „Garnisonälteste", d. h. Garnisonratsvorsitzende R. anwesend. Dieser bewies mir, daß eine Verfügung des Kriegsministeriums vom 18. Dezember 1918 das Tragen von Seitenwaffen und Leibriemen für Militärpersonen verbot. Ich machte dem Herrn „Garnisonrat" klar, daß es seine Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß ich als Oberst von der Armee mit dem dienstlichen Wohnsitz in Ludwigsburg alle Befehle und Verfügungen erfahre. Gerade in solchen Dingen fehlte naturgemäß den Soldatenräten jede Erfahrung und Routine, es war daher ganz zweckmäßig, dem Herrn R., der sich im allgemeinen als militärischer Diktator von Ludwigsburg betrachtete, zu beweisen, daß er seiner Aufgabe als Garnisonältester eben doch nicht ganz gewachsen sei.

Nun kurz zu meiner Wahl zurück. Es waren etwa 120—130 Soldatenräte versammelt, gewählte Unteroffiziere und Soldaten der verschiedenen politischen Schattierungen, in der Hauptsache wohl Sozialdemokraten. Herr B. eröffnete die Sitzung, als ersten Punkt der Tagesordnung die Wahl des Kommandanten. Es wurden wir drei zur Wahl gestellt. Zunächst entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion darüber, ob man überhaupt einen Kommandanten brauche, und dann, ob das durchaus ein Offizier sein müsse, es könne doch auch einer aus der Versammlung Kommandant werden. Dann wurde auch die Einwendung gemacht, daß den anderen Offizieren keine Gelegenheit gegeben worden sei, bei dem Wahlakt anwesend zu sein, daß sie keine Einladung erhalten hätten, daß das Generalkommando nicht rechtzeitig Mitteilung

Digitized by Google

gemacht habe und sonstige Einwendungen; ich gewann den Eindruck, die ganze Wahl ging den extremen Elementen, und deren gab es nicht wenige, etwas in die Quere, sie wollten Schwierigkeiten machen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde durch Abstimmung schließlich die Frage auf meine Wahl konzentriert. Ich mußte noch verschiedene Fragen beantworten, so u. a. wie ich mich zu der Frage stelle, daß die Soldaten demonstrieren, überhaupt zu Demonstrationen, und wie ich mich dazu stelle, daß die Arbeiter ihre Forderungen schließlich durch Demonstrationen und eventuell gewaltsam erzwingen. Ich antwortete, daß ich gegen Demonstrationen als Kommandant nichts einzuwenden habe, aber bei Anwendung von Gewalt bzw. bei gewaltsamen Ausschreitungen haben die Demonstranten die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ich ließ von vornherein darauf hinweisen, daß ich auf dem Wahlvorschlag als Kandidat der Bürgerpartei für die Landesversammlung stehe. Das Ausschußmitglied Bi., der später Garnisonratsvorsitzender wurde, machte hierauf auch besonders aufmerksam. Ich hatte wörtlich gesagt: „Prüfen Sie Ihr Herz, ob Sie mich trotzdem wählen wollen. Denn nur wenn ich Ihr Vertrauen genieße, ist eine ersprießliche Arbeit als Kommandant möglich!" Trotzdem schritt man nach mehrfachem Hin- und Herreden zur Wahl. Ich wurde mit 80 von 119 Stimmen gewählt, also von der überwiegenden Mehrheit. Ich nahm die Wahl an und versprach, meine ganze Kraft einzusetzen im Interesse des Ganzen.

Um 3 Uhr hatte die Wahlsitzung begonnen, um 6 Uhr ging ich weg; die Sitzung war noch nicht zu Ende. Ich begab mich zunächst zum Generalkommando, um dort das Wahlergebnis mitzuteilen. Da innere Unruhen in den nächsten Tagen zu befürchten waren, mußte ich als Kommandant über die Grenzen meiner Befugnisse Klarheit haben. Diese hoffte ich beim Generalkommando zu erlangen. Beim Generalkommando war die Sektion I. H. als Zentrale der Sicherheitskompagnien im Entstehen unter Führung von Leutnant d. L.-Kav. H., Mitglied des Landesausschusses der Soldatenräte. Diese Sektion unterstand bzw. arbeitete aufs engste zusammen mit der Abteilung für Demobilmachung, Hauptmann K. Wohl war Oberstleutnant Br. der eigentliche Leiter der Abteilung Ia und Oberstleutnant W. Chef des Stabes, wohl waren die Befugnisse des Kommandierenden Generals auf General v. St. übertragen worden, trotzdem wurde ich aber sehr bald gewahr, daß der Spiritus rector im Generalkommando für meine Angelegenheiten Hauptmann K. war; an ihn wurde ich gewiesen, wenn ich Zweifel behoben wissen wollte. Und bei allem stand als Hauptmachtfaktor „der Soldatenrat" im Hintergrunde, ein Kontrollorgan für alle und jede Verfügung der Behörden und dadurch ein Hemmnis rascher Erledigung und tatenfroher Verantwortungsfreudigkeit.

Mir war ein Vertreter des Garnisonrats beigegeben, der alle im Gouvernement bearbeiteten Befehle und Verfügungen gegenzeichnete. Mein Bestreben ging nun dahin, durch weitgehendste Heranziehung eines Soldatenratsmitgliedes zu allen meinen Amtshandlungen einerseits jedes Odium von

Digitized by Google

mir fernzuhalten und andererseits den Soldatenräten de facto meine Überlegenheit dadurch zu beweisen, daß ich streng korrekt, rein gar nichts ohne ein Soldatenratsmitglied unternahm. Es ergab sich daraus die Notwendigkeit, mir persönlich einen besonderen Delegierten beizugeben. Dies war schon bei meiner Wahl von mehreren Seiten beantragt worden, allerdings wohl auch mit der Nebenabsicht, mich dauernd kontrollieren zu können. Ich wollte dies auch deshalb, weil ich dadurch mehr Einfluß auf die Soldaten bekommen konnte, daß ich den Soldatenrat die persönlichen Verhandlungen miterleben und mittaten ließ. Der Garnisonratsausschuß tagte bekanntlich im Landtagsgebäude. Ich wollte die ganze Einrichtung und den Geschäftsbetrieb dort kennenlernen und begab mich daher anfangs jeden Tag mehrfach dorthin; meistens abends fanden die täglichen „Sitzungen" statt. Diese „Sitzungen" sind ein Hauptpunkt der Tätigkeit der Räte. Sitzungen, Beratungen, Diskussionen, damit ja jeder zu Worte kommt und nicht ein einzelner die Verantwortung für etwas tragen muß oder — sich anmaßt! Zweifellos hat es theoretisch und scheinbar etwas Gutes an sich, wenn eine Vielheit von Räten alles eingehend von allen Seiten beleuchtet und berät, aber wie bei jeder menschlichen Tätigkeit bleiben trotzdem Schwächen, etwas ganz Vollkommenes wird im Menschenleben nie erzeugt. Wenn nun aber viele Menschen an einem Gedanken herummachen, verliert er sicher sehr häufig an Originalität, Einheitlichkeit und Klarheit, und wenn jeder seine Zweifel zur Sprache bringt und diese berücksichtigt werden sollen, so entsteht vor lauter Zweifelbehebungen oft schließlich erst recht ein Gebilde zweifelhafter Art ohne klares festes Gepräge, das dann auch an Gemeinverständlichkeit sehr häufig einbüßt. Große Gedanken und klare Beschlüsse, Verordnungen und Befehle entstehen, besonders in militärischen Dingen, meist nur in einem klaren Kopfe; zu ihrer Redaktion braucht man Erfahrung und Übung. Dilettantismus und Mangel an Erfahrung geben aber der ganzen Einrichtung der Soldatenräte das Gepräge.

Interessant waren die kritischen Streik- und Unruhentage des 8., 9. und 10. Januar. Man sah sie kommen. Es war aber keinerlei Klarheit vorhanden, wer die Herrschaft in Stuttgart hatte. Kriegsministerium mit Staatsregierung, Landesausschuß der Soldatenräte, Generalkommando, dessen Abteilung I. H. (Sicherheitszentrale), Abteilung für Rechts- und Sicherheitsdienst des Garnisonrates, Garnisonrat, Gouvernement — das alles befahl oder — befahl nicht, aber sah eifersüchtig darauf, daß der andere etwa nicht etwas befahl. Am 7. abends trat ich meinen Dienst an, am 9. sollte der Streik mit Demonstrationen kommen.

Die Mitglieder des Garnisonratsausschusses machten auf mich vielfach den Eindruck von Menschen, die wirklich Gutes wollen, aber eben einfach nicht können, weil zum Können die Vorbedingung fehlt. Nebensächliches wurde beraten und beschlossen, und doch stand als wichtiges Ereignis der 9. Januar bevor. Ich fuhr noch spät abends im Auto zum Generalkommando mit Herrn Ko. zu Hauptmann Kr., um wegen der politischen Lage einiges zu besprechen.

Digitized by Google

Herr Ko., von Beruf Rechtsanwalt, war Delegierter des Garnisonrats und Leiter der Abteilung für Rechts- und Sicherheitsdienst. Interessant war es für mich, festzustellen, wie bei Hauptmann Kr. alle Fäden zusammenliefen und was dieser Mann tatsächlich arbeitete; er kam meist erst nachts nach Hause, in den nächsten Tagen überhaupt nicht.

Am 8. wurde mir als Garnisonratsmitglied ein Herr D., Kanonier F.-A. 13, von Beruf Malermeister aus Flensburg, für meine Person beigegeben. Der Tag wurde von mir dazu ausgenutzt, um die Verhältnisse in Stuttgart, insbesondere die Sicherheitsmaßnahmen, zu studieren. Ich kam zu der Überzeugung, daß die Sicherheit am besten gewahrt bleiben würde, wenn die erforderlichen Maßnahmen in einer Hand waren. Die Organisation der Vorbereitungen lag in der Hand des Leutnants H. und Hauptmanns Kr. Bei ihnen orientierte ich mich eingehend und — da ich doch erst einen Tag Kommandant war — ließ ich diesen beiden Herren nach reiflicher und ernster Überlegung die Leitung und Verantwortung und half nur mit, wo und wie ich konnte. Schweren Herzens!, denn ich erkannte bald, nachdem ich tiefer in das Wesen der Verhältnisse eingedrungen war, das Revolutionsmäßige, Willkürliche und Rücksichtslose im Verfahren. Aber in diesem Augenblick handelte es sich um die Abwehr einer zweiten Revolution. Von wesentlicher Bedeutung war das Verhalten der Soldaten der beiden Infanterieregimenter. In ihren Reihen war noch eine große Anzahl erprobter Feldsoldaten, die zu ihren Führern hielten, aber der „Rote Soldatenbund", der Spartakusbund und ihre Anhänger unter den Soldatenräten und Soldaten, hatte auch seine Wirkung nicht verfehlt. Eine große Unsicherheit herrschte überall, besonders bei der Regierung, in deren Reihen die beiden wichtigsten Minister, der Kriegsminister und der Minister des Innern, sich später als Mitglieder der U. S. P. entpuppten. Was war von diesen bei Aufrechterhaltung der Ordnung zu erwarten? Im Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte hatten ebenfalls die Unabhängigen und Spartakisten eine Bedeutung, auch bei den Soldatenratsdelegierten der Garnison waren die Persönlichkeiten und die Verhältnisse keineswegs geklärt und alle unbedingt einwandsfrei. Am wenigsten war dies bei den Soldatenräten der Regimenter der Fall. Auch die Sicherheitskompagnien waren nicht ganz sicher, dann waren sie auch noch nicht genügend fest organisiert. Der Hauptgesichtspunkt für die nächsten Tage war der der Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen. Es wurden daher rasch noch zwei weitere Sicherheitskompagnien unter Hauptmann Freiherr v. H. und unter Leutnant der Reserve W., erstere hauptsächlich Reserveoffiziere und Studenten, letztere ausschließlich Angehörige des Grenadierregiments, gebildet (8. Januar). Die Kompagnie v. H. wurde in der Bergkaserne, die Kompagnie W. im Reformgymnasium untergebracht. Außerdem bestand noch die Kompagnie F. in der Stöckachschule und die Matrosenkompagnie in der Großen Infanteriekaserne. Teile der Sicherheitskompagnien Isny, Ulm und Ludwigsburg sowie Gmünd waren von Leutnant H. ebenfalls herbeigerufen und trafen am 8./9. Januar

Digitized by Google

in Stuttgart ein. So waren die Vorbereitungen zweckmäßig getroffen, auch die Bewachungsmaßnahmen erschienen mir durchaus genügend. Ich gewann schon am 8. Januar den Eindruck, daß Leutnant H. der einzige war, der alle Fäden in der Hand hatte, da er, selbst Soldatenratsmitglied, gleichzeitig als Referent im Generalkommando und als Mitglied des Landesausschusses über alles orientiert war und so Herr der Lage bleiben konnte. Wie schon oben gesagt, verzichtete ich daher meinerseits auf irgendwelche Kommandogewalt, zumal ich ja auch nicht Truppenkommandeur war und keinerlei Macht hinter mir hatte. Von seiten der Truppenkommandeure geschah nichts, da ihre Truppen nicht als zuverlässig galten. Wie weit dies der Fall war, kann ich nicht entscheiden. Ich glaube aber, daß die Regierung zu ihrer Stütze die aktiven Feldregimenter auch deshalb nicht heranziehen *wollte*, da diese auch bezüglich etwaiger gegenrevolutionärer Stimmung ihr wohl nicht „zuverlässig" erschienen. Keiner traute dem anderen. Das ist eine wesentliche „Errungenschaft" der Revolution. Der Garnisonratsausschuß war sich auch nicht einig, was er tun sollte. Es wurde beschlossen, eventuell nach einem anderen Lokale umzuziehen, falls der Garnisonrat im Landtagsgebäude nicht mehr sicher sei. Ferner wurde beschlossen, daß am 9. vormittags nur Bereitschaftsdienst bei den Behörden anwesend sein und ich nicht aufs Gouvernement kommen solle. So blieb ich am 9. Januar zunächst zu Hause. Ich übergehe die Ereignisse am 9. vormittags. Ich begab mich an diesem Vormittag mehrfach zu den Sicherheitskompagnien F., W. u. v. H. und forderte die beiden ersteren auf, die Führer und Delegierten wählen zu lassen, was ich für notwendig erachtete. Allgemeine Aufregung herrschte wegen der voraussichtlichen Haltung der Regimenter, auch ich hielt auf dem Kasernenhofe eine Ansprache an die Grenadiere und ermahnte sie zu Ruhe und Ordnung. Die Garnisonratsmitglieder gaben sich alle Mühe, die beiden Regimenter „regierungstreu" zu erhalten, was auch gelang; besonders tat sich Herr Sch. dabei hervor. So verlief der 9. Januar verhältnismäßig ruhig; nachmittags ging ich auf das Gouvernement und zum Garnisonrat. Bei letzterem waren die Ausschußmitglieder zu einer Sitzung versammelt. Es waren wohl Demonstranten in das Sitzungszimmer eingedrungen, aber ohne jegliche Bedrohung auch wieder abgezogen. Ein Vertreter der Demonstranten war dageblieben und hatte eine Anzahl Forderungen auf einen Zettel aufgeschrieben, die er dem Garnisonrat von der U. S. P. aus vorlegen sollte. Sie wurden durchberaten, aber nicht angenommen, wenigstens nicht, solange ich da war. Ich war den ganzen Abend über beim Garnisonratsausschuß. Die Ausständigen und Demonstranten hatten sich Ausschreitungen beim „Tagblatt", „Tagwacht", „Württembergische Zeitung" und beim Staatsministerium zuschulden kommen lassen. Die Einzelheiten weiß ich nicht mehr.

Der Regierung fehlte es an Entschlußkraft, der Garnisonrat betrachtete sich für Stuttgart als die maßgebende Instanz, aber er hatte keine Macht und wenig Einfluß, so war die Versammlung des Garnisonratsausschusses am Abend des 8. Januar ziemlich ratlos. Es wurde der Beschluß gefaßt, geschlossen sich

Digitized by Google

zum Staatsministerium, wo alle Minister versammelt waren, zu begeben und die Regierung zu befragen, wozu sie sich entschieden habe. Leutnant H. war bei der Regierungssitzung. Es wurde dort über die Stellungnahme der Staatsregierung zu den Forderungen der U. S. P. verhandelt. Ich schloß mich dem Garnisonrat an, ohne jedoch irgendeine führende Rolle spielen zu wollen, was für mich ohne irgendwelche Macht keinen Sinn hatte; ich wollte nur dauernd über alles orientiert sein, um eventuell helfen, raten oder auch eingreifen zu können. Es waren spannende Augenblicke! Hätte ich doch wenigstens eine kleine Schar zur Verfügung gehabt! H. erwirkte sich von der Staatsregierung eine Generalvollmacht zum Eingreifen mit den Sicherheitskompagnien, aber es wurden ihm einige, ich glaube vier, Mitglieder des Landesausschusses, darunter zwei der U. S. P., zur Kontrolle beigegeben. Immerhin war dies ein Entschluß der Regierung und Leutnant H. war damit Herr der Lage. In solchen Momenten kann nur einer die Verantwortung tragen und so, wie die Dinge lagen, konnte dies nur H. sein. Ich sagte ihm daher meine volle Unterstützung und Hilfe zu. Er setzte sich persönlich ein und setzte alles auf eine Karte, das ist und bleibt sein Verdienst an diesem Tage.

Am 9. Januar — nach den Verhandlungen! — siedelte die Regierung auf H.'s Vorschlag in den neuen Bahnhof über, weil zweifelsfrei festgestellt worden war, daß die Demonstranten (U. S. P. und Spartakisten) die Regierung ausheben und stürzen wollten. Die Aufgabe des Garnisonrates bestand darin, ein Übergreifen des Aufstandes auf die Garnison zu verhindern; dies taten seine Mitglieder durch Ansprachen und Versammlungen mit Erfolg. Auch die besonnenen Elemente der Soldatenräte der Regimenter bemühten sich in diesem Sinne. Aber auch bei diesem Auftreten der Soldatenräte trat mehrfach zutage, daß es sich bei ihnen nicht nur um Aufrechterhaltung der objektiven Ordnung de facto, wie dies bei dem völlig parteilosen früheren Militär der Fall war, handelte, sondern daß alle ihre Handlungen einen politischen, sozialdemokratischen Anstrich hatten. Auch inhaltlich und formell konnten ihre Flugblätter, Aufrufe und Veröffentlichungen, was Klarheit und Bestimmtheit betrifft, nicht im geringsten an unsere alte Zeit heran. Darüber ist kein Zweifel und daran hat sich nichts geändert. Ich half den Soldatenräten da und dort, setzte ihnen u. a. auch den Wortlaut einer Veröffentlichung teilweise auf und verhinderte übereilte, mißzuverstehende Maßnahmen und Aufrufe. Ich kann nicht anders sagen, als daß sie mir in solchen Fällen folgten und vertrauten. Es war ja auch meine Absicht und mein Plan, den Soldatenräten in ehrlicher Arbeit den Beweis zu erbringen, daß die Soldaten sie eigentlich gar nicht brauchen, um zu dem zu kommen, was sie nötig haben, und daß sie eigentlich auch von uns Offizieren nicht gebraucht würden, um Ordnung zu schaffen und zu halten, wohl aber ihr Einfluß und ihre Einwirkung auf die Soldaten fördernd wirken konnte bei unseren Anordnungen und Maßnahmen für die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung. Die einsichtsvollen und wirklichen Soldaten unter ihnen sahen dies ein, mit ihnen ließ sich auch recht gut arbeiten; wir alten

Digitized by Google

Offiziere brauchten Gehilfen, um auf die durch die Revolution aus Rand und Band gekommene Soldateska einwirken zu können. Aber leider spielte die Politik eine immer größere Rolle, die „Aufklärung" der Soldaten durch die Soldatenräte im Sinne der sozialistischen Revolution, im Sinne der „sozialdemokratischen Parteipolitik" griff immer mehr um sich, und damit auch der Drang nach Macht und Einfluß der Soldatenräte auf Kosten der Autorität, insbesondere auf Kosten des Ansehens der Offiziere, der Behörden und der alten Staatsbeamten überhaupt.

Am 12. Januar fand die Wahl zur Nationalversammlung, am 19. Januar die Wahl zur Landesversammlung statt. Auch bei den Vorbereitungen zu diesen Wahlen zeigte es sich so recht deutlich, daß die Soldatenräte eine politische und nicht etwa nur eine militärische Einrichtung waren, wie es so häufig hingestellt wurde und wird. Jedenfalls war die Propagandatätigkeit und „Aufklärungstätigkeit" der rein sozialdemokratischen Soldatenräte bei den Truppen, insbesondere auch bei den Sicherheitskompagnien eine immer ausgedehntere und umfassendere geworden, keineswegs zum Besten der militärischen Zucht und Ordnung. Anstatt Aufbau vielfach politische Verhetzung, insbesonders immer wieder gegen die Autorität der Offiziere und der Vorgesetzten überhaupt. Dies trat in erhöhtem Maße in die Erscheinung, als infolge Neuwahl des Garnisonratsausschusses dieser ein ganz neues Gepräge erhielt. Straffere Organisation, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Macht in Stuttgart in der Hand des Garnisonrats gipfelte, war das Ziel der neuen Richtung.

In Herrn D. hatte ich einen für meine Tätigkeit wertvollen Gehilfen, denn er sah seine Aufgabe wirklich darin, mit mir an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuarbeiten. Er tat dies auch mit dem Pflichtgefühl eines guten Soldaten, er griff mit ein, wo Unordnung herrschte, und schreckte nicht davor zurück, seine Meinung ganz deutlich den Leuten zu sagen. Er wurde bei der Neuwahl nicht mehr gewählt, er galt als „mein Adjutant" und es hieß: „er habe sich den altmodischen Ton des Herrn Obersten schon ganz angewöhnt." An seine Stelle trat ein anderer Herr D., ebenfalls Artillerist, zweiter Vorsitzender des Garnisonratsausschusses.

Wie schon oben bemerkt, begab ich mich Anfangs sehr viel, fast täglich, ja manchmal zweimal am Tage, zum Garnisonratsausschuß ins Landtagsgebäude, aber auch ebensooft zum Leutnant H. und aufs Kriegsministerium bzw. Generalkommando zu meiner Orientierung über die Lage bzw. zur Orientierung dieser Stellen über meine Tätigkeit und Auffassung. Die dauernde persönliche Fühlungnahme mit den in Stuttgart befindlichen Dienststellen war für mich als Kommandant von Stuttgart außerordentlich wichtig. Ich durfte und wollte von den Ereignissen in keiner Weise überrascht werden. So war ich denn auch dauernd recht gut orientiert und sah allerdings auch in alle Verhältnisse tief hinein. An die Spitze des Garnisonrats war an Stelle des Herrn Ba. Herr Bi. getreten, ein Vertreter des Machtprinzips des Garnisonrats, der durch

Digitized by Google

feste Organisation, Verteilung der Ressorts und tägliche Sitzungen die Macht und den Einfluß des Garnisonrates mit allen Mitteln zu festigen und vor allem möglichsten Einfluß auf die Soldaten bekommen wollte. Das gelang. Die Autorität der Offiziere und der militärischen Vorgesetzten überhaupt wurde durch Begünstigung der Wahl von Unteroffizieren und Mannschaften zu Vorgesetzten in Offizierstellen geschädigt. „Die Propaganda-Abteilung" als Aufklärungsabteilung arbeitete einseitig und ausschließlich im sozialdemokratischen Sinne. Dazu kam, daß im selben Umfang, wie das aktive Heer durch Entlassungen von Jahrgängen sich verminderte, die Sicherheitstruppen an Bedeutung gewannen. Mit dem Reinhardt-Erlaß vom 19. Januar und mit der Aussicht, wieder normale und geordnete militärische Verhältnisse zu bekommen, wuchs die Gefahr für die Soldatenräte und auch für manche der übrigen militärischen Revolutionserrungenschaften, daß ihre Tage gezählt waren. Es galt also, einerseits die Bedeutung und den Wert der Soldatenräte nachzuweisen, andererseits ihre Machtbefugnisse zu festigen und zu erhalten. Dieses Bestreben mußte zu Konflikten führen. Seinerzeit eingeführt als Instanz, um die Revolution gegen eine Reaktion von militärischer Seite zu sichern, wuchs sich die Einrichtung unmerklich und für den Fernerstehenden kaum erkennbar zu einer festen Räteherrschaft aus, weil mit Klugheit Reibungen möglichst vermieden und, wo sie entstanden, mit sicherer Konsequenz die Machtfrage gegenüber den militärischen Vorgesetzten mit Erfolg verfochten wurde. Mein aufrichtiges Bestreben war, mit dem Garnisonratsausschuß in Stuttgart Ordnung zu schaffen und zu halten. Das schwierigste bei meinem Dienste war die Unterbringungsfrage in der Garnison. Auf der einen Seite sollten die noch zahlreich vorhandenen Massenquartiere, insbesondere die Schulen, möglichst bald von Soldaten geräumt und ihrem eigentlichen Zweck zurückgegeben werden, auf der anderen Seite wuchsen sich die Sicherheitszentrale und die Sicherheitstruppen zu immer größerer Macht und Umfang aus. Ganz besonders war dies der Fall, seitdem mit der Ernennung von Hauptmann K. zum Stellvertreter des Kriegsministers die Idee, die Sicherheitstruppen zur Grundlage des künftigen Heeres auszubauen, immer festere Gestalt gewann. Aus der Polizeitruppe sollte die Reichswehr, unser künftiges Heer herausgebildet werden; das System der Soldatenräte blieb. Das aktive Friedensheer, bzw. dessen Reste, mußte möglichst bald verschwinden, um beides zu ermöglichen. Es verschwand um so schneller und um so sicherer und vollständiger, je schlechter es wurde. Die Soldatenräte der Sicherheitstruppen, die Sicherheitszentrale, der Garnisonrat, auch der Herr Kriegsminister drängten auf möglichst rasche Auflösung des alten Heeres. Die Folge war die Gefahr allmählicher Verwahrlosung der Heeresreste und gleichzeitig Machtzuwachs des Garnisonrats und des Landesausschusses der Soldatenräte. Das „große" Publikum, das „Volk", die Soldaten und die Parteigenossen erblickten daher tatsächlich in den Soldatenräten diejenige Organisation, welche die Forderungen und Interessen der Soldaten vertrat und deren Erfüllung beim Kriegsmini-

Digitized by Google

sterium bzw. bei den militärischen Behörden erwirkte, wenn nötig, erzwang. So kam es, daß meine Stellungnahme immer schwieriger wurde. So sehr die einzelnen Persönlichkeiten des Garnisonrats und des Landesausschusses, sowie auch bei den Sicherheitstruppen mich anerkennen mußten und mich in meinem Amte unterstützen mochten, so war es auf die Dauer nicht zu vermeiden, daß die verschiedenen Auffassungen aufeinander platzten. Man begegnete mir mit Mißtrauen, meine schroffe, kurze militärische Art und die Bestimmtheit meiner Anordnungen, vor allem das Bestreben, meine Autorität zu wahren, führten zu Meinungsaustausch und verschärften nur die Gegensätze, die zunächst nach außen nicht in die Erscheinung traten. Ich fühlte sie deutlich heraus. Es kam zu Kompetenzkonflikten. Die persönliche Fühlungnahme wurde geringer, es wurde zweifellos auch gegen mich agitiert. Ich bat daher Herrn Bi., bei einer Vollsitzung des Garnisonrats die Vertrauensfrage betreffend meine Person an die Delegierten zu stellen. Er tat es nicht, weil er wohl fürchtete, daß die Stimmung zu sehr gegen mich war und er ein Mißtrauensvotum gegen mich erzielen könnte. Das wollte er scheinbar doch nicht. Aber die Verhältnisse spitzten sich zu. Die Anforderungen an meine Gemüts- und Nervenkraft wurden zu groß. Ich konnte nicht weiter unter solchen Verhältnissen mit diesen Leuten weiterarbeiten, weil ich dann zu viel von meinem innersten Empfinden und von meiner Persönlichkeit hätte aufgeben müssen und damit schließlich mich selbst. Das konnte ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, es ging auch über meine Kraft. Daher beantragte ich meine Enthebung beim Kriegsministerium, etwa Mitte März. Veranlaßt wurde ich dazu besonders auch durch einen Hetzartikel gegen die Offiziere im „Mitteilungsblatt des Garnisonrats", dessen Inhalt ich absolut verwarf. Dazu kam noch, daß der Garnisonratsausschuß die Auffassung vertrat, daß das Gouvernement, dessen Vertreter ich war, nur eine Abteilung des Garnisonrats sei, also letzterer für mich die vorgesetzte Behörde, während ich höchstens Gleichstellung gelten ließ. Außerdem wurde mir vorgeworfen, daß ich oft ohne ein Mitglied des Garnisonrats zum Kriegsministerium, zum Generalkommando und zu Leutnant H. hingehe und mit diesen Stellen besondere Beziehungen halte. Man witterte bei mir — und jetzt kommt wieder die politische Färbung der Soldatenräte zum Ausdruck — auch reaktionäre Gesinnung. Nun ja, man konnte doch wahrhaftig bei mir keine revolutionäre, sozialdemokratische erwarten! Und ich habe doch nie ein Hehl aus meiner politischen Richtung gemacht! — Man wollte mich aber doch nicht gehen lassen. Ich bestand darauf. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs konnten sich meinen Gründen nicht verschließen, ich führte auch noch besonders an, daß ich damit rechnen müsse, daß die Soldatenräte einfach einen anderen Kommandanten wählen könnten und dann der Minister in die Lage versetzt würde, dem Verlangen der Soldatenräte nach meiner Absetzung nachzugeben, wie er es ja schon in mehreren Fällen bei Regimentskommandeuren getan hatte. Dem wollte ich ihn — er hatte mir mehrfach erklärt, ich wäre ihm eine besonders wertvolle

Digitized by Google

Stütze in seinem Amte — und vor allem mich, und dann auch die vernünftigen Elemente unter den Soldatenräten, nicht aussetzen. Ich wollte es nicht zu einem offenen Konflikt kommen lassen. Dazu war auch damals die Zeit zu kritisch in Stuttgart. Ein letzter Versuch einer Einigung durch Unterstaatssekretär K. scheiterte; letzterer erklärte schließlich, auch er sehe ein, daß mein Rücktritt unter den obwaltenden Verhältnissen gerechtfertigt sei. Die Soldatenräte hatten also gewonnen!

Nicht unterlassen will ich, zum Schlusse zu erwähnen bzw. zu wiederholen, daß ich eine größere Anzahl von Soldatenräten kennen und schätzen gelernt habe, die das ehrliche Bestreben hatten, der ihnen von ihnen selbst gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Ob sie ihr gewachsen waren, lasse ich dahingestellt. Sie haben ehrlich ihre Kraft, ihre Zeit und ihre Persönlichkeit in den Dienst der von ihnen vertretenen Sache gestellt. In diesem Sinne arbeitete besonders Herr Fu., der mich späterhin täglich bei meinem Dienste begleitete und den ich durchaus hochschätze. Aber ich bin durch meine Arbeit mit Soldatenräten von neuem immer wieder in meiner Auffassung bestärkt worden, daß nur überlegene Bildung — nicht etwa nur Intelligenz oder Ausbildung — und eine tadellose Erziehung — Selbsterziehung, Selbstzucht und Charakter — dem Menschen die Fähigkeit verleihen, auf andere Menschen den Einfluß zu gewinnen, der nötig ist, um die Menschheit höher zu bringen und sie höheren Idealen zuzuführen. Der Gedanke, das Volk — im Sinne der großen Masse im Gegensatz zu den höher Stehenden — durch sich selbst regieren zu lassen, ist ebenso eine schöne Theorie, eine krasse Utopie, wie der Gedanke, daß der Durchschnittsmensch in sich selbst die soldatischen Eigenschaften besitze, die notwendig sind, um ihn zu einem brauchbaren Führer einer Truppe oder überhaupt zu einem brauchbaren Mitglied des Heeres zu machen. Höhere Bildung und Wohlerzogenheit sind nicht dem Soldaten angeboren, sondern sie werden ihm durch seine Führer beigebracht: durch Erziehung und durch Zucht, militärisch auch durch Drill. Aber erst Selbstzucht und Wohlerzogensein machen den höher zu bewertenden „Soldaten" aus, nicht etwa Tapferkeit oder Intelligenz.

Digitized by Google

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

V

Die zweite Haager Friedenskonferenz

Auf amerikanische Anregung von Rußland vorbereitet, trat im Juni 1907 im Haag eine zweite „Friedenskonferenz" zusammen, deren Wesen, Bildung und Verfahren in der Hauptsache gleich der ersten Friedenskonferenz von 1899 waren.

Dennoch waren die Verhältnisse dieser zweiten Konferenz wesentlich verschieden von der ersten. Schon äußerlich trug sie ein anderes Gepräge, indem auch die mittel- und südamerikanischen Staaten auf der zweiten Konferenz vertreten waren, wodurch die Teilnehmerzahl von 26 auf 44 gestiegen war. Daß diese neuen Teilnehmer auf die Arbeiten der Konferenz einen bestimmenden oder auch nur bedeutenden Einfluß ausgeübt hätten, kann nicht behauptet werden; nur der sachkundige und redegewandte Brasilianer Ruy Barbosa, außerdem noch die beiden Argentinier Drago und Larretta nahmen stärkeren Anteil an der Arbeit. Der Vorsitz und die Leitung der Geschäfte wurde wieder an Rußland übertragen und durch den Botschafter Nelidow geführt, dem der Holländer Beaufort zur Seite stand. Die Sitzungen fanden nicht im Huis den Bosch, sondern im Rittersaale des Binnenhofes statt; mehr noch als bei der ersten Konferenz trugen die Plenarsitzungen den Charakter eines großen Weltparlamentes. Auch diesmal wurden Kommissionen und Arbeitsausschüsse gebildet; daß die Schiedsgerichtsfrage der Hauptgegenstand der Arbeit sein solle, wurde äußerlich dadurch gekennzeichnet, daß die hiefür gebildete Kommission als die erste bezeichnet wurde, der sich eine zweite für die Fragen des Landkrieges, eine dritte für die Fragen des Seekrieges anreihte. Die Mitglieder der Konferenz waren zum weitaus größten Teile neu; nur wenige hatten bereits der ersten Konferenz angehört, so die Franzosen Léon Bourgeois, Louis Renault, d'Estournelles de Constant, der Russe v. Martens, der Österreicher Lammasch und der Ungar Merey, der Belgier Beernaert, der Holländer Asser, der Rumäne Beldiman, von Deutschen Admiral Siegel und der Schreiber dieser Abhandlung. Eine leitende Stellung in der gesamten Konferenzarbeit gewann der ausgezeichnete französische Rechtsgelehrte Renault, dessen hervorragender Sachkenntnis und Gewandtheit diese Stellung widerspruchslos eingeräumt wurde; seine Verdienste um die juristische Ausarbeitung der Konferenzbeschlüsse müssen aufs wärmste anerkannt werden. Bedeutende Persönlichkeiten der zweiten Konferenz waren außerdem der Italiener Graf Tornielli, der

Digitized by Google

Engländer Sir Edward Fry, der Amerikaner Choate, der Japaner Tsudzuki, der Schwede Hammarskjöld, die Norweger Hagerup und Lange, die Schweizer Max Huber und Borel, der Grieche Streit, die Belgier Guillaume und van Heuvel, sowie im späteren Laufe der Konferenz der portugiesische Marquis de Soveral, bekannt als persönlicher Freund König Eduard VII.

Die deutsche Delegation bestand aus dem Botschafter Freiherrn Marschall v. Bieberstein, der unter Caprivi das Auswärtige Amt verwaltet hatte; ihm zur Seite stand ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Kriege; Militärdelegierter war ein Mitglied des Großen Generalstabes, General v. Gündell, Marinedelegierter, wie schon auf der ersten Konferenz, Admiral Siegel, dazu als „wissenschaftlicher Delegierter" der Schreiber dieser Abhandlung. Zwei jüngere Beamte des Auswärtigen Amtes, Göppert und Trautmann, gehörten der Delegation als Hilfsarbeiter an. Im Palace-Hotel von Scheveningen bezog die Delegation gemeinsam ein großes Quartier; die ganze äußere Einrichtung der deutschen Vertretung war auf der zweiten Konferenz sehr viel reicher ausgestattet als auf der ersten.

Um den ganzen Gang der Dinge auf der zweiten Konferenz richtig zu würdigen, bedarf es einer näheren Charakterisierung der Persönlichkeiten der Delegation. An ihrer Spitze stand der deutsche Botschafter Freiherr Marschall v. Bieberstein, damals in Konstantinopel, zuletzt noch kurze Zeit vor seinem Tode in London. Freiherr v. Marschall war, mag man im einzelnen noch so kritisch über seine Tätigkeit als Staatssekretär denken, unzweifelhaft eine der bedeutendsten staatsmännischen Persönlichkeiten des nachbismarckschen Deutschland, und hat sich als solche in Konstantinopel unter den schwierigsten Verhältnissen glänzend bewährt. In London hat ihm, dies darf ruhig ausgesprochen werden, nach kurzer Amtszeit die Erkenntnis der für Deutschland unhaltbaren Weltlage das Herz gebrochen. Hätte er auf der zweiten Konferenz frei nach seiner Überzeugung handeln können, oder hätte er den Mut gehabt, unbekümmert um jeden Widerstand seine Überzeugung an höchster Stelle zur Geltung zu bringen, so würde die Konferenz von 1907 nicht so verhängnisvoll für das Deutsche Reich geworden sein. Auf Grund zahlreicher Unterredungen mit Herrn v. Marschall halte ich mich berechtigt, auszusprechen, daß dieser bedeutende Staatsmann seine Überzeugung zum Opfer brachte und sich einem zielbewußten verhängnisvollen Willen beugte, den zu brechen er die Möglichkeit gehabt hätte, aber die Kraft des Entschlusses nicht zu finden vermochte. Dieser fremde Wille, dem Marschall seine bessere Einsicht opferte, war aber nicht etwa der Wille des Kaisers, sondern der Wille des Auswärtigen Amtes. Ebenso wie ich überzeugt bin, daß Herr v. Marschall seine bessere Einsicht dem Auswärtigen Amt zum Opfer brachte, bin ich überzeugt, daß der Wille des Auswärtigen Amtes vom Kaiser gebrochen worden wäre, wenn der Kaiser richtig über die Dinge unterrichtet worden wäre. Es hätte sich der Vorgang von 1899 einfach wiederholt. Daß Herr v. Marschall hiezu

Digitized by Google

die Kraft des Entschlusses nicht finden konnte, war sein Fehler und ist seine Schuld; und dieser Fehler ist dem Deutschen Reiche zum Verhängnis geworden. Ob dies Verhängnis im Jahre 1907 überhaupt noch abzuwenden war, ist gewiß mehr als fraglich; aber sei dem wie ihm wolle, unter allen Umständen hätte der Fehler Deutschlands auf der Konferenz von 1907 um des reinen Gewissens Deutschlands gegenüber der Welt willen vermieden werden müssen. Herr v. Marschall kannte aus der Zeit seines Staatssekretariates unter Caprivi und aus seiner bedeutsamen Tätigkeit an einem der Hauptzentren aller Intrigen der Weltpolitik die Schwierigkeiten der Weltlage und die gefahrvolle Lage Deutschlands zwischen dem unversöhnlichen Feinde des Westens und dem immer mehr zum Feinde gewordenen Nachbar des Ostens genau genug, um sich darüber klar zu sein, daß die Haltung, die die offizielle deutsche Politik 1907 im Haag einnahm, die schwere Gefahr verhängnisvoller Folgen in sich bergen mußte.

Träger und schroffer Vertreter dieser Politik des deutschen Auswärtigen Amtes auf der zweiten Haager Konferenz war Geheimrat Kriege. Aus der Konsularlaufbahn in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übergegangen, hat Kriege, ausgezeichnet durch eine unermüdliche Arbeitskraft, durch hervorragende Schärfe des juristischen Denkens und durch eine starke und zähe Willenskraft in der Rechtsabteilung und weiterhin im Gesamtorganismus des Auswärtigen Amtes maßgebende Bedeutung gewonnen. Die deutsche Arbeit auf der zweiten Friedenskonferenz hat er vollkommen beherrscht und nach allen Richtungen entscheidend bestimmt; auch Marschall mußte sich seinem Willen beugen. Der Reichskanzler, Fürst v. Bülow, sowie der Staatssekretär folgten lediglich den Ratschlägen Krieges. Darüber wird weiterhin noch zu sprechen sein.

Neben diesen beiden Vertretern des auswärtigen Dienstes standen die beiden Vertreter von Heer und Flotte: General v. Gündell, ein hervorragend bewährter Generalstabsoffizier, der durch seine Klarheit und Entschiedenheit wie durch das gewinnende Wesen seiner Persönlichkeit das deutsche Heer in seinen besten Eigenschaften verkörperte, ebenso fest in Geltendmachung der militärischen Notwendigkeiten wie fern von jedem anmaßenden „Militarismus", wie ihn eine weitverbreitete gehässige Weltmeinung als notwendige Wesenseigenschaft des deutschen Offiziers behauptete, und Admiral Siegel, schon auf der ersten Konferenz ein allgemein angesehenes und beliebtes Mitglied der Versammlung, dem auf der zweiten Konferenz eine besonders wichtige und schwierige Aufgabe gestellt war. Dieser Delegation war ich als „wissenschaftlicher" Beirat angefügt; daß das Auswärtige Amt einen solchen wissenschaftlichen Beirat für überflüssig hielt, nehme ich als sicher an; wie ich trotzdem der Delegation beigegeben wurde, ist mir nicht bekannt. Die Vorgänge, von denen alsbald zu berichten sein wird, schlossen mich von jeder wirklichen Anteilnahme an den Arbeiten der Konferenz aus; nur als aufmerksamer Beobachter konnte ich an ihr weiterhin teilnehmen.

Digitized by Google

Die Arbeiten der Konferenz zerfielen in zwei große Gruppen: Schiedsgerichtsbarkeit und Seekriegsrecht. Alles übrige, was verhandelt wurde, war demgegenüber unbedeutend, wenn auch nicht nach Inhalt, so doch nach Art der Behandlung und nach Ergebnis. In schärfstem Gegensatz zu der ersten Konferenz waren die Arbeiten der zweiten Konferenz deutscherseits aufs sorgfältigste vorbereitet worden, und zwar ausschließlich im Schoße des Auswärtigen Amtes; die Delegierten selbst waren zu einer vorbereitenden Sitzung über die Fragen des Seekrieges zwar beigezogen worden, doch hatte diese Sitzung keine erhebliche Bedeutung. Im übrigen war die Vorbereitung der Konferenzarbeit ausschließlich durch Geheimrat Kriege und die von ihm erwählten, hervorragend tüchtigen, Hilfsarbeiter erfolgt. Schon lange vor Eröffnung der Konferenz waren im Auswärtigen Amte alle Fragen, die die Konferenz beschäftigen sollten, aufs eingehendste und sorgfältigste durchgearbeitet worden. Insbesondere die Fragen des Seekriegsrechtes, die nach deutscher Auffassung den weitaus wichtigsten Gegenstand der Konferenzarbeit bilden würden. Mit vollkommen ausgearbeiteten Entwürfen und ausgestattet mit dem ganzen Rüstzeug wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erfahrung kam diesmal Deutschland zur Konferenz. Schwerlich hat in einem der anderen Konferenzstaaten eine so tiefgründige Vorbereitung für die Konferenzarbeit stattgefunden. Als ich zum erstenmal die deutscherseits vorbereiteten Entwürfe für die Neugestaltung des Seekriegsrechtes durchgelesen hatte, bekannte ich mir und sprach es aus: wenn es gelingt, dies Werk zum Abschluß in Form eines allgemeinen Staatenvertrages zu bringen, so stellt dies die großartigste Entwicklung des Völkerrechtes seit Hugo Grotius dar.

Das war das Werk Krieges. Und dies Werk muß rückhaltlos anerkannt werden, und noch eine lange Zukunft wird daraus reiches Material für wissenschaftliche Forschung wie für die Praxis der Staaten zu schöpfen haben. Aber leider wurde dieses deutsche Verdienst, das geradezu zu einem Ruhmestitel Deutschlands für die Gestaltung der internationalen Verhältnisse hätte werden können, von vorneherein geschmälert und weiterhin völlig vernichtet durch einen ungeheuren politischen Rechenfehler der deutschen Politik, der die schwersten Folgen haben mußte und gehabt hat, ja der uns heute in dem furchtbaren Lichte des Weltenbrandes von 1914 bis 1918 geradezu als eine der Ursachen des Weltkrieges erscheint. Gewiß nicht als unmittelbare oder als Hauptursache. Aber hätte Deutschland jenen schweren politischen Rechenfehler nicht verschuldet, so würden die anderweitigen Kriegsursachen sich schwerlich zu der Schärfe haben zuspitzen können, die den Weltkrieg unvermeidlich machte, und die aufs äußerste gespannten politischen Verhältnisse der Welt würden in notwendiger Folge eine Entspannung haben erfahren müssen, die die vorhandenen Gegensätze trotz ihrer Schärfe noch zu einer Ausgleichung hätte bringen können. Hätten die Rechtsgedanken der Friedensbürgschaften, um die auf der zweiten Konferenz schließlich in fast verzweifelter Weise gerungen wurde, statt der durch Deutschland verursachten Niederlage durch Entgegen-

Digitized by Google

kommen Deutschlands gesiegt, so würde der Friedenswille der Welt eine ungeheure Stärkung erfahren haben, und die ihm widerstreitenden Kräfte wären kaum stark genug gewesen, ihn zu zerbrechen. Davon wird noch zu handeln sein.

Zuvor muß noch eine allgemeine Betrachtung gegeben werden über die Gruppierung der Staaten auf der Konferenz, über die politische Atmosphäre, die die Konferenz beherrschte.

Der Rahmen der zweiten Konferenz war durch die Teilnahme der mittel- und südamerikanischen Staaten ein erheblich weiterer als derjenige der ersten Konferenz; dadurch war die Anknüpfung näherer persönlicher Beziehungen unter den Delegierten nicht unwesentlich erschwert; ein so nahes Vertrauensverhältnis, wie es sich im Comité d'examen für die Schiedsgerichtsbarkeit auf der ersten Konferenz hergestellt hatte, konnte auf der zweiten Konferenz überhaupt nicht gewonnen werden. Daß Rußland und Frankreich in voller Gemeinsamkeit arbeiteten, war von vornherein klar; das gleiche galt von Deutschland und Österreich-Ungarn. Aber daß dieser Gegensatz die Arbeiten beherrscht hätte, läßt sich in keiner Weise behaupten. Die persönlichen Beziehungen zwischen einzelnen Delegierten der beiden Mächtegruppen waren gut, so besonders zwischen den beiden hervorragenden Juristen, dem Deutschen Kriege und dem Franzosen Renault, die sich bereits auf den internationalen Privatrechtskonferenzen im Haag nahe getreten waren; in den schweren Fragen des Seekriegsrechts war die gemeinsame Arbeit des deutschen Admirals Siegel und des bedeutenden Russen Tscharykow, wohl des geistig hervorragendsten aller russischen Delegierten auf beiden Konferenzen, eine so gut wie vollständige. Ein wertvolles Element der Vermittelung bildete der italienische Graf Tornielli, der in vollständiger Beherrschung der Gegenstände und mit feinem politischen Takt nur sachlichen Interessen diente und sie in ausgezeichneter Weise förderte. Die englische Delegation ging in großer Selbständigkeit ihren eigenen Weg, ohne nähere Beziehungen zu anderen Delegationen zu suchen; ebenso zurückhaltend war die japanische Delegation; unsere Beziehungen zu den Japanern waren freundschaftlich, und auch zu den englischen Delegierten Lord Reay und Eyre Crowe gut. Die amerikanische Delegation, an deren Spitze einer der bedeutendsten Politiker der Vereinigten Staaten, Choate, stand, entwickelte, ebenso wie auf der ersten Konferenz, eine sehr lebhafte Tätigkeit. Unter den Vertretern der kleineren Staaten traten neben den weltbekannten Vorkämpfern des Völkerrechtes Asser (Holland) und Beernaert (Belgien) noch der Schwede Hammarskjöld, die Norweger Hagerup und Lange, die Schweizer Max Huber und Borel, späterhin der Portugiese Marquis de Soveral in den Verhandlungen in bedeutsamer Weise hervor.

Der Beginn der Arbeiten war in markanter Weise gekennzeichnet durch die Einbringung des Prisenhofabkommens. In der zweiten Plenarsitzung vom 19. Juni 1907 legte der deutsche Botschafter Freiherr v. Mar-

Digitized by Google

schall der Konferenz den Entwurf eines umfassenden Staatsvertrages über die Ausübung der Prisengerichtsbarkeit vor, der in den Vorschlag der Errichtung eines internationalen Prisenhofes ausmündete, und begründete diesen Entwurf in einer längeren ausgezeichneten Rede. In unmittelbarer Folge tat dasselbe der erste englische Delegierte, Sir Edward Fry (Actes et Doc. II, 1071 ff.). Beide Entwürfe wurden der ersten Kommission, der Schiedsgerichtskommission, und von dieser einem Ausschuß überwiesen, der in angestrengter langer Arbeit zu einer vollständigen Einigung gelangte. Der von dem Ausschuß festgestellte Entwurf fand die Annahme der Konferenz und ist deutscherseits amtlich veröffentlicht im Weißbuch vom 6. Dezember 1907, 13 ff.

Es ist nicht die Absicht, auf die Einzelheiten des Entwurfes hier näher einzugehen; er hat inzwischen von verschiedenen Seiten eine hervorragende wissenschaftliche Bearbeitung erfahren, besonders in dem Werke von Pohl: Deutsche Prisengerichtsbarkeit (Tübingen 1911). Einen rechtlichen Abschluß aber hatte die große Frage vor Beginn des Weltkrieges nicht gefunden; die Gründe werden später mitzuteilen sein.

Der deutsche Entwurf war ein Stück der ausgezeichneten Vorarbeit, die Kriege für die Konferenz durchgeführt hatte. Wie es kam, daß in dieser Frage England genau den gleichen Weg ging wie Deutschland, ist nicht bekannt geworden. Daß der Entwurf deutscherseits aus dem ehrlichen Bestreben erwachsen war, in einer der schwierigsten und gefahrvollsten Fragen des Völkerrechtes eine allgemein befriedigende Lösung zum Heil und Segen der Menschheit zu gewinnen, steht außer jedem Zweifel. Deutschland hat die höchste Mühe aufgewendet, das Werk zum Abschluß zu bringen; verhindert wurde dieser Abschluß durch das Verhalten Englands, auf das noch zurückzukommen sein wird.

Die beiden der Konferenz vorgelegten Entwürfe waren nicht unwesentlich verschieden; doch gelang es ohne erhebliche Schwierigkeiten, eine Einigung herzustellen und so das Werk zu verabschieden. Welche inneren Beweggründe für England bei diesem Vorgehen im Jahre 1907 maßgebend waren, ist nicht klar ersichtlich; wohl verständlich nach der ganzen englischen Seerechtstradition ist es dagegen, daß man das Werk weiterhin scheitern ließ; warum man es in so augenfälliger Weise vor der Welt auf der Konferenz unternommen und an die Sache so viel Zeit und Mühe gewendet hat, bleibt dunkel.

Bezüglich des deutschen Prisenhofentwurfes, der zweifellos ehrlich gemeint war, muß noch Folgendes hervorgehoben werden. In der Wissenschaft ist späterhin ein lebhafter Streit darüber geführt worden, ob der geplante Prisenhof den Charakter eines ordentlichen Gerichtes oder nur den eines Schiedsgerichtes getragen hätte. Nach der ganzen Rechtsgrundlage, die das internationale Recht damals hatte und heute noch hat, konnte der Prisenhof, auch wenn er vollständig in den Formen eines ordentlichen Gerichtes tätig wurde, doch nur den Charakter eines Schiedsgerichtes zwischen souveränen

Digitized by Google

Staaten tragen, also den gleichen Charakter wie der ständige Haager Schiedshof. Nur hatte letzterer lediglich fakultative Bedeutung, während dem Prisenhof streng obligatorischer Charakter beigelegt werden sollte. Deutschland war also mit dem Prisenhofentwurfe von seinem auf der ersten Konferenz in dieser Beziehung mit Schärfe festgehaltenen Standpunkt abgegangen und hatte das Obligatorium anerkannt, wie es dies übrigens auch bereits in dem mit England abgeschlossenen Schiedsabkommen von 1904 getan hatte, hier aber mit der bedeutsamen Einschränkung der sogenannten Ehrenklausel. Das Prisenhofabkommen enthält diese Einschränkung der Ehrenklausel nicht: es ist ein Schiedsabkommen strengsten Obligatoriums ohne irgendwelche Einschränkung. Und zwar für Streitfälle des Seekrieges, also für Fragen, in denen die Ehre und Lebensinteressen des Staates nicht etwa nur als problematische Frage, sondern in der unzweifelhaftesten und schärfsten Weise als Tatsachen des Daseinskampfes in Betracht kommen, denn höhere Ehren- und Lebensfragen des Staates als diejenigen, um welche im Kriege gerungen wird, kann es überhaupt nicht geben. — Es ist von höchster Wichtigkeit, dies festzustellen, da die Beurteilung des deutschen Verhaltens in der Schiedsgerichtsfrage sich mit in erster Linie hierdurch bestimmen muß.

War nach den obigen Angaben, die weiterhin noch zu ergänzen sein werden, die große Arbeit, die auf den Prisenhof verwendet wurde, im praktischen Endergebnisse vergeblich, so gilt das gleiche für die Abrüstungsfrage, nur hier ohne daß eine große Arbeit dafür aufgewendet worden wäre. Die auf der ersten Konferenz hierüber gefaßte „Resolution" wurde neuerdings angenommen und bestätigt. In einer kurzen Rede hatte Sir Edward Fry die große Frage behandelt, ohne daß eine wirkliche Verhandlung — nur Léon Bourgeois fügte der Fryschen Rede einige Bemerkungen hinzu — stattgefunden hätte. Man hatte in Vorbesprechungen festgestellt, daß das Problem noch ebenso unlösbar sei wie 1899, und es bestand angesichts der hochgespannten politischen Weltlage nirgends ein lebhaftes Bedürfnis, diese Frage aufzurollen (über diese Verhandlungen siehe jetzt das hervorragende Werk von Wehberg: Die internationale Beschränkung der Rüstungen, 1919, S. 213 ff.).

Eine verhältnismäßig geringe Bedeutung hatten ferner auf der zweiten Konferenz die Fragen des Landkrieges. Das große Werk des Landkriegsabkommens der ersten Konferenz wurde allerdings einer erneuten Beratung unterworfen und daran einige Änderungen vorgenommen (Text Reichsges.-Bl. 1910, S. 124 ff.); der Aufbau und das System des Werkes von 1899 aber blieben unverändert. Unter den Veränderungen, die vorgenommen wurden, sind hervorzuheben die Hinzufügung von lit. h in Art. 23, der die verbotenen Kriegsmittel aufzählt; ihnen wurde in der angegebenen Vorschrift beigefügt: „die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer

Digitized by Google

Klagbarkeit." Ferner wurde dem Staatsvertrag, der den Rahmen der Kriegsordnung (s. oben S. 123, Mai-Heft) bildet, als Artikel 3 folgender Satz eingefügt: „Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenenfalls zum Schadenersatze verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörigen Personen begangen werden." — Wie klar ersichtlich, eine Haftungsvorschrift von ganz unermeßlicher Tragweite. Beide Vorschriften haben einen rein juristischen Charakter, sind von deutscher Seite beantragt und tragen ausgeprägt den Stempel der weltfremden, durch den Weltkrieg grausam ins Licht gestellten Bureauarbeit der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

Außerdem wurden die wenigen Vorschriften, die das Abkommen von 1907 über die Neutralität enthalten hatte, ausgestaltet zu einem 25 Artikel zählenden besonderen Abkommen über die Neutralität im Landkriege, das einen bedeutsamen Fortschritt des Völkerrechtes in dieser wichtigen und schwierigen Frage enthält (Text Reichsges.Bl. 1910, S. 151).

Endlich wurde noch ein besonderes Abkommen vereinbart über die in der Literatur umstrittene Frage, ob eine formelle Kriegserklärung für den Beginn der Kriegshandlungen erforderlich sei; die Frage wurde grundsätzlich im bejahenden Sinne entschieden (Text Reichsges.Bl. 1910, S. 99).

Bedeutsame Streitfragen erhoben sich in der Landkriegskommission nicht; ihre Verhandlungen auf der zweiten Konferenz waren zweifellos die am wenigsten aufregenden; sie wurden in wohltuender Eintracht durchgeführt, und zu diesem Ergebnis hat die ebenso feste wie gewinnende Persönlichkeit des deutschen Vertreters, General v. Gündell, in hervorragender Weise beigetragen.

Weitaus die Hauptmasse des Arbeitsstoffes der zweiten Konferenz bezog sich auf den Seekrieg, den England von der ersten Konferenz, abgesehen von der Genfer Konvention (s. oben S. 126), unbedingt ausgeschlossen hatte. Hier standen große Weltfragen zur Entscheidung (für die Einzelheiten verweise ich auf das Werk von Wehberg in Stier-Somlos Handbuch des Völkerrechtes, 4. Bd., 1. u. 2. Abt.). Sechs der zwölf von der Konferenz vereinbarten Abkommen — abgesehen von dem großen Prisenhofsabkommen — gehören dem Seekriegsrecht an. Von diesen sechs Abkommen war eines bereits ein Stück der Arbeiten der ersten Konferenz gewesen, das die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg bezügliche. In der Zwischenzeit hatte auf der Genfer Konferenz von 1906 die große Neugestaltung der Genfer Konvention für den Landkrieg stattgefunden; mit ihr mußte die von der ersten Konferenz beschlossene Seekriegskonvention in Einklang gesetzt werden; ohne erhebliche Schwierigkeiten konnte diese Arbeit durchgeführt werden (Text Reichsges.Bl. 1910, S. 300).

Von den übrigen seekriegsrechtlichen Materien, die durch Einzelabkommen geregelt wurden, boten drei keine sehr erheblichen Schwierigkeiten: die Beschießung offener Städte und Häfen (Text Reichsges.Bl. 1910, S. 273), die Behandlung der Handelsschiffe in feindlichen

Digitized by Google

Häfen bei Ausbruch des Krieges (Text Reichsgesetzbl. 1910, S. 197) und die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe (Text Reichsgesetzbl. 1910, S. 222); auch in diesen Fragen fehlte es nicht an Gegensätzen, doch vermochte man sich zu einigen. Die große alte Frage des Völkerrechtes über die Unverletzlichkeit des Privateigentumes im Seekrieg, die der amerikanische Botschafter White trotz des schroffen englischen Einspruches gegen jede Behandlung von Fragen des Seekrieges schon auf der ersten Konferenz angeregt und deren Lösung in einer Rede gefordert, auch von der Konferenz einen „Wunsch" in diesem Sinne erreicht hatte, wurde eingehend verhandelt; eine Lösung nach den amerikanischen Wünschen, die von Deutschland lebhaft unterstützt wurden, erwies sich gegenüber dem englischen Widerspruche als völlig unmöglich; immerhin wurde eine nicht unerhebliche Einschränkung des Seebeuterechtes erreicht, die insbesondere durch die Vorschrift: „die auf See auf neutralen oder feindlichen Schiffen vorgefundenen Briefpostsendungen der Neutralen oder der Kriegführenden, mögen sie amtlicher oder privater Natur sein, sind unverletzlich," den Postverkehr sowie ferner die Küstenfischerei und die Schiffe für religiöse, wissenschaftliche oder menschenfreundliche Aufgaben vor jedem Zugriff der Kriegführenden sichern sollte (Text des Abkommens Reichsgesetzbl. 1910, S. 333). Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen über die Verwendung des neuen Kriegsmittels der Minen und über die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege: in diesen beiden Fragen waren die Gegensätze unüberwindlich. Zwar kamen auch über sie schließlich ziemlich umfangreiche Staatsverträge zustande (Text Reichsgesetzbl. 1910, S. 46 über Minen, S. 359 über die Neutralen); aber Punkte von entscheidender Bedeutung mußten entweder ganz ausgeschlossen werden, oder fanden bei der Ratifikation keine Anerkennung durch maßgebende Seemächte, so daß der Wert dieser Staatsverträge von vornherein problematisch, ja fast illusorisch war (Vorbehalte zum Minenabkommen von Deutschland, Frankreich, England, Rußland, zum Neutralenabkommen von Deutschland, England, Japan). Auf die Einzelheiten dieser schwierigen völkerrechtlichen Streitfragen an dieser Stelle einzugehen, ist nicht beabsichtigt.

Dazu kam das merkwürdige Schicksal der Prisenhofskonvention. Diese war vom rein völkerrechtlichen Gesichtspunkte aus zweifellos das bedeutsamste Werk der zweiten Konferenz, und sollte nach der deutschen Auffassung recht eigentlich das große geschichtliche Werk der Konferenz sein, ein Gedanke, der vollkommen verständlich ist, und den man als einen großen Gedanken anzuerkennen gerechterweise verpflichtet ist. Und da das Werk von England und Deutschland gemeinsam unternommen und in angestrengtester Geistesarbeit durchgeführt worden war, erschien die Hoffnung berechtigt, daß diese großartige Fortbildung des Völkerrechtes auch zum Heile der Menschheit gelingen werde.

Aber es kam völlig anders. Über die Errichtung, Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren des Prisenhofes hatte man sich geeinigt, über die Besetzung

Digitized by Google

in fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Aber ungelöst blieb die oberste Frage, die geradezu die Daseinsfrage für den obersten Weltgerichtshof war: nach welchem Rechte die Gerichtsbarkeit dieses Gerichtshofes ausgeübt werden solle?

Die Hoffnung, daß durch die Verhandlungen über das materielle Seekriegsrecht diese Frage wenigstens in der Hauptsache beantwortet werden würde, war nicht erfüllt worden, über zahlreiche Einzelheiten zwar hatte man, wie oben angegeben, eine vertragsmäßige Einigung erzielt; aber die großen Fragen des Seekriegsrechtes: Beuterecht, Konterbande, Blockade waren ungelöst geblieben, und die Gegensätze der Anschauungen hatten sich als unüberwindlich erwiesen. Die Folge davon war, daß die über das vom Prisenhof anzuwendende Recht in die Konvention aufgenommene Vorschrift: der Prisenhof solle mangels von Staatsverträgen und „allgemein anerkannten" Regeln des internationalen Rechtes entscheiden „nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit" (Artikel 7), als völlig unzureichend empfunden werden mußte. Aus diesem Grunde fand das Prisenhofabkommen von keinem Staate die Ratifikation.

Um nun das große Werk nicht vollständig scheitern zu lassen, einigten sich England und Deutschland dahin, demnächst eine neue kleinere Konferenz in London über die Fragen des materiellen Rechtes abzuhalten. Welcher Art die hierüber zwischen Deutschland und England gepflogenen Verhandlungen waren, ist bis jetzt nicht bekanntgeworden. Die Konferenz fand in London vom 4. Dezember 1908 bis 26. Februar 1909 statt; an ihr waren nur folgende Staaten beteiligt: England, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Rußland, Japan, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Spanien und Holland.

Aus der Arbeit dieser Konferenz ging die vielbesprochene Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 hervor, welche im Zusammenhang mit dem Haager Konferenzabkommen nunmehr einen ziemlich vollständigen Kodex des Seekriegsrechtes und damit die feste Grundlage für den Weltprisenhof bot. Das große Werk schien gerettet und gesichert (über die Deklaration siehe besonders Hold v. Ferneck in Stier-Somlos Handbuch des Völkerrechtes, 4. Bd., 3. Abt., Stuttgart 1914).

Nunmehr aber setzte in England die gegnerische Bewegung mit äußerster Schärfe ein. Die Deklaration wurde nicht ratifiziert, und die Prisenhofskonvention blieb demgemäß ein totes Wort. Auf das Schicksal, das die Deklaration im Weltkrieg hatte, ist hier nicht weiter einzugehen (s. hierüber Pohl, England und die Londoner Seerechtsdeklaration 1915).

Überblickt man diese ganze gewaltige Arbeit, die die zweite Friedenskonferenz und die ihr gefolgte Londoner Konferenz auf dem Gebiete des Seekriegsrechtes getan haben, so wird man gerechterweise anerkennen müssen, daß Deutschland in ihr die treibende Kraft war. Mit den ausgezeichneten Vorarbeiten Krieges ausgerüstet, kam Deutschland zur Konferenz; in hervor-

Digitized by Google

ragender Weise wurden diese Vorarbeiten auf der Haager — hier in erster Linie durch Admiral Siegel — und dann auf der Londoner Konferenz — hier durch Kriege selbst — zur Geltung gebracht und so vorzüglich durch deutsche Arbeit ein völkerrechtliches Werk von ungeheurer Größe und Schwierigkeit geschaffen. Diese große deutsche Arbeit ist so gut wie ausschließlich das Verdienst Krieges, das die Geschichte der Wissenschaft des Völkerrechtes nicht wird vergessen dürfen, auch wenn dies Werk in dem furchtbaren Weltensturme, der wenige Jahre später ausbrach, vollständig unterging, und wenn es, worüber heute noch kein Urteil möglich ist, durch die Neugestaltung der internationalen Weltordnung infolge des Weltkrieges für die Zukunft vollkommen wertlos werden würde. Als die leitenden Gedanken dieser großartigen deutschen Arbeit auf internationalem Gebiete dürfen folgende drei Sätze bezeichnet werden: erstens die Überwindung der zahllosen wissenschaftlichen Streitfragen und der aus ihnen sich ergebenden Unsicherheiten und Schwierigkeiten der Praxis durch feste juristische Fassung von Rechtssätzen in völkerrechtlicher Vertragsform; zweitens Förderung der Humanität durch Beseitigung oder wenigstens möglichste Einschränkung der bisherigen, vielfach sehr barbarischen Mittel des Seekriegsrechtes, so besonders in der Frage des Beuterechtes und des Schutzes des neutralen Handels; drittens die angestrengteste Bemühung Deutschlands auf gemeinsames Vorgehen mit dem seegewaltigsten Staate, England, und aufrichtiges Bestreben, zu einem ehrlichen Ausgleich der Gegensätze mit der größten Seemacht der Welt zu gelangen. Daß diese leitenden Gedanken der deutschen Seerechtspolitik von den großen Ideen des Völkerrechtes, der Humanität und eines ehrlichen Friedenswillens getragen waren, wird kein gerecht denkender Beurteiler zu bestreiten imstande sein. Daß das ganze große Werk schließlich an der Weigerung Englands scheiterte, die Londoner Deklaration zu ratifizieren, ist zweifellos, und das Weltgericht der Weltgeschichte wird darüber seinen gerechten Spruch fällen, wenn auch nicht heute inmitten der unerhörten Verwirrung der Geister und Gewissen der Menschheit, so doch sicherlich in späterer, ruhiger Zeit. Der heftige diplomatische Kampf, den vor seinem Eintritt in den Weltkrieg Amerika gegen England über diese Fragen des Seekriegsrechtes führte, wird hiefür das reichste Makerial bieten und wird gleichfalls in der Geschichte der Menschheit nicht vergessen werden können.

Jedenfalls ist dieser Teil der Arbeiten der zweiten Friedenskonferenz ein unwiderleglicher Beweis für den Friedenswillen und das Verständigungsstreben, die den Kernpunkt der deutschen Politik zu jener wie zu allen Zeiten bildeten.

Digitized by Google

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

Darmstadt, 15. Juni (1867).

Um 10½ Uhr hatte ich den Besuch des russischen Ministers Fürsten Gortschakoff. Wir sprachen lange. Der Fürst versicherte, daß er von Paris die Gewißheit der Erhaltung des Friedens mitbringe. Er riet mir, uns vorerst mit Preußen auf möglichst gutem Fuß zu erhalten. Er meinte, wenn er Preuße wäre, würde er Bismarck eine Statue errichten helfen. Ich bemerkte, daß man dazu doch vorerst das Ende des zweiten Aktes des großen Dramas erwarten müsse. Ich dankte Gortschakoff für die erfolgreiche Unterstützung, die er Hessen im verflossenen Jahre während der Berliner Friedensverhandlungen geliehen habe. Ich erzählte ihm, daß ich einen Augenblick Angst gehabt hätte, als nämlich der General v. Manteuffel unverrichteter Sache von Petersburg zurückgekehrt sei und man geglaubt habe, Preußen werde nun weniger Rücksicht auf Rußland nehmen. Gortschakoff lachte und sagte, diese Besorgnis sei eine grundlose gewesen. Manteuffel habe übrigens zwei Briefe des Kaisers mit nach Berlin genommen, die man dort sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt habe. — Gortschakoff billigte, daß ich lieber ein Stück von Oberhessen geopfert als eine Entschädigung für das Ganze auf Kosten Bayerns angenommen habe. Er sagte mir noch, General v. Manteuffel habe in Petersburg eine Sache vertreten, die seiner eigenen besseren Überzeugung entgegen gewesen sei, und das habe man an seinem befangenen Auftreten gemerkt.

(Bei Kaiser Alexander.)

Ich dankte dem Kaiser nun für seine mächtige Verwendung bei den Friedensverhandlungen des verflossenen Jahres. Er sprach, viel entschiedener als Fürst Gortschakoff, mißbilligend von dem Verfahren Preußens. Ich erzählte ihm, Herr v. Savigny habe mir am Ende der Friedensverhandlungen bemerkt, daß man in Berlin Hessen sein Anlehnen an eine fremde Großmacht übelgenommen habe. Ich hätte ihm darauf erwidert, Hessen habe doch dadurch allein seine Provinz Oberhessen erhalten, übrigens verwiese ich ihn auf das Jahr 1807, wo ein größerer Staat als Hessen Rußland nicht allein eine Provinz, sondern seine ganze Existenz verdankt habe. Der Kaiser lachte, klatschte in die Hände und rief: „Bravo, bravo!“ Er fragte mich dann nach

Digitized by Google

dem Prinzen Ludwig und ob es wahr sei, daß derselbe sehr liberalen Gesinnungen huldige. Ich erwiderte, daß ich dies leider bejahen müsse. Der Prinz stehe ganz unter dem Einflusse seiner Gemahlin, die, eine echte Koburgerin und Tochter ihres Vaters, von den Grundsätzen erfüllt sei, die der verstorbene Herr v. Stockmar[1]) den Prinzen des Hauses Koburg eingeflößt habe. Prinz Ludwig habe keinen anderen Wunsch, als daß Hessen in den Norddeutschen Bund trete und sich somit mediatisieren lasse. Käme der Prinz einmal zur Regierung, so möge er mit seiner Krone machen, was er wolle. Solange aber der Großherzog regiere und ich ein Wort zu sagen hätte, würden solche Bestrebungen keinen Erfolg haben. Ich kennte nur Pflichten gegen den Großherzog und sein Land und hielte mich nicht für berechtigt, Utopien nachzujagen. Wir wurden hier durch eine Depesche unterbrochen, die der Kaiser empfing. Es war beinahe 1 Uhr, der Kaiser entließ mich, indem er mir die Hand reichte, mit dem Bemerken, es sei ihm ganz ungewohnt, in Darmstadt allein, ohne die Kaiserin zu sein.

Um 3 Uhr fuhr ich auf das Ministerium des Innern und von da nach Kranichstein,[2]) wo ein großes Diner stattfand.

Vor dem Diner promenierte ich eine halbe Stunde lang mit dem Fürsten Gortschakoff, der mich unter den Arm gefaßt hatte, in den Gängen des Schlosses auf und ab. Der Fürst fragte mich nach meinem Empfang bei dem Kaiser und nach meinen Beziehungen zu dem Prinzen Ludwig. Ich erzählte ihm von meiner jüngsten Korrespondenz mit dem Prinzen, die ihn sehr belustigte, namentlich lachte er, als ich ihm sagte, daß ich dem Prinzen geschrieben hätte, sein Vorwurf, unangenehme Wahrheiten nicht hören zu können, treffe mich nicht. Die mehr weiblichen Eigenschaften der Eitelkeit und Selbstüberschätzung seien mir fremd. Gortschakoff sagte mir, der Herzog von Nassau schätze seine Domänen auf einen Wert von 70 Millionen Gulden. Dafür habe ihm Preußen 62 Millionen geboten, während er 20 Millionen in Gold oder Gütern verlange. Graf Bismarck sei in solchen Dingen weit kulanter und anständiger als der König von Preußen, der um jede Million feilsche und handle. — Nach der Tafel sprach ich einen Augenblick mit dem Herzog von Nassau, der mir das nämliche sagte. Fürst Gortschakoff setzte sich nach beendigtem Diner zu mir in meinen Wagen, und wir sprachen auf der Rückfahrt noch über eine Menge von Dingen. Er meinte, er sei jetzt 70 Jahre alt und denke ernstlich an seinen Rücktritt. Ich machte ihm Komplimente über sein gutes Aussehen und über die Notwendigkeit, daß er die Geschicke zweier Weltteile auch noch ferner leite. Das letztere stellte er denn auch nicht in Abrede. Wir sprachen von Stuttgart. Er sagte mir, daß es russischem Einfluß zu danken sei, wenn Württemberg nicht die doppelte Summe an Kriegskostenentschädigung zu zahlen gehabt habe. Gortschakoff meinte, die

[1]) Christian Friedrich Freiherr v. Stockmar, 1787—1863, vertrauter Ratgeber der Familie Koburg.

[2]) Jagdschloß in der Nähe von Darmstadt.

Digitized by Google

Königin Olga sei in ihrem Auftreten Preußen gegenüber zu schroff gewesen. Sie hätte ihre Rückreise von Petersburg nach Stuttgart im Frühjahr 1866 nicht über Wien machen sollen. Hätte sie Berlin nicht berühren wollen, so hätte sie den Weg über Dresden wählen können. Dies letztere habe er ihr, obwohl vergeblich, geraten. Gortschakoff, dem ich meine letzte Unterhaltung mit dem Grafen Bismarck wegen der Möglichkeit eines Eintrittes des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund mitteilte, versicherte, daß Graf Bismarck von der Unmöglichkeit eines solchen Eintrittes ebensogut durchdrungen sei als ich. Spreche er öffentlich anders, so sei das nur eine Rücksicht auf die öffentliche Stimmung, aber nicht Bismarcks wahre Meinung. Ich möge auch nicht glauben, daß der Brief, welchen der Kronprinz von Preußen wegen Aufnahme des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund an den Prinzen Ludwig gerichtet habe, mit Vorwissen und Zustimmung Bismarcks geschrieben worden sei.

Gortschakoff meinte noch, die Preußen, welche nach dem kleinen dänischen Kriege unerträglich übermütig gewesen seien, seien trotz ihrer Siege in Böhmen sehr ernst und nachdenklich gestimmt und sprächen bescheidener als sonst. Sie hätten gelernt, was der große Krieg sei, und fürchteten denselben. Bismarcks Bravade, daß Preußen Frankreich die Spitze zu bieten imstande sei und sich um dessen Einsprache gegen Erweiterung des Norddeutschen Bundes nicht kümmere, sei nicht aufrichtig gemeint.

19. Juni.

Ich ging zum Grafen Görtz und zeigte demselben ein Telegramm des Grafen Bismarck, worin derselbe auf baldige Publikation der Verfassung des Norddeutschen Bundes anträgt. Ich bat, die Sitzung der Ersten Kammer, in welcher die norddeutsche Bundesverfassung und ihre Annahme für Oberhessen beraten werden solle, auf den 22. l. M. anzuberaumen, was Görtz auch zusagte. Derselbe sprach sich lebhaft für die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf das ganze Land aus. Als ich ihm entgegnete, daß das einer Mediatisierung des Großherzogs im übelsten Sinne gleichkäme, meinte er, der Großherzog sei doch bereits so gut als mediatisiert, namentlich durch die Militärkonvention. Ich widersprach dem mit dem Bemerken, die Militärkonvention sei allerdings ein Übel, aber von zwei zu wählenden Übeln das kleinste gewesen. Die kleineren deutschen Fürsten hätten seit dem Rheinbunde stets unter fremder Fahne marschieren müssen, aber man habe sie deshalb bisher nicht für mediatisiert gehalten.

21. Juni.

Morgens 9½ Uhr fuhr ich in eine Sitzung des zweiten Ausschusses der Ersten Kammer, in welcher Graf Görtz einen merkwürdigen Bericht zugunsten des Goldmannschen Antrages auf den Eintritt des ganzen Großherzogtums

Digitized by Google

in den Norddeutschen Bund vortrug. Ich bekämpfte den Görtzschen Bericht auf das lebhafteste.[1])

22. Juni.

Morgens 10 Uhr fuhr ich in eine Sitzung der Ersten Kammer, in welcher der Vorlage der Regierung wegen Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in Oberhessen zugestimmt wurde. Der Fürst v. Isenburg-Büdingen,[2]) Domkapitular Luft[3]) und der Graf v. Erbach-Fürstenau[4]) hielten starke Reden gegen die fragliche Verfassung.

1. Juli.

Ich berichtete morgens an den Großherzog und legte ihm die mit Preußen wegen des Postwesens abgeschlossene Übereinkunft vor.

17. Juli.

Um 1 Uhr besuchte ich den am Abende zuvor für den Landtag angekommenen Gesandten v. Gagern. Derselbe erzählte mir, daß Baron Beust auf den Krieg gegen Preußen hinarbeite. Gagern sprach mir von der stets wachsenden Spannung zwischen Österreich und Rußland.

20. Juli.

Morgens 10½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Ich bat ihn zunächst um Ernennung der Herren v. Bechtold und v. Starck[5]) zu Wirklichen Geheimen Räten, was er zusagte. Er erzählte mir dann von der ungehörigen Einmischung des Prinzen Ludwig in militärische Angelegenheiten und von dem tüchtigen Wischer, den er demselben dafür erteilt habe. Prinz Ludwig habe infolge davon um Verzeihung gebeten, aber auch Verlängerung seines Urlaubs nachgesucht. Dann sprachen wir von den politischen Aussichten. — Der Großherzog behauptete, durch den Feldzug des verflossenen Jahres der Mainarmee ziehe sich wie ein roter Faden der schlimme Einfluß des Obersten v. Schönfeld auf den Prinzen Alexander. Es scheine, als ob alle Ratschläge dieses Mannes darauf berechnet gewesen seien, zu hindern, daß das VIII. deutsche Armeekorps Erfolge erringe, nachdem die Österreicher die Schlacht von Königgrätz verloren gehabt.

31. Juli.

Mittags 12 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Grafen Larochefoucauld. Derselbe behauptete, im Kriege gegen Preußen müsse Österreich

[1]) Über diese Angelegenheit vgl. die Straßburger Dissertation von E. Götz: Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866—1871, S. 56 f. Übrigens wimmelt die Schrift von schiefen Urteilen.

[2]) Bruno Casimir Albert Emil Ferdinand, 1837—1906.

[3]) Gestorben 1870, katholischer Stadtpfarrer in Darmstadt.

[4]) Raimund Alfred Friedrich Franz, 1813—1874.

[5]) Karl Ernst August Rinck, Freiherr v. Starck, Präsident des Oberkonsistoriums und Mitglied des Staatsrats.

Digitized by Google

den Anfang machen und Frankreich nur als Alliierter eingreifen. Ich erwiderte, daß das Österreich nimmermehr tun werde, weil es stets fürchten werde, von Frankreich im Stiche gelassen zu werden, wenn Preußen dem letzteren eine Abfindung, etwa das linke Rheinufer, anbiete. Larochefoucauld meinte, Frankreich werde selbständig keinen Krieg anfangen. Das Risiko sei zu groß, auch wisse man, daß die deutschen Bevölkerungen, und namentlich auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden, den Franzosen abgeneigt seien. Larochefoucauld erzählte mir, der Großherzog von Baden sei bei seiner dermaligen Anwesenheit in Paris in den Tuilerien sehr schlecht empfangen worden.

Johannisberg, 13. August.

Morgens 9 Uhr 50 Minuten fuhr ich mit Dellchen per Eisenbahn nach Mainz und von da in einem Wagen durch das Rheingau auf den Johannisberg. Fürst und Fürstin Metternich empfingen uns höchst liebenswürdig. Wir schwatzten bis zum Diner auf der Terrasse. Ich sagte dem Fürsten, der Krieg sei für Österreich in diesem Augenblicke in der Tat nicht wünschenswert. Es gebe nur einen Fall, in welchem Österreich zu demselben drängen müsse, wenn nämlich ein preußisch-russisches Abkommen bestehe, auf die Zerstückelung Österreichs gerichtet. Der Fürst antwortete: „Daß ein solches Abkommen besteht, dafür haben wir Beweise in Händen.“ Ich bemerkte weiter, daß Österreich alle Ursache habe, in etwaigen Verabredungen mit Frankreich vorsichtig zu sein, denn Preußen werde, wenn es dem letzteren gegenüber ins Gedränge gerate, nicht unterlassen, sich durch die Anerbietung der Abtretung des linken Rheinufers mit demselben abzufinden und dann sich auf das isolierte Österreich zu werfen. Herr v. Wentzel habe mir das offen ausgesprochen.

29. August.

Morgens 10¾ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Derselbe erzählte mir von Salzburg und der dortigen Kaiserkonferenz,[1]) ohne mir aber etwas politisch Wichtiges mitteilen zu können. Er sagte mir, Kaiser Napoleon habe ihn nach Frankfurt und der dortigen Stimmung gefragt, sodann bemerkt, ob der Großherzog in Mainz noch die Zivilhoheit ausübe. Baron Beust habe ihm ironisch erzählt, Bismarck habe ihn, Beust, wissen lassen, daß er ihn liebe. Kaiser Napoleon habe gesagt, daß von Rußland wenig zu fürchten sei, weil die russische Regierung durch die inneren Verlegenheiten hinlänglich beschäftigt sei.

Der Großherzog sagte mir, er habe dem Kaiser Napoleon für den Fall eines kriegerischen Konfliktes sich, seine Familie und sein Land empfohlen. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß, wenn die Franzosen siegen sollten, Baden und seine Dynastie von der Landkarte verschwinden würden.

[1]) Zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Napoleon am 18. August.

Digitized by Google

30. August.

Um 3 Uhr kam der Geheime Legationsrat v. Wentzel und teilte mir eine Depesche, betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich, mit. Er versicherte, in der preußischen Armee herrsche die vollste Zuversicht über den guten Ausgang eines etwaigen Krieges mit Frankreich.

9. September.

Baron Thüngen sagte mir, der Großherzog habe ihm versprochen, den König von Bayern auf die Mängel in den bayerischen Zuständen aufmerksam zu machen. Der Großherzog habe hinzugefügt: „Ja, wenn ich Ihnen den Dalwigk einmal auf ein halbes Jahr leihen könnte, der würde schon Ordnung schaffen." Der Großherzog habe mich dann ungemein gelobt und gesagt, wie ich sein ganzes Vertrauen besäße, mit dem Zusatze, ein Fürst solle sich Minister wählen, die er kenne und denen er vertraue, dann aber dieselben gewähren lassen und sie nicht überall konterkarieren.

26. September.

Um 12½ Uhr ging ich zu dem Grafen Astorg, um demselben einen Auszug aus den Verhandlungen des Berliner Reichstages mitzuteilen. Der Abgeordnete Adalbert v. Rabenau hatte dort am 24. September den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund lebhaft befürwortet und bemerkt, ich hätte den Beschluß der Ersten Kammer der Hessischen Stände in dieser Beziehung durch die Versicherung herbeigeführt, daß ein Antrag auf Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund Preußen Verlegenheiten bereiten würde. Graf Bismarck hatte darauf erwidert, daß Preußen zu einer solchen von mir gemachten Unterstellung keinen Anlaß gegeben habe und daß er meine Versicherung nicht als zutreffend ansehen könne. Ich bat den Grafen Astorg, indem ich ihm ein Exemplar der Nationalzeitung, in welchem die fragliche Konversation abgedruckt war, zurückließ, die Sache bei seiner Regierung zur Sprache zu bringen und deren Erwägung anheimzugeben, inwieweit sie eine Überschreitung der Mainlinie und eine Annexion Süddeutschlands durch Preußen, für welche durch die offenbar vorher verabredete Konversation zwischen dem Herrn v. Rabenau und Bismarck ein weiterer Schritt gemacht sei, ruhig geschehen lassen wolle.[1])

Paris, 10. Oktober.

Um 11 Uhr holte mich Graf Enzenberg in die Exposition universelle ab. Ich machte ihm vorerst in seiner Wohnung einen Besuch. Dann gingen wir zusammen zu Fuß in die Ausstellung. Unterwegs erzählte mir Enzenberg vertraulich, er habe einen badischen Arbeiter, der einen Freund in den geheimen

[1]) Über diese Unterredung berichtete Graf d'Astorg am 28. September ausführlich an Moustier. Siehe Ollivier, l'Empire libéral, X, S. 47, und Götz a. a. O., S. 56. Der dort angegebene Zeitpunkt ist danach zu berichtigen.

Digitized by Google

Artilleriewerkstätten zu Paris besitze, veranlaßt, sich dort einzuschleichen und sich von den neuen Spritz- oder Revolverkanonen, welche Kaiser Napoleon dort ganz im geheimen anfertigen lasse, genaue Zeichnungen und Maße zu verschaffen. Diese Zeichnungen habe er, Graf Enzenberg, dem Grafen Goltz[1]) überbracht, welcher sie sofort nach Berlin befördert habe. Ich sprach Enzenberg mein lebhaftes Bedauern aus, daß er sich zu einem solchen Geschäft habe brauchen lassen. Er meinte, da die neuen Geschütze ja doch gegen Deutschland gebraucht werden sollten, habe er nur seine Pflicht getan. Ich erwiderte ihm, es handle sich nicht von einem Kriege von Deutschland, sondern von Preußen mit Frankreich, und er möge den Preußen es selbst überlassen, sich die französischen Waffengeheimnisse zu verschaffen. Jedenfalls seien Geschäfte solcher Art eines Gesandten nicht würdig.

12. Oktober.

Graf Enzenberg holte mich um 11 Uhr zu dem Minister Marquis de Moustier[2]) ab.

Marquis de Moustier empfing mich sehr artig, fast herzlich. Wir sprachen sehr bald Politik. Ich bemerkte, daß, wenn Preußen nach dem Siege von Sadowa sich die deutsche Kaiserkrone aufgesetzt hätte, ohne zu Annexionen zu schreiten, die deutsche Frage erledigt wäre. Alle Parteien und somit Deutschland würden dann beruhigt gewesen sein. Die passende Verfassung für Deutschland sei eine föderale. Preußen aber, indem es sich lediglich vergrößert und an der Mainlinie stehen geblieben, habe etwas Unhaltbares geschaffen. Es fühle das wohl und dränge deshalb Hessen, mit seinen beiden südlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund zu treten, um dadurch die übrigen süddeutschen Staaten zur Nachfolge zu bestimmen. Moustier sagte, es sei leider im verflossenen Jahre im entscheidenden Momente der Kaiser Napoleon krank gewesen. Er, Moustier, aber sei erst am 1. Oktober in sein jetziges Amt eingetreten. Drouin de Lhuys, statt auf die Bitten von Bayern und Württemberg um Vermittlung einzugehen, habe statt dessen, dans un moment d'erreur, von Preußen Kompensationen verlangt, die abgelehnt worden seien, und dadurch seinen Einfluß verscherzt. Infolge davon hätten Bayern und Württemberg ihren Frieden mit Preußen gemacht. Das sei dann der Grund von Drouins Rücktritt gewesen. Wie die Sachen jetzt stünden, könne Frankreich, um kleiner Ursachen willen, keinen Krieg anfangen und dadurch Preußen Veranlassung geben, an das deutsche Nationalgefühl zu appellieren. Ein großer Fehler, den Frankreich im verflossenen Jahre gemacht, sei auch der gewesen, den Prager Frieden nicht mit zu unterzeichnen, um dadurch auch formell das Recht zu erwerben, bezüglich seiner Ausführung ein Wort mitzureden. Sodann hätte man die Bildung des Süddeutschen

[1]) Robert Heinrich Ludwig Graf v. d. Goltz, 1817—1869; war 1862 Botschafter Preußens in Petersburg, seit 1863 in Paris.

[2]) Lionel Marquis de Moustier, französischer Minister des Auswärtigen.

Digitized by Google

Bundes obligatorisch machen sollen, während dieser Bund jetzt durch die Eifersüchteleien Bayerns und Württembergs unmöglich geworden sei. Die Politik des Herrn Thiers sei allerdings nicht die der jetzigen französischen Regierung. Man wolle sich nicht dadurch kräftigen, daß man die benachbarten Staaten schwach erhalte, sondern die Stärke müsse Frankreich in sich selbst suchen (nous ne cherchons pas notre force dans la faiblesse des autres, mais dans nous mêmes). Die törichten Provokationen der preußischen Presse betrachte man wie kleinliche Beleidigungen, die einem alten erprobten Duellanten zugefügt würden und die derselbe, gestützt auf seinen Ruf, nur verachte. Ich bemerkte, daß Hessen sich auf einem vorgeschobenen Posten befinde, den es ohne die, wenigstens moralische, Unterstützung Frankreichs und Österreichs nicht halten könne. Preußen verlange nicht direkt unseren Eintritt in den Norddeutschen Bund, aber es bereite uns alle möglichen Schwierigkeiten, um uns zu zwingen, diesen Eintritt selbst zu erbitten. Marquis de Moustier erwiderte: „Nous le savons bien, le Nord de l'Allemagne n'a pas pu entrer dans le Sud, maintenant on veut forcer le Sud d'entrer dans le Nord." Wir sprachen weiter von Österreich. Marquis de Moustier fragte, ob ich glaube, daß Baron Beust seine Aufgabe lösen werde. Ich entgegnete, daß Beust der einzige sei, der das vielleicht könne. Er habe die enormen Fehler seiner Vorgänger wieder gutzumachen. Österreich als Ganzes sei eine politische Notwendigkeit. Die Ungarn, Dalmatier, Polen und Böhmen, die dies verkennten, seien schlechte Politiker. Hörten sie auf, Österreicher zu sein, so fielen sie unter russische oder italienische Herrschaft. Frankreich habe das größte Interesse, den Parteiführern in den verschiedenen österreichischen Kronländern gute Ratschläge zu geben, um nicht seine besten natürlichen Verbündeten im Orient zu verlieren. Wir kamen dann auf Rußland zu reden. Moustier sagte lächelnd, Fürst Gortschakoff glaube, daß Bismarck nach seinen Ratschlägen handle. Derselbe habe in Paris Korrespondenzen in diesem Sinne gezeigt. Ich erwiderte, daß, wenn jemals dem Fürsten Gortschakoff Beweise geliefert werden könnten, daß Bismarck auf ihn mit Ironie herabsehe, Rußlands ganze Politik sich ändern würde. Die altrussische Partei strebe nach dem Besitze von Konstantinopel. Moustier bemerkte, Kaiser Alexander habe in Paris die bündigsten Versicherungen gegeben, daß eine solche Absicht ihm fernliege. Ich erwiderte, das möge vom Kaiser aufrichtig gemeint sein, aber der Einfluß Gortschakoffs, der altrussischen Bestrebungen diene, sei überwiegend. Die altrussische Partei wolle die deutsche Dynastie, welcher der Kaiser Alexander angehöre, entfernen. Sie wolle die Schöpfungen Peters des Großen, die sie als ein Unglück für Rußland ansehe, vernichten. Da aber Rußland Häfen brauche, so müßten diejenigen, die Kronstadt aufgeben wollten, notwendig nach dem Besitze des Schwarzen Meeres und Konstantinopels streben. Kaiser Alexander sei Legitimist, er achte Recht und Verträge, er habe also die Ereignisse des verflossenen Jahres in Deutschland tief beklagt, noch mehr habe dies die Kaiserin getan, aber die orientalische

Digitized by Google

Frage habe dennoch in der Haltung Rußlands den Ausschlag gegeben. Ich bat den Marquis de Moustier, mich bei dem Kaiser Napoleon anzumelden, was er mir mit den Worten zusagte: „L'Empereur sera heureux de causer politique avec vous." Ich machte hierauf mit Enzenberg Besuche bei den Botschaftern Graf Goltz und Baron Budberg, die beide beim Frühstück waren und nicht empfingen.

15. Oktober.

Ich fuhr zur Königin der Niederlande,[1]) die mich um 6½ Uhr abends zur Audienz befohlen hatte. Sie wohnt in der Rue de l'Elysée im Kaiserlichen Pavillon 4. Im Vorzimmer waren nur Bediente, kein Kavalier, auch wurde ich durch einen Lakaien so einfach angemeldet, als wäre man im Hause eines Privatmannes. Die Königin empfing mich äußerst liebenswürdig. Sie sagte mir, daß sie mich noch von einem landwirtschaftlichen Feste in Stuttgart her kenne, und ließ mich in einem Fauteuil, ihr gegenüber, sitzen. Sie sprach, obgleich sie ganz heiser war, doch lebhaft von Politik. Sie klagte bitter, daß Rußland im verflossenen Jahre sich neutral gehalten habe. Sie schien erstaunt, als ich ihr sagte, daß wir russischer Verwendung die Erhaltung unserer Provinz Oberhessen verdankten. Die Königin hatte geglaubt, daß englischer Einfluß, mit Rücksicht auf die Prinzessin Alice, dies bewirkt habe. Ich war in der Lage, ihr diesen Glauben vollständig zu nehmen. Die Königin sagte, der König Wilhelm von Preußen sei viel schlechter als sein Minister Bismarck. Sie verlangte zu wissen, weshalb unser Prinz Alexander im verflossenen Jahre untätig in Frankfurt stehengeblieben sei. Sie erzählte ferner, der Großherzog von Baden habe in Paris dem Prinzen Napoleon gesagt, er werde sich glücklich schätzen, seine Krone gegen einen Sitz im norddeutschen Parlamente zu vertauschen.

20. Oktober.

Um 1¾ Uhr fuhr ich nach St. Cloud, wohin mich der Kaiser Louis Napoleon zur Audienz beschieden hatte. Der Kammerherr Comte d'Ayguesvives führte mich ein.

Der Kaiser sah matt und angegriffen aus. Er reichte mir die Hand und ließ mich neben sich sitzen. Er begann: „Eh bien! Mr. de Dalwigk, comment est la situation en Allemagne?" Ich richtete zunächst die mir vom Großherzog aufgetragenen Empfehlungen aus und fuhr fort: „Votre Majesté veut-elle me permettre de parler avec toute la franchise qui répond aux sentiments dévoués et sympathiques que je Lui ai voués depuis si longtemps?" Der Kaiser antwortete: „Mais certainement." Ich sagte ihm dann, daß leider Frankreich im verflossenen Jahre große Fehler begangen habe. „La volonté suprème qui dirige les destinées de la France, a manqué,

[1]) Sophie, Gemahlin Wilhelms III., 1818—1877, Tochter König Wilhelms I. von Württemberg.

Digitized by Google

puis-que Votre Majesté a été malade, et ceux qui auraient dû Vous remplacer pour le moment, Sire, n'étaient pas à la hauteur de leur tâche." Ich nannte hier Herrn Benedetti, welchen dieser Vorwurf hauptsächlich treffe, und der nicht einmal auf die Mitunterzeichnung des Prager Friedens durch Frankreich geachtet habe. Er habe für Italien, aber nicht für Frankreich zu sorgen verstanden. Man hätte unter keinen Umständen den Süden Deutschlands sich selbst und seinen freien Entschließungen überlassen dürfen. Die damals gemachten Fehler würden aber schwer zu reparieren sein. Die Unsicherheit der deutschen Zukunft, der Wirrwarr in den Meinungen habe den höchsten Grad erreicht. Die wahre Volksstimmung im Süden und den von Preußen annexierten Provinzen sei entschieden antipreußisch, und man würde sich über eine zweite Schlacht von Jena freuen wie im Jahre 1806. Aber niemals dürfe Frankreich an eine Eroberung des linken Rheinufers denken. Eine solche Absicht würde schnell alle Parteien in Deutschland einigen und Herrn v. Bismarck die Kräfte der ganzen Nation zur Verfügung stellen. Der Norddeutsche sogenannte Bund sei eine lebensunfähige Schöpfung. Ich könne es verstehen, wenn man einem Fürsten zumute, sich mediatisieren zu lassen. Darin liege wenigstens ein klarer Gedanke. Aber ihn aufzufordern, in den Norddeutschen Bund einzutreten, der ihm nur Pflichten auflege und keine Rechte gewähre, heiße von ihm verlangen, daß er den Prokonsul für Preußen mache, daß er sein Land für preußische Militärzwecke aussauge und sich somit entehre. Hätte der König Wilhelm sich nach der Schlacht von Sadowa in Frankfurt zum Deutschen Kaiser krönen lassen und von seinen Mitfürsten, statt eine Anzahl derselben zu entthronen, lediglich die für die Macht und das Ansehen der Kaiserkrone unerläßlichen Konzessionen verlangt, so würde jedermann in Deutschland zufrieden gewesen und ein fertiges Werk zustande gekommen sein. Jetzt frage jeder: „Et après?" Preußen mache Versuche, die Mainlinie zu überschreiten, aber um den Prager Frieden nicht direkt zu verletzen, in der Weise, daß es die süddeutschen Staaten zu veranlassen suche, selbst ihre Aufnahme in den Nordbund zu erbitten. Hessen befinde sich auf dem vorgeschobensten Posten, seine Stellung mit einer Provinz im Nordbunde und zwei Provinzen südlich vom Maine sei eine äußerst schwierige. Der Großherzog und seine Regierung setzten den preußischen Versuchen entschiedenen Widerstand entgegen, aber auf die Dauer sei das schwierig. Der Kaiser lächelte und sagte: „Votre chambre est très mauvaise," dann fragte er, indem er den Kopf wiegte und die Augen schloß: „Et combien de temps pouvez-vous encore resister?" Ich antwortete: „Deux à trois ans."

Der Kaiser fing von Baden zu reden an. Ich sagte ihm offen meine Meinung über dieses Land und seine Dynastie und setzte hinzu: „Je bénirai le moment, ou ce pays avec sa dynastie disparaîtra de la carte de l'Allemagne." Der Kaiser sprach dann von der bayerischen Politik und dem neuesten Programm des Fürsten Hohenlohe. Ich antwortete: „Le prince de Hohenlohe nous explique tout ce qu'il ne veut pas et quand il dit ce qu'il veut,

Digitized by Google

on trouve que c'est chose impossible." Der Kaiser sagte weiter: „Votre futur successeur ne partage pas les opinions du Grand-duc." Ich erwiderte, es sei ein trauriges Schauspiel, wenn ein deutscher Prinz seine Krone gegen einen Sitz im norddeutschen Parlament zu vertauschen wünsche. Es sei aber besonders die Gemahlin des Prinzen Ludwig, welche den Augenblick nicht erwarten könne, in dem es ihr vergönnt sei, ihrer preußischen Schwester die Schleppe zu tragen. Ich dankte dem Kaiser, nachdem wir aufgestanden waren, noch für die Zusendung seiner Geschichte Cäsars. Nachdem ich in den Hof des Schlosses gegangen war, um dort in den Wagen zu steigen, rief mir der Graf d'Aygues-vives aus einem Fenster des rechten Seitenflügels zu, ich möge wieder heraufkommen, die Kaiserin wolle mich ebenfalls empfangen. Ich ging also rasch die Treppe herauf und fand bei der Kaiserin die liebenswürdigste Aufnahme. Sie ließ mich in einem Fauteuil neben sich sitzen und sprach, nachdem ich ihr die Empfehlungen des Großherzogs ausgerichtet und sie sich nach dessen Befinden erkundigt hatte, sofort Politik. In ihr war anderes Leben, andere Energie, als in dem sehr müden, erschöpften Kaiser. Ich resümierte ihr meine Ansichten dahin: Preußen, ein ehrgeiziger, eroberungssüchtiger Staat, sei, wenn auch an Seelenzahl Frankreich noch nicht gleich, doch durch seine militärische Organisation ein gefährlicher, stets drohender Nachbar der angrenzenden Staaten. Früh oder spät werde ein Krieg Frankreichs mit Preußen unvermeidlich werden. Wünschen könne einen solchen Krieg niemand, der menschliches Gefühl besitze. Aber die Umstände seien mächtiger als Wünsche. In diesem Falle möge nun Frankreich niemals die Rheingrenze auf seine Fahne schreiben, denn das würde das Signal zu einer allgemeinen Volkserhebung in Deutschland sein, während Preußen dermalen außerhalb seiner Grenzen nirgends Sympathien besitze. Auch würde Frankreich, im Falle einer Eroberung der Rheinlande, nur unzufriedene, feindlich gesinnte Untertanen erwerben, die ihm stets Verlegenheiten bereiten würden. Im verflossenen Jahre habe man in Frankreich große Fehler begangen, die hauptsächlich Herrn Benedetti zur Last fielen. Ich entwickelte meine Gründe. Die Kaiserin gab alles zu. Sie meinte aber, Frankreich habe im Falle eines Krieges mit Preußen den großen Vorteil, de pouvoir agir avec ses forces moyennes, tandis que la Prusse serait obligée de mettre toutes ses forces en action, que la France pourrait developper toujours de nouvelles ressources, tandis que la Prusse serait bientôt épuisée.

Die Kaiserin sprach so gut und ihre Ansichten waren so konservativ, daß ich ihr wiederholt sagte, wie erfreut ich sei, solche Worte aus ihrem Munde zu hören, und wie ich jeden ihrer Sätze zu unterschreiben bereit sei.

Die Kaiserin fragte auch, ob ich Bismarck für einen Staatsmann halte. Ich antwortete, so wenig als ein Spieler, der ein ihm anvertrautes Vermögen auf eine Karte setze und damit gewinne, in meinen Augen ein guter Verwalter sei. Der echte Staatsmann müsse schaffen, was befriedige und Dauer verspreche. Das habe Bismarck nicht getan. Ich fügte hinzu, que

Digitized by Google

malgré les belles paroles nulle part la France et la dynastie de l'Empereur Napoléon était haï comme à Berlin. Ich schloß damit, der Kaiserin zu sagen: „Méfiez Vous toujours et partout de la Prusse." Ich kam um 5 Uhr nach Paris zurück.

21. Oktober.

Ich fuhr um 11 Uhr mit Enzenberg zu dem bayerischen Gesandten v. Perglas,[1]) der mir nicht den Eindruck eines sehr begabten Mannes machte. Er meinte, nach demjenigen, was Preußen bereits konzediert sei, sei der Eintritt in den Norddeutschen Bund nur ein unbedeutender Schritt weiter. Ich sagte ihm meine Gründe, weshalb ich diese Ansicht nicht teilen könne.

22. Oktober.

Kommerzienrat Fink teilte mir folgendes im engsten Vertrauen mit:

Ein bei der Ausstellung beschäftigter badischer Arbeiter, Namens Fischer, ein intelligenter junger Mann, habe in den französischen geheimen Artilleriewerkstätten Verbindungen und habe sich mit Vorwissen des badischen Kommissärs, Herrn Molitor, und des Grafen Enzenberg Zeichnungen und Maße von den dort unter größter Geheimhaltung verfertigt werdenden neuen Spritzkugelgeschützen verschafft. Diese Zeichnungen habe Graf Enzenberg dem Grafen Goltz zugestellt in der eigentümlichen Ansicht, daß dadurch der Krieg verhindert werden könne. Graf Goltz habe sofort den Fischer veranlaßt, Paris zu verlassen, sich nach Berlin zu begeben und dort die Zeichnungen, sowie einen eigenhändigen Brief des Grafen Goltz an den Grafen Bismarck, dem letzteren zu übergeben. — Fischer sei abgereist und habe den Weg nach Berlin über Karlsruhe genommen, um dort seine Regierung von der Sache zu informieren. — Molitor aber sei in großer Angst, weil er Anzeichen zu haben glaube, daß die französische Regierung von der Sache Wind bekommen habe. Ich dankte Fink für seine Mitteilung, ohne ihm zu sagen, daß Enzenberg mir bereits in unglaublicher Naivität davon gesprochen habe. Ich gab aber Herrn Fink zu, daß Enzenberg schwer gefehlt habe, daß der leiseste Verdacht, der sich bei der französischen Regierung gegen ihn erhebe, ihn seinen Posten kosten und die Großherzogliche Regierung in die unangenehmste Verlegenheit setzen werde. Vorerst müsse man aber schweigen, weil ein diesseitiges Einschreiten gegen Enzenberg, ohne ostensible Veranlassung, die preußische Regierung verletzen würde.

24. Oktober.

Wir fuhren zuerst nach dem Palais de l'Elysée und schrieben uns dort bei dem Kaiser Franz Joseph sowie bei den Erzherzögen Karl Ludwig[2]) und Ludwig Viktor[3]) ein. Dann fuhren wir zum Diner bei dem preußischen

[1]) Maximilian Joseph Freiherr Pergler v. Perglas.
[2]) 1833—1896. Bruder Kaiser Franz Josephs.
[3]) Geboren 1842, Bruder Kaiser Franz Josephs.

Digitized by Google

Botschafter Grafen Goltz, der mich mit einer gewissen Herzlichkeit empfing. Es waren außer uns der Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Pommer-Esche, der Generalleutnant v. Blumenthal[1]) 2c., und ein Herr v. Brauchitsch, Kammerherr des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, anwesend. Mit dem letzteren sprach ich lange und sagte ihm offen, daß König Wilhelm im verflossenen Jahre die deutsche Kaiserkrone hätte annehmen sollen, statt andere Fürsten zu entthronen.

26. Oktober.

In der Ausstellung suchte ich zunächst den Kommerzienrat Fink auf und erfuhr von demselben, Baron Beust sei im Hause. Ich fand denselben in dem Gebäude der österreichischen Ausstellungskommission in den Anlagen, wo er mit mehreren Herren frühstückte. Der österreichische Industrielle Wertheimer übernahm es, ihm zu sagen, daß ich da sei. Beust kam gleich heraus, wir umarmten uns und verabredeten ein weiteres Rendezvous auf 2 Uhr. Beust erzählte mir, Kaiser Napoleon habe in Salzburg Österreich das südliche Deutschland angeboten, wenn man ihm das linke Rheinufer überlassen wolle. Er, Beust, habe darauf erwidert, solange der Kaiser Franz Joseph noch 8 Millionen deutscher Untertanen habe, könne er nie ein Erbieten annehmen, welches die Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich bezwecke. Ich sagte Beust, daß niemand ihm mit größerer und herzlicherer Teilnahme in der Ausführung seines großen Werkes folge als ich. Er werde auch zum glücklichen Ziele gelangen, wenn er das Vertrauen seines Kaisers behalte. Beust antwortete: Er besitze das Vertrauen seines Kaisers, der Kaiser habe die seltene Eigenschaft, seinen Ministern ihre Popularität nicht zu mißgönnen. Selbst zu den jubelnden und donnernden Eljenrufen in Pest, welche ihm, Beust, zuteil geworden, welche die an den Kaiser selbst gerichteten Rufe übertroffen hätten und so stark gewesen seien, daß sein Pferd gescheut habe, habe ihm der Kaiser lächelnd Glück gewünscht mit dem Zusatze, daß so etwas noch nie einem österreichischen Minister passiert sei. Wir sprachen vom Feldzuge des verflossenen Jahres. Beust sagte, Pfordten, für den man immer noch ein Stück alter Anhänglichkeit bewahrt habe, habe damals geradezu Verrat geübt. Hätte Bayern damals seine Armee mit der österreichischen vereinigt, so würde die Schlacht von Königgrätz nicht verloren worden sein. Von Sachsen bemerkte Beust, es lasse sich dort noch vieles machen, aber dazu gehörten andere Leute, als die jetzt am Ruder stehenden. Ein Beust der Zweite mangele Sachsen. Ich bat Herrn v. Beust, die Bestrebungen Hessens auf Wahrung der Mainlinie zu unterstützen. Er sagte mir, bei der Zusammenkunft in Ems habe der König von Preußen dem Kaiser Franz Joseph erklärt, er werde, solange er lebe, den Prager Frieden getreulich halten und den Main nicht überschreiten.

[1]) Bernhard Graf v. Blumenthal, 1810—1900; war 1866 Chef des Generalstabs der II. Armee, 1870 Generalstabschef der III. Armee.

Digitized by Google

28. Oktober.

Ich frühstückte mit Enzenberg bei dem russischen Restaurant. Nachher fuhren wir zum Grafen Goltz. Derselbe hatte kurz vorher den Besuch des Baron Beust gehabt und war von dessen verständigen Auffassungen sehr befriedigt. Ich sprach mich natürlich im friedlichsten und versöhnlichsten Sinne aus und sagte, daß ich in Paris überall offen erklärt hätte, ein Angriff Frankreichs auf das linke Rheinufer würde in Deutschland alle politische Parteien zu dessen Verteidigung vereinigt finden. Ich fügte hinzu, daß bei dem politischen Ruf, den ich mit Recht oder Unrecht nun einmal hätte, eine solche Erklärung meinerseits hier mehr Eindruck machen werde, als wenn sie vom Grafen Goltz ausgehe. Goltz erzählte mir noch, Beust habe ihm noch von einer Verständigung in der deutschen Angelegenheit gesprochen. Er sei ihm ins Wort gefallen und habe gesagt: „Sie meinen ein provisorisches Definitivum." Beust habe sich mit dieser Idee einverstanden erklärt.

Abends: Bankett im Stadthause.

Nach dem Diner unterhielt ich mich eine Zeitlang mit dem Fabrikanten Wertheimer von Wien und promenierte dann durch die weiten Säle des Stadthauses. Ich besah aus den inneren Fenstern die prachtvolle Cour d'honneur. Der Anblick war feenhaft.

Ich stellte mich dann in einem Zimmer und an einer Türe auf, durch welche die Majestäten beim Verlassen ihres reservierten Salons passieren mußten. Nach einer Viertelstunde kam der fürstliche Zug. Dann kam Baron Beust, der mich um eine Unterhaltung bat. Wir setzten uns in einer einsamen Galerie nieder. Beust begann von seiner Unterredung mit dem Grafen Goltz zu sprechen. Ich antwortete, daß Goltz mir davon gesagt und erwähnt habe, daß von ihm ein provisorisches Definitivum vorgeschlagen worden sei. Beust meinte, man solle diesen Vorschlag nicht von der Hand weisen. Ich erwiderte, theoretisch laute die Sache ganz gut, aber praktisch sei dieselbe schwer ausführbar. Ich könne mir nicht recht denken, wie man am gegenwärtigen Zustande ändern könne, ohne neue Verwicklungen herbeizuführen. Am besten sei es, die Dinge in statu quo zu lassen und abzuwarten. Wir würden in Hessen, wenn Österreich damit einverstanden sei, jeden Versuch Preußens, die Mainlinie zu überschreiten, abweisen. Drei Jahre lang könnten wir schon aushalten. Beust wurde warm und sagte: „Gut, warten wir einige Jahre. Wenn erst unsere Armee reorganisiert ist, werden wir eine andere Sprache führen." Wir trennten uns, weil er seinem Kaiser folgen mußte.

Darmstadt, 9. November.

Prinz Karl war sehr herzlich. Ich richtete die Empfehlungen aus, welche mir die Königin der Niederlande für ihn und die Prinzessin Karl aufgetragen hatte. Dann erzählte ich ihm von meinem Aufenthalte in Paris, unter anderem, daß Kaiser Napoleon mir gesagt habe: „Votre futur successeur n'est pas dans les idées du Grand duc." Der Prinz seufzte und klagte über den Einfluß

Digitized by Google

der Prinzessin Alice auf seinen Sohn. Ich sagte, die Reisen des Prinzen und der Prinzessin Ludwig nach Karlsruhe und Koburg an die Höfe von notorischen Verrätern hätten einen sehr schlimmen Eindruck gemacht. Ich erzählte die Äußerung, welche der Großherzog von Baden in Paris gegenüber dem Prinzen Napoleon getan, und welche mir die Königin der Niederlande mitgeteilt hatte. Ich setzte hinzu, daß solche Ideen bei einem Fürsten begreiflich seien, dessen Dynastie nicht mehr als 40 Jahre zähle, aber nicht bei einem Fürsten, dessen Geschlecht 800 Jahre lang auf dem Thron von Hessen gesessen habe. Ich sagte ferner, daß ich zu alt sei, um die Ansichten von Pflicht und Treue zu ändern, die meine Familie seit so vielen Jahrhunderten im Dienste des Hauses Hessen geleitet hätten. Der Prinz bemerkte etwas von jungen Leuten, die mit dem Strome schwämmen.

11. November.

Graf Astorg las mir eine Zirkulardepesche seiner Regierung vom 9. l. M. vor, in welcher gefragt wird, ob Hessen sich an einer Konferenz zur Ordnung der römischen Angelegenheit beteiligen wolle. Ich antwortete bejahend, indem diese Angelegenheit nicht bloß die religiösen Interessen der Katholiken und des Papstes, sondern auch die konservative Sache im allgemeinen nahe berühre.

Als ich nach Hause kam, erwartete mich Graf Astorg bereits, um mir den Bericht zur Beurteilung vorzulesen, den er infolge unserer Unterhaltung an diesem Morgen nach Paris zu erstatten beabsichtigte. Ich bemerkte ihm dabei, daß ich wenig Hoffnung für das Zustandekommen der Konferenz hätte, da England, Rußland und Italien, wahrscheinlich auch Preußen, welches möglichst Hand in Hand mit Italien gehe, um sich dessen Bundesgenossenschaft in einem Kriege gegen Frankreich zu sichern, dieselbe schwerlich beschicken würden.

13. November.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des von Berlin zurückgekehrten preußischen Gesandten v. Wentzel. Derselbe erzählte mir von dem unerwarteten Tode seines 72jährigen Vaters und berührte dann wieder den Eintritt Hessens in den Norddeutschen Bund. Ich sagte ihm wiederholt, daß die Rücksicht auf die Kosten und bestimmt formulierten Bedenken Österreichs gegen einen solchen Schritt für uns Hindernisse seien.

Ich bemerkte ebenso ausführlich, daß im verflossenen Jahre Graf Bismarck, wie Herr v. Savigny, sich aus verschiedenen Gründen gegen den Eintritt der beiden südlichen Provinzen Hessens in den Nordbund ausgesprochen hätten. Dazu komme, daß der König von Preußen dem Kaiser Franz Joseph bei der Zusammenkunft in Oos unaufgefordert erklärt habe, er werde, solange er lebe, den Prager Frieden getreulich beobachten und den Main nicht überschreiten.

Herr v. Wentzel wollte die Richtigkeit dieser Tatsache bestreiten. Ich beharrte aber dabei.

Digitized by Google

20. November.

Um 1 Uhr erschien der am Abend zuvor von München angekommene k. k. österreichische Gesandte Graf Trautmannsdorf, mit dem ich eine lange politische Konversation hatte. Er meinte, Fürst Hohenlohe habe in bezug auf sein Verfahren wegen Annahme der verschiedenen Verträge mit Preußen nur Lob verdient. Die Erste bayerische Kammer habe mit ihrem Widerstande gegen die Annahme des Zollvertrages einen Fehler begangen. Sie habe etwas versucht, was sie ja doch, nachdem die Zweite Kammer dem Vertrage zugestimmt, nicht hätte durchführen können. Fürst Hohenlohe sei nach und nach auf einen ganz korrekten Standpunkt gekommen und verdiene volles Vertrauen. Die Reise des Kaisers Franz Joseph von Paris zurück über Karlsruhe, Stuttgart und München habe den Zweck gehabt, den dortigen Regierungen die Gewißheit zu geben, daß jeder Schritt weiter zum Anschluß an Preußen unbedingt von Frankreich als Kriegsfall werde behandelt werden. Auch sei Varnbüler fest entschlossen, nicht mehr nachzugeben, als bereits zugestanden sei. Österreich wünsche lediglich die Erhaltung des Friedens und werde sich in diese Angelegenheiten nicht weiter mischen.

Ich verhehlte dem Grafen Trautmannsdorf nicht, daß ich mit seinen Ansichten über das Verfahren Hohenlohes nicht überall einverstanden sei und daß die dermalige unbedingte Friedensliebe Österreichs doch wohl nur so lange dauern werde, als sein Heer nicht vollkommen reorganisiert sei.

Um 3¾ Uhr war der Erzherzog Ludwig Viktor von Österreich, der auf der Reise nach Spanien begriffen ist, in Darmstadt angekommen, versehen mit Aufträgen des Kaisers für den Großherzog.

21. November.

Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel. Derselbe teilte mir mit, Graf Bismarck habe erfahren, daß ich verschiedentlich, zuletzt dem Grafen Goltz in Paris gegenüber geäußert hätte, Hessen habe seinerzeit den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit seinen drei Provinzen angeboten, dieser Vorschlag sei aber von Preußen abgelehnt worden. Diese Behauptung sei unrichtig. Ich hätte nie den unbedingten Eintritt angeboten, Preußen denselben also auch nicht ablehnen können. Graf Bismarck werde genötigt sein, infolge verschiedener an ihn ergangener Anfragen öffentlich zu konstatieren, wie sich die Sache verhalte. Ich hätte nur einmal in einer in Berlin geschriebenen Note den Eintritt in den Norddeutschen Bund unter der Voraussetzung angeboten, daß dadurch die Integrität des großherzoglichen Gebietes gewahrt bleibe, eine Bedingung, die man nicht habe erfüllen können. — Ich erwiderte Herrn v. Wentzel, daß allerdings seinerzeit mein fraglicher Antrag nicht pure gemacht worden sei, aber Graf Bismarck habe denselben nicht aus diesem Grunde abgelehnt, sondern ausdrücklich um deswillen, weil Frankreich bereits eifersüchtig und mißtrauisch genug sei und man ihm keinen weiteren Anlaß zu Mißtrauen geben dürfe. Herr v. Savigny, dem ich eben-

Digitized by Google

falls davon gesprochen hätte, wie wünschenswert eine Vereinigung von ganz Deutschland in einem Bunde sei, habe mir erwidert: „Wir wollen eine solche Ausdehnung dermalen nicht, wir wollen nicht mehr, als worauf wir die Hand legen können."

Wolle nun Graf Bismarck, so fuhr ich fort, öffentlich erklären, daß ich den Eintritt von ganz Hessen in den Norddbund nicht pure angeboten hätte, so entspreche eine solche Erklärung allerdings dem Wortlaut meiner Berliner Note. — Aber ebenso wahr sei, daß durch die mir in der Nacht vom 9. August v. J. vom Grafen Bismarck und durch die später von Herrn v. Savigny abgegebenen Erklärungen jede Aussicht auf Aufnahme ganz Hessens in den Norddeutschen Bund aus ganz anderen Gründen, als weil meine Offerte nicht pure erfolgt gewesen, abgeschnitten worden sei. Wolle Graf Bismarck die von ihm angekündigte Erklärung öffentlich abgeben, so würde ich keineswegs meine vertraulichen Unterhaltungen mit ihm als Mittel zu meiner Rechtfertigung benutzen. Ich würde dieselben nicht veröffentlichen, denn ich hätte es von jeher bedauert, wenn man Meinungsverschiedenheiten einzelner Regierungen gegenseitig zum Gegenstande von Anschuldigungen in Journalen oder Kammerverhandlungen gemacht habe, wie das neuerdings Mode geworden sei. Eben deshalb müsse ich aber auch aufrichtig wünschen, daß Graf Bismarck den Gegenstand beruhen lasse. — Um 1½ Uhr machte ich dem Grafen Trautmannsdorf einen längeren Gegenbesuch. Derselbe ließ mich eine Depesche des Baron Beust vom 13. l. M., gerichtet an den österreichischen Gesandten in Berlin, lesen, die sich auf die von Paris aus an die Vertreter Österreichs über den Aufenthalt des Kaisers Franz Joseph in Paris gerichtete Depesche und über die Aufnahme, welche diese Depesche bei dem Grafen Bismarck gefunden, bezieht. Sodann gab mir Graf Trautmannsdorf eine an ihn gerichtete Depesche über die Gründe, welche den Kaiser Franz Joseph veranlaßt hätten, auf der Rückreise von Paris nach Wien Darmstadt nicht zu berühren. Da die Depesche in sehr verbindlichen Ausdrücken abgefaßt ist, so bat ich, sie mit nach Hause nehmen zu dürfen, um sie dem Großherzog vorzulegen. Graf Trautmannsdorf erzählte mir, daß man in München ganz offen die Abdankung des Königs Ludwig II. und die Ernennung des Prinzen Ludwig,[1]) ältesten Sohnes des Prinzen Luitpold, zum König diskutiere. Endlich sagte er mir, Österreich würde, im Falle des Ausscheidens Bayerns aus dem Zollverein, mit dem letzteren keinen Zollverein abgeschlossen haben. Er sei instruiert gewesen, dies in München zu erklären. Ich erwiderte, daß ich mir diese Entschließung nur aus dem maßlosen Friedensbedürfnisse Österreichs erklären könne.

23. November.

Morgens 10½ Uhr kam der Präsident des Kriegsministeriums, Generalmajor v. Grolmann, und teilte mir eine lange und sehr erbitterte Korre-

[1]) Geboren 1845, König von Bayern 1912—1918.

Digitized by Google

spondenz mit, welche er mit dem Prinzen Ludwig wegen der sofortigen Einführung der preußischen Militärorganisation und Dienstvorschriften im Großherzogtum geführt hatte.

General v. Grolmann beabsichtigt, den Oberst Hartmann nach Berlin zu senden, um sich dort mit dem preußischen Kriegsministerium über das einzuhaltende Verfahren zu verständigen. General v. Grolmann erzählte mir beiläufig, Prinz Ludwig habe eine durchgreifende Veränderung in der Besetzung aller Stellen im Kriegsministerium verlangt. Vergeblich habe er, General v. Grolmann, entgegnet, daß eine solche durchgreifende Veränderung gerade jetzt, wo es sich von weitgreifenden neuen Maßregeln handle, unmöglich sei, daß die ganze Maschine ins Stocken geraten würde, wenn man lauter neue, unerfahrene Arbeiter in die Geschäfte einführe. Der Prinz habe erklärt, er werde sich freuen, wenn einmal das ganze Kriegsministerium zu existieren aufhöre. Die diesseitigen militärischen Angelegenheiten könnten ebensogut von Berlin aus geleitet werden. Auf die Einwendung, daß Hessen ein konstitutioneller Staat sei und die oberste Militärbehörde den Ständen verantwortlich sein müsse, habe der Prinz gar keine Rücksicht genommen. In seinem Ärger habe derselbe sogar den Schildwachen verboten, den Mitgliedern des Kriegsministeriums die militärischen Honneurs zu machen. Daher geschehe es jetzt, daß die Posten vor dem Kriegsministerialgebäude die Mitglieder dieses Ministeriums, wenn dieselben in das Gebäude gingen, salutierten, ihnen aber beim Herausgehen die Honneurs verweigerten, weil im letzteren Falle deren Eigenschaft als Mitglieder des Kriegsministeriums erkennbar sei.

26. November.

Um 3 Uhr empfing ich den preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine Depesche seiner Regierung vom 24. l. M. vorlas, worin die diesseitige Annahme der französischen Einladung zu einer Konferenz in der römischen Frage scharf getadelt wird. Ich antwortete, daß wir in einer anderen Stellung seien als Sachsen, daß wir, mit Rücksicht auf die unabhängige Stellung der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, gar nicht in der Lage gewesen seien, die Einladung pure abzulehnen, und daß ein Stellen besonderer Bedingungen einen Staat von der Größe Hessens nur lächerlich gemacht haben würde. Auch Württemberg und Bayern hätten schließlich die Einladung zur Konferenz unter Voraussetzungen angenommen, die ohne besondere Bedeutung seien. Es verstehe sich von selbst, daß Hessen, wenn die Konferenz überhaupt zustande käme, was ich noch immer bezweifle, sein Verhältnis zum Norddeutschen Bund und Preußen stets vor Augen haben werde und müsse. Insofern sei es ja aber für Preußen nur ein Vorteil, wenn es in der Konferenz eine Stimme mehr zur Verfügung habe. — Sollten, wie die Depesche unterstelle, möglicherweise aus der Konferenz europäische Verwicklungen hervorgehen können, so würde sicher Hessen dazu keine Veranlassung geben. Aber unter allen Umständen würde Hessen die Verpflich-

Digitized by Google

tungen erfüllen, welche ihm das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen auflege. Aus diesen Gründen sei die Annahme der fraglichen Einladung Frankreich gegenüber kaum mehr als ein Akt der Courtoisie gewesen. Für Preußen könne dieselbe, nach meiner Ansicht, nur eine nützliche und erwünschte, jedenfalls eine unbedenkliche sein.

1. Dezember.

Ich sprach mit dem Grafen Astorg über den Lärm, den Preußen wegen der diesseitigen Annahme der von Frankreich proponierten Konferenz schlage.

3. Dezember.

Morgens 11 Uhr, im Augenblick, in welchem ich in die Ministerialsitzung fahren wollte, kam der französische Generalkonsul Rothan[1]) von Frankfurt. Wir sprachen eine Viertelstunde lang von dem schroffen Tadel, welchen Graf Bismarck gegen die hessische Regierung wegen ihrer Annahme der französischen Einladung zu Konferenzen in der römischen Frage gerichtet habe. Ich bemerkte dem Herrn Rothan, daß dieser Tadel ebensogut ein Angriff gegen Frankreich als gegen Hessen sei.

5. Dezember.

Um 1½ Uhr hatte ich den Besuch des Grafen Beaulieu. Er erzählte mir, der spanische Gesandte Don Rancés habe seinerzeit den Grafen Bismarck gefragt, was er getan haben würde, wenn die Schlacht von Königgrätz verloren worden wäre. Bismarck habe geantwortet, für diesen Fall habe er zwei geladene Pistolen gehabt, um sich zu erschießen. Ich antwortete Herrn v. Beaulieu, daß diese Versicherung des Grafen Bismarck nicht aufrichtig gemeint sei. Er würde wahrscheinlich, wenn die Sachen bei Königgrätz schief gegangen wären, die Franzosen gerufen haben.

14. Dezember.

Morgens 10½ Uhr besuchte mich Graf Astorg und fragte mich um meine Meinung über die römische Frage und unsere Teilnahme an der projektierten Konferenz, welche letztere ich wiederholt zusagte. —

---

[1]) Georg Rothan, 1822—1890; war seit 1847 im französischen diplomatischen Dienst in Kassel, Frankfurt, Berlin und Brüssel; 1867 Generalkonsul in Frankfurt, 1868—1870 Generalbevollmächtigter bei den Hansastädten.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Theoretisches und Historisches zur politischen Tätigkeit des Feldherrn

Von

Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.

III

Man darf nach alledem wohl sagen: weder ein theoretisches System noch systematische Tendenzen sind nachweisbar als historische Grundlagen für die Inanspruchnahme eines diktatorischen Einflusses der obersten Heeresleitung auf die Politik im Kriege. Die jetzt viel innigere Verzweigung von Politik und Kriegführung jedoch, die gegenüber den Erfahrungen des bismarckischen Zeitalters bei einem Zusammenstoß der Völker Europas vorauszusehen war, nötigt doch wohl zu einem weiteren Blättern in den Lehrschriften der alten und neuen Kriegsschriftsteller. Man wird vor allen Dingen fragen, wie Graf Schlieffen, der langjährige Generalstabschef Kaiser Wilhelms II. zu dem hier behandelten Problem sich stellte. Seine Schriften lassen uns aber in dieser Hinsicht leider im Stich, so daß ein wissenschaftlich genügender Beweis mit Hilfe dieser Autorität nach keiner Richtung sich führen läßt. Aber General v. Bernhardi, der vielangefochtene „alldeutsche Kriegshetzer"? In seinem Buch „Deutschland und der nächste Krieg" schreibt er: „Es ist eine nur in beschränktem Sinne berechtigte Forderung, daß sich der Heerführer im Frieden wie im Kriege von aller Politik fernhalten soll. Kriegsminister und Generalstabschef müssen im Gegenteil über alle Schwankungen und Möglichkeiten der Politik auf dem laufenden erhalten, ja es muß ihnen sogar ein gewisser Einfluß auf die Politik zugestanden werden, damit sie ihre Maßnahmen den Bedürfnissen der Politik anpassen können und den Staatsmann zum Handeln wenigstens aufzufordern berechtigt sind, wenn die militärische Lage sich besonders günstig gestaltet." Das ist keine über den Rahmen des früher Gehörten hinausgehende Auffassung von Belang; sie gliedert sich ein in jenes von Verdy ganz scharf verlangte Maß von Zurückhaltung beim Feldherrn, der bei aller Einsicht und bei allem Mitsprechen doch nie selbständig Politik treiben soll. Danach wäre der Feldherr tatsächlich stets zu einer untergeordneten Rolle verurteilt, wenn nicht Clausewitz in den Skizzen zum achten Buch seines Werkes eine Stelle hätte, die mir für Beurteilung unserer obersten Heeresleitung im Weltkriege wichtig scheint. Sie lautet:

„Daß der politische Gesichtspunkt mit dem Beginne des Krieges ganz aufhören sollte, würde nur denkbar sein, wenn die Kriege Kämpfe auf Leben und Tod aus bloßer Feindschaft wären; wie sie sind, sind sie, wie wir oben gezeigt haben, nichts als Äußerungen der Politik selbst. Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den

Digitized by Google

Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß ein Instrument und nicht umgekehrt. Es bleibt also nur das Unterordnen des militärischen Gesichtspunktes unter den politischen möglich."

Beim Durchdenken dieser Sätze muß man sich vergegenwärtigen, daß für Clausewitz mit dem politischen Zweck des Krieges eigentlich immer eine positive Forderung verbunden ist, welche als Maß für die kriegerische Anstrengung um so mehr vorherrschen und selbst entscheiden soll, je gleichgültiger in kriegführenden Staaten sich die Massen verhalten. Andererseits ist er sich klar: „daß der Krieg und die Gestalt, welche man ihm gibt, hervorgeht aus augenblicklich vorherrschenden Ideen, Gefühlen und Verhältnissen; ja, wir müssen, wenn wir ganz wahr sein wollen, einräumen, daß dies selbst der Fall gewesen ist, wo er seine absolute Gestalt angenommen hat, nämlich unter Bonaparte." Die absolute Gestalt des Krieges ist aber der Theorie nach bekanntlich die eines Aktes der Gewalt, wobei es in der Anwendung derselben keine Grenzen gibt. Es fragt sich nun: war die seit August 1916 im Amt stehende oberste Heeresleitung berechtigt, in dem damals von ihr übernommenen Krieg einen „Kampf auf Leben und Tod aus bloßer Feindschaft", mit einem Wort, einen Daseinskampf zu sehen, der sie nötigte, auch ihrerseits zur Anwendung grenzenloser Gewalt zu schreiten und für diesen Zweck alles vorzubereiten, alles einzusetzen? Wird der erste Teil dieser Frage, wie ich nicht bezweifle, mit unbedingtem Ja beantwortet, so war theoretisch und praktisch ein Ausnahmefall vorhanden, für den nach Clausewitz das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen nicht zwar gefordert wird, aber doch als widersinnig nicht mehr gelten kann. Dieser Daseinskampf des deutschen Volkes fand nun aber auch noch weiterhin unter außerordentlichen Verhältnissen statt: nämlich innerhalb einer Koalition, und mußte gegen eine solche durchgeführt werden.

Wie denkt die neueste, weil entscheidende Theorie über das Verhältnis zwischen politischer und militärischer Leitung in Koalitionskriegen? Man wird sich da an das grundlegende Werk des Generals v. Blume halten dürfen. Für den Kampf innerhalb einer Koalition anerkennt dieser, „daß der militärischen Oberleitung die Hände durch politische Rücksichten in oft sehr empfindlicher Weise gebunden sind. Die Aufgabe, Reibungen zu überwinden, fällt trotz ihrer politischen Natur zum Teil der Heeresleitung unmittelbar anheim, aber diese ist hierbei doch an das Einvernehmen mit der politischen Leitung gebunden und deren Unterstützung bedürftig." Ferner wird gesagt: „Wer gegen eine Koalition Krieg zu führen hat, wird aus den einer solchen anhaftenden Schwächen nach Möglichkeit für sich Vorteile zu ziehen suchen. Das Hauptaugenmerk seiner politischen wie militärischen Leitung muß darauf gerichtet sein, die Spalten zu erkennen, welche der Mangel an Übereinstimmung bei den Gegnern offen läßt, und dahinein ihre Keile zu treiben. Die diplomatische Aktion wird hierbei sehr wesentliche Dienste leisten können, aber die Hauptrolle fällt der militärischen zu, nur daß politische Gesichtspunkte

Digitized by Google

für diese in weit höherem Maße ausschlaggebend sind, als in der Regel im Kriege zwischen zwei sich vereinzelt gegenüberstehenden Mächten. Was in letzterem Falle ein Fehler wäre, kann im Kampfe gegen eine Koalition die höchste Weisheit sein." Ich sehe nicht, wie selbst aus diesen Anschauungen ein selbstverständliches Überwiegen des militärischen Willens über den politischen hergeleitet werden könnte; es wird im Gegenteil den politischen Verhältnissen ein an sich nicht erwünschter Einfluß auf den Gang der Kriegshandlung bedingungsweise zuerkannt. Um sich dessen völlig zu vergewissern, braucht man nur zu Blumes im Jahre 1914 erschienenem Aufsatz „Feldherrntum" zu greifen, der ursprünglich als Schlußkapitel dem Buche über Strategie hatte angefügt werden sollen. Auch da wird natürlich auf die mannigfachen Wechselbeziehungen zwischen Politik und Kriegführung hingewiesen: „die politischen Verhältnisse nämlich bilden einen Hauptgegenstand der Erwägung beim Entwurf des Kriegsplanes, müssen aber auch im Verlauf des Krieges beständig im Auge behalten werden, können unter Umständen vom rein militärischen Standpunkte unzweckmäßig erscheinende Maßnahmen, hier ein von diesem Standpunkt nicht zu rechtfertigendes Wagnis, dort, dem militärischen Interesse widersprechend, Zurückhaltung oder die Anwendung diplomatischer Mittel erheischen. Da der Feldherr die Verantwortung für jeden seiner Entschlüsse selbst zu tragen hat, auch dann, wenn ihm etwa ein politischer Ratgeber zur Seite steht, so ist selbständige staatsmännische Einsicht eine Eigenschaft, die sein Beruf erfordert ... Am stärksten macht sich das Erfordernis politischer Einsicht bei Oberfeldherren wie bei Unterfeldherren in gemeinsamer Kriegführung mit Verbündeten und im Kriege gegen Koalitionen geltend. Und wenn heute auch der Telegraph erweiterte Möglichkeit zu fortlaufender Verständigung zwischen der politischen und militärischen Oberleitung bietet, so vermag doch auch er ebensowenig Mangel an staatsmännischer wie an militärischer Begabung eines Feldherrn zu ersetzen."

Überall und immer wieder also kommt lediglich das Verlangen nach politischer Einsicht beim Feldherrn im Interesse des militärischen Handelns zum Vorschein, nicht nach politischem Einfluß oder gar nach Beherrschung des Ganges der Politik durch ihn. Freilich bleibt noch eines zu berücksichtigen: da der Krieg ein Instrument der Politik ist, so hat auch die Regierungsform eine unmittelbare Bedeutung für die Kriegführung. „In keiner anderen Lage bedarf der Staat so dringend wie in einem ernsten Kriege zielbewußter, kraftvoller Leitung. Nur einer solchen wird es gelingen, alle Kräfte und Mittel des Staates dem Kriegszweck dienstbar zu machen ... Deshalb haben gereifte Republiken in schweren Kriegszeiten ihre Zuflucht zur Diktatur genommen, freilich nicht immer, ohne den Erwählten Besorgnis vor Mißbrauch der Macht fühlen zu lassen und ihm dadurch die Erfüllung seiner Aufgabe zu erschweren. Am geeignetsten, das Staatsschiff im Sturme des Krieges zu lenken, ist das kraftvolle Oberhaupt einer auf rechtmäßiger Grundlage beruhenden, festgewurzelten Monarchie,

Digitized by Google

in dessen Hand sich die politische und militärische Oberleitung des Krieges mit dem Verfügungsrecht über alle Machtmittel des Staates vereinigt. Das gilt auch von der beschränkten Monarchie unter der Voraussetzung, daß der Herrscher in ihr sich im Vollbesitz der kriegsherrlichen Gewalt befindet, insbesondere in Kriegs- und Friedenszeiten den Oberbefehl über die bewaffnete Macht besitzt und für den Kriegsfall mit diktatorischen Machtbefugnissen ausgestattet ist. Die Mitherrschaft eines Parlaments während der Dauer des Krieges würde seinen Arm lähmen. Zugegeben, daß die Stimme einer von patriotischem Geiste erfüllten Landesvertretung in kritischer Zeit den Volksgeist günstig beeinflussen kann, so ist doch hierauf nicht mit Sicherheit zu rechnen, und das Schwergewicht der einer vielköpfigen Staatsleitung im Kriege entgegenstehenden Bedenken fällt zugunsten der Ansicht in die Wagschale, daß auch in der beschränkten Monarchie für den Kriegsfall dem Herrscher unbeschränkte Macht gebührt." Also nur dem königlichen Feldherrn, nicht dem beauftragten Heerführer, werden diktatorische Befugnisse gewünscht, nicht etwa unbedingt zugebilligt. Denn daß es mit der Diktatur allein eben auch nicht getan sei, wird durch die Feststellung angedeutet, wie folgenschwer bei allgemeiner Wehrpflicht der Einfluß des Volksgeistes auf den Geist des Heeres im Kriege sich geltend macht, eine Nebenwirkung, welche die Unabhängigkeit der Kriegführung an sich schon beschränkt. Immerhin wird man den Volksgeist zu erziehen und zu leiten suchen: „Man kann und wird schädliche Druckschriften vom Heere fernhalten, ist auch, um dem Feinde den Einblick in unsere Kriegsmaßnahmen zu erschweren, genötigt, der Verbreitung von Kriegsnachrichten enge Grenzen zu ziehen. Aber über das hierdurch gebotene Maß hinausgehende Beschränkung der Beziehungen zwischen Volk und Heer würde mehr schädlich als nützlich wirken, weil dadurch auch gute Einflüsse ausgeschaltet werden und Mißtrauen und Beunruhigungen auf beiden Seiten entstehen würden, die bedenkliche Folgen haben könnten."

IV

So weit die Theorien, die uns also ebensowenig wie die kritisch behandelten historischen Beispiele einen Anhalt dafür bieten, daß das militaristische Prinzip auf Beherrschung der politischen Faktoren im Kriege oder gar schon im Frieden grundsätzlich ausgehe. Wenn dennoch der Weltkrieg die entgegengesetzte Erfahrung gezeitigt hat, so müssen die Umstände, die dazu führten, wohl in den besonderen Verhältnissen gelegen haben, die sich herausbildeten. Neu war jedenfalls schon die wirkliche Durchführung eines einheitlichen Oberbefehls über die verbündeten Streitkräfte; sie verpflichtete die Heeresleitung zur einsichtsvollen Kenntnis der politischen Daseinsbedingungen aller Verbündeten. Sie setzte aber eigentlich auch eine sehr bestimmte Einigung der verbündeten Staatsmänner auf einen klaren Kriegszweck voraus, dem die gemeinsame Heeresleitung sich unterzuordnen hatte, ja sogar eine gemeinsame

Digitized by Google

politische Oberleitung, die in sicherer Kenntnis der militärischen Leistungsfähigkeit der Verbündeten die Erweiterung oder Einschränkung des politischen Zwecks zu entscheiden hatte. Einer schwachen, schwankenden oder gar vielköpfigen politischen Leitung gegenüber liegt fast das Muß bei der obersten Heeresleitung nahe, im Interesse der Einheitlichkeit und Kraft der operativen Bewegungen auch in politischen Fragen sich entscheidend zur Geltung zu bringen. Nun haben wir heute noch viel zu wenig Abstand von allen Ereignissen des Weltkrieges. Wir können sie unmöglich bereits zum Ausgangspunkt einer abschließenden historisch-kritischen Untersuchung machen, ja, kaum hoffen, in einzelnen besonders belangreichen Fragen zu ausreichender Klarheit zu gelangen. Aber wohl läßt sich feststellen, in welchen Zeitpunkten der Lagenspannung die Anschauung der obersten Heeresleitung für den politischen Entschluß mitentscheidend werden konnte oder mußte. Solche Höhepunkte sind auf dem Gebiete der äußeren Politik, das hier allein gestreift werden soll, beispielsweise die Erklärung über Polen vom 5. November 1916, der Beginn des Unterseekrieges mit dem Februar 1917, der Abschluß des Brester Friedens im Jahre 1918 gewesen. Es kann sich, wie gesagt, nicht darum handeln, den Anteil der Feldherren an diesen politischen Entscheidungen aktenmäßig festzulegen. Wohl aber lassen sich in sachlicher Betrachtung dahin gehende Überlegungen anstellen, wie weit die pflichtmäßige begrenzte Teilnahme der Heeresleitung nach der Theorie gehen durfte, ihre beratende Stimme also beim Ausschlag und Abwägen der Meinungen zu berücksichtigen war.

Zunächst also handelt es sich da um das Problem Polen. Das diesem Volke gegebene Versprechen politischer Selbständigkeit war ein Schachzug, der dem zahlenmäßig stärksten Gegner weite und wichtige Gebietsteile entfremden, ihn für alle Zukunft politisch und militärisch schwächen sollte. Den Zarismus dadurch friedensgeneigter zu machen, durfte man freilich nicht hoffen. Andererseits konnte diese als Befreiung bezeichnete Behandlung Polens die dem Deutschen Reiche benachbarten noch neutralen Staaten darüber beruhigen, daß sie irgendwelche deutsche Eroberungsgelüste selbst dann nicht zu befürchten haben würden, wenn zur Herbeiführung eines entscheidenden Sieges die Entente den Kriegsschauplatz auch auf diese Länder (Schweiz, Holland, Dänemark) oder eines derselben ausdehnen sollte. Eine Wiederherstellung des polnischen Staates in irgendeiner Form wurde für die östliche Politik der Mittelmächte allerdings insofern zwangsläufig, als sie die moralische Pflicht einschloß, auch die Loslösung des Baltenlandes von Rußland im Interesse der dort lebenden Deutschen anzustreben und entsprechend zu stützen; dieses politische Ziel bedingte dann also eine Fortführung des Ostkrieges, eine Stärkung unserer militärischen Position daselbst, und dies um so mehr, als ja seit August 1916 uns in Rumänien ein neuer östlicher Gegner entstanden war. Infolgedessen legte die Pflicht, unsere militärische Kraftentfaltung im Osten zu mehren, den Gedanken an den Versuch nahe, Hilfstruppen aus dem zu befreienden

Digitized by Google

Lande zu schöpfen, das in der polnischen Legion ja bereits einen nicht unbewährten Gefechtskörper gestellt hatte. Doch konnte wohl nur an eine solche Höchstleistung gedacht werden, durch die genügende Kräfte bewaffnet würden, um ihnen den Schutz der deutschen Etappen im besetzten polnischen Gebiet, also die Polizei im eigenen Lande, anvertrauen und so deutsche wie österreichische Truppenteile für die Verwendung an den Fronten freimachen zu können. Das staatsrechtliche Verhältnis zu Rußland hätte ja in der Front kämpfende Polen bei etwaiger Gefangennahme der Behandlung als Hochverräter ausgesetzt. Jedenfalls also ergaben sich bei dem Problem Polen die militärischen Folgerungen und Forderungen aus dem politischen Ziel. Eine auf archivalische Forschungen aufgebaute Geschichte wird festzustellen haben, ob dieses Ziel der Wiederherstellung Polens von der politischen Leitung aufgestellt, von der militärischen alsdann aufgegriffen wurde, oder ob die entscheidende Anregung von letzterer Stelle ausgegangen ist; ferner, ob ein solcher Druck auf den Schritt an sich oder nur auf den Zeitpunkt für ihn sich bezog, und endlich, wie er beziehungsweise seine Beschleunigung begründet wurde. Welche Gründe der äußeren Politik diesen Schachzug als günstig erscheinen lassen konnten, wurde schon dargelegt. Welche Rückwirkungen auf die innere Politik der verbündeten Mittelmächte aber mußten von ihm erwartet werden? Zu der vor dem Weltkriege verfolgten preußischen Polenpolitik stand es allerdings in schroffem Gegensatze, wenn man durch Schaffung eines selbständigen polnischen Staates der Irredenta in den Ostprovinzen Wühlstoff für einen Anschluß an das wiederhergestellte Vaterland gab. Aber die deutsche Reichsregierung hatte inzwischen in inneren Fragen stark den Linksparteien sich genähert. Bei denen konnte ein aus Verhältnissen der äußeren Lage sich ergebender Abbau der Polenpolitik durchaus auf wärmste Zustimmung rechnen, nicht minder auch beim katholischen Zentrum. In Österreich wiederum aber stützte sich die Regierung gerade auf die Polenpartei; hier sah man weniger die Gefahr einer Ablösung der galizischen Landesteile als die Möglichkeit, den neuen polnischen Staat an die Donaumonarchie auf das engste anzuschließen. Die mächtigeren Motive für die endgültige „Befreiung Polens vom russischen Joche", für die „Wiedergabe des Selbstbestimmungsrechts" an Kongreßpolen lagen also fraglos bei den Politikern, nicht bei den Militärs — und von diesen Gesichtspunkten her wird die Handlungsweise beider Stellen zu beurteilen sein.

Nun zur Frage der Aufnahme des unbeschränkten Unterseekrieges. Sie steht in engster Verbindung mit dem Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916. Mit ihr erhebt sich am Horizont ihrer Politik nach dem Problem Polen das Problem Amerika. Hier war Präsident Wilson wiedergewählt worden unter dem bestimmten Zeichen des nationalen Willens zum Frieden bei einer der Entente wohlwollenden Neutralität. Deshalb durfte das deutsche Friedensangebot auf volle Sympathien bei den Vereinigten Staaten rechnen, wie ja der alsbaldige Beginn einer Friedensaktion auch

Digitized by Google

seitens des Präsidenten Wilson beweist. Daß auch die oberste Heeresleitung der Mittelmächte dem Friedensangebot der Regierungen aus vollem Herzen beigestimmt habe, läßt sich aus dem doppelten Grunde annehmen, daß einmal die Theorie sie ja darauf hinwies, vom Politiker wie die Erweiterung so auch die Einschränkung des Kriegszwecks hinzunehmen, der im gegebenen Falle ja von dem Willen zur Verteidigung ausgegangen war, ferner aber aus dem Umstande, daß mit dem Fall von Bukarest die siegende Kraft der verbündeten Waffen erneut erwiesen war. Es lag also für die oberste Heeresleitung kein innerer oder äußerer Anlaß vor, weder die Friedenspläne Wilsons noch der eigenen Regierungen zu durchkreuzen.

Andererseits stand zwischen den Mittelmächten und den Vereinigten Staaten dauernd das Gespenst des Unterseekrieges, dessen eigentümliche Verhältnisse unliebsame, den eingegangenen Abmachungen und Versprechungen entgegenstehende Zwischenfälle selbst bei schwächlicher Führung keineswegs ausschlossen. Inzwischen hatte England durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Ententefront im Westen Heeresmassen zuzuführen gewußt, die zum ersten Male bei der Sommeoffensive von 1916 den Beweis ihrer zweckmäßigen Ausbildung für den Schützengrabenkrieg und auch einer nicht zu leugnenden Stoßkraft geliefert hatten, wenngleich sie in beidem von den Franzosen übertroffen wurden. Kam kein Frieden zustande, ging vielmehr der Krieg weiter, so mußten, da ja die östliche Politik größere Aktivität und daher die hauptsächlichsten Truppenmengen erforderte, die Landoperationen im Westen durch eine fühlbare Aktion zur See gestützt werden, welche nicht nur die nördliche Flanke der westlichen Front verteidigungsweise schützte, sondern weiter ausgreifend die Menschen- und Materialtransporte von der Insel zum Festland bedrohte und nicht minder auch auf den Handels- und Verkehrswegen der Meere die Zufuhren jeder Art zu den Ententeländern sowohl wie zu ihren südöstlichen Fronten in Gefahr der Vernichtung brachte. Die deutsche Rüstung zu Wasser war so weit vorgeschritten, daß ein uneingeschränkter Unterseekrieg zum mindesten diesen Hilfserfolg versprach. Welche weitergehenden Hoffnungen die oberste Heeresleitung, gestützt auf Berechnungen des Admiralstabes, daran knüpfen durfte, kann hier füglich deshalb außer Betracht bleiben, weil im Rahmen unserer Aufgabe es genügen muß, festzustellen, daß bei der selbstverständlichen Pflicht, den etwaigen Weitergang des Krieges vorzubereiten, militärischerseits, auch ohne Erweiterung des Kriegszwecks der Verteidigung, die Unterseeboote in ihrer Höchstleistung einzusetzen waren. Allerdings mußte damit gerechnet werden, daß eine Verschärfung des Unterseekrieges seitens der Vereinigten Staaten und des übrigen Neutralien nicht nur eine moralische Verurteilung, sondern möglicherweise mindestens die amerikanische Kriegsgefahr nach sich ziehe. Die politische Leitung hatte zu beurteilen, ob die völlige Abweisung des Friedensangebotes der Mittelmächte seitens der Entente als ein genügender Grund zur Abwendung solcher Folgen sich erweisen könne. Von einer wirklich neutralen Politik war dies zu erwarten, zumal deren eigene

Digitized by Google

Bemühungen um einen allgemeinen Frieden ja weitergingen. In Rücksicht auf diese Verhandlungen nun sah die militärische Leitung sich genötigt, den Beginn des rücksichtslosen Unterseekrieges auf den spätest möglichen Zeitpunkt festzulegen. Dieser ergab sich von selbst aus der militärischen Lage und den eigenen Plänen, welche auf Frontverkürzung im Westen durch Rückzug auf die im Laufe des Winters geschaffene Hindenburg- oder Siegfriedlinie gingen: es galt, zur See so zeitig aufzutreten, daß die Aufmerksamkeit von der Rückzugsbewegung abgelenkt und ferner, daß die Ententeoffensive gegen die neue Linie, die im Sommer zu erwarten war, vorher wirksam im Keime geschwächt wurde.

Hier haben wir also eine jener gespannten Lagen, in denen nach der Theorie politische und militärische Leitung in stetem Einvernehmen und voller Offenheit über die in ihren Bereichen zu verfolgenden Ziele und vorzubereitenden Maßnahmen miteinander zu arbeiten hatten. Ob und wie dies geschehen sei, ist umstritten und der Lage der Dinge nach auch heute noch nicht festzustellen. So viel aber darf gesagt werden, daß die oberste Heeresleitung, falls sie die politische Absicht, möglichst zum Frieden zu kommen, und die hierfür bestehende Aussicht kannte, dahin zu wirken hatte, daß der Ausbruch verstärkter Feindseligkeiten zur See hintangehalten oder binnen kurzem rückgängig gemacht werden konnte. Wieweit dies technisch möglich, operativ zulässig war, mußte hinwiederum von der darüber zu unterrichtenden politischen Leitung bei dem Gange ihrer Verhandlungen in Rücksicht gezogen werden; denn es sprachen ja nicht nur die westlichen Verhältnisse mit, sondern die Lage im großen, und dieser sollte die Zurücknahme der westlichen Linie dienen, sowohl in Aussparung von Reserven für diese, wie für die Verschiebung zur östlichen Front. Als Ergebnis dieser Überlegungen bleibt deshalb bestehen, daß der Übergang zum uneingeschränkten Unterseekrieg aus strategischen Gründen auch dann schon als gegeben gelten durfte, wenn die an dieses Unternehmen geknüpften Erwartungen in gemäßigten Bahnen sich bewegten. Die amerikanische Gefahr trat damit für die Heeresleitung gewissermaßen von selbst in die zweite Linie. Sie auszuschalten, war Aufgabe der Politik, für die häusliche Bedenken auch diesmal kaum mitsprachen, da nach der Stellungnahme der Entente zum deutschen Friedensangebot die innere Front ausnahmsweise im Zeichen des Willens zu kräftigem Widerstande mit allen Mitteln einig war. Daß der natürlich auch in Washington bekanntgewordene Sixtusbrief Kaiser Karls unseren Gegnern gerade damals die Hoffnung erweckte, das Bündnis der Mittelmächte bald auseinandergehen zu sehen — diese persönliche Durchkreuzung der gemeinsamen Politik ahnte man freilich nicht in Berlin.

Ein deutliches und energisches Eingreifen des militärischen Elements in die Verhandlungen der Staatsmänner hat nun allerdings in den Tagen von Brest-Litowsk stattgefunden. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß diese Verhandlungen, und zwar wiederum infolge des Verhaltens der Entente-

Digitized by Google

mächte, gar nicht bestimmt sein konnten, einen endlichen Abschluß des allgemeinen Krieges herbeizuführen; sie waren vielmehr eine Handlung im Rahmen der gesamten, sich indes fortsetzenden Kriegführung; von ihrer unverzögerten Durchberatung und baldigen Beendigung hingen der Umfang und die Schnelligkeit ab, in denen Osttruppen noch für die Verwendung im Westen freigemacht werden konnten, hing zum Teil das Maß von Energie ab, mit dem die im Westen vorzunehmenden Operationen sich planen und durchführen ließen. Das gleiche gilt für die späteren Verhandlungen in Bukarest. Es wäre demnach abzuwägen, ob bei diesem Zusammenhang der Dinge einseitig politisch verhandelt werden durfte oder nicht von vornherein von militärischer Seite das gewichtigste Wort zu sprechen gewesen wäre. Das Hinauszögern der politischen Entscheidung durch akademische Besprechungen über das Selbstbestimmungsrecht, das rücksichtsvolle Eingehen auf alle Abschweifungen und Proteste der russischen Unterhändler, die durch solche Manier ebenso wie durch ihr anfängliches Fernbleiben vom Wiederbeginn der Verhandlungen zeigten, wie wenig Eile sie hatten, zum Ziele zu gelangen — alles dies waren Umstände, die der Entente militärisch nicht minder zugute kamen, als der Entschluß, von der durchaus möglichen Vernichtung des rumänischen Heeres abzusehen, eine Unterlassung, welche die so schädlich gewordene Erhaltung einer feindlichen Dynastie zur Folge gehabt hat. Hier vermißt man also eher die starke Hand — denn wir erkannten ja die Pflicht jeder obersten Heeresleitung, unbeirrt durch Friedensaussichten und Friedensabsichten, die etwa notwendig werdende Weiterführung des Krieges, und zwar auch fernerhin bis zur strategischen Höchstleistung, vorbereitend sicherzustellen. Dafür wird ihr auch das Recht, beim Abschluß des allgemeinen Friedens beratend über die Sicherheiten gehört zu werden, die im Interesse auch der künftigen Landesverteidigung geboten erscheinen. Dies darf nur eben nicht dahin führen, daß sie unabhängig von der politischen Leitung oder gar im Gegensatz zu ihr Ziele aufstellt, die nur durch kriegsverlängernde Forderungen erreichbar sind. Bei einem Sonderfrieden in Bündniskriegen dagegen kann sehr wohl das militärische Interesse von ausschlaggebender Wichtigkeit werden.

Ergebnis

Wir sehen also den Feldherrn, wenn das theoretisch gelehrte Verhältnis zwischen Politik und Heerführung streng festgehalten wird, eigentlich immer der üblen Erfahrung ausgesetzt, daß die Federn verderben müssen, was das Schwert geschaffen hat, und zwar ergibt sich dieses gewisserweise tragische Moment für die Heeresleitung eben aus dem Umstande, daß die Notwendigkeit, der Politik unter allen Verhältnissen am besten in die Hand zu arbeiten, zur höchsten Anspannung, zum äußersten Einsatz aller militärischen Kräfte zwingt. In den berechtigten Stolz auf diese Leistung, einen Stolz, der mit einer Überschätzung der eigenen Aufgabe gar nichts zu tun hat, mischt sich da gelegentlich wohl das Gefühl mangelhafter Wertung oder ungenügender

Digitized by Google

Ausnutzung des kriegerischen Erfolges, während der Verstand vorherrschend und dauernd dem Feldherrn sagen muß, daß er berufen und seine Tätigkeit lediglich bestimmt ist, das Vollkommene zu leisten zum Zwecke des Unvollkommenen. Denn während die Strategie zwar in ihrer Handhabung, niemals aber in ihrem Ziel ein System der Aushilfen ist, bleibt alle Politik und damit auch die abschließende Friedenspolitik der Staatsmänner doch immer eine Reihe von Kompromissen, eine Rücksicht, von der nur der Gewaltfriede frei ist. Dieser aber ist im höchsten Grade unpolitisch, denn die Gewalt ist ja nur ein Mittel der Politik, und niemals darf das Mittel zum Zweck werden.

Eine Generalstabspolitik ist denkbar nur nach zwei Gesichtspunkten: entscheidende Beeinflussung der staatsmännischen Ziele oder darüber hinaus noch Ersatz der politischen Leitung durch die militärische, also Diktatur der Heeresleitung. Beide Ziele lehnt die kriegswissenschaftliche Theorie ab, wie ich nachgewiesen zu haben glaube. Aber auch die historische Erfahrung der vor dem Weltkrieg liegenden Jahrzehnte gibt keinen Anhalt für einen prinzipiell vorhandenen und daher auch prinzipiell zu bekämpfenden Machtwillen des Feldherrn in politischen Fragen. Bismarck ist und bleibt uns allen ein heiliger Name, heute mehr denn je: ist er doch geheiligt durch den Schmerz, das Werk des Mannes zertrümmert zu sehen. Wir glauben, daß viel Unheilvolles hätte vermieden oder doch gemildert werden können, wenn einst der unvermeidliche Bruch zwischen Kaiser und Kanzler in Formen sich vollzogen hätte, welche die Möglichkeit offen ließen, von der weisheitsvollen politischen Erfahrung des Reichsgründers auch fernerhin gelegentlichen Gebrauch zu machen, wenn dieser nicht, ohne helfen zu können, Gegensätze hätte emporkommen sehen, die ihm schwere Sorge für Gegenwart und Zukunft machen mußten. Wir glauben aber auch, daß die Kampfesform des Alten vom Sachsenwalde, in der er warnend und mahnend sich zur Geltung zu bringen suchte, viel dazu beigetragen hat, die Ehrfurcht vor dem Träger der Krone und das Vertrauen in die Staatskunst neuer Männer zu untergraben. Zu diesen Kampfmitteln Bismarcks gehören auch seine als „Gedanken und Erinnerungen" benannten Aufzeichnungen; sie sind eben darum gewiß „kein ausgeklügelt Buch"; vielmehr zeigen gerade sie uns bei näherer Prüfung, daß auch Fürst Bismarck durchaus „ein Mensch mit seinem Widerspruch" war. Und so widerspruchsvoll es klingt: eben darum hält der Deutsche sein Bild in Liebe fest und nicht nur in kalter Bewunderung. Als eine Quelle einer historischen Wahrheit kann sein Buch nicht überall genommen werden; es will kritisch nachgeprüft sein, wenn man nicht in Gefahr geraten will, aus- oder gar unterzulegen.

Generalstabspolitik ist ein Schlagwort zur Kennzeichnung der Wirkung heeresamtlicher Einsichten, die in das beim Staatsmann vorhandene Bild der Lage pflichtmäßig sich eindrängen und ihrer Natur nach im wesentlichen eine kriegerische Tendenz haben werden. Wenn in unseren Einigungs-

Digitized by Google

kriegen Bismarck mit seinem Temperament und unzweifelhaften strategischen Verständnis, Moltke mit seiner sachlichen Ruhe und auch hohen politischen Begabung die Rollen getauscht hätten, würde da nicht der Staatsmann Moltke in dem Feldherrn Bismarck bald den Generalstabspolitiker kennen gelernt haben? Bismarcks Politik ist bis zur Reichsgründung eine kriegerische, später, bei aller Friedensrichtung, eine kriegsbereite gewesen, und der Generalstab hat unter Moltke gelernt, dem Staatsmann die Möglichkeit, seine Zwecke mit Gewalt durchzusetzen, jederzeit zu wahren. Von dieser Pflicht hat er, getreu den Theorien seit Clausewitz, auch dann nicht abgelassen, als die deutsche Politik nach Bismarcks Abgang das Fürchten gelernt hatte. Hier liegt der beklagenswerte Zwiespalt, der den Militarismus als eine Ursache unseres Niederganges erscheinen läßt, den Militarismus, der nichts anderes ist und sein will als die das Ganze durchdringende, freudig sich einsetzende Kraft des wehrbereiten Volkes.

Erlebnis und Dichtung in Goethes „West-östlichem Divan“

Eine Jahrhundertbetrachtung

Von

Dr. Ernst Traumann (Heidelberg)

Von dem dunkeln Hintergrunde der verworrenen Zeitverhältnisse, worin sie entstand, hebt sich Goethes Divan-Dichtung, ein leuchtend klares Bild seines innersten Lebens, in voller Bewußtheit dieses Gegensatzes ab. Die Epoche der Befreiungskriege rief in Goethes Seele einen tiefen Zwiespalt hervor. Er war, wie er dem Geschichtschreiber Luden im Dezember 1813 erklärte, nicht gleichgültig gegen die großen, mit dem menschlichen Wesen verwachsenen Ideen: Freiheit, Volk und Vaterland. Warm lag ihm Deutschland am Herzen, und bitteren Schmerz empfand er bei dem Gedanken an sein Volk, das ihm so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen erschien. Die Vergleichung mit anderen Nationen erregte ihm peinliche Gefühle, und weder Wissenschaft noch Kunst, worin er die weltverbindenden Schwingen erblickte, sich darüber hinwegzuheben, vermochten ihm das stolze Bewußtsein zu ersetzen, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören. Einen Trost gewährte ihm nur der Gedanke an Deutschlands Zukunft, an die er fest glaubte, weil ihm die Kraft und Tüchtigkeit seiner Bewohner noch eine große Aufgabe und Bestimmung verbürgte. Aber der Krieg und die dadurch entfesselten Dämonen und Leidenschaften waren seiner im

Digitized by Google

tiefsten Grunde friedreichen, seiner ruhebedürftigen, nach Sammlung und Beschaulichkeit lechzenden Natur ein Greuel, und so sehr er die Not und Schmach der Unterdrückung und Fremdherrschaft empfand, bis zum Hasse konnte sich dieses harmonische, auf stetige Bildung drängende Wesen, dem nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung dünkten und das die Stufe erklommen hatte, wo man über den Nationen steht und das Glück und Wehe seines Nachbarvolkes als sein eigenes fühlt, nicht erniedrigen. In diesen kulturellen Überzeugungen hatte sich Goethe — so gestand er Eckermann im Jahre 1830 — lange befestigt, ehe er sein sechzigstes Jahr erreicht hatte.

In der Tat hatte der geborene Weltbürger kein Organ für den landläufigen „Patriotismus", wie er schon — gleich Lessing, der darin eine „heroische Schwachheit" sah — als Frankfurter Rezensent die „ewig mißverstandenen Klagen" nach einem Vaterland bespöttelte und vor dem „Römerpatriotismus" als vor einer unheimlichen Riesengestalt sich bekreuzigte. Und woher sollte auch das Vaterlandsgefühl des Reichsstädters stammen? Als das alte Reich im Jahre 1806 in Trümmer ging, schrieb Goethe seinem lieben Zelter: „Wenn die Menschen über ein Ganzes jammern, das verloren sein soll, das denn doch in Deutschland kein Mensch sein Lebtag gesehen, noch viel weniger sich darum bekümmert hat, so muß ich meine Ungeduld verbergen, um nicht unhöflich zu werden oder als Egoist zu erscheinen." Auch waren seine eigenen Erlebnisse in Kriegsläuften nicht erhebend. Weder die französische Kampagne noch die Schlacht von Jena, deren Wirkung er unmittelbar verspürte, vermochte ihm den Enthusiasmus zu verschaffen, der, wie er 1814 an Achim von Arnim schrieb, „eigentlich nur die große Masse wohl kleide". Alles, was sein großes und weites Herz in dieser Richtung entflammte, war Heldenverehrung. Wie er als Knabe schon nicht etwa preußisch — „denn was ging uns Preußen an?" —, sondern fritzisch, wiederum dem Verfasser der Minna von Barnhelm ähnlich, gesinnt war, so galt nun seine Bewunderung dem Naturphänomen Napoleon; denn nur das Genie kann das Genie entzünden. Auge in Auge war er dem Welteroberer auf der Höhe seiner Macht gegenübergestanden und hatte die Anerkennung des Cäsars, die Auszeichnung des Menschenverächters durch jenes Voilà un homme! als eine Weihe, als ein „Ecce-Homo im umgekehrten Sinne", d. h. in Anwendung auf einen ausgemachten Heiden empfunden. „Der größte Verstand, den die Welt gesehen," „die höchste Erscheinung der Geschichte" hatte ihn fühlen lassen, daß sein Wesen ihm gemäß sei. Und der Glaube an den Stern „seines" Kaisers wollte auch nach dem Unglück von Moskau nicht von ihm weichen. Zwar hatte er die Waffen der ausziehenden Lützower Jäger gesegnet; aber dem begeisterten Vater Theodor Körners rief er in Dresden, in Gegenwart Ernst Moritz Arndts, zu: „Schüttelt nur an Euren Ketten, der Mann ist Euch zu groß, Ihr werdet sie nicht zerbrechen!"

Am Tage der Völkerschlacht von Leipzig aber dichtete er ahnungsvoll, nebenbei mit anatomischen und chinesischen Studien beschäftigt, die er, wie

Digitized by Google

auch die Ordnung seiner Kupferstiche, als „Opium“ für die aufregenden Zeiten gebrauchte, die prophetischen Verse:

Der Mensch erfährt, er sei auch, wer er mag,
Ein letztes Glück und einen letzten Tag.

Das Bildnis Napoleons war in dieser Schicksalsstunde von der Wand gefallen, und der allezeit vom Aberglauben umgarnte Dichter des „Faust“ fühlte erschüttert wie sein Held vor dem Nahen der „Sorge“: „Es eignet sich, es zeigt sich an, es warnt.“ Dann fluteten die geschlagenen Franzosen tagelang durch Weimar, und die Schrecken der Jenaer Schlacht erneuerten sich; doch zog das Ungeheure nun ohne erhebliche Einbuße vorüber. Hoch gingen die Wogen der Begeisterung in deutschen Landen, der Herzog von Weimar, zuvor als Rheinbundsfürst dem Korsen tributpflichtig, zog an der Spitze eines deutschen Korps über den Rhein, aber Goethe weigerte dem eigenen Sohne allzu selbstsüchtig — ein dunkler Punkt in seinem strahlenden Leben — den Eintritt in die Freiwilligenschar. Erst im Frühjahr 1814, nach der Einnahme von Paris, löste sich der Widerspruch in des Dichters Seele. Er hatte wieder einmal ein Bild gefunden, hinter das er flüchten konnte, und fühlte sich zu einer befreienden und verjüngenden Generalbeichte aufgelegt. Der alte Epimenides, der die Zeit der Not und des Kummers verschlafen hatte, erblickte mit reinem Empfinden und klarem Auge sein Volk geeinigt und groß, und er rief ihm reumütig zu:

Doch schäm' ich mich der Ruhestunden —
Mit Euch zu leiden war Gewinn:
Denn für den Schmerz, den Ihr empfunden,
Seid Ihr auch größer als ich bin.

Befremdend genug für seine Gemeinde und besonders später für die Berliner Zuschauer war der Seher im griechischen Gewande erschienen und hatte sein symbolisches Festspiel und seinen Siegesgesang mit allegorischen Gestalten bevölkert, in die sich wunderlich die Figur des Marschalls Vorwärts und die Erinnerungen an die Königin Luise und den großen Friedrich schlangen. Wieder war er an der Homerischen Tafel gesessen, wie er zuvor an der Nibelungischen gespeist und hier, besonders im „Faust“, sein nordisches Erbteil verzehrt hatte. Nur ein einziges Gewand blieb ihm noch übrig, in das er, allezeit zu Verkleidungen und Mystifikationen bereit, schlüpfen konnte: die orientalische Hülle.

Schon in seiner Kindheit hatte die Zauberwelt der Orients, das paradiesische Reich der jugendlichen Menschheit den Bibeleifrigen gefangen genommen; sein erster epischer Versuch galt der anmutigen Gestalt Josephs. Das Hohelied und die Gnomen Salomos feuern ihn zu Nachdichtungen an. Bibelkritische Studien beschäftigen den Jüngling wie den Mann, Motive aus dem Buch der Bücher fließen besonders in seine Lebensdichtung, den „Faust“. Früh auch hat er sich in den Koran versenkt und die Figur des Mohammed seinem eigenen Titanismus angeglichen. Herder erschließt ihm die altarabischen

Digitized by Google

Heldengesänge der Muallakat wie die Liebespoesie der Perser und weist ihn auf das orientalische Element der Kultur Spaniens hin. Die Reisebeschreibungen des Marco Polo und neuester Orientfahrer führen ihn immer tiefer und weiter in die östlichen Lande, bis ihm in den „lieben Gästen" der Baschkiren, die dem russischen Heerhaufen folgten, der Islam leibhaftig vor Augen tritt und er im Hörsaal des Weimarer Gymnasiums dem mohammedanischen Gottesdienst anwohnt, den Suren des Korans lauscht und ihm ein Häuptling jenen Bogen verehrt, womit der feurige Greis, Apollo gleichend, zum Entzücken Eckermanns noch im Jahre 1825 in die Lüfte schoß. Und nun, im Sommer 1814, rückt auch, in der vollständigen Übersetzung Josefs v. Hammer, der herrliche Sänger von Schiras in sein Gesichtsfeld, um es sofort völlig zu beherrschen: Hafis. Wie mächtig diese neue Erscheinung wirkte, bezeugen Goethes Annalen, worin er bekennt, daß er sich dagegen produktiv verhalten mußte, um vor ihr bestehen zu können. „Alles, was dem Stoff und dem Sinne nach bei mir Ähnliches verwahrt und gehegt worden, tat sich hervor, und dies mit um so mehr Heftigkeit, als ich höchst nötig fühlte, mich aus der wirklichen Welt, die sich selbst offenbar und im stillen bedrohte, in eine ideelle zu flüchten, an welcher vergnüglichen Teil zu nehmen meiner Lust, Fähigkeit und Willen überlassen war." In Hafis erblickte Goethe sein eigenes Spiegelbild. Auch der persische Dichter, der Zeitgenosse Timurs, sang in chaotischen Zeiten seine naturtrunkenen, wein- und weisheits- und liebevollen Lieder, war, wie er selber, in seinem Pantheismus „selig ohne fromm zu sein", stritt gleich ihm gegen die Enge der Pfaffen und Beschränktheit der Toren, stand mannhaft gegenüber den Fürsten dieser Erde und zumal dem welterobernden Mongolen-Khan. Diese Rolle Timurs mußte jetzt, nach dem Umsturz des Alten, Goethes bisheriger Abgott Napoleon übernehmen. Er war ihm zum Dämon der Zerstörung geworden. So, in dieser furchtbaren Bedeutung, als die große Naturgewalt, die von der größeren des russischen Winters besiegt, als Mars, der von Saturnus verschlungen wird, ist er, der „Tyrann des Unrechts", in das donnernde Weltgericht des „Buches Timur" eingegangen.

Das neugewonnene Sinnbild des Hafis, des „lieblichen Lebensgeleiters", entrückte den westlichen Dichter vollends seiner bisherigen Welt, zumal seine innere Entwicklung wieder einmal zu einem Abschluß gekommen war und eine neue Epoche in ihm sich vorbereitete. Eine neue Ausgabe seiner Werke stand vor der Türe. Die „Italienische Reise" gewann Gestalt. Der dritte Band seiner Lebensbeschreibung war zu Jubilate 1814 ins Publikum gelangt, und er war sich selbst in dieser Rückschau historisch geworden. Zu den frischen Quellen seiner Jugend war er zurückgekehrt, und er hatte sich darin zugleich gespiegelt und gestärkt, hatte besonders auch jene Straßburger Zeit mit neuen Augen betrachtet, die ihm einst die deutsche Art und Kunst als die einzig wahre erscheinen ließ. Zu dieser ersten Liebe kehrte der Alte zurück, der Klassizist versöhnte sich wieder mit dem germanischen Ideal, las nun das Antike moderner. In seiner Seele begann sich Phidias mit van Eyck zu messen. Was er in der

Digitized by Google

Jugend wünschte, hatte er jetzt, im Alter, die Fülle. In dieser Verfassung unternimmt er jetzt, nach dem Pariser Frieden, Ende Juli, die Reise an den Rhein, um die Reste nationaler Malerei und Architektur, deren Sammlung und Erhaltung der wiedererwachte patriotische Sinn betrieb, in Augenschein zu nehmen. Die Welle der Zeit trug auch ihn, der so lange wider den Strom geschwommen, und führte ihn neuen Zielen entgegen. Auf dieser Reise in die Heimat, in das Land seiner Jugend, erlebte er eine Wiedergeburt, jene „zweite Pubertät“, die er genialen Naturen zuschrieb. Wie er einst, um allen sein wahres Wesen verwirrenden Einflüssen zu entgehen und sich in sich selber zu vollenden, seine Flucht nach Italien vollzogen hatte, so unternahm er jetzt seine zweite „Hegire“. Der Zaubertrank Chisers verjüngte ihn gleichsam auf dieser Fahrt in den deutschen Süden; ununterbrochen neu gebar sich, wie in den Zeiten seines Werdens, ein Quell gedrängter Lieder. Niemals sprudelte Goethes Lyrik so reich als auf dieser wunderbaren Wanderung. Unterwegs im Wagen, an den Stationen in Erfurt, Eisenach, Fulda, schießen die Gedichte wie Halme nach befruchtendem Regen, oft bis zu einem halben Dutzend an einem Tage, in ihm empor. Es entstand ein unvergleichliches poetisches Tagebuch, dessen Einträge immer bedeutender wurden, je tiefer die Eindrücke der Orte und je größer die Zwecke sich gestalteten, denen er entgegenging. Jeder neue Aufenthalt bringt eine Steigerung seiner Gefühle und Gesichte: Wiesbaden, Frankfurt, Heidelberg. Es ist eine Wallfahrt — so hat er sie später selbst bezeichnet — mit immer höheren Stationen. Durch die heißen Quellen der Bäderstadt und durch Ausflüge in den Rheingau, wovon sein herrliches „Rochusfest“ heute noch zeugt, auch körperlich verjüngt und im Umgange mit Männern, wie Boisserée und Zelter, geistig angeregt, sieht er nach siebzehn Jahren die Heimat und Jugendfreunde wieder und lernt — Marianne v. Willemer kennen, huldigt in Heidelberg während zweier Wochen der altdeutschen Kunst, der Natur und im Verkehr mit den dortigen Gelehrten der Wissenschaft und kehrt dann auf zehn Tage nach Frankfurt zurück. Wiederholt weilt er als Gast der Familie Willemer auf ihrem idyllischen Landsitze, der Gerbermühle am Main, und begeht hier, auf dem nahen Mühlberge, in diesem neuen Freundeskreise die in seinen Erinnerungen so nachhaltig haftende erste Jahresfeier der Leipziger Völkerschlacht. Drei Wochen zuvor, am 27. September, war Marianne Jung, die vierzehnjährig als Mitglied eines österreichischen Balletts die Frankfurter Bühne in jugendlich-mimischen Rollen betreten hatte und die dann der Kunstfreund und Philanthrop Willemer, um sie den Gefahren ihres Berufes zu entziehen, als Genossin seiner heranwachsenden Töchter in sein Haus aufgenommen hatte, seine Gattin geworden. So trat sie, vollerblüht, in ihrer seelenvollen, frauenhaften Anmut und mit den Reizen ihres lebhaften Geistes, ihrer geselligen und musikalischen Talente geschmückt, dem majestätischen Gast entgegen und gewann im Fluge sein feuriges Herz.

In seinen „Divan“, der beständig sich vermehrt, kommt nun ein leidenschaftliches, ein dramatisches Element — die Liebe. Schon bei der Ausfahrt,

Digitized by Google

am 25. Juli, hatte der „muntere Greis" im Anblick eines im Morgennebel erschienenen farblosen Regenbogens ahnungsvoll gesungen: „Sind gleich die Haare weiß — doch wirst du lieben!" Wieder einmal kommen diesem singularen Menschen seine Wünsche entgegen, wieder trifft sich in seinem symbolischen Leben wundervoll Daimon und Tyche: in Marianne. Die selige und verzehrende Glut der Liebessehnsucht hatte er schon dichterisch zu Wiesbaden in dem mystischen Gesange vom Flammentod des Schmetterlings und von der Metamorphose des Stirb und Werde vorweggenommen, nun sollte er sie wirklich erleben. Was sich alles während seiner vierteljährigen Fahrt zu des Rheins gestreckten Hügeln, zu den weiten Auen des Maines und den hohen Bergen des Neckars in der Seele des jugendfrischen Alten bewegte und poetisch verklärte, hat Konrad Burdach, dem wir nebst Herman Grimm, G. v. Löper und Theodor Creizenach das Beste für die Erhellung des vielfach so dunklen Divans verdanken, geistreich und treffend unter das Goethesche, von diesem selbst der Entoptik entnommene Gleichnis „Wiederholter Spiegelungen" gebracht: „Osten und Westen, literarisches Vorbild und persönliches Erlebnis, Gedanke und Leidenschaft, Vergangenheit und Gegenwart, Erinnerung und neueste Eindrücke spiegeln sich ineinander und erzeugen eine erhöhte und verklärte Existenz."

Auch der Rest des Jahres und der kommende Frühling gehören der Fortsetzung des Divans. Noch ist die Sammlung erst chronologisch geordnet; aber schon gewinnen zwei Gestalten, die später als die Helden besonderer „Bücher" figurieren, feste Umrisse, Timur-Napoleon und der Schenke, der dem des Hafis nachgebildet, durch die Modelle eines schönen jungen Kellners auf dem Geisberg bei Wiesbaden und des Söhnchens des Professors Paulus in Heidelberg inspiriert war. Auch befanden sich bereits unter den fünfzig Gedichten des „deutschen Divan", wie er in diesem anfänglichen Stadium noch hieß, einige erotische, später in das Buch der Liebe eingereihte Lieder. Und schon erklangen am Weihnachtstage 1814 die mächtigen Strophen der „Hegire", die den Sinn und die Absicht des ganzen dichterischen Unternehmens verkündeten und einer künftigen organischen Sammlung präludierten. In den Tag- und Jahresheften hat Goethe bekannt, wie er sich dann, im Winter, um ganz und gar die Luft des Ostens zu atmen, die Sprache, ja die Schrift des Orients angeeignet, wie er sich den Beduinenzustand vor die Einbildungskraft gebracht, Mohammeds Leben von Oelsner, die längst studierten Reisenden Pietro della Valle, Tavernier, Chardin aufs neue und mit bestimmter Absicht durchgelesen, wie sich das Verhältnis zu Diez befestigt, der ihm das Buch Kabus eröffnete, wie er wiederum Dschamis Dichtung Medschnun und Leila, das Muster einer grenzenlosen Liebe, durchgekostet, wie er die reine Religion der Parsen aus dem späteren Verfall hervorgehoben und zu ihrer schönen Einfalt zurückgeführt und wie sich der Stoff dergestalt gehäuft, der Gehalt so bereichert habe, daß er nun ohne Bedenken zulangen konnte, um das augenblicklich Bedurfte sogleich zu ergreifen und anzuwenden. Es waren die weitausgreifenden Studien, die er dann in den „Noten und Abhandlungen zum

Digitized by Google

Divan" niederlegte und worin er, wie in den Materialien zur Geschichte der Farbenlehre, sein Verhältnis zu seinen Vorläufern dankbar und tiefgründig aussprach. Sein orientalisches Gewand, in das er sich nach Belieben bergen konnte, war nun noch weiter und bequemer geworden, noch glänzender das symbolische Gefäß, worein er die kommenden Erlebnisse seines Geistes und Herzens gießen sollte.

Und über alle Maßen gingen seine Ahnungen in Erfüllung, als er am 24. Mai 1815 seine abermalige Reise in die Heimat antrat. Marianne, die „liebe Kleine", wie er sie genannt und wie sie sich selbst in einem scherzhaft-innigen Gedicht seiner Erinnerung empfohlen hatte, hegte er in treuem Sinne. Schon am 28. Dezember 1814 hatte er an Willemer im Hinblick auf eine Karte der Umgebung von Frankfurt, worauf Marianne die durch die Freudenfeuer des 18. Oktober erleuchteten Höhen kenntlich gemacht hatte, geschrieben: „Noch sehr gern gedenke ich, bei den Tüpfchen über den Bergen des Panoramas, der lieben Hand, die sie gezeichnet." Dann versichern eigenhändige, nach arabischer Sitte mit goldener Blumeneinfassung umrankte Verse Goethes dem Frankfurter Paar: „Goldneres hab' ich genossen, Als ich Euch ins Herz geschlossen." An einem „guten Tag" des Februar erschaut er seine Welt, wie uns ein Divan-Lied verkündet, „durchs Augenglas der Liebe", und als er am ersten Reisetage in Eisenach weilt, da hat er für sie bereits den Namen Suleika gefunden, für sich aber anstatt des überkommenen Jussuf, ihres Widerparts, die Bezeichnung Hatem gewählt. Wieder sprießt eine Fülle von Gedichten auf, in Frankfurt, wo er nur kurz, in Wiesbaden, wo er über einen Monat bleibt. Von hier schreibt er an seine Frau: „Die Rosen blühen vollkommen, die Nachtigallen singen, wie man nur wünscht, und so ist es keine Kunst, sich nach Schiras zu versetzen. Auch sind die neuen Lieder des Divan reinlich eingeschaltet und ein frischer Adreßkalender der ganzen Versammlung geschrieben, die sich nunmehr auf hundert beläuft, die Beigänger und kleine Dienerschaft nicht eingerechnet." In Wiesbaden erfährt er auch die zuerst niederschmetternde, dann aber bejubelte Kunde der Schlacht von Waterloo. Im Juli erfolgt die berühmte, von Ernst Moritz Arndt so humorvoll beleuchtete Reise Goethes mit dem Freiherrn vom Stein von Nassau bis Ehrenbreitstein im Wagen, dann im Nachen bis Köln, wo der Dom und die Privatsammlungen besichtigt werden. Über Bonn, Koblenz, nach einem Zusammentreffen mit Görres auf der Karthause, geht es nach Nassau zum nochmaligen Besuche Steins. Offenbar stießen hier in heftigem Gespräch die beiden damals größten Deutschen des Jahrhunderts aufeinander und es sprühte Funken; denn Goethes Tagebuch vermerkt lakonisch das bedeutsame Wort: „contradiciert". Was gäben wir nicht um eine genaue Aufzeichnung dieser Unterredung oder um eine Skizze, wie sie der Dichter nach seiner Zwiesprache mit Napoleon hinterlassen hat!

Dann war er wieder mit Sulpiz Boisserée in Wiesbaden vereinigt, unendliche Gespräche pflegend von unerschöpflicher Tiefe und grenzenloser Weite,

Digitized by Google

auch über die bisherigen Divan-Gedichte. Und nun reist er am 12. August nach Frankfurt und wohnt auf der Gerbermühle, eine Woche auch in Willemers Stadtwohnung im „Roten Männchen" in der Mainzer Gasse. Es ist der Höhepunkt seiner Besuche in der Heimat, auch der endgültige Abschied von ihr, da er sie nie wieder betreten sollte. Die Liebe zur entzückenden Marianne lodert jetzt in flammenden Dichtergarben auf, die Wirklichkeit wird reine Poesie. Unverhohlen, aber im Schleier der östlichen Symbolik, gestehen sich die beiden ihre Neigung. Ein Blatt der östlichen Gingo biloba schickt er ihr aus der Stadt, von dem man fragen könne, „ob es eins ist, das sich in zwei Teile teilt, oder zwei, die sich zu eins verbinden". Schon beginnen die ersten Zwiegespräche zwischen Hatem und Suleika. Goethe hat in Marianne die Dichterin entdeckt und geweckt. Dem Sang „nicht Gelegenheit macht Diebe", worin Hatem den Verlust seines Herzens beklagt, antwortet das jauchzende „Hochbeglückt in Deiner Liebe" Suleikas, ihre Rätselfrage „Als ich auf dem Euphrat schiffte, Streifte sich der goldne Ring Fingerab in Wasserklüfte"... löst der Liebende mit seinem Hinweis auf den Dogen von Venedig, durch seine eigene Vermählung mit dem heiligen Flusse: Der Main war zum Euphrat, Terrasse und Hain der Gerbermühle zum östlichen Gestade geworden, dem sich der Geist des Dichters ewig widmet — „bis zum letzten Kusse". Unvergeßlich für alle Beteiligten, wie schon der 28. August, die Feier des sechsundsechzigsten Geburtstags des Dichters, waren auch die Abschiedsstunden, die durch Goethes Vorlesung neuer Gedichte und Mariannens seelenvollen Gesang geweiht wurden. Ihr Vortrag des Liedes „Der Gott und die Bajadere", der nach Goethes Bericht so schön und innig war als nur denkbar, erregte ihn aufs tiefste, weil die Geschichte einer durch schmerzvolle Liebe zu höherem Dasein emporgehobenen Tänzerin, wie er befürchtete, Marianne allzusehr an ihre eigene erinnern mußte. Am Abend des 17. September sang sie Volkslieder und, zur Bezauberung Goethes, das Duett aus dem Don Juan „Gib mir die Hand, mein Leben" und lauschte, während er den „Totentanz" und neue Liebesgedichte las, stille, den Kopf mit einer gelben, turbanartigen Schärpe, einem Geschenke Goethes, umwunden, ihrem Hatem — ein vollendetes Bild aus dem Divan. Man traf die Verabredung, daß Willemers in der nächsten Woche zum Besuch nach Heidelberg kommen sollten. (Schluß folgt)

Digitized by Google

Die Trennung von Kirche und Staat

Von

Dr. Arnold Sachse, Geh. Regierungs- und Schulrat in Hildesheim

Das gegenwärtige Verlangen nach der Trennung von Kirche und Staat im deutschen Reichsgebiet ist hauptsächlich von denjenigen Staatsangehörigen ausgegangen, welche den vom Staat bevorzugten Religionsgesellschaften nicht angehören oder bei Angehörigkeit mit ihren Lehren in Widerspruch geraten sind. Zwei Gesichtspunkte sind bestimmend. Einerseits wird Duldung für die Betätigung abweichender religiöser Gesinnung verlangt, andererseits Gerechtigkeit, d. h. staatsrechtliche Gleichstellung der bevorzugten und der übrigen Religionsgesellschaften wie auch der keiner Religionsgemeinschaft angehörenden Personen hinsichtlich der Staatswohltaten und der Staatsansprüche (Steuern) und des Staatsschutzes. Das Verlangen ist an sich zweifellos berechtigt, namentlich wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß der Staat mit der Religion nichts zu tun hat, daß er kein Interesse an ihr hat. Aber es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Religion Plediglich rivatsache ist. Das im menschlichen Herzen begründete Verlangen nach einer Gemeinschaft mit Gott, die in irgendeiner Form in Erscheinung treten soll, wohnt allen Staatsbürgern inne und kann daher den Staat nicht gleichgültig lassen. Und die geschichtlich erwachsene Macht der Religionsgesellschaften verbietet es dem Staat, dessen Betätigung Macht erheischt, der Betätigung der Religionsgesellschaften interesselos gegenüberzustehen. Er muß sich ein gewisses Aufsichtsrecht über sie wahren. Darum sind auch die zur Herrschaft gelangten Sozialdemokraten vom Erfurter Programm hierin abgewichen.

Die Religionsgesellschaften brauchen die starke Hand des Staates zu ihrem Schutze. Das ist der Ursprung der Verbindung beider Machtbereiche. Diese Verbindung ist bald eine losere, bald eine innigere geworden. In dem einen Staate und gegenüber der einen Religionsgesellschaft handelt es sich um die Einflußnahme des Staats auf die äußeren Angelegenheiten der Kirche, in dem anderen hat der Staat mehr und mehr auch ihre inneren Angelegenheiten in seinen Einfluß- und Verwaltungsbereich gezogen. Es hat sogar Staaten gegeben und gibt es noch, in denen die Verwaltung der Kirche völlig abhängig vom Staate ist. Die katholische Kirche hat sich von dieser Bevormundung des Staates seit langem freigemacht. Sie duldet keine Einmischung des Staates in ihre inneren Angelegenheiten und hat, wo solche noch durch die Verbindung beider Machtbereiche gegeben war, die Trennung angestrebt und herbeiführen helfen. Allerdings auf dem äußeren Gebiet verwirft sie grundsätzlich die Trennung, weil sie sich der Machtmittel des Staates und seiner Geldmittel bedienen will, ohne ihm mehr Einfluß zuzugestehen, als zur Erhaltung des guten Willens beim Staate unbedingt erforderlich ist. Anders

Digitized by Google

die evangelische Kirche. Gerade das Luthertum hat die Haltung des Staates gegenüber der Kirche so gestärkt, daß der Absolutismus der Fürsten in Deutschland auf evangelischer und auch auf katholischer Seite eine Herrschaft über die Kirche gewinnen konnte, die mit dem Namen Staatskirche charakterisiert werden konnte. Die Entwicklung in Deutschland folgte der Strömung des Aufklärungszeitalters, das die Lehre von der absoluten Souveränität des Staates und den Unterschied zwischen äußeren und inneren Religionsangelegenheiten brachte. Nur die inneren sollten der Staatswillkür entzogen sein. Wenn auch der Staat keine religiösen oder kirchlichen Zwecke mehr verfolgt, so kann er doch um seiner selbst willen Religion und Kirche weder entbehren noch sich selbst überlassen. Das Allgemeine Landrecht gewährt zwar jedem Einwohner vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit, aber es macht doch einen Unterschied zwischen den vom Staat ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften, denen die Rechte privilegierter Korporationen beigelegt werden, und den geduldeten Religionsgesellschaften. Es ordnet deren äußere Angelegenheiten. Dabei verlegt es den Schwerpunkt in die Einzelgemeinden und unterbindet die Bildung einer zentralen Kirchengewalt. Im 19. Jahrhundert gelangte das Staatskirchentum zur Herrschaft. Die Leitung der Kirche wurde ein Zweig der allgemeinen Staatsverwaltung. Die Herrschaft über die inneren, die eigentlichen bischöflichen Rechte überließ der Staat der Kirche; auf evangelischer Seite nahm sie der als Landesbischof geltende Landesherr wahr.

Gegen diese Verbindung ist auch die Kirche angegangen und hat die Trennung der Gewalten, wenn auch mit geringem Nachdruck, verlangt. Immerhin hat sie einige Erfolge zu verzeichnen. In Preußen soll nach Art. 15 der Verfassung vom 31. Januar 1850 die evangelische und die katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und verwalten, aber der Artikel kam nur insoweit zur Ausführung, als das Kirchenregiment des Landesherrn, das an sich bestehen blieb, von der Verfassung und dem Einfluß der Volksvertretung ausgeschlossen blieb. Der König blieb als Kirchenoberhaupt absolut, und die von ihm eingesetzten Kirchenbehörden sind der Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung entzogen. Der 1850 zur Bearbeitung der inneren kirchlichen Angelegenheiten ins Leben gerufene Evangelische Oberkirchenrat und die Provinzialkonsistorien gelten nicht mehr als reine Staatsbehörden, wenn auch ihre Mitglieder die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten haben. Erst 1876 wurden durch Staatsgesetz dem Oberkirchenrat auch die äußeren Angelegenheiten übertragen. Die kirchlichen Oberbehörden in den neuen Provinzen sind dem Kultusminister unterstellt geblieben, der für diese kirchenregimentliche Funktionen auszuüben hat. Gegen das preußische Staatskirchentum, wenn man es so nennen will (die Hofkirche), haben sich die Kreise, welche der Kirche eine selbständige Stellung neben dem Staate aus religiösen Gründen wünschten, aufgelehnt, nicht nur die katholische Kirche im Kulturkampf, sondern auch

Digitized by Google

schon damals evangelische Kreise. Aber letztere waren einflußlos, wie die betreffenden Professoren- und Pastorenkreise, oder sie waren so eng mit dem Hofe verknüpft, daß sie es nicht wagen konnten, gegen die landesherrlichen Machtbefugnisse vorzugehen. Sie empfanden aber die Bevormundung der Kirche seitens des Staates bitter und ersehnten darum eine Trennung. Anders die liberalen kirchlichen Kreise, bei denen die Staatsallgewalt auf kirchlichem Gebiete Glaubenssatz geworden war. Es waren andere, viel weiter linksstehende Kreise, die sich darüber beklagten, daß der preußische Staat es an Duldung und Gerechtigkeit in religiösen Dingen fehlen lasse. War auch die Schar der Dissidenten gering, so wuchs sie doch und das, obwohl der Staat ihre Kinder am Religionsunterricht teilzunehmen zwang.

Es muß anerkannt werden, daß der preußische Staat den Religionsgemeinschaften gegenüber nicht in genügendem Maße Duldung und Gerechtigkeit geübt hat. Es muß aber auch geltend gemacht werden, daß in ersterer Beziehung die Praxis bis auf die Niederhaltung liberalerer Geistesrichtung in der Geistlichkeit durch die Orthodoxie milder gewesen ist, als die Theorie, und in letzterer, daß höchstes Recht zum Unrecht gemacht werden kann. Der preußische Staat übte gegenüber den Schulkindern Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts aus, ohne Rücksicht auf die Stellung der Eltern. Denn, wenn die Befreiung nach dem Erlasse des Grafen Zedlitz von 1892 von der Erteilung von Ersatzunterricht abhängig gemacht wurde, so war damit den minderbemittelten Eltern und in manchen Fällen überhaupt die Befreiung versagt. Das war ein unberechtigter Gewissenszwang. Formell wurde die Stellung des Grafen Zedlitz allerdings auch von Rechtsgelehrten mit dem Wortlaut der Verfassungsurkunde gedeckt. Aber sie widersprach dem natürlichen Gefühl, das einen Zwiespalt zwischen Elternhaus und Schule nicht herbeiführen läßt. Es war, wie der gegenwärtige Volksbildungsminister Haenisch als Abgeordneter noch im Kriege hervorhob, tief beschämend, daß Regierung und Volksvertretung sich ein Menschenalter lang immer wieder mit der Dissidentenfrage befassen mußten, ohne zum Ziel zu gelangen. Württemberg und Baden sind hier längst duldsam gewesen. Sie haben schon 1909 und 1910 gesetzlich festgestellt, daß ein Kind, welches keiner Religionsgesellschaft oder einer solchen angehört, für welche Religionsunterricht in der Schule nicht erteilt wird, zum Besuch des Religionsunterrichts gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden kann. Mit der Duldung war auch nicht verträglich, daß die Volksschullehrer gezwungen waren, Religionsunterricht zu erteilen, auch wenn sie an ihrem Glauben irre geworden waren. Der Zwang war so stark, daß nur ganz vereinzelt ein Lehrer es wagte, zu bitten, von der Erteilung entbunden zu werden. Schwerlich wird einer solchen Bitte der Erfolg versagt geblieben sein. Auch werden Lehrern, die auf Grund tieferen Nachdenkens sich selbständige Ansichten über religiöse Dinge angeeignet hatten und diese in der Schule vorzutragen wagten, wenigstens auf evangelischer Seite selten Schwierigkeiten seitens ihrer Vorgesetzten und seitens der kirchlichen Instanzen

Digitized by Google

bereitet worden sein. Immerhin lag ein Druck auf den Lehrern, die um des Gewissens willen nicht imstande waren, sich der herrschenden Kirchenlehre im Unterricht anzuschließen. Die Forderung, die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen zu dürfen, war darum berechtigt. Den Lehrern, wie jetzt in Preußen geschehen ist, zu gestatten, die Erteilung ganz allgemein aufzugeben, also aus irgendeinem nichtigen Anlaß, der mit Gewissensbedenken nichts zu tun hat, erscheint zu weitgehend. Der Gewissenhaftigkeit der Lehrer muß hier überlassen bleiben, den Unterschied zu machen, ob Gewissensbedenken vorliegen oder nicht. Württemberg und Baden sind hier duldsamer, aber im Staatsinteresse maßvoller vorgegangen. In beiden Staaten liegt es in erster Linie der Kirche ob, den Religionsunterricht zu besorgen und zu überwachen. Wo der Lehrer dazu herangezogen ist, steht es der staatlichen wie der kirchlichen Behörde zu, im gegebenen Falle diesen Unterricht wieder abzustellen.

Der Gerechtigkeit widerspricht die verschiedene Stellungnahme des Staates gegenüber den verschiedenen Religionsgesellschaften. In Preußen erhalten nur die evangelische Landeskirche, der die Landeskirchen der neuen Landesteile hierin gleichgestellt sind, und die katholische Kirche Staatszuschüsse teils auf Grundlage von Verpflichtungen, teils lediglich auf Grund des Staatshaushaltsetats. Sie dienen hauptsächlich zur Besoldung der Geistlichkeit. Nur für die Ausbildung der Geistlichen dieser Kirchen bestehen Fakultäten bei den vom Staate unterhaltenen Universitäten, nur für ihre Veranlagung zu Kirchensteuern und für ihre Disziplinarentscheidungen stellt der Staat seine Zwangsmittel zur Verfügung. Neben ihnen besitzen noch Korporationsrechte, aber ohne die eben genannten Privilegien die Altlutheraner, die Niederländischen Reformierten, die Herrnhuter, die Böhmischen Brüder, die Mennoniten und die Baptisten und die Synagogengemeinden. Alle anderen Religionsgesellschaften sind reine Privatgesellschaften. Sie sind benachteiligt gegenüber den privilegierten, indem ihre Angehörigen in gleichem Maße wie die jener zu den Staatssteuern beitragen müssen, aus denen der Staat die kirchlichen Veranstaltungen der privilegierten speist. Freilich hat der Staat ein höheres Interesse an dem Bestande und der Würde der großen Religionsgesellschaften, als an den kleinen Sekten. Viele seiner kulturellen Einrichtungen, namentlich auf dem künstlerischen Gebiet, dienen nur einem Bruchteil seiner Angehörigen, während der größte Teil zu ihrer unmittelbaren Benutzung keine Gelegenheit hat. Mittelbaren Nutzen ziehen aber auch die Angehörigen kleiner Religionsgesellschaften aus der staatlichen Unterstützung der großen. Überall ziehen finanzielle Rücksichten der absoluten Gerechtigkeit Grenzen, wie dies namentlich auf dem Gebiet der Volksschulunterhaltung hervortritt. Benachteiligung der kleinen Gemeinschaften, die sich örtlich auf die verschiedenen Religionsgesellschaften verschieden verteilen, sind unvermeidbar, solange das Volksschulwesen im wesentlichen auf konfessioneller Grundlage beruht. Weniger in Preußen, als in anderen deutschen Staaten, so im vormaligen Königreich Sachsen bis zum Schulsteuergesetz von 1913, ist hier gegenüber der katho-

Digitized by Google

lischen Kirche ungerecht verfahren worden. Dagegen ist der jüdische Kultus auf Kosten des Staates durch die Aufrechterhaltung der öffentlichen jüdischen Volksschulen, die fast durchweg Zwergschulen sind, begünstigt worden. Auf diese Weise erhält er billige Kultusdiener. Württemberg ist hier mustergültig vorgegangen, indem es die evangelische, katholische und jüdische Religion im Volksschulgesetz völlig gleichmäßig behandelt.

Wenn nach der Umwälzung in Deutschland das Verlangen nach der Trennung von Kirche und Staat lebendig hervortrat, so ist dies einmal darauf zurückzuführen, daß die bisherige Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei über Duldung und Gerechtigkeit nicht übereinstimmt, auch darauf, daß die Kirche sich bisher in den Dienst der alten Staatsgewalt gestellt hatte, sodann aber auch auf äußere Verhältnisse. Namentlich nötigte der Wegfall der landesherrlichen Instanz zur Schaffung eines Ersatzes. Während in einigen deutschen Staaten die evangelische Landeskirche sich sofort selbst diese Instanz gab, griff wohl auch infolge des Zuwartens des Evangelischen Oberkirchenrats die preußische Staatsregierung ein und übertrug durch das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt die Rechte des Königs als Trägers des landesherrlichen Kirchenregiments drei Staatsministern evangelischen Glaubens. In vielen kirchlichen Kreisen hat diese Regelung Anstoß erregt. Jedenfalls will man bei Schaffung einer neuen Verfassung der Landeskirche, die auf synodaler und kollegialer Grundlage erfolgen soll, die oberste Gewalt einer rein kirchlichen Stelle übertragen. Die katholische Kirche besitzt solche Stellen in ihrer Hierarchie.

Mit dieser durch die Umwälzung sofort notwendig gewordenen Änderung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ist aber erst ein einzelner Punkt des ganzen Problems berührt. Daß dies Problem in Angriff genommen werden muß, darüber sind sich nach anfänglichem Schwanken der Rechtsparteien, die in dem Trennungsverlangen einen kirchenfeindlichen Vorgang erblickten, alle politischen Parteien klar geworden. Das Ziel ist die Trennung. Dabei wird unter Trennung auf kirchlicher Seite die Freimachung der Kirche von aller Vermengung mit weltlichen Zielen, auf staatlicher Seite die Freimachung des Staates von allen über rein staatliche Zwecke hinausgehenden Verpflichtungen gegenüber den Kirchen verstanden. Man spricht auch von Entstaatlichung der Kirche und Entkirchlichung des Staates. An die Stelle der wie immer gearteten Staatskirche soll die Volkskirche treten. Es hat sich ein Volkskirchenbund gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Trennung unter Wahrung der Würde und des Besitzstandes der Kirche vorzubereiten. Gewisse Grundlinien sollen in der Verfassung der deutschen Republik gezogen werden. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung soll sich nach den Zeitungsberichten auf folgende Punkte geeinigt haben.

Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die behördliche Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, soweit davon nicht Rechte und

Digitized by Google

Pflichten abhängen, wird verboten. Die bürgerlichen Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind von religiösem Bekenntnis unabhängig. Freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen, sowie Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften. Es besteht keine Staatskirche. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Rechts. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Korporation zu, sofern sie solche bisher besessen haben, anderen Religionsgesellschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr der Dauer bieten. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder zu besteuern. Die auf Gesetz, Verordnung oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden abgelöst. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und der religiösen Vereine an ihren für Kultus- und Wohltätigkeitszwecken bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds bleibt unberührt.

Die preußische Staatsregierung hat am 25. März 1919 programmatisch erklärt: „Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigungen mit dem Endziel der beiderseitigen Selbständigkeit neu geordnet werden." Die Trennung wird sich voraussichtlich nach den vorstehenden Grundsätzen vollziehen. Die theologischen Fakultäten werden im Rahmen der Universitäten erhalten bleiben.

Besondere Schwierigkeiten macht bei der Trennung von Kirche und Staat der Religionsunterricht in der Schule, seine Erteilung und seine Beaufsichtigung. Die Erlasse des preußischen Kultusministers Hoffmann aus dem November 1918 haben eine tiefgehende Beunruhigung in das Volk hineingetragen. Nach dem gehässigen Tone dieser Erlasse gegen jede religiöse Betätigung in der Schule wurde befürchtet, daß der Religionsunterricht überhaupt aus der Schule entfernt und höchstens nach französischem Vorbild durch einen Moralunterricht ersetzt werden sollte. Diese Befürchtungen sind inzwischen zerstreut worden. Namentlich wird dazu die unter dem Einfluß der christlich-demokratischen Volkspartei (des Zentrums) zustande gekommene programmatische Erklärung der preußischen Staatsregierung vom 25. März 1919 beigetragen haben: „Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie der Stellung von Schule und Kirche zueinander ist der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahlfrei. Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist den Gemeinden das Recht zugewiesen, die Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht einzuführen." Es läßt sich nicht absehen, wie sich die endgültige Regelung vollziehen wird. Man kann drei Wege unterscheiden. Entweder verbleibt es bei der bisherigen gemeinsamen Wirksamkeit von Kirche und Staat und der von der Kirche bisher geübten Aufsichtsart, nach

Digitized by Google

preußischem Ausdruck Leitung des Religionsunterrichts seinem Inhalte nach. Oder die Kirche besorgt und überwacht den Religionsunterricht selbst. Oder der Staat besorgt und überwacht ihn allein, womit er seines dogmatischen Charakters im wesentlichen entkleidet würde, immerhin aber noch Religionsunterricht, nicht bloßer religionskundlicher Unterricht bleiben könnte. Die Beschreitung des ersten Weges würde erheblich erschwert, ja vielleicht unmöglich gemacht werden, wenn die Kirche sich infolge der Aufhebung der Ortsschulinspektion durch die Geistlichen verleiten ließe, die Leitung oder Aufsicht über den Religionsunterricht nunmehr den Ortsgeistlichen zu übertragen. Der zweite Weg ist in Frankreich beschritten und reizt schwerlich zur Nachfolge. Auf den dritten führen die Zwickauer Thesen hin.

Die Trennung wird weiter vollzogen werden auf dem persönlichen Gebiete, indem die bisherige nicht notwendige Verbindung zwischen Kirchen- und Schulämtern auf seiten der Lehrenden und der Beaufsichtigenden beseitigt werden wird. Beim Lehrpersonal ist die Verbindung zumeist eine organische, dauernde, insofern mit dem Schulamt ein Kirchenamt verbunden ist, so daß der Inhaber des vereinigten Amtes zwei Hauptämter bekleidet, zwei verschiedene Pflichtkreise wahrzunehmen hat, zwei verschiedenen Disziplinarbehörden untersteht, aber ein einheitliches Gehalt bezieht, aus dem einheitlich seine Ruhegehalts- und Hinterbliebenenansprüche sich ableiten. Diese Doppelstellung ist ungesund und überlebt. Die Verrichtung der Küster(Mesner-)dienste verträgt sich nicht mehr mit der Bildung und sozialen Stellung des Lehrerstandes. Die Schule wird durch die organische Verbindung der Ämter benachteiligt. Die meisten deutschen Staaten sind dem Verlangen der Lehrerschaft nach Trennung der Ämter weiter entgegengekommen als Preußen, namentlich hat Württemberg die Trennung in nachahmenswerter Weise vollzogen. In vielen deutschen Staaten ist es dem Lehrer untersagt, die Küster(Mesner-)dienste wahrzunehmen, in anderen ist es ihm nur mit behördlicher Genehmigung widerruflich gestattet. Die Wahrnehmung der Organisten(Kirchenmusik-)dienste ist in manchen deutschen Staaten dem Lehrer freigestellt, in anderen ist er verpflichtet, sie wahrzunehmen; aber sie bilden nur ein Nebenamt. In Bayern war die Staatsregierung unmittelbar vor dem Kriege der Regelung des gesamten Lehrerdienstes in einer ausführlichen Vorlage an den Landtag nähergetreten; sie hat kurz nach der Umwälzung ihre Bestrebungen wieder aufgenommen, mit dem Ziele, die Küsterdienste vom Schulamt ganz zu trennen, die Übernahme der Kirchenmusikdienste aber, soweit für die Kirche nötig, als Nebenamt vom Lehrer zu verlangen. Jedenfalls war man, obwohl diese Lösung heftigen Widerspruch, als nicht weit genug gehend, bei der Lehrerschaft gefunden hat, ernstlich bestrebt, die Trennung durchzuführen. In Preußen hat man der Trennung tatsächlich stets widerstrebt. Die Ministerialerlasse, auf Grund deren sie herbeigeführt werden konnten, versagten bei der Anwendung, und so ist es fast überall beim alten verblieben. So ist es gekommen, daß gerade in Preußen die Lehrerschaft sich jetzt allerorten gegen die Fortführung

Digitized by Google

der niederen Küsterdienste auflehnt. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind gewiß große, und ihre Überwindung kostet dem Staate und den Gemeinden, auch der Kirche Geldopfer. Die Lehrerschaft hat aber einen gerechten Anspruch darauf, daß die von ihr seit Jahrzehnten erstrebte Trennung endlich vollzogen wird. Der preußische Staat wird sie nur auf gesetzlichem Wege herbeiführen können; er muß nur endlich die von den süddeutschen Staaten längst verlassene Anschauung aufgeben, daß ein solches Gesetz nur im Einvernehmen mit der Kirche erlassen werden könne. Nur ein durchgreifendes Staatsgesetz kann hier Ordnung schaffen.

Die staatliche Schulaufsicht ist allzulange der Geistlichkeit nebenamtlich übertragen gewesen. Auch hier ist Preußen hinter den meisten anderen deutschen Staaten zurückgeblieben. Es hat die Verwaltung der Ortsschulaufsicht durch die Geistlichen beibehalten, obwohl sie in den anderen deutschen Staaten, abgesehen von Bayern und Sachsen, bereits aufgegeben war. Jetzt liegt der preußischen Landesversammlung ein die Aufhebung der Ortsschulinspektion vorsehender Gesetzentwurf vor, nachdem ein die Entlassung der Geistlichen als Ortsschulinspektoren bezweckender Ministerialerlaß nicht vollständig zur Durchführung gekommen ist. Mit der Besetzung der Kreisschulinspektion durch hauptamtliche Beamte ist das Königreich Sachsen schon 1835 vorangegangen, dann sind Baden, Hessen, die thüringischen Staaten, neuerdings auch Württemberg, Oldenburg und Braunschweig gefolgt, und kurz vor dem Kriege gab es nebenamtliche Kreisschulinspektoren nur noch in Preußen, Mecklenburg und Bayern, in letzterem Staate allerdings auf verfassungsrechtlicher Grundlage. Preußen hat die Errichtung hauptamtlicher Kreisschulinspektionen nur in langsamem Tempo und zeitweise nur widerwillig gefördert. Jetzt scheint die hauptamtliche und fachmännische Besetzung der Kreisschulinspektion durchgeführt werden zu sollen. Damit wird ein starkes Band zwischen Kirche und Schule gelöst. Es soll mit Dank anerkannt werden, daß viele geistliche Kreisschulinspektoren, die mit dem Volksschulwesen durch Studium und Umgang vertraut geworden sind, ihren Aufgaben voll genügt und die ihnen unterstellten Volksschulen trefflich gefördert haben. Aber die Entwicklung verlangt, daß das Schulaufsichtsamt hauptamtlich verwaltet und den mit den Volksschulaufgaben von vornherein Vertrauten übertragen wird. Die fachmännische Schulaufsicht wird damit auf die breiteste Grundlage gestellt, und dem Volksschullehrerstand, dessen Laufbahn sich bisher meist auf das eigentliche Lehramt beschränkte, wird eine die Besten fordernde größere Aufgabe gestellt, der er sich sicher gewachsen und würdig erweisen wird.

Das in seinen Hauptzügen im vorstehenden dargelegte Problem der Trennung von Kirche und Staat verlangt eine vorsichtige, die geschichtliche Entwicklung und die Machtverhältnisse beachtende Behandlung. Seine Lösung soll zur Duldung und Gerechtigkeit führen, ohne den Bestand der Kirche zu gefährden. Sie darf nicht in kirchenfeindlichem Sinne erfolgen, nicht so wie in Frankreich, daß die Kirche die staatliche Lösung ignoriert, so daß sich dort,

Digitized by Google

wie man sich wohl ausgedrückt hat, der Staat von der Religion, aber nicht von der Kirche getrennt hat. Dem Volke, das die Religion erhalten will, muß sie auch in einer Volksrepublik, die Duldung und Gerechtigkeit zum Leitstern nimmt, erhalten bleiben.

Der Seuchenschutz des Reichs während des Krieges

Von

Geh. Regierungsrat Dr. Breger (Berlin)

I

Bei der Mannigfaltigkeit der Verkehrsbeziehungen mit dem Auslande und bei der eigenartigen geographischen Lage unseres Vaterlandes war schon in Friedenszeiten Deutschland von gefährlichen Volksseuchen bedroht. Der Reiseverkehr mit Rußland führte häufig zur Einschleppung von Pockenfällen, die meist von polnischen landwirtschaftlichen Arbeitern ihren Ausgang nahmen. Durch die Binnenschiffahrt und Flößerei auf den großen östlichen Strömen (Weichsel, Memel und Warthe) wurde mehrmals der nicht minder gefährlichen asiatischen Cholera ein Einfallstor geöffnet. Aber es drohte der Volksgesundheit eine noch schrecklichere Geißel. Unter den Getreideschiffen, die regelmäßig argentinischen Weizen nach Hamburg und Bremen brachten, befanden sich alljährlich einige Dampfer, die außer ihrer wertvollen Ladung die Beulenpest unter den Ratten an Bord hatten und dadurch auch die Gefahr einer Pestepidemie unter den Menschen in greifbare Nähe rückten. Die Aufgabe, solche Seuchengefahren von dem deutschen Volke fernzuhalten und abzuwehren, obliegt dem Reiche im Verein mit den Einzelstaaten. Von den Reichsbehörden sind hierbei zuständig: das Reichsamt des Innern (jetziges Reichsministerium des Innern) und das Reichsgesundheitsamt. Sie werden durch die deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland fortlaufend über das Auftreten gemeingefährlicher Krankheiten in den verschiedensten Ländern der Erde unterrichtet. Die ausländischen Nachrichten werden ebenso wie die Mitteilungen über Seuchenausbrüche im Inland bei den genannten Stellen des Reichs gesammelt. Von hier aus werden die erforderlichen Maßnahmen durch eigene Anordnungen oder durch Benehmen mit den Landesregierungen getroffen und ihre Durchführung überwacht; der Vollzug der Maßregeln im einzelnen erfolgt in der Regel durch die Landesbehörden. Die rechtlichen Handhaben für die einschlägigen Anordnungen sind durch das Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten sowie durch die hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und der Landesregierungen mit Beginn dieses Jahrhunderts geschaffen worden. Es sind darin den Vollzugsbehörden

Digitized by Google

ausführliche Anweisungen zur Bekämpfung der Cholera, der Pest, der Pocken, des Aussatzes und des Fleckfiebers an die Hand gegeben. Sie lehnen sich eng an die Erfahrungen der ärztlichen Tätigkeit und an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der Bakterienkunde, an, welche in weitestem Umfang auch für die Zwecke des internationalen Seuchenschutzes nutzbar gemacht worden sind.

Mit dem Ausbruch des großen Krieges wurde zwar der normale Verkehr mit dem Ausland eingestellt. Immerhin mußte auch seit Kriegsbeginn mit der Einschleppung übertragbarer Krankheiten in das Deutsche Reich gerechnet werden, da aus dem Operationsgebiet ein ständiger Strom von Verwundeten, Kranken, Urlaubern und Gefangenen nach dem Hinterlande sich ergoß. Hier war die größte Wachsamkeit geboten. Ganz besondere Vorsicht war aber erforderlich, nachdem unsere Truppen russische Gebiete besetzt hatten, Länder, die schon in Friedenszeiten in hohem Maße von übertragbaren Krankheiten heimgesucht waren. Sind doch nach den Mitteilungen der früheren russischen Regierung im Jahre 1911 im europäischen Rußland erkrankt an Pocken 106065, an Unterleibstyphus 367029, an Fleckfieber 113473, an Ruhr 388813 und an Cholera 3216 Personen. Nach menschlichem Ermessen war es daher unausbleiblich, daß unser durch Kriegsnot und Hunger heimgesuchtes Vaterland in bedenklicher Weise ein Opfer verheerender Kriegsseuchen werden würde. Um dieser Gefahr zu begegnen, fand während der vergangenen Jahre ein einmütiges Zusammenarbeiten der Reichsmedizinalverwaltung mit dem Kriegsministerium, der Medizinalabteilung im preußischen Ministerium des Innern, dem Generalgouvernement Warschau und dem Oberbefehlshaber Ost statt. In zahlreichen Sitzungen hat ferner der Reichsgesundheitsrat über die jeweils zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen beraten. Oft waren auch die Landesregierungen bereits aus eigenem Antrieb der drohenden Gefahr entgegengetreten. Durch das Reichsamt des Innern wurden die vom Reichsgesundheitsrat empfohlenen Maßnahmen jeweils den Landesregierungen mitgeteilt. Schon bald nach Kriegsbeginn, am 13. August 1914, war ihnen eine erhöhte Bereitschaft gegenüber der drohenden Seuchengefahr nahegelegt worden. Eindringlich sind sie hingewiesen worden auf die Wichtigkeit der Bereitstellung eines ausreichenden Ärztepersonals, auf die Notwendigkeit der Ausbildung von Fachbakteriologen, von Laboratoriumsgehilfen und von Desinfektoren. Um dem Mangel an Krankenpflegepersonal zu begegnen, wurde eine Notprüfung für Pflegepersonen eingeführt. Die Bereitstellung von Absonderungsräumen, die Beschaffung von Arznei- und Desinfektionsmitteln wurde in vorsorglicher Weise betrieben. Damals schon wurde von der Reichsverwaltung auf die vom Osten her drohende Fleckfiebergefahr und auf die Übertragung der Krankheit durch Läuse aufmerksam gemacht. Wie die Erfahrungen des Krieges alsdann gezeigt haben, war es ein besonderes Glück für das von Not und Entbehrung schwer heimgesuchte Mitteleuropa, daß wenige Jahre zuvor (1909) in Tunis die Feststellung gelungen war, daß der Ansteckungsstoff des

Digitized by Google

Fleckfiebers durch den Stich der Kleiderlaus vom kranken Menschen auf Gesunde übertragen wird. Ohne diese Erkenntnis und ohne ihre Nutzanwendung würde man dem Fleckfieber nahezu wehrlos gegenübergestanden haben.

Um diese Errungenschaft zum Allgemeingut der Ärzte zu machen und um ihnen vor allem die Erkennung der ersten Fleckfieberfälle zu erleichtern, hat das Reichsgesundheitsamt im September 1914 „Ratschläge an Ärzte für die Bekämpfung des Fleckfiebers" herausgegeben und sie bald darauf durch eine „Zusammenstellung von Verfahren zur Vertilgung von Kleiderläusen" ergänzt. An der Hand dieser Zusammenstellung konnte in den Desinfektorenschulen die Ausbildung der Desinfektoren in der Vertilgung des Ungeziefers vorgenommen werden. Unabsehbare Gefahren wurden auf diese Weise rechtzeitig eingeschränkt, wenn nicht ganz verhindert.

II

Wie spielte sich nun die Bekämpfung eines Fleckfieberausbruchs im Inland ab? Ein Beispiel möge ein solches Vorkommnis erläutern. Ein Trupp russischer Feldarbeiter trifft aus dem Osten auf einem Gute ein. Angeblich sind die Leute vorschriftsmäßig entlaust. Die Ankömmlinge sollen zwar nach den ergangenen Vorschriften an ihrem ersten Beschäftigungsort einer gründlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitsstand und nötigenfalls der Entlausung unterworfen werden. Diese Vorsichtsmaßregel ist jedoch in dem gedachten Falle infolge irgendeines Versehens unterblieben. Bald nach ihrer Ankunft wird einer der Fremdlinge von einem heftigen Fieber befallen, das nach wenigen Tagen zum Tode führt. Eine ärztliche Behandlung hatte nicht stattgefunden. Einige Zeit darauf erkranken gleichfalls unter Fieber noch einige von den Leuten, die indes wieder gesund werden. Plötzlich treten einige neue Krankheitsfälle mit schweren Erscheinungen auf. Der zugezogene Arzt vermag zunächst bei der Unbestimmtheit des Krankheitsbildes ein sicheres Urteil über die Art des Fiebers nicht abzugeben und ordnet die Überführung der Kranken in das nächstgelegene Krankenhaus an. Durch Besprechungen im Ärzteverein, durch amtliche Zuschriften und durch die erwähnten „Ratschläge" war der Arzt bereits auf die drohende Fleckfiebergefahr aufmerksam gemacht worden. Vorsorglicherweise entnimmt er von den Kranken Blutproben und schickt sie an eine der bakteriologischen Untersuchungsanstalten, wie sie in einem gleichmäßigen Netz über das ganze Deutsche Reich verteilt sind. Hier wird nach einem Verfahren, das während des Krieges von zwei österreichischen Ärzten (E. Weil und A. Felix) entdeckt worden ist, festgestellt, daß der Befund für Fleckfieber spricht. Die verdächtigen Fälle sind inzwischen den Behörden gemeldet worden. Ein hinzugezogener, in der Erkennung des Fleckfiebers besonders erfahrener Facharzt, wie solche von den Bundesregierungen im voraus bestimmt und den Ärzten benannt worden sind, stellt am Krankenbett im Benehmen mit dem behandelnden Arzte, dem Krankenhausarzt und dem Kreisarzt endgültig fest, daß ein Ausbruch des Fleckfiebers vorliegt. Die Kranken sind schon bei der Aufnahme in das Krankenhaus zu-

Digitized by Google

verlässig entlaust worden, so daß von ihnen die Gefahr einer Übertragung nicht mehr droht. Die Ärztekommission begibt sich nun nach dem Orte, wo der erste Kranke ermittelt wurde, um nach weiteren verdächtigen Kranken zu fahnden. Die Untersuchung der Stubengenossen der Kranken stellt durch Messung der Körperwärme fest, daß noch einige fiebernde Personen vorhanden sind, die sich bei weiterer Beobachtung als fleckfieberkrank erweisen. Die Kranken werden auf das strengste von den Gesunden abgesondert. Zu diesem Zwecke werden sie, soweit der verfügbare Platz ausreicht, in das nächstgelegene Krankenhaus übergeführt oder in einer besonders zu diesem Zwecke hergerichteten Krankenbaracke untergebracht. Zur Ausführung der Desinfektion stellt das Sanitätsamt des zuständigen Armeekorps einen fahrbaren Desinfektionsapparat zur Verfügung. Behelfsmäßige Entlausungseinrichtungen werden rasch unter Benutzung einer Lokomobile oder des Herdes der Waschküche geschaffen. Durch den Kreisdesinfektor werden die Insassen des verseuchten Hauses vom Ungeziefer befreit und die Räume und ihr Inhalt gesäubert und entlaust. Um etwaige nachträgliche Fleckfieberfälle sofort ermitteln und unschädlich machen zu können, müssen die gesunden Dienstleute des Hofes in Baracken, die das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt hat, die vorschriftsmäßige dreiwöchige ärztliche Beobachtung mit Verkehrsbeschränkung durchmachen. Auf diese Weise gelingt es regelmäßig, in kurzer Zeit der Seuche Herr zu werden. Viele Ärzte, eine Anzahl Krankenschwestern und Desinfektoren haben sich trotz aller Vorsicht im Dienste der Fleckfieberbekämpfung eine Ansteckung zugezogen, nicht wenige von ihnen sind ihr erlegen.

Mehrmals während des Krieges war Deutschland schwer vom Fleckfieber bedroht. Eine große Gefahr für die einheimische Bevölkerung bildeten im Winter 1914/15 die Gefangenenlager mit ihren zahlreichen fleckfieberkranken Insassen. Im Frühjahr 1918 ließen sodann die zurückkommenden deutschen Internierten aus der russischen Gefangenschaft befürchten, daß sie nicht selten Fleckfieberkeime mitbrächten. Die Heimkehrenden wurden daher auf den Rat des Reichsgesundheitsrats hin in Sammellager, die sich noch innerhalb des besetzten Feindeslandes im Bereiche des Oberbefehlshabers Ost befanden, einer zehntägigen Beobachtung unterworfen, hier wiederholt von Ungeziefer befreit und mit neuer Kleidung versehen. Eine ärztliche Untersuchung und Entlausung fand sodann bei dem Übergang über die Grenze statt. Endlich wurden diese Auslandsflüchtlinge nach ihrer Ankunft am Bestimmungsorte nochmals auf das Vorhandensein von Infektionskrankheiten und auf die Anwesenheit von Läusen untersucht und darauf drei Wochen hindurch einer ärztlichen Aufsicht unterstellt. So konnte gegen eindringende Krankheitskeime durch weise Vorbeugungsmaßregeln eine Mauer gezogen werden, die der Volksgesundheit sicheren Schutz gewährte. Am größten wurde die Seuchengefahr am Ausgang des Krieges, als im November 1918 unsere Heeresteile aus dem Osten in ungeregelter Weise überraschend schnell zurückfluteten. Die Abwehrmaßnahmen hiergegen, die für den Fall einer allmählich vor sich gehenden Abrüstung und

Digitized by Google

Räumung des feindlichen Gebiets bereits in ihren Einzelheiten geregelt waren, ließen sich unter den unvorhergesehenen Verhältnissen nur unvollkommen oder überhaupt nicht zur Ausführung bringen. Was auf dem Gebiete des Seuchenschutzes ein kraftvoller Geist deutscher Organisation, gepaart mit einem großen Verantwortlichkeitsgefühl, die letzten Jahre hindurch geschaffen hatte, stürzte zusammen, so daß alles den gänzlich veränderten Verhältnissen angepaßt und von neuem aufgebaut werden mußte. Am 19. November und 5. Dezember richtete das Reichsministerium dringende Mahnrufe an die Behörden, sie sollten ihr Augenmerk auf die vom Osten her drohende Seuchengefahr richten und die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um eine geeignete gesundheitliche Behandlung der Zurückgekehrten zu ermöglichen. Die empfohlenen Maßnahmen bezogen sich auf eine zweckentsprechende Unterkunft, auf die Schaffung von Einrichtungen für die Entlausung der Heimgekehrten, auf ihre ärztliche Untersuchung sowie auf ihre fortlaufende gesundheitliche Beobachtung und Überwachung auf die Dauer von drei Wochen.

Welches waren nun die Erfolge der Fleckfieberbekämpfung während des Krieges? Im Deutschen Reiche belief sich in den fünf Jahren 1914—1918 die Zahl der Fleckfiebererkrankungen bei Zivilpersonen auf 6 — 33 — 30 — 135 und 265. Militärpersonen erkrankten in demselben Zeitraum 4 — 520 — 40 — 88 und 112. Fürwahr geringe Zahlen! Dieser Erfolg eines Seuchenschutzes erscheint um so bedeutsamer, wenn man sich daran erinnert, daß vor etwa einem Jahrhundert ähnliche gesundheitliche Gefahren vorlagen. Der Rückzug, den Napoleon im Oktober 1812 mit seinem Heere aus Moskau antreten mußte, brachte eine schwere Fleckfieberepidemie nach Deutschland, von der fast kein Teil unseres Vaterlandes verschont blieb. Die großen Heeressäulen, die damals ganz Deutschland durchzogen, ließen überall den Keim der Krankheit in den Gemeinden zurück. Die Zahl der Todesfälle an Fleckfieber in Deutschland während der Jahre 1813—1814 wird von dem namhaften Medizinalstatistiker Prinzig auf 300000, diejenige der Erkrankungen auf 2 Millionen geschätzt. („Med. Reform" 1912, S. 473.)

Allerdings ist gegenwärtig die Fleckfiebergefahr für Deutschland wohl noch nicht erloschen. Indes ist alles mögliche angeordnet, um einfallende Funken sofort auszutreten und Herde, die sich da oder dort zu bilden drohen, gleich im Beginn zu ersticken. Wo es nicht gelingt, ist dies im wesentlichen auf die gegenwärtige vielerorts herrschende Unordnung und die ungenügende Befehlsgewalt der Behörden zurückzuführen.

III

Was die Pocken angeht, so betrug in Friedenszeiten die Zahl der jährlichen Erkrankungen im Deutschen Reiche durchschnittlich 239, diejenige der Todesfälle durchschnittlich 66. Dagegen erkrankten (starben) während der fünf Jahre 1914—1918 an den Pocken 138 (18), 187 (28), 685 (93), 3043 (454) und 379 (40) Personen. Aus dieser Zahlenreihe ist zu ersehen, daß die

Digitized by Google

Pocken in den ersten beiden Jahren des Krieges in nur geringem Umfang sich gezeigt, daß aber im Jahre 1917 die Erkrankungen in auffallender Weise sich gehäuft haben. Schon im Sommer des Jahres 1916 waren die Pocken durch wolhynische Rückwanderer nach Ostpreußen gebracht worden, von wo die Krankheit nach Schleswig-Holstein vorgedrungen ist. Hier haben hauptsächlich Wanderarbeiter und obdachlose Personen zur Ausbreitung der Pocken beigetragen. Auch fand die Krankheit Eingang unter den Arbeitern der großen Fabriken, die für den Kriegsbedarf in Norddeutschland tätig waren. Einem tatkräftigen Zugreifen der Bundesregierungen, deren einheitliches und gleichmäßiges Zusammenwirken gegenüber dem gemeinsamen tückischen Feinde durch die Reichsverwaltung in die Wege geleitet wurde, ist es gelungen, die Seuche allmählich zum Erlöschen zu bringen. Es wurde die gesamte Arbeiterschaft der Sprengstoff- und Munitionsfabriken sowie anderer für den Heeresbedarf arbeitenden Großbetriebe einer Durchimpfung unterzogen. Auch wurden die in Herbergen und Asylen für Obdachlose nächtigenden Personen geimpft und der übrigen Bevölkerung in allgemeinen Impfterminen Gelegenheit gegeben, sich impfen zu lassen. Auch hier wurde von den Behörden, wie schon eingangs erwähnt, besonderer Wert darauf gelegt, durch Vorträge und Druckschriften die Ärzte in den Stand zu setzen, verdächtige Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und zur Anzeige zu bringen. Diesen Maßnahmen blieb der Erfolg nicht versagt. Daß diese Epidemie einen größeren Umfang nicht angenommen hat, ist aber hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, daß infolge der regelmäßigen Impfungen der kleinen Kinder und der Schuljugend das deutsche Volk einen beträchtlichen Grad von Immunität gegenüber den Pocken besitzt. Als Beweis dafür sei angeführt, daß in Österreich, das diese Impfpflicht nicht kennt, die Pocken in ganz anderem Umfang gewütet haben. In Österreich erkrankten während der fünf Jahre 1914—1918 an den Pocken: 339 — 25310 — 23602 — 1752 und 3010 Personen. Als noch größer stellt sich der Erfolg der reichsgesetzlichen Pockenbekämpfung dar, wenn man die Zahlen dieses Krieges mit denjenigen des Jahres 1870 und der nächsten Jahre vergleicht. Die Zahlen der Todesfälle an Pocken betrug im Deutschen Reiche in den vier Jahren 1870—1873 6092 — 84885 — 77226 und 12894. Die Zahl der damaligen Erkrankungen ist infolge Mangels einer Statistik nicht bekannt. Nimmt man indes an, daß 30 vom Hundert der Kranken gestorben wären, so läßt sie sich insgesamt auf 600000 schätzen.

Unter der Cholera hat das deutsche Volk nur wenig zu leiden gehabt. Trotz der erheblichen Einschleppungsgefahr haben sich während der ganzen Kriegszeit unter der Zivilbevölkerung nur 93 Cholerafälle ereignet, von denen 32 einen tödlichen Ausgang genommen haben. Die Erkrankungen betrafen hauptsächlich Angehörige der schiffahrttreibenden Bevölkerung der östlichen Ströme Preußens. Zuletzt kam es im September und Oktober 1918 in Berlin und im Regierungsbezirke Potsdam zu einem kleinen, aber gefährlichen Choleraausbruch, der von einer Roßschlächterei seinen Ausgang nahm.

Digitized by Google

Dank der Wachsamkeit der preußischen Gesundheitsbehörden ist es gelungen, diesen Seuchenherd sofort zu entdecken und unschädlich zu machen. Dabei haben die Landesbehörden die von der Reichsgesetzgebung geschmiedeten Waffen in verständnisvoller und wirksamer Weise angewandt.

So ist es gelungen, während des Krieges die sogenannten gemeingefährlichen Krankheiten ihres verderblichen Wesens zu entkleiden und das deutsche Volk vor Seuchen zu bewahren. Als besonders wirksam und nützlich erwies sich dabei der Umstand, daß nach Lage der Gesetzgebung ein einheitliches und gleichmäßig wirksames Vorgehen gegen die genannten Krankheiten möglich war und ihre Bekämpfung nicht durch die Buntscheckigkeit landesrechtlicher Vorschriften gehemmt wurde. Dieser Erfolg legt den Gedanken nahe, auch auf dem Gebiete der übrigen übertragbaren Krankheiten nach einer einheitlichen Reichsgesetzgebung zu streben. Die Milliardenheere der mikroskopischen Feinde der Menschheit, die Krankheitserreger, machen nicht vor den Landesgrenzen der deutschen Freistaaten halt und werden daher am zweckmäßigsten und wirkungsvollsten mittels einheitlicher Maßnahmen sich bekämpfen lassen.

Die deutsche Währung der Zukunft

Von

Karl Elster

Es gibt zwei Währungsformen, die sich mit währungspolitischen Erwägungen begründen — und gut begründen! — lassen: die gebundenen Währungen und die freien Währungen. Es gibt eine dritte Währungsform, deren Dasein nur die Not entschuldigt: die Zettelwirtschaft. Die Zettelwirtschaft als Währungsform herrscht heute in Deutschland. In ihrer Sünden Maienblüte prangt sie unter den Errungenschaften der Revolution; freilich darf nicht verkannt werden, daß ihre Ursprünge älteren Datums sind.

Gebundene und freie Währungen! Worin das begriffsbestimmende Unterscheidungsmerkmal zwischen diesen beiden Währungsformen begründet liegt, habe ich schon in anderem Zusammenhange[1]) ausgeführt: In Ländern mit gebundener Währung ist die Währungseinheit zu dem Preise eines Metalles — in Goldwährungsländern also zu dem des Goldes — derart in Beziehung gesetzt, daß man einmal für eine beliebige Menge Goldes jederzeit einen festen Preis in Geld, andererseits für einen beliebigen Geldbetrag jederzeit zum festen Preise Gold erhalten kann. Sind diese beiden Voraussetzungen gegeben, so herrscht Goldwährung, mag auch nicht eine einzige Gold-

[1]) Juni-Heft dieser „Revue": Die deutsche Reichsmark im Kriege.

Digitized by Google

münze sich im Umlauf befinden. Entfällt aber die eine oder die andere dieser Voraussetzungen, so entfällt zugleich mit ihr auch die Goldwährung, mag der Verkehr auch noch so stark mit Goldmünzen „gesättigt" sein.

Mit Ausbruch des Krieges schied Deutschland aus der Reihe der Goldwährungsländer aus, weil die Bareinlösungspflicht — die Pflicht, Kassenscheine und Banknoten in Gold einzulösen — aufgehoben wurde. Wenn auch nach wie vor Geld zum festen Satze für Gold zu haben war, so fehlte es seitdem doch an der zweiten begriffsnotwendigen Voraussetzung der Goldwährung insofern, als nicht auch Gold zum festen Satze für deutsches Geld gegeben wurde. — Umgekehrt entband im Verlaufe des Weltkrieges das schwedische Reich seine Zentralbank von der Verpflichtung, das Gold zum festen Preise anzukaufen. Mit dieser — der in Deutschland getroffenen gerade entgegengesetzten — Maßnahme hob auch Schweden die Goldwährung auf, da es hinfort wohl möglich blieb, für die Krone zum gesetzlichen Preise Gold, nicht aber auch für Gold einen festen Preis im Kronengelde zu erhalten.

*

Keine Währung ist leichter zu verteidigen, als die Goldwährung. Ihre Vorzüge sind offensichtlich und haben sich durch Jahrzehnte bewährt. Die Bindung der verschiedenen Währungseinheiten an den Goldpreis gewährleistet zwischen den Goldwährungsländern den festen intervalutarischen Kurs,[1]) ein Vorzug, der sich unmittelbar aus dem Wesen der Goldwährung ergibt. Vor allem aber legt die Goldwährung der Geldschöpfung insofern Fesseln an, als es nicht wohl möglich ist, unbeschränkt Geld zu emittieren, wenn die Verpflichtung zur Einlösung des Geldes in Gold besteht. Dieser zweite, besonders bedeutsame, Vorzug der Goldwährung folgt freilich nicht eigentlich aus ihrem Wesen; er folgt aus der — im Lichte der theoretischen Betrachtung mehr zufälligen — Tatsache, daß Gold nur in beschränkter Menge vorhanden ist.

Die Goldwährung ist ein Mittel, den intervalutarischen Kurs festzulegen; aber sie ist nicht das einzige Mittel und nicht einmal das zweckmäßigste. — Die Goldwährung ist ein Mittel, eine übermäßige Geldschöpfung hintanzuhalten; aber es gibt noch andere Mittel, um diesen Zweck zu erreichen, und es gibt bessere Mittel zu diesem Zwecke.

Auch diejenigen Geldtheoretiker, die die Ebenbürtigkeit — wenn nicht Überlegenheit — der freien Währung mit guten Gründen vertraten, waren noch vor Jahresfrist im allgemeinen ganz geneigt, als Währungspolitiker einer Rückkehr zur Goldwährung nach Friedensschluß nicht weiter zu widersprechen. Sie erkannten die Mängel wohl, die der Goldwährung anhingen; aber sie gaben gerne zu, daß diese Mängel nicht schwer genug wogen, um einen Wechsel der Währungsform besonders dringlich zu machen. Auf der anderen Seite unter-

[1]) Vgl. hierzu den zitierten Aufsatz.

Digitized by Google

ließen die grundsätzlichen Anhänger der Goldwährung wohl nie den Hinweis auf die bedenklichen, ja selbst katastrophalen Erscheinungen, die sich im Laufe der Geschichte wiederholt im Gefolge der — Zettelwirtschaft gezeigt hatten. (Ich sage: der Zettelwirtschaft und nicht: der freien Währung. Worin der — von den Anhängern der Goldwährung so gerne übersehene und doch so sehr leicht faßbare — Unterschied zwischen diesen beiden Währungsformen begründet liegt, wird sich im folgenden sehr bald zeigen.)

So ist es denn nur begreiflich, wenn während des Krieges die allgemeine Meinung die Rückkehr zur Goldwährung als eine selbstverständliche Maßnahme der Übergangswirtschaft erwartete. Leider hat diese Tatsache aber auch die recht unerfreuliche Folgewirkung gezeitigt, daß die heute wohl von keiner Seite mehr bestrittene Unmöglichkeit, dieser Erwartung zu genügen, in weiten Kreisen als eine Art nationalen Unglücks angesehen wird. Die herrschende Ansicht geht heute dahin, daß wir in Zukunft dazu verurteilt sein möchten, mit einer minderwertigen Währung uns zu behelfen. Glücklicherweise ist diese Meinung falsch: die freie Währung ist der gebundenen nicht nur ebenbürtig, sie ist ihr überlegen. Freilich gilt es für uns zunächst zu einer freien Währung, die diesen Ehrennamen auch wirklich verdient, zu gelangen; denn die Währungsverfassung, unter der wir heute leben und leiden, ist keine freie Währung. Sie dient in Knechtesfron den Staatsfinanzen; und darum ist sie Zettelwirtschaft.

*

In diesem letzten Satze ist die Begriffsbestimmung der Zettelwirtschaft enthalten: Zettelwirtschaft liegt dann vor, wenn die Währungspolitik in den Dienst der Staatsfinanzen gestellt ist — und die Währung keine metallische Währung ist. Dieser Zusatz ist nötig; denn auch die metallisch gebundene Währung kann im Dienste der Staatsfinanzen entarten, und die wirtschaftlichen Folgen solcher Entartung (es mag hier nur der „Münzverschlechterung" gedacht sein) sind denen, die aus der Zettelwirtschaft entspringen, ähnlich genug. Freilich hat man solche Entartungserscheinungen wohl niemals als Argumente gegen die metallische Währung verwandt, obwohl dieses um nichts ungerechtfertigter wäre, als das bis vor kurzer Zeit beliebte Verfahren, die Einführung der freien Währung mit dem Hinweise auf das Schicksal der Assignatenwirtschaft — das ist also: der leichtfertigsten Zettelwirtschaft, die die Vergangenheit kannte — zu bekämpfen.

Es darf nicht verkannt werden, und es wäre töricht, es zu verschweigen: die Geschichte des Papiergeldes liest sich fast wie die Geschichte wirtschaftlicher und finanzieller Kalamitäten und Katastrophen. Das groß angelegte Finanzsystem des Schotten John Law endete mit einem krachenden Niederbruche, und das „Kontinentalgeld", das während des Unabhängigkeitskrieges in den damaligen englisch-amerikanischen Kolonien zur Ausgabe gelangte, erfuhr nur allzubald eine fast völlige Entwertung. Das erbärmliche Ende der Assignatenwirtschaft ist allgemein bekannt; und wenn Mephistopheles, dem

Digitized by Google

Goethe den argen Rat an Kaiser und Kanzler in den Mund legt, die staatliche Finanznot durch Emission von Papiergeld zu beheben,[1]) die Entschließungen der französischen Nationalversammlung gelenkt haben würde: diese Entschließungen hätten nicht wohl unheilvoller ausfallen können, als sie tatsächlich ausgefallen sind. All dieses soll ausdrücklich anerkannt, desungeachtet aber muß doch mit aller Schärfe betont werden, daß nicht das Papiergeld als solches und nicht die freie Währung die schweren Mißstände verschuldet haben, die hier in großen Zügen gezeichnet sind.

Überheblicher Dilettantismus, der nichts von den Grenzen eigenen Könnens weiß und sich der schwersten Verantwortung leichtherzig gewachsen glaubt: bei John Law; jahrelange Kriegsnot, die die erst schwach entwickelten finanziellen Kräfte eines noch unfertigen Staatengebildes übersteigt: in den nordamerikanischen Freiheitskämpfen; Gewissenlosigkeit, Arm in Arm mit dem Freiheitstaumel verführter Toren: bei den „Staatslenkern" der französischen Revolution und ihrer urteilslosen Gefolgschaft; sie alle haben zum finanziellen und wirtschaftlichen Niederbruche geführt, der unausbleiblich war, und der — wenn man nicht zu dem verführerischen Mittel der schrankenlosen Papiergeldemission gegriffen hätte — eben nur in anderen Formen erfolgt sein würde.

Der Rückblick auf jene Zeiten ist gerade heute von erzieherischem Werte; aber nicht nur warnende Beispiele gibt uns die Geschichte. Gerade die Finanzgeschichte des alten Preußen zeigt uns auch, wie strenges Pflichtgefühl im schönen Bunde mit überlegener Sachkenntnis bei den Führern, hingebende Opferwilligkeit bei den Geführten Berge versetzen können. Nicht ohne tiefe Beschämung, aber auch mit reichem Gewinn wird man in unseren Tagen die Verhandlungen nachlesen, in denen Männer, wie der Freiherr vom Stein, wie Schön und Niebuhr sich um die Erhaltung und Gesundung der preußischen Finanzen — in heißem Ringen mit fast unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten — abgemüht haben. Diese Männer hatten aus der Geschichte gelernt: nicht nur, was man vermeiden muß, sondern auch, was man unternehmen darf zum Wohle des Ganzen.

Es zeugt von dem scharfen Blick des Freiherrn vom Stein, daß die Erfahrungen aus der Zeit der französischen Revolution ihn nicht zum schroffen Gegner jeden Papiergeldes hatten werden lassen. Er hatte erkannt, worauf in der Tat allein es ankommt: daß nicht das Papiergeld als solches, sondern nur dessen maßlose Ausgabe im Dienste einer schlechten Finanzwirtschaft das Assignatenelend verursacht hatte; und er verschloß sich nicht der Erkenntnis, daß die Papiergeldemission wirtschaftlich Nutzen zu stiften vermag, wenn und soweit sie dazu dient, die nationalen Produktivkräfte zu wecken und zu stärken.

Daß die Währung gut ist, die im Dienste der Wirtschaft steht, und daß jede Währung verkommen muß, wenn sie dazu

[1]) „Faust", zweiter Teil, I. Akt (Kaiserliche Pfalz).

Digitized by Google

mißbraucht wird, einer unzulänglichen Finanzleitung Scheinwerte zuzuführen: diese grundlegende Erkenntnis, dank der die Finanzen Preußens in den schweren Jahren des verflossenen Jahrhunderts gesundet sind, muß auch den Leitsatz für die Währungsreform der deutschen Zukunft abgeben.

*

Über den Wert und den Minderwert der Goldwährung hat einer der ersten Sachkenner auf dem Gebiete des Geld- und Währungswesens, Karl Helfferich,[1]) ein recht bemerkenswertes Urteil abgegeben. Ein Anhänger der Goldwährung, erkennt er doch einen ihrer Mängel darin, daß sie die innerhalb einer Volkswirtschaft verfügbare Geldmenge von den Zufälligkeiten der Montanindustrie bestimmt werden läßt; und man darf hinzufügen, daß sie die deutsche Wirtschaft in eine — gewiß nicht erwünschte — Abhängigkeit von den Goldproduktionsländern bringt. Wir wissen, daß die Preisgestaltung nicht nur von Ursachen abhängig ist, die „auf der Warenseite" wirken, sondern daß in hohem Maße auch die Geldmenge, als ein Bestimmungsgrund der die Ware suchenden Nachfrage, ihren Einfluß auf die Preishöhe ausübt; und es kann nicht bestritten werden, daß eine Währungsverfassung, die sich in freiwillige Abhängigkeit von der Goldproduktion des Auslandes begibt, gegenüber den inländischen Wirtschaftsinteressen versagen kann und häufig schon versagt hat. Es ist gewißlich nicht erwünscht, wenn — wie geschehen — der inländische Preisstand nur deshalb eine durchgreifende Änderung erfährt, weil reichliche Goldfunde in fremden Ländern das Gold und damit auch das Geld vermehren; und es ist ein Schaden für die deutsche Wirtschaft, wenn die Zentralnotenbank des Deutschen Reiches, die Reichsbank, sachlich begründeten Kreditansprüchen nur deshalb sich versagen muß, weil zuzeiten einer Hochkonjunktur die „Golddecke" der Noten zu kurz zu werden droht. Das sind schwere Mängel der Goldwährung, denen gegenüber die Tatsache, daß die Beibehaltung der Goldwährung zugleich die freiwillige Aufrechterhaltung einer Tributpflicht an das Gold produzierende Ausland in sich schließt — so unerwünscht auch sie erscheint —, an Bedeutung erheblich zurücktritt.

Wenn ungeachtet ihrer auch von ihm erkannten Mängel Helfferich in seinem vielgenannten Buche für die Beibehaltung der Goldwährung eintritt, so wird er zu dieser Stellungnahme vornehmlich durch die Besorgnis bestimmt, daß die Lösung vom Golde eine neue Gefahr für unser Währungswesen mit sich bringen möchte; und in der Tat kann nicht bezweifelt werden, daß eine Währung, die sich von der Knechtschaft des Zufalles glücklich freigemacht hat, ein Opfer der Willkür zu werden vermöchte. Helfferich glaubt, daß es das kleinere Übel sei, sich mit den Mängeln der Goldwährung abzufinden, als sich zu einer freien Geldschöpfung zu entschließen, der die Unzulänglichkeit unserer wirtschaftlichen Einsicht, aber auch unsere sittliche

[1]) Das Geld. Zweite Auflage. Leipzig (C. L. Hirschfeld) 1910.

Digitized by Google

Unvollkommenheit als Hinderungsgründe entgegenstünden. Da die Geldmenge den allgemeinen Preisstand, d. h. also: den „Geldwert", in hohem Maße beeinflußt, „müßte der Kampf um den Geldwert mehr als jeder andere wirtschaftliche Interessenkonflikt zur Demoralisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens führen." [1])

Gewiß ein ernstes Bedenken; und doch greift es nicht durch. Die Erfahrungstatsachen der Geschichte lehren unwiderleglich, daß die Goldwährung gegen eine regelwidrige Geldschöpfung keinen Schutz zu gewähren vermag; denn gerade in den kritischen Zeitläuften (in denen die Gefahr einer regelwidrigen Geldschöpfung am nächsten liegt) erweist sie sich als unhaltbar und muß aufgegeben werden. Dazu kommt, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die eine Währung mit dem Preise des Goldes verbinden, gegenüber den Angriffen einer demoralisierten Gesellschaft, die ihr eigenes Interesse dem der Gesamtheit voranstellt, um nichts besser geschützt sind, als irgendwie anders geartete gesetzliche Regeln für die Geldschöpfung es wären. Der Einwand, der gegen die freie Währung aus der — von mir ganz gewiß nicht bestrittenen! — moralischen Mangelhaftigkeit der menschlichen Natur hergeleitet wird, ist hiernach doch wohl nicht zu halten.

Unhaltbar gegenüber den Erkenntnissen einer fortgeschrittenen Wissenschaft ist aber auch die Meinung, daß mangelnde Einsicht in die Gesetze des wirtschaftlichen Geschehens — und insonderheit in die der Preisbildung — es uns unmöglich mache, sachgemäße Regeln für die Geldschöpfung aufzustellen; also daß uns nichts anderes übrigbliebe, als die Bestimmung der Geldmenge dem blinden Walten des Zufalls zu überlassen. Gewiß, solche Regeln stehen heute noch im Streite der Meinungen, und niemand wird behaupten, daß in Ansehung ihrer die Wissenschaft schon jetzt ihr letztes Wort gesprochen habe. Aber schon vor dem Kriege war die Geldschöpfung auf Grund des diskontierten Warenwechsels Gesetz und Recht. Nur ein Dritteil des von der Reichsbank in Notenform geschaffenen Geldes mußte „in bar" gedeckt sein; für zwei Drittel war die Deckung durch Wechsel als dem Gesetze genügend anerkannt. Geldschöpfung, nicht durch Ausprägung von Gold und nicht durch Ausgabe von Noten auf Grund metallischer Deckung, sondern — durch Notenausgabe auf Grund des diskontierten Warenwechsels: Diese Forderung eines berufenen Führers auf den Gebieten der Geldtheorie und der Währungspolitik bedeutet — auch in Hinsicht auf den gesetzlichen Zustand vor Ausbruch des Krieges — nicht Revolutionierung, sondern Evolution. Die Geldschöpfung auf Grund des diskontierten Warenwechsels — vor dem Kriege, neben der auf Grund metallischer Deckung, längst zulässig und längst geübt — wird nach dem Kriege die Grundlage der deutschen freien Währung sein.

[1]) A. a. O. Seite 590.

Digitized by Google

Freilich, zu dieser Form der freien Währung müssen wir uns erst emporarbeiten. Heute herrscht Zettelwirtschaft. Zettelwirtschaft insofern, als die Geldschöpfung nicht nur auf Grund des Warenwechsels, sondern in gewaltigem Umfange auch auf Grund des vom Reiche ausgestellten Finanzwechsels erfolgt. Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Formen der Geldschöpfung fällt in die Augen: Im einen Falle entspricht der Geldvermehrung eine Vermehrung der produzierten Güter, und in dieser Tatsache liegt ihre wirtschaftliche Rechtfertigung. Im zweiten Falle aber werden nicht zugleich mit dem Gelde auch neue Güterwerte geschaffen; die Geldschöpfung steht im Dienste der Staatsfinanzen, nicht der Volkswirtschaft. Die Wirkungen dieser regelwidrigen Geldschöpfung zeigen sich in der täglich bedrohlicher werdenden Zerrüttung unseres Preissystemes.

*

Was ich hier auszuführen mich bemüht habe, bedeutet nicht den Rat, eine bewährte Geldverfassung durch eine noch nicht voll erprobte zu ersetzen. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist uns die Möglichkeit, zwischen der Gold- und einer freien Währung noch zu wählen, längst aus der Hand gewunden. Der Freund der Goldwährung mag dieses bedauern — ich selbst bedauere es —, aber er wird es nicht bestreiten dürfen. Die Währungsverfassung der deutschen Zukunft kann nur eine freie Währung sein. Nicht ihre Einführung will ich empfehlen, aber dartun will ich, daß die Notwendigkeit, sie einzuführen, für uns durchaus noch keinen Schaden zu bedeuten braucht. Die freie Währung liegt ja nur in der Richtung jener Entwicklung, die unser Geldwesen schon vor Ausbruch des Krieges genommen hat: Geldschöpfung auf Grund des diskontierten Warenwechsels; und sie hat zweifellos gewichtige Vorzüge vor der Goldwährung unserer Vergangenheit. Eines freilich soll nochmals hervorgehoben sein: Heute herrscht Zettelwirtschaft; und der Übergang zu einer freien Währung wird erst dann möglich sein, wenn unsere Finanzen so weit gesundet sind, daß es nicht mehr erforderlich ist, die Währung in ihrem Dienste zu mißbrauchen.

Die Finanzreform ist die Vorstufe der Währungsreform, und sie ist dringend; denn die Gefahr liegt heute leider schon nahe genug, daß bereits in absehbarer Zeit die Geschichte des Papiergeldes von einer neuen Katastrophe erzählen könnte.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Die Bockreiter. Novelle von Josef Ponten. Geh. M. 3.—, geb. M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Mit der „Insel", dem vorausgegangenen Werk des Dichters, das hier vor kurzem angezeigt wurde, hat diese neue Arbeit vor allem zwei Dinge gemeinsam: die fortreißende Kraft der inneren Bewegung und den straffen Aufbau. Aber wenn die Handlung der „Insel" sich unter südlichem Himmel auf eng begrenztem Schauplatz in der kurzen Zeitspanne eines Tages abspielt, so ist in den „Bockreitern" ein Jahre umfassendes, gestalten- und schicksalreiches Geschehen mit erstaunlicher Konzentration zusammengepreßt; und diese streng disziplinierte Knappheit wirkt nicht als artistischer, rein formaler Versuch, sondern steigert aufs Höchste die mächtige tragische Wirkung. Ein geistig starker, tatfroher, idealgesinnter Mann möchte die in ein paar Jahrzehnten behaglicher Friedenswohlfahrt stumpf und träge gewordene Bevölkerung seiner Heimat zu frischerem Leben aufrütteln, Ungerechtigkeiten strafen, Mißbräuche geißeln; er schafft dazu einen Geheimbund, der immer mehr Menschen in sich aufnimmt, immer weitere Kreise zieht, aber allmählich auch immer mehr ins „Menscheln" gerät und sich selbst in Ausschreitungen und Frevel verliert, bis die Entdeckung und fürchterliche Bestrafung durch die Obrigkeit über den Führer und seine Schar hereinbricht. Im Motiv oder im Grundgedanken erinnern also die „Bockreiter" sowohl an Schillers „Räuber" wie an den „Michael Kohlhaas", aber sie wandeln diesen Grundgedanken in durchaus originaler, selbständiger Weise ab. So läßt die Dichtung nach vielfach wechselnden Stimmungen — im engen äußeren Rahmen ist das ganze Volksleben eines „deutschen Winkels" des 18. Jahrhunderts, sind lebensvolle Figuren der verschiedensten Prägung, sind komische Züge und furchtbar ernste Szenen zusammengepreßt — im Leser eine wahrhaft tragische Erschütterung zurück. Welch tiefe Beziehung diese Geschichte aus einer vergangenen Kulturepoche gerade auf unsere, von schweren Krisen der Massenseele durchschüttelte Zeit hat, sei nur angedeutet; diese Beziehung wirkt um so stärker und ergreifender, als der Dichter Künstler genug ist, um selber sich jeder solchen Andeutung aufs strengste zu enthalten. —y—

Staatkundige Brieven. Von Dr. S. van Houten. Serie 1918—1919, Nr. 7, 15. Mai 1919.

Ich möchte die Leser der „Deutschen Revue", die des Holländischen mächtig sind, mit ein paar Worten auf diese „Staatkundige Brieven" hinweisen, die der bekannte niederländische Staatsmann, der frühere Minister des Innern Dr. S. van Houten, im Laufe des Krieges in Serien hat erscheinen lassen, von denen mir die neueste Nummer 7 vom 15. Mai d. J. vorliegt. Herr van Houten, der auch den Lesern der „Deutschen Revue" kein Fremder mehr ist, der er in den letzten Jahren schon mehrere wertvolle Beiträge geliefert hat, ist in Deutschland seit vielen Jahren wohlbekannt: hat er doch freundschaftliche Beziehungen zu namhaften liberalen Politikern, wie Theodor Barth, Heinrich Dohrn u. a., unterhalten, die er auf den interparlamentarischen Konferenzen kennen gelernt hatte, und oft genug in Deutschland geweilt. Als ich ihn im Sommer 1917 im Haag in seinem schönen Heim aufsuchte und in der liebenswürdigsten Weise von ihm aufgenommen wurde, war ich erstaunt über die geistige und körperliche Rüstigkeit des Achtzigjährigen, der seit dem Jahre 1913, wo wir uns zuletzt gesehen hatten, gar nicht gealtert zu sein schien. Auch diese „Staatkundige Brieven" legen von der geistigen Frische ihres Verfassers ein erfreuliches Zeugnis ab. Die mir vorliegende Nummer, die mit den Worten beginnt, daß wieder Friede auf Erden und vor Gott kommen müsse, behandelt alle jene Fragen, die jetzt auf der öffentlichen Tagesordnung stehen, wie die Frage des Völkerbundes und das Verhalten unserer Gegner, Clémenceaus und Wilsons, dazu. Was uns Deutsche aber dabei ganz besonders interessiert, das ist die vornehme Art, wie van Houten über die drohende Bestrafung Wilhelms II. durch die Führer der Entente urteilt. Er erinnert den amerikanischen Präsidenten an eine Episode der amerikanischen Geschichte, wo nach dem Falle von Richmond im Sezessionskriege die Bevölkerung der Südstaaten zu den Füßen Lincolns und Grants gelegen habe, wie jetzt die Zentralmächte zu denen Wilsons und Fochs. Gewiß — so fährt van Houten fort — war Jefferson Davis (der Präsident der Südstaaten) mit seinen Mitarbeitern der Urheber eines „onnoodigen oorlog voor een slechte zaak". Auch Jefferson Davis, dem man sogar, was weder erwiesen noch wahrscheinlich war, vorwarf, an der Ermordung Abraham Lincolns mitschuldig zu sein, sollte der Prozeß gemacht werden; aber nach längerem Gerichtsverfahren wurde die Anklage fallen gelassen. Wie Karl Schurz in seinen „Lebenserinnerungen", Band II, S. 405, sich ausdrückt, verlor sich das Geschrei nach „angemessener

Digitized by Google

Bestrafung der Verräter" bald, und Jefferson Davis konnte noch ein Vierteljahrhundert ungestört auf seiner Pflanzung im Staate Mississippi verleben. Dr. van Houten aber sagt mit vollem Recht: „Man mag über Wilhelm II. urteilen, wie man will, seine persönliche Schuld am gegenwärtigen Kriege ist weit geringer als die von Jefferson Davis am amerikanischen Sezessionskriege." Und auch darin wird ihm gewiß jeder gerne zustimmen: Wenn der neue Völkerbund, dessen Zustandekommen in diesem Augenblicke leider wieder völlig in Frage gestellt ist, wirklich Segen bringen soll, dann müssen nach Möglichkeit alle Nachwirkungen des Krieges verhütet werden. Wer aber wollte bestreiten, daß eine „Bestrafung" Wilhelms II. noch lange Zeit eine ungünstige Nachwirkung ausüben und einer Versöhnung der Völker hindernd im Wege stehen würde?

Richard Eickhoff, Remscheid.

Hindurch mit Freuden! Von Ludwig Finckh. Geh. M. 1.20. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Ludwig Finckhs Prosadichtungen wie seine Lyrik waren von Heimatgefühl und Vaterlandsliebe von jeher stark durchdrungen. Im Verlauf des Krieges und besonders auch seit der Katastrophe vom November 1918 hat der Dichter auch in der Form von Aufsätzen und Mahnrufen, die in heimischen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, unmittelbar zu seinen Landsleuten gesprochen, mahnend und warnend, zürnend und tröstend, immer aber aus unmittelbarem Erleben und heißem Empfinden heraus. Den vielen Freunden Finckhs, die jene Worte, ihrem inneren Wert entsprechend, über den Tag hinaus bewahrt wissen möchten, wird das vorliegende Bändchen hochwillkommen sein, das eine Sammlung dieser Zurufe an sein Volk enthält.

Reformationsreden: Joh. Haller, Die Ursachen der Reformation. K. Holl, Was verstand Luther unter Religion? G. Krüger, Der Genius Luthers. K. Müller, Die großen Gedanken der Reformation und die Gegenwart. H. v. Schubert, Die weltgeschichtliche Bedeutung der Reformation. Tübingen, Mohr. Je M. 1.85.

Das Reformationsjubiläumsjahr ist vorüber. Ob viel innere Einwirkung und Belebung davon auf unser Volk ausgegangen ist? Ob nicht der Krieg der Tiefe des Eindrucks hinderlich gewesen ist? Jedenfalls: die Feiern sind vorüber; die Reden verklungen! Da ist es entschieden verdienstlich von dem bekannten Tübinger Verlag, eine Anzahl der Reden, die bedeutende Hochschullehrer bei Reformationsfeiern hielten, gesammelt und im Druck herausgegeben zu haben. Es ist hier unmöglich, ihnen gerecht zu werden. Denn gar mannigfach ist ihr Inhalt und ihre Art. Haller betont mehr das Milieu, den „Brennstoff", Krüger läßt in viel höherem Maße und wohl mit mehr Recht den zündenden Genius Luthers zur Geltung kommen. Am bedeutsamsten ist wohl das Heft von Holl, der am feinsinnigsten dem innersten Kern nachspürt, indem er die Religion überhaupt, die mittelalterliche und lutherische Auffassung von ihr untersucht und in lichtvoller, leicht lesbarer Form darstellt, und das von Schubert, der zunächst die katholische Kirche schildert, in der das Recht zur Religion und die Religion zum Recht geworden war, bis Luther grundsätzlich damit brach. Nicht ohne Stolz klingt es durch die Reden, wie „die deutschen Probleme zugleich Weltprobleme waren und die deutschen Lösungen auch Weltlösungen wurden". Dabei sind alle Ausführungen gehalten „in dem Geist der Sachlichkeit und Gerechtigkeit, die es freilich nicht ausschließt, daß man mit Wärme von dem redet, was höchsten Wert im Leben der Völker und im eigenen Leben erwiesen hat". Lic. Dr. W.

Goethe. Von Georg Simmel. Zweite Auflage. 264 S. Leipzig 1917, Klinkhardt & Biermann. M. 4.— (5.30).

Das geistvolle Goethebuch Simmels, das oft dunkel anmutet, aber unter verwickelter Form doch als Grundgehalt verhältnismäßig einfache und einleuchtende Gedanken bietet, ist in seiner ersten Auflage hier (im Dezember-Heft 1916) schon gewürdigt und empfohlen worden, wobei manche Bedenken nicht verschwiegen wurden. Die vorliegende zweite Auflage weicht, soweit ich sehen kann, in keiner Weise von der ersten ab. Eine Durchmusterung des Stils — auch mit einigem Augenmerk auf viele unnütze Fremdwörter — wäre immerhin am Platze gewesen. Heinrich Brömse

Chauvinismus und Weltkrieg. Herausgegeben von Paul Rohrbach. Erster Band: **Die Brandstifter der Entente.** Von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. Berlin, H. R. Engelmann.

Vaterlandspolitik (der Tag des Deutschen, Heft 6/7). Von Martin Hobohm. Berlin, H. R. Engelmann. M. 3.50.

Kampf gegen den völkerverhetzenden Chauvinismus ist der Zweck beider Veröffentlichungen. Die Schrift von M. Hobohm gilt vor allem der Kriegszielfrage und ist deshalb heute für uns mehr von historischem als aktuellem Interesse. Sie zeigt deutlich, welch ein Agitationsmaterial gegen uns die

Digitized by Google

Ueberspannung unserer Forderungen für unsere Gegner abgegeben hat und mit welcher Geschicklichkeit und maßlosen Uebertreibung dies Material von ihnen ausgenutzt worden ist. Als Parallele dazu stellt sie eine Blütenlese der übelsten chauvinistischen Hoffnungen auf gegnerischer Seite während des Krieges zusammen. Das Buch von Rohrbach und Kühn dagegen besitzt gerade heute ganz besonderen praktischen Wert. Unwiderleglich zeigt es, welch gewaltige Kräfte vor dem Kriege am Werke waren, um die Welt zu Haß und Vernichtungswillen gegen alles Deutsche aufzupeitschen. Dieser Ueberblick über das Maß der von unseren Gegnern geleisteten geistigen Hetzarbeit ist wirklich außerordentlich eindrucksvoll. Eine derart systematisch und unter Gutheißung auch des niedrigsten Mittels betriebene Agitation mußte schließlich zum Ziele führen. Dieser Nachweis dessen, was bei den anderen Völkern alles getan und geschrieben worden ist, um die kriegerische Abrechnung unvermeidbar zu machen, ist angesichts der pathologischen Leidenschaft, alle Schuld am Kriege einseitig auf uns zu häufen, dankbar zu begrüßen, zumal da ihm selbst jede Absicht fehlt, nun als Antwort zu deutschen Haßausbrüchen zu verleiten. Der Grundgedanke des Unternehmens ist vielmehr, aufzuzeigen, wie verhängnisvoll jede chauvinistische Maßlosigkeit im Völkerleben wirken muß. W. W.

Gutes Deutsch. Ein Führer durch Falsch und Richtig. Von Eduard Engel. Leipzig, Verlag von Hesse & Becker. M. 4.—.

Wir haben bei dem jeweiligen Erscheinen der Engelschen Bücher „Deutsche Stilkunst", „Sprich Deutsch" und „Entwelschung" eine große Freude gehabt, und mit Freuden begrüßen wir auch das Abschlußwerk dieser Reihe „Gutes Deutsch". Engel schlägt in seinem neuen Buche einen völlig anderen Weg der Behandlung streitiger Sprachfragen ein, als wir ihn bei anderen Wegweisern zu richtigem Deutsch gewöhnt sind. Er gebietet nicht, verbietet selten, schilt nicht polternd und allwissend; er lauscht vielmehr, wie von den Gebildetsten gesprochen, von den Besten geschrieben wird, und aus dieser scharfen Beobachtung und Feststellung des guten, des besseren, des besten Sprachgebrauchs zieht er seine Schlüsse. Unnachsichtig ist er in diesem deutschen Sprachführer, gleichwie in allen seinen Schriften über deutsche Sprache, nur gegen das Undeutsche, gegen die Verschmutzung der deutschen Sprache durch Fremdbrocken. Hingegen ist er in den zahllosen strittigen Fragen des Deutschen äußerst maßvoll, besonnen, fern von jeder Rechthaberei. Sein Buch will und wird der deutschen Bildungswelt Vertrauen zum eigenen Können und Freude an der schriftlichen Handhabung der deutschen Sprache wiedergeben, statt der bisher fast durchweg herrschenden unleidlichen Bekrittelung und Verhöhnung dessen, was im Munde und in der Feder der Gebildetsten mit Recht für gutes Deutsch gilt, oder doch gelten sollte. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser eine ebenso große Freude an dem neuen Buche haben werden wie wir, und empfehlen ihnen, es ebenso wie die früheren ständig auf dem Schreibtische zur Hand zu haben. H.

Deutsche und Italiener. Von Isolde Kurz. Geheftet M. 1.20. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Wenige sind so berechtigt, über „Deutsche und Italiener" zu sprechen, wie Isolde Kurz, die lange Jahre in Italien lebte und dort ihre zweite Heimat gefunden hatte. Die auf feinfühligem Einleben in die italienische Kultur und gründlichem Beobachten und Vergleichen der beiden ehemals verbündeten Völker aufgebaute kleine Arbeit sucht beiden Nationen gerecht zu werden, wobei sich freilich einige bittere Wahrheiten nicht umgehen lassen. In Deutschland hat man besonderen Grund, an diesem kulturpolitischen Musterfall für die Zukunft zu lernen, hat doch, wie die Verfasserin auf Grund ihrer guten Kenntnisse ausführt, das alte System sich kaum so verblendet und töricht gezeigt, wie Italien gegenüber, dessen Sympathien der Durchschnitts- und Philister-Deutsche nun einmal nicht zu gewinnen vermochte. Die Verfasserin kommt zu dem Schluß, daß wir von den Romanen lernen können in der Art, wie sie Treue zu sich selbst bewahren und ihr Wesen naiv und selbstverständlich zur Geltung bringen.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Berner, D., Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht in Charlottenburg, Das Kirchenregiment in der altpreußischen Landeskirche. Berlin W 35, Säemann-Verlag. M. 1.—.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Heft 59: Berg, Egon, Kanada, das Land des 20. Jahrhunderts. Ein politischer und wirtschaftlicher Ausblick. M. 1.—. Heft 52: Kotulesti, Adam, Erinnerungen eines „Buchdruckergesellen" aus seiner „Preßmenschen-Zeit". Ein Beitrag zur Geschichte der offiziösen Presse. 60 Pf. Heft 48: Szendrei, Michael, Professor an der Exportakademie zu Fiume. Englands weltwirtschaftliche Hegemonie. M. 2.50. Dresden, „Globus", Wissenschaftliche Verlagsanstalt.

Bischoff, Dr. Ernst, Die Leistungen der deutschen Flotte im Weltkrieg. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. M. 4.—.

Bloch, Leo, Die Forderungen unserer Mittelschüler und die Schulreform. Vorschläge und Warnungen eines Schulmannes. Wien, Manzsche Verlag- und Universitätsbuchhandlung. Kr. 2.20.

Danthendey, Elisabeth, Erotische Novellen. Berlin, Verlag Schuster & Loeffler. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.50.

Deutelmoser, Erhard, Zwischen Gestern und Morgen. Politische Anregungen. Berlin, Hans Robert Engelmann.

Deutschland — wir kommen! Stimmen aus dem geistigen Deutsch-Oesterreich für den Anschluß an Deutschland. Halle a. S., Richard Mühlmanns Verlagsbuchhandlung (Max Grosse). M. 1.25.

Dewitz, H. Prehn v., Die französische Revolution. Lieferung 1. Stuttgart, Franckhsche Verlagshandlung. 30 Pf.

Doms, Wilhelm, Raum für Alle hat die Erde. München, Kommissionsverlag Georg Müller. M. 2.50.

Doms, Wilhelm, Die Lösung des Weltproblems. Berlin W 30, Barbarossastr. 57, Verfasser Wilhelm Doms. 20 Pf.

Engelhardt, Emil, Auf deutschem Vorposten. Aus den Kampfjahren eines Auslandpfarrers. Hamburg 33, Verlag F. W. Vogel. Geh. M. 4.—.

Fester, Richard, Das Selbstbestimmungsrecht und der deutsche Einheitsstaat. (Sonderheft zur Deutschen Nationalversammlung.) Berlin, Verlag von Gebr. Paetel. 50 Pf.

Friters, Alfred, Revolutionsgewalt und Notstandsrecht, Rechtsstaatliches und Naturrechtliches. Berlin, J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. M. 6.—.

Hasselberg, Felix, Eine Lessing-Reliquie aus Gleims Freundschaftstempel. Berlin-Friedenau, Buch- und Kunstantiquariat Oskar Rauthe.

Hesses Volksbücherei. Nr. 1239—1240: v. Baudissin, Eva Gräfin. Die Kameradin, Erzählung. Nr. 1241—1245: Sienkiewicz, Henryk, Im Strudel, Roman. Nr. 1246: Riehl, H. W., Der Leibmedikus, Die Dichterprobe. Novellen. Nr. 1247: Banlow, Heinrich, Ut min Apteik. Humoresken. Nr. 1248: Stona, Maria, Reichgefreit, Die Geschiedenen, John und Mary. Heitere Geschichten. Nr. 1249: Herfurth, Emil, Die blaue Mauritius und andere Humoresken. Nr. 1250: Seidel, Heinrich, Am See und im Schnee, Thüringische Kartoffelklöße. Humorist. Erzählungen. Nr. 1251—1255: Immermann, Karl, Der Oberhof. Nr. 1256—1260: Walloth, Wilhelm, Das Schatzhaus des Königs. Roman aus dem alten Aegypten. Nr. 1261: Remling, Konrad, Der amerikanische Segen und andere Erzählungen. Nr. 1262: Wagner, Hermann, Ein Paar Frankfurter und andere Humoresken. Nr. 1263: Riebicke, Otto, Im Moselstübchen. Novellen. Leipzig, Hesse & Becker Verlag.

Hoffacker, Dr. F. B., Der Hausgarten in Stadt und Land. Mit 39 Holzschnitten. Lahr i. B., Verlag von Moritz Schauenburg.

Kellenberger, Dr. Eduard, Wechselkurs und Zahlungsbilanz im Krieg und Frieden. Eine neue Grundlegung. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Fr. 3.50 (M. 4.—).

Keller, Adolf, Pfarrer am St. Peter, Der Völkerbund und die Kirchen. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Fr. 0.80 (M. 1.20).

Koch, Max, Deutsche Vergangenheit in deutscher Dichtung (Deutsche Renaissance). Stuttgart, J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung. M. 6.60.

Köhler, DDr. W., Professor in Zürich. Ulrich Zwingli und die Reformation in der Schweiz (Schieles Religionsgeschichtliche Volksbücher. IV. Reihe. 30/31. Heft). Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Einfache Nummer 50 Pf., geb. 80 Pf., Doppelnummer M. 1.—, geb. M. 1.30.

Lederer, Emil, Professor in Heidelberg, Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Leipzig, Der Neue-Geist-Verlag. Geh. M. 1.20.

Meyer, Moritz, Doktor der Rechte, Landgerichtsrat in Hechingen a. Z., Exerzier-

Digitized by Google

Reglement der Rechtspflege. Tübingen, Verlag der Buchhandlung Kloeres. Geh. M. 2.40.

Mitteilungen des Deutschen Werkbundes. Nr. 4. Berlin W 35, Deutscher Werkbund.

Mohr, Anton, Der Kampf um Türkisch-Asien. (Die Bagdad-Bahn.) Aus dem Norwegischen von Margret Platzbecker. Meißen, Verlag C. E. Klinkicht & Sohn.

Müller-Brandeburg, Die Armee des neuen Staates (Miliz). Berlin-Zehlendorf-West, Zeitfragen-Verlag. M. 1.—.

Pesch, Heinrich, S. J., Ethik und Volkswirtschaft. Das Völkerrecht, 4. u. 5. Heft. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 4.—.

Pesch, Heinrich, S. J., Neubau der Gesellschaft. Flugschriften der „Stimmen der Zeit", Heft 1. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. 60 Pf.

Präsident Wilson, Der Krieg — Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden. Vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Fr. 3.50 (M. 4.50).

Rein, Wilhelm, Erziehung und Leben. Ausgewählte Abschnitte aus seinen Werken. (Reclams Universal-Bibliothek Nr. 5932, 5933.) Leipzig, Philipp Reclam jun. Geh. 50 Pf., geb. 90 Pf.

Rudmann, Max, Hunger! Wirkungen moderner Kriegsmethoden. Berlin, Verlag Georg Reimer. Geh. M. 1.20.

Rudolph, Hermann, Das Erwachen aus dem Traum des Lebens. (Theosophische Kultur-Bücher Nr. 6.) Leipzig, Theosophischer Kultur-Verlag. 80 Pf.

Rühlmann, Prof. Dr., Der Völkerbundgedanke. Berlin, Hans Robert Engelmann.

Said-Ruete, Rudolph, Politische Korrespondenzen und friedfertige Kriegsaufsätze 1914—1918. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Fr. 10.— (M. 12.—).

Sezauer, Albert, „Gott wird". Sieben Predigten, gehalten im Winter 1917/18 in der freireligiösen Gemeinde Karlsruhe. Konstanz, Verlag Reuß & Itta. Kart. M. 3.50.

Solf, Dr. W. H., Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis. Berlin SW 61, Verlag Reimar Hobbing. M. 2.40.

Steindorff, Ulrich, Die Irren. Drei Aufzüge. Berlin, Verlegt bei Paul Cassirer. Geh. M. 7.50, geb. M. 9.50.

Stepanow, Iwan, Die vier Perioden der Russischen Geschichte. Zürich, Verlag Art. Institut Orell Füßli. Geh. Fr. 2.50.

Stolper, Dr. Gustav, Donaukonföderation oder Großdeutschland. (Großdeutschland. Flugschriften, Herausgegeben von Dr. Walther Schotte, Heft 1/2.) Berlin W 15, Hans Robert Engelmann.

Syring, Robert, Das Menschheitsziel in den Ereignissen der Gegenwart. (Theosophische Bausteine zur Förderung der theosophischen Kultur. Heft 29.) Leipzig, Theosophischer Kultur-Verlag. 50 Pf.

Tögel, Fritz, Vom Gastmahl des Lebens. Novellen und Skizzen. Leipzig, Breitkopf & Härtel. Geb. M. 4.—.

Tögel, Fritz, Empor! Gedichte. Leipzig, Breitkopf & Härtel.

Tögel, Karl, Die staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes. Dresden, Verlag von L. Ehlermann.

Tribüne der Kunst und Zeit. Herausgeber Kasimir Edschmid. Bd. I: Edschmid, Kasimir, Ueber den Expressionismus in der Literatur und die neue Dichtung. Bd. II: Hausenstein, Wilhelm, Ueber Expressionismus in der Malerei. Bd. III: Däubler, Theodor, Im Kampf um die moderne Kunst. Berlin W, Verlag Erich Reiß. Preis je M. 2.60.

Unruh, Fritz v., Opfergang. Berlin W, Verlag Erich Reiß. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Voß, Richard, Die neuen Römer. Roman aus der römischen Wildnis. Leipzig, Hesse & Becker. Geb. M. 6.—.

Wehrhahn, K., Sind wir wehrlos? Eine Betrachtung über Deutschlands Lage und seinen Weg zu neuem Aufstieg. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 1.40.

Wiese, Leopold v., Freie Wirtschaft. Leipzig, Der Neue-Geist-Verlag. Geh. M. 2.50.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Württembergische Erinnerungen

Von

C. v. Weizsäcker

II

Die den Frieden bedrohenden Klippen wurden in den Jahren 1912 und 1913 glücklich umschifft.

Es ist wohl nicht ohne Wert, wenn aus mittelstaatlicher Kenntnis heraus festgestellt wird, wie bei den durchaus vertraulichen Beratungen der leitenden Minister über die Wehrvorlage von 1913 und bei ähnlichem Anlaß die Ausführungen des Reichskanzlers und der sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten auf das Bestimmteste und Unzweideutigste erkennen ließen, daß Deutschland nichts anderes plante, als sich gegen die mehr und mehr anwachsende, in hohem Grad bedrohliche Übermacht der Entente zu wappnen. Nur die Sorge schwebte über den Verhandlungen in verschwiegenem Kreise. Keine Spur militärischen Übermuts war zu bemerken. Die für uns sehr ungünstigen Zahlenverhältnisse der voraussichtlichen gegnerischen Armeen waren schon damals außer jedem Zweifel. Und wenn Lloyd George in seiner „Friedensrede" vom Sommer 1919 sagte, das deutsche Kaiserreich besaß 1914 die größte Armee der Welt, so erinnert man sich der englischen Zeitung, die längere Zeit vor Ausbruch des Krieges die Übung hatte, auf ihrer ersten Seite zu drucken: Lloyd George — the liar. Die Engländer, die Kanadier, die Australier, die Senegalneger und wie sie alle heißen, zog damals noch niemand mit in Betracht. Daß es Deutschland vorbehalten bleiben sollte, auch noch die gewaltigen Heerscharen Nordamerikas im feindlichen Lager zu sehen, zum Schluß mehrere Millionen, ahnte damals niemand. Man hatte an den sicheren europäischen Festlandsgegnern mehr als genug. Aber das wußte man, auf den alten Geist des wehrhaften, tapferen deutschen Volkes war ein nationaler Verlaß. Mit unermüdlichem ernstem Pflichteifer bereiteten sich die Offizierkorps von Heer und Flotte für alle Fälle vor. Aber war das eine Bedrohung der andern? Wir erkannten lediglich die „militaristischen" Bestrebungen Frankreichs und Rußlands in ihrer Bedeutung an und trafen die notwendigsten Schutzmaßregeln. Im Winter 1913/14 sprach mir ein mit den französischen Verhältnissen aus dienstlichem Anlaß genau bekannter preußischer höherer Offizier aus, wie er die französische Generalität keineswegs unter die deutsche stelle. Auf den Ausdruck meiner Verwunderung erfolgte eine Antwort, die sich wesentlich gegen die Behandlung so mancher wichtiger Personalfragen in unserer Armee richtete.

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Doch — das mag dahingestellt bleiben. Es steht mir nicht zu, selbst ein Urteil hierüber abzugeben. Man wird in dem vaterländisch gesinnten Deutschland den tapferen Geist der alten Zeit nicht vergessen. Wenn aber angesichts der ungeheuren Leistungen des deutschen Soldaten in dem Weltkrieg gelegentlich die übermächtige nachhaltige Kraft des Gegners unterschätzt worden sein mag, so ist damals, vor dem Krieg, aus den leitenden militärischen Kreisen mir alles, nur keine draufgängerische Angriffslust bekannt geworden. Die Nachrichten über die außerordentlichen Fortschritte der russischen Armee erweckten bei dem deutschen Generalstabschef keineswegs blinde Zuversicht. Und diese Nachrichten stammten aus zuverlässigen militärischen Quellen. Die Botschaft in Petersburg freilich kommt nicht auf den Grund, meinte unser früherer, sehr tüchtiger, leider zu früh verstorbener Generalkonsul Kohlhaas in Moskau. Soviel scheint mir sicher: zu Angriffszwecken drängte die Armee in ihrer organisationsmäßig berufenen Spitze keineswegs auf die Gelegenheit zur Erwerbung kriegerischer Lorbeeren. Auch Tirpitz ist, soviel bekannt geworden, nur für den Bau einer „Risikoflotte", nicht für den Bau einer Flotte zur „Niederzwingung Englands" eingetreten: dazu war er zu klar denkend. Um so mehr hätte mit Entschlossenheit das Schwergewicht der notwendigen Sicherungsmaßregeln in den letzten kritischen Jahren lediglich auf die Verteidigung zu Land gelegt, die Flotte zurückgestellt werden sollen. Daß Tirpitz im Jahr 1914 den mit England ausgebrochenen Krieg trotz aller auf seine Gegnerschaft gegen England eingeschworener Mitläufer nicht gewollt hat, ist meines Erachtens sicher.

Und wie stand es mit den Verbündeten?

Von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts erfuhr ich während des Türkisch-Italienischen Kriegs, wie er mit der ihm eigenen, keinen Zweifel ausschließenden Bestimmtheit sehr hoher prinzlicher Stelle gegenüber den Standpunkt vertrat, daß uns das freilich etwas fadenscheinig gewordene italienische Bündnis schon dann der Konservierung vollständig wert sei, wenn auch nur fünf österreichische Armeekorps im Kriegsfall an der italienischen Grenze erspart werden können. Er rechnete also keineswegs mehr mit irgendwelcher Bestimmtheit darauf, daß die Italiener als unsere Kriegsgenossen zu den Waffen strömen werden, wenn der Kriegsruf in Europa ertönen sollte. Daß freilich wenige Jahre später italienische Treulosigkeit in den entscheidenden Tagen der Marneschlacht die den Franzosen fehlenden französischen Armeekorps zu unserem Verderb freimachen werde, konnte man noch nicht ahnen.

Und wie stand es mit Österreich-Ungarn? Ich habe in den kritischen Jahren einmal im auswärtigen Ausschuß zur Verwunderung namentlich des Grafen Hertling an Herrn v. Bethmann die Frage gestellt, ob auch Österreich-Ungarn das Mögliche an militärischen Schutzmaßregeln leiste. Eine beruhigende Auskunft konnte in dieser Richtung dem Württemberger, der vielleicht in überlieferter Auffassung aus alten Zeiten mißtrauisch war, nicht gegeben werden. Des persönlichen Eindrucks habe ich mich des öfteren nicht erwehren

Digitized by Google

können, als ob man da und dort in Berliner Kreisen den Wert, den die einflußreiche vornehme österreichische Welt für uns habe, wesentlich überschätze, vor allem die Freundschaft des Kaisers Franz Joseph zu hoch einschätze. War man nicht überhaupt der österreichisch-ungarischen Politik gegenüber zu nachsichtig, zu nachgiebig? Ich möchte die Frage bejahen. Bekanntlich war unsere Stellung in Wien — von anderem abgesehen — zeitweise durch das Liebeswerben der Entente eine heikle geworden. Sie war es auch geworden, weil wir uns hatten verleiten lassen, im Orient eigene Pläne mehr und mehr zu verfolgen, die in diese Zeit der Einkreisung so wenig paßten wie unsere Unternehmungen im fernen Osten. Denn noch waren die 50 Jahre nicht verflossen, während deren wir nach Moltkes Wort die Vogesengrenze zu verteidigen hatten. Wie ganz anders war Frankreich in Petersburg für die Rüstung des Genossen besorgt, als wir in Wien.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in der Versetzung des Kontinents in ein von Waffen starrendes Lager Rußland mit französischem Geld, unter französischer Kontrolle vorangegangen ist — von dem Moment an, in dem sich Rußland der belle France in die schönen Arme warf, die jeden aufzunehmen bereit waren, wenn er sich nur gegen Deutschland verpflichtete.

Konnte Württemberg unter solchen Umständen den Berliner militärischen Sicherheitsplänen widerstreben? So unerfreulich in der damaligen Zeit geordneter Finanzwirtschaft dem in der Pflege von Kulturaufgaben seine besondere Aufgabe, fast möchte ich sagen, seine Existenzberechtigung erblickenden Mittelstaat auch die entstehenden finanziellen Opfer sein mußten — es war kein Zweifel, daß Württemberg die Wehrvorlage durchaus billigte. Andererseits darf hier angefügt werden, daß nach den unzweideutigen Erklärungen des an der Beratung teilnehmenden militärischen Vertreters der Gedanke nicht Platz greifen konnte, als ob vom militärischen Standpunkt aus eine Mehrforderung geboten gewesen wäre.

Die französischen Eisenbahnlinien waren den deutschen in militärischer Richtung überlegen. Eine Verbesserung in diesem Betracht wurde im Frühjahr 1914 in Aussicht genommen, es fanden Erörterungen über den Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes, soweit Württemberg in Betracht kam, im April von dem Reichskanzler, dann am 30. Juni von dem Chef des Feldeisenbahnwesens, dem damaligen Oberstleutnant Gröner, mit mir in Stuttgart statt. Von Kriegsgefahr für den bevorstehenden Sommer war weder bei der einen noch bei der anderen Unterredung die Rede. Selbstverständlich blieb die seit Jahren anschwellende Kriegsneigung unserer Gegner nicht unerwähnt. Gröner hoffte bis 1920 unsere Westgrenze so ausgestaltet zu sehen, daß sie der französischen Ostgrenze gewachsen war. In dem unter vier Augen geführten Gespräch kam auch die Rede auf Belgien. Es wurde mir trotz meiner Bedenken erklärt, daß im Fall des aufgezwungenen Kriegs aus militärischen Gründen der deutsche Vormarsch durch Belgien erfolgen müßte. Der Versuch, eine Änderung des Kriegsplans herbeizuführen, sei angesichts

Digitized by Google

unserer so überaus schwierigen Lage aussichtslos. Daß man von dieser militärischen Anschauung infolge einer Unvorsichtigkeit schon länger in Brüssel Kenntnis habe, wußte ich. Der Einmarsch in Belgien Anfang August kann sonach dort nicht unerwartet eingetroffen sein. Man hatte sich gegen Deutschland, für Frankreich und England längst entschieden.

Die Politik war im Winter 1913/14 nicht beunruhigender als mannigfach zuvor. Man hatte sich im Laufe der Jahre daran gewöhnt, auf vulkanischem Boden zu wohnen. Zu Beginn des Winters schien eine gewisse Ruhe eingetreten zu sein — trotz der böswilligen Aufbauschung der Angelegenheit der deutschen Militärmission nach Konstantinopel. Lord Milner schrieb an eine mir bekannte Persönlichkeit, der internationale Himmel habe sich gottlob wesentlich aufgeklärt. Graf Berchtold aber meinte sogar, die Balkankriege haben wenigstens den Vorteil gehabt, die panslawistischen Neigungen im Balkan zu beseitigen. Aus Petersburg höre ich, die Stimmung gegen Deutschland sei dort — nach Erledigung der Liman-Affäre — wesentlich besser geworden. Das bestätigt mir der russische Gesandte in Stuttgart im November 1913. Er sagt, wirkliche Gegensätze bestehen zwischen Deutschland und Rußland nicht, nur gegen Österreich herrsche ein wahrhaft fanatischer Haß. Schon anläßlich der Einweihung des Völkerdenkmals bei Leipzig im Jahr 1913 war selbst für Außenstehende die unfreundliche Haltung der russischen Offiziere gegen ihre österreichischen „Kameraden" aufgefallen. Ob die sehr pessimistische Ansicht des Reichskanzlers von dem allgemeinen Gegensatz zwischen Deutschland und der slawischen Welt voll begründet war, ist mir heute noch zweifelhaft. Anfang Februar 1914 bezeichnet der deutsche Kaiser die äußere Lage für Deutschland als nicht günstig. Rußland scheine im Orient mit Rücksichtslosigkeit vorgehen zu wollen. Das Echo erklingt bald in dem kleinen Stuttgart. Am 10. Februar meint nunmehr der russische Gesandte, der Friede sei bedroht. „Man spreche wegen unserer Wehrvorlage von baldigem Krieg." Ich betone sofort sehr energisch die deutsche Friedensliebe und weise auf die ewigen französischen Unruhestifter in Presse und Gesellschaft hin. Die Vermutung liegt nahe, daß unsere Wehrvorlage gegen den friedfertigen, aber zu äußersten Rüstungen verleiteten Zaren mißbraucht wird. Weitere aus der russischen Gesandtschaft in Stuttgart kommende, unmittelbar drohliche Alarmrufe teile ich dem preußischen Gesandten mit. Aber in Berlin war man mit beginnendem Frühjahr für das laufende Jahr wiederum ruhiger. Mir schien die Zeit immerhin recht schwül, und ich glaubte — kurz vor dem Attentat von Sarajevo — bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen Zusammentritt des Ausschusses anregen zu sollen. Doch Graf Hertling war unbesorgt, vertröstete auf später und begab sich nach Ruhpolding. Wen hätte aber Sarajevo unter den Umständen, wie sie sich einmal entwickelt hatten, für eine mehr oder weniger nahe Zukunft nicht beunruhigen müssen? Der bayerische Gesandte in Stuttgart, Graf Moy, traf im Juli im Bad Salzschlirf mit dem bekannten russischen Staatsmann Grafen

Digitized by Google

Witte zusammen, der ihm anvertraute, er habe nach Sarajevo in Petersburg bei seinem Kaiser, bei dem er damals keineswegs Persona grata war, eine Audienz verlangt und vor einem Krieg gewarnt, da Rußland finanziell nicht in der Lage sei, einen Krieg zu führen. Diese Warnung muß der festen Überzeugung entflossen sein, daß Rußland einen Krieg provozieren wollte. Damals hatte es noch kein österreichisches Ultimatum in Belgrad gegeben!

Von dem österreichischen Ultimatum an Serbien wie von den vorausgegangenen Verhandlungen mit Deutschland hat die württembergische Regierung vor der Explosion in Belgrad auf amtlichem Wege nichts erfahren; ich erinnere mich nur der Mitteilung, man betrachte in Wien die Attentatssache mit „Mut". Allein die Angelegenheit schien sich, wie so manche ernste in den letzten Jahren, hinauszuziehen. Die Periode der Sommerreisen hatte begonnen. Das Ultimatum und der Abbruch der österreichisch-serbischen Beziehungen war der erste Blitzstrahl des über Europa heraufgezogenen vernichtenden Unwetters; ich telegraphierte sofort aus der Schweiz, erhielt aber eine zur Beruhigung bestimmte Antwort. Ich empfand keine Beruhigung und reiste nach Hause. Ich rief mir ins Gedächtnis, was mir 5½ Jahre zuvor der bekannte Sir Fairfax Cartwright mit einer merkwürdigen Voraussicht als den äußeren Gang der von ihm angenommenen Weltkatastrophe dahin prophezeit hatte: „Zuerst Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, dann auch zwischen der Donaumonarchie und Rußland und damit der allgemeine europäische Brand. In Rußland werden die Panslawisten (die Presse, die Duma) von dem an sich friedfertigen Zaren verlangen, daß Rußland Serbien zu Hilfe komme. Iswolski werde dem Einfluß der Panslawisten unterliegen. (Hatte Iswolski dies Unterliegen nötig?) Geld werden die Russen bekommen." Auf meine Bemerkung, daß die anderen Mächte — Frankreich und England — doch nicht an die sogenannte russische öffentliche Meinung gebunden seien, und daß Rußland sich wohl besinnen werde, wenn ihm keine Hilfe zuteil würde, antwortete der englische Diplomat: „Mais il-y-a les alliances."

Warum kam mir die Erinnerung an dieses Gespräch, das ich seinerzeit sofort nach Berlin weitergegeben? Weil es zeigt, wie damals schon der künftige Anlaß zu dem Weltkrieg dem Engländer in so bestimmten Umrissen vorschwebte, daß seine Äußerungen eine Enthüllung der Zukunft zu sein scheinen. Schon damals wird drohend von den Allianzen auf der Ententeseite gesprochen, und zwar unter Umständen, in denen es sich schlechterdings um keine Verteidigung der Weltstellung der Westmächte handeln konnte. Aber Sir Fairfax mußte deren Stellung besser kennen. Er war von London über Paris gekommen und versicherte, er habe zwei Tage zuvor Clémenceau gesprochen, der die internationale Lage als eine sehr ernste bezeichnet; mit Besorgnis oder nicht vielmehr mit Genugtuung?

Nun war Ende Juli 1914 der Anlaß zu der von Clémenceau und Genossen so lange schon herbeigesehnten Katastrophe da. Der Anlaß. Die Ursachen,

Digitized by Google

die liegen weiter zurück. Man hat in den Betrachtungen über den Kriegsausbruch nur zu oft Ursache und Anlaß nicht genügend geschieden. Bei den zahllosen Erörterungen über die Kriegsschuld haben unsere Gegner und die vaterlandslosen Schädlinge im eigenen Lager aus guten Gründen kaum ernstlich über die Kriegsursache geredet. Denn die Ursachen des Weltkriegs können in ihren großen Zügen nur in Paris, in Petersburg und London gefunden werden. Frankreichs territoriale Begehrlichkeiten in seinem Osten, Rußlands Eroberungsabsichten im Südosten Europas, Englands eifersüchtige wirtschaftliche Machtbegehrlichkeiten, kein Kind kann sie bestreiten. Rußlands dringendes Bedürfnis der Ablenkung innerer Gefahren durch äußere Politik liegt daneben nicht weniger klar zutage und ließ den serbischen Anlaß, wenn auch nicht durch die verantwortlichen obersten Regierungsorgane direkt schaffen, so doch besonders lebhaft ergreifen. Man denke daran, daß Rußland einen Hartwig, den Vertrauensmann des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, in Belgrad als Gesandten hatte. Und nun noch einmal Deutschland. Für Deutschland lag auch nicht die mindeste Ursache vor, seine glänzende innere Blüte durch einen furchtbaren Krieg — wenn nicht zu zerstören, so doch mit absoluter Sicherheit nutzlos zu hemmen. Ich darf mich noch einmal des Staatssekretärs Kiderlen und eines mit ihm wenige Jahre vor dem Kriege geführten Gesprächs erinnern. Wir waren beide der Überzeugung, daß selbst ein gut endender großer Krieg die ernstesten inneren deutschen Schwierigkeiten im Gefolge haben werde (wie es jetzt unseren europäischen Gegnern aller Wahrscheinlichkeit trotz ihres Sieges im Laufe der Zeit auch ergehen dürfte). Die Lage des Deutschen Reichs wies auf eine fortschrittliche Entwicklung hin, die friedlicher stetiger Verhältnisse bedurfte. Die ungeheuren Opfer, die ein großer Krieg von der Nation beanspruchen mußte, erforderte eine Ausgleichung vor, nicht während oder nach dem Krieg, wenn je ein solcher unvermeidlich sein sollte. Wir haben schlechterdings kein Interesse an der Entfesselung des Kriegs gehabt. Der Kriminalist sagt, der Schuldige ist da zu suchen, wo der wirkliche oder eingebildete Vorteil zu finden ist. In der Vorteilsfrage liegt die bewegende Kriegsursache, eine solche Kriegsursache glaubten unsere Gegner jeder für seinen Teil zu haben. Ein deutscher Staatsmann hätte diesen Namen nicht verdient, würde er sich ein solches Interesse eingebildet haben, oder hätte er sich von dritten Interessenten leiten lassen.

Wir schlossen auch keine Abreden oder Verträge mit Österreich ab, in denen wir, wie dies unsere Gegner getan, uns Siegespreise ausbedangen. Unser Siegespreis sollte die glückliche Verteidigung des Vaterlandes gegen die Übermacht sein. Gegenüber von auf dem Anmarsch befindlichen Einbrechern, die den Frieden des Hauses stören wollen, ist es genug, ihr Vorhaben zu vereiteln, wenn nötig, gründlich und auf die Dauer zu vereiteln. Das war die Empfindung in den verantwortlichen Kreisen. Wir hatten keine Delcassés, keine Iswolskis, keine Nicolsons und ähnliche, die europäische Kultur vergiftende Bazillenträger. Wenn Sir Eduard Grey wenige Monate

Digitized by Google

vor Ausbruch des Kriegs einem hochangesehenen deutschen, aber nicht offiziellen Besucher zum Beweise unserer Kriegslust auf eine vor ihm liegende Bernhardische Schrift hinwies, so wollte oder konnte er, der den kontinentalen Verhältnissen so wesentlich fremde Engländer, nicht erwägen, daß die Entschließungen Deutschlands nicht durch unverantwortliche private Schriftsteller bestimmt werden. Der wohl berechnete Mißbrauch, den die Ententepresse mit so manchen, gelinde gesagt, unvorsichtigen deutschen Äußerungen trieb, hätte dem englischen Staatsmann seit Jahren bekannt sein sollen. Aber im Ententelager der gegen Deutschland verbundenen Großmächte fühlte man sich auch nicht bedroht, sondern im Grunde des Herzens sicher. Man wird sich in diesem Betracht immer und immer wieder der Äußerung Sir Eduards gegenüber dem deutschen Botschafter in entscheidender Stunde erinnern müssen: „Wir werden euch ein wenig klopfen." So spricht nicht der Teilnehmer an der Partei, die sich von gegnerischer Seite bedroht fühlt. Und da von gegnerischen Äußerungen in den entscheidenden Zeiten die Rede ist: Beweist nicht die Antwort des französischen Ministers auf Schoens dringliche Anfrage in der Neutralitätsfrage: „Wir werden unsere Interessen zu wahren wissen," beweist sie nicht, daß nicht einmal der ernste Gedanke an eine Friedensverständigung auftauchte? War nicht vorher schon, wie ich aus zuverlässigem Munde später erfuhr, bereits einige Tage zuvor Nikolaj Nikolajewitsch mit einem Stab russischer Offiziere von Warschau nach Paris zur letzten militärischen Besprechung gefahren? Der mit Milliarden französischen Goldes bestochene Revanchehelfer mobilisierte. Da bedurfte es für den französischen Ministerrat, wie es scheint, keiner weiteren Überlegung. Man hat nie davon gehört, daß der Rat der Republik sich die Sache so überlegt hätte, wie sie es verdiente. Mit Recht ist England der Vorwurf zu machen, daß es ein ernstes Wort zum Maßhalten in Petersburg nicht gesprochen hat. Warum hat dies aber Frankreich nicht getan? Das Bild ist doch so: Deutschland strengt sich mit steigender Gefahr in der Vermittlertätigkeit mit steigender Energie für den Frieden an. In Paris weiß man auf Befragen von der angeordneten russischen Mobilmachung nichts! Der Gipfelpunkt sogenannter diplomatischer Lüge — um ja nicht ein Wort für den Frieden sagen zu müssen.

Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß in der letzten Juliwoche sich der erste Akt eines längst von gewissen Drahtziehern ausgedachten Programms abspielte, in dem zunächst vor allem den Franzosen nach außen die Rolle des Zurückhaltenden zugewiesen war, dem Frankreich, das damals noch Jaurès besaß, vor dem sich die Pariser Kriegsfreunde fürchteten.

In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß ich einige Tage nach meiner Zurückkunft aus der Schweiz Gelegenheit hatte, den russischen Gesandten in Stuttgart auf die besonderen lediglich taktischen Gründe hinzuweisen, die für die augenblickliche anscheinend gemäßigte Haltung der französischen öffentlichen Meinung sprechen. Der Gesandte des mobilisierenden Rußlands wagte demgegenüber zu behaupten: Rußland und Frankreich haben kein Interesse

Digitized by Google

an einem Krieg, wohl aber England, das fürchte, daß die deutsche Flotte die englische überflügle. So sprach der Russe, der an diesem Tag, den 29. Juli, aus Paris gekommen war.

Ich konnte noch an eben dem Tage den Gesandten mit voller Überzeugung versichern, daß Deutschland nicht die geringste beunruhigende militärische Geste mache. Und wenn mich der preußische Geschäftsträger — der Gesandte war abwesend — auftragsgemäß ersuchte, dahin zu wirken, daß Kriegsdemonstrationen unterbleiben, so war eine solche Aufmunterung überflüssig. Aus der Berliner Wilhelmsstraße liefen in diesen Tagen amtliche Nachrichten ein, die auch bei kritischer Prüfung nicht dafür sprechen, daß man dort in kriegerische Stimmung geraten. Unter dem 26. Juli äußerte sich der Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts dahin, die deutsche Diplomatie hoffe darauf, daß England nicht nur selbst friedlich gestimmt sei, sondern auch energische Schritte bei Rußland zur Erhaltung des Weltfriedens tun werde. Ein Irrtum. Aber für die auf den Frieden gerichtete Stimmung in Berlin liegt ein Beweis in dieser Äußerung, wie auch darin, daß man — gleichfalls unrichtigerweise — eine friedliche Lösung vermutete, weil Rußland seine in so außerordentlichem Umfang geplanten Rüstungen noch nicht bis auf den allerletzten Punkt vollendet hatte. In eben jener Zeit wird ferner aus Berlin gemeldet, daß man sich dort besinne, wie man Petersburg eine Brücke bauen könne, um Rußland, das sich bekanntlich sofort hinter die Serben gestellt hatte, einen diplomatischen Rückzug zu erleichtern. Hierher gehört meines Erachtens auch neben anderem das bekannte deutsche Bemühen, den Standpunkt aufrecht zu erhalten, daß der österreichisch-serbische Konflikt eine Angelegenheit dieser beiden Staaten bleibe. Nach einer Nachricht vom 29. Juli ist der Reichskanzler immer noch sehr optimistisch wegen Erhaltung des Friedens unter den Großmächten und — geheuchelt hätte Bethmann nach meiner festen Überzeugung nie und nimmer, so wenig wie einige Wochen später, als er mir Ende August, also noch zur Zeit des Höhepunkts unserer militärischen Erfolge aus dem Hauptquartier schrieb: „Unsere Truppen haben in diesem ersten Abschnitte des Krieges Wunder verrichtet. Schweres, vielleicht sehr Schweres mag uns noch bevorstehen. Aber wir haben bei Gott diesen Krieg nicht gewollt."

In der Nacht vom 29./30. erfahre ich, der Reichskanzler glaube immer noch an die Möglichkeit friedlicher Lösung, wenigstens unter den Großmächten.

In Wirklichkeit war der Krieg da.

Vierzehn Tage zuvor hatte ich meinem König geschrieben, in der Hoffnung, daß es auch diesmal nicht zu einem allgemeinen europäischen Konflikt kommen werde, bestärke mich insbesondere der Umstand, daß man in Berlin in dem österreichisch-serbischen Streit vorläufig auf die Neutralität Englands rechne.

Die falsche Rechnung trifft nicht bloß Lichnowsky, sie trifft, wenn auch in anderer Weise, zugleich Berlin, das sich seine eigene Meinung gebildet hatte.

Digitized by Google

Jene falsche Rechnung kann, das wird man feststellen müssen, bei der internationalen Beurteilung der Schuldfrage nicht in Betracht kommen. Denn unsere auf die Einbruchsgelegenheit lauernden Feinde vermögen ihren Einbruch nicht damit zu beschönigen, daß der bevorstehende Einbruch von dem Bedrohten infolge fehlgehender Kalkulation nicht vorausgesehen wurde.

Immer und immer wieder muß man sich vergegenwärtigen: Unter einer in der Weltgeschichte unerhört unglücklichen Kräftekonstellation hat der Krieg für Deutschland begonnen. Der Bankrott unserer Auslandspolitik war im Sommer 1914 zutage getreten. Er hatte sich seit Bismarcks Entlassung langsam von Stufe zu Stufe entwickelt. Daß deshalb in Deutschland schärfste Kritik einsetzt, wer sollte es nicht verstehen? Aber Irrtümer und taktische Fehler der Berliner Politik, die von unseren Gegnern in ihrem Interesse ausgenützt wurden, entlasten diese Gegner nicht im geringsten von ihrer durchschlagenden inneren Verantwortung für das eingetretene Weltunglück.

Die Einzelstaaten entbehrten des Einflusses auf die bald von Stunde zu Stunde sich überstürzenden Ereignisse. Die kaiserliche Regierung hat von ihrem Recht auf Führung der auswärtigen Politik Deutschlands in exklusiver Art und Weise Gebrauch gemacht bis zu dem Moment, in dem der rollende Stein nicht mehr aufzuhalten war. Damit soll nicht angedeutet sein, daß von der deutschen Peripherie aus das Rad der Weltgeschichte in diesem Fall hätte gehemmt werden können. Hätte meine im Juni gegebene Anregung eines Zusammentritts des auswärtigen Ausschusses nicht eine dilatorische Behandlung gefunden, ich glaube, es hätte bei gebotener Gelegenheit doch keiner der mittelstaatlichen Minister sich mit Erfolg dagegen auszusprechen vermocht, daß Österreich mit Deutschlands Zustimmung das dem Donaustaat und seiner Dynastie so gefährlich gewordene Serbien in die Schranken rufe. Die in Berlin am 5. Juli leider freilich in wenigen Stunden festgelegte Grundidee war rebus sic stantibus nicht falsch, wenigstens nicht insoweit, als sie später den verbündeten Regierungen mitgeteilt und in gleicher Weise nach außen bekanntgegeben worden ist. Die Grundidee war die Folge der gesamten unglücklichen auswärtigen Politik Deutschlands seit dem Abgang Bismarcks. Wir konnten trotz aller Bedenken Österreich nicht abschütteln, Österreich, für das sich mehr und mehr aus der Balkanfrage die Zerfallfrage entwickelt hatte. Wir hatten — abgesehen von unseren wirklichen Freunden in Zis- und Transleithanien — keinen Ersatz gefunden; Deutschland war somit dem herrschsüchtigen Rußland gegenüber nicht Zuschauer aus der Loge, es war mit auf der Bühne, wenn auch nicht an erster Stelle. Aber wenn die generelle Stellungnahme Berlins zu der von Österreich in Serbien beabsichtigten Aktion nicht zu beanstanden gewesen wäre, so kann damit die Überlassung der Aktion in ihren Einzelheiten an den Verbündeten nicht gebilligt werden. Gewiß hatte es sein Gutes, daß die österreichisch-serbische Sache nach Kräften lokalisiert wurde, daß dies nach außen möglichst lange festgehalten wurde, um die Vermittlerrolle Deutschlands nicht zu kompromittieren. Aber es ist nicht einzu-

Digitized by Google

sehen, warum intern, zwischen den beiden auf Leben und Tod verbündeten Reichen nicht eine absolut sichere Verständigung über alle wichtigen Schritte des Akteurs in Belgrad verlangt, warum, nachdem der österreichisch-russische Konflikt und die drohende Ausdehnung nicht bloß auf Frankreich — was selbstverständlich —, sondern auch auf England an den Tag getreten, nicht von uns in Wien die wünschenswerten Schritte zu einer alsbaldigen, mindestens schon damals die Schuld Rußlands-Frankreichs für alle feststellenden Aktion erzwungen worden sind. Es soll hier auf die Einzelheiten der verhängnisvollen Zeit nicht eingegangen werden. Sie sind im Laufe der Zeit weithin bekanntgeworden. Was damals den mittelstaatlichen Gesandten in Berlin jeden Tag mitgeteilt wurde, ist auch, soviel ich sehe, inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen. Vor allem aber sehe ich von einem Verweilen bei der kritischen täglichen, ja stündlichen Entwicklung der Dinge ab und beschränke mich auf die Wiedergabe des Eindrucks, daß Wien mehrfach versagt hat. Es handelt sich hier um Erinnerungen und Wiedergabe von Eindrücken aus jener Zeit, nicht um eine zusammenfassende Schilderung des bisher Bekannten oder um eine Verteidigungsschrift.

Der Vorwurf, als ob Kaiser und Reichskanzler dem Krieg nicht entgegengewirkt haben und nicht haben entgegenwirken wollen, ist frivol. Beispielsweise, welche Genugtuung rief bei ihnen das bekannte Telegramm Lichnowskys über das telephonische Einlenken von Sir Edward Grey in der Richtung des Friedens hervor. Leider kam bald die Nachricht von dem „Mißverständnis".

Aber bedarf es überhaupt noch eines Wortes in der Abwägung der Schuld und Unschuld an dem Ausbruch des Weltunglücks?

Nach allem, was über die russische Seite bekanntgeworden, schließen wir uns dem Urteil des französischen Botschafters in Berlin an, der in den letzten Tagen des alten Europas vor seiner Abreise aus Berlin über das Vorgehen Rußlands sich dahin geäußert: C'est une infamie. Er hat damals mit der ihm eigenen, nicht von Leidenschaft getrübten Urteilskraft weiter gesagt, daß der ganze Europa zerfleischende Krieg am letzten Ende nur den Vereinigten Staaten von Amerika zugute kommen werde. Freilich seine Regierung! Wenn von zwei Streitenden einer — wie es das mobilisierende Rußland tat — zum ersten verhängnisvollen Streich ausholt, so muß dessen Freund sich an ihn wenden, soll nicht ein allgemeines Losschlagen erfolgen. Das hat England nicht, jedenfalls entfernt nicht genügend getan, obwohl ihm dabei nicht der geringste Nachteil drohte. Und damit hat es nach Rußland in diesen Tagen des Kriegsausbruchs die Schuldstelle eingenommen. Aber trotz J. Cambons vernünftiger Äußerung — seine Regierung steht bei der Betrachtung des nunmehr zerfleischten Europas im Grunde wieder und wieder an erster Stelle. Denn vom Krieg kehrt man notwendigerweise zur Ursache zurück. Und die ist und bleibt die französische Revanchepolitik, jene Politik, die so zahlreiche herrschende Kreise in Frankreich als zentrale politische Idee beherrschte, die häufig das Fehlen jeder sonstigen höheren Idee verdeckte. Die

Digitized by Google

jahrzehntelange französische Unterminierung des europäischen Friedens begann im Sommer 1914 ihrem Erfolg entgegenzureifen. Der Zündstoff war in den Minengängen, in den großen und kleinen, angelegt. Man überließ einem anderen die Anlegung des Feuers und genoß in den Revanchekreisen mit scheinbar verschränkten Armen den Anblick der beginnenden Explosion.

Nun haben die Reste der einstigen Entente das Glück, daß Rußland, das, äußerlich betrachtet, an der Spitze der Kriegsveranlasser marschierte, das mehr als einer der Staaten dieser seiner Schuld schwarz auf weiß überwiesen ist, vernichtet, ohne Bewußtsein zu Boden liegt. Die übriggebliebenen Genossen enthüllen als Sieger in den Friedensbedingungen ihre wahre Gesinnung, ihre Zwecke, die sie auf den Angriffsweg geführt. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, heißt es beim Anblick des sogenannten Friedenstraktats. Die Früchte sind giftig für die Welt.

Die vorstehenden „Anmerkungen" sind aus persönlichem Gesichtswinkel gegebene Beiträge zur Geschichte der Tragödie des Kriegsausbruchs. Wir kennen natürlich die Summe der maßgebenden Tatsachen noch lange nicht, um ein abschließendes geschichtliches Urteil abgeben zu dürfen. Wir müssen befürchten, daß die angekündigten Urteilssprüche unserer Feinde die Lage nur verwirren, es müßten denn auch in Paris und London die Archive einschließlich der seinerzeit von der englischen Botschaft in Petersburg mitgenommenen Dokumente veröffentlicht werden, soweit sie noch vorhanden sind; selbst der russische Gesandte in Stuttgart hat seinerzeit bei Kriegsausbruch vor seiner Abreise ein ergiebiges Aktenfeuer abbrennen lassen. Es müßten auch die feindlichen treibenden Staatsmänner und deren Gehilfen sich rückhaltlos und wahrhaftig aussprechen. Wer kann ohne weiteres annehmen, daß Poincaré in solcher Weise bezeugen würde, was er und die Seinigen im Juli 1914 in Petersburg gesprochen, was auch sonst innerhalb der Entente verhandelt worden ist, ohne es zu Papier zu bringen? Dabei muß stets berücksichtigt werden, daß wichtigste Dinge der alten auswärtigen Politik — wird es später anders werden? — mündlich und nicht schriftlich erledigt worden sind, ganz abgesehen davon, daß wohl nicht ohne Grund angenommen wird, der englische Diplomat beispielsweise pflege in heiklen Fragen an seinen Minister zweifach zu schreiben, einen Bericht für das Parlament, und damit für das Buntbuch, und einen für des Ministers Geheimpapiere. Eine Katastrophe wie die des Sommers 1914 will und darf die Welt nicht mehr sehen. Wer vermöchte die Frage zu unterdrücken, ob nicht ein fester Schiedsvertrag der Völker, ein umfassender wirksamer, auf gerechter Basis der Völker ruhender Bund derselben den Gang der Ereignisse im Sommer 1914 hätte hemmen können. Die Bestrebungen der Gegenwart sind angesichts dieser Katastrophe absolut geboten; möge ihre innere Gerechtigkeit und Notwendigkeit auch einmal zu einem wirklichen Ergebnis führen. Blendwerk wäre nur schädlich.

Digitized by Google

Angedenken an das Gute hält uns immer frisch bei Muthe.

Von

B. Naunyn (Baden-Baden)

Als ich vor mehr wie sechzig Jahren begann, mich für Heilkunde zu interessieren und den Ärzten zuzuhören, wie sie von ihren Studien redeten und von ihren Studienreisen, war es oft Paris, von dem sie sprachen; es gehörte zum guten Ton, daß der junge Arzt, der etwas an seine Ausbildung wenden konnte, nach abgelegtem Examen dorthin ging. Als ich dann, wenige Jahre später, selbst meine Examina hinter mir hatte, war das, wenigstens bei uns in Berlin, völlig anders geworden. Von Claude Bernard, der zu jener Zeit auf die Höhe seines Ruhmes gelangte, hörten und sprachen wir genug, aber ihn aufzusuchen, daran dachte kaum einer von uns; was wir für unsere Ausbildung brauchten, das fanden wir besser bei uns daheim.

1863 wurde ich Assistent der medizinischen Klinik unter Frerichs in Berlin, und nun stand ich täglich einem Kreise von Zuhörern aus aller Herren Ländern gegenüber: Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener, Russen, die nach Berlin gekommen waren, um meinen Meister zu hören und hier ihre Ausbildung zu finden, so wie noch vor kurzem wir sie hatten im Auslande suchen müssen.

Um diesen Umschwung richtig zu würdigen, bedarf es eines Rückblickes in die Geschichte der Medizin: Vor jetzt ungefähr hundert Jahren hatte es in Deutschland sonderbar ausgesehen, sonderbar und unerfreulich, auch auf unserem Gebiet. Es war dies die Zeit, da die Naturphilosophie Schellings, Okens und Steffens' die deutsche Heilkunde beherrschte. So unglaublich es klingt: die wissenschaftlichen Vertreter der praktischen Heilkunde waren über Beobachtung und Experiment hinaus, sie meinten einen mehr wie ausreichend großen Schatz gesicherter Erfahrungen zu besitzen. Es sei völlig überflüssig, noch weiter zu beobachten und Erfahrungen zu sammeln, es sei die Zeit gekommen, die Wissenschaft nach deduktiver Methode auszubauen. Sie schufen Systeme der Pathologie, und auf die „Stellung der Krankheit im System" kam es an; war diese bestimmt, so ergab sich hieraus alles andere von selbst, auch die Behandlung. Man höre: Ein Professor der Medizin in Jena, ein höchst angesehener Vertreter seines Faches, giebt im Jahre 1812 ein Programm seiner Vorlesungen über allgemeine Pathologie und Therapie heraus, also keine populäre, sondern eine ernstgemeinte Fachschrift, sie handelt vom Wesen und der Bedeutung der Exantheme. Diese, die Blattern, Masern, Scharlach und das Nervenfieber (Fleckfieber), sind, so lehrt Kieser, Prozesse der inneren Metamorphose des Menschen, die er, der Mensch, durchmachen müsse, um zu höherer Vollkommenheit des Daseins zu gelangen, wie die

Digitized by Google

Raupe die Metamorphose zum Schmetterling: Dem Häutungsprozeß, dieser „Ablegung eines Äußern", entspräche eine „Ausbildung eines Innern". Jede dieser Krankheiten sei ein Übergangspunkt zu einer neuen Auferstehung des Lebens; je bestimmter dieser Übergangspunkt, d. h. je schwerer die Erkrankung, desto vollkommener das folgende Leben. Deshalb sei es höchst bedenklich, wenn man, etwa durch Impfung, das Auftreten dieser Krankheiten hindere oder ihre Energie breche; gelänge es gar, eines der Exantheme von der Erde zu vertilgen, so sei zu befürchten, daß dadurch die Ausbildung des Menschengeschlechtes zurückgehalten werde — falls nicht etwa das ausgerottete Exanthem durch ein neues ersetzt werde.

So geschehen wenig vor der Zeit, da Laënnec in Paris bereits die Auskultation als diagnostische Methode zu lehren begann, und lange noch hat die deutsche Medizin gebraucht, bis sie sich aus den Fesseln jener „philosophischen" Richtung befreite. Noch der von Goethe oft belobte Hufeland, der bis 1836 als Stern erster Größe in Berlin glänzte, hat ihr angehört, und die Philosophensprache, das Latein, ist lange über ihn hinaus in medizinischen Vorlesungen gesprochen worden: bis 1857 hat in Berlin neben Schönlein Professor Wolff seine, die erste oder lateinische, Klinik in lateinischer Sprache gelesen.

Wenige Jahre später ist eben dies Berlin der führende Ort für die deutsche, vielleicht für die europäische Heilkunde, und so schnell sich dieser Umschwung vollzieht, so gründlich zeigt er sich: es folgt eine Zeit, in der die Universitäten des gesamten deutschen Sprachgebietes, die der Schweiz und Hollands und ebenso Dorpat, sich ihre Kliniker und Pathologen aus Berlin holen, bis im Laufe der siebziger Jahre die anderen deutschen medizinischen Schulen sich mehr und mehr geltend machen und die Führung von Berlin an Deutschland übergeht.

Es ist mit solchen Bewegungen in der Wissenschaft wie mit denen in der Politik, sie gehen auf einen Mann zurück, der sie ins Leben rief, ihre Kraft verdanken sie ihrer Zeit. Johannes Müller, Professor der Physiologie in Berlin, war es, der hier der Herrschaft der Naturphilosophie ein Ende machte. Um ihn schließt sich ein Kreis von Schülern, Forschern ersten Ranges: Schwann, der Begründer der Lehre von der Zelle als dem morphologischen Grundelement des Organismus, E. Dubois-Reymond, Henle, Virchow, Helmholtz, und diese Männer waren unsere Lehrer. Sie haben uns gelehrt, daß allein die allseitige Erforschung des organischen Lebens zum Verständnis der Krankheiten führen kann, und sie haben uns mit naturwissenschaftlichen Methoden vertraut gemacht. Doch war dies nichts so ganz Neues, daß es den besonderen, weit über Berlin hinausgreifenden Erfolg der Müllerschen Schule verständlich machte. Schon Haller, und im Beginn eben jenes, des 19. Jahrhunderts, die Franzosen Magendie und Flourens, hatten mit größtem Erfolge experimentelle Physiologie getrieben, Laënnec und Piorry hatten soeben die Auskultation und Perkussion in die Klinik eingeführt, dia-

Digitized by Google

gnostische Methoden, die noch heute von älteren Ärzten zusammenfassend als die „physikalischen Untersuchungsmethoden" bezeichnet werden; noch gleichzeitig mit Joh. Müller in Berlin wirkte Rokitanski in Wien, der eigentliche Begründer der pathologischen Anatomie, und die Wiener Schule stand noch in voller Blüte. Auch war Berlin damals noch nicht Deutschlands Hauptstadt, und Deutschland war nie arm an Naturforschern ersten Ranges: Liebig in Gießen, Karl Ernst v. Baer in Königsberg, später Petersburg, die Gebrüder Weber in Leipzig, Woehler und Rud. Wagner in Göttingen, sie alle nahmen an der Entwicklung der Heilkunde teil, an vielen der alten Kulturzentren Deutschlands, wo sie lehrten, erwuchsen unter ihrem Einfluß medizinische Schulen, die das Banner der neuen physiologischen Heilkunde hochhielten und auf eigener Wurzel kräftig gediehen, überall war für die Heilkunde die Zeit der Naturwissenschaft gekommen.

Worauf beruhte der besondere Erfolg der Müllerschen Schule? Gewiß, sie zählte unter ihren Vertretern Namen vom allerbesten Klange, aber für die praktische Heilkunde, um die es sich hier handelt, war doch Rokitanski in Wien bedeutsamer als selbst ein Helmholtz in Berlin.

Gerade von diesem liegt nun eine Äußerung vor, die uns auf den rechten Weg weisen kann: Helmholtz erzählt von dem Unterricht, den er selbst in der Mitte der vierziger Jahre in Berlin genossen hat, und hebt als besonderen Mangel hervor, daß es „Laboratorien, in denen die Schüler selbst hätten Hand anlegen können, damals überhaupt nicht gab". Die fehlten noch überall und nicht nur in den medizinischen Fakultäten. Und nicht, daß Joh. Müller sie geschaffen hätte! Er war nichts weniger als ein begeisterter Lehrer für Studenten, und seine Anlage ging nicht darauf, als Reformator des medizinischen Unterrichtes aufzutreten, aber die Männer, die sich um ihn scharten, hat er mit der ganzen Macht seiner faszinierenden Persönlichkeit für die selbsttätige Naturforschung für Laboratoriumsarbeit zu begeistern gewußt: Mikroskopische Forschung, das Tierexperiment, physikalische und chemische Methoden, alles wurde bei ihm gepflegt, und wer diese wirksamen Werkzeuge handhaben und schätzen gelernt hatte, mochte sie nicht mehr missen.

So sind bei uns in Deutschland die experimentellen Methoden der praktischen Heilkunde über die Physiologie zugeführt worden, hier lernten auch die Kliniker von ihnen Gebrauch machen und sie für die Krankenuntersuchung verwerten. Nicht lange, so gehörten zu einer solchen mikroskopische und chemische Untersuchungen, so gut wie Auskultation und Perkussion, und als Ergänzung des Krankensaales war das Laboratorium nicht mehr zu entbehren. Doch gab es keine. Heintz und Simon, vielleicht die ersten, die im Anschluß an eine Klinik (hier die Schönleinsche in Berlin) chemische Untersuchungen betrieben haben, mußten sich für ihre Arbeiten in ihrer Wohnung einrichten, auch Traube hat für seine Arbeiten in der experimentellen Pathologie sich selbst einen Raum schaffen müssen, unser Laboratorium in der Frerichsschen Klinik bestand lange Zeit nur in einer kleinen Kammer, und unsere Mittel waren dem-

Digitized by Google

entsprechend bescheiden. Wir wußten uns damit abzufinden, und unsere Sache setzte sich durch.

Jene Klage von Helmholtz galt aber keineswegs nur für die medizinische Fakultät, Physiker und Chemiker waren kaum besser daran: in Berlin ließen die beiden Lehrer der Chemie an der Universität, Mitscherlich und Heinr. Rose, nur ganz ausnahmsweise jemand in ihrem Laboratorium arbeiten, in der Physik war Magnus entgegenkommender, doch war der Arbeitsraum bei ihm sehr beschränkt. Die einzigen, grundsätzlich den Studierenden geöffneten Universitätslaboratorien waren die von Liebig in Gießen und von Woehler in Göttingen. In Berlin stand ihnen nur das von Rammelsberg im „Gewerbeinstitut" offen; hier aber wurde nur anorganische Chemie getrieben.

Aus diesem „Gewerbeinstitut" wurde anfangs der sechziger Jahre die „Gewerbeakademie", und wie groß das Bedürfnis war, das zeigte sich nun, als Adolf Baeyer die Professur für organische Chemie dort erhielt und Arbeitsplätze in seinem Laboratorium schaffte. Alles drängte dorthin, auch von uns strebsamen Medizinern nahm der eine und andere die Gelegenheit wahr, das im Universitätsstudium schmerzlich Entbehrte nachzuholen. Schnell sammelte sich um Baeyer ein großer Kreis intimer Schüler, aus dem viele bedeutende Chemiker hervorgegangen sind.

Es ist dankbar anzuerkennen, daß die Regierungen es am Verständnis für unsere Bestrebungen nicht länger fehlen ließen, seit etwa Mitte der sechziger Jahre ist wohl keine medizinische (innere) Universitätsklinik in Deutschland erbaut worden ohne ein Laboratorium, in dem chemische, experimentelle und anatomische Untersuchungen betrieben werden konnten. Wir Deutsche sind in dieser Richtung weit vorangegangen; nur zögernd sind uns die anderen Nationen gefolgt, und hier liegt die Veranlassung dafür, daß während der späteren Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts so zahlreiche ausländische Ärzte und Techniker ihre Ausbildung in Deutschland suchten.

Seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts waren wir so weit, daß kaum noch irgendein größeres Krankenhaus, auch wenn es keinen Lehraufgaben diente, ohne ein, oft recht gut eingerichtetes, Laboratorium sein mochte. Dazu die physiologischen Institute und die für physiologische und pathologische Chemie, die pathologischen Institute, die Institute für experimentelle Pharmakologie, die für Hygiene und die für experimentelle Therapie, die alle Arbeitsplätze für Laboranten bieten und von unseren Studenten recht fleißig benutzt wurden; längst stellte jetzt der Reichtum an im Laboratorium ausgebildeten Ärzten eine besondere Stärke Deutschlands dar.

Viel großartiger noch hat sich der Laboratoriumsunterricht in der Physik und in der Chemie entwickelt. Bei den klinischen Neubauten lag doch nach wie vor der ganze Nachdruck auf den der Krankenbehandlung und dem unmittelbaren Krankendienst gewidmeten Räumen, in den Prachtbauten an chemischen und physikalischen Instituten, mit denen die vergangenen fünfzig

Digitized by Google

Jahre unser Vaterland geziert haben, sind es die großartigen Laboratorien, in denen jene ihrer Siege und ihres Reichtums frohe Zeit ihre ganze Freigebigkeit entfaltet hat.

Und die Erfolge haben dem entsprochen. Bleiben wir bei der deutschen Chemie. Ich spreche nicht von ihrer wissenschaftlichen Entwicklung, auch nicht von ihren großen, für die Technik wichtigen Entdeckungen: die großartige Gestaltung der deutschen chemischen Industrie wäre unmöglich gewesen ohne das Heer von wissenschaftlich geschulten Chemikern, die aus diesen Laboratorien hervorgegangen sind. Die Durchdringung der Technik, der Praxis, mit naturwissenschaftlicher Forschung und naturwissenschaftlichem Geiste, die der zeitgenössischen technischen Arbeit ihre unerhörten Erfolge bringt, ist auf deutschem Boden erwachsen. Engländer und Amerikaner kannten noch lange nur eine rein empirische Technik, als bei uns die großen technischen Unternehmungen bereits über große Laboratorien verfügten, in denen von vielen Arbeitern — darunter gelehrte Herren — neben den unmittelbar ihrer Fabrikation dienenden Untersuchungen auch solche betrieben wurden, die rein wissenschaftlichen Fragen galten. Allerdings Fragen, die in irgendeinem Zusammenhang mit den Aufgaben des Unternehmens standen, immerhin: wer in dem Laboratorium einer dieser großen industriellen Anlagen sich mit den Herren dort über ihre Arbeiten unterhielt, konnte meinen, in dem chemischen Laboratorium „für Vorgeschrittenere" einer Universität oder technischen Hochschule zu sein.

Was ich mit diesen Erinnerungen will, das besagen die Worte der Überschrift. Auch anfangs des 19. Jahrhunderts waren böse Zeiten über Deutschland hergegangen, der Befreiung von der französischen Herrschaft war der erhoffte Aufschwung nicht gefolgt. Die planlosen Einigungs- und Freiheitsbestrebungen waren nach dem wenig erfreulichen Dämmermorgen des Frühjahrs 1848 eines natürlichen Todes gestorben, und Deutschland lag in lethargischem Schlummer — jene wissenschaftliche Bewegung war eines der Zeichen seines Erwachen.

Merkwürdig genug dieser wissenschaftliche Aufschwung als eine der ersten Lebensäußerungen unseres ausgangs der fünfziger Jahre wieder zu sich kommenden Vaterlandes, und sehr kennzeichnend für unsere besondere Stärke! Es ist der unserem Volke eigene Zug zur Wissenschaft, der sich Bahn schafft, als die Zeit gekommen ist. Und er wenigstens hat sich bewährt!

Heute ist es an der Zeit, Umschau zu halten nach dem, was uns noch bleibt an Kraft und an Hoffnung. Man sucht uns unschädlich zu machen, wie man kann, jenes unser Erbteil kann uns keiner nehmen. Wir wollen das Unsere tun, es zu wahren, und dazu wird es uns Deutschen an den rechten Männern nie fehlen. Mögen die Regierenden das Ihre tun, daß jetzt, wo alles neu werden soll, die Pflegestätten der Intelligenz und der Forschung nicht Schaden leiden. Ob solche neue geschaffen werden sollen und

Digitized by Google

wie sich weiterhin die Entwicklung der alten zu gestalten hat, mit diesen schwierigen Fragen beschäftige ich mich hier nicht, doch dies mag betont sein: Die Entwicklung der Laboratoriumsarbeit in Deutschland, die ich hier gefeiert habe, spielt sich ab an unseren Universitäten und an den bald an ihre Seite tretenden technischen Hochschulen, und wir, die sie durchsetzten, waren fast alle noch in „humanistischen Gymnasien" gebildet. Nach meinen Erlebnissen hat sich unser deutsches Unterrichtswesen mit den Forderungen der Zeit ausreichend abgefunden.

Juli 1919.

Alt- und Neu-Weimar

Von

Eleonore v. Bojanowski

Im März 1832 hatte Goethe die Augen geschlossen. Mehr als ein halbes Jahrhundert hindurch hatte Weimar, „klein und doch groß", ein weitreichendes Kulturzentrum gebildet. Nun schien es ihm bestimmt, aus solchem Sonnenblick geistigen Lebens wieder in den Schatten kleinstädtischer Unbedeutendheit zurückzugleiten, nur von dem Erinnerungshauch seiner großen Vergangenheit leise bewegt. In dem Nachfolger Karl Augusts lebte nur wenig von den Elementen, die Weimar auf die Höhen geistigen Lebens geführt hatten. Geistig bedeutender, hielt seine Gemahlin, die russische Kaiserstochter Maria Paulowna, innerhalb des kleinen Kreises der Gebildeten Weimars und der Professoren Jenas die Traditionen der Vergangenheit aufrecht. Neben dem Fürstenpaare hüteten einige Übriggebliebene aus der großen Zeit, wie der Kanzler v. Müller, Eckermann und wenige andere, diese heilig gehaltenen Erinnerungen. Allein die belebende Kraft, dies Erbteil zu einem Besitz für die kommende Zeit auszubauen, war nirgends erkennbar, so daß man wohl von dem damaligen Weimar nicht mit Unrecht als von dem „heiligen Grabe der Kunst" sprechen konnte.

Die Keimzelle für Weimars Entwicklung zu einem Mittelpunkte geistigen Lebens entschleiert ein Selbstbekenntnis Anna Amaliens, das erkennen läßt, wie unter der lebenweckenden Berührung des friderizianischen Geistes in der Seele der jungen braunschweigischen Fürstentochter ein leidenschaftlicher Ehrgeiz, sich als Fürstin auf dem weimarischen Throne auszuzeichnen, entflammt war. An Stelle des kriegerischen Lorbeers ihrer Brüder trachtete sie nach dem Ruhme, sich durch eine möglichst vertiefte Selbstbildung zu ihrem fürstlichen Berufe tauglich zu machen. Diesem hochgemuten geistigen Streben gesellte sich der kaum weniger leidenschaftlich empfundene Wunsch nach Freundschaft, nach Beziehung zu ausgezeichneten Persönlichkeiten. Das zu ihrer

Digitized by Google

Zeit wie ein großes Dorf um sein Schloß herum gruppierte Weimar bot fürs erste eben nur den Boden für eine auf solche Ziele gerichtete Betätigung. Ihr Verdienst bleibt es, sich unter solchen engen Verhältnissen die geistige Atmosphäre geschaffen zu haben, die ihre sich darin als Abkömmlingin der Este zeichnende Natur als Lebensluft bedurfte. Nicht nur durch die Vererbung des Blutes, mehr noch durch die von ihr in diesem Sinne beeinflußte Erziehung und Anschauungswelt übertrug sie die ihr eigene Freude an Kunst und Literatur willenskräftig auf ihren Sohn, auf diese Weise bewirkend, daß geistige Kulturwerte sich als ein Ausgleich seiner kraftvollen Beanlagung mit seiner willensstarken Auffassung des Fürstenberufes verwoben. Karl Augusts zielbewußte Führung hatte in fünfzig Jahren der Regierung sein kleines Land aus der Kleinstaaterei des achtzehnten Jahrhunderts herausgehoben und zu einem allen Anforderungen seiner Zeit entsprechenden Staatsgebilde entwickelt. Bewahrt geblieben war der patriarchalische Zug, der Weimars Fürstenhaus mit seinem Volke verband. Wie Anna Amalie einst durch unermüdliche, oft einen rein persönlichen Stempel tragende Fürsorge sich in schweren Jahren als Landesmutter im schönsten Sinne des Wortes bewährt hatte, so gründete sich auch das fürstliche Wirken Karl Augusts und Louisens auf das Reinmenschliche ihrer Naturen. Mehr noch als die dichterische Glanzzeit hatten gemeinsam getragene Gefahr und Not in den Tagen der Erniedrigung den Untertanen die edle Gesinnung und Charaktergröße ihres Fürstenpaares bewiesen. Auch Karl Friedrich und seine Gemahlin hielten den überlieferten Zusammenhang des Hofes mit den Bewohnern von Stadt und Land in einer von edler Herzensgüte getragenen Weise aufrecht. Maria Paulowna trug unermüdet Sorge, den allerdings ja noch sehr bescheidenen sozialen Forderungen der damaligen Zeit gerecht zu werden. In väterlicher, durchaus volkstümlicher Art verwaltete Karl Friedrich, von keinerlei künstlerischem oder literarischem Ehrgeiz bewegt, sein Fürstenamt. Mit den Angehörigen Goethes und Schillers verband beide Fürstlichkeiten ein warmer, freundschaftlicher Anteil. Für ein Wiederaufleben der geistigen Bedeutung Weimars ergaben sich weder innerhalb der Fürstenfamilie noch in der Zusammensetzung der Lebenskreise Weimars irgendwelche Voraussetzungen. Dennoch verlangt ein ihnen eigenes inneres Lebensgesetz für solche über das Einzeldasein hinausreichende Werte, wie sie das Weimar der Dichterzeit darstellt, eine vom Menschlich-Persönlichen losgelöste, vertiefte Wirkensphase, um sie ihrer höheren Bestimmung als Gemeingut der Menschheit zuzuführen. Eine Aufgabe, die sich unter wesentlich anderen Bedingungen wie das von ihrer starken Persönlichkeit getragene, schöpferische Wirken Anna Amaliens und Karl Augusts zu vollziehen vermag.

Die geistige und seelische Veranlagung Karl Alexanders sollte die fürstliche Schaffenskraft seiner Vorfahren durch ein schon früh ausgeprägtes fürstliches Verantwortlichkeitsgefühl für dieses geistige Erbe ersetzen. Dies auszugestalten und in Weimar aus den sich ergebenden Möglichkeiten einen Mittel-

Digitized by Google

punkt geistigen Lebens erneut erstehen zu lassen, erkannte er schon früh als seinen fürstlichen Beruf. Für ein Wirken in diesem Sinne befähigten ihn die Jugendeindrücke, die er, im Abendlicht dieser klassischen Vergangenheit heraufwachsend, von Karl August, von Goethe, von seiner ganzen Umgebung empfangen hatte, und die in diesem Kreise erlangte feine Geistes- und Gemütsbildung. Das ausgesprochene Talent für Freundschaften, ein Erbteil von Anna Amalie, begünstigte dies Streben. Seine Natur war eine vorwiegend aufnehmende; Goethe, dem er die Richtung seines inneren Lebens dankte, blieb der Leitstern seines geistigen und künstlerischen Strebens. Sein Verhältnis zu ihm erhielt menschlich-persönlich eine lebendige Färbung durch die im Verkehr mit dem Greise empfangenen Eindrücke und lebte fort in der unwandelbaren Freundschaft für seine Enkel; während die volle Erkenntnis der geistigen Bedeutung Goethes sich dem Prinzen erst allmählich auf dem Boden dieser mit ihm aufgewachsenen Verehrung für den großen Mann erschließen sollte. Karl Alexanders feines Verständnis für menschliche und künstlerische Werte ließ ihn leicht das Echte herausfinden. Sein auf seltener Bildung beruhendes Urteil, seine Würdigung jeden ernsten Schaffens, sein liebenswürdiges Eingehen auf eine, noch um ihre Entwicklung ringende Begabung ließen ihn ausgesucht für den Verkehr mit bedeutenden Menschen, Schriftstellern und Künstlern erscheinen. Schon in den beiden ersten Dezennien nach Goethes Tode hatten gelegentlich bedeutende Persönlichkeiten aus deutschen Landen wie aus dem Auslande, angezogen von seinen großen Erinnerungen, in Weimar geweilt und bei Hofe eine freundliche Aufnahme gefunden. Mit einzelnen von ihnen hatte der künftige Thronfolger warme Freundschaften angeknüpft, so mit Liszt und mit Andersen.

Wie die von den fürstlichen Vorfahren überkommenen Traditionen, so sollten solche in jugendlicher Wärme aufgenommene Beziehungen und die persönlichen Eindrücke schöner Reisen in durchaus organischer Entwicklung zur Grundlage für das fürstliche Wirken und die Betätigungen des gereiften Mannes werden. „Es ist so schön, wenn sich im besten Sinne an eine erhebende Vergangenheit — und zwar in Wahrheit — im Leben und durch die Tat anknüpfen läßt.“ Eine Äußerung, die den eigentlichsten Kernpunkt seines Lebens und Wesens bezeichnet. In einer großzügigen Auffassung, die sich nicht mit dem bloßen Kult der Vergangenheit begnügt, blieb er unablässig bemüht, in ihrem Geiste den Forderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Ein Vergleich der Freundschaft, die den jungen Karl August mit Goethe verband, und der Karl Alexanders für Liszt läßt sich nur bedingt aufrechterhalten. Immerhin war es unstreitig eine der genialsten Persönlichkeiten aus der damaligen Kunst- und Geisteswelt, die er in seine Nähe und an Weimar zu fesseln wußte. Aus Liszts dortigem Wirken erwuchs die Schicksalsfrage für Weimar, noch einmal als Weihestätte der Kunst Mittelpunkt der Musik der Zukunft zu werden. Daß der Fürst diese Möglichkeit nicht in die Tat umsetzte, hat wohl eine Zeitlang innerlich trennend zwischen

Digitized by Google

Liszt und dem Großherzoge gestanden. Mochte dieser eine Verdunkelung der klassischen Traditionen fürchten, mochte er einsichtig in Erwägung ziehen, daß weder der Hof noch die kleine Stadt imstande seien, die von solchem Unternehmen geforderten Opfer zu tragen, die „Zukunftsmusik" hat immerhin ihre erste, interessanteste und reichhaltigste Entwicklungsphase in Weimar erlebt. In der Geschichte der neueren Musik spielt diese Zeit eine kaum minder bedeutende Rolle als die Goethesche Dichterzeit in der Literaturgeschichte. Wie die Musik ja überhaupt eine gesellig verbindende Kunst ist, so sollte dieses stürmische musikalische Ringen die ganze Stadt in Mitschwingung versetzen.

Für Weimar war mit dem Regierungsantritt des Großherzogs Karl Alexander und seiner Gemahlin Sophie, der geborenen Prinzessin der Niederlande, ein Frühling neuen künstlerischen Lebens aufgegangen; er brachte eine vielverheißende Knospenfülle, manchen unvergleichlichen Blütentag, und auch an Stürmen und Hagelschauern sollte es nicht ganz fehlen. Die Gedenktage, die der Feier der hundertjährigen Geburtstage Herders, Goethes, Karl Augusts und Schillers galten, umzog, ihrem Wirken eine neue Gegenwart verleihend, ein Blumenflor neuen künstlerischen Lebens und Schaffens. Eine Auferstehung, der jedes künstlich Gemachte fernlag. Der Großherzog folgte nur eben seiner eigensten Neigung, wenn er Dichter, Schriftsteller und Künstler um seinen Hof sammelte. Er verstand es, dem Verkehr mit jedem Einzelnen eine verständnisvolle, persönliche Färbung zu geben. Selbst Dichternaturen, wie der schwerlebige Hebbel, empfanden den Gedankenaustausch mit dem sich rein menschlich gebenden Fürstenpaare als eine Lebensbereicherung. Immer weitere Kreise zog das Kunstleben, in dessen Mittelpunkte das Fürstenpaar stand. Die Wiederherstellung der Wartburg, ein Lieblings- und Lebenswerk des Großherzogs, fügte eine neue, mehr geschichtliche und zur bildenden Kunst hinführende Note in diese Weimarsymphonie. Daß die bildende Kunst wohl überhaupt dem innersten Verständnis und der Vorliebe Karl Alexanders näherstand als die Tonkunst, kommt in seiner Begründung der Kunstschule wie in dem Bau des Museums zum Ausdruck. Hiermit war ein neuer Anziehungspunkt für Weimar gegeben, der eine Reihe namhafter und tüchtiger Künstler und ausgezeichneter Kunstgelehrter für länger oder kürzer dort heimisch werden lassen sollte. Nicht nur innerhalb der Malerei, auch auf anderen Gebieten herrschte nicht immer eitel Harmonie, vielmehr prallten die Geister — es sei an den Gegensatz zwischen Liszt und Dingelstedt erinnert — oft hart aufeinander. Allein der Großherzog blieb unermüdlich bemüht, ausgleichend zu wirken, und ebenso unermüdlich, neue Persönlichkeiten, die ihm geeignet dünkten, sich den weimarischen Geisteskreisen einzufügen, für seine Residenz zu gewinnen. In den sechziger Jahren, als das Musikleben durch den Rücktritt Liszts seine starke Anziehungskraft eingebüßt hatte, trat neben der Malerei die Literatur in den Vordergrund des weimarischen Kunstlebens. Wie das Theater unter dem Einfluß Liszts weit über die musikalischen Durchschnittsleistungen deutscher Theater herausgewachsen war, so begann später auch das Schauspiel unter

Digitized by Google

der Leitung kunst- und literaturverständiger Intendanten sich zu einer Sonderstellung innerhalb des deutschen Kunstlebens zu entwickeln.

Der Einfluß dieser mannigfachen Bestrebungen hatte jedoch den einfachen Lebenszuschnitt der bescheidenen Musenstadt, besonders während der beiden ersten Jahrzehnte der Regierung Karl Alexanders, nicht wesentlich zu verändern vermocht. Nach wie vor drehte sich das gesellschaftliche Leben und das Interesse aller Kreise der Stadt mehr oder weniger um den Hof. Man bemerkte nicht ohne geschmeichelten Stolz das Ansehen, dessen sich der Landesherr wie unter den Fürsten so auch unter den bedeutenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes erfreute. Besuche fürstlicher Gäste, glänzende Veranstaltungen, gelegentlich Familienfeiern oder sonstige Ehrentage des Fürstenhauses bildeten für die Einwohnerschaft, die sich in all ihren Schichten daran beteiligte, eine noch lange gehegte Erinnerung. Obgleich das überkommene Zeremoniell am Hofe aufrecht erhalten wurde, nahm niemand Anstoß daran. Im Gegenteil, es erhöhte den feierlichen Eindruck und konnte um so weniger verletzen, da die Fürstenfamilie persönlich eigentlich mit allen Weimaranern auf dem besten Fuße stand. Wie denn überhaupt alle Kreise der Stadt unter sich eine ziemlich enge Fühlung hatten; man kannte sich untereinander und verfolgte den Lebenslauf der Einzelnen mit behaglichem Anteil. In den Bürger- und Beamtenkreisen begegnete man vielfach einem regen Sinn für Kunst und Literatur. Eine bemerkenswerte Schlichtheit zeichnete die weimarische Lebensführung aus. Der gesunde Boden der natürlichen kleinstädtischen Verhältnisse gestattete weder falschen Schein, noch ein Zurschautragen luxuriöser Äußerlichkeiten. Der Hof selbst hielt an einem bei aller Gediegenheit durchaus einfachen Zuschnitt fest. Noch in dem letzten Viertel des verflossenen Jahrhunderts war gerade in den Hofkreisen dort für die gesellschaftliche Einschätzung des Neuhingekommenen mehr noch wie Rang und Besitz innerer geistiger Wert und die Stellung zu Kunst und Literatur maßgebend. Der Großherzog, der viel Beobachtung besaß, war ein feiner Menschenkenner, gewohnt, in der großen Welt zu leben; selbst Meister in der Beherrschung ihrer Umgangsformen, wußte er wie wenige jede geistige Eigenart, gerade das Originelle, zu schätzen und die Menschen aller Art zu nehmen, nur langweiligen Umgang mied er. Der platten Alltäglichkeit gegenüber überkam ihn leicht eine gewisse Verlegenheit, deren er nicht Herr zu werden vermochte. Allein schon seine von Dichtern und Gelehrten von wirklicher Bedeutung bezeugte geistige Einwirkung, sein Einfluß auf die geistige und künstlerische Entwicklung Weimars sollte hingereicht haben, um eine dekadente Verzerrung seiner Persönlichkeit wie seiner Äußerungen, wie sie die spätere Witzblätterliteratur beliebt hat, unmöglich zu machen.

Jahrzehntelang hatte man die weimarische Schöngeisterei außerhalb der Landesgrenzen nicht ernst genommen. Die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, an welcher der Großherzog, durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen wie durch sein warmes vaterländisches Empfinden auf die Seite

Digitized by Google

Preußens geführt, lebhaften Anteil nahm, sollte das weimarische Leben etwas aus seinem idyllischen Kleinstadtszustand herausreißen. Karl Alexander, ursprünglich keine politische Natur, hatte durch sein Eintreten für die Verwirklichung des deutschen Kaiserreiches unter Preußens Führung, durch seine freundschaftliche Stellung zu Kaiser und Kanzler sein inneres, treues Deutschtum bekannt, und es war, als ob sich geistig für die Schätzung Weimars damals eine neue, seine Bestimmung für Deutschland vollendende Phase angebahnt habe. Als nach dem Tode der Enkel Goethes in den achtziger Jahren die ganze Fülle der Goetheschen Hinterlassenschaft wie eine Offenbarung der Gegenwart zu Bewußtsein kam, da erkannte Deutschland staunend dies geistige Heiligtum als einen Nationalbesitz. Die Gründung der Goethegesellschaft verwirklichte eine den Großherzog längst beschäftigende Absicht. Sie trat als das führende Element zu den bereits in Weimar in der Schillerstiftung und Shakespearegesellschaft gepflegten Bestrebungen, dies geistige Erbe als eine nach den verschiedensten Richtungen hin weiterwirkende Kraft dem Leben der Gegenwart zuzuführen. Dem gleichen Sinne entsprechen die Stiftungen der Großherzogin Sophie, das Schiller-Goethe-Archiv und die ihren Namen tragende, allen Anforderungen der Forschung entsprechende, große Ausgabe der gesammelten Goetheschen Werke. Der Großherzog und seine Gemahlin haben sich mit dieser Betätigung ihrer Gesinnung ein Denkmal errichtet, das ihre Namen jedem gebildeten Deutschen teuer und wert machen sollte. Der Lebensabend des Fürsten gestaltete sich ihm zur Ernte einer hochsinnig erfaßten und treu erfüllten Lebensaufgabe. Er sah sein heißgeliebtes Weimar, über die bloße Erinnerungsstätte hinausgewachsen, zu einem lebendigen Mittelpunkte deutschen Geisteslebens, die Geisteswerte, für die er sich allzeit unentwegt eingesetzt hatte, zu einem lebendigen Eigentum des deutschen Volkes werden. An seinem Hofe sammelten sich nicht nur zu feierlichen Gelegenheiten, auch in angeregtem persönlichem Verkehr die Träger geistigen Lebens, Gelehrte, Künstler, Weltreisende und Schriftsteller. Das Tassowort, „Italien kennt keinen großen Namen, den dieser Hof nicht seinen Gast genannt", sollte unter seiner Regierung noch einmal wie einst zu Zeiten Karl Augusts für Weimar Wirklichkeit werden. Erst mit dem Tode Karl Alexanders ging für Weimar-Ferrara das Zeitalter Anna Amaliens und Karl Augusts zu Ende, seine geistige Aufgabe war gelöst.

Der junge Großherzog Wilhelm Ernst, der Enkel Karl Alexanders, nahm eine ganz andere Stellung zu dem geistigen Erbe seiner Vorfahren ein, das naturgemäß für ihn nicht mehr ein lebendiges wie für seinen Großvater sein konnte. Er wahrte äußerlich die Traditionen, ohne innerlich einen eigentlichen Zusammenhang mit ihnen, wenigstens den speziellen der Literatur, zu besitzen. Ging ihm der Sinn für die Literatur ab, so wandte er der bildenden Kunst und dem Theater mehr Interesse zu. Seiner auf das Praktische gerichteten Natur entsprach die einzige Neuschöpfung seiner Regierungszeit auf diesen Gebieten, die Gründung der Kunstgewerbeschule, die durch den damit ver-

Digitized by Google

bundenen technischen Unterricht und die von ihr ausgehende Hebung des Geschmackes auf die verschiedensten Zweige der Industrie und der Heimarbeit des Landes befruchtend und anregend gewirkt hat. Immerhin darf das Eintreten Wilhelm Ernsts für die ihm überkommenen Verpflichtungen nicht lediglich nach seiner persönlichen Stellungnahme zu den früher in Weimar gepflegten Interessen beurteilt werden. Dem Großherzog Karl Alexander hatten für seine verschiedenartigen Schöpfungen nur beschränkte Mittel zur Verfügung gestanden, und er hatte sich, da ihm praktische Dinge ferner lagen, auch nur wenig mit dieser Seite der Dinge befaßt. Die Neuzeit nun erhob auch für Kunst und Künstler wachsende Ansprüche an seinen Nachfolger. Dieser hat sie in durchaus großzügiger und fürstlicher Weise auf sich genommen. Er errichtete einen würdigen Neubau für das Theater und sicherte das Fortbestehen des Kunstinstitutes durch einen sehr beträchtlichen Zuschuß aus seinen Mitteln. In derselben Lage fand er sich der Kunstschule gegenüber, auch ihr erbaute er ein neues, würdiges Heim und übernahm die Kosten für ihre Unterhaltung.

Das von seinem Großvater auf ihn übergegangene Protektorat der Goethegesellschaft wie das der Shakespearegesellschaft mochte ihm wohl manchmal als Bürde erscheinen; ihre festlichen Versammlungen hatten den früheren warmen Ton verloren, man fröstelte. Da er Wert auf das Äußerliche legte, so gestaltete er seine Hofhaltung den Ansprüchen der Gegenwart entsprechend aus. Ein an das alte Schloß angeschlossener Anbau sollte der fürstlichen Familie behaglichere Wohnräume gewähren, als sie der alte Fürstensitz geboten hatte. Ganz allmählich begann sich die Stellung des Hofes zum Leben der Stadt zu ändern, sich aus dem bisherigen Mittelpunkte in die Lebensführung eines Privatmannes umzubilden. Im gleichen Maße trat die Fühlung mit den weiteren Kreisen der Einwohner zurück. Die Stadt als solche hatte aber in den letzten zwanzig Jahren eine bedeutende Vergrößerung und Ausdehnung erfahren. Mehr und mehr war sie in die Reihe der von pensionierten Offizieren und Beamten bevorzugten Wohnplätze eingerückt. Das noch immer an geistiger wie an künstlerischer Anregung reiche Leben hier zog ähnlich gestimmte Elemente an, in der Nähe des Heims von Ernst v. Wildenbruch ließ sich Ernst Hardt nieder, auch andere, mehr oder weniger bekannte Schriftsteller weilten für kürzere oder längere Zeit in Weimar. Auch das Nietzschearchiv bildete einen hervorragenden Anziehungspunkt gerade für die moderne Richtung.

So wehte hier noch immer ein frischer geistiger Lufthauch, der neben dem Alten auch das Neue zu seinem Rechte kommen ließ. Eine gedeihliche Entwicklung schien der aufblühenden Stadt in jeder Hinsicht gesichert zu sein. Da brach der Krieg aus, jede weitere Entfaltung hemmend. Und dann die Sturmnacht des 9. November! Sie erschütterte auch in der Dichterstadt die Grundlagen ihrer bisherigen Existenz. Der Großherzog zum Verzicht auf sein Fürstenrecht gezwungen, mit seiner Familie aus dem alten Sitz seines

Digitized by Google

Vorfahren vertrieben; über dem Schlosse Karl Augusts die rote Fahne wehend, zum Freistaat erklärt der geweihte Boden rühmlichen fürstlichen Wirkens. Gegen den grauen Novemberhimmel heben sich Denkmäler und Gebäude, die Zeugen jener Vergangenheit, lichtlos, glanzlos, gegenwartsfremd entragen sie dem Treiben des neuen Tages.

Noch ist alles im Fluß und in Bewegung, noch fehlen die festen Grundlagen für eine Beurteilung des von der neuen Regierung zu Erwartenden. Indessen bekunden die Maßnahmen der provisorischen Regierung und die Verhandlungen der Volksvertreter im weimarischen Landtage über die künftige Unterhaltung der weimarischen Kunst- und Erinnerungsstätten ein ausgesprochenes Verantwortlichkeitsgefühl für diese geistigen Werte. Alle Parteien, auch die Vertreter der Unabhängigen, bekennen sich bereit zu Schutz und Wahrung der weimarischen Kulturgüter. Allein die praktische Regelung dieser Aufgabe erweist sich überaus schwierig durch die mit ihr verknüpfte Auseinandersetzung über die finanziellen Unterlagen für ihre bisher vom Landesfürsten gewährleistete Unterhaltung. Die vom Großherzoge bisher für die Zwecke der Erhaltung der Kunst- und Erinnerungsstätten sowie der Kunstinstitute jährlich bewilligte Beihilfe betrug ungefähr eine Million Mark. Gewiß ein Zeugnis für seine landesfürstliche Bereitwilligkeit, für das ihm überkommene Erbe einzutreten. Nun soll die geplante Sicherstellung in der Weise erfolgen, daß künftig der Staat aus der dem Großherzoge weiterhin nicht mehr zu zahlenden Domänenrente einen Teil der Summe bestreitet und die Stadtvertretung außerdem 100000 Mark zu dem gleichen Zwecke jährlich bewilligt. Voraussetzung hierfür ist, daß das großherzogliche Haus die zu unterhaltenden Institute, Einrichtungen und Anlagen dem Staate überläßt. Jedoch steht die endgültige Entscheidung in diesen Fragen bisher noch aus. Die betreffenden Stätten und Institute sind: Wittumpalais, Goethegartenhaus, Schloß und Park Belvedere, Tiefurt, Fürstengruft, Künstlerheim, Liszmuseum, Park zu Weimar, Musikschule, Hochschule für bildende Kunst und Nationaltheater. Eine Ausnahme bildet das Goethe- und Schillerarchiv, das, von der Großherzogin Sophie erbaut und ausgestattet, als Privateigentum des Fürstenhauses anzusehen ist, dessen Verbleib in Weimar von der Fürstin ausdrücklich auf die Zeit der Regierung durch das weimarische Fürstenhaus begrenzt wurde. Jedoch ist wohl zu hoffen, daß der Schatz dieser handschriftlichen Hinterlassenschaft der weimarischen Dichter, durch spätere Schenkungen des literarischen Nachlasses anderer Schriftsteller und Dichter zu einem Literaturmuseum ergänzt, Weimar erhalten bleibe. Ähnlich verhält es sich mit den überaus wertvollen Sammlungen von Kunstschätzen, Bildern und Handzeichnungen, die das weimarische Schloß enthält, und dem im Museum am Karlsplatz untergebrachten alten Porzellan und Kupferstichen. Auch die Wandgemälde Prellers im Museum sind ausdrücklich als Eigentum des großherzoglichen Hauses vorgesehen und so gefertigt, daß ihre Entfernung keine Schwierigkeiten bietet. Indessen ist wohl zu hoffen, daß durch die Großsinnigkeit seines

Digitized by Google

Fürstenhauses diese Kunst- und Literaturschätze Weimar und damit dem geistigen Leben der Nation erhalten bleiben. Denn seine Kulturwerte finden sich durch Erhaltung und Pflege seiner Erinnerungsstätten allein noch nicht erschöpft.

„Durch andere Kräfte will das Herrliche der Menschheit sich erhalten." Im Sinne dieser Worte Attinghausens gilt es durch umbildende und schöpferische Ausgestaltung des Bestehenden der Gegenwartsforderung Rechnung zu tragen. Aus diesem Bewußtsein heraus sind Bestrebungen entstanden, die erst allmählich zu erweisen vermögen, inwieweit sie eine organische Fortentwicklung mit dem Vermächtnis der Vergangenheit mit dem Geiste Weimars verbindet. Im Mittelpunkte solcher Gegenwartsforderungen steht natürlich das Theater. Auf Grund des in Aussicht genommenen Abkommens mit dem fürstlichen Hause und eines von der freistaatlichen Regierung bewilligten Zuschusses darf das Fortbestehen des Kunstinstitutes als gesichert angesehen werden. Mit der Leitung betraut, nahm Ernst Hardt das Zusammentreten der Nationalversammlung in Weimar zum Anlaß, um in einer einleitenden Rede zu einer Festaufführung des „Tell" das bisher als Landestheater bezeichnete Institut unter dem Namen „Nationaltheater" in den Dienst weimarischen Geistes an der Volksgesamtheit zu stellen; Kraftquelle der seelischen Erneuerung unseres Volkes zu werden, bezeichnet er als die Aufgabe des weimarischen Theaters. Unter erschwerten Verhältnissen — das Theater fand sich durch die Tagung der Nationalversammlung in seinen Räumen auf einen bis vor kurzem als Lazarett benützten Saal, der szenisch nur beschränkte Möglichkeiten bot, angewiesen — ist ihm die Durchführung eines abwechslungsreichen, auch literarische Neuheiten bietenden Spielplanes gelungen.

In von der Sachlage gebotenem Eintreten für die Aufrechterhaltung der geistigen Bedeutung Weimars hat sich, einer weiteren Anregung Hardts folgend, eine Anzahl in Weimar lebender Schriftsteller, Künstler und Kunstfreunde unter dem Namen „Weimargesellschaft" zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Sie hat es sich zum Ziele gesetzt, auf möglichst breiter Basis einem größeren Teile unseres Volkes die Anteilnahme am literarischen und künstlerischen Leben unserer Zeit zu vermitteln. Weimar ist als Mittelpunkt gedacht, dem gleichgesinnte Geistesgemeinden in einer ganzen Anzahl anderer Städte zur Seite stehen, um in Vorträgen, künstlerischen und literarischen Darbietungen weitesten Kreisen die ganze geistige Welt in Kunst und Wissenschaft zu erschließen. An der Spitze der Vereinigung steht Peter Rabe, der treffliche, langjährige Leiter der Weimarer Kapelle. Als Organ dieser Vereinigung wurden die „Weimarer Blätter" ins Leben gerufen, in welchen, neben gelegentlichen Exkursen ins alte Weimar, vor allem die Stimme der Modernen zum Ausdruck kommt. Zweifellos ist dies Bestreben, modernes, geistiges Leben unter der Fahne „Weimar" zu sammeln, ein starker Beweis für die dem weimarischen Boden innewohnende geistige Lebenskraft. Allein innerlich bodenständiger noch gehört unstreitig Friedrich Lienhard, weniger

Digitized by Google

Kämpfer als Seher und Hüter, die Ideale deutscher Geistesart in Wort und Schrift wahrend, dem treuen Eckardt gleichend, der Dichterstadt an.

Eine weitere wichtige Umgestaltung für das Kunstleben hat die Kunstschule erfahren. Nach dem Ausscheiden ihrer bisherigen bewährten Lehrkräfte, von denen nur der rühmlich bekannte Altmeister Max Thedy sein Amt beibehielt, wurde sie mit der ihr angeschlossenen Kunstgewerbeschule unter staatlicher Verwaltung als „staatliches Bauhaus" dem Berliner Architekten Walter Gropius unterstellt, mit einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Organisation, welche die Beteiligung des Lehrkörpers an der Wahl der leitenden Persönlichkeit und Schülerräte vorsieht. Das Programm des neuen Leiters bezeichnet als Ziel: „Die Sammlung alles künstlerischen Schaffens zur Einheit, die Wiedervereinigung aller künstlerischer Disziplinen zur Schaffung des großen Baueinheitskunstwerks, in dem es keine Grenze gibt zwischen monumentaler und dekorativer Kunst". Als Grundlage aller künstlerischen Ausbildung fordert er die Erlernung eines Handwerks, wie er denn überhaupt die Handwerker tunlichst in seine Bestrebungen einbezieht, und gliedert den Lehrgang seiner Anstalt dementsprechend in verschiedene Abteilungen für Lehrlinge, Gesellen und Jungmeister. Auf diese Weise „bleibt der unproduktive Künstler künftig nicht mehr zu unproduktiver Kunstleistung verdammt, denn seine Fertigkeit bleibt nun dem Handwerk erhalten". Diese Zurückführung auf die Aufgaben einer praktisch angewandten Kunst bietet unstreitig eine gesunde Grundlage, um so mehr, als sich die Kunstforderungen der kommenden Zeit wohl hauptsächlich diesem Gebiete zuwenden dürften. Als ein gewisser Gegensatz zu dieser Auffassung erscheint indessen die rein futuristische Schaffensweise der veranstalteten Ausstellungen. Das hier Geschaute, von der kubistischen zur rhythmisch-dynamischen Wiedergabe des Gesehenen fortschreitend, löst in dem betrachtenden Laien einstweilen noch das Gefühl aus, daß der bisherige Begriff von Kunst und Kunsthandwerk dem hier Gebotenen gegenüber ausgeschaltet ist.

Als bedeutsame Wertung weimarischen Geistes ist wohl auch die Einberufung der ersten Nationalversammlung nach Weimar zu begrüßen. Indessen haben hier doch so viele andere Momente mitgesprochen, daß man sich nicht für berechtigt halten darf, von den mit Vorliebe angewandten Zitaten einen Rückschluß auf das nahe Geistesverhältnis unserer Volksvertreter zu Goethe und Schiller zu machen. Ausschlaggebend für diese Bevorzugung Weimars mochte, begreiflicherweise in dieser unruhigen Zeit, der Umstand sein, daß Weimar so gut wie keine Industriebevölkerung aufzuweisen hat. Dies Verdienst des Großherzogs Karl Alexander, der stets bestrebt gewesen war, Schornsteine und Fabrikanlagen vom Stadtbild seiner Residenz auszuschließen, sollte der Versammlung, die sich dessen wohl kaum bewußt war, zugute kommen. So bewegt sich auch äußeres und inneres Leben in den Monaten dieser Tagungen gestaltet haben, einen Hauch des wirklich weimarischen Geistes verspürt zu haben, konnte wohl nur ein kleiner Teil der Versammelten sich rühmen. Der nach Weimar verpflanzte Ausschnitt des Großstadtlebens

Digitized by Google

gab nicht nur dem Straßenbild etwas Verzerrtes, Nachgeahmtes, er mag in ähnlichem Sinne wohl auch die Gedankenwelt beeinflußt haben. Dem von dieser Gegenwart zur Zukunft schweifenden Blick drängt sich die Erkenntnis auf, daß eben hier die Elemente sichtbar werden, die Weimars Kulturwerte zu schädigen drohen; eine selbstbewußte Veräußerlichung geistigen Lebens, ein geistiges Schaffen für den Tag und für die Masse, sie vermögen den Zusammenhang und das Verständnis für Weimars Kulturarbeit zu untergraben.

Persönlichkeiten haben Weimar sein Gepräge gegeben, nur Persönlichkeiten, die aus tiefen, bleibenden Wahrheitsquellen schöpfen, die das läuternde Feuer hüten, werden durch Neuschöpfungen von bleibendem Werte an der Weiterentwicklung dieser Kultur arbeiten, werden unser Volk zu diesem Born hinführen und ihm diese heiligen Güter austeilen können. Möge die Zukunft, eingedenk der alten Zeiten, die Forderung ethischer Werte, die Weimars Kultur in ihrem tiefsten Kern zugrunde liegt, in ihre erweiterte Kulturaufgabe hineinziehen zum Wiederaufbau unseres deutschen Volkes!

Weimar, 24. Juni 1919.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

1870

5. Januar.

Morgens hindurch bis zum Diner schrieb ich einen langen Brief an Gagern nach Wien. Derselbe hatte mir mitgeteilt, Bruck[1]) habe berichtet, daß man in Darmstadt in den österreichfreundlichen Kreisen derjenigen Partei im österreichischen Ministerium bei der bevorstehenden Ministerkrisis den Sieg wünsche, welche die Reichseinheit erhalten wolle. Darüber sei Beust sehr aufgebracht und habe Bruck einen Verweis gegeben, weil er die Idee des Föderalismus, welche diejenige Beusts sei, solchen Äußerungen gegenüber nicht besser vertreten habe. Ich antwortete Gagern, daß ich wenigstens mich bei Bruck in keinem der Ansicht Beusts entgegengesetzten Sinne ausgesprochen hätte. Zugleich nahm ich die Partei Brucks, und bemerkte, daß ich denselben für einen treuen Anhänger Beusts und seines Systems halte.

[1]) Österreichischer Gesandter in Darmstadt.

Digitized by Google

7. Januar.

Um 2¼ Uhr empfing ich den Grafen Astorg, welchem ich die in der Mainzeitung abgedruckte Korrespondenz des Herrn Adalbert v. Rabenau mit dem jetzigen französischen Minister, Herrn Olivier,[1]) mitgeteilt hatte. Graf Astorg wünschte von mir zu wissen, inwieweit die Urteile des Herrn Olivier über die Stimmung in Deutschland richtig seien. Ich erklärte ihm motiviert, daß Herr Olivier, statt selbst zu beobachten, durch die gefärbte Brille von ein paar Nationalliberalen gesehen habe.

9. Januar.

Um 1 Uhr kam Graf Astorg und las mir einen Bericht vor, welchen er wegen der in der Mainzeitung veröffentlichten Korrespondenz des Ministers Olivier mit dem Herrn v. Rabenau auf Friedelhausen an seine Regierung erstatten will und worin er sagt, daß die großherzoglich hessische Regierung die Ansichten dieser beiden Herren über deutsche Zustände nicht teile.

19. Januar.

Graf Larochefoucauld erzählte mir, daß von dem Duc de Gramont, der sich bei Gagern in Wien gerühmt habe, im Jahre 1866 seinem Kaiser die energischsten Ratschläge gegeben zu haben, damals eine ganz andere Sprache geführt worden sei. Gramont sei ein Prahler, auf dessen Phrasen man nicht allzuviel Gewicht legen dürfe. Tatsache sei, daß Drouin de Lhuys im Jahre 1866, nach der Schlacht von Sadowa, verlangt habe, man solle die Armee zusammenziehen und mindestens sofort das damals noch vereinigte Camp de Chalons an die Grenze schicken. Der Kaiser habe den Marschall Randon[2]) kommen lassen, und dieser habe erklärt, er brauche mindestens drei Wochen, um 200000 Mann auf die Beine zu bringen. Nach dieser Erklärung des Kriegsministers habe der Kaiser es nicht wagen wollen, Preußen militärisch zu bedrohen, Drouin de Lhuys habe seine Entlassung genommen und der Einfluß Lavalettes sei für den Augenblick maßgebend geworden.

10. Februar.

Major v. Küchler sagte mir, daß der Großherzog den Obersten Dornseiff[3]) heute früh bei dessen Anmeldung nicht empfangen habe. Er, Küchler, habe den Auftrag, mit Dornseiff wegen dessen Weigerung, die fraglichen Rechnungsbelege herauszugeben und dessen eventuellen Gesuchs um Entbindung von den Funktionen eines Vorstandes des Kriegsministeriums vorerst zu reden.

---

[1]) Bildete am 2. Januar 1870 ein konstitutionelles Ministerium.

[2]) Jacques Louis César Alexandre Graf v. Randon, Marschall von Frankreich, 1795—1871, machte den Feldzug 1812—1814 mit, war 1851 Kriegsminister, dann Generalgouverneur von Algerien, 1859—1867 zum zweitenmal Kriegsminister.

[3]) Wilhelm Dornseiff, seit 1868 Direktor des Kriegsministeriums.

Digitized by Google

Ich bemerkte dem Major Küchler, daß die Sendung der fraglichen Rechnungsbelege nach Berlin äußerst dringend sei, weil der Bundeskanzler für die Nichteinsendung in kürzester Frist Bundesexekution angedroht habe. Die Mitglieder der Zivilministerien hätten dem Obersten Dornseiff angeboten, für diesen Fall die ganze Verantwortlichkeit den Ständen gegenüber mit ihm zu teilen. Aber alles sei vergeblich gewesen. Der Mann beharre auf seiner Weigerung, und ich glaubte, daß der Großherzog Recht habe, wenn er unterstelle, daß Dornseiff lediglich nach einem Vorwande suche, um die unangenehme Leitung des Kriegsministeriums loszuwerden. Für den Notfall schlüge ich dem Großherzog vor, den Obersten Dornseiff temporär zu beurlauben und die Leitung des Kriegsministeriums einstweilen dem Major v. Herget[1]) anzuvertrauen, welcher der Herausgabe der fraglichen Rechnungsbelege nicht prinzipiell abgeneigt sei.

12. Februar.

Oberst Dornseiff war von dem Großherzoge, meinem Rat entsprechend, auf drei Monate beurlaubt und Major v. Herget mit der Führung des Kriegsministeriums interimistisch betraut worden. Oberst Dornseiff bemerkte mir, daß nunmehr die Herausgabe der Belege zu den Militärrechnungen nach Berlin keinem Anstande unterliege. Ich gab den Herren die Versicherung, daß ihre übrigen Beschwerden, welche sie dem Großherzoge vorgetragen hätten, von meiner Seite nach Kräften unterstützt werden würden.

17. Februar.

Besuch des französischen Oberstleutnants Schenck vom Generalstabe, mit dem ich mich auf dem gestrigen Hofballe längere Zeit unterhalten hatte. Derselbe erzählte mir, der preußische General v. Wittich[2]) habe unsere Unterhaltung fortwährend beobachtet und da er nichts habe verstehen können, nachher den Major v. Ricou zu ihm, Schenck, geschickt, um ihn auszufragen, was er mit mir gesprochen habe. Er, Schenck, habe dem Major v. Ricou einfach erwidert, daß ich ihn nach dem Verlauf und der Bedeutung der Pariser Emeuten gefragt hätte. — Wir sprachen dann ferner von der Haltung Frankreichs den preußischen Übergriffen gegenüber. Ich drückte, im Interesse der Dynastie des Kaisers Napoleon und von seinem Standpunkt aus, mein Bedauern darüber aus, daß der Kaiser, statt im Jahre 1866 eine Armee an den Rhein zu senden, es vorgezogen habe, liberale Konzessionen zu machen, um der öffentlichen Meinung zu genügen. Damit sei nichts erreicht als ein fortwährendes Unterwühlen der Autorität der Regierung. Das parlamentarische

[1]) Karl v. Herget, Major à la suite der Artillerie und Chef der 1. Abteilung des Kriegsministeriums.

[2]) Friedrich Wilhelm Ludwig v. Wittich, preußischer Generalmajor, zur Dienstleistung nach Darmstadt kommandiert, Führer der 2. Infanteriebrigade.

Digitized by Google

System berge, bei dem Charakter, der Energie und dem Verstand der französischen Nation, größere Gefahren in sich als alle Straßenemeuten. Schenck rühmte die Vorzüglichkeit der französischen Armee. Ich erwiderte, daß ich nicht an ihrer Überlegenheit in einem Kriege mit Preußen zweifle, daß aber derjenige, welcher in einem Kriege die Initiative ergreifen und einen ihm günstigen Moment abwarten könne, einen großen Vorteil voraus habe. Preußen werde, wenigstens zu seinen Eroberungen in Deutschland, den Augenblick wählen, in welchem die französische Armee durch innere Unruhen beschäftigt sei. Darauf könne es der Kaiser Napoleon nicht ankommen lassen. Oberstleutnant Schenck sagte mir, daß er noch am nämlichen Tage über Straßburg nach Paris zurückreise, und ich trug ihm Grüße an den General Ducrot auf, von welchem er mir Empfehlungen überbracht hatte.

18. Februar.

Um 4 Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel und brachte mehrere Gegenstände in Erinnerung. Er sprach mit mir bei diesem Anlasse über die Beurlaubung des Obersten Dornseiff und deren Veranlassung. Er meinte, die Ernennung Dornseiffs zum Direktor des Kriegsministeriums sei keine glückliche gewesen. Ich gab ihm darin vollkommen recht, setzte aber hinzu, daß das von Berlin aus geäußerte Verlangen nach Entfernung des Generalleutnants v. Grolman von der Stelle des Kriegministers ebenfalls ein sehr bedauerliches gewesen sei und lediglich auf einer mit Umgehung der Behörden geführten Korrespondenz des Prinzen Ludwig, der persönlichen Antipathien habe Luft machen wollen, mit dem Könige oder Kronprinzen beruht habe. Das preußische Kriegsministerium und der Armeekorpskommandant v. Plonski hätten der Geschäftsführung des Generals v. Grolmann alle Anerkennung gezollt.

21. Februar.

Morgens 11 Uhr besuchte mich der preußische General v. Wittich. Er bezweckte hauptsächlich, mir zu beweisen, daß die von ihm einseitig verfügte Zurückziehung der Arresthauswache in Darmstadt unerläßlich gewesen sei. Er sagte, die Garnison reiche in ihrer dermaligen Stärke für die vielen Wachedienste kaum aus. Er behauptete auch, daß bei solchen Wachedienſten die Disziplin der Soldaten notleide. General v. Wittich beschwerte sich darüber, daß die Mitglieder des Kriegsministeriums in der Zweiten Kammer die von dem Divisionskommando beschlossene Maßregel so gut wie gar nicht verteidigt hätten. Er meinte, Oberst Dornseiff hätte zu ihm kommen und sich über die Gründe der Einziehung der Wache vom Arresthause instruieren sollen. General v. Wittich klagte nun über das hochfahrende, abstoßende Benehmen des Obersten Dornseiff. Er bemerkte, es scheine ihm notwendig, die Führung der Division und des Kriegsministeriums in einer Hand zu vereinigen. Am besten würde es sein, das Kriegsministerium ganz aufzuheben und die Führung der

Digitized by Google

militärischen Angelegenheiten, soweit dieselben dermalen dem Kriegsministerium oblägen, von Berlin aus besorgen zu lassen. Zur Vertretung der einzelnen Maßnahmen vor den Ständen genüge dann ein besonders zu bestellender Kommissär. Ich erwiderte dem Herrn v. Wittich, daß dies gleichbedeutend sei mit einem vollkommenen Aufgeben der Militärhoheit, und dazu würde weder der Großherzog seine Zustimmung geben, noch die Ständeversammlung, welche dann kein Mittel mehr habe, die Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums zur Geltung zu bringen.

26. Februar.

Um 12 Uhr empfing ich den Gesandten v. Gagern, der Tags zuvor von Wien gekommen war. Gagern sagte mir, daß die österreichische Armee nach der Versicherung des Kriegsministers Baron Kuhn vollkommen reorganisiert sei. Nur mangele es an Offizieren, da die Angehörigen des österreichischen Adels sich vielfach zurückgezogen hätten und auch die Ausländer nur noch spärlich Dienste im österreichischen Heere suchten. Die Landwehr sei aber viel stärker ausgefallen, als man es bei der Entstehung dieser neuen Einrichtung erwartet habe. Gagern sprach entschieden die Ansicht aus, daß nur ein glücklicher Krieg Österreich vor dem Zerfall retten, wenigstens die dermaligen schlechten Verhältnisse bessern könne. Auf Ungarn sei wenig Verlaß. Die Ungarn dächten nur an sich, nicht an die Monarchie im ganzen.

7. März.

Morgens 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Prinzen Alexander. Derselbe blieb über eine Stunde. Zunächst sagte er mir, der Landgraf Friedrich von Hessen sei durch seine Verhältnisse genötigt, sich wegen der demnächstigen Herausgabe des Vermögens seines Hauses mit Preußen zu verständigen. Preußen mache die Bedingung, daß der Landgraf auf seine Sukzessionsrechte in Kurhessen förmlich verzichte. Nun wünsche aber derselbe, daß für den Fall des Ablebens des Kurfürsten der Löwenorden als eine ehrende Erinnerung an sein Haus nicht verschwinde und noch weniger in preußische Hände übergehe. Der Landgraf habe sich deshalb mit dem Großherzog dahin verständigt, daß eintretenden Falles der Großherzog den Löwenorden fernerweit in die Zahl seiner Orden aufnehme und verleihe. Der Großherzog beauftrage mich, eine desfallsige Urkunde ganz geheim zu entwerfen und zur Unterzeichnung durch die beiden hohen Kontrahenten vorzulegen.

9. März.

Um 2 Uhr besuchte mich Baron Bruck, welcher den Abend zuvor von St. Petersburg zurückgekehrt war. Er sprach mir dann vom französischen Botschafter General Fleury.[1]) Er sagte, Fleury sei beauftragt gewesen, die

[1]) Emil Felix, erster Stallmeister und Generalleutnant.

Digitized by Google

europäische Entwaffnungsfrage in Petersburg anzuregen und Rußland zu bestimmen, zu einem desfallsigen Vorschlage die Initiative zu ergreifen. — General Fleury, dem es an diplomatischen Erfahrungen und Takt mangele, habe aber nicht das mindeste erreicht. Gegen Österreich sei man in Petersburg noch immer feindlich gesinnt. Selbst die bessere Stimmung des Kaisers Alexander vermöge dagegen nichts. Wenn der Kaiser zu irgendeiner gegen Österreich gerichteten Entschließung seine Zustimmung zu geben Bedenken trage, erinnere ihn Fürst Gortschakoff daran, que l'Autriche était la cause de la mort de l'Empereur Nicolas, und damit erreiche Gortschakoff alles. Man lasse zwar den guten Absichten des Grafen Beust Gerechtigkeit widerfahren, aber man sei neuerdings wieder durch die Berufung des polnischen Publizisten Klaczko in das Wiener Ministerium des Äußern erbittert. Und doch sei es für Rußland besser, wenn Klaczko unter Aufsicht und Leitung des Grafen Beust schreibe, als wenn er seinem Hasse gegen Rußland als unabhängiger Publizist Luft mache.

12. März.

Herr v. Valois erzählte mir, der König von Württemberg sei dermalen überaus antipreußisch. Kürzlich habe sein, Valois', Bruder mit dem Könige gespielt und habe dem letzteren seinen Verlust in preußischen Talern mit dem Brustbilde des Königs von Preußen bezahlen wollen. Der König habe sich aber geweigert, solches Geld anzunehmen. Die Königin Olga habe, infolge der Sinnesänderung ihres Gemahls, wieder mehr Einfluß.

13. März.

Um 9¾ Uhr abends fuhr ich zum Prinzen Alexander. Der Erzherzog Albrecht mit seinem Generaladjutanten Feldmarschalleutnant Baron Piret, der Gesandte Baron Bruck, der Gesandte Baron Gagern, der Staatsrat v. Biegeleben und der Graf v. Erbach-Schönberg[1]) und der diensttuende Kavalier Baron Rotsmann waren da. Die Prinzessin Battenberg und die Prinzessin Marie wohnten dem Souper bei. Ich saß links neben dem Prinzen Alexander. Der Erzherzog war für mich von großer Herzlichkeit. Er kam auf mich zu, als ich in den Salon trat, schüttelte mir beide Hände und sagte mir, indem er mich lieber Freund nannte, wie sehr er sich freue, mich wiederzusehen. Nach Tisch hatte ich eine längere Unterhaltung mit ihm. Er billigte Beusts Ausgleich mit Ungarn und versicherte, die Sache habe sich gar nicht anders machen lassen. Beust habe dieselbe angebahnt vorgefunden. Überhaupt äußerte sich der Erzherzog sehr günstig über Beust, dagegen sehr wegwerfend über das jetzige Bürgerministerium. Er behauptete auch, der Kaiser habe im Jahre 1866 niemand anders zum Oberbefehlshaber der böhmischen Armee

[1]) Gustav Graf Erbach-Schönberg, 1840—1908, Gemahl der Prinzessin Marie Battenberg.

Digitized by Google

machen können als Benedek.[1]) Die öffentliche Meinung habe denselben verlangt, und wenn ein Gouvernement schwach sei, wie das damalige in Österreich, müsse es sich dem Drange der öffentlichen Meinung fügen. Der arme Benedek habe wiederholt gebeten, ihn mit dem Oberkommando zu verschonen, weil er sich unfähig fühle. Man habe ihm nicht nachgeben können, und er selbst, der Erzherzog, habe den Kaiser gebeten, Benedek die Führung der Armee in Böhmen anzuvertrauen.

Der Erzherzog sprach von dem traurigen Mangel an Vorbereitungen für den Feldzug von 1866 und von dem Durcheinander in Wien nach dem Verluste der Schlacht von Königgrätz. Er behauptet, daß, wenn er nicht rasch mit der italienischen Armee nach Wien gekommen wäre, die Preußen sicher in die Hauptstadt eingerückt wären. Wir sprachen dann noch von dem traurigen Pessimismus, der teilweise noch in Österreich herrsche und dessen Beseitigung vor allem angestrebt werden müsse. Der Erzherzog wurde warm und sagte, solange man noch einen Finger rühren könne, dürfe man sein Vaterland nicht verloren geben. Er halte fest am Glauben an Österreich, und wenn er damit auch ganz allein und vereinzelt dastehen sollte. Ich betonte die Notwendigkeit eines glücklichen Krieges für Österreich. Er war damit einverstanden, bemerkte aber, daß vorerst die Armee vollständig reorganisiert sein müsse, damit man des Sieges gewiß sei. Auf unsichere Chancen dürfe man es nicht ankommen lassen. Österreich könne eine abermalige Niederlage nicht ertragen. — Vom Kaiser Napoleon sprach der Erzherzog nicht sehr begeistert. Er sagte, Napoleon werde jetzt schon für seine Haltung und seine Sünden gegen Österreich gestraft. Er, der Erzherzog, könne sich, seit er Napoleon kennen gelernt, gar manches in dem Benehmen dieses Mannes erklären. Die eigentliche Tatkraft liege in Persigny, und wo dessen Ratschläge aufhörten, fange Napoleons Unentschlossenheit an. Ich bat den Erzherzog um eine Audienz für den folgenden Morgen, die er mir gewährte.

14. März.

Morgens 10½ Uhr fuhr ich in Uniform mit dem großen Bande der eisernen Krone in das Schloß zur Audienz bei dem Erzherzog Albrecht von Österreich, der in den sogenannten Zimmern des Landgrafen Christian wohnt. Der Feldmarschalleutnant Baron Piret empfing mich im Vorzimmer. Ich wartete einen Augenblick, weil Baron Bruck bei dem Erzherzog war, dann wurde ich eingeführt und mit großer Herzlichkeit empfangen. Der Erzherzog drückte mir vor und nach der Audienz, sogar während derselben wiederholt die Hand. Er nötigte mich in einen Fauteuil, während er sich selbst auf einen Stuhl setzte, und dann sprachen wir fast eine Stunde lang Politik. Während

[1]) Ludwig August v. Benedek, 1804—1881; war 1849 Generalstabschef Radetzkys in Italien, 1859 Führer des VIII. Korps bei Solferino, 1866 Führer der österreichischen Nordarmee bei Königgrätz.

Digitized by Google

unserer Unterhaltung ließen sich die Prinzen Karl und Wilhelm melden, wurden aber nicht angenommen. Der Erzherzog versicherte, Graf Bismarck habe sich nach der Schlacht von Königgrätz mit einem schmalen Streifen Landes begnügen wollen, um die Verbindung zwischen den beiden getrennten Teilen der Monarchie herzustellen, aber der Einfluß des Grafen Goltz in Paris, verbunden mit der Ländergier seines Königs habe ihn genötigt, weiterzugehen. Jetzt befinde man sich in Preußen in großer Verlegenheit, man könne nicht vor- noch rückwärts. Der Publizist Frantz zu Berlin habe in seinem vortrefflichen Schriftchen „Die Schattenseiten des Norddeutschen Bundes" diese Lage sehr treffend geschildert. Ich erzählte dem Erzherzog die Äußerung Beusts, daß in Österreich der Schmutz auf der Oberfläche schwimme und daß deshalb das Wasser äußerlich trüb erscheine. In Preußen dagegen ruhe der Schmutz auf dem Grunde, und bei einer starken Bewegung werde das Wasser wirklich trübe. Der Erzherzog wollte näheres über die Lage Hessens wissen. Ich schilderte ihm dieselbe und erzählte ihm die Versuche des Prinzen Ludwig und der Prinzessin Alice, uns ganz in den Norddeutschen Bund zu bringen. Ich sprach auch von der Sinnesänderung der Prinzessin Alice, die noch zu Anfang des Jahres 1866 den Grafen Bismarck Schurken und Verräter genannt habe und jetzt ganz preußisch geworden sei. Der Erzherzog bemerkte, daß die Kronprinzessin von Preußen den Grafen Bismarck noch zur Stunde persönlich hasse und daß Bismarck der Kronprinzessin ganz öffentlich Ungezogenheiten mache. Der Erzherzog sprach dann von Hannover und der bedauerlichen Unentschlossenheit des blinden Königs vor und nach der Schlacht von Langensalza. Wir kamen dadurch auf das Thema der Koburgs und den Verrat des Herzogs nach der Langensalzaer Schlacht. Der Erzherzog bezeichnete die Koburgs als ehrgeizige Menschen, die mit allen Mitteln nach Ausdehnung ihres Einflusses und nach Kronen strebten und auch vielfach ihre Zwecke erreichten. Ärger noch als der Koburgsche Verrat sei der des Großherzogs von Baden und seines Bruders Wilhelm. Ich sagte dem Erzherzog, daß ich einen kriegerischen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen für unvermeidlich hielte und daß für diesen Fall unsere einzige Hoffnung auf Österreich beruhe, welches dabei das entscheidende Wort reden, Preußen demütigen, aber Deutschland auch vor der Abtrennung des linken Rheinufers bewahren werde. Der Gedanke, daß der Erzherzog, und zwar bald, die siegreichen österreichischen Fahnen nach Deutschland führen und die alte Stellung des Hauses Habsburg in Deutschland erneuern werde, halte uns aufrecht im Kampfe gegen preußische Übergriffe. Der Erzherzog schien meine Hoffnung zu teilen. Er bemerkte nur, man müsse vorerst die volle Reorganisation der Armee abwarten. Ich erwiderte, daß ich damit um so mehr einverstanden sei, als man nicht wissen könne, ob Frankreich bei einem gemeinsamen Kriege gegen Preußen nicht plötzlich Frieden schließe, wenn ihm Preußen das linke Rheinufer als Beute hinwerfe. Im Jahre 1855 bei dem Krimkriege habe England bei seinem Verbündeten Napoleon eine solche Erfahrung machen müssen, und

Digitized by Google

Italien sei nach der Schlacht von Solferino in gleicher Weise behandelt worden. Österreich müsse deshalb imstande sein, nötigenfalls die Wucht eines Krieges mit Preußen allein auf seine Schultern zu nehmen. Der Erzherzog sprach mit großer Erbitterung von den Mitteln, deren sich Preußen zur Erreichung seiner Zwecke bediene. Er sprach von der gewaltsamen Einreihung armer Gefangener in eine Legion, die Preußen im Jahre 1866 gebildet habe, um die Soldaten gegen den zu führen, dem sie den Eid der Treue geleistet hätten.[1]) Der Erzherzog sagte, der preußische Militärbevollmächtigte in Paris verfüge über 100 000 Reichstaler jährlich zu polizeilichen Zwecken. Er, der Erzherzog, habe auf seinen Gütern in Ungarn und Slawonien Bauern, die regelmäßig nach Wien führen und von dort mit bedeutenden Geldsummen zurückkehrten. Die nämlichen Bauern machten in auffallendster Weise Propaganda für Preußen und gegen Österreich. Das alles schade aber wenig, denn der Sinn des österreichischen Volkes sei gut und treu, man müsse den Sinn des Volkes und seine Vaterlandsliebe nur wecken, denn infolge der politischen Zustände von 1848 sei noch eine gewisse Gleichgültigkeit an politischen Dingen vorhanden. Jedenfalls dürfe man Österreich nicht nach den Äußerungen der periodischen Presse beurteilen, die tendenziös färbe und vielfach in den Händen von Juden sei. Der Erzherzog lobte die politische Wochenschrift von Warrens. Ich kam noch einmal auf die Aussichten Hessens zurück für den Fall, daß Prinz Ludwig zur Regierung gelange. Der Erzherzog erwiderte, bis dahin würden Ereignisse eingetreten sein, die dergleichen Befürchtungen überflüssig machten.

Ich beurlaubte mich dann, da der Erzherzog in zwei Stunden nach Wien zurückreist. Er lud mich auf das herzlichste ein, ihn in Wien zu besuchen, aber, setzte er hinzu, in besseren Zeiten, denn in diesem Augenblick würde ein Besuch in Wien gerade für Sie nicht à propos sein. Vom Grafen Beust sprach der Erzherzog wiederholt mit großer Anerkennung. Er sagte, ein ganz Fremder, der die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in Österreich in einem Augenblick der größten Verlegenheiten übernehme, könne wohl einmal in untergeordneten Dingen irren, aber im großen und ganzen habe Beust der Monarchie und dem Kaiser die größten Dienste geleistet. Beust verliere nie den Mut und den klaren Blick.

Um 12 Uhr besuchte mich der Gesandte v. Gagern. Ich bat ihn, wenn er nach Wien zurückkäme, den Grafen Beust von mir zu grüßen und ihm das anerkennende Urteil des Erzherzogs vertraulich mitzuteilen.

Um 5 Uhr kam Baron Thüngen, um mir mitzuteilen, daß Graf Bray bayerischer Minister des Äußern geworden sei. Er meinte, Fürst Hohenlohe wünsche den Gesandtschaftsposten in Wien.

---

[1]) Die sogenannte Legion Klapka.

Digitized by Google

16. März.

Von da[1]) ging ich zum Prinzen Alexander. Wir sprachen vom Erzherzog Albrecht und von den Ostseeprovinzen. Bezüglich der Versuche des Grafen Beust, eine Annäherung zwischen Rußland und Österreich herbeizuführen, bemerkte der Prinz, Beust habe allerdings dem Fürsten Gortschakoff eine Revision des Pariser Friedens vorgeschlagen, gleichzeitig habe aber Beust seinen Vorschlag zur Kenntnis der Höfe von London und Paris gelangen lassen, und namentlich die Engländer hätten gegen eine solche Revision so energisch protestiert, daß die Sache sofort unmöglich geworden sei. Vielleicht habe auch Fürst Metternich sich ungeschickt geäußert, ohne daß gerade den Grafen Beust eine Schuld treffe; genug, Rußland sei von dem Beustschen Entgegenkommen wenig befriedigt gewesen.

Der Prinz erzählte mir auch, der Großherzog beabsichtige, im April nach Berlin zu gehen, um den König Wilhelm zu besuchen. Ich antwortete, daß ich diese Absicht kenne und daß ich dem Großherzoge gesagt habe, er möge sich nur in Berlin angenehm machen, ich würde fortfahren, großdeutsch-österreichische Politik zu treiben. Bei diesem Doppelspiel komme jedenfalls der Großherzog nicht zu kurz.

24. März.

Morgens 9¼ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge. Wir besprachen eine Reihe minder wichtiger Gegenstände, unter anderen die beabsichtigte Reise des Großherzogs nach Berlin. Ich bat den Großherzog, sich dort keine politischen Versprechungen ablocken zu lassen, und er beauftragte mich, mit Herrn v. Wentzel zu reden, damit man in Berlin überhaupt politische Gespräche mit ihm vermeide.

29. März.

Ich begegnete in den Anlagen dem Oberfinanzrat v. Valois, der mich ein Stück Weges begleitete, um die neueste Ministerveränderung in Württemberg mit mir zu besprechen. Er versicherte, daß der abgetretene Kriegsminister v. Wagner in seinem Herzen großdeutsch, dessen Nachfolger Suckow[2]) aber durch und durch preußisch gesinnt sei.

24. April.

Nach 11½ Uhr fuhr ich zum Prinzen Alexander und teilte demselben einen chiffrierten Bericht des Gesandten v. Gagern aus Wien folgenden Inhaltes vertraulich mit:

„Beust wünscht, ich möge vertraulich Ew. Exzellenz vorbereiten, daß er mit einem Ansuchen an Sie kommen werde, dessen zu wählende Form noch nicht bestimmt sei. — Österreich hat zuverlässige Nachricht,

[1]) v. Gagern.

[2]) Albert Freiherr v. Suckow, 1823–1893; war bis 1874 im Dienst.

Digitized by Google

daß hinter dem Rücken des Kaisers (von Rußland), unter der Autorität dessen Thronerben, eine panslawistisch-föderale Aktion lebendig am Werk ist, und daß in Österreich und in der Türkei Männer durch diese Aktion kompromittiert sind, von denen man es nicht hätte glauben sollen. Beust werde um die Vermittlung des Prinzen Alexander ansuchen, um den Kaiser mit Vorsicht aufklären zu lassen."

Der Prinz erklärte sich zu einer Vermittlung bereit, sobald die Depesche Beusts mit den erforderlichen Beweisen ankomme. Der Prinz sagte mir zugleich, leider sei der russische Thronfolger sehr unvorsichtig.

7. Mai.

Ich hatte morgens 11 Uhr Audienz bei dem Großherzoge. Er erzählte mir von seinem Berliner Aufenthalte. Der König habe ihm gesagt, die österreichische Armee sei dermalen noch in mangelhaftem Zustande. Es fehle derselben an Disziplin. Im Jahre 1866 sei dieselbe schlecht geführt worden, und das sei sein, des Königs, Glück gewesen. Der Prinz Friedrich Karl habe sich in bedrängter Lage befunden. Wäre der Kronprinz später erschienen, als es wirklich der Fall war, so hätte es der Armee schlecht gehen können.

11. Mai.

Um 3¾ Uhr empfing ich den Aktzessisten Max v. Gagern. Derselbe sagte mir, daß ein angeheirateter Verwandter seiner Familie, Geheimer Legationsrat v. Keudell[1]) zu Berlin, ihm vorgeschlagen habe, sich einmal vorübergehend im Auswärtigen Amte des Norddeutschen Bundes verwenden zu lassen. Gagern wünschte meine Ansicht zu wissen. Ich empfahl ihm, anzunehmen, aber sich vor allem sicherzustellen, daß Bismarck diese Verwendung genehmige.

10. Juni.

Nachmittags 3½ Uhr besuchte mich Baron Bruck, um mir zu sagen, daß Herr v. Betsera, sein Nachfolger, heute abend ankomme. Bruck erzählte mir auch von dem Aufenthalte des Prinzen Alexander in Ems, während der Anwesenheit des Königs von Preußen daselbst. Bruck hatte den Prinzen am Tage zuvor in Jugenheim besucht, und dieser hatte ihm vertraulich erzählt, König Wilhelm sei für ihn von großer Liebenswürdigkeit gewesen. Der König habe ihm gesagt: „Wir haben uns seit dem Jahre 1865 nicht gesehen." Darauf habe er, der Prinz, erwidert: „Zwischen damals und jetzt liegen Ereignisse, die es mir unmöglich gemacht haben, vor Ew. Majestät zu erscheinen." Bei diesen Worten sei ihm der König mit Tränen um den Hals gefallen und habe ihn wiederholt geküßt. Bruck erzählte mir endlich, Graf Bismarck, der nie schön gewesen, sei dermalen von einer abschreckenden Häßlichkeit, mager, zusammengefallen, gelblich im Gesichte, so habe ihn Prinz Alexander gefunden.

[1]) Robert v. Keudell, 1825—1903; war seit 1863 Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, 1870 Geheimer Legationsrat, 1871 Gesandter in Konstantinopel, 1873—1887 deutscher Botschafter in Rom.

Digitized by Google

19. Juni.

Bei unserer Rückkehr vom Felsenmeer bei Jugenheim wurde ein Gouter im Freien eingenommen, bestehend aus Kaffee mit Kuchen, Bier, Pfannkuchen und Butter und Käse. Der Kaiser[1]) saß oben am schmalen Ende des Tisches und hatte die Prinzessin Battenberg rechts und mich links neben sich. Er fing, ganz gegen Erwarten, Politik mit mir zu reden an. Er sprach von den deutschen Zuständen, und ich sagte ihm, daß ich sehr schwarz sähe. Die Ereignisse vom Jahre 1866 hätten der Revolution sehr in die Hände gearbeitet. Der Kaiser sprach dann von Württemberg und fragte mich, wie es dort aussehe. Ich antwortete, daß in keinem deutschen Lande der republikanische Geist mehr Boden gewinne. Der Kaiser sprach von neuen, sehr bedenklichen Volksversammlungen, und ich setzte hinzu, daß in einer solchen der Redakteur des „Beobachter", Karl Mayer, erklärt habe, er würde nicht eher ruhen, als bis der Kopf des Ministers v. Varnbüler zu seinen Füßen liege. Ich erwähnte, daß leider der König von Württemberg für solche Zustände blind sei. Er sei in den Händen einer kleinen Umgebung, die ihm alles in rosigem Lichte erscheinen lasse und ihm das Unangenehme verschweige. Der Kaiser erzählte mir dann, daß der König von Preußen ihm in Ems über den zunehmenden Parlamentarismus geklagt hätte, bei welchem die Souveräne schließlich zu Regierungspräsidenten zusammenschrumpften. Ich erwiderte, der König habe leider nicht immer solche Grundsätze gehabt. Als ich nach dem Attentate von Baden-Baden im Jahre 1861 an diesen Herrn geschickt worden sei, um ihm die Teilnahme des Großherzogs auszusprechen, hätte ich ihm bemerkt, daß dieses Attentat sicher nicht die Folge eines Komplottes gewesen sei. Aber wenn man in der Presse und in Volksversammlungen fortwährend subversive Grundsätze lehren dürfe, sei es kein Wunder, wenn auch einmal ein einzelner Fanatiker solche Lehren ins Praktische übersetze. Der König habe mir darauf in einer bitteren, direkt gegen mich gerichteten Weise erwidert: „Es ist viel besser, dem Volke geben, was ihm gebührt, als ewig Reaktion treiben." Der Kaiser erwiderte, daß diese Ansichten des Königs sich sehr geändert hätten. Ich fuhr fort: Solange Rußland unter der Führung Seiner Majestät des Kaisers Alexander stark dastehe, sei noch nicht alle Hoffnung verloren. Ich fügte hinzu, welchen Dank auch Hessen vom Jahre 1866 her Seiner Majestät schulde. „Leider," so fiel der Kaiser ein, „habe ich damals nicht erreicht, was ich gewünscht habe. Aber der General v. Manteuffel wird sich erinnern, was ich ihm damals zu hören gab."

23. Juni.

Baron Betsera wünschte zu wissen, ob der Besuch des Grafen Bismarck in Ems bei dem Kaiser von Rußland einen politischen Zweck gehabt hätte. Ich bezweifelte das, verwies aber Betsera an den Prinzen Alexander. End-

[1]) Alexander von Rußland.

Digitized by Google

lich sprachen wir Politik. Vetsera hielt die Situation für friedlich und deshalb für sehr befriedigend. Ich verneinte beides und sagte, daß wenn Österreich und Frankreich nicht auf ihrer Hut seien, Preußen in längstens acht Jahren, aus Anlaß der Erneuerung des Zollvereins, das südliche Deutschland inkorporieren werde. Die Folge werde der Abfall der deutschen Provinzen Österreichs und der Zerfall der Monarchie sein. Frankreich befinde sich in einer Lage, die ihm den Krieg zur Notwendigkeit mache, wenn dort nicht das monarchische Gewebe auseinanderfallen solle. Die französische Nation, die noch 1855 die Rolle eines europäischen Schiedsrichters gespielt habe, sei durch Mexiko und Sadowa in ihrem Ansehen tief geschädigt, und das ertrage der französische Nationalstolz nicht. Vetsera meinte, man könne eine Nation allmählich daran gewöhnen, sich mit einer sekundären Rolle in den europäischen Verwicklungen zu begnügen. Ich verneinte das in bezug auf die Franzosen aus voller Überzeugung.

12. Juli.

Nach der Sitzung erhielt ich einen Berliner Gesandtschaftsbericht und ein Telegramm des Grafen Enzenberg mit wenig beruhigenden Nachrichten über den Stand des französisch-preußischen Konfliktes in der spanischen Sukzessionsfrage.

13. Juli.

Um 1 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Grafen Osten-Sacken,[1]) der meine Ansicht von der dermalen brennenden Frage wegen Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen Leopold von Hohenzollern[2]) kennen lernen wollte. Nachdem er mich verlassen hatte, fuhr ich zum Grafen Astorg, welcher das nämliche Thema mit mir abhandelte, aber zugleich in seinem eigenen Interesse wissen wollte, ob Hessen im Falle des Ausbruchs eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich dem letzteren ebenfalls den Krieg erklären und somit die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde.

Nach dem Diner fuhr ich für den nämlichen Zweck zu Herrn v. Wentzel, mit welchem das mit Astorg und Osten-Sacken am Morgen abgehandelte Thema abermals, natürlich in sehr variiertem Sinne, besprochen wurde.

Um 6½ Uhr empfing ich vom Gesandten Hofmann in Berlin ein chiffriertes, sehr friedlich lautendes Telegramm.

Gut Campf in Waldeck, 15. Juli.

Ich empfing morgens ein Telegramm von Herrn Neidhardt, wonach Frankreich mit der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern auf die spanische Krone noch nicht zufrieden ist und die formelle Entsagung aller Hohenzollern auf diese Krone fordert. König Wilhelm hat Herrn Benedetti nicht mehr empfangen und ist von Ems nach Berlin zurückgereist.

---

[1]) Nikolaus, russischer Ministerresident in Darmstadt.

[2]) 1835–1905.

Digitized by Google

16. Juli.

Morgens 8 Uhr kam der Ministerialsekretär v. Werner von Darmstadt mit Extrapost angefahren und brachte mir Abschrift einer telegraphischen Depesche des Gesandten Hofmann in Berlin, wonach Preußen den Krieg als unvermeidlich ansieht, Abberufung der deutschen Gesandten von Paris und Zustellung der Pässe an die französischen Gesandten in Deutschland fordert. Herr v. Werner war vom Minister v. Schenk beauftragt, mich zu fragen, ob ich damit einverstanden sei. Nachdem ich dies bejaht hatte, fuhr Herr v. Werner nach Corbach, um von dort aus an den Ministerialrat Neidhardt, der zum Vortrage bei dem Großherzoge nach Friedberg gefahren ist, zu telegraphieren. Nach Herrn v. Werners Wegfahrt packte ich meine Effekten, um nachmittags mit ihm nach Darmstadt zurückzureisen . . . Um 12 Uhr nachts gelangte ich nach Darmstadt.

Darmstadt, 17. Juli.

Um 2½ Uhr nachts, als ich eben eingeschlafen war, weckte mich das Klopfen Johanns. Er brachte mir ein soeben eingelaufenes Schreiben des Grafen d'Astorg, welcher mir schrieb, daß er in diesem Augenblick eine chiffrierte Depesche von Paris erhalten, daß er dieselbe dechiffriert habe und jeden Augenblick bereit sei, mit mir über den Inhalt zu reden. Ich legte das Schreiben zur Seite und wollte wieder einschlafen. Abermaliges Klopfen Johanns, der mir durch die Türe zurief, daß Graf Astorg auf Antwort warte. Ich stand auf, gab Johann den verwechselten Koffer zur Rückverbringung auf den Bahnhof und ließ dem Grafen Astorg sagen, daß ich dermalen schliefe und erst am folgenden Morgen die Stunde zu unserer Besprechung bestimmen könne. — Den Rest der Nacht verbrachte ich fast schlaflos. Um 9 Uhr kam Graf Astorg auf meine Einladung und las mir eine Depesche seiner Regierung etwa folgenden Inhaltes vor:

„Die französische Regierung würde es tief beklagen, wenn die hessische Regierung, mit der sie bisher in den freundschaftlichsten Beziehungen gestanden habe, sich entschließen sollte, in dem bevorstehenden Kriege die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Die Regierung des Kaisers wünsche deshalb zu erfahren, welches in dieser Beziehung die Absichten und Entschlüsse der Großherzoglichen Regierung seien." Ich erwiderte, die Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs sei nicht minder als die des Kaisers von dem Wunsche nach Erhaltung der besten Beziehungen zwischen beiden Staaten durchdrungen und würde es schmerzlich beklagen, wenn sie genötigt sei, in dem bevorstehenden Kriege die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen. Aber man möge in Paris bedenken, daß Hessen durch die Ereignisse von 1866 gezwungen worden sei, nicht bloß, wie die übrigen Südstaaten, ein Schutz- und Trutzbündnis, sondern auch eine Militärkonvention mit Preußen einzugehen, infolge deren die wichtigsten Befehlshaberstellen in der hessischen Division allmählich

Digitized by Google

in die Hände preußischer Offiziere übergegangen seien. Ein Teil des Großherzogtums liege unter den Kanonen von Mainz. Hessen entbehre mithin der Freiheit seiner Entschließungen. Sollten die Ereignisse im Laufe des Krieges der Großherzoglichen Regierung die Unabhängigkeit der Aktion zurückgeben, so behalte sich dieselbe für diesen Fall jede ihr gut scheinende Entschließung vor. — Graf Astorg bat mich, diese meine Antwort auch dem Grafen Enzenberg mitzuteilen, damit dieser dieselbe auch seinerseits zur Kenntnis der französischen Regierung bringen könne. — Ich erwiderte, daß es in diesem Augenblicke sehr schwer sei, dem Grafen Enzenberg einen solchen Auftrag zukommen zu lassen, da man weder des Telegraphen, noch der Post, die sich beide hier in preußischen Händen befänden, sicher sei.

18. Juli.

Morgens 6½ Uhr schrieb ich einen Artikel für die „Darmstädter Zeitung" als Antwort auf einen Artikel der „Mainzeitung", worin letztere auf eine unverschämte Weise das Verbot der auf gestern anberaumten Volksversammlung kritisierte.

Oberstallmeister v. Capellen und der Rechnungsrat Winter erschienen im Auftrage des Großherzogs und wünschten vor allem meine Ansicht darüber zu erfahren, wohin der Großherzog, wenn er bei der Annäherung feindlicher Armeen flüchten müsse, sich wenden solle. Ich riet zu einem Aufenthalte nahe der österreichischen Grenze, sei es in Sachsen oder sei es in Bayern. Um 10½ Uhr wollte ich den Gesandten v. Wentzel besuchen, fand ihn aber nicht zu Hause. Um 11½ Uhr kam derselbe zu mir. Ich teilte ihm den Inhalt von zwei soeben eingelangten politischen Briefen des Gesandten Hofmann in Berlin und des Grafen Enzenberg in Paris mit. Ich sagte dem Herrn v. Wentzel, daß das französische Ministerium durch sein brutales und ungeschicktes Vorgehen in der spanischen Sukzessionsfrage Preußen den größten Dienst geleistet habe. Das nationale Gefühl sei auch bei den Gegnern der preußischen Politik von 1866 erwacht.

Um 12 Uhr empfing ich den soeben von London zurückgekehrten englischen Geschäftsträger, Herrn Morier. Derselbe brachte mir Grüße des Lord Granville.[1]) Er sagte mir, daß in England die Stimmung durchaus antifranzösisch sei. Die „Times" habe kürzlich einen überaus heftigen Artikel gegen die französische Regierung gebracht. Noch sei nicht die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens verschwunden, indem Lord Lyons[2]) gemeinschaftlich mit Rußland alles aufbiete, um zu diesem Ziele zu gelangen. Aber es sei zu fürchten, daß diese Versuche vergeblich seien. Louis Napoleon sei nicht mehr Herr der Situation; die Armee reiße ihn fort . . .

---

[1]) George Leveson-Gower, 1815—1891; war Minister des Auswärtigen 1851/52, 1870—1874, 1880—1885.

[2]) Richard Bickerton Pemell Lord Lyons, 1817—1887; war 1858 Gesandter in Amerika, 1865 Botschafter in Konstantinopel, 1867—1887 Botschafter in Paris.

Digitized by Google

Graf Osten-Sacken erzählte mir, daß er den Fürsten Gortschakoff auf seiner Durchreise nach Wildbad gesehen habe. Der Fürst habe sehr freundschaftlich und wohlwollend von mir und dem Großherzogtum gesprochen und namentlich bemerkt, er werde nicht zugeben, daß sich bei der gegenwärtigen Katastrophe irgend jemand auf Kosten Hessens bereichere. Osten-Sacken erzählte mir ferner, der Herzog von Nassau habe unter den vorliegenden Umständen sich um ein Kommando in der preußischen Armee beworben. Ich bemerkte, daß dieser Zug die edlen, selbstverleugnenden patriotischen Gesinnungen dieses Herrn kennzeichne, der mir 1866 in München habe sagen lassen, er wolle lieber sein Land und sein ganzes Vermögen verlieren, als die Protektion der Franzosen anrufen.

19. Juli.

Bis Frankfurt fuhr ich mit dem Hofbankier Moritz Wolfskehl, der mir von den furchtbaren Stockungen im Geld- und Wechselgeschäfte sprach und Vorschläge wegen der sicheren Fortbringung der Geldvorräte der Staatskasse und der Staatsschuldentilgungskasse machte. Ich fand an der Friedberger Bahn eine Hofequipage, welche mich in die Burg und später zurückbrachte. Der Großherzog empfing mich ungemein herzlich. Er besprach vorzugsweise mit mir den Ort, wohin er sich, im Falle eines etwaigen Sieges der Franzosen, flüchten solle. Unsere Ansichten über die diesseitige Stellung und das, was für den Großherzog und sein Land wünschenswert sei, stimmten vollkommen überein. Der Großherzog drückte mir beim Abschiede wiederholt auf das herzlichste die Hand. Er begleitete mich bis zur Türe. Er versicherte, kein Hasenfuß zu sein. Aber er bat mich doch, ihm schleunigst durch den Bahntelegraphen Nachricht zu geben, wenn die wachsende Kriegsgefahr seine Entfernung von Friedberg, wo er vorerst bleiben wolle, erforderlich machen sollte. Er sagte mir, seine Nerven bedürften großer Schonung. In Friedberg sei es still und ruhig. Hier habe er den Kopf frei. In Darmstadt fehle es ihm nicht an fortgesetzten Aufregungen. —

Dann konferierte ich mit dem Ministerialrat Neidhardt, da soeben ein Telegramm mit der Nachricht von der seitens Frankreichs erfolgten förmlichen Kriegserklärung eingelaufen war.

Um 6 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und zeigte mir einen früheren Erlaß des Grafen Bismarck, worin um sofortigen Abbruch der diesseitigen diplomatischen Beziehungen zu Frankreich gebeten wird, sobald letzteres den Krieg erklärt habe. Ich verfügte sofort Ausfertigung der Pässe für den Grafen Astorg, dessen Familie und den Chançelier Vion.

Abends 10 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel abermals und las mir eine Depesche des Grafen Bismarck folgenden Inhaltes vor:

„So dankbar der König von Preußen die dermalige Haltung der Großherzoglichen Regierung erkenne, so habe man doch mit Erstaunen vernommen, daß der Polizeidirektor v. Willich beunruhigende

Digitized by Google

und falsche Gerüchte aus Anlaß der kürzlich verbotenen Volksversammlung verbreitet habe. Preußen verlange, daß dieser Beamte sofort suspendiert und vor Gericht gestellt werde, widrigenfalls die preußische Militärbehörde gegen denselben das Erforderliche zu verfügen genötigt sei."

Ich bemerkte Herrn v. Wentzel, daß der Polizeidirektor oder richtiger Provinzialdirektor v. Willich einer der tüchtigsten und loyalsten hessischen Beamten sei, dem die preußischen Kommandeure im Jahre 1866 die vollste Anerkennung bezüglich seiner Tätigkeit und seines Entgegenkommens hätten zuteil werden lassen. Ich wisse nicht, ob Herrn v. Willich die Äußerungen bezüglich eines Vorrückens der Franzosen, welche ihm die „Mainzeitung" in den Mund lege, wirklich getan habe. Ich würde ihn darüber vernehmen. Aber jedenfalls seien diese Äußerungen nicht öffentlich und in der Absicht erfolgt, Beunruhigungen zu erregen. Jedes Gericht würde Herr v. Willich freisprechen, und seine Suspension würde in Darmstadt, wo er zahlreiche Verwandte und Freunde habe, einen sehr üblen Eindruck machen. Herr v. Wentzel kenne Herrn v. Willich persönlich und werde mein Urteil über diesen Mann bestätigen können. Ich bäte, sich in seiner Antwort des Herrn v. Willich anzunehmen. Herr v. Wentzel bat mich, die Vernehmung des Herrn v. Willich über die gegen denselben gerichtete Anschuldigung noch im Laufe des nächsten Morgens zu vollziehen und ihm zuzusenden. Nachdem Herr v. Wentzel mich verlassen hatte, soupierte ich und legte mich sehr ermüdet zu Bette.

20. Juli.

Ich ersuchte Herrn v. Willich, mir seine Rechtfertigung noch im Laufe des Tages schriftlich zukommen zu lassen. Um 9 Uhr verfügte ich mich in das Ständehaus. In einer Sitzung der Zweiten Kammer, welche letztere zugleich mit der ersten auf heute zusammenberufen worden war, wurde von dem Kriegsministerium ein Kredit von ungefähr fünf Millionen für Ausführung der Mobilmachung und Kriegsführung verlangt. Der Minister v. Schenk legte darauf den Gesetzesentwurf wegen Aufbringung dieser Summe vor. Ich selbst hatte im Beginn der Sitzung der Kammer in einer kurzen Rede gesagt, man werde von ihr große Opfer verlangen, aber auch der Zweck, für den es geschehe, sei ein großer, es handle sich von Verteidigung der Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes gegen einen aus frivolen Gründen unternommenen Angriff. Die Vorlagen wurden an den Finanzausschuß zur sofortigen Begutachtung verwiesen. Ich ging dann mit den übrigen anwesenden Ministerialmitgliedern in die Erste Kammer, welche gleichzeitig mit der Zweiten tagte. Hier wurden ebenso wie in der Zweiten Kammer die Vorlagen wegen Bewilligung eines Kredits zur Mobilmachung gemacht. Dann traten die Finanzausschüsse beider Kammern zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, der ich mit dem Minister v. Schenk und den Mitgliedern des Kriegsministeriums beiwohnte.

Digitized by Google

Um 11 Uhr trat die Zweite Kammer wieder zusammen und genehmigte einstimmig den verlangten Kredit und das proponierte Gesetz. Herr Mönch von Offenbach erzählte mir vor der Sitzung, die Offenbacher Nationalliberalen hätten dort aus Anlaß des Krieges eine Volksversammlung auf dem Offenbacher Paradeplatz abhalten wollen. Herr Pirazzi habe die Versammlung mit ein paar Worten eingeleitet und den Zollparlamentsabgeordneten Herrn Kugler zum Präsidenten vorgeschlagen. Kaum habe der letztere aber den Präsidentenstuhl eingenommen, so sei ein starker Arbeiter aufgetreten, habe den Kugler von seinem Stuhle herabgerissen und habe in einer Anrede an die Versammelten, unterstützt vom Beifalle zahlreicher anderer Arbeiter, etwa folgendes gesagt:

„Nicht wahr, ihr Herrn Liberalen habt vor der Versammlung gut gefrühstückt, Koteletten und Wein, aber wir Arbeiter sind noch hungrig, laßt uns mit eurem Geschwätz in Ruhe und gebt uns vor allem Brot.“

Infolge dieser Einmischung der Lassalleaner sei die Versammlung in der lächerlichsten und kläglichsten Weise verlaufen... Prinz Alexander sagte mir, wie bedauerlich es sei, daß der Großherzog so gar nicht mehr, trotz der schweren, gefahrdrohenden Zeit, sich in Darmstadt blicken lasse. Es würden darüber vielfach sehr bedauerliche Reden geführt. Ich möge doch den Großherzog veranlassen, wieder einmal hierherzukommen.

Prälat Zimmermann kam einen Augenblick, um anzufragen, ob man nicht in den Kirchen für den Sieg der deutschen Waffen beten solle, was ich natürlich bejahte.

Dann schrieb ich an den preußischen Gesandten v. Wentzel und teilte demselben die inzwischen eingelangte Verteidigungsschrift des Provinzialdirektors v. Willich mit dringender Verwendung für den letzteren mit. Nach dem Mittagessen schrieb ich in dem nämlichen Sinne an den Gesandten Hofmann in Berlin. Derselbe hatte mir mitgeteilt, daß Graf Bismarck ihn von den angeblichen Äußerungen des Herrn v. Willich in Kenntnis gesetzt und ihm das nämliche gesagt habe, was in der Depesche an Herrn v. Wentzel enthalten war, mit dem Zusatze, er, Bismarck, werde, wenn die hessische Regierung nicht Herrn v. Willich disziplinire und suspendiere, im Großherzogtum früher als sonstwo den Kriegszustand erklären lassen.

21. Juli.

Morgens 9 Uhr kam der Prinz Ludwig zu mir, um mir zu sagen, daß Graf Astorg noch immer hier sei und daß, wenn derselbe nicht sofort abreise, er, der Prinz, genötigt sein werde, ihm eine Schildwache vor sein Hotel zu stellen, um Zuträgereien zu hindern. Ich bemerkte dem Prinzen, daß Graf Astorg erst tags zuvor seine Pässe erhalten habe, daß derselbe heute morgen, wie er mir geschrieben, abreisen wolle, und daß das Verweilen eines Gesandten, dem man seine Pässe geschickt habe, in ferneren 24 Stunden an seinem bisherigen Wohnorte den Gewohnheiten des Völkerrechtes entspreche. Nach dem

Digitized by Google

Prinzen kam Herr v. Wentzel, um mir zu sagen, daß das längere Verweilen des Grafen Astorg in Darmstadt eine immer steigende Aufregung hervorrufe, und daß ich im Interesse der öffentlichen Ruhe dafür sorgen möge, daß Astorg sich sofort entferne. Ich versprach dies und begab mich zum russischen Geschäftsträger Grafen Osten-Sacken, der die Vertretung der französischen Untertanen im Lande übernommen hat, um ihn zu bitten, die Abreise des Grafen Astorg und seiner Familie zu beschleunigen, und traf ihn in der Nähe der katholischen Kirche mit seiner Frau und dem Herrn v. Sidorowitsch und Graf zur Lippe[1]) auf dem Rückweg nach Hause. Er sagte mir, daß Graf Astorg soeben in dem Wagen des Herrn Morier und in dessen Begleitung nach dem Bahnhof gefahren und in diesem Augenblicke wohl bereits abgereist sei. In der Nähe des großherzoglichen Palais begegnete uns Herr Morier in seinem Wagen. Er erzählte, daß die Abreise des Grafen Astorg soeben erfolgt sei, und zwar in der Anwesenheit einer auf dem Bahnhofe versammelt gewesenen großen Menschenmenge, in welcher sich indessen nicht die geringste Aufregung kundgegeben habe.

22. Juli.

Morgens 8 Uhr hatte ich den Besuch des österreichischen Hauptmanns Alfred v. Vivenot, der mir Grüße des Grafen Beust brachte und meine Ansicht über die Haltung Österreichs in der dermaligen Krisis zu wissen wünschte. Ich empfahl vorerst vollkommene Neutralität, solange nicht die Interessen Österreichs durch vollkommenes Unterliegen, sei es Preußens, sei es Frankreichs, bedroht seien. Nach Herrn v. Vivenot kam Herr v. Wentzel. Er drang auf sofortige Bekanntmachung des von dem Bundesoberfeldherrn für einzelne Teile des Norddeutschen Bundes verfügten Kriegszustandes. Ich bemerkte ihm, daß dies nur für Oberhessen Wirkung haben könne, und daß für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen der Kriegszustand durch eine besondere landesherrliche Verordnung einzuführen sei.

23. Juli.

Thüngen ist mit dem Eintritte seiner[2]) Regierung in den Krieg, statt einer Neutralitätserklärung, nichts weniger als einverstanden. ... Osten-Sacken nahm mich allein und sprach mir von dem üblen Eindrucke, welchen die fortgesetzte Abwesenheit des Großherzogs von der hiesigen Stadt mache, und wie wünschenswert es sei, daß der Großherzog wieder einmal nach Darmstadt käme.

24. Juli.

Minister v. Schenk teilte mir vertraulich mit, der Advokat Weller sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, die Aufregung gegen mich sei in Darmstadt

[1]) Graf Georg Wilhelm Hermann Friedrich zur Lippe-Weißenfels, österreichischer Legationssekretär.

[2]) Der bayerischen.

Digitized by Google

sehr groß, sobald die Truppen abmarschiert seien, werde es zu gewaltsamen Demonstrationen gegen mich kommen, Minister v. Schenk möge dies dem Großherzoge sagen, damit dieser meine Entlassung verfüge. Herr v. Schenk bemerkte, er habe dieses Ansinnen entschieden verweigert und dem Herrn Weller erwidert, daß er, Schenk, jeden Augenblick mit Vergnügen seine Entlassung zu nehmen bereit sei. Weller habe aber versichert, es handle sich eigentlich nur von den Herren v. Dalwigk und Frank.

25. Juli.

Morgens 11 Uhr hatte ich Ministerialplenarsitzung, in welcher vorzugsweise die einem gestern abend eingelangten, infolge der Erklärung des Belagerungszustandes für das Großherzogtum erlassenen Schreiben des Generalgouverneurs, Generals der Infanterie Herwarth v. Bittenfeld [1]), vom 23. l. Mts. entsprechenden Verfügungen beraten wurden. Nach der Sitzung begleitete ich den Minister v. Schenk durch die Wilhelminenstraße und machte dann der Madame und dem Herrn Morier einen Besuch, dem letzteren, um ihn zu fragen, ob er bereit sei, im Falle einer Annäherung feindlicher Truppen, Gelder, welche die Staatskasse dem Hofbankier Moritz Wolfskehl anvertraut habe, bei sich in Verwahrung und Schutz zu nehmen. Herr Morier war damit einverstanden. — Morgens früh hatte mir der Großherzog, der nach Darmstadt gekommen war, um die Division vor ihrem Abmarsch zu inspizieren, von Bessungen aus den abschriftlich anliegenden Brief des Prinzen Ludwig, in welchem letzterer meine Entlassung fordert, mit dem Inskripte zugesandt:

„Bitte, sich nicht zu sehr zu ärgern, wenn Sie die Einlage lesen, ich bin ganz starr und habe mich weidlich geärgert. Bitte um gelegentliche Rückgabe.

Bessungen, am 25. 7. 70. Ludwig."

Ich antwortete sofort, daß ich bekanntlich die ministerielle Last, die auf meinen Schultern ruhe, nicht gesucht habe, daß ich seither nach Kräften bemüht gewesen sei, das Interesse meines Allerhöchsten Herrn nach Kräften zu fördern, und daß ich dem Großherzoge die Hände küssen würde, wenn er mir die auf mir ruhende Verantwortlichkeit abnehmen wolle. Der Großherzog antwortete schriftlich:

„Wir wollen einig zusammen ausharren im guten Prinzip."

27. Juli.

Um 9½ Uhr ging ich mit dem Ministerialrat Neidhardt nach der Stadtkirche, wo ein feierlicher Gottesdienst aus Anlaß des begonnenen Krieges mit

[1]) Karl Eberhard Herwarth v. Bittenfeld, 1796—1884, führte 1864 den Übergang nach Alsen aus, war 1866 Führer der Elbarmee, 1870 Gouverneur des westlichen Deutschland, wurde 1871 Feldmarschall.

Digitized by Google

Frankreich abgehalten wurde. Prälat Zimmermann hielt eine schöne und patriotische Festpredigt.

31. Juli.

Um 11½ Uhr hatte ich den Besuch des Adjutanten des preußischen Gouverneurs Generals v. Herwarth zu Koblenz. Derselbe kam, um sich über die Stimmung im Lande zu informieren, worüber ich ihm nur das beste sagen konnte, und dann, um zu fragen, was im Falle eines Vorrückens der Franzosen bis Darmstadt der Großherzog und die Behörden tun würden. Ich erwiderte ihm, daß in diesem hoffentlich nicht eintretenden Falle der Großherzog, welcher dermalen in Friedberg verweile, sich nach Sachsen oder Bayern begebe. Die Minister würden den Großherzog nicht begleiten, weil derselbe dies nicht wünsche. Die Minister würden mit den übrigen Behörden in Darmstadt bleiben, um, soweit möglich, die Übel der feindlichen Okkupation des Landes zu mildern. Man werde sich übrigens nach dem richten, was preußischerseits in dieser Beziehung gewünscht oder angeordnet werde. Ich müsse dabei bemerken, daß eine Entfernung der obersten Beamten von Darmstadt im Augenblicke der Gefahr im Lande keinen guten Eindruck machen werde, und daß ich es nicht unterlassen könne, wenn dieselbe auf preußischen Wunsch eintrete, die Ursache zu veröffentlichen. Gesetzliche Vorschriften, wie in Preußen über das Verhalten der Behörden beim Herannahen des Feindes, existierten im Großherzogtum nicht. Man handle in solchen Fällen hier nach den Umständen oder besonderen Instruktionen. Bezüglich der Stimmung im Lande teilte ich dem Major Streccius meine Erlebnisse aus dem Jahre 1849 mit, bemerkte aber dabei, daß dermalen alle Parteien im Wunsche der Abwehr des französischen Angriffs einig seien.

4. August.

Um 9½ Uhr hatte ich den Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir ein Telegramm seiner Regierung zeigte, in welchem die Entlassung des hessischen Vizekonsuls Lambert zu Antwerpen von seiner Stelle verlangt wird, weil derselbe für die französischen Verwundeten Geld sammle. Ich versprach (in Berücksichtigung der dermaligen Lage) Gewährung des Verlangens.

Herr v. Lehmann[1]) hatte mir kurz zuvor ein für die „Darmstädter Zeitung" aus Berlin gekommenes Telegramm in Abschrift geschickt, wonach die Franzosen mit drei Divisionen und Artillerie Saarbrücken genommen haben. Um 12 Uhr hatte ich den Besuch des bayerischen Gesandten Baron Thüngen, der mir die Darlegung der Motive des Grafen Bray für den Eintritt Bayerns in den Krieg vorlesen wollte. Ich dankte für diese Mitteilung, da mir die Motive bereits bekannt seien. Baron Thüngen sagte mir, daß Graf Osten-Sacken vorzugsweise gut über dasjenige informiert sei, was auf dem Kriegsschauplatze vorgehe.

[1]) Gustav Adolf Freiherr v. Lehmann, Ministerialrat im Ministerium des Innern.

Digitized by Google

5. August.

Morgens 10 Uhr empfing ich ein Extrablatt der „Darmstädter Zeitung" mit der Nachricht von einem glänzenden Siege der deutschen Armee über die französische Division Douai bei Weißenburg. Um 10¾ Uhr kam der Gesandte v. Wentzel, während ich mich im Arbeitszimmer des Ministerialrates Reidhardt befand, zu mir, und wir wünschten uns gegenseitig Glück zu der Siegesnachricht. Herr v. Wentzel erzählte, daß er morgens 9 Uhr mit seiner Familie auf der Eisenbahn gewesen sei und dort einen starken Zug mit französischen Kriegsgefangenen aus dem Weißenburger Gefecht, darunter eine Anzahl von Offizieren und mehrere Turkos mit überaus wilden Gesichtern, habe passieren sehen. Die preußische Eskorte sei für die Gefangenen sehr freundlich gewesen, und habe von den dargebotenen Erfrischungen nicht eher etwas angenommen, als bis die französischen, sehr erschöpften Gefangenen versorgt gewesen seien.

6. August.

Morgens 10 Uhr empfing ich den preußischen Gesandten v. Wentzel, welcher mir eine telegraphische Depesche seiner Regierung folgenden Inhalts mitteilte:

„Graf Bismarck besitzt noch weitere eingehende Vertragsentwürfe des Grafen Benedetti vom Monat August 1866 nebst Briefen, in denen er, unter Berufung auf Ermächtigung des Kaisers aus Vichy, Abtretung von Rheinhessen und Rheinbayern verlangt."

Ich berichtete sofort den Inhalt dieses Telegramms an den Großherzog. Dem Herrn v. Wentzel sagte ich wiederholt, daß das Ziel des dermaligen nationalen Kampfes ein weit größeres sein müsse als ein billiger Friedensschluß mit Frankreich. Es handle sich jetzt von Wiedereroberung der alten deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen, und wenn Preußen diese Provinzen als Mitgift mitbringe, solle für 1866 Indemnität gewährt sein. Dann möge sich König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone aufsetzen, und alle Parteien würden mit ihm einverstanden sein.

7. August.

Morgens 8 Uhr empfing ich ein Telegramm mit der Nachricht von einem bei Wörth im Elsaß erfochtenen glänzenden Sieg der preußisch-deutschen Armee über die Franzosen unter Mac Mahon. 4000 Gefangene, 2 Adler, 31 Kanonen genommen.

Um 11¾ Uhr kam Herr v. Wentzel zu mir. Wir besprachen die Siegesnachricht. Wentzel erzählte mir, daß sich während der Nacht von 12 bis 2 Uhr fortwährend Gruppen vor seinem Hause gebildet und dem Könige, dem Kronprinzen und zuletzt auch ihm Hochs ausgebracht hätten. Er sei bei der letzten großen Vereinigung des Volkes auf den Balkon getreten, habe gedankt und in Erwiderung auf das Hoch auf seinen König dessen treuem Verbündeten, dem Großherzog, ein Hoch ausgebracht. Darauf sei durch ein Hoch auf ihn, Wentzel, geantwortet worden.

Digitized by Google

13. August.

Um 4 Uhr kam Herr v. Wentzel. Derselbe las mir eine Depesche seiner Regierung mit Abschriften von Briefen des Grafen Benedetti an den Grafen Bismarck vor, worin im Auftrage des Kaisers Napoleon die Abtretung von Rheinbayern und Rheinhessen an Frankreich verlangt wird. Dann las mir Herr v. Wentzel Abschrift eines eigenhändigen Briefes des Papstes an den König Wilhelm und die darauf erfolgte Antwort vor. Der Papst bittet in seinem italienisch abgefaßten Schreiben, von dem Beginne eines blutigen Krieges abzustehen. Die Antwort des Königs ist sehr verbindlich und auf die Wünsche des Papstes eingehend, während auf ein ähnliches an den Kaiser Napoleon gerichtetes päpstliches Schreiben eine abschlägige Antwort erfolgte. Von den sämtlichen Aktenstücken ließ mir Herr v. Wentzel Abschriften zurück. Ich begegnete Herrn Parkus, der mir erzählte, der König Wilhelm habe in Mainz eine Deputation des Gemeinderates empfangen und dieselbe in sehr ernster Rede auf die Gefahren des gegenwärtigen Krieges und auf die Möglichkeit, daß Mainz die Schrecken einer Belagerung werde erdulden müssen, aufmerksam gemacht.

15. August.

Um 10¾ Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und las mir eine Depesche seiner Regierung vor, worin die Behauptung des Duc de Gramont, Preußen habe eine von Frankreich vorgeschlagene Abrüstung unter dem Vorwande zurückgewiesen, daß es eine Allianz der süddeutschen Staaten mit Österreich fürchte, als unwahr erklärt wird.

16. August.

Der Gesandte v. Wentzel drang im Auftrage seiner Regierung auf die sofortige Entlassung des Generalkonsuls Lambert in Brüssel, wegen der napoleonischen Gesinnungen des letzteren. Ich versprach desfalls an den Großherzog zu berichten.

18. August.

Um 12 Uhr empfing ich ein Extrablatt der „Darmstädter Zeitung" mit der Nachricht von einem großen, aber sehr blutigen Siege der Deutschen bei Metz.

Als ich von meiner Schwester zurückging, begegnete mir Herr v. Wentzel im Wagen. Ich hielt ihn an, gratulierte ihm zu dem Siege bei Metz und sagte ihm, um ihn zu necken, daß sich Leute darüber gewundert hätten, daß er gefangene Franzosen in seinem Wagen von der Eisenbahn in das Hospital transportiert habe. Herr v. Wentzel, der mir diese Tatsache selbst vor ein paar Tagen erzählt hatte, wurde feuerrot und machte mir eine lange Explikation der Gründe seiner menschenfreundlichen Handlung.

Digitized by Google

20. August.

Unterwegs erzählte mir Thüngen, die Fräulein v. Stockhausen habe von ihrem Bräutigam, einem badischen Offizier, einen Brief erhalten, worin derselbe erzählte, es sei ein vornehmer Mann im Elsaß verhaftet worden, er glaube, ein Herr v. Bussière. Als ich um 8½ Uhr nach Hause kam, fand ich mit großem Schrecken einen aus dem Staatsgefängnis von Rastatt datierten Brief Alfreds vom 19. August, worin mir derselbe schreibt, er sei am Tage zuvor in der Ruprechtsau, wo er für die Verwundeten Lazarettanstalten geleitet habe, aus dem Bette gerissen und in die Festung Rastatt gebracht worden. Alfred versicherte in diesem Briefe, daß er nicht den mindesten Grund für seine Verhaftung einsehen könne. Er habe schon damals, als die erste preußische Patrouille in der Ruprechtsau erschienen sei, jede Verbindung mit Straßburg unterbrochen.

22. August.

Um 4 Uhr hatte ich den Besuch des preußischen Gesandten v. Wentzel, der mir die photographischen Kopien von zwei Briefen des Grafen Benedetti an den Grafen Bismarck übergab, worin die Abtretung von Rheinbayern und Rheinhessen an Frankreich, vorbehaltlich Entschädigung, verlangt wird. Wir sprachen von der Schlacht von Metz vom 18. l. Mts. Herr v. Wentzel erzählte mir, der preußische Oberstleutnant Zwenger, welcher ein hessisches Regiment kommandierte, sei gefallen. General v. Wittich habe die Truppen mit unerhörter Verwegenheit im heftigsten Kugelregen ins Feuer geführt. Das Pferd sei ihm unter dem Leibe erschossen worden und er selbst habe einen Streifschuß erhalten. Er habe sich aber sofort verbinden lassen, habe ein anderes Pferd bestiegen und sei wieder an der Spitze der stürmenden hessischen Kolonnen erschienen. Die hessische Infanterie habe 21 Offiziere verloren, namentlich habe das Jägerbataillon große Verluste gehabt. Die Hessen hätten sich ganz ausgezeichnet geschlagen.

23. August.

Der Großherzog kam um 12 Uhr, meinem ihm ausgesprochenen Wunsche zufolge, nach Darmstadt und besichtigte die Hospitäler.

31. August.

Bei meiner Rückkehr fand ich eine Antwort des Grafen Bismarck auf mein an ihn gerichtetes Schreiben wegen der Freilassung Alfreds. Bismarck teilte mir mit, daß er den preußischen Gesandten in Karlsruhe sofort beauftragt habe, für Alfreds Freilassung tätig zu sein und jedenfalls, sofern unbekannte Gründe dieser sofortigen Freilassung entgegenständen, für die rücksichtsvollste Behandlung Alfreds in Rastatt zu sorgen. Ich schrieb sogleich an Alfred und teilte ihm diesen Brief mit. (Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Die Wandlungen im Staatscharakter der deutschen Länder

Von

Professor Dr. jur. Friedrich Giese (Frankfurt a. M.)

Unter den deutschen „Ländern" versteht die neue Reichsverfassung die bisherigen deutschen Gliedstaaten. Man hat absichtlich diesen staatsrechtlich farblosen und neutralen Ausdruck als amtliche technische Bezeichnung gewählt, um der rechtstheoretischen Frage, ob die Einzelstaaten des Reiches noch wirkliche Staaten seien, nicht vorzugreifen. In der Tat ist dies nach der neuesten Entwicklung, insbesondere nach dem endgültigen Text der Reichsverfassung, eine Doktorfrage geworden, deren richtige Beantwortung des Schweißes edler Bewerber wohl wert ist. Der der Nationalversammlung vorgelegte Regierungsentwurf einer Reichsverfassung sprach von „Gliedstaaten", der erste, von Preuß verfaßte Entwurf (und ebenso das vorläufige Verfassungsgesetz vom 10. Februar 1919) von „Freistaaten", obwohl gerade nach diesem Entwurf von der staatlichen Qualität der sogenannten Staaten dank der Preußschen Preußenfeindlichkeit und unitaristischen Tendenz kaum noch ein Rest verblieben war. Das neue deutsche Kaiserreich bestand nach der Reichsverfassung des Jahres 1871 aus „Bundesstaaten", eine doppelsinnige Bezeichnung, die man richtiger nicht auf die Teilstaaten erstrecken, sondern dem Oberstaat hätte vorbehalten sollen. Vor der bundesstaatlichen Organisation Deutschlands waren „selbständige, unter sich unabhängige", also souveräne „Staaten" zum völkerrechtlichen Gebilde des Deutschen Bundes zusammengefügt, und hervorgegangen waren alle diese Staaten aus den ehemaligen „Territorien" des alten Kaiserreiches, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Wir sehen also in der neueren deutschen Staatsentwicklung im Wesen der deutschen Staaten eine Kette von Wandlungen vor uns. Mannigfaltig wie der Name, den die einzelnen Staaten im Lauf dieser Entwicklung geführt haben, ist auch ihre staatliche Struktur gewesen. Alle Spielarten zwischen dem Nichtstaat und der höchstpotenzierten Staatsform, dem souveränen Staat, sind vertreten. Gerade heute, wo ein neues Staatsgrundgesetz des Reiches auch die staatsrechtliche Natur der deutschen Länder auf ganz neue Rechtsgrundlagen gestellt hat, dürfte ein kurzer staatsrechtlicher Rück- und Überblick willkommen und vor allem dem Verständnis der neuen Verfassung dienlich sein.

I. Im alten Kaiserreich

Das alte Deutsche Reich war anfänglich ein Einheitsstaat, zuletzt ein Staatenstaat. Die Staatsgewalt ruhte ursprünglich beim Könige, schließlich bei „Kaiser und Reich", d. h. beim monarchischen Staatshaupt und den zum Reichstag versammelten Territorialfürsten. Die alten Reichspublizisten hielten —

Digitized by Google

abgesehen von einem besonders erleuchteten Kopf, der das Reich monstro simile fand — bis zum Schluß an dem formaljuristischen Standpunkt fest, daß das Reich ein einheitlicher Staat sei. Man mußte daraus die Folgerung ziehen, daß den einzelnen Territorien (Landesherrschaften) staatsrechtlich kein höherer Rang als der von Provinzen eingeräumt werden dürfe. War das Preußen Friedrichs II., das die kaiserlichen Heere Maria Theresias in drei glorreichen Feldzügen besiegte, nur eine Provinz des Reiches? War der Große König ein Hochverräter? Diese Fragestellung ersetzt wohl den Beweis, wie verfehlt jene Folgerung weltfremder Juristen sein mußte. Man hat vom Standpunkt der deutschen Reichsterritorien aus die Zeit vor und nach dem Westfälischen Frieden zu unterscheiden.

Bis zum Jahre 1648 ist in der Tat das alte Reich ein Einheitsstaat, sind seine Territorien bloß Reichsprovinzen gewesen. Allerdings hatte schon vor dem Westfälischen Frieden das deutsche Staatsleben begonnen, sich mehr und mehr in den Territorialherrschaften zu konzentrieren. Die einzelnen Befugnisse, die der kraft erblichen Lehenrechtes an der Spitze eines Territoriums stehende Reichsbeamte in seiner Hand vereinigte, verschmolzen im Laufe der Zeit immer unzertrennbarer zu einem festen, geschlossenen Komplex landeshoheitlicher Rechte. Aus dem Reichsbeamten wurde ein Landesfürst. Aber das Territorium blieb noch Reichsprovinz. So besaß z. B. die Kurmark Brandenburg als Markgrafschaft des Reiches eine stark entwickelte Autonomie, aber doch keine volle staatliche Selbständigkeit. Die in der Mark herrschende öffentliche Gewalt war keine eigene Staatsgewalt des Landes, sondern die Staatsgewalt des Reiches, mit deren Ausübung der deutsche König den Markgrafen lehenrechtlich betraut hatte.

Seit dem Jahre 1648 trat in der Stellung der Territorien zum Reiche eine große Wandlung ein. Der Westfälische Frieden brachte den deutschen Fürsten das Gesandtschaftsrecht, das Recht zum Abschluß von Staatsverträgen und das Kriegführungsrecht. Diese drei Merkmale kennzeichnen völkerrechtlich den Staat. Hand in Hand damit ging die Erstarkung der Territorialhoheit zu einer echten Landeshoheit, zu einer Unterstaatsgewalt unter der Oberstaatsgewalt des Reiches. Das Reich wurde allmählich ein Staatenstaat, der Staatscharakter seiner Glieder trat immer erkennbarer hervor. Allerdings entbehrten diese Staatswesen der Souveränität, weil die Reichsgewalt darüber stand. Das typische Beispiel für diesen Werdegang bildet Brandenburg-Preußen. Auch hier waren im 17. Jahrhundert aus Territorien Staaten geworden. Staatscharakter trug nicht nur das reichsfreie Herzogtum Preußen, nachdem es von der polnischen Lehenshoheit freigeworden war, sondern auch jede einzelne reichsländische Besitzung des Kurfürsten. Die landesherrliche Gewalt hatte sich, namentlich nach Beseitigung des Einflusses der Stände auf die Regierung des Landesherrn, allenthalben zu einer wirklichen Staatsgewalt konsolidiert. Sie unterstand allerdings noch in vereinzelten Beziehungen, so vor allem bezüglich der obersten Gerichtsbarkeit, der übergeordneten Gewalt des Reiches, deshalb

Digitized by Google

fehlte ihr das Merkmal der Souveränität; aber sie bildete trotzdem eine wahre, durch Gesandtschafts-, Bündnis- und Kriegführungsrecht als solche gekennzeichnete Staatsgewalt. Dazu hatte namentlich die nach der Vernichtung der politischen Macht und Mitregierung des Ständetums möglich gewordene und mit aller Energie in die Wege geleitete Verbindung aller kurfürstlichen Lande zu einer Art Realunion beigetragen. War auch reichsrechtlich die Stellung des Kurfürsten zu Kaiser und Reich noch nach den einzelnen Besitzungen verschieden, gab es reichsrechtlich nur den Markgrafen von Brandenburg, den Herzog von Pommern, den Fürsten von Minden usw., so machte doch die fortschreitende Verschmelzung der verschiedenen reichsländischen Staaten mit dem souveränen Herzogtum Preußen, vollends die 1701 erlangte Königswürde, die den Kurfürsten den europäischen Souveränen im Rang gleichstellte, die Unabhängigkeit der kurfürstlich-königlichen Staaten von Kaiser und Reich zu einer fast vollkommenen.

Die letzten Reste der Abhängigkeit vom Reich verschwanden im 18. Jahrhundert. Seit der Erteilung des Privilegium de non appellando illimitatum (1746), demzufolge auch die oberste Gerichtshoheit des Reiches gegenüber Preußen beseitigt wurde, die preußischen Landesjustizsachen also nicht mehr vor das Forum der Reichsgerichte gezogen werden konnten, sondern von preußischen Gerichten höchstinstanzlich entschieden wurden, blieb von Reichsfunktionen in Preußen so gut wie nichts mehr übrig. Das Reich befand sich im Stadium der Auflösung. Der König übte bereits kaiserliche Reservatrechte eigenmächtig aus. Das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten (1794) regelt die Rechtsverhältnisse Preußens wie die eines vollkommen selbständigen und unabhängigen Staates. Es weiß nichts mehr von einer Überordnung des Reichsverbandes und erwähnt das Reich überhaupt kaum. Im Verkehr mit anderen Staaten trat Preußen als Einheit auf. Sogar die Beziehungen zum Reiche trugen für Preußen jetzt den Charakter „auswärtiger" Angelegenheiten. Preußens Reichspolitik gehörte zur „auswärtigen" Politik und wurde im Kabinettsministerium bearbeitet. Die Beziehungen Preußens zum Reich hatten de facto aufgehört, staatsrechtliche zu sein, und waren in Wirklichkeit nur noch völkerrechtliche. Die Großmacht Preußen war dem Reiche nicht mehr unter-, sondern gleichgeordnet. Die Siege Friedrichs des Großen über die kaiserlichen Truppen waren der beste und deutlichste Beweis dafür. Hielt man auch formaljuristisch noch an der fiktiven Souveränität des sterbenden Reiches fest, so fand doch die tatsächliche Machtverschiebung darin ihren Ausdruck, daß Preußen und die übrigen deutschen Staaten als unabhängige oder „halbsouveräne" Länder bezeichnet wurden. Mit größerem Rechte aber verwendete damals bereits der preußische König, damit zugleich die Staatseinheit seiner Monarchie bekundend, den Ausdruck „Souveränität" schlechthin für den ganzen Staat, also nicht nur für die reichsfreien, sondern auch für die dem Reiche angehörenden Landesteile. Wenn auch nicht in so scharfer Ausprägung, so doch prinzipiell in gleichem Verhältnis zum Reiche befanden sich um die Wende des 19. Jahrhunderts auch die übrigen ehemaligen Territorien, jetzt Staaten Deutschlands.

Digitized by Google

II. Im Deutschen Bunde

Das alte Reich führte zuletzt nur noch ein Schein- und Schattendasein. Der Preßburger Frieden (1805) versetzte ihm den Todesstoß. Im Jahre darauf (1806) legte der letzte römisch-deutsche Kaiser die Krone nieder. Damit waren die letzten, kaum noch erkennbaren Fäden des Bandes, das die deutschen Staaten früher umschlungen hatte, endgültig verschlissen, damit war das schließlich nur noch in der Rechtstheorie nachwirkende Hemmnis für die uneingeschränkte staatliche Selbständigkeit der deutschen Länder gefallen, Preußen und alle übrigen deutschen Staaten erlangten die Souveränität. Sie verloren sie nicht durch ihren Eintritt in den Deutschen Bund. Wie das Völkerrecht die Souveränität der zur Völkerrechtsgemeinschaft verbundenen Staaten nicht beeinträchtigt, sondern sogar voraussetzt, so konnte auch der Deutsche Bund als rein völkerrechtliches Gebilde und die Bundesakte als völkerrechtlicher Vertrag der Souveränität der Bundesmitglieder keinen Abbruch tun. Die Bundesakte begründete einen Verein der deutschen souveränen Fürsten und freien Städte. Ein Staatenbund fordert lediglich eine gewisse Selbstbeschränkung der beteiligten souveränen Staatsgewalten, soweit es das Bundesverhältnis bedingt, aber nicht mehr. Auch Preußen unterzeichnete (am 10. Juni 1815) die deutsche Bundesakte und wurde dadurch Glied des Bundes, ohne seine 1806 gewonnene staatliche Unabhängigkeit durch die die Mitgliedschaft bedingende freiwillige Selbsteinschränkung einzubüßen. Folgerichtig hat auch die Auflösung des Deutschen Bundesverhältnisses im Jahre 1866 auf den Staatscharakter der deutschen Staaten keinerlei Rückwirkung ausgeübt. Sie waren souverän, sie blieben souverän. Sie konnten keinen höheren Grad staatlicher Existenz erlangen, weil sie den höchsten schon — und noch — besaßen. Aber sie verloren ihn bald darauf durch die Aufrichtung des deutschen Bundesstaates.

III. Im neuen Kaiserreich

Den Preis für die unschätzbaren Vorzüge der deutschen Staatseinheit zahlten die deutschen Staaten mit dem Verluste ihrer Souveränität. Als Glieder des deutschen Bundesstaates — erst des Norddeutschen Bundes (1867), bald des Deutschen Reiches (1871) — waren die einzelnen Länder nicht mehr souveräne Staaten, aber immerhin noch Staaten.

Die Aufgabe der Bundes- und Reichsverfassung war die Ordnung der staatsrechtlichen Grundeinrichtung des Bundesstaates, nicht der Gliedstaaten. Sie war nicht berufen, in das eigene Verfassungsleben der Gliedstaaten einzugreifen. Enthielt sie sich demgemäß der unmittelbaren Einmischung in die einzelstaatlichen Verfassungseinrichtungen, so wurden diese doch mittelbar durch die Errichtung und Organisation der Oberstaatsgewalt des Reiches sehr empfindlich getroffen.

Am schwersten aber wurde die äußere Staatsform erfaßt. Aus souveränen Einheitsstaaten wurden nichtsouveräne Gliedstaaten. Souveräne Staaten errich-

Digitized by Google

teten den Bundesstaat, als nichtsouveräne gehörten sie der Neuschöpfung an. Sie hatten sich durch den Beitritt zum deutschen Gesamtstaat ihrer Souveränität für immer begeben. Erblickt man das Wesen der vielumstrittenen Souveränität in der Eigenschaft einer vollkommenen Staatsgewalt, daß sie eine durch keine andere irdische Macht gegen ihren eigenen Willen rechtlich beschränkbare, mit der ausschließlichen Fähigkeit rechtlicher Selbstbestimmung und Selbstbindung ausgestattete Gewalt darstellt, so kann man die Staatsgewalt der Gliedstaaten nicht mehr als souverän bezeichnen. Denn über die Staatsgewalten der Gliedstaaten trat diejenige des deutschen Bundesstaates, die jene gegen ihren Willen rechtlich zu beschränken fähig war und ihnen die Fähigkeit rechtlicher Selbstbestimmung und Selbstbindung entzog. Zwar aus der Gesamtheit der ihr unterworfenen Staatsgewalten bestehend, bildete sie doch keinen völkerrechtlichen, sondern einen staatsrechtlichen Verband, keinen Staatenbund (wie der Deutsche Bund gewesen war), sondern einen Bundesstaat mit eigener zentraler Staatsgewalt, eigenem Wirkungskreis, eigenen Organen, eigenen Funktionen. Diese Oberstaatsgewalt selbst war eine souveräne Gewalt. Das Verhältnis der Gliedstaatsgewalten zu ihr beruhte auf dem Grundsatz nicht der Nebenordnung, sondern der Unterordnung. Die Gliedstaaten behielten zwar innerhalb ihres Wirkungskreises volle Selbständigkeit, über die Abgrenzung seines und damit ihres Wirkungskreises aber verfügte unbedingt maßgeblich allein der Oberstaat. Er besaß die verfassungsrechtliche Fähigkeit, die Kompetenzgrenze jederzeit zu seinen Gunsten zu verschieben, in Verfassung und Rechtsordnung der Gliedstaaten gegen ihren Willen ändernd einzugreifen, die Wirksamkeit der Gliedstaaten, insbesondere die Ausführung der Reichsgesetze durch sie, kontrollierend zu überwachen, ihnen Abgaben (Matrikularbeiträge) aufzuerlegen, die Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Bundespflichten gegebenenfalls zu erzwingen. Diese Rechtslage rechtfertigt die Feststellung, daß nur die Staatsgewalt des Oberstaates eine souveräne, diejenige der Gliedstaaten, also auch Preußens, keine souveräne mehr war. Die Annahme, es handle sich bei ihnen um eine auf freiem Willen beruhende bloße „Beschränkung" der Souveränität, ist abzulehnen. Auf Preußens und der übrigen Gliedstaaten freiem Willen beruhte der Eintritt in den Bund und die Unterordnung unter die Bundesgewalt allerdings; dies bedeutete aber keine vorübergehende, widerrufliche Selbstbeschränkung, sondern eine dauernde Unterwerfung unter einen höheren Willen, die Begründung eines ständigen Abhängigkeitsverhältnisses, bei dem die übergeordnete Gewalt des Oberstaates nicht auf dem Willen des einzelnen Gliedstaates, sondern auf dem eigenen Willen des Oberstaates beruhte. Ein solches Verhältnis bewirkte notwendig einen dauernden Verlust der Souveränität.

Die Annahme, daß im Gegensatz zu den anderen Gliedstaaten wenigstens Preußen vermöge seiner privilegierten Sonderstellung im Organismus des Oberstaates noch eine souveräne Staatsgewalt behalten habe, ist gleichfalls abzulehnen. Dieser Umstand könnte vielleicht von Bedeutung sein, wenn Preußen infolgedessen seine eigene Staatsverfassung der Einwirkung der souveränen

Digitized by Google

Oberstaatsgewalt zu entziehen vermocht hätte. Preußen ist allerdings dank seinen 17 Stimmen im Bundesrate befähigt gewesen, eine solche Einwirkung, wenn sie durch eine Kompetenzerweiterung der Reichsgewalt vorbereitet werden mußte, nicht aber auch dann, wenn sie innerhalb der Reichskompetenz durch einfaches Gesetz des Reiches vollzogen werden konnte, zu verhindern. Jene Vorzugsstellung Preußens äußerte ihre Wirkung also nicht auf dem Gebiete der preußischen Landesverfassung, die sie nur in einzelnen Fällen rückwirkend zu schützen vermochte, sondern auf dem des bundesstaatlichen Verfassungsorganismus. Preußen konnte zwar mit seinen 17 Bundesratsstimmen jede Änderung der Bundesverfassung, wozu schon 14 Stimmen hinreichten, zu Fall bringen, seine eigene Verfassung aber stand zur Disposition der einfachen Bundesgesetzgebung; Preußen hatte ein Vetorecht gegenüber Gesetzesvorschlägen über Militärwesen, Kriegsmarine und gewisse indirekte Steuern und gegenüber Ausführungsmaßnahmen über Zölle und Verbrauchssteuern, konnte aber Eingriffe des Bundesgesetzgebers in sein eigenes Steuerrecht nicht verhindern. Somit war die Vorzugsstellung Preußens vor anderen Gliedstaaten auf dem Gebiete der Bundesorganisation nicht geeignet, es auch hinsichtlich seiner eigenen Verfassung derart bevorrechtigt erscheinen zu lassen, daß die Unterordnung seiner Staatsgewalt unter diejenige des Oberstaates negiert werden konnte. Vollends aber ist es schon mit dem Begriff der Souveränität unvereinbar, daß, wenn der Oberstaat souveräne Gewalt hat, solche auch dem Gliedstaate zustehe.

Verloren hatten die Gliedstaaten aber nur die Souveränität, nicht auch ihren Staatscharakter. Die Frage, ob es nichtsouveräne Staaten geben könne, ist mit der herrschenden Lehrmeinung zu bejahen. Die Souveränität ist kein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt. Auch eine dieses Merkmals entbehrende, daher unvollkommene Staatsgewalt ist immerhin noch Staatsgewalt. Die Gliedstaatsgewalt war eine ursprüngliche Herrschergewalt, die ihre Kraft nicht von der Oberstaatsgewalt ableitete, die kraft eigenen (nicht des Oberstaates) Willens wirkte, die nach eigenen (nicht nur des Oberstaates) Gesetzen ausgeübt, deren Organisation von ihr selbst (nicht vom Oberstaate) geschaffen wurde. Hierdurch unterscheidet sich zugleich die nichtsouveräne Staatsgewalt von der öffentlich-rechtlichen Gewalt eines kommunalen Selbstverwaltungskörpers. Letztere ist eine vom Staate abgeleitete, auf staatlicher Delegation beruhende Gewalt, die nicht kraft eigenen, sondern kraft fremden (des Staates) Willens wirkt, nicht nach eigenen, sondern nach fremden (des Staates) Gesetzen ausgeübt wird, ihre Organisation nicht selbst bestimmt, sondern vom Staate empfängt. Die Gliedstaaten bildeten daher trotz Einbuße des souveränen Charakters ihrer Staatsgewalt noch wirkliche Staaten.

IV. In der Revolution

An diesem ihrem Staatscharakter hat auch der Umsturz der Revolution prinzipiell nichts geändert. Sie sind einstweilen noch Staaten geblieben. Zunächst ist allerdings staatsrechtlich zu untersuchen, ob die am 9. November 1918

Digitized by Google

erfolgreich durchgeführte revolutionäre Bewegung nicht nur das bisherige Kaiserreich, sondern auch die bisherigen Gliedstaaten vernichtet hat.

Die Organe der Revolution, hinter denen das revolutionäre Soldatentum und die revolutionäre Arbeiterschaft standen, verfügten tatsächlich über die erforderliche Macht, um sich im Besitz der usurpierten Staatsgewalt im Reich und in den Gliedstaaten zu behaupten, zumal ihre Herrschaft nirgendwo auf nennenswerten Widerstand stieß, sondern von Beamtenschaft und Bürgertum sogleich anerkannt wurde. Man ließ die Umwälzung betäubt und untätig über sich ergehen. Man wetteiferte darin, sich auf den „Boden der neuen Verhältnisse" zu stellen. An eine Reaktion der Organe der bisherigen Staatsgewalt war ernstlich nicht zu denken. Die tatsächliche Macht der Usurpatoren war also außer Zweifel. Sie bildete auch die Grundlage für ganz neue Rechtsverhältnisse. Neue Rechtsverhältnisse aber bedingen in der Regel auch einen neuen Staat. Nun braucht zwar eine Änderung der Staatsform nicht notwendig den Untergang des bisherigen und die Entstehung eines neuen Staates zu bedeuten. Vor allem wird diese Folgerung dann abzulehnen sein, wenn der Wechsel der Staatsform sich in legitimen, verfassungsmäßigen Formen vollzieht. Selbst bei einem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform ist im Durchschnitts-, d. h. Einheitsstaat eine Identität der Staatspersönlichkeit vor und nach dem Umsturz rechtlich wohl denkbar. Anders liegen die Verhältnisse aber beim Bundesstaat, vor allem beim Deutschen Reich. Das Wesen des bisherigen deutschen Bundesstaates erschöpft sich nicht in dem Bestehen einer eigenen Staatsgewalt schlechthin, sondern begreift mehr in sich, nämlich die Zurückführung dieser Reichsstaatsgewalt auf die Summe der Gliedstaatsgewalten. Die Tatsache, daß die Reichsregierung von der Gesamtheit der „Verbündeten Regierungen" gebildet wurde, war ein wesentliches Merkmal des deutschen Kaiserreiches. Ihr Fortfall kann aber nicht in Zweifel gezogen werden, da nach dem Siege der Revolution die politische Macht, die Staatsgewalt des Reiches nicht mehr bei den „Verbündeten Regierungen", sondern unbestritten und anerkanntermaßen bei den revolutionären Soldaten und Arbeitern (später beim Volksganzen) lag, welche durch die Arbeiter- und Soldatenräte als ihre Organe eine diktatorische Klassen- und Parteiherrschaft ausübten. Man muß demnach zu dem staatsrechtlichen Ergebnis gelangen, daß das Deutsche Reich mit dem endgültigen Siege der revolutionären Bewegung nicht nur in seiner bisherigen Staats*form*, sondern überhaupt in seiner staatlichen *Existenz* seinen Untergang gefunden hat. Hieraus würden an und für sich einschneidendste Folgerungen für die staatsrechtliche Stellung der Gliedstaaten (Wiedererlangung ihrer Souveränität u. a.) zu ziehen sein. Sie erübrigen sich jedoch, da alsbald an Stelle des untergegangenen Reiches eine Neugründung getreten ist.

Welchen Einfluß hat aber die Revolution auf den Bestand der Gliedstaaten selbst gehabt? Die fundamentale Änderung der Staatsform bei den meisten von ihnen, der Übergang von der Monarchie zur Republik genügt

Digitized by Google

an sich nicht, um ihren Untergang und ihre Neuerstehung zu rechtfertigen. Es handelt sich darum, ob auch bei ihnen die staatliche Existenz überhaupt vernichtet und durch eine neue ersetzt worden ist. Wenn auch manche beachtenswerte Gründe, wie vor allem die Illegitimität des Wechsels der Staatsform, für diese Annahme zu sprechen scheinen, so fehlt es doch an einem so durchschlagenden Gesichtspunkt, wie er beim Reiche staatsrechtlich festgestellt werden konnte und als ausschlaggebend erachtet werden mußte. Daß der Übergang von der monarchischen zur republikanischen Staatsform sich in den Gliedstaaten unter schwersten Rechtsbrüchen vollzogen hat, ist nicht entscheidend. Wenn man im Bestehen einer konkreten Staatsform kein wesentliches Moment des staatlichen Daseins überhaupt erblickt, so ist auch unbeachtlich, ob ein Staatsformwechsel verfassungsmäßig im Wege der Evolution oder verfassungswidrig im Wege der Revolution vorgenommen wird. Der ungeheure Unterschied zwischen einem monarchischen Preußen und einem republikanischen Preußen begründet allein noch keine Diskontinuität zwischen dem alten und dem neuen Preußen als Staat überhaupt. Mangels eines schwerwiegenden Diskontinuitätsgrundes aber, wie wir ihn beim Reiche konstatieren mußten, liegt kein hinreichender Anlaß dafür vor, einen Untergang des bisherigen preußischen Staates und die Entstehung eines neuen preußischen Staates anzunehmen. Und so auch bei den übrigen Gliedstaaten des Reiches. Sie sind durch die Revolution zu Republiken geworden, haben aber ihren Staatscharakter im übrigen zunächst weder eingebüßt noch (zur vollen Souveränität) ausgebaut.

Dennoch hat sich in einem recht wesentlichen Punkte schon mit der Revolution eine ganz erhebliche Änderung in der Stellung der Gliedstaaten zum Reiche vollzogen. Diese Änderung ist eine Auswirkung des Umsturzes auf die Organisation der Reichsgewalt. Das deutsche Kaiserreich war ein genossenschaftlich organisierter Verband der deutschen Gliedstaaten. Die Reichsgewalt gründete sich auf den Zusammenschluß der einzelnen Landesstaatsgewalten. Das Reich entstand durch die korporative Vereinigung der Staaten zu einem höheren staatlichen Verbande, zu einem größeren staatsrechtlichen Gebilde. Die deutsche Republik dagegen schien zunächst ein Einheitsstaat zu sein. Denn die Gliedstaaten waren, zwar nicht als Staaten, aber in ihrer Eigenschaft als gemeinsame Mitträger der Reichsgewalt fortgefallen. Ihnen stand keine subjektive Anteilnahme an der Innehabung und Ausübung der Reichsgewalt mehr zu. Ihre politische Gewalt war fortan auf ihre Landesgeschäfte beschränkt. Die Reichsstaatsgewalt war auf einen ganz neuen Träger übergegangen, zunächst auf die Arbeiter- und Soldatenräte, später auf das ganze deutsche Volk. Gleichwohl war Deutschland auch nach der Revolution kein Einheitsstaat geworden, sondern ein Bundesstaat geblieben. Das Verhalten der Räte, weiterhin des Volkes läßt keinen Zweifel daran, daß man die Gliedstaaten nicht nur als Staaten fortbestehen lassen wollte, sondern auch tatsächlich als Staaten aufrechterhalten hat. Deutliche Beweise dafür sind

Digitized by Google

z. B. die Bildung republikaniſcher Landesregierungen in den einzelnen Staaten und die Berliner Tagung der Vertreterkonferenz der deutſchen Gliedſtaaten am 25. November 1918. Von Grund auf gewandelt hatte ſich nur die ſtaatsrechtliche Beziehung der republikaniſchen Gliedſtaaten zur Reichsrepublik. Da die Reichsgewalt bei den Räten bzw. dem Volke ruhte, konnten die Staaten nicht mehr Träger der Reichsgewalt ſein. Sie ſtehen fortan zum Reiche lediglich in einem Unterordnungsverhältnis. Sie ſind nicht mehr insgeſamt ſubjektiv die Träger, ſondern — alle und einzeln — nur noch Objekte der Reichsgewalt. Der deutſche Bundesſtaat iſt hinfort nicht mehr genoſſenſchaftlich, ſondern herrſchaftlich, obrigkeitlich eingerichtet. Die Staaten haben eine erhebliche capitis deminutio erlitten. Sie haben auf dem Gebiet der Reichsangelegenheiten prinzipiell kein Wort mehr mitzuſprechen, ſondern ſind grundſätzlich auf das Gebiet der Landesangelegenheiten beſchränkt. Sie ſind eigentlich keine Gliedſtaaten, keine Bundesſtaaten (im Sinne der bisherigen Reichsverfaſſung) mehr, ſondern Unterſtaaten im Oberſtaate „Deutſches Reich".

V. In der deutſchen Republik

Damit haben wir auch die Frage, welche Stellung die Einzelſtaaten gegenüber der neuen deutſchen Volksrepublik einnehmen werden, nach der grundſätzlichen Seite ſchon beantwortet. Prüfen wir nunmehr noch, welche konkrete Geſtaltung das Verhältnis zwiſchen den Ländern und dem Reich nach der neuen Reichsverfaſſung erhalten ſoll.

Daß die Notverfaſſung der deutſchen Republik, das Geſetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 (Reichsgeſetzblatt 1919, Nr. 33) die „Freiſtaaten" als Staaten vorausſetzt, ergibt ſich über jeden Zweifel erhaben aus der Einrichtung und den Aufgaben des „Staatenausſchuſſes", der in einigen Beziehungen die Erbſchaft des bisherigen Bundesrats angetreten hat. Dieſer Staatenausſchuß iſt das Vertretungsorgan der deutſchen „Freiſtaaten", er gewährt ihnen eine gewiſſe Einflußnahme auf die Geſchäfte des Reiches, vor allem auf die Geſetzgebung. Jeder Freiſtaat hat im Staatenausſchuß mindeſtens eine Stimme. Bei den größeren Freiſtaaten entfällt grundſätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Überſchuß, der mindeſtens der Einwohnerzahl des kleinſten Freiſtaates gleichkommt, einer vollen Million gleichgerechnet wird. Kein Freiſtaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten ſein. Die Funktionen des Staatenausſchuſſes beziehen ſich teils auf die Geſetzesinitiative, teils auf die Feſtſtellung des Inhaltes eines neuen Geſetzes. Zunächſt bedarf die Reichsregierung zur Einbringung von Geſetzesvorlagen in der Nationalverſammlung der Zuſtimmung des Staatenausſchuſſes. Ergibt ſich dabei keine Übereinſtimmung zwiſchen Reichsregierung und Staatenausſchuß, ſo darf jeder Teil ſeinen Entwurf der Nationalverſammlung zur Beſchlußfaſſung vorlegen. Dieſe Vorſchrift iſt bei der Einbringung des Entwurfs der neuen Reichsverfaſſung ſchon

Digitized by Google

praktisch geworden. Sodann kommen alle Reichsgesetze mit alleiniger Ausnahme der neuen Verfassung, über die die Nationalversammlung souverän beschließt, nur durch Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuß zustande. Ist eine solche nicht zu erzielen, so kann der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeiführen. Weiterhin wird den Freistaaten ihr derzeitiger Gebietsbestand ausdrücklich garantiert; die Souveränität der Nationalversammlung zur Verabschiedung der künftigen Reichsverfassung ist an die Schranke gebunden, daß eine Veränderung des Territorialbestandes der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung erfolgen kann. Allerdings nimmt das Notgesetz einen tiefen, zwar nur indirekten, aber praktisch unausweichlichen Eingriff in die Verfassung der einzelnen Freistaaten vor, indem es das Recht zur Vertretung im Staatenausschuß an die Voraussetzung knüpft, daß die Regierung des Freistaates auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruht. Trotz dieser eingreifenden Bestimmung wird man aber annehmen dürfen, daß die Freistaaten ihren Staatscharakter nach dem derzeitigen Übergangsrecht der Notverfassung nicht verloren haben.

Problematischer ist dagegen ihr Staatscharakter nach dem künftigen Recht der endgültigen neuen Reichsverfassung geworden. Die besondere Eigentümlichkeit des ersten, von Staatssekretär Dr. Preuß verfaßten und am 20. Januar 1919 zusammen mit einer Denkschrift im Reichsanzeiger veröffentlichten Entwurfes ist der außerordentlich starke Zug vom Föderalismus zum Unitarismus, ja vom Bundesstaat zum Einheitsstaat. Scheinbar fußt dieser Entwurf auf dem bundesstaatlichen Prinzip. Das Reich soll aus seinen bisherigen „Gliedstaaten" als „Freistaaten" bestehen. Aber diese Freistaaten sind nur dem Namen nach noch Staaten. Schon quantitativ ist ihre Kompetenz äußerst gering bemessen. Doch dies gibt nicht den Ausschlag. Wichtiger ist die Tatsache ihrer völligen Abhängigkeit vom Reiche. Die Reichsregierung ist z. B. befugt, den Landesbehörden direkte Anweisungen über die Ausführung der Reichsgesetze zu erteilen. Sie kann in die Freistaaten Beauftragte entsenden, denen die Akten vorzulegen und alle gewünschten Auskünfte zu erteilen sind. Bei Zuwiderhandlungen gegen Reichsgesetze kann gegen die schuldigen Landesbeamten nach den für die Reichsbeamten geltenden Disziplinarvorschriften vorgegangen werden. Der Freistaat kann ferner nicht mehr frei über seine eigene Verfassung verfügen. Er muß ihren Inhalt entsprechend den nachstehenden, sehr eingreifenden Normativbestimmungen der Reichsverfassung gestalten. 1. Es muß eine aus einer Kammer bestehende Volksvertretung vorhanden sein, die in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl unter Beteiligung der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird. 2. Die Landesregierung muß dieser Volksvertretung verantwortlich und von ihrem Vertrauen abhängig sein. 3. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Ihre Vorstände müssen entweder unmittelbar nach den Grundsätzen unter Ziffer 1 oder

Digitized by Google

durch eine aus solchen Wahlen hervorgegangene Vertretung gewählt werden. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich auf die Gesetzmäßigkeit und Lauterkeit der Verwaltung und die Grundlagen der Finanzgebarung. 4. Die Volksvertretung sowie die Vertretungskörperschaften in den Gemeinden und Gemeindeverbänden haben das Recht und auf Verlangen von einem Fünftel ihrer Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur öffentlichen Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Gesetzlichkeit oder Lauterkeit von Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen angezweifelt wird. 5. Die Ortspolizei ist grundsätzlich Sache der Gemeinden oder Gemeindeverbände. 6. Jedes bewohnte Grundstück muß einer Gemeinde angehören. — Vollends aber: Im Handumdrehen können Freistaaten werden und vergehen. Dem deutschen Volke wird es freigestellt, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Die Vereinigung von Gliedstaaten geschieht durch Staatsvertrag unter Zustimmung der Volksvertretungen und der Reichsregierung. Die Loslösung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverbande zwecks Vereinigung mit einem anderen Freistaat oder zwecks Bildung eines selbständigen Freistaates ist durch Abstimmung der Bevölkerung des Landesteils bedingt und möglich. Diese Vorschrift des Preußschen Entwurfes richtet sich unverkennbar gegen das Fortleben des preußischen Staates in seiner bisherigen Einheit. Die Denkschrift macht auch gar kein Hehl daraus, daß ihr das Weiterbestehen Preußens ein Dorn im Auge ist. „Der Fortbestand einer einheitlichen Republik von 40000000 Einwohnern innerhalb einer von ihr organisatorisch getrennten Republik von zusammen etwa 70000000 Einwohnern ist schlechthin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit." Nach allen diesen Vorschlägen von Preuß kann man schlechterdings nicht mehr einen Staatscharakter der sogenannten deutschen „Freistaaten" anerkennen. Diese angeblichen „Freistaaten" sind nichts weiter als Selbstverwaltungskörperschaften des Reiches nach Art der Kommunalverbände, allerdings mit einer sehr hochentwickelten und sehr weitgehenden Autonomie ausgestattet. Diese Konsequenz zieht denn auch Preuß selbst offen und ehrlich in seiner Denkschrift.[1]) Dieser Folgerung kann sich auch die staatsrechtliche Würdigung nicht verschließen. Dieses Ergebnis aber, daß die „Freistaaten" — so auch Preußen — keine Staaten mehr, sondern bloß noch Selbstverwaltungskörper im einheitlichen Reichsstaate sein sollen, hat allenthalben in Schrift und Wort[2]) heftigen Widerspruch geweckt.

Zwecks Umgestaltung des Preußschen Entwurfes zur Regierungsvorlage für die Nationalversammlung traten Vertreter der Reichsregierung

[1]) Belege dafür in meiner Abhandlung „Die staatsrechtlichen Grundgedanken der neuen Reichsverfassung" im Aprilheft 1919 dieser Monatschrift, S. 5.

[2]) Vgl. besonders die Rede des preußischen Justizministers Heine in der Nationalversammlung am 3. März 1919. (Stenogr. Bericht der Nationalversammlung, S. 457 f.)

Digitized by Google

und der Landesregierungen zusammen. Das Ergebnis ihrer Beratungen war ein neuer Entwurf, der gegenüber der Preußschen Arbeit einen erheblich veränderten Charakter trägt. Der Einfluß der Gliedstaaten hat sich stark geltend gemacht. Der Unitarismus ist zurückgedämmt, der Partikularismus zu neuem Leben erwacht. So trägt die Regierungsvorlage den Stempel eines nicht immer glücklichen Kompromisses zwischen der Einheitstendenz und den partikularistischen Sonderwünschen. Vor allem ist die Staatsgewalt der „Gliedstaaten", wie die „Freistaaten" jetzt amtlich heißen sollen, notdürftig wiederhergestellt. Quantitativ ist die Kompetenz des Reiches abermals erweitert, qualitativ aber abgeschwächt, indem die Reichsgewalt nicht mehr so tief in die Landesgewalt eingreifen darf. Die Richtlinien, die der Preußsche Entwurf für die Verfassungen der Freistaaten aufgestellt hatte, sind zum größten Teil verschwunden. Sie beschränken sich darauf, daß jeder Gliedstaat eine freistaatliche Landesverfassung haben muß, nach der die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird und nach der die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf. Die Vereinigung von Gliedstaaten und die Umlegung von Landesteilen bleibt innerhalb enger Schranken vorgesehen, doch kann die Reichsregierung mangels Einigung der beteiligten Staaten bloß zwecks Vermittlung angerufen werden. Hierauf beschränkt sich wenigstens die Vorlage des Staatenausschusses. Die Reichsregierung dagegen schlägt weitergehend vor, daß im Falle der Erfolglosigkeit der Vermittlung die Angelegenheit auf Antrag eines der Beteiligten durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz geregelt werden kann. Die Aufnahme einer solchen Vorschrift in die neue Reichsverfassung wäre allerdings mit dem Staatscharakter der Gliedstaaten gänzlich unvereinbar. Abgesehen hiervon scheint aber dieser Regierungsentwurf eine selbständige Staatsgewalt der Gliedstaaten anzuerkennen. Andererseits geht er viel zu weit zugunsten des Partikularismus. Ihm werden auf dem Gebiete des völkerrechtlichen Verkehrs, der Militärverwaltung und im Verkehrswesen bedenkliche Zugeständnisse gemacht. Die Gliedstaaten sollen, allerdings nur mit Zustimmung des Reiches, im Rahmen der Landeskompetenz Verträge mit dem Ausland abschließen dürfen. In ihren bisherigen selbständigen Landesmilitärverwaltungen können die Gliedstaaten nicht ohne ihre Zustimmung beschränkt werden. Die Vereinheitlichung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens sowie der Wasserstraßenverwaltung ist durch vertragliche Abmachungen zwischen Reich und Landesregierungen bedingt. Mehrere alte steuerliche Reservatrechte werden wieder aufgefrischt. Endlich trägt der Entwurf dem Gedanken des Föderalismus durch die Einrichtung des „Reichsrates" Rechnung. Durch dieses Reichsorgan wird den Gliedstaaten eine gewisse, aber sehr beschränkte aktive Anteilnahme an den Reichsgeschäften zugestanden. Auch dieses ist neben anderen ein Merkmal, das für die Staatsnatur der Gliedstaaten im Sinne dieses Entwurfes gewertet werden kann.

Digitized by Google

Der Verfassungsausschuß, dem die Nationalversammlung die Vorberatung des ihr vorgelegten Entwurfes einer Reichsverfassung überwiesen hatte, hat diesen Entwurf in gründlicher und streng sachlicher Arbeit auf das sorgfältigste durchberaten und nach manchen Richtungen erfreulich vervollkommnet. Bemerkenswert ist vor allem eine ziemlich radikale Beseitigung der partikularistischen Konzessionen und eine gewaltige Stärkung des Unitarismus. Die steuerlichen Reservatrechte der Südstaaten sind gefallen. Auch die Konservierung der selbständigen Landesmilitärverwaltungen ist gestrichen worden. Die Verwaltung der Reichsabgaben erfolgt nicht durch die Gliedstaaten, sondern durch eigene Reichsbehörden. Die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs gehen auf das Reich über. Die Übernahme soll allerdings zunächst im Wege der Verständigung versucht werden. Ist eine solche aber bis zum 1. Oktober 1920 noch nicht herbeigeführt, so wird die Entscheidung über die Bedingungen der Übernahme durch Reichsgesetz getroffen. Das gleiche gilt für die Übernahme der dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen und Wasserstraßen in Eigentum und Verwaltung des Reiches. Die Gesetzgebungskompetenz des Reiches ist abermals erweitert. Insbesondere sind einige Angelegenheiten hinzugekommen, in denen das Reich im Bedürfnisfalle gleichmäßiger Reichsvorschriften solche erlassen kann, ferner eine Reihe von Materien, die an sich der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben, für die das Reich aber gesetzliche Grundsätze aufstellen darf. Die Gliederung des Reiches in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerungen erfolgen. Neubildung und Gebietsänderung kann nur mit Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder geschehen, ohne solche nur durch verfassungänderndes Reichsgesetz und nur dann, wenn der Wille der Bevölkerung sie fordert oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner des Bezirks festzustellen. Die hier vorgesehene Volksabstimmung mildert ein wenig die Härten, die sich sonst aus der Möglichkeit des Eingriffes der Reichsgesetzgebung ergeben würden. Die Staatsgewalt der Gliedstaaten erfährt nach dem Kommissionsentwurf eine sehr schwere, ihre Selbständigkeit auf das empfindlichste berührende Belastungsprobe. Der Staatsrechtler müßte schon ein Auge zudrücken, wenn er nach dem derzeitigen Stand der Verfassungsarbeiten den Charakter der Länder als selbständiger Staaten noch anerkennen wollte. Ich kann mich dazu nicht entschließen. Das Höchstmaß dessen, was man einem selbständigen Staate an Beschränkungen auferlegen und an Kompetenzen entziehen kann, ohne den Lebensnerv seiner eigenen staatlichen Existenz zu töten, ist überschritten worden. Die geringfügigen Funktionen aktiver Anteilnahme der Länder an der Bildung des Reichswillens vermögen diese Lücke nicht auszufüllen. Es dürfte der Theorie kaum gelingen, den nach dem Verfassungsentwurf zu einer inhaltlosen Fiktion herabgesunkenen Staatscharakter der deutschen Länder wissenschaftlich aufrechtzuhalten.

Digitized by Google

Nun hat die Nationalversammlung das Verfassungswerk abgeschlossen. Die Änderungen, welche sie am Wortlaut des Ausschußentwurfes noch vorgenommen hat, sind zahlreich, aber inhaltlich nicht von erheblicher Bedeutung. Vor allem ändern sie an dem Bild, das wir schon nach den Ausschußberatungen von den einzelnen deutschen Ländern gewonnen haben, soweit ihre Staatseigenschaft in Frage kommt, nichts mehr. Das neue Deutschland wird politisch einen — allerdings stark dezentralisierten — Einheitsstaat darstellen. Formaljuristisch ist nach der neuen Verfassung der Staatscharakter der Länder erhalten geblieben. Aber dem Kern und Wesen nach ist dieser Staatscharakter so sehr verblaßt, daß man in Wahrheit nicht mehr von Gliedstaaten des Reiches sprechen darf. Dieses Ergebnis ist nicht unbedenklich. Viele Jahrhunderte deutscher Geschichte haben uns gelehrt, daß nur die von Bismarcks Meisterhand schließlich verwirklichte bundesstaatliche Form diejenige ist, die der Eigenart unseres Volkslebens am vollkommensten gerecht wird und auch den Besonderheiten der einzelnen deutschen Länder politisch kluge Rechnung trägt. Sollte das deutsche Volk sich mittlerweile so von Grund aus gewandelt haben, daß es die Erfahrungen seiner historischen Vergangenheit unbeachtet lassen, daß es die teuer erkauften Lehren seiner Geschichte in den Wind schlagen durfte? Eine organische Selbstentwicklung des deutschen Staatswesens hätte die Umwandlung des Bundesstaates in einen Einheitsstaat allmählich vollziehen können. Eine gemachte, künstliche Umformung aber, eine Überstürzung des ruhigen Entwicklungsganges kann Deutschland wohl kaum zum Segen gereichen.

Theater und Kino im neuen Volksstaat

Von

Prof. Dr. Konrad Lange, Tübingen

Eine Umwälzung wie die, welche unser Staatswesen kürzlich erlebt hat, kann nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Künste bleiben. Dieser Einfluß braucht nicht notwendig ein schlechter zu sein. Die Kulturgeschichte hat auch sonst wohl gezeigt, daß militärische Mißerfolge, politische Niederlagen und moralischer Verfall von einer unerwarteten Blüte der Kunst begleitet gewesen sind. Aber auch die Meinung, daß die Revolution und der Übergang von der Monarchie zur Republik der Kunst immer einen Vorteil bringen müsse, ist ohne Zweifel irrig. Ich glaube, daß günstige und ungünstige Einwirkungen sich hier ungefähr die Wage halten. Eine klare Erkenntnis dieses Verhältnisses wird vielleicht dazu beitragen, daß die führenden Männer die günstigen Folgen soviel wie möglich auszunützen, die un-

Digitized by Google

günstigen in ihrer Wirkung abzuschwächen suchen. Das ist der Zweck der folgenden Zeilen.

Zu den günstigen Einwirkungen unseres Zusammenbruchs rechne ich, daß das nunmehr erfolgte Zurücktreten der Machtbestrebungen und materiellen Interessen eine allgemeine Erstarkung und Vertiefung des geistigen Lebens zur Folge haben wird. Die Äußerlichkeiten unserer Kultur, die protzenhaften Übertreibungen, die mit der wirtschaftlichen Blüte der letzten Jahrzehnte verbunden waren, werden hoffentlich einer größeren Einfachheit und einer Besinnung auf den Zweck des Daseins und die geistigen Güter weichen. Das deutsche Volk wird sich wieder auf seinen eigentlichen Beruf besinnen, der von jeher auf geistigem Gebiete gelegen hat.

Dazu wird die Vereinfachung des ganzen Lebens, zu der wir gezwungen sein werden, wesentlich beitragen. Wir sind durch den ungünstigen Ausgang des Krieges ein armes Volk geworden. Unsere Niederlage hat gezeigt, daß das Streben Deutschlands, sich einen Platz an der Sonne zu sichern, unberechtigt war. Nicht weil es unmoralisch gewesen wäre — nur Schwachköpfe können so etwas behaupten —, sondern weil wir noch nicht über die nötige Macht geboten, um es mit beinahe ganz Europa nebst Amerika und einem Teil Asiens aufzunehmen. Wir konnten nicht voraussehen, daß alle Völker zusammenstehen würden, um den unbequemen Konkurrenten niederzuschlagen. So ist denn das Unglaubliche geschehen. Deutschland ist dermaßen besiegt worden, daß es aufgehört hat, eine Großmacht ersten Ranges zu sein. Unsere Industrie und unser Handel werden sich — vielleicht — mit der Zeit wieder erholen. Aber sie werden in Zukunft nur soweit blühen, als sie keinem unserer Feinde ernsthafte Konkurrenz machen. Und unsere jahrzehntelang in den sozialdemokratischen Gewerkschaften geschulten Arbeiter sorgen noch außerdem durch ihre Streiks dafür, daß die wirtschaftliche Wiedergeburt möglichst lange verzögert wird.

Die Folge davon wird die sein, daß wir überhaupt zunächst kein Industrievolk mehr sein, sondern auf die Stufe eines ackerbautreibenden Volkes zurücksinken werden. Die Kultur der vormärzlichen Zeit, der Biedermeierzeit, die ja manches Sympathische hatte, wird wiederkehren. Es scheint, daß wir das schon lange geahnt haben. Wie würde sich sonst das Kokettieren mit dieser Kultur in der Kunst, der Kleidermode und dem ganzen Zuschnitt des äußeren Lebens erklären? Jahrzehntelang haben wir uns so eine Scheinwelt geschaffen, die der Wirklichkeit entgegengesetzt war. Unsere Niederlage hat das ästhetische Ideal unserer Snobs zur bitteren Wahrheit gemacht.

Damit wird sich eine Umstellung unseres ganzen geistigen Lebens vollziehen. Das deutsche Volk wird wieder ein Volk der Dichter und Denker werden. Als solches war es ja bei allen Völkern Europas beliebt. Wir waren früher das Schaf, das den Wölfen kein Wässerchen trübte. Und es fehlt jetzt bei uns nicht an solchen, die behaupten, wir hätten dabei bleiben sollen, es sei ein Fehler von uns gewesen, höher hinaufzustreben und dadurch die

Digitized by Google

anderen zu reizen. Elende Wichte! Jetzt bleibt uns freilich keine andere Wahl. Es ist ja auch klar, daß der Verzicht auf alle äußeren Machtmittel uns notwendig auf die Pflege der Kunst und Wissenschaft hindrängen muß. Ein Volk, das kein Heer und keine Flotte, keine Kolonien und keine Exportindustrie hat, und mehr als das: ein Volk, das alles dies nicht haben will, das den Besitz dieser Dinge für Überhebung und Machtdünkel hält, muß, wenn es sich nicht völlig aufgeben soll, seine Zuflucht in der Pflege der geistigen Interessen suchen. Zeit dazu ist ja auch vorhanden. Die Bürger, die bisher ihr Interesse auf äußere Dinge, auf Gewinn und Macht, Luxus und Genuß gerichtet haben, sind jetzt in der Lage, sich ganz auf das Innenleben zurückzuziehen.

Diese Umstellung unserer Interessen wird sich unter anderem in der Form äußern, daß viele junge Leute, die sich bisher zu Kaufleuten, Offizieren, Technikern und Beamten ausbildeten, sich in Zukunft den freien wissenschaftlichen und künstlerischen Berufen widmen werden. Vor allem aber wird sie ihren Ausdruck darin finden, daß der Staat alles tun wird, um diese Gebiete zu fördern. Unseren Kultusverwaltungen liegt die schöne Aufgabe ob, die Bedürfnisse auf diesem Gebiete rechtzeitig zu erkennen und den anderen staatlichen Bedürfnissen gegenüber durchzusetzen. Die stark geschmälerten Mittel, die unserem Gemeinwesen noch zur Verfügung stehen werden, sollten zum großen Teil dazu benutzt werden, der Kunst und Wissenschaft zur Blüte zu verhelfen.

Erfüllen sich diese Bedingungen, so dürfen wir hoffen, zum mindesten in der Poesie und Musik, außerdem aber auch in den Geisteswissenschaften, besonders in der Philosophie, Philologie und Geschichte den übrigen Völkern wieder in ähnlicher Weise voranzugehen, wie wir es einstmals in Winckelmanns, Kants, Goethes und Beethovens Zeit getan haben.

Besonders unser Theater muß danach streben, wieder eine leitende Rolle zu spielen, eine vorbildliche Stellung einzunehmen. Unsere Dichter werden diesem Gebiet wahrscheinlich ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Bretter, die die Welt bedeuten, werden uns wieder wie in Schillers Zeiten einen Trost in trüben Verhältnissen gewähren. Die ideale Welt, die sie uns vorführen, wird uns wieder — wie früher — ein Ersatz für die ausgefallene oder hoffnungslose Wirklichkeit sein. An ihr werden wir uns aufrichten, wenn wir verzweifeln wollen, aus ihr werden wir nun Kraft für eine bessere Zukunft schöpfen. Es stände ja schlimm mit dem deutschen Volke, wenn es nicht wenigstens diese Zuflucht hätte.

Können wir also in diesem Sinne dem Zusammenbruch eine gute Seite abgewinnen, so müssen wir andererseits eine schwere Schädigung unserer Kultur darin erblicken, daß dieser Zusammenbruch die Form der Revolution angenommen hat. Gewaltsame politische Umwälzungen sind der Pflege der geistigen Interessen, besonders der Kunst, noch niemals günstig gewesen. Wenn die Aufmerksamkeit der Menschen von der Machtpolitik der Parteien, von so-

Digitized by Google

zialen Utopien, von Verfassungsentwürfen in Anspruch genommen ist, kann der Geist nicht die Ruhe und Heiterkeit finden, deren er zum künstlerischen Schaffen und Genießen bedarf. Richard Wagners Vorstellung, daß revolutionäre Bewegungen für die Entwicklung der Kunst nützlich seien, weil nur aus dem freien Geist des Umsturzes eine freie Kunst hervorgehen könne, wird durch sein eigenes Leben widerlegt. Seine Teilnahme an der Dresdner Revolution von 1849 hat ihn aus einer erfolgreichen künstlerischen Tätigkeit in einem monarchischen Staat herausgerissen und in die republikanische Schweiz geführt, wo er durchaus nicht das fand, was er suchte, dafür aber zu einem unsteten und unruhigen Leben verdammt war, das seiner Produktion den schwersten Schaden zugefügt hat. Seine künstlerische Reform des Theaters aber beruhte — ganz abgesehen davon, ob sie glücklich war oder nicht — auf Erwägungen, die mit Politik nicht das mindeste zu tun hatten.

Dennoch ist der Irrtum, von der Revolution sei ein künstlerischer Aufschwung zu erhoffen, weit verbreitet. Nichts ist merkwürdiger als die begeisterte Zustimmung, die der Übergang von der Monarchie zur Republik bei vielen Geistesarbeitern gefunden hat. Daß die Schwachen, die Durchschnittsmenschen, die es bisher schwer im Leben hatten, alles von der neuen Ordnung der Dinge erhoffen, begreift man noch. Eine Gesellschaft, in der keiner sich über den anderen erhebt, in der volle Gleichheit herrscht, entspricht den Leistungen und Bedürfnissen der Mittelmäßigkeit. Aber daß auch bedeutende Künstler, starke Individualitäten bei dieser Herrschaft des Durchschnitts, d. h. bei dieser allgemeinen Herabdrückung des geistigen Niveaus zu ihrem Recht zu kommen hoffen, ist im Grunde unverständlich. Soweit dabei nicht kluge Berechnung im Spiel ist, erklärt sich diese Erscheinung wohl nur aus der naiven Unkenntnis der kulturellen Bedingungen der Kunstentwicklung, die in diesen Kreisen herrscht. Einem Kenner der Kunstgeschichte braucht man nicht erst zu sagen, daß jede Demokratisierung der Gesellschaft die Kunst in ihrer Höherentwicklung hemmen muß. „Kunst für Alle", „künstlerische Erziehung des Volkes" sind Ideale, die allerdings im Sinne der rezeptiven Kunsttätigkeit berechtigt sind. Wir haben ihnen ja auch lange vor der Revolution gehuldigt. Aber die Kunst als schöpferische Tätigkeit ist niemals Sache „Aller" oder „des Volkes", sondern immer Einzelner, besonders Begnadeter gewesen. Sie ist in ihrer höchsten Entwicklung ein durchaus aristokratisches Gewächs. Kunst kann nur da blühen, wo bedeutende Einzelpersönlichkeiten ihre angeborene Begabung durch Fleiß und Energie so sehr gesteigert haben, daß sie in dieser Richtung weit über den Durchschnitt emporragen. Und sie kann materiell nur da gedeihen, wo große Kapitalien in den Händen einzelner hervorragender Menschen konzentriert sind, die in ihrem Geschmack mit den großen Künstlern ihrer Zeit übereinstimmen und sie deshalb beschäftigen und unterstützen.

Es liegt auf der Hand, daß die Ideale der Revolution mit diesen Bedingungen nicht vereinbar sind. Die völlige Gleichheit aller Menschen in der Schätzung der Gesamtheit und die Einheit der Erziehung, die der neue Volks-

Digitized by Google

staat fordert, sind nicht geeignet, bedeutende Einzelpersönlichkeiten zu züchten, ganz abgesehen davon, daß sie der notorischen Tatsache der Verschiedenheit der Begabungen widersprechen. Die Forderung „Freie Bahn dem Tüchtigen" war schon in unserem seitherigen Stdat erfüllt, was einfach daraus hervorgeht, daß viele erfolgreiche Künstler — man denke nur an Menzel, Lenbach, Thoma usw. — aus kleinsten Verhältnissen hervorgegangen sind. In dieser Beziehung wird der Volksstaat nicht das geringste ändern. Das Genie wird sich nach wie vor durchkämpfen müssen, aber auch nach wie vor durchsetzen. Nur wird es ihm in Zukunft schwerer werden, sich als etwas Höheres und Bevorzugtes unter seinen Mitmenschen Anerkennung zu verschaffen. Das Ideal der Sozialisierung aber, das zwar nicht auf eine Aufhebung des Eigentums, wohl aber auf eine gewisse Ausgleichung der Glücksgüter hinausläuft, wird die Zuleitung der materiellen Mittel zu künstlerischen Unternehmungen eher hindern als fördern. Die Gesamtheit als solche wird niemals eine Vorliebe für bestimmte noch dazu werdende Künstler haben. Nur einzelnen feinfühligen und begüterten Mäzenen kann man sie zutrauen. Die Gesamtheit, der Staat, die sozialistisch organisierte Gesellschaft wird immer das Hergebrachte, das Konventionelle, den Durchschnitt unterstützen. Auch hier wie in allen Gebieten wird die Ausschaltung der persönlichen Initiative die Entwicklung hemmen. In der Tat sind auch Revolutionen für die Kunst niemals günstig gewesen. Diese braucht nicht nur ruhige Zeiten, sondern auch persönliches Wohlwollen, überragende Erkenntnis Einzelner, Anerkennung individueller Tatkraft. Darauf beruht es, daß Monarchien, in denen die großen Künstler in engem persönlichen Verhältnis zu dem Fürsten stehen, der Kunst immer die günstigsten Entwicklungsbedingungen geboten haben. Es ist doch eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß derselbe Richard Wagner, der die Republik für die der Kunst günstigste Staatsform hielt, erst durch seine Bekanntschaft mit König Ludwig II. von Bayern das Ziel seiner Wünsche erreicht hat.

Eine Schädigung der Kunstentwicklung ergibt sich natürlich auch aus der allgemeinen Verarmung, der wir entgegengehen. Die Kunst kann nur bei einem gewissen Wohlstand gedeihen. Der Mensch muß mehr haben, als er zur Notdurft braucht, wenn er sich mit Kunst umgeben, die Künstler durch Ankäufe und Bestellungen fördern soll. Die ungeheuren Werte, die der Krieg vernichtet hat, die enorme Verschuldung, in die wir geraten sind, die unsinnigen Streiks, die unser Volksvermögen weiterhin schädigen und noch ganz vernichten werden, alles das entzieht der Kunst eine Menge Mittel, die ihr in normalen Zeiten zur Verfügung stehen würden. Und wenn der Besuch der Theater und Konzerte und der Ankauf von Bildern in den letzten Jahren lebhafter gewesen ist, als man erwartet hatte, so kann das doch nicht andauern, da es nur vorübergehender Natur und eine Folge anormaler Verhältnisse, d. h. der Kriegsgewinne und Lohnerhöhungen, war. Die allgemeine Auffassung geht wohl mit Recht dahin, daß die freien Künstler in der

Digitized by Google

nächsten Zeit bei uns ein schweres Leben haben werden. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß der Staat hier helfend eingreift und der notleidenden Kunst durch pekuniäre Unterstützung, soweit er irgend kann, über die schwierigen Jahre hinweghilft.

Gerade diese Armut ist es nun aber, die der Kunst andererseits einen gewissen Nutzen bringen wird, wenn man sich nur entschließen will, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Hierauf hinzuweisen ist eine besondere Pflicht, weil in weiten Kreisen darüber keine Klarheit herrscht und eine Ausnutzung dieser Vorteile vielleicht doch dazu führen kann, aus der Not eine Tugend zu machen und das Schlimmste von der deutschen Kunst abzuwenden.

Dieser Nutzen wird sich, wie ich glaube, am deutlichsten an den höheren Volksbelustigungen offenbaren. Panem et circenses werden wir dem Volke trotz aller Verarmung auch in Zukunft bieten müssen. Bei diesen Circenses aber wird Sparsamkeit von nun an eine Hauptforderung sein. Das wird zu einer gesunden Reaktion gegen die Übertreibungen der Ausstattung, gegen die materielle Üppigkeit, die auf diesem Gebiete bisher herrschte, führen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte eine ungesunde Übersteigerung der äußeren Anforderungen in allen Gebieten der öffentlichen Schaustellung Platz gegriffen. Besonders in unseren Zirkusaufführungen herrschte ein Luxus, der weit über die erlaubten Grenzen hinausging. Man mußte sich bei diesem Aufwand an technischen und maschinellen Mitteln, bei dieser Verschwendung von Menschen- und Tiermaterial, bei diesem Herbeiziehen aller Elemente, besonders des Wassers zu sensationellen Wirkungen, manchmal fragen, ob die Kosten für diese Veranstaltungen sich denn überhaupt lohnten. Und es war gewiß ein trauriger Gedanke, daß all das Geld, das auch der kleine Mann für solche Vergnügungen ausgab, doch schließlich nur der Befriedigung einer ganz äußerlichen und kunstlosen Schaulust diente.

Auch in den niederen Vaudevilles und Spezialitätentheatern war der Luxus der Ausstattungen und Kostüme vielfach so groß, daß man das Gefühl einer ungeheuren Verschwendung für nichtige und zum Teil unmoralische Produktionen nicht loswerden konnte. Wenn dieses ganze Artistenwesen, diese Jongleurkünste und Seiltänzereien, diese Pferdeschaustellungen und Künste der höheren Magie durch unsere bevorstehende Verarmung zurückgedrängt, vielleicht ganz beseitigt werden sollten, so brauchte man ihnen gewiß keine Träne nachzuweinen. Die Zeit und das Geld, die bisher für diese Nichtigkeiten geopfert wurden, würden dann in Zukunft den eigentlichen Künsten zugute kommen.

Auch diese, besonders die Bühnenkunst, werden aus dem Bedürfnis der Sparsamkeit Nutzen ziehen. Natürlich wird auch ihr Besuch zunächst wohl etwas zurückgehen. Selbst wenn unser industrielles Leben wieder normale Formen annehmen sollte, was noch keineswegs sicher ist, werden wir für den Schmuck des Lebens wenig übrig haben. Abendliche Vergnügungen außer dem Hause werden wir uns nur selten leisten können. Wenigstens wenn die bisherigen

Digitized by Google

Kosten dieser Veranstaltungen dieselben bleiben. Wer wird in Zukunft in der Lage sein, so hohe Preise für Theater und Konzerte zu bezahlen, wie in der letzten Zeit vielfach gefordert wurden? Es war doch schon bisher eine Anomalie, daß man ein Richard Wagnersches Musikdrama unter 10 Mark kaum zu sehen bekam, wobei man noch stundenlang an der Theaterkasse Queue stehen mußte! Eine wesentliche Herabsetzung der Preise, wie sie schon bisher bei Volksvorstellungen üblich war, wird in Zukunft unvermeidlich sein. Freilich hängen damit andere Schwierigkeiten zusammen, deren Tragweite man nicht unterschätzen sollte.

Die wirtschaftliche Lage unserer Theater ist durch den politischen Umsturz eine äußerst schwierige geworden. Bisher waren die größeren unter ihnen der Mehrzahl nach „Königliche" Theater und wurden aus der Privatschatulle des Fürsten subventioniert. Die Zivilliste, deren Höhe den Demokraten immer ein Dorn im Auge war, mußte im Jahr oft eine Million Mark und mehr aufbringen, um ein solches Institut — zum Segen des ganzen Volkes — auf einer gewissen künstlerischen Höhe zu halten.

Jetzt sind diese „königlichen Theater" zu „Landestheatern" geworden, d. h. der Staat hat ihnen gegenüber die Verpflichtungen übernommen, deren sich bisher die Fürsten unterzogen hatten. Der Staat, das will sagen die Gesamtheit der Steuerzahler. Diese werden also wie bisher, nur in anderer Form, für die Erhaltung dieser Institute aufkommen müssen. Die Hoffnung, durch die Abschaffung der Monarchie Geld zu sparen, erweist sich also auch hier als trügerisch. Und angesichts der ungeheuren Steuerlasten, denen wir entgegengehen, erhebt sich die Frage, ob sich die Gesamtheit der Steuerzahler einen solchen Luxus in Zukunft überhaupt wird leisten können.

Die bisherigen hauptstädtischen Theater, mochten sie nun staatlich oder städtisch sein, mochten sie eine fürstliche Subvention genießen oder nicht, konnten nur bei hohen Eintrittspreisen für die besseren Plätze bestehen. Sollten die billigen Plätze den Minderbemittelten überhaupt zugänglich bleiben, so mußte die Finanzaristokratie der Hauptstädte, die auf die Parkett- und Logenplätze abonniert war, eben durch die Höhe der Abonnementspreise die Mittel aufbringen, die neben der Subvention den Haushaltsplan dieser Institute gegen das drohende Defizit schützte. Wird es in Zukunft möglich sein, ganze Ränge und Logen durch ihre hohen Preise für die Reichen zu reservieren? Und wenn schon, wird es Reiche geben, die zu einer solchen Selbstbesteuerung fähig sind, und werden sie sich in so unsozialer Weise von den Armen und Minderbemittelten absondern wollen? Früher konnte man die hohen Preise für die Plätze der Reichen gegen die niederen für die der Armen aufrechnen. In Zukunft wird das nicht mehr möglich sein.

Dazu kommt ein weiteres. Schon die bisherigen königlichen Theater konnten ihr Repertoire nicht nach rein künstlerischen Gesichtspunkten gestalten. Sie konnten nicht nur klassische Dramen und gute moderne Stücke geben, sondern brauchten daneben Kassenstücke, Zugstücke, von denen man ein volles Haus

Digitized by Google

erwarten durfte. Nur so waren sie imstande, die lebende Produktion zu unterstützen. Welchen Schund von Operetten, Possen und Ausstattungsstücken hat man nicht unter diesen „Schlagern", sogar auf vornehmen Theatern, vielfach zu sehen bekommen! Ganze Wochen lang war die Bühne zeitweise mit ihnen verseucht. Wird man darauf in Zukunft verzichten können? Wird die Konzession an den Geschmack der Menge, die darin lag, in Zukunft, wo das Volk den Ton noch viel mehr angeben wird, geringer werden?

Das sind trübe Perspektiven, Fragen und Sorgen, die unsere Theaterleiter und Theaterfreunde seit einiger Zeit lebhaft beschäftigen. Man liest auch hier und da in den Zeitungen von Maßregeln, durch die man den drohenden Gefahren begegnen zu können hofft.

So wird z. B. gefordert, daß die Theater der Hauptstädte in höherem Maße als bisher für das ganze Land nutzbar gemacht werden. Solange sie noch „königliche" oder „Hoftheater" waren, konnten sie ihre Tätigkeit auf die Hauptstadt, den Sitz des Hofes und der Geldaristokratie, beschränken. Seitdem sie „Landestheater" geworden sind, erwartet man von ihnen, daß sie ihre Tätigkeit auch auf die anderen größeren Städte des Landes ausdehnen. Das Personal soll reisen und eine Reihe von Vorstellungen auch anderwärts geben. Das setzt freilich das Bestehen genügender Theaterbauten in den kleineren Städten voraus und kann nur bei Stücken durchgeführt werden, die keiner allzu reichen Ausstattung bedürfen.

Oder es sollen besondere Wandertheater geschaffen werden, die keinen festen Wohnsitz haben, sondern von Ort zu Ort ziehen. Mehrere Städte sollen sich zusammentun und Städtebundtheater gründen, wie das ja schon vor dem Kriege mit gutem Erfolg an mehreren Stellen geschehen ist. Ob die angedeuteten Schwierigkeiten damit behoben sein würden, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls weisen diese Pläne auf eine Wirkung in die Breite, auf die Beeinflussung weiter Kreise des Volkes durch die Kunst. Das ist eine durchaus gesunde Bewegung, wie überhaupt alle Bewegungen, die auf Hebung der Volksbildung hinauslaufen, unserer Sympathie sicher sind. Nur sollte man sich nicht den Anschein geben, als ob solche Bewegungen erst infolge der Revolution aufgekommen wären. Sie haben längst bestanden, und der neue Volksstaat kann in dieser Beziehung nichts Besseres tun, als sich die Traditionen des alten Beamtenstaates zunutze machen.

Ähnliches gilt auch von dem Verhältnis des Theaters zum Kino, in dem sich gerade gegenwärtig eine Veränderung anzubahnen scheint. Bekanntlich hat das Lichtspiel der Wortbühne schon geraume Zeit vor dem Kriege arge Konkurrenz gemacht. Die billigen Eintrittspreise, die das „Theater des kleinen Mannes" vor dem eigentlichen Theater voraus hatte, die Bequemlichkeit seiner Benutzung infolge der fortlaufenden Vorstellungen und der sensationelle, den Instinkten der Menge entgegenkommende Charakter seiner Darbietungen hatte die großen Massen des Volkes in steigendem Maße dem neuen Unterhaltungsmittel zugeführt. Dabei waren auch diejenigen Schau-

Digitized by Google

lustigen der Wortbühne abspenstig gemacht worden, die die Mittel für ein Theaterbillett wohl hätten aufbringen können. Viele Theater waren infolge dieser Konkurrenz eingegangen. Oft konnte man die Beobachtung machen, daß Lichtspielhäuser aus früheren Theatern hervorgegangen waren.

Man stand dieser Entwicklung bisher ziemlich ratlos gegenüber. Und doch hat es schon vor der Revolution nicht an Vorschlägen zur Abhilfe gefehlt. So habe ich z. B. vor drei Jahren in einem Vortrag über Kinoreform den Gedanken angeregt, die Theater möchten sich die lästige Konkurrenz dadurch vom Halse halten, daß sie sich des Lichtspielwesens bemächtigten und es geradezu in ihren Betrieb hineinzögen.[1]) Mir schwebten dabei Theater vor, die neben ihren Bühnenhäusern besondere Lichtspielsäle enthielten, oder bei denen die Bühnen an den Nachmittagen, vielleicht auch an einigen Abenden der Woche für Lichtspielaufführungen reserviert würden. Den Hauptvorteil dieser Einrichtung versprach ich mir davon, daß auf diese Weise Musterkinos erständen, die den privaten Lichtspielhäusern der Stadt erfolgreiche Konkurrenz zu machen und durch die Art ihrer Darbietungen das ganze Niveau des Lichtspielwesens zu heben imstande wären. Und ich glaubte, eine solche Einrichtung müsse schon deshalb im Interesse der Theater liegen, weil sie dadurch ihre Räume besser ausnützen könnten. Vor allem schien mir für diese Verbindung die materielle Erwägung zu sprechen, daß die Theater dadurch in den Stand gesetzt werden könnten, den beträchtlichen Gewinn, den die Lichtspiele abwerfen, in ihre Kassen zu leiten und für die Aufrechterhaltung eines klassischen Repertoires nutzbar zu machen. Bedenken hatte ich nur, ob unsere „königlichen" Theater nicht zu vornehm sein würden, sich auf eine solche Verbindung einzulassen.

Diese Bedenken sind nach der Revolution wohl nicht mehr am Platze. In der Tat liest man auch schon in den Zeitungen, daß das Münchener Landestheater und das Wiener Burgtheater für ihre geplante Neuorganisation eine Eingliederung des Lichtspiels in den Theaterbetrieb ins Auge gefaßt haben. Kinosäle sollen in den Theatern angelegt, das Schauspielerpersonal und der Fundus für die Herstellung der Filme zur Verfügung gestellt werden. Ja man denkt sogar daran, Filmfabriken mit den Theatern zu verbinden. Alles das weist auf eine weitgehende Ausbeutung des Lichtspiels in pekuniärer Hinsicht hin, und ich zweifle nicht daran, daß auf diesem Wege der Ausfall der Subventionen und der hohen Eintrittspreise völlig wieder ausgeglichen werden könnte.

Für das Lichtspielwesen dürfte eine solche Verbindung nur von Vorteil sein. Denn dadurch wäre ein entscheidender Schritt in der Richtung getan, die durch das staatliche oder städtische Monopol bezeichnet wird. Der Gedanke,

[1]) K. Lange, Nationale Kinoreform, München-Gladbach, Volksvereinsverlag 1918. Die Schrift enthält eine kritische Übersicht über die Reformbestrebungen auf diesem Gebiete, einen Bericht über das Zustandekommen des württembergischen Lichtspielgesetzes von 1914 und mancherlei neue ästhetische Anregungen.

Digitized by Google

Musterkinos in staatlicher oder städtischer Verwaltung oder wenigstens unter staatlicher oder kommunaler Beteiligung zu gründen, die als Schauplatz der so dringend geforderten Reformen dienen könnten, bestand ebenfalls schon vor der Revolution, und hatte in Unternehmungen wie der Stettiner „Urania" und dem daran angeschlossenen „Bilderbühnenbund deutscher Städte" einen praktischen Ausdruck und greifbare Gestalt gewonnen. Hoffentlich bemächtigt sich der neue Volksstaat dieser ohne sein Zutun entstandenen Bewegung. Er kann das um so eher, als eine solche Entwicklung ganz in der Richtung der von ihm geforderten Sozialisierung unserer Industrie liegt.

Ich habe schon in der erwähnten Schrift die Frage der Verstaatlichung des Lichtspielwesens aufgeworfen und möchte jetzt darauf noch einmal zurückkommen. Es ist gewiß merkwürdig, daß unter den „für die Sozialisierung reifen" Betrieben unserer Industrie, von denen man in der letzten Zeit so viel gelesen hat, das Lichtspielwesen nicht genannt worden ist. Und doch muß es einem auch nur einigermaßen sozial und demokratisch Empfindenden sofort einleuchten, daß ein Volksbildungs- und Volksunterhaltungsmittel von so ungeheurer Wichtigkeit für die Verbreitung von Kenntnissen und Anschauungen, noch dazu ein Unterhaltungsmittel, das so großen Gewinn abwirft, nicht der privaten Spekulation überlassen bleiben darf. Es widerspricht den einfachsten Grundsätzen der Volkserziehung, ein Bildungsmittel, das die Schule in so wichtiger Weise ergänzt, Privatleuten von zweifelhafter Qualifikation zu überlassen. Auch ist es eine volkswirtschaftliche Monstrosität, daß man in diesem Gebiete dem ausländischen Kapital in der Weise, wie es bisher der Fall gewesen ist, die Herrschaft einräumt. Nichts liegt näher, als daß der Staat den ganzen Betrieb in die Hand nimmt und die Gewinne einsteckt, die bisher in die Taschen der Aktionäre ausländischer Filmfabriken flossen. Wenn irgendwo, so fordert hier das Allgemeinwohl eine Sozialisierung, die natürlich wegen ihres tiefen Eingreifens in die Volkserziehung nur die Form der Verstaatlichung oder Kommunalisierung annehmen kann.

Aus der Monopolisierung des Kinos würde dem Staate nun aber die Aufgabe erwachsen, sich die ethische und ästhetische Reform des Lichtspielwesens, von der in den letzten Jahren so viel die Rede gewesen ist, angelegen sein zu lassen. Es handelt sich hier bekanntlich um den Kampf gegen die sogenannten „Schundfilms", d. h. die teils kitschigen, teils unmoralischen, jedenfalls aber sensationellen und ästhetisch wertlosen „Dramen", die noch immer im Mittelpunkt der Lichtspielaufführungen stehen. Sie untergraben nach dem Urteil aller Gebildeten die Moral und den Geschmack des Publikums in geradezu systematischer Weise. Es ist ganz unglaublich, unter welchen Vorwänden neuerdings die Schilderung sittenloser Vorgänge, die in diesen Dramen so beliebt ist, gerechtfertigt wird. Mit dem scheinbaren Zweck der „Aufklärung" und „Abschreckung" wird das Leben in den Freudenhäusern, der unerlaubte Geschlechtsverkehr, die venerische Ansteckung und das Elend der Geschlechtskrankheiten geschildert. Mit zynischer Deutlichkeit werden der

Digitized by Google

Jugend Verhältnisse vorgeführt, von denen sie noch nichts weiß und auch nichts zu wissen braucht, vor denen sie jedenfalls in anderer Form besser und wirksamer gewarnt werden kann. Und wenn dann ein solcher Film mit dem Ergebnis schließt, daß man zwar alles tun darf, aber sich in acht nehmen muß, und daß für alle Fälle der Spezialist da ist, der die Sache heilt, so ist auch für den Dümmsten der eigentliche Zweck dieser angeblich moralischen Aufklärungsarbeit enthüllt. Es ist ein Skandal, daß Vereine sich dazu hergeben, solche „Aufklärungsfilms", d. h. solche mit dem Mäntelchen der Sittlichkeit behängten Schilderungen unmoralischer Verhältnisse herstellen zu lassen oder mit ihrem Namen zu decken.

Aber auch die moralisch einwandfreien unter diesen Dramen richten durch die Fadheit und Nichtigkeit ihres Inhalts geistige Verheerungen an, die der Staat nicht gut verantworten kann. Denn sie täuschen dem ungebildeten Zuschauer einen ästhetischen Genuß vor, während es sich in Wirklichkeit um etwas ganz anderes, nämlich um Sinnenlust, Zeitverschwendung und überflüssige Geldausgaben handelt. Man rechne sich nur aus, was durch den Besuch dieser Lichtspielsäle der wahren Kunst entgeht! Was wir wollen, ist durchaus keine Unterdrückung, sondern nur eine Reform und Reinigung des Lichtspielwesens. Ich habe wiederholt nachgewiesen, daß dem Kino auch nach Ausscheidung der Dramen noch — ganz abgesehen von dem Felde der Belehrung — zahlreiche moralisch und ästhetisch einwandfreie Gattungen, wie das Märchen, die Humoreske, die Phantastik, der Tanz und die Pantomime zu Gebote stehen.

(Schluß folgt.)

Erlebnis und Dichtung in Goethes „West-östlichem Divan"

Eine Jahrhundertbetrachtung

Von

Dr. Ernst Traumann (Heidelberg)

(Schluß.)

Am 18. September fuhr Goethe mit Sulpiz Boisserée über Darmstadt nach Heidelberg, wo er am 20. September eintraf. Ihn umfängt nun wieder die heroische Landschaft, von der er einst auf seiner dritten Schweizerreise geschrieben, daß sie sich dem Ideal nähere, das der Maler aus mehreren glücklichen Naturanlagen sich in seiner schaffenden Phantasie zusammenbildet: der ewige Zauber der enge zwischen Fluß und Berg zusammengedrängten, von den ernsten Halbruinen des Schlosses gekrönten Stadt mit dem sanften Pathos ihrer geschwungenen Brücke und dem Blick in die weite, von immer

Digitized by Google

wechselnden Lichtern und Farben schimmernde Ebene, den die nächsten Hügel gewähren. Und niemals in seinem reichen Leben hat die Natur, die der Dichter sonst erst mit seinen Stimmungen in Einklang setzen muß, so unmittelbar seinem Inneren geantwortet, hat seine künstlerischen Gebilde so mühelos hervorgerufen und sich mit ihnen verschmolzen als in diesen gesegneten Heidelberger Tagen. Die satte goldene Sonne des Herbstes, die erst dieser deutschen Landschaft das südliche Gepräge verleiht, leuchtete auch dem Lebensherbste des Dichters. Seine tief erregte Seele entlädt sich in Früchten, deren Reichtum und Reife und Süßigkeit nur diese von einem wunderbaren Herzenserlebnis erfüllten, von einem einzigartigen Schicksal begnadeten Stunden zeitigen konnten. Die Tagebücher Goethes und Boisserées aus jenen Wochen zittern von verhaltener Bewegung. Es ist ein Schwung und eine Leidenschaft in dem Wesen des Dichters, wie sie uns nur einmal noch aus seinen Schöpfungen entgegenströmen: in jenen Straßburg-Sesenheimer Liedern aus Goethes Frühlingszeit, als von erstem wahrem Liebesglück, von einer herrlichen Natur und von deutschem Volksgesange geweckt, die Knospe echter, tiefempfundener Lyrik durch die zarte Hülle brach. Mit immer wachsendem Erstaunen gewahren wir, welche Fülle geistiger Arbeit der jugendliche Greis am Neckarstrande bewältigt, wie meisterhaft er es versteht, seine Tage zwischen dem geselligen Verkehr mit den gelehrten Freunden, der Betrachtung der Boisseréeschen Bücherschätze und dem Genusse der Natur zu teilen. Die Umgebung des Schlosses besonders ist der erhabene Zeuge seiner höchsten Glücksempfindung. Sein Tagebuch meldet vom 22. bis 26. September regelmäßige Besuche dieser unvergleichlich schönen Stätte. Es waren die Gipfelpunkte seines Heidelberger Aufenthaltes, Augenblicke, die der Genius, nur mit sich allein, seinem innersten Erlebnis widmete. Schon am Tage nach seiner Ankunft hatte er in frischem Gedenken an Marianne die „Geheimschrift“ besungen, die er mit seiner „süßen Herrin“ verabredet, dann die freien Rhythmen hingestürmt, worin er — ganz orientalisch — das überschwengliche Glück der errungenen Liebe bejubelt, Suleikas Leidenschaft einem ihm zugeworfenen Balle vergleicht, den er mit seinem ihr völlig ergebenen Ich zurückschleudert und worin er dann wieder die Verschwendungen ihrer Zärtlichkeiten einer bunten, von ihr geklöppelten Schnur gleichsetzt, die er, von ihr getrennt, in der Erinnerung auftröselt und mit dem Perlengeschenk seiner Dichtung erwidert, das die gewaltige Brandung ihrer Liebe an seines Lebens verödeten Strand auswarf. Drei Divangedichte entstehen am folgenden Tage, dem 22. September: das Zwiegespräch „Sag, du hast wohl viel gedichtet“, die reizende Frage Suleikas nach Hatems früheren Liebschaften mit dessen köstlicher Antwort, daß in allen ihren Vorgängerinnen nur sie, die Einzige, „prophezeit“ war. Dann der Dialog „Die Sonne kommt! Ein Prachterscheinen!“ — der Reflex eines Frühmorgens auf dem Schlosse, worin ein türkisches Ordensband mit Sonne und Halbmond das Gleichnis abgibt für die Wiedervereinigung der Liebenden, eine Vorahnung des Nahens Mariannens, ebenso wie die Unterhaltung

Digitized by Google

Suleikas mit Hatem über ihre Chiffer, die sie zweimal, „an des lust'gen Brunnens Rand" und am Ende der Zypressenallee im Boden von der Hand des Geliebten eingegraben findet. Es ist der Springbrunnen und die Baumreihe auf der Schloßterrasse, die hier in orientalischer Verkleidung zur Unsterblichkeit des Divans eingehen.

Am 23. treffen, zwei Tage früher als erwartet, Willemers in Heidelberg ein, zu Goethes freudigster Überraschung. Am gleichen Morgen hatte er unter den Edelkastanien des Schlosses, ein Sinnbild der Erfüllung seiner Liebe, das von Natur- und Liebesgefühl geschwellte „An vollen Büschelzweigen" gesungen und seine Lieder den ans Sonnenlicht drängenden Früchten verglichen, die nunmehr gehäuft der Geliebten in den Schoß fallen. Es war gleichsam die divinatorische Antwort auf den ihm noch unbekannten Sehnsuchtsgesang Mariannens vom Ostwind, den sie auf der Mühle, kurz vor ihrer Abreise, den Lüften anvertraut hatte, das unsagbar ätherische und innige: „Was bedeutet die Bewegung?" ... „Eh noch diese Hügel düstern, Sitz ich still zu seinen Füßen" ... „Dort, wo hohe Mauern glühen, finde ich den Vielgeliebten" ... Wie tief die Wiedervereinigung mit Mariannen den Dichter erregte und beglückte, bezeugt uns nicht nur Sulpiz Boisserée, der das Aufspringen Goethes bei der Kunde von der Ankunft der Frankfurter Gäste dramatisch beschreibt, sondern weit bedeutsamer das noch am Abend des 23. verfaßte „Wiederfinden", die Perle seiner Mystik: „Ist es möglich! Stern der Sterne, Drück' ich wieder Dich ans Herz!" ... Die Gegenwart der Geliebten ist ihm nach dem Chaos der Trennung eine zweite Weltschöpfung, hervorgerufen durch den Drang des allerzeugenden Eros, erhellt und farbengeschmückt nach der Flucht der Elemente durch das göttliche Morgenlicht, das sie wieder vereinigt und der Qual des Geschiedenseins für immer ein Ende bereitet — die herrliche Kosmogonie Goethes auf dem Grunde seiner Farbenlehre, die hier, mit einem Herzenserlebnisse sich vermählend, einen ihrer erhabensten Triumphe feiert. Der 24. September, zum Teil geselligen Spaziergängen auf dem Schlosse und im Neckartale gewidmet, gebiert das Wechselgespräch zwischen Hatem und Suleika „Volk und Knecht und Überwinder", worin jener das höchste Glück der Persönlichkeit dem tiefsten der Hingabe an die Geliebte opfert, der 25. das leidenschaftliche „Lieb' um Liebe, Stund' um Stunde", das mit dem Wunsch des Greises schließt: „Jussufs Reize möchte ich borgen, Deine Schönheit zu erwidern".

Am 26. reisen die Frankfurter Gäste wieder nach Hause, und am gleichen Tage noch vertraut Marianne ihre Seufzer dem Winde an, in dem unsterblichen Liede: „Ach, um deine feuchten Schwingen, West, wie sehr ich dich beneide." Unvermindert glüht die Leidenschaft nach dem Abschied Mariannens in Goethe fort, ja sie lodert stärker auf denn zuvor. Aus dem am 30. September gedichteten „Locken, haltet mich gefangen" bricht eine so verzehrende Glut, daß der Dichter sein stürmisches Herz dem Ätna vergleicht, der unter dem Schnee seiner weißen Haare hervorrast, und daß er, beschämt von der

Digitized by Google

Jugend der Geliebten, gestehen muß: „Und noch einmal fühlet Goethe Frühlingshauch und Sommerbrand“. Und wieder antwortet Suleika ihrem Hatem mit der Versicherung: „Nimmer will ich dich verlieren, Liebe gibt der Liebe Kraft“, und mit der Weisheit, die das Wesen der Neigung zweier Dichterherzen erschöpft:

Denn das Leben ist die Liebe
Und des Lebens Leben Geist.

Liebe und Geist, das ist der Gehalt der kurzen Suleika-Episode in Mariannens Dasein, der unvergängliche Gewinn, der ihr übriges Leben durchsonnte. „Mir bleibt genug! Es bleibt Idee und Liebe!“ ruft auch Goethe im „Buch der Betrachtungen“, da er die Summe seines Erdentreibens zieht. Noch tönt diese Weise in ihm fort, als Marianne wieder an den Main zurückgekehrt war und er, nun allein, auf dem Schlosse vor der Gingo biloba den geheimen Sinn ihres gespaltenen Blattes kostet, der ihm verriet, daß er „eins und doppelt“ sei, und als er „entfernt von Tag und Licht“ weder zu sprechen noch zu schreiben vermochte und allein in dem Wörtchen „Gedenke!“ sein Genügen findet. An die Stelle der Geliebten ist nunmehr der „Schenke“ getreten, dem er sein Inneres vertraut. „An meine Liebste dacht' ich“, an sie, an der er knechtisch hängt und der sein verstummender Gesang nachtrauert:

„Wo war das Pergament, der Griffel wo,
Die alles faßten? — Doch so war's! Ja, so!“

Es waren die Verse, die er nicht Mariannen selbst zuzusenden wagte, sondern deren Stieftochter Rosette am 27. September mit der Erklärung schickte: „Nachdem uns denn die Freunde verlassen hatten, fingen die bisher nur drohenden Übel an, förmlich auszubrechen, es entstand ein Brustweh, das sich fast in Herzweh verwandelt hätte, natürliche Folge der Heidelberger Zugluft und veränderlichen Schloßtemperatur ...“ Der gezwungene Humor dieser elegischen Zeilen sollte bald bitterem Ernste weichen, als Goethe nach einem zweitägigen Aufenthalt in Karlsruhe am 5. Oktober nach Heidelberg zurückkehrte. Boisserée, sein Begleiter, hat uns über die seltsam zerrissene Stimmung, von den fast rätselhaft ahnungsvollen Gesprächen des Dichters berichtet, auch wie er am 6. Oktober eine Krankheit befürchtet habe. Der bei ihm gewohnte körperliche Ausfluß seelischer Katastrophen! Der Herzenswunde wagt nicht den Weg über Frankfurt zu nehmen und fährt über Würzburg „nach traurigem schwerem Abschied“ am 7. von Heidelberg ab. Willemer und seiner Tochter hatte er brieflich die „unausweichliche Notwendigkeit“ dieser Flucht angedeutet, „allein nur dadurch beruhigt, daß er ohne Willkür und Widerstreben den vorgezeichneten Weg wandle und um desto reiner seine Sehnsucht nach denen richten könne, die er verlassen“. Sein Dank für alles Liebe und Gute, so schreibt er, wäre nicht der rechte, wenn er nicht eine Schmerzensform annähme. Seine Gedanken umschweben Haus und Hain der Mühle, aus deren Schatten er nicht vertrieben werden könne. So begrüßt er auch

Digitized by Google

in Würzburg nochmals die Ufer des Mains, in den er sogleich — eine symbolische Handlung nach einem Divanspruche! — die zierlichsten Kuchen hineinwirft, wobei er wünscht, sie möchten zur rechten Stunde zwischen dem Rohr zunächst der bekannten lieben Terrasse glücklich landen. Im November des Jahres hat er in drei Divanliedern „Hochbild", „Nachklang" und „Abglanz" die tragische Seite seines herbstlichen Liebesglücks beleuchtet. Helios, der Sonnengott, kann die Wolkentochter wohl mit Irisfarben vergolden, aber nicht erreichen. In der Nacht aber versinkt der strahlende Anblick und weicht dem Kummer des Vereinsamten, der nun das „Mondgesicht" der Geliebten anfleht, ihm zu leuchten. Dann erblickt er im Reflexe des Spiegels ihrer und seiner Lieder ihrer beider Bildnis, und sogleich wird das „stille Witwerhaus" gesellig — ein wehmütiges Bekenntnis seiner geistigen Ehe mit Marianne, die dem Gatten Christianens versagt blieb.

Die Suleikaliebe, die von Hatem solange „erharrt" war, der Herzensbund mit der „Geistreichen, die den Geist zu schätzen weiß, der die Jugend früh zeitigt und das Alter verjüngt", die ihm, wie Dilaram ihrem Freunde Behramgur mit gleichem Wort und Klang erwiderte, deren Mund „Selbstgefühltes und selbstgedichtetes Lied entquoll", hatte Goethe in Marianne Willemer und keiner anderen seiner Geliebten gefunden. Das Liebesgeheimnis des Divan mit den vollwertigen, ebenbürtigen Dichtergaben der unvergleichlichen Frau konnte deshalb so lange gewahrt bleiben, weil niemand vermuten konnte, daß Goethe den östlichen Schleier dieser Poesie aus der Hand der Wahrheit genommen habe und daß Suleika das Abbild einer wirklichen Dichterin gewesen sei. Erst als Greisin hat Marianne ihr wie ein Heiligtum gehütetes Erlebnis an Herman Grimm verraten, der es nach ihrem Tode der erstaunten Welt kundgab. Bis in Goethes letzte Tage stand die „liebe Kleine" mit ihm in brieflicher Verbindung, sinnige Geschenke gingen zwischen Frankfurt und Weimar hin und wieder, Hudhud, der Wiedehopf und Liebesbote, versah getreulich sein zierliches Amt und ward in immer neuen Gedichten zum lebendigen Glied der „Versammlung", in Mondscheinnächten, besonders der „überseligen" des Jahres 1828, waren sich, wie einst verabredet, die Liebenden nahe; aber nach dem Heidelberger Abschied haben sie sich nicht mehr gesehen. So ruht auf ihrem reinen Verhältnis der Heiligenschein der Entsagung.

Die Gedichte der Jahre 1814 und 1815, der poetische Niederschlag der tiefen Erlebnisse der beiden Reisen in die Heimat, bildeten den Kern, an den die übrigen Lieder anschoßen, um sich allmählich zum Kristall des gruppenweise eingeteilten Divan zu vollenden. Schon beim letzten Abschied von Heidelberg waren dreizehn „Bücher" vorgesehen, in deren Mitte das von Timur als Höhepunkt der Sammlung; darum gelagert je drei Bücherpaare, worunter ein „Buch der Freunde", das Goethes Verehrung und Dank für wohlverdiente Orientalisten wie Diez, Eichhorn und andere ausdrücken sollte, ein Plan, der nur in vereinzelten, an anderer Stelle des Divan und seiner Abhandlungen untergebrachten Widmungsversen verwirklicht wurde. Im Jahre 1819 erschien

Digitized by Google

zum ersten Male (nach einer Veröffentlichung einiger Proben im Cottaschen Taschenbuch für Damen auf 1817) der West-östliche Divan in Buchform — der Anlaß für unsere säkulare Betrachtung der Sammlung. Er enthielt nur zwölf Bücher, in vier Triaden von sehr verschiedenem Umfange, wovon das Buch Timur sich als das kleinste, eigentlich nur aus einem einzigen Gedichte bestehende Glied darstellt und somit nach Anordnung wie Größe die ihm zugedachte beherrschende Stellung innerhalb des Ganzen aufgeben mußte. Die Ausgabe letzter Hand, deren fünften Band der Divan bildet (1827 erschienen), brachte Nachträge, besonders zum Buch des Paradieses, ebenso die Quartausgabe vom Jahre 1836, die große Weimarer Edition, noch einige Funde aus dem Nachlaß des Dichters; doch waren alle diese Vermehrungen nicht so bedeutend, wie sie der in den Noten in Aussicht gestellte „künftige Divan“ erwarten ließ.

So, wie uns heute der Divan in seinem Äußeren entgegenblickt, gruppieren sich seine zwölf Teile dergestalt, daß die Trias der Bücher des „Sängers“, des „Hafis“, der „Liebe“ die Versammlung eröffnet. Daran knüpft sich die Reihe der drei gnomischen Bücher der „Betrachtungen“, des „Unmuts“ und der „Sprüche“. Hierauf folgen das Buch „Timur“, das der „Suleika“ und des „Schenken“. Den Beschluß macht die religiöse Serie der „Parabeln“, des „Parsen“ und des „Paradieses“. Doch müssen wir, um das innere Verhältnis der einzelnen Bücher zueinander zu erschließen, diese lose gereihte Perlenschnur auftröseln und eine andere Gruppierung vornehmen, so etwa, wie es Friedrich Gundolf in seinen kongenialen, von wahrhaft archimedischem Standpunkt aus gewonnenen Betrachtungen über Goethe — dem Tiefsten, was bisher über den Divan gesagt worden ist — getan hat. Hiernach erscheinen das Buch Hafis und das Buch Suleika, enthaltend das gesteigerte Ich des Dichters und die Du-Werdung seiner Welt, Goethes Bildungs- und Herzenserlebnis, als die festen Zentren und Träger des ganzen Werkes, zugleich die beiden einzigen Bücher, in deren Mitte bestimmte Persönlichkeiten stehen. Nur entfernt hat das Buch Timur diesen individuellen Bezug, da es mehr der Nemesis als dem historischen Faktum, mehr dem elementaren Ereignis als der Person Napoleons gilt und kein Gleichnis Goetheschen Lebens bedeutet, sondern nur einer dichterischen Eingebung entsprungen ist, die zwar gewichtig, aber nicht fruchtbar genug war, ein ganzes Buch zu füllen. Auch das Schenkenbuch lehnt sich nur leise den persönlichen Büchern Hafis und Suleika an, indem es wohl durch zwei wirklich erschaute Modelle angeregt worden, jedoch im übrigen, dem persischen Vorbild folgend, eine rein sachliche Kategorie, eines der Fächer füllt, die sich der Dichter zur Bergung seiner aus so verschiedenartigen Anlässen entstandenen Lieder geschaffen hat. Durch zwei Motive, die vergeistigte, übergeschlechtliche Knabenliebe und den Rausch bewegt, durch den erotisch-platonischen Bildnertrieb und den erleuchtenden, das Wesen des Ich offenbarenden Trunk, gewinnt das Schenkenbuch seine pädagogische Bedeutung, seinen dichterischen Wert aber durch die ruhig be-

Digitized by Google

hagliche Wärme des Verhältnisses zwischen dem vollendeten Alten und dem werdenden Jüngling. Und nur als Ausfluß der Hafis-Suleikastimmung war das Schenkenbuch möglich, da der Dichter mit Hafis weise und durch Suleika zärtlich geworden sein mußte. Auch das Buch des Sängers und der Liebe ist in jenen beiden Grundbüchern verwurzelt, jenes zieht die Lehre aus dem Bilde des Hafis, dem Gleichnis Goethes, dieses die Lehre und Forderung aus den Bekenntnissen des Buches Suleika. Die drei anderen didaktischen Bücher aber sind Ernten von Saaten aus einem nicht mehr im Divan selbst gegenwärtig blühenden Frühling, es sind Gnomen, wie sie auch Goethes Zahme Xenien und Invektiven enthalten, Glossen eines erhabenen Zuschauers zum Weltlauf, wie es schon der Titel des Buches der „Betrachtungen" und der „Sprüche" verrät, während das Buch des „Unmuts", weniger lose verbunden als diese beiden, wiederum vermöge einer durchgreifenden Idee mit dem Sänger- und Hafisbuche in Beziehung steht: Im Gegensatz zur bejahenden Gesinnung des freien Weisen und des sinnlich vollen Menschen ist es erfüllt von einem doppelten Nein, von der Gegenwirkung des Dichters gegen die Enge der Philister und Pfaffen und von der Reaktion der Menge gegen seine Persönlichkeit. Auch die drei letzten Bücher bleiben in der Sphäre der Betrachtung und der Lehre. Wie aber jene von der Welt, so handeln diese von Gott und vom Glauben Goethes, der, sich nun der orientalischen Mythen bedienend, das Jenseits nicht als das sittliche Gebiet der Strafen und Belohnungen, sondern als das sinnliche Paradies der Verklärung der schönen Augenblicke, als Seligsprechung eines gotterfüllten und gerechten Erdendaseins schaut. Das Buch der Parabeln enthält in Gleichnisform den göttlichen Sinn des irdischen Seins und Scheins, die Metaphysik zu den Erfahrungen, die in den gnomischen Büchern der Betrachtungen und Sprüche niedergelegt sind. Das Buch des Parsen, wie das des Timur nur zwei Gedichte umfassend und wie dieses eigentlich nur auf einem einzigen, dem „Vermächtnis altpersischen Glaubens", beruhend, huldigt der Natur als der Offenbarung der Goetheschen Gottheit und dem Gesetze seiner Seele und enthält in der Hymne des sterbenden Sonnengläubigen die Weihung der Erde durch menschliches Wirken: „Treuer Dienste tägliche Bewahrung, Sonst bedarf es keiner Offenbarung" ... Das ist des Dichters eigenstes Glaubensbekenntnis, die Konfession seiner Diesseits- und Weltfrömmigkeit. Feiert aber das „Vermächtnis" den Kultus Goetheschen Religion, so wird im Buch des Paradieses ihr Mythus unter islamischen Zeichen verherrlicht. Die in den irdischen Büchern Hafis und Suleika gepriesenen Zustände werden hier verewigt. Die Gedichte aus dem Paradies bedeuten über die jener Bücher hinaus, daß dies irdisch schön und rund gelebte Sein selbst der Wert ist, um dessentwillen es gelebt werden durfte, daß diese Augenblicke schon die Ewigkeit in sich schließen. Sie lehren, wie der mystische Chor am Schlusse des „Faust", daß alles Irdische nur ein Gleichnis, eine Vorbedeutung himmlischer Wahrheit ist. So begegnen uns überall in den Wechselgesprächen zwischen dem Dichter und der Huri Parallelen und An-

Digitized by Google

klänge zur Apotheose des Faust; denn das Wesen der Religion Goethes, seiner Weisheit letzter Schluß ist der gleiche hier wie dort, wenn der Greis auch die Form seiner Mythen, den christlichen Himmel mit dem mohammedanischen Paradiese vertauscht.

„West-Östlich“ nennt der Dichter die Sammlung seiner Gedichte, seinen Divan, weil Orient und Okzident darin nicht mehr zu trennen sind, weil morgen- und abendländische Welt hier auf das Innigste sich durchdringen und Goethe ihre reinmenschliche Einheit, das ewig Gesetzmäßige, Typische, „Musterhafte“ in der Poesie, der Moral, der Religion beider Erdhälften in künstlerischer Gestalt vor Augen führt (Burdach). Aus der sinn- und geistverwirrenden Gegenwart, zumal dem Sturm der politischen Ereignisse, hatte er sein Ich durch die Flucht in die Ferne und Fremde gerettet, um dort „im Reinen und Rechten“ die ungetrübten Ur- und Naturformen menschlicher Gesittung zu erkunden und sich daran zu erbauen. Die Fiktion einer Reise in das Jugendland der Menschheit verflocht sich mit der wirklichen Fahrt in das Reich seiner eigenen Kindheit, mit dem Erlebnis neuer Liebe und mit der Rückkehr zu seinem Stammesvolke, das, vom fremden Joche befreit, wiederum zu deutscher Art und Kunst erwachte, und diese Verschmelzung gebar jene westöstliche Doppelwelt, die, wie des Dichters Seele, durchflutet war von Elementen reichster Kultur.

Der neue „Dreikönig“ bildete, wie sein Freund Sulpiz schrieb, ein dreifach Reich um sich und nahm den Osten zugleich griechisch, persisch und christlich. In der Tat gesellen sich zu Hafis und Timur auch Alexander und Jesus, außer Hudhud und Bulbul belebt und verschönt auch Aurora und Iris des Dichters bunte Welt, und wie er selbst seinem Freunde Boisserée, dem Besitzer des „Tuchs der Tücher“, der heiligen Veronika, gesteht, „weht in dieser heidnisch-mohammedanischen Umgebung auch vera icon als Panier“. Nimmermehr aber streicht, wie man vermeinte, die Luft der Romantik, die freilich ihre Dichter und Forscher auch an die östlichen Gestade trieb, durch Goethes Divan, wenn er auch gewisse Requisiten jener Strömung, z. B. Calderons Namen und Vers und dergleichen, enthält. Diese Äußerlichkeiten haben nichts mit dem Geiste zu tun, der den Schöpfer und Gestalter des Divan beseelte, mochte auch der Geist der Zeiten jener Herren eigenen Geist zu ähnlichen Flügen wie Goethe verleiten. In keiner Periode seines Lebens war Goethe so erfüllt von Abneigung gegen die Romantiker, als damals; gegen ihre ins „Form- und Charakterlose“ schweifende, nebelhaft verschwommene und transzendierende Kunst, deren Träger er in Briefen und Gesprächen und auch im Divan selbst als „Pfaffenorden“ und „Mönchlein ohne Kapp' und Kutt'“ verspottet und deren sehnsüchtige, ewig durstige Mystik er in den „Noten“ der tiefen, ernsten der Perser gegenüberstellt. Diese schwüle, weichliche Atmosphäre hat nichts zu schaffen mit Goethes diesseitiger, klarer, kräftiger Welt und ihren festumrissenen Gestalten, mit der sonnigen Heiterkeit und dem beschaulichen Humor, die den Divan durchwalten. Und sicherlich hat Friedrich

Digitized by Google

Gundolf recht, wenn er den Gesamtzustand, das Charakterklima Goethes, worin der Divan gedieh, an der ordnenden Distanz von sich und den Gegenständen und in der kontemplativen Altersstimmung erkennt, der die patriarchalische Weltzone angemessener war als die klassische Welt oder die romantisch schweifende Ekstase und Traumluft der Mittelalters.

Ein ganz neues Lebensgefühl des apollinischen Greises offenbart sich im deutschen Divan der Befreiungsjahre, und es findet auch seinen völlig neuen, eigenartigen Stil.

Das, was Goethe in den Noten als höchsten Charakter orientalischer Dichtkunst bezeichnet: der „Geist", der vorzüglich dem Alter angehöre, war auch ihm, dem Bejahrten, nun gemäß, und diesem Beherrscher, diesem „Vorwaltenden des oberen Leitenden" wird alles andere, wie Gefühltes oder Geschautes, unterworfen. So erklärt sich das Lehrhafte der Divanlyrik, so die Prosaisierung dieser Poesie, deren triviale Wendungen so oft den flüchtigen Hörer befremden. Der helle Geist drängt den dunkeln Lebensgrund, aus dem das dichterische Erlebnis emporquillt, zurück und überflutet ihn mit seinem Licht, so daß die Gebilde in tausend Farben erglänzen. Dieses Spiel, dem die allegorisierende Poesie des Orients so willig entgegenkam, erklärt auch die Fülle der Formen, die uns berauschend aus dem Divan entgegenblüht, den Reichtum der Rhythmen, worin der Dichter, ohne (z. B. in der Ghasele) sklavisch den fremden Klingklang nachzuahmen, schwelgt, und die er stets mit deutschem Gehalte beseelt und dem inneren Gesetze seiner Muttersprache unterwirft; allen voran die dialogisierten Gedichte, eine in unserer Poesie bis dahin nahezu unbekannte Gattung, und die reimlosen Dithyramben, vor deren unerhörter Sprachgewalt selbst die Nordseebilder Heines verblassen, die man unschwer als Nachahmungen erkennt. Treten so — nach Gundolfs erleuchtender Darstellung — Geist und Blut, der bewußte Logos und der dunkle Eros in Goethes Altershyrik auseinander, so ist diese Spannung in den zwei tiefsinnigsten Liedern des Divan „Selige Sehnsucht" und „Wiederfinden" aufgehoben, und die weise Betrachtung wird wieder zur zeugenden Glut im reinen Anschauen der Urgeheimnisse des Ich: wie es sich durch den Tod erneuert und wie es durch die Liebe Welt wird. Es sind die beiden Höhepunkte Goethescher Mystik, der Wiedervereinigung von All und Persönlichkeit, der Gottseligkeit des Menschen, von der der Dichter in seinen Maximen — ähnlich wie vom „Geiste" — aussagt, daß sie dem Alter fromme. Sie entsprach der sufischen Richtung des mohammedanischen Orients, besonders der Einheitslehre des „großen Geistes" Dschelal-eddin-Rumi, die „alle Sehnsucht wo nicht zu erfüllen, doch aufzulösen und anzudeuten suchte, daß im göttlichen Wesen zuletzt alles untertauche und sich verkläre". In der vieltönigen Symphonie des West-östlichen Divan durfte dieser tiefste, dunkelste Klang nicht fehlen, um das poetische Weltbild, das die Seele des Dichters erfüllt und ausstrahlt, zu vollenden. Das Einswerden von „Idee" und „Liebe", der beiden Pole, um die des gotterfüllten Sängers Monade schwingt, ist das letzte Ge-

Digitized by Google

heimnis, das er zu offenbaren hat — doch nicht allen, sondern nur den Mysten, den Eingeweihten:

Sagt es niemand, nur den Weisen,
Weil die Menge gleich verhöhnet!
Das Lebend'ge will ich preisen,
Das nach Flammentod sich sehnet ...

Es ist die mystische Geheimlehre des sonst so weltfreudigen Divansängers, der hier sein Erdenwallen nur als Durchgang zu höherem Dasein, als Flug ins Licht der Ewigkeit empfindet.

Betriebsräte

Von

Rudolf Schick (Berlin)

Auch die Räte haben ihre Geschichte. Sie beginnen als Arbeiterausschüsse und dienen in ihren Anfängen mehr den Unternehmerinteressen als den Interessen der Arbeitnehmer. Beweis dafür ist, daß man diese Fabrikräte, Ältestenkollegien, Fabrikausschüsse, wie man etwa Ende der achtziger Jahre nach Erlöschen des Sozialistengesetzes diese Organisationen nannte, als Vorbeugungsmittel gegen überraschende Streiks ansah. Man hatte in den Kreisen der Arbeitgeber erkannt, daß man mit diesen Ausschüssen, die ausschließlich aus abhängigen, weil vom Unternehmer kündbaren Mitgliedern bestanden, leichter auskommen könne als mit den Gewerkschaftsleuten, die berufsmäßig die Arbeiterinteressen wahrnahmen und materiell unabhängig von den Betriebsleitungen waren. Die Rechte dieser ältesten Ausschüsse griffen nicht weit, da sie nur zu begutachten hatten. Nur die Mehrzahl ihrer Mitglieder wurde nach den Vorschriften der Gewerbeordnung gewählt, der Rest vom Unternehmer ernannt. Die gewählten Mitglieder mußten mindestens dreißig Jahre alt und ein Jahr im Betriebe tätig gewesen sein. Ihre Hauptfunktion war die Mitwirkung bei Aufstellung und Ergänzung der Arbeitsordnung.

Mit der zunehmenden Vertiefung der Arbeit der Gewerkschaften wurden diese Arbeitervertretungen in engere Verbindung mit den Berufsorganisationen gebracht und damit den letzteren die Möglichkeit gegeben, die Ausführung der erlangten Vereinbarungen mit den Unternehmern in den einzelnen Betrieben zu überwachen. Daß die Gewerkschaften für den persönlichen Schutz ihrer Vertrauensleute — das waren die Arbeiterausschüsse geworden — gegen Willkür der Arbeitgeber bei Abschluß der Verträge Sorge trugen, ist selbstverständlich.

Wie Max Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften", Heft 11 und 12 von 1919 darlegt, haben alle Interessenvertretungen, wenn sie gut geleitet

Digitized by Google

sind, das Bestreben, ihre Kompetenzen zu erweitern. So genügte den Ausschüssen das bloße Begutachten, Mitberaten und der Anspruch, von den Betriebsleitern gehört zu werden, bald nicht mehr. Sie forderten die Mitbestimmung in den Betriebsangelegenheiten und setzten es — wenigstens teilweise — unter gewerkschaftlicher Führung durch. Zunächst wurden sie an der berufsgenossenschaftlichen Überwachung der Betriebe zum Zwecke der Unfallverhütung beteiligt. Die Unfallversicherungsgesetze vom 6. Juli 1884 und vom 30. Juni 1900 verpflichteten die Berufsgenossenschaften zur Überwachung der Betriebe durch technische Aufsichtsbeamte. Das Heranziehen von Arbeitern zu diesen Aufgaben wurde nicht ausgeschlossen. Hierzu hielt das Reichsversicherungsamt, wie Präsident Dr. Kaufmann in „Technik und Wirtschaft" (April-Heft 1919) ausführt, in Gewerben, wo sich Fabrikation und Betriebsführung verhältnismäßig einfach und gleichmäßig vollziehen, beispielsweise im Baugewerbe, erfahrene Arbeiter wohl geeignet. Seit 1900 sind in Bayern, seit 1902 in Württemberg Arbeiter mit Erfolg zur Baukontrolle verwendet worden. Für Gewerbe mit verwickeltem Fabrikationsgang macht Kaufmann den beachtenswerten Vorschlag, Arbeiter als Unfallvertrauensmänner zu bestellen, die den technischen Aufsichtsbeamten bei der Besichtigung der Betriebe begleiten und ihm namentlich über nicht offen zutage liegende Schäden berichten.

Auch die Arbeiterschutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 sind ein Erfolg der Gewerkschaften. Die ständigen Ausschüsse der Arbeiter und Angestellten wurden für alle mindestens fünfzig Arbeiter beschäftigenden kriegswichtigen Betriebe obligatorisch eingeführt und mit einem demokratischen Wahlrecht ausgestattet. Alle volljährigen Arbeiter des Betriebes erhielten das aktive und passive Wahlrecht. Die Wahl war direkt und geheim nach dem Prinzip der Verhältniswahl. Die Betriebsleitung mußte auf Verlangen von wenigstens einem Viertel der Mitglieder eine Sitzung einberufen und die Tagesordnung entsprechend den Anträgen gestalten. Die Aufgaben der Ausschüsse wurden wie folgt festgesetzt: „Dem Arbeitsausschusse liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebs und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern."

Die Entwicklung wurde durch die Revolution beschleunigt und führte bald zu Maßnahmen, die den Tätigkeitsbereich der Ausschüsse erweiterten und namentlich ihren Einfluß auf das Berufsschicksal der Arbeitnehmer stärkten. Schippel führt zwei Verordnungen an, die diese neuen Verhältnisse kennzeichnen: Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 und die Verordnung des Demobilmachungsamtes vom 4. Januar 1919. Die erste dehnte die Verpflichtung zur Schaffung von Arbeiterausschüssen auf alle

Digitized by Google

Betriebe mit mehr als zwanzig Arbeitern aus und sicherte die freie Wahl und die unbehinderte Ausübung des Mandates. Der Wirkungskreis der Ausschüsse umfaßte: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Angestellten in dem Betriebe, der Verwaltung oder dem Arbeitgeber gegenüber; Durchführung der maßgebenden Tarifverträge in dem Unternehmen; Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse, und zwar, wie ausdrücklich vermerkt, „im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter oder der Angestellten"; Förderung des guten Einvernehmens innerhalb der Arbeiterschaft oder Angestelltenschaft sowie zwischen diesen und dem Arbeitgeber; Achtung auf Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, Unterstützung der Gewerbeaufsicht und ähnlicher Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratungen und Auskunft. Das Demobilmachungsamt ging noch einen — sehr bedeutsamen — Schritt weiter und setzte ein Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse bei Einstellungen, Entlassungen und Festsetzung der Entlohnung fest.

Trotz all dieser Erfolge der Gewerkschaften hat unter dem Einfluß der Agitation der unabhängigen Sozialisten bei den Arbeitern eine gewisse Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften an Boden gewonnen. Man darf in diesem Zusammenhange eine Rede Ernst Däumigs auf dem Parteitage der U. S. P. D. am 4. und 5. März 1919 nicht übersehen. Über die ökonomische Betätigung der Räte, die hier allein in Betracht kommt, hat Däumig ausgeführt: „In den Betrieben werden neben den Arbeiterräten, die politische Funktionen zu erfüllen haben, Betriebsräte gewählt nach demselben Grundsatz wie für die Arbeiterräte, die nun alle die Aufgaben zu erfüllen haben, die sich auf die ökonomische Tätigkeit beziehen, die die Überwachung des Betriebes vorzunehmen, die dafür einzutreten haben, daß die Löhne und Arbeitsverhältnisse den Ansprüchen der Arbeiter entsprechen, darüber zu wachen haben, daß der Betrieb leistungsfähig bleibt; die in der Übergangszeit, solange privatkapitalistische Geschäftsführung besteht, völlig gleichberechtigt tätig sind und alle die Schritte einleiten, die zur Sozialisierung führen können. Auch da werden nicht bloß die Arbeiter mit der schwieligen Faust tätig sein, sondern auch die Angestellten werden zu dieser Tätigkeit herangezogen werden, denn auch sie sind ja berechtigt, sich ihre Vertreter in den Betriebsräten zu sichern." Und in seinem Schlußwort heißt es: „Ich möchte nochmals darum bitten, doch zu unterscheiden zwischen dem Rätesystem als Mittel, das wir jetzt anzuwenden haben, um die Verwirklichung des Sozialismus angesichts des drohenden wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruchs durchzuführen, und dem Rätesystem als Ziel. Als Mittel ist das Rätesystem gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats. Da gibt es kein Drehen und kein Wenden; und als Ziel ist das Rätesystem schließlich doch, wenn mit seiner Hilfe, mit der Diktatur des Proletariats der Sozialismus wenigstens in seinen größten Grundzügen in die Tat, in die Praxis umgesetzt ist — als Ziel ist

Digitized by Google

es die Erfüllung der Demokratie, nämlich die Schaffung der ökonomischen und politischen Gleichheit und Gleichberechtigung."

Man sieht, wie in den Händen unserer Radikalen aus dem Mitbestimmungsrecht die Diktatur des Proletariats nach russischem Vorbild wird. Was in der Praxis dabei herauskommt, schildert Dimitryi Gawronski sehr anschaulich und lehrreich in seiner „Bilanz des russischen Bolschewismus" (Berlin 1919, Cassierer) auf Grund bolschewistischer Quellen. „Als die Bolschewiken gezwungen waren, die Industrie „auf einer neuen Basis" zu organisieren, konnten sie auch hier nichts anderes tun, als zu ihrem bewährten Mittel der „Schöpfung der Massen" zu greifen. Die Arbeiterkontrolle wurde eingeführt; d. h. die einzelnen Unternehmungen wurde unter die Aufsicht der Fabrikkomitees der Arbeiter dieser Unternehmungen gestellt. Ein Jahr ist vergangen — und die Vertreter der Staatskontrolle behaupten, daß die Arbeiterkontrolle völlig ausgeartet sei. Sie sei die „Eigentümerin der Unternehmung, nicht eine bloße Kontrolle geworden." (Arbeitswille vom 15. 10. 1918.) Der eine Besitzer, der Fabrikant, wurde durch eine Gruppe von Besitzern ersetzt. Daß dabei aber die ganze Produktion nicht zum Nutzen des Staates gedeiht und auch nicht gedeihen kann, daß sie vielmehr zu seinem direkten Schaden, d. h. zum Schaden der breitesten Massen des werktätigen Volkes ausschlägt, das erkennt man schon aus folgendem: In der ganzen Metallarbeiterindustrie beanspruchte schon im Sommer dieses Jahres der Lohn der Arbeiter und Angestellten 105 Prozent des Bruttowertes der Produktion (Handels- und Industriezeitung Nr. 40). Für eine ganze Gruppe von Fabriken wurde festgestellt, daß die ganze von ihr hergestellte Ware den Wert von 70 Prozent des Betriebskapitals nicht übersteige (Nachrichten des höchsten Rates der Volkswirtschaft Nr. 1). In aller Erinnerung ist noch die Tatsache, die Sinowiew auf einer Plenarsitzung des Petersburger Sowjets mitgeteilt hat. Die Putilowsche Fabrik erhielt für eine bestimmte Zeit 96 Millionen Rubel Staatsunterstützung; davon wurden 66 Millionen als Arbeitslohn verbraucht, während der Gesamtwert der Produktion noch nicht die Summe von 15 Millionen erreichte! Hierin liegt eben das Wesen der Sache: die ganze Industrie der Sowjetrepublik, sofern sie überhaupt noch besteht, hält sich ausschließlich mit Hilfe staatlicher Unterstützung, aber der Gesamtwert ihrer Produktion beträgt nicht einmal die Hälfte des Betrages dieser Unterstützung."

Solche Spuren schrecken. Und deshalb ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Gewerkschaften, in gewohnter Weise den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragend, in der am 25. April 1919 abgehaltenen Konferenz der freigewerkschaftlichen Verbandsvorstände Richtlinien für die künftige Tätigkeit der Gewerkschaften aufstellten, die über die Betriebsräte folgende Bestimmungen enthalten: „Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden. Innerhalb des Betriebs sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen,

Digitized by Google

die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen. — Der Betriebsrat hat die Pflicht, alle den Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich und auf Grund eines Kollektivvertrags zustehenden Rechte für dieselben wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Er hat dabei das gute Einvernehmen der Arbeiterschaft untereinander und mit dem Arbeitgeber ebenso wie das gemeinsame Interesse an einem vorteilhaften Fortgang des Betriebs zu berücksichtigen. In Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber hat der Betriebsrat sein Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in den Betrieben zu richten und die Gewerbeaufsichtsbeamten und andere in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung zu unterstützen. Beschwerden des Arbeitgebers oder der Arbeitnehmer über ein dieser Vorschrift zuwiderlaufendes Verhalten des Betriebsrats sind durch die Schlichtungskommission zu entscheiden.

Im einzelnen hat der Betriebsrat mitzuwirken: a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betrieb. Entlassungen dürfen nur nach Anhörung des Betriebsrats erfolgen; b) bei der Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit; c) bei der Festsetzung kürzerer Arbeitsschichten wegen Mangels an Aufträgen oder von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten in Fällen dringender Notwendigkeit. Der Betriebsrat hat d) das Recht, bei jeder Lohn- und Akkordvereinbarung mit den einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen des Betriebes mitzuwirken. Er ist insbesondere in jedem Streitfall hinzuzuziehen, wobei er zu vermitteln und auf eine Einigung im Sinn des Kollektivvertrags hinzuwirken hat. Entlassungen wegen Lohn- oder Akkordstreitigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher sind dem Betriebsrat auf Verlangen vorzulegen; e) bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen die Reihenfolge des Ferienantritts in Gemeinschaft mit dem Betriebsleiter festzusetzen; f) bei Beschwerden über die Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge mitzuentscheiden; g) bei vorhandenen Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Einrichtungen des Betriebs einzugreifen. h) Zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzurufen."

Damit ist den Betriebsräten ein Arbeitsgebiet zugewiesen, für das ihre Sachkunde ausreicht. Unsere Radikalen gehen natürlich in ihren Forderungen viel weiter. Sie wollen den Räten die volle Betriebsleitung übertragen und den Unternehmer ausschalten. Daß dazu die Sachkenntnis der Arbeiter nicht ausreicht, haben sie allerdings begriffen und Vorkehrungen getroffen, die den Arbeitern eine — nach ihrer Meinung genügende — Erweiterung

Digitized by Google

ihrer Kenntnisse vermitteln sollen. In Ernst Däumigs Zeitschrift „Der Arbeiterrat" werden Kurse für Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre angezeigt, die von der „Freien Hochschulgemeinde für Proletarier" veranstaltet werden und folgende Gegenstände umfassen: Russisch, elektrische Werke, Wirtschaftsgeographie, Großmaschinenbau, Rechtskunde, Fabrikbuchführung und Hygiene. Ein reichhaltiges Programm. Die Ausführung soll ausschließlich in den Händen sozialistischer Lehrer und Techniker liegen. Ausdrücklich wird in einem Artikel von K. Marcusson (K.P.D.) im selben Heft des „Arbeiterrat" gefordert, nicht jeden Lehrer für sein Fach zu beschäftigen, sondern vor allem auf ein handfestes Bekenntnis zum Sozialismus zu sehen. Damit ist nach meiner Meinung der vollen Wirksamkeit der Ausbildung, die bei den geringen Vorkenntnissen der Teilnehmer ohnehin schwierig wäre, der Boden vollends abgegraben. Ich habe den Eindruck, als schätzten die Veranstalter die zur Leitung eines Unternehmens heute notwendigen Kenntnisse falsch ein. Mit ein paar Brocken Buchführung und Rechtskunde, sowie mit einigen oberflächlichen technischen Kenntnissen ist's wirklich nicht zu machen. Dazu gehört mindestens die Erkenntnis der Zusammenhänge der Geschäftsvorfälle untereinander und ihres Einflusses auf das Betriebsergebnis. Solches Verstehen könnte den Räten jeden Grades nur von den Unternehmern vermittelt werden. Diese aber sind, auch wenn sie nur wenige Hilfskräfte beschäftigen, ebenso wie die Direktoren und Prokuristen von der Wählbarkeit ausgeschlossen. Damit sind die Betriebsräte in Angelegenheiten der technischen und kaufmännischen Betriebsleitung zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn ihnen nicht auf anderem Wege die Einsichtnahme — und, was ebenso wichtig, ja von entscheidender Bedeutung ist — das Verständnis für die Geschäftsergebnisse vermittelt wird. Als gangbarer Weg bietet sich nach meiner Ansicht die Begutachtung von Kalkulationen, Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen durch Sachverständige im Auftrage der Arbeitnehmer. Hier hätte die Arbeit der Gewerkschaften einzusetzen, um ihren Mitgliedern Einsicht für die sachliche Notwendigkeit solchen Vorgehens zu vermitteln. Denn unsere Wirtschaft kann nicht früher in normale Bahnen zurücklenken, bevor die Arbeiterschaft — heute der ausschlaggebende Faktor — die Sicherheit gewinnt, daß sie ihren Anteil an den wirtschaftlichen Ergebnissen voll erhält.

Digitized by Google

Die internationale Kohlennot

Deutschland steht in bezug auf Heizstoffe vor einem fürchterlichen Winter. Selbst, wenn bis dahin keine ernstlichen politischen und wirtschaftlichen Störungen eintreten, ist eine auch nur halbwegs normale Versorgung mit Hausbrand und mit Industriekohlen ganz ausgeschlossen. Die Gründe liegen auf der Hand: Rund ein Drittel unserer seitherigen Steinkohlenproduktion, und zwar die Gebiete an der Saar und Oberschlesien und bei Aachen, sind für die eigene Versorgung verloren gegangen oder drohen uns verloren zu gehen. Im verbleibenden Gebiet aber ist die Arbeitszeit auf sieben Stunden verkürzt worden, und pro Arbeitsstunde wird erheblich weniger gearbeitet als früher. Mit dem Schlagwort „Arbeitsunlust" allein ist diese Minderleistung nicht erklärt. Gewiß ist diese Unlust mehr oder weniger vorhanden, in manchen Teilen Deutschlands, wie im Osten, in einem erschreckenden Maße. Man schafft dort in manchen Gruben nur mehr vier Stunden am Tage; in anderen aber scheint der gute Wille zum Arbeiten erheblich zugenommen zu haben, so auch namentlich im Ruhrgebiet. Die Ausfälle pro Arbeitsstunde liegen vielmehr nicht nur in der Arbeitsunlust, sondern auch in anderen Dingen begründet, so in den ganz fraglos schlechten Materialien, in den während des Krieges vernachlässigten Untertagbauten usw. Auch die schlechte Ernährung spielt da eine gewisse Rolle. Aber selbst, wo der Wille zum Schaffen vorhanden ist, kommen allerlei Schwierigkeiten in Frage: so der entsetzliche Waggonmangel als Folge der Waffenstillstandsbedingungen oder aber ein Mangel an Arbeitskräften. Es ist daher der Gedanke aufgetaucht, durch großzügige Maßnahmen massenweise Arbeitshäuser zu bauen; denn ohne diese ist eine Heranziehung von Bergleuten gar nicht durchführbar.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, die siebenstündige Arbeitszeit auf eine sechsstündige herunterzusetzen, um auf diese Weise drei statt vier volle Schichten täglich arbeiten zu lassen, was freilich auch die Heranziehung einer erheblicheren Menge von Kohlenarbeitern zur Voraussetzung hätte. Alle diese Mißstände haben einen Rückgang des Kohlenbergbaus auf 55 % der Normalförderung in den Deutschland verbleibenden Kohlenbergwerken herbeigeführt. Ist das schon sehr schlimm, so kommen nun weiter hinzu die Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach Deutschland jährlich 40 Millionen Tonnen Steinkohlen an Frankreich, Belgien und Italien zu liefern hat. Wenn die Entente auf Einhaltung dieser Bedingung besteht, so verbleiben für den heimischen Bedarf nur mehr 30 Millionen Tonnen gegenüber 190 Millionen Tonnen im alten Deutschland. Daraus geht wohl hervor, daß eine Einhaltung dieser Friedensbedingung ganz undenkbar ist und daß man hier in Verhandlungen eintreten muß, die auf Milderung hinzielen.

Das Schlimme ist nur, daß die Länder, von denen wir eine Milderung der Bedingungen erwarten, selbst in einer außerordentlich schwierigen Lage sich befinden. In Frankreich vor allem ist durch den Krieg ein sehr erheblicher Teil seiner nördlichen Kohlenbergwerke zerstört worden. Frankreich wird durch diesen Ausfall doppelt betroffen, weil auch sein wichtigster Kohlenlieferant, das ist England, neuerdings versagt, und deshalb ist die einzige Hoffnung der Pariser Regierung auf deutsche und amerikanische Kohlen gerichtet.

Der Grund, warum England als Kohlenlieferant versagt, ist nicht schwer zu erraten. Auch dort ist eine außerordentlich radikale Bewegung unter den Bergarbeitern zu beobachten, die ebenfalls zu einer Minderleistung pro Stunde, sehr erheblichen Lohnsteigerungen und vor allem zu einer vorläufigen Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden ab 16. Juli geführt hat. England sieht sich infolgedessen in einer recht fatalen Lage: 73 Millionen Tonnen Kohle hat es bisher jährlich ausgeführt, und war damit weitaus der wichtigste Kohlenexporteur der Welt. Jetzt bereitet die englische Regierung das eigene Volk und ihre Kunden schonend darauf vor, daß in diesem Winter überhaupt keine Kohlen mehr ausgeführt werden können. Nur 2 1/8 Millionen Tonnen sind in der letzten Juliwoche gefördert worden, ein geradezu sensationell schlechtes Ergebnis. Daß

Digitized by Google

dieses zeitweise Versiegen der Kohlenausfuhr für die englische Wirtschaft sehr ernste Folgen hat, sei nur nebenher erwähnt. Da es unbedingt nötig ist, seine Zahlungsbilanz durch starke Ausfuhr aufrechtzuerhalten, spielt der Export der heute so begehrten Kohle eine große Rolle. Diese Rolle ist doppelt gewichtig, weil die Kohle so teuer verkauft wurde, daß sie einen unverhältnismäßig billigen Preis im Innern des Landes für die heimische Industrie und für die Haushaltungen ermöglichte. Damit hört es jetzt auf, und dadurch ist die Industrie gezwungen, ganz andere Kohlenpreise als bisher anzulegen und dabei mit einer außerordentlichen Verteurung aller Waren zu rechnen. Das aber hat zur Folge eine Erschwerung des Wettbewerbs besonders in Eisenwaren gegenüber den billigeren amerikanischen Erzeugnissen.

Amerika ist es überhaupt, das jetzt, wie auf so vielen Gebieten, auch hier angeblich den Weltmarkt erobern soll. Während man früher auf keinem Markt viel von amerikanischer Kohle gehört hat, tauchen jetzt Offerten von Amerika auf, und zwar zu Preisen, die erstaunlich billig sind. An und für sich darf das nicht überraschen; denn die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren nicht weniger als 600 Millionen Tonnen Kohlen gefördert. Das ist so viel, wie sämtliche anderen Länder der Welt zusammen fördern. Wenn trotzdem im Frieden nur 20 Millionen Tonnen davon zur Ausfuhr gelangten, so zeigt das eben, wie stark der heimische Bedarf des Landes war. Jetzt aber, wo die übrigen Länder außerstande sind, Kohlen zu liefern, liegt es sehr nahe, daß die amerikanischen Exporteure hier einzugreifen wünschen. Bei einem Kohlenpreis von rund fünf Dollar die Tonne gegenüber dem dreifachen Preis englischer Ausfuhrkohle wäre hier an und für sich eine glänzende Gelegenheit, ein gutes Geschäft zu machen. Indessen hat die Sache doch einen Haken. Zunächst sind die Frachten ja so hoch, daß ein sehr ansehnlicher Teil des Preisunterschiedes auf diese Weise bei Verladung nach Europa verloren geht. Dann aber — und das wird in Europa gewöhnlich übersehen — ist neuerdings in den Vereinigten Staaten, wo ja auch die internationale Arbeiterbewegung sehr fühlbar ist, die Förderung stark zurückgegangen. Sie betrug in den letzten Monaten ungefähr 32 Millionen Tonnen gegen 60 Millionen Tonnen im Januar. Kurzum: es ist vielleicht verfehlt, auf Amerika in diesem Punkt allzuviel Hoffnung zu setzen. Klüger, so scheint es, wäre es, sich hier in Europa auf den Mangel an Heizmaterial heute schon gefaßt zu machen. Das einzige, was wir tun können, ist neben einer Beruhigung der Arbeiterschaft der Gedanke an die Zukunft. Wir müssen neben der stärkeren Heranziehung der überall vorhandenen Braunkohlenfelder an eine bessere Ausnutzung der Kohle denken, d. h. in verstärktem Maße die Frage der Verkokung und Vergasung prüfen, daneben aber vor allem die Wasserkräfte schneller ausbauen, als wir es normalerweise getan hätten. E. K.

Literarische Berichte

Aus dem Leben eines Generalkonsuls 1874—1905. Von Franz v. Wantoch Rekowski, Geheimer Legationsrat, Generalkonsul a. D. Geh. M. 12.—, geb. M. 15.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Die vorliegenden Aufzeichnungen, von denen einige Kapitel den Lesern dieser Zeitschrift in guter Erinnerung sind, waren in ihrer Gesamtheit zunächst als Gedenkbuch für den Familienkreis niedergeschrieben. Sie haben durch diese ihre ursprüngliche Bestimmung ein anziehendes persönliches Gepräge erhalten, das durch das überaus glückliche häusliche Leben des Verfassers und durch die von der Natur in so hohem Maß begünstigten Oertlichkeiten (u. a. Messina, Neapel), wo er amtlich tätig war, eine besonders warme Tönung empfängt. Daneben aber interessiert das Werk auch als anschauliche Schilderung der vielseitigen und abwechslungsreichen, oft so verantwortungsvollen Tätigkeit, die das Amt eines Generalkonsuls mit sich bringt. Manch heitere, aber

Digitized by Google

auch ernste Episoden, mehr oder minder abenteuerliche Figuren, mit oder ohne Verschulden gescheiterte Existenzen führte dem Verfasser sein amtlicher Beruf zu, und wir haben bei seinen bald launigen, bald von tiefem Mitgefühl bewegten Erzählungen solcher amtlicher oder außeramtlicher Erlebnisse den Eindruck, daß er Menschen immer menschlich gesehen und nicht nach dem Schema F behandelt hat. Immer kommt auch das wärmste vaterländische Empfinden zum Ausdruck, das den Erzähler stets leitete, besonders wenn es galt, die Deutschen der „Kolonie" in Nizza oder Neapel zu edlen humanitären Zwecken und zu gesellschaftlichem Zusammenhalten einander näherzubringen. Alles in allem ein überaus sympathisches, anregendes Buch, das von vielen mit Anteil und Bereicherung gelesen werden wird.

An den Präsidenten Th. G. Masaryk. Ein Appell in zwölfter Stunde. Von Sigmund Munz. Wien und Leipzig, Ed. Brache.

Der bekannte, auch den Lesern dieser Zeitschrift durch manche Beiträge vorteilhaft bekannte Wiener Publizist richtet in diesem offenen Brief an Masaryk, den jetzigen Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, den Zuruf, sich dessen zu erinnern, was einst der Universitätsprofessor Masaryk im Dienste der Gerechtigkeit und Menschlichkeit getan hat. Wie er damals gegenüber der Seuche des Ritualmordglaubens für die Juden eingetreten, so möge er heute mit starker Hand eingreifen, wo es gilt, die Deutschböhmen vor der nationalen Vernichtung zu retten oder ihr auszuliefern. Dem argumentum ad hominem gesellen sich allgemeingültige Gründe der politischen Klugheit, der nationalen Würde, der Humanität. So ist dieser Appell ein Meisterstück in der reichen schriftstellerischen Lebensarbeit des Verfassers geworden, getragen von doppelter Beredtsamkeit: der sachlichen und der des Herzens. Hoffen wir, daß er nicht ungehört verhalle! —y—

Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt. Von Dr. Wilh. Schüßler, Privatdozent an der Universität Frankfurt a. Main. Geheftet M. 1.50. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.)

In meisterhaft gedrängter Form führt uns der hier im Druck wiedergegebene Vortrag vom Jahr 1526, da durch die Vereinigung der Herrschaft über Böhmen und Ungarn mit der über die österreichischen Erblande der Grund zu „Mitteleuropa" gelegt wurde, bis zum Jahr 1918, da es unter den Trümmern der österreichisch-ungarischen Monarchie begraben wurde, nachdem es tatsächlich schon 1866 zusammengebrochen war. Denn das alte Mitteleuropa bedeutete die Expansion deutschen Wesens tief in den Osten hinein unter Führung und im Interesse der Dynastie Habsburg, einen „Imperialismus nach Osten", der sein Ende finden mußte, als die deutsche Nation, um sich zu einer festen Einheit unter Preußens starker Führung zusammenzuschließen, Österreich auszustoßen genötigt wurde. Die ungeheure Bedeutung dieses deutschen ostwärts gerichteten Imperialismus und seiner kulturellen Arbeit wird uns ebenso klar zu Bewußtsein gebracht, wie die unwiderstehliche, darum aber nicht minder tragische Folgerichtigkeit, durch die das Aufhören der habsburgischen Vormacht in Deutschland zum Scheitern ihrer östlichen Mission und zu ihrem eigenen Untergang führen mußte. Die Betonung der Möglichkeit eines neuen Aufstieges zu dauerhafteren Bildungen gibt neben der zugleich sachlichen und fesselnden Darstellung geschichtlichen Werdens und Vergehens, dessen Rhythmus sich dem Leser in zwingender Weise einprägt, dieser kleinen Schrift besonderen Wert.

Anthologie der Wissenschaften. Herausgegeben von Dr. Friedrich Ramhorst. I. Band: **Anthologie der neueren Philosophie.** Mit einer Einleitung von Paul Deussen. Askanischer Verlag, Berlin.

Wenn der „Gebildete" einmal mit Bewußtsein und Kritik nachdenkt über die Elemente, aus denen seine Bildung sich zusammensetzt, so wird ihm zu seiner Überraschung klar, wie unendlich viel er eigentlich nur vom Hörensagen weiß, wie wenig von dem, was er gleichsam mit der ihn umgebenden geistigen Lebensluft eingeatmet hat, er auf die Quellen, aus denen es stammt, zurückzuführen vermag. Und auch das wird ihm klar, daß ein Zurückgehen auf alle Quellen, die seinen Geist gespeist haben, schon eine physische Unmöglichkeit für ihn sein würde. Je unübersehbarer sich die Fülle des Gedachten und Erforschten, des Gewußten und Wissenswerten vor uns ausbreitet, desto stärker empfinden wir das Bedürfnis nach allgemeinverständlichen und dabei zuverlässigen Anleitungen, die uns wenigstens in dem einen oder anderen Einzelgebiet, in dem wir uns eingehender unterrichten möchten, zu den Quellen hinführen, sodaß wir nicht mehr aufs Hörensagen angewiesen sind, sondern die Sucher und Finder selbst in ihren eigenen Worten vernehmen. Diesem Bedürfnis will die neue Sammlung „Anthologie der Wissenschaften" entgegenkommen, und ihr erster Band, der mit Fug und Recht der Wissenschaft vom Wissen, der Philosophie, gewidmet ist, darf als eine glückliche Eröffnung des ganzen

Digitized by Google

Unternehmens begrüßt werden. Ob die Mitarbeit Paul Deussens, des jüngst Verstorbenen, sich auf die Einleitung beschränkte, die in lapidarer Kürze und dabei doch mit eindringlicher Klarheit einen Überblick über Werdegang und Hauptfaktoren der neueren Philosophie gibt, oder ob er auch bei der Auswahl der Stücke selbst beteiligt war, ist nicht sicher zu erkennen; jedenfalls ist diese Auswahl sehr anregend und man darf sich von ihr den von dem Herausgeber der ganzen Sammlung erhofften Erfolg versprechen, daß „ein Leser durch die Anthologien auf die eingehende Beschäftigung mit den Autoren hingeführt würde". Die Philosophen, die wir in den Auswahlstücken vertreten finden, sind: Th. Hobbes, Descartes, Spinoza, J. Locke, Rousseau, Condillac, Holbach, Berkeley, Hume, Leibniz, Kant, Fichte, Hegel, Herbart, A. Comte, J. St. Mill, Lotze, Schopenhauer und Nietzsche — es fehlt also nicht einer der Denker, die für die Entwicklung der neueren Philosophie bestimmend geworden sind. Bei jedem Autor ist auf den ihn betreffenden Abschnitt in Deussens Werk „Die neuere Philosophie von Descartes bis Schopenhauer" verwiesen. — Für eine neue Auflage des ersten und für die noch nicht erschienenen weiteren Bände der Sammlung (der nächste soll eine Volkswirtschaftliche Anthologie, eingeleitet von W. Sombart, sein) sei der Wunsch ausgesprochen, daß bei den einzelnen Autoren die wichtigsten bzw. die leichtest zugänglichen Ausgaben angeführt werden.

—ss—

Der Hausgarten in Stadt und Land. Eine leichtfaßliche Anleitung zum Gartenbau. Von Dr. Fr. B. Hoffacker, neubearbeitet von A. E. Eibel. 4. Auflage. Verlag von Moritz Schauenburg, Lahr. Preis geb. M. 3.75.

Der Krieg hat viele gezwungen, sich mit dem Anbau der verschiedenen Gartengewächse für den Hausbedarf zu befassen, und wenn auch alle diese Neulinge die Erfahrung gemacht haben, daß bei der größten Sorgfalt nicht alles so wächst und gedeiht, wie man es wohl wünscht, so haben sie doch Freude an ihren Erfolgen erlebt, und gar manche werden ihren Hausgarten nicht mehr aufgeben wollen. Für diese ist das vorliegende Buch ein ganz vortrefflicher Ratgeber. Es behandelt in leicht verständlicher Weise alles dasjenige, was für den Gartenbau in Betracht kommt, und bringt nur Bewährtes und Erprobtes, so daß derjenige, der sich dem Führer anvertraut, vor Fehlschlägen bewahrt bleibt. Wir können das kleine, mit vielen guten Abbildungen versehene Buch warm empfehlen.

H—n.

Der Hypnotismus oder die Suggestion und die Psychotherapie. Von August Forel. 7. Auflage. Stuttgart, Ferd. Enke.

Diese siebente Auflage des bekannten Buches wird ohne Zweifel eine Reihe neuer Freunde finden. Außer einzelnen Änderungen und Zusätzen ist eine Auseinandersetzung mit der Psychanalyse und mit Dessoirs Buch „Vom Jenseits der Seele" zu verzeichnen. Überhaupt greift Forel gern auf andere Forschungen zurück, billigt oder bekämpft Lehren oder Personen. Doch hat er selbst in jüngeren Jahren so viele Beobachtungen angestellt und sich in einer bestimmten Richtung des Denkens so schöpferisch betätigt, daß dem Werk der Reiz der Ursprünglichkeit erhalten geblieben ist. Schriftstellerisch ist es kein Meisterstück, auch nicht im Aufbau. Immerhin rechtfertigt es durch seinen sachlichen Gehalt die ihm zuteil gewordene Anerkennung der Leserwelt.

D.

Wissenschaftliche Vorträge, gehalten auf Veranlassung Seiner Exzellenz des Herrn Generalgouverneurs Generaloberſten H. v. Beseler in Warschau in den Kriegsjahren 1916/17. Berlin, Weidmann. M. 8.—.

Zu vielfarbigem Kranze fügen sich die einzelnen Bestandteile dieses Buches zusammen. Für das breiteste Publikum berechnet, geben sie die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit auf den verschiedensten Forschungsgebieten. Die Spannweite des Rahmens leuchtet ohne weiteres aus den Titeln der vier Vorträge ein, die ich als ganz besonders wertvoll hervorheben möchte. U. v. Wilamowitz-Möllendorff redet über Alexander den Großen (besonders eindrucksvoll sind die schönen Schlußworte, mit denen er das Problem der großen Individualität für die Geschichtschreibung berührt), Georg Pfeilschifter behandelt das Verhältnis von Rom und Byzanz, Th. Schiemann schildert in glücklichem Wurf die Persönlichkeit der Zarin Katharina II., P. Kaufmann gibt einen Abriß der Leistungen des Deutschen Reichs in der sozialen Fürsorge. „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen."

W. W.

Sondervertretung deutscher Bundesstaaten bei den Friedensverhandlungen. Von Dr. Viktor Bruns. Tübingen, Mohr.

Der bekannte Hergang vom Anfang 1918, daß plötzlich Bayern das Recht geltend machte, zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk einen Vertreter zu entsenden, wird hier von dem a. o. Professor der Rechte

Digitized by Google

in Berlin Bruns zum Gegenstand einer eindringenden Untersuchung gemacht. Das Ergebnis ist, daß die bayerische Forderung in der Reichsverfassung eine Stütze nicht findet und lediglich auf dem Vertrag vom 23. November 1870 beruht, der am 25. Januar, bzw. am 4. Februar 1871 von Bayern-Preußen ratifiziert wurde. Damals aber besaß der Bundesstaat Preußen kein Recht mehr, einen solchen Vertrag abzuschließen; er ist folglich ungültig. Dies ist auch unsere Ansicht, und wenn auch mit der Revolution der Vertrag begraben sein dürfte, so ist es doch nicht ohne Wert, seine Nichtigkeit festzustellen. E.

Kunstschutz im Kriege. Berichte über den Zustand der Kunstdenkmäler auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und über die deutschen und österreichischen Maßnahmen zu ihrer Erhaltung, Rettung, Erforschung. In Verbindung mit Vielen herausgegeben von Paul Clemen. I. Band: Die Westfront. Mit 117 Abbildungen. E. A. Seemann, Leipzig. Preis für Band 1 und 2 geb. M. 60.—, in Subskription M. 45.—.

Unter den zahllosen Veröffentlichungen, die auch heute noch, lange nach Abschluß des auf den Schlachtfeldern geführten Krieges, das unerschöpfliche Thema des Krieges mit den Waffen des Wortes und des Geistes fortspinnen, gehört dies Werk zu den ergreifendsten und für uns Deutsche ehrenvollsten. Schon die Ausstattung dieses ersten stattlichen Großquartbandes (der zweite soll noch weit umfangreicher werden) gibt zu erkennen, welchen Wert die Deutschen dem hier behandelten Gegenstand: Schutz der Kunstwerke vor der Vernichtung durch den Krieg, beilegten und auch heute beilegen. Auf keinem Gebiet steht die deutsche Kriegführung rühmlicher und unanfechtbarer da: fast auf keinem hat sie sich schärferen und verwerflicheren Angriffen ausgesetzt gesehen. Es gereicht der deutschen Wissenschaft zum Ruhm (und wird ihr einst zum Ruhme angerechnet werden), wie maßvoll auch bei den nur zu begreiflichen Regungen von Bitterkeit die deutschen Gelehrten die allgemeinen Verleumdungen und die Einzelbeschuldigungen der Feinde zurückweisen und widerlegen. „Gerechtigkeit — Eigenschaft und Phantom der Deutschen", der fast tragische Lakonismus Goethes gilt hier nur in seinem ersten Teil. Stets suchen die deutschen Verfasser die Stimmung, die Kampfesweise der Gegner zu begreifen und, wo es geht, zu entschuldigen; offen geben sie zu, daß auf unserer wie auf der andern Seite manches geschehen ist — nach dem grausamen Naturgesetz des Krieges geschehen mußte —, was Anklage und Verurteilung verdient; nie erniedrigen sie sich zu jenem „Phantom" der Gerechtigkeit, das in so vielen deutschen Köpfen spukt und ihnen den Sinn verwirrt, daß sie nur noch bei uns das Traurige und Schlimme sehen. Wir verweisen in dieser Hinsicht besonders auf die Kapitel: „Der Krieg und die Kunstdenkmäler" von Professor Paul Clemen, und „Die Denkmalpflege im Urteil des Auslandes" von Dr. Otto Grautoff. Verteidigung der eigenen Sache, Beschwerdeführung gegen ungerechte und entstellende Anklage ruhen in guten Händen bei diesen beiden Männern, von denen der eine, Clemen, mit seinem kunstwissenschaftlichen Lebenswerk durchaus in der recht verstandenen Internationalität des Kunstschaffens und der Kunstentwicklung wurzelt, der andere, Grautoff, immer zu den tätigsten und beredtesten Vermittlern zwischen französischem und deutschem Geistesleben gehört hat. Geben die zwei genannten Kapitel die allgemeine geistige Grundlage des Werks (ohne daß darunter die Belebung mit bezeichnenden und wichtigen Einzeltatsachen litte), so behandeln die übrigen Abschnitte die Praxis in den Sondergebieten: die Einrichtung des Kunstschutzes auf den deutschen Kriegsschauplätzen (Direktor O. v. Falke), Kunstdenkmäler und Kunstpflege in Belgien (Clemen), die Baudenkmäler auf dem französischen Kriegsschauplatz (Clemen), die Bergung des mobilen Kunstbesitzes in Frankreich (Dr. Th. Demmler), die Kunstdenkmäler im Kriege und das Völkerrecht (Professor Franz W. Jerusalem). Wir wollen besonders hinweisen auf das Kapitel über den mobilen französischen Kunstbesitz: auf diesem Gebiet haben natürlich die feindlichen Angriffe einen besonders gehässigen Beigeschmack; auf diesem Gebiet aber auch werden sie am schönsten und einleuchtendsten widerlegt, weil so viel gerettet werden konnte an beweglichen Kunstschätzen, während Bauwerke und ihr nicht ablösbarer Schmuck dem Verderben preisgegeben werden mußten. Allein schon das Museum „Au pauvre diable" zu Maubeuge bleibt ein Ruhmestitel deutscher Kunstpflege im Kriege; mit einem seiner Hauptschätze wird es für uns Deutsche in dem köstlichen Band von H. Erhard über die Pastelle Latours fortleben. — Wir werden auf den reichen Inhalt und die prinzipielle historische Bedeutung des ganzen Werkes nach Erscheinen des zweiten Bandes noch zurückkommen; er soll berichten, was an der ungeheuer ausgedehnten Ostfront der deutsche „Bergungsdienst" geleistet hat im selben Sinn wie an der Westfront, wo er arbeitete „nicht für den Dank Frankreichs, nicht für egoistische Pläne Deutschlands, sondern für die Sache der Kunst". K.

Digitized by Google

Geschichte der Kgl. Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin. Von Max Lenz. II. Band, 2. Hälfte. „Auf dem Wege zur Deutschen Einheit. Im neuen Reich". Halle, Buchhandlung des Waisenhauses 1918.

Mit diesem Bande, der den Zeitraum von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. bis zur Jetztzeit umfaßt, schließt der berühmte Historiker seine Geschichte der Berliner Universität. Der Band ist glänzend geschrieben. Der unendlich umfangreiche Stoff ist klar und übersichtlich geordnet. Ohne irgendwelche bedeutende Einzelheiten zu übergehen, wird überall die Einheitlichkeit der Darstellung gewahrt und insbesondere der Zusammenhang der geschilderten Ereignisse mit den Gesamtschicksalen des Vaterlandes niemals unterbrochen. So erhalten wir zugleich eine Geschichte des deutschen Geisteslebens für den behandelten Zeitraum und vielfach, besonders für die Märzrevolution, eine kaum übertroffene Darstellung der politischen Vorkommnisse, soweit sie sich in Berlin abgespielt haben. Das Werk wurde vor der letzten Revolution zum Abschluß gebracht. Um so interessanter ist es zu beobachten, wie die Geschicke der Universität mit dem Wechsel der Monarchen und vielfach auch mit ihren Launen verbunden waren, und es mag im Rückblick wunderbar erscheinen, daß bei diesem System die erreichte Entwicklung möglich war. Dies um so mehr, als das Buch deutlich erkennen läßt, wie wenig wirkliche Widerstandskraft im großen und ganzen die Republik der Wissenschaften in Berlin in lebenswichtigen Augenblicken gegenüber den herrschenden Gewalten aufzubringen gewußt hat. Es wird für uns einen eigenen Reiz haben zu beobachten, wie alles dieses sich unter der neuen Staatsform gestalten wird. Dem Verfasser aber gebührt bei Beendigung seines Werkes der Dank dafür, daß er das Gewesene noch einmal zusammenfassend geschildert und ein Werk geschaffen hat, das dem deutschen Geistesleben dauernd zur Ehre gereichen wird.

Dr. A. L.

Das deutsche Gymnasium und die Erdkunde. Kriegsforderungen an die höheren Schulen von Ludwig Neumann. Karlsruhe i. B., G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Mit Ehrerbietung hören wir das Wort des erfahrenen Professors der Geographie an der Universität Freiburg i. B Förderung unserer Bildungsschulen im Sinne des deutschen Gedankens ist sein letzter, höchster Zweck, der Gedanke aber, daß für die künftige Heranbildung und Erziehung unserer Jugend, namentlich der studierenden Jugend, der Erdkunde eine hervorragende Bedeutung zukomme, ist der Angelpunkt seiner Überlegungen. Aber nur, wenn dieses bisher so schwer vernachlässigte Unterrichtsfach organisch wohlgefügt in das Ganze des Lehrplans eingereiht wird, kann es für diesen wie für sich selbst erfolgreich zur verdienten Geltung gelangen. Daher unterzog Neumann die höhere Schule nach ihrem ganzen Aufbau einer eingehenden Untersuchung, und eine tiefe Begründung und Berechtigung dazu wies er in der ganz persönlich gefärbten und gerade dadurch so eindringlich wirkenden Einleitung nach.

H. Z.

Ein deutsches Jugendgesetz. Von Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Felisch. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn. M. 1.—.

Die außerordentlich gründliche und wohldurchdachte Schrift bedeutet eine Forderung. Felisch setzt sich tatkräftig und wirkungsvoll für den Erlaß eines einheitlichen Erziehungsreichsgesetzes, für ein deutsches Jugendgesetz ein. Er umschreibt den Begriff eines solchen, erörtert seine formellen Erfordernisse, untersucht eingehend und weitblickend seine sachlichen Erfordernisse bis in alle Einzelheiten und berücksichtigt dabei auch die Folgen des Krieges und die Erlasse der Militärbehörden. Die Schrift ist eine Vorarbeit für den künftigen Gesetzgeber, wie sie nicht dankbar genug begrüßt werden kann.

Hans Zimmermann.

Deutschland und der Friede. Von Walter Götz. Leipzig, Teubner.

Ueber diesem Werk hat ein widriges Schicksal gewaltet. Es ist zwar frühzeitig vorbereitet worden, aber erst in einem Augenblick ans Licht getreten, wo seine Voraussetzung, ein für Deutschland annehmbarer Friede, gänzlich hinfällig geworden war. Trotzdem verdient es noch aufmerksame Leser; denn was hier über die Lebensbedingungen aller am Weltkrieg beteiligten Staaten und Völker entwickelt wird, hat historischen und wohl auch wieder Zukunftswert. Und dann ist das Buch von Bedeutung als Beweis dafür, wie maßvoll und billig wir in Deutschland über unsere Gegner und wie weitsichtig wir über eine künftige Völkergemeinschaft geurteilt haben, als wir noch auf einen guten Ausgang zuversichtlich hofften. E.

Familienforschung. Von Franz Lebius. Leipzig, H. A. Ludwig Degener.

Franz Lebius ist der Erfinder der sogenannten Lebensregistratur, die, um es so kurz wie möglich auszudrücken, die frühere graphische Darstellung von Verwandtschaftsverhältnissen sehr viel praktischer, übersichtlicher und beweglicher durch eine kartothekarische Registrierung auf Grund mathematisch-logischer Formeln ersetzt. Eine klare

Digitized by Google

Anleitung zur Anlage, Einrichtung und Benutzung einer solchen Lebiusregistratur enthält das Schriftchen mit vielen Beispielen auf sehr anschaulichen Tafeln, und es ist kein Zweifel, daß die hier gewiesenen neuen und sehr viel gangbareren Wege der Familienforschung, die uns auch für wissenschaftliche Zwecke, ja für Zwecke der Volksgesundheit und Staatserhaltung so dringend nötig ist, zahlreiche neue Freunde und Mitarbeiter zuführen werden.

Hans Zimmer.

Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Leipzig, B. G. Teubner. Jedes Bändchen geh. M. 1.20, geb. M. 1.50.

Trotz des Krieges und seiner Einflüsse auch auf die Tätigkeit des deutschen Buchverlags hat die bekannte und vielbenützte Teubnersche Sammlung rührig an ihrem Ausbau weitergearbeitet. Wir können hier schon die dritte Auflage der beiden Bändchen von R. Charmatz anzeigen, die „Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1895" behandeln (Nr. 651 und 652): was anfangs bei dem Fehlen aller Vorarbeiten als ein Wagnis erschien, hat sich gerade deshalb als ein Bedürfnis herausgestellt, mit dessen Erfüllung sich der kenntnisreiche Verfasser in den weitesten Kreisen Dank verdient hat. Derselbe Gelehrte hat auch die beiden Bändchen (Nr. 653 und 654) über die „Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert" geschrieben. Auch von ihnen ist bereits die zweite Auflage nötig geworden, und auch bei ihrer Abfassung bewegte sich der Forscher auf bisher kaum beackertem Boden. Für weite Kreise am fesselndsten ist aber wohl das Bändchen „Österreichs äußere und innere Politik von 1895 bis 1914", ebenfalls von Charmatz, das sich zum Teil geradezu als eine Vorgeschichte des Weltkrieges erweist.

Hans Zimmer.

Gott und die Welt. Von Peter Lippert, S. J. Freiburg, Herder. 160 S. M. 2.20.

Es ist dies das dritte Bändchen einer Sammlung, die „Credo" benannt ist, und die Darstellungen aus dem Gebiet der Glaubenslehre enthält. Es wird die Erschaffung der Welt, das Problem des Menschen, der Frau und manches andere Kapitel abgehandelt. Die Bibel ist dem Verfasser eine wörtliche Autorität, auch in den Fragen der Welterkenntnis; der engste Anschluß an den Schöpfungsbericht wird überall gewahrt. Aber trotz der darin liegenden Gebundenheit, die zugleich das Spezifisch-Konfessionelle oft stark in den Vordergrund treten läßt, finden sich sehr feine Gedanken, sehr hübsche Formulierungen, wie überhaupt der Zweck der Klarheit und Leichtverständlichkeit, der ähnlichen apologetischen Unternehmungen so oft fehlt, hier in bester Weise erreicht wird.

Dr. W.

Imperium mundi. Roman von *_* Verlag von Richard Mühlmann (Max Grosse), Halle a. d. S. Geb. M. 9.—.

Der Verfasser hüllt sich in Dunkel, und er bezeichnet sein Buch als Roman. Da darf er sich von vornherein Freiheiten gewähren. Wenn er aber in den Kreisen, über die er schreibt, Bescheid weiß, wenn vieles in dem Buche auf Tatsachen beruht, dann hat der Roman Anspruch auf unser größtes Interesse. Der Roman beginnt mit dem Tode des alten Kaisers und umfaßt das erste Jahrzehnt der beginnenden Einkreisung des Deutschen Reiches, Bismarck tritt darin auf und Kaiser Friedrich, sowie der junge Kaiser Wilhelm, Kaiser Alexander von Rußland, der Prinz von Wales, Diplomaten und Würdenträger, und die Wurzeln werden gezeigt, aus denen das namenlose Unglück erwuchs, das heute über der Welt lastet. In der Darstellung ist der Roman vortrefflich, er hält den Leser von Anfang bis zu Ende in Spannung. H.

Über die Epochen der neueren Geschichte. Neunzehn Vorträge, gehalten vor König Maximilian von Bayern von Leopold v. Ranke. München und Leipzig, Duncker & Humblot.

Es ist äußerst begrüßenswert, daß der Verlag sich zu einem Neudruck dieser von Alfred Dove aus dem Nachlaß Rankes herausgegebenen Vorträge entschlossen hat. Ranke hat selbst sie mit dem Wort Machiavellis charakterisiert: „Was ich in langer Zeit gelernt habe, biete ich dir in wenigen kurzen Sätzen dar," und in der Tat enthalten sie in knappster Form den Versuch, von dem überschauenden Standpunkt aus, den er durch seine Einzelarbeiten gewonnen hatte, das Ganze der universalhistorischen Entwicklung, nicht nur, wie der Titel besagt, der neueren Zeit, in einen Rahmen zusammenzuspannen. Wer sich ein Bild Rankescher Geschichtsauffassung verschaffen will, ohne sich in seine großen Werke zu vertiefen, kann das an Hand dieser Vorträge erreichen. Sie bilden ein ausführlicheres Gegenstück zu der berühmten Abhandlung über die „Großen Mächte." Gerade den Schluß, die Sätze über das Verhältnis von Monarchie und Nationalsouveränität, wird man in unseren Tagen, die erneut eine praktische Lösung dieses Problems erheischen, mit Erschütterung und größtem Nutzen auf sich wirken lassen. Hoffen wir, daß der Verlag diesem Vor-

Digitized by Google

läufer bald die so dringend notwendige Neuauflage der Sämtlichen Werke Rankes folgen lassen wird. Die deutsche Geschichtsforschung hat es in dieser Zeit, da so viel dessen zusammenbricht, was sie angestrebt und verherrlicht hat, mehr als je nötig, an den Lehren ihres größten Meisters Trost und Halt zu gewinnen. W. W.

Das Leben Albrecht Dürers. Von Willy Pastor. Berlin, Reichsverlag Hermann Kalkott. M. 4.—.

Das fließend geschriebene, mit 17 technisch einwandfreien Bildern geschmückte, gut ausgestattete Werk hat seine besondere Stellung unter den vorhandenen Lebensbeschreibungen Dürers dadurch, daß es vornehmlich das Deutsche in dem großen Meister herausarbeitet. Seine bekannten germanischen Untersuchungen ermöglichten es Pastor, das „Problem der Gotik", aus dem heraus ein nordisch gesehener Dürer allein verständlich ist, anders als vom üblichen Renaissancestandpunkt zu betrachten. Das und der reiche kulturhistorische Hintergrund, von dem er sich das Leben Dürers abheben läßt, sind die Hauptvorzüge des wertvollen Werkes. H. Z.

Schwarzwald-Kinder. Erzählung von Maria Bayer. Freiburg i. B, Herdersche Verlagsbuchhandlung. Kart. M. 5.20.

Das Buch der als Jugendschriftstellerin bekannten Verfasserin erzählt in der Hauptsache von Kindern und ist auch für solche bestimmt. Es trifft auch durchaus den Ton, den Kinder gern haben, Humor und deutsches Gemüt, ohne in Sentimentalität zu verfallen. Die Hauptperson ist ein herziges kleines Schwarzwaldkind, das sich gewiß die Zuneigung der jungen Leser erwerben wird, ebenso die anderen Kinder und Erwachsenen der Erzählung, unter denen ein sehr hübsch gezeichnetes „Samenmännlein" ist, das kennen zu lernen den Kindern viele Freude machen wird. H.

Lehrerbildung und Volkstum. Von Hermann Itschner. Leipzig, Quelle & Meyer. M. 2.80.

Die gedankenreiche Arbeit wendet sich vor allem an die Lehrerbildungsanstalten und wird bei der kommenden Umgestaltung unserer Lehrerseminare gewiß Beachtung finden. Vom Theoretischen führt sie zum Praktischen, zu greifbaren Lehrplanübersichten, und streift auch die Universitätsfrage, sowie die Fahnenflucht aus den Kreisen der Volksschule. Von allgemeinstem Interesse sind die scharfsinnigen Ausführungen über Bildung, Gelehrsamkeit, Wissenschaftlichkeit, systematische Vollständigkeit und Wendung zum Typischen. Das Schriftenverzeichnis ist vielleicht mit Absicht nicht vollständig.
Hans Zimmer.

Erziehung zum Glück. Morgengedanken eines Menschenfreundes. Von Gustav Schlein. Wien und Leipzig, A. Hartlebens Verlag. M. 1.50 (3.—).

Was vor allem hindert uns, glücklich zu sein? Verdrossenheit, Willensschwäche, Unnatur. Was vor allem führt uns zum wahren Glück? Natürlichkeit, die in ihrer edelsten Blüte zur Persönlichkeit wird. Solche und ähnliche Betrachtungen bietet der Verfasser in seinen Morgengedanken. Da das Ganze glücklicherweise eine ziemlich zusammenhängende Lebensanschauung ergibt, so hätte er diese auch getrost in zusammenhängender Form darstellen können und nicht in Aphorismen zu verzetteln brauchen. Er schadet dadurch seinem Werk in doppelter Weise. Manche Leser werden anspruchsvoll genug sein, um doch vielfach die eigentliche aphoristische Schärfe zu vermissen. Andererseits begnügt sich der Verfasser zu oft damit, denselben Gedanken von verschiedenen Seiten zu beleuchten, durch verschiedene — oft treffende — Bilder zu veranschaulichen, anstatt ihn zu entwickeln, zu beweisen, zu vertiefen. Aber auch so ist das gehaltvolle Buch lesenswert: es wird gewiß dazu beitragen können, seine Leser zu mutiger Lebensbejahung zu erziehen. H. Brömse.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

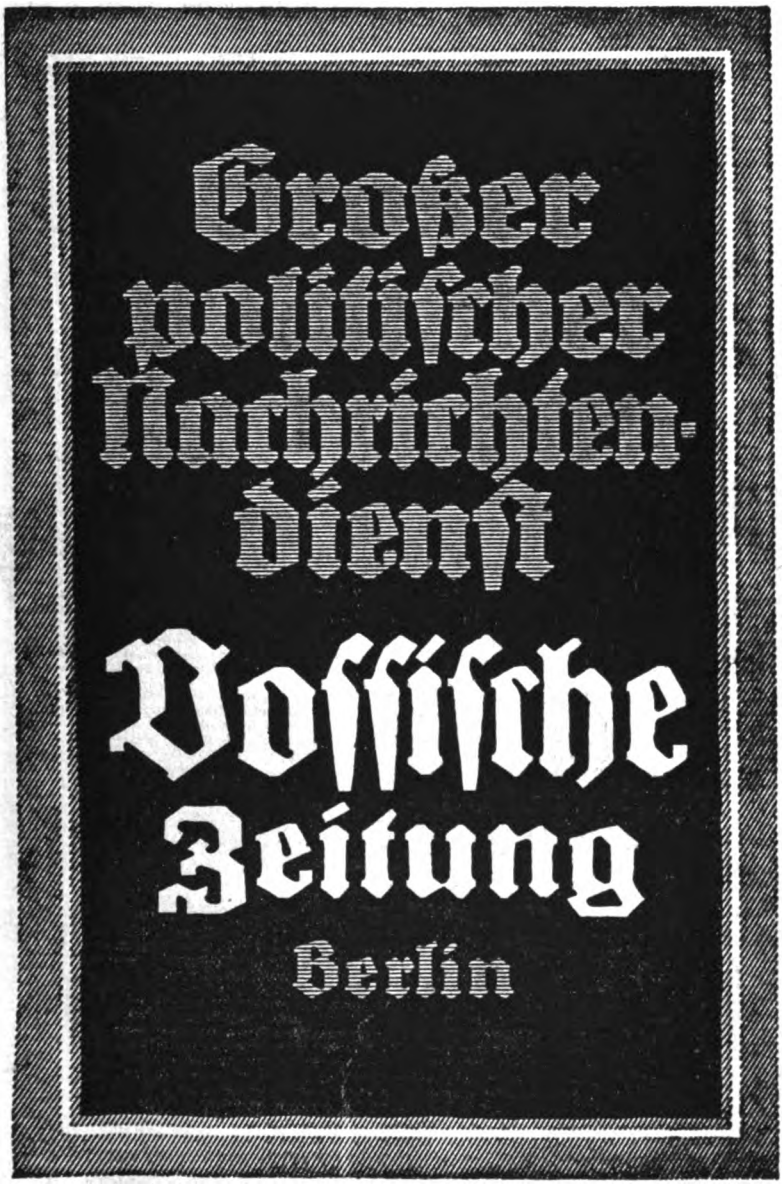
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

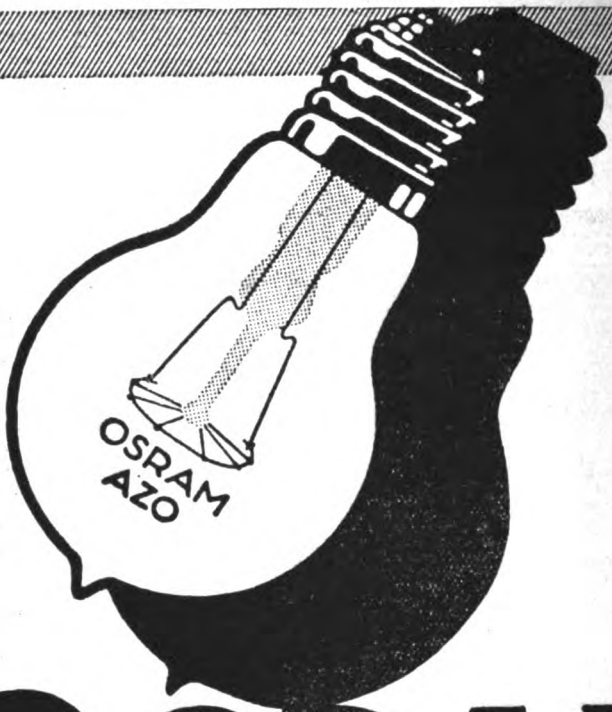
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google



Monatlich 3.25 Mk. bei allen Postanstalten und beim Verlag Ullstein & Co, Berlin SW

Digitized by Google



OSRAM AZO

Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt

Osramwerke G.m.b.H., Kommanditgesellschaft
Berlin O. 17

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

12
bind 1919 II
COPWELL UNIVERSITY LIBRARY JUN 24 1920

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

Juli 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
Dr. Fritz Vollmer, Geheimer Regierungsrat: Weltörtliche Lage und Weltgeltung	1
Dr. Georg Baron Manteuffel: Bismarck und die Revolution	13
Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. IV	19
Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler (Fortsetzung)	32
Dr. rer. pol. Imre Fejér, Frankfurt a. M.: Der Bolschewismus im Agrar-Ungarn	55
Professor Richard Eickhoff: Erinnerungen an Friedrich Althoff	63
Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.: Theoretisches und Historisches zur politischen Tätigkeit des Feldherrn	71
Erich Petzet: Ungedruckte Briefe von Gottfried Keller an Christian Schad und Ignaz Hub. Zum 100. Geburtstag des Dichters (19. Juli 1919)	82
Literarische Berichte	95
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes	96

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig
1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.
Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei
Schlaflosigkeit und Nervosität
In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.
Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Verlagsbuchhandlung Dr. Walther Rothschild, Berlin-Wilmersdorf
Brandenburgischestraße 41

Neuerscheinungen:

Die Friedensentschließung des Reichstags und die Kriegsschuldfrage. Von Prof. Dr. Fritz Affolter, Heidelberg. M. 1.—

Der internationale Rechtshof. Von Geheimem Justizrat Dr. Edwin Katz, Berlin. M. 4.20

Das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur Rechtswissenschaft und zur Politik. Ist die Volkswirtschaftslehre eine selbständige Wissenschaft? Von Prof. Dr. Rud. Kaulla, Stuttgart. M. 2.40

Grundlegung zur Rechtsphilosophie. Von Justitiar Dr. Max Salomon, Frankfurt a. M. M. 12.—, gebunden M. 15.—

Sitte, Recht und Moral. Untersuchungen über das Wesen der Sitte. Von Landgerichtsrat Dr. Ernst Weigelin, Stuttgart. M. 6.—, gebunden M. 8.—.

Bezug durch jede Buchhandlung oder den obigen Verlag.
Ausführliche Prospekte kostenlos.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Soeben erschien:

Technischer Wortschatz

bearbeitet und herausgegeben von

Karl Hager — Heinrich Liebmann
Paul von Lossow — Hans Steidle

Mit einem Vorwort von

Walther von Dyck

Ein Band von 410 Seiten, auf holzfreiem Papier, solid in Halbleinen gebunden M 14.—

Bei dem immer zunehmenden Einfluß der Technik auf das gesamte öffentliche Leben ist ein Nachschlagebuch für solche, die in technischen Fragen Laien sind, immer mehr zum Bedürfnis geworden. Diesem suchen im „Technischen Wortschatz" bewährte Fachmänner entgegenzukommen, indem sie in knapper, allgemeinverständlicher Weise all die Worte erläutern, die dem Nicht-Techniker heute auf den Gebieten der Rechtsprechung, der Verwaltung, des Handels vor Augen kommen, und über die er sich klar werden muß angesichts all der technischen Fragen, vor die er sich gestellt sieht, und der technischen Aufgaben, an deren Behandlung und Erledigung er Anteil zu nehmen hat. Auch der Techniker selbst wird gar manchmal in die Lage kommen, das praktische und handliche Buch mit Nutzen zu befragen.

:-: Durch alle Buchhandlungen zu beziehen :-:

Digitized by Google

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.

	M.	₰	M.	₰
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			391 588 164	70
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			2 371 830 415	—
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	2371830415	—		
b) eigene Akzepte	—			
c) eigene Ziehungen	—			
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—			
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			104 414 427	55
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			320 176 391	50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			13 399 722	35
davon am Bilanztage gedeckt				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	8196270	35		
b) durch andere Sicherheiten	258759	45		
Eigene Wertpapiere			148 724 325	40
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	112050320	95		
(davon M. 86 876 809.65 verzinsliche Schatzanweisungen)				
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	2650796	90		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	27776452	60		
d) sonstige Wertpapiere	6246754	95		
Konsortialbeteiligungen			56 532 421	80
Dauernde Beteiligungen bei andern Banken und Bankfirmen			67 387 914	55
Schuldner in laufender Rechnung			1 048 128 661	30
a) gedeckte	686963454	05		
b) ungedeckte	361165207	25		
ausserdem Aval- und Bürgschaftsschuldner M. 456 516 390.55				
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank M. 152 926 762.50				
Bankgebäude			42 997 817	65
Sonstige Immobilien			3 923 136	95
Mobilien-Konto			1 019 409	35
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			5 534 386	10
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung			95 205	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung			122 250	—
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London			20 126 165	80
			4 596 000 815	—

Passiva.

	M.	₰	M.	₰
Aktien-Kapital-Konto			260 000 000	—
Rücklage A			51 000 000	—
Rücklage B			29 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto			684 536	—
Gläubiger				
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen			39 096 650	25
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			1 797 981	05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen			218 330 504	25
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			1 384 823 741	30
1. innerhalb sieben Tagen fällig	622656716	70		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	433659239	65		
3. nach drei Monaten fällig	328507784	95		
e) sonstige Gläubiger			2 506 767 499	05
1. innerhalb sieben Tagen fällig	1465497329	85		
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	919386269	95		
3. nach drei Monaten fällig	121883899	25		
Akzepte und Schecks			63 699 907	75
a) Akzepte	50587060	15		
b) noch nicht eingelöste Schecks	13112847	60		
Ausserdem				
Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. der für Reich u. Reichsbank übernommenen) M. 456 516 390.55				
Eigene Ziehungen	—			
davon für Rechnung Dritter	—			
Weiterbegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—			
Dividenden-Konto			426 360	—
Pensions-Fonds-Konto			5 528 170	25
König-Friedrich-August-Stiftung			118 908	50
Georg-Arnstaedt-Stiftung			152 272	35
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			371 405	05
Reingewinn			34 202 879	20
			4 596 000 815	—

Dresden, den 31. Dezember 1918.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

August 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

HARVARD COLLEGE LIBRARY

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen 97

Dr. J. Lulvès, Archivrat (Berlin): Papst Benedikt XV. und der Völkerbund 102

Ernst Reinhardt, Oberst: Von den Soldatenräten. Persönliche Erinnerungen 108

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. V 127

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler (Fortsetzung) 138

Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.: Theoretisches und Historisches zur politischen Tätigkeit des Feldherrn (Schluß) 157

Dr. Ernst Traumann (Heidelberg): Erlebnis und Dichtung in Goethes „West-östlichem Divan". Eine Jahrhundertbetrachtung 167

Dr. Arnold Sachse, Geh. Regierungs- und Schulrat in Hildesheim: Die Trennung von Kirche und Staat 175

Dr. Breger, Geh. Regierungsrat (Berlin): Der Seuchenschutz des Reichs während des Krieges 183

Karl Elster: Die deutsche Währung der Zukunft 189

Literarische Berichte 196

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 199

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig

1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.

Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER

Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3mal täglich.
Zu haben in den Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer
oder direkt durch Vermittlung von
Dr. Carbach & Cie. in Coblenz II a. Rh.

GRAPHOLOG. INSTITUT

H. Gerstner, Würzburg, Julius-Promenade 17½.
Ausführliche Charakteranalyse (wissenschaftl. begründete Methode) nach der Handschrift M. 3.75, Angabe der Grundzüge eines Charakters M. 1.25.
Beziehen Sie sich auf diese Zeitschrift.

Politik - Staat - Gesellschaft - Revolution - Volkswirtschaft

Antiquariatskatalog soeben erschienen
Oskar Gerschel's Buchhandlung und Antiquariat G.m.b.H., Stuttgart 286.

Bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erschien unlängst:

Deutsche und Italiener

Von **Isolde Kurz**

— Geheftet M 1.20 —

Wenige sind so berechtigt, über „Deutsche und Italiener" zu sprechen, wie Isolde Kurz, die lange Jahre in Italien lebte und dort ihre zweite Heimat gefunden hatte. Die auf feinfühligem Einleben in die italienische Kultur und gründlichem Beobachten und Vergleichen der beiden ehemals verbündeten Völker aufgebaute kleine Arbeit sucht beiden Nationen gerecht zu werden, wobei sich freilich einige bittere Wahrheiten nicht umgehen lassen. Die Verfasserin zieht den Schluß, daß wir von den Romanen lernen können in der Art, wie sie Treue zu sich selbst bewahren und ihr Wesen naiv und selbstverständlich zur Geltung bringen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Digitized by Google

Der

Cicerone

Halbmonatsschrift für Künstler, Kunstfreunde und Sammler

Herausgegeben von

Prof. Dr. Georg Biermann

Unsere altbewährte Zeitschrift hat mit dem 11. Jahrgang eine Wandlung insofern durchgemacht, als sie im Sinne einer

großzügigenmodernenKunstzeitschrift

ausgebaut wurde, die besonders den Interessen

der jungen Kunst

unserer Tage dient, ohne deshalb das Sammelwesen zu vernachlässigen. Dieses wird nach wie vor in der Abteilung

Der Kunstsammler

ausgiebig berücksichtigt. Wir glauben die Wünsche weiter Kreise zu erfüllen, wenn wir darin der

modernen Graphik,

über die regelmäßig von Dr. H. Voß, dem Leiter des Kupferstich-kabinetts zu Leipzig, berichtet wird, einen breiten Raum widmen.

Neue Liebhaberausgaben

werden für die Bibliophilen regelmäßig von Prof. Dr. Minde-Pouet, dem Leiter der Deutschen Bücherei zu Leipzig, kritisch besprochen.

In der Rubrik „Die Zeit und der Markt" bringen wir ein großes Tatsachenmaterial in möglichst konzentrierter Form über Kunstpolitik, Sammlungen, Ausstellungen, Versteigerungen, Neue Literatur, Personalnachrichten usw.

Halbjahrsbezug M. 18.— / Probenummer M. 2.35

Klinkhardt & Biermann / Leipzig

Liebigstraße 2

Digitized by Google

Politische Bücherei

geleitet von
Geh. Rat Prof. Dr. Erich Marcks

Geh. Rat Prof. Dr. H. Schumacher und **Prof. Dr. R. Smend**

In neuer, **2. Auflage** erschien soeben:

Der Kriegsausbruch

Eine Darstellung von neutraler Seite
an Hand des gesamten Aktenmaterials

Von **Dr. Ernst Sauerbeck**

Geheftet M 12.–, gebunden M 16.–

„Ein Buch, das frei von jeder Psychose versucht, das Maß der Schuld und Nichtschuld an diesem Kriege nüchtern prüfend und mit den Mitteln historischer Kritik festzustellen. Alles, was an Dokumenten und authentischen Äußerungen über jene Zeit und aus ihr vorliegt, wird vom Verfasser wiedergegeben und, gemessen an anderen gleichzeitigen Dokumenten oder späteren Enthüllungen und Eingeständnissen, nach seinem Werte eingeschätzt. Es tut aber einem Deutschen wohl, in dem arbeitsvollen und wohldurchdachten Buche eines Neutralen zu lesen, daß Deutschland durchaus nicht nötig hat, schamvoll und ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Völker sich zu verbergen."
(Frankfurter Zeitung.)

In der Sammlung sind ferner erschienen:

Frankreich und das linke Rheinufer. Von **Aloys Schulte**, o. Professor der Geschichte an der Universität Bonn.
Zweite, durchgesehene Auflage. Geheftet M 10.–, gebunden M 13.20

Der Friede und die deutsche Zukunft. Von **Alfred Hettner**, o. Professor der Geographie an der Universität Heidelberg. Geheftet M 3.50, geb. M 5.–

Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich.
Von **Wilhelm Schüßler.** Geheftet M 6.–, gebunden M 8.–

Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie. Von **J. Szekfü**, Privatdozent an der Universität Budapest. Geheftet M 3.20, gebunden M 4.80

Das belgische Bollwerk. Eine aktenmäßige Darlegung über Barrierestellung, Neutralität und Festungspolitik Belgiens. Mit einem Anhang ungedruckter Aktenstücke. Von **K. Hampe**, o. Professor der Geschichte in Heidelberg.
Geheftet M 4.–, gebunden M 6.–

Die parlamentarische Kabinettsregierung. Von Prof. Dr. **W. Hasbach**.
Geheftet M 13.20, gebunden M 16.–

Die internationale Beschränkung der Rüstungen.
Von Dr. **Hans Wehberg.** Geheftet M 21.60, gebunden M 25.60

Ausführlicher Prospekt über die in der „Politischen Bücherei" erschienenen Werke mit Subskriptionsbedingungen kostenlos durch jede Buchhandlung oder die

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

September 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen II.	201
B. Naunyn (Baden-Baden): Angedenken an das Gute hält uns immer frisch bei Muthe	212
Eleonore v. Bojanowski: Alt- und Neu-Weimar	217
Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler (Fortsetzung)	227
Professor Dr. jur. Friedrich Giese (Frankfurt a. M.): Die Wandlungen im Staatscharakter der deutschen Länder	251
Professor Dr. Konrad Lange (Tübingen): Theater und Kino im neuen Volksstaat	264
Dr. Ernst Traumann (Heidelberg): Erlebnis und Dichtung in Goethes „West-östlichem Divan". Eine Jahrhundertbetrachtung (Schluß)	274
Rudolf Schick (Berlin): Betriebsräte	283
Die internationale Kohlennot. Von E. K.	289
Literarische Berichte	290

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig
1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.
Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei
Schlaflosigkeit und Nervosität
Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3mal täglich.
Zu haben in den Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer
oder direkt durch Vermittlung von
Dr. Carbach & Cie. in Coblenz II a. Rh.

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven 340 Millionen Mark, über 90 Niederlassungen in Deutschland * **Stuttgart,** Schloßstraße 18, Depositenkasse Königstraße 35 * Depositenkasse **Cannstatt,** Königstraße 54 * **Heilbronn,** Clarastraße 5 * **Ulm-Donau,** Hafenbad * **Vermögensverwaltungen, Entgegennahme von Bareinlagen, An- und Verkauf von Wertpapieren, Panzergewölbe und Schrankfächer** zu dauernder oder vorübergehender Aufbewahrung von Wertgegenständen jed. Art * **Übernahme aller bankgeschäftlichen Transaktionen**

WISSENSCHAFTLICH ANERKANNT
IST DIE **GRAPHOLOGIE** (CHARAKTERBILD NACH DER HANDSCHRIFT)
Das graphologische Institut Gerstner, Würzburg, Julius-Promenade 17½ (erforderlich 20 Zeilen) liefert:
Wissenschaftliche Charakteranalyse nach der Schrift ausführlich .. .. M 5.—
Postsch.-Konto Nürnberg Nr. 14 822
Machen Sie eine Probe. — Erledigung sofort bei Bezugn. auf die „Deutsche Revue"
Ia Referenzen bereitwilligst! ::—::

Unentbehrlich sind in heutiger Zeit
ZEITUNGS-NACHRICHTEN
für Großindustrielle, Industrielle jeder Art, Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, Verleger und sonstige Interessenten
Diese liefert über jeden beliebigen Gegenstand in Original-Ausschnitten sachgemäß ausgewählt und schnell das
Zeitungs-Ausschnitt-Bureau C. Freyer,
Prospekte und Tarife gratis. **BERLIN-Südende.**

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Soeben erschien:

Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt

Von

Dr. Wilhelm Schüßler

Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

Geheftet M 1.50

In meisterhaft gedrängter Form entrollt der Verfasser ein Bild der Entstehung und Entwicklung Mitteleuropas vor dem Auge des Lesers, beginnend mit dem Jahre 1526, als durch die Vereinigung der Herrschaft über Böhmen und Ungarn, mit der über die österreichischen Erblande der Grund für „Mitteleuropa" gelegt wurde, bis zum Jahre 1918, da es unter den Trümmern der österreichischen Monarchie begraben wurde. Wie sich aber aus der Erkenntnis geschichtlicher Notwendigkeiten der tröstliche Einblick in künftige geschichtliche Möglichkeiten ergibt, so eröffnet Dr. Schüßler auch den Ausblick auf eine künftige Neuorganisation Mitteleuropas, an der dem deutschen Volke eine hervorragende Rolle sicher zufallen wird.

Eine der gehaltvollsten Schriften, die über das Thema „Mitteleuropa" geschrieben worden sind

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Geschäftliche Mitteilungen

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Firma **Schmidt & Co., Berlin,** bei, in dem die bekannten großen politischen Bücher über die Ursachen und den Ausbruch des Weltkrieges von v. Bethmann Hollweg, v. Jagow, Hammann und andere Werke angeboten werden. Auf diese empfehlenswerten Schriften sei hierdurch besonders aufmerksam gemacht. Entgegen den Angaben im Prospekt ist von v. Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg" auch der erste Teil zum Preise von 9 Mark einzeln erhältlich.

Lebensversicherung. Der Weltkrieg mit seinen Todesopfern und seinen schlimmen Folgen auf wirtschaftlichem Gebiete hat die deutsche Lebensversicherung Hunderte von Millionen Mark gekostet. Z. B. die Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit allein hatte in den fünf Kriegsjahren 1914/1918: 5610 Kriegssterbefälle über mehr als 34 Millionen Mark zu verzeichnen. All das ist bezahlt bis auf einen kleinen Rest, für den die Beweispapiere noch nicht geliefert sind. Hätte die Anstalt nach diesen gewaltigen Leistungen nur die zur Sicherstellung der künftigen Zahlungsverpflichtungen unbedingt erforderlichen Rücklagen gerettet, so wäre das schon mehr, als man in Friedenszeiten für den Fall einer so ungeheuren Kriegskatastrophe wie der gegenwärtigen hätte erwarten können. Daß eine Versicherungsanstalt neben solchen Kriegsleistungen aber auch noch Dividenden an ihre Versicherten werde zahlen können, hätte früher niemand geglaubt. Und doch ist es so. Rund 39 Millionen Mark hat die Karlsruher Anstalt in den Kriegsjahren 1914/1918 als Dividenden an ihre Versicherten gezahlt. Im Jahre 1919 vergütet sie ihnen weitere 8½ Millionen Mark. Von dem Gesamtvermögen der Anstalt zu Ende 1918 von 349 Millionen Mark waren mehr als 75% in erststelligen Hypotheken und Gemeindedarlehen angelegt und annähernd 17% in Wertpapieren. Der Gesamtbestand an Kapitalversicherungen betrug bei der Karlsruher Anstalt Ende 1918: 821 Millionen Mark; der Zugang im Jahre 1918: 50 Millionen Mark. Die Überzeugung von der unbedingten Sicherheit der Lebensversicherung namentlich auch als Kapitalanlage hat sich in weiten und vielfach gerade den kapitalkräftigen Kreisen durchgesetzt und tritt auch bei der im Jahre 1919 sich weiterhin verschärfenden Wirtschaftslage immer mehr in Erscheinung. Daher kommt es, daß bei den meisten Lebensversicherungsunternehmungen in den bis jetzt verflossenen Monaten des Jahres 1919 der Zugang an neuen Versicherungen wesentlich größer war als jemals in Friedenszeiten. Bei der Karlsruher Anstalt hat der Zugang der ersten fünf Monate 1919 mit rund 60 Millionen Mark den gesamten Zugang des Vorjahres schon um 20% überholt.

Die Deutsche
Arbeitgeber-Zeitung

Zentralblatt deutscher Arbeitgeber-Verbände

Publikationsorgan der größten und maßgebenden
Arbeitgeber-Vereinigungen.

Die Zeitung bringt wöchentlich politische Leitartikel über alle wichtigen Zeitfragen der Sozial- und Handelspolitik, Berichte über Ausstände, Tarifbewegungen, neue Gesetze und Verordnungen, über die Entwicklung der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch innerhalb der Landwirtschaft, ferner juristische Artikel, Abhandlungen über das Versicherungswesen, Zeitbetrachtungen usw.

Die Zeitung vertritt alle Interessen des selbständigen Unternehmertums, sie befürwortet ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bekämpft aber nachdrücklich alle übertriebenen Forderungen der Arbeiterschaft, wie sie auch gegen die das Wirtschaftsleben gefährdende Sozialisierung entschieden Front macht.

Für jeden Arbeitgeber

in der Industrie, im Handwerk, Handel und in der Landwirtschaft ein unentbehrliches Hilfsmittel der Unterrichtung und Beratung.

Probenummern kostenlos. ooooooo Bezugspreis jährlich Mk. 12.–

Verlag Berlin S. 42.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von .....

Richard Fleischer

Vierundvierzigster Jahrgang. Vierter Band
Oktober bis Dezember 1919

Stuttgart und Leipzig 1919 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt

des

Vierten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLIV

(Oktober bis Dezember 1919)

Seite

C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen III. IV. 1. 97

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. VI. VII. 7. 123

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. **Wilhelm Schüßler** 20. 148

Professor Dr. **Konrad Lange** (Tübingen): Theater und Kino im neuen Volksstaat (Schluß) 40

H. v. Hoff: Bietet Anatolien dem deutschen Auswanderer Aussicht als Siedlungsland? 51

Professor Wilhelm Foerster (Berlin): Über Weltzeit und Weltuhren 59

Robert Kohlrausch (München): Ein Hohenstaufenjagdbuch 65

Dr. **Eduard Färber:** Die chemischen Vorgänge bei der Assimilation der Kohlensäure 69

H. J. G. J. van der Mandere (im Haag): Das Gesetz zugunsten der Landarbeiter in den Niederlanden 76

Erich Schramm: Das Problem des interkonfessionellen Religionsunterrichts 109

Dr. **Walther Hasenclever** (Düsseldorf): Ein Staatsbankrott vor hundert Jahren 133

Dr. **Max v. Szczepanski,** Oberstleutnant a. D.: Moltke bei Königgrätz 142

Dr. **Albert Hellwig,** Amtsrichter (Frankfurt a. Oder): Zur Psychologie der Lichtspielvorführungen 163

Christian Meisner, M. d. d. R.: Die englische Einkreisungspolitik (1904 bis 1908) 171

Friedrich v. Oppeln-Bronikowski: König Friedrich Wilhelm I. — der Begründer der Nationalökonomie 183

Messen. Von E. K. 185

Digitized by Google

Seite

H. v. Hoff: Die nationale Erhebung in der Türkei und ihre Vorgeschichte 193
Dr. Felix Jentzsch-Graefe, Privatdozent an der Universität Gießen: Schwankungen in der modernen Physik 205
Wolfgang Iren v. Carlowitz, Oberleutnant a. D.: Sechs ungedruckte Briefe Ernst Moritz Arndts an Karl Friccius. Zum 150. Geburtstag Arndts, 26. Dezember 1919 217
Robert Kohlrausch: Aus den Geheimnissen von Rom 225
Geheimrat Professor Dr. Branca: Einiges über die Entwicklung der Tierwelt 232
Fürstin Marie zu Erbach-Schönberg, Prinzessin von Battenberg: Aus meinen Kindertagen 248
Oberst Frhr. v. Dalwigk (Weimar): Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges 280

Kleine Revuen

Literarische Berichte 93. 188. 283
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 96. 191. 287

Digitized by Google

Württembergische Erinnerungen

Von

C. v. Weizsäcker

III

Italiens Neutralität und sein darauffolgender Übertritt in das Feindeslager gehören zu den Wendepunkten in der Entwicklung des Weltkriegs.

Schon der Ausbruch des Weltkriegs ist durch die seit Jahren bestehende Unzuverlässigkeit Italiens gefördert worden. Denn wir wissen jetzt bestimmt: Es war Frankreich bekannt, daß es von Italien nichts zu fürchten hatte. Unbesorgt auch von dieser Seite konnten Poincaré und Viviani in den kritischen Tagen von Petersburg nach Paris dem gehorsamen französischen Ministerrat die Parole geben, der drohenden Kriegsgefahr ihren verhängnisvollen Lauf zu lassen. Die alsbald nach Kriegsausbruch proklamierte italienische Neutralität wurde nicht ohne Grund in Paris mit Jubel begrüßt. Frankreich war im Mittelmeer nicht mehr wesentlich gefährdet. Eine österreichisch-italienisch-deutsche Seeaktion zum Zweck der Störung der französischen Truppentransporte aus Afrika und der Bedrohung der französischen Küstenstädte war ausgeschlossen. Vergeblich erbat sich der italienische Marinebevollmächtigte in Berlin, als er in den kritischen Tagen den Zeitpunkt einer solchen gemeinsamen Aktion herannahen glaubte, die Aushändigung der deutschen Instruktionen für die Kooperationen der verbündeten Flotten. Sie wurden ihm nicht ausgehändigt. Denn seine Regierung war im Begriff, die Flagge der Neutralität zu hissen. Bald konnten die Franzosen auch ihre Grenze gegen Italien mehr oder weniger von Truppen entblößen. Die französischen Alpenjäger traten, ohne auf italienische Gegner zu stoßen, nur unseren deutschen Soldaten in den Vogesen entgegen. Vor allem wurde uns die Sicherheit der französischen Südwestgrenze nach wenigen Kriegswochen an der Marne von verhängnisvoller Bedeutung. Die drohenden Lücken der französischen Front wurden durch aus dem Süden herbeigeholte Korps geschlossen. So hat Italiens Verhalten nicht bloß vor Kriegsausbruch die Position der von der Entente in die völlige Verteidigungsstellung gedrängten Mittelmächte weiter geschwächt, auch von einer nur wohlwollenden Neutralität des Bundesgenossen war mit Beginn des Kriegs keine Rede mehr. Bekanntlich hatte schon Bismarck die Teilnahme Italiens lediglich als eine Sicherung der italienischen Neutralität betrachtet. Mit begründeter Skepsis hatten deutsche Diplomaten mehr und mehr den Dritten im Bunde

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

als einen unsicheren Heerespflichtigen angesehen. Wir haben auch erfahren, daß Italien bereits im Jahre 1913 angedeutet hat, es werde einen serbisch-österreichischen Konflikt nicht als Casus foederis betrachten. Jetzt handelte es sich um den ausgebrochenen Weltkrieg.

Aus Mitteilungen, die aus Berlin vor dem Kriegsausbruch nach Stuttgart gelangten, mag Nachstehendes angeführt werden: Am 30. Juli bezeichnete der Reichskanzler die Haltung Italiens als eine undurchsichtige. Und das war in dem Wirbel schlechter Nachrichten, der damals über Deutschland hereinstürmte, noch nicht einmal die schlechteste. Es ging weiter trotz vorübergehender Hoffnungen. Bald höre ich aus Berlin: Der italienische Botschafter habe vor Zorn und Scham geweint, als er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts eine direkte Erklärung seiner Regierung über das Einhalten der Bundesverpflichtungen nicht zu überbringen vermochte. Am 2. August war es sicher: Italien bleibt neutral, es anerkennt den Bündnisfall nicht, es behält sich seine spätere Stellung vor. Gemäß Geist und Wortlaut des Bundes, meinte demnächst San Giuliano, werde Italien neutral bleiben. Difficile est satiram non scribere. Dazu kann noch angefügt werden, daß bekanntlich Italien später die österreichische Kriegserklärung an Serbien zum Vorwand der Behauptung genommen hat, Rußland als slawische Vormacht sei der angegriffene Teil!! Nach Kriegsausbruch allerdings hatte der italienische Botschafter in Berlin wenigstens noch beschönigend zu erklären, Italien behalte sich vor, bei weiterer Entwicklung im Interesse seiner Verbündeten zu intervenieren. Bedenklich genug war es, wenn San Giuliano im August sich weiter zu der wiederholten Erklärung veranlaßt sah, Italien denke nicht daran, gegen Österreich marschieren zu lassen, 90 Prozent der Bevölkerung wolle den Frieden, Italiens militärische Maßnahmen, die schon mit Nachdruck einsetzten, dürfen nicht beunruhigen. Wozu solche Maßnahmen? Das verbündete Österreich hatte seine Grenze gegen Italien von Truppen entblößt. In Rom aber waren manche friedliebende, namentlich die katholischen Kreise, beunruhigt. Selbst die in Württemberg friedlich arbeitenden Arbeiter witterten den Einfluß der kapitalistischen Ententewelt, die italienisches Blut mit englischem und französischem Gold zu erkaufen sich anschickte. Der Grand Orient ging seinen Kriegspfad weiter. Die Irredenta heulte. Auch in meinem Arbeitszimmer fehlte es nicht an Mitteilungen über den schwachen Einfluß Deutschlands auf die gegen uns lärmende italienische Presse, auf unsere unzureichende diplomatische Vertretung am Quirinal, Mitteilungen, die nicht zu den Akten gelegt worden sind, auch nicht, so wenig ein solcher Schritt seitens eines Mittelstaats in einer diplomatischen Personalfrage früher üblich gewesen.

Über unsere Diplomatie in Rom in den Wochen vor Kriegsausbruch ist mir nichts bekannt. Freilich weiß ich auch nicht, ob man am 5. und 6. Juli 1914 in Berlin an Italien gedacht, als man die deutsche Politik Österreich gegenüber band. In wenigen Stunden war der Grund für eine Lage Deutschlands gelegt, aus der es schließlich keinen Ausweg fand, da die dem Krieg

Digitized by Google

zugeneigten Regierungen der Entente keinen Ausweg boten. Hat man in Berlin und in Wien in der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs die Lage Italien gegenüber diplomatisch-militärisch ausreichend nachgeprüft? Jedenfalls wird der Unbefangene den Eindruck bekommen, mit dem in Aussicht genommenen entschiedenen Schritt Österreichs in Belgrad war seitens der Mittelmächte die Entfesselung des Weltkriegs nicht geplant. Sonst wäre es der Gefahr des Unternehmens gegenüber ein in keiner Weise zureichender Sicherungsversuch gewesen, wenn damals von Deutschland in Wien „vorsichtig" angeregt wurde, in Rom in eventum das Trentino anzubieten, Berlin aber sich fügte, als sich Wien der Anregung versagte. Italien soll exorbitante Forderungen gestellt haben. Jedenfalls kam der 25. Juli, es kam Englands Demaskierung, und bald trat auch in Erscheinung, daß man statt eines Dreibunds nur noch einen Zweibund hatte. Über Nacht war für die alten Bundesgenossen die Frage nicht mehr: geht Italien mit uns oder nicht, sondern die: bleibt es neutral oder geht es gegen Österreich? Man glaubte sich in dem Zweibund da und dort mit dem so beliebt gewordenen Diplomatengedanken trösten zu können, der bisher Dritte im Bunde bluffe. Aber um Bluff handelte es sich nicht mehr in Rom, so wenig als in der serbischen Sache mit Bluff etwas zu machen gewesen wäre. Die europäische Situation war zu ernst geworden. Sie war es auch für Italien aus den verschiedensten Gründen geworden.

Der preußische Geschäftsträger Graf Mirbach in Stuttgart sprach sich mir gegenüber in den nun folgenden Zeiten einmal dahin aus, der einzige Erklärungsgrund für das italienische Verhalten liege in der Bedrohung der langgestreckten italienischen Küsten und ihrer Städte durch England. Gewiß ein gewichtiges Moment. Man hätte in der englisch-deutschen Frage vor dem Krieg, um die Jahrhundertwende und später, als Haldane in Berlin war, auch an die Bedeutung der englischen Seemacht für Italien denken müssen. Aber die Furcht vor Englands Erpressungen und Gewalttätigkeiten allein erklärt nicht das Verhalten Italiens. Dort herrschte in schließlich entscheidenden Kreisen die feste Absicht, von dem Weltkrieg unter allen Umständen zu profitieren. Die unruhigen Politiker des „demokratisch" regierten Italiens konnten sich die angebrochene weltgeschichtliche Zeit ohne ausschweifende imperialistische Ziele nicht denken. Dabei stieg und fiel das Barometer in Rom je nach den Nachrichten von den Kriegsschauplätzen. Der Krieg hatte nicht den raschen Verlauf genommen, der von vielen militärischen Seiten einem modernen Weltkrieg diagnostiziert worden war, trotz so vieler großer deutscher Erfolge war die militärische Gesamtlage unentschieden geblieben, die bevorstehende Entschließung Italiens, das unter die Leitung Salandra-Sonnino gekommen, wurde von immer größerem Gewicht, und als sich endlich im Dezember 1914 Deutschland entschloß, nach Rom die beste Vertretung zu entsenden, welche nach Lage der Dinge die Wilhelmsstraße vorzuschlagen wußte, wurde die Entsendung Bülows als eine Erleichterung der Gefahr empfunden.

Digitized by Google

Nach allem, was verlautete, haben die mehrere Monate dauernden Bemühungen des früheren Reichskanzlers, wenn sie schließlich auch das Unheil nicht abwendeten, seitens der Reichsleitung volle Anerkennung gefunden. Über die Einzelheiten des Gangs der Dinge vermag ich nicht zu berichten, es würde auch zu weit führen. Fürst Bülow, der im Dezember nach Rom kam, äußerte, er sei entsetzt über die schlechte Stimmung in Italien und betrachte die Gefahr, daß Italien im Frühjahr gegen uns marschieren werde, als eine sehr ernste. Einige Monate darauf, in den letzten Stadien der österreichisch-italienischen Tragödie, sagte Sonnino dem Fürsten: nous haïssons l'Autriche. Deutschland dagegen hatte noch viele Freunde in Italien. Aber es war uns nicht gelungen, im Laufe der Dezennien die Züchtung des italienisch-österreichischen Hasses zu unterbinden. Es war auch nicht gelungen, den König von Italien der Dreibundsache günstig zu stimmen. Von Franz Joseph ganz abgesehen, auch Wilhelm II. hat einen wirklichen Erfolg hier zu erreichen nicht verstanden.

Aber auch in der Frage, die nun die politische Entwicklung beherrschte, in der Frage der Leistung von Kompensationen von Österreich an Italien, hatte der Berliner Hof auf den Verbündeten in der Hofburg keinen Einfluß, wie er in der Zeit der Not zu wünschen gewesen wäre. Es schienen alte Erinnerungen der beiden Höfe noch immer nicht verwischt. Wenn Sonnino dem österreichischen Botschafter in Rom Anfang Januar 1915 gesagt hat: man müsse realpolitisch ohne Sentimentalität handeln, so war das Wort, das im Munde des auf Abwege geratenen Italieners zynisch klang, gewiß als Leitfaden für die deutschen Ermahnungen in der Hofburg und am Ballhausplatz angebracht.

Denn, so wie die Dinge einmal standen, war dort der Sitz der Entscheidung. Kaiser Franz Joseph und seine wechselnden Berater waren lange, zu lange praktischen Konzessionen abgeneigt. Man bedachte Bethmanns prophetisches Wort nicht, der in diesen Zeiten mahnte: der letzte günstige Moment sei oft schwer zu erkennen. Der vielgeprüfte greise Herrscher in Wien vertrat unentwegt den Portepeestandpunkt, er könne altes Stammland nicht ohne weiteres an den bisherigen Verbündeten abtreten. Die verschiedensten Versuche wurden in den ersten Monaten des Jahres 1915 unternommen, Franz Joseph zu beeindrucken. Vergeblich.

Es ist natürlich, daß auch in Stuttgart die Besorgnis wuchs. Bülow war in Rom ununterbrochen als Mittelsmann tätig. Was man über die Verhandlungen mit Wien hörte, klang nicht ermutigend. Wenn im Januar 1915 der bei Kaiser Franz Joseph in Gunst stehende Fürst Wedel dem hohen Herrn schließlich geradezu gesagt hat, man könnte zum Ende vor Ereignissen stehen, die den Ausgang des Krieges und damit den Bestand der beiden verbündeten Monarchien gefährdeten, so entsprang diese überaus ernste Auffassung der Überzeugung des Reichskanzlers, wie ich sie damals im Gespräche mit Herrn von Bethmann teilte. Der Auswärtige Ausschuß trat in jenen

Digitized by Google

Zeiten nicht zusammen. Der Vorsitzende des Ausschusses interessierte sich in Rom und Wien, wo Bayern Vertreter hatte, für die schwebende Frage. Württembergischerseits hat man sich in jener Zeit keineswegs darauf beschränkt, die eingehenden deutschen diplomatischen Nachrichten entgegenzunehmen. Im Februar brachte der württembergische Gesandte in Berlin auftragsgemäß bei dem Kaiser die italienische Frage zur Sprache. Der Kaiser hob hervor, leicht seien die Zumutungen an Österreich nicht; er deutete seine peinliche Lage gegenüber dem österreichischen Herrscher an. Er habe schon alles mögliche versucht. Der württembergische Gesandte wies auf den zu befürchtenden unermeßlichen Schaden hin. Aus dieser Sorge heraus brachte ich die Verwertung der Beziehungen unseres Herrscherhauses zu dem Hause Habsburg zur Sprache; sie erwies sich als nicht ausführbar. So regte ich am 28. Februar bei dem Reichskanzler unter Hervorhebung der ernstesten Besorgnisse meines Königs wegen der Entwicklung der österreichisch-italienischen Beziehungen und der hieraus sich ergebenden österreichisch-italienisch-rumänischen Kriegsgefahr an, daß — wenn dies opportun — ein von dem Kaiser ausgehender persönlicher Appell an den österreichischen Kaiser zugleich namens der deutschen Bundesfürsten zu richten wäre. Es würde sich dabei nicht um eine Aktion von Regierung zu Regierung handeln. Gerade diese Anknüpfung an die früheren Zeiten, an die Gemeinschaft der Fürsten mit dem Hause Habsburg als treue Genossen in Zeiten der Not könnte vielleicht in der Hofburg von Wirkung sein. Der Reichskanzler nahm die Anregung mit lebhaftem Dank auf. Ich bekam den Eindruck, daß die Reichsleitung nun den festen Willen gefaßt hatte, das Letzte zur Beschwörung der immer dringlicher werdenden italienischen Gefahr zu tun. Der Reichskanzler teilte auch meine offen ausgesprochene Ansicht, daß sich unter der Hand in weiterem Umfang in Deutschland eine gewisse Gärung wegen der früheren Entwicklung der deutschen Auslandspolitik gebildet habe, und daß bei weiterem Fortgang und Verlust des Kriegs dies geradezu auch für die monarchischen Einrichtungen in Deutschland in ihrer dermaligen Gestaltung verhängnisvoll werden könnte.

Die Frage eines Kollektivschrittes der deutschen Fürsten in Wien, der immerhin Zeit zu seiner Vorbereitung erfordert hätte, wurde übrigens zunächst noch zurückgestellt und die Frage von deutschen territorialen Gegenkonzessionen an Österreich, wenn dieses das Trentino aufgebe, erörtert. Der Kollektivschritt — ob er von Erfolg gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben — unterblieb, da in diesen Tagen bessere Nachrichten aus Wien und aus Rom einliefen. Aus Rom verlautete, die italienischen Politiker fangen an, die Gefahren eines Siegs der Entente, wie sie in der Herrschaft derselben am Mittelmeer, in dem Zugang der Serben in die Adria usw. liegen, auch ihrerseits einzusehen, auch habe die italienische Regierung Deutschland bestimmt erklärt, es sei mit Trient, einer kleinen Korrektur am Isonzo zufrieden, wolle (wenn Österreich einmal zu sprechen anfange) nicht von Triest reden und für jene Zusicherungen wohlwollende Neutralität bis zum Friedensschluß be-

Digitized by Google

wahren. Gleichzeitig zog der Ballhausplatz in der „Entschädigungs"-Frage mildere Saiten auf. Im März bot Burian — der unter Tisza stehende, in Hartnäckigkeit verharrende Nachfolger Berchtolds — dem italienischen Botschafter Avarna gesprächsweise das Trentino an. Alle diplomatischen Verhandlungen mögen weniger in Betracht gekommen sein, als der vorangegangene Austausch der Meinung des österreichischen und des deutschen Generalstabschefs, daß wir einen weiteren Gegner nicht ertragen.

Man glaubte im März die ersten Schwierigkeiten hinter sich zu haben. Aber man hatte geglaubt, was man erhofft. Es ist bekannt, wie Italien auf die vorgängige mise en effet der österreichischen Konzessionen drängt, wie es, getrieben von wachsendem territorialem Heißhunger und wachsenden Drohungen unserer Gegner, endlich Mitte April in Wien so maßlose Forderungen stellt, daß der italienische Botschafter selbst glaubte, sein Minister habe es auf deren Ablehnung abgesehen; Italien schließt mit unseren Gegnern am 25. April insgeheim ab, und als Anfang Mai Bülow in der Lage ist, die weitgehendsten, von Deutschland garantierten österreichischen Konzessionen in Rom mitzuteilen, meint Sonnino erregt, vor vier Wochen hätte das noch genügt, jetzt ist es zu spät. War ihm auch nur dies ernst? Ihm, bei seiner nach Seite der Entente gerichteten Politik, wohl kaum.

Der ausgebrochene Krieg mit Italien gab den österreichischen, vor allem den braven Tirolern und später den deutschen Soldaten reiche Gelegenheit zum Beweise ihrer Tapferkeit. Es mochte fast scheinen, als ob diejenigen recht gehabt hätten, die in der kritischen Zeit vor Eintritt der Italiener in den Krieg es nicht so schwer nehmen wollten, wenn auch dieser Gegner zu den anderen hinzukäme. Und doch ist auch der Kriegsschauplatz dort unten ein kräfteverschlingender gewesen, dessen Anteil an der schließlichen Erschöpfung der gegen die Welt kämpfenden Mittelmächte sich — man möchte sagen — arithmetisch feststellen läßt. Wenn alle Bemühungen, wenigstens dieses Passivkonto unserer Kriegsrechnung fernzuhalten, gescheitert sind, so ist der Grund in der offen-imperialistischen Politik der italienischen Staatsmänner zu suchen, die an der Spitze einer „parlamentarischen" Regierung im Mai 1915 eine ganz überwiegend dem Krieg abgeneigte Volksvertretung zum Krieg zu bestimmen wußten. Wirft man auch nur einen flüchtigen Blick auf ihr Handeln, so wird man fast geneigt sein, den Zynismus ihres heiligen Egoismus zu begrüßen. Dies Handeln ist wenigstens nicht mit heuchlerischen, vom Streiten für das Wohl der Menschheit triefenden Redensarten ausgeschmückt. Es bleibt, auch bei Betrachtung der italienischen Sache, dabei: hätte Deutschland die ihm angedichtete offensive Politik gemacht, es wäre doch nicht unter den denkbar ungünstigsten Umständen seit Gründung des Reichs in den europäischen Weltkrieg gestürzt. Das trauen wir unseren Staatsmännern nicht zu, mögen in den verflossenen Jahren auch viele Fehler begangen worden sein.

Digitized by Google

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

VI

Die Schiedsgerichtsfrage auf der zweiten Friedenskonferenz

Über diese ganze große Arbeit auf dem Gebiete des Seekriegsrechtes blieb im Endergebnis vergeblich, weil die Hauptarbeit der Konferenz, die Schiedsgerichtsarbeit, vergeblich war. Und daß diese vergeblich war, war die Schuld Deutschlands: dies muß der unwiderlegbare Richterspruch der Geschichte sein.

Man hatte, wie bereits oben bemerkt, um diese Arbeit auch äußerlich als die wichtigste zu kennzeichnen, die Schiedsgerichtsfrage der ersten Kommission überwiesen. Nach den vortrefflichen Erfahrungen, die man auf der ersten Konferenz mit dem kleinen Arbeitsausschuß, dem Comité d'examen, gemacht hatte, übernahm man diese Arbeitsordnung alsbald auch auf der zweiten Konferenz, und einer ihrer ersten Beschlüsse bestimmte, daß diesem Komitee zuvörderst diejenigen Mitglieder der Konferenz angehören sollten, die bereits auf der ersten Konferenz in dem Komitee gearbeitet hatten. Dies waren die Franzosen Léon Bourgeois und d'Estournelles, der Holländer Asser, der Österreicher Lammasch und ich; mit Ausdrücken lebhafter Dankbarkeit an das Komitee der Konferenz von 1899 wurde dieser Beschluß gewissermaßen als selbstverständlich betrachtet und gefaßt.

Hier ergab sich nun die erste ernste Schwierigkeit. Geheimrat Kriege beanspruchte den deutschen Sitz im Komitee für sich, und an mich erging das Verlangen, zu seinen Gunsten auf das mir übertragene Mandat zu verzichten. Nach längerer Überlegung und eingehender Besprechung mit Herrn v. Marschall entschloß ich mich schweren Herzens, diesem Verlangen Folge zu leisten. Da die Wahl der Konferenz nicht auf Staaten, sondern auf Personen gelautet hatte, hätte ich die Rechtsfrage aufwerfen können. Selbstverständlich tat ich dies nicht. Ich war mir darüber klar, daß eine ersprießliche Arbeit nach eigener Überzeugung für mich ausgeschlossen war, wenn ich lediglich den Anweisungen Krieges, der im Haag das Auswärtige Amt darstellte, zu folgen gehabt hätte. So schrieb ich den von mir verlangten Brief an Bourgeois, der wiederum Vorsitzender von Kommission und Komitee war, mit der Erklärung des Verzichtes auf meine Wahl zugunsten des Vertreters des Auswärtigen Amtes. Weiterhin hat dann Herr v. Marschall selbst an den Komiteeberatungen regen und regelmäßigen Anteil genommen. Den Charakter persönlicher Gemeinschaft und gegenseitigen Vertrauens, wie auf der ersten

Digitized by Google

Konferenz, haben die Komiteeberatungen auf der zweiten Konferenz niemals getragen; sie endeten nicht in Überwindung der Gegensätze, sondern in deren äußerster Zuspitzung und unheilbarem Widerspruch.

Der oben mitgeteilte Vorgang stellte mich vor die Gewissensfrage, ob es nicht unter diesen Umständen meine Pflicht sei, überhaupt um Enthebung von meiner Stelle als Konferenzdelegierter zu bitten. Ein selbständiges Referat hatte ich nicht; den Versuch, mich zum Hilfsarbeiter wie die der Delegation beigegebenen jungen Herren des Auswärtigen Amtes zu machen, mußte ich selbstverständlich zurückweisen — so war ich überflüssig und war entschlossen, in einem an das Kabinett des Kaisers zu richtenden Schreiben unter gewissenhafter Darlegung der Sachlage um meine Enthebung zu bitten. Auf dringende Bitte des Herrn v. Marschall habe ich diesen Entschluß nicht ausgeführt; der Botschafter drang lebhaft in mich, zu bleiben, da es ihm von Wichtigkeit sei, die Dinge der Konferenz und insbesondere die Schiedsgerichtsfrage jederzeit mit mir besprechen zu können; auch der französische Kollege Renault, dem ich bei einem gelegentlichen Zusammentreffen meine Absicht mitgeteilt hatte, riet mir dringend, zu bleiben. In der Hoffnung, durch meine nahe persönliche Beziehung zu Herrn v. Marschall auf den Gang der Schiedsgerichtsarbeit günstig einwirken zu können, gab ich diesen Vorstellungen nach und blieb. Leider war diese Hoffnung vergeblich, und heute kann ich im Rückblick auf jene Tage nur bedauern, meinen ersten Entschluß nicht ausgeführt zu haben; sachlich würde dies zwar schwerlich den verhängnisvollen Gang der Dinge beeinflußt haben, aber persönlich würde ich damit jeder Verantwortung völlig entbürdet worden sein. Es ist heute wertlos, darüber zu grübeln und sich selbst Vorwürfe zu machen; wer hätte auch damals die traurigen Folgen dieser Dinge für Deutschland und die Welt voraussehen können? Und wer vermöchte zu sagen, wie groß oder wie gering der Einfluß dieser Haager Dinge auf die nachfolgenden verhängnisvollen Weltbegebenheiten war?

Die Schiedsgerichtsarbeit der zweiten Konferenz, so lang andauernd, so geistig bedeutend und so dramatisch bewegt sie war, hat ein großes Ergebnis nicht gezeitigt und war im Hauptpunkte ganz ohne Ergebnis (Text des Abkommens Reichsges.-Bl. 1910, S. 5 ff.). Die Verhandlungen bieten ein großartiges Material, das der belgische Delegierte Guillaume in einem ausgezeichneten „Rapport" zusammengestellt und das insbesondere Lammasch in seinem obengenannten Werke in glänzender Darstellung wissenschaftlich verarbeitet hat.

Auf Grund der wertvollen Erfahrungen in der Doggerbankaffäre wurde das Kapitel des Abkommens von 1899 über die Untersuchungskommissionen durch eine Reihe von Einzelvorschriften in zweckmäßiger Weise ausgestattet (Art. 9—36). Auf Antrag Renaults wurde ferner der Ordnung des Verfahrens vor dem Schiedshof ein neuer Abschnitt angefügt, der in minder wichtigen Dingen ein wesentlich abgekürztes Verfahren gestattete (Art. 86—94). Dadurch wurde das neue Abkommen artikelmäßig erheblich

Digitized by Google

vergrößert; innere Schwierigkeiten von irgend bedeutsamer Art lagen in diesen Dingen nicht. Von größerer grundsätzlicher Tragweite waren die folgenden Neuerungen: 1. für die Bildung des Schiedsgerichtes wurde bestimmt, daß nicht wie bisher zwei, sondern nur ein Richter Staatsangehöriger des Parteistaates sein dürfe (Art. 45, Abs. 3); 2. der Artikel über die Erinnerung der streitenden Staaten durch andere Mächte an den Haager Schiedshof (s. oben) wurde dahin erweitert, daß jeder Staat in einem Streitfall durch Note an das Internationale Bureau seine Bereitwilligkeit zu schiedsrichterlichem Austrag erklären könne, welche Erklärung dem anderen Streitteil durch das Bureau zur Kenntnis zu bringen sei (Art. 48, Abs. 3 und 4); 3. ein hochwichtiger Artikel 53 wurde beigefügt, wonach die Feststellung des Schiedsvertrages (Kompromiß) dem Gerichtshof selbst durch die Parteien überlassen werden könne, ja selbst unter gewissen, hier nicht näher zu erörternden Voraussetzungen auf Antrag auch nur einer Partei zwangsweise durch den Schiedshof erfolgen könne (s. dazu Actes et Doc. II, 873 — der deutsche Antrag — und die Verhandlungen 128, 580, 747).

Aber auch diese Dinge, in denen man unschwer die formaljuristische Methode erkennt, die für die Beratungen der zweiten Konferenz so verhängnisvoll wurde — Art. 53 über das sogenannte „Zwangskompromiß" ist deutscher Antrag —, konnten unschwer geregelt werden.

Die große Schiedsgerichtsfrage der zweiten Konferenz war das Obligatorium. Es wurde oben festgestellt, daß Deutschland in den meisten der nach 1899 abgeschlossenen Handelsverträge sich zum Obligatorium in der Beschränkung auf Tarifffragen entschlossen hatte (s. die Angaben hierüber in meiner Bonner Rektoratsrede S. 25, Nr. 23); daß ferner der englisch-deutsche Schiedsvertrag von 1904 das allgemeine Obligatorium mit der Ehrenklausel vorschrieb (Text ebenda S. 24, Nr. 22); daß endlich in dem deutschen Entwurf des Prisenhofabkommens und in dem hierüber vereinbarten Abkommen das Obligatorium strengster Observanz für die Fragen des Seekriegsrechtes, also für Ehren- und Lebensfragen höchster Ordnung, und zwar ohne jede Einschränkung deutscherseits der Welt vorgeschlagen und von ihr angenommen worden war (s. Dtsch. Rev., August 1919, S. 133). Auf der gleichen Grundlage beruhte sodann noch das sogenannte Porterabkommen (Text Reichsges.-Bl. 1910, S. 59 ff.). Dieses Abkommen war veranlaßt durch Streitigkeiten europäischer Staaten mit südamerikanischen Staaten über die Bezahlung von Schulden, die teils aus Vertragsverpflichtungen, sei es der Staaten, sei es von Privaten, teils aus ungenügendem Rechtsschutze fremder Staatsangehöriger erwachsen waren; der Argentinier Drago hatte in eingehender völkerrechtlicher Begründung hierüber eine Theorie entwickelt, die die Verpflichtung der Staaten nur in beschränktem Umfange anerkannte, die sogenannte Dragodoktrin; die Vereinigten Staaten beantragten den Abschluß eines Staatsvertrages zur endgültigen Regelung dieser Frage (s. dazu Actes et Doc. I, 336. II, 139 ff., 548 ff., 916 ff.). Dem stimmten die meisten Staaten zu, nur Rumänien, Schweiz und Belgien

Digitized by Google

stimmten dagegen, und es kam ein Staatsvertrag dahin zustande, daß Streitfälle dieser Art, insoweit es sich um Vertragsschulden handle, nicht durch die Waffen ausgetragen werden dürfen, sondern schiedsrichterliche Entscheidung finden müssen; nur in bestimmt begrenztem, engem Umfang („wenn der Schuldnerstaat ein Anerbieten schiedsgerichtlicher Erledigung ablehnt oder unbeantwortet läßt oder im Falle der Annahme den Abschluß des Schiedsvertrages vereitelt oder nach dem Schiedsverfahren dem Schiedsspruche nicht nachkommt") wurde der Austrag mit Waffengewalt zugelassen. Also auch in dieser Spezialfrage wurde unter Zustimmung und lebhafter Mitarbeit Deutschlands ein Obligatorium der Schiedsgerichtsbarkeit, und zwar ohne Ehrenklausel, allerdings in bestimmter sachlicher Begrenzung, geschaffen (s. dazu Pohl in Zeitschr. f. Politik IV, 134 ff.).

Weitaus die wichtigste Frage, die der Konferenz vorlag, war aber die des allgemeinen Obligatoriums der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Es wurde früher dargelegt, welchen Gang die Behandlung dieser Frage auf der ersten Konferenz genommen hatte (s. oben Juni-Heft S. 227 ff.). Inzwischen waren nun auf Grund von Art. 19 des ersten Schiedsgerichtsabkommens zahlreiche Schiedsgerichtsverträge mit obligatorischem Charakter von einzelnen Staaten abgeschlossen worden (s. dazu Fleischmann, Völkerrechtsquellen S. 340 ff. und besonders Strupp: Die wichtigsten Arten der völkerrechtlichen Schiedsgerichtsverträge 1917); inwieweit Deutschland an dieser Bewegung beteiligt war, wurde gleichfalls oben angegeben. Die Zeit war reif zur endgültigen Lösung dieser Frage, und es verstand sich gewissermaßen von selbst, daß sie auf der zweiten Konferenz zur Verhandlung gestellt werden müsse; und ebenso klar war es für jedermann, der die Entwicklung der Schiedsgerichtsfrage verfolgt hatte, daß diese Frage alsbald zum Kardinalpunkt der ganzen Konferenz werden müsse, ebenso wie auf der ersten Konferenz der ständige Schiedshof zur beherrschenden Frage geworden war.

Die Stellung der Staaten zu dieser Frage war folgende. Von den Großmächten waren Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten von vornherein zweifellose und entschiedene Vertreter des Obligatoriums, ebenso, wenn auch mit Vorbehalten, Rußland; am weitesten ging in allen Schiedsgerichtsfragen Amerika, über dessen besondere Stellungnahme späterhin noch zu sprechen sein wird. England und ihm folgend Japan war in den ersten Stadien der Verhandlung sehr zurückhaltend, bis weiterhin in ziemlich plötzlicher und unvermittelter Weise auch England sich der vorbezeichneten Gruppe von Mächten anschloß, während Japan in dieser Zurückhaltung bis zum Schlusse beharrte. Deutschland gab anfangs durch den Botschafter Freiherrn v. Marschall eine zwar zurückhaltende, aber grundsätzlich dem Obligatorium geneigte Erklärung ab (Actes et Doc. II, 285), die sich weiterhin zu einem schroffen Gegensatz gestaltete; der Vertreter Österreich-Ungarns im Komitee, Lammasch, stand entschieden auf dem Boden des Obligatoriums, wurde aber weiterhin ebenso wie ich völlig ausgeschaltet, indem der erste Delegierte,

Digitized by Google

v. Mérey, sich unbedingt der deutschen Gegnerschaft anschloß. Die kleineren Staaten waren weit überwiegend Anhänger des Obligatoriums; nur Rumänien, vertreten durch Beldiman, gesellte sich zu den Gegnern des Obligatoriums, und ebenso war merkwürdigerweise Belgien dem Obligatorium abgeneigt, offenbar aus Besorgnis, seine Kongoangelegenheiten dem Forum eines internationalen Schiedsgerichtes unterbreiten zu müssen; die Schweiz erhob sachlich-juristische Bedenken und suchte einen Ausgleich zu gewinnen; Belgien und Schweiz stimmten zwar schließlich für das Obligatorium mit der Ehrenklausel, lehnten aber die weitergehende Forderung und ebenso das Porter-Abkommen ab.

Die Beratungen in ihren Einzelheiten zu verfolgen, ist hier weder erforderlich noch angängig. Sie verdichteten sich schließlich zu folgenden Vorschlägen: 1. Es soll durch Staatsvertrag die allgemeine Verpflichtung der Staaten zu schiedsgerichtlicher Erledigung ihrer Streitfälle rechtlichen Charakters übernommen werden, insoweit sie nicht die nationale Ehre oder die Lebensinteressen der Staaten berühren. Also Obligatorium mit der Ehrenklausel, aber ganz allgemein, nicht wie auf der ersten Konferenz in Aufzählung einzelner Materien. Die Anträge hatten in der Endfassung folgenden Wortlaut (Actes et Doc. II, 556 f.): Art. 16. „Les différends d'ordre juridique et en premier lieu ceux rélatifs à l'interprétation des traités existants entre deux ou plusieurs des Etats contractants qui viendraient désormais à se produire entre eux et qui n'auraient pu être règlés par la voie diplomatique seront soumis à l'arbitrage à la condition toutefois qu'ils ne mettent en cause ni les intérêts vitaux ni l'indépendance ou l'honneur de l'un ou de l'autre des dits Etats et qu'ils ne touchent pas aux intérêts d'autres Etats ne participant pas au litige." Art. 16a. „Il appartiendra à chacune des Parties signataires, d'apprécier si le différend qui se sera produit, mette en cause ses intérêts vitaux, son indépendance ou son honneur et par conséquent est de nature à être compris parmi ceux qui d'après l'article précédent sont exceptés de l'arbitrage obligatoire." 2. Es sollen aber im Staatsvertrag zugleich die Materien aufgezählt werden, für welche bei ihrem völlig unpolitischen Charakter die Staaten von vornherein auf Anrufung der Ehrenklausel grundsätzlich verzichten (s. dazu Actes et Doc. II, 411, 461, 477 ff.).

Was nun zunächst diesen zweiten Punkt angeht, so war er von vornherein ein verfehlter Gedanke. Nach den Staats- und Völkerrechtsverhältnissen, wie sie bis zum Weltkrieg bestanden, konnte jeder, auch der unbedeutendste internationale Streitfall durch unvorhergesehene Umstände zu einer staatlichen Ehrenfrage werden; der Gedanke entbehrte also grundsätzlich des erforderlichen Fundamentes. Es erhoben sich denn auch sofort in der Beratung über die einzelnen Materien, die unter dieses Obligatorium fallen sollten, bedeutende Gegensätze und Schwierigkeiten; die Art, wie man diese zu überwinden versuchte: Aufstellung einer „Liste", über die Einverständnis bestand, und eines

Digitized by Google

„Tableau", in welchem durch Abstimmung der Staaten mit ja oder nein zu den Einzelpunkten die Entscheidung des einzelnen Staates erfolgen sollte, ergab ein höchst buntscheckiges Bild, das einer gewissen Komik nicht entbehrte; Übereinstimmung konnte nur für einen geradezu armseligen Katalog von Gegenständen erreicht werden (Actes et Doc. II, 1022). Es war offensichtlich, daß dieser Weg nicht gangbar war. Man würde wohl ohne große Schwierigkeiten die Preisgabe dieses zweiten Punktes, der „Liste" und des „Tableau" haben erreichen können, wenn eine Einigung über den ersten Punkt möglich gewesen wäre.

Diese aber war nicht zu erreichen, und zwar infolge des Widerspruchs von Deutschland. Daß Deutschland dem Obligatorium nicht überhaupt und grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, wurde oben gezeigt. Demgemäß hatte der erste Delegierte beim Beginn der Beratung eine entgegenkommende Erklärung abgegeben, die von der Konferenz mit warmem Beifall begrüßt wurde. In der weiteren Verhandlung wandelte sich dies Entgegenkommen in schroffe Ablehnung. Es waren insbesondere die folgenden Gründe, die vom ersten Delegierten als Grund der deutschen Ablehnung vorgetragen und in beredter Weise geltend gemacht wurden. Einmal: etwas anderes sei das Obligatorium einem einzelnen Staate gegenüber und der gesamten Staatenwelt gegenüber; im ersteren Falle habe man einen klaren Überblick über das Ausmaß der Verpflichtung, im letzteren sei diese unbegrenzt und unübersehbar, deshalb erfüllt von Gefahren, in die ein vorsichtiger Staat sich nicht begeben könne (Actes et Doc. II, 50). Das Argument wiegt nicht schwer: wenn andere Großmächte dies Risiko übernehmen konnten, konnte es Deutschland bei der überlieferten Vorsicht seiner Politik und im Schutze seiner guten Waffenrüstung sicherlich auch. Die schwersten politischen und wirtschaftlichen Gegensätze der letzten Zeit hatte Deutschland mit England gehabt; mit England aber hatte Deutschland 1904 den einzigen obligatorischen Schiedsgerichtsververtrag abgeschlossen, den es überhaupt besaß; wenn es mit England das Risiko des Obligatoriums auf sich nehmen konnte, konnte es dies auch mit jedem anderen Staate der Welt.

Ein zweites Argument war: etwas anderes sei ein Obligatorium mit bestimmter sachlicher Begrenzung, so in Post- oder Zolltarifsachen, etwas anderes ein allgemeines Obligatorium. Dies Argument ist sicherlich schwerwiegend und berechtigt. Aber auch dieses Argument erledigt sich durch die oben über England gemachte Bemerkung: wenn das allgemeine Obligatorium England gegenüber möglich war, war es auch jedem anderen Staate gegenüber möglich. Es kam — nach den damaligen Weltverhältnissen geurteilt — immer nur darauf an, Ehren- und Lebensfragen des Staates vom Obligatorium auszuschließen, und dieser Schutz war durch die Ehrenklausel in unbedingter Weise gegeben.

Ein weiteres Argument war: man wisse nicht, was Rechtens sei, wenn ein Schiedsgerichtsurteil dem Urteil eines Staatsgerichtes oder vollends der

Digitized by Google

Staatsgesetzgebung widerspreche (Actes et Doc. II, 52). Auch dieses Argument ist kraftlos. Auch wer das Völkerrecht juristisch als äußeres Staatsrecht auffassen zu müssen überzeugt ist, muß den Rechtscharakter des Völkerrechtes als überstaatlichen Rechtes juristisch dahin anerkennen, daß der völkerrechtlichen Verpflichtung, sei sie durch Staatsvertrag übernommen oder durch Gewohnheit begründet, jede staatliche Rechtsverpflichtung weichen und ihr untergeordnet sein muß. Die staatlichen Gerichte haben sich demgemäß dem internationalen Urteil lediglich zu fügen, und die Staatsgesetzgebung ist, soweit dies erforderlich, durch den Staatsvertrag ipso jure abgeändert bzw. muß mit dem Staatsvertrag durch Abänderung in Einklang gesetzt werden; auch die staatlichen Parlamente sind in dieser Beziehung rechtlich gebunden, sobald sie den einschlägigen Staatsvertrag angenommen haben (s. dazu meine Rektoratsrede S. 26, Nr. 25).

Ein weiteres Argument war: durch ein Schiedsgerichtsurteil zwischen zwei Staaten in Sachen eines Weltvertrages (Weltpostverein usw.) könnten Verhältnisse geschaffen werden, kraft deren in einer und derselben Sache ein Staat in anderer Rechtslage sich befinde als ein anderer (Actes et Doc. II, 433, 437). Daß dies ein unhaltbarer Zustand ist, ist zweifellos. Vorsorge ist in dieser Beziehung jetzt schon durch die Vorschrift des Schiedsgerichtsabkommens (Art. 53) getroffen, die jedem interessierten Staat den Eintritt als Intervenient in einen schwebenden Rechtsstreit gestattet. Ohne Schwierigkeit könnte dieser Gedanke dahin erweitert werden, daß einem derartigen Urteil der Rechtscharakter der authentischen Interpretation zugesprochen würde, wodurch dieses Bedenken restlos beseitigt wäre.

Dazu kamen noch die alten vielerörterten Einwände, die Herr v. Marschall mit größter Schärfe aufnahm und rednerisch glänzend vertrat: einmal daß die Ehrenklausel in ihrer völligen juristischen Unbestimmtheit das Obligatorium jedes wirklich obligatorischen Charakters entkleide (Actes et Doc. II, 49 ff., 285 ff., 473) und ferner, daß eine sichere Scheidung zwischen juristischen Fragen („dans les questions d'ordre juridique" Art. 38 des Abkommens), die dem Schiedsgericht zugewiesen werden, und politischen Fragen, die nicht „arbitrabel" sein sollen, nicht gemacht werden könne (Actes et Doc. II, 51, 277).

In meiner Bonner Rektoratsrede (Berlin 1911) habe ich alle diese Einwendungen kritisch geprüft und in den Anmerkungen das erforderliche Material aus den Verhandlungen mitgeteilt. Inzwischen hat der ganze Umkreis dieser Fragen eine ausgezeichnete wissenschaftliche Bearbeitung gefunden durch Lammasch, Schiedsgerichtsbarkeit 5. Hauptstück S. 61—96.

Dies waren die wesentlichen Bedenken, die deutscherseits gegen das allgemeine Obligatorium geltend gemacht wurden; sie waren rein formaljuristischer Natur und ohne viel Schwierigkeit zu widerlegen.

Und diesem formaljuristischen Kleinkram stand das große Weltbedürfnis gegenüber, erhöhte Sicherheiten für den Weltfrieden zu gewinnen, das sich

Digitized by Google

mit elementarer Kraft allenthalben geltend machte. Daß der überlegene Staatsmann v. Marschall dies nicht erkannt haben sollte, ist undenkbar; aber Marschall vermochte seine juristischen Anfänge auch als Staatsmann nicht abzustreifen, und formaljuristische Bedenken wogen ihm mehr, als sie wirklich wert waren; vor allem aber: er wurde gebeugt durch einen stärkeren Willen, der, jeder staatsmännischen Auffassung bar, in zäher Rechthaberei seinen formaljuristischen Kleinkram zum Moment der Entscheidung machte. In zahlreichen Unterredungen habe ich mit Herrn v. Marschall diese Frage verhandelt und meine der Kriegeschen Auffassung diametral entgegenstehende Überzeugung zur Geltung zu bringen versucht; anfangs war Herr v. Marschall meinen Darlegungen sehr zugänglich und übernahm auf mein dringendes Zureden selbst die Vertretung Deutschlands im Komitee. So hoffte ich bestimmt, Deutschland werde noch den richtigen Weg finden und man werde zu einer Einigung, die nach meiner Überzeugung für den Weltfrieden von höchster, vielleicht entscheidender Bedeutung sein mußte, gelangen. Es war vergeblich. Welche inneren Momente auf Herrn v. Marschall etwa einwirkten, vermag ich nicht zu sagen; so freundschaftlich unser persönliches Verhältnis auch immer blieb, im weiteren Verlauf der Dinge zog mich Herr v. Marschall nicht mehr in sein Vertrauen, und ich mußte schweren Herzens den Dingen ihren Lauf lassen. Einmal noch versuchte ich im späteren Stadium der Verhandlung, die bereits in verhängnisvoll gereizte und verwirrte Erörterungen sich zu verlieren begann, Herrn v. Marschall zu einem entscheidenden Schritte zu bewegen. Im September fand die Enthüllung des Denkmales der Königin Luise in Memel statt, an der auch der Kaiser teilnahm. Als Mitglied des ersten Denkmalkomitees war ich auch zu dieser Festlichkeit geladen. Ich schlug Herrn v. Marschall vor, ich wolle zu dieser Feier nach Memel fahren und bei diesem Anlaß dem Kaiser über den Stand der Dinge auf der Haager Konferenz Vortrag halten; denn die Haltung Deutschlands in der Schiedsgerichtsfrage müsse nach meiner Überzeugung die schlimmsten Folgen haben. Herr v. Marschall lehnte nicht sofort ab; ich wußte, daß er meiner Ansicht zuneige; er wolle sich die Sache überlegen. Am nächsten Morgen lehnte er ab. Ohne oder gegen Herrn v. Marschall den Schritt zu tun, was ja möglich gewesen wäre, konnte ich mich nicht entschließen.

Die Verhandlungen wurden von Tag zu Tag erregter und die Stimmung auf der Konferenz infolgedessen eine immer ungemütlichere. Noch hatte England nicht bestimmte Stellung zu der großen Frage genommen; die bisherigen Äußerungen von englischer Seite waren wenig bedeutsam und mehr ablehnend als zustimmend. In diesem Zeitpunkt trat der portugiesische Gesandte in London, Marquis de Soveral, in den Vordergrund der Arbeiten. Auf einer Dampferfahrt der Konferenz nach dem neu angelegten Hafen von Zeebrügge gesellte sich Marquis de Soveral, mit dem ich bis dahin keinerlei persönliche Beziehung gehabt hatte, zu mir und legte mir in einem längeren Gespräche seine Überzeugung dar, daß im Interesse des Weltfriedens unbedingt

Digitized by Google

das Obligatorium zustande kommen und daß Deutschland sich diesem Friedenswerke unter allen Umständen anschließen müsse. Ich verhehlte ihm nicht, daß dies auch meine Überzeugung sei, aber ebensowenig, daß ich, da ich von der Arbeit ausgeschaltet sei, auf die Stellungnahme Deutschlands keinen Einfluß üben könne, verwies im übrigen darauf, daß auch England noch keine endgültige Stellung in der Frage genommen habe. Er versicherte darauf, England werde in kürzester Frist seine Zustimmung zum Weltschiedsgerichtsabkommen auf der Grundlage des Obligatoriums erteilen; es komme jetzt nur darauf an, daß auch Deutschland zustimme.

Unmittelbar darauf wurde auf der Konferenz bekannt, daß Marquis de Soveral nach London abgereist sei. Nach seiner Rückkehr erfolgte alsbald die Erklärung Englands auf Zustimmung zum Obligatorium. Es war offenes Geheimnis, daß der Marquis in London seinem königlichen Freunde Bericht über die Haager Dinge erstattet und die Entscheidung erwirkt hatte. Deutschland aber blieb starr auf seinem ablehnenden Standpunkte. Ob man in Berlin überhaupt über den Gang der Dinge im Haag und in London genau unterrichtet wurde, ist mir nicht bekannt geworden. Ich bezweifle es, da man offenbar von Berlin aus Herrn Kriege in den Dingen der Konferenz vollkommen frei schalten und walten ließ.

Der Abschluß war dann folgender: Nach monatelangen Verhandlungen, in denen die Gegensätze immer schärfer geworden waren, ohne daß eine staatsmännische Vermittlung sich hätte finden lassen, schritt man zur Abstimmung. Ein merkwürdiges Kuriosum war die Abstimmung über die „Liste“ und das „Tableau“; darin sollten verzeichnet sein diejenigen Materien, bei deren schiedsrichterlicher Entscheidung die Ehrenklausel nicht sollte angerufen werden dürfen; die „Liste“ war wertlos, nur in wenigen und ganz unbedeutenden Dingen wurde die erforderliche Stimmeneinheit erzielt. Im übrigen waren im „Tableau“ die Materien verzeichnet, die sonst noch für diesen Grundsatz in Betracht kommen konnten; die Staaten stimmten mit „Ja“ oder „Nein“ und das Ergebnis war ein sehr buntscheckiges. Die Gesamtabstimmung ergab dann folgendes Resultat:

Für das Prinzip des Obligatoriums mit der Ehrenklausel ergab die Abstimmung eine große Mehrheit der zustimmenden Staaten; abgelehnt wurde es von Deutschland und Österreich-Ungarn, denen noch folgende Staaten sich anschlossen: Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Türkei; Japan enthielt sich der Abstimmung.

Es war somit die nach Völkerrecht erforderliche Stimmeneinheit nicht erreicht, und der große Kampf um das Obligatorium endete mit einer Niederlage. Um diese vor der Welt zu verhüllen, beschloß man auf Bourgeois' Antrag die nachfolgende, teils nichtssagende, teils widerspruchsvolle „Resolution“, der auch die Gegner des Obligatoriums zustimmten (Actes et Doc. II, 194 ff.):

„Die Konferenz hat im Geiste der Verständigung und gegenseitigen Nachgiebigkeit, der eben der Geist ihrer Beratungen ist, die nachstehende Er-

Digitized by Google

klärung beschlossen, die zwar jeder der vertretenen Mächte die Wahrung ihres eigenen Standpunktes vorbehält, ihnen allen aber gestattet, die Grundsätze, die sie als einstimmig anerkannt ansehen, zu bestätigen. Sie ist einstimmig 1. in der grundsätzlichen Anerkennung der obligatorischen Schiedssprechung, 2. in der Erklärung, daß gewisse Streitigkeiten, insbesondere solche über die Auslegung und Anwendung internationaler Vertragsabreden, geeignet sind, der obligatorischen Schiedssprechung ohne jede Einschränkung unterworfen zu werden. Sie ist endlich einstimmig darin, auszusprechen, daß, wenn es ihr auch nicht gelungen ist, schon jetzt ein Abkommen in diesem Sinne zustande zu bringen, doch die hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten die Grenzen einer juristischen Auseinandersetzung nicht überschritten haben und daß alle Mächte der Welt während ihres hiesigen viermonatigen Zusammenarbeitens nicht nur gelernt haben, einander besser zu verstehen und einander näher zu treten, sondern auch verstanden haben, während dieses langen Zusammenwirkens ein sehr hohes Gefühl für das Gemeinwohl der Menschheit zur Entwicklung zu bringen."

Mit merkwürdigen Gefühlen liest man heute nach dem Weltkriege diese einstimmig, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Japans, gefaßte „Resolution"!

Die Stimmung der Konferenz aber über dieses klägliche Ergebnis in der Hauptfrage der Konferenzarbeit war eine höchst unbehagliche, ja teilweise, so bei den Amerikanern, geradezu erbitterte, der der erste Delegierte der Vereinigten Staaten, Choate, schroffen Ausdruck gab: man klagte Deutschland offen an, das Fiasko der Konferenz verschuldet und sich dem allgemeinen Friedenswillen der Welt aus imperialistisch-militaristischen Gründen entgegengestemmt zu haben. In der Presse der ganzen Welt hallten diese Klagen und Anklagen wider und werden bis zum heutigen Tage fortgesetzt.

Noch muß in diesem Zusammenhange eines amerikanischen Antrages gedacht werden, der in den Rahmen der Schiedsgerichtsbarkeit fällt. Das Ergebnis der ersten Konferenz über den ständigen Schiedshof im Haag hatte man in Amerika zwar mit Freude angenommen, man betrachtete es aber nur als Abschlagszahlung und forderte ein wirklich ständiges, dauerndes Weltschiedsgericht mit fest angestellten Richtern, das alljährlich an bestimmtem Zeitpunkte zusammenzutreten habe; außerdem solle eine ständige Delegation gebildet werden. Demgemäß legte man der Konferenz einen Entwurf dieses Inhaltes vor, den der betriebsame und kenntnisreiche Delegierte James Brown Scott in eingehender Darlegung der amerikanischen Wünsche begründete (Actes et Doc. II, 539 ff., 783 ff., 1071 ff.). In welchem Verhältnis dieser wirklich ständige Schiedshof zu dem bereits vorhandenen stehen sollte, war zunächst nicht völlig klar. Man wird zu der Annahme berechtigt sein, daß nach der amerikanischen Auffassung der bisherige Schiedshof durch den neu zu schaffenden Gerichtshof völlig ersetzt werden sollte. Dagegen aber machten sich starke Bedenken geltend, die insbesondere

Digitized by Google

von zwei hochverdienten und weltbekannten Männern des „Werkes vom Haag", Léon Bourgeois und Beernaert, vertreten wurden (Actes et Doc. II, 331 ff., 347 ff.): Der Schiedshof von 1899 habe der Welt ausgezeichnete Friedensdienste geleistet und man dürfe diese bewährte Einrichtung nicht ohne weiteres einem neuen Plane, dem noch keinerlei Erfahrung zugrunde liege, zum Opfer bringen. So kam man zu dem Mittelwege, neben dem alten noch einen zweiten neuen Gerichtshof, „ohne Beeinträchtigung des ständigen Schiedshofes", schaffen zu wollen. Daß auch in dieser Fassung der amerikanische Antrag sehr wohl Aussicht auf Erfolg hätte haben können, insbesondere wenn man ihn auf das weite, wichtige und schwierige Gebiet des internationalen Privatrechtes und vielleicht auch des internationalen Strafrechtes begründet hätte, liegt klar zutage (s. dazu meine Rektoratsrede S. 45, Note 46 und 47): der alte Schiedshof hätte dann die staats- und völkerrechtlichen, der neue, wirklich ständige die privat- und strafrechtlichen Streitfälle zugewiesen erhalten. Doch wurde diese schwierige Zuständigkeitsfrage nicht in genügender Weise geklärt; das Abkommen selbst bietet darüber nichts als die allgemeine Phrase: „Der Schiedsgerichtshof ist zuständig für alle Sachen, die auf Grund einer allgemeinen Schiedsabrede oder einer besonderen Vereinbarung vor ihn gebracht werden" (Art. 17).

Der amerikanische Antrag aber fand allenthalben günstige Aufnahme; insbesondere unterstützte ihn auch Deutschland aufs lebhafteste. Nur über einen Punkt vermochte man sich nicht zu einigen, und dieser Punkt war allerdings der Kernpunkt: über die Besetzung der Richterstellen. Für den Prisenhof hatte man unter den allergrößten Schwierigkeiten über diesen Punkt eine Einigung in einem überaus künstlichen Systeme gewonnen, gegen welches aber Brasilien scharfen Einspruch erhob; für den neuen Schiedshof war alles Bemühen einer Einigung vergeblich (s. darüber meine Rektoratsrede, S. 42 ff., besonders die Noten 43 und 44, ferner Lammasch, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 139 ff.). Der Vertrag wurde angenommen, aber ihm fehlte das Hauptstück: die Vorschriften über die Besetzung der Richterstellen; so war er undurchführbar und man mußte sich mit dem fast lächerlichen „Wunsch" begnügen: der Vertrag werde den Mächten zur Annahme empfohlen, wenn eine Einigung über die Besetzung des Gerichtshofes erreicht sein würde. Der amerikanische Feldzug war demnach gleichfalls völlig gescheitert, und auch dadurch wurde die Stimmung der Konferenz natürlich schwer beeinträchtigt, ohne daß Deutschlands Eintreten für den amerikanischen Plan diese Mißstimmung hätte mildern können. Da auch der amerikanische Antrag von dem Gedanken des Obligatoriums beherrscht war, war das deutsche Eintreten für diesen Antrag überdies ein völliger Widerspruch zu der Haltung Deutschlands in der Frage des allgemeinen Obligatoriums für den bestehenden Haager Schiedshof.

Überblickt man die Gesamtarbeit der zweiten Haager Konferenz, so wird ein gerechtes Urteil nur dahin gefällt werden können: daß auch auf dieser Konferenz eine ungeheure wichtige und wertvolle Arbeit getan wurde, an der

Digitized by Google

Deutschland nicht nur einen hervorragenden, sondern wohl den größten Anteil hat. Die Hauptmasse dieser Arbeit gehörte dem Seekriegsrecht an, und man darf es ruhig aussprechen: niemals seit dem Bestehen des Völkerrechtes ist auf diesem Gebiete eine so große und so wertvolle Arbeit geleistet worden, als auf der zweiten Friedens- und auf der aus ihr hervorgegangenen Londoner Konferenz. Die treibende Kraft dieser Arbeit war Deutschland. Das Werk war ja nicht vollständig und noch waren zahlreiche Gegensätze vorhanden, die hätten überwunden werden müssen; aber der Aufbau war großartig, und die ganze Entwicklung des Völkerrechtes kennt nichts, was ihm an juristischem Gedankeninhalt gleichwertig zur Seite stände.

Aber das war Kriegsrecht. Die Sehnsucht der Welt aber war auf ein Friedenswerk gerichtet: Friedenskonferenzen sollten und wollten die Haager Konferenzen, ein Friedenswerk mußte „das Werk vom Haag" sein.

In eifrigster Arbeit hatte auch England sich an dem Seekriegswerk der zweiten Haager wie der Londoner Konferenz beteiligt. Wie das so kam und welche Gesichtspunkte dabei für England maßgebend waren, ist heute noch dunkel und wird schwerlich seine Aufklärung finden. Denn es widersprach allen englischen Überlieferungen, und jeder Völkerrechtskundige wußte, mit welcher unbeugsamen Starrheit sich England jeder, seine seeherrliche Allgewalt einschränkenden Reform des Seekriegsrechts durch die Jahrhunderte und noch auf der ersten Friedenskonferenz entgegengestemmt hatte. Nun aber sollte eine völlige Beseitigung dieser englischen Allgewalt durch bindende Rechtsvorschriften von einschneidendster Bedeutung erfolgen zugunsten eines Systemes, das die Freiheit der Meere, die Einschränkung der Kriegsgewalt zur See, den unbedingten Schutz des neutralen Handels auch in Kriegszeiten zum Inhalt hatte und diesem Inhalt den zwingenden Rechtsschutz eines unparteiischen internationalen obersten Gerichtshofes gab.

Der parlamentarische Sturm im Oberhause gegen die Londoner Deklaration machte allen diesen Gedanken ein scharfes Ende, und in den Stürmen des Weltkrieges zerflatterten alle die erhabenen Ideen, die das seekriegsrechtliche Werk der zweiten Konferenz beherrscht hatten, in leeres Nichts. Daß dies so kommen mußte, darf nicht behauptet werden; man hat kein Recht, die Ehrlichkeit der englischen Regierung auf der Haager und Londoner Konferenz einfach zu leugnen. Aber daß dies so kommen könne, mußte doch jeder Kenner der Geschichte und der englischen Überlieferungen sich sagen, und der vorsichtige Staatsmann mußte diese Befürchtung in seine politische Rechnung einstellen. Darum war es ein Fehler, alles auf diese eine Karte der Reform des Seekriegsrechtes zu setzen, wie es Deutschland 1907 im Haag getan hat, und die andere große Aufgabe der Konferenz, die den Friedensgedanken angehörte, als Bagatelle oder vollends als etwas zu Bekämpfendes zu betrachten.

Diese andere große Aufgabe war die Durchsetzung des Obligatoriums in der Schiedsgerichtsbarkeit. Auf dieses Friedenswerk wartete die Welt mit ungestümer Sehnsucht. Und daß Deutschland diese Sehnsucht der Welt nicht erkannte,

Digitized by Google

ja sie zurückstoßen zu müssen glaubte, war sein schwerer verhängnisvoller Fehler; die rechtlichen Argumente, mit denen dies geschah, waren leerer Kleinkram juristischer Bureauweisheit und die ganze Stellungnahme Deutschlands in hohem Grade widerspruchsvoll gegenüber anderweitigem Verhalten Deutschlands in früheren Vorgängen und auf der Konferenz selbst. Die staatsmännische Erkenntnis der Bedeutung der die Welt bewegenden Friedensideen fehlte auf der zweiten wie auf der ersten Konferenz im Auswärtigen Amte; und dies war auf der zweiten Konferenz viel gefährlicher noch als auf der ersten, weil die allgemeine politische Lage inzwischen so viel bedenklicher für Deutschland geworden war. Die Mahnung, die am 5. Oktober 1907 Sir Edward Fry an die Konferenz richtete, verhallte ungehört: „Les nations du monde ne se laissent pas uniquement guider par les conceptions juridiques ou lier par les vincula juris et j'estime que la Convention si faible qu'elle soit au point de vue légal aura néanmoins une très grande valeur morale comme étant l'expression de la conscience du monde civilisé — je vous prie donc dans ma qualité de doyen d'âge des jurisconsultes de cette Conférence de ne pas rejeter le projet uniquement pour des raisons juridiques et techniques." Es ist müßig, darüber zu grübeln, ob 1907 das Verhängnis, dem die Welt zutrieb, noch hätte aufgehalten werden können; durch die russisch-englischen Abmachungen, die in die Zeit der Konferenz fielen, war ja die Einkreisung Deutschlands durch das politische System Eduards VII. vollendet; aber auch wenn man dies zugibt, hätte dennoch Deutschland sich dem Friedenswerk der zweiten Haager Konferenz nicht in so schroffer Weise entgegenstellen dürfen, denn man mußte sich doch darüber unbedingt klar sein, wie sehr diese Haltung Deutschlands Wasser auf die Mühlen der Verleumdungspresse der ganzen Welt gegen Deutschland treiben müsse. Heute wissen wir genau den unermeßlichen Schaden, der uns daraus in der ganzen Welt erwuchs. Diesen Schaden konnte und mußte eine vorsichtige Politik im Jahre 1907 voraussehen, und daß sie es nicht getan hat, ist eine schwere Anklage gegen die Staatsmänner jener Zeit, die die Geschichte erheben muß.

In der unangenehmsten Stimmung trennte sich die Konferenz, und die deutsche Delegation, deren Botschafter wie ein Fürst zur Konferenz gekommen war und dort anfänglich einen vielbesuchten Hof hielt, schied unbeachtet und ungegrüßt — außer von einigen Türken — aus dem Orte, wo sie vier Monate zwar angestrengt und ehrlich gearbeitet, aber das für Deutschland wichtigste Werk: eine Festigung des Weltfriedens durch Klärung und Besserung der internationalen Beziehungen zu erzielen, in schwer begreiflicher Kurzsichtigkeit versäumt hatte.

Digitized by Google

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Fortsetzung)

1. September.

Ich empfing morgens ein Telegramm des Gesandten v. Breidenbach des Inhalts, daß Minister v. Varnbüler auf sein Nachsuchen entlassen worden sei und daß Graf Taube einstweilen die Geschäfte des Ministeriums des Äußern in Stuttgart versehe.

3. September.

Um 9 Uhr empfing ich den Prälaten Zimmermann, der mir mitteilte, daß nach einer soeben eingetroffenen Depesche der Kaiser Napoleon sich mit der ganzen Mac Mahonschen Armee den Preußen ergeben habe. Der Prälat fragte, ob zur Feier dieses großen Ereignisses mit allen Glocken geläutet werden dürfe, was von vielen Menschen verlangt werde. Ich verwies ihn mit seinem Gesuch an den Großherzog, empfahl ihm aber, vor allem die Authentizität der Depesche zu konstatieren.

Um 12½ Uhr empfing ich die telegraphische Depesche, in welcher wirklich die überaus wichtige Mitteilung gemacht wird, daß Kaiser Napoleon sich mit der ganzen Mac Mahonschen Armee dem König Wilhelm als Gefangener ergeben hat.

Ich ging um 1½ Uhr auf das Ministerium des Innern. Die meisten Häuser hatten geflaggt, und es wurden, während die Glocken läuteten, eine große Anzahl von Kanonenschüssen abgefeuert. Massen von Menschen standen an den Straßenecken, um die neuesten Telegramme von Metz und Sedan zu lesen.

5. September.

Der österreichische Gesandte Baron Vetsera gab mir eine Depesche seiner Regierung zu lesen, welcher eine Korrespondenz zwischen dem englischen und österreichischen Kabinett beilag. England proponiert Verabredung einer neutralen und gemeinsamen Haltung sämtlicher bei dem dermaligen preußisch-französischen Krieg nicht beteiligten Großmächte. Österreich nimmt in einer Antwort vom 27. August dieses Erbieten unter der Voraussetzung an, daß, wenn einer der neutralen Staaten auf eigene Faust Vermittlungsversuche mache, auch die übrigen Mächte an die gemeinsame Verabredung nicht mehr

Digitized by Google

gebunden sein sollten. Die Korrespondenz ist in Form eines Notenaustausches zwischen dem Grafen Granville und dem Grafen Apponyi[1]) geführt.

Nach dem Herrn v. Betsera, der eine gute halbe Stunde blieb, kam Advokat Vogel und legte den Entwurf einer Adresse an den Großherzog vor, in welcher gebeten wird, bei dem Friedensschlusse den Franzosen gegenüber keine Einwirkungen neutraler Mächte zu dulden, sondern lediglich die deutschen Interessen zu berücksichtigen. Advokat Vogel sagte mir dabei, daß die Nationalliberalen über diese von ihm entworfene Adresse ärgerlich seien und eine andere direkt an den König von Preußen gerichtete Adresse zur Unterschrift zirkulieren lassen wollten. Diese letztere Adresse werde aber weit weniger Unterschriften bekommen als die von ihm entworfene und bereits auf dem Lande in Zirkulation gesetzte.

6. September.

Morgens 10¾ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog. Er erzählte mir, daß er kürzlich die Kronprinzessin von Preußen in Homburg besucht habe. Merkwürdigerweise habe dieselbe, ebenso wie ihre Schwester Alice, plötzlich Sympathien für die Franzosen bekommen und sei preußenfeindlich geworden. Es hänge dies mit der englischen Politik und den Einflüssen zusammen, die von dort auf die beiden Damen geübt würden. Der Großherzog sprach mir auch von den Vergrößerungen, die infolge des gegenwärtigen Krieges den einzelnen süddeutschen Staaten zuteil werden sollten. Er meinte, man solle Bayern seine alte rechtsrheinische Pfalz zurückgeben und dafür die bayerischen Besitzungen auf dem linken Mainufer und den badischen Odenwald an Hessen fallen lassen, wenn Baden das Elsaß bekomme.

15. September.

Nachmittags 4 Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Wentzel, welcher mich fragte, wie weit man hier mit dem Beschlusse, eine Amnestie für politische Vergehen erteilen zu wollen, gekommen sei. Ich sagte ihm, daß dermalen im Großherzogtum gar keine Strafen für politische Vergehen mehr zu verbüßen seien. Dann sprachen wir von den Chancen und Bedingungen des Friedens mit Frankreich und den bevorstehenden Territorialveränderungen.

22. September.

Um 4 Uhr kam der Gesandte v. Wentzel und ließ mich eine eben eingetroffene Depesche seiner Regierung lesen, worin dieselbe bemerkt, es werde nach dem Abschluß des Friedens mit Frankreich der Haß und die Erbitterung der Franzosen gegen Deutschland fortdauern und dieselben zu neuen Kriegen treiben. Dagegen könne man sich nur durch bedeutende, von Frankreich zu gewährende Gebietsabtretungen sichern. — Wir sprachen dann noch über das Erscheinen des Ministers v. Delbrück in München und dessen Verhandlungen

[1]) Österreichisch-ungarischer Botschafter in London.

Digitized by Google

mit Bayern wegen Bildung eines allgemeinen deutschen Bundes. Ich bemerkte, daß Separatverhandlungen mit Bayern zu keinem Ziele führen würden, daß Preußen vielmehr besser mit Bevollmächtigten aller süddeutschen Staaten gemeinsam verhandeln werde.

24. September.

[Unterredung mit v. Thüngen.] Ich bemerkte, daß Graf Bray im bayerischen Interesse wohl tun würde, einen hessischen Bevollmächtigten zur Teilnahme an diesen Verhandlungen einzuladen. Ich überließ es dem Baron Thüngen, diese meine Ansicht dem Grafen Bray mitzuteilen.

26. September.

Vor dem Diner sagte mir Baron Thüngen, er habe ein Telegramm des Grafen Bray mit der Frage erhalten, ob es richtig stehe, daß Hessen mit seinen zwei diesseits mainischen Provinzen in den Nordbund eintreten wolle. Er habe sofort zurücktelegraphiert, daß nach meinen vorgestrigen Äußerungen, über die er bereits berichtet gehabt, dies nicht der Fall sein könne. Ich erwiderte, daß dies allerdings seitens der großherzoglichen Regierung nicht entfernt beabsichtigt werde. Ich teilte diese meine kurze Unterredung mit Thüngen sofort dem Großherzoge mit, der meine Erklärung billigte.

1. Oktober.

Um 11 Uhr besuchte mich der Prinz Alexander. Er sagte mir, der Großherzog sei nachdenklich darüber geworden, ob ich imstande sei, in der dermaligen schwierigen Zeit die Sachen so durchzuführen, wie es für die Interessen der Krone erwünscht sei. Der Großherzog scheine zu fürchten, daß der König Wilhelm ihm abermals einen General schicken werde, und zwar dieses Mal, um meinen Rücktritt zu verlangen. Der Großherzog wünsche nun, den Schein einer solchen Pression zu vermeiden, und zu diesem Zwecke möchte er, daß ich freiwillig meine Entlassung nähme. Aber er wünschte doch, da ich nach wie vor sein Vertrauen besitze und er meine ausgezeichneten Dienste anerkenne, vor allem meine Meinung zu hören. Ich antwortete dem Prinzen, daß ich stündlich mit Vergnügen bereit sei, zurückzutreten, wenn dem Großherzog damit ein Dienst geleistet werde. Es werde vor allem darauf ankommen, ob der Großherzog wirklichen Grund habe, anzunehmen, daß Preußen meinen Rücktritt fordern werde, oder ob ihm diese Besorgnis bloß von Dritten eingeflößt worden sei. Jedenfalls werde mein Rücktritt von der Fortschrittspartei als ein von ihr erfochtener Sieg angesehen werden und insofern dem Ansehen der Krone nicht förderlich sein. Der Prinz möge also den Großherzog fragen, ob er bestimmten Grund zur Besorgnis von einer preußischen Pression habe. Denn die Bemühungen der Fortschrittspartei im Lande seien mir einfach lächerlich. Mit diesen Herrn würde ich leicht fertig werden. Der Prinz sagte mir dann noch, der Großherzog wisse durchaus keinen Nach-

Digitized by Google

folger für mich zu finden. Ich nannte als meinen einzig möglichen Nachfolger den Gesandten Hofmann in Berlin. Prinz Alexander glaubte, Graf Bismarck sei darüber empfindlich, daß ich während seines letzten Aufenthaltes in Mainz ihn nicht besucht habe. Ich bemerkte, daß, da der Großherzog zum Besuche des Königs von Preußen nach Mainz gegangen sei, ohne mich davon zu benachrichtigen, ich es nicht gewagt hätte, ebenfalls daselbst zu erscheinen und ohne Vorwissen meines Allerhöchsten Herrn mit dem Grafen Bismarck zu konferieren, ohne mich zugleich bei dem Großherzog und dem König anzumelden. Der Prinz versprach, mir in einigen Tagen die weitere Entschließung des Großherzogs mitzuteilen.

5. Oktober.

Ich schickte dem Großherzoge ein vertrauliches Memoire, in welchem vorgeschlagen wurde, Gebietsvergrößerungen für das Großherzogtum zu beanspruchen, um damit die vergrößerten Lasten zu decken, welche ein Eintritt des ganzen Landes in den Norddeutschen Bund nach sich ziehen würde.

6. Oktober.

Morgens berichtete ich dem Großherzoge über einen Antrag des Gesandten Hofmann wegen Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

7. Oktober.

Ich hatte um 10¾ Uhr morgens Audienz bei dem Großherzoge, um über den Antrag des Gesandten Hofmann, wegen sofortigen Eintritts des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, Vortrag zu erstatten. Der Großherzog war damit einverstanden, daß man Herrn Hofmann zunächst zur Äußerung darüber auffordern solle: 1. ob er Grund habe, anzunehmen, daß Preußen diesen Eintritt dringend wünsche und nötigenfalls eine Pression üben werde; 2. auf welche Weise er sich die Möglichkeit denke, die durch einen vollständigen Eintritt in den Norddeutschen Bund dem Lande erwachsenden enormen Mehrkosten aufzubringen; 3. ob es einem Anstande unterliege, den etwaigen Eintritt in den Nordbund unter der Bedingung zu offerieren, daß jede Veränderung an der dermaligen Verfassung des Nordbundes nur dann für die diesseits mainischen Teile des Großherzogtums Gültigkeit erhalte, wenn die Großherzogliche Regierung zustimme. Wegen des Punktes unter 2 solle Hofmann vertraulich zu erfahren suchen, ob Preußen geneigt sei, Hessen eine Gebietsvergrößerung zuzugestehen, welche dasselbe in den Stand setze, die enorme Mehrausgabe zu bestreiten. Es könne dies entweder durch Abtretung eines Stückes vom Elsaß, sei es mit, sei es ohne Landeshoheit, oder so geschehen, daß man Bayern die altpfälzischen Besitzungen auf dem rechten Rheinufer mit Heidelberg und Mannheim zurückgebe, Hessen die ehemals hessischen, jetzt bayerischen Landesteile auf dem linken Mainufer sowie den badischen Teil des Odenwaldes zuteile und Baden durch Erwerbungen im Elsaß entschädige. Der

Digitized by Google

Großherzog sprach mir dann noch von der außerordentlichen Herzlichkeit, mit welcher ihn der König von Preußen in Berlin wie in Mainz behandelt habe. Er behauptete auch, Bismarck habe ihm in Mainz gesagt, er, Bismarck, habe gefürchtet, der Großherzog werde ihm die Ereignisse des Jahres 1866 nachtragen. Darauf habe er, der Großherzog, erwidert, das sei unmöglich. Bismarck habe ja nur als treuer Diener seines Herrn gehandelt und seine Pflicht getan. Endlich erzählte mir der Großherzog abermals, die Kronprinzessin von Preußen und die Prinzessin Alice hätten sich bei ihm unverhohlen sehr mißbilligend über den gegenwärtigen Krieg und die Eroberungen auf Kosten Frankreichs ausgesprochen. Die beiden Damen hätten sich ganz wie englische Prinzessinnen und im englischen Sinne geäußert. · Der Großherzog war sehr liebenswürdig. Von dem Auftrage, den er einige Tage zuvor dem Prinzen Alexander gegeben hatte, mich zu fragen, ob ich nicht glaube, daß es nötig sei, meine Entlassung zu fordern, um die Sendung eines preußischen Generals nach Darmstadt mit entsprechendem Ansinnen zu vermeiden, war keine Rede.

8. Oktober.

Prinz Alexander sagte mir, der Großherzog, mit dem er den Inhalt unserer letzten Konversation besprochen, habe ihm versichert, daß er, der Großherzog, gar keinen bestimmten speziellen Grund habe, anzunehmen, Preußen werde eine unangenehme Pression behufs meiner Entlassung ausüben. Ich erwiderte, daß ich hiernach und nach dem Empfang, den mir der Großherzog gestern habe zuteil werden lassen, und mit Rücksicht auf die dienstlichen Aufträge, die er mir erteilt habe, diesen Gegenstand vorerst als erledigt betrachten müsse. — Ich sprach mich dann mißbilligend über die enorme Zahl von Eisernen Kreuzen aus, welche an die Division, namentlich an fast alle Offiziere verliehen worden seien, wodurch der Wert dieses Ordens selbstverständlich sinken müsse. Der ganze Stab des Prinzen Ludwig, Westerweller, Prinz Wilhelm, Rittmeister v. Rabenau usw., die nichts getan hätten, als im feindlichen Feuer stehen, seien mit dem Eisernen Kreuze dekoriert. Danach könnte jeder gemeine Soldat, der nicht weggelaufen sei, das nämliche beanspruchen. Ich fand auch die Verleihung der II. Klasse des russischen Georgenordens an den Prinzen Ludwig übertrieben. Prinz Alexander war damit sehr einverstanden.

9. Oktober.

Ich schrieb morgens eine lange Depesche an den Gesandten Hofmann, betreffend die Modalitäten des Eintritts der zwei diesseits mainischen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

13. Oktober.

Um 12 Uhr fuhr ich zum Baron Thüngen. Ich las demselben einen Bericht des Gesandten v. Breidenbach über die Verhandlungen zwischen Preußen und Bayern wegen Eintritts des letzteren in den Nordbund vor,

Digitized by Google

und sprach ihm von meiner dem Gesandten Hofmann wegen dieser Angelegenheit erteilten Instruktion.

15. Oktober.

Um 3½ Uhr empfing ich den Geheimen Rat Kritzler und besprach mit ihm einen Antrag, den der Abgeordnete Curtmann zu Friedberg gegen den Eintritt der südlichen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund stellen wollte, und den ich weder sach- noch zeitgemäß fand.

17. Oktober.

Um 12 Uhr hatte ich auf dem Ministerium des Innern eine Beratung mit den Ministern v. Schenck und v. Lindelof, dem Geheimen Rat v. Bechtold, dem Geheimen Staatsrat Frank, dem Geheimen Rat v. Biegeleben und dem Ministerialrat Neidhardt über die Frage vom Eintritte des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund. Es wurde beschlossen, einen diesen Eintritt befürwortenden Bericht an den Großherzog zu erstatten, da es nicht länger möglich sei, Preußen Widerstand zu leisten.

18. Oktober.

Ich empfing morgens vom Großherzoge die Genehmigung zu Verhandlungen mit Preußen wegen Eintrittes der beiden südlichen Provinzen des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund.

20. Oktober.

Morgens erteilte ich dem Gesandten Hofmann den telegraphischen Auftrag, bei dem Bundeskanzleramt in Berlin anzufragen, ob es dem Bundeskanzler genehm sei, wenn ich in das Hauptquartier von Paris käme, um dort, wie die übrigen Minister der süddeutschen Staaten, wegen des Anschlusses an den Norddeutschen Bund zu verhandeln.

21. Oktober.

Bald nach meiner Rückkehr erschien Herr v. Wentzel abermals und brachte mir ein Telegramm aus dem Hauptquartier in Versailles, wonach die Absendung diesseitiger Kommissäre dahin zur Verhandlung über den Anschluß Südhessens an den Norddeutschen Bund genehmigt und der Wunsch ausgesprochen wird, der Gesandte Hofmann möge zum Kommissär ernannt werden. Ich bat Herrn v. Wentzel zurückzutelegraphieren, daß ich selbst kommen und Herr Hofmann mich begleiten würde.

22. Oktober.

Ich schrieb morgens zehn Seiten an den Gesandten v. Gagern nach Wien.

Um 3 Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel und teilte mir ein Telegramm aus Versailles mit, wonach man dort die Ausfertigung besonderer Vollmachten für mich und den Gesandten Hofmann zu Verhandlungen für nötig hält.

Digitized by Google

24. Oktober.

Um 11¼ Uhr reiste ich mit meinen beiden Begleitern Hofmann und Rothe[1]) über Mannheim, Ludwigshafen und Weißenburg bis Zabern, wo der Zug die Nacht hindurch blieb. In der Stadt war kein Unterkommen mehr zu finden. Wir durchwanderten die Straßen in strömendem Regen, einen Eisenbahnbediensteten mit der Laterne voraus, und wurden überall abgewiesen. Der Vorsaal war mit spielenden und rauchenden polnischen Landwehrmännern, Reisenden und Krankenpflegerinnen überfüllt. Wir waren deshalb genötigt, in einem Eisenbahnwaggon zu übernachten, der auch schon mit Menschen besetzt war und in welchem wir uns mit Mühe Plätze verschafften.

25. Oktober.

Morgens 6 Uhr ging es per Eisenbahn weiter nach Nancy, wo wir frühstückten, und dann weiter nach Toul. Von Toul ging es nach Epernay. Von Epernay fuhren wir über Chateau Thierry nach Nanteuil, wo die Eisenbahn aufhört, indem die Franzosen den dortigen Tunnel gesprengt haben. In Nanteuil übernachteten wir. Der Etappenkommandant, Hauptmann Eckhardt, ein geborener Frankfurter, hatte uns im Hause eines 78jährigen Franzosen, der wegen seines hohen Alters und seiner Gebrechlichkeit nicht, wie seine übrigen Landsleute, hatte flüchten können, eine recht komfortable Wohnung bereitet. Das Haus war eine ganz französisch eingerichtete Villa. Ich schlief im Salon, der die Aussicht in einen schön angelegten und sorgfältig unterhaltenen Garten hat. Gleich nach unserer Ankunft soupierten wir mit dem Hauseigentümer, der unter dem ersten Kaiserreich im Regiment der Lanciers rouges gedient und die Schlacht von Waterloo mitgemacht hat.

26. Oktober.

Morgens 7½ Uhr fuhren wir in einer hübschen gedeckten Kalesche mit Postpferden, die uns ohne Vergütung zur Disposition gestellt waren, nach Meaux ... Wir kamen endlich abends 6½ Uhr in strömendem Regen nach Versailles, wo wir im Hôtel des Reservoirs abstiegen. Nachdem wir Toilette gemacht hatten, gingen wir in das Restaurant des Hotels, in dessen großem Saal eine sehr zahlreiche Gesellschaft versammelt war. Die Offiziere der Garnison hatten den Geburtstag des Generals Grafen Moltke gefeiert. Der Kronprinz von Preußen, der Herzog von Koburg, der Herzog von Augustenburg und eine Menge Militärs von allen deutschen Kontingenten waren anwesend. Später unterhielt ich mich lange mit dem bayerischen Minister Grafen Bray und dem bayerischen Kriegsminister Baron Pranth.[2]) Der letztere sagte mir, daß Bayern nur durch das Drängen der öffentlichen Meinung in die Lage versetzt worden sei, mit Preußen wegen eines Bundesverhältnisses

[1]) Karl Rothe, 1840—1906; war seit 1866 beim Sekretariat des Ministeriums des Äußern beschäftigt, wurde 1898 hessischer Staatsminister.

[2]) Siegmund Freiherr v. Pranth, 1821—1888.

Digitized by Google

zu unterhandeln. Baron Prankh klagte vertraulich über seinen König und den König von Württemberg. Die Württemberger hätten sich ganz unaufgefordert in die bayerischen Verhandlungen mit Preußen eingedrängt. Von einer ursprünglichen Absicht, sich an Preußen und den Nordbund anzuschließen, sei keine Rede gewesen, aber man habe allmählich dem Drucke der herrschenden Parteien nachgegeben. Auch jetzt werde man sich auf ein Minimum von Konzessionen beschränken, namentlich die Selbständigkeit im Militärwesen aufrecht erhalten. Ich bemerkte, daß die ersten Schritte unvermeidlich weiterführten. Dem Grafen Bray warf ich vor, daß er nicht bei Beginn des dermaligen Krieges, als von Preußen bayerische Hilfe beansprucht worden sei, sich die Rückgabe der alten Pfalz ausbedungen habe. Graf Bray meinte, Preußen würde sich dazu nicht verstanden haben, was ich bestritt.

27. Oktober.

Morgens 10 Uhr begab ich mich mit den Herren Hofmann und Rothe auf die Kommandantur im Hotel de France, wo wir dem Kommandanten von Versailles, General v. Voigts-Rheetz,[1]) unsere Karten ließen. Dann begaben wir uns in Begleitung eines Feldpolizeileutnants nach der für uns reservierten Wohnung im Hause der Vicomtesse de Masin, Boulevard du Roi 1, um diese Wohnung einzusehen und in Besitz zu nehmen ... Nachdem dies erledigt war, machten wir dem Grafen Bismarck, dem Minister Delbrück, dem Legationsrat v. Keudell, dem Oberstthofmarschall Grafen Pückler und dem Hofmarschall Grafen Perponcher (die beiden letzteren in der vom Könige Wilhelm bewohnten Präfektur installiert) unsere Besuche. Wir ließen überall Karten, da niemand empfing. Herr v. Keudell kam gerade in das Hotel des Grafen Bismarck, als wir aus demselben weggingen, und ich sprach eine Zeitlang mit ihm über die Art, Elsaß und Lothringen zu organisieren.

Léon de Bussière klagte natürlich bitter über die Lage Frankreichs, gab auch zu, daß man Elsaß und Lothringen von Frankreich trennen könne, meinte aber, daß man eine unabhängige neutrale Republik daraus machen müsse, statt eines Königreiches unter preußischem Einfluß oder gar einer preußischen oder badischen Provinz. Die neue Republik könne sich mit der Schweiz vereinigen. Das Elsaß sei durch und durch französisch und demokratisch, und wenn man es zwinge, deutsch zu werden, so werde es stets Abgeordnete der äußersten Linken nach Berlin senden. Die Festungen Metz, Straßburg usw. könne man schleifen.

Bei der Nachhausekunft fand ich für mich und Herrn Hofmann eine Einladung zur königlichen Tafel auf 4 Uhr. Wir fuhren in das prachtvolle Präfekturgebäude, wo der König wohnt. Das Diner war zahlreich. Außer uns waren nur Militärs da. Der König sprach zweimal vor und nach der Tafel mit mir. Er erzählte mir, daß Prinz Ludwig das Eiserne Kreuz I. Klasse

[1]) Konstantin Bernhard, 1809—1877; war 1866 Chef des Generalstabs der 1. Armee, 1870 Kommandierender General des X. Armeekorps.

Digitized by Google

erhalten habe. Wir sprachen dann von der Lage Frankreichs. Ich sagte, das Unglück dieses Landes sei der Mangel einer legitimen Dynastie. Im Jahre 1807 habe sich in Preußen das ganze Volk um sein angestammtes Königshaus wie um seine Fahne gesammelt und durch diesen Einheitspunkt die Kraft gefunden, das fremde Joch abzuschütteln und zu einer vorher nicht gekannten Größe zu gelangen. Der König gab mir recht und setzte hinzu, als er durch Varennes gekommen, habe er zu den Herren seiner Begleitung gesagt: Hier hat das Unglück Frankreichs angefangen. — Ich erinnerte den König auch daran, daß er mir einst in Baden das große königliche Wort gesagt habe: „Ich will überall sein, wo es gilt, die Grenzen Deutschlands zu verteidigen." — „Und wie," bemerkte ich weiter, „haben Eure Majestät dieses Wort in Erfüllung gebracht!" Der König nahm meine Worte wohlgefällig auf und sprach von dem Danke, den man Gott schulde. — Der Kronprinz sagte mir ein paar kurze Worte über die Geburt des zweiten Sohnes des Prinzen Ludwig. Prinz Adalbert,[1]) mit dem ich beim Eintritt in die Präfektur zusammentraf, gab mir nur die Hand. Dagegen hatte ich eine lange politische Unterhaltung mit dem Prinzen Karl[2]) von Preußen, der mir im Laufe des Gesprächs lebhaft die Hand drückte mit den Worten: „Wir verstehen uns." Auch der Großherzog von Weimar[3]) und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin[4]) sprachen mit mir. Ich machte nach der Tafel die Bekanntschaft des Generals Grafen Moltke und des Kriegsministers v. Roon, sowie des Kommandanten von Versailles, Generals v. Voigts-Rheetz. Der König trank während der Tafel auf das Wohl des Prinzen Friedrich Karl, des Siegers von Metz. Es war nämlich am Morgen die Nachricht eingetroffen, daß Metz sich mit einer Besatzung von 150000 Mann ergeben habe.

29. Oktober.

Wir (Hofmann und ich) besprachen mit dem Grafen Bray den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund, die Frage von den dadurch vermehrten Ausgaben und endlich den Vorschlag des Herrn Hofmann, im Norddeutschen Bunde neben dem Reichstage ein Staatenhaus zu gründen.

Wir gaben uns alle Mühe, den Grafen Bray für dieses Projekt, sowie für den, wenn auch nur bedingten Eintritt in den Norddeutschen Bund günstig zu stimmen. — Um 12½ Uhr gingen wir mit Herrn Rothe zum Frühstück in das Restaurant des Reservoirs. Dort kam sogleich der daselbst anwesende Prinz Luitpold von Bayern auf mich zu, drückte mir auf das herzlichste die Hand und begann dann ein leises vertrauliches Gespräch, worin er sich entschieden gegen den Eintritt Bayerns in den Nordbund äußerte.

---

[1]) von Preußen, 1811—1873, Sohn des Prinzen Wilhelm, jüngsten Bruders Friedrich Wilhelms III.

[2]) 1801—1883, Bruder Wilhelms I.

[3]) Karl Alexander, 1818—1901, Bruder der Kaiserin Augusta.

[4]) Friedrich Franz (III.), 1851—1897.

Digitized by Google

Prinz Luitpold billigte sehr, daß ich unter den dermaligen veränderten Umständen dennoch auf meinem Posten geblieben sei und den Großherzog nicht verlassen habe. Endlich trug er mir, unter wiederholten herzlichen Händedrücken, viele Grüße an den Großherzog auf. Bald nach ihm, während ich mit Hofmann und Rothe frühstückte, kamen der Herzog von Koburg mit dem Herzog von Augustenburg, setzten sich höchst liebenswürdig und mit Shakehands zu uns und fingen, jeder getrennt, mit uns von Politik zu reden an. Der Herzog von Augustenburg sprach mir mit Bitterkeit von seiner Behandlung durch Preußen. Der Herzog von Koburg war schlecht auf Bayern und dessen Zähigkeit bei den Verhandlungen wegen Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu sprechen. Er versicherte, Bismarck habe oft die größte Not mit seinem Könige, der vom deutschen Standpunkte nichts wissen wolle und der förmlich grob geworden sei, als man ihm die Annahme der deutschen Kaiserkrone vorgeschlagen habe. In Nikolsburg sei Bismarck in Tränen ausgebrochen, als ihm der Herzog erzählt habe, der König Wilhelm wolle durchaus ein Stück von Böhmen annexieren, dagegen von einem Norddeutschen Bunde nichts wissen. Der Kronprinz denke darin ganz anders. Mit diesem sei zu reden. Er werde für Verbesserungen der norddeutschen Bundesverfassung empfänglich sein, namentlich für die Idee der Bildung eines Staatenhauses. Dann werde auch Graf Bismarck, welcher jetzt nur die Ansichten seines Königs vertrete, für vernünftige Vorschläge zugänglicher werden. Bismarck hänge an seinem Posten und werde sich den kronprinzlichen Ansichten fügen. Der Herzog bat mich, mit dem Kronprinzen zu reden. Ich entgegnete, daß es mir scheine, als ob ich nicht so hoch in der Gunst dieses Herrn stünde, um mir einen solchen Schritt erlauben zu dürfen. Aber der Herzog bestand auf seinem Rate. Schließlich lobte er sehr den jungen König Ludwig von Bayern, welcher durch seinen persönlichen Willen den Widerstand der bayerischen Kammer paralysiert und Bayern zur Teilnahme am dermaligen Kriege gebracht habe.

... Um 8 Uhr besuchte uns der Minister Delbrück. Derselbe hatte bei der Fassung unserer Vollmachten Bedenken, weil darin stand, daß wir gemeinsam mit den übrigen süddeutschen Staaten wegen des Eintrittes in den Norddeutschen Bund verhandeln sollten. Ich erledigte dieses Bedenken durch die Erklärung, daß wir auch separat zu verhandeln berechtigt und bereit seien.

30. Oktober.

Morgens 11 Uhr hatte ich einen langen Besuch des Herzogs Friedrich von Augustenburg, der mir von seinen Ansprüchen auf die Elbherzogtümer sprach und versicherte, daß er allen sukzessiv gesteigerten Forderungen Preußens nachgegeben und daß nur Bismarck im letzten Augenblick die Wegnahme Schleswig-Holsteins durch Preußen durchgesetzt habe. Mit dem Kronprinzen von Preußen stehe er, der Herzog, auf dem besten Fuße, aber der Kronprinz habe nicht Einfluß genug besessen, um das Unrecht zu hindern.

Digitized by Google

31. Oktober.

Morgens 11 Uhr fuhr ich zu Léon de Bussière. Wir sprachen Politik, wobei Léon wiederholt darauf beharrte, man solle aus Elsaß und Lothringen ein neutrales Land, etwa als Teil der Schweiz und mit republikanischer Staatsform, machen. Ein Königreich Elsaß-Lothringen, namentlich mit einem Hohenzollern an der Spitze, würde bei den Elsässern die größte Erbitterung erregen. Wir gingen dann in das Restaurant des Reservoirs, wohin Herr Hofmann später nachkam. Einige Zeit nachher erschien dort auch der sächsische Minister v. Friesen mit dem Regierungsrat v. Watzdorf. Wir besprachen die Situation, insbesondere die Frage, ob Bayern nicht für seinen Eintritt in den Norddeutschen Bund gewisse Bedingungen in bezug auf die Reform der norddeutschen Bundesverfassung, namentlich die Forderung der Bildung eines Staatenhauses, stellen sollte, wobei wir dasselbe unterstützen würden. Baron Friesen war damit einverstanden, und ich übernahm es, mit den im Saale anwesenden bayerischen Ministern v. Lutz und v. Pranckh darüber zu reden. Ich tat dies sogleich, und es wurde für den folgenden Morgen eine vertrauliche Besprechung der bayerischen, sächsischen und hessischen Bevollmächtigten in der Wohnung des Grafen Bray verabredet. Baron Roggenbach, der frühere badische Minister, kam zu uns. Wir sprachen über die Möglichkeit einer Reform des Norddeutschen Bundes in unserem Sinne, und Baron Roggenbach erklärte sich damit vollkommen einverstanden.

Abends 7 Uhr dinierte ich mit Herrn Hofmann bei dem Kronprinzen von Preußen. Der Kronprinz sprach mir vor der Tafel von unserer Fahrt von Mainz nach Köln im Jahre 1858 aus Anlaß der Eröffnung der Rheinischen Eisenbahn. Nach dem Diner unterhielt er sich lange mit mir über die deutsche Frage. Ich entwickelte ihm meine Ansichten von der Notwendigkeit der Bildung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde, und er schien damit einverstanden. Ich sagte ihm auch, daß ich am folgenden Morgen unter Zuziehung des Herrn v. Friesen und des Herrn Hofmann eine Konferenz mit den bayerischen Ministern haben würde, um dieselben für den Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund und für die Idee der Bildung eines Staatenhauses zu gewinnen.

1. November.

Um 10 Uhr begab ich mich mit Herrn Hofmann in die Wohnung des Grafen Bray zu einer Konferenz, der außer uns noch die Minister v. Lutz und v. Pranckh und der sächsische Minister v. Friesen beiwohnten. Der letztere kam etwas verspätet, weil ihn Minister Delbrück besucht hatte. Minister v. Lutz entwickelte uns zunächst den bayerischen Standpunkt. Er bemerkte, daß Bayern anfangs an eine Reform der norddeutschen Bundesakte gedacht und erst später, nachdem Minister Delbrück in München bestimmt erklärt habe, daß Preußen sich auf keine Konzessionen in bezug auf seine Rechte im Norddeutschen Bunde einlasse, sich auf eine Reihe untergeordneter Forderungen und Vorbehalte

Digitized by Google

für den Fall seines Eintrittes in den Norddeutschen Bund habe beschränken müssen. Ich bemühte mich, den bayerischen Herren die Notwendigkeit der Errichtung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde zu entwickeln mit dem Ersuchen, diese Forderung den übrigen bayerischerseits bereits gestellten hinzuzufügen. Graf Bray sprach die Besorgnis aus, daß ein solches Staatenhaus zum Einheitsstaat führe. Ich erwiderte, daß ich gerade das Gegenteil für richtig hielte. Baron Pranckh sagte gar nichts. Baron Friesen und ich machten noch darauf aufmerksam, daß Bayerns Stellung später unhaltbar sein werde, wenn es nicht gleich jetzt unter guten Bedingungen abschließe. Es wurde noch über die einzelnen, bis jetzt von Bayern gestellten Forderungen, sowie über die Frage gesprochen, ob Preußen der Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund erwünscht sei oder nicht. Schließlich trennte man sich, ohne eigentlich zu einer Verständigung gelangt zu sein. — Um 4 3/4 Uhr waren wir wieder zu Hause. Ich berichtete an den Großherzog über die Verhandlung des heutigen Morgens. Ich machte die Bekanntschaft des Grafen Solms-Sonnenwalde,[1]) früheren preußischen Botschaftssekretärs und zeitweise Geschäftsträgers in Paris, der mir ausführlich von seiner Teilnahme an den Verhandlungen sprach, die dem dermaligen Kriege vorausgegangen waren. Er versichert, daß Graf Bismarck diesen Krieg nicht nur nicht gewollt, sondern auch nicht einmal an denselben geglaubt habe. Er, Solms, habe sogar, als er über die Unvermeidlichkeit des Krieges und die französischen Vorbereitungen dazu nach Berlin berichtet habe, dafür eine Nase bekommen. Wäre übrigens Baron Werther, der damals kaum seinen Pariser Posten angetreten gehabt, etwas terrainkundiger gewesen, so würde derselbe vielleicht den persönlich zum Frieden geneigten, aber unentschlossenen Kaiser Napoleon durch ein freundliches Wort vom Kriege haben abhalten können.

2. November.

Der Geheime Legationsrat Hofmann hatte abends 6 Uhr Audienz bei dem Kronprinzen von Preußen. Er las dem Prinzen, meinem Rate entsprechend, die von ihm verfaßten Notizen über unsere gestrige Konferenz mit den bayerischen Ministern vor. Der Kronprinz erbat sich Abschrift davon zu ganz vertraulicher Kenntnisnahme.

3. November.

Aus Paris war die Nachricht gekommen, daß General Trochu[2]) und andere Mitglieder der provisorischen Regierung von dem Volke verhaftet worden und Männer der extremsten Richtung an die Spitze gestellt worden seien. — Roggenbach klagte über den Einfluß, den der Herzog von Koburg auf den Kronprinzen von Preußen habe. Der Herzog habe die Idee, ein

[1]) Clemens Eberhard Theodor, später deutscher Botschafter in Madrid.

[2]) Louis Jules, 1815—1896; war 1859 Divisionsgeneral, 1870 Gouverneur von Paris.

Digitized by Google

ganz aristokratisch komponiertes Fürstenhaus, statt eines populären Staatenhauses, in den Norddeutschen Bund einschieben zu wollen. Roggenbach sprach sich über die Nationalliberalen, die sich nicht über die Sphäre der erbärmlichen norddeutschen Bundesverfassung erheben könnten, insbesondere über die badischen Minister, die keine andere Idee hätten, als pure in den Norddeutschen Bund einzutreten, und in Konzessionen soweit gingen, daß die preußischen Minister sich genötigt sähen, mit ihnen die Rollen zu tauschen und die badischen Interessen zu wahren, sehr wegwerfend aus. Er versicherte, der Kronprinz von Preußen sei sehr entschieden für eine Verbesserung der norddeutschen Bundesverfassung, die der Prinz ebenfalls für höchst mangelhaft halte, weil sie gar keine Bundesverfassung sei. Ich erzählte nun Herrn v. Roggenbach von meiner Korrespondenz mit dem Prinzen Ludwig im Jahre 1867 und den damit zusammenhängenden Bemühungen des Kronprinzen, Südhessen in den Norddeutschen Bund zu bringen, Bemühungen, welche mit der von Herrn v. Roggenbach erwähnten dermaligen Auffassung des Prinzen in Widerspruch ständen. — Über die hessischen Deputierten im Reichstage sprach Herr v. Roggenbach geringschätzig.

4. November.

Um 12¾ Uhr frühstückte ich mit den Herren Hofmann und Rothe im Restaurant des Reservoirs. Minister v. Roggenbach, Ministerialrat Samwer[1]) und der Herzog Friedrich von Augustenburg setzten sich abwechselnd zu uns. Die Mission des Herrn Thiers, der in einem Nebenzimmer des Restaurants mit mehreren Franzosen frühstückte und der am Nachmittage mit dem Grafen Bismarck konferieren soll, wurde besprochen. — Herr v. Friesen war, ebenso wie ich, der Ansicht, es sei höchst bedauerlich, daß von Bayern, Württemberg und Baden der gegenwärtige Moment versäumt werde, um Verbesserungen in der norddeutschen Bundesverfassung durchzusetzen,

5. November.

Mittags 12½ Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Konferenz bei dem Grafen Bismarck, zu der sämtliche in Versailles anwesenden deutschen Minister, einschließlich des Herrn Delbrück, eingeladen waren. Graf Bismarck teilte uns zunächst den Inhalt der in den letzten Tagen von ihm mit dem Herrn Thiers gepflogenen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit. Er erzählte, daß er in drei Tagen 18 Stunden lang mit Thiers habe sprechen müssen, weil derselbe stets an dem auf die letzte Konversation folgenden Tage wieder auf das zurückgekommen sei, was man am Tage zuvor bereits durchgesprochen habe. Bismarck erzählte ferner, er habe Herrn Thiers die Verwendung von Turkos gegen Deutschland vorgeworfen, und dieser habe erwidert:

---

[1]) Karl Friedrich Lucian, 1819–1882; 1850 Professor in Kiel, 1859 Mitglied des Staatsministeriums in Gotha, 1863—1866 im Dienst Herzog Friedrichs von Augustenburg.

Digitized by Google

„Mais n'avez-vous donc pas vos Hulans?" Offenbar habe Thiers die Ulanen für eine wilde Völkerschaft gehalten. Thiers spreche durchaus keine andere Sprache als seine Muttersprache, die französische, was die Verhandlungen mit ihm etwas erschwere. Thiers habe zunächst einen Waffenstillstand von 25 Tagen verlangt. Währenddessen sollte Paris mit einer gewissen, speziell berechneten, ungeheuren Quantität von Lebensmitteln aller Art, z. B. 36000 Ochsen, durch die deutsche Armee selbst verproviantiert werden. Außerdem sollten die gegenseitigen Truppenteile genau da stehenbleiben, wo sie zur Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes ständen. Während dieser Zeit sollten die Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung in Frankreich vorgenommen werden. Er, Bismarck, habe diese Basis als eine ganz unannehmbare bezeichnet. So etwas könnte Frankreich nur fordern, wenn es eine Armee vor den Toren von Berlin hätte. Ferner habe Thiers die Teilnahme von Elsaß und Lothringen an den allgemeinen Wahlen verlangt. Über diesen Punkt und unter welchen Modifikationen (etwa durch Absendung der bisherigen Deputierten) derselbe zuzugestehen sei, habe man sich Verständigung vorbehalten. Endlich habe er, Bismarck, eine Kriegsentschädigung von 4 Milliarden Franken begehrt, das Doppelte des französischen Budgets für ein Jahr. Darüber sei Herr Thiers vor Schrecken fast vom Stuhle gefallen. Graf Bismarck zeigte uns eine Landkarte von Frankreich, auf welcher die deutsche und französische Sprachgrenze mit Farben eingetragen war, und fragte, was wir von den von Frankreich zu verlangenden Territorialabtretungen hielten. Niemand fand gegen die Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens etwas zu erinnern. Graf Bray sagte mir indessen später, daß er eine Losreißung der Festung Metz von Frankreich für bedenklich halte, weil man dann einen von Feindesland umgebenen vorgeschobenen Posten haben werde, und weil in solchem Falle gar kein Grund mehr vorliege, nicht noch weitere Gebietsabtretungen zu fordern. Graf Bray schien überhaupt jeder Abtrennung französischen Gebietes mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerungen abgeneigt zu sein. Die jetzigen Machthaber in Paris waren vor wenigen Tagen von einer Volkszusammenrottung im „Hotel de Ville" verhaftet, mißhandelt und einen Tag lang eingesperrt gehalten worden. Der Volkshaufe hatte eine andere Regierung aus den extremsten Roten, wie Ledru-Rollin,[1]) Flourens usw. installiert. Dann aber waren Nationalgarden in das „Hotel de Ville" eingedrungen, hatten die Mitglieder der neuen Regierung verjagt und die alte Regierung wieder hergestellt. Mit Bezug auf dieses ganz frische Ereignis hatte Graf Bismarck den Herrn Thiers gefragt, ob denn die jetzige französische Regierung in der Lage sei, einen Vertrag abzuschließen, und Thiers hatte geantwortet, daß „le gouvernement actuel fut plus solide que jamais". Herr Thiers hatte schließlich zugestanden, Waffenstillstand und Friedensschluß nicht in zwei Akten, sondern

[1]) War 1841 Deputierter der äußersten Linken und kehrte 1870 nach langjährigem Exil aus England zurück; 1871 wurde er in die Nationalversammlung gewählt.

Digitized by Google

d'emblée zustande zu bringen, nachdem Graf Bismarck ihm gesagt hatte, daß man den ersten Akt nicht aufführen könne, ohne über den Verlauf des zweiten vorher im reinen zu sein. Herr Thiers war am Nachmittag nochmals in einem Hause am Seineufer, aber nicht in Paris selbst, mit einigen politischen Notabilitäten, Mitgliedern des Verteidigungskomitees, zur Besprechung zusammengetreten. Nach dem Ergebnisse sollten die Besprechungen mit dem Grafen Bismarck fortgesetzt werden. Der letztere erzählte uns noch weiter, Herr Thiers sei sehr erschrocken, als er demselben gesagt habe, daß die preußische Armee noch bis in den Februar k.J. verproviantiert sei. Thiers habe gerufen: „Grand dieu, et nous n'avons que pour 15 jours à vivre." Ferner bemerkte Bismarck, Thiers habe behauptet, bei den verschiedenen Gefechten verlören die Preußen stets mehr als die Franzosen. Er, Bismarck, habe ihm das Gegenteil nachgewiesen. „Freilich," fuhr Bismarck fort, „ist es begreiflich, daß wir bei der unzweckmäßigen Tapferkeit unserer Offiziere, und wenn Obersten über vom Feinde besetzte Gartenmauern klettern, mehr Verluste haben, als nötig." — Nachdem Graf Bismarck seine Mitteilungen über die Verhandlungen mit Herrn Thiers beendet hatte, die offenbar darauf berechnet waren, dem letzteren sagen zu können, daß die anwesenden deutschen Minister es unmöglich machten, mildere Bedingungen zu stellen, ging Bismarck auf sein Hauptthema über. Er sagte uns nämlich, Seine Majestät der König, sein Allergnädigster Herr, lege großen Wert darauf, daß demnächst das Friedensinstrument von sämtlichen verbündeten deutschen Fürsten, gewissermaßen mit dem Degenknopf, unterzeichnet werde. Es sei dies ein würdigeres Verfahren, als eine bloße Unterzeichnung durch den König, gebe dem Auslande ein schlagendes Beispiel der deutschen Einigkeit und werde im deutschen Volke den besten Eindruck machen. Der König Wilhelm werde an sämtliche deutsche Fürsten Einladungsschreiben erlassen. Er, Bismarck, ersuche aber die anwesenden Minister, einstweilen bei ihren resp. Souveränen anzufragen, ob sie einer solchen Einladung Folge leisten würden. Auch bitte er, daß die Fürsten sich über den Zeitpunkt ihres Erscheinens aussprechen möchten. Die Anwesenden erwiderten, daß dieser Zeitpunkt nur von Preußen mit Rücksicht auf die obschwebenden Friedensverhandlungen vorgeschlagen werden könne, daß man aber über die fragliche Einladung sofort berichten werde ...

Ich erstattete dem Großherzog Bericht, in dem ich um Genehmigung des von mir und Herrn Hofmann zu stellenden Antrages wegen Bildung eines Staatenhauses bat.

6. November.

Morgens 10 Uhr ging ich mit den Herren Hofmann und Rothe in die Schloßkirche zum evangelischen Gottesdienste, dem der König und der Kronprinz von Preußen, die in Versailles anwesenden Fürsten und Prinzen, sowie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und eine Masse Offiziere und Soldaten beiwohnten. Die Musik, von militärischen Musikern und Sängern ausgeführt,

Digitized by Google

war sehr schön, namentlich machte das Lied „Ein' feste Burg ist unser Gott" mit Posaunenbegleitung einen überwältigenden Eindruck.

Um 1 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Konferenz bei dem Minister Delbrück, der außer uns der württembergische Minister Mittnacht, die badischen Minister Jolly und v. Freydorff und der sächsische Minister v. Friesen beiwohnten. Man durchging und beriet den Entwurf einer neuen deutschen Bundesverfassung, die im wesentlichen der norddeutschen Bundesverfassung entspricht. Die badischen und württembergischen Minister gingen dabei in Konzessionen an die Bundesgewalt und Verzicht auf ihre partikularen Interessen weiter, als es sogar Preußen erwünscht war. Die Sitzung dauerte bis 5 Uhr.

9. November.

Um 11¼ Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu dem sächsischen Minister v. Friesen, mit dem wir die Fassung des Schlußprotokolles zum neuen Bundesvertrag besprachen. Baron Friesen erzählte uns, daß die bayerischen Bevollmächtigten heute wieder mit dem Minister Delbrück verhandelten. Ihre Instruktionen gingen dahin, zu bewirken, daß Preußen mit Württemberg, Baden und Hessen wegen deren Eintrittes in den Norddeutschen Bund abschließe und dann mit Bayern einen weiteren Bund verabrede, so daß Bayern nur für gewisse Gegenstände an den Verhandlungen des Reichstages teilnehme. Außerdem sei der König von Bayern bereit, dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzubieten.

10. November.

Nach dem Frühstück konferierte ich mit Herrn Hofmann über den Inhalt eines Zirkulars des Ministers Delbrück, welches ich am Abende zuvor empfangen hatte, und welches den Entwurf des Vertrages wegen Beitritt zum Norddeutschen Bunde, des Schlußprotokolles und einzelner dazu gemachter Bemerkungen enthielt ...

Herr Hofmann dechiffrierte den früher eingetroffenen chiffrierten Brief des Herrn Neidhardt und ein chiffriertes Telegramm des nämlichen von gestern. Beides betraf die dem Großherzog zugedachte Einladung nach Versailles, welche derselbe annimmt. Um 4 Uhr besuchte uns Minister Delbrück. Wir besprachen unsere Bemerkungen zu seinem Entwurfe, sowie unseren Antrag wegen Bildung eines Staatenhauses im Norddeutschen Bunde. Ich teilte auch Herrn Delbrück die Bereitwilligkeit des Großherzogs, einer Einladung nach Versailles Folge zu leisten, mit, unter der Voraussetzung, daß Seine Königliche Hoheit nicht zu Pferde zu steigen brauche, um dem etwaigen Einzuge in Paris beizuwohnen. Ich bat, den Grafen Bismarck davon in Kenntnis zu setzen.

11. November.

Ich schrieb einen zwölf Seiten langen Brief an den Gesandten v. Gagern nach Wien, von dem ich ein Schreiben vorgefunden hatte, in welchem er,

Digitized by Google

nach dem Eintritte des Großherzogtums in den Norddeutschen Bund, seine Entlassung verlangt. Ich mahnte Gagern motiviert von diesem seinem Entschlusse ab. Später kam Herr v. Watzdorf und erzählte mir, daß er kürzlich den Grafen Bray gesprochen und daß dieser ihm gesagt habe, die bayerischen Minister hätten nunmehr Verabredungen mit dem Grafen Bismarck wegen des Eintrittes von Bayern in den Norddeutschen Bund getroffen. Bismarck habe ihnen für Bayern den Vorsitz in einem für die internationale Diplomatie zu bildenden Ausschusse des Bundesrates angeboten. Da aber diese Verabredungen von der Basis abwichen, auf welcher sie instruktionsmäßig zu verhandeln gehabt hätten, so seien sie genötigt, vorerst ihrem Könige in München Vortrag zu erstatten, um dann, im Falle Allerhöchster Genehmigung, in Berlin den Vertrag zum Abschluß zu bringen.

12. November.

Morgens 11 Uhr kam der sächsische Minister v. Friesen im Auftrage des Ministers Delbrück und besprach mit uns einige Anstände, die er bei den einzelnen diesseitigen Anträgen zum Schlußprotokolle gefunden hatte.

13. November.

Wir erfuhren, daß die beiden württembergischen Minister v. Suckow und Mittnacht nach Stuttgart zurückgereist seien, um persönlich Vortrag zu erstatten und Instruktionen einzuholen. Ich war darüber nicht sehr erbaut, da nun die Notwendigkeit vorlag, den Akzessionsvertrag mit dem Norddeutschen Bunde allein mit Baden zu unterzeichnen oder die desfallsigen Verhandlungen, wenn auch nur vorübergehend, zu sistieren.

14. November.

Um 11 Uhr ging ich mit Herrn Hofmann zu einer Sitzung bei dem Minister Delbrück, der die badischen Minister und Baron Friesen beiwohnten. Unsere früheren Verabredungen über die Redaktion der neuen Bundesakte wurden definitiv festgestellt, auch der Entwurf des Schlußprotokolles vorgelegt und genehmigt.

15. November.

Um 1 Uhr begab ich mich zum Minister Delbrück, wohin Herr Hofmann bereits vorausgegangen war; außer Herrn v. Friesen und uns waren die badischen Minister anwesend. Erst nach vorausgegangener lebhafter Diskussion über den Inhalt des Art. 68 der neuen Bundesakte, und erst nachdem Minister Delbrück die Zusicherung gegeben hatte, daß jedes etwa anderen süddeutschen Staaten bezüglich der Fassung dieses Artikels gemacht werdende Zugeständnis auch Hessen und Baden zugut kommen solle, unterzeichneten wir und die Vertreter Badens das Protokoll, in welchem der Eintritt Hessens und Badens in den Norddeutschen, modo Deutschen, Bund erklärt wurde. Über unser Verlangen bezüglich des Art. 68 der Bundesakte und die entsprechende Erklärung

Digitized by Google

des Ministers Delbrück wurde ein besonderes, vorerst vertrauliches Protokoll aufgenommen. Herr Delbrück war bei dieser Verhandlung in sichtbarer Verlegenheit. Er wehrte sich solange er konnte gegen ein wiederholtes Zugeständnis dessen, was Württemberg und uns in der ersten gemeinsamen Sitzung bezüglich jenes Artikels bereits zugestanden war. Er behauptete, daß er damals nur Württemberg allein vor Augen gehabt habe, und daß überdies durch die inzwischen erfolgte Abreise der württembergischen Minister alle denselben gemachten Konzessionen hinfällig geworden seien. Endlich, als wir und die badischen Minister nicht nachgaben, lief er zu dem in der Nähe wohnenden Grafen Bismarck und kam von da mit der Ermächtigung zurück, die von uns verlangte Zusicherung zu geben. Offenbar hatte Minister Delbrück in der ersten mit den württembergischen Ministern gemeinschaftlichen Sitzung mehr zugegeben, als dem Grafen Bismarck erwünscht war, und er hatte nun, wiewohl vergeblich, sein Nachgeben wieder rückgängig zu machen versucht. Nach beendigter Sitzung begaben wir uns zum Grafen Bismarck. Dort wurde der neue Bundesvertrag nebst Schlußprotokoll von diesem und uns, sowie von den badischen Ministern unterzeichnet und besiegelt. Graf Bismarck sah leidend aus. Er klagte über seine Gesundheit und sagte, „die Galle trete ihm zu leicht in das Blut. Ein Minister eines absoluten Herrschers sei in der angenehmen Lage, einfach die Befehle seines Herrn befolgen zu können. Ein konstitutioneller Minister dagegen, der seinen eigenen Überzeugungen Rechnung tragen müsse, gerate mitunter in Konflikte, welche die Gesundheit nicht förderten." Graf Bismarck sprach auch von den Ballons, die von Zeit zu Zeit in Paris losgelassen würden. Er erklärte, die Personen, die mit solchen Ballons Paris verließen, müßten als Spione betrachtet werden und würden erschossen, wenn es gelänge, sie abzufangen.

16. November.

Um 1 Uhr machte ich mit Herrn Hofmann dem Baron Roggenbach einen Abschiedsbesuch. Roggenbach sprach uns von dem hochfahrenden Wesen Bismarcks, der gar keinen Widerspruch mehr ertrage und seinem Könige das Leben sauer mache.

Um 4 Uhr dinierte ich mit Herrn Hofmann bei dem Könige von Preußen. Derselbe war überaus liebenswürdig, drückte mir wiederholt die Hand, trug mir Grüße an den Großherzog und die Prinzessin Karl auf und wünschte mir Glück zu dem gestrigen Vertragsabschluß. Er sprach auch von der unvorsichtigen Reiselust seiner Schwiegertochter und der Prinzessin Alice, die schon wenige Wochen nach ihrer Niederkunft mit den neugeborenen Kindern reisten. Dafür würden sie auch vor der Zeit alt.

Abends 7 Uhr mußte ich mit Herrn Hofmann bei dem Kronprinzen von Preußen, also ein zweites Mal, dinieren. Ich saß bei der Tafel rechts neben dem Kronprinzen, der sehr herzlich war und mir beim Empfang und beim Abschiede warm die Hand drückte. Er erzählte mir während der Tafel, daß

Digitized by Google

Rußland den Pariser Vertrag von 1856 gekündigt habe, und daß England sich dies schwerlich werde gefallen lassen. Rechts von mir saß der Chef des Generalstabes, Generalleutnant v. Blumenthal, ein kleiner, jovial aussehender Mann, der ein furchtbarer Franzosenfresser, speziell der Pariser; ist. Nach dem Diner kamen der Herzog von Koburg und der Herzog Friedrich von Augustenburg. Der erstere erzählte mir, daß er Memoiren schreibe und daß die Welt demnächst Merkwürdiges daraus erfahren würde, was er hinter den Kulissen gesehen habe. So sei z. B. die Geschichte des bekannten Orsiniattentates von der Pariser offiziösen Presse ganz verfälscht erzählt worden. Er, der Herzog, sei Zeuge dieses Attentates gewesen. Dasselbe sei von den eigenen Polizeiagenten des Kaisers Napoleon ausgegangen, und diesen fatalen Umstand habe die offiziöse Presse vertuschen müssen!!!

17. November.

Morgens 9 Uhr trat ich mit den Herren Hofmann und Rothe in einem großen preußischen Postwagen, der uns zur Verfügung gestellt war, die Rückreise an.

18. November.

Minister Delbrück war kurz vor Abgang des Zuges mit Postpferden von Versailles angekommen und setzte mit dem nämlichen Train wie wir, nur in einem abgesonderten Waggon, seine Reise nach Berlin fort. Zwischen Nancy und Straßburg setzte sich Minister Delbrück zu uns in unseren Waggon und teilte uns mit, daß er von Kehl ab den württembergischen Finanzminister erwarte, der sich ihm angekündigt habe, um unterwegs auf der Reise einige den Vertrag mit Württemberg betreffende Punkte mit ihm zu besprechen. Den Eintritt Bayerns in den neuen Deutschen Bund betrachtete Herr Delbrück als gewiß.

Darmstadt, 20. November.

Auf 10 Uhr morgens hatte ich Plenarsitzung anberaumt. Herr Hofmann referierte in derselben über die Versailler Verhandlungen und den Inhalt des neuen Bundesvertrages.

Ich referierte dem Großherzog, der mich sehr herzlich empfing, über meine Versailler Erlebnisse. Der Großherzog erzählte mir, daß die Prinzessin Alice und die Kronprinzessin von Preußen mehr als je über Bismarck schimpften, indem sie ihn für den Urheber der neuerdings erfolgten russischen Kündigung des Vertrages von 1856 und der daraus hervorgehenden Verwicklungen hielten.

23. November.

Morgens schrieb ich einen mit meinem Namen unterzeichneten Artikel für die „Darmstädter Zeitung" als Antwort auf eine Korrespondenz des Hans Wachenhusen in der „Kölnischen Zeitung", in der ich beschuldigt werde,

Digitized by Google

mit dem Minister Rouher korrespondiert und demselben gesagt zu haben, daß die Franzosen in Deutschland mit offenen Armen empfangen werden würden.

1. Dezember.

Ich hatte um 3½ Uhr den Besuch des Abgeordneten Wernher, der mich bat, nächsten Montag der Zweiten Kammer persönlich den Vertrag mit Preußen wegen Eintrittes in den Norddeutschen Bund vorzulegen.

6. Dezember.

Der Großherzog hatte ein Schreiben des Königs von Bayern aus München und ein Telegramm des Großherzogs von Baden aus Versailles erhalten, worin er ersucht wurde, zu der Annahme des deutschen Kaisertitels durch den König von Preußen zuzustimmen. Ich entwarf die Antworten auf beider Ansinnen und sandte sie in das Schloß.

10. Dezember.

Um 4 Uhr besuchte mich Baron Thüngen. Ich ließ ihn den Brief seines Königs an den Großherzog wegen der Erhebung des Königs von Preußen zum Deutschen Kaiser lesen und bemerkte ihm, daß ich den Schritt seines Herrn rücksichtslos und übereilt gefunden hätte. Rücksichtslos, weil er die Antwort der Fürsten, an die er geschrieben, nicht abgewartet habe, um seinen Vorschlag in Versailles zu machen, übereilt, weil die Verträge wegen Bildung eines deutschen Bundes von den Kammern der Einzelstaaten noch gar nicht genehmigt seien, also die erste Bedingung für Herstellung der deutschen Kaiserwürde noch fehle. Baron Thüngen war damit einverstanden und meinte, der Schritt seines Königs entspreche in keiner Weise demjenigen, was Bayern im gegenwärtigen Kriege geleistet habe.

12. Dezember.

Um 12½ Uhr hatte ich den Besuch des Gesandten v. Gagern. Derselbe erzählte mir, in seiner letzten Audienz bei dem Großherzoge habe der Großherzog es als ganz selbstverständlich betrachtet, daß der Wiener Gesandtschaftsposten eingehe, wenn die Stände kein Geld dafür bewilligten. Ich setzte dieser Allerhöchsten Auffassung entschiedenen Widerspruch entgegen.

20. Dezember.

Morgens 10 Uhr fuhr ich mit dem Ministerialrat Neidhardt in eine Sitzung der Zweiten Kammer, in welcher die in Versailles und Berlin abgeschlossenen Verträge wegen Bildung eines Deutschen Bundes diskutiert und schließlich angenommen wurden.

27. Dezember.

Um 4 Uhr fuhr ich mit dem Ministerialrat Neidhardt in eine Sitzung des zweiten Ausschusses der Ersten Kammer, in welcher der Bericht des Ausschusses über die Proposition der Regierung wegen der Verträge mit dem

Digitized by Google

Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten behufs Bildung eines Deutschen Bundes beraten wurde.

29. Dezember.

Um 10 Uhr morgens fuhr ich in eine Sitzung der Ersten Kammer, in welcher über die Verträge wegen Bildung eines Deutschen Bundes beraten und abgestimmt wurde. Die Annahme erfolgte einstimmig.

(Schluß folgt.)

Theater und Kino im neuen Volksstaat

Von

Prof Dr. Konrad Lange, Tübingen

(Schluß)

Hier erwächst nun dem neuen Volksstaat die schöne Pflicht, durch die Reform des Kinowesens dem Volke eine wahre Wohltat zu erweisen. Anfangs wird ihm das vielleicht etwas schwer werden. Denn die Reformbestrebungen, in denen sich einsichtige Pädagogen, Ärzte, Geistliche, Richter usw. schon seit Jahren zusammengefunden haben, sind, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, von konservativer Seite ausgegangen. Bei den Debatten über das württembergische Lichtspielgesetz von 1914 in der Zweiten Kammer waren es vor allem sozialdemokratische Abgeordnete, die die Anträge der Regierung bekämpften. Sie gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß das „Theater des kleinen Mannes" auch dem Geschmack des kleinen Mannes entgegenkommen müsse. Ein Industriearbeiter, der nach seiner geisttötenden Tagesarbeit abends in ein Lichtspieltheater gehe, wolle interessante und aufregende Ereignisse sehen, folglich müsse das Kino sie ihm auch bieten. Einen Erwachsenen könne man nicht in dem, was er sehen wolle, beschränken.

Das würde also darauf hinauslaufen, daß der Ungebildete ein Recht hat, auf seiner niedrigen Stufe der Bildung zu verharren, und daß der Gebildete nicht die Pflicht hat, ihn zu sich emporzuziehen, sondern vielmehr die, zu ihm herabzusteigen. Ich kann mir nicht denken, daß die sozialdemokratische Partei, nachdem sie zur Regierung gelangt ist, diesen Standpunkt ernsthaft vertreten will. Hat doch gerade die Bildung des Volkes von jeher zu ihren Idealen gehört. Und wenn sie z. B. in der Alkoholfrage jetzt ganz auf dem Standpunkt der konservativen Parteien steht, d. h. eine Beschränkung der persönlichen Freiheit im Interesse der körperlichen Gesundheit des Arbeiters für richtig hält, so ist nicht abzusehen, warum sie nicht auch bei der Darreichung der künstlerischen Nahrung im Interesse der geistigen Gesundheit des Volkes gewisse Einschränkungen für berechtigt halten soll. Natürlich setzt das voraus, daß die sittenverderbenden Filme entweder durch Gesetz oder durch Zensur

Digitized by Google

verboten werden. Und man weiß ja, daß die Zensur sich bei unserer Demokratie keiner besonderen Beliebtheit erfreut. So wird z. B. in dem Entwurf einer Verfassung für das Deutsche Reich, der jetzt zur Beratung steht, als eines der Grundrechte des deutschen Volkes die Zensurfreiheit für Theater- und Lichtspielaufführungen gefordert.[1]) Vorausgesetzt selbst, die Zensur wäre beim Theater unberechtigt, weil dieses Kunst ist, so würde daraus noch lange nicht folgen, daß sie auch beim Kino der Berechtigung entbehrte. Denn was uns der Kino bietet, ist eben keine Kunst, sondern photographierte Wirklichkeit. Bewegte Photographien von Handlungen, die im gewöhnlichen Leben als grober Unfug gelten und verboten sind, unterscheiden sich in bezug auf die moralische Beurteilung durchaus nicht von diesen Handlungen selbst. Sie sind eben auch im Kino grober Unfug.[2])

Man kann deshalb nur die Hoffnung aussprechen, daß der neue Volksstaat seine Verpflichtung gegen das Volk nicht nur in dem Sinn des völligen Gewährenlassens, sondern auch in dem der weisen Einschränkung auffassen und wenigstens beim Lichtspiel die Zensur wieder in ihre Rechte einsetzen werde. Sollte das aber nicht der Fall sein, so würde darum die Angliederung des Kinos an das Theater für das letztere dennoch von Nutzen sein, insofern die Einnahmen, die derselbe abwirft, indirekt der Wortbühne zugute kommen würden. Diese brauchte, gestützt auf die neuen Einnahmen, ihr Repertoire nicht mehr dem seichten Geschmack des Publikums anzupassen, sondern könnte auch die Aufführung von Stücken wagen, die, obwohl sie gut sind, doch nicht notwendig einen Kassenerfolg versprechen.

Wenn die Verwaltung des Theaters und Kinos aus den Händen pekuniär interessierter Direktoren in die Hände von Staatsbeamten übergeht, so wird natürlich dafür gesorgt werden müssen, daß das nicht zu einem bureaukratischen Schlendrian unter Ausschaltung aller persönlichen Initiative führt. Doch ist das ein Problem, das bei allen Sozialisierungen bisher privater Betriebe auftauchen wird, und an dessen Lösung unser neuer Volksstaat seine eigentliche Kraft wird zeigen müssen. Hoffen wir in dieser Beziehung das Beste!

Was nun endlich das Theater selbst betrifft, so rechne ich zu den guten Folgen, die die staatliche Neuordnung voraussichtlich für dasselbe haben wird, eine wesentliche Vergeistigung und Verinnerlichung unserer theatralischen Kunst. Dieselbe wird sich, wie ich glaube, vor allem

[1]) Inzwischen ist der § 32, der in der ersten Lesung das Lichtspiel in der Zensurfreiheit dem Theater gleichsetzte, in dem Sinne verändert worden, daß für Kinovorführungen die Zensur eingeführt werden darf.

[2]) Vgl. darüber den Aufsatz des Staatsrats a. D. v. Mosthaf im „Schwäbischen Merkur" vom 31. März 1919, Nr. 151, der sich mit großer Schärfe gegen diesen Paragraphen der geplanten Reichsverfassung wendet. Übrigens liest man in den Zeitungen, daß der Reichsverfassungsausschuß der Nationalversammlung ein Reichskinogesetz in Vorschlag bringen will, bei dessen Beratung auch künstlerische und pädagogische Fachmänner zugezogen werden sollen.

Digitized by Google

darin aussprechen, daß die mehr geistigen Gattungen der Bühnenpoesie, d.h. das Drama und das feinere Lustspiel, gegenüber der Oper, dem Musikdrama, der Operette, der Posse, dem Ballett usw. wieder an Bedeutung gewinnen werden. Das wird einfach die Folge davon sein, daß diese in neuer Zeit so sehr in den Vordergrund getretenen Gattungen zum Teil einen großen Aufwand von Mitteln erfordern, den wir uns bei der notgedrungenen Sparsamkeit, zu der wir verdammt sein werden, nicht mehr leisten können. In den letzten Jahrzehnten war unser Theaterwesen durch eine zunehmende Veräußerlichung gekennzeichnet. Diese sprach sich besonders in der vorwiegenden Beliebtheit derjenigen Gattungen aus, bei denen das Wort und der Inhalt des Dargestellten gegenüber der Musik, dem Tanz und der äußeren Ausstattung unverhältnismäßig zurücktritt. Man hatte sich mehr und mehr daran gewöhnt, gesangliche Virtuosenkünste, reiche Orchestrierung, Ballett, üppige Kostüme und überladene Dekorationen für die Hauptsache bei einem Bühnenkunstwerk zu halten. Ich habe in dieser Entwicklung, besonders in dem Überwiegen der Musik auf der Bühne, immer ein Kennzeichen des Verfalls gesehen. Sie schien mir ein Ausdruck des Protzentums zu sein, das durch unsere ganze moderne Kultur ging. Diese Neigung etwa uns Deutschen zum einseitigen Vorwurf machen zu wollen, wäre allerdings ungerecht. Im Gegenteil, man darf darin geradezu einen ungesunden Einfluß der englischen und amerikanischen Kultur erkennen, genauer gesagt, einen Einfluß des internationalen, besonders vom Angelsachsentum vertretenen Kapitals. Der reiche, protzige Engländer und Amerikaner, allenfalls auch der splendide Russe, haben in früheren einfacheren Zeiten bei uns Deutschen immer eine besondere Rolle gespielt. Es müßte mit merkwürdigen Dingen zugehen, wenn ihr äußerliches und banausisches Protzentum nicht einen verderblichen Einfluß auf die deutsche Volksseele ausgeübt hätte.

Man kann sich nicht wundern, daß das feinere Wortdrama unter dem Einfluß dieses Geschmacks besonders zu leiden hatte. Es war doch ein ungesunder Zustand und eine beschämende Erscheinung, daß unsere klassischen Dramen, wenn man sie nicht geradezu in Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen gab, vor leeren Häusern gespielt werden mußten, während die Opern und Musikdramen, die Operetten, Ballettarrangements und Ausstattungsstücke sich eines ungeheuren Zulaufs erfreuten. Die fadeste Operette konnte wochenlang auf dem Repertoire bleiben, jeder wollte sie gesehen haben, und es schien, als ob die ganze Kultur Deutschlands von der Blüte dieses Kunstzweigs abhinge. Von Schau- und Lustspielen zogen eigentlich nur die französischen Ehebruchsdramen, die äußerlichen Situationsposſen und was mehr oder weniger damit zusammenhing, weitere Kreise an.

Hiergegen hat sich schon vor dem Kriege eine sehr heftige Opposition erhoben. Und mitten im Kriege, im August 1916, ist in Hildesheim ein „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur" gegründet worden, der darauf ausgeht, das Theater wieder auf Kunst zu gründen und das nationale

Digitized by Google

und ethische Moment in der Bühnenpoesie wieder zur Geltung zu bringen. Ich kenne die führenden Männer dieser Bewegung nicht genug, um beurteilen zu können, ob sie Erfolg haben wird — man hat in der letzten Zeit wenig davon gehört —, nur so viel möchte ich sagen, daß ein Erfolg nur bei einem ganz scharf umrissenen Programm möglich ist. Jede Reform dieser Art muß von klaren ästhetischen Anschauungen getragen werden, und die Führer müssen genau wissen, was sie wollen. Reinigung des Repertoires im künstlerischen und nationalen Sinn ist ein zu allgemeines Programm, um werbende Kraft zu haben.

Es wird sich zeigen, ob der neue Volksstaat die Forderungen, die schon vor der Revolution erhoben worden sind, aufnehmen oder fallen lassen wird. Allzu große Hoffnungen darf man sich auch in dieser Beziehung nicht machen. Denn der Grundsatz „Leben und leben lassen", den die Demokratie dem Kino gegenüber festhält, hat in in ihren Augen auch dem Theater gegenüber Geltung. Nach dem neuen Verfassungsgesetzentwurf soll die Zensurfreiheit auch beim Theater zu den Grundrechten des deutschen Volkes gehören. Das heißt, es soll auch auf diesem Gebiete in Zukunft keine Mittel geben, gegen den sittenverderbenden ausländischen Schund einzuschreiten.

Die Widerstandsfähigkeit gegen den künstlerischen Einfluß des Auslandes ist in Deutschland niemals sehr groß gewesen. Das wird zukünftig in erhöhtem Maße der Fall sein. Ein Volk, das so charakterlos und bedientenhaft ist, daß es sich, seinen Feinden zu Gefallen, selbst der Schuld am Kriege bezichtigt und nicht müde wird, zu versichern, man wolle es ja ganz gewiß nicht wieder tun, ein Volk, das so fremdenfreundlich ist wie das deutsche und dabei doch allen Ernstes behauptet, es hätte in eitler Selbstüberschätzung die Vorzüge des Auslandes niemals genügend anerkannt, ein solches Volk wird auch in Zukunft den fremden Kultureinflüssen widerstandslos preisgegeben sein. Es ist leider kein Zweifel: wir gehen einer Periode des schrankenlosen Fremdenkultus entgegen. Der Engländer und Franzose, besonders aber der Amerikaner werden bei uns wieder das Ideal der Menschheit repräsentieren. Unsere Kunst wird froh sein, von den Brosamen leben zu können, die von dem Tische der ausländischen Kunst abfallen. Zumal wenn die Zensur auch das dümmste und sittenloseste Zeug zuläßt, das unsere Feinde uns ins Land schicken.

Aber vielleicht sehen wir zu schwarz. Vielleicht wird die Zurückdrängung der anspruchsvollen Ausstattungsstücke, die ja auch zum großen Teil ausländischen Ursprungs sind, sich auf die ausländische Kunst überhaupt erstrecken. Vielleicht wird der Haß der Nationen, mit dem der famose Völkerbund begonnen hat, so groß sein, daß sich schon daraus allein ein Sonderleben ergibt, bei dem sich unsere nationale Eigenart wieder kräftiger entwickeln kann. Vielleicht wird auch unsere deutsche Bühnenpoesie so erstarken, so selbständig und bedeutend werden, daß die Importware schon dadurch allein von unseren Brettern verschwindet.

Digitized by Google

Das Bedürfnis der Sparsamkeit wird sich nicht nur in der Zurückdrängung des Ausstattungsstücks, sondern vor allem auch in der Einschränkung der großen Oper und des Musikdramas äußern.

Die hohen Gagen der Sänger, die Größe des Orchesters, an das so hohe Anforderungen gestellt werden, der Glanz der möglichst echten Kostüme und Dekorationen, alles das mußte die Preise dieser Aufführungen ins Ungemessene steigern. Ihr Besuch wurde dadurch mehr und mehr zu einem Vorrecht der Reichen. Es war tatsächlich bisher so, daß unsere Theateraufführungen in zwei scharf voneinander geschiedene Gattungen zerfielen, erstens die teuren Opern und Ausstattungsstücke, die nur den Reichen zugänglich waren, und zweitens die klassischen Dramen und die modernen Schau- und Lustspiele, die ihrer erschwinglichen Eintrittspreise wegen auch von den weniger Wohlhabenden besucht werden konnten. Diese scharfe Zweiteilung, die unseren sozialen Grundsätzen so sehr widerspricht, kann natürlich im neuen Volksstaat nicht aufrecht erhalten werden. Die Entwicklung kann aber nur darin bestehen, daß die letztere Gattung der ersteren gegenüber an Ansehen wieder gewinnt, während bisher nur der Besuch der Oper in unserer Gesellschaft zum guten Ton gehörte. Das wird vor allem den Vorteil haben, daß der Theaterbesuch in Zukunft nicht mehr der Ausdruck des finanziellen Protzentums und des schwelgerischen Müßiggangs, sondern eines gesteigerten und verfeinerten Kunstbedürfnisses sein wird. Dadurch aber wird die geistige Seite des Theaters wieder in ihr Recht eingesetzt werden.

Dies wird zunächst zu einer größeren Pflege der Sprachtechnik und des Ausdrucks führen. Man wird sich wieder erinnern, daß der Mittelpunkt aller Bühnenkunst nicht das Requisit, d. h. das Kostüm und die Ausstattung, sondern der Mensch, der redende und gestikulierende Schauspieler ist. Es sollte eigentlich keiner Erinnerung bedürfen, daß das Wort, die menschliche Rede und die von ihr getragene Handlung im Mittelpunkt jeder theatralischen Aufführung stehen muß. In Goethes und Schillers Zeiten, wo man sich noch mit einer einfachen Bühnenausstattung begnügte, wurde auf Reinheit und Deutlichkeit der Aussprache, auf ausdrucksvolle Rede und charakteristische Gestikulation der Hauptwert gelegt. Mit richtigem Takt stellte man das Spiel in den Dienst des Inhalts, der dargestellt, der Handlungen und Gefühle, die zur Anschauung gebracht werden sollten. Das ist jetzt anders geworden. Jeder, der unsere heutigen Theaterverhältnisse mit offenem Blick verfolgt, muß überrascht sein von der Laxheit und Gleichgültigkeit, mit der unsere meisten Schauspieler die Sprache handhaben. Während die ältere Generation, die Possart, Mitterwurzer, Barnay usw., den größten Wert auf deutliche Aussprache und ausdrucksvolles, inhaltlich richtiges Sprechen legten, sind heute die Fälle selten, daß man einen Schauspieler in der fünften Parkettreihe noch deutlich verstehen kann. Der gedankenlose Naturalismus, der das ganze Spiel beherrscht, hat die meisten von ihnen vergessen lassen, daß man auf der Bühne anders sprechen muß als im gewöhnlichen

Digitized by Google

Leben. Keiner scheint zu wissen, daß die Aufgabe weder darin besteht, nur natürlich, noch auch darin, nur deutlich zu sprechen, sondern daß der Stil der Theatersprache ein Kompromiß zwischen Natürlichkeit und Deutlichkeit ist.

An diesem Sprachverfall ist natürlich auch die Überschätzung der Oper und des Musikdramas in der allgemeinen Anschauung schuld. Die Gewöhnung des Publikums, schöne Szenerien gedankenlos an seinem Blick vorüberziehen zu lassen und, bequem in seinen Fauteuil zurückgelehnt, in den stimmungsvollen Tonbildern einer reichen Orchestrierung zu schwelgen, mußte notwendig zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegen den Inhalt des Dargestellten oder den Sinn der gesungenen Worte führen. Ein gesungener Text, der noch dazu von einem anspruchsvollen Orchester teilweise zugedeckt wird, kann in einem großen Hause schon rein physisch schwer verstanden werden. Das ließ sich bei den schwachen Texten unserer früherer Opern allenfalls verschmerzen, wo es manchmal ganz gut war, wenn man den albernen Inhalt nicht ganz verstand. Immerhin hing doch auch bei ihnen der Ausdrucksgehalt der Musik aufs engste mit dem Inhalt der gesungenen Worte zusammen und war ohne deren Kenntnis eigentlich nicht zu verstehen. Es gehört zu den glücklichen Neuerungen Richard Wagners, daß er theoretisch ein genaues Verstehen des Textes voraussetzte. Wie aber steht es praktisch mit dieser Forderung? Ist es denkbar, daß diese doch gewiß nicht einfache und natürliche Poesie, gesungen und von einem anspruchsvollen Orchester begleitet, von den entfernter sitzenden Zuhörern auch nur teilweise verstanden wird? Und wer von diesen hat denn Zeit, die komplizierten, zum Teil philosophisch angehauchten Gedankengänge vor der Aufführung auswendig zu lernen, was man doch müßte, da die Verdunkelung des Zuschauerraums ein Nachlesen des Textes während der Aufführung selbst unmöglich macht?

So hat sich denn unser Publikum allmählich daran gewöhnt, bei theatralischen Aufführungen überhaupt nicht mehr auf den Text zu achten, sich vielmehr mit einem ganz allgemeinen Verständnis des Inhalts zufrieden zu geben. Wenn man nur ungefähr der Handlung folgen kann, im übrigen aber durch die Musik in eine gewisse unklare Stimmung versetzt wird, glaubt man schon dem Kunstwerk gerecht zu werden.

Das hat natürlich auf die übrige Bühnenpoesie aufs übelste eingewirkt. Man forderte auch im Wortdrama nicht mehr, daß die Verse und Worte deutlich und dabei wirklich künstlerisch gesprochen wurden. Und die jüngeren Schauspieler, die keine Kultur der Sprache hatten, ließen sich so etwas nicht zweimal sagen. Wo ist der Schauspieler, der heute imstande wäre, Verse unserer Klassiker richtig im Sinne ihrer Urheber zu sprechen? Richtig, d. h. realistisch wahr und ausdrucksvoll, und doch zugleich deutlich, schön, rhythmisch gebunden, wie es die Form verlangt? In den letzten Jahren vor dem Krieg sind mehrere Schriften von Schauspielern erschienen, in denen diese Klagen einen sehr deutlichen Ausdruck gefunden haben. Es wurden da allerlei Forderungen

Digitized by Google

über eine neue Art der schauspielerischen Erziehung ausgesprochen, die jedenfalls eine ernste Beachtung verdienen.

Wird sich so die künftige Vergeistigung unseres Lebens vor allem in der Verbesserung unserer Bühnensprache bekunden, so wird die notgedrungene Sparsamkeit auch zu einer schon seit lange erstrebten, aber noch immer nicht durchgedrungenen Umgestaltung des ganzen Bühnenstils führen. Es handelt sich dabei um jene Vereinfachung des szenischen Apparats, die wir mit dem Begriffe der Stilbühne oder Künstlerbühne verbinden. Auch in dieser Beziehung hatte die Reformbewegung schon vor dem Kriege eingesetzt. Sie stellte sich dar als eine Reaktion gegen die gesteigerten realistischen Forderungen, die durch Richard Wagner und die Meininger in die Bühnenausstattung hineingekommen waren. Schon ehe der wirtschaftliche Zusammenbruch die größte Sparsamkeit in der Ausstattung der Bühne nahelegte, waren feinfühlige Kritiker, besonders bildende Künstler, zu der Einsicht gekommen, daß der Realismus der Kostüme und sonstigen Requisiten, den Richard Wagner und der Herzog Georg, entsprechend der ganzen realistischen Bewegung ihrer Zeit, forderten, künstlerisch nicht berechtigt sei. Es ist nicht immer erkannt worden, daß diese realistische Bühnenkunst eine historische Parallelerscheinung zu der Pilotyschen Malerei darstellt. Sogenannte Echtheit der Kostüme und möglichste Naturwahrheit der Kulissen entsprachen dem realistischen Stil der damaligen bildenden Kunst und jenem Illusionsstreben, das ja auch das ausschlaggebende Moment in Wagners Bühnenreform war. Die strenge Anpassung der musikalischen Form an das Wort und seinen Inhalt, die denkbar stärkste Steigerung des Ausdrucks, die angeblich durch die Musik bewirkt werden sollte, die Vernachlässigung des musikalischen Wohllauts zugunsten der Charakteristik, der Verzicht auf die Schönheit einer in sich abgeschlossenen Melodie, das alles sind ja Züge eines gesteigerten Illusionsstrebens, d. h. also eines trotz des illusionsstörenden Charakters der Musik dennoch möglichst streng durchgeführten Realismus. Diesem allgemeinen Realismus oder Illusionismus entspricht die Illusionsbühne, die in der Kunst Richard Wagners und der Meininger herrschte.

Das Wesen der Illusionsbühne besteht bekanntlich darin, daß der Zuschauer durch die möglichste Übereinstimmung der Bühnenausstattung mit der Natur wirklich getäuscht werden soll. Das Wort Illusion ist also hier nicht im Sinne der bewußten Selbsttäuschung, sondern in dem der wirklichen Täuschung gemeint. Kulissen, Hintergründe, Versatzstücke und Kostüme sollen in ihrer historischen Echtheit, ihrer täuschenden Perspektive und ihrer realistischen Technik so ausgeführt sein, daß sie eine wirkliche Täuschung hervorbringen. Der Beschauer soll beim Anblick eines Bühnenbildes glauben, sich in der wirklichen Natur, dem wirklichen architektonischen Raume zu befinden, er soll die Bühnenrequisiten geradezu mit der Natur verwechseln.

Wir wissen jetzt, daß das ein ästhetischer Irrtum war. Es kommt in der Kunst bei allem Streben nach Wahrheit, das ganz selbstverständlich ist, nicht

Digitized by Google

auf die Übereinstimmung mit der Natur und noch weniger auf die Täuschung an. Die eigentliche Aufgabe besteht vielmehr in der Anregung der Phantasie. Der Zuschauer soll sich etwas, was nur ein Bild, ein Gleichnis ist, in der Phantasie zur Natur ergänzen.[1]) Das Bühnenbild darf also der Natur gar nicht so angenähert werden, daß es für das Bewußtsein ganz mit ihr zusammenfällt. Es muß vielmehr trotz aller Naturwahrheit doch in ganz bewußter Weise von der Wirklichkeit entfernt gehalten werden, damit die Phantasie des Zuschauers genügenden Spielraum zur Betätigung findet. Um zum Beispiel einen Wald vorzutäuschen, kommt es nicht darauf an, möglichst viel Bäume auf der Bühne nebeneinander zu stellen und jeden derselben mit allen Zweigen und Blättern, vielleicht sogar mit deren Bewegung im Winde, realistisch auszuführen. Es genügt vielmehr, ein paar in vereinfachten Formen ausgeführte Bäume so anzubringen, daß der Zuschauer sie sich leicht zu einem Walde ergänzen kann. Nicht die Übereinstimmung mit der Natur, sondern die Anregungskraft der Phantasie ist das Ausschlaggebende für den Wert eines Kunstwerks.

Diese Forderung ergibt sich bei der Bühne schon aus den technischen Bedingungen ihrer Ausstattung. Die große Schwierigkeit der Ausbildung eines richtigen Bühnenstils beruht ja auf dem Widerspruch, der zwischen den Darstellungsmitteln des Theaters besteht. Sein wichtigstes Darstellungsmittel — gleichzeitig Künstler und Kunstmaterial — ist der menschliche Körper, der Schauspieler selbst mit seiner plastischen Erscheinung, seiner Sprache und Bewegung. Dieser plastischen Erscheinung entspricht die Wirklichkeit der Möbel, in und mit denen sich der Schauspieler bewegt, die Tiefe der Bühne, die allerdings mit der dargestellten Wirklichkeit meistens nicht übereinstimmt, die realistische Ausführung von Felsen, Türen, Fenstern usw., die zur Handlung notwendig sind. Im Gegensatz dazu steht nun aber derjenige Teil der Bühnenausstattung, der nur flächenhaft ausgeführt ist, d. h. die gemalten Kulissen, Hintergründe und Versatzstücke. Wenn lebende Gestalten in ihrer plastischen Erscheinung mit diesen flächenhaften Gebilden in Berührung kommen, so wird immer ein gewisser Konflikt entstehen. Nun hat man sich wohl neuerdings bemüht, diesen Widerspruch dadurch zu verringern, daß man die wichtigsten Ausstattungsstücke der Bühne plastisch hergestellt hat wie die Gegenstände im Vordergrunde der Panoramen. Mit einem plastischen Brunnen, einem runden Baum kann der Schauspieler schon mehr anfangen als mit einem flachen Versatzstück, das aus bemalter Leinwand oder Pappe besteht. Aber durchführen kann man dies Prinzip ja doch nicht. Die Seitenkulissen und der Hintergrund müssen immer gemalt werden. Diese Flächenhaftigkeit wird sich dann als illusionsstörendes Moment notwendig aufdrängen, und das wird wieder eine Mahnung sein, in der realistischen Ausführung nicht allzu weit zu

[1]) K. Lange, Das Wesen der Kunst. G. Grotesche Verlagsbuchhandlung in Berlin, 2. Aufl., 1907.

Digitized by Google

gehen. Was hat es für einen Zweck, ein Versatzstück, z. B. einen Busch, realistisch genau auszuführen, wenn der Zuschauer doch bei genauerem Hinsehen bemerken muß, daß es sich um ein flächenhaftes Gebilde, d. h. bemalte Leinwand auf Holzrahmen handelt? Was ist mit einem malerisch ausgeführten landschaftlichen Hintergrund gewonnen, wenn der Schlagschatten eines an der Leinwand vorbeigehenden Schauspielers auf die zwanzig Meilen entfernt gedachten Berge fällt? Oder was hat es für einen Zweck, das architektonische Bild der Bühne genau perspektivisch zu konstruieren, wenn diese Konstruktion doch von ganz verschiedenen Punkten des Zuschauerraumes aus gesehen wird, also gar nicht auf einen einheitlichen Augenpunkt berechnet werden kann?

Ebenso triftige Einwände lassen sich gegen die historische Echtheit der Szenerie und der Kostüme machen. Die großen Kosten, die eine „historisch echte" Dekoration macht, stehen zu dem ästhetischen Vorteil, den der Zuschauer davon hat, in gar keinem Verhältnis. Was kommt im Grunde auf die Übereinstimmung mit der historischen Wirklichkeit an? Je mehr sich der Zuschauer bewußt ist, daß das, was er sieht, nur ein Bild, ein Gleichnis ist, um so weniger wichtig wird ihm die historische Echtheit erscheinen. Dafür hatten Richard Wagner und die Meininger kein Verständnis. Man höre nur: In der ersten Szene des „Lohengrin" bildet bekanntlich die Zitadelle von Antwerpen den Hintergrund. Wagner ließ sie in Form einer auf einem Hügel liegenden Burg ausführen. In seiner Lebensbeschreibung erzählt er nun von seinem ersten Besuche Antwerpens:

„Sehr verdrießlich blieb ich durch meine Enttäuschung über die Lage der berühmten Zitadelle gestimmt. Ich hatte zugunsten der Szene des ersten Akts meines „Lohengrin" angenommen, diese Zitadelle, welche ich mir als die älteste Burg von Antwerpen dachte, böte jenseits der Schelde irgendeinen hervorragenden Punkt dar. Statt dessen nun nichts als eine unterschiedslose Flucht mit in die Erde eingegrabenen Befestigungen zu erkennen war. Bei späteren Aufführungen des „Lohengrin", welchen ich beiwohnte, mußte ich nun gewöhnlich über die auf stattlichem Berge im Hintergrunde sich erhebende Burg des Theaterdekorateurs lächeln."[1])

Diese Bemerkung ist ästhetisch von großem Interesse, weil sie zeigt, wie sehr Wagner von der Vorstellung beherrscht war, daß zwischen dem Bühnenbilde und der historischen Wirklichkeit eine völlige Übereinstimmung herrschen müsse. Diese Vorstellung war bei ihm so stark, daß er sogar die Abweichung eines historischen Phantasiebildes von der gegenwärtigen Erscheinung der betreffenden Lokalität als störend empfand!

Eine Reaktion gegen diesen Bühnenrealismus — auch die Forderung der historischen Echtheit ist ja eine realistische Forderung — war nun die Bewegung, die durch das Münchner Künstlertheater von 1908 eingeleitet wurde. Hier war an die Stelle der alten Illusionsbühne die Stilbühne

[1]) Richard Wagner, Mein Leben, Volksausgabe, 3. Aufl., S. 220.

Digitized by Google

getreten. Ihr Wesen bestand in der großen Vereinfachung und Stilisierung der Requisiten. Schon die geringe Tiefe der Bühne schloß Wirkungen aus, bei denen es sich um eine perspektivische Tiefenillusion handelte. Man nannte das „Reliefbühne", und Behrens stellte sogar die Behauptung auf, der Stil der Bühne fordere eine reliefartige Anordnung der Personen und ihrer Bewegungen. Raumabschlüsse wurden nicht durch perspektivisch gemalte Kulissen, sondern durch einfache Vorhänge erzeugt. Die Versatzstücke waren auf ein Mindestmaß reduziert. Größte Vereinfachung war überall durchgeführt, das Ganze sollte gar nicht den Eindruck der Wirklichkeit machen, sondern nur durch Andeutungen die Vorstellung einer gewissen Wirklichkeit erwecken.

Dieses Prinzip ist wohl zuweilen übertrieben worden, und man kann sich deshalb nicht wundern, daß sich auch dagegen wieder eine Reaktion erhoben hat. Es läßt sich ja auch nicht leugnen, daß die Stilbühne nicht für alle Arten von Stücken paßt. Überhaupt wird man festhalten müssen, daß die Dekorationen mit dem Charakter der Dichtung — ob mehr realistisch oder mehr romantisch und phantastisch — Hand-in-Hand gehen müssen. Aber die Einfachheit an sich, die Klarheit und Übersichtlichkeit der Ausstattung war doch ein Vorzug, dessen Allgemeingültigkeit nicht bestritten werden kann. Damals begab man sich ohne äußeren Zwang, rein aus künstlerischen Gründen, der gesteigerten und übertriebenen Wirkungsmittel der realistischen Bühnenausstattung. Jetzt wird schon das Bedürfnis, zu sparen, zu einem möglichst einfachen konventionell andeutenden Bühnenstil führen. Die Not der Zeit trifft also hier in seltsamer Weise mit ästhetischen Forderungen zusammen, die ganz unabhängig davon schon längst erhoben waren.

Diese Vereinfachung der Bühnenausstattung wird nun aber insofern einen großen ästhetischen Wert haben, als dadurch der Schwerpunkt der Aufführungen wieder mehr auf das Geistige, d. h. auf den Inhalt der Dichtungen gelenkt werden wird. Denn es liegt auf der Hand, daß der Zuschauer jetzt, wo er nicht mehr durch den mannigfachen Reiz neuer, üppiger und überladener Dekorationen abgelenkt und zerstreut wird, seine Aufmerksamkeit um so mehr auf den Inhalt der Stücke und auf die Schönheit der Sprache richten kann. Dies aber wird wieder auf die Dichter zurückwirken und ihr Gefühl für das, worauf es doch in erster Linie ankommt, nämlich die Gedanken und Worte, die seelischen Erlebnisse, die Handlungen, Charaktere usw. wecken. Das wird ganz sicher günstig auf unsere Bühnenpoesie einwirken. Es ist doch kein Zufall, daß die große Entwicklung der dramatischen Poesie unter Sophokles, Shakespeare, Goethe usw. immer mit einer großen Einfachheit und Enthaltsamkeit in der Bühnenausstattung verbunden war. Man sah in jenen Zeiten die Aufgabe niemals darin, alles, was man sich bei einer Szene denken konnte, auch materiell vorzuführen, sondern man überließ es der Phantasie des Beschauers, sich die Lokalität in ihren Einzelheiten auszumalen. Gerade daraus aber zog die Poesie den größten Nutzen. Denn es scheint fast, als ob der Verzicht auf die äußeren Wirkungsmittel der Bühne die Dichter gezwungen

Digitized by Google

hätte, die inneren um so mehr herauszuarbeiten, d. h. alle beabsichtigte Wirkung aus dem Gedanken und dem Wort herauszuholen.

So wollen wir denn hoffen, daß wir in Zukunft mehr Zuhörer als Zuschauer im Theater haben werden. Die erhoffte Blüte der dramatischen Poesie wird aber um so eher eintreten, je früher wir uns von dem Irrtum Richard Wagners freimachen, daß die Verbindung von Poesie, Musik, Malerei, Plastik und Tanz das Ideal der Kunst darstelle. Das Kunstwerk der Zukunft gehört jetzt längst der Vergangenheit an. Es ist gewiß kein Zufall, daß Richard Wagner bei den bedeutendsten Malern seiner Generation, bei Böcklin, Feuerbach und Marées keine Gegenliebe mit seinen Bestrebungen gefunden hat. Sie empfanden alle, daß das Zusammenwirken der Künste, das Wagner für das Ideal hielt, viel zu hohe Anforderungen an das Nervensystem stellte, und sahen eine Degradierung der Malerei in der Art, wie Wagner sie seinem Gesamtkunstwerke dienstbar machen wollte. Wer empfände auch nicht das Kitschige der meisten Wagnerschen Dekorationen, die das Entzücken der vorigen Generation bildeten? Wie viel stärker ist die Wirkung der Gestalten auf ganz neutralem Hintergrunde, wie sie z. B. Haas-Berkow in seinen leider allzusehr archaisierenden mittelalterlichen Volksspielen durchgeführt hat!

Wir müssen wieder zu der Anschauung Goethes zurückkehren, daß jede Kunst das Höchste nur da leisten kann, wo sie die ihr spezifischen Mittel möglichst rein und konsequent ausbildet. Das Heil liegt nicht da, wo jede Kunst Konzessionen an andere Künste macht, die nicht notwendig mit ihr verbunden werden müssen. Jede Kunst wird ihr Höchstes nur da leisten, wo andere Künste nicht mit ihr in Wettbewerb treten können. Der Höhepunkt des Dramas liegt nicht in der Verbindung der dramatischen Poesie mit der Musik. Der Gefühlsgehalt des gesprochenen — richtig gesprochenen — Wortes kann nie durch den Hinzutritt der Musik, d. h. dadurch, daß es gesungen und vom Orchester begleitet wird, gesteigert werden. Andererseits liegt auch der Höhepunkt der Musik nicht in der dramatischen Form ihrer Verwendung, sondern in der lyrischen Form, im Liede und in der Instrumentalmusik. Erst wenn wir uns wieder gewöhnt haben werden, die Kammermusik, das Sinfoniekonzert und das Oratorium als die Höchstleistungen der Musik anzusehen, erst wenn wir uns wieder dazu entschlossen haben werden, unsere höchsten musikalischen Genüsse nicht im Theater, sondern im Konzertsaal und in der Kirche zu suchen, erst dann werden wir wieder eine Blüte der dramatischen Poesie erleben, wie sie unseren sehnlichsten Wünschen entspricht.

Digitized by Google

Bietet Anatolien dem deutschen Auswanderer Aussicht als Siedlungsland?

Von

H. v. Hoff

Die Türkei ist ein ausgesprochener Landwirtschaftsstaat; in ihr liegt die Zukunft landwirtschaftlicher Entwicklung ganz besonders in Anatolien. Der Krieg bot mir Gelegenheit, dieses schöne Land der kleinasiatischen Hochebene kennen zu lernen und mit deutschen landwirtschaftlichen Sachverständigen, die dort längere Zeit in praktischer Tätigkeit gestanden hatten, über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses türkischen Gebietsteiles in Gedankenaustausch zu treten. Als ich 1917 das anatolische Hochland mit seinen von waldarmen Randhöhen umschlossenen Flächenkammern bis Angora und südwärts über Eskischehir und Konia, dann westwärts von Afion Karahissar nach Smyrna, von da entlang des Westküstenstreifens zum Marmarameer durchquerte und auf dem Wege über Mudania in das Ertogrul, die Wiege des Türkenreiches, nach Brussa gelangte, erfüllte mich überall der Gedanke, welche Fülle an Bodenerzeugnissen deutsche Arbeit diesem Land entlocken würde, das auf weite Strecken grausam entvölkert ist und brach liegt. An Siedlungen mit ausreichender Bewässerung konnte man die Fruchtbarkeit des Landes, das üppige Wachstum von Getreide und Gemüse und das Gedeihen eines gesunden Viehstandes beobachten. Wo deutscherseits im Anschluß an den Bau der Anatolischen Bahn Stauwerke und Ableitung von Seen durchgeführt waren, trat ein geradezu üppiges Wachstum in Erscheinung und wurden reiche und regelmäßige Getreideernten heimgebracht. Den Beweis der Ertragsfähigkeit und ihrer Steigerungsmöglichkeit erbringt zudem die Rentabilität der Anatolischen Bahnen. Der Überschuß am vertragsmäßigen Gewinnanteil der garantierten Summe steigerte sich in den letzten vier Jahren vor dem Kriege z. B. bei der Bahnlinie Haidar-Pascha—Ismid—Angora um rund 2362600, bei der Bahn Eskischehir—Konia um rund 1032700 Franken, und der Reingewinn dieser anatolischen Bahn als ausschließlicher Transportweg für die Getreideabfuhr Anatoliens nahm im selben Zeitraum um rund 987000 Mark zu.

Der Krieg hat natürlich infolge Einziehung des größten Teiles der Anatolier zum Waffendienst, bei dem sie von jeher den Kern des türkischen Heeres bildeten und die größten Blutopfer zu bringen hatten, sowie durch Belastung der Bahnen mit Kriegstransporten einen Stillstand in der Weiterentwicklung gebracht. Der Ausgang des Völkerringens hat die gemeinsamen deutsch-türkischen Hoffnungen nicht erfüllt. Eben erst haben die letzten Deutschen das türkische Land verlassen, von unseren Bundesgenossen, wie ich aus persönlichen Berichten weiß, bis zum Schlusse freundlich behandelt. Sie sehen uns, auf deren Hilfe sie fest bauten, ungern scheiden. An unsere Stelle sind die

Digitized by Google

Völker der Entente eingerückt. Die Türken kennen sie längst und wissen, daß damit ihr so oft betontes und von uns manchmal fast zu weitgehend berücksichtigtes politisches Programm: „Die Türkei den Türken" wohl erledigt sein wird. Frankreich hat Syrien längst als Kolonie fest im Auge, England nimmt alles, wie und wo es sich bietet, Italien macht neuerdings nicht nur an den Küsten und auf den vorgelagerten Inseln, sondern auch auf Anatolien Ansprüche geltend. Nur das zerrüttete Rußland ist einstweilen mit Ansprüchen noch nicht hervorgetreten, und Amerika hält klug zurück.

Liegen nun die politischen Verhältnisse freilich ganz anders, als in den Zeiten, wo Anatolien vielleicht allzu überschwänglich als für uns Deutsche aussichtsreiches Land gepriesen wurde, so kann uns dies nicht hindern, unsere Aufmerksamkeit auch jetzt noch dorthin zu lenken, nachdem Millionen Deutscher gezwungen sein werden, der heimischen Scholle den Rücken zu kehren und im fremden Lande ihr Fortkommen zu suchen. Wir ließen uns ja auch nicht dadurch beirren, daß die Türken selbst der Ansiedlung deutscher Landarbeiter mit manchem Vorbehalt gegenüberstanden. Selbst der bis zur letzten Stunde des Kampfes treu an Deutschlands Seite gebliebene Enver-Pascha pflegte, wenn man das Gespräch auf deutsche Einwanderung und Ansiedlung brachte, einer zustimmenden Erklärung auszuweichen. Das orientalische Mißtrauen und türkische Bewußtsein eigenen Unvermögens, dazu die überhebende Art eines Teiles der Nebenregierung des Komitees „union et progrès" (das anscheinend von der Entente alsbald kaltgestellt wurde) mochte sich nicht gern mit diesen Gedanken befassen, während das Landvolk der Provinzen zweifellos niemals Schwierigkeiten gemacht hätte. Dieses ließ sich die während des Krieges von Deutschland eingeleitete landwirtschaftliche Hilfe gern gefallen, und bei ihm, wie an den maßgebenden Stellen, fehlt es keineswegs am Verständnis dafür, daß man allein nicht vorwärts kommen werde. Rückblickend muß hier erwähnt werden, daß nach glücklichem Ausgang des Krieges die vorbereitete Großkapitalbeteiligung Deutschlands am Ausbau des türkischen Verkehrsnetzes und Siedlungswesens eingesetzt hätte, um eine rasche Entwicklung von Ein- und Ausfuhr herbeizuführen. Im Hinblick auf die schon bisherige deutsche Beteiligung an den Bahnbauten, insbesondere aber auf die während des Krieges bis 1918 der Türkei vorgestreckte Summe von mehr als 4 Milliarden Mark, wären für die deutsche Einfuhr wohl auch günstige Zollverhältnisse, in der Ansiedlungsfrage die nötigen Zugeständnisse, zudem ein gesicherter Rechtszustand und Erleichterung der Steuerabgaben zu erreichen gewesen. Der Umstand, daß wir als erste und einzige uns zur Anerkennung der Aufhebung der Kapitulationen bereit gefunden hatten, hätte dabei fördernd gewirkt. So hätten wir wahrscheinlich durch Mitarbeit in großzügigen und einträglichen Unternehmungen der Türkei ermöglicht, die Schuld an Deutschland nach und nach abzutragen. Dabei hätten wir mancherlei vorbereitende Maßnahmen weiter entwickeln und ausnützen können, die schon vor und während des Krieges begonnen waren. Von solchen seien erwähnt: die topographische

Digitized by Google

Aufnahme und geographisch-geologische Durchforschung des türkischen Gebietes, die Neuregelung der Forstgesetze und Anbahnung der Neuaufforstung längst zerstörter Waldbestände, die Erforschung der klimatischen Verhältnisse und Errichtung zahlreicher meteorologischer Stationen über das ganze Land, die Förderung chemischer, botanischer und zoologischer Kenntnisse auf der Stambuler Hochschule durch deutsche Gelehrte, die Leitung der Zentralstelle für Samengut und Samenuntersuchung durch einen deutschen Landwirtschaftsfachmann. Anatolien insbesondere hätte damit die längst erwünschte Erschließung erfahren und wäre bei dieser großzügigen deutschen Mitarbeit in Jahrzehnten das geworden, was in zahlreichen Schriften über seine Zukunft in oft vielleicht etwas zu weitgehendem Optimismus in Aussicht gestellt wurde. Es soll aber nicht verhehlt werden, daß es auch bei dieser Mitarbeit eines kraftvollen Überwindens zu weit gehender türkischer Einbildung bedurft hätte, wenn wir und die Türken siegreich gewesen wären; denn in den Köpfen gar mancher jungtürkischen Regierungsmänner spukte der Gedanke absoluter Unabhängigkeit von allem Fremden in oft wenig angenehm sich äußernder Form. Auch der Wunsch, möglichst unkontrolliert zu bleiben, entstammt nicht immer einwandfreien Beweggründen und hätte nicht ohne weiteres für die Beamtenschaft erfüllt werden können; ihre Selbstbereicherung auf Kosten der bedrückten Landbevölkerung — leicht zu bemänteln durch die harten Kriegsnotwendigkeiten — und das Bestreben, deutsche Mitarbeiter abzuschieben, sobald ein gewinnbringendes Ergebnis ihrer Leistungen zutage trat, hätten durch Mitprüfung der Wirtschaft deutscherseits eingedämmt werden müssen. Von dem Recht des Siegers Gebrauch machend, wird nun wohl eine der Ententemächte dem Komitee „union et progrès" sein für das Landvolk so nachteiliges Wirtschaftssystem nachdrücklich abändern. Vorläufig streiten sich die Feinde noch um die Beute; die türkische Friedensabordnung hat man recht unfreundlich von Paris einstweilen wieder heimgeschickt. Amerika hielt sich bei alledem vorerst ziemlich im Hintergrund. Wer aber in Konstantinopel während des Krieges das Wirken des amerikanischen Botschafters zur Captatio benevolentiae der Osmanen beobachten konnte, war über das Ausbleiben einer amerikanischen Kriegserklärung an die Türkei nicht erstaunt und sieht im Geiste Amerika sprungbereit, die Türkei mit den ihr dringend nötigen Summen und zugleich unentbehrlichen Fertigprodukten, besonders landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen, zu versorgen. Mag der Friedensschluß nun auch für die Türkei ganz anders ausfallen, als wir im gemeinsamen Interesse gehofft hatten, zwei Dinge ändert er nicht, nämlich die Milliardenschuld der Türken an uns (ganz abgesehen von allen uns nicht vergüteten Opfern und Leistungen) und den ungeheuren Menschenmangel, besonders Anatoliens, bei dessen Fortdauer jegliche Produktivität dieses Landes ohne fremde Hilfe ausgeschlossen bleibt. Werden nun England oder Amerika als Industrie- und Handelsvölker Anatolien durch Auswanderer bebauen wollen? Wird Frankreich angesichts seines Menschenverlustes und Bevölkerungstiefstandes bei überreicher Aufbauarbeit im eigenen

Digitized by Google

Gebiet diese Aufgabe übernehmen? Wird der Italiener die schwere Ackerbauarbeit im Osten in Angriff nehmen wollen? Werden die in Anatolien ansässigen Griechen und Armenier etwa unter dem Schutze der Entente ihren gewinnbringenden Handel mit der Landwirtschaft vertauschen? Wir können diese Fragen füglich verneinen. Alle genannten Völker streben sichtlich danach, unter Vereinbarung mit der gefesselten türkischen Staatsregierung sich finanziell in Vorderasien festzusetzen, politischen Einfluß und Kontrollrecht zu erwerben, Ein- und Ausfuhr in die Hand zu nehmen. Zur Kleinarbeit der Landwirtschaft aber werden sie sich nicht hergeben, und es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß deutscher Arbeitsfleiß auch unter den werdenden kleinasiatischen Verhältnissen Raum zur Betätigung findet. Die Bedingungen, unter denen dies möglich sein könnte, werden freilich für den deutschen Ansiedler schmerzlich sein. Doch nützt kein Klagen. Jede Gelegenheit, unsere Millionen Volksgenossen, die in der Heimat keinen Raum und keinen Erwerb mehr haben, unsere aus den eigenen Kolonien und aus dem Ausland mittellos heimkehrenden Brüder zu versorgen, muß ausgenützt werden. Auch wir im eigenen Vaterland teilen ihr Schicksal bis auf weiteres, nicht für uns, sondern für die bisherigen Feinde arbeiten zu müssen, um unser Leben zu fristen und unser Dasein zu retten. Wir dürfen also den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß Deutsche in der Fremde selbst unter Herrschaft oder Kontrolle der Feindvölker und in Abhängigkeit von ihnen ihre Existenz neu gründen. Als einen erträglichen und versöhnenden Gedanken möchte ich es unter diesen Umständen bezeichnen, wenn ein Teil unserer überschüssigen Bevölkerung dies gerade auf anatolischem Boden, in Gemeinschaft mit dem bisher Verbündeten, erreichen könnte. Das Auswärtige Amt in seiner Neugestaltung findet hier Gelegenheit, seine Geschicklichkeit zu beweisen und zu zeigen, ob es befähigt und willensstark genug ist, dem Auslandsdeutschen neue Bahnen zu eröffnen und in Zukunft mehr Schutz seiner Interessen zu bieten, als diese bisher durch die diplomatischen Vertreter zumeist gefunden haben. An der Arbeitsleistung deutscher Ansiedler wird der künftige Besitzer Anatoliens zweifellos recht froh sein; es gilt nur, sie vor Ausbeutung zu schützen. Von seiten der einheimischen anatolischen Bevölkerung ist solche nicht zu befürchten; sie wird uns freundlich aufnehmen, denn sie hegt, wie ich in einem Aufsatz des Juni-Heftes dieser Zeitschrift erwähnte, Vertrauen zur Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit deutscher Bestrebungen. Seit wir mit den Türken gemeinsam den Krieg verloren haben, wird selbst in später noch einflußreich bleibenden türkischen Kreisen die Sorge behoben sein, sie könnten in deutsche Abhängigkeit geraten. An gehässige Gesinnung auf türkischer Seite aber zufolge des gemeinsamen Fehlschlages vermag ich nach meiner Kenntnis des Volkes nicht zu glauben.

Werfen wir nun, nachdem der Gedanke deutscher Ansiedlung in Anatolien sich nach Vorstehendem als nicht ausgeschlossen erwiesen hat, einen Blick auf das Land und seine Ertragsmöglichkeiten. Ein schönes Stück Erde, das in seiner Gestaltung und Bewachsung dem deutschen Wesen nicht fremd entgegen-

Digitized by Google

tritt, vielfach anheimelnd wirkt — das ist der erste Eindruck. Mit wahrer Trauer erfüllt uns seine Menschenleere, das Absterben eines hochgewachsenen, treuherzigen und frommen, als Krieger tüchtigen Bauernstammes, der sich in jahrzehntelangen Kriegen und in Kämpfen mit aufständischen Stämmen völlig ausgeblutet hat und nun durch den Weltkrieg dem Untergang nahe gebracht wurde. Die Bevölkerungsdichte Anatoliens ist durch ihn weit unter die 1916 noch vorhandenen 21 Köpfe auf den Quadratkilometer gesunken. (Deutsches Reich 120 pro Quadratkilometer.) Und dennoch war wenigstens ein starkes Dritteil der anbaufähigen anatolischen Bodenfläche tatsächlich bearbeitet. Die Wintersaat vollzieht sich im September bis Oktober, die Sommersaat im Februar und März. Eine Düngung kennt man kaum und ebensowenig eine Fruchtfolge. Die Bearbeitung des Landes erfolgt mit dem Urweltsgedanken erweckenden hölzernen Hackpflug, das Einbringen der Frucht mit mehr als primitiven Fahrzeugen oder auf Tragtieren, wobei wie beim Ausdreschen mit Dreschschlitten auf offenem Platze, beim Worfeln des Häcksels mit der Schaufel im Winde und während der Aufbewahrung in Haufen ohne Schutz gegen Witterung und Wind nicht unbedeutende Ertragsmengen verloren gehen. Wenn trotzdem das Erträgnis mit 15—20 Korn bei guter, 8—10 bei mittlerer und 3—4 Korn bei Mißernte auf 1 Korn der Aussaat festgestellt ist, so darf dies Ergebnis füglich als vortrefflich bezeichnet werden. Während des Krieges vermochten wir es nach Einführung deutscher Hand-, Dampf- und Motorpflüge und unter Zuhilfenahme anderer neuester Landwirtschaftsmaschinen unter deutscher Anleitung und Mitarbeit noch ganz außerordentlich zu steigern. Natürlich wurden auch gleich die nötigen Schutzhallen zur Lagerung der vom Mai bis August in dichter Folge einzubringenden Ernte von Winter- und Sommersaat errichtet.

Zufolge der ausnahmsweise günstigen Wachstumsbedingungen steht in Anatolien der Weizenbau im Vordergrund, demnächst wird Gerste gebaut. Daneben liefert die Maiskultur sehr hohe Ernteergebnisse. Der Kartoffelanbau ist bisher gegenüber der Pflege des den Türken unentbehrlichen Reises sehr in den Hintergrund getreten, würde sich aber mit dem deutschen Ansiedler rasch einbürgern und angesichts geeigneten Bodens ertragreich gestalten lassen. An Gemüsen gedeiht alles nur Denkbare in üppigstem Wachstum und außerordentlichen Mengen ohne allzuviel Pflege. Kostbare Obstarten finden wir allerorts. Stehen sie auch zufolge ihrer raschen Reife im Geschmack den unserigen nach, so sind sie doch ungemein saft- und zuckerreich und bilden einen Hauptteil der Ernährung des Türken. Der Weinbau sei nicht vergessen; er gestaltet sich in zahlreichen Landstrichen sehr ertragreich und hätte unter deutschen Händen eine schöne Zukunft.

Von den für den Landwirt unentbehrlichen Tieren hat Anatolien noch während des Krieges schöne Bestände aufzuweisen gehabt. Die rücksichtslosen Eingriffe der türkischen Militärverwaltung haben zwar, insbesondere unter den Schafbeständen, erhebliche Lücken verursacht, doch können diese bei dem Über-

Digitized by Google

fluß an Weideland unter sorgsamer Nachzucht sehr rasch wieder ergänzt werden. Die anatolische Kuh und besonders die langhörnige große Büffelkuh liefern eine ungemein fettreiche Milch, die der Anatolier vor allem zu Käse und Joghurt, der türkischen Lieblingsspeise, verwendet. Schafmilch wird überall genossen, der Hammel bildet die türkische Nationalspeise. So bevölkern Schaf und Ziege als Milch-, Fleisch- und Wolleproduzenten das ganze Land. An den hohen Wert der Wolle der Angoraziege darf nur erinnert werden. Neben den überaus arbeitstüchtigen und überall verwendbaren Büffeln werden als Last- und Zugtiere das zähe kleine anatolische Pferd, Esel und Kamele verwandt, die billig zu beschaffen sind und, fast ohne Pflege und mit dürftiger Nahrung vorlieb nehmend, Außerordentliches in dem wegearmen Lande leisten. Federvieh gedeiht bei freiem Lauf überall und liefert ausgiebigen Eierertrag. Von Tierseuchen habe ich nicht sprechen hören; eine Verwöhnung der Haustiere, wie bei uns, ist dort unbekannt. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Anatolien weithin eine ertragreiche Jagd auf Hochwild, Schweine, Hasen und Federvieh bietet.

Wenn nun nach dem Ausgange des Krieges an Stelle großzügiger deutscher Unternehmungen, zu denen wir kein Geld mehr haben und zunächst in Kleinasien wohl kaum mehr zugelassen werden, die Arbeit des deutschen Kleinsiedlers treten muß, so ergeben die vorstehenden kurzen Anhaltspunkte über Anatolien, daß sich dort der Siedler im Kleinbetriebe bald ein auskömmliches Dasein für seine Familie zu schaffen vermöchte. In anderen türkischen Landesteilen haben die Kolonien der Tempelgesellschaft die Möglichkeit deutscher bäuerlicher Ansiedlung in der Türkei bereits erwiesen.

Mancherlei zu erfüllende Voraussetzungen wird aber der Kenner der Landesverhältnisse, wie sie bisher waren, nicht unberührt lassen. Dazu gehört vor allem ein sicher geordneter und, wie erwähnt, notgedrungen finanziell kontrollierter Staatsbetrieb mit annehmbarem Besteuerungssystem. Zudem wären möglichst die Hemmungen zu beseitigen, welche in der eigenartigen Verteilung des türkischen Bodenbesitzes bestehen. Dieser weist den weitgrößten Teil, wohl dreiviertel alles angebauten Landes, als Wakufland, d. h. Besitz der religiösen Orden, auf, welcher unveräußerlich ist. Es wird nicht leicht sein, hieran durch Verkauf oder Verteilung etwas zu ändern; der besonders in den an religiöse Einrichtungen streifenden Dingen höchst konservative Sinn des Islamiten bildet hier ein starkes Hindernis; doch ist kaum anzunehmen, daß das Ekkaw-Ministerium sich auf Dauer der Erkenntnis verschließen würde, daß die Erträgnisse seiner Fideikommißgüter durch Verpachtung an deutsche Ansiedler wesentlich gesteigert werden könnten. Zunächst bleibt für deutsche Ansiedlung das für Erwerb als Privatbesitz schon früher freigegebene Mülkland, das zum Erwerb auch durch Fremde bestimmte Mirieland, sowie das Krongut, falls die kaiserliche Domänenverwaltung weiterbesteht und fremde Pächter anstellen sollte. Auf alle Fälle aber wird das Ausmaß der zur Verfügung stehenden Bodenfläche nach dem

Digitized by Google

gewaltigen Rückgang der anatolischen Bevölkerung für manches Tausend deutscher Ansiedler Raum bieten.

Zu ihrer ertragreichen Ausnützung wird der deutsche Siedler freilich vor allen Dingen durch eigener Hände Arbeit gelangen. Mit genügender Arbeitshilfe aus dem Lande darf er kaum rechnen, einmal infolge des gesteigerten Menschenmangels, dann aber auch zufolge der Arbeitsunlust, die unter der Bevölkerung herrscht. Ich möchte sie nicht allein auf das von Natur bequeme, versonnene und langsame Wesen derselben und ihren lässigen Fatalismus schieben. Der Bauer Anatoliens neigt wohl auch, wie jeder islamitische Gläubige, dazu, sich auf Allah zu verlassen, der schon helfen und wachsen lassen wird, aber er verbindet aus jahrzehntelangen bitteren Erfahrungen damit auch den Gedanken, daß ihm der Staat in Gestalt des Steuerabnehmens im Auftrag des Walis oder Mutessarrifs (Provinzstatthalters) doch alles wegnimmt, was er sich über den nötigsten Eigenbedarf erarbeitet. Kein Wunder, daß dadurch sein Arbeitswille gelähmt wurde. Auf diesem Gebiete müßte vor allem auch durch die künftige türkische Regierung und die Kontrolle auswärtiger Mächte einschneidender Wandel geschaffen und der Schutz der Lebensinteressen Eingewanderter gesichert werden. Unser Auswärtiges Amt möge hierin eine schwierige, aber sehr dankenswerte Aufgabe der Zukunft erblicken und, wenn der politische Horizont sich im Osten über Anatoly (Land des Sonnenaufgangs) lichtet, die vorbereitenden Verhandlungen und Maßnahmen in Angriff nehmen, die unseren Auswanderern Gewähr für ihr Fortkommen daselbst bieten können. Dazu dürfte entsprechend der bisherigen türkischen banque agricole ein deutsches oder ausländisches Bankunternehmen gehören, welches kleine Vorschüsse zur Errichtung oder Erpachtung von Kleinbetrieben bietet. Weiterhin wären Vorkehrungen zu treffen, daß der deutsche Auswanderer vor seiner Übersiedlung nach Anatolien auf das genaueste über Land und Leute, Sitten und Gebräuche, über die Eigenart orientalischen Lebens und die Sonderheiten der islamischen Glaubenslehre und Lebensgewohnheiten unterwiesen wird. Wohl in keinem Lande ist dies und der Ausschluß aller nicht zuverlässigen Elemente so wichtig, wie gerade im mohammedanischen Osten. Zahlreiche Landeskundige befinden sich unter uns; sie sind unentbehrlich für sachgemäße Auskunftserteilung über die einzelnen Ansiedlungsmöglichkeiten, die nutzbringende Gestaltung der Einzelbetriebe, die Auswahl der Siedlungsstätten, die Ertragsfähigkeit der einzelnen Landstriche und anderes. Die Deutsche Auslandsgesellschaft und insbesondere die Deutsche Vorderasiengesellschaft vermögen hier wertvolle Hilfe zu leisten. Nicht vom grünen Tisch, wie manchmal geschehen, sondern aus praktischer, langjähriger Erfahrung heraus muß unseren Auswanderern mit Rat und Tat an die Hand gegangen werden. Man wird dabei unter Berücksichtigung der schwierigen Verkehrslage, der rückständigen Kultur und der mangelhaften hygienischen Verhältnisse des kleinasiatischen Landesinnern die Ansiedlung mehrerer Familien in nächster Nachbarschaft ins Auge fassen müssen. Die Lösung der schwierigen Schul- und Ärztefrage könnte ich mir

Digitized by Google

durch Ansiedlung deutscher Gemeindeschwestern denken, die zugleich unter der einheimischen Bevölkerung unendlich viel Segen zu stiften vermöchten. Aus persönlicher Erfahrung möchte ich diese Lösung um so mehr empfehlen, als die Bekämpfung besonders der Malaria mit dem Ende des Krieges und dem Weggang zahlreichen deutschen Sanitätspersonals neuerdings eine Unterbrechung erfährt und zufolge des erschreckenden Mangels an Sinn für gesundheitsgemäße Lebensweise und Vorbeugungsmaßnahmen gegen Erkrankungen unter der Bevölkerung ein Neuaufleben ansteckender Krankheiten eintreten könnte. An sich ist das Klima Anatoliens keineswegs ungesund, obwohl in den Höhenlagen die Temperaturen rasch wechseln. Bei genügender Vorsicht und Reinlichkeit, die beide dem Anatolier recht fremde Begriffe sind, drohen der Gesundheit keine ernsten Gefahren.

Die vorstehenden Ausführungen vermochten nur in engem Rahmen Aufschluß über die Frage zu geben, ob Anatolien politisch und wirtschaftlich als deutsches Siedlungsland in Betracht kommen kann, soweit die Gesamtlage dies übersehen läßt. Wir sollten sie zielsicher und mit deutscher Unternehmungslust bejahen und Vorbereitungen zur praktischen Durchführung anbahnen. Zu allem hin, was die Feinde uns auferlegen, können sie uns den Eintritt in fremdes, ihnen nicht gehöriges Gebiet nicht überall auf der Welt verbieten. Nach meinen persönlichen Eindrücken würden wir in Anatolien seitens der Einwohner freundliche Aufnahme finden. Mit Freuden gedenke ich des gastlichen, treuherzigen und für jede Hilfeleistung, jeden guten Rat aufrichtig dankbaren Anatoliervolkes; der Fremde wird dort als von Allah geschickt empfangen und vor aller Unbill geschützt. Der Ärmste gibt das Letzte gern, um ihn zu bewirten, und der Ortsälteste läßt wohl auch im Abendsonnenschein Umschau halten, ob kein Wanderer durch das stille weite Land dem Tschiflik, seinem Dorfe, naht. Ist's nicht so, hört man wohl Äußerungen wie: „Allah liebt uns nicht, er schickt uns keinen Gast!" So möchte man glauben, daß der biedere und hilfsbereite, ehrliche und arbeitsame deutsche Siedler auch als dauernder Nachbar in gutem Einvernehmen mit dem wackeren anatolischen Bauern leben wird, wenn er nur auf die Sitten und religiösen Gebräuche desselben feinfühlend Rücksicht nimmt und nicht durch allzulautes und barsches Wesen den höflichen, stillen türkischen Landmann sich entfremdet. Daß durch seine seßhafte Arbeit der Deutsche zugleich dem noch immer an Flüchtigkeit und nomadisch unbeständigem Wesen krankenden Landesbewohner den einzig möglichen Weg zur Seßhaftigkeit mit all ihrem kulturellen Fortschritt zeigen würde, ist in dem früher erwähnten Aufsatze über die tieferen Ursachen des Zusammenbruches der Türkei den Lesern vor Augen geführt worden. Hoffen wir, daß der Türke Herr Anatoliens bleibt, den Nutzen deutscher Ansiedlung dort erkennt und fremder Einfluß uns den Eintritt in das entvölkerte und doch so aussichtsreiche Land nicht verschließt. Hoffen wir aber auch, daß unserer Auswanderer dort nicht nur Pflichten, sondern von der deutschen Regierung und der türkischen Landesobrigkeit gesicherte Rechte warten. Dann

Digitized by Google

werden sie erfolgreich für sich, wenn auch nur im kleinen, arbeiten können; die den türkischen Bundesgenossen gebrachten deutschen Opfer werden nicht ganz umsonst gewesen sein, und die im Krieg bewährte gegenseitige Hilfe wird auf den anatolischen Gefilden in ländlicher Arbeit zu beiderseitigem Nutzen ihre friedliche Fortsetzung finden.

Über Weltzeit und Weltuhren

Von

Professor Wilhelm Foerster (Berlin)

Die weihevolle Bezeichnung von Vorgängen und Einrichtungen auf der Erde als Weltvorgänge und Welteinrichtungen ist eigentlich nicht mehr zutreffend, seitdem wir wissen, wie klein unsere Erdenwelt ist im Vergleich mit der gewaltigen, uns umgebenden Himmelswelt.

So ist auch die Bezeichnung der Geschichte des Menschengeschlechtes als Weltgeschichte eigentlich nicht mehr zutreffend, da wir Menschen von der Geschichte der Entwicklung jener großen, uns umgebenden Welt erst sehr wenig wissen. Indessen läßt sich der in Rede stehende Gebrauch des Wortes „Welt" doch für diejenigen Fälle rechtfertigen, in denen es sich um den Übergang handelt von den uns zunächst umgebenden Vorgängen und Zuständen zu einer umfassenderen Betrachtung und Verwertung für die ganze große Erdenwelt.

In diesem Sinne darf man wohl auch von Weltgeschichte und von Weltliteratur sprechen, auch ohne daß es bisher schon gelungen ist, von dem Monde oder von dem Mars her durch Signale oder Bilder eine Art von Sprache der Himmelswelt wahrzunehmen. In besonderer Weise berechtigt ist aber in demselben Sinn der Ausdruck „Weltzeit"; denn er bedeutet die Anknüpfung nicht bloß an die umfassende Erdenwelt, sondern zugleich an die große Himmelswelt. Ja, in der Wortverbindung „Weltzeit" ist eigentlich schon das Wesentliche auch der Zeitbestimmung enthalten, denn ohne die Verbindung unserer Gedankenwelt mit der Himmelswelt würde es überhaupt keine gesicherte Zeitbestimmung für uns geben.

Im vorigen Jahrgange der vorliegenden Zeitschrift (Oktober-, November- und Dezember-Heft) hatte ich unter der Überschrift „Zur Geschichte der Weltharmonik" darzulegen versucht, in welcher Weise aus der Freude des Menschen am Rhythmus, nämlich am bewußten oder unbewußten Zählen von eigenen oder uns umgebenden taktmäßigen Bewegungen die Erkenntnis der Himmelswelt emporgewachsen ist.

Unsere Sinneswahrnehmungen sind um so eindrucksvoller und nachhaltiger, in je gleichmäßigerem und zahlenmäßig einfacherem oder stetigerem Verlaufe ihr Eindringen in unsere Nervenwelt erfolgt. Geschehen nun aber die wahr-

Digitized by Google

genommenen Bewegungen so schnell, daß man sie einzeln nicht mehr zählen kann, so hat man doch schon in uralten Zeiten den Übergang gefunden von der Freude am bloßen rhythmischem Takte der einzelnen Bewegungen zu der als Reinheit und Schönheit empfundenen einfachen Gesetzmäßigkeit der nicht mehr einzeln, sondern nur in ihrer Gesamtwirkung wahrgenommenen Bewegungserscheinungen der Töne.

Die Schallwirkungen, wie sie durch Schwingungsbewegung einer Saite oder einer Luftschicht usw. verursacht werden können, lassen sich nicht mehr deutlich gesondert wahrnehmen, sobald sie schneller als nahezu sechzehnmal in der Sekunde erfolgen. Sie werden aber dann, falls sie in möglichst regelmäßigem Verlauf erfolgen, als Töne empfunden, und zwar wirken diese eindrucksvoller als der gesonderte rhythmische Verlauf der einzelnen Bewegungen. Und auf dem Wege der Erkenntnis der Beziehungen zwischen der Tonhöhe und der Anzahl gewisser Schwingungsbewegungen innerhalb gewisser Zeiteinheiten, wie sie zunächst durch rhythmische Bewegung und Zählung festzustellen waren, sind dann die Anfänge der Gedankenverbindungen emporgewachsen zwischen den Zahlenverhältnissen in der Tonwelt und den Zahlenverhältnissen in der umgebenden Himmelswelt. Anschließend an meine vorerwähnten Darlegungen zur Geschichte dieser Weltharmonik sollen nun meine heutigen Betrachtungen sich wesentlich einer Schilderung des Aufbaus und der jetzigen Gestaltung der Zeitbestimmungen auf der Grundlage der Bewegungsvorgänge in den Himmelserscheinungen widmen.

*

Die unsäglich zarten und reichen Nervenorganisationen, mit denen wir, hauptsächlich in den Gebieten des Hörens und Sehens, ausgestattet sind, ermöglichen es, daß die von außen eindringenden Sinneswahrnehmungen sich an gewissen Zentralstellen unseres Nervensystems nach gewissen zahlenmäßigen Verwandtschaftsgesetzen einordnen und dadurch eine höhere Dauerexistenz in dieser Erinnerungswelt erlangen. Wenn diese Einordnung in die Reihe der Erinnerungen nicht bloß entsprechend den Verwandtschaften der eindringenden neuen Wahrnehmungen mit den im Erinnerungsleben bereits vorhandenen erfolgte, sondern wenn zugleich die Reihenfolge der Zeiten des Geschehens in der Außenwelt und seines Eindringens in unsere Innenwelt auch bei der Einordnung des Neuen in die schon vorhandenen Dauergebilde gesicherter eingehalten würde, dann würden wir unmittelbarer befähigt sein zur Erforschung der Zeitfolge des Geschehens. Jene Befähigung besitzen wir aber nicht, denn unsere Erinnerung verfehlt sehr leicht die Einhaltung der Reihenfolge und der Zeitfolge der von der Außenwelt her in sie eindringenden Vorgänge, und zwar infolge der nicht hinreichend verhüteten Unstetigkeit und Augenblickswillkür beim Einordnen der Wahrnehmung in die Erinnerung. Diese Betrachtung würde in das Gebiet der sogenannten Schlußfehler führen, die gerade bei den Anfängen der Zeitbestimmungen und Zeitmessungen

Digitized by Google

sowie der Vorhersagungen eine bedeutsame Rolle gespielt haben und auch noch spielen.

Das Wesentliche dieser Schlußfehler besteht darin, daß man bei fortgehender Einordnung unserer Wahrnehmungen in die aus vorangegangenen Wahrnehmungen entstandenen Erinnerungsreihen die Zeitfolge der wahrgenommenen Vorgänge nicht sorgsam genug einhält, sondern der vorwiegenden Neigung nachgibt, die Folgeordnung derselben in der Erinnerungswelt sich nach Gesichtspunkten vollziehen und fixieren zu lassen, welche mit der treuen Festhaltung der wirklichen Zeitfolge der in unsere Innenwelt aufgenommenen Vorgänge der Außenwelt nichts zu tun haben. Und hierbei bestehen die maßgebenden Gesichtspunkte und Antriebe entweder darin, daß in der Reihenfolge unserer Erinnerungen diejenigen Vorgänge bevorzugt werden und in den Vordergrund treten, deren Bedeutung im Erinnerungsleben in höherem Grade durch ihr sachliches Interesse, als durch die Zeitfolge ihres Erscheinens bestimmt wird, oder auch darin, daß diejenigen Wahrnehmungen in der Erinnerung bevorzugt werden, welche eine Bestätigung von Erwartungen und Vorhersagungen auf Grund vorangegangener Wahrnehmungen enthalten.

Es ist hiernach ausgeschlossen, daß unsere Innenwelt uns eine stetige und mit der Folgeordnung der Vorgänge in der Außenwelt übereinstimmende Zeitfolge der Weltvorgänge überhaupt ohne systematische Selbstkritik darbieten und verbürgen kann. Und die Definition von Kant, wonach die Zeit nichts anderes ist, als die Form des inneren Sinnes, d. i. das Anschauen unserer selbst und unseres inneren Zustandes, bedarf einer wesentlichen Ergänzung durch die Hinweisung auf die höhere Instanz der Kritik jenes inneren Zustandes durch die Vorgänge der Außenwelt.

Es sind also nicht die Vorgänge in unserer Erinnerungs- und Gedankenwelt, welche die Grundlagen der Zeitbestimmung bilden, sondern diese unsere Gedankenwelt hilft nur dazu, solche Vorgänge der Außenwelt aufzusuchen, zu prüfen und zur Erkenntnis und Messung der Zeitfolge zu verwerten, welche den idealen Forderungen eines gleichmäßigen, schon durch bloße Zählung zu verwertenden Verlaufes der Weltvorgänge möglichst nahe kommen. Schon sehr früh haben die Menschenkinder in diesem Sinn dem Rhythmus des Zählens gleichförmiger Bewegungen und der entsprechenden Reinheit der Töne nicht bloß gehuldigt, sondern die Stetigkeit und Gleichförmigkeit von Bewegungen auch durch den Anschluß der Zählungen an die Erscheinungen der Himmelswelt geprüft. Ähnlich ging es dann auch mit der Prüfung des Verlaufes der Himmelsbewegungen selber bis zu den Zeiten, in denen die unmittelbar maßgebenden Himmelsbewegungen Tag und Nacht als das Abbild der stetigen Drehung der Erde, somit als eine Art von Weltuhr erkannt wurden. Auch das der Zeitmessung dienende bloße Zählen im Gebiete der Folgeordnung von Himmelsvorgängen mußte aber in den Anfängen solcher Betriebe auch noch der Zuverlässigkeit entbehren durch Mangel an stetiger

Digitized by Google

Sorgfalt der Aufzeichnung sowie durch eigennützige Weglassungen oder Hinzufügungen von Aufzeichnungen verwandter bezüglicher Vorgänge. Von welcher Bedeutung dies für die Anfänge der geordneten Zeitmessung war, geht auch daraus hervor, daß schon in sehr frühen Zeiten in China eine Art von Tribunal errichtet wurde, welches die zuverlässige Feststellung der Anzahl der zwischen gewissen periodisch wiederkehrenden Himmelserscheinungen verfließenden Tage zu überwachen hatte.

Durch die geordnete Feststellung der Anzahl der Tage, welche zwischen den Wiederkehrzeiten gewisser Vorgänge und Erscheinungen der Außenwelt verflossen, entwickelte sich dann die Kenntnis der Periodendauer der bedeutsamsten Himmelserscheinungen, so des Sonnenjahres und des Mondmonats. Und auf diesen astronomischen Grundlagen, welche zugleich menschliche Lebenseinrichtungen wurden, erhob sich dann immer vielartiger und sinnreicher die Entwicklung von solchen Einrichtungen, welche zur gemeinsamen und zuverlässigen Erforschung und Einteilung des Verlaufes der grundlegenden Himmelserscheinungen zu dienen hatten und den Übergang bildeten von der Chronologie der bloßen Tageszählungen zu der Chronometrie, nämlich zu den bis in die feinsten Vorgänge der Außenwelt und der Erinnerungswelt eindringenden Zeitmessungen, wie sie jetzt in den Gestaltungen der Weltzeit und der Weltuhren über dem Erdenleben walten.

Es würde ermüdend wirken, wenn ich den vorstehenden Betrachtungen über die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Zeitbestimmung eine ausführliche Darlegung der geschichtlichen Entwicklung auf diesem Gebiete der Forschung und Gestaltung folgen ließe. Ich will mich darauf beschränken, nach einem kurzen geschichtlichen Überblick die Eigenart der gegenwärtig auf diesem Gebiete bedeutsamsten Einrichtungen und Leistungen in ihren wesentlichen Zügen darzulegen.

*

Die erste Stufe der Einteilungen der Tageseinheit war natürlich gegeben durch die Beobachtungszeiten der Aufgänge und Untergänge der Sonne. Sodann dienten diesen Einteilungen die Beobachtungen der innerhalb der täglichen Periode erfolgenden Änderungen der Richtungen und Längen des Schattens von senkrecht aufgestellten Säulen, gemessen in einer wagerechten ebenen Fläche an den konzentrisch um die Säule in dieser Ebene aufgetragenen Kreislinien. In der Nacht bildeten eine Ergänzung solcher Zeitbestimmungen die Untergänge und Aufgänge von hellen Gestirnen.

Zur Ergänzung dieser astronomischen Zeitbestimmungen dienten sodann, insbesondere wenn die Himmelserscheinungen durch Wolken verhüllt waren, gewisse Zählungseinrichtungen, welche sich anknüpfen an die Stetigkeit des Ausflusses von Wasser oder feinem Sande durch kleine Öffnungen unter konstant erhaltener Druckhöhe, oder an das Herabsinken von Gewichtstücken unter der Drehungswirkung ihrer, um eine horizontale Achse aufgerollten Auf-

Digitized by Google

hängung, in der Art, wie jetzt noch die Pendelschwingung ihre Antriebe empfängt. Von diesen verschiedenen Einrichtungen waren es nur die Wasseruhren, welche bei den astronomischen Messungen wirkliche Dienste leisteten. Wir wissen aus dem griechischen Lehrbuch des Ptolemäus, daß in Babylon, vielleicht sogar schon im alten China bei den nächtlichen Messungen der Mondbewegungen Genauigkeiten erreicht wurden, welche ohne Zeitbestimmungen durch sehr sinnreich eingerichtete Wasseruhren damals nicht denkbar waren. Wir wissen auch, daß sodann in Alexandria in den Blütezeiten griechisch-römischer Wissenschaftskultur und weiterhin von der arabischen Wissenschaft, als der nächsten Erbin dieser Phase der astronomischen Entwicklung, Wasseruhren feinster Einrichtung geschaffen wurden. Von Bagdad her sandte der Kalif Harun al Raschid eine solche „Weltuhr" an Kaiser Karl den Großen. Von Spanien und Italien her und durch die Kreuzzüge drang dann mit der griechisch-arabischen Wissenschaft die Zeitbestimmung durch Wasseruhren auch in die Technik von Mittel- und Nordeuropa ein, obwohl die Leistung der Wasseruhr dort alljährlich während längerer Zeit durch Gefrieren unterbrochen wurde, so daß die Technik des Betriebes von Räderuhren durch herabsinkende Gewichte in den Vordergrund der Zeitangaben kam. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Weltzeit und der Weltuhren wurden aber die Entdeckungen der neuen Länder und die Weltumsegelungen.

Die schon in der Babylonischen Zeit in den Mondfinsternissen deutlich erkannte und sodann von Aristoteles klar ausgesprochene Annahme der Kugelgestalt der Erde, die nunmehr ihre volle Bestätigung gefunden hatte, brachte auch das Problem der geographischen Längenunterschiede in den Vordergrund der Zeitbestimmungen. Die Drehung der Erde und ihre Umlaufsbewegung um die Sonne wurden nun durch Kopernikus und Keppler die eigentlichen Grundlagen der Zeitbestimmung des Erdenlebens, und die jeweilige Lage der Mittagsebene eines bestimmten Ortes der Erdoberfläche wurde die Grundlage der Weltzeit. Wie entwickelten sich die Weltuhren? Dies geschah durch die immer feinere Entwicklung zweier Arten von Schwingungsbewegungen, nämlich der von der Anziehungskraft der Erde regierten Pendelschwingungen und der Schwingungen einer elastischen Spiralfeder. Auf der Grundlage von Galileis Erforschung der Pendelbewegung schuf um die Mitte des 17. Jahrhunderts der Holländer Christian Huygens die Pendeluhr, und zugleich erblickte auch das Chronometer mit der schwingenden Spiralfeder das Licht der Welt im Anschluß an die Nürnberger Vorarbeiten auf diesem Gebiet.

Was nun seit jener Epoche, welche nur wenige Jahrzehnte auf die Erfindung des Fernrohrs folgte, für die Verfeinerung und Sicherung der Zeitmessung und der Erdmessung durch Pendel und Chronometer geschah, das eingehend und dabei lichtvoll darzulegen, könnte viele Bände theoretischer und rechnerischer Erörterungen füllen. Die Vervollkommnung der Pendeluhren und der Messung der Pendellängen hatte ja nicht bloß die Zeitbestimmung zur Aufgabe, sondern auch die Messung der Schwerkraft in den

Digitized by Google

verschiedensten Regionen der Erde, und es mußten hierzu auch die jeweiligen Einwirkungen der Temperatur und des Luftdruckes, ja unter Umständen auch magnetische und elektrische Zustände und Vorgänge mit in Betracht gezogen werden. Die Zeitangaben der Chronometer waren im allgemeinen weniger zuverlässig als diejenigen der Pendeluhren, aber sie besaßen die unvergleichliche Bedeutung, daß sie keiner festen Aufstellung wie die Pendeluhren bedurften, somit für die Zeitmessungen der Seefahrer allein geeignet waren. Auch sind durch Dr. Guillaume, den Direktor des internationalen Maß- und Gewichtsinstituts in Paris, erheblich verbesserte Sicherungen der Chronometer gegen die Temperatureinflüsse auf ihren Gang erzielt worden, wovon die Chronometerfabrikation auch in Deutschland schon erhebliche Verbesserungen entnommen hat.

Es bleibt mir einstweilen für die Erörterung meines Themas noch übrig, eine kurze Betrachtung über die großen Verbesserungen und Sicherungen hinzuzufügen, welche durch die telegraphischen und telephonischen Verbindungen und Vergleichungen der Zeitmessungen in den verschiedensten Regionen der Erdenwelt bereits erzielt und noch in höherem Maße zu erwarten sind. Fast alle großen Land- und Meeresflächen sind schon von Telegraphenkabeln durchsetzt, und die hierdurch erlangten Vergleichungen der Ortszeiten sind zugleich die Grundlagen geworden von immer vollständigeren und gesicherteren Bestimmungen der geographischen Lage von zahlreichen Beobachtungsörtern.

Ergreifend Wichtiges haben dazu beigetragen die drahtlosen elektrischen Signale der Neuzeit. Ist doch die Fortpflanzungsgeschwindigkeit dieser Signale in der Erdatmosphäre nahezu gleich derjenigen des Lichtes, so daß sie sogar für die Umkreisung des ganzen Erdumfanges nur Bruchteile der Sekunde brauchen würden.

Welcher Ort der Erdoberfläche soll nun, angesichts der von der Drehung der Erde und von deren Umlaufsbewegungen in unserem Sonnensystem bewirkten Veränderlichkeit der Lage, der gemeinsam maßgebende Fixpunkt der irdischen Zeit- und Ortsbestimmungen sein? Die Menschheit hat hierfür den Ort der seit $2^1/_2$ Jahrhunderten besonders verdienten englischen Sternwarte zu Greenwich gewählt, und man bezeichnet hiernach in besonderer Weise die jeweilige „Mittlere Sonnenzeit“ der Sternwarte zu Greenwich als die „Weltzeit“ der Erde.

Das ganze Gebiet der Uhrenvergleichungen durch drahtlose elektrische Signale, welches sich auch immer mehr in Ergänzung und Sicherung der Chronometerangaben als eine große Hilfe für die ozeanische Schiffahrt und auch als telephonisch verwertbar mitten auf den Ozeanen erweist, verspricht zugleich wichtige Aufschlüsse über die Zustände der Atmosphäre. Sobald jene elektrischen Signale die Gesamtheit der Land- und Seeflächen der Erdteile und Ozeane überstrahlen werden, was zwischen Europa und Amerika, Holland und Java, England und Ostasien usw. schon im Gange oder in Vorbereitung ist und sich dann auch vom Äquator nach den Polen hin

Digitized by Google

erstrecken kann, wird der Verlauf der elektrischen Wellen in den Niveauflächen und Schichten der Atmosphäre ein hohes Interesse darbieten.

Durch unsere neuesten Einrichtungen haben schon jetzt die Türme von Nauen deutliche Verbindungen mit den neuesten Einrichtungen in Neuseeland, also auf Wegelängen hin, welche nahezu 20 000 Kilometer betragen. Und auf dem Telegraphenberge über Potsdam werden bereits die feinsten und zuverlässigsten Orts-Zeit- und Welt-Zeit-Bestimmungen ausgeführt in stetiger Fühlung mit den von Nauen ausgehenden oder dort in Empfang genommenen drahtlosen Signalen.

Sicherlich wird es bald gelingen, solche erdumfassende Gemeinschaften endlich auch in den sozialwirtschaftlichen und politischen Einrichtungen der Menschenwelt dauernd zu verwirklichen.

Ein Hohenstaufenjagdbuch

Von

Robert Kohlrausch (München)

Als eine Siegesbeute der triumphierenden Kirche liegt es in ihrem Herrscherpalaste, dem Vatikan zu Rom. Es ist ein unblutiges Denkzeichen ihres Triumphs über der Hohenstaufen „Vipernbrut", — nichts als ein Buch. Ein sorgsam geschriebenes, mit feinen, bunten Bildern geziertes Pergament freilich; aber deren gibt es mehr in der vatikanischen Bibliothek. Was ihm seine Bedeutung vor unzähligen anderen verleiht, ist seine persönlichste Beziehung zu Kaiser Friedrich II., dem größten Hohenstaufenherrscher, und seinem Sohne, dem König Manfred. Von ihnen beiden gemeinsam ist es verfaßt worden; Kaiser Friedrich hat es geschrieben oder nach seinem Diktat niederschreiben lassen, Manfred hat seines Vaters Werk nach dessen Tode mit Anmerkungen und Ergänzungen versehen. „De arte venandi cum avibus" — „Über die Kunst, mit Vögeln zu jagen" — steht als Titel auf dem nun bald sieben Jahrhunderte zählenden Pergament, und mit seinem Inhalt verkörpert es die Lieblingsleidenschaft jener Hohenstaufenfürsten. Die Jagd war ihnen ein Lebenselement, und mit um ihretwillen, der weiten, jagdreichen Wälder wegen machten diese Herrscher aus dem fernen Apulien den Hauptsitz ihrer Macht in Italien und erfüllten das jetzt so stille, weltfremde Land mit Glanz und Prunk einer phantastisch bunten Hofhaltung.

Vornehmer als alle Jagden anderer Art aber schien ihnen die Kunst, mit Vögeln zu jagen. Diese geflügelten Raubtiere zu zähmen, die Sperber und Falken aller Sorten zu gehorsamen Dienern ihrer Jagdliebe zu machen, durch sie die verlangte Beute für sich niederwerfen zu lassen, das galt ihnen als der höchste Gipfel ritterlicher Sportslust. Und so hat Kaiser Friedrich

Digitized by Google

in einem der vielen Jagdschlösser, die zu seiner Zeit in Apulien erstanden, wahrscheinlich in Castel del Monte, seiner eigensten und geliebtesten Schöpfung, viele, viele Stunden seiner seltenen Muße darangesetzt, um dies umfangreiche Werk über die Jagd mit Vögeln zu schaffen. Die ganze Liebe des leidenschaftlichen Jägers für seinen Stoff spricht aus dem Buche, zugleich auch etwas von der breiten Weitschweifigkeit mittelalterlicher Schriftsteller, die gern mit der Erschaffung der Welt und Adam und Eva begannen, wenn sie von den Ereignissen ihres eigenen Jahrhunderts Kunde geben wollten. Man bekommt einen leisen Schrecken beim Öffnen dieses Buches, wenn man sieht, wie zwei Teile von erklecklichem Umfang in siebenundfünfzig und achtzig, im ganzen also hundertsiebenunddreißig Kapiteln dieser Jägerliebhaberei gewidmet sind, und wenn man die Worte zu Beginn des ersten Kapitels liest: „Weil aber die Kunst, mit Vögeln zu jagen, ein Teil der Jagdkunst an sich ist, und weil die Jagdkunst an sich noch mehrere andere Teile hat, und weil alle Teile der Jagdkunst durch die Jagd in die Tat umgesetzt werden, so muß zuerst untersucht werden, was Jagdkunst und was Jagd ist, und welche Teile die Jagdkunst hat." So gründlich und genau wie diese Disposition ist Kaiser Friedrichs Arbeit überall, und er gebraucht volle siebzig eng bedruckte Quartseiten in einer 1788 zu Leipzig veranstalteten Ausgabe seines Werkes, bis er überhaupt von den Vögeln im allgemeinen auf die Raubvögel im besonderen kommt. Von dieser Gründlichkeit geben schon ein paar Kapitelüberschriften den Beweis. Da heißt es: „Warum die Kunst, mit Vögeln zu jagen, edler ist als andere Jagdarten" — „Über die Wasservögel; wie und wann und von welcher Art sie sich Nahrung suchen" — „Über die Orte, wohin die Zugvögel ziehen und warum" — „Über die Waffen, womit sich die Vögel verteidigen und kämpfen" usw. Das alles wird ungeheuer genau geschildert, aber wenn man sich ein wenig hineinliest, wird man doch gepackt von einer treffend scharfen, liebevollen Beobachtung der Natur und wundert sich, wie vieles man selbst bisher nicht gesehen hat, was täglich klar vor unseren Augen steht. So gibt sich dieser erste Teil des Buches als eine Naturgeschichte der Vögel überhaupt; er steht offenbar unter direktem Einfluß der „Historia animalium" des Aristoteles. Ihn zitiert gerne der gelehrte kaiserliche Schriftsteller, daneben auch Hippokrates und Plinius. Und man hört mit Interesse, daß er den Plan hatte, der übrigen Tierwelt ähnliche Werke zu widmen wie dieses. Beim Lesen des Buches gesteht man willig, daß ein aufmerksamer Jäger ein halber Naturforscher ist, und man vernimmt mit besonderer Freude mitunter eingestreute kluge Worte von allgemeiner Bedeutung, wie dies: „Es ist leichter, zur Natur zurückzukehren, als Angewöhntes beizubehalten." Das ist unmittelbar aus Beobachtung der Umwelt geschöpfte Philosophie.

Weiterhin kommt Kaiser Friedrich dann auch wirklich seinem eigentlichen Thema näher. Der Jagd aber, von der er sprechen will, geht naturgemäß der Fang, die Zähmung, die Schulung der Falken für ihre Jägeraufgabe voran. Da hört man viel Interessantes über diese jetzt verschollene Kunst.

Digitized by Google

Wie die Falken zuerst in künstliche Dunkelheit versetzt werden, wie man den Verschluß der Augen allmählich lockert, wie und um welche Zeit man den Tieren die Nahrung reicht, wie man sie gewöhnt, auf des Jägers Hand ruhig zu sitzen, wie man die Gestelle — Pertica und Sedile genannt, je nachdem sie höher oder niedriger sind, — praktisch einrichtet, auf denen die Falken ihre Ruhezeit genießen. Auch das erfährt man, daß die Tiere vor nichts mehr Scheu haben als vor dem Gesichte des Menschen, so daß der Falkner, bevor sie sich an ihn gewöhnt haben, ihnen immer möglichst mit abgewendetem Kopfe nahen muß. Dann wird gesagt, wie die Falken zuerst von ihren Wächtern zu Fuß, hinterher zu Pferd ins Freie gebracht und an die Störungen, die dort immer vorkommen, gewöhnt werden. Mit üblicher Gründlichkeit heißt es: „Immer trägt man den Falken in den Wald; denn ob es warm oder kalt ist, ob Wind, Hagel, Regen, am wenigsten werden die Falken belästigt, wenn man sie in den Wald trägt. Und Wald nennen wir, was aus hohen Bäumen gebildet wird." Man sieht, es wird für die Falken gesorgt wie für große Herren. Besondere Mittel, namentlich Bäder, werden angegeben, um sie von etwaiger Angst und Unruhe zu heilen. Ein eignes Kapitel wird auch den Anzeichen gewidmet, wodurch die Tiere verraten, daß der Falkner sie schlecht und unbequem auf der Hand trägt. Interessant ist es, was Kaiser Friedrich über den Gebrauch des Falkenhutes berichtet. Hier erzählt er, daß dieser Brauch aus dem Orient stammt; er selbst habe das, als er übers Meer gefahren sei, bei den Arabern gesehen, deren Könige die gewandtesten Falkner mit vielen Arten von Falken zu ihm geschickt hätten. Und er habe dann, als ihm der Gedanke dieses Buches gekommen sei, aus Arabien und anderswoher die kundigsten Leute herbeigeholt, um alles Wichtigste von ihnen zu lernen. Der Falkenhut wird nach Material und Form genau beschrieben, u. a. soll er oben auf dem Kopf ein paar Löcher zur besseren Lüftung haben, — vielleicht sind sie das Vorbild für solche Löcher in manchen von unseren Herrenhüten geworden, und wir haben uns noch bei den Falken zu bedanken. Mit einem acht gedruckte Seiten langen Kapitel über die von den Tieren geleisteten Widerstände beim Aufsetzen des Hutes und ihre Verhütung endet Kaiser Friedrichs Werk, d. h. es ist unvollendet geblieben oder sein Schluß verloren gegangen. Sonst wären wohl noch viele Kapitel hinzugekommen.

Was dem Werk über das geschriebene Wort hinaus besonderen Reiz und Wert verleiht, ist sein reicher Bilderschmuck. In seiner Geschichte der italienischen Kunst weist Venturi mit Recht auf die Verwandtschaft mit byzantinischen Miniaturen in diesen Bildern hin, zieht aber auch Elfenbeinschnitzereien Siziliens in arabisch-persischem Stil von wunderbar feiner Ausführung und ebenso die täuschend naturwahren Zeichnungen heutiger japanischer Tiermaler zum Vergleich heran. Ein orientalisches Element lebt fühlbar in ihnen, und vielleicht hat einer der vielen klugen und geschickten Sarazenen am Hohenstaufenhof diese Bilder gezeichnet und gemalt. Mit fabelhafter Ge-

Digitized by Google

schicklichkeit hat er die verschiedenen Arten der Falken auf ihren Ruhesitzen und auf der Menschenhand wiedergegeben, außerdem aber auch andere Vögel, von denen im Texte gesprochen wird. Reihen von Zugvögeln, ein in bunten Farben schillernder Fasan, Storch, Ente, Schwan, Eule zeugen von gleich scharfem Naturstudium und einer außerordentlich sicheren, in ihren Mitteln sparsamen Kunst. So zeigt sich der Körper der Schwäne mit einer einzigen, am Flügelansatz beginnenden Linie scharf umrissen. Wo von den Zugvögeln gesprochen wird, sieht man ein schön geschnäbeltes Boot, in dem unter geschwelltem Segel drei Männer sitzen. Einer von ihnen rudert mit Eifer, die beiden anderen schauen angestrengt nach oben hinauf zu den ziehenden Vögeln. Als eigentlicher Herr des Bootes aber thront auf hohem Gestell ein Falke. Hier finden sich Tierwelt und Menschen bereits verbunden. Durch die Darstellung der Falkner und ihrer Tracht gestaltet sich das Werk weiterhin zum wertvollen Kostümbuch. Die farbenreiche Welt am Hofe der Hohenstaufen wird hier lebendig. So hat einer dieser Falkner über blauen Ärmeln ein bis etwas über die Knie reichendes, um den Leib gegürtetes Gewand mit weißen, schwarzen und roten Streifen, ein rotes Barett mit blauen Aufschlägen und an den Beinen enganliegendes Trikot. Des Buches Lehrhaftigkeit geht auch auf die Bilder über. Sie zeigen, wie der Vogel auf der linken, mit schwerem Lederhandschuh bewehrten Hand gehalten werden muß, wie der Falkner sein Gesicht abzuwenden hat bei der Beschäftigung mit noch ungewöhnten Tieren. Humoristisch aber wirkt ein Bild, auf dem die Mißmutsäußerungen schlecht getragener Falken dargestellt werden. Zwei Reiter, die sie halten, sitzen mit ungewöhnlich dummen Gesichtern in sich zusammengesunken auf ein paar Pferden, die von ihrer schlechten Haltung angesteckt scheinen; sie sehen ein paar langgestreckten Teckeln fast ähnlicher als edlen Angehörigen der Pferdegattung.

Diese Bilder hat König Manfred wahrscheinlich um das Jahr 1260 seines Vaters Werk hinzufügen lassen, zugleich mit seinen eigenen Anmerkungen und Ergänzungen. Durch sie gab er auch Gelegenheit, ihn als Schriftsteller mit seinem Vater vergleichen zu können. Während Kaiser Friedrich ein klares, einfaches, leicht verständliches Latein schrieb, erging sich Manfred in längeren und verwickelteren Satzbildungen, — ein Zeichen geringerer Übung auf diesem Gebiet. Aber zu sehen, wie die beiden Fürsten sich in ihrer Jagdleidenschaft begegneten, wie der Sohn des Vaters gründliches Werk mit liebevollem Eifer noch erweiterte, zu lesen, wie Manfred in des Kaisers Notizen suchte, um ein paar leergebliebene Seiten von dessen Manuskript richtig auszufüllen, — das bringt uns diese Hohenstaufenherrscher menschlich näher als manches hochwissenschaftliche Geschichtsbuch. Und für ein Bild seines Vaters hat Manfred auch noch gesorgt. Auf der ersten Seite des Buches erblickt man Kaiser Friedrich auf seinem Thron. Die goldene Krone ruht ihm auf dem blonden, lang an den Ohren herabfallenden Haar. Ein blauer, am Hals mit einer Spange zusammengehaltener Mantel

Digitized by Google

breitet sich über ein rotes, vorn mit einem breiten, gemmenverzierten Streifen geschmücktes Gewand, unter dem die Füße mit schwarzen Schuhen und Strümpfen sichtbar werden. Die rechte Hand mit Reichsapfel oder Szepter hebt er stolz empor, während seine Linke hinab auf einen dort sitzenden Falken, zugleich aber auch seitwärts auf den beginnenden Text seines Buches weist. Und so scheint er halb freundlich, halb gebieterisch einzuladen zum Lesen des Werkes „De arte venandi cum avibus".

Die chemischen Vorgänge bei der Assimilation der Kohlensäure

Von

Dr. Eduard Färber

Chemie und Botanik bemühen sich seit langer Zeit darum, die Umwandlung der Kohlensäure in zusammengesetzte Stoffe durch die Pflanzen, dieses für alles Leben auf unsrer Erde so außerordentlich bedeutsame Ereignis, aufzuklären. Es ist sonderbar, wie dabei die beiden Wissenschaften miteinander abwechselten. Der große Chemiker Liebig machte etwa im Jahre 1840 besonders darauf aufmerksam, daß die Pflanze ihren gesamten Kohlenstoff aus der Kohlensäure der Luft aufnimmt. Schon früher hatte man gefunden, daß sie im Lichte Sauerstoff abgibt. Aber man wußte, daß die Pflanze andererseits Sauerstoff auch verbraucht. Der Botaniker Sachs deutete dies um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dahin, daß die Pflanze, wie der tierische Organismus, atmet; sie verbrennt einen kleinen Teil ihrer eigenen Körpersubstanz und sendet die entstandene Kohlensäure wieder in die Luft. Die Atmung geschieht auch im Dunkeln; die Aufnahme und Umwandlung der Kohlensäure dagegen ist an die Belichtung und zugleich an die Anwesenheit des grünen Blattfarbstoffs gebunden. Das damals eben aufgestellte Gesetz von der Erhaltung der Energie lehrte dies verstehen. Um die Kohlensäure zu „desoxydieren", d. h. von ihrem Sauerstoffe zu befreien, muß Energie aufgewandt werden. Sie stammt aus dem Lichte, und nur die grünen Pflanzen, die einen Teil desselben absorbieren, vermögen es so für die chemische Arbeit nutzbar zu machen. Das wichtigste Erzeugnis dabei sind die Kohlenhydrate, nämlich die Zuckerarten, die Stärke. Um das Jahr 1870 nahm dazu wieder ein Chemiker das Wort, Adolf v. Baeyer. Er wies darauf hin, daß der Formaldehyd als einfachstes Kohlenhydrat angesehen werden könne und in chemisch ziemlich durchsichtiger Weise die höheren Stoffe dieser Klasse bilde. Formaldehyd kann aber sehr leicht aus der Kohlensäure entstanden gedacht werden: durch Verlust ihres ganzen Sauerstoffs und Aufnahme von einem Moleküle Wasser auf jedes Atom des zurückbleibenden Kohlenstoffs. In den

Digitized by Google

folgenden Jahrzehnten standen die Arbeiten von Botanikern, unter ihnen auch von Pfeffer, im Vordergrunde. Auf dem Gebiete der Chemie entwickelten sich in dieser Zeit die Methoden für immer feinere Erkenntnisse empfindlicher Stoffe.

Es war eins ihrer schönsten Ergebnisse, was Richard Willstätter im Jahre 1906 über die Zusammensetzung des Chlorophylls veröffentlichte. Aber es bedurfte noch langer Arbeit, um die Chemie dieses wichtigsten Farbstoffs ganz klarzulegen. Bis dahin war Chlorophyll ein eigentlich physiologischer Begriff gewesen, so etwa wie Milch oder wie Galle, und es war unentschieden, ob ihm auch ein chemisch einheitlicher und überall gleicher Stoff entsprach. Seine Abtrennung und chemische Erkennung zeigte, daß diese von vornherein bejahte Auffassung tatsächlich das richtige enthielt; wenigstens in gewissem Umfange. Was man Chlorophyll nennt, ist wirklich in allen grünen Pflanzenteilen dasselbe; aber einheitlich ist es doch nicht ganz. Man kann es in zwei Teile zerlegen, die sich allerdings nach Art, Zahl und Anordnung der Atome in ihrem Moleküle sehr weitgehend gleichen. In beiden sind 55 Kohlenstoff- und 4 Stickstoffatome mit einem Magnesiumatome verbunden; aber während das eine noch 72 Atome Wasserstoff und 5 vom Sauerstoff enthält, sind in dem anderen 70 Atome vom ersteren und 6 vom zweiten mit den übrigen vereinigt. Sie sind ähnlich wie im Blutfarbstoffe angeordnet. Besonders merkwürdig ist die Bedeutung des Magnesiums dabei. Es steht mit dem übrigen Komplexe durch die Stickstoffatome in einer Verbindung, die ihm ein gegenüber dem „normalen" Magnesium abweichendes Verhalten gibt. Diese Verbindung ist aber gegen auch nur sehr schwache Säuren äußerst empfindlich, und es war vorauszusehen, daß hier der Angriffspunkt für die Kohlensäure liegen würde.

Auffallend ist auch die Ausstattung des Blattes mit zwei so nahestehenden grünen Farbstoffen. Der eine kann als das Oxydationsprodukt des anderen aufgefaßt werden. Nun wird ja bei der Assimilation Sauerstoff, das oxydierende Agens, freigemacht, und die Vermutung, daß hier Zusammenhänge bestünden, lag recht nahe. Ein ähnliches Verhältnis herrscht zwischen den aus der herbstlichen Vergilbung der Blätter bekannten gelben Farbstoffen. Dafür hatte man auch den gleichen Namen Xanthophyll schon lange, ehe die Gleichheit an den verschiedenen Fundorten nachgewiesen wurde. Das Xanthophyll enthält Sauerstoff und wird stets von dem nur durch die Sauerstofffreiheit davon unterschiedenen Carotin begleitet. Dieses bekam seinen Namen daher, daß es sich in der gelben Möhre findet. Das Verhältnis zwischen den im Blatte anwesenden Mengen dieser vier Farbstoffe schwankt innerhalb nur recht enger Grenzen, abgesehen natürlich von der Zeit der Vergilbung, wo nach Zurückziehung der kostbaren grünen Farbstoffe das — etwas veränderte — Gemisch der gelben zurückbleibt.

Mit diesen außerordentlich wichtigen Befunden ging es nun wie mit allen wirklich fruchtbaren. Sie bedeuteten einerseits die Erreichung eines

Digitized by Google

Gipfels in der chemischen Forschung, und andererseits folgte gerade aus ihnen eine Reihe von nun überhaupt erst klar erfaßbaren Aufgaben: Die neuen Entdeckungen gaben nicht nur rückdeutend die Aufklärung einer Summe von Erscheinungen, sie ließen auch manche noch im einzelnen unbekannte vermuten. Vermutungen bilden den Ausgangsort neuer Fragestellungen; sie geben die Richtung, und darüber hinaus den Antrieb zu den Forschungen. So können sie fruchtbar werden, auch wenn sie sich später als unhaltbar erweisen sollten.

Als Willstätter und Stoll von ihren Untersuchungen über Chlorophyll zu denen der Assimilation[1]) übergingen, stand im Anfange eine Vermutung, die, in vielem andern recht gut begründet, dennoch dem Tatsachenbilde nicht entsprach, das sie aufdeckten. Es handelte sich um die erwähnte Beziehung zwischen den beiden Arten des Chlorophylls. Der aus der Kohlensäure abgespaltene Sauerstoff, so lautete die Hypothese, vereinigt sich zuerst mit dem ersten und bildet so das zweite, sauerstoffreichere Chlorophyll. Aus diesem erst würde das Gas freigemacht, und dabei wieder die erste Form des Farbstoffs gebildet. Danach wäre zu erwarten gewesen, daß während der Assimilation, und besonders nach sehr gesteigerter, Verschiebungen in dem Mengenverhältnisse zwischen den beiden Arten eintreten.

Eine solche Hypothese konnte natürlich erst nach der neuen Erkenntnis des Chlorophylls aufgestellt werden, wie sie denn auch zu ihrer Prüfung voraussetzen mußte, daß man es vollständig aus dem Blatte abscheiden kann. Dafür hatten Willstätter und Stoll die grundlegenden Methoden schon früher ausgearbeitet. Nun galt es, auch die Assimilation selbst meßbar zu gestalten. Sie hängt ja von mehreren Einflüssen ab, die sich unabhängig voneinander ändern können, und die für die Untersuchung genau bekannt sein mußten. Das bezieht sich zunächst auf das Licht und seine Intensität. Für die Versuche wurde es von einer Glühlampe in gleichbleibender oder um bekannte Beträge zu ändernder Art geliefert. Die Blätter, die bei solcher Beleuchtung arbeiten sollten, wurden auf die beabsichtigte Temperatur gebracht. Das Nahrungsmittel, die mit Wasser beladene Kohlensäure, wurde in einem Gasstrome darüber geleitet. Der Unterschied zwischen der zugeführten und der hinter der Assimilationskammer gemessenen Kohlensäuremenge gab dann ein genaues Maß für die Tätigkeit der Blätter ab, die von recht verschiedenen Pflanzen gepflückt waren. Wie sehr nun auch der Betrag der Assimilation gesteigert wurde, durch überlange Belichtung von der Intensität des vollen Sonnenlichts und durch Erhöhung der Temperatur: nie wechselte der Quotient zwischen den Mengen der beiden Chlorophylle, und der Gesamtgehalt im Blatte blieb unverändert.

Dieses Ergebnis verneinte die Richtigkeit der anfänglichen Vermutung; und wenn auch dieser Teil der Assimilationsfragen unbeantwortet bleibt, so

[1]) Siehe „Untersuchungen über die Assimilation der Kohlensäure. Sieben Abhandlungen von Richard Willstätter und Arthur Stoll". Berlin 1918, Verlag von Julius Springer.

Digitized by Google

ist doch sichergestellt, daß weder das Chlorophyll noch einer seiner Bestandteile während der Assimilation zerstört wird. Den nun gewonnenen Kenntnissen gemäß verhält sich das Gemisch der beiden Chlorophyllarten wie ein Stoff. An dem gelben Farbstoffpaare zeigten sich zwar gewisse Verschiebungen; die Untersuchungsmethode gestattet jedoch noch nicht, daraus weitergehende Schlüsse zu ziehen. Nur eins konnte noch an ihnen festgestellt werden: Sie wirken bei der Assimilation nicht als Farbstoffe, d. h. nicht als Übermittler der Lichtenergie. Denn wenn man die von ihnen absorbierbare Lichtgattung ausschaltet, so bleibt der Vorgang doch unverändert.

Physiko-chemisch betrachtet, ist die Assimilationsreaktion deshalb besonders merkwürdig, weil sie nicht nur von der Konzentration des umzuwandelnden Stoffes (Kohlensäure) und von der Temperatur, sondern zugleich auch vom Lichte abhängt. Für die Abhängigkeitsverhältnisse von den ersteren beiden hat man Beispiele in zahllosen Reaktionen mit anderen organischen Substanzen. Hier kommen zum Vergleiche diejenigen in Betracht, die durch Enzyme zum Ablauf gebracht werden, wie in dem bekannten, hoch zusammengesetzten Falle der Gärung. Wenn der Vorgang in der Pflanze nun außerdem noch vom Lichte bedingt wird, so konnte man, entsprechend der Trennung der Einflüsse, eine Unterscheidung der dadurch bewirkten Reaktionsarten im vorhinein als möglich ansehen. In der Tat sind die Vermutungen schon von manchen Forschern aufgestellt worden, daß, außer dem für Licht empfindlichen Chlorophyll, noch besonders durch Temperatur und Konzentration geregelte Enzyme bei der Verarbeitung der Kohlensäure tätig sind. Daß dem wirklich so ist, wird durch die folgenden Versuchsergebnisse einwandfrei dargetan und im einzelnen, direkt und indirekt, erkannt. Allerdings sind sie nicht nur in dieser Hinsicht wertvoll. Die Versuche sind so angestellt, daß ihre Resultate sicherlich auch noch in ganz anderen Zusammenhängen eine wichtige Rolle spielen werden. Denn zwar gaben wieder gewisse Vermutungen einen Rahmen für die Untersuchungen; aber sie selbst sind von Zufälligkeiten, d. h. von Ursachen unbekannter Art, möglichst befreit worden und deshalb also auch immer wiederholbar.

Nur in dem Pflanzenmateriale selbst könnten noch unbekannte Verschiedenheiten stecken; denn allein das Chlorophyll ist nun genau bestimmbar, aber nicht ebenso auf chemisch analytischem Wege das, wovon es im Blatte begleitet wird. Immerhin ermöglichen dafür die botanischen Angaben die gleichartige Wiederholung der Versuche. So wurden junge und alte, in der Entwicklung eben begriffene und schon vergilbende, abgefallene Blätter gewählt, und auch solche Arten verglichen, die im ähnlichen Entwicklungsgrade verschieden reich an Blattfarbstoff sind. Da zeigt sich nun, daß die in der schon erwähnten Anordnung gemessenen Beträge der assimilierten Kohlensäure in gleichen Zeitabschnitten sehr verschieden sind bei verschiedenartigen Blättern, nicht sowohl wenn man sie auf gleiche Blattgewichte bezieht, als wenn man auf die darin vorhandenen Chlorophyllmengen zurückgeht.

Digitized by Google

Man erhält dann die „Assimilationszahl", die also angibt, wieviel Gramm Kohlensäure auf ein Gramm Chlorophyll in einer Stunde umgesetzt werden.

Verfolgen wir etwa ein wachsendes normales Blatt bis zu seinem Absterben. Wenn es sehr jung und erst noch gelbgrün ist, atmet es stark; das ist in Rechnung zu stellen, wenn man die Assimilation für sich bestimmen will. Diese selbst nimmt zu, je mehr das Blatt ergrünt; mit seiner ganzen Substanz wachsen eben auch Farbstoffmenge und Assimilationstätigkeit. Aber in bezug auf seinen Chlorophyllgehalt arbeitet das junge Blatt viel stärker für seine Ernährung, als in einem späteren Zustande. Die Assimilationszahl ist in der ersten Zeit der Entwicklung etwa doppelt so hoch als beim fertig ausgebildeten Blatte. Heißt das nun, daß das Chlorophyll, der stets chemisch gleichbleibende Farbstoff, seine Wirksamkeit verändert? Aber dann bliebe immer noch die Frage nach der Ursache dieser Veränderung. Sie kann ja nicht im Chlorophyll für sich gelegen sein, da es unverändert blieb. Auch alle äußeren Einflüsse wurden ja unverändert und günstigst aufrecht gehalten. Wohl aber machte das Blatt Wandlungen durch, und so kann man das Ergebnis dahin zusammenfassen: Die Assimilationstüchtigkeit wächst im jungen Blatte rascher als sein Chlorophyll. Damit drückt man aus, daß noch ein „innerer Faktor" die Assimilation bedingt, der freilich in anderer Beziehung noch unbekannt ist.

Das ausgewachsene Blatt zeigt Assimilationszahlen zwischen 6 und 9; auf 1 Gramm Chlorophyll, das etwa in 500 Gramm Blättern enthalten sein kann, werden darin also 6—9 Gramm Kohlensäure in einer Stunde assimiliert. Im Herbste dann, wenn es vergilbt, bleibt diese Zahl häufig angenähert gleich, obwohl die Leistung, auf das Blattgewicht bezogen, sehr stark zurückgeht. Mit dem Chlorophyll entschwindet dann auch die Assimilationstüchtigkeit in etwa gleichem Schritte, so daß ihr Verhältnis zueinander sich wenig ändert. Daß dabei aber zwei Vorgänge nebeneinander geschehen, das zeigen die Fälle mit nach oben oder unten stark veränderten Assimilationszahlen. Sie betrugen beispielsweise im Oktober an noch grünen Lindenblättern weniger als eins. Dann war noch fast das ganze Chlorophyll vorhanden, worauf ja schon die Farbe deutete; aber es bewirkte hier fast keine Assimilation mehr, recht im Gegensatze zu dem Zustande im Frühjahr. Das zeigt doch wieder klar, daß mit dem Chlorophyll noch ein anderer Blattbestandteil zusammenwirkt, um die Kohlensäure zu assimilieren. Scharf genug tritt dies auch bei einem Vergleiche der gelbblätterigen Varietäten mit ihren normalen Stammformen hervor. Gleiche Blattmengen von beiden wandeln da oft fast gleiche Mengen Kohlensäure um; und dennoch enthalten die gelben Formen nur den zehnten, ja gelegentlich den zwanzigsten Teil der Chlorophyllmenge ihrer grünen Geschwister. Die auf die gleichen Chlorophyllgewichte bezogenen Assimilationszahlen sind dementsprechend zehn- bis zwanzigmal so hoch wie sonst im Durchschnitte.

Digitized by Google

Wenn man nun allgemein annimmt, daß ein wahrscheinlich wohl eiweißartiger Stoff im Blatte als Enzym bei der Assimilation mitwirkt, so ergibt sich nicht nur eine gute Beschreibung der aufgeführten Ergebnisse, sondern zugleich der Ausgangspunkt weiterer Folgerungen und ihrer Prüfung. In den ergrünenden und in den im ausgebildeten Zustande gelben Blättern ist bei kärglicher Versorgung mit Chlorophyll der Enzymgehalt verhältnismäßig hoch. Was jenes unter der nur ihm möglichen Ausnutzung des Lichtes bereitet, wandelt das Enzym weiter um. Aber wenig Chlorophyll schafft dem reichlich anwesenden Enzym nur wenig Material herbei; es könnte mehr leisten, aber die Geschwindigkeit der Assimilation wird durch das Ineinandergreifen beider Reaktionen bestimmt. Es käme also hier darauf an, die Lichtreaktion zu beschleunigen, wenn man einen höheren Assimilationsbetrag in der Zeiteinheit erzielen will. Tatsächlich kann man dies erreichen, wenn man die Belichtung der gelben Blätter über die Intensität des vollen Sonnenlichtes hinaus steigert. Bei normal grünen Blättern tritt dies aber nicht ein. Da kann man die Lichtstärke sogar auf weniger als die Hälfte des vollen Sonnenlichts herabsetzen, und erhält immer fast gleiche Assimilation. Das Chlorophyll selbst würde bei stärkerer Beleuchtung auch rascher arbeiten; aber hier wirkt das Enzym begrenzend. Das volle Licht kann hier deshalb nicht ausgenutzt werden, weil verhältnismäßig zu wenig vom Enzym anwesend ist. Seine Tätigkeit läßt sich ja aber durch Temperaturerhöhung steigern; nur sind dafür die Möglichkeiten eng begrenzt, auch tritt eine entgegengesetzt wirkende Verringerung der Aufnahmefähigkeit der Blattsubstanz für Kohlensäure ein. So bleibt also auch dann noch nur ein Teil der dem Chlorophyll zukommenden Lichtreaktion wirklich möglich. Unter den natürlichen Bedingungen mit zumeist geschwächter Beleuchtung ist das Enzym dann etwa ausreichend beansprucht; die chlorophyllarmen Blätter aber sind um so übler daran.

Daraus, daß ein noch unbekannter Blattstoff bei der Assimilation mitwirkt, wird es auch verständlich, warum die Versuche scheiterten, mit dem isolierten Chlorophyll Assimilation herbeizuführen. Solche Versuche sind aber nur dann stichhaltig, wenn der isolierte Farbstoff auch in demjenigen Verteilungszustande angewandt wird, den er auch im Blatte einnimmt. Chlorophyll gibt in Äther und anderen organischen Flüssigkeiten normale, schön grüne Lösungen. Im Blatte ist die Verteilung aber viel weniger weitgehend als dort; sie ist kolloid, wie etwa bei den Lösungen von Gelatine oder Leim. Kolloid läßt sich Chlorophyll im Wasser zerteilen; die grüne opalisierende Lösung absorbiert das Licht fast genau in derselben Weise, wie der Farbstoff im Blatte. In dieser Lösung wird er auch von der Kohlensäure angegriffen. Bei ganz besonderer Vorsicht läßt sich dann nachweisen, daß sie zuerst eine Verbindung mit dem Chlorophyll eingeht. Aber das ist auch die einzige Übereinstimmung mit dem Vorgange bei der Assimilation. Auch im Blatte wird die Kohlensäure zu einer Verbindung, und zwar im Vergleich zu anderen Absorptionen derselben außerordentlich rasch, aufgenommen. Doch nur im

Digitized by Google

Blatte und im Lichte knüpft sich daran die Reihe der weiteren Veränderungen, die zum Aufbau der Pflanzenstoffe, in erster Linie der Kohlenhydrate, führt. Mit reinem Chlorophyll erreicht man nur die Ablösung seines Magnesiums, und gerade sie tritt unter natürlichen Verhältnissen nicht ein. Auch diese Schutzwirkung bei gleichzeitiger Beschleunigung der Gasaufnahme konnte nicht ohne die ganze Blattsubstanz erzeugt werden.

Dennoch ist jetzt eine Zwischenstufe bei der aufbauenden Tätigkeit der Pflanze erkannt: die Kohlensäureverbindung des Chlorophylls. Von ihr aus lassen sich weitere Aufklärungen erst dann gewinnen, wenn man die quantitativen Beziehungen zwischen dem zur Assimilation aufgenommenen Kohlensäuregase und dem danach abgespaltenen Sauerstoffe bestimmt. Im Molekül der Kohlensäure ist ja ein Atom Kohlenstoff mit zwei Atomen Sauerstoff verbunden, und zwei Atome Sauerstoff sind im Moleküle dieses Gases vereinigt. Nun fanden Willstätter und Stoll unter verschiedenartigen Umständen immer wieder und genau, daß für jedes Molekül assimilierter Kohlensäure in jedem Zeitintervall ein Molekül Sauerstoff auftritt. Der „assimilatorische Koeffizient", eben das molekulare Verhältnis dieser beiden Gase, ist stets gleich 1. So wird also der gesamte Sauerstoff, der in der Verbindung aufgenommen wurde, wieder abgegeben, und nur der Kohlenstoff bleibt der Pflanze. Dieser Vorgang kann erst dann eintreten, wenn die Chlorophyll-Kohlensäureverbindung im Blatte belichtet wird. Aber es würde den sonstigen, allgemein wiederholten Beobachtungen nicht entsprechen, wenn man annehmen wollte, die beiden Sauerstoffatome würden auf einmal, und nicht vielmehr in Stufen abgespalten. Eine Reihe von im einzelnen noch nicht ganz durchsichtigen Versuchen läßt es als wahrscheinlich betrachten, daß an dieser Stelle dem Enzym eine gewisse Rolle zukommt. Die Unveränderlichkeit des assimilatorischen Koeffizienten beweist, daß all diese Veränderungen geschehen, wenn der Kohlenstoff der Kohlensäure noch mit dem Chlorophyll verbunden ist. Denn sonst könnte etwa nach Vollzug von nur einem Teile der Desoxydation Chlorophyll wieder Kohlensäure aufnehmen, ehe noch der Sauerstoff des vorher verbrauchten Moleküls frei geworden wäre. Erst der vom Sauerstoff befreite Kohlenstoff löst sich vom Chlorophyll los. Er hat sich inzwischen mit den Elementen des Wassers vereinigt und Formaldehyd gebildet — das einfachste Kohlenhydrat mit nur einem Atome Kohlenstoff im Moleküle.

So erst ist die alte Theorie, Formaldehyd bilde ein Zwischenprodukt bei der Assimilation, vollständig bewiesen. Zwar glaubte man dies schon früher erreicht zu haben, als man Formaldehyd in grünen Pflanzenteilen auffand. Aber dieser Befund hält vor eingehender Kritik nicht stand. Wirklich in Verbindung mit der Assimilation gebildeter Formaldehyd konnte nicht nachgewiesen werden, offenbar verwandelt er sich zu rasch weiter. Auch eine ihm vorhergehende Reaktionsstufe ließ sich bisher noch nicht erfassen.

Überblickt man die Summe dieser neuen Ergebnisse, so erkennt man freilich, daß vom gesamten Assimilationsvorgange nur einige Stufen auf-

Digitized by Google

gedeckt worden sind: die durch die Blattsubstanz vermittelte Anlagerung der Kohlensäure an das Chlorophyll, ihre Desoxydation in dieser Anlagerungsverbindung unter dem Einflusse des Lichtes und der Mitwirkung eines Enzyms, die Bildung eines Stoffes vom Typus des Formaldehyds. Diese Erkenntnisse, die durch vollendete Anwendung und Weiterbildung aller chemischen Denk- und Handwerkskunst erlangt wurden, erscheinen in ihrer ganzen Größe erst dann, wenn man bedenkt, wie wir mit ihnen dem Leben selbst an einer seiner wichtigsten Stellen nähergekommen sind. Wollen wir die Assimilationsreaktion „verstehen", so müssen wir sie in die Teile zerlegen, aus denen wir das beobachtete Ganze wieder konstruieren können, gedanklich und experimentell. Die Zerlegung begann mit der Isolierung des Chlorophylls und führte bei ihm selbst noch in rein chemischer Richtung weiter, als wir biologisch verfolgen können. Aber mit dem Chlorophyll hatte man doch nur einen der unentbehrlichen Teile abgetrennt. Im Blatte steckt noch etwas, das an seiner Wirkung als ebenso unerläßlich erkannt wurde, und wovon man nun voraussetzt, daß auch es sich als ein chemisches Individuum wird erhalten lassen. Solange das noch nicht verwirklicht ist, kann man eben nur das allererste Umwandlungsprodukt, die Verbindung zwischen Chlorophyll und Kohlensäure, darstellen. Von dem, was sich daraus entwickelt, haben wir jetzt nur das Gesamtbild. Auch hier suchen wir nach Zwischenstufen, auch hier wollen wir die Einheit aus ihren Teilen verstehen. Dazu gibt das nun Erkannte den Weg an. Der Fortschritt, den es brachte, läßt neue Ziele und Aufgaben erkennen; er lehrt uns wieder: Fragen.

Das Gesetz zugunsten der Landarbeiter in den Niederlanden

Von

H. J. G. J. van der Mandere (im Haag)

Einer der letzten Maßregeln, welche auf sozialem Gebiete in den Niederlanden getroffen wurden, muß man unzweifelhaft große Bedeutung zuerkennen, zunächst in sozialer Hinsicht, weil die Interessen einer großen gesellschaftlichen Klasse, nämlich derjenigen der Landarbeiter, durch diese Maßregel gefördert werden. Aber auch in allgemeiner Hinsicht ist die Bedeutung nicht zu bestreiten, weil man es keinesfalls für unmöglich zu halten braucht, daß die Bestimmungen des niederländischen Gesetzes, wenn sie in der Praxis den Anforderungen entsprechen und das Resultat ergeben, welches man von ihnen erwartet, auch in anderen Ländern eingeführt werden können. Es ist das Gesetz zur Erlangung von Land mit Wohnung in Eigentum oder nur von Land in Pacht durch Landarbeiter, welches am 20. April 1918 in Kraft ge-

Digitized by Google

treten ist, nachdem bereits im Jahre 1911 durch den inzwischen verstorbenen christlichsozialen Staatsmann Talma der Gesetzentwurf eingebracht worden war.

Das Landarbeitergesetz, wie man es kurz nennt, ist unmittelbar aus der Untersuchung hervorgegangen, welche eine im Jahre 1906 ins Leben gerufene Staatskommission für die Landwirtschaft hinsichtlich der Zustände der Landarbeiter hierzulande anstellte, und welche wenig zufriedenstellende Resultate ergab. Denn es stellte sich heraus, daß im Leben der Landarbeiter im allgemeinen vier Perioden zu unterscheiden sind; diejenige, welche mit seiner Verheiratung endet und in welcher er sich in ziemlichem Wohlstande befindet; diejenige, welche mit seiner Verheiratung beginnt und in welcher sich die Sorgen für ihn aufhäufen; diejenige, in welcher die herangewachsenen Kinder ihren Lohn mit nach Haus bringen und der Familie einen verhältnismäßigen Wohlstand sichern; endlich diejenige, welche da beginnt, wo die Kinder das elterliche Haus verlassen und der alt gewordene Landarbeiter in kümmerlichen Verhältnissen zurückbleibt. Dieser ist dann gezwungen, die Mildtätigkeit in Anspruch zu nehmen, und gerade die Aussicht, daß all seine Arbeit, all sein Sparen ihm nichts anderes bescheren wird als dieses Ende, gerade diese Aussichtslosigkeit seiner Lage wirkt lähmend auf seine Energie und untergräbt zu gleicher Zeit sein Ehrgefühl. Daher kommt es auch, daß jene Staatskommission, welche beauftragt war, den ökonomischen Zustand der ungefähr 400000 Landarbeiter in den Niederlanden zu untersuchen, sich nicht damit begnügte, die direkten Ursachen aufzuspüren und direkte Verbesserungen anzugeben, sondern ein Schema entwarf, demzufolge es möglich sein wird, auf ganz anderer Basis den ökonomischen Zustand des Landarbeiters zu gründen.

Bei der Untersuchung wurde nämlich die Frage gestellt, ob die Landarbeiter Wert darauf legen würden, Land zur Benutzung zu bekommen und es zu behalten; die allgemein bejahende Beantwortung dieser Frage zeigt nach dem Urteil der Staatskommission von selbst den Weg, auf dem Staat und Obrigkeit hier nutzbringend arbeiten können. Theoretisch kann man zwar sagen, daß es bereits bis jetzt dem Landarbeiter, wenn er sparte, möglich war, sich Land zu erwerben. Jedoch nur theoretisch, weil tatsächlich nicht immer, und auch nicht in genügendem Maße, überall unbewegliche Güter zu bekommen waren, weil die Erlangung oft nur unter für ihn unerreichbaren Bedingungen geschehen konnte, und weil in vielen Gegenden durch die üblichen öffentlichen Verpachtungen den Arbeitergrundstücken die nötige Dauer des Gebrauchs vorenthalten wurde!

Diesen Schwierigkeiten will also das Gesetz vom 20. April 1918 entgegentreten, während es gleichzeitig auf möglichst breiter Basis die Hilfe regelt, welche auch dem schwächsten Landarbeiter verschafft werden kann und soll. Die Grundlagen des Entwurfs sind jedoch so festgestellt, wenigstens den Bestimmungen dieses Gesetzes zufolge, daß dem Landarbeiter nicht mehr Boden zur Benutzung gegeben werden soll, als mit seinem Stande als Land-

Digitized by Google

arbeiter vereinbar ist. Die Frage, ob es ratsam sei, dem kleinen Bauer vom Staate aus Hilfe zu gewähren, ist sowohl durch die Staatskommission wie von dem Gesetzgeber außerhalb des Rahmens dieser Verbesserung gehalten worden, die ausschließlich den Landarbeiter betrifft. Ja, mehr noch! Das Gesetz bezweckt, daß die Bodenbenutzung derartig sein muß, daß der Landarbeiter in der Ausübung seines Berufs als Landarbeiter nicht gehindert werde. Natürlich wird er meistens selbst etwas Arbeit auf seinem Grund und Boden verrichten müssen; jedoch ist solches von untergeordneter Bedeutung und dient in gewissem Sinne mehr der Erholung, und der bei seiner Wohnung liegende Acker wird sogar hauptsächlich von seiner Familie bearbeitet werden können. Wird seine ökonomische Lage dadurch verbessert, geht es dem Landarbeiter gut, dann fordert das Gesetz, daß er seine Ersparnisse zunächst noch nicht für die Ausbreitung seines Betriebs verwendet; kommt er jedoch weiter vorwärts, wird er kapitalkräftiger, dann bekommt er hinsichtlich des erhaltenen Plätzchens (Wohnung mit Land) etwas mehr Freiheit, und es wird ihm Gelegenheit gegeben, durch Ausbreitung seines Betriebes emporzukommen, sich langsam heraufzuarbeiten, seine Arbeit im Lohndienst zu verringern. Wäre das Gesetz in anderer Richtung gehalten, dann würde dem ökonomisch noch schwachen Landarbeiter, der nicht daran gewöhnt ist, auf eigenen Füßen zu stehen, und sicherlich nicht einen noch so kleinen Ackerbaubetrieb leiten kann, Gelegenheit verschafft worden sein, vielleicht mit einem Male, in jedem Falle aber auf künstlichem Wege, Kleinbauer zu werden. Das Gesetz regelt die Zuteilung des Ackers an Landarbeiter, nicht mehr als das.

Landarbeiter ist vor dem Gesetz jede Person, deren Hauptberuf im Verrichten von Landarbeit in Lohndienst besteht; als Landarbeit wird jegliche Arbeit im Ackerbau, in der Gärtnerei, in Waldungen, in der Viehzucht oder der Torfgräberei betrachtet. Solange also der Landarbeiter hauptsächlich in Lohndienst arbeitet, fällt er unter die Bestimmungen dieses Gesetzes. Anfänglich wollte man es nur bei männlichen Landarbeitern in Anwendung bringen, jedoch noch vor der öffentlichen Beratung ist diese beschränkende Bestimmung, die durch nichts zu begründen ist, verschwunden. Inwieweit in einem gegebenen Augenblick der Lohndienst einer bestimmten Person Hauptberuf ist oder nicht, wird in den verschiedenen Fällen besonders entschieden werden müssen; es ergab sich als unausführbar, in dem Gesetz eine Regelung festzulegen, welche den zweifellos dabei bestehenden Schwierigkeiten Rechnung trägt. Deshalb wurde auch ein Verbesserungsantrag zurückgezogen, der während der Beratungen gestellt wurde, um die Wirkung des Gesetzes auf alle auszudehnen, deren Hauptberuf die Verrichtung anderer Handarbeit in Lohndienst ist, und die daneben in erheblichem Maße im Nebenberuf Landarbeit verrichten, z. B. auch andere Bodenarbeiter, wie Torfgräber oder Arbeiter einer Molkerei. Zweifellos wäre man nicht von der Basis des Gesetzentwurfs abgewichen, wenn dieser Verbesserungsantrag angenommen

Digitized by Google

worden wäre; aber dann würde man dem Gesetz eine Ausdehnung gegeben haben, deren Folgen, wenn auch der Bericht der Staatskommission sich nicht über sie geäußert hat, nicht zu übersehen gewesen wären.

Das Landarbeitergesetz unterscheidet zweierlei: das sogenannte „Plaatsje" und das „losse Land". Das „Plaatsje" ist die Wohnung des Landarbeiters, die von einem kleinen Stück Land umgeben ist; das „losse Land" ist ein Stück Land, welches sich zwar nicht in unmittelbarer Nähe der Wohnung zu befinden braucht, jedoch ziemlich dicht dabei liegt. Weil sich die Wohnung des Landarbeiters auf dem „Plaatsje" befindet, ist dieses sein und seiner Familie Domizil; Land und Wohnung bilden eigentlich ein untrennbares Ganzes; daher würde es auch nicht gut möglich sein, den Acker unter einer anderen Rechtsform in Benutzung zu geben, als die sich darauf befindende Wohnung. Das „losse Land" dagegen steht nur insofern mit der Wohnung im Zusammenhange, als das Gesetz fordert, daß es in deren Nähe liegen muß. Auf diese Weise kam man bei diesem Gesetz zum Eigentum des „Plaatsje" und zur Pacht des „losse Landes", welches der Landarbeiter dann eventuell gegen anderes Land umtauschen kann, vorausgesetzt nur, daß es günstig liegt. Der Drang, ein „Plaatsje" als Eigentum zu erwerben, ist bei der ländlichen Bevölkerung, wie die angestellte Untersuchung ergeben hat, sehr groß; die Anhänglichkeit an den Grund und Boden, die ihr nicht abzustreiten ist, wird natürlich durch nichts mehr als durch das Eigentum verstärkt. Daß dem Eigentum Nachteile anhaften können, ist nicht zu leugnen. Aber die Einwendung, welche gegen das Eigentum erhoben wurde, daß dadurch der Landarbeiter an den Grund gebunden würde und ihn dieses davon abhalten würde, irgendwo anders hinzuziehen, wenngleich dort günstigere Voraussichten seiner harren, ist mindestens übertrieben, wenn man bedenkt, daß der Landarbeiter leicht sein Eigentum, welches er zu günstigen Bedingungen bekommen hat, ohne Schaden wieder abgeben kann, und wenn man bedenkt, daß er in einer anderen Gegend des Landes aufs neue die Vorteile dieses Gesetzes ausnutzen kann. Demgegenüber reizt der Besitz zu größerer Energie und hält ihn davon ab, leichtsinnig fortzuziehen, wenn es nur so scheint, als ob anderswo bessere Bedingungen zu bekommen seien!

Das Landarbeitergesetz also, welches von dem christlich-sozialen Staatsmann Talma eingereicht wurde, durch den Sozialökonomen Treub schriftlich und durch den Sozialagrarier Posthuma mündlich verteidigt ward, bezweckt, dem Landarbeiter auf gesunder Basis Hilfe zu verleihen. Man kann diesem Gesetz ebensowenig als dem Wohnungsgesetz, welches im Jahre 1901 vom Parlament angenommen wurde und für den Bau von Wohnungen in den Niederlanden so günstige Ergebnisse gezeitigt hat, einen Hilfszweck abstreiten. Das Wohnungsgesetz hat große Kosten verursacht, das Landarbeitergesetz wird es ebenfalls tun. Sind diese Kosten im Hinblick auf die nicht zu leugnende Tatsache, daß dieses Gesetz nur einem Teile der Bevölkerung zu-

Digitized by Google

gute kommt, gerechtfertigt?, so fragte man bei der schriftlichen Behandlung. Die Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß man eine gesetzliche Maßregel, welche einen so großen Teil der Bevölkerung umfaßt, wie es bei dem Landarbeitergesetz der Fall ist, als dem Gemeinwohl nützend, betrachtet werden kann; man wird wohl schwerlich eine gesetzliche Maßregel finden können, die in gleichem Maße allen Teilen der Bevölkerung zugute kommt! In den letzten Jahren ist überdies sowohl bei uns als auch im Ausland das Landarbeiterproblem wiederholt zur Sprache gekommen, gerade wegen des großen allgemeinen Interesses, welches damit verknüpft ist.

Denn man vergesse nicht, daß in einem Ackerbau treibenden Land, wie es die Niederlande sind, eine kräftige, an der Scholle hängende Landarbeiterbevölkerung, die nicht fortwährend herumzieht, ein Besitz von nicht geringer Bedeutung ist. Es ist nicht nur keine gleichgültige Angelegenheit, wie der Zustand einer so breiten Schicht der Bevölkerung ist, welche obendrein einen so großen Einfluß auf die Erzeugung des nationalen Bodens hat, sondern das Bestehen eines kräftigen Ackerbaues und Ackerbauernstandes steht auch im engsten Zusammenhange mit der Existenz einer sich wohl befindenden Landarbeiterbevölkerung. Diese Beleuchtung des eingereichten Gesetzentwurfes hat hier und da die Meinung hervorgerufen, daß die Sache nur als Mittel zu betrachten sei, der Ackerbauernbevölkerung mittels des Landarbeitergesetzes gute Arbeitskräfte zu versichern. Nichts ist unrichtiger als das. Das Landarbeitergesetz wird indirekt den Bodenbesitzern zugute kommen, wird ihnen aber andererseits schwere Opfer auferlegen, da sie in erster Linie durch Bodenabtretung und Enteignung auf Grund des Gesetzes getroffen werden. Und das Befördern der Seßhaftigkeit der Landarbeiter, das Verhüten des ruhelosen Hin- und Herziehens nach verschiedenen Gegenden und auch nach dem Ausland, liegt ebenso im Interesse der Landarbeiter selbst wie in dem der Bodenbesitzer, in deren Dienst sie stehen.

Bei der Beratung in der Zweiten Kammer kam der ganz und gar verschiedene Standpunkt zutage, den die politischen Parteien zu dem Landarbeitergesetz einnahmen. Seitens der sozialdemokratischen Partei wurde durch Herrn Schaper beantragt, das Eigentum an dem „Plaatsje" fallen zu lassen, gerade weil man durch dieses Eigentum den Landarbeiter zu sehr dem Grund und Boden verbunden glaubte, weil man fürchtete, daß er sein Interesse am Klassenstreit verlieren würde, weil man sogar die Stellung eines Landarbeiters, welcher sich in der durch das Landarbeitergesetz geschaffenen Lage befindet, für untergraben ansah, sobald er durch Grundeigentum an die Stätte seiner Wohnung gebunden wäre. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde von anderer Seite beantragt, die Erlangung von „lossem Land" als Eigentum zu ermöglichen; dieser Gedanke wurde mit praktischen Gründen durch den Minister bekämpft. Wieder von anderer Seite wurde der Wunsch geäußert, daß das „Plaatsje", also Wohnung mit darumliegendem Land, in Pacht zu bekommen sein solle; der Minister hielt solches nicht für

Digitized by Google

wünschenswert, weil er es für nötig erachtete, daß die Wohnung in Eigentum verliehen werde und das umliegende Land ebenfalls. Und schließlich dachte man daran, die Erbpacht, welche zur Beschaffung von Bauland besonders in den großen Städten vielfach in Anwendung gebracht wird, für das „Plaatsje" zu ermöglichen. Dieser Gedanke wurde verworfen im Hinblick auf das seltene Vorkommen der Erbpacht in agrarischen Angelegenheiten. Diese drei Vorschläge, die besonders praktische Bedeutung hatten, wurden alle nach der Debatte durch die Regierung zurückgezogen.

Der ganze Charakter des Landarbeitergesetzes weist darauf hin, daß das soziale Element in ihm das ökonomische überwiegt. Es wird bezweckt, den Landarbeitern soziale Hilfe zu bringen, um sie aus ihrem Zustand der „Aussichtslosigkeit" zu befreien. Sind sie erst einmal in bessere Verhältnisse gekommen, dann wird von selbst aus den Vorstufen, welche mit Hilfe des Landarbeitergesetzes erlangt sind, eine weitere Verstärkung ihrer Position und der Zustände auf dem platten Lande im allgemeinen daraus erwachsen. Der soziale Charakter des Gesetzes ergibt sich (für die Niederlande, in denen man mit Vorliebe die Staatsgewalt mit derartigen Angelegenheiten belastet, wohl sehr stark) aus der Tatsache, daß nicht Beamte die Ausführung des Landarbeitergesetzes in die Hand nehmen werden, sondern Vereine oder Stiftungen, welche nur zur Ausführung dieses Gesetzes gegründet werden sollen, und die viel kräftigere Hilfe bekommen werden als die Vereinigungen, auf deren Unterstützung bei der Ausführung des Wohnungsgesetzes gerechnet wurde. Denn Artikel 6 des Landarbeitergesetzes bestimmt, daß zur Erreichung seines Zweckes in erster Linie Vereine und Stiftungen mitarbeiten, welche Rechtspersönlichkeit haben, ausschließlich Erlangung von Liegenschaften durch Landarbeiter bezwecken, und als solche durch die Krone, nachdem diese die provinziale Behörde gehört hat, anerkannt werden. Erst danach erwartet man, daß sich die Gemeinden und städtischen Behörden damit befassen werden. Bei der Beratschlagung ergab es sich, daß eine starke Neigung bestand, der Mitarbeit der städtischen Behörden den Vorrang vor den privaten Einrichtungen zu geben; die Regierung gab deutlich zu verstehen, daß sie es besonders auf dem Lande für nicht ausgeschlossen hielte, daß bei den städtischen Behörden derartige Elemente die Oberleitung ausüben würden, daß es mit der Anwendung des Landarbeitergesetzes, wenn sie ausschließlich von ihrer Hilfe abhängig wäre, bedenklich aussehen würde. Man hat nicht die Absicht, verschiedene derartige Vereine an ein und demselben Orte wirksam sein zu lassen, so wie dieses bei dem Wohnungsgesetz geschah. Das Land wird in Kreise eingeteilt, in deren Grenzen eine Vereinigung oder Stiftung wirksam ist; ein solcher Kreis kann mehr als eine Gemeinde umfassen, ist jedoch niemals größer als das Rechtgebiet eines Amtsgerichts. Das Arbeitsfeld der Gemeinden erstreckt sich natürlich nur über die Gemeinden selbst, da sonst die Anzahl der Konflikte zwischen den Gemeindevorständen ins Unendliche gehen würde.

Digitized by Google

Will sich also eine Vereinigung der Ausführung des Landarbeitergesetzes widmen, so muß sie die königliche Anerkennung nachsuchen und in ihren Statuten festlegen, über welches Gebiet sie ihre Arbeiten auszudehnen gedenkt. Ist einmal eine Vereinigung oder Stiftung auf einem bestimmten Gebiet bei der Arbeit, dann kann ihr keine städtische Behörde dieselbe aus der Hand nehmen und kann ebensowenig eine andere Vereinigung oder Stiftung neben ihr erstehen. Ist jedoch eine städtische Behörde tätig und beschließt man, eine Vereinigung oder Stiftung zu gründen, dann kann das Umgekehrte wohl geschehen, weil der Gesetzgeber scheinbar mehr Vertrauen zu den privaten Einrichtungen als zu den Gemeindebehörden hat, welche auf dem Lande noch oft durch die Ackerbau treibende Bevölkerung beherrscht werden und somit also das Landarbeitergesetz beiseite legen oder es wohl derart auslegen könnten, daß es von etwas bedenklicher Art sein würde. Es muß wohl wundernehmen, daß das Gesetz nicht ebenso wie bei dem Wohnungsgesetz ein Kollegium ins Leben ruft, wie es das Hilfskollegium bei dem Wohnungsgesetz ist; ein zentrales Kollegium also, welches in gewissem Sinn die Aufsicht über die Darlehen und über die Befolgung der Vorschriften führt, und welches auch bei dieser Ausführung als Beistand dienen könnte. Bei der Ausführung dieser neuen gesetzlichen Regelung, welche nun direkt unter einer der Abteilungen des mit Arbeit überhäuften Ministeriums für Ackerbau, Industrie und Handel ressortiert, hätte man solches zweifellos keinen übermäßigen Luxus nennen können.

Welches ist nun die Aufgabe der Vereine oder Stiftungen, welches eventuell die Aufgabe der Gemeinden zufolge dieses Gesetzes? Die Bauvereine müssen dem Wohnungsmangel abhelfen; diese uneigennützigen Körperschaften (Vereine oder Stiftungen) müssen den Wünschen der Nachfrage nach einem „Plaatsje" oder „losse m Land" entgegenkommen. Ein Landarbeiter, der ein „Plaatsje" oder „losses Land" haben möchte, wendet sich an die Vereinigung oder Stiftung; ist diese nicht vorhanden, an die städtische Behörde, welche dann alle notwendigen Maßregeln treffen muß, seinem Wunsche gerecht zu werden. Versteht die Körperschaft oder die Behörde ihre Sache, so sorgt sie durch Ankauf von Land dafür, fortwährend „Plaatsjes" und „losses Land" vorrätig zu haben, die dann unverzüglich angewiesen werden können; wenn sie dieses anfangs nicht tun kann, dann strebt sie danach, ein bestimmtes, angewiesenes „Plaatsje" oder „losses Land" für den Landarbeiter zu bekommen. Mißlingen diese Versuche, so daß also der Landarbeiter enttäuscht würde, so steht der zu gründenden Vereinigung oder Stiftung das Recht zu, zur Enteignung zu schreiten, welche durch die provinziale Behörde unter Kontrolle der Krone geschieht. Wenn die Körperschaft oder die Gemeindeverwaltung alsdann das „Plaatsje" oder „losse Land" dem Landarbeiter zuerkennt, geschieht solches unter Bedingungen, die für jeden Fall aufs neue gestellt werden. Zu diesen Bedingungen gehört unter anderem, daß der Landarbeiter für den Ankauf eines „Plaatsjes" bemittelt genug sein muß, um ein Zehntel der Kaufsumme bezahlen zu können, während im übrigen die Körper-

Digitized by Google

schaft oder die Gemeindeverwaltung den Kredit gibt, so daß der Landarbeiter es nur mit Hypothek belastet empfängt.

Man braucht wohl kaum zu sagen, daß die Aufgabe der Körperschaften sehr umfangreich sein und in manchen Gegenden ansehnliche Kapitalien erfordern wird. Deshalb bestimmt Artikel 7 des Gesetzes, daß den Gemeinden zinstragende Vorschüsse zur Beförderung des Zwecks des Landarbeitergesetzes aus der Reichskasse gegeben werden, während Artikel 8 anordnet, daß zufolge Gemeinderatsbeschlusses zinstragende Vorschüsse den Vereinigungen und Stiftungen gegeben werden, beides also genau wie beim Wohnungsgesetz, das ja auch die Vermittlung der Gemeinden kennt, weil nur dann eine vollkommene Kontrolle für möglich gehalten wird. Im Zusammenhang mit der Aufgabe, welcher sich die Körperschaft unterziehen muß, sind durch allgemeine Maßregeln der Verwaltung (königliche Verordnung, über welche der Kronrat sein Gutachten abgab) nicht nur die Bedingungen festgestellt, zu welchen die Gemeinden und Körperschaften zinstragende Vorschüsse bekommen können, sondern auch die Anforderungen, denen die Körperschaften genügen müssen, wenn man sie anerkennen soll.

Der ursprüngliche Entwurf bezweckte, Körperschaften einzurichten zum unmittelbaren Kontakt mit den Landarbeitern; sie sollten Zwischenpersonen sein zwischen den Landarbeitern und den Stiftungen oder Vereinen oder Gemeindeverwaltungen an den Orten, an denen keine Vereinigung oder Stiftung gebildet wird. Diese Landarbeiterkommissionen, wie man sie nennt, sollten für jeden Kreis durch die provinziale Verwaltung ernannt werden und müssen mindestens einen Landarbeiter zu ihren Mitgliedern zählen. Sie sollten sich unmittelbar mit den Landarbeitern in Verbindung setzen, diesen mit Rat und Aufklärung zur Seite stehen und außerdem die Aufsicht darüber zu führen haben, in welchem Zustand sich die in Eigentum oder Pacht gegebene Liegenschaft befinden. Man hat gegen die Errichtung dieser Kommissionen viel Argumente aufs Tapet gebracht; das hauptsächlichste war wohl, daß man sie für durchaus unnötig hielt. Denn die Vereine oder Stiftungen, welche mutmaßlich bald in genügender Zahl errichtet werden, so sagte man, können in jeder Hinsicht kompetent erachtet werden, um die Landarbeiter zu belehren; besondere Kommissionen sind dafür nicht nötig. Auch können diese Vereinigungen oder Stiftungen oder sogar auch die Gemeindeverwaltung genügende Aufsicht über die Liegenschaften führen; man stellte die Frage, ob diese Aufsicht nicht überhaupt unnütz ist, da der beteiligte Landarbeiter doch selbst das größte Interesse daran hat, daß sich sein Acker in gutem Zustande befinde. Jedenfalls hat Minister Treub bei der Umarbeitung dieses Gesetzes die Landarbeiterkommissionen daraus entfernt, so daß jetzt also direkte Beratung zwischen den Vereinigungen oder Stiftungen oder der Gemeindeverwaltung und dem beteiligten Landarbeiter erforderlich sein wird. In Anbetracht der Verhältnisse, wie sie meistens auf dem Lande sind, ist dagegen im allgemeinen nichts einzuwenden.

Digitized by Google

Das Landarbeitergesetz stellt natürlich auch einige Anforderungen an die Landarbeiter, die aus diesem Gesetz Vorteil ziehen können. Wer um ein „Plaatsje" in Eigentum oder um „losses Land" in Pacht ersucht, muß Niederländer sein, muß geschickt für seine Arbeit sein und ein gutes, sittliches Betragen haben; er muß mindestens fünfundzwanzig Jahre alt sein, und will er ein „Plaatsje" als Eigentum erhalten, darf er nicht älter als fünfzig Jahre sein. Das „Plaatsje", um welches ersucht oder das angewiesen wird, muß sich für den Zweck eignen, und darf einschließlich der ersten nötigen Verbesserungen an bestehenden Baulichkeiten und Land nicht mehr als 4000 Gulden kosten; das „losse Land", welches man in Pacht bekommen kann, muß in der Nähe der Wohnung des Landarbeiters liegen, es muß zweckmäßig sein, und der jährliche Pachtpreis darf nicht mehr als 50 Gulden betragen und keinesfalls in gleichem Verhältnis erheblich höher sein als derjenige von gleichem Grund und Boden von entsprechender Beschaffenheit und Lage. Nun kann es vorkommen, daß ein Landarbeiter ein bestimmtes „Plaatsje" im Auge hat und sich vorher von der Möglichkeit, dieses „Plaatsje" in Eigentum bekommen zu können, vergewissert hat; die Vereinigung oder Stiftung hat dann nichts anderes mehr zu tun, als die finanzielle Möglichkeit der Eigentumsübertragung zu verwirklichen. Nun kann es auch passieren, daß der beteiligte Landarbeiter ein „Plaatsje" im Auge hat, welches der Besitzer nicht abtreten will; dann muß die Vereinigung oder Stiftung aus den vorrätigen „Plaatsjes" dem Landarbeiter Angebote machen, und genügen diese seinen Anforderungen nicht, so wird Enteignung der von ihm verlangten Parzelle in Erwägung gezogen werden. Schließlich gibt es eine dritte Möglichkeit; nämlich die, daß der Landarbeiter keinen bestimmten Wunsch hat und der Vereinigung oder Stiftung mehrere „Plaatsjes" zur Verfügung stehen. Dann kann ihm eines dieser „Plaatsjes" zugewiesen werden; aber in diesem Fall sowohl als auch in anderen Fällen kann eine definitive Übereinstimmung zwischen dem Landarbeiter und der Vereinigung oder Stiftung erst dann zustande kommen, wenn das „Plaatsje", welches er bekommen soll, definitiv angewiesen ist. Die Termine, welchen das Gesetz Rechnung trägt, beginnen dann auch erst von dem Augenblicke ab, in welchem man wegen des „Plaatsjes" zur Übereinstimmung gekommen ist.

Die Mühewaltungen der Vereinigung oder Stiftung sind natürlich doppelte; erstens dienen sie dazu, dem Landarbeiter den Erwerb eines „Plaatsje" als Eigentum oder die Pachtung von „lossem Land" zu ermöglichen. Die Vereinigung oder Stiftung muß also wohl gehörig jede mögliche Gelegenheit benutzen, um sich vorher die Verfügung über ein „Plaatsje" und über Parzellen „lossen Landes" zu versichern, will sie ihre Aufgabe nach Gebühr ausführen können. Überdies jedoch muß der Verein finanziell die Übertragung des Eigentums oder die Pacht des „lossen Landes" ermöglichen, und zwar zu Bedingungen, die zweifellos auf keinen großen Gewinn berechnet sind. Die Vereinigungen oder Stiftungen werden also

Digitized by Google

wohl auch für den Verkauf von nicht sofort in Benutzung genommenen „Plaatsjes" oder „losſen Ländereien" über etwas Kapital verfügen müſſen. Dieſes ſoll ihnen von den Gemeindeverwaltungen gegen 4 Prozent geliehen werden, während die Gemeindeverwaltungen es aus der Reichskaſſe erhalten können. Die dafür nötigen Beſtimmungen ſind in dem Geſetz und in der zur Ausführung desſelben getroffenen königlichen Verordnung enthalten; dabei iſt es jedoch der Übereinkunft zwiſchen Landarbeiter und Vereinigung oder Stiftung überlaſſen worden, die nötigen Maßregeln zu treffen, daß das Geld tatſächlich ſeinen Zweck erfüllt. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die Beſtimmungen der ausführenden königlichen Verordnung nur ihre Zuſtimmung zur Gründung der Vereinigungen geben, welche den ausſchließlichen Zweck haben, die Ausführung des Landarbeitergeſetzes zu behandeln. Ackerbau- und dergleichen Vereinigungen, die einen vielfachen Zweck verfolgen, können ſich demnach nicht teilweiſe der Beförderung des Landarbeitergeſetzes widmen, ſondern müſſen eine Körperſchaft gründen, die ſich ausſchließlich dieſer Aufgabe unterzieht, oder ſie müßten ihre Arbeitsmethode vollſtändig verändern.

Das Landarbeitergeſetz gibt Vereinigungen und Stiftungen die Verfügung über große Rechte. Denn wenn der Fall eintritt, daß eine Vereinigung oder Stiftung keine Parzellen „losſen Landes" in Pacht und kein „Plaatsje" in Eigentum geben kann, wenn Verſuche, auf dem Wege gütlichen Vergleichs, derartige Parzellen oder „Plaatsjes" zu bekommen, mißglücken, kann Enteignung der durch den Vorſtand der Vereinigung oder Stiftung für paſſend erachteten Parzellen verlangt werden. Wohl haben die aufeinander folgenden Miniſter, die mit dieſer Vorlage beſchäftigt waren, die Erwartung ausgeſprochen, daß die Enteignung als Vorbeugungsmittel wirkſam genug ſein werde; indeſſen darf man die Möglichkeit wirklicher Enteignung nicht unterſchätzen. Dieſe Enteignung wird von der Vereinigung oder Stiftung beantragt und von der provinzialen Verwaltung verfügt, während die Krone ſie noch bekräftigen muß. Es iſt dieſes nicht der einzige Fall, bei welchem die provinziale Verwaltung über die Vereinigung oder Stiftung eine ſtrenge Aufſicht führt. Man tat dies auch hinſichtlich der zinstragenden Vorſchüſſe, welche von den Vereinigungen oder Stiftungen bei dem Gemeinderat verlangt werden müſſen; wird ein ſolcher zinstragender Vorſchuß verweigert, ſo daß dann Geſuche von Landarbeitern abgewieſen werden müſſen, ſo kann die Stiftung oder Vereinigung auch an die provinziale Verwaltung appellieren. Daneben berührt es freilich etwas ſeltſam, daß man gleichzeitig in Artikel 37 des Geſetzes beſtimmte, daß die Vereinigung oder Stiftung oder die Gemeinde es dem Landarbeiter nur einmal zu ermöglichen braucht, gemäß dieſem Geſetze ein „Plaatsje" zu bekommen, während Artikel 39 in analogem Sinn beſtimmt, daß dem Landarbeiter, dem die Möglichkeit gegeben wurde, „losſes Land" zu pachten und welcher davon keinen Gebrauch gemacht hat, bis zwei Jahre nach dieſer Beſchlußnahme kein „losſes

Digitized by Google

Land" verschafft zu werden braucht. Natürlich liegt hierbei die Absicht zugrunde, daß die Landarbeiter, die es angeht, einsehen müssen, daß sie nicht das Tuch an fünf Zipfeln fassen können und daß sie die Verantwortung ihrer Entscheidung fühlen sollen. Und der Minister sagte bei den mündlichen Beratungen, daß hier ja nur die Rede sei von „brauchen" und daß damit keinesfalls gesagt sei, daß der Vorstand von Stiftung oder Gemeinde nicht dazu berechtigt wäre, einem solchen Landarbeiter zum zweiten Male zu helfen. Der Minister setzte sogar voraus, daß in Fällen, in welchen der Landarbeiter mit Recht eine Parzelle zurückgewiesen haben sollte, ihm dieses nicht auf sein Debet überschrieben werden dürfe. Jedoch kann man in den ausgetauschten Stücken häufig lesen, daß auch die Regierung der Mitarbeit der Gemeindeobrigkeit nicht allzusehr vertraut. Ist hier nun nicht, leider, den Gemeindeverwaltungen ein Mittel in die Hand gegeben, um den Zweck des Landarbeitergesetzes, wenn auch nicht zunichte zu machen, so doch zu beeinträchtigen? Denn ein Landarbeiter, der nicht genau die Bedeutung dieses Gesetzes kennt, wird vielleicht, wenn ihm beschwerende Bedingungen auferlegt werden, eine Parzelle verweigern und dann kraft dieses Gesetzes im selben Kreis für ein „Plaatsje" fernerhin nie mehr in Betracht kommen und für „los Land" innerhalb zweier Jahre nicht.

Wenn das Landarbeitergesetz einerseits die Interessen des Landarbeiters wahrnimmt, wenn es Enteignung erlaubt, um seinem Wunsche nach einem „Plaatsje" oder „losem Land" gerecht zu werden, unterläßt es auch nicht die Interessen derjenigen wahrzunehmen, deren Land enteignet wird. Der Beschluß der Enteignung wird natürlich nicht eher gefaßt, bevor nicht die Beteiligten Gelegenheit hatten, ihre Beschwerden anzubringen, und nachdem es sich ergeben hat, daß mindestens zwei Anfragen nach einem „Plaatsje" oder fünf Anfragen nach „losem Land" abgewiesen werden müßten. Für den Zweck, welchen die Enteignung verfolgt, muß ein ausgearbeiteter Grundriß mit ausführlichen Karten und mit deutlicher Angabe der Besitztümer, welche enteignet werden sollen, auf dem Sekretariat der Gemeinde niedergelegt werden; darüber erfolgt Mitteilung in den örtlichen Zeitungen, und zufolge dieser Niederlegung können die Beteiligten innerhalb vierzehn Tagen ihre Beschwerden einreichen. Die provinziale Obrigkeit faßt innerhalb vier Monaten nach Ablauf des Termins der Niederlegung einen begründeten Beschluß, sie kann demselben eine nähere Untersuchung vorausgehen lassen; sie muß beschließen, dann nicht zu enteignen, wenn dadurch ein größeres Ganzes, zu welchem die zur Enteignung angewiesenen Besitztümer gehören, sich dann nicht mehr für den Betrieb, der darauf ausgeübt wird, eignen sollte. Wenn die Enteignung ausgesprochen ist, so legt die enteignende Partei auf der Kanzlei des Gerichtes den Beschluß der provinzialen Obrigkeit und die königliche Billigung vor und gibt damit zu erkennen, daß die Bestimmungen des Gesetzes befolgt sind. Das Gericht stellt die Schadenvergütung fest, wobei es sich nicht um Zimmerwerte oder Veränderungen kümmert, welche nach

Digitized by Google

der Vorlegung der Pläne gemacht sind, und wobei sie als wirklichen Wert den Verkaufswert annimmt, in dem Sinne, daß der Zweck, zu welchem die Enteignung geschieht, darauf keinen Einfluß haben darf.

Es ist nicht zu leugnen, daß das Enteignungsgesetz hierdurch ein großes und bis jetzt beinahe ungekanntes Anwendungsgebiet bekommt. Der Zweck ist dieser Vergrößerung des Anwendungsgebietes jedoch durchaus würdig, und diejenigen, die glauben, daß zu einer intensiven Bearbeitung des Ackers ermutigt werden soll, werden in dieser Hinsicht die Spaltung in kleine Parzellen sicherlich mit Freuden begrüßen. Man glaubte anfänglich, daß es daneben wünschenswert sein würde, in dem Gesetz die Garantie festzulegen, daß das angewiesene „Plaatsje" oder „losse Land", also eventuell die enteignete Parzelle, zu dem beabsichtigten Zweck tatsächlich verwendet wird. Darum wurde anfangs in einer Reihe von Paragraphen über die „Gebundenheit hinsichtlich der Liegenschaften" gesprochen und wurden dem Landarbeiter folgende Beschränkungen auferlegt: das Land mußte so, wie es ist, bebaut werden; es mußte so urbar gemacht werden, es durfte kein Grund und Boden mit hinzugenommen werden und dergleichen mehr. Bei der schriftlichen Beantwortung wurden diese Bestimmungen aus dem Gesetz entfernt; aber bei der mündlichen Verhandlung kam es zu einem Vorschlag, der dem Landarbeiter verbot, das „Plaatsje" zu vermieten, auf andere Weise in Benutzung zu geben oder zu veräußern; ein Verbot, es mit Hypotheken zu belasten; eine Bestimmung, welche Übereinkünfte, die mit einem dieser Verbote im Widerspruch standen, für nichtig erklärte. Es ergab sich, daß die Kammer eine derartige Freiheitsbeschränkung des Landarbeiters nicht haben wollte; die betreffenden Paragraphen wurden abgelehnt.

Nun blieb jedoch die Frage, ob die Vereinigung oder Stiftung oder die Gemeindeverwaltung, die dem Landarbeiter die Parzelle zuteilt, das Recht hat, solche beschränkenden Bestimmungen in dem Kontrakt, der mit dem Landarbeiter persönlich abgeschlossen wird, festzulegen. Eine Vorlage, die das ausdrücklich verbieten sollte, wurde ebenfalls verworfen. Damit vollständig übereinstimmend hat der Landwirtschaftsminister bei der Verhandlung in der Ersten Kammer erklärt, daß er aus Anlaß dieser getroffenen Entscheidungen in der Ausführungsverordnung keine Freiheitsbeschränkung des Landarbeiters durchführen kann; ebensowenig jedoch würde er in der Verordnung der Stiftung oder Gemeindeverwaltung verbieten, derartige Beschränkungen in die Kontrakte aufzunehmen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Beschränkungen häufig vorkommen werden; man kann nicht nur annehmen, daß eine Berufung, die bei der Provinzialbehörde in dieser Hinsicht eingelegt wird, oft Erfolg haben wird, sondern sie würden die Landarbeiter auch davon zurückhalten, die Parzelle anzunehmen, besonders im Hinblick auf die Möglichkeit, daß sie eines Tages fortziehen wollen.

Nehmen wir nun einmal an, daß der Landarbeiter in den Besitz seines „Plaatsjes" gekommen ist oder daß er sein „losses Land" gepachtet hat.

Digitized by Google

Was bestimmt das Gesetz hinsichtlich der Abtragung seiner Schulden, hinsichtlich der Erlangung vollständigen Eigentumsrechts an dem „Plaatsje"? Der Landarbeiter, der ein „Plaatsje" als Eigentum erhält, bezahlt in den ersten drei Kalenderjahren einen festen Zins von 4 Prozent von dem Betrag der Kaufsumme; danach erfolgt die Bezahlung dieses Zinses zusammen mit der Abtragung der Schuld in 30 Annuitäten, von denen jede 5⅘ Prozent der genannten Summe beträgt. Dem Landarbeiter wird Gelegenheit gegeben, sowohl den Zins als auch die Annuitäten in wöchentlichen Terminen zu bezahlen; über Vorbezahlung und Zurücknahme des vorbezahlten Betrages wird stets zwischen den Parteien eine Übereinkunft getroffen. Zur Sicherheit der Bezahlung des schuldigen Betrages bewilligt der Landarbeiter eine erste Hypothek auf das „Plaatsje"; die Notare sind dazu verpflichtet, ihre Dienste für das Aktenstück, das dafür gemacht werden muß, unentgeltlich zu leihen.

Das „losse Land" wird unter der Hand und schriftlich gepachtet; die Pachtvereinbarung enthält eine Regelung betreffs des Wiedermietens. An einen Landarbeiter, dessen Pacht, die er gemäß diesem Gesetz angetreten hat, durch eigenes Zutun beendet ist oder enden wird, sei es in der Zwischenzeit oder durch Ablauf des Termins ohne Erneuerung der Miete, braucht zwei Jahre lang nach Beendigung der Pacht kein Land verpachtet zu werden. Es ist wohl zu verstehen, daß man Maßregeln ergreifen wollte, durch welche verhindert wird, daß dem Landarbeiter ohne weiteres nach Ablauf seiner Pacht diese Pacht gekündigt werden sollte. Gleichwohl mußte man sich schon mit einer allgemeinen Bestimmung betreffs Erneuerung der Miete zufriedenstellen und den Parteien überlassen, wie die Regelung betreffs der Erneuerung der Miete sein soll; denn es ist unmöglich, in das Gesetz die Fälle aufzunehmen, in welchen der Verpachter zur Erneuerung der Miete gezwungen sein, und die Fälle zu erwähnen, in welchen der Pächter sein Recht auf Erneuerung der der Miete verlieren soll.

*

Das Landarbeitergesetz ist ein Experiment, jedoch ein Experiment von großer sozialer und ökonomischer Bedeutung, weshalb es unserer Ansicht nach richtig gedacht ist, daß man nicht das eigentliche Gebiet des Landarbeitergesetzes überschritten und daran nicht mehr oder weniger wichtige Bestimmungen geknüpft hat, welche z. B. den Zweck gehabt hätten, die Lage des Kätners, der Söhne aus kleineren Bauernwirtschaften, zu stärken. Glückt das Experiment des Landarbeitergesetzes, dann wird es nicht nur zur Hebung der ganzen Landarbeiterbevölkerung führen, sondern kann auch für die Produktion des Grund und Bodens nur von Nutzen sein. Glückt das Experiment nicht, dann wird man zuerst untersuchen müssen, welchen Faktoren dies zuzuschreiben ist. Denn ebenso, wie die Resultate des Wohnungsgesetzes davon abhängen, wie die Wohnungsbauvereinigungen ihre Aufgabe auffassen — ebenso ist es für die Ausführung des Landarbeitergesetzes von großer

Digitized by Google

Wichtigkeit, daß Stiftungen oder Vereinigungen in allen Teilen des Landes ins Leben gerufen werden, und daß diese gewissenhaft und mit großem Ernst ihre Aufgabe in die Hand nehmen. Diese Vereinigungen oder Stiftungen können dazu beitragen, daß das Landarbeitergesetz ein Segen für die Landarbeiterbevölkerung wird; sie können aber auch bewirken, daß das Landarbeitergesetz eine Karikatur sozialer Gesetzgebung wird, falls sie die Sache nicht mit genügendem Ernst betreiben. Deshalb ist zu hoffen, daß die Körperschaften in den Niederlanden, welche auf landwirtschaftlichem Gebiete arbeiten oder die Förderung sozialer Arbeiten bezwecken, in dieser Richtung tatkräftig vorgehen werden. Seitdem die königliche Verfügung vom 27. November vorigen Jahres die Ausführungsbestimmungen für das Landarbeitergesetz festgesetzt hat, ist nur erst ein Vorschuß durch königliche Verfügung verliehen worden. Mögen bald mehr folgen, und möge die Aufmerksamkeit nicht nur der Niederlande, sondern auch des Auslands auf dieses wichtige soziale Problem gerichtet bleiben! Wir wissen es wohl, Niederland ist keinesfalls das erste Land, welches Zielen, wie das Landarbeitergesetz sie kennt, nachstrebt. Jedoch gehört es zu den ersten, welche auf diesem Gebiete arbeiten, und ist zweifellos wohl das erste Land, das sich auf so ausführliche und systematische Weise die Förderung der sozialökonomischen Interessen der Landarbeiter zum Ziele setzt!

Eine halbamtliche Darstellung der Marneschlacht 1914[1])

Von

Oberst Freiherr v. Dalwigk (Weimar)

Jetzt, wo zahlreiche falsche Darstellungen der Marneschlacht erschienen sind, erachtet der Verfasser die Zeit für gekommen, um endlich die Wahrheit über diese Riesenschlacht zu enthüllen. Unverkennbar ist seine Darstellung auch ein Schritt näher zur Wahrheit, da sie zum großen Teil auf amtlichen Akten beruht, aber sie scheint mir noch nicht die ganze Wahrheit zu bringen, da der Zweck der Schrift eine durchsichtige Tendenz zum Ausdruck bringt, nämlich „die Zerstörung einer unerhörten Kriegslegende, die Ehrenrettung der deutschen dritten (königlich sächsischen) Armee und ihrer Führung" (des Generaloberſten Freiherrn v. Hausen). Daher muß man abwarten, was die damalige Oberste Heeresleitung sowie die Oberkommandos der 2. und 4. Armee zu den Behauptungen des Herrn Verfassers sagen, ehe man ein abschließendes Urteil über jenen überaus interessanten und spannenden Abschnitt des Krieges fällen kann.

Unbestreitbar ist, daß der Verfasser sich dadurch, daß er einen großen Teil der Befehle der Obersten Heeresleitung und eine große Anzahl von Funksprüchen zwischen den einzelnen Befehlsstellen veröffentlicht, ein nicht zu unterschätzendes Verdienst um die Geschichtschreibung des Krieges erworben. Aber auch seine im allgemeinen sachlich

[1]) Die Marneschlacht 1914, insbesondere auf der Front der deutschen 8. Armee. Nach den Kriegsakten bearbeitet von Generalmajor Baumgarten-Crusius. Leipzig 1919, Max Lippold.

Digitized by Google

gehaltene Schilderung der Operationen und seine meist von gutem militärischem Urteil zeugenden taktischen und strategischen Erörterungen verdienen unsere volle Anerkennung, wenn man auch in manchen Einzelheiten anderer Ansicht sein wird. Nachdem der Herr Verfasser den Aufmarsch der beiderseitigen Heere an der Westgrenze geschildert hat, wie er schon durch die Veröffentlichungen des Generalstabs (Heft Lüttich-Namur), Stegemanns, Eglis und Bircher bekannt war, wendet er sich den Ereignissen zu, die sich um den Sambre- und Maasabschnitt abspielten. Seine Auseinandersetzungen über das nicht ganz einwandfreie Zusammenwirken der 2. (Bülow) und 3. Armee sind höchst bemerkenswert und lehrreich. Dennoch glaube ich nicht, daß die Einsetzung eines Heeresgruppenkommandos, etwa für die fünf Armeen des West- oder Stoßflügels, restlos alle Reibungen zwischen den einzelnen Armeen beseitigt hätte. Dann schon lieber zwei Heeresgruppen: die erste für die 1., 2. und 3., die zweite für die 4. und 5. Armee. Sicherlich hätte bei besserem Zusammenwirken der 2. und 3. Armee ein Kannä westlich der Maas zustande gebracht werden können. Dazu hat ja aber auch die Oberste Heeresleitung die nötige Direktive in Schlieffenschem Sinne gegeben: „Vormarsch aller verfügbaren Teile der 3. Armee südlich Givet über die Maas!" Ganz wie Napoleon bei Bautzen dem Marschall Ney die Marschrichtung auf den Kirchturm von Preititz gab, ganz wie er am 23. August 1813 beabsichtigte, nicht auf Dresden, sondern auf Stolpen, in den Rücken der feindlichen Armee, zu marschieren, so gab die Oberste Heeresleitung dem Armeeoberkommando 3 den Gedanken der Vernichtung des Feindes ein. Es ist also, soweit man bis jetzt übersehen kann, nicht die Schuld des Großen Hauptquartiers, wenn damals kein Kannä zustande kam. Vielmehr ist dies dem Entschluß der 3. Armee vom 24. August, 5 Uhr 50 Minuten früh, zuzuschreiben, der den richtigeren Armeebefehl von 2 Uhr 30 Minuten früh aufhob, um dem Hilferuf der Armee Bülow, in westlicher Richtung anzugreifen, nachzukommen. Mochte die 2. Armee in eine schwierige Lage kommen, um so besser! Der den Engländern weit überlegenen 1. Armee (6 Armeekorps und 2 Kavalleriedivisionen gegen 2 Armeekorps und 1 Kavalleriedivision) konnte es nicht schwer werden, ihren Gegner zu schlagen, dann war die 5. französische Armee auch in der linken Flanke bedroht. Die Nachricht aber, daß starke feindliche Kräfte von Fumay auf Marienbourg vordrangen, würde Lanrezac, den Führer dieser Armee, dem French ein nur geringes Verständnis für Kriegführung zuschreibt, zum sofortigen Rückzuge veranlaßt haben. Tatsächlich kam der von der 2. Armee erwartete Kampf nicht zur Auswirkung (S. 35). Eine Darstellung dieser Krisis aus berufenem Munde der 2. Armee wäre allerdings sehr erwünscht, weil nach Baumgartens Darstellung deren Führung vom 21. bis 24. August einen ungünstigen Eindruck macht.

Der Herr Verfasser fragt mit Recht, warum die Sperrfeste Givet nicht einfach überrannt worden ist, wie dies mit dem ähnlich gelegenen belgischen Sperrfort Huy geschah. Der beabsichtigte Vorstoß der 3. Armee gegen den Rücken Lanrezacs wäre dadurch bedeutend wirkungsvoller geworden. Auch dem im „Rückblick" (S. 38—44) über die Möglichkeit einer Einkreisung der Franzosen und Engländer im „Sambresack" Gesagten kann man im allgemeinen zustimmen. Nur wiederhole ich, daß dieser Erfolg bei einem einträchtigeren Zusammenwirken der drei Flügelarmeen auch ohne Mitwirkung der Obersten Heeresleitung hätte erzielt werden können. Andererseits hätte diese energischer ihren richtigen Gedanken, die Maas südlich Givet überschreiten zu lassen, durchfechten müssen. Ich erinnere an die Zähigkeit, mit der Moltke Ende Juni 1866 den zögernden Vogel von Falkenstein zur Einkreisung der hannoverischen Armee anhielt. Ich übergehe nun allerlei Einzelheiten der Darstellung, um auf die überaus bemerkenswerten Weisungen und Anordnungen der Obersten Heeresleitung vom 28. August (Tag des Eintreffens) zu kommen, die meines Wissens bisher unbekannt waren. Sie geben uns ein klares Bild von der Lage, wie sie im Großen Hauptquartier beurteilt wurde, und von den Absichten für die nächsten Tage. Diese Weisungen sprachen sich über den Feind folgendermaßen aus:

Digitized by Google

„Die Franzosen befinden sich — wenigstens mit der nördlichen und mittleren Gruppe — im vollen Rückzuge in südwestlicher und westlicher Richtung, also auf Paris. Sie werden auf dem Wege dahin voraussichtlich erneuten und hartnäckigen Widerstand leisten. Alle aus Frankreich eingehenden Nachrichten bestätigen, daß man um Zeitgewinn kämpft, daß es sich darum handelt, den größten Teil der deutschen Kräfte vor der französischen Front zu fesseln, um eine Offensive der Russen zu erleichtern."

Wir wissen nicht, aus welchen Tatsachen die Oberste Heeresleitung die Schlußfolgerung zog, daß der Feind in südwestlicher oder gar westlicher Richtung, also auf Paris, zurückging. Allem Anschein nach war die Rückzugsrichtung aller französischen Armeen höchstens südwestlich, wenn nicht südlich, wie dies ja durch die Darstellung auf Seite 54 dieses Buches bestätigt wird. Dieser offenbar unzutreffenden Ansicht entsprechend gaben die Anordnungen der Obersten Heeresleitung der 1. Armee die Richtung „westlich der Oise gegen die untere Seine" (also unterhalb Paris, etwa bei Mantes und Vernon), der 2. Paris selbst, der 3. Chateau-Thierry, der 4. Epernay, der 5. Chalons-Vitry le François.

Man muß zugeben, daß diese Anordnungen, wenn sie aufrechterhalten werden konnten, die Überflügelung Klucks durch Maunourys 6. Armee zwar unmöglich gemacht hätten, aber neben der ungeheuren Ausdehnung der Front einem aufmerksamen Gegner, wie es Joffre war, Gelegenheit zu einem ebenso gefährlichen Flankenstoße aus der Linie Verdun-St. Dizier gegeben hätten. Aber, wie aus den weiteren Anordnungen hervorgeht, rechnete Moltke mit Bestimmtheit auf eine Durchbrechung der Sperrfortlinie. Dies scheint wenigstens aus dem Absatz hervorzugehen, der folgendermaßen lautet:

„Die 6. Armee mit 7. Armee und Heereskavalleriekorps 3 hat zunächst im Anschluß an Metz ein Vordringen des Gegners in Lothringen und in das Oberelsaß abzuwehren. Geht der Gegner zurück, so überschreitet die 6. Armee die Mosel zwischen Toul und Epinal und nimmt die allgemeine Richtung auf Neufchâteau (südlich Toul). Der Armee fällt dann der Schutz der linken Flanke des Heeres zu."

Ja, wenn das möglich gewesen wäre! Das berühmte „Loch von Charmes", das in jeder strategischen Betrachtung über einen Krieg an der Westgrenze eine so große Rolle spielte, war eine Enttäuschung mehr! Nun versteht man auch, warum man nicht gleich nach der siegreichen Lothringer Schlacht zwei bis drei Armeekorps auf die Bahn setzte und nach Amiens warf! Man wiegte sich in der trügerischen Hoffnung, sie binnen kurzem auf dem linken Flügel der 5. Armee oder gar in der Flanke der 3. französischen Armee zu sehen.

Doch ich komme zu den Schicksalen der 3. Armee zurück. Dieser gelang es ein zweites Mal leider nicht, einen entscheidenden Erfolg zu erringen. Von beiden Nachbararmeen abwechselnd um Hilfe angerufen, wird ihre Führung täglich vor schwerwiegende Entschlüsse gestellt, in welcher Richtung die Entscheidung liegt, und das Ergebnis ist, daß die erhoffte Einkreisung der 4. französischen Armee mißlingt, ohne daß man dem Armeeoberkommando einen Vorwurf daraus machen könnte. Der Herr Verfasser gibt auch hier dem Fehlen einer straffen Oberleitung die Schuld. Er verlangt das Zusammenfassen mehrerer Armeen in Heeresgruppen, und diesmal muß man ihm wohl recht geben.

„Vielleicht hätte die Ernennung Bülows zum Oberbefehlshaber der Gruppe West (1. bis 5. Armee) am einfachsten alle Schwierigkeiten gelöst. Generaloberst v. Bülow genoß als willensstarker, erprobter Führer in der ganzen Armee das größte Ansehen. Inmitten der Stoßgruppe der Armeen 1—5 anwesend, hätte er alle Reibungen gewiß auf kürzerem Wege aus der Welt geschafft, als das viel zu ferne, mehr und mehr den lawinenartig sich überstürzenden Ereignissen nachbleibende, viele Reibungen der gewaltigen Stoßmaschine gar nicht ahnende Große Hauptquartier in Luxemburg."

Am 3. September war die Oberste Heeresleitung zu einer gänzlich anderen Auffassung der Lage gekommen. Sie befahl:

Digitized by Google

„Die Franzosen sind in südöstlicher Richtung von Paris abzudrängen. Die 1. Armee folgt gestaffelt der 2. Armee und übernimmt weiterhin den Flankenschutz des Heeres. Erscheinen von Heereskavallerie vor Paris sowie Zerstörung aller nach Paris führenden Straßen erwünscht."

Dieser Befehl wurde der wirklichen Kriegslage auf dem Westflügel nicht gerecht. Bereits am 29. August hatte man östlich Amiens Gefangene vom französischen VII. Korps gemacht, das vorher bei Mülhausen im Elsaß gefochten hatte. Am 1. und 2. September gelangte das deutsche II. Armeekorps mit der über Clermont und Senlis nach Paris zurückgehenden Armee Maunoury wieder in Gefechtsberührung. Aber unentwegt setzte die 1. Armee den Marsch nach Südosten, gegen Paris nur durch das IV. Reservekorps gesichert, fort und strebte mit vier Armeekorps in breiter Front dem Grand Morin zu. Wie Generaloberst v. Kluck und sein ausgezeichneter Stabschef Kuhl zu diesem Entschluß kamen — denn beiden ist wohl nicht zuzutrauen, daß sie einen so unzweckmäßigen Befehl blindlings befolgten —, darüber gibt uns unser Buch leider keine Aufklärung.

Es beginnt nun des Trauerspiels Abschluß: die Schlacht südlich der Marne. Der Befehl Joffres für diese größte Schlacht aller Zeiten ist schon bekannt; wir erfahren nun auch, was Moltke befohlen hat, doch kann ich davon leider nur Einzelnes anführen, nur einige Hauptpunkte hervorheben.

„Der Gegner hat sich dem umfassend angesetzten Angriff der 1. und 2. Armee entzogen und mit Teilen den Anschluß an Paris erreicht. Ein Abdrängen des gesamten französischen Heeres gegen die Schweizer Grenze in südöstlicher Richtung ist somit nicht mehr möglich." Diese Sätze lassen uns einen tiefen Blick in die Gedankenarbeit Moltkes tun. So wie sein großer Oheim das Heer Napoleons III. gegen die belgische Grenze drücken wollte, so beabsichtigte der Neffe, die Armeen der Republik über die Schweizer Grenze zu werfen. Aber doch erst dann, als erkannt war, daß Joffres Truppen nicht nach Paris, sondern nach Süden zurückgingen. War dieser Gedanke durchführbar? Ich wage darüber kein Urteil zu fällen; doch kann man der Kühnheit des Planes seine Anerkennung nicht versagen.

Immer noch hielt die Oberste Heeresleitung an dem Gedanken fest, die 6. und 7. Armee zur Hauptentscheidung heranzuziehen:

„4. und 5. Armee haben durch unentwegtes Vorgehen in südöstlicher Richtung der 6. und 7. Armee den Übergang über die obere Mosel zu öffnen. Rechter Flügel der 4. Armee über Vitry (le François, worauf vorher der linke Flügel der 5. Armee angesetzt war)."

Ich muß es mir leider versagen, der eingehenden und fesselnden Schilderung zu folgen, die der Herr Verfasser von den Kämpfen an der Marne, besonders bei der 3. Armee, gibt.

Das Endurteil gipfelt darin, daß für die 2. Armee kein Grund zum Rückzuge gegeben war, da die 3. bis 5. Armee im kräftigen Vordringen waren, Kluck die Lage beherrschte und mindestens noch das halbe III. Korps in Reserve hatte. Stand doch in vielen Phasen des Krieges im Osten unsere Sache viel schlechter, und dennoch wurde nicht zurückgegangen. Ich glaube, der Herr Verfasser urteilt hier zu optimistisch. Wenn er selbst zugibt, daß die deutschen Armeekorps damals eine Durchschnittsstärke von 12000 bis 15000 Gewehren hatten, daß 40 deutschen Infanteriedivisionen 58½ französische und englische gegenüberstanden, daß ferner die Überlegenheit des französischen Feldgeschützes derart war, daß die 3. Armee ihre Infanterieangriffe mit Vorliebe in die Dunkelheit verlegte — dann kann man kaum an einen noch möglichen Sieg glauben. Etwas anderes wäre es natürlich gewesen, wenn das XI. und Gardereservekorps, sowie die sächsische Kavalleriedivision nicht nach dem Osten transportiert worden (Hindenburg siegte auch ohne sie bei Tannenberg und hätte auch Mittel gefunden, ohne sie wenigstens die Weichsellinie zu halten), sondern an der Marne zur Stelle gewesen wären, wenn ferner die 6. Armee nach der siegreichen Lothringer Schlacht die Offensive auf-

Digitized by Google

gegeben und zwei Korps zu Klucks Armee geschickt hätte. Daß dies technisch möglich war, ist mir versichert worden.

Eins steht fest: Der zähere französische Wille hat gesiegt. So wie der zähere Wille der Ententevölker schließlich über den durch pazifistische Strömungen verweichlichten Willen der Mittelmächte gesiegt hat. An der Marne fing es an. Wenn aber der Herr Verfasser sagt: „Damit war der Weltkrieg für die Mittelmächte tatsächlich verloren", so kann ich ihm darin nicht zustimmen. Mehr als einmal waren wir dicht daran, die Partie zu gewinnen.

Wir müssen aber dem Herrn Verfasser dankbar sein, daß er uns einen großen Schritt näher zur Wahrheit geführt hat, und empfehlen sein Buch jedem, der sich für jene unheilvolle Schlacht, in der trotzdem so unendlich viel Großes von unseren Führern und unseren Truppen geleistet worden ist, interessiert. Leider lassen die Ausstattung des Werkes und besonders die Karten viel zu wünschen übrig.

Literarische Berichte

Briefwechsel zwischen Theodor Storm und Eduard Mörike. Mit 25 bisher unveröffentlichten Bildnissen und 17 weiteren Beigaben. Herausgegeben von Hanns Wolfgang Rath. Stuttgart, Julius Hoffmann. M. 6.—, geb. M. 9.—.

Dem köstlichen Bändchen der Mörike-Schwind-Briefe läßt jetzt H. W. Rath als Gegenstück eine allen Freunden der beiden Dichter hochwillkommene neue Ausgabe des längst vergriffenen Briefwechsels zwischen Storm und Mörike folgen. Briefwechsel ist für den Austausch schriftlicher Lebenszeichen zwischen dem holsteinischen und dem schwäbischen Dichter ein etwas euphemistischer Ausdruck: fast immer hören wir Storm von seiner Familie, seiner Heimat usw. erzählen, während Mörike manchmal Jahre braucht zum Antworten, so daß auch Storm schließlich verstummt. Es war ein guter Gedanke des Herausgebers, diesen bisher fast durchweg schon bekannten Briefen noch eine Reihe solcher anzufügen, die nach Mörikes Tod zwischen Storm und den Seinen auf der einen, Mörikes Witwe auf der andern Seite noch anderthalb Jahrzehnte lang gewechselt wurden; sie sind ein schönes Zeugnis für die treue Anhänglichkeit Storms an den von ihm so innig verehrten älteren Dichter. Dann aber gibt auch die große Zahl von Bildbeigaben dem schmucken Band besonderen Reiz und Wert. Der wehmütige Hauch einer längst entschwundenen, idyllisch einfachen Zeit liegt über all diesen Daguerreotypien und Silhouetten, deren Anblick das geschriebene Wort der Briefe eigenartig belebt. — Der Herausgeber war auch wieder sorgfältig darauf bedacht, durch Anmerkungen alles sachlich Wissenswerte zu erläutern; nur sollten doch diese Anmerkungen nicht, allein durch eckige Klammern vom Text der Briefe geschieden, diesen, oft auf mehrere Zeilen unterbrechen, sondern am Ende jedes einzelnen Briefes angefügt sein. —ss—

Herders dramatische Dichtungen. Von Amand Treutler („Breslauer Beiträge zur Literaturgeschichte", herausgegeben von Koch und Sarrazin, n. F. 45. Heft). Stuttgart, J. B. Metzlersche Buchhandlung. M. 7.50.

Als Heft 35 der „Breslauer Beiträge" erschien Arthur Koschmieders Untersuchung über „Herders theoretische Stellung zum Drama". Eine Ergänzung dazu ist Treutlers Buch, das sämtliche praktische Versuche Herders auf dem Gebiete des Dramas behandelt, nicht bloß die ausgeführten und geplanten Dramen, sondern auch die Kantaten- und Oratorientextdichtungen sowie die Verwendung des Dialogs als einer Vorstufe und eines Hilfsmittels des wirklichen Dramas. Die umsichtig und mit erschöpfenden Ergebnissen geführte Untersuchung erhält einen besonderen Reiz durch den Anhang ungedruckter dramatischer Stücke aus Herders Nachlaß. Hans Zimmer.

Giorgione. Ein Roman aus der italienischen Renaissance von Max Glaß. Leipzig, G. Merseburger. 349 Seiten. M. 5.— (6.—).

In der wieder zu Ansehen kommenden Gattung kultur- und kunstgeschichtlicher Romane steht dies Werk an bemerkenswerter Stelle. Die Renaissancezeit in Venedig mit ihrem starken und frohgemuten Leben, ihren großen Männern und schönen

Digitized by Google

Frauen, dem Treiben des Volkes, ihren Höhen und Tiefen tritt uns hier anschaulich und doch in vergeistigter Erhöhung der Wirklichkeit entgegen. Die eigentliche Handlung ist bunt und abenteuerlich, aber im ganzen glaubhaft und gut erzählt und geschickt gesteigert bis zu den Schreckensbildern der Pest. Die Charakterzeichnung bleibt zum Teil im Herkömmlich-Romanhaften, ist aber nicht ohne Feinheit und Tiefe. Die begeisterte Andacht zur Schönheit, die aus dem Werke spricht, hat werbende Kraft. Durch einige Kürzungen in Schildereien und Gesprächen würde der Roman gewinnen. H. Brömse.

Der Sinn der humanistischen Bildung. Von Max Hildebert Boehm. Berlin, Georg Reimer. M. 1.50.

Von dem Gedankenreichtum dieser hochbedeutenden Schrift kann hier nur weniges angedeutet werden. Der Verfasser geht aus vom Ideal der humanistischen Bildung als einer zweckfernen, selbstgenügsamen. Sie muß aber „national zentriert" sein, d. h. die klassische Kultur kommt für uns nicht um ihrer selbst willen in Betracht, aber wir dürfen sie anderseits auch nicht vernachlässigen, weil sie unserer geistig-seelischen Art am meisten innerlich verwandt ist, und weil sie in unseren nationalen Werdegang bestimmend eingegriffen hat. Entschlossen legt der Verfasser das Schwergewicht auf das Altertum als Bildungsgehalt, nicht als Bildungsform. Das wichtigste an der Schrift ist, daß sie für eine Verständigung zwischen Humanisten und Germanisten gerade jetzt zur rechten Zeit kommt, wo diese heftiger aufeinanderzuprallen drohen. Z.

Das Leben Jesu. Von Johannes Lepsius. 1. Band. Potsdam, Tempelverlag.

Es gibt Probleme, die sind an sich unlösbar, und doch muß jede Generation sie für sich zu lösen versuchen. Dahin gehört das Problem des Lebens Jesu. Es gehört Mut dazu, sich an diese Aufgabe heranzuwagen; es gehört unendliche Arbeit dazu, ihr auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Lepsius hat es gewagt. Wie soll man über seinen Versuch urteilen? Es wäre leicht, vielerlei Lobendes darüber zu sagen; es wäre noch leichter, allerlei Unvollkommenes namhaft zu machen. (Platt wirkt nur eine Geschichte: Die Hochzeit zu Kana. Ob da nicht eine Abänderung geschaffen werden könnte?) Aber es ist gar zu schwer, solchem Buch wirklich gerecht zu werden. Vieles wird den Leser anheimeln, vieles ihn emporheben, vieles ihn aber auch befremden. Denn die Evangelien, die so schlicht und so erhaben wirken, sind nun einmal keine Biographie Jesu. Die Theologie hat auch schon fast auf eine solche verzichtet und sich begnügt, nur „Hauptprobleme des Lebens Jesu" abzuhandeln. Will man trotzdem ein Leben Jesu zeichnen, muß man dichten können. Und es wird immer subjektiv bleiben, wo man die Grenze zu ziehen hat zwischen dem, was dichterisch erlaubt, ja notwendig ist, und was in das Gebiet der Willkür gehört. So auch in dem vorliegenden Buch. In manchen Teilen tritt das Romanhafte stark hervor (vgl. den Synagogenvorsteher von Kapernaum, das Haus Jesu, die Rolle des Judas). Aber es drängt sich nicht auf und überwuchert nicht. Das Tiefe, Schlichte, Biblische überwiegt bei weitem. Es sind geradezu gewaltige Bilder, wo Johannes der Täufer oder die Speisung der Massen geschildert wird, die Jesus dann zum König machen wollen. Das Herbe, Heroische an Jesu Erscheinung wird vorzüglich herausgearbeitet. Zumeist wird dem Geheimnis das Geheimnisvolle, ja Rätselhafte gelassen. Aber nicht immer wird die Gefahr vermieden, mit dem „Beschreiben" zu stark ein „Erklären" eintreten zu lassen. Es wird nicht alles nach jedermanns Geschmack sein. Aber man nehme womöglich das Buch selbst zur Hand und bilde sich selbst ein Urteil. Es handelt sich um eine interessante und hochbedeutsame Erscheinung in unserer Literatur.

Lic. Dr. Werdermann—Gronsee.

Dostojewski. Zur Kritik der Persönlichkeit. Ein Versuch von Otto Kaus. München, R. Piper & Co. 148 S., M. 3.— (4.—).

Der Verfasser will weder die Weltanschauung Dostojewskis umfassend erörtern, noch sein dichterisches Schaffen vollständig darstellen, sondern als Hauptgegenstand das Verhältnis zwischen beiden Gebieten behandeln. Da jene Weltanschauung im wesentlichen politisch eingestellt war, so wird zur wichtigsten Frage der Zusammenhang und mannigfache Widerspruch zwischen dem politischen Kämpfer und dem Dichter. Es ist anzunehmen, daß die hier gebotenen grüblerischen Gedankengänge den Verfasser selbst zur Klarheit geführt haben, auch zuzugeben, daß sie nicht selten in die Tiefe gehen, aber für den Leser kann man sich aus diesen oft dunklen und in der Form geschraubten Worten kaum eine erhebliche Klärung versprechen. H. Brömse.

Marie Ellenrieder als Künstlerin und Frau. Von Klara Siebert. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagsbuchhandlung. In Leinen geb. M. 2.80.

Mit ihrer äußerlich wie innerlich gleich vornehm durchgebildeten und ansprechenden

Digitized by Google

Sammlung „Frauenbilder" hat die hochangesehene Herdersche Verlagshandlung ihren zahlreichen gediegenen Verlagswerken eine Gruppe von handlichen, geschmackvoll ausgestatteten Darstellungen hinzugefügt, die für die jüngere und gereiftere Frauenwelt, und nicht bloß für die katholische, mit ihrem anregenden, gründliches Wissen in allgemeinverständlicher Form darbietenden Inhalt ein wahres Festtagsgeschenk bedeutet. Den Bänden über Amalie von Gallitzin, Elise Hoskier, Katharina von Siena, Dorothea Schlegel und die Herzogin Renata von Bayern reiht sich jetzt in Klara Sieberts Lebensbeschreibung der bekannten und doch wohl noch viel zu wenig bekannten Malerin Marie Ellenrieder ein Werk an, das als die erste umfänglichere Behandlung des Gegenstandes um so wärmer zu begrüßen ist, als es dank fleißigster Forschung zugleich Abschließendes bietet. Wie die Frau, so findet auch die Künstlerin Marie Ellenrieder, die vielgesuchte Porträtmalerin und die zarte Darstellerin religiöser Gegenstände, eine verständnisvolle und warmherzige Würdigung in ruhiger, schlichter, aber gefälliger Sprache. Zwölf technisch tadellos wiedergegebene Bilder, die in dem schönen Selbstbildnis und den Bildnissen von Vater und Mutter neben dem künstlerischen auch lebensgeschichtlichen Wert besitzen, erhöhen den Reiz des Gebotenen.

Hans Zimmer.

Studien über Joseph Viktor v. Scheffel. Aus dem bisher unerschlossenen Nachlaß des Dichters. Von Werner Kremser. Salzburg, R. Kiesel. 46 S., M. 1.—.

Ein schönes Finderglück hat den Verfasser zu reichhaltigen unveröffentlichten Schriftstücken Scheffels geführt. Im vorliegenden Heft gibt er mit verbindendem Text Proben daraus, denen später ein umfassendes Werk folgen soll. Neben Bemerkungen und Studien des Dichters zum Ekkehard, zum Wartburgroman und zu anderen Werken handelt es sich besonders um Tagebuchblätter und um die an Friedrich Eggers gerichteten Briefe. Man erkennt aufs neue und besser als bisher, ein wie umfassender und im Grunde ernster, ja oft verbitterter Geist dem Dichter innewohnte. Der Verfasser zeigt in der eigenen Darstellung Gewandtheit und einen frischen, kräftigen Ton, wie er in philologischen Abhandlungen nicht oft anzutreffen ist, aber zu seinem Helden wohl paßt.

H. Brömse.

Parlament oder Volksvertretung. Stellvertretung der Berufe und der Arbeit. Völkliche Entwicklungen und parlamentarische Entwicklungen in Deutschland, England, Frankreich. Von Prof. Dr. Ed. Heyck. Richard Mühlmann, Verlagsbuchhandlung (Max Grosse), Halle a. d. Saale. 77 S. M. 1.80.

Das kleine Buch ist zur Zeit der preußischen Wahlvorlage, also vor der großen Umwälzung, geschrieben, ist daher zum Teil schon durch die Ereignisse überholt. Auf der anderen Seite enthält es Gedanken und Ausführungen, die nie veralten und daher auch unter den veränderten Verhältnissen ihre Bedeutung behalten werden. Ueber den Parlamentarismus in England, Frankreich und Deutschland äußert der Verfasser manch kräftiges Wort. Ueberall erkennt man seine Mängel, überall ist man mit ihm unzufrieden, und doch glaubt man vorläufig nichts Besseres an die Stelle setzen zu können. Ja in Deutschland ist man dermalen bemüht, im Interesse einer vermeintlichen politischen Freiheit den westeuropäischen Parlamentarismus mit äußerster Folgerichtigkeit durchzuführen. Demgegenüber weist der Verfasser darauf hin, daß wir an Stelle des abgestandenen westeuropäischen Parlamentarismus das Eigene, Bessere haben könnten. Dieses sieht er in einer berufsständischen Vertretung, einer Selbstvertretung der Berufe und der Arbeit. Daß darin das Endziel unserer dermaligen Entwicklung liegt, sobald wir nur erst zu festen sozialen Organisationen gelangt sind, ist wohl nicht zu verkennen. Doch jede Entwicklung braucht Zeit, um sich zu vollenden. So schnell, wie der Verfasser meint und hofft, wird es wohl kaum gehen. Zunächst muß der Parlamentarismus sich noch vollständig abbrauchen. Nicht zu viel auf einmal. Wir werden zunächst froh sein können, wenn wir den berufsständischen Gedanken erst einmal bei Bildung der ersten Kammern durchgesetzt haben. Dann wird er sich vielleicht allmählich weiter Geltung erobern. Jedenfalls enthält die Schrift des Verfassers manche gute Anregungen, die namentlich jetzt in der Zeit der neuen Verfassungsbildung auf guten Boden fallen mögen.

Conrad Bornhak.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Abhandlungen aus dem Institut für Zeitungskunde an der Universität Leipzig. Band I, Heft 1. Statistische Untersuchung über die Zeitungen Deutschlands 1885—1914. Von Gerhard Muser. Leipzig, Emanuel Reinicke.

Bauer, Oberst, Der Irrwahn des Verständigungsfriedens. (Flugschriften des Tag, Nr. 4.) Berlin, Verlag August Scherl, G. m. b. H. Geh. M. 2.—.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Dr. Franz v. Mammen. Heft 55: Gargas, Dr. Sigismund, Kriegswirtschaftliche Probleme in Holland. M. 1.80. Heft 60: Waldknabe, Lebensmittelgeld. M. 1.20. Heft 63: Würfel, Dr. phil. Gotthard, Die Bedeutung der Kohle für die Kriegswirtschaft und für das wirtschaftliche und politische Leben der Kulturvölker. M. 1.80. Dresden und Leipzig, „Globus" Wissenschaftliche Verlagsanstalt.

Cauer, Prof. Dr. Paul, Aufbau oder Zerstörung? Eine Kritik der „Einheitsschule". Münster i. W., H. Schöningh. M. 1.65.

Der Tag des Deutschen. Herausgegeben von M. Hobohm. Heft 12: Prof. Dr. Paul Jensen, Die alte und die neue Gesinnung in der Politik. Berlin, H. R. Engelmann.

Elster, Hanns Martin, Hundert Jahre Verlag, 1819—1919. Fr. Wilhelm Grunow, Leipzig.

Finke, Geheimrat Prof. Dr. Heinrich, Unseren Gefallenen zum Gedächtnis. Rede. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 1.80.

Gerechtigkeit. Monatshefte für auswärtige Politik. Heft 5. Vierteljährlich M. 7.—, Einzelheft M. 2.50. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann.

Hof, Hugo, Gemeingut. Leipzig, Xenien-Verlag. Geh. M. 2.50.

Immanuel, Oberst, Siege und Niederlagen im Weltkriege. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 5.—.

Kumpmann, Professor Dr. Karl, Die Bedeutung der Revolution. Eine Einführung in die Grundfragen des neuen Staates. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 2.50.

Latzko, Andreas, Der letzte Mann. Novelle. Band I: Die Pforte. München-Wien-Zürich, Dreiländerverlag. M. 1.50.

Mitteilungen des Deutschen Werkbundes. Nr. 5—6. 1919. Berlin W 35, Deutscher Werkbund.

Neter, Dr. Walter, Nur darum mag uns keiner draußen! Eine deutsche Epistel. Zürich, Institut Orell Füßli. Fr. 2.—. (M. 3.—.)

Osteuropa-Institut in Breslau. Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Nach russischen Zeitungen herausgegeben von Dr. Wlad. v. Kaplun-Kogan. Leipzig, B. G. Teubner. M. 5.—.

Pfad, der, Belletristische Monatsschrift. 1. Jahrg. Heft 1. Prag, Anton Renn, G. m. b. H. Einzelheft Kr. 2.—. (M. 1.60.)

Rundschreiben Unseres Heiligsten Vaters Leo XIII. über die Arbeiterfrage. Lat. und deutscher Text. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 3.—.

Schaukal, Richard, Sonderheft: Das Gewissen. Halbmonatsschrift. 6. Heft. Wien, Verlag Das Gewissen (Rudolf Falk). Kr. 2.20 (M. 1.50).

Tanzmann, Bruno, Denkschrift zur Begründung einer deutschen Volkshochschule. Hellerau-Dresden, Hakenkreuz-Verlag. Geb. M. 4.—.

Unger, Hellmuth, Blocksberg. Zwei Novellen. Leipzig, Theodor Weicher. M. 4.—.

Vorst, Hans, Das bolschewistische Rußland. Leipzig, Der Neue Geist-Verlag. Geh. M. 5.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Württembergische Erinnerungen

Von

C. v. Weizsäcker

IV

Daß die Türkei bald nach Ausbruch des Weltkriegs auf unsere Seite trat, wird als Sieg der deutschen Politik verzeichnet bleiben. Die Gewinnung Bulgariens zum Bundesgenossen buchte der Reichskanzler als wichtigen Aktivposten. Daß Rumänien — an Unzuverlässigkeit Italien gleich — noch bis zum Sommer 1916 sich vom Eintritt in den Krieg gegen Österreich-Ungarn zurückhielt, ist für unsere militärisch-politische Situation von wesentlichem Vorteil gewesen.

Vor allem aber die lange Zurückhaltung der Vereinigten Staaten von Amerika ist mir seinerzeit als ein wesentliches Verdienst der Reichsleitung erschienen. Daß dieses Ziel im Januar 1917 aufgegeben wurde, war mir das schwerste politische Erlebnis in den ersten Jahren nach Kriegsausbruch. Meine Erinnerungen aus der Entwicklung der amerikanischen Frage sollen hier in gedrängter Form wiedergegeben werden.

1. Während für die eingekreisten Mittelmächte die italienische Gefahr vom ersten Tag des Kriegs an bestand, tauchte das amerikanische Gespenst erst allmählich auf. Man hatte im August 1914 im amtlichen Berlin gemeint, das Vorgehen Japans gegen uns habe den einen Vorteil, daß Amerika sich „noch enger" an uns anschließen werde. Allerdings dauerte das Unbehagen über Japan in Washington einige Zeit an, Amerika schickte als Demonstration ein Geschwader nach den Philippinen, und ich hörte, daß im November 1914 der amerikanische Botschafter in Berlin gemeint, mit Japan werde Amerika bald Krieg bekommen. Aber das Auswärtige Amt traute dieser Prophezeiung mit Grund nicht. Es war schwer, sich über die jeweilige Stimmung in den Staaten ein Bild zu machen, um so mehr als bekanntlich Deutschland alsbald nach Kriegsausbruch planmäßig von der Welt abgeschnitten wurde, den Krieg der Lüge über sich ergehen lassen mußte, dem Deutschland nach außen — wie später auch im Innern — durchaus nicht gewachsen war. Ich habe meinem König in jenen Zeiten gesagt, nach dem Krieg müsse man in Deutschland Schulen errichten, in denen man die Bekämpfung der Lügen lerne. Unsere Versuche, der Wahrheit drüben über dem Wasser Zugang zu verschaffen, drangen nicht durch. Die angeblichen Freunde unseres Kaisers, die Armour, Carnegie, versagten. Die mächtigen Englandfreunde hatten, das war bald klar, drüben Oberwasser. Der in Europa befindliche amerikanische Botschafter Morgenthau sprach zwar dafür, daß die Neutralen ihre Interessen vereinigen und zur Geltung bringen sollten. Aber es konnte kein Zweifel sein, Wilson

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

bleibt mit seinen Protesten gegen England kraftlos, Deutschland gegenüber aber, das sich gegen die englische völkerrechtswidrige Seekriegsführung zur Wehr setzt, erfolgt bald eine bedrohliche Sprache. Ein drastisches Beispiel zügelloſen Übelwollens trat mir in Stuttgart seitens des damaligen dortigen amerikanischen Berufskonsuls entgegen. Schließlich gelang es, ihn abreisen zu sehen und einen Nachfolger an seine Stelle zu bekommen, der — kein Deutschamerikaner — mir ohne Rückhalt in sympathischer Weise ein durchaus gerechtes objektives Urteil in dem eröffneten ungeheueren Weltprozeß zwischen den Mittelmächten und der Entente aussprach und diese seine Auffassung in Washington zu vertreten versprach. Im übrigen ließ sich im ersten Kriegsjahr soviel mit Sicherheit erkennen, daß die außerordentliche finanzielle Bereicherung durch die Kriegskonjunktur unser schlimmster Feind in Amerika war. Hat in Rußland und Frankreich die imperialistische Richtung der dortigen Regierungen auf den Krieg zu gedrückt, so war in den einflußreichen Kreisen über dem großen Wasser der Kapitalismus für Deutschland verhängnisvoll. Großbritannien verstand es vor allem, beide Richtungen in seinem Schoße harmonisch zu vereinigen. Die Persönlichkeit des Präsidenten Wilson, des nach der nordamerikanischen Verfassung für die Außenpolitik des Freistaats so mächtigen Mannes, ist in Deutschland nach meinen Eindrücken während der ganzen Kriegszeit mit Sicherheit wohl kaum erkannt worden. Ich habe wenigstens in Berlin lange über ihn ein bestimmtes Urteil nicht in Erfahrung bringen können. Schon in einem ziemlich frühen Stadium hat ein amerikanischer Diplomat vor Wilsons außerordentlichem, schwer zu verstehendem Starrsinn gewarnt. Die Richtigkeit dieses Urteils war in mancher uns zugehenden Note aus Washington durchzufühlen. Auch ein Kollege jenes amerikanischen Diplomaten hat Wilson als Querkopf bezeichnet. Hat Wilson Deutschland je richtig beurteilen können und wollen? Freilich ist die Frage auch die, ob wir ihm stets im richtigen Tone geantwortet haben, bei dem doch neben anderem wesentlich sein Prestige in der amerikanischen Öffentlichkeit, zumal in der Zeit, in der er vor einer Wiederwahl stand, ins Gewicht fallen mußte. In den letzten Zeiten vor dem traurigen Kriegsende glaubte man in Berlin eine nicht ungünstige Ansicht von der Gesamtrichtung des Präsidenten gewonnen zu haben. Dann hätte sich der Starrsinn auch auf die Betätigung der 14 Punkte erstrecken sollen. Hier hat Wilsons Wort vollständig versagt. Wilson mag von Hause aus einen Einschlag eines amerikanischen Idealisten gehabt haben, trotz seiner angeblichen nunmehrigen anderen Behauptungen nicht auf die Verwicklung seines Landes in den Krieg ausgegangen sein. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles ist er bald in wichtigen Fragen in das Schlepptau der Franzosen gekommen, soll sich schließlich im wesentlichen nur noch um den Völkerbund gekümmert haben, um den Völkerbund neben der gleichzeitigen Erzwingung eines solchen Gewaltfriedens, wie er uns diktiert worden ist! Wilsons Bild in Deutschland steht heute fest als eine der verhängnisvollsten Figuren der Weltgeschichte.

Digitized by Google

Der politische Streit mit Amerika hat seinen Anfang und sein Ende in der Frage der Seekriegführung genommen. Sowenig als beim Krieg zu Lande, konnte im Krieg zur See ein süddeutscher Staat einen unmittelbaren Einfluß beanspruchen. Daß es wider die Erwartung in der ersten Kriegszeit zu keiner großen Aktion der Flotte gekommen ist, befremdete auch im Süden. Ein früherer Chef der Hochseeflotte hatte mir vor Jahren darüber ganz andere Pläne mitgeteilt. Als mir im Jahr 1915 der Reichskanzler sagte, die Hochseeflotte müsse als Machtfaktor für die letzte Kriegsphase aufgespart werden, verstand ich dies nicht ganz. Denn wenige werden unsere mit so vielem Geräusch in Szene gesetzten Flottenrüstungen mit so beschränktem Endziel für den Kriegsfall aufgefaßt haben. Der Tirpitzsche Gedanke der „Risikoflotte", mit anderen Worten der Abschreckungsflotte, schien mir doch nur darauf berechnet zu sein, den Frieden solange wie möglich zu erhalten, nicht aber auf das Stilliegen, wenn der Kriegsfall doch einträte. Ich tröstete mich aber, als mich niemand darüber belehren konnte, welchen Nutzen die bei dem Versteckbleiben der Engländer erforderlich gewesene große deutsche Offensivaktion unserer Flotte in Aussicht gestellt hätte. Der Unterseebootkrieg als Handelskrieg, der nun in den Vordergrund der Wünsche trat, war ein Novum. Ich wußte, daß er in gar keiner Weise von der Marine vorbereitet war. Im Oktober 1915 noch hat Admiral v. Holtzendorff bemerkt: Hätte man über 200 Unterseeboote und eine starke Kreuzerflotte zu verfügen, statt der ziemlich verbauten Großkampfflotte, so wäre unsere Lage zur See ungleich besser. Doch will ich mich auf diese wie auf andere technische Fragen nicht weiter einlassen. Mir erschien der Unterseebootkrieg von Anfang im Jahr 1915, zumal aber nach der „Lusitania" mit dem bereits als drohend erscheinenden Amerikakrieg, in wachsendem Maße als ein bedeutendes Risiko. Ich erfuhr in der Wilhelmsstraße, der Bruch mit Amerika solle unter allen Umständen vermieden werden, und beruhigte mich. Gewiß war die englische Verachtung des Völkerrechts, die jeder Humanität ins Gesicht schlagende Hungerblockade ein Grund zur Erregung der deutschen Gemüter, gewiß war es bitter, aus Gründen der Zweckmäßigkeit, dem amerikanischen Druck weichend, an sich gerechtfertigte Gegenmaßregeln zu unterlassen oder abzuschwächen. Aber diese Gefühle waren mir nicht entscheidend. Die im Sommer 1915 aus vatikanischer Quelle kommende Nachricht, die ich statt vielem anderen anführe, daß Wilson für den Frieden sei, aber doch durch die Umstände zum Krieg gegen uns genötigt werden könnte, ist mir nicht als unbeachtliches Manöver erschienen. Ende 1915 war die amerikanische Sorge wenigstens nicht akut. Das Jahr 1916 brachte den Bruch mit Amerika nicht, man verständigte sich schlecht und recht. War es richtig, was ich anfangs 1916 aus guter Quelle hörte, daß unsere militärische Vertretung in Washington damals der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß die weitere Torpedierung eines Passagierdampfers den Bruch mit Amerika und damit das Unterliegen Deutschlands im Erschöpfungskrieg bedeute? In der Sorge, daß der Reichskanzler, der im Verlauf des Jahres 1915 gegen Tirpitz

Digitized by Google

durchgedrungen war, dem immer schärfer werdenden Ansturm zugunsten der scharfen Unterseebootspolitik unterliegen könnte, habe ich mich anfangs 1916 entschlossen, den württembergischen Gesandten in Berlin zu beauftragen, den Reichskanzler über den Stand der amerikanischen Sache zu befragen. Die bereitwilligst am 6. Februar gegebene Auskunft lautete, „aus freundschaftlichen Gründen" wolle er in der Lusitaniasache nachgeben, die Verantwortung für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg lehne er ab und habe dies dem Kaiser erklärt. Auch der scharfsinnige Helfferich und Zimmermann unterstützten ihn. Falkenhayn war damals in das Lager der Unterseebootkriegsfreunde übergetreten. Ich schrieb unter dem 19. Februar dem Reichskanzler den Dank der württembergischen Regierung für seine Haltung. Die so mannigfach hervorgetretenen öffentlichen Versuche der Umstimmung der auswärtigen kaiserlichen Politik werde jeder Vaterlandsfreund bedauern müssen. Die Gefahr ihrer Ausbeutung durch unsere Feinde liege auf der Hand. Sie bringen Unruhe in die deutsche Bevölkerung. Am 10. März trat der Kaiser auf die Seite des Reichskanzlers entgegen den militärischen Vorschlägen. Er war sich bewußt, wie er sich äußerte, daß von der Entscheidung das Schicksal des Kriegs und damit des deutschen Volks abhänge. Er hatte die Überzeugung, daß unsere Mittel für den verschärften Unterseebootskrieg nicht ausreichen. Die Hoffnung auf ein Niederzwingen Englands erachtete er in diesem Zeitpunkt als auf schwachen Füßen stehend.

Infolge des Zwischenfalls mit der „Sussex" brachte Deutschland bekanntlich am 6. Mai 1916 das Opfer, auf die Formen des Kreuzerkriegs zurückzugehen. Die mir damals von den verschiedensten Seiten zugegangenen Äußerungen über die voraussichtlichen Wirkungen des Unterseebootkriegs ergaben keineswegs ein klares Bild. Das Unternehmen erschien mir durchaus unsicher. Jetzt sagt Tirpitz, der rücksichtslose Unterseebootkrieg, aufgenommen im Frühjahr 1916, hätte wie jede strategische, politisch-wirtschaftliche Berechnung unsichere Faktoren enthalten, aber es lasse sich heute gewisser als je sagen, daß er die Engländer zu einer versöhnlichen Stimmung gebracht hätte, die materiell zu einem für uns annehmbaren Frieden ausgereicht hätte. Die so unbestimmte Aussicht, die in der Herbeiführung einer ausreichenden „versöhnlichen" Stimmung lag, hätte meines Erachtens das Risiko des auch im Jahre 1916 wahrscheinlichen Bruches mit Amerika nicht aufgewogen. In marinetechnischen Urteilen, die damals mir zugingen, wurde die Wahrscheinlichkeit, England zum Nachgeben zu zwingen, auf etwa 80 Prozent, mit Fristen von $^1/_2$ bis zu 1, ja bis zu $1^1/_2$ Jahren taxiert. Im folgenden Jahr aber wurde die Garantie einer nur wenige Monate betragenden Frist gegeben, während Tirpitz nun es dahingestellt sein läßt, ob er Anfang 1917 den rücksichtslosen Unterseebootkrieg noch gemacht hätte. Der Krieg hat für letzteres Jahr zu Ungunsten des Unterseebootkriegs entschieden. Ob 1916 der richtige Zeitpunkt gewesen wäre, ob es überhaupt einen richtigen Zeitpunkt gegeben hätte, wird die Geschichte entscheiden. Unsicher blieb die Sache mit Grund im Jahr 1916 dem Kaiser und seinem Reichskanzler.

Digitized by Google

Rücksichtslos ging in der fraglichen Zeit die öffentliche und geheime Agitation gegen den schrecklichen „liberalen" Reichskanzler. Hertling fragte einen auf der Agitationsreise befindlichen hohen früheren Reichsbeamten nicht ohne guten Grund, wer denn an Bethmanns Stelle Reichskanzler werden solle. Antwort: Tirpitz. Auch mir versicherte derselbe gewiß von bester Absicht erfüllte Herr trotz meiner unzweideutigen Sprache gegen das meines Erachtens unerlaubte Risiko des Bruches mit Amerika: „Auf Tirpitz' Seite stehen mit Ausnahme der Sozi alle Reichstagsabgeordneten." Das war nicht richtig, und wenn es zutreffend gewesen, war es kein sachlicher Entscheidungsgrund, so wenig als die ausgegebene Parole: „England muß niedergezwungen werden." Richtig schien mir vielmehr die Andeutung des Generals Gröner, wenn er zur Frage des scharfen Unterseebootkriegs äußerte: man müsse bei der Sache viel Glück haben.

Von den Gegnern des Reichskanzlers war auch der Versuch gemacht worden, den sonst nicht besonders beachteten Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gegen den Reichskanzler zu mobilisieren. Es gereichte mir gegenüber dem Umstand, daß die ganze deutsche Öffentlichkeit in dem Weltkrieg zur Stellungnahme über die politisch-militärische Frage aufgerufen wurde, zur Genugtuung, als der Ausschuß am 15. März dem Reichskanzler sein volles Vertrauen aussprach, und zwar unter Abweichung von der regelmäßigen Form, unter öffentlicher Mitteilung dieser Vertrauenserklärung an die Presse.

Der weitere Verlauf der großen Unterseebootfrage gab im Jahre 1916 keinen Anlaß zu besonderen, unmittelbaren Schritten der einzelstaatlichen Regierung; insbesondere war dies nicht der Fall in der Periode, die mit der deutschen Entscheidung vom 6. Mai abschloß. Was über die Stimmung des Kaisers verlautete, ließ im Sommer 1916 darauf schließen, daß von der obersten Stelle ein festes Halten zu der Bethmannschen Politik zu erwarten, eine interne Krise über Unterseebootfragen keineswegs zu gewärtigen war. Von dem Chef der Hochseeflotte hörte ich damals die Ansicht, daß es ihm an Stelle des Reichskanzlers nicht einfallen würde, für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg zu stimmen. Hindenburg, der an Falkenhayns Stelle trat, schloß sich zunächst in der Unterseebootfrage der Ansicht des Reichskanzlers an. Immerhin gewann ich im August in Berlin den Eindruck, daß in der zivilen Reichsleitung zwar der Widerstand gegen den rücksichtslosen Unterseebootskrieg wie bisher, aber nur noch zur Zeit fortbestehe, und die Frage ventiliert wurde, ob die Anwendung dieses Kriegsmittels im nächsten Frühjahr sich empfehlen könnte. Es war die Zeit, in der die Aussichten auf den Friedensvermittler Wilson abermals eine konkrete Gestalt annahmen. Es ist an sich begreiflich, daß der Reichskanzler den Standpunkt einnahm, seine Haltung würde — trotz des dann drohenden Bruchs mit Amerika — in dem Falle sich ändern, wenn die Oberste Heeresleitung erklärte, andernfalls die Westfront nicht halten zu können. Seine damalige Formulierung war: pro tempore: nein. Sie erschien mir sofort bedenklich. Die Frage mindestens

Digitized by Google

muß offen bleiben, ob der Reichskanzler mit der Kundgebung dieser Stellungnahme pro tempore nicht in dem Kampf um die große Frage im voraus eine Karte für den Fall aus der Hand gab, daß das Spiel zwischen militärischer und Reichsleitung wieder einsetzen sollte. In weiten Kreisen dauerte der Kampf gegen ihn planmäßig fort. Der Kaiser selbst wurde als englandfreundlich verdächtigt. Es sollten an die deutschen Fürsten Eingaben gerichtet werden. Die Vorgänge im Münchener Residenzschloß, wo der Unterseebootkrieg und ebenso, wie es scheint, die Entlassung des Reichskanzlers plädiert wurden, sind mehr oder weniger bekannt geworden. Eine viel mildere alldeutsche Eingabe an die höchste Stelle wurde in Stuttgart dem Staatsministerium überwiesen und zu den Akten gelegt.

2. Am 17. Dezember 1916 deutete mir der Kaiser an, daß die Unterseebootsfrage wieder spiele. Sofort redete ich den anwesenden Chef des Marinekabinetts an und sagte, ich habe Sorge, es komme schließlich zum rücksichtslosen (uneingeschränkten) Unterseebootkrieg, ich habe aber vor dem Krieg mit Amerika eine abergläubische Sorge. Der Admiral antwortete: zu dem Krieg kommt es nicht; es wird schon so gemacht, den Krieg zu vermeiden. Auf meine Replik, ob dies möglich sei, erklärte er: dafür garantiere ich. So war ich — es war dies falsch — einigermaßen beruhigt, und ich beschränkte mich dem Reichskanzler gegenüber auf die leise Demonstration, ihm zum 1. Januar 1917 zu seinem im verflossenen Jahr erworbenen vaterländischen Verdienst der Vermeidung des Bruchs mit Amerika Glück zu wünschen.

Am 1. Januar 1918 war zu solchem Glückwunsch kein Anlaß mehr vorhanden. Schon gleich nach Beginn des neuen Jahres 1917 tauchen auch in meinem Gesichtskreis wieder ernste Sorgen über den Unterseebootstreit auf. Man erfährt, daß er im Großen Hauptquartier von neuem ausgebrochen sei. Am 10. Januar heißt es, der schärfere Unterseebootkrieg (an Stelle des Kreuzerkriegs Torpedierung von bewaffneten Handelsschiffen ohne Warnung) sei nunmehr beschlossen, die Reichskanzlerkrise damit erledigt. Ein auf diese Verschärfung bezügliches Memorandum liegt dem Botschafter in Washington vor, aber man zögert mit der Übergabe an die amerikanische Regierung, weil man zunächst die Antwort der Entente auf Wilsons Friedensangebot abwarten will. Unser Dezember-Friedensvorschlag war bereits in der brutalsten Weise abgelehnt worden. Wilson erlitt bekanntlich bald darauf gleichfalls das Schicksal der Ablehnung seiner Friedensbestrebungen. Von privater Seite schreibt man mir in diesen Tagen, Bethmann habe den uneingeschränkten Unterseebootkrieg (die Torpedierung auch nicht bewaffneter Handelsschiffe in der Sperrzone) bestimmt zurückgewiesen, auch Helfferich werde nicht mittun. Als ich am 15. Januar in Berlin eintreffe, war das erwähnte Memorandum übergeben. Man hoffte, wie man in Berlin sagte, auf einen mittleren Vorschlag Amerikas; die Marine verfolge den Zweck, auf den uneingeschränkten Unterseebootkrieg über den Weg des schärferen Unterseebootkriegs hinzusteuern. Der Reichskanzler wolle lavieren. Wiederum machte sich der unheilvolle Gegensatz im

Digitized by Google

deutschen Lager geltend. Die militärische Seite war zum Vorgehen fest entschlossen. Die Leitung der auswärtigen Politik, nicht bloß von der militärischen Seite, sondern auch von der großen Mehrheit der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung in Deutschland gedrückt, war unsicher geworden. Als ich aber am 16. Januar vormittags Helfferich besuche, erfahre ich: man hat vor einigen Tagen im Großen Hauptquartier den rücksichtslosen Unterseebootkrieg beschlossen. Helfferich, der mit dem Reichskanzler und Zimmermann in Pleß gewesen, empfängt mich mit den Worten, er wolle mir lieber gleich die Wahrheit sagen; er habe im Kampfe gegen diesen Beschluß die schrecklichste Zeit seines Lebens durchgemacht, aber vergebens gekämpft. Nun müsse man noch eine gewisse Hoffnung auf einen guten Verlauf haben und mit Zuversicht dem Schicksal entgegengehen. Der Kaiser habe sich entschieden. Ergriffen von dem Gehörten wie von dem, was Helfferich über seine persönliche Lage mitgeteilt, begebe ich mich sofort zu Graf Hertling, der von dieser Situation nichts weiß, aber seine Bedenken, wenn auch nicht so lebhaft wie ich, gleichfalls nicht verhehlt.

Am Nachmittag des 16. Januar trat der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Der Reichskanzler setzte zunächst die neue Lage auseinander. Anfänglich bewahrte Herr v. Bethmann seine äußere Ruhe. Im Laufe der Verhandlung war auch bei ihm die innere Bewegung unverkennbar, welche diese Zeit mit sich bringen mußte. Sein Nachgeben in der Unterseebootfrage rechtfertigte er mit den nunmehr eingetretenen Umständen, Er habe stets nur „pro tempore" Nein gesagt. So auch als Hindenburg im vergangenen Oktober Neigung für eine schärfere Durchführung des Unterseebootkrieges gezeigt. Damals habe Hindenburg den Ausgang des Krieges in Rumänien abwarten wollen. Die nunmehr für das Ja angeführten Gründe des Reichskanzlers lassen sich dahin zusammenfassen: Durch die Ablehnung von Wilsons Friedensvorschlägen seitens unserer Feinde, vor allem seitens Englands, sei die Friedenshoffnung zerstört. Die Landarmee habe kein Mittel, einen entscheidenden Schlag zu führen. Mindestens unsere Bundesgenossen zeigen eine geschwächte Widerstandskraft. Die ungeheure Übermacht unserer Gegner an Geschützen und Material nötige zum letzten Mittel. Der Zeitpunkt für den Unterseebootkrieg sei günstiger als je, namentlich günstiger als im vorigen Frühjahr — Vermehrung der Zahl der Unterseeboote, ihre bessere Verwendungsmöglichkeit, vor allem die schlechten Ernten, auf die England angewiesen, Sicherheit, 600000 Tonnen statt bisher im Kreuzerkrieg 400000 im Monat zu versenken, Abschreckung der neutralen Schiffahrt, kurz, die Garantie der Marine, noch im Laufe des Sommers den Frieden herbeizuführen. Der Reichskanzler teilte weiter mit, vor allem wegen der Ansicht der Obersten Heeresleitung über den Stand des Landkriegs habe der Kaiser sich auf Grund einer vor einigen Tagen stattgehabten Beratung entschlossen, vom 1. Februar ab den uneingeschränkten Unterseebootkrieg zu befehlen. Der Reichskanzler war sich hierbei, wie er ausdrücklich hervorhob, bewußt, daß es sich um die

Digitized by Google

Schicksalsfrage handle. Alles hänge davon ab, ob die Marine leiste, was sie versprochen. Er schloß mit der Erwartung der Zustimmung des Ausschusses. Nach ihm sprach Helfferich, niedergedrückt, dem Zweifel an der Berechnung der Marine Raum gebend, aber, war seine Schlußbetrachtung, er wisse gegenüber der Erklärung der Obersten Heeresleitung keinen Ausweg.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Graf Hertling, erklärte, er sei nicht ohne Bedenken, auf Einzelheiten wolle er nicht eingehen. Zum Schluß der langen Besprechung machte Hertling seine Bedenken nicht weiter geltend; ihm sei entscheidend, daß nur die Wahl zwischen jetzt oder niemals in Absicht auf den Unterseebootkrieg bleibe. Abgesehen von der württembergischen Stimme trat keine der übrigen im Ausschuß vertretenen größeren deutschen Bundesregierungen entschieden der in Aussicht genommenen Politik entgegen, einzelne erklärten ihre volle Zustimmung.

Ich führte, hier nur in Kürze auf Grund meiner damaligen alsbaldigen Aufzeichnungen zusammengefaßt, etwa Folgendes aus:

„Es liege ein Beschluß der zuständigen obersten Stelle vor. Trotzdem erscheine es mir in dieser politischen Angelegenheit als meine Pflicht, die uns jetzt gemachte Mitteilung nicht ohne weiteres zur Kenntnis zu nehmen, sondern auf meine schweren Bedenken hinzuweisen. Als wir wegen der Frage des Friedensangebots im Dezember versammelt gewesen, habe der Reichskanzler auf die Möglichkeit hingewiesen, nach der etwaigen Ablehnung des Friedensangebots und im weiteren Verlauf der militärischen Entwicklung Separatfriedensverhandlungen zu unternehmen. Diese Hoffnung scheine mir bei Eintritt Amerikas in den Krieg völlig ausgeschlossen. Die Oberste Heeresleitung habe im vorigen Jahr auf eine Abweisung der sogenannten Frühjahrsoffensive der Gegner gerechnet; als die Sommeoffensive abgeschlagen, habe man diesen Erfolg als einen Sieg bezeichnet. Nun stelle sich heraus, daß die Verlängerung des Kriegs, der Ermüdungskrieg im Gange sei. Die Wirkung des Ermüdungskriegs trete auch bei unseren Gegnern mehr oder weniger in die Erscheinung, wie schwer aber werde bei diesem eine solche Wirkung mit Erfolg im nächsten Sommer eintreten, selbst bei für uns gutem Erfolg des Landkriegs, wenn unsern Gegnern der Rücken durch Amerika und vielleicht noch durch andere Staaten gedeckt sein werde und der Unterseebootkrieg nicht leiste, was man uns von ihm verspreche. Wie könnte dann ein italienischer, ein russischer oder gar ein französischer Staatsmann es wagen, zu Hause von Ermüdung zu sprechen! Unsere Gegner werden auf die Waffenunterstützung durch die ganze gegen uns zusammengeschlossene Welt rechnen. Eine unter solchen Umständen eintretende Kriegsverlängerung mache den Ausgang des Kriegs voraussichtlich zu einem uns ungünstigen, wenn ich nur an uns denke, von unseren Bundesgenossen ganz abgesehen. Der unbeschränkte Unterseebootkrieg bringe uns selbst gegenüber Holland, Dänemark usw. in Gefahr, trotz unseres unbestreitbar guten Rechtsstandpunkts. Der etwa vorhandene Eindruck unseres leider von den feindlichen

Digitized by Google

Regierungen abgelehnten Friedensangebots auf Stimmung und Haltung der Neutralen werde verschwinden. Aber auch die von der Reichsleitung festgelegte, so wichtige Beschränkung der Kriegsziele verliere an ihrem Wert. Zu dem vom Reichskanzler proklamierten, zu begrüßenden Wort des Verteidigungskriegs passe das Risiko weiterer Gegner nicht. Wir seien nicht in der Lage, den Frieden zu diktieren, und wir werden nach Ansicht der Obersten Heeresleitung im Wege des Landkriegs dazu nicht gelangen, aber da der Verteidigungskrieg darauf nicht eingestellt sei, da ein Kompromißfrieden diesen Krieg, wie er nach meiner Ansicht nun einmal sei, beendigen müsse, könne ich auch nicht anerkennen, daß wir uns jetzt in einer absoluten Zwangslage befinden. Begnüge man sich mit bescheidenerem Erfolg, so sei Abwehr des feindlichen Angriffs schon der Sieg, den wir erstreben. Wie wolle man aber später mit Amerika einen Frieden erzwingen? Wie werde es überhaupt nach dem Frieden mit Amerika aussehen? Wie solle auf der sich eröffnenden Perspektive, auch wenn es gelänge, England durch den Unterseebootkrieg „niederzuzwingen", das herbeigesehnte Ziel eines dauernden Friedens erreicht werden? Denn England würde ja nur durch ein vorübergehendes Moment bezwungen. Der Reichskanzler nehme selbst die Kraft des 100 Millionen zählenden Amerika, namentlich für den weiteren Verlauf des Kriegs, schwer. Die Oberste Heeresleitung habe nach den früheren Mitteilungen des Reichskanzlers die bedenkliche Lösung der polnischen Frage wegen der notwendigen Unterstützung durch 100000 Polen, die bis jetzt nicht gekommen, verlangt. Im Laufe der Zeit können hunderttausende Amerikaner im Westen erscheinen. Mit der Zeit würde Amerika als Zentnerlast auf uns drücken. Die Oberste Heeresleitung scheine vom militärischen Standpunkt aus jetzt auch das Eintreten anderer bisheriger Neutraler nicht schwer zu nehmen. Wer habe bis vor kurzem, ganz abgesehen von den Engländern selbst, an die außerordentliche Unterstützung Englands durch seine Dominions gedacht? Wer an die 500000 Kanadier, die übers Meer nach Flandern gekommen? Man dürfe die Verhältnisse des Weltkriegs nicht mit den Verhältnissen früherer von Amerika geführter Kriege vergleichen. Nun sei die Rechnung darauf abgestellt, in wenigen Monaten England zu überwältigen. Ich könne aber auch nach wie vor, ohne mich auf alle so oft erörterten Fragen nochmals einzulassen, den Zweifel nicht unterdrücken, ob England genötigt werde, nach 4 bis 5 Monaten um Frieden zu bitten, ob dazu bloß sehr mißliche, in England entstehende Verhältnisse ausreichen? Dabei wolle ich die Erklärungen der Marine über die 600000 Tonnen monatlicher Versenkungen nicht beanstanden. Aber die bloße Abschreckung in England und bei den Neutralen hinsichtlich der Stillegung ihrer Handelsschiffahrt sei und bleibe eine sehr unsichere Rechnung. Darauf könne die Garantie der Marine sich nicht erstrecken. Sei die Marine in der Lage, jetzt den Kanal zu sperren, was ihr früher nicht gelungen? Könne sie Truppen- und Kriegsmaterialtransporte wirklich in dem nötigen Umfang unterbinden?

Digitized by Google

Ich glaube nicht, daß man die sich entwickelnde Lage mit Sicherheit voraussagen könne. Es sei ganz natürlich, aber es müsse in diesem Fall doch ausgesprochen werden, daß wir uns im Krieg auch oft — ganz abgesehen von dem Kriegsbeginn auf dem westlichen Kriegsschauplatz, von dem unglücklichen Verdun — hinsichtlich des Zeitpunkts, in dem ein angestrebter Erfolg hätte erreicht werden sollen, getäuscht haben, namentlich durch Unterschätzung des Gegners. Meine Bedenken gehen wie früher dahin, daß das Risiko eines Vabanquespiels zu groß sei, wenn man mit einer so hohen Wahrscheinlichkeit auf den Bruch mit Amerika rechne, wie es die Reichsleitung tut. — Noch möchte ich ein Wort über die Stimmung auf unserer Seite sagen. Natürlich wünsche niemand Krieg mit Amerika. Ich glaube, daß die im Schützengraben stehenden Soldaten, die den Krieg siegreich geführt, nicht für gefährliche Experimente, sondern für das mannhafte Durchhalten seien. Dort herrsche keine Etappenstimmung. Zu Hause werde der rücksichtslose Unterseebootkrieg zunächst weithin Jubel erregen. Komme der Konflikt mit Amerika, so werde diese Stimmung zurückgehen und wachsend eine gedrückte werden, auch bei den bisherigen Eiferern, wenn die Erfolge ausbleiben. Die bisherigen Eiferer für den Unterseebootkrieg werden verschwinden. Besonders aber, und ich halte mich für verpflichtet, dies in diesem tragischen Moment offen auszusprechen, werde es gefährlich sein, wenn infolge des Konflikts mit Amerika der Krieg verloren gehe. Rückschläge ertrage zur Zeit die deutsche Bevölkerung, weil sie durchdrungen davon sei: die Nation führt den Krieg und gewinnt ihn. Die amerikanische Sache werde ausschließlich der Reichsleitung zur Verantwortung zugeschoben werden. Gehe es schief, so wäre die staatsrechtliche Ordnung im Reich und in den Einzelstaaten schwer gefährdet. Der außerordentliche Ernst der Sache habe mich nicht schweigen lassen. Man könne nur hoffen, daß die vorgebrachten Bedenken alle sich als nicht begründet erweisen. — Ich verkenne keineswegs die besondere Dringlichkeit der Entscheidung, die sich aus den für England in Betracht kommenden schlechten Ernten ergeben. Man könne aber doch die Ausführung der von der zuständigen Stelle getroffenen Entschließung aufschieben. Jeder Tag könne in Zeiten wie den gegenwärtigen ein neues Bild und damit die Möglichkeit weiterer, eventuell modifizierter Entschließungen bringen. Vor allem dürfte es auf die — noch nicht vorliegende — Zustimmung unserer drei Bundesgenossen ankommen. In Österreich-Ungarn sei man sehr friedensbedürftig. Es werde notwendig sein, daß das Kaiserreich vollständig einverstanden sei."

Der Reichskanzler anerkannte meine Sorge. Die von mir angestellten so ernsten Betrachtungen habe er auch oft angestellt. Verpasse man aber jetzt die Gelegenheit, von der Waffe des Unterseebootkriegs vollen Gebrauch zu machen, so sei diese Möglichkeit bis nächsten Winter vorbei: daß wir bis dahin sonst etwas Wesentliches erreichen könnten, stehe nicht in Aussicht. Haben wir mit dem Unterseebootkrieg Erfolge, so werde es England nicht auf das Äußerste ankommen lassen.

Digitized by Google

Ich blieb bei meiner ablehnenden Haltung, aber ich blieb dabei allein. Gegenüber den von verschiedenen Seiten, auch vom Reichskanzler ins Feld geführten Berufungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland erwiderte ich, bei der Unmöglichkeit weitester Kreise, die Frage zu übersehen, müsse ich auf die öffentliche Meinung nur einen nebensächlichen Wert legen.

So unterblieb eine zustimmende Erklärung des Ausschusses infolge meiner ablehnenden Haltung, aber darüber hinaus vermochte ich in der Richtung meiner Ansicht nichts zu erreichen. Mindestens bei mehreren an der Beratung teilnehmenden Männern herrschte im Grunde nach meinem Eindruck eine Art fatalistischer Ergebung in das Schicksal.

Ich vermochte mich noch nicht zu ergeben. Ich darf persönlich wohl anführen, daß ich auf der Rückreise von Berlin nach Stuttgart mir die Frage vorlegte, ob ich nicht aus meinem Amt ausscheiden solle, um nicht an dieser Tragödie — die stand uns nach meinem Empfinden bevor —, in der zwar nicht unmittelbar verantwortlichen, machtlosen, aber doch offiziellen Zuschauerrolle weiter teilnehmen zu müssen. Meine Rücktrittsgedanken wurden mir von für mich maßgebender Stelle ausgeredet. Lebhaft habe ich in diesem Fall die Rücksichten und Schranken bedauern müssen, die einem mittelstaatlichen Minister durch seine Amtspflichten auferlegt waren.

Ich sann noch auf irgend eine Einwirkung. Bereits unter dem 19. Januar wandte ich mich schriftlich an den Reichskanzler und regte an, ob nicht auf dem Weg des „schärferen Unterseebootkriegs", wie ihn das Memorandum an Lansing beschrieben hat, sich ein Ausweg an Stelle des unbeschränkten Unterseebootkriegs finden lasse. Es war ein Versuch, nicht etwa sachlich Besseres ausfindig zu machen, sondern auf einer freilich zweifelhaften Brücke wieder an festes Land zu gelangen. Der Reichskanzler antwortete am 23. Januar, auch er habe eine Zeitlang den Mittelweg für gangbar gehalten, aber die Marine stelle sich neuerdings mit größtem Nachdruck auf den Standpunkt, daß auf diesem Mittelweg kein entsprechender Mehrerfolg (600 000 Tonnen gegen die 400 000 Tonnen des Kreuzerkriegs) zu erzielen sei. Den Parlamenten in Berlin war in der zweiten Hälfte des Januar auch von den schicksalsschweren Plänen auf 1. Februar Kenntnis gegeben worden. Obgleich ich eine unmittelbare Einmischung in die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Reichstag in Angelegenheiten der Kriegspolitik entgegen der Stellung des Leiters unserer deutschen Politik schwer nahm, obgleich ja in der Tat nun auch in der Hauptsache die Linke nicht mehr widerstrebte, tauchte in diesen Tagen in mir die Hoffnung auf, durch einen von mir besonders geschätzten einflußreichen Reichstagsabgeordneten den Gang des Verderbens aufzuhalten. Die Hoffnung erwies sich nach stattgehabter Unterredung als eine vergebliche. Der überwiegenden öffentlichen Meinung, der so bestimmten Ansicht von Heer und Marine entgegenzutreten, erschien zu schwer.

Auch das Telegramm Bernstorffs, das noch einmal einen Friedensversuch Wilsons in letzter Stunde anzeigte, führte bekanntlich nicht zur Einstellung des

Digitized by Google

Unterseebootkriegs. Ich habe gehört, man habe im Lager von Bethmanns Gegnern bei diesem Zwischenfall bestellte Arbeit vermutet! Inzwischen stimmten die Bundesgenossen zu, und am 1. Februar nahm der Unterseebootkrieg seinen Anfang. In Wien insbesondere hat Admiral v. Holtzendorff, der dort mit besonderem Feuer für die Sache eintrat, noch Ende Januar den Kaiser und die Kaiserin für die Zustimmung gewonnen. Freilich hatte ich im Juni bei einer Unterredung mit dem Kaiser von Österreich, in der ich selbstverständlich meinen früheren Bedenken keinen Ausdruck mehr geben durfte, nicht den Eindruck, daß der Kaiser mit voller Überzeugung von der Sicherheit des Erfolges eingewilligt hatte.

Holtzendorff seinerseits vertrat im April die Ansicht, seine Unterseebootskommandanten werden bis zum Juni England zum Nachgeben gezwungen haben. Das war nicht der Fall trotz ihrer unübertrefflichen Tapferkeit und Hingabe, die für immer im Gedächtnis Deutschlands fortleben.

Amerika brach bekanntlich sofort die diplomatischen Beziehungen ab, der Krieg wurde nicht alsbald erklärt. Noch einmal, am 12. Februar, wandte ich mich als „Querulant" mit der brieflichen Frage an den Reichskanzler: Gibt es nicht noch eine letzte Gelegenheit, irgend eine letzte Möglichkeit, den Krieg mit Amerika zu vermeiden? Ich bezweifelte nach wie vor die Garantie, die der Chef des Admiralstabs in Beziehung auf den Zeitpunkt des nötigen Erfolgs geleistet hatte, und zitierte den Ausspruch eines im Unterseebootdienst stehenden klugen und ausgezeichneten Offiziers, der privatim und etwas deutlich jene Garantie als Narretei bezeichnete. Herr v. Bethmann antwortete, seine Erwartungen über die Erfolge des Unterseebootkriegs seien übertroffen, seine Zuversicht in stetigem Steigen und damit seine Überzeugung, daß wir gar nicht anders handeln konnten. Der englische Gesandte in Stockholm habe gemeint, binnen drei Monaten müsse sich entscheiden, ob England Friedensverhandlungen anzuknüpfen gezwungen sei. So seien in diesem Stadium der Dinge die Vorteile des Unterseebootkriegs größer, als seine Nachteile. Quod Deus bene vertat. Übrigens, meinte damals der Reichskanzler, sollte es nach einigen noch vorhandenen Anzeichen sich erweisen, daß Wilson doch den Krieg nicht wolle, so werde von unserer Seite nichts geschehen, um den Konflikt herauszufordern. Der Krieg kam in kürzester Zeit. Er wäre wohl auch ohne den unglücklichen mexikanischen Zwischenfall gekommen. Der durchaus meinen Standpunkt teilende württembergische Gesandte in Berlin schrieb mir: Meine Warnung in dem Schreiben vom 12. Februar sei auch nach seiner Ansicht nicht ganz aussichtslos gewesen, eine letzte Warnung und doch kaum mehr als eine Verwahrung. Mit dieser Verwahrung mußte ich meine Tätigkeit als mittelstaatlicher Minister in der deutschen Lebensfrage schließen.

Im vorstehenden habe ich ein näheres Eingehen auf die so unendlich oft erörterten kriegstechnischen Chancen des Unterseebootkriegs in den verschiedenen Stadien der Angelegenheit vermeiden zu sollen geglaubt. Gewiß war der Leitung der deutschen Geschicke eine gemischte Frage der auswärtigen Politik und der Kriegführung unter ausnehmend schwierigen Umständen vorgelegen.

Digitized by Google

Die militärische Führung wird geneigter sein, wenn sie sich auf der Höhe des Kampfes zu befinden glaubt, die letzte Reserve einzusetzen. Ob sie die angeforderte Entscheidung in der Schlacht bringt, weiß der General nicht sicher; als Soldat wird er regelmäßig das Risiko auf sich nehmen. Bei der Entscheidung des Unterseebootkriegs im Jahr 1917 wurde ein Befehl gegeben, der — das kann nicht oft genug gesagt werden — im Falle des Versagens die Nation ins Herz treffen konnte. Als später die Folgeerscheinung unserer Siege im Osten, der russische Zusammenbruch, eintrat, warf sich nachträglich auch auf militärischer Seite die Frage auf, ob nicht der Landkrieg ohne Unterseebootkrieg eine annehmbare Entscheidung hätte bringen können. Inwieweit das gute Ende des Landkriegs ein „Niederringen" Englands gebracht hätte, ist eine müßige Frage; aber dieses Ziel war von vornherein meines Erachtens ein falsches Schlagwort, wie man in Deutschlands verhängnisvollen Jahren solche so oft hörte.

Daß die politische Führung in der Frage den Kürzeren zog, ist nach meiner Überzeugung wesentlich das Ergebnis der langen Gegenpropaganda gewesen. Schon vor dem Krieg war notorisch eine einheitliche Leitung der Einflußnahme des Reichskanzlers auf die Presse selbst in außerpolitischen wichtigen Angelegenheiten trotz aller Versuche nicht zu erreichen gewesen. Im Krieg gelang dies erst recht nicht.

Das Problem des interkonfessionellen Religionsunterrichts

Von

Erich Schramm

In dieser Zeit gewaltigster Umwälzungen, völlig neuen Anfangs, ruheloser Bewegung, tut es doppelt wohl, wenn der Blick wieder einmal auf etwas Bleibendem ruht, wenn er erkennt, daß nicht alles so völlig neu und unerwartet ist, wie es zunächst wohl scheinen möchte, daß manches, was jetzt erst zur Entfaltung kommt, im Keim schon längst geboren war.

Das gilt auch von dem Vorschlag, den Religionsunterricht auf den Schulen in eine allgemeine interkonfessionelle Religionskunde umzuwandeln: denn dieser Vorschlag, der zunächst etwas noch nie Dagewesenes zu bieten scheint, würde doch in Wahrheit nur die Verwirklichung eines Gedankens bedeuten, den schon das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der Aufklärung, gebar[1]) und der dann bis hin zu der großen Epoche nationaler Erneuerung vor den Freiheitskriegen aufs ernsteste die Geister beschäftigte und nie wieder — man denke nur an Diesterweg — verschwand.

[1]) Vgl. A. Heubaum, Die Geschichte des ersten preußischen Schulgesetzentwurfs, Monatsschrift für höhere Schulen, 1. Jahrgang 1902.

Digitized by Google

Drei Epochen historischer Entwicklung lassen sich unterscheiden: das 18. Jahrhundert, das durch einen allgemeinen Vernunftglauben die konfessionellen Unterschiede in den Hintergrund zu drängen suchte, das 19. Jahrhundert, das — besonders unter Schleiermachers Einwirkung — diesem allgemeinen Glauben die Fülle individuellen Lebens entgegensetzte und so eine neue Verschärfung der konfessionellen Gegensätze schuf, endlich das 20. Jahrhundert, dessen Aufgabe es ist, diese Gegensätze wiederum zu mildern und zu versöhnen, ohne doch das individuelle Leben zu ertöten. Wir wenden uns zunächst dem 18. Jahrhundert zu. —

Pietismus und Aufklärung

Die seit der Reformation von neuem einsetzende Erstarrung des lebendigen Glaubens in den Dogmen der lutherischen Orthodoxie und die hieraus folgenden konfessionellen Spaltungen und Streitigkeiten hatten schon im Pietismus einen Zustand ersehnen lassen, der an Stelle dieses lächerlichen Haders den einen lebendigen Christus setzte, an Stelle des Streits der Worte die einzig erlösende Tat. Und so sehen wir unabhängig von den Konfessionen aus der reinen, urchristlichen Versenkung in die Liebe Christi die Brüdergemeinde entstehen und über die Erde hin bis nach Amerika sich verbreiten. Und wie Zinzendorf vor dem Düsseldorfer Christusbilde den bestimmenden Eindruck für sein Leben empfing, wie er die mahnenden Verse sang:

Der du noch in der letzten Nacht,
Eh' du für uns erblaßt,
Den Deinen von der Liebe Macht
So schön gepredigt hast,
Erinnre deine kleine Schar,
Die sich sonst leicht entzweit,
Daß deine letzte Sorge war
Der Glieder Einigkeit!

so klingt es uns noch aus den Reihen der Heilsarmee, dieser Auswirkung des unter dem Namen „Methodismus" bekannten angelsächsischen Pietismus entgegen, wenn Célestine Oliphant in ihren Lebenserinnerungen uns von jenem Brüsseler Gemälde erzählt, das Katholiken, Protestanten und die verschiedensten christlichen Gemeinschaften darstellt, wie sie mit Kreuzen aufeinanderschlagen, während im Vordergrund eindrucksvoll, die Augen mit den Händen bedeckend, der Heiland steht, „weinend über die Parteien, die sich in seinem Namen zanken".

Was die Brüdergemeinde in ihrem abgeschlossenen Kreise, das erstrebte für die breite Masse des Volkes die Aufklärungsbewegung, indem sie auch die Persönlichkeit Jesu noch als eine Vereinzelung empfand und eine völlig allgemein-menschliche Religion zu begründen suchte. Ist es doch eben die Persönlichkeit Jesu, die den konfessionellen Streit erregt, darum ist mit dem Hinweis auf die Einheit dieser Persönlichkeit im Grunde nichts gewonnen.

Digitized by Google

Nur der Standpunkt einer allen Menschen gemeinsamen, weil unmittelbar durch die Vernunft selbst gegebenen natürlichen Religion vermag den Konfessionalismus wirklich an der Wurzel zu treffen und zu überwinden.

So bildet sich denn auf Grund der schon ein Jahrhundert zurückliegenden, ja schon auf Erasmus' Lehre von der Einheit des Christlichen und des Allgemeinmenschlichen zurückgehenden Entdeckung einer allen Religionen und positiven Bekenntnissen gemeinsam zugrunde liegenden Gruppe allgemein angeborener sittlicher und religiöser Vorstellungen eine natürliche Religion und Theologie heraus, und diese natürliche Religion und Theologie macht dann seit Rousseau, Basedow und den Philanthropen auch im Reich der Erziehung und des Unterrichts ihren Einfluß geltend. Die Verbindung mit der Besonderheit des Christentums sieht diese Richtung nur noch darin, daß Christus selber nichts anderes als jene allgemeinen religiösen Vernunftwahrheiten lehre, und daß eben hierin gegenüber dem äußerlichen, rechthaberischen Wortwesen der Konfessionen alle religiöse Tiefe, Aufrichtigkeit und Tatkraft beschlossen sei. Auch die Aufklärung ist also mit ihren Einheitsbestrebungen durchaus auf religiöse Vertiefung gerichtet, nur daß sie dieselbe nicht wie der Pietismus im Gefühl, sondern in klarem, vernünftigem Denken sieht. Beidemal soll zurückgegangen werden auf die Quellen der Wahrheit und des geistigen Lebens gegenüber der Erstarrung und dem toten Formelwesen der Orthodoxie.

Die äußerlich stärkere und umfassendere Bewegung ist die Aufklärung gewesen. Sie war durchaus pädagogischer Natur. Sie nahm den Kampf auf gegen den Tiefstand des niederen Schulwesens und gegen die Wöllnersche Reaktion.[1]) Besonders das tote, mechanische Wesen des Religionsunterrichtes deckte sie auf. Nichts werde dem Bauern gelehrt als Religion, und nichts sei ihm infolgedessen gleichgültiger als die Religion. Vollgepfropft werde er mit religiösen Lehrbüchern und dogmatischen Sätzen, unverstandenem Gedächtniskram, statt zu einem guten Bürger und praktischen Christen erzogen zu werden. So könne man sich über das rohe, verbrecherische Wesen des Landvolks nicht wundern.

Höchst bedeutsam ist nun, daß hier als Gegenpol zu der äußerlichen Unterweisung in der Kirchenlehre überall auftritt die Erziehung zum Bürger, zum Staat.[2]) Der Staat ist das eigentlich Lebendige, und die Religion ist es nur, sofern sie dem Staate dient. Seit dem Reformationszeitalter entwickelte sich der staatspädagogische Gedanke. Ausgehend zunächst von einer mehr kleinlichen Auffassung einer Erziehung für die Bedürfnisse des Staates, vertiefte er sich gar bald zu dem moralischen Gedanken einer Erziehung des Menschen zum Bürgersinn. Als solcher erhielt er seine höchste Ausprägung zunächst im friderizianischen Pflichtbegriff. Dann, als Rousseau, Voltaire

[1]) Vgl. die Jugenderinnerungen von Karl Friedrich v. Klöden, herausgegeben von Kötschau, Leipzig, Inselverlag, 1911, S. 69 ff.

[2]) Vgl. außer Heubaum a. a. O. auch: Ed. Spranger, Wilhelm v. Humboldt und die Reform des Bildungswesens. Berlin 1910, S. 7 ff.

Digitized by Google

und die französische Revolution diesem Pflichtbegriff die natürlichen Menschenrechte gegenüberstellten, sah man das Staatswohl nicht mehr so in der Unterdrückung als vielmehr in der Förderung der Individualität, und zu der Pflicht des Bürgers gegen den Staat trat die Pflicht des Staates gegen den einzelnen Bürger. So entstand der Gedanke einer gegenseitigen moralischen Verpflichtung des Staates und seiner Bürger zur Heranbildung und Pflege staatsbürgerlicher Gesinnung und echter Humanität.

War die Staatserziehung der alles umspannende Begriff, so war auch die religiöse Erziehung nur ein Teil derselben; sie durfte also nichts enthalten, was nicht im Sinne des Staatsgedankens war. Eine solche staatsfeindliche Erscheinung war nun aber die Spaltung der öffentlichen Religiosität in Konfessionen. Besonders mit der polnischen Teilung von 1793 und dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 war Preußen durch den starken Zuwachs an katholischer Bevölkerung ein konfessionell arg zerklüftetes Land geworden, und wo etwa der Gegensatz der Religionsparteien hinter dem staatlichen Zusammengehörigkeitsgefühl zurückzutreten begann, da mußte der konfessionelle Religionsunterricht ihn von neuem künstlich erwecken. Lebhaft beklagt sich daher der Rektor Steinbart in einer Eingabe vom 9. März 1798 über eine Erziehungsmethode, die statt der Anhänglichkeit an den Staat nur eine solche an die Kirchenparteien hervorbringe, so daß der Untertan es lieber mit dem Freunde seiner Konfession als mit den Volksgenossen halte. Die Notwendigkeit einer über die kirchlichen Gegensätze erhabenen allgemeinen Nationalerziehung leuchtete mehr und mehr ein.

Gegen Ende des Jahrhunderts mehren sich die Fälle, in denen der Besuch ein und derselben Schule durch Kinder verschiedener Konfessionen üblich wird. „Kein verständiger Vater", schreibt Gedicke, „wählt eine Schule bloß darum, weil sie zu dieser oder zu jener Konfession gehört, sondern weil er das Zutrauen hat, daß sein Sohn in derselben die ihm nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten erlangen werde. Unbedenklich schickt daher jeder lutherische Vater sein Kind in eine reformierte Anstalt und umgekehrt; selbst katholische Eltern tragen gar kein Bedenken mehr, ihre Kinder in protestantische Schulen zu schicken; ja es ist jetzt schon etwas sehr gemeines, daß alle unsere größeren Schulen auch von jüdischen Kindern und Jünglingen besucht werden."

Das Landrecht trägt dieser Erscheinung Rechnung, indem es bestimmt, niemand solle der Zutritt zu einer öffentlichen Schule um des Bekenntnisses willen verwehrt werden. Der konfessionelle Charakter jeder Schule hinsichtlich des Religionsunterrichts bleibt zwar bestehen, doch sind die Andersgläubigen zur Teilnahme an diesem nicht verpflichtet, wenn sie außerhalb der Schule den Unterricht in ihrer eigenen Konfession erhalten, und im übrigen löst sich der Unterricht von jeder religiös-kirchlichen Färbung und Beeinflussung los.

Das Landrecht rechnet noch mit einer konfessionell im wesentlichen gleichartigen Bevölkerung, mit einer Minderzahl der Andersgläubigen in jeder Gegend. Mit der zunehmenden örtlichen Vermischung der verschiedenen

Digitized by Google

Religionsparteien wuchs jedoch die Schwierigkeit. Zwei Wege gab es nun, dieser Lage Herr zu werden. Der eine war der Ausbau der Bestimmungen des Landrechts zur regelrechten Simultanschule, der andere war die Einführung eines allgemeinen konfessionellen Unterrichts auch in der Religion. Wiewohl nun die weitere Schulgesetzgebung, vor allem Süvern, sich für den ersten Weg entschied, der denn auch wenigstens für die höheren Schulen praktisch durchgeführt wurde, drängte die herrschende Geistesrichtung zunächst doch viel mehr auf den zweiten Weg und ließ die Simultanschule nur als einen praktischen Notbehelf erscheinen.

Denn die staatlichen Notwendigkeiten trafen hier zusammen mit dem erwähnten Streben nach Vertiefung in der Religion selbst. Alles vereinigte sich in der Forderung einer überkonfessionellen allgemeinen Menschheitsreligion. So begegnen wir zuerst in einem vom Stadtpräsidenten v. Hippel auf Anregung des Obersten v. Kuhnheim verfaßten Gutachten zur Anlegung einer Regimentsschule in Königsberg vom Jahre 1792 der Forderung, für Schulen sollte nur das eigentlich Praktische des Christentums, worin alle Parteien übereinkommen, gehören, Glaubenslehre aber für den Prediger bleiben. Wöllners Anweisung von 1794 hemmte zunächst wieder diesen Geist, doch lebte er bald um so stärker auf. An Sack, Spalding, Teller knüpfen Zöllner und Stephani an. Stephani erkennt zwar an, daß es eine rechtliche und psychologische Unmöglichkeit sei, die Menschen zur vollen Glaubenseinigung zu bringen, daß es also einerseits dabei bleiben müsse, daß jeder seines Glaubens lebe (Heinrich Stephani: System der öffentlichen Erziehung 1813, S. 378). Andererseits sei aber doch ein gemeinsames Streben nach immer größerer Vollkommenheit in der Erkenntnis Gottes und in der Herrschaft der Sittlichkeit möglich, ein Streben nach jener einen wahren Religion, für die die positiven Religionen nur Vorstufen sind im Sinne von Lessings „Erziehung des Menschengeschlechts". „Man überlasse zwar den Konfessionsunterricht der Privatbelehrung", sagt daher Zöllner,[1]) „d. h. man sorge bei jeder Schule, je nachdem es die Lokalität am besten gestattet, dafür, daß die Schüler in Privatstunden den Religionsunterricht ihrer Konfession erhalten; aber in den öffentlichen Lehrstunden lasse man die allgemeinen Religionswahrheiten vortragen ... Es leuchtet von selbst ein, wieviel schon für das gute Einverständnis der Untertanen gesorgt sein würde, wenn sie sich von ihrer Kindheit an gewöhnten, ohne Sektenhaß friedlich nebeneinander zu den Füßen desselben Lehrers zu sitzen, wenn sie früh schon den echten Geist der Duldung kennen und üben lernten und gemeinschaftlich aus den reinsten Quellen die Gründe der Sittlichkeit und des Trostes zu schöpfen angeleitet würden".

So wünscht auch der Bericht des Oberkonsistoriums vom 18. Juni 1799, daß in den Schulen der Religionsunterricht „bloß auf die allgemeinen Wahr-

[1]) Alfred Heubaum: Die Nationale Erziehung in ihren Vertretern Zöllner und Stephani 1904, S. 63.

Digitized by Google

heiten der Religion und auf die allen kirchlichen Parteien gemeinschaftliche Sittenlehre eingeschränkt, dagegen der spezielle Konfessionsunterricht bloß dem Prediger bei der Vorbereitung der Katechumenen überlassen werde". Und Gedicke äußert sich über den Unterschied zwischen Kirche und Schule dahin, daß „jene mit zur Erhaltung und Fortpflanzung des kirchlichen Glaubens, diese bloß zur Mitteilung allgemeingültiger, von jedem Konfessionsglauben unabhängiger Kenntnisse bestimmt ist. Allerdings gehört auch die Religion zu den notwendigen und wichtigsten Gegenständen des Schulunterrichts, aber auch nur jene allgemeine Religion, nicht aber die Unterscheidungslehren der einzelnen Kirchen". (Vgl. Gedickes Aufsatz in den Annalen des preußischen Schul- und Kirchenwesens 1800, S. 427 ff.)

In demselben Geiste sind dann die Reformpläne der Natorp, Massow, Klewitz-Stein entworfen (vgl. G. Thiele: Die Organisation des Volksschul- und und Seminarwesens in Preußen, S. 11, 83). Vereinzelt kommt es auch einmal zu einem praktischen Versuche wie dem Pestalozzis in Iferten (Cordier, Religiöse Jugenderziehung bei Pestalozzi, S. 24, 30 f.) oder dem des ehemaligen katholischen Priesters Theodosius Abs, Gründers einer Waisenanstalt in Halberstadt, der seinen katholischen, protestantischen und jüdischen Kindern im Anschluß an das Neue Testament einen konfessionslosen Unterricht erteilte, der vor allem aufs Gemüt wirken und dadurch den religiösen Haß bekämpfen sollte (Schumann und Sperber: Geschichte der Methodik des Religionsunterrichts 1890, S. 71). Auch der Versuch im Herzogtum Nassau, das zum ersten Male die Simultanschule grundsätzlich durchführte (1817), neben dem konfessionellen einen interkonfessionellen Religionsunterricht für die allgemeinen Wahrheiten der Religion einzurichten, wäre hier zu erwähnen.[1])

Schleiermacher

So sehen wir damals eine gewaltige Welle über-konfessionellen, auf staatliche Einheit und Gleichheit auch in der Religion gerichteten Geistes durch die Lande gehen, feind aller Eigenbrödelei, Raum schaffend jedem ehrlichen Streben nach Wahrheit, wenn auch mehr dem Grundsatz „Jedem das Gleiche" als „Jedem das Seine" treu. Ihr Untergrund ist jener große Gedanke einer allgemeinen, rein menschlichen Sittlichkeit und Religion, der in Lessings „Nathan" und in Mozarts „Zauberflöte" lebt, bis hin zu der Weltanschauung unserer klassischen Dichter, bis hin zu Beethovens neunter Sinfonie. —

„Welche Religion ich bekenne? Keine von allen, die du mir nennst. Und warum keine? Aus Religion!" (Schiller.)

Ja diese Welle war so mächtig, daß sie in der Zeit der nationalen Erhebung von 1813 vorübergehend selbst den Mann ergriff, dessen innerstes Wesen jenen Bestrebungen eigentlich entgegengesetzt war. Schleiermacher, für den die Besonderheit und Eigentümlichkeit der Individualität gerade im

[1]) Vgl. Th. Ziegler: Die Simultanschule, S. 25.

Digitized by Google

Glauben das Höchste war und jene allgemeine natürliche Religion nichts als ein leeres, abstraktes Gedankending, machte 1814 den vermittelnden Vorschlag, die Trennung der Konfessionen im Schulreligionsunterricht erst in den Oberklassen eintreten zu lassen. Freilich verleugnet auch dieser Vorschlag seinen Urheber nicht, wenn er gerade für die höhere Geistigkeit die Entfernung von jener allgemeinen Menschheitsreligion fordert, die das Ideal des 18. Jahrhunderts war. —

Es ist der entscheidende Gegensatz zwischen Schleiermacher und der Aufklärung, daß diese die eigentliche Wärme und zu Herzen gehende Tiefe der Religion in ihrem allgemein-menschlichen Charakter, jener aber in der ganz persönlichen Stellungnahme des Einzelherzens, des einzelnen Gläubigen erblickt. Darum muß für Schleiermacher auch der Religionsunterricht ein durchaus individuelles Gepräge erhalten. „Je allgemeiner der Katechismus ist, desto schädlicher ist er," heißt es in Schleiermachers „Praktischer Theologie", „je spezieller, desto nützlicher, und der speziellste ist der, welchen sich der Geistliche selbst macht, und der allerspeziellste der, den er sich jedesmal selbst macht."

So ist ja auch der Gedanke einer allgemeinen Kirche für Schleiermacher nur der einer Lebens-, nicht einer Lehrgemeinschaft: Lehre und Unterricht bleiben konfessionell, und eben auf der Freiheit der Individualität und ihrer gegenseitigen Ergänzung beruht das harmonische Zusammenwirken in der Gemeinschaft der Gläubigen, in der praktischen Ausübung der Frömmigkeit, wie etwa bei der Feier des heiligen Abendmahls (Union). Durch den Gedanken der ergänzenden Gemeinschaft[1]) rettet sich Schleiermacher aus dem Zwiespalt, in den ihn der Gegensatz seines persönlichen Christentums zu der allgemeinen Toleranz und Humanität seines Zeitalters bringt. Gesellige Gemeinschaft, die auf der Unübertragbarkeit des individuellen Gefühls beruht, ist die Form der Kirche. Ihr steht das gemeinsame Leben in Recht und Staat, in Schule und Unterricht auf Grund der Übertragbarkeit des allgemeingültigen Denkens und Wissens gegenüber. So ergibt sich nach dem Schema in Schleiermachers „Sittenlehre" die Trennung der auf der Individualität beruhenden Kirche von dem Gemeinsinn der Schule und des Staates.

Das Zünglein an der Wage aber ist doch erst die Stellung, die der eigentlich beiden Gebieten angehörende Religions*unterricht* bei dieser Trennung erhält.

Auch Gedicke und viele andere Stimmen jener Zeit hatten die Trennung der Kirche von Schule und Staat gefordert und erklärt: „Schulen sind Institute des Staates, dem daran gelegen ist, unterrichtete brauchbare Bürger zu haben, nicht Institute einzelner Religionsparteien." Aber sie hatten daraus die Einführung eines dem staatlichen Gemeinsinn angepaßten interkonfessionellen

[1]) Vgl. das Fortwirken dieses sozialen Gedankens bei Immanuel Hermann Fichte: System der Ethik, Leipzig 1850—1853.

Digitized by Google

Religionsunterrichts auf der Schule gefolgert. Schleiermachers letztes Wort dagegen ist die Beseitigung des Schulreligionsunterrichts und die Förderung eines vom Zwang der Schule befreiten kirchlich-konfessionellen Unterrichts. Denn das ist das Urteil in der Pädagogik von 1826: „Was nun den Religionsunterricht, der in öffentlichen Anstalten erteilt wird, betrifft, so bin ich der Meinung, daß dieser ganz erspart werden kann. Es ist dieser Unterricht nur ein Rest aus früherer Zeit, in der diese Anstalten, kirchlichen Ursprungs, der Kirche untergeordnet waren" (S. 380). Er empfiehlt die Beseitigung eben wegen des konfessionellen Friedens, denn einen Unterricht ohne Einseitigkeit im Bekenntnis hält er schon innerhalb der einzelnen Kirche für eine Illusion: „Eine bestimmte Auffassung des Christentums, nicht von allen der Kirche angehörenden Gliedern anerkannt, findet mehr oder weniger Eingang und wird in den Schulen bevorzugt, und die Schule, die das ausgleichende Prinzip stets im Auge haben sollte, ruft eine Opposition hervor."

Ein tiefer Blick öffnet sich hier in das Verhältnis Schleiermachers zu seinem pädagogischen Lehrer Gedicke und läßt die Gründe ahnen, die ihn, den Hauslehrer, aus dessen Seminar vertrieben und der pädagogischen Laufbahn schließlich den Rücken kehren ließen. Es war der religiöse, ganz auf individuelles Gefühl gerichtete Sinn, der sein ganzes Wesen bestimmte und dem Schulmann entfremdete, und man geht wohl nicht fehl, die Unannehmlichkeiten auf Gedickes „großer Schulanstalt", von denen er in seiner Selbstbiographie (Aus Schleiermachers Leben, Bd. I, S. 14) spricht, auch darauf zurückzuführen, daß ein zu starkes Eingehen auf den einzelnen Schüler ihn die Gesamtheit der Klasse nicht genügend beherrschen ließ. Was im besonderen den Religionsunterricht betraf, so konnte er für Schleiermacher kein Unterricht im gewöhnlichen Sinne sein, der auf die gemeinsame Vorstellungswelt einer Masse sich gründet, sondern hier mußte sich in freier Wahlverwandtschaft Individuum zu Individuum finden, wie es in der Schule eben nicht möglich ist. So sagt die Pädagogik von 1826 (S. 265): „Die Einwirkung auf die religiöse Gesinnung beruht auf der Lebensmanifestation in dem Verhältnis des einzelnen zum einzelnen. Der Lehrer in der Schule repräsentiert das Gesetz ebensogut wie im bürgerlichen Leben die Obrigkeit; das geschieht durch die Form seiner ganz auf die Masse gerichteten Tätigkeit . . . Also ist nie der einzelne in seiner Totalität angesehen der Gegenstand seiner Tätigkeit, sondern nur in einzelnen Funktionen." Im Ethischen und Religiösen aber muß der Mensch mit der ganzen Kraft der Liebe auf den wirken, der erzogen werden soll. Wir können auch sagen: die Schule ist auf die gleichartige Arbeit des Verstandes gestellt; eins aber ist not in der Religion: wie im Spiel das Kind in der ganzen freien Eigenrichtung seines Geistes selbsttätig sich auslebt aus einem individuellen Kraft- und Lebenszentrum heraus, aus einer inneren Totalität des Gemüts und nicht nach einzelnen, von außen auferlegten Zwecken, so muß auch in der Frömmigkeit der ganze ungeteilte Mensch in seiner Kraft und Eigentümlichkeit selbsttätig wirksam sein. „Unsere

Digitized by Google

Meinungen und Lehrsätze können wir andern wohl mitteilen, dazu bedürfen wir nur der Worte und sie nur der auffassenden und nachbildenden Kraft des Verstandes; aber wir wissen sehr wohl, daß das nur die Schatten unserer religiösen Erregungen sind; und wenn unsere Schüler diese nicht mit uns teilen, so haben sie, auch wenn sie das Mitgeteilte als Gedanken wirklich verstehen, doch daran keinen wahrhaft lohnenden Besitz" (dritte Rede über die Religion).

Die Aufklärung hatte für den Religionsunterricht nur geistige Klarheit, intellektuelles Verstehen gefordert: das war ihr Fortschritt über das mechanische Gedächtniswissen der alten Zeit hinaus. Nun fordert Schleiermacher ein ganz persönliches Verständnis aus dem, was jedem einzelnen in seinem inneren Herzen und Gefühl auf Grund seiner besonderen Anlage und Erfahrung besonders bedeutsam ist. Damit wird ihm die religiöse Unterweisung erst recht eigentlich zum Problem. Denn Unterricht beruht ja immer auf etwas Gemeinsamem, Überpersönlichem, Sachlichem; es ist, besonders in der Schule, praktisch unmöglich, immer erst zu warten auf eine zufällige Wahlverwandtschaft von Person zu Person. Und würde denn bei solchem Verfahren überhaupt noch Wahrheit gelehrt, sichtbare Wahrheit, deren Wesen doch eigentlich darin besteht, daß sie für alle Menschen gültig und unbedingt von jedem anzuerkennen ist?

So steht sich hier objektiver Unterrichtsgegenstand und persönliches Ergriffensein von ihm, allgemeingültig-verstandesmäßiges und individuell-gefühlsmäßiges Verstehen unversöhnlich gegenüber. Es fragt sich aber, ob dieser Gegensatz wirklich das Letzte ist, was sich über den Religionsunterricht sagen läßt.

Die Aufgabe der Gegenwart

Zweifellos gibt es in der Religion ein Reich der absoluten persönlichen Freiheit, der unbeweisbaren reinen inneren Glaubensüberzeugung, die es ablehnt, die religiöse Wahrheit aus irgendeiner anderen Quelle als der des Gefühls und der persönlichen Offenbarung abzuleiten, die die Kraft dieses freien persönlichen Gefühls nur als den Gegenpol zu allem verstandesmäßigen sichtbaren Ergreifen einer allgemeingültigen wissenschaftlichen Wahrheit, eben als reine unsichtbare Offenbarung faßt. Wenn Schleiermacher dieses Reich des Unsichtbaren von neuem der auf die beweisbare sichtbare Welt gerichteten Aufklärung gegenüberstellte, so lebte hier tiefstes Verständnis für den eigentümlichen Geist des Christentums in ihm. Schon das Alte Testament durchzieht der Kampf des Sichtbaren und des Unsichtbaren, bis Jesus dann als die Erfüllung den Sieg der unsichtbaren Welt entscheidet. Daher seine Abneigung gegen die Wundersucht des Volkes: „Wenn ihr nicht seht, so glaubt ihr nicht!" Daher sein Kampf wider die Wort- und Werkgerechtigkeit der Pharisäer und wider alles äußere Gesetz und alle äußere Gewalt bei der Verwirklichung der neuen sozialen Ordnung und des Messiasgedankens. Daher

Digitized by Google

endlich das grandiose Bild, das die Apostelgeschichte vor uns entrollt von dem Zusammenstoß der neuen Welt der Innerlichkeit mit der ganz auf sinnlich-anschauliche Darstellung gerichteten Kultur der Griechen und Römer, in deren Mitte Paulus seine gewaltige Predigt hält: „vom unbekannten Gott".

Der große Gegensatz der beiden Welten setzt sich in dem des romanischen und des germanischen Geistes fort. In dem Maße, wie die römische Kirche mit ihrem Hang zu Sinnlichkeit und Macht und kirchlichem Gesetz und äußeren scholastischen Gottesbeweisen dem urchristlichen Geist der inneren Freiheit und des inneren Verstehens sich entfremdet, kommt ihm das freiheitsliebende und schon in heidnischer Zeit nur unsichtbaren Göttern dienende Germanentum mit seinem Zug zum Grüblerischen, Rätselvollen, zu mystischer, dynamisch-unanschaulicher Glaubensinnigkeit entgegen. Die deutsche Mystik, Luthers unsichtbare Kirche, der Puritaner „dumpfe Predigtstuben",[1]) der Pietismus und der Methodismus, der dynamische Glaube Kants und Schleiermachers religiöses Gefühl: sie alle stammen aus demselben Geiste, dessen Merkmal der germanische Hang zum Unsichtbaren ist.

Die beweisbare sichtbare Welt dagegen ist der Gegenstand des Unterrichts. Was ich lehre und lerne, darauf muß ich mit dem Finger weisen können, das muß sichtbare allgemeingültige Wahrheit sein. Und hier gilt nicht Freiheit, sondern das Gesetz, die objektive wissenschaftliche Strenge. Nun aber ist die Frage: Gibt's solche sichtbare Wahrheit und wissenschaftliche Strenge auch in der Gefühlswelt der Religion? Denn wenn es sie gibt, dann gibt es auch Unterricht in ihr, ja dann muß es ihn sogar geben.

Die Antwort lautet: es gibt solche sichtbare Wahrheit auch in der Religion. Wir finden sie da, wo die sichtbare Welt aufhört und die unsichtbare beginnt, wo sichtbare und unsichtbare Wahrheit gleichsam zusammenfallen. Das Unsichtbare selber schauen wir nicht, doch gibt das sichtbare Diesseits uns Rätsel auf, die in ein Jenseits deuten. Die Grenzen der Vernunft, das Lebensrätsel, die unbegrenzten Möglichkeiten, die es offen läßt: das ist es, was wir schauen und wissen können, und Religion in diesem Sinn ist weiter nichts als Hinwendung des Blicks auf der endlichen sichtbaren Dinge unendlichen unsichtbaren Hintergrund. „Lehre uns bedenken, daß wir sterben müssen, auf daß wir klug werden!" Eine letzte höchste Klugheit, eine letzte Ausweitung auch des intellektuellen Horizontes, des Wissens bis an seine Grenze und nicht, wie manche Leute meinen, eine Verdummung ist die Religion. Sind doch Gefühl und Intellekt in Wahrheit nicht zu trennen. Auf Wissen stützt sich Wille und Gefühl, und Glaube ist immer auch ein vernünftiges Fürwahrhalten, wenn er auch nicht bloßes Fürwahrhalten ist. Freilich, nicht Gott und Freiheit und Unsterblichkeit erfaßt man so. Das war die Halbheit der Aufklärung, der Kants Kritik ein gründliches Ende machte, daß sie solche

[1]) Vgl. Schillers „Maria Stuart", 1. Aufzug.

Digitized by Google

unsichtbaren Offenbarungsdinge durch Vernunft begreifen wollte. Für die Vernunft kann hier kein Finden, sondern nur ein Suchen sein.

Dieses Suchen — allen Bedenken zum Trotz sei es gesagt — ist wirklich selber schon tiefste Religion. Man sage nicht, daß es die Seele friedlos mache, ihr alles Feste, alle Gewißheit nehme! Wenn auch der Ursprung meines Gewissens ein Rätsel ist, ist darum die Gewißheit dieser Stimme selbst gefährdet? Ist irgendwie ein Zweifel, daß es die göttliche Macht des Guten gibt? Und ist es für zerbrochene Seelen nicht vielleicht ein tieferer Trost, die Wahrheit abzuwarten und Erlösung zu erhoffen, als ihrer durch eine vielleicht nur eingebildete subjektive Offenbarung schon jetzt gewiß zu sein? „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen!“ Auf das Verhältnis zum Erlöser kommt es an: die Juden und Römer spotteten, dann glaubten sie, der Deutsche steht gehorsam vor der Wahrheit selbst!

Wie viele, die auf ihre eigene, besondere Offenbarung pochen, schwärmen nur! Wie viele, die der Kirchenlehre glauben, laufen nur der Gewohnheit nach, plappern nur oberflächlich nach, was andere sagen und was man sie lehrte! Es wäre besser, sie prüften sich auf Herz und Nieren, ob ihre Offenbarung wirklich selbsterlebt, ob sie wirklich ein Fels gleichwertig dem Fels des reinen Wissens ist! Und wenn auch nur ein leiser Zweifel sich regt, dann täten sie besser, solchem Glauben zu entsagen und, ohne etwa die Möglichkeit der Offenbarung, bloß weil sie sie selbst nicht schauen, neidisch zu bestreiten, für ihre Person doch schlicht und ehrlich dem Rätsel gehorsam zu sein. Ich wage zu behaupten, daß der tiefste Grund für unseren Sturz die selbstgefällige Glaubensseligkeit war, mit der wir dem furchtbaren Ernst des Lebens in das unergründliche Antlitz schauten. Ein jeder glaubte doch im Grunde nur, was ihm gefiel, und hörte nicht auf die an alle gemeinsam gerichtete Frage.

So führt Vernunft uns zu dem großen Rätsel, aus dem wir kommen und in das wir gehen und das für alle Menschen dasselbe ist. In jedem Augenblick sind wir von ihm umgeben, unser ganzes Leben ist eingebettet in ihm durch Geburt und Tod, in jedem Augenblick also müßten wir, wenn wir klug sind, fühlen, daß wir das Leben uns nicht selber gaben, daß wir mit all unserem Wesen ganz und gar nur ein Teil des rätselvollen Universums sind. Kann ein Zweifel sein, daß die Welt einen anderen Anblick bieten würde, wenn die Menschen mehr an dieses Rätsel denken würden? Aber freilich, gerade das Nächstliegende sehen sie nicht. Statt dessen schweifen sie in die Ferne, streiten sich um Jesu Zeiten und freuen sich, der Wunder spotten zu können, die die Kirche lehrt. Ein Luxus fast ist ihnen die Religion und sollte ihnen doch wie das tägliche Brot und die allerhandfesteste Wahrheit sein!

Ein Glaube muß erstehen, der so selbstverständlich ist, daß jeder ihn respektieren muß, daß keiner sich ihm entziehen kann. Millionen sehen in unserer sturmdurchwühlten Zeit mit Schrecken, daß sie ihr Haus auf Treibeis bauten: sie hungern nach dem festen Land. Es gibt dies feste Land! Es

Digitized by Google

ist die Ausweitung des Geistes bis an seine Grenzen, an denen der Hader der verschiedenen Konfessionen sein Ende hat und das gemeinsame Suchen nach des gemeinsamen Rätsels Lösung an seine Stelle tritt. Zu solchem Suchen öffnet ein Unterricht in allgemeiner Religionskunde trefflich den Weg; am wenigsten kann er dem, dem Christus das Höchste ist, ein Dorn im Auge sein. Denn es gibt keinen sichereren Weg, das Christentum zu dem langerstrebten Siege über die Welt zu führen, als wenn nun alles freiwillig, unbefangen, gelöst vom engen Zwang der Konfession, dem Munde des Erlösers lauscht. Nun kann er erst, wie er's ja stets gewollt, zu allen Menschen sprechen.

Zeige also dem Kinde die Unendlichkeit des Sternenhimmels! Knüpfe an das Nächste sogleich das Fernste an und vermittle dem jugendlichen Geist von vornherein die richtigen Proportionen! Erinnere ihn auch schon einmal gelegentlich an den Tod, vor allem aber an die geheimnisvolle Stimme des Gewissens! Führe ihn überall zu einer höheren Ehrfurcht fort! Erzähle ihm von der Wolke, in der auf dem Sinai Moses verschwand! Erzähle ihm von dem Baum der Erkenntnis und von der Neugier, die zu der ersten Sünde führte, und von der Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies! Breite die ganze Fülle religiösen Suchens in allen Völkern vor ihm aus! Nichts macht schon dem Sextaner größere Freude, als wenn er die jüdischen Schöpfungs- und Urweltgeschichten mit indischen und germanischen vergleichen kann. Um so erhabener hebt sich dann von solchen Märchen, als Märchen vermittelt, das wahre göttliche Geheimnis ab. Handelt sich's in der Religion doch schließlich nicht um Phantasie, sondern um Wahrheit, und Wahrheitssinn zu wecken, ist die erste Pflicht. Rolle denn die geschichtliche Wahrheit der Schicksale des jüdischen Volkes vor dem Schüler auf, vor allem aber die urchristliche Wahrheit von Jesu weltumspannender Liebe und heiligem Sterben! Schildere dann, wie der blinde Autoritätsglaube der mittelalterlichen Kirche entstand, wie Renaissance und Reformation ihm die Kraft der eigenen Überzeugung entgegensetzten, wie in Pietismus und Aufklärung diese Überzeugung in Gefühl und Verstand auseinanderfiel, wie schließlich beide ihre Grenzen überschritten, der Pietismus durch sein frommes Schwärmen und die Aufklärung durch ihr Beweisenwollen dessen, was nicht zu beweisen ist! Und nun, in philosophischer Betrachtung, führe den reiferen Schüler näher zu dem eigentlichen Ziel, zu den unlösbaren Widersprüchen und Problemen! Hüte dich hier vor allem, den jugendlichen Geist durch Flachheiten und Halbheiten zu verweichlichen, etwa das Problem der Willensfreiheit zu verschleiern oder aus dem Vorhandensein von Zweckmäßigkeit und sinnvoller Ordnung in der Natur gedankenlos sogleich auf eine allgemeine göttliche Zweckmäßigkeit und Vorsehung zu schließen,[1]) als ob es daneben nicht auch die furchtbare

[1]) Die Einführung in die Weltanschauungslehre von Siebert z. B. (in dem Lehrbuch von Siebert-Bahr) leidet an diesem Mangel.

Digitized by Google

Realität des völlig Zwecklosen, des Sinnwidrigen und Bösen gäbe, dessen Bekämpfung nicht Anmaßung gegen Gott, sondern des freien Menschen edelste Bestimmung ist! Mit altem Glauben, alten Widersprüchen muß hier rücksichtslos gebrochen werden: nicht Gott als Schöpfer einer vollkommenen Welt und in erhabener Ruhe ist der Gott der Jugend, sondern Gott als tätige, immer noch schaffende Kraft, Gott als Entwicklung, als Prinzip des Guten im Kampfe gegen das Schlechte, das er selbst nicht schuf, ein seliger Trost der Helden des Gewissens! Wo Rätsel sind, da laß sie stehen, und laß die jugendliche Seele den Schauer des Geheimnisses erleben! Laß sie das tiefste Ergebnis deutschen Denkens fassen, daß Wahrheit letztlich nicht einseitige, fertige Erkenntnis, sondern allseitiges, ruheloses Suchen, nicht bequeme, selbstzufriedene Klarheit, sondern höheres, unbegreifliches Rätsel ist! Heiter spinnen die Parzen den Faden, den Nornen aber verwirrt sich das Seil: „Zu End' ewiges Wissen!"

Das kann auch ein Schüler schon fassen, wenn du nur eines beachtest: daß du zuletzt ihn immer wieder zurückführst zu seinem eigenen, ganz persönlichen Selbst inmitten des einen großen allgemein-menschlichen Rätsels. Denn dieses Rätsel ist dasselbe für jeden Erwachsenen und für jedes Kind, und mit Recht sagt Schleiermacher, wenn man die religiöse Unterweisung der Kinder solange aufschieben wollte, bis sie Gott begreifen könnten, dann könnte man überhaupt nie mit ihr beginnen: „Begreifen wir denn Gott?" [1]) Im Gegenteil, je kindlicher, je abhängiger und beschränkter der Geist noch ist, um so näher liegt ihm die Religion, und die Erwachsenen sind eigentlich nur religiös, sofern sie, wenn auch auf einer höheren Stufe, noch Kinder sind. Die geistige Ohnmacht ist hier gerade das Produkt der höchsten geistigen Entwicklung, und die Gegensätze Schleiermacher und Fichte, Abhängigkeit und souveräne Kraft, berühren sich. —

So vermag der Religionsunterricht in der Tat einen Inhalt zu haben, der für alle Menschen und alle Altersstufen Wahrheit ist und doch mit den tiefsten persönlichen Gefühlen verbunden. Es ist nicht wahr, daß eine allgemeinmenschliche Religion notwendig ein abstraktes Gedankending ohne konkrete Anschauungs- und Gefühlswirklichkeit sein müsse. Es gibt allgemein-menschliche Tatsachen und Gefühle, die für den Massenunterricht geeignet und doch ganz religiös und ganz persönlich sind. So läßt sich ein Gesinnungsunterricht, der sich an eine Masse wendet und dennoch jeden einzelnen ergreift, wohl denken. — Und brauchen wir nicht heute, wie noch in keinem Augenblick der Weltgeschichte, diesen Geist? Wer bei der gegenwärtigen Religionsentfremdung aus falscher, weichlicher Liberalität — man nennt's Gewissensfreiheit — den Glauben völlig in persönliches Belieben stellt, statt mutig und mit allem Nachdruck auf die allen gleiche, unentrinnbare Wahrheit hinzuweisen, der gibt das letzte Mittel aus der Hand, das Übermaß beschränkter Dummheit, bru-

[1]) Sämtliche Werke, 2. Abt., Bd. I (1834), S. 623. 3. Abt., Bd. 9, S. 348 f.

Digitized by Google

taler Selbstsucht und Gedankenlosigkeit in allen Ländern und Völkern zu bekämpfen. Gerade die deutsche Sendung ist, der Welt zu zeigen, daß Religion nicht Privatsache ist! Was jeder für sich selber glaubt in seiner Kammer, kann uns heute nicht helfen. So ist auch der Verbrecher schließlich vor sich selbst gerecht. Erst in dem Augenblick, wo Menschen vor der ganzen Welt gemeinsam sich verpflichtet fühlen, wo ich weiß: das, was ich glaube, glaubst auch du und *mußt* es glauben, wo statt zu vielen künstlichen Kuppeln und Gewölben zum einen großen Himmelsdom das Beten steigt, *lebt* heut die Religion! Und so sag' ich auch: wer heut sich noch für Konfessionen interessiert, der blieb wohl blind gegen das große allgemeine Leiden. Darum fordere ich den gemeinsamen konfessionslosen Unterricht nicht aus politischen Gründen, sondern aus Religion!

Kein bloßer Moralunterricht würde es sein. Sind doch Sittlichkeit und Religion im Grunde nicht zu trennen. Beide gehen zurück auf dieselbe seelische Kraft, nicht an das eigene kleine Ich, sondern an ein Höheres und Größeres zu denken. Beide fordern die Überwindung enger Selbstsucht und Gedankenlosigkeit, die Ausweitung des Geistes zu höchster Allseitigkeit und letzter Klugheit, Abhängigkeitsbewußtsein und Verantwortungsgefühl. Und wenn Jesus nicht seinen, sondern des Vaters Willen tut, und wenn nicht seine, sondern des Vaters Kräfte in ihm wirken, so ist das ganz dasselbe, als wenn es gilt, sozial zu denken, den Besitz zu teilen, den Nächsten und sogar den Feind zu lieben, Vorsicht und Duldsamkeit zu üben nach dem Wort: „Ihr richtet nach dem Fleisch, ich richte niemand!" Alles ist eins, der religiöse, der Rechts-, der Duldungs- und der Staatsgedanke: Hingabe ist es an ein höheres Ganze, sei's an die Menschen oder sei's an Gott.

Das Problem des Zusammenhangs von Christentum und Sozialismus löst sich hier: wer überhaupt die Kraft besitzt, die Seele über die Selbstsucht auszuweiten, für den kann Christ und Sozialist nur eines sein. Wo aber diese letzte Kraft und Klugheit nicht im Menschen ist, da ist er weder wirklich sittlich noch wirklich religiös: Aufruhr und Krieg, gedankenloser Massenmord und skrupelloser Egoismus sind die Folge.

Die ungeheure Bedeutung der religiösen Aufklärung — denn das ist es in der Tat — und Unterweisung wird hier klar: sie muß zugleich staatsbürgerlichen Sinn und Sittlichkeit und höheres Ahnen wecken. Kann noch ein Zweifel sein, daß nur die Überwindung der Bekenntnisschranken und ein ganz umfassend interkonfessioneller Standpunkt diesem Ziel genügt? Wenn wirklich Religion Ausweitung der Seele ist, dann sind die Konfessionen wider die Religion und als ein Herd der religiösen Selbstsucht zu bekämpfen.

Digitized by Google

Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen

Von

Philipp Zorn

VII

Das Werk vom Haag und der neue Völkerbund

Der Staatenverband, der durch die erste Haager Friedenskonferenz begründet, durch die zweite weiter entwickelt worden war, hatte unzweifelhaft in dem aufgerichteten völkerrechtlichen Schiedsgerichtssystem ein bedeutendes internationales Friedenswerk geschaffen, durch die Ausgestaltung des Systems der Genfer Konvention eine hohe Aufgabe der Menschlichkeit erfüllt und durch die eingehende Durcharbeitung des Land- und Seekriegsrechtes in seinem gesamten Umfange sich gleichfalls ein großes Verdienst um die Menschheit erworben. Bereits die Überweisung einer Reihe von wichtigen Fragen an eine „spätere Konferenz" durch die erste, vor allem aber die vorbereitenden Beschlüsse der zweiten Friedenskonferenz für die Abhaltung einer dritten Konferenz gaben die Hoffnung auf Weiterführung des großen Werkes, dessen letzter und höchster Gedanke doch immer die Herstellung eines festgesicherten Staatenverbandes zur Wahrung des Völkerfriedens sein mußte. Die zahlreichen „Weltunionen", insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, die ohne formellen Zusammenhang mit dem Haager Werke zustande gekommen waren, erhöhten diese Hoffnung; früher oder später mußten diese Seitenflüsse einmünden in den großen Strom des Haager Werkes. Es ist deshalb wohl verständlich, daß alle die Bewegungen des menschlichen Denkens in den verschiedenen Völkern, die wissenschaftlich, ethisch oder politisch die Idee des allgemeinen Völkerfriedens zum Inhalt hatten, von der weiteren Ausgestaltung der Haager Konferenzen die Erfüllung ihres großen Gedankens erwarteten.

Diese Hoffnung wurde durch den Weltkrieg jäh zertrümmert. In der früheren Darstellung wurde aufgezeigt, wie sich in der europäischen Staatenwelt die beiden großen Bündnissysteme der Großmächte entwickelt hatten; die Konferenz von Algeciras zeigte bereits 1906 mit voller Klarheit den schroffen Gegensatz dieser beiden Systeme und die unmittelbare Gefahr, die aus ihm für den Weltfrieden sich ergab. Daß bei dieser schweren und unmittelbaren Gefahr die Stellungnahme Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Schiedsgerichtsfrage auf der zweiten Konferenz geradezu verhängnisvoll wirken mußte, war eine Erkenntnis, die leider den leitenden Staatsmännern dieser Mächte verborgen blieb. Die tiefe politische Verstimmung, in der die zweite Friedenskonferenz abschloß, wurde gleichfalls schon gekennzeichnet. Welche politischen Folgen im einzelnen diese Verstimmung hatte,

Digitized by Google

kann mangels der hierfür erforderlichen aktenmäßigen Unterlagen hier nicht untersucht werden. Nur einige wichtige Punkte lassen sich klar erkennen. Einmal der endgültige Übergang Rußlands zu dem westeuropäischen Bündnissystem durch die Revaler Zusammenkunft vom 19. Juli 1908 zwischen dem russischen Zaren und dem König von England. Es darf heute als zweifellos angesehen werden, daß durch diese Zusammenkunft das französisch-englisch-russische Bündnis gegen die Mittelmächte seine endgültige Feststellung fand, wenn auch nicht in festen Rechtsformen, so doch in bestimmten Zusicherungen und Versprechungen, und daß die späteren russisch-deutschen Verhandlungen, insbesondere auf der Potsdamer Zusammenkunft 1911, von seiten Rußlands leere Spiegelfechtereien waren. Daß durch die Zusammenkunft von Racconigi zwischen dem Zaren und dem König von Italien 1909 auch bereits Italien in die Netze des westöstlichen Bündnisses gegen die Mittelmächte verstrickt wurde, darf heute gleichfalls als feststehend betrachtet werden. Sodann die Abkehr der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika von Deutschland. Welche Bedeutung man in Amerika dem internationalen Schiedsgerichtsproblem beilegte, wurde früher hervorgehoben; wie stark schon auf der zweiten Konferenz selbst durch den ersten amerikanischen Delegierten Choate die Verstimmung gegen Deutschland über diese Frage zum Ausdruck gelangte, gleichfalls. Daß der große Einfluß Choates auf die öffentliche Meinung Amerikas seitdem sich mit steigender Stärke in diesem Sinne geltend machte, steht fest.

So übernahm Bethmann Hollweg als Reichskanzler von seinem Vorgänger eine Erbschaft der äußeren Politik, deren Versäumnisse und Fehler vielleicht überhaupt nicht mehr zu heilen waren, deren ungeheuren Schwierigkeiten jedenfalls der neue Reichskanzler nicht gewachsen war, trotz besten Willens und ehrlichsten Bestrebens. Auch der Versuch, durch eine endgültige Lösung der Marokko-Streitfragen ein gesichertes Verhältnis zu Frankreich zu gewinnen, den der tatkräftige und klarblickende Staatssekretär Kiderlen-Wächter unternahm und der zu den Abmachungen vom 4. November 1911 führte (RGB. 1912, 197) war nur ein Nebenwerk: denn der Kernpunkt der deutsch-französischen Beziehungen war nicht Marokko, sondern Elsaß-Lothringen. Die berühmte Rede Lloyd Georges im Mansion-House, die der englische Staatsmann, der schon damals die Seele der englischen Politik war, aus diesem Anlaß an die Welt richtete und in der er bei einer Frage, an der England in keiner Weise unmittelbar beteiligt war, sich zu direkten Drohungen gegen Deutschland verstieg, beleuchtete bereits im Jahre 1911 blitzlichtartig den politischen Zustand der europäischen Welt.

Die Ereignisse, die unmittelbar zum Weltkrieg führten, bleiben hier unerörtert. Aus den losen Gespinsten, die seit 1870 und mit immer wachsender Kühnheit seit dem Unglücksjahre 1890 gegen Deutschland gesponnen worden waren, war seit der Thronbesteigung Eduards VII. ein dichtes, festmaschiges, starkes Netz geworden, das friedlich aufzulösen der unsicheren deutschen Politik,

Digitized by Google

die ohne feste Richtschnur zwischen Rußland und England hin und her pendelte, nicht mehr gelang; durch die schweren Fehler des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts wurde vielmehr die Lage für Deutschland immer schwieriger; ob 1907 das Geschick noch zu wenden war, wird immer eine unbeantwortete Frage bleiben; unter allen Umständen aber mußte Deutschland auf der zweiten Friedenskonferenz einen anderen Weg gehen, als den es ging. —

Das große Völkerringen des Weltkrieges ist beendet und die Bilanz dieser Völkerkatastrophe wird eine völlige Umgestaltung der europäischen Staatenwelt und eine Neugestaltung der gesamten Weltpolitik sein. Die Grundzüge dieser neuen Weltordnung sind in dem Versailler Frieden mit Deutschland gezogen, und den ersten Abschnitt dieses „Friedens"-Werkes bildet der neue Völkerbund. Auf die Einzelheiten dieser Völkerbundsakte ist in dieser den Haager Friedenskonferenzen gewidmeten Arbeit nicht einzugehen; aber der Pariser Völkerbund ist gewissermaßen der Epilog des Werkes vom Haag. Jedermann weiß, daß der Völkerbund die große Forderung des amerikanischen Präsidenten Wilson an die Welt der Sieger war und daß dieser Staatsmann in seinen bekannten vierzehn Punkten die Grundlinien der neuen Weltordnung gezogen hatte. Ebenso weiß heute alle Welt, daß der Pariser Völkerbund diesen Wilsonschen Forderungen nicht entspricht, sondern in vielen und wichtigen Punkten das gerade Gegenteil des Wilsonschen Programms darstellt: als arbiter mundi war Wilson in Paris in die Friedensverhandlungen eingetreten, als Schiffbrüchiger kehrte er mit der Versailler „Friedens"-Akte nach Amerika zurück. Die Weltgeschichte wird in ruhiger Zeit über diese Katastrophe der Wilsonschen Weltpolitik ihr gerechtes Urteil fällen. In diesem Zusammenhange soll nur in möglichster Objektivität geprüft werden, ob überhaupt bzw. inwieweit in dem Völkerbunde der Versailler Friedensakte eine Weiterführung des Werkes der Haager Friedenskonferenzen gefunden werden kann.

Der Haager Staatenverband beruhte auf dem völkerrechtlichen Grundgedanken, daß alle Staaten der modernen Kulturwelt gleichberechtigt und gleichverpflichtet sind, wie dies einmal in den Haager Verhandlungen Graf Nigra mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Hier gibt es nicht große oder kleine Mächte, hier gibt es nur gleiche Staaten." Daß tatsächlich die großen Mächte auch im Haager Staatenverband eine stärkere Stellung einnahmen als die kleinen Staaten, lag in der Natur der Dinge; rechtlich aber standen alle Glieder des Haager Staatenverbandes sich gleich. Man betrachtete dies als das Grunddogma des modernen Völkerrechtes in bewußtem und gewolltem Gegensatz zu den imperialistischen Systemen der Vergangenheit, wie sie, zuletzt in der durch den Wiener Kongreß geschaffenen Heiligen Allianz, das Völkerleben und das Völkerrecht beherrscht und die Völker Europas in Knechtschaft gehalten hatten. Im Haager Staatenverbande hatte das neue System der Gleichheit der Staaten eine, wenn auch zunächst nur lose, doch immerhin klare und bewußte Verwirklichung

Digitized by Google

gefunden. Auf diesem Gedanken beruhen auch die vierzehn Punkte Wilsons, und in dem großen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker über ihre staatlichen Angelegenheiten hat der Gedanke scharfe staatsrechtliche Formulierung gefunden.

Die Pariser Völkerbundakte und die ihr angefügten Friedensbedingungen haben diesen großen Gedanken, den man als den Angelpunkt des modernen Völkerrechtes zu betrachten sich gewöhnt hatte, preisgegeben und sind zum imperialistischen Systeme der Vergangenheit zurückgekehrt: und zwar in vierfacher Beziehung.

1. Der Pariser Völkerbund umfaßt nicht die Gesamtheit der modernen Staatenwelt, wie dies der Haager Staatenverband getan hatte. Er besteht zunächst nur aus den „alliierten und assoziierten Mächten", die die Weltkoalition gegen die Mittelmächte gebildet hatten, sei es als Kriegführende, sei es durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Diese Staaten sind, 32 an der Zahl, in der Anlage zur Völkerbundakte als „ursprüngliche Mitglieder des Völkerbundes" aufgezählt; unter ihnen finden sich als vollkommen neue Staatsgebilde die Staaten Polen, Tschecho-Slowakei, Hedschas sowie in selbständiger Aufführung die englischen „Dominions": Südafrika, Kanada, Neu-Seeland, Australien und Indien. Auch auf dieses neue Staatensystem der Welt ist hier nicht weiter einzugehen.

Diesem Kern des neuen Völkerbundes sollen hinzutreten die Staaten, die zum Beitritt „aufgefordert" werden; es sind dies die im Weltkriege neutral gebliebenen Staaten Europas und Amerikas, die gleichfalls, 13 an der Zahl, einzeln aufgezählt werden. Ein formeller Beitritt dieser Staaten zum Völkerbund ist bis jetzt nicht erfolgt; wie weit die Verhandlungen über diesen Beitritt gediehen sind, bleibt dahingestellt. Ganz glatt scheinen diese Verhandlungen, insbesondere mit der Schweiz und mit Holland, nicht zu verlaufen.

Ausgeschlossen sind vorerst die besiegten Staaten, also in erster Linie Deutschland; auch Mexiko ist unter den „aufgeforderten" Staaten nicht genannt. Und von höchster Wichtigkeit ist es, daß Rußland durch den Gang der Ereignisse gleichfalls vorerst dem ganzen Völkerbundsystem fremd bleibt. Man kann wohl mit Recht den Satz aussprechen: durch die Katastrophe des russischen Zarenreiches ist die ganze Rechnung der siegreichen Weltkoalition zunichte geworden.

Der neue Völkerbund ist demnach, selbst wenn die sämtlichen „aufgeforderten" Staaten ihm beitreten, was keineswegs als sicher betrachtet werden kann, vorerst ein weit geringeres und unfertigeres Staatengebilde, als es der Haager Staatenverband gewesen war.

2. Der Haager Staatenverband hatte als einziges Organ seiner völkerrechtlichen Arbeit — vom Organe der Rechtspflege, dem Schiedshof, und dem Sekretariat abgesehen — den Staatenkongreß, in dem alle Staaten gleichberechtigt mit einer Stimme vertreten waren. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß bei weiterer Ausgestaltung des Haager Werkes ein

Digitized by Google

dauernder Staatenausschuß sich als notwendig hätte ergeben müssen. Die Form aber, die der Pariser Völkerbund diesem Staatenausschuß gegeben hat in der Einrichtung des „Rates", widerspricht durchaus dem wirklichen Völkerbundgedanken und ist ein Rückfall in das verhängnisvolle System der Heiligen Allianz. Der „Rat" des Pariser Völkerbundes besteht nämlich aus den fünf siegreichen Großmächten und vier Mittelstaaten, von denen nach der erstmalig getroffenen Zusammensetzung nur eine (Spanien) der Gruppe der neutralen Mächte angehört. Der „Rat" ist somit nicht Organ eines allgemeinen Völkerbundes, sondern die dauernde Organisation der siegreichen Weltkoalition, er ist nicht Rechtsorgan des allgemeinen Völkerwillens, sondern Gewaltorgan des Siegerwillens, dem die Neutralen eingefügt werden.

Und dies ist um so bedeutsamer, als die wichtigsten Funktionen der internationalen Gemeinschaft im neuen Völkerbunde nicht, wie im Haager Staatenverbande, dem Staatenkongresse, dem nur eine sehr bescheidene Rolle in allgemeinen Redewendungen zugewiesen ist, sondern dem Rate übertragen sind. Damit ist der neue Völkerbund völlig dem Systeme der Heiligen Allianz als einer Diktatur einzelner Großmächte nachgebildet. Alle wichtigen Völkerbundaufgaben, so insbesondere die Friedensbewahrung, die Aufstellung der Abrüstungspläne, die Ausführung von Schiedssprüchen und Anordnung der Maßregeln gegen Friedensbrecher, sind nicht dem Kongresse, sondern dem allmächtigen Rate übertragen: er ist das Organ der Weltregierung im Sinne des imperialistischen Siegerwillens.

3. Der größte Gedanke der Wilsonschen Weltorganisation ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Gewiß muß zugegeben werden, daß eine vollkommene und reine Durchführung dieses Gedankens nicht möglich ist. Aber der Umkreis der Völker, die nach ihrer Bedeutung den Anspruch auf eine selbständige Gestaltung ihres Staatswesens erheben können, ist doch heute klar genug gezogen, und durch die großen Bewegungen des 19. Jahrhunderts ist geschichtlich erwiesen, daß das Problem in der Hauptsache zur Lösung reif und diese Lösung bei ehrlichem gutem Willen erreichbar ist. In dem staatsmännischen Bankrott, den Wilson in Paris erlitten hat, ist dieser Punkt jedenfalls der schlimmste, und die Geschichte wird darüber das härteste Urteil fällen. Wenn auch die französischen Forderungen auf die deutschen Lande des linken Rheinufers nicht erfüllt wurden, so bleiben doch in den Bestimmungen über Danzig, das Saargebiet, rein deutsche Teile des Ostens, rein deutsche Gebiete von Böhmen und Tirol — um nur die das deutsche Volk in tyrannischer Willkür verletzenden Punkte hervorzuheben — Vorschriften genug, die Wilson vor seinem Gewissen und vor der Geschichte niemals wird verantworten können: sie sind ein Faustschlag gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dazu kommen die zahlreichen anderen politischen Probleme, die das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker für das neue Staatensystem stellt und die ihre gerechte Lösung fordern. Charakteristisch ist hierbei, daß die gegen China gerichteten Bestimmungen über Schantung

Digitized by Google

im amerikanischen Senate schärfsten Widerspruch finden, während die Deutschland verletzenden Vorschriften das amerikanische Gewissen nicht zu beschweren scheinen.

4. Noch in anderer Richtung als durch Aufrichtung eines plenipotenten Rates ist in der Pariser Völkerbundakte der Grundgedanke des Völkerbundes: die gleichberechtigte und gleichverpflichtete Stellung aller Bundesglieder durchbrochen, ja vollständig zertrümmert. Sonderrechte oder grundsätzlich aufgerichtete Sonderlasten einzelner Bundesglieder widersprechen dem obersten Prinzip des Völkerbundes. Schon die Bestimmungen über Abrüstung scheinen deshalb völkerbundswidrig, indem sie zweifellos die Möglichkeit, ja geradezu die Gewißheit einer verschiedenen Behandlung der Bundesglieder in dieser Frage von fundamentaler Wichtigkeit vorsehen. Da jedoch die Durchführung dieser Bestimmungen erst von den durch den Rat aufzustellenden Abrüstungsplänen abhängt, muß die Erörterung dieses Punktes bis zur Vorlage dieser Pläne zurückgestellt werden.

Anders aber verhält es sich mit den Vorschriften des Art. 21. Dieser erklärt „internationale Abreden, welche die Erhaltung des Friedens sicherstellen", als „mit keiner Bestimmung" der Völkerbundakte „unvereinbar". Als Beispiele solcher Abreden werden genannt: 1. Schiedsgerichtsverträge und 2. „Einvernehmen über bestimmte Gebiete, wie die Monroedoktrin". Für die Schiedsgerichtsverträge wird dies keinem Bedenken unterliegen; aber ihre besondere Hervorhebung ist völlig überflüssig und nichtssagend, denn Schiedsgerichtsverträge sind lediglich Ausführungen der allgemeinen Vorschriften der Völkerbundakte; das Bestreben wird aber auch hier dahin gerichtet sein müssen, daß durch eine allgemeine Schiedsgerichtsakte, wie sie in der Haager Ordnung bereits vorliegt, diese Frage für alle Bundesglieder einheitlich und gleichmäßig geregelt wird.

Ganz anders aber liegt diese Frage für die „Einvernehmen über bestimmte Gebiete", insbesondere die Monroedoktrin. Die „Gebiete" der Völkerbundstaaten stehen gemäß Art. 10 nicht nur unter dem Schutze, sondern unter der Garantie des Völkerbundes. Damit sind „internationale Abreden" einzelner Bundesglieder, auch unter dem Vorwand, daß sie „die Erhaltung des Friedens sicherstellen", ganz absolut unvereinbar; sie würden lediglich das alte verhängnisvolle Bündnissystem wieder erneuern und damit von vorneherein den Todeskeim des Völkerbundes, dessen diametralen Gegensatz sie darstellen, bedeuten. Wenn jetzt bereits, noch ehe der Völkerbund ins Leben getreten ist, solche „Abreden" einzelner Staaten verhandelt werden oder sogar bereits abgeschlossen sind, so muß dies geradezu als ein Hohn auf den Völkerbundgedanken bezeichnet werden.

Insbesondere aber muß dies von der Monroedoktrin gelten. Diese ist, was hier nicht weiter dargelegt zu werden braucht, keineswegs nur ein „Einvernehmen" über ein „bestimmtes Gebiet", sondern die Quintessenz eines besonderen amerikanischen Völkerrechtes nach Rechten und Pflichten, sie ist grund-

Digitized by Google

sätzlich ein besonderer amerikanischer Völkerbund mit schroffem Ab- und Ausschluß der nichtamerikanischen Staaten. Die Monroedoktrin, die als das Heiligtum der amerikanischen Welt- und Staatsauffassung im Volksbewußtsein verankert ist, ist in ihren beiden Teilen mit dem Gedanken des allgemeinen Völkerbundes logisch unmöglich vereinbar. Es wird sich zeigen, welche Lösung diese Frage in den gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten finden wird; der schwere Geisteskampf, der hierüber bereits entbrannt ist, wird für das große Weltproblem des Völkerbundes entscheidend sein.

So krankt der neue Völkerbund, den der rücksichtsloseste Siegerwille in Paris, wenn auch zunächst nur theoretisch, geschaffen hat, von vornherein an schweren, vielleicht unheilbaren Gebrechen: er ist keine gesunde Weiterbildung der Gedanken der Haager Friedenskonferenzen, sondern eine Erneuerung alter imperialistischer Ideen, die man in der Geschichte der Menschheit als überwunden betrachtet hatte und deren letzte Reste im deutschen Kaiserreiche der Hohenzollern vernichten zu müssen man als das große Menschheitsziel des Weltkrieges in der Welt diesseits und jenseits der Meere ausposaunt hatte.

Der neue Völkerbund ist keine Staatengemeinschaft im Sinne der großen Menschheitsentwicklung, wie sie die großen Geister der Vergangenheit, ein Fénélon und Kant, erdacht und wie sie der Haager Staatenverband, wenn auch in bescheidenen Anfängen, erreicht hatte. Der Pariser Völkerbund ist vor allem Stückwerk in seinem äußeren Umfang, und er ist Unwahrheit in seiner inneren Gestaltung. Es wird, auch wenn es gelingen sollte, den Bolschewismus zu vernichten, in keinem Falle mehr möglich sein, den Staat Rußland im Sinne und nach dem Willen der Entente wiederherzustellen. Ohne die russische Länder- und Völkermasse aber wird der Völkerbund — kein Völkerbund sein. Dieses ganze ungeheure östliche Problem bleibt durch den Pariser Völkerbund völlig ungelöst, und es ist zur Zeit ganz unberechenbar, ob, wann und wie dieses östliche Problem in den Rahmen des Völkerbundes wird eingefügt werden können.

Davon aber hängt insbesondere auch die Stellung Japans und Chinas ab, Japans in seinem Selbstbewußtsein siegreicher Kraft und gewaltigen Fortschritts, Chinas mit seinem ungeheuren Gebiete und seinen unerschöpflichen Völkermassen. Daß China in seiner staatlichen Schwäche sein Dasein gern unter den Schutz des Völkerbundes stellen will, ist begreiflich; aber eben dieser Umstand wird es verhindern, daß Japan ein wirkliches und ehrliches Glied des Völkerbundes sein wird. Dazu kommen die unausgeglichenen und vielleicht unausgleichbaren japanisch-amerikanischen und japanisch-australischen Gegensätze. Auch dieses gewaltige Problem bleibt durch den Pariser Völkerbund völlig ungelöst und wird durch ihn schwerlich in friedlichem Sinne gelöst werden können.

Dazu kommt ferner die Welt des Islam. Die Türkei steht heute zur Verfügung des Pariser Völkerbundes. Wie dieser über den bisherigen Türken-

Digitized by Google

staat verfügen wird, steht noch dahin. Schon die Liquidation des bisher türkischen Gebietes in Europa wird den Völkerbund vor schwerste Aufgaben stellen, und es wird sehr fraglich sein, ob er die Kraft zu friedlicher Neugestaltung der Balkanstaatsgebilde haben wird; noch viel schwerer aber wird diese Aufgabe für die asiatischen Länder der Türkei sein, und sie wird bei der Fülle sich kreuzender Interessen, insbesondere nach dem Wegfall Rußlands, das in seiner zarischen Gestaltung den Mittelpunkt der Balkaninteressen bildete, für den Pariser Völkerbund eine Belastungsprobe sein, wie sie schwerer kaum gedacht werden kann. Aber selbst wenn er diese Probe bestehen und wenn es möglich sein wird, auch die Verteilung der asiatischen Länder der Türkei auf friedlichem Wege durchzuführen, so steht doch eines in zweifelloser Gewißheit, daß durch diese Liquidation der islamitischen Staatenwelt in den Millionen des Islam eine politisch-religiöse Gärung entstehen wird, deren Folgen gar nicht abzusehen sind; denn mit den Mitteln der modernen Kriegführung, auch in deren höchster Vollendung, sind diese Unruhen nicht zu überwinden. Und sie werden von Indien bis Marokko, von den Küsten des Schwarzen Meeres bis Südafrika reichen. Einer der wichtigsten und schwierigsten Punkte dieses Gesamtproblems ist Persien. Im Anhang zum Völkerbundvertrage ist Persien als selbständiger Staat genannt. Inzwischen ist ein englisch-persischer Vertrag zustande gekommen, durch den England, unbekümmert um den Völkerbund, Persien seinem Protektorate unterstellt. Unverhüllt tritt dagegen der bittere Unmut von Englands Bundesgenossen, insbesondere bei Frankreich und Italien, hervor. Wie sich die staatliche Zukunft Persiens gestalten wird, wird eine der wichtigsten Fragen des neuen Völkerbundes sein.

Dazu kommen weiter die neuen Staaten, die der Weltkrieg geschaffen hat. Polen hat zwar eine alte Geschichte und seine ehemals preußischen Landesteile stehen in hoher Kultur; aber es fehlt diesem Neustaate jede Spur von staatlicher Tradition, und wie schwer der Neubau dieses Staatswesens sein wird, wird eine baldige Zukunft klar ergeben. Auch wenn es der brutalen Siegerübermacht gelingen sollte, den Polenstaat in der jetzt beabsichtigten territorialen Gestaltung durch Knechtung alt- und reindeutscher Gebiete unter polnische Gewaltherrschaft herzustellen, wird dies keine Stärke des neuen Polenstaates sein, sondern eine dauernde Schwäche und Gefahr, die keine Machtmittel des Völkerbundes jemals zu überwinden imstande sein werden. Und in noch sehr viel höherem Grade werden diese Schwierigkeiten eintreten bei dem serbo-kroatischen und bei dem völlig neu zu schaffenden tschechoslowakischen Staate. Gegensätze ohne Zahl, Gegensätze unter und in sich, Gegensätze mit benachbarten Staaten, so nicht nur mit Deutschland, sondern auch besonders mit Italien und Ungarn, werden diese neuen Staatsgebilde noch für lange Zeit nicht zur äußeren und inneren Ruhe kommen lassen und den Völkerbund, der sie alle beschützen und ihre Wünsche erfüllen soll, vor zahllose und unendlich schwere Aufgaben für Jahrzehnte hinaus stellen.

Digitized by Google

Aber der bei weitem schwierigste Punkt für den Pariser Völkerbund wird Deutschland sein. Die oben in gedrängtester Kürze dargelegten Schwierigkeiten des Völkerbundes sind so zahlreich und so gewaltig, zugleich aber so offensichtlich, daß die Verfasser der Pariser Akte sich über sie ohne weiteres klar sein konnten und klar sein mußten. Daraus ergab sich für ein gesundes Denken als notwendige Folgerung, daß nicht neue Schwierigkeiten geschaffen werden durften, insbesondere solche, die vermeidbar waren und die, wenn sie nicht vermieden wurden, den großen Gedanken des Völkerbundes unheilbar schädigen, ja geradezu vernichten mußten. Daß in Deutschland der Gedanke des Völkerbundes vor dem Weltkriege nicht Bestandteil des allgemeinen Volksbewußtseins war, ist zweifellos; durch den Weltkrieg aber und vor allem durch seinen für uns unglücklichen Ausgang ist dieser Gedanke tief ins Volksbewußtsein eingedrungen: für die seit der Novemberrevolution regierenden Gewalten war er schon vor dem Kriege feststehender Programmpunkt, und der deutsche Gelehrtenentwurf beweist klar, daß auch die deutsche Geisteswelt in überwiegender Zahl den Gedanken ehrlich und mit Eifer angenommen hat. Daß der Völkerbund ohne Deutschland und Rußland ein unmögliches Gebilde sein müsse, haben auch führende englische und amerikanische Stimmen scharf ausgesprochen. Die Mitarbeit Deutschlands konnte zweifellos ohne Schwierigkeit erreicht werden: dies beweisen die beiden deutschen Entwürfe.

Aber schon die ganze Gestaltung des „Waffenstillstandes" im schneidenden Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten bewies, daß man auf seiten unserer Gegner nicht geneigt war, Deutschland die ihm gebührende Stelle im Völkerbunde einzuräumen; die Pariser Akte bringt dies zu voller Klarheit und die Friedensbedingungen machen es zur grauenvollen Gewißheit. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist in diesem Zeitpunkte völlig dunkel. Aber selbst wenn Deutschland sich in seiner durch die Novemberrevolution verursachten Wehrlosigkeit den Friedensbedingungen beugen muß und in diesem Zustande in den Völkerbund „aufgenommen" werden wird, würde dieser Friede und sein „Völkerbund" den Todeskeim in sich tragen. Die Wunden, die dieser „Friede" Deutschland schlägt, werden allzeit offen bleiben, bis die Weltgeschichte den Weg eröffnen wird, sie zu heilen. Es ist eine welthistorische Unmöglichkeit, daß Deutschland sich bei diesem Zustand der Dinge beruhigen könnte, und alle Gewaltmittel des Völkerbundes werden nicht imstande sein, diesen Zustand dauernd aufrechtzuerhalten. Ein Siebzigmillionenvolk von der geistigen und materiellen Kraft des deutschen Volkes kann keine Macht der Welt dauernd knechten. Das deutsche Volk wird immer sein Daseinsrecht fordern und sich nötigenfalls erzwingen: jede einzelne der zahllosen Schwierigkeiten, die die Zukunft für den Völkerbund auftürmen wird, wird einen Anlaß zu dieser Forderung bieten, und die Welt wird an Stelle des ewigen Friedens den ewigen Kampf durch den Völkerbund erhalten. Und die Weltgeschichte wird in immer neuen Kämpfen einer unheilbaren Irredenta ihre weitere Entwicklung nehmen, ohne irgendwelche Möglich-

Digitized by Google

keit für den Völkerbund, diese Kämpfe zu verhindern. Täglich und stündlich werden diese Kämpfe andauern, und keine noch so gewaltige und mit allen Mitteln der modernen Waffentechnik ausgerüstete Streitmacht wird sie zu beenden imstande sein, denn diese Kämpfe werden nicht offene, äußere Waffengänge sein, sondern ein nie rastender und alle Lebensverhältnisse beherrschender innerer Kriegszustand.

Diese Folge des Pariser Friedens ist so klar und zweifellos, daß jeder Politiker sie als selbstverständlich ansehen muß. Muß Deutschland sich diesem „Frieden" beugen, so wird nicht der ewige Friede, sondern der ewige Krieg die Zukunft der Welt beherrschen, und der Völkerbund, mag er noch so gewaltig und kraftvoll auftreten, wird in Wirklichkeit ein leeres Phantom bleiben, denn ihm wird die innere Kraft fehlen, die einzig und allein in dem Vertrauen der Völker liegen kann; dies Vertrauen aber wird nur dadurch hergestellt werden können, daß man das freie Daseinsrecht gleichberechtigter und gleichverpflichteter Völker zur Grundlage der künftigen Weltordnung macht.

Deutschland wird in absehbarer Zeit eine aktive auswärtige Politik in der Welt und gegenüber der Welt zu treiben nicht mehr in der Lage sein: alle die großen Ideen des wilhelminischen Zeitalters, die seit 1890 uns in alle Welt hinausführten und unser Auge und unseren Sinn blendeten und verblendeten, sind in nichts zerronnen. Wir werden nur der einzigen Aufgabe zu leben haben, unsere innere Kraft wieder aufzurichten und den furchtbaren Frieden, der unser Schicksal war, ehrlich auszuführen, soweit dies überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liegt. Wir haben für die nächste Zukunft weder ein Kriegsheer noch eine Kriegsflotte; damit sind alle Gedanken der Politik ausgeschlossen, deren Vorbedingung die Einsetzung militärischer Macht bildet. Darüber müssen wir uns klar und dies muß die Richtschnur unserer auswärtigen Politik sein: in ruhiger Beobachterstellung den Lauf der Weltereignisse zu verfolgen, ist vorerst die einzige Aufgabe, die unserem auswärtigen Dienste obliegt.

Aber wir werden jederzeit und bei jedem Anlaß das unveräußerliche und unverzichtbare Recht des deutschen Volkstums betonen und fordern müssen. Durch den uns aufgezwungenen Frieden ist dies unveräußerliche Recht des deutschen Volkstums aufs schwerste verletzt. Niemals werden wir selbst und niemals wird die Welt zur Ruhe kommen, bis die Millionen deutschen Volkstums, die der Pariser Friede von uns losgerissen oder deren Vereinigung mit uns er verhindert hat, dem deutschen Staate wiedergewonnen sind.

Das Weltbewußtsein der heutigen Menschheit verbürgt jedem Volke die staatliche Selbstbestimmung und die Gestaltung seiner staatlichen Ordnung: dies Recht auch für unser Volk in seinem ganzen Umfange zu fordern ist unsere heilige Pflicht. Und die Welt wird dies Recht erfüllen müssen.

Digitized by Google

Ein Staatsbankrott vor hundert Jahren

Von

Dr. Walther Hasenclever (Düsseldorf)

Wer die Geschichte der Staatsbankrotte durchblättert, wird nicht ohne Überraschung bemerken, wie oft verhältnismäßig ein Staat den seinen Gläubigern gegenüber übernommenen Verpflichtungen sich entzogen hat. Von den 61 Staaten, deren Anleihen Anfang 1916 an der Londoner Börse zugelassen waren, kamen nach einem Bericht einer englischen Bankzeitschrift nur 35 ihren Verbindlichkeiten nach, während 26 sie vernachlässigten. Natürlich waren es von jeher in erster Linie die halbzivilisierten Staaten, die es mit dem Bezahlen ihrer Schulden so genau nicht nahmen. Allen voran die südamerikanischen, von denen sich keiner rühmen kann, jemals ohne Staatsbankrott ausgekommen zu sein. Freilich dürfte selbst unter ihnen keiner so leicht den Rekord Ekuadors brechen, das im letzten Jahrhundert nicht weniger wie dreizehn Staatsbankrotte erklärt hat. Immerhin pflegt in einzelnen südamerikanischen Staaten ein Bankrott durchschnittlich doch schon alle sieben bis zwölf Jahre zu erfolgen. Merkwürdigerweise vermögen auch etwa ein Dutzend Staaten der nordamerikanischen Union in ihre Finanzen keine Ordnung zu bringen, während die Zentralregierung selbst in den schlimmsten Zeiten, sowohl nach der Unabhängigkeitserklärung wie auch nach Beendigung des Krieges mit den Südstaaten, trotz allen Widerständen es durchgesetzt hat, ihre Schulden bis auf den letzten Pfennig zu bezahlen. Nicht viel ärmer an Bankrotten ist die Geschichte der Kontinentalstaaten. Bei den kleinen, nach der Art Portugals, Spaniens, Griechenlands, wird das vielleicht weniger wundernehmen. Aber selbst das zuverlässige Preußen hat in den Jahren der napoleonischen Herrschaft 1807 und 1813 den teilweisen Bankrott nicht zu vermeiden gewußt, und von Frankreich meinte ein sarkastisches Wort eines französischen Autors, die Geschichte seiner Staatsschuld bis auf Napoleon I. sei lediglich die Geschichte ihrer Bankrotte. Im ganzen scheint daher der Abbé Terray, der als Finanzminister unter Ludwig XV. selber einen berüchtigten Bankrott auf dem Gewissen hat, recht zu behalten, wenn er die Auffassung vertrat, ein Bankrott sei alle hundert Jahre einmal für einen Staat notwendig, um die Bilanz wieder herzustellen.

Den schlechtesten Ruf weit bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat neben der französischen die österreichische Finanzverwaltung gehabt. Ihr hat weniger die Zahl ihrer Bankrotte diesen Ruf verschafft, als die überaus fehlerhafte Art, mit der sie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der aufs höchste gestiegenen Finanznot abzuhelfen suchte. Darin besteht vor allem der Gegensatz zu dem nur wenige Jahre zurückliegenden finanziellen Zusammenbruch Frankreichs in der Revolutionszeit. „Während

Digitized by Google

in Frankreich die Nation im tiefsten Grunde sich erschüttert zeigte, die Finanzwirren im Gefolge der allgemeinen politischen Anarchie auftraten und die Hoffnung blieb, das Volk nach wiedererrungener Kraft, der Staat nach wiedergewonnener einheitlicher Macht würden auch über alle materiellen Schwierigkeiten siegen: bot Österreich das eigentümliche Schauspiel eines in Todesruhe begrabenen Staates, eines bunten Gewimmels größerer und kleinerer Nationen, die selbständig zu atmen teils nicht wagten, teils nicht verstanden, zeigte nur in einem einzelnen Zweige der Verwaltung eine förmlich revolutionäre Tätigkeit, eine hochgesteigerte Anarchie, und erweckte so den Eindruck, nicht als ob sich aus diesem chaotischen Zustand organisches Leben entwickeln könnte, sondern als ob die Vorzeichen eines zerfallenden Organismus sich bereits bemerkbar machten."

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts war Österreich fortgesetzt in Kriege verwickelt gewesen. Die Kriege gegen Friedrich den Großen hatten ein ungeheures Geld verschlungen; während des Siebenjährigen Krieges allein war die Staatsschuld auf mehr als das Doppelte gestiegen. Trotzdem hatte Österreich damals den Bankrott zu vermeiden gewußt. Es hatte verstanden, seine Finanzquellen besser als vorher auszunutzen, neue zu erschließen, und in dieser Beziehung seinem Gegner Friedrich, der es aus seiner Indolenz aufgerüttelt hatte, außerordentlich viel zu verdanken gehabt. Allein die nun folgenden, größtenteils unglücklichen Kriege gegen das republikanische und napoleonische Frankreich erhöhten die Staatsschuld ins Ungeheure. In dem Zeitraum von zwanzig Jahren vom Beginn des ersten Koalitionskrieges bis zum Jahre 1810 stieg die Staatsschuld von annähernd 400 auf 727 Millionen Gulden. Die Vermehrung der Staatsschuld aus solchem Anlaß aber ist fast stets der Vorbote eines Bankrotts.

Im Kriege werden die Ausgaben des Staates lediglich für wirtschaftlich unproduktive Zwecke gemacht, während auf der anderen Seite die Produktion notwendiger Wirtschaftsgüter aus den verschiedensten Gründen zurückgeht. Das Land wird mit fiktiven Forderungswerten überschwemmt, denen immer weniger zum Kaufe angebotene Güter gegenüberstehen. Die natürliche Folge ist eine allgemeine Teuerung und Entwertung der Umlaufsmittel, die ihrerseits den Staat zu immer höheren Ausgaben veranlaßt; so steigern sich seine Schulden, man möchte sagen, in geometrischer Progression. Wenn Nationalschulden aber einmal bis auf einen gewissen Grad gehäuft seien, meinte schon Adam Smith, so sei fast kein Beispiel in der Geschichte vorhanden, daß sie völlig und ehrlich bezahlt worden wären. Seien irgendwo verpfändete öffentliche Einkünfte freigemacht worden, so sei dies immer durch einen Bankrott geschehen, es möge nun ein offener oder versteckter gewesen sein. An diese bedauerliche Feststellung knüpft er die Mahnung: „Wenn es in einem Staate unvermeidlich ist, sich für bankrott zu erklären, so ist für ihn wie für jeden Privatmann ein offener unverhohlener Bankrott der ehrenvollste. Er ist zugleich für seine Gläubiger der unschäd-

Digitized by Google

lichste. Für die Ehre eines Staates wird gewiß dadurch sehr wenig gesorgt, wenn er, um der Schande eines widerlichen Bankrotts zu entgehen, zu solchen Taschenspielerkünsten seine Zuflucht nimmt, die man doch so leicht durchschaut und die zugleich so verderbliche Folgen haben." Aber dieser kluge Rat wurde von den leitenden Finanzmännern Österreichs ebensowenig befolgt, wie ihn bisher ein anderer Staat beachtet hat, der sich zu einem Bankrott gezwungen sah. Wie die französische Nationalversammlung in der berühmten Nacht zum 10. August 1789 ausdrücklich verbot, das schändliche Wort „Bankrott" auszusprechen, so versuchte man auch in Österreich, diese Tatsache nach Möglichkeit zu verschleiern. Schlimmer aber war, daß das, was nun doch durch den Zwang der Verhältnisse geschehen mußte, zunächst mit unzureichenden Mitteln unternommen wurde. So war mit einem einzigen Bankrott das Übel nicht gebannt, sondern es folgte im Laufe von vierzehn Jahren eine Bankrottmaßregel der anderen. Die ganze Fülle pathologischer Erscheinungen, die mit solch krankhaften Finanzzuständen verbunden sind, der unheilvolle Einfluß auf Wirtschaftsleben und Volksmoral läßt sich hier beobachten. Die Berichte aber, die uns aus jenen Tagen erzählen, haben so viel Parallelen mit unseren gegenwärtigen Verhältnissen, daß es oft scheinen will, als wären sie heute geschrieben.

Während des Siebenjährigen Krieges hatte sich Österreich die Mittel zur Kriegführung in der Weise verschafft, wie sie damals bei allen Staaten üblich war, deren regelmäßige Einkünfte zur Bestreitung der Ausgaben nicht hinreichten. Das uralte Mittel der Münzverschlechterung spielte auch zu jener Zeit noch eine große Rolle. Allmählich aber war es in die modernere Form übergegangen, mit der John Law vor nicht gar langer Zeit Schule zu machen begonnen hatte und die nicht einmal Metall, sondern nur eine Notenpresse erforderte. Österreich war ein so gelehriger Schüler wie alle anderen Staaten. Einer ersten Ausgabe von verzinslichem Papiergeld war kurz vor Beendigung des Siebenjährigen Krieges unverzinsliches Papiergeld, die später so berüchtigten „Bankozettel", gefolgt, deren wundervoll einfache Beschaffung nach neun Jahren bereits eine zweite Emission veranlaßte. Der Fluch der bösen Tat zeigte sich bald. Langsam aber ständig begann, genährt durch die Kriegspolitik, die Papierflut zu steigen. Um die Jahrhundertwende betrug sie schon über 200 Millionen Gulden und war im Jahre 1806 auf fast 450 Millionen gestiegen. Eine allgemeine Entwertung war die Folge. Man war bisher geneigt, eine solche Entwertungserscheinung der Papiergeldausgabe allein zuzuschreiben. Neuere Untersuchungen, die sich insbesondere auf die Erfahrungen des Weltkrieges stützen, haben indessen gezeigt, daß man bei der Beurteilung der Inflationswirkung die Kreditverhältnisse der Wirtschaft allgemein, demnach vor allem die Staatsschuld im ganzen ins Auge fassen muß. Zu jener Zeit freilich, wo das Papiergeld die Hälfte der Staatsschuld überstieg, hatte es an der Entwertung wesentlichen Anteil. Es ist begreiflich, daß die Regierung während der Kriegszeit mit ihrem wachsenden Finanzbedarf zu durch-

Digitized by Google

greifenden Gegenmaßregeln außerstande war. Erst nach dem Feldzug, der mit der Schlacht bei Wagram so unglücklich geendet hatte, begann sie der aufs höchste gestiegenen Finanznot ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Lage ließ ihr keinen Zweifel, daß der Bankrott unvermeidlich geworden war.

Die landläufige Meinung pflegt sich unter einem Staatsbankrott stets die völlige Streichung aller staatlicher Verbindlichkeiten vorzustellen. Soweit geht indessen ein Staat selten. Vollbankrotte haben — wenigstens in neuerer Zeit — nur einzelne amerikanische Staaten erklärt. Die meisten haben sich mit der Herabsetzung der Staatsschuld oder der Zinsverpflichtung begnügt, gelegentlich auch nur zeitweise die Zinszahlung eingestellt. Ein Bankrott ist aber gleichwohl schon überall dort vorhanden, wo ein Staat willkürlich sich den vertraglich übernommenen Verbindlichkeiten auch nur teilweise entzieht. Entscheidend ist eben das Moment des Zwanges. Deshalb kann man von einem Staatsbankrott da nicht sprechen, wo ein Staat die günstige allgemeine Konjunktur und die entsprechende Lage seiner Finanzen benutzt, um den Zinsfuß hochverzinslicher Anleihen in der Weise herunterzusetzen, daß er seinen Gläubigern nach rechtmäßiger Kündigung die Rückzahlung anbietet, sich aber bereit erklärt, die Forderung bei niedrigerer Verzinsung weiter bestehen zu lassen. Eine solche Konversion hat beispielsweise England unter Peel im Jahre 1844, Frankreich im Laufe des 19. Jahrhunderts mehrfach vorgenommen. Dagegen ist es bereits eine Bankrotterscheinung, wenn ein Staat durch Einführung von Couponsteuern die mit der einen Hand gezahlten Zinsen mit der anderen wieder teilweise einzieht. Von diesem Gesichtspunkte aus muß deshalb auch die neuerdings geplante Kapitalrentensteuer als eine Bankrottmaßnahme betrachtet werden, mag sie im übrigen gleichzeitig den sozialistischen Theorien entgegenkommen.

Eine erste Bankrottmaßregel, zu der die österreichische Regierung am 26. Februar 1810 griff und mit der versucht wurde, die Bankozettel im Verhältnis von 1 zu 3 in Einlösungsscheine umzutauschen, blieb ebenso wie die Ausschreibung einer zehnprozentigen Vermögenssteuer ohne tiefergehende Wirkung. Der Umlauf der Bankozettel und Einlösungsscheine verringerte sich nicht wesentlich, die Entwertung nahm vielmehr weiter zu. Von ihrem Umfang kann man sich ein Bild machen, wenn man die Preise betrachtet, die wenige Jahre zuvor während der Assignatenüberschwemmung in Frankreich gezahlt wurden. Damals zahlten Herren für ein Paar Stiefel 8- bis 10000 Papierfranken, Köchinnen 6- bis 700 Franken für 1 Pfund Butter, und in den von den Franzosen besetzten Rheinlanden, wo mit beispielloser Härte die Annahme der Assignaten erzwungen wurde, kostete 1 Pfund Seife 230 Livres, 1 Pfund Zucker gar 400 Livres. Gegen solche Ziffern müssen selbst die in unseren Tagen gezahlten Beträge gering erscheinen. Genau wie heute aber litten unter der Entwertung weniger die Gewerbetreibenden, Industriellen und Kaufleute, deren Einkommen dank der erhöhten Preise der Güter, die sie herstellten oder vertrieben, sich entsprechend hob, wie der

Digitized by Google

Kreis derjenigen, die auf feste Bezüge angewiesen waren. „Der niedrige Wert der Bankozettel", so schildert ein zeitgenössischer Bericht eines unbekannten Verfassers die Verhältnisse, „brachte alle, die von einer festen Rente lebten, dem Bettelstabe nahe, und ließ den Hunger in Kreisen bekannt werden, die sich ehemals eines bequemen Wohlstandes erfreuten. Der Beamte, der auf sein Gehalt angewiesen war, sah sich auf die Stufe des Tagelöhners herabgedrückt, und gewann eben nur so viel, daß er nicht verhungerte; er beneidete sogar den Offizier, der wenigstens an dem Kommißbrot und den Mehlklößen der Gemeinenmenage einen Rückhalt besaß, und lernte, da ihn der Staat darben ließ, die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse auf Kosten seiner Ehre gewinnen." Ist es nicht, als ob diese Zeilen heute geschrieben wären!

Unter diesen Umständen hatte die unzureichende Maßnahme der Regierung nur den Erfolg, daß sich die Stimmung des Volkes weiter verschlechterte. Es war damit nur die schiefe Ebene betreten. Zunächst begann das unmoralische Element, das in jedem Staatsbankrott liegt, auf das Volk zu wirken. Wer soll zu einer Regierung Vertrauen haben, die unter dem von ihr selbst gegebenen Recht zuerst feierliche Verträge schließt, Schuldversprechen abgibt, um sich später auf einmal über das Gesetz zu erheben und ihr gegebenes Wort zu brechen, indem sie sich auf ihre Souveränität beruft? Gehört es doch, wie Roscher sagt, zu den vornehmsten Ansprüchen des Staates, der oberste Schutz alles Rechtes auf Erden zu sein! Man braucht nicht soweit zu gehen, wie ein Schriftsteller der sechziger Jahre, der einen Staat niemals entschuldigen will, wenn er das Moralgesetz verletzt und die Auffassung vertritt, daß ein solcher Staat den Untergang verdiene. Über allen Moralgesetzen wird für einen Staat immer der Satz stehen, daß Not kein Gebot kennt. Gewiß aber ist es richtig, daß dem Staat durch den Bankrott ein gut Teil seiner sittlichen Grundlagen verlorengeht. Wenn nun schließlich das Volk, die Unvermeidbarkeit des Bankrotts einsehend, sich stillschweigend in die Notwendigkeit schickt, so will es aber wenigstens mit einer einzigen Operation das Übel getilgt sehen. Es will nach dem Gewitter in frischer Luft atmen und wissen, daß ihm der Erfolg seiner Arbeit in Zukunft auch bleiben wird. Statt dessen dauerte die schwüle Krisenstimmung an und übte ihren verderblichen Einfluß auf die ganze Lebensauffassung. Derselbe Drang zum Genuß, der heute das Volk beseelt, der es heute in Weinstuben, Café und Kino treibt, der trotz dem Ernste der Zeit die lustigen Feste sich jagen und gewisse Kreise für Gemälde, Schmuck und Möbel märchenhafte Summen ausgeben läßt, beherrschte auch damals alle Welt. „Sparsamkeit und Arbeitsliebe wurden unbekannte Tugenden, grobe Genußsucht, tolle Verschwendung auch in den mittleren und unteren Klassen heimisch. Wozu für den nächsten Tag sorgen und an die Zukunft denken, warum nicht heute an allen Freuden, die den Sinnen geboten werden können, sich sättigen? Wie konnte man zögern, als Eintrittspreis zu einem lustigen Fest 200 Gulden zu

Digitized by Google

zahlen? Eigentlich hatte ja das Geld doch keinen Wert mehr, und wenn man sich lange bedachte, verlor man das Geld und die Ballfreuden. Gerade die großen Summen, die man beständig im Munde führte, die sich doch in Wahrheit auf wenige Gulden beliefen, zeitigten den Leichtsinn und reizten zur Liederlichkeit." An der Schwelle der Zukunft aber lauerte die graue Sorge.

Nichts ist darum schädlicher als der chronische Bankrott, wie ihn Österreich damals erlebt hat. Ungeschickte Versuche der Regierung, ihren Kredit dadurch etwas zu beleben, daß sie auf die Reichtümer des Klerus hinwies, die „zum Besten des Staates zu verwenden die von den Vorfahren befolgten Grundsätze berechtigten", waren nicht geeignet, zu beruhigen, da man das berechtigte Gefühl hatte, daß diese Erklärung nicht ernst zu nehmen sei. Die Zeiten Josephs II. waren ja längst vorüber. Vielmehr wurde dadurch nur erreicht, daß das Mißtrauen gegen die Redlichkeit der Regierung ständig wuchs. Auch die Übertragung der Herstellung und Ausgabe der Einlösungsscheine an eine selbständige Behörde nach Art unserer Kriegsgesellschaften, die unter der Kontrolle von Abgeordneten der Stände und Handelskörperschaften stand, vermochte es nicht zu beseitigen. Jeder fühlte eben, daß eine Gesundung der Finanzen noch nicht eingetreten war und daß die gegenwärtigen Zustände trotz allen gegenteiligen Versicherungen auf eine weitere gewaltsame Lösung hindrängten.

Der Name des Mannes, mit dem sie verbunden ist, wird in der Finanzgeschichte wohl unvergessen bleiben. Selten wohl ist ein Finanzminister vor eine undankbarere Aufgabe gestellt worden, selten hat einer weniger Freude an seinem Werk erlebt. Am 15. Juli 1810 wurde Graf Wallis als der „starke Mann" berufen. Der Ruf, der ihm vorausging, in Böhmen als Oberstburggraf ein wahres Pascharegiment geführt zu haben, ließ den schlimmsten Erwartungen Raum. Gleich nach seinem Amtsantritt fielen die Kurse von 500 auf 800 und gingen bis zum Dezember auf 1100 und darunter zurück. Die Furcht vor gewaltsamen Konfiskationen wurde immer größer. Nachdem ein Moratorium zunächst den Schuldnern eine kurze Atempause gegönnt hatte, wurde durch das Finanzpatent vom 20. Februar 1811 der Hauptschlag geführt. „Versiegelt war das geheimnisvolle Aktenstück, das über Wohl und Wehe von Millionen entschied, an die Provinzialbehörden abgesendet worden. Diese mußten am 15. März um 5 Uhr morgens die Siegel erbrechen, eine Stunde später den öffentlichen Anschlag besorgen. Lange vor Tagesanbruch waren auf den Straßen aller großen Städte große Menschenhaufen versammelt, die dem verhängnisvollen Augenblick entgegenharrten, und eine tiefere Aufregung zeigten, als wenn die Kunde einer entscheidenden Schlacht sie treffen sollte. Mit gieriger Hast griffen sie jedes Wort des Patentes auf. Wer nicht nahe genug stand, nicht lesen konnte, ließ sich den Inhalt erklären; auch der Gleichgültigste hielt schon in den nächsten Stunden das berüchtigte Papier, das Haß säte und Mißtrauen gegen den Monarchen zum Gemeingefühle machte, eifrig in den Händen. Einige

Digitized by Google

wenige mochten sich freuen, sie waren unverhofft reich geworden. Andere, und ihre Zahl war die größere, fluchten und klagten, sie hatte über Nacht das Los des Bettlers getroffen."

In dem väterlichen Ton, der die Kundgebungen der damaligen Zeit kennzeichnet und der heute so seltsam anmutet, wird in diesem merkwürdigen Erlaß dem österreichischen Volk die bittere Pille gereicht. „Unseren Untertanen, so erklärte das Manifest, ungehindert des so tief erfolgten Sinkens der Bankozettel, einen im Vergleich dieses Sinkens höheren Wert derselben zu sichern, hierdurch den Wohlstand unserer Untertanen aufrechtzuerhalten, um dem Sturz ihres Vermögens wirksam zu begegnen, ist der Gegenstand und das teuerste Augenmerk unserer landesväterlichen Sorgfalt. Wir hätten zwar gewünscht, durch eine allmähliche Verminderung des Papiergelds das Gleichgewicht zwischen demselben und dem Metallgelde nach und nach herzustellen . . ., allein die eingetretene Verkettung von Umständen machte die Ausführung dieses auf eine allmähliche Verbesserung berechneten Systems nicht mehr zulässig, sie erheischt nunmehr eine ebenso schleunige als ergiebige und gleich auf der Stelle wirksame Hilfe, und gebietet die Ergreifung einer hierauf beruhenden großen Maßregel ohne allen Zeitverlust . . ."

Das Patent brachte einen Bankrott in doppelter Beziehung. Zunächst wurden die im Betrage von über einer Milliarde umlaufenden Bankozettel auf den fünften Teil ihres Wertes herabgesetzt und gegen Einlösungsscheine umgetauscht, die als neue „Wiener Währung" die zukünftige Grundlage des Geldsystems bilden sollten. Selbst die Scheidemünze, die im Jahre 1810 unter Münzverschlechterung ausgegeben war, 30- und 15-Kreuzerstücke, wurde in den Bankrott mit einbezogen und ihr Wert auf 5 und 3 Kreuzer vermindert. Daneben aber fand zugleich eine Herabsetzung der Staatsschuldzinsen auf die Hälfte statt.

Wären diese Maßnahmen ohne Einschränkung geblieben, so hätte darin eine unerhörte Benachteiligung aller Schuldner gelegen. Sie wären gezwungen gewesen, um den Nominalbetrag der Forderungen ihrer Gläubiger zu decken, den fünffachen Geldbetrag aufzuwenden, während die Gläubiger in gleichem Maße bevorzugt worden wären. Den Hauptvorteil hatte zweifellos der Staat. Er, der durch die Ausgabe des Papiergeldes seiner Zeit als Schuldner seine Gläubiger übervorteilt hatte, bekam jetzt als Steuergläubiger das Fünffache der früher bezahlten Beträge; denn Gebühren und Steuern mußten in der neuen Währung entrichtet werden. Auf der anderen Seite mußte er sich freilich dazu bequemen, auch Pensionen und Gehälter in neuen Einlösungsscheinen zu bezahlen. Um den Vorgang richtig zu würdigen, darf man nun allerdings nicht Schuldner und Gläubiger als gesonderte Individuen betrachten, wie es beispielsweise ein Moratorium der jetzigen Revolutionsregierung zum Schutze der Kriegsteilnehmer getan hat, die jeden Gläubiger schlechthin für einen Kapitalisten ansah. Vielmehr muß man erwägen, daß jeder Schuldner in anderen Schuldverhältnissen wieder Gläubiger ist, so daß

Digitized by Google

in etwa ein Ausgleich stattfindet. Im ganzen aber wäre die Stellung der Schuldner infolge der gesteigerten Entwertung des Geldes allzusehr verschlechtert gewesen. Zur Abschwächung dieser Härten wurde bestimmt, daß die Rückzahlung der seit 1799 eingegangenen Schulden nach einer bestimmten Abstufung erfolgen sollte, wie sie in dem tatsächlichen Kurse der Bankozettel in den einzelnen Monaten zum Ausdruck kam. Der Bankrott entsprach also dem, was man mit dem technischen Begriffe der „Devalvation" bezeichnet. Trotzdem war die Zahl der zahlungsunfähig Gewordenen erschreckend groß. Zahlreiche Privatbankrotte von Handelsgesellschaften, Banken, Privatleuten, wie sie bei der Abhängigkeit aller Kreditbeziehungen unvermeidlich sind, Stockungen des Geldumlaufs, Sperrung des Kredits folgten. Von Kennern, wie Bergius, wird die Wirkung des Bankrotts in einzelnen Fällen mit einer achtzigprozentigen Vermögenssteuer gleichgestellt. Aber die Art, wie diese Steuer erhoben war, war die denkbar ungerechteste gewesen. Sie traf nicht diejenigen, die an den Kriegslieferungen Millionen verdient, auch nicht die anderen Kriegsgewinnler, die, die Not der Kriegszeit sich zunutze machend, ihre Mitbürger unter dem Schutz der Gesetze ausgeplündert hatten. Sie alle hatten ihre Gewinne längst in Grund und Boden, Waren, Kunstgegenständen oder in den vom Bankrott nicht betroffenen Wertpapieren angelegt und in Sicherheit gebracht. Die Steuer traf vielmehr ohne Abstufung nach der Leistungsfähigkeit wahllos die breite Masse. Für den Inhaber von Staatsschuldverschreibungen aber war außerdem der Bankrott eine Strafe dafür, daß er in schwerer Zeit dem Staate sein Geld zur Verfügung gestellt hatte, eine Belohnung dagegen für den Unpatriotischen und Mißtrauischen, der dem Staate den Kredit verweigert hatte. Dazu kam, daß trotz aller Heimlichkeit, mit der das Finanzpatent vorbereitet war, dank den „Beziehungen", wie sie in Österreich seit jeher gang und gäbe gewesen sind, etwas von den beabsichtigten Maßnahmen durchgesickert war. Anders war die Hast nicht zu erklären, mit der eine Reihe von Geldleuten kurz vor dem 15. März hinter dem Jahre 1797 liegende Schulden tilgten und Staatspapiere kauften, die der Zinsherabsetzung nicht unterworfen waren.

Zu allem Unglück aber hatte der Bankrott nicht einmal die ersehnte Wirkung, eine Gesundung der Finanzen anzubahnen. Im Gegenteil waren gleich nach der Veröffentlichung des Finanzpatents die Kurse der Einlösungsscheine schon gefallen. Sie wurden im Mai mit 46 Prozent, im Juni bereits nur mit 29,6 Prozent notiert. Dazu trat die Notwendigkeit für den Staat, zur Bestreitung der notwendigsten Ausgaben neue Mittel zu beschaffen. Alle Versuche, dies Ziel durch Steuern oder sonst auf ordnungsmäßigem Wege zu erreichen, erwiesen sich indessen als erfolglos. Die Möglichkeit, neues Papiergeld auszugeben, hatte sich die Regierung selbst abgeschnitten. Um das Vertrauen des Volkes zu befestigen, hatte der Monarch in dem Finanzpatent erklärt, daß er sich des Rechtes, das Papiergeld zu vermehren, begeben habe. Nur ein Wortbruch konnte deshalb die Regierung aus der Sackgasse,

Digitized by Google

in die sie geraten war, befreien. Aber niemand wußte ein anderes Mittel. Schweren Herzens entschloß sie sich endlich, den unvermeidlich gewordenen Schritt zu tun. Um den Schein notdürftig zu wahren und die Gewissensbedenken des Kaisers zu beschwichtigen, wurde das auszugebende neue Papiergeld mit dem Namen der „Antizipationsscheine" versehen, die den Ertrag der künftigen Steuern „vorwegnähmen," und damit der Anschein erweckt, als ob diese Steuern zur Sicherheit besonders verpfändet seien. Obwohl ihr Höchstbetrag auf 46 Millionen Gulden beschränkt war, wurden sie in kurzer Zeit heimlich auf über 420 Millionen Gulden vermehrt, so daß Mitte 1816 der Umlauf des Papiergeldes sich wieder auf 638 Millionen belief.

Es gereichte dem Grafen Wallis zur Ehre, daß er die Verantwortung für diesen Wortbruch nicht tragen wollte. An dem Tage, an dem das neue Finanzpatent erschien, nahm er seinen Abschied, ohne einen Nachfolger zu erhalten. Schwerlich hat sein Scheiden das Bedauern seiner Zeitgenossen hervorgerufen. Aber trotz allem Leid, das sein Werk dem österreichischen Volke gebracht hat, wäre es verfehlt, es nur nach seinen Fehlern zu beurteilen. „Selbstmorde, Kummer und Not," so urteilt ein österreichischer Historiker unserer Tage, „sind heute nach hundert Jahren längst vergessen, und es erübrigt dem Chronisten nur, in kühler Betrachtung zu einem Urteile über die historische Tat als solche zu gelangen, und da darf er sich wohl an die Worte halten, die der Staatsrat Stahl am Tage der Patenteröffnung aus Brünn an den Grafen Wallis richtete. Eine mächtige Aufregung hat dem Manne die Feder geführt, aber sein Ausspruch bleibt durchaus zu Recht bestehen: Graf Wallis hat nicht nur dem Geist der Ungerechtigkeit, wo ein Mitbürger den anderen unter dem Schutz der Gesetze ausplünderte, ein Ende gemacht, er hat in Wahrheit aus Sturm und Drang die schwerbedrohte Existenz des Staates errettet."

Es würde zu weit führen, die wechselnden Schicksale, die die österreichischen Finanzen von nun an erlitten haben, im einzelnen weiter zu verfolgen. Bis an das Ende der zwanziger Jahre hat es gedauert, bis es der Regierung gelungen war, das Papiergeld auf den annehmbaren Betrag von 99 Millionen Gulden zu ermäßigen. Obwohl sie zu Bankrottmaßregeln in der Folgezeit nicht mehr zu greifen wagte, dauerte es lange Zeit, bis das Vertrauen des Publikums sich ihrer Finanzpolitik wieder einigermaßen zuwandte. Die Versicherung des Finanzpatents von 1816, daß „nie mehr neues Papiergeld mit Zwangswert und Zwangskurs ausgegeben und das im Umlauf befindliche vermehrt werden solle", konnte nach den Erfahrungen der Vorjahre einstweilen nur geringes Zutrauen verdienen. Das war die schlimmste Folge der Bankrotte gewesen, daß der Makel der Unaufrichtigkeit, des Wortbruchs und der Täuschung an der Regierung haften blieb. Trotzdem gelang es ihr schließlich, durch Anleihen, die nach einem verwickelten System ausgegeben wurden, den größten Teil des Papiergeldes aus dem Verkehr zu ziehen. Aber in demselben Maße, in dem sich dieses verringerte, steigerten jene die

Digitized by Google

verzinsliche Staatsschuld und belasteten den Staatshaushalt mit einer ständig wachsenden Zinsenlast. In den Jahren 1816 bis 1832 erhöhte sich auf diese Weise die Staatsschuld auf fast eine Milliarde, und der jährliche Aufwand für Zinsendienst und Verwaltung auf das Vierfache der früheren Beträge. Darüber, daß auch diese Art der Anspannung des Staatskredits ungesund war, täuschte man sich hinweg. Wie in anderen Fragen, so beherrschte auch hier der Grundzug aller österreichischen Staatskunst, die Zufriedenheit mit Augenblickserfolgen, das „Fortgewurstel" der späteren Zeit, die Politik.

Auch wir stehen heute am Vorabend folgenschwerer Ereignisse. Dem, der die Bilder der damaligen und der heutigen Zeit miteinander vergleicht, werden die Züge erschreckender Ähnlichkeit nicht entgangen sein. Die Krisenstimmung, die bange Sorge vor dem, was werden soll, beherrscht auch uns. Zwar ist die Finanzlage in vielen Dingen anders. Es ist nicht das Papiergeld, was uns heute Beschwerde macht, sondern die Überspannung des Staatskredits im allgemeinen, die Fülle der Anleihen, das Wachsen der schwebenden Schuld, die hierdurch hervorgerufene allzugroße Geldflüssigkeit bei den Banken, die keine Anlage zu Produktionszwecken vermindert. Deshalb würde sich ein Staatsbankrott heute in anderen Formen abspielen wie damals in Österreich. Aber seine Wirkung würde bei der Entwicklung unserer Volkswirtschaft, bei der Innigkeit, mit der in der modernen Zeit alle Kreditbeziehungen miteinander verknüpft sind, nur noch unendlich viel tiefer gehen. Wohl scheinen die Ereignisse der jüngsten Zeit zu bestätigen, daß alle Lehren der Geschichte von den späteren Generationen in den Wind geschlagen werden und Erfahrungen stets von neuem erworben werden müssen. Aber jeder, der mit aufmerksamem Blick die Dinge prüft, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß jede Steuer, mag sie noch so einschneidend sein und den Ruin zahlreicher Existenzen zur Folge haben, einem Bankrott vorzuziehen ist. Denn sie bleibt wenigstens auf dem Boden der Gerechtigkeit, während beim Bankrott ohne Wahl und ohne Billigkeit das Glück seine Gaben verteilt.

Moltke bei Königgrätz

Von

Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.

Im dritten Bande seiner „Zehn Jahre im Stabe des Prinzen Friedrich Karl" betitelten Erinnerungen hat Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler den Höhepunkt der Darstellung, welche die Zeit von 1865 bis 1866 behandelt, naturgemäß auf das Ereignis von Königgrätz verlegt. Bekanntlich haben erst Nachrichten, die am Abend des 2. Juli 1866 bei der 1. Armee eingingen und eiligst dem in Gitschin befindlichen Großen Hauptquartier zugeführt

Digitized by Google

wurden, den operativen Charakter der für den folgenden Tag gegebenen Weisungen in einen die Schlachtentscheidung suchenden Befehl umgewandelt. General v. Moltke hatte nämlich die österreichische Hauptmacht hinter der Elbe vermutet, mit einer Festung, Josefstadt und Königgrätz, auf jedem Flügel; tatsächlich aber waren die Österreicher aus diesem starken Abschnitt vorgegangen und schienen also entscheidend leichter zu fassen. Dies erkannt und rechtzeitig ausgenützt zu haben, ist nun nach Ansicht des Grafen Haeseler das persönliche Verdienst des Prinzen Friedrich Karl, der in vollem Vertrauen zu dem Ergebnis der bei seiner Armee vorgenommenen Erkundungen und in vollem Erkennen der günstigen Aussichten für eine Entscheidung gewillt war, die Schlacht zu schlagen und die Verantwortung hierfür auf sich zu nehmen. Das vollzog sich in der Weise, daß er für seine 1. Armee die entsprechenden, ihm zweckmäßig erscheinenden Befehle erteilte, den Kronprinzen, Führer der 2. Armee, zur Mitwirkung einlud und dann erst seinen Chef des Generalstabes, den General v. Voigts-Rhetz, in das Große Hauptquartier entsandte, um hier für die veränderte Auffassung der Kriegslage und dergemäße neue Befehlserteilung bei König Wilhelm I. zu wirken. Graf Haeseler selbst war dort in Gitschin nicht anwesend. Mitteilung über die näheren Vorgänge daselbst bringt er in Anmerkung durch Wiedergabe eines Briefes des General v. Voigts-Rhetz an den Prinzen Friedrich Karl vom Dezember 1867, ohne irgendwie selbst Stellung zu nehmen. Jenes Schreiben aber schließt mit den Worten: „Also dem König und Eurer Königlichen Hoheit gebührt die Konzeption und Ausführung dieses großen Weltereignisses."

Nach der Bestimmtheit dieses Urteils und nach den ihm vorhergehenden sachlichen Angaben des Briefes müßte man schließen, daß durch Zufall oder Absicht der entscheidende Einfluß des Generals v. Moltke bei diesen Entschlüssen ausgeschaltet gewesen sei und der Feldherrnruhm des Tages von Königgrätz zu Unrecht an seinem Namen hafte. In Wirklichkeit liegen nun aber die Dinge doch etwas anders. Allerdings hat Prinz Friedrich Karl die Initiative ergriffen, um eine Schlacht für den 3. Juli herbeizuführen; aber indem er vorgreifend Befehle für seine 1. Armee erließ, verdarb er in völliger Verkennung der großen strategischen Lage dem Feldherrn dieses Krieges das Konzept. Dessen Plan war nämlich nicht auf eine „rangierte Schlacht" angelegt, sondern auf eine vernichtende Umfassungsoperation, auf die Zangenbildung, die mit vollem Erfolg Hindenburg bei Tannenberg anzuwenden gelang. Die entscheidenden Schlachten des böhmischen Feldzuges von 1866 waren, wie Generalfeldmarschall Graf Schlieffen ja schon in seiner Kannästudie dargelegt hat, vom 27. bis 29. Juni geschlagen worden, indem es geglückt war, den rechten Flügel und die Mitte der Österreicher hinter die Elbe zu drängen. Was Moltke weiter beabsichtigte, war ausgreifende Verfolgung des Feindes, war das Weiterspannen des verderblich umfassenden Netzes in die voraussichtliche Gegend seines Rückzuges, freilich mit der gebotenen Vorsicht, welche das Wägen dem Wagen voranstellt. Daß jenes

Digitized by Google

nötig wurde, dahin hat nicht zum wenigsten das der Lage durchaus nicht entsprechende, aber nicht abzuweisende Verlangen der Armeen nach einem Ruhetage geführt: es bedingte ein Abbrechen der Verfolgungsoperation und ihren Ersatz durch einen neuen Angriffsfeldzug, der nach Moltkes Idee mit der strategischen Vernichtung des Gegners hätte enden sollen. Zur Vorbereitung sollten die für den 3. Juli von der Obersten Heeresleitung befohlenen Erkundungsbewegungen dienen. Deren Ergebnis aber nahm Prinz Friedrich Karl zum Ausgang selbständiger Maßnahmen im Sinne einer Versammlung seiner Kräfte gegen die Front des Feindes, Maßnahmen, für die er sich die Zustimmung des Königs vor der des leitenden Generalstabschefs sichern ließ. Diesem blieb, als auch er Kenntnis erhielt, nichts übrig, als die Aushilfe zu finden, die in der neugeschaffenen Lage wenigstens den taktischen Sieg gewährleistete, nämlich die, statt des nun nicht mehr möglichen beiderseitigen Angriffs gegen den Rücken des Feindes einen entscheidenden Schlag gegen dessen rechte Flanke durch Heranziehung der ganzen kronprinzlichen Armee auf das Schlachtfeld der 1. Armee zustande zu bringen. Denn Prinz Friedrich Karl hatte die 2. Armee nur um Unterstützung „durch das Gardekorps oder mehr" gebeten, in der Voraussetzung, daß jene bei den ihr vorgeschriebenen Erkundungen auf stärkere Kräfte jenseits der Elbe nicht mehr stoßen werde. Moltkes Rolle in der Nacht vom 2. zum 3. Juli 1866 war also tatsächlich die eines Feldherrn, der, dem vernichtenden Erfolg zu entsagen genötigt, die Fehler anderer zu einem Gelingen zurechtschmiedet, das noch immer als ein Weltereignis in der Geschichte dasteht.

Denn trotz der veränderten Lage der Dinge konnte dieser Feldherr in einem unruhigen und kritisch erscheinenden Augenblick des Schlachttages seinem Könige auf dessen besorgte Frage antworten: „Eure Majestät werden heute nicht nur die Schlacht gewinnen, sondern den Feldzug." Graf Haeseler bezweifelt die Authentizität dieser Äußerung, die auf dem Roskosberg gefallen sein soll, wie Generalfeldmarschall Freiherr v. Loë in seinen Erinnerungen angibt, und die auch von Moltke selbst in seinem kleinen Aufsatz über den angeblichen Kriegsrat in den Kriegen König Wilhelms I. erwähnt wird. Graf Haeseler meint, jene Anschauung, daß die den Feldzug beendende Schlacht geschlagen worden sei, habe jedenfalls denen fernergelegen, die am Vormittage Zeugen der schweren Kämpfe bei der 1. Armee gewesen waren und hier Eindrücke empfangen hatten, die durch den Siegeslauf bei Chlum nicht sich verwischen ließen. Zudem sei es ihm selbst doch unvergeßlich geblieben, daß am Abend des 3. Juli vor der Befehlsausgabe auf einer Anhöhe zwischen Rosnitz und dem Brizaer Walde in der Unterhaltung mit den dorthin befohlenen Offizieren des Oberkommandos und anderer Stäbe gerade General v. Moltke die Frage aufgeworfen habe: „War das nun heute ein Magenta oder ein Solferino?"

Also auch hier stellt sich in Graf Haeselers Buche ein gewisses Bezweifeln der Erkenntnisgaben des preußischen Generalstabschefs, der Sicher-

Digitized by Google

heit seiner Auffassungen heraus, dessen Berechtigung und Klärung nachzugehen um so notwendiger erscheint, als auf Grund dieser Veröffentlichung eine veränderte Geschichtsbeurteilung über die Entwicklung oder gar das Vorhandensein der Feldherrngaben eines Moltke in unserer alles bekrittelnden Zeit möglicherweise versucht werden könnte. Wir haben ja gesehen, wie gering General v. Voigts-Rhetz über die Beteiligung Moltkes an den wichtigsten Beschlüssen für den 3. Juli 1866 dachte. Auch die Tagebücher des Generalfeldmarschalls Grafen v. Blumenthal enthalten eine Beschwerde über die „sonderbare Disposition" für jenen Tag, die ihm ein Beweis scheint, „daß man im Oberkommando nicht recht wisse, was zu tun sei, und man nur durch Rekognoszierung Zeit gewinnen wolle", und die auch ihm Anlaß zu einer Fahrt in das Hauptquartier wurde. Sein ernst gemeinter, aber, wie er selbst bemerken mußte, nicht ernst genommener Vorschlag ging dahin: „gewissermaßen an einem auf der Karte gezogenen Lineal von Gitschin nach Wien unaufhaltsam hinzumarschieren". Man sieht, wie fern auch er vom Verständnis des Wesens Moltkescher Strategie noch war. Diese Unzufriedenheit der beiden Generale, welche den fürstlichen Armeeführern als Stabschefs zur Seite standen, ihr vermeintliches Besserwissen, ihr den Gang des Geplanten vielfach hemmendes, ja störendes Verfahren entstammten der bekannten Tatsache, daß jeder von ihnen einst gehofft hatte, statt des in der Armee wenig bekannten Moltke auf dessen Friedensposten als Chef des Generalstabes des preußischen Heeres berufen zu werden und also auch jetzt ihn zu ersetzen, ihn zu ergänzen sich gewachsen fühlte. Ebenso waren die Offiziere ihrer Stäbe, zu denen ja auch Graf Haeseler gehörte, natürlich gern geneigt, die geistige Überlegenheit oder doch jedenfalls geistige Gleichstellung ihrer nächsten Chefs im Verhältnis zu dem praktisch noch kaum bewährten Moltke anzuerkennen, der zudem durch die Art seiner Leitung des Feldzuges — mittels Weisungen an Stelle von Befehlen —, den Armeechefs eine Freiheit des Handelns ließ, welche diese leicht zu dem Glauben verführen konnte, daß ihre praktische Arbeit auf dem Gebiet der Führung, nicht deren geistige Vorbereitung und Einstellung durch den Oberfeldherrn, die wahre Leistung in diesem Kriege sei.

Nichtsdestoweniger wird man die gewissenhafte Prüfung der Frage nicht unterlassen dürfen, ob Moltke wirklich, um es kraß auszudrücken, bei Königgrätz mehr Glück wie Verstand gehabt habe, und hier insbesondere, ob er an diesem Tage in zwei Gesprächen widersprechend sich geäußert habe, ob einer dieser Aussprüche nicht gefallen sein oder ob etwa doch die eine Wendung neben der anderen Bestand haben könne.

In einem aus Horsitz am 4. Juli 1866 geschriebenen Brief teilt der General seiner Gattin mit: „Die Absicht war, die feindliche Armee gegen die Elbe zu werfen, sie von beiden befestigten Übergängen abzuschneiden und, wenn möglich, ganz zu vernichten." In diesem knappen Satze ist sowohl der taktische Formgedanke wie der strategische Grundgedanke des Moltkeschen Siegeswillens

Digitized by Google

für den ihm zugeschobenen Schlachttag ausgesprochen. In der Tat war es nur gelungen, den Rückzug auf Josefstadt zu verwehren; der völligen Umklammerung konnte sich die österreichische Armee durch den Abmarsch auch auf Königgrätz entziehen, weil nämlich nach den Dispositionen des Prinzen Friedrich Karl die Elbarmee zur Massierung der Angriffskräfte ostwärts bis nach Nechanitz herangezogen war, anstatt mit ihrem rechten Flügel über Chlumetz mindestens in die Flanke der Österreicher auszuholen, wie es im Sinne der Moltkeschen ersten Weisung gewesen wäre. Da es ferner der geschickten taktischen Schlachtleitung Benedeks gelang, gegenüber der 2. Armee seinen anfangs allmählich bis Horenowes ausgedehnten rechten Flügel in die ursprünglich für ihn vorgesehene Linie Chlum—Nedelischt zurückzunehmen, so stießen die preußischen Kolonnen überall frontal auf einen meist in starken Stellungen befindlichen Gegner. Die Entscheidung brachte die Wegnahme von Chlum. Mit dem Verlust dieses Dorfes war die österreichische Schlachtstellung durchbrochen, und zwar, wie die Dinge lagen, nahe ihrem Zentrum, so daß die Korps der Mitte zunächst sich zum Weichen gezwungen sahen. Andererseits aber war auch der Druck vom nördlichen Flügel her in seiner Wirkung nicht zu verkennen und für schlachtentscheidend um so erwünschter anzunehmen, als von ihm ja der vernichtende Erfolg des Tages erwartet wurde. Ein klares Bild über diese Verhältnisse konnte nun allerdings am Schlachttage selbst nicht gewonnen werden, da die gewaltige Artillerie der Österreicher durch ihre opfervolle Tätigkeit der taktischen Verfolgung hinderlich war. Man konnte daher zweifelhaft bleiben, wohin die strategische Verfolgung zu richten sei, und es lag also durchaus nahe, den zur Befehlsausgabe versammelten Generalstäblern die vergleichende Frage vorzulegen, in welcher taktischen Form der Schlachttag des 3. Juli zu Ende gegangen, wohin dementsprechend der Weg des Verfolgers zu nehmen sei. Die Durchbruchsschlacht des Feldzuges von 1859, an den als die nächstliegende kriegsgeschichtliche Erfahrung die Erinnerung des Feldherrn anknüpfen durfte, war Solferino; der Sieg von Magenta dagegen war durch Mac Mahons Vorgehen gegen den rechten Flügel der Österreicher gewonnen worden, deren Armee in der Hauptsache zum Abzug nach Süden, auf Abbiategrasso, sich genötigt sah. So glaubte schließlich auch die oberste preußische Heeresleitung als Folge der Stoßwirkung der 2. Armee gegen die rechte Flanke des Gegners diesen in südlicher Richtung auf Pardubitz zurückgezwungen zu haben und dorthin die verfolgende Elbarmee ansetzen zu sollen, während die Österreicher tatsächlich hinter der Elbe mehr nach Südosten auf Holitz, also in der Durchbruchsrichtung, fortkamen.

„Wir glauben, die gesamte österreichische und sächsische Armee gegen uns gehabt zu haben." Dieser andere Satz in Moltkes schon erwähntem Brief an seine Frau könnte nun allerdings dahin gedeutet werden, als wenn erst recht noch am 3. Juli Zweifel über die politisch-strategische Bedeutung des Sieges bei dem Sieger hätten obwalten müssen. Denn natürlich läßt sich die Frage: „Magenta oder Solferino?" auch so auslegen wie durch Graf

Digitized by Google

Haeseler in Parallele mit der Äußerung vom Roskosberge geschehen, nämlich: „Haben wir eine erste Hauptschlacht gewonnen oder stehen wir bereits am Ende des Feldzuges?“ Es ist nicht anzunehmen, daß gerade dieser Sinn der Frage dem nächsten Empfinden der versammelten Generalstabsoffiziere sich aufgedrängt habe; besonders das zögernde und vorsichtige Vorgehen der 1. Armee war ja nicht nur methodischen Ansichten, sondern ebenso einer hohen Einschätzung des gegnerischen Wertes entsprungen gewesen, und wie Graf Haeseler selbst erzählt, lag den Offizieren jeder Optimismus in Beurteilung der Feldzugslage nach den vorangegangenen anstrengenden Märschen, Gefechten, und zumal den Eindrücken dieses Schlachttages fern. Hat Moltke, der selbst weiter sah, die Herzen nur prüfen wollen? Hat er ihnen andeutungsweise einen Ausblick eröffnen wollen, ohne schon mit gleicher genialer Offenheit wie vor seinem königlichen Herrn die Karte des großen Erfolges aufzudecken? Waren die Generalstäbler überhaupt in der Lage, in richtiger Einschätzung der politischen Bedeutung dieses militärischen Erfolges zu antworten? Dazu fehlten jener Fragestellung doch überhaupt die richtige historische Voraussetzung. War denn Solferino die durch ihren militärischen Charakter den Feldzug von 1859 entscheidende Handlung gewesen? Keineswegs! Bei Solferino hatte die operative Anlage zu einer Vernichtungsschlacht überhaupt gefehlt; das österreichische Heer war gar nicht entscheidend geschlagen, sondern nur frontal vom Schlachtfelde verdrängt worden. Der Entschluß Kaiser Franz Josephs, nach diesem Tage Frieden zu schließen, entfloß nicht dem Bewußtsein, militärisch der Besiegte zu sein oder werden zu müssen, sondern der Befürchtung, die erbetene und bereite Hilfe Preußens politisch zu teuer bezahlen zu müssen. Darum ging er nach Villafranca, und eben dieser Gang hat ihn auch nach Königgrätz geführt. Diesmal aber gab es keinen Ausweg aus der Niederlage, wie Moltke in anscheinend schlimmer Stunde am Roskosberg seinem König vorhersagen konnte: die zahlenmäßige Überlegenheit der preußischen Streitkräfte, der Zustand des österreichischen Heeres nach den ersten Gefechten, welche alle mit einem Rückzug geendet hatten, die operative Anlage der Kampfhandlung von Königgrätz, deren, wenn nicht vernichtende, so doch zerstörende Wirkungen nicht ausbleiben konnten — alles das waren Momente, die den weitblickenden Feldherrn zu dem Vertrauen berechtigten, auf diesem Kriegsschauplatz vor dem Gewinn des Feldzuges zu stehen, wiewohl sein großer Vernichtungsplan durch die Voreiligkeit eines Armeeführers eine Einschränkung erfahren hatte. Daß der Kriegsleitung dieser Feldzug militärisch für beendet gelten konnte, beweist ja auch Bismarcks Äußerung in jener Stunde des Sieges: nun handle es sich darum, die alte Freundschaft mit Österreich wiederzugewinnen.

Moltkes Antwort auf dem Roskosberge und Moltkes Frage vor der Befehlsausgabe am Abend des 3. Juli 1866 können sehr wohl nebeneinander bestehen, wenn man vom oberflächlichen Vergleich zu tieferer Betrachtung ihrer Inhalte sich entschließt. Vor den führenden Größen sprach die

Digitized by Google

Seele des Feldherrn; vor den kleineren Helfern redete der prüfende Verstand. Der geniale Mensch pflegt oft schon unbewußt sein Wort der geistigen Atmosphäre seiner Umgebung anzupassen, seine Äußerungen auf sie einzustellen. Den Gehilfen der Führung, welche von der Truppe doch noch weitere Anstrengung und Aufopferung zu fordern hatte, hätte jenes Wissen nicht gefrommt, das den leitenden Männern notwendig war. Der klare Geist eines Moltke überragte in militärischer Hinsicht sie alle und wußte aus seinem Born so zu spenden, wie an jeder Stelle erforderlich und nützlich wurde. Deshalb wollen wir uns die Ehrfurcht vor seiner Größe nicht durch kritikloses Kopfschütteln greisenhafter Nachfahren verkümmern lassen.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels in den Jahren 1866/67 und 1870/71

Herausgegeben
von
Dr. Wilhelm Schüßler,
Privatdozent an der Universität Frankfurt a. M.

(Schluß)

1871

4. Januar.

Mittags 12 Uhr empfing ich den Flügeladjutanten Major v. Herff. Derselbe teilte mir mit, daß der Großherzog den Obersten v. Lynker nach Versailles schicken wolle, um dort eine neue Militärkonvention abzuschließen. Vorher sollte Oberst v. Lynker nach Darmstadt kommen, um sich hier instruieren zu lassen. Ich bemerkte, daß ich diese Sendung sehr bedenklich fände, daß an einer so wichtigen Verhandlung jedenfalls auch der Gesandte Hofmann in Berlin, welcher die frühere, noch bestehende Militärkonvention abgeschlossen habe, teilnehmen müsse, daß die Sache gar nicht eile und daß man zunächst auf diplomatischem Wege anfragen müsse, ob Preußen schon dermalen zu einer solchen Verhandlung bereit sei, und ob es als Ort Versailles oder Berlin vorziehe.

Übrigens sei in den im November v. J. in Versailles abgeschlossenen Verträgen nur bestimmt, daß die Kosten der hessischen Division vom 1. Januar 1872 auf den Deutschen Bund übergehen und daß die hessischen Truppen in einer den Einrichtungen im deutschen Bundesheere im allgemeinen entsprechenden Weise organisiert werden sollten. Weitere Änderungen der bestehenden Militärkonvention seien nirgends geboten. Major v. Herff meinte, man müsse zu den Verhandlungen über eine Modifikation der Militärkonvention rechtzeitig die Initiative ergreifen, man werde dann bessere Bedingungen er-

Digitized by Google

langen, als wenn man eine preußische Erinnerung abwarte, die dermalige Militärkonvention stehe mit einzelnen Bestimmungen der Reichsverfassung nicht im Einklang usw. Ich bestritt diese Behauptungen und behielt mir vor, an den Großherzog zu berichten.

5. Januar.

Um 12 Uhr kam der Flügeladjutant Major v. Herff und stimmte mir bezüglich des Abschlusses einer neuen Militärkonvention nunmehr im wesentlichen bei. Er sagte, daß es sich eigentlich nur von der neuen Formation der Division und der Frage handle, welche Kosten der Deutsche Bund zu tragen habe. Darüber sei zu verhandeln. Aber man müsse allerdings, was Ort und Zeit betreffe, vorher in Berlin anfragen. Der Gesandte Hofmann solle dem abzusendenden militärischen Kommissär zur Seite stehen.

10. Januar.

Oberfinanzrat v. Valois, der mir in den Anlagen begegnete, begleitete mich. Er versicherte, sein König[1]) sei ganz im unklaren über die Tragweite der in Versailles abgeschlossenen Verträge. Der Kriegsminister v. Suckow namentlich habe dem Könige die Ansicht beigebracht, daß er durch die Militärkonvention mit Preußen gewonnen habe. Niemand wage es, den König in dieser Hinsicht aufzuklären. Übrigens wechsele man in Stuttgart alle paar Monate seine Ansichten.

27. Januar.

Um 3½ Uhr empfing ich den österreichischen Gesandten Baron Vetsera, der mir eine für mich persönlich bestimmte, sehr freundschaftliche Depesche des Grafen Beust mitteilte.

7. Februar.

Um 3 Uhr besuchte mich der Abgeordnete Wernher, um die Angelegenheit der Reichstagswahlen zu besprechen. Er meinte, daß Metz in Rheinhessen unterliegen werde, wenn man ihm einen einigermaßen annehmbaren Kandidaten gegenüberstelle. Er versicherte, die Nationalliberalen hätten in Rheinhessen an Geltung und Einfluß verloren. Nach Wernher kam der preußische Gesandte v. Wentzel. Er teilte mir ein Telegramm des Herrn v. Thiele mit, wonach derselbe umgehend zu erfahren wünscht, welche zwischen Frankreich und Hessen vereinbarten Verträge die Großherzogliche Regierung bei dem bevorstehenden Friedensschluß aufrechterhalten zu sehen verlangt.

14. Februar.

Nachmittags 3½ Uhr kam der preußische Gesandte v. Wentzel, um mehrere Angelegenheiten untergeordneter Art mit mir zu besprechen. Ich bemerkte ihm, wie es mich unangenehm berührt habe, daß Minister Delbrück auf der

[1]) Karl von Württemberg.

Digitized by Google

Beibehaltung der für das Zollparlament gebildeten Wahlkreise behufs der Wahlen zum Deutschen Reichstage bestanden habe, während Württemberg eine verbesserte Einteilung dieser Wahlkreise ohne weiteres zugestanden worden war.

15. Februar.

Brief der Gräfin Astorg mit einem Ausschnitt aus dem Journal „La France", enthaltend einen aus den geheimen Papieren der Tuilerien entnommenen Brief des Generals Ducrot über eine mit mir gepflogene Unterhaltung.

25. Februar.

Morgens 9 Uhr 20 Minuten fuhr ich mit der Eisenbahn nach Mainz. Ich besuchte den Bischof v. Ketteler und bemerkte demselben, daß im Reichstagswahlkreise Bensheim—Erbach der Baron Philipp Wambolt katholischerseits als Kandidat bei der bevorstehenden Wahl zum Reichstage aufgestellt sei. Baron Wambolt werde aber höchstens einige hundert Stimmen erhalten, welche dem konservativen Kandidaten v. Gagern verloren gingen, und somit dem fortschrittlichen Kandidaten Martin zu Auerbach zugute kämen. Ich ersuchte deshalb den Bischof, den katholischen Geistlichen in der Bergstraße und im Odenwald zu eröffnen, daß er seinerseits auch gegen die Wahl des Gesandten v. Gagern nichts zu erinnern habe. Der Bischof versprach mir dies. Wir unterhielten uns dann noch eine Zeitlang über Politik. Ich erzählte Herrn v. Ketteler, daß man preußischerseits, um der hessischen Fortschrittspartei, speziell Herrn Bamberger[1]) gefällig zu sein, die diesseits vorgeschlagene verbesserte Einteilung der Wahlkreise nicht angenommen habe. Es sei das die alte preußische Politik, welche zu Hause die Zügel streng anziehe und in den übrigen deutschen Staaten die oppositionellen Bewegungen begünstige. Herr v. Ketteler war mit mir einverstanden. Er klagte aber, daß in Hessen die gläubigen Katholiken weder im Staatsdienst noch in den Gemeinderäten gehörig vertreten seien, eine Beschwerde, die ich nicht als berechtigt anerkennen konnte. Wir sprachen dann noch von der Bildung eines Staatenhauses in der neuen Reichsverfassung. Ich versprach dem Bischof, ihm den Aufsatz des Professors Zöpfl über diesen Gegenstand zu senden, was ich auch nach meiner Rückkehr nach Darmstadt tat. Der Bischof v. Ketteler spottete bei diesem Anlaß über die kleinen deutschen Fürsten, die sich früher wie die Frösche aufgeblasen hätten und jetzt, nach den neuesten kriegerischen Erfolgen Preußens, nicht genug hätten eilen können, um sich Preußen bedingungslos in die Arme zu werfen.

---

[1]) 1823—1899, war 1849 Mitglied der Pfälzer Freischärler, kehrte 1866 nach Mainz zurück, das er im Zollparlament und dann im Reichstag vertrat; er trat 1884 aus der Nationalliberalen Partei und begründete die Deutsch-Freisinnige Partei.

Digitized by Google

27. Februar.

Bei unserer Rückkehr fand ich einen Auftrag des Großherzogs, ihm eine telegraphische Antwort an den König von Preußen zu entwerfen, welcher dem Großherzog aus Versailles die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien telegraphiert hatte.

4. März.

Der Morgen begann mit 101 Kanonenschüssen zu Ehren des in Versailles abgeschlossenen und in Bordeaux von der französischen Nationalversammlung genehmigten Friedens. Um 12 Uhr empfing ich den Major v. Herff, welcher mir sagte, der Großherzog wünsche an den Kaiser Wilhelm nach Versailles zu schreiben und lasse mich ersuchen, ihm einen Brief zu entwerfen. Der Großherzog lege nämlich großen Wert darauf, daß auch bei der neuen Formation der Infanterieregimenter zu 3 Bataillonen die bestehenden vier Infanterieregimenter erhalten blieben. Der Großherzog wolle, daß, wenn es sich von den Kosten der neuen Einrichtung handle, welche fortan der Deutsche Bund zu übernehmen habe, lieber an anderen Waffengattungen, als an der Infanterie gespart werde. Der Prinz Ludwig dagegen habe in Versailles dahin gearbeitet, daß ein hessisches Infanterieregiment eingehe und daß, da eine Division 4 Infanterieregimenter haben müsse, die hessische Division durch ein preußisches Infanterieregiment ergänzt werde. Das sei es aber nun gerade, was der Großherzog nicht wolle. Ich versprach, das verlangte Schreiben zu entwerfen und schickte den Entwurf auch abends an den Major v. Herff, indem ich zugleich an den Großherzog berichtete.

8. März.

Ich empfing abends einen Brief des Gesandten Hofmann mit einer Anzahl preußischer Zeitungsblätter, die mit heftigen Artikeln gegen mich, in denen mein Rücktritt gefordert wird, angefüllt sind.

9. März.

Den Morgen hindurch war ich zu Hause und schrieb eine Antwort für die „Darmstädter Zeitung“ auf einen gegen mich persönlich gerichteten insolenten Artikel der „Posener Zeitung“, die als ein konservatives Journal gilt.

14. März.

Ich schrieb morgens an den Baron Capellen mit dem Ersuchen, mich zu benachrichtigen, um welche Zeit der Kaiser Wilhelm morgen nach Frankfurt komme und in welchem Anzug man zu dem Diner komme, welches der Großherzog dort dem Kaiser gibt und zu welchem ich eingeladen bin. Um 11 Uhr fuhr ich in die Ministerialsitzung. Während derselben kam Baron Capellen, um mir zu sagen, daß das Diner um 7 Uhr im Palais des Großherzogs in Frankfurt stattfinde, daß man in Uniform mit dem großen Bande

Digitized by Google

erscheine, und daß für mich und meinen Bedienten Zimmer im Palais reserviert seien.

15. März.

Morgens packte ich meine Sachen für die Fahrt nach Frankfurt zum Diner des Großherzogs. Um 12 Uhr kam Graf Enzenberg. Ich teile ihm den Inhalt von zwei Briefen des Gesandten Hofmann mit, die ich bezüglich seiner, Enzenbergs, Verwendung im diplomatischen oder konsularischen Dienste des Deutschen Bundes empfangen hatte.

Um 4½ Uhr war ich auf dem Bahnhof, um den Zug von 4 Uhr 45 Minuten zur Fahrt nach Frankfurt zu benutzen. Der Zug kam erst um 5½ Uhr an. In demselben befanden sich der Großherzog und die Großherzogin von Baden nebst ihren Kindern.

In Frankfurt angekommen, fand ich auf dem Bahnhof und in der Umgebung desselben ein so ungeheures Gedränge, daß ich Mühe hatte durchzukommen und eine Droschke zu finden, die mich in das Großherzogliche Palais auf der Zeil brachte. Die Stadt war wundervoll geschmückt. Ich beeilte mich, im Palais in das für mich reservierte Zimmer zu gelangen und mich in Uniform mit dem großen Bande des Roten Adlerordens zu setzen. Der Kaiser Wilhelm kam eine ganze Stunde später, als er angesagt war, nämlich erst um 7 Uhr, und zwar in demselben Wagen mit dem Großherzog, welcher letztere ihm bis Bingen entgegengefahren war. Unmittelbar darauf kam der Kronprinz von Preußen, der Prinz Karl und der Prinz Adalbert von Preußen. Dieselben wurden am Fuß der Treppe von dem Großherzog und der Großherzogin von Baden nebst Kindern, sodann von den Prinzen Karl und Alexander, welche das große Band des Schwarzen Adlerordens trugen, ferner von der Prinzessin Karl und der Prinzessin Alice empfangen. Ich stand ebenfalls am Fuße der Treppe, und der Kronprinz von Preußen gab mir herzlich die Hand. Das Diner, welches im oberen Saale serviert war, begann erst um 7¾ Uhr. Vorher begab sich der Kaiser auf den Balkon und zeigte sich den auf der Straße versammelten Massen, von denen er mit stürmischen Hochrufen begrüßt wurde. Dann sprach der Kaiser mit mehreren der Anwesenden, die sich im Saale neben den schon gedeckten Tischen aufgestellt hatten. Er empfing auch eine zahlreiche Deputation der Stadt Frankfurt, den Oberbürgermeister Mumm an der Spitze. — Mir reichte er freundlich die Hand, indem er fragte, ob ich gut von Versailles zurückgekommen sei. Er sah, trotz seiner 74 Jahre, wohl und rüstig aus. — An dem Diner nahmen die badischen Herrschaften keinen Teil. Sie setzten bereits um 8½ Uhr die Reise mit der Hanau—Bebraer Bahn fort.

Ich saß neben dem Oberpräsidenten v. Möller. Nach dem Diner machte der Kaiser nebst den preußischen Prinzen eine Fahrt durch die glänzend illuminierte Stadt und trank den Tee bei der Generalin v. Boyen, geborenen Prinzessin Biron von Kurland.

Digitized by Google

16. März.

Am Morgen 9 Uhr fanden wir uns bereits wieder in voller Uniform mit dem großen Bande im Saale ein, in welchem tags zuvor gespeist worden war. Ich unterhielt mich dort mit mehreren der Ab- und Zugehenden, namentlich auch mit dem interimistischen Armeekorpskommandanten Grafen Monts aus Kassel. Ich ergriff die Gelegenheit, dem Kronprinzen eine in den Heidelberger Jahrbüchern abgedruckte Abhandlung des Professors Zöpfl über die Bildung eines deutschen Staatenhauses neben dem Reichstage zu behändigen, wofür er mir sehr dankte. Um 9½ Uhr wartete ich zusammen mit Trotha dem Großherzog in seinen Zimmern auf. Ich bat denselben, dem General Grafen Moltke das Militärverdienstkreuz zu verleihen, welches er bereits am Tage zuvor den preußischen Prinzen und dem Kaiser zugestellt hatte. Der Großherzog ging auf meinen Vorschlag ein, und Graf Moltke empfing den Orden auf dem Hanauer Bahnhof, wohin er bereits vorausgefahren war, durch den Großherzog, welcher den Kaiser bei dessen Abfahrt dahin begleitete, persönlich.

Die Abreise des Kaisers und der preußischen Prinzen erfolgte um 10 Uhr mit der Hanau—Vebraer Bahn. Der Kaiser und der Kronprinz reichten mir noch herzlich die Hand.

17. März.

Mein Schwager Paul Dunten erzählte mir, daß der König von Preußen in Versailles dem Könige von Württemberg die Versicherung gegeben habe, daß er in seinem eigenen Interesse alle partikularistischen Bestrebungen der deutschen Einzelstaaten begünstige und daß er nichts weniger als eine Ausdehnung seiner Präsidialrechte im Deutschen Bunde anstrebe.

18. März.

Um 11½ Uhr kam General v. Trotha im Auftrage des Großherzogs. Er teilte mir den Plan für die am 21. l. M. stattfindende Reise des Großherzogs nach Berlin mit und ersuchte mich, den Gesandten Hofmann danach zu instruieren.

19. März.

Mein Schwager Paul hatte um 9¼ Uhr Audienz bei dem Großherzog. Der Großherzog sagte ihm, er wisse gar nicht, weshalb eine gewisse Partei im Großherzogtum mich so leidenschaftlich verfolge.

20. März.

Um 12 Uhr besuchte mich Graf Lippe und erkundigte sich nach dem Eindruck, welchen die Ernennung des neuen österreichischen Ministeriums[1]) in Darmstadt gemacht habe. Ich antwortete ihm, daß die neuen Minister hier

[1]) Hohenwart-Schäffle.

Digitized by Google

gänzlich unbekannt seien, daß man also über ihre Befähigung hier nicht urteilen könne. Im allgemeinen seien öftere Ministerwechsel ein Zeichen von Unsicherheit und mangelnder Autorität einer Regierung. Graf Lippe meinte, die Minister müßten stets aus den Kammermajoritäten genommen werden. Das sei konstitutioneller Grundsatz. Ich bestritt die Richtigkeit dieser Unterstellung. Ich sagte, daß dies nur in England zulässig sei, solange sich dort zwei aristokratisch-monarchische Parteien abwechselnd die Herrschaft streitig machten, nicht aber in anderen monarchisch regierten Ländern, in welchen solche geschlossenen Parteien nicht existierten. In letzteren müsse der Monarch die Minister nach eigenem Gutfinden ernennen, sonst höre der Staat auf, eine Monarchie zu sein, er werde tatsächlich eine Republik, in welcher die Volksvertretung souveräne Gewalt ausübe. Wir sprachen auch noch über die reservierte Haltung Österreichs bei Ausbruch des letzten Krieges. Ich tadelte diese Reserve und bemerkte, Österreich hätte mit voller Kraft für die Erhaltung des Friedens eintreten müssen. Falls die Franzosen sich widerspenstig gezeigt, hätte Österreich Preußen seine Hilfe anbieten und gewähren sollen. Dann würde Österreich beim Friedensschluß ein gewichtiges Wort haben mitsprechen können. Hätte dagegen Preußen keinen Vernunftgründen Gehör geben wollen, so hätte Österreich 100000 Mann an der bayerischen Grenze aufstellen sollen. Freilich würde dazu genügende Schlagfertigkeit des österreichischen Heeres erforderlich gewesen sein und diese Schlagfertigkeit scheine seit dem Jahre 1866 noch vieles zu wünschen übrig lassen.

23. März.

Wernher erzählte mir, er habe dem Abgeordneten Vollhard Vorwürfe darüber gemacht, daß seine Partei die Wahl Gagerns zum Reichstagsabgeordneten vereitelt habe. Er, Wernher, habe dem p. Vollhard gesagt, es sei eine Schande, daß man auf solche Weise die alten Verdienste Gagerns verkannt und ihm einen unbekannten, unfähigen Menschen, wie den Geometer Martin, vorgezogen habe. Vollhard habe erwidert, seine Partei habe den p. Martin nur um deswillen vorgeschoben, um das Ministerium Dalwigk zu stürzen.

27. März.

Morgens $10^1/_4$ Uhr besuchte mich der Major v. Westerweller. Er sagte mir, das hessische Offizierkorps sei in hohem Grade verstimmt, weil es fürchte, daß die Selbständigkeit der hessischen Division aufhören werde. Die Verlegung eines Regimentes nach Mainz sei der Anfang dazu. Westerweller meinte, der Prinz Ludwig mache, wie alle Thronfolger, dermalen Opposition, später werde derselbe sein jetziges Benehmen bereuen.

Um $10^3/_4$ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzoge aus Anlaß seiner Rückkehr von Berlin. Derselbe sagte mir, er sei froh gewesen, Berlin wieder zu verlassen. Das Pflaster dieser Stadt sei ihm unbehaglich. Zu einer

Digitized by Google

politischen und geschäftlichen Konversation sei gar keine Gelegenheit gewesen. Der König, der Kronprinz, Bismarck und Moltke hätten nichts im Kopfe gehabt als die französischen Angelegenheiten, und sich beständig darüber unterhalten. Die Kaiserin sei, ebenso wie die übrigen Prinzessinnen, sehr liebenswürdig für ihn, den Großherzog, gewesen. Dieselben hätten ihn besucht und ihm Buketts gebracht.

Ich fragte den Großherzog, ob er nicht die Frage von der Erhaltung der vier hessischen Infanterieregimenter, mit welcher die Erhaltung der Selbständigkeit der Division wesentlich zusammenhänge, in Berlin zur Sprache gebracht habe. Der Großherzog verneinte dies.

29. März.

Den Morgen schrieb ich einen Artikel für die „Darmstädter Zeitung" gegen die Korrespondenz Stern, und die „Vossische Zeitung", welche behauptet hatte, ich hätte mich um die Teilnahme an den Versailler Friedensverhandlungen beworben.

1. April.

Morgens 10½ Uhr empfing ich den Prinzen Alexander. Derselbe teilte mir im Auftrage des Großherzogs mit, daß Fürst Bismarck während des letzten Aufenthaltes des Großherzogs in Berlin zu demselben gekommen und ihm im Namen des Kaisers Wilhelm bemerkt habe, daß meine Entlassung notwendig sei, wenn das gute Einvernehmen mit Hessen erhalten bleiben und üble Folgen von dem Großherzoge und seinem Lande abgewendet werden sollten. Ich erwiderte, daß ich, soweit mein persönliches Interesse in Frage komme, mit Vergnügen auf meine ministerielle Stellung verzichte. Schmerzlich sei es mir nur, daß der Großherzog auf solche Weise gezwungen werde, eine Person seines Vertrauens zu entlassen und Minister anzunehmen, die ihm vielleicht weniger zusagten. Prinz Alexander ersuchte mich, meine Entlassung in einer Eingabe nachzusuchen, welche demnächst veröffentlicht werden könne. Der Großherzog bedauere die ihm aufgezwungene Notwendigkeit auf das tiefste und wünsche, daß meine Entlassung in der ehrendsten Weise erfolge. Er wolle mir demnächst eine oberste Hofcharge übertragen, sobald eine solche vakant werde.

Nach dem Weggang des Prinzen schrieb ich dem Großherzoge und fügte mein Entlassungsgesuch bei.

Der Großherzog antwortete mir folgendes:

„Was ich fühle, indem ich diese Zeilen schreibe, kann ich nicht recht ausdrücken, ich soll mich von Ihnen, meinem langjährigen treu bewährten Ratgeber und würdigen teueren Freunde trennen, ich soll mich in eine neue Ära finden, die mir so entsetzlich zuwider ist, mich mit Dienern umgeben, die erst noch mein Vertrauen verdienen

Digitized by Google

müssen; nie während meiner 23jährigen Regierung war mir schlimmer zumute, wie heute.

Die Gründe, die Sie bewegen, zurückzutreten, sehe ich nur zu sehr ein und ich kann ihnen nichts entgegensetzen, und ich genehmige deshalb Ihr Gesuch.

Gottes reichster Segen begleite Sie auf Ihrer Lebensbahn, erhalten Sie mir Ihre so teure Freundschaft und versagen Sie mir nicht Ihren bewährten Rat, den ich mir wohl noch oft erbitten werde.

Kommen Sie übermorgen um 11 Uhr zu mir im Frack, bis dahin, bitte, alles geheimzuhalten."

Ich konnte diese Zeilen nicht ohne Tränen lesen. Ich teilte sie Dellchen mit, die ebenfalls tief gerührt war. Dellchen war sehr damit einverstanden, daß ich dem preußischen Andrängen, den ewigen Angriffen durch die Presse und der veränderten Situation gegenüber mit Rücksicht auf meine politische Ehre meine Entlassung nehmen solle. Sie hätte sogar gewünscht, daß dies schon früher geschehen sein möchte.

3. April.

Morgens 11 Uhr fuhr ich in das Schloß zur Audienz bei dem Großherzoge. Der Großherzog umarmte und küßte mich in großer Bewegung. Er erzählte mir, daß Graf Bismarck in einer Soiree bei der Königin von Preußen ihm in sanft einschmeichelnder Weise unter vier Augen, im Auftrage des Kaisers Wilhelm, anheimgegeben, mich zu entlassen. — Wir besprachen dann die neue Ministerkombination. Ich schlug vor, dem Herrn v. Lindelof das Ministerium des Äußern neben dem Justizministerium und dem Herrn v. Bechtold das Ministerium des Innern zu übertragen, womit der Großherzog einverstanden war. Er beauftragte mich aber, ihm ein Privatschreiben an den Kaiser Wilhelm zu entwerfen, worin er denselben frage, ob ihm die neue Ministerkombination genehm sei. Der Großherzog war fortwährend sehr bewegt. Er sagte mir, er könne nicht ausdrücken, was er empfinde. Es sei ihm zumute, als ob er sich in einem Waisenhause befinde. Er fragte mich, ob ich inskünftige mit meiner Pension auskommen könne. Ich antwortete, daß ich dies, unter großen Einschränkungen, möglich zu machen hoffe. Ich würde aber dankbar sein, wenn der Großherzog mir gestatten wolle, zuweilen eine Hofequipage in Anspruch zu nehmen. Der Großherzog erwiderte, das verstehe sich von selbst.

4. April.

Um $10^3/_4$ Uhr kam Prinz Alexander, um mir mitzuteilen, daß der Großherzog es auf seinen Rat bedenklich gefunden habe, nochmals an den König Wilhelm zu schreiben und daß der Großherzog mich sonach ersuchen lasse, das weitere wegen der verabredeten Ministerveränderung nunmehr fertig zu machen. Ich ließ den Prinzen die Entschließung des Großherzogs auf mein Ent-

Digitized by Google

lassungsgesuch lesen und sagte ihm, wie tief mich dieser Beweis von Huld gerührt habe.

Minister v. Schenk, nachdem ich ihm die Nachricht meiner Entlassung mitgeteilt hatte, erwiderte ziemlich heftig, daß er sofort auch um seine Pensionierung einkommen würde, zumal da er auf einem Auge blind und seine Gesundheit nicht die beste sei. Ich bat Schenk, den Großherzog in diesem kritischen Augenblicke nicht zu verlassen, der Großherzog zähle auf ihn und tröste sich damit, daß sein Freund Schenk ihm noch ferner zur Seite stehen werde. Minister v. Schenk blieb aber unerschütterlich und versprach mir schließlich, nur noch so lange zu bleiben, bis er mein Entlassungsdekret entworfen und kontrasigniert, auch die übrigen notwendig gewordenen damit zusammenhängenden Verfügungen gegengezeichnet habe.

Schenk erzählte mir, meine Pensionierung komme ihm nicht unerwartet, schon vor vier Wochen habe die Prinzessin Alice davon gesprochen.

5. April.

Um 11½ Uhr ging ich zum Minister v. Lindelof, um demselben meine Entlassung und seine bevorstehende Ernennung zum Minister des Großen Hauses und des Äußern mitzuteilen.

Er war über meine Pensionierung sehr betreten und machte Einwendungen gegen die Vermehrung seiner Arbeitslast, indem er 76 Jahre alt sei und seit dem Tode seiner Tochter eine Abnahme seiner Arbeitskraft fühle. Ich ging dann zum Geheimen Rat v. Bechtold, um demselben zu sagen, daß ich meine Entlassung erbeten hätte und daß der Großherzog ihn an die Spitze des Ministeriums des Innern stellen wolle. Herr v. Bechtold brach in Tränen aus, als er von meinem Rücktritt hörte. Er war außer sich über die preußischen Anmaßungen und fiel mir beim Weggehen um den Hals. Bei meiner Nachhausekunft berichtete ich dem Großherzoge, der einige Stunden später meine Anträge genehmigte und in specie Bechtold zum Präsidenten des Ministeriums des Innern ernannte.

6. April.

Schenk proponierte mir, die Stelle eines landesherrlichen Kommissars bei einer der hiesigen Banken, welche Herr v. Bechtold bisher versehen habe und infolge seiner Ernennung zum Präsidenten des Ministeriums des Innern nicht ferner behalten könne, gegen die damit verbundene Remuneration von 3000 Franken jährlich zu übernehmen und dafür auf 1000 Franken von meinem Ruhegehalt von 5000 Franken jährlich auf so lange zu verzichten, als ich dieses Kommissorium behalte. Dadurch werde meine künftige jährliche Einnahme auf 7000 Franken gesteigert. Ich nahm dieses Erbieten natürlich gern an.

9. April.

Ich sagte Herrn v. Wentzel, daß ich dem Grafen Bismarck für die Veranlassung zu meinem Rücktritt nur dankbar sein könne. Nur hätte ich ge-

Digitized by Google

wünscht, daß man denselben in Berlin einfach begehrt hätte, statt mich vorher in Artikeln der „Kölnischen“ und der „Posener Zeitung“ in einer Weise angreifen zu lassen, die man eher von der „Mainzeitung“ hätte erwarten sollen. Meine Gesinnung persönlicher Achtung vor dem Fürsten Bismarck würde sich deswegen nicht im mindesten ändern. Diese meine Gesinnungen persönlicher Achtung seien ganz dieselben als zu jener Zeit, in welcher Bismarck abends in Darmstadt in meine Theaterloge gekommen sei, um mir die Entlassung des Ministers v. Manteuffel und den Eintritt der neuen Ära in Preußen mit dem Bemerken anzukündigen, daß seine Abberufung nun auch nicht mehr lange auf sich werde warten lassen. Ich hätte damals dem Herrn v. Bismarck geantwortet, daß ich es tief beklagen würde, wenn ein Mann von seinem Werte den öffentlichen Dienst verlassen sollte. So dächte ich noch und vor allen Dingen sei ich nicht im mindesten empfindlich. Ich bat Herrn v. Wentzel, dies nach Berlin zu schreiben. Ich nannte ihm dann die neuernannten Minister v. Lindelof und v. Bechtold. Er meinte, Bechtold habe sich aber bei dem Verbot einer Volksversammlung im Jahre 1870 beteiligt. Ich stellte in Abrede, daß dieser Umstand gegen seine Ernennung spreche und versicherte, daß er, wie Herr v. Lindelof, Männer ohne bestimmte politische Richtung seien, daß dieselben sich lediglich zur Aufgabe machen würden, treu mit Preußen zu gehen. Ich gab dem Herrn v. Wentzel noch einige Erläuterungen über das Verhalten Hessens, in specie das meinige, bei den verschiedenen Erneuerungen der Zollvereinsverträge. Ich sagte ihm, daß im Jahre 1852 die Herren v. Beust und Pfordten mit den Ministern von Baden und Nassau ganz uneingeladen nach Darmstadt gekommen seien und Hessen gewissermaßen gedrängt hätten, sich ihren Schritten anzuschließen. Bei dem Abschlusse des Handelsvertrages mit Frankreich wären die diesseitigen Bedenken sogar einen Augenblick vom preußischen Finanzministerium geteilt worden. Aus diesen Tatsachen ließen sich also die Vorwürfe nicht rechtfertigen, die man in preußischen Journalen mir gemacht habe, um mich der Preußenfeindlichkeit zu beschuldigen. Ich fügte noch hinzu, daß ich stolz darauf sei, noch die Versailler Verträge unterzeichnet und den Beweis geliefert zu haben, daß ich mein deutsches Vaterland und seine Einheit warm liebte und nicht so partikularistisch dächte, wie man es von mir in gewissen Blättern behauptet habe.

11. April.

Um 11½ Uhr hatte ich Audienz bei dem Großherzog, dem ich für die ehrende Fassung meines Pensionsdekretes dankte. Ich blieb über eine halbe Stunde bei ihm. Er umarmte und küßte mich beim Kommen und Weggehen. Ich sagte, daß Versuche, nun auch den Großherzog zur Annahme des Prinzen Ludwig als Mitregenten zu bewegen, nicht ausbleiben würden und wohl auch schon vorbereitet seien. Der Großherzog versicherte, daß jeder solche Versuch an seiner bekannten Energie scheitern würde. Niemand solle es nur

Digitized by Google

wagen, ihm einen solchen Vorschlag zu machen Ich bat, wenn ein derartiger Vorschlag dennoch gemacht werden sollte, mich mit der Antwort zu beauftragen. Dann fuhr ich zum Prinzen Karl. Ich erzählte dem Prinzen die Veranlassung zu meinem Entlassungsgesuch und rühmte die überaus gnädige Weise, in welcher der Großherzog dasselbe bewilligt habe. Ich bemerkte, daß dies preußische Verlangen hauptsächlich für den Großherzog schmerzlich und verletzend gewesen sei und weniger für mich, der ich darin eine Anerkennung meiner treuen Pflichterfüllung gefunden hätte. Widerwärtig sei es noch, daß Fürst Bismarck gerade den Besuch des Großherzogs in Berlin, der aus Artigkeit für den Kaiser Wilhelm am Geburtsfeste des letzteren stattgefunden, benutzt habe, um dem Großherzog ein für denselben so sehr unangenehmes und schmerzliches Ansinnen zu stellen. Prinz Karl weinte beständig, während ich mit ihm sprach. Ich sagte ihm noch, daß man mir in Berlin Preußenfeindlichkeit vorwerfe. Verkehrte Maßregeln und Ungerechtigkeiten der preußischen Regierung hätte ich stets bekämpft. Aber daraus einen Haß gegen Preußen selbst und sein Volk ableiten zu wollen, sei absurd. Der Prinz antwortete, daß das vollkommen auch sein Fall sei. Er hielt mir unter Tränen lange die Hand fest und umarmte mich beim Weggehen.

In Traisa erzählte mir Thüngen, er habe meinen Rücktritt sofort dem Grafen Bray mitgeteilt und habe dabei sein tadelndes Urteil über den preußischen Gewaltschritt, der meine Entlassung veranlaßt habe, nicht zurückgehalten. Er habe eine Warnung vor dem, was Preußen sich später auch in Bayern erlauben könne, hinzugefügt.

13. April.

Graf Osten-Sacken brachte mir ein eigenhändiges Billet des Fürsten Gortschakoff, worin mir derselbe für mein Gratulationsschreiben aus Anlaß des ihm verliehenen Titels „Durchlaucht" dankt. Osten-Sacken, der eben von Stuttgart zurückgekommen ist, erzählte mir, der König von Württemberg habe ihm gegenüber sein Erstaunen und sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Großherzog mich entlassen habe. Ich erzählte Osten-Sacken die Veranlassung mit dem Zusatze, daß dies der erste Schritt zur Mediatisierung der kleineren deutschen Fürsten gewesen sei.

14. April.

Um 3 Uhr hatte ich den Besuch des Baron Capellen, welcher mir erzählte, daß die Kronprinzessin von Preußen ihn bei der letzten Anwesenheit des Großherzogs in Berlin auf das liebenswürdigste empfangen, ihm ihr Palais gezeigt, schließlich aber ihn ersucht habe, dem Großherzog, der ja alt und schwach geworden sei, zu raten, er möge zur Erleichterung seiner Arbeitslast den Prinzen Ludwig als Mitregenten annehmen. Er habe dies dem Großherzog erzählt.

Digitized by Google

19. April.

Graf Enzenberg rühmte das Ansehen, dessen der Gesandte Hofmann in Berlin genieße, und lobte dessen Gefälligkeit für ihn, Enzenberg, was meiner Empfehlung zu verdanken sei. Er erzählte mir weiter, Minister Delbrück habe ihm die Nachricht von meiner Versetzung in den Ruhestand als neueste Neuigkeit mitgeteilt, mit dem Zusatze, es sei zu bedauern, daß es Preußen nicht früher gelungen sei, mich zu gewinnen, man würde dann das Deutsche Reich schon vier Jahre früher habe gründen können. Jetzt sei ich unschädlich gemacht.

6. Mai.

Ich empfing um 11½ Uhr den Advokaten Emmerling II und besprach mit demselben die Haltung der Volksblätter und die für letztere von Österreich gestellte Kaution. Emmerling erzählte mir, der österreichische Minister Giskra habe ihm versichert, daß im Jahre 1866 Fürst Bismarck ihm (damals Bürgermeister in Brünn) angeboten habe, Österreich möge Süddeutschland nehmen und dafür Preußen Norddeutschland überlassen. Auf diesen Vorschlag sei man aber in Wien nicht eingegangen.

8. November.

Ich hatte morgens 11 Uhr den Besuch des sächsischen Generalkonsuls Gerson von Frankfurt. Derselbe bedankte sich für den ihm unter meiner Mitwirkung verliehenen Philippsorden. Er teilte mir zugleich die Nachricht mit, daß Graf Beust seine Entlassung von der Stelle als österreichischer Reichskanzler erbeten und erhalten habe. Welches Schwanken in den Entschlüssen des Kaisers Franz Joseph. Derselbe führt Österreich seiner Auflösung entgegen.

12. November.

Über die Ursachen der Entlassung Beusts versicherte der junge Gagern nichts zu wissen. Er glaubt aber, daß der Kaiser Franz Joseph, dem die deutsche Opposition gegen den tschechischen Ausgleich um so widerwärtiger gewesen sei, als er derselben schließlich habe nachgeben müssen, den Grafen Beust im Verdachte der Begünstigung dieser Opposition gehabt und deshalb denselben seine Ungnade habe fühlen lassen.

Max Gagern versicherte, daß nach den von ihm kürzlich in Wien gemachten Wahrnehmungen, die Stimmung der Deutsch-Österreicher für ihren Kaiser eine sehr schlechte sei, und daß viele derselben im innersten Herzen Lostrennung der deutsch-österreichischen Provinzen vom Kaiserstaate und Vereinigung derselben mit dem Deutschen Reiche wünschten.

27. November.

Ich erhielt ein Telegramm des Grafen Beust aus Stuttgart, worin derselbe seine Ankunft mit dem morgigen Schnellzuge der Main—Neckarbahn ankündigte.

Digitized by Google

28. November.

Beust erzählte uns eine Menge von Dingen, von welchen ich hier einiges wiedergebe: Er habe im Jahre 1870 dem Duc de Gramont proponiert, die spanischen Schiffe, welche den Prinzen Leopold von Hohenzollern nach Spanien bringen sollten, mit ihrem königlichen Reisenden durch zwei französische Eskadren abfangen zu lassen. Gramont habe aber erwidert: „On veut nous faire jouer une scène de comédie." Beust sagte weiter, daß wenn die Franzosen sofort nach ihrer Kriegserklärung im Jahre 1870 an den Main marschiert und in Baden eingerückt wären, Österreich nicht anders gekonnt hätte, als eine Armee an der bayerischen Grenze aufzustellen. Dann wäre Süddeutschland gezwungen gewesen, neutral zu bleiben. Statt dessen habe Frankreich drei Wochen lang gewartet, um endlich bei Saarbrücken anzugreifen. Übrigens habe Fürst Metternich durch unvorsichtige Äußerungen sich manches zuschulden kommen lassen. Über die Gründe seiner Entlassung als Reichskanzler versicherte Beust, nichts Positives angeben zu können. Eine üble Laune des Kaisers, auf welche ich die Sache zurückführte, stellte er nicht gerade in Abrede. Von dem entlassenen Minister Schäffle[1]) erzählte Beust, daß derselbe seinerzeit auf den Barrikaden gekämpft und später in Böhmen eine förmliche Verschwörung angezettelt habe. Von Bismarck erzählte Beust, derselbe habe Herrn Thiers auf dessen lange französische Reden in Versailles erklärt, er werde ihm von nun an nur deutsch antworten, weil es ihm unmöglich sei, durch das Anhören solcher stundenlanger Reden die Verhandlungen ins Unendliche fortzusetzen. Bismarck habe zu Thiers Verzweiflung, der kein Wort Deutsch verstehe, auch Wort gehalten. Bei dem Einmarsch der Preußen in Paris sei ein langer Blusenmann neben Bismarcks Pferd hergegangen und habe Bismarck zugerufen: „Tu es une fameuse canaille, toi Bismarck". Das alles hatte Bismarck dem Grafen Beust in Gastein erzählt, die letzte Anekdote mit dem Zusatz, er hätte den Blusenmann vernichten können, aber das Propos desselben habe ihn so gelächert, daß er es habe hingehen lassen. Bismarck trägt jetzt beständig Uniform. Er rechtfertige dies damit, daß er dann beim Grüßen keinen Hut abzunehmen brauche. Früher, wo jedermann vor ihm ausgespuckt, wäre er nie in die Verlegenheit des Grüßens gekommen.

Beust sagte ferner, die ihm vorhergegangenen Minister des Äußern in Österreich hätten niemals die Konzepte der Referenten im Ministerium durchgesehen, sondern hätten sich sofort die Reinschriften zum Unterzeichnen vorlegen lassen. Man habe sich im Ministerium sehr gewundert, als er diesen Gebrauch abgeschafft und vorerstige Prüfung der Konzepte verlangt habe. Graf Buol habe eines Tages eine ihm unterbreitete Reinschrift durchgelesen und ausgerufen „Dummes Zeug", dann aber ohne weiteres unterzeichnet.

[1]) Albert Eberhard Friedrich, 1831—1903, war 1860 Professor der Volkswirtschaft an der Universität Tübingen, 1862—1865 im württembergischen Landtag, 1868 im Zollparlament; 1868 wurde er Professor in Wien, 1871 österreichischer Handelsminister, und war die Seele des föderalistischen Kabinetts Hohenwart.

Digitized by Google

Geheimerat v. Biegeleben habe es nicht unterlassen können, in Depeschen, die nach Berlin gerichtet gewesen seien und den Zweck einer Aussöhnung gehabt hätten, also im versöhnlichsten Tone hätten geschrieben sein müssen, Nadelstiche anzubringen. Biegeleben habe dazu wesentlich zum Kriege von 1866 beigetragen.

Beust erzählte, daß er zu Anfang seines Eintrittes in den österreichischen Dienst einen Brief des Königs Johann von Sachsen erhalten habe. Darin habe ihm der König eine Verbesserung seiner Handschrift empfohlen und ihm weiter die Lehre gegeben, daß Nadelstiche oft schmerzhafter seien als Keulenschläge. Außerdem habe ihm der König, ohne daß von seiner Seite eine andere Veranlassung als die Erwähnung des Namens Senft-Pilsach in einem Briefe gegeben worden war, geschrieben, daß von einer sächsischen Pension jetzt, nachdem Beust österreichischer Staatsdiener geworden, keine Rede sein könne. Baron Senft-Pilsach hatte nämlich, nachdem er 1814 aus sächsischem in den österreichischen diplomatischen Dienst übergetreten war, eine sächsische Pension von jährlich 3000 Reichstaler fortbezogen.

Beust bemerkte auch, wie undankbar die Bevölkerungen zu sein pflegten. Die Ungarn hätten ihn seinerzeit, als er den Ausgleich zustande gebracht, in den Himmel erhoben. In Pest hatten ihn bei seinem Betreten der Treppe zum Ballsaal, in welchem dem Kaiser Franz Joseph aus Anlaß der Krönung ein Fest gegeben worden sei, zwei Reihen der elegantesten Damen empfangen und ein alter Mann mit schneeweißem Barte sei vor ihm mit aufgehobenen Händen niedergekniet und hätte ihn „Unser Vater" angeredet. Jetzt, bei seinem Rücktritte, hätte kein ungarisches Journal ein Wort des Bedauerns gehabt. — In Reichenbach, dessen Vertreter im österreichischen Abgeordnetenhause er früher gewesen sei, habe man ihn nicht wiedergewählt, obgleich er zugunsten der Reichenbacher Fabrikanten einem mit England abgeschlossenen und von ihm und Herrn Morier bereits unterzeichneten Vertrag nachträglich die Genehmigung versagt habe. Seinen dermaligen Sitz im österreichischen Abgeordnetenhause verdanke er polnischen Wählern oder eigentlich den polnischen Juden in Brody.

25. Dezember.

Mich erwartete der französische Generalkonsul de Hell aus Frankfurt. Ich hatte denselben früher gebeten, beim Grafen Astorg anzufragen, ob er noch das Konzept eines Berichtes besitze, welches die Preußen im Schlosse des Ministers Rouher gefunden haben wollten, und das mich angeblich kompromittiere. Es ist dies der Bericht, von welchem Herr v. Thile und Herr v. Savigny dem Gesandten Hofmann in Berlin zu Ende des verflossenen Jahres gesprochen hatten, welchen sie unter den Rouherschen Papieren gefunden und damals an den Grafen Bismarck nach Versailles geschickt haben wollten. Herr de Hell las mir nun die Antwort des Grafen Astorg vor. Derselbe erklärte, daß er vor seiner Abreise von Darmstadt alle Konzepte

Digitized by Google

seiner Berichte verbrannt habe. Er versichert übrigens zugleich, daß er seine vertraulichen Berichte stets mit so viel Mäßigung und Vorsicht verfaßt habe, daß in denselben unmöglich etwas mich Kompromittierendes enthalten sein könne. Er habe deshalb die Überzeugung, daß der fragliche Bericht ebensowenig existiere als mein Schreiben an den Minister Rouher, dessen Existenz seinerzeit die preußischen Blätter behauptet hätten.

Zur Psychologie der Lichtspielvorführungen

Von

Amtsrichter Dr. Albert Hellwig (Frankfurt a. Oder)

Die psychologische Betrachtung des Lichtspiels vermag Ergebnisse zu erzielen, die auch für die Ausgestaltung des öffentlichen Lichtspielrechts sowie für die Nutzbarmachung des Lichtspiels für Kulturzwecke von Bedeutung sind.

Das Eigenartige der Lichtspielvorführung besteht ja bekanntlich darin, daß uns hier Bilder tatsächlicher Vorgänge derart vorgeführt werden, daß wir den Eindruck haben, nicht Zustandsbilder zu sehen, nicht die bildliche Wiedergabe einer einzigen Entwicklungsphase in einem gegebenen Augenblick zu erblicken, sondern daß wir vielmehr eine sich entwickelnde Handlung vor uns bildlich wiedergegeben glauben. Im Gegensatz zur theatralischen Vorführung handelt es sich bei Lichtspielvorführungen immer nur um bildliche Wiedergabe, nicht um die tatsächliche Wiedergabe von Handlungen durch lebende Personen; andererseits unterscheiden sich die Bilderreihen der Lichtspiele von den uns früher allein bekannten Abbildungen dadurch, daß sie eben nicht lediglich Zustände wiedergeben, sondern imstande sind, uns die bildliche Wiedergabe von Handlungen vorzutäuschen.

Diese Zwitterstellung zwischen bildlicher Wiedergabe von Zuständen und der Wiedergabe von Handlungen ist das erste Moment, welches auch vom psychologischen Standpunkt aus beachtlich erscheint.

Früher freilich hat man gemeint, es handle sich hierbei nicht um ein eigentlich psychologisches Problem, sondern nur um eine von der Physiologie zu beantwortende Frage. Man ging dabei von folgenden Erwägungen aus:

Jeder Reiz wirkt erst von einer gewissen Stärke an, die man als Reizschwelle bezeichnet. Infolge des Trägheitsgesetzes wird nun jeder Sinneseindruck von uns noch empfunden, auch nachdem der Reiz schon verschwunden ist; dieses Nachklingen des Reizes dauert so lange, bis die Reizung der Nerven durch den inneren Widerstand der Leitungsbahnen aufgebraucht ist. So täuscht beispielsweise ein Lichtreiz das Bestehen einer Lichtempfindung noch einige Zeit vor, nachdem er bereits aufgehört hat. Wir sehen ein Bild,

Digitized by Google

obwohl es nicht mehr vor unseren Augen ist: das sogenannte Nachbild. Wie nun aber, wenn in dieser Zeit, wo der Reiz des ersten Bildes nicht mehr wirkt, seine Nachwirkung aber noch vorhanden ist, ein neuer Reiz die Nerven trifft? Dann verschmelzen die Empfindung, welche nach dem Entschwinden des ersten Reizes nachklingt, und die Empfindung, welche der neue Reiz auslöst. Wir können dann beide Empfindungen nicht mehr unterscheiden.

Neuerdings aber ist man sich darüber klar geworden, daß es sich hier doch um ein psychologisches Problem handelt. Dr. Linke, ein Schüler des Altmeisters Wilhelm Wundt, hat nämlich durch Versuche nachgewiesen, daß die Verschmelzung des Nachbildes mit dem neuen Bild als Ursache der sogenannten stroboskopischen Täuschung nicht bezeichnet werden kann, da solche Täuschungen ja sogar ohne jede Verschmelzung möglich sind. Selbst dann kann nämlich der Eindruck eines einzigen, sogar bewegten Gegenstandes noch entstehen, wenn die Pausen zwischen dem Sichtbarmachen der einzelnen Bilder deutlich bemerkt werden. Man hat zur Erklärung mit Recht auf das allgemeine Problem des Sehens von Bewegungen hingewiesen und folgendes ausgeführt: Damit eine Bewegung gesehen werden könne, sei zunächst nötig, daß mindestens zwei Gesichtswahrnehmungen nacheinander bestünden, die in ihren räumlichen Bestimmungen wenig genug voneinander abwichen, um auf einen einzigen Gegenstand bezogen werden zu können; daß zweitens aber diese Identität unmittelbar erlebt werden müsse und es deshalb erforderlich sei, daß diese beiden fraglichen Wahrnehmungen rasch genug aufeinander folgen, um als ein einziges einheitliches Ganzes im Bewußtsein zu wirken. Es handelt sich also bei den stroboskopischen Bewegungen um Identifikationstäuschungen, die auf psychologischen Ursachen beruhen.

Wie wir schon erwähnten, besteht die Eigenart des Lichtspiels darin, daß in dem Zuschauer die Illusion erweckt wird, als sähe er die Abbildung eines bewegten Vorgangs, während er in Wirklichkeit ja nur eine große Anzahl nacheinander aufgenommener und in dieser Reihenfolge mit großer Geschwindigkeit vorgeführter Zustandsbilder erblickt.

Von wie hoher Suggestivkraft diese durch das Lichtspiel bewirkte Sinnestäuschung ist, kann man am besten daraus ersehen, daß die Lichtspielvorführungen nicht selten zu Illusionen und Halluzinationen anderer Sinnesorgane Anlaß geben. Ein italienischer Gelehrter, Dr. Mario Ponzo, hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt.

Er fand, daß Sinneseindrücke infolge der gleichzeitigen Einwirkung der Lichtspielvorführungen derart umgedeutet wurden, daß sie sich den Vorgängen in dem bewegten Bilde anschlossen, ja, er konnte sogar feststellen, daß vielfach, auch ohne daß ein anderer Sinneseindruck stattfand, in dem Zuschauer Empfindungen wachgerufen wurden, welche die Vorgänge ergänzen, die durch das Lichtspiel vorgeführt werden.

Was zunächst die Halluzinationen anbetrifft, welche ohne äußere Anreize entstehen, so ist es beispielsweise nicht ungewöhnlich, daß man beim Erblicken

Digitized by Google

eines Wasserfalls, von sich bewegenden Maschinen, beim Fahren eines Wagens usw. gleichzeitig auch die entsprechenden Geräusche zu hören glaubt.

Weit lebhafter wirken natürlich noch die Illusionen, welche in der Umbildung und Umdeutung anderer äußerer Vorgänge bestehen. Sehr häufig handelt es sich dabei um Gehörillusionen. So glaubte Dr. Ponzo bei der Vorführung eines Bildes aus Birma, welches schilderte, wie zwei Burschen mit Stöcken auf die Glocken einer Pagode schlugen, zu seiner Überraschung bei jedem Schlag zwar nicht den Glockenton, wohl aber das eigenartige Geräusch zu hören, welches einem Stockhiebe gewöhnlich nachfolgt; als er versuchte, diese Illusion aufzuklären, fand er, daß sie durch eine Assoziation des Gesichtseindrucks mit einigen tiefen Noten der Streichinstrumente des Orchesters bewirkt worden war. Ein anderes Mal hielt er, als ein Automobilkorso vorgeführt wurde, das Geräusch des im Saale befindlichen elektrischen Ventilators für das Rattern des Motors.

Seltener als Gehörillusionen treten Illusionen anderer Organe auf, doch bringt Dr. Ponzo auch für sie einige Beispiele bei. So erwähnt er unter anderem folgenden Fall einer Geruchillusion: Ein Film stellte einen Pferdestall dar, in dessen Krippen viel Heu hineingebracht wurde. In dem gleichen Augenblick, wo dieses Heu sichtbar wurde, bemerkte ein Freund Ponzos fast gleichzeitig mit ihm, er glaube den Duft des Heues zu spüren. Wie sie dann gewahr wurden, kam der von ihnen momentan als heuartig empfundene Duft von einer Dame, die kurz vorher eingetreten war und mit einem Parfüm parfümiert war, dessen Art zwar nicht genau festgestellt werden konnte, dessen Duft aber jedenfalls nicht im geringsten an Heuduft erinnerte.

Wenn wir aus diesen Beobachtungen entnehmen können, daß schon auf geistig normal und sogar kritisch veranlagte Personen die Lichtspielvorführungen außerordentlich stark einwirken können, so liegt die Annahme nahe, daß ihr Einfluß auf nervöse und auf psychopathische Personen noch weit größer sein muß. Durch wertvolle Mitteilungen des Psychiaters Professor d'Abundo wird diese Annahme in vollem Umfange bestätigt. Er fand, daß bei Personen, die in nervöser Beziehung erblich belastet waren, Lichtspielvorführungen, die auf normale Besucher keinerlei ungünstigen Einfluß hatten, Beschwerden verursachen und schließlich sogar zu ausgeprägten geistigen Störungen Anlaß geben können. Aus dem reichen Material, das uns d'Abundo beibringt, mag ein einziges Beispiel angeführt werden. Es handelte sich um eine Dame, die seit ihrem zwölften Lebensjahre an zeitweise auftretenden hysterischen Anfällen litt. Eines Abends wohnte sie einer Lichtspielvorführung bei, in welcher der Traum eines Postbeamten von einem Überfall durch Räuber geschildert wurde. Es erschienen eine Reihe drohender Gesichter und gespensterhafter Hände, die sich nach dem Schlafenden ausstreckten. Dieser Film machte auf die betreffende Dame einen solchen Eindruck, daß sie in der Nacht darauf im Schlafe den Traum des Postbeamten wiedererlebte; bald hatte sie die Halluzinationen auch am Abend, später sogar auch am Tage. Die ziemlich intelligente Dame

Digitized by Google

war sich im Anfang vollkommen klar darüber, daß es sich um eine lediglich in ihrer Einbildung bestehende Erscheinung handle. Einmal aber waren die Erscheinungen so außerordentlich stark, daß sie das Bewußtsein ihres halluzinatorischen Charakters verlor und die Gebilde ihrer Phantasie für Gebilde der Wirklichkeit hielt. Die Halluzinationen waren von Schlaflosigkeit, Kopfschmerz und starker Abmagerung begleitet. Erst nach drei Monaten begannen sie allmählich zu verschwinden.

In diesem und verschiedenen anderen Fällen bestand unbestreitbar ein Zusammenhang zwischen den Lichtspielvorführungen und den nervösen Erkrankungen insofern, als die Lichtspielvorführung die Gelegenheitsursache für den Ausbruch der Erkrankung bildete.

Kurz mag noch darauf hingewiesen werden, daß d'Abundo auch eine Reihe höchst lehrreicher Beispiele dafür beibringt, daß Lichtspielvorführungen auch auf die besonders leicht empfängliche Jugend einen besonders starken Eindruck machen und daß diese Beobachtungen durch die Mitteilungen des Basler Dozenten der Nervenheilkunde Dr. Villinger, des Tübinger Psychiaters Professor Gaupp sowie der schwedischen Ärzte Dr. Billström und Professor Gadelius bestätigt werden.

Auch wenn man von dem eben geschilderten Einfluß absieht, den stark erregende Lichtspielvorführungen auf Jugendliche haben, die nachhaltigen Eindrücken am leichtesten unterliegen, und den sie ferner auf nervöse und psychopathische Personen haben, muß man zu der Überzeugung gelangen, daß der Eindruck von Lichtspielvorführungen auf die Vorstellungswelt, das Gefühlsleben und die Willensanregungen der Zuschauer ganz außerordentlich stark ist.

Was zunächst den durch die üblichen Lichtspielvorführungen übermittelten Vorstellungskreis anbetrifft, so wird man ihn vielfach keineswegs als einen vom sozialen Standpunkt aus erwünschten bezeichnen können. Das galt auch vor dem Kriege und während des Krieges, als es mit Hilfe der Filmzensur noch gelang, wenigstens die schlimmsten Schundfilme fernzuhalten, trifft aber ganz besonders jetzt zu, wo wenigstens in Preußen und anderen Bundesstaaten — Bayern und Württemberg machen eine rühmliche Ausnahme — als eine der „Errungenschaften" der neuen „Freiheit" auch die Filmzensur beseitigt ist.

Es liegt auf der Hand, daß der häufige Anblick gemütloser und direkt roher Szenen allmählich die Gefühle abstumpfen muß, dem Jugendlichen den richtigen Maßstab nehmen muß, mit dem er vordem zwischen Rohem und Nichtrohem zu scheiden wußte. Wer täglich ausgesuchte Roheiten im lebenden Bilde sieht, der wird schließlich an den „kleinen Roheiten des täglichen Lebens" nichts Besonderes mehr finden. Wie uns Götze beschreibt, wirft das bunte, auf die niederen Instinkte der Masse zugeschnittene Programm den Zuschauer aus einer Gemütsstimmung in die andere: dem tieftraurigen ergreifenden Drama folgt die zwerchfellerschütternde hochkomische Posse, dem durch die Farbenpracht ausgelösten Staunen ein durch eine blutige Tat erregtes Stocken

Digitized by Google

des Atems. Das Kind folgt mit seinen Stimmungen dem bunten Wechsel der Bilder und so entsteht ein nervöses, aufregendes Schwanken der Gefühle und Stimmungen. In einer zweistündigen Vorstellung wird die ganze Gefühlsskala durchlebt, Gefühlsabstumpfung tritt ein. Im normalen Gefühlsleben abscheuliche Begebenheiten, die an die Grenze der moralischen Niedrigkeit reichen, werden nicht selten von Kindern im Kino belacht und beklatscht. Das Kind muß durch solche Gefühlsverirrung jedes Mitfühlen und Verabscheuen verlernen.

Seit Jahren wird insbesondere darüber geklagt, daß die Lichtspielvorführungen sogenannter krimineller Schundfilme in hohem Grade einen Verbrechensanreiz gäben, und wenn man diesen Einfluß mitunter auch stark übertrieben hat, so kann man aus allgemeinen Erwägungen heraus doch nicht im geringsten bezweifeln, daß ein derartiger Zusammenhang allerdings besteht. Wenn man bedenkt, daß auch sonst Verbrecher, namentlich soweit es sich um jugendliche oder um psychopathische Persönlichkeiten handelt, durch allerlei äußere Anreize zur Begehung von Verbrechen veranlaßt werden, durch das Beispiel ihrer Genossen, durch die Lektüre von Schundliteratur, durch Zeitungsberichte über begangene Verbrechen usw., wenn man ferner in Rücksicht zieht, daß die Suggestivkraft gerade der Lichtspielvorführungen eine außerordentlich große ist, so kann man füglich nicht bezweifeln, daß auf geeignete Individuen in der Tat auch Lichtspielvorführungen in hohem Grade mittelbaren oder unmittelbaren Anlaß zur Begehung von Straftaten mannigfacher Art geben können.

Es wird sich in solchen Fällen allerdings fast immer um Persönlichkeiten handeln, welche auch durch andere ungünstige Umstände auf die Bahn des Verbrechens gekommen wären, bei denen die betreffende Lichtspielvorführung also nur die auslösende Hilfsursache ihrer verbrecherischen Betätigung gewesen ist. Ganz besonders gefährlich ist die Suggestivkraft krimineller Schundfilme, soweit es sich um jugendliche oder psychopathische Zuschauer handelt.

Ich denke also nicht im geringsten daran, den verderblichen Einfluß der kriminellen Schundfilme in Abrede zu stellen, muß allerdings andererseits auf Grund der von mir bei der aktenmäßigen Nachprüfung der mir bekannt gewordenen Fälle gemachten Erfahrungen bemerken, daß es außerordentlich schwer ist, einen überzeugenden Nachweis dafür zu erbringen, daß ein Verbrecher in einem konkreten Fall durch einen bestimmten Film zur Begehung seiner Tat veranlaßt worden ist. Bisher scheint mir der sogenannte Vorbecker Knabenmord noch am ehesten ein überzeugendes Beispiel zu sein. Ich habe die umfangreichen Akten durchgearbeitet und habe dadurch die Überzeugung erlangt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein sogenannter Wild-West-Film sowie ein sonst ganz harmloser Märchenfilm den Täter in verhängnisvoller Weise beeinflußt haben.

Nur selten aber gelingt es, wenigstens mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den Nachweis zu führen, daß in einem bestimmten Falle kriminelle

Digitized by Google

Schundfilme den unmittelbaren Anlaß zu Verbrechen gegeben haben. Das haben mir auch zahlreiche Jugendrichter Deutschlands und Österreichs bestätigt. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein derartiger Einfluß namentlich der kriminellen Schundfilme tatsächlich besteht. So bemerkt beispielsweise Götze mit Recht, daß aus der Einwirkung der kinematographischen Vorführungen auf Vorstellungskreis und Gefühlsleben ohne weiteres auch folge, daß durch sie auch der Wille eines Kindes beeinflußt werde. Es dürfte feststehen, daß das gute Beispiel ein wertvoller Faktor in der Willensbildung sei, aber ebenso sei unzweifelhaft, daß schlechte Ideen und schlechte Handlungen auch im Bilde suggestiv wirken und das Schlechte anregen. Der verderbliche Einfluß der kriminellen Schundfilme werde auch nicht etwa dadurch wettgemacht, daß meistens am Schluß der Darstellung der Bösewicht seine Tat sühnen müsse. Es sei doch so, daß für den Zuschauer alles, was er an Rohheit und Unsittlichkeit innerlich mitdurchlebe, ein seelisches Erlebnis bedeute, das im gegebenen Moment ähnliche Handlungen auslöse.

Durch einen Vergleich der Wirkungen krimineller Schundfilme mit den Wirkungen, welche die Schilderung von Verbrechen in der Literatur, ihre Darstellung in Bildern und ihre Wiedergabe in Theateraufführungen auslöst, wollen wir nunmehr den besonderen Einfluß gerade der Lichtspielvorführungen noch mehr herausarbeiten.

Wenn wir uns daran erinnern, daß in dem Vorbecker Knabenmord aller Wahrscheinlichkeit nach gerade auch ein an und für sich zweifellos harmloser Märchenfilm eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, so wird es verständlich erscheinen, wenn wir uns zunächst kurz mit den durch Märchen möglicherweise gegebenen Verbrechensanreizen beschäftigen. Landgerichtsdirektor Dr. Wulffen hat vor einigen Jahren in einem interessanten Aufsatz den Versuch gemacht, das kriminelle Moment im deutschen Volksmärchen darzulegen und vom Standpunkt der modernen Kriminalpsychologie aus zu bewerten. Mit Recht weist er darauf hin, daß die kriminellen Momente infolge der ganzen Art der Darstellungsweise sowie infolge ihrer Verknüpfung mit anderen Gedankenkreisen vollkommen zurücktreten und daß auch das Kind wohl fast immer zwischen Märchen und Wirklichkeit unterscheiden könne. Noch niemals habe er gehört, daß ein Kind durch eine Märchenerzählung zur Nachahmung einer Handlung, insbesondere eines Verbrechens, bestimmt worden sei.

Wirksamer schon ist die Schilderung von Verbrechen in der schönen Literatur, insbesondere in Romanen. Die dort mitunter vorkommende eingehende Schilderung von Verbrechertricks vermag dem einen oder anderen Verbrecher die Anregung zu geben, diesen Trick erfolgreich nachzuahmen, und kann unter Umständen auch erblich belastete Persönlichkeiten zur bewußten oder unbewußten Nachahmung veranlassen. So hat auch in der Tat der italienische Kriminalpsychologe Scipio Sighele in einer fesselnden Studie über Literatur und Kriminalität eine Reihe derartiger Fälle angeführt. Immerhin handelt es sich hier nur um Ausnahmefälle.

Digitized by Google

Unendlich gefährlicher ist schon die Schilderung von Verbrechen in den Tageszeitungen sowie in den Nick-Carter-Heften und der übrigen kriminellen Schundliteratur. Durch die gedrängte Art der Darstellung, welche die ganze Aufmerksamkeit des Lesers einzig und allein durch die Schilderung des Verbrechens selbst fesselt, wird die Suggestivkraft der meist noch phantastisch herausgeputzten und mit möglichst vielen grausigen und aufregenden Einzelheiten ausgeschmückten Darstellungen der kriminellen Schundliteratur in außerordentlicher Weise erhöht. Wenn man auch den verderblichen Einfluß der Schundliteratur zweifellos vielfach übertrieben hat, so ist doch aus allgemeinen Erwägungen heraus kein Zweifel darüber möglich, daß allerdings in nicht seltenen Fällen auf die den kriminellen Suggestionen besonders leicht zugänglichen Personen derartige Zeitungsberichte und Schilderungen der Schundliteratur in höherem Maße zur Nachahmung anreizen. Es besteht für mich aber auch kein Zweifel darüber, daß noch weit stärker die Darstellung der Verbrechen in den kriminellen Schundfilmen wirkt.

Die Lichtspielvorführung läßt das Leben sich vor unseren Augen abspielen, ohne daß wir genötigt wären, durch Anstrengung unserer Phantasie den Inhalt aktiv zu erfassen und zu ihm Stellung zu nehmen. Das Fehlen der Worte bewirkt es, daß eine allmähliche tiefere psychologische Motivierung jedenfalls verwickelterer Seelenvorgänge nicht möglich ist, daß Handlung sich an Handlung reiht und dadurch der suggestive Einfluß des Gesehenen in hohem Grade verstärkt wird.

Nimmt man noch hinzu, daß gerade die ein getreues Abbild der Wirklichkeit vorspiegelnde photographische Wiedergabe der Handlungen dazu führen muß, bei Lichtspielvorführungen das Bewußtsein hervorzurufen, es mit wirklichen und nicht lediglich dichterischer Phantasie entsprungenen Handlungen zu tun zu haben und eine tiefere nachhaltigere Einwirkung auf die Zuschauer zu begünstigen; rufen wir uns ferner in das Gedächtnis, was uns Ponzo über die durch die Suggestivkraft der Lichtspielvorführungen hervorgerufenen Halluzinationen und Illusionen berichtet hat, so dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorführung krimineller Schundfilme in unendlich höherem Maße verderblich auf die Phantasie der Zuschauer zu wirken geeignet ist als das Anschauen stehender Lichtbilder oder gewöhnlicher Bilder, die ein Verbrechen zum Gegenstand haben, oder als das Lesen krimineller Schundliteratur, von der Lektüre der Darstellungen krimineller Handlungen in Romanen oder Märchen ganz abgesehen.

Die Darstellung von Verbrechen in Schundfilmen wirkt meines Erachtens sogar noch weit suggestiver als ihre Vorführung auf der Theaterbühne, da man sich bei Theaterstücken doch fast immer in jedem Augenblick dessen bewußt ist, daß man es nur mit einer Wiedergabe erdichteter Vorgänge zu tun hat und da außerdem infolge der eingehenderen psychologischen Motivierung die kriminellen Momente nicht mit einer solchen Unmittelbarkeit auf die Zuschauer einwirken können wie bei kriminellen Schundfilmen.

Digitized by Google

Welche Folgerungen ergeben sich nun aus der hochgradigen Anschaulichkeit der Lichtspielvorführungen und ihrer damit im Zusammenhang stehenden starken Suggestivkraft? Diese Frage anzudeuten, sei mit einigen Schlußzeilen gestattet.

Die erste Folgerung ist die, daß man den gefährlichen Schundfilmen nach Möglichkeit entgegentreten muß. Die Entwicklung des öffentlichen Lichtspielrechts im letzten Jahrzehnt in allen Kulturstaaten hat für jeden Sachkenner klar gemacht, daß man hier lediglich mit scharfen polizeilichen Abwehrmaßnahmen wirkliche Erfolge erzielen kann. Erfreulicherweise besteht nach dem Wortlaut der neuen Reichsverfassung die Möglichkeit, daß wir zu einer einheitlichen Reichsfilmzensur kommen werden, die man schon seit Jahren als das beste Mittel im Kampfe gegen die Schundfilme erkannt hat.

Daneben soll man natürlich auch nach Möglichkeit durch positive Maßnahmen versuchen, die Schundfilme zu bekämpfen, so durch Unterstützung von gemeinnützigen Gesellschaften, welche die Reform des Lichtspielwesens auf ihr Programm geschrieben haben, insbesondere des „Bilderbühnenbundes deutscher Städte".

Vor allem kommt es auch darauf an, daß die Erkenntnis der großen Bedeutung des Lichtspiels für Unterrichtszwecke endlich einmal in umfassender und energischer Weise in die Tat umgesetzt wird. Bei der Herstellung der belehrenden Filme, bei ihrer Auswahl und bei der Zusammenstellung des Programms wird man sich dann allerdings des Rates erfahrener Fachmänner bedienen müssen, und vor allem muß man durch vorhergehenden Vortrag, unter Umständen auch durch kurze nebenhergehende Erläuterung, durch Verbindung von Lichtspielvorführungen mit der Wiedergabe von stehenden Lichtbildern und soweit erforderlich auch durch Wiederholung der Vorführung dafür sorgen, daß für die Ausnutzung des hervorragenden Bildungswertes von Lichtspielvorführungen günstigere Vorbedingungen geschaffen werden, als sie heute in der Regel gegeben sind.

Nur kurz mag noch darauf hingewiesen werden, daß das Lichtspiel, das von unseren Feinden in geradezu meisterhafter Weise bei ihrem verwerflichen schändlichen Verleumdungsfeldzug gegen uns benutzt worden ist, bei sachgemäßer großzügiger Ausnutzung mit dazu beitragen kann, allmählich im Ausland die Unsumme von Vorurteilen, an denen wir fast ersticken, zu zerstreuen und einer gerechten Beurteilung des deutschen Wesens den Boden zu bereiten.

Digitized by Google

Die englische Einkreisungspolitik (1904—1908)

Von

Christian Meisner, M. d. d. R.

Der Ausgangspunkt der britischen Einkreisungspolitik war defensiv. Um die Jahrhundertwende stand England unter dem Alpdruck einer übermächtigen Gegenkoalition.

Als Mitte der neunziger Jahre der Burenkrieg seine Schatten vorauswarf, stand England in dem für unüberbrückbar gehaltenen Weltgegensatz zu Rußland, dessen Kern in der Bedrohung Indiens, des Rückgrats der englischen Weltstellung, bestand. Dazu gesellte sich der Vorstoß Rußlands gegen die englische Einflußsphäre im fernen Osten. Frankreich bedrohte Ägypten, das Genick der britischen Weltmacht, und in ihre Flanke, in Südafrika, wollte Deutschland einbrechen. Mit der nordamerikanischen Union aber schürzte sich der Knoten der Zwietracht wegen des amerikanischen Anspruchs auf die alleinige Kontrolle des Panamakanals und auf Rückzug aller fremden Mächte aus dem amerikanischen Kontinent. Roosevelt sprach im Jahre 1896 ganz offen von einem Krieg mit England, der mit dem Verlust von Kanada für England enden werde.

Die Gefahr einer Einigung all dieser Gegner zog sichtbar herauf. Der Zar und der Kaiser waren ein Herz und eine Seele; in der afrikanischen Politik gingen Hanotaux und Marschall einträchtig zusammen, und die Intervention Rußlands, Frankreichs und Deutschlands gegen den Frieden von Shimonoseki (1895) malte den Entwurf zu einer Koalition dieser Mächte an die Wand. Diese Konstellation gab dem Kaiser den Mut zu dem herausfordernden Krügertelegramm (3. Januar 1896). Aber er hatte sich in Frankreich getäuscht, das Sedan nicht vergessen hatte und dies den Engländern sofort zu wissen gab. So konnte England den vom Kaiser hingeworfenen Handschuh aufnehmen; der Kaiser mußte erklären, daß es nur ein Mißverständnis gewesen sei. England ließ das gerne gelten, zog aber aus seinen Erfahrungen die Lehre, daß es sich aus der gefährlichen „splendid isolation" retten müsse.

Nachdem Deutschland aus seinem südafrikanischen Traum erwacht war, schien den Engländern die Annäherung an Deutschland als das Naturgemäße, da damals anderweitige Interessengegensätze zwischen England und Deutschland nicht bestanden. Deutschland, das sich die Unzuverlässigkeit Frankreichs zur Warnung dienen ließ, gab diesem Annäherungsbestreben Raum, und nun schritt England, von der deutschen Seite entlastet, entschlossen zum Austrag seiner Gegensätze mit Rußland und Frankreich. Im fernen Osten machte England klar zum Gefecht; Rußland, das Japan auf die englische Seite rechnen mußte, wich zurück, da die sibirische Bahn noch nicht vollendet war.

Digitized by Google

Durch den Abrüstungsvorschlag band der Zar seinem Rückzug die Maske vor (1898). Frankreich aber ging in Faschoda in die Knie (1898); England war Sieger auf der ganzen Linie. Es dankte diesen Sieg vor allem der Haltung Deutschlands, die Englands Gegnern keine Bürgschaft gegen ein deutsches Eingreifen zugunsten Englands gab. Nach dieser Probe stieg der Wert der deutschen Freundschaft für England; es bemühte sich, Deutschland vollständig auf seine Seite zu bringen, das Angola-Abkommen (1898) zeigte, daß England die guten Dienste Deutschlands nicht umsonst wollte. England wußte, daß, ganz abgesehen von der indischen Frage, der Konflikt mit Rußland nur vertagt war und nach der Fertigstellung der sibirischen Bahn wieder aufleben würde. Auch Frankreich war noch weit entfernt von einem Verzicht auf Ägypten. Vor allem aber brauchte England Rückenfreiheit für die Niederwerfung der Buren; deshalb sein unablässiges Werben um die Freundschaft Deutschlands von 1898 bis 1901. Daneben verstanden es die Engländer, durch eine großzügige Politik der Entsagung die amerikanische Freundschaft zu gewinnen. Nicht nur verzichteten die Engländer ohne Gegenleistung auf ihr verbrieftes Mitrecht am Panamakanal, sondern sie entzogen durch Schleifung ihrer strategischen Aufstellung im Golf von Mexiko den Amerikanern jeden Anlaß zum Mißtrauen. Deutschlands Haltung im Burenkrieg war nicht immer einheitlich; eine Zeitlang mußten die Engländer fürchten, daß sich zugunsten der Buren eine festländische Koalition bilden werde; die Gefahr ging jedoch vorüber, da auch jetzt noch und trotz Faschodas die elsaß-lothringische Frage zwischen Frankreich und Deutschland stand. Bülow zog hieraus die Folgerung durch den anglo-deutschen Chinavertrag vom 16. Oktober 1900, der in der Frage des fernen Ostens die Option für England zu bedeuten schien. Als der Kaiser im Jahre 1901 zu den Trauerfeierlichkeiten seiner Großmutter in England war und mehrere Wochen im herzlichen Einvernehmen mit Eduard VII. dort blieb, sprach alle Welt von dem bevorstehenden deutsch-englischen Bündnis. Aber einige Wochen später schwenkte Bülow wieder zu Rußland ab; die deutsch-russische Intimität nahm für englische Augen bedrohliche Formen an, und Hand in Hand damit ging eine auffällige Entspannung und Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Delcassé, dessen Werbung England im Jahre 1899 um der wertvolleren deutschen Freundschaft willen zurückgewiesen hatte, suchte England im Mittelmeer durch eine lateinische Union matt zu setzen, und er streckte ohne englische Erlaubnis, aber mit Billigung Deutschlands die Hand nach Marokko aus (1901/1902). Wiederum sah sich Britannia der Gefahr einer übermächtigen Koalition gegenüber. Dazu kam, daß Deutschland alle Anstrengungen machte, Annäherung an die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu gewinnen. Der Besuch des Prinzen Heinrich in Amerika (Anfang 1902) wurde eingeleitet durch die Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß England im spanisch-amerikanischen Kriege eine Intervention der Mächte zugunsten Spaniens erstrebt hatte.

Digitized by Google

Freilich, Delcassés kühner Vorstoß ging in die Luft. Spanien und Italien zogen den schon zum letzten Schritt erhobenen Fuß aus Angst vor den englischen Schiffskanonen zurück, und damit war Delcassés Plan gescheitert. Aber England hatte begriffen, daß es mit seiner nicht zum Ziel gelangenden Werbung um Deutschland der immer wieder heraufziehenden Gefahr der festländischen Koalition nicht entrinnen könne; dazu war nötig, die britische Politik wenigstens von dem Gegensatz zu Frankreich zu entlasten. Das geschah durch den Vergleich vom 8. April 1904, durch den beide Teile schmerzhaften Verzicht leisteten, Frankreich auf Ägypten, England auf Marokko. Eine deutschfeindliche Spitze fehlte diesem Abkommen. Die Verhandlungen hierzu waren eingeleitet worden, als sich das Gewitter im fernen Osten zusammenzog; der Abschluß erfolgte nach seiner Entladung. Die allgemeine politische Wirkung des Abkommens bestand in einem Abrücken Frankreichs von Rußland in dem russisch-englischen Gegensatz.

Im Juni 1904 bemühte sich Eduard VII. nach Kiel, um auch Deutschland von Rußland abzuziehen. Er schien Erfolg gehabt zu haben; da eilte Witte im Juli 1904 nach Norderney und brachte Bülow das Geschenk der Erhöhung der deutschen Kornzölle. Nun war Deutschland für Rußland gewonnen. Jetzt erst nahm England Front gegen Deutschland. Im Oktober 1904 rechneten die Engländer im Anschluß an den Huller Zwischenfall damit, im Falle eines Krieges mit Rußland auch auf Deutschland als russischen Bundesgenossen zu stoßen. In der Tat wurde Ende November 1904 zwischen Rußland und Deutschland eine Art Bündnis für den Fall geschlossen, daß sich aus den deutschen Kohlenlieferungen an die russische Marine Verwicklungen ergeben sollten. Schon Ende Oktober 1904 war zwischen dem Kaiser und dem Zaren der Gedanke einer Entente zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich „gegen englisch-japanische Anmaßung und Unverschämtheit" erörtert worden. Dafür kam alles auf die Haltung Frankreichs an, das offenbar zu England neigte. Die Tangerfahrt des Kaisers zeigte den Franzosen ihre Ohnmacht gegen Deutschland, da ihnen England keine ausreichende Hilfe gewährleisten konnte. In England wie in Frankreich verstand man den diplomatischen Angriff Deutschlands dahin, daß Frankreich gezwungen werden solle, zwischen England und Deutschland zu wählen. Das der russischen Stütze beraubte Frankreich brachte dem Kaiser mit schlotternden Knien Delcassé, den ruhmreichen Schöpfer der Entente, zum Opfer (Juni 1905). Der Zar und der Kaiser hielten es jetzt für möglich, Frankreich vollständig auf ihre Seite zu bringen und so den festländischen Ring gegen England zu schließen.

Zu derselben Zeit, zu welcher die deutsch-russischen Pläne einen festländischen Ring um England zu legen strebten, war Eduard VII. mit besserem Erfolg bemüht, Deutschland einzukreisen. Wie Deutschland hoffte, durch Rußland Frankreich auf seine Seite zu bringen, so rechnete England darauf, durch Frankreich Rußland von Deutschland abzuziehen. In diesem Kampf waren die Aussichten für Deutschland durchaus günstig, weil Rußland es

Digitized by Google

während des Russisch-Japanischen Krieges mit der in seinem Rücken befindlichen deutschen Macht nicht verderben durfte; und folgerichtig konnte sich auch Frankreich der deutschen Feindschaft nicht aussetzen, da England Paris nicht hätte schützen können. In der Tat lehnte die öffentliche Meinung Frankreichs die Rolle des englischen Soldaten ab. Die deutschen Staatsmänner verstanden jedoch nicht die Gunst der Stunde auszunützen. Sie schlossen die Faust um das von Frankreich ersehnte Marokko und trieben dadurch die Franzosen den Engländern wieder zu. Zugleich aber entfremdeten sie sich die Italiener, deren Absichten auf Tripolis mit dem Erwerb Marokkos durch Frankreich verkuppelt waren.

Durch diese deutsche Abstoßungspolitik wurde dem englischen Einkreisungsplan der Boden bereitet. Mit der Beendigung des japanischen Krieges war für Rußland die Lage insofern geändert, als es nicht mehr unbedingt auf die Erhaltung der Freundschaft zu Deutschland angewiesen war. Der unglückliche Ausgang des Abenteuers im fernen Osten wurde von der öffentlichen Meinung Rußlands dem deutschen Konto belastet, da der Kaiser den Zaren dazu verleitet habe, um Rußland vom nahen Osten abzulenken. Der russische Liberalismus beschuldigte den Kaiser, daß er das autokratische System in Rußland moralisch und tatsächlich gestützt habe. Frankreich lehnte den Beitritt zu der geplanten Koalition mit Rußland und Deutschland ab, und das dringende russische Geldbedürfnis verwies Rußland auf die Westmächte. So gewannen schließlich bei der russischen Regierung die einer Allianz mit Deutschland abgeneigten Kreise die Oberhand. Die russische Regierung mochte auch fürchten, daß in einer unter Ausschluß Frankreichs zu errichtenden Allianz Deutschlands Stellung zu übermächtig wäre. Im übrigen brauchte Rußland nach den Wunden des äußeren und inneren Krieges Ruhe. Der Allianzentwurf des deutschen Kaisers wurde zu den Akten gelegt und der englischen Werbung ein freundliches Ohr geliehen. Dabei ließ, wie der neutrale Beobachter Greindl am 30. September 1905 seiner Regierung darlegte, der Ton, auf den die Preßkampagne in England im allgemeinen gestimmt war, erkennen, daß die Annäherung an Rußland nicht zum Zwecke einer Entspannung gewünscht werde, sondern aus deutschfeindlichen Beweggründen.

Die deutsche Regierung glaubte nicht an die Gefahr. Die englischen Annäherungsversuche an Rußland blieben ihr natürlich nicht verborgen; man hielt aber die Gefahr nicht für sehr groß, da für eine Entente zwischen England und Rußland die Unterlagen fehlten. So äußerte wenigstens der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen in einer vertraulichen Unterredung mit Baron Greindl (22. September 1905).

Auf der Algeciraskonferenz ging Rußland mit Frankreich und dessen Sekundanten England durch dick und dünn. Es sah auf einmal so aus, als ob der Ring gegen Deutschland geschlossen wäre. Deutschland fügte sich dem diplomatischen Druck und gab nach. Es trat eine europäische Entspannung ein.

Digitized by Google

Inzwischen war jedoch die britisch-deutsche Seerivalität zu dem bestimmenden Faktor der englischen Politik geworden. Die englischen Staatsmänner dachten nicht daran, den ihnen von ihren Chauvinisten erteilten Rat zu befolgen und über Deutschland herzufallen, um seine Flotte zu zerstören. Denn abgesehen davon, daß dies nicht so einfach war, weil sich die deutsche Flotte nicht zu stellen brauchte, konnte bei der damaligen politischen Lage auf das Zustandekommen einer offensiven Koalition nicht gerechnet werden. Bei der russischen Regierung waren die alten Traditionen zwischen den beiden Höfen noch immer wirksam. Auch war das vom japanischen Krieg erschöpfte Rußland durch seine inneren Verfassungskämpfe gelähmt, so daß selbst ein Bündnis zwischen England, Frankreich und Rußland zu Lande der starken Kontinentalmacht Deutschlands nicht die Spitze hätte bieten können. Die englischen Staatsmänner hofften, Deutschland noch mehr zu isolieren und durch den diplomatischen Druck zum Verzicht auf das ohnedies aussichtslose Seewettrüsten zu bestimmen. In diesem Sinne war es Eduard VII. ernst mit der Versicherung, daß sein heißestes Bemühen der Erhaltung des Friedens gewidmet sei.

Vor allem galt es, Rußland, welches zwar auf der Algeciraskonferenz für seinen Bundesgenossen Frankreich gestimmt hatte, aber einer Option zwischen England und Deutschland aus dem Wege gegangen war, an England heranzuziehen. Die unerläßliche Voraussetzung hierfür war die Ausgleichung der zentralasiatischen Gegensätze, deren Ausbruch jederzeit erfolgen und alle englischen Pläne umwerfen konnte. Als dieser Ausgleich durch das asiatische Abkommen vom August 1907 gelungen war, war die letzte und unerläßliche Voraussetzung für die Einkreisung Deutschlands geschaffen.

Ein Versuch, auch Österreich-Ungarn in die englische Gruppe herüberzuziehen, war gescheitert. Dagegen war Italien dem Dreibund innerlich entfremdet und auf Grund seiner Freundschaft mit England und Frankreich im Falle eines Konfliktes Deutschlands mit den Westmächten nicht mehr als deutscher Bundesgenosse zu rechnen. Belgien hatte sich schon im Jahre 1906 aus Furcht vor einem deutschen Einmarsch unter englisches Protektorat gestellt. Auf dem Umweg über Belgien sollte durch den Plan einer belgisch-holländischen Union auch Holland in die englische Klientel eingereiht werden. Holland widerstand dieser Versuchung. Dagegen war in Dänemark der englische Einfluß überwiegend geworden, und Norwegen, das im Jahre 1907 die Union mit Schweden gelöst hatte, betrachtete England als seinen Schutzherrn. Im Jahre 1907 kam die Entente Englands und Frankreichs mit Spanien zustande, deren Bedeutung hauptsächlich in der geflissentlichen Ausschaltung Deutschlands aus den von England allenthalben vereinbarten Ententen bestand, ein Eindruck, der noch verstärkt wurde durch den Besuch, den König Eduard VII. dem italienischen König abstattete.

In Deutschland war man über diese Einkreisungspolitik längst beunruhigt. Mit ernster Warnung wies Bülow am 14. November 1906 auf ihre Ge-

Digitized by Google

fährdung des Weltfriedens hin: „Die Entente cordiale ohne gute Beziehungen der Westmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik. Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck, aus Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen."

Am 17. April 1907 äußerte sich die deutsche Regierung halbamtlich in der „Kölnischen Zeitung": „... Die vielen Kundgebungen, in deren Mittelpunkt König Eduard steht und bei denen die Erhaltung des Weltfriedens für die Außenwelt das Stichwort ist, sind nicht geeignet, das Mißtrauen gegen solche Friedensveranstaltungen bei jenen Mächten zu verscheuchen, die zu ihnen nicht zugezogen werden. Wenn zwei Staaten, wie Österreich-Ungarn und Deutschland, ihre Friedensliebe länger als ein Menschenalter hindurch dadurch praktisch bekundet haben, daß sie jeder Versuchung, unter günstigen Umständen Krieg zu führen, aus dem Weg gegangen sind, so ist es verständlich, daß diese Art, herzliche Einvernehmen zur angeblichen Sicherung des Friedens ohne sie abzuschließen, bei ihnen den Verdacht erregt, es möge sich dabei vielmehr um eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts handeln, bei der ihre Wage bedenklich in die Höhe schnellt. Die Rückwirkung allein schon dient nicht dazu, das Vertrauen in die Friedenserhaltung zu festigen; denn sie wird zur Folge haben, daß jene Mächte ihre Rüstung verstärken, um für den Fall, daß die englische Allerweltsentente sich doch nicht um eitel Friedensliebe drehen sollte, gewappnet zu sein... Das sind durchaus logische Schlußfolgerungen aus ganz natürlichen Empfindungen, die noch verstärkt und gekräftigt werden, wenn dieses selbe Mächtesyndikat als Probe auf die allgemeine Friedensliebe die Abrüstung vorschlägt, die ihm die nicht im Syndikat befindlichen Mächte auf Gnade und Ungnade ausliefern würde. Noch ist Deutschland glücklicherweise dank seiner eigenen Kraft in der Lage, leidenschaftslos jeder Möglichkeit mit kühler Berechnung entgegenzusehen. Da ein Krieg für jeden Gegner und für jede Koalition von Gegnern ein recht gefährliches Unternehmen wäre, und so lange Deutschland dafür sorgt, daß diese Rechnung richtig bleibt, werden solche Einkreisungsbestrebungen nicht in der Lage sein, die friedlichen Bahnen zu verlassen, in denen sie sich angeblich bewegen. Es gibt zweifellos Lagen, die angenehmer und vorteilhafter sind als die, in der Deutschland sich gegenwärtig befindet. Aber je ruhiger die öffentliche Meinung eine solche Lage auffaßt und beurteilt, um so ferner rückt die Gefahr, daß sie zu unserem Nachteile ausgebeutet werden kann..."

Denselben Gedanken brachte Bülow kürzer zum Ausdruck, als er bei der Besprechung der Einkreisungsgefahr im Reichstag sagte: „Ich denke, wir halten es alle mit dem tapferen Schwaben — der tapfere Schwabe fürcht sich nit, und reiten unseres Weges Schritt vor Schritt."

Digitized by Google

Als eine besondere Auffälligkeit ist die Tatsache festzuhalten, daß England seine auf den Abschluß von Ententen gerichtete Politik fortsetzte, als zwischen England und Deutschland eine Entspannung eingetreten war und von den beiden Regierungen die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern für eine deutsch-englische Annäherung gefördert wurde. Wenn man diese Auffälligkeit verstehen will, so muß man sich daran erinnern, daß das Streben der englischen Staatsmänner darauf gerichtet war, einen Verzicht Deutschlands auf den maritimen Wettbewerb herbeizuführen. Sie hofften dabei bestimmt auf Erfolg, in der Annahme, daß Deutschland die technische oder doch finanzielle Aussichtslosigkeit seines Wettbewerbes einsehen werde. Diese Einsicht sollte durch die Erkenntnis gefördert werden, daß dieser Wettbewerb auch politisch gefährlich sei. Wenn England einen Freundschaftsvertrag nach dem andern abschloß und Deutschland mehr und mehr vereinsamt wurde, mußten den deutschen Staatsmännern doch Bedenken kommen, es nun auch noch mit England gründlich zu verderben, von dem sie wußten, daß es nach Preisgabe des deutschen Flottenwettbewerbs mit Deutschland keine Händel suchen wolle.

Die zwar einer praktischen Ablehnung gleichkommende, aber doch in der Theorie entgegenkommende Haltung Deutschlands auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz stärkte die englische Hoffnung; desgleichen die als immer trostloser zutage tretende Finanzkalamität des Deutschen Reiches, welche die durch den Dreadnoughttyp bewirkte gewaltige Steigerung der Marineausgaben als unerschwinglich erscheinen ließ. Aber mit germanischer Zähigkeit, die als Leistung des Willens, wenn auch nicht der Klugheit Bewunderung herausfordert, schoben Deutschlands leitende Personen alle Hindernisse aus dem Weg.

Die englischen Staatsmänner hofften immer noch auf eine Einkehr der Einsicht in der Wilhelmstraße. Ihr Bemühen war nach wie vor darauf gerichtet, den Deutschen die Aussichtslosigkeit und politische Gefährlichkeit ihres maritimen Wettbewerbes zum Bewußtsein zu bringen. Nur durfte Deutschland nicht mehr gereizt, sein Stolz durfte nicht verletzt, und insbesondere durfte nicht das Gefühl einer Bedrohung durch England rege werden. Deshalb zog der britische Löwe die Krallen ein. England wollte durch seine Kombinationen auf die Entschließung Deutschlands drücken, ohne es zu verletzen. Aber auch der Druck kann schmerzhaft oder doch unbequem sein. Er wurde so von Deutschland empfunden. Es fühlte sich gekränkt und bedroht durch seine geflissentliche Ausschaltung bei allen diesen Friedensgründungen.

Alsbald wurde der englische Druck geschmeidiger, die Mienen gegen Deutschland noch freundlicher. Wollen wir deswegen den englischen Staatsmännern Unehrlichkeit vorwerfen? Ganz und gar nicht. Es trat nur ein Mißverständnis ein. In Deutschland glaubte man, daß die Engländer die Freundschaft Deutschlands auch mit einer starken deutschen Flotte genießbar fänden, während die englische Freundlichkeit ganz im Gegenteil den Deutschen ihre Flotte abschmeicheln wollte.

Digitized by Google

Auf jeden Fall trat jetzt ein Stillstand in der Einkreisung ein. England zog die Lockung, die es den Russen auf dem Balkan gemacht hatte, zurück es wollte Deutschland nicht durch Durchkreuzung seines levantinischen Programms reizen. Damit entfiel für Rußland der Anreiz, sich in ein deutschfeindliches Fahrwasser zu begeben. Die traditionellen Beziehungen zu Deutschland, auf die man seitens des russischen Hofes und der russischen Regierung aus innerpolitischen Gründen immer Wert legte, konnten gewahrt bleiben. Die Franzosen bezogen von London die Weisung, bei der Tunisierung Marokkos so geräuschlos und behutsam zu verfahren, daß Deutschland dabei das Gesicht wahren konnte. Und schließlich ließ sich England herbei, Deutschland und der Welt einen offenkundigen Beweis davon zu geben, daß die Zeiten, wo man bei Friedensfesten über Deutschland geflissentlich hinwegsah, vorüber seien: England trat mit Deutschland in Verhandlungen über die Garantie des Status quo der Nordseeuferstaaten ein.

Schon Mitte des Jahres 1907 löste sich die Verstimmung und Beklemmung wegen der Einkreisung in allgemeinem Wohlgefallen auf. Die unmittelbar aufeinanderfolgenden Begegnungen des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren und dem König von England zeigten die Preisgabe aller feindlichen Absichten, und als kurz darauf das zentralasiatische Abkommen zwischen Rußland und England zustande kam, gaben die beiden Vertragsmächte der kaiserlichen Regierung die spontane Versicherung, daß in dem Abkommen, das sich in der Tat auf Zentralasien beschränkte, keine Spitze gegen Deutschland enthalten sei.

Der „Golos Moskwy" schrieb Mitte August 1907: „Die frühere Politik, da Zweibund, Dreibund und da alle Bündnisse gegeneinander gerichtet waren, da es sich darum handelte, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen, diese Politik, welche die Ära des Militarismus schuf und immer aufs neue das Gespenst des bevorstehenden Kontinentalkrieges erzeugte, diese Politik gehört nunmehr der Vergangenheit an. Die Zusammenkunft in Swinemünde, die Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Eduard, die englisch-russische Verständigung — das sind die ersten Schritte auf einer Bahn, die alle Völker Europas zusammenführen wird, der erste Anfang zu einer wirklichen Friedenspolitik."

Schiemann meint in seiner Wochenübersicht vom 14. August 1907, von der „Umzingelung" Deutschlands könne heute schwerlich mehr die Rede sein. Die nach dieser Richtung geplanten Aktionen hätten sich als ein Bluff erwiesen, und als Gesamtbild der gegenwärtigen politischen Lage erscheine ihm dank der besonnenen und weitblickenden Staatskunst von Kaiser und Kanzler eine wesentliche Steigerung des Ansehens und der Machtstellung Deutschlands. Alles spreche dafür, daß es sich dabei nicht um eine momentane Kombination, sondern um etwas Bleibendes handle.

Das war ein Irrtum. Die Haltung Englands mußte sich ändern, sobald es erkannte, daß Deutschlands maritimer Wettbewerb nicht eingestellt wurde

Digitized by Google

und anfing, eine akute Gefahr für die englische Seeherrschaft zu werden. Während Edward Grey noch angesichts der deutschen Flottenvorlage von 1906 am 19. Dezember 1907 die maritime Lage Englands noch für ein oder zwei Jahre als völlig gesichert bezeichnete, waren schon damals viele Engländer in höchster Unruhe wegen des Wachstums der deutschen Flotte. Die abwartende Haltung der englischen Regierung gründete sich auf die Hoffnung, die man noch immer auf das Dreadnoughtsystem, das „letzte Wort des Schiffsbaues", setzte. Aber schon zu Beginn des Jahres 1908 konnten sich die englischen Staatsmänner nicht länger der Einsicht verschließen, daß der Übergang zum Dreadnought ein völliger Mißgriff war, durch den ein ernstlicher deutscher Wettbewerb erst ermöglicht und wesentlich erleichtert wurde.

Damit trat die Einkreisungspolitik in ein neues Stadium ein. Hatte sie sich vorher an die Vernunft Deutschlands als ein Mittel der Überredung gewendet, so richtete sie sich jetzt an den deutschen Willen als ein Mittel des Zwangs. Die Melodie konnte die gleiche bleiben, nur die Tonart und die Betonung war zu ändern.

Die „Fortnightly Review", die nicht zu der uns prinzipiell feindlichen Presse gehörte, hatte schon im Dezember 1907 zu der neuen deutschen Flottenvorlage geschrieben: „Wir stehen vor einer ernsteren Lage als jemals im Verlauf unserer Geschichte. Die Deutschen glauben, daß die stetige und schnelle Entwicklung ihrer Flotte eine Lebensfrage ist. Trotz unserer Versicherung, daß sie ihre Kriegsfähigkeit nicht steigern können, und daß wir stets zwei Panzerschiffe gegen eines vom Stapel lassen werden, wissen sie sehr wohl, daß sie durch Schaffung eines großen Marinepersonals und einer großen Tradition tatsächlich diese Ungleichheit vermindern. Wir unsererseits haben das Recht, alle unsere diplomatischen Hilfsmittel daranzusetzen, um Deutschland daran zu verhindern, zu seiner militärischen Macht auch eine ausschlaggebende Seemacht zu besitzen. Das ist das große Problem, das die nächsten Jahre stellen. Die Herausforderung geht nicht von England aus. Wir wollen nur behaupten, was wir haben. Seit fast einem Jahrhundert gehört die Suprematie zur See England, und es hat nichts getan, um den Frieden zu stören. Wir wollen den Dreizack so festhalten, wie Deutschland seinen Degen."

Vom März 1908 ist nachweisbar, daß die britische Politik das Problem aufnahm, das die „Fortnightly Review" dahin umschrieben hatte: alle diplomatischen Hilfsmittel daran zu setzen, um Deutschland zu verhindern, eine ausschlaggebende Seemacht zu besitzen.

Dazu war vor allem die Einbeziehung Rußlands in die diplomatischen Hilfsmittel Englands erforderlich. Die Balkanpolitik Englands wird umgestellt; es ist nicht mehr nötig, auf das levantinische Programm Deutschlands Rücksicht zu nehmen; denn, da sich die Vernunft Deutschlands als unzulänglich erwiesen hat, soll jetzt sein Wille durch die Macht gebeugt werden. Dafür aber ist Rußlands Mitwirkung unerläßlich; sie soll durch Anerkennung des Testaments Peters des Großen erkauft werden. Das Nordseeabkommen,

Digitized by Google

ursprünglich bestimmt, durch ein Zusammengehen Englands mit Deutschland unter Ausschluß anderer Großmächte die Aufhebung der deutschen Isolierung sinnfällig zu machen, wird durch Hinzuziehung Frankreichs und durch die Erstreckung auf die Ostsee, die Rußlands Mitwirkung ermöglicht, zu einem neuen Glied der Einkreisung; Deutschland wird dabei auf die Seite geschoben, so daß es nur noch als fünftes Rad am Wagen mitläuft. Gleichzeitig gibt London den Franzosen die Zügel frei für Marokko, wo sie sich bislang Zurückhaltung auferlegen mußten, um der freundlichen Überredungskunst Englands keine Prügel zwischen die Füße zu werfen.

Im übrigen vermied es England auch in jener Zeit peinlich, mit Deutschland Händel anzufangen. Das hätte schlecht in den Plan gepaßt, Deutschland durch diplomatische Übermacht schmerzlos niederzuzwingen. Dazu mußte man erst diese Übermacht gewinnen, und nichts erschwert den Erwerb neuer Freundschaften mehr als die eigene Belastung mit einem akuten Gegensatz zu einer anderen Macht. Gar in diesem Fall, wo es galt, den Zaren von Deutschland wegzuziehen. Darauf konnte man nur rechnen, wenn der Zar keinen Verdacht schöpfte. Er durfte nicht meinen, daß England eine Hilfe gegen Deutschland brauche; sondern ganz im Gegenteil mußte ihm suggeriert werden, daß die Annäherung an England für Rußland notwendig sei für einen Teil der russischen Interessen, und für den anderen nicht schädlich. Also mußte England zunächst mit Deutschland Frieden halten, auf daß der Zar nicht merkte, daß England in die Ehe mit Rußland den Konflikt mit Deutschland einbringen werde. Nur in solchen Punkten konnte sich die britische Politik einen Gegensatz mit Deutschland leisten, in welchen ein gleicher Gegensatz — wenn auch latent — zwischen Rußland und Deutschland bestand.

Dazu gehörte vor allem der nahe Osten. Und er war als Köder so besonders geeignet, weil eine Regelung möglich war, welche die heißesten Wünsche Rußlands so in die Augen springend erfüllte, daß das englische Interesse daran nicht ins Licht gerückt wurde. Indem England seinen Vorschlag auf eine slawische Lösung des Problems richtete, konnte es erwarten, daß dies zum mindesten von der russischen Gesellschaft als Freundschaftsdienst gewertet würde, während die deutschfreundliche Partei in Rußland den Engländern daraus keinen Vorwurf machen konnte.

Um die Wende des Jahres 1907/08 näherte sich England den Russen in der Gestalt des Versuchers. Die radikalen Reformvorschläge Edward Greys für Mazedonien stellten eine slawische Lösung des Balkanproblems in Aussicht, und als Grey im März 1908 die Einsetzung eines christlichen Gouverneurs für Mazedonien beantragte, da konnte über das Ziel seiner Politik kein Zweifel mehr sein. Es ging auf Loslösung Mazedoniens von der Türkei. Die Russen waren mißtrauisch. Schon früher (1905) hatte England die russischen Orientwünsche ermutigt, um sich alsbald wieder zurückzuziehen. Auch wußten die Russen, daß zwischen England und Deutschland der tiefgehende Flottengegensatz bestand, und die russische Regierung hatte keine Lust, die

Digitized by Google

Finger dazwischen zu legen. Auch waren die altüberlieferten Traditionen zwischen Rußland und Deutschland noch immer lebendig, sie hatten in der regierenden konservativen Partei eine mächtige Stütze. Dagegen fühlte sich die breite Masse der russischen Gesellschaft, geführt von den Intellektuellen, in ihrer politischen Weltanschauung den Westmächten verwandt, und dem entsprach ihre Abneigung gegen Deutschland. Den stärkeren Hebel aber setzte der Panslawismus ein, der der Versuchung zu einer slawischen Lösung des Balkanproblems nicht zu widerstehen vermochte. Als gar Iswolski, der sich dieser Strömung entgegenstemmen und den Mittelmächten treu verbleiben wollte, infolge der unzeitgemäßen Extratour Aehrenthals in der Sandschakbahnfrage den politischen Kredit verlor, da mußte er vor dem Panslawismus kapitulieren. Er gab dem Annäherungsbestreben Englands Raum, aber er tat es nicht vollständig. Er suchte die neue Richtung mit seiner bisherigen Politik in Einklang zu bringen. Dies sollte dadurch geschehen, daß er zwar auf dem Balkan mit England zusammengehen, aber eine Option Rußlands in dem Weltgegensatze zwischen England und Deutschland vermeiden wollte. Er wollte sich freie Hand in dem zwischen England und Deutschland heraufziehenden Konflikt wahren.

Die Zusammenkunft von Reval zwischen Eduard VII. und Nikolaus II. war auf 9. Juni 1908 angesetzt. Hier sollte Inhalt und Tragweite der von Iswolski gutgeheißenen anglo-russischen Annäherung festgelegt werden.

Unmittelbar vorher — am 5. Juni 1908 — ließ Iswolski in der „Rossija", dem Regierungsorgan, mit Nachdruck hervorheben, daß Rußland nach wie vor auf freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland den größten Wert legte. Er wollte damit einem englischen Bündnisvorschlag in Reval vorbeugen, weil ein Bündnis die Russen einer Gefahr ausgesetzt hätte, deren sich Rußland in seiner damaligen militärischen und sozialen Verfassung nicht gewachsen fühlte. Es war eine Ablehnung Rußlands, den englischen Soldaten auf dem Festland zu spielen.

Die gleiche Zurückhaltung legte Frankreich an den Tag. Der Pariser „Temps" hatte schon in einem Artikel vom 26. Mai 1908 für eine Allianz zwischen Frankreich und England abgewunken, da sie für Frankreich in militärischer Hinsicht nur äußerst geringen Nutzen habe, so lange England über keine bedeutende Landmacht verfüge.

Der deutschen Regierung war das Streben Englands nach einem Bündnis mit Frankreich und Rußland wohl bekannt. Ein Mitglied der belgischen Gesandtschaft in Berlin hatte am 17. Juli 1908 eine vertrauliche Unterredung mit Staatssekretär Schoen. Dabei sagte Schoen — nach dem Berichte Baron Greindls vom 18. Juli 1908 —, „die persönliche Politik des Königs von England sei ausgesprochen deutschfeindlich. Nach den der kaiserlichen Regierung zugegangenen Nachrichten habe England auf dem Wege der Entente mit Frankreich und Rußland viel weiter gehen wollen, als es ihm tatsächlich gelungen sei. Frankreich habe abgelehnt. Noch ehe die Gerüchte über ein

Digitized by Google

Bündnis im Umlauf waren und noch während des Aufenthaltes des Herrn Fallières in London, hatte Herr Cambon Herrn v. Schoen aufgesucht und ihm gesagt, die französische Regierung befinde sich in einer heiklen Lage. Ohne weitere Erklärungen zu geben, bat er den Staatssekretär, etwaigen ihm zugehenden beunruhigenden Nachrichten keinen Glauben zu schenken und versichert zu sein, daß Frankreich ehrlich den Frieden wolle. Herr v. Schoen schloß mit den Worten, daß es augenblicklich Frankreich sei, das einen friedlichen Einfluß ausübe."

Am 9. Juni 1908 war das Verbrüderungsfest in Reval gestiegen. Die Abmachungen blieben auf den Balkan beschränkt. Ein Bündnis oder auch nur eine Entente für die übrige europäische Politik wurde nicht abgeschlossen. Rußland war England gegenüber nicht gebunden. Wenigstens nicht rechtlich. Aber der dem Plane Iswolskis innewohnende Fehler des Kompromisses bewirkte, daß tatsächlich eben doch eine Option vorlag, wenn auch nicht mit rechtlicher Gebundenheit. Denn das Zusammengehen mit England auf dem Balkan mußte zum Zusammenstoß mit Deutschland führen.

Mit dieser Einschränkung war die Mission Eduards VII. gelungen. Noch eine weitere Einschränkung kam dazu. Es war in absehbarer Zeit nicht daran zu denken, daß Rußland es mit Deutschland auf die Machtprobe ankommen lassen könne. Rußland war in seinem damaligen, von seinen Staatsmännern erkannten Schwächezustand hierzu nicht in der Lage. Sie machten kein Hehl daraus; auch ihren französischen Freunden schenkten sie reinen Wein ein. Folglich war auch Frankreich friedfertig.

So bot die Zusammenkunft in Reval den Engländern wertvolle Aussichten für die Zukunft, für die Politik der Gegenwart brachte sie ihnen die Kontinentalarmee nicht zu, die ihnen fehlte und ohne welche den Deutschen ihre Flottenpläne nicht mit Gewalt ausgetrieben werden konnten.

Hier finden wir die Erklärung dafür, daß sich England unmittelbar nach dieser zweifellosen Stärkung seiner diplomatischen Macht von neuem aufs Bitten verlegte, um die höchst lästige deutsche Flottenkonkurrenz in Güte zu beseitigen.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit Reval der um Deutschland gelegte Ring konstruktiv geschlossen war. Er bedurfte nur noch der durch die Zeit von selber eintretenden Härtung, um seiner dynamischen Aufgabe gewachsen zu sein.

Digitized by Google

König Friedrich Wilhelm I. — der Begründer der Nationalökonomie

Von

Friedrich v. Oppeln-Bronikowski

Die Nationalökonomie oder Volkswirtschaft gilt fälschlich für einen ganz modernen Wissenschaftszweig und die Begründung volkswirtschaftlicher Lehrstühle an den Universitäten als Erfindung der Jetztzeit. Aber auch auf diesem Gebiet war der Gründer des preußischen Staates, König Friedrich Wilhelm I., bahnbrechend, und andere traten nur in seine Fußtapfen. Wie er schon 1719 die Leibeigenschaft auf den Staatsdomänen aufhob, schon 1727 die allgemeine Wehrpflicht im Prinzip durchführte und seinem Lande zuerst die allgemeine Volksschule schenkte, begründete er 1727 auch die beiden ersten Lehrstühle für „Cameralia oeconomica und Policey-Sachen", d. h. für Volkswirtschaft und Verwaltung, an den Universitäten Halle und Frankfurt a. O. Es mag überraschen, daß gerade Friedrich Wilhelm, dessen Abneigung gegen alle theoretische Gelehrsamkeit bekannt ist, hier als Gründer von Lehrstühlen erscheint, aber was den König gegen die Wissenschaft einnahm und ihn oft ungerecht machte, war ja gerade seine Erkenntnis, daß die damalige Gelehrsamkeit so wenig praktischen Nutzen brachte und so weit von den wirklichen Bedürfnissen des Staats und der Einzelnen abführte. Für die Erziehung guter Theologen, geschickter Kanzelredner und Lehrer im tätigen Christentum hat er zeitlebens gesorgt, auch die chirurgische Wissenschaft unterstützt, während er für die „dummen Teufel" von Juristen mit ihren Advokatenkniffen wenig übrig hatte und gar die Philosophie als „Wind" gering schätzte, freilich mit der beachtenswerten Ausnahme, daß er an seinem Lebensende ein eifriger Leser und Verehrer des Philosophen Christian Wolff wurde und das an ihm begangene Unrecht durch die schmeichelhaftesten Anerbietungen wieder gutzumachen suchte. Ja ihm imponierte die Logik und Beweisführung Wolffs derart, daß er sie den Theologen als Muster hinstellte.

Betrachtet man die Art, wie er selbst aus wenigen einfachen Grundsätzen heraus den preußischen Staat aufbaute, wie alle seine Erlasse und Einrichtungen, mögen sie nun das Heerwesen oder die Beamtenorganisation, die Volkswirtschaft oder den Landbau betreffen, in logischem Zusammenhang stehen, einander bedingen und auf das gleiche Ziel gerichtet sind, betrachtet man seine ganze organisatorische Leistung, die über der verwirrenden Fülle der Einzelheiten nie das Ganze aus dem Auge ließ, so erkennt man, daß dieser scheinbare Feind der Wissenschaften selbst einer der größten Stoffbeherrscher und Gelehrten war, allerdings auf praktischem Gebiet. Von seiner Instruktion für den Polizeimeister der Hauptstadt sagt der berühmte Nationalökonom Roscher: „Sie gewährt eine sehr gute Übersicht der damaligen Wirtschafts-

Digitized by Google

polizei in bezug auf Wochenmärkte, Hausieren, Kornhandel, Biertaxen, Eichungswesen usw. Alles so gut wie in irgendeinem schriftstellerischen Werke der Zeit." Und er unterstreicht den lehrhaften Zug, den Friedrich Wilhelms Erlasse und sein ganzes Wirken verraten. „Er tritt besonders in der Art uud Weise hervor, wie der König seinen Willen durch Beispiele erläutert. Es klingt nicht selten wie der stenographisch nachgeschriebene Vortrag eines lebhaft dozierenden Professors." Dieser verkannteste unter den „fluchwürdigen" Hohenzollern, der so oft als ein brutaler Gewaltmensch hingestellt wird, hat es sich immer wieder angelegen sein lassen, durch Gründe und Beispiele zu überzeugen, seine Zwecke darzulegen, um seine Maßnahmen zu rechtfertigen; er hat Widerspruch ertragen und oft beherzigt und nur da Gewalt gebraucht, wo er auf bösen Willen oder Unverstand stieß. Nicht aus seinem „Gottesgnadentum", sondern aus besserer Kenntnis heraus hat er seine oft harten Verfügungen zum Wohle des Landes erlassen.

Insbesondere erscheint, wie R. Stadelmann[1]) betont, im Landbau wie auf kameralistischem Gebiet seine Kenntnis sowohl des Details wie des inneren Zusammenhangs „recht eigentlich als Wissenschaft", und es befremdet daher nicht, daß der Domänenrat Gasser, den er 1727 zum Professor der Nationalökonomie an der Universität Halle ernannte, von seinem Gespräch mit dem König über seine Aufgabe berichtet, „daß Ihro Königl. Majestät die erste Stunde in diesem collegio oeconomico-camerali selbst gelesen, sodaß ich nicht mehr wünschen möchte, als von der Capacität zu seyn, in denen andern hierzu destinierten Stunden auf gleiche Weise continuiren zu können".

Das Gespräch selbst, das kurz vor der Bestallung Gassers in Berlin stattfand, wirft so viel Licht auf die Absichten des Königs und die damaligen Zustände, daß wir es im folgenden wiedergeben.[2]) Gasser räumt in seiner Darstellung selbst ein, daß die damalige ökonomische Wissenschaft noch in den Kinderschuhen steckte, daß „bis anhero nur ein Haufen ökonomischer Krahm ans Tageslicht gekommen" war und daß er selbst „alles mit vieler Mühe und Nachsinnen, auch Nachfragen und Zusammentragen elaboriren" mußte. Des Königs Entschluß war epochemachend; schon 1734 folgte eine Professur für Nationalökonomie und Cameralia in Rinteln, 1742 in Prag, 1745 in Braunschweig, 1752 in Wien, 1763 in Erfurt, 1768 in Göttingen, ja in Gießen wurde 1777 sogar eine ganze ökonomisch-kameralistische Fakultät begründet. Noch 1754 machte die Errichtung volkswirtschaftlicher Professuren in Neapel und Mailand großes Aufsehen. Wir lassen nun Gasser das Wort:

„Anfänglich bezeugten Ihro Königl. Majestät einen großen Mißfallen über die schlechte Oeconomie, so junge Leute vor sich selbst zu führen pflegen, sodaß sie, wenn sie

[1]) „Friedrich Wilhelm I. in seiner Tätigkeit für die Landeskultur Preußens", Leipzig 1878, S. 156.

[2]) „Vorbericht von der von Ihro Königl. Majestät in Preußen auf der Universität Halle neu fundierten Profession über die Ökonomischen Wissenschaften" (Halle 1728).

Digitized by Google

von Universitäten und Reisen zurückkommen, gemeiniglich sich schon dergestalt mit Schulden beladen, daß sie sich nicht leicht wieder helfen könnten, sonderlich die Landgüter haben, außer vorgedachter Schuldenlast eine so schlechte Administration und Wirtschaft führeten, daß sie auch die wichtigsten Güther, wenn sie danechst nach und nach die Oeconomie begreiffen lernen, zu conserviren nicht vermöchten; welches denn freylich nicht anders seyn kann, weil die Pächter und Administratores, so junger Leute Güther innehaben, diesen in Mangel des geringsten Begriffes von den principiis oeconomicis alles weiß machen könnten, ihnen nicht nur wenig geben, sondern auch, was sie ihnen noch etwa zufließen lassen, bey dem immerwährenden Geldmangel und nicht formierten état einzeln zuläppern, wo nicht Capitalia daraus formirten, wovon das Interesse [die Zinsen] mit aus der Schüssel isset, und sodann den Pächter oder Administratorem kein Mensch wieder aus dem Guthe bringen kann, wobei Ihro Königl. Majestät zur völligen Überführung der bösen Wirthe fast nicht genug bewundern können, daß, da sie selber verschiedene adeliche Güther, so Schulden halber veräußert werden müssen, inmaßen Ihro Königl. Majestät bekanntermaßen das nähere Recht zustehet, gegen baare Bezahlung an sich genommen, dero Pächter und Beamte fast besser und properer als die vorigen Besitzer lebten, ungeachtet sie etliche 1000 Thlr. Pacht davon geben müßten, welches doch die Eigenthümer nicht nöthig gehabt, dagegen die guten Wirthe vorzeiten den festen Schluß und das principium gefasset, daß wenn sie ein Guth von 30 bis 40 000 Rthlr. hätten und solches 30 bis 40 Jahre besäßen, und nicht zwey solche Güter dazu verdieneten, so wären sie schlechte Wirthe gewesen ...

„Hiernechst eifferten Ihro Königl. Majestät nicht wenig über die bißherige Juristerey, wodurch es geschehe, daß sie ihr Land voller Advocaten bekämen, welche dasselbige aussaugen und sozusagen aushungern, und das entstehe daher, weil man auf Universitäten sehr wenig wahre politische Wissenschaften docire. Wenn nun ein junger Mensch den Kopf voll unnützes Zeug oder Advocatenstreiche hätte, so hieß es dann, es sey ein Jurist. Es wäre zwar an dem, daß man auch Juristen haben müßte, allein solche jungen Leute sollten sich neben der rechtschaffenen und wahren Jurisprudenz auch auf dergleichen politica-oeconomica und cameralia legen, so man im Lande würcklich gebrauchen könnte, sodaß die Candidaten derer Bedienungen[1]) in allen Ständen nicht von vorn anfangen müßten, wenn sie schon employret seyn, sondern wenigstens die principia und fundamenta des Cameral-, Polizey- und oeconomischen Wesens schon innehätten, damit sie hiernechst in officio nur raffiniren und weiter nachgehen dürfften, weil freilich die Finessen und fernere Nacharbeit sich in der praxi erst finden, da im Gegenteil mancher ein guter und perfecter practicus in der Oeconomie sei, man könne ihn aber deswegen nicht als einen Cameralisten oder zu Polizeysachen [Verwaltungsangelegenheiten] brauchen."

Messen

Der Krieg war zweifellos auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete der größte Lehrmeister. Überall müssen wir umlernen. So vieles, was wir nach unseren Lehrbüchern als feststehende wirtschaftliche Gesetze anzusehen beliebten, scheint doch in Wirklichkeit ganz anders zu verlaufen. Das gilt beispielsweise für manche Lehren des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, das gilt aber auch von anderen Dingen. So waren wir daran gewöhnt, die Messen als im großen und ganzen überwundene Dinge hinzustellen. Wir standen immer unter dem Eindruck, daß die Messe zwar früher eine recht brauchbare Gelegenheit war, um Waren, Käufer und Verkäufer zusammenzubringen, daß dies aber

[1]) Staatsämter.

Digitized by Google

heute ganz überflüssig sei. In früheren Jahrhunderten waren diese Messen ja außerordentlich wichtig, sie bildeten den eigentlichen Treffpunkt von Lieferanten und Kunden. Sie waren besonders darum so wichtig, weil der einzelne Käufer weder gewillt noch imstande war, dem einzelnen Produzenten nachzureisen, und weil dieser Lieferant selbst gar nicht die Möglichkeit und Mittel hatte, durch ein weitverzweigtes Netz von Reisenden usw. die Kunden aufzusuchen. Das war beides darum nicht möglich, weil auf der einen Seite die Verkehrsverhältnisse außerordentlich schlecht und die Beförderung von Menschen und Waren kostspielig waren und vor allem die Umsätze in keiner Weise im Verhältnis zu diesen Lasten gestanden hätten. Es war die Zeit, in der die Welt noch arm, die Umsätze infolgedessen bescheiden und die Eisenbahn noch nicht gebaut war. Und so war es das allerbeste, ein- oder zweimal im Jahre an günstig gelegenen Punkten zusammenzukommen. Das 19. Jahrhundert hat allmählich in West- und Mitteleuropa fast überall diese Messen zu jämmerlichen Unternehmungen von allerhand Kleinhändlern werden lassen, und an den meisten Plätzen ist eigentlich von der ganzen Messeveranstaltung nur mehr der damit früher verknüpfte Tand und Firlefanz übriggeblieben, die herumziehenden Seiltänzer, Kasperletheater, Karussells und ähnliches. Nur Leipzig hat eine Ausnahme gemacht und für eine Reihe von Waren, namentlich Erzeugnisse der Kleinindustrien Mitteldeutschlands hat die sächsische Großstadt nie ihre Bedeutung verloren.

Als nun der Krieg kam, da bestand zuerst die Furcht, Leipzig würde vor allem seine Bedeutung für das Ausland einbüßen. Die Blockade auf der einen Seite und die Schwierigkeiten, Waren für den Zivilbedarf herzustellen, konnten hier allzu leicht störend wirken. In Wahrheit ist aber das Gegenteil der Fall gewesen: Leipzig hat während des Krieges als Meßzentrale eher an Bedeutung gewonnen. Das mag bis zu einem gewissen Grade an der Tüchtigkeit der dortigen Meßverwaltung, vielleicht auch etwas an der neuerdings vom Reiche gewährten Unterstützung liegen. Der wahre Grund aber liegt vielleicht doch tiefer. Gerade das, was man als Gefährdung für das Gedeihen der Messe angesehen hat, ist wohl sein Glück: der Warenmangel nämlich hat heute das alte Verhältnis umgekehrt. Es läuft nicht mehr der Verkäufer dem Käufer nach, sondern wer Waren will, muß sich nach Lieferanten umsehen. Dieses Verhältnis wird noch dadurch besonders scharf ausgeprägt, daß selbst für viele der Firmen, die gern wie in früheren Zeiten ihre Reisenden nach allen Richtungen senden würden, das Reisen zu kostspielig und zu zeitraubend geworden ist. Und was nun gar das Ausland anbelangt, so hat dieses heute ja mehr als je Veranlassung, deutsche Plätze zu besuchen, an denen man Waren kaufen kann, weil die trostlose deutsche Valuta ihnen alles Dargestellte zu unverhältnismäßig billigen Preisen verschafft.

Der Ruhm und Erfolg Leipzigs hat nun jene Plätze, die gleich Leipzig früher auch eine große Bedeutung als Messestädte gehabt haben, nicht schlafen lassen, und so hören wir allenthalben von neuen Messeplänen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Jenseits der Reichsgrenzen scheint es sich zum großen Teil um Mißerfolge zu handeln. Wenigstens versichern das Leute, die Vergleiche zwischen Leipzig und diesen Plätzen anstellen können. Anders scheint es aber innerhalb Deutschlands zu sein. Das gilt vor allem von der soeben abgeschlossenen Frankfurter Internationalen Einfuhrmesse.

Frankfurt gehört zu jenen deutschen Städten, die in den letzten Jahrzehnten trotz äußerlich glänzender Entwicklung es sich vielleicht ein bißchen zu leicht gemacht haben. Frankfurt, das Zentrum eines außerordentlich bedeutenden alten und gesicherten Reichtums, hat sich mehr als Konsumenten- denn als Produzentenstadt entwickelt. Das war für die Einwohner selbst angenehm, für die Dauer entstand jedoch die Gefahr, daß man hinter anderen Plätzen stark zurückbleiben würde, und als dann der Krieg ausbrach und man bald sah, daß auch bei günstigstem Ausgang nur schwere Arbeit Deutschland wieder in die Höhe bringen könne, da erwachte auch in Frankfurt die Erkenntnis, daß man sich zu produktiver Arbeit aufraffen müsse. Eine Handvoll unternehmender, weitsichtiger Männer veranlaßte auf allen möglichen Gebieten des werktätigen Lebens Neue-

Digitized by Google

rungen, und so kam denn auch einer auf den Gedanken, eine sogenannnte Einfuhrmesse ins Leben zu rufen. Man sagte sich: Frankfurt hat zwar als Messestadt früher eine außerordentliche Bedeutung gehabt, namentlich auch durch seine Lage als natürlicher Umschlagsplatz. Aber in dieser Beziehung wollen wir Leipzig doch keine unnötige Konkurrenz machen, wir wollen nicht nachahmen, sondern Neuartiges schaffen. Leipzig aber ist vor allem der Platz für den Binnenverkehr und den Export. Wir nun wollen die Vermittlungsstelle sein, an der das von Waren entblößte Deutschland sich mit den notwendigen ausländischen Gütern versehen kann. Und so entstand diese Einfuhrmesse in schwierigsten Zeiten, denn man konnte bis wenige Monate vor der Eröffnung nicht wissen, ob Frankfurt in das besetzte Gebiet einbezogen würde und ob überhaupt der Friede zustande käme. Dieser Umstand muß bei Beurteilung des Frankfurter Unternehmens berücksichtigt werden. Es ist eben alles improvisiert und gewissermaßen über Nacht geschaffen worden. Wenn man nun heute ein Urteil über den Frankfurter Versuch fällen soll, so ist festzustellen: Die Messe war nach der Anzahl der Beschicker, der Käufer und der Umsätze zweifellos ein außerordentlicher Erfolg. Aber nicht als Einfuhrmesse. Der Gedanke, hier vorwiegend ausländische Waren zur Schau zu stellen, hat sich nicht verwirklichen lassen und mußte scheitern. Denn abgesehen davon, daß die Zeit zu kurz war, die ausländischen Verkäufer heranzuziehen, ist wohl in der Hauptsache außer acht gelassen worden, daß wir vom Ausland Dinge brauchen, die nicht auf einer Messe zur Schau gestellt werden, namentlich sogenannte vertretbare Güter, also Rohstoffe wie Baumwolle, Kupfer, Getreide, Gummi. Vertretbare Güter aber werden nicht an Messen, sondern an Warenbörsen gehandelt. Die Messe ist Individualgütern vorbehalten. Diese Individualgüter, also vor allem Fabrikate usw., braucht Deutschland nur in sehr beschränktem Maße vom Ausland und kann sie darum nicht beziehen, weil es am nötigen Geld fehlt. Diese volkswirtschaftliche Erkenntnis wird den Leitern der Frankfurter Messe erst jetzt gekommen sein, und sie werden vermutlich aus ihrer Einfuhrmesse zum mindesten eine Ausfuhr- und Einfuhrmesse mit der Betonung auf Ausfuhr erreicht haben. Sie werden damit wohl mindestens für die nächste Zeit weitere große Erfolge privatwirtschaftlicher und lokalpolitischer Art einheimsen. Die große Frage ist nur, ob für die Dauer der Erfolg treu bleiben wird und ob, volkswirtschaftlich gesehen, die Einrichtung zu begrüßen ist. Und da wird man nicht mit einem glatten Ja und Nein antworten können. Der Erfolg für die nächste Zeit dürfte dadurch gewährleistet sein, daß der Warenhunger einstweilen noch anhalten dürfte und daß vor allem keine Aussicht besteht, die großen Schwierigkeiten und Kosten des Reisens schnell zu beheben. Besonders aber bietet die schlechte Valuta und die glänzende Lage Frankfurts einen besonders verlockenden Anziehungspunkt für die ausländischen Käufer, die sich in viel größerer Anzahl eingestellt hatten, als man gehofft hatte. Wird das so bleiben? Wird nicht später wieder das Angebot die Nachfrage übersteigen? Das ist eine cura posterior. Einstweilen scheint uns das andere viel wichtiger, ob volkswirtschaftlich eine große Zahl von Messen berechtigt oder ob sie vielleicht bedenklich ist. Das wird darauf ankommen, wie man in Frankfurt und anderswo die Messen einrichtet.

An und für sich ist jede Zersplitterung heute, wo rationell zu arbeiten ist, bedenklich. Aber Frankfurt kann für sich in Anspruch nehmen, daß es besonders günstig liegt, daß namentlich durch die Besetzung des linken Rheinufers die Stadt am Main zu einem Umschlagsplatz ersten Ranges geworden ist, und daß Frankfurt weiter eine Art natürlicher Zentrale für wichtige Industrien geworden ist, die gerade auf der Ausstellung eine große Rolle spielen, wie z. B. das Leder- und Lederwarengewerbe. Aber auch andere Dinge, wie etwa Maschinen, orthopädische Instrumente, Kunstgewerbe und Antiquitäten sind in einer Fülle in Frankfurt gezeigt worden, wie man es in Leipzig noch nicht gesehen hat. Mit anderen Worten: es käme darauf an, daß die einzelnen Messeplätze sich spezialisieren und gegenseitig verständigen. Wenn sie gleichzeitig dahin übereinkommen könnten, keine Schundware mehr zuzulassen, so würden sie nicht nur den Ge-

Digitized by Google

schmack veredeln helfen, sondern für eine wesentlich rationellere Gestaltung der Wirtschaft Sorge tragen. Einstweilen stehen wir auch hier noch im Zeitalter des gegenseitigen Neides und der gegenseitigen Konkurrenzierung. Vielleicht wird die Zentralleitung hier einmal ein vermittelndes Wort finden. Kurzum, das endgültige Urteil über die Zukunft der Messen kann heute noch nicht gesprochen werden. E. K.

Literarische Berichte

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. Robert Liefmann. II. Band: Grundlagen des Tauschverkehrs. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 35.—, geb. M. 39.—.

Der Verfasser führt in diesem zweiten Bande den Leser auf der Grundlage der im ersten Band und in seinen sonstigen Schriften entwickelten Theorie zu einem vertieften Verständnis der tauschwirtschaftlichen Vorgänge. Er bietet in diesem Bande eine große Menge neuer Gesichtspunkte, die für das wirkliche Verständnis der heutigen tauschwirtschaftlichen Organisation grundlegend sind und von denen manche sich auch für das praktische Leben als bedeutsam erweisen werden. In der Geldlehre (Teil VI) ist die abstrakte Geldauffassung mit aller Schärfe herausgearbeitet, auch in der Preislehre (Teil VII) ist alles scharf herausgearbeitet, und neue Ergebnisse, z. B. hinsichtlich der Steuerüberwälzungslehre und der Theorie der Preisveränderungen, sind hinzugefügt. Die Einkommenslehre, die den größten Teil des Bandes einnimmt (Teil VIII und IX), behandelt Ertrag und Einkommen im allgemeinen viel eingehender und unterscheidet Einkommensarten ganz anders als frühere Lehrbücher. Manche Hauptprobleme der bisherigen Wirtschaftstheorie, wie das Zurechnungs- und Verteilungsproblem, werden als Scheinprobleme auf Grund der bisherigen falschen materialistischen Wirtschaftsauffassung erkannt, ganz neue Probleme, wie die Frage der Verhältnismäßigkeit von Leistung und Gegenleistung beim Tausch, von Preis und Kosten oder Preis und Einkommen, treten auf und finden ihre Lösung. Im Schlußteil (X), der Volkswohlstand, Kapitalbildung, Volks- und Staatswirtschaft behandelt, werden das Produktivitätsproblem, die Lehre von der Kapitalbildung und von den Konjunkturenschwankungen und schließlich die wirtschaftlichen Anschauungen des Sozialismus, die allgemeine Staatswirtschaft erörtert. Die ökonomischen Theorien Prof. Liefmanns, die aus der Beobachtung des praktischen Lebens gewonnen sind und seiner Erklärung dienen sollen, haben sich schon auf verschiedenen Gebieten als brauchbar erwiesen und dort die Grundlage für wissenschaftliche Fortschritte gebildet. Einer Lehre, die mehr als bisher auf der Beobachtung des praktischen Lebens aufgebaut ist und es verstehen lehrt, kommt heute erhöhte Beachtung zu, und diese hat das Liefmannsche Werk auch schon bisher gefunden.

Politik und Kriegführung. Von v. Freytag-Loringhofen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 9.75.

Auf Grund eingehender Studien entwickelt der Verfasser das Verhältnis von Politik und Kriegführung in ihrer wechselseitigen Bedingtheit. Da eine Arbeit über diese Fragen nur auf geschichtlicher Grundlage beruhen kann, beginnt der Verfasser mit der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege, als zuerst die stehenden Heere aufkamen und damit zugleich die Möglichkeit, Politik in neuzeitlichem Sinne zu treiben. v. Freytag-Loringhofen verfolgt dann durch drei Jahrhunderte hindurch die auftauchenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen in den bedeutendsten Kriegen. Zum Schluß gibt er eine Uebersicht über den Weltkrieg mit seinen Problemen, und kommt zu dem Ergebnis, es sei die alleinige Aufgabe des Staatsmannes, die Grenzen des Erreichbaren festzusetzen, allgemeine politische Richtlinien aufzustellen und für ihre Innehaltung zu sorgen und die für die Zukunft des Staates einschlägigen Fragen zu beurteilen. In allen Dingen aber, die in eine kriegerische Gegenwart fallen, müsse es Schaden bringen, wenn der Einfluß der Heeresverwaltung ausgeschaltet werde; die Aufgabe der Heeresleitung habe also in mehr zu bestehen als in der Vernichtung des Feindes, da nach Clausewitz die Kriegskunst auf ihrem höchsten Standpunkt zur Politik werde. Sch.

Um den Kaiser. Erinnerungen aus den Jahren 1906—1909. Von Otto Hammann. Berlin, Reimar Hobbing. Geb. M. 8.—, einf. Ausg. geb. M. 5.—.

Eine ganze Literatur beginnt sich allmählich um die Gestalt Wilhelms II. zu bilden. Daß zur Fällung eines wirklich

Digitized by Google

gerechten Urteils auch die Ärzte gehört werden müssen, ist sicher; allzu starke Betonung des psychiatrischen Standpunkts aber kann doch auch leicht wieder in die Irre führen gegenüber diesem „zyklothymen" Charakter, der viel mehr durch den Platz, an den er gestellt war, als durch besonders ausgebildete schlimme Eigenschaften verhängnisvoll geworden ist. Schon aus diesem negativen Grund ist uns Hammanns Schrift willkommen, die zunächst die politischen Ereignisse und Begebenheiten schildert und in dieser Hinsicht als Ergänzung zu seinen beiden früher erschienenen, in manchen Beziehungen aufschlußreichen Erinnerungsbänden hinzukommt. An politischen Ereignissen treten in diesem Band neben den Wahlen von 1901, die den konservativ-liberalen Block bildeten, wobei naturgemäß der Kaiser als handelnde Person ausscheidet, als wichtigste die Eulenburgepisode und der „Novembersturm" von 1908 hervor. Was diesen Sturm herbeiführte und was sich, namentlich in bezug auf des Kaisers Verhältnis zu Bülow, an ihn anknüpfte, gibt ein zusammengedrängtes Bild aller verhängnisvollen Züge im Wesen Wilhelms II., des Regenten und des Menschen. Wobei wir uns erinnern wollen, daß damals auch das Bürgertum, durch Bülows allzu große Kunst des Diplomatisierens mitverleitet, die letzte große Gelegenheit zu einem entscheidenden Vorstoß in konstitutionell-demokratischer Richtung versäumte. Die Einzelzüge, die die vorhergehenden Kapitel uns zur Anschauung bringen, faßt dann das Schlußkapitel zum Versuch einer synthetischen Charakterschilderung zusammen, die, ohne eben viel wesentlich Neues zu bringen, durch manche gute Formulierung und durch die taktvolle Fassung auch sachlich scharfer Urteile sympathisch berührt. Die erbärmliche Heuchelei derer, die wider besseres Wissen Wilhelm II. als eine länder- und blutgierige Krieger- und Verbrechernatur hinstellen und aburteilen wollen, findet direkt und indirekt in Hammanns Darstellung eine gründliche und völlige Widerlegung. —ß—

Theodor Storms Sämtliche Werke in acht Bänden. Herausgegeben von Albert Köster. Leipzig, Insel-Verlag. Preis des Bandes geheftet M. 6.—, Halbleinen M. 9.—, Halbpergament M. 13.50.

Unter den vielen Storm-Ausgaben, die nach dem urheberrechtlichen „Freiwerden" des Dichters auf dem Büchermarkt erscheinen, wird die des Insel-Verlags, wie wir schon nach den vorliegenden drei ersten Bänden urteilen dürfen, sicher die schönste und würdigste werden. Albert Köster hat sich der Besorgung des Textes mit voller Liebe und wissenschaftlicher Genauigkeit angenommen; und daß philologische „Akribie" durchaus nicht nur für die Herausgabe älterer Autoren erwünscht ist und gerade auch bei modernen Schriftstellern, deren Texte wir im vollen Tageslicht der Gegenwart genau verfolgen zu können glauben, manche Ueberraschung bringt, ist ja eine bekannte Tatsache. Aber nicht nur durch die Textrevision ist Köster an dieser Ausgabe beteiligt, sondern auch durch eine dem ersten Band beigegebene „Einleitung", die ein Lebens- und Charakterbild, einen Ueberblick über die menschliche und dichterische Entwicklung Storms bietet und als ein kleines Meisterstück bezeichnet werden muß; denn auf 64 Seiten so viel an biographischen Einzelheiten und weiten Ausblicken, an Zeitgeschichtlichem und Literarhistorischem zusammenzudrängen, dazu bedarf es sowohl völliger Beherrschung des Stoffs, wie reifer, besonnener Kunst der Darstellung. Daß in dem Charakterbild Storms auch die kleinen Härten und Absonderlichkeiten nicht unterdrückt sind, erhöht nicht nur den Eindruck der Lebenswahrheit, sondern läßt den Dichter noch liebenswerter und verehrungswürdiger erscheinen, da diese Menschlichkeiten den Wert des Menschen doch nicht beeinträchtigen können. Außer der „Einleitung" enthält der erste Band die Gedichte — die nach Storms eigener, aber doch wohl nicht unbedingt richtigen Einschätzung fast den wertvollsten Teil seiner schöpferischen Lebensarbeit ausmachen — mit der sehr reichhaltigen „Nachlese" und die Anfänge seiner Novellistik, darunter die bekannteste und — wie das meist der Fall ist, zu Unrecht — beliebteste seiner Erzählungen: „Immensee". — Die beiden folgenden Bände führen in je elf Erzählungen in die Weiterentwicklung des Dichters, von der in der Stimmung so erschütternden Meisternovelle „Auf dem Staatshof" bis zu „Viola tricolor", der Geschichte von der Stiefmutter, auf deren biographische Bedeutung Köster in der „Einleitung" aufmerksam gemacht hat. Man darf den weiteren Bänden dieser auch in der äußeren Ausstattung überaus würdigen, vornehmen Storm-Ausgabe mit Freude entgegensehen; sie werden rasch genug erscheinen, daß das Ganze eine der schönsten literarischen Weihnachtsgaben dieses Jahres bilden wird. —y—

Brückenbauer. Von Ludwig Finckh. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 1.35.

Dies neue schmucke Bändchen gesammelter Zeitaufsätze von Ludwig Finckh wird nicht weniger dankbare und freudige Aufnahme finden als die früheren. Nicht von dem Standpunkt eines genau umgrenzten

Digitized by Google

Parteiprogrammes, sondern einfach als guter Deutscher, der mit besorgtem Blick und blutenden Herzens, doch mit innerlich unbesiegbarem Glauben an die guten Kräfte unseres Volkes in das Dunkel der Gegenwart und der nächsten Zukunft schaut, nimmt der Dichter das Wort zu den Ereignissen und Sorgen des Tags. Wo sich, wie hier, nüchtern klares Denken, dichterisches Fühlen und starkes vaterländisches Wollen verbinden, da gibt es einen guten Klang, der als Widerhall in gleichgestimmten Herzen Trost und Hoffnung wecken wird.

Präsident Wilson: Der Krieg — Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden. Vom 20. Dez. 1916 bis zum 27. Sept. 1918. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. Fr. 3.50 (M. 4.50).

In dankenswerter Weise hat der Amerikaner T. H. Mac Carthy die sämtlichen Reden und Botschaften, die Wilson von der Zeit unmittelbar vor der amerikanischen Kriegserklärung bis zum Schlusse des Krieges von sich gegeben hat, in einer genauen deutschen Uebersetzung veröffentlicht. Bemerkenswert ist das allmähliche Schärferwerden der Haltung Wilsons gegenüber der deutschen Regierung, der, wie die „Neue Züricher Zeitung" vom 31. August 1917 schrieb, mit einer Flut von schimpflichsten Vorwürfen vermengte, unversöhnliche Haß gegen das deutsche Herrschertum, der sich immer mehr bei ihm entwickelt. Aber noch eins ist beachtenswert: Aus allen Veröffentlichungen klingt immer wieder die Versicherung, dem deutschen Volke nichts Böses zu wünschen, es nur von der Herrschaft der Militärkaste befreien zu wollen, und die immer wiederholte Erklärung, nur einen Frieden der Gerechtigkeit, wie er auch von den deutschen Mehrheitsparteien gefordert wurde, schließen zu wollen. So sagte er in seiner Rede am 6. April 1918: „Würden wir Deutschland etwas anderes als eine gleichmäßige und leidenschaftslose Gerechtigkeit zu irgendwelchem Zeitpunkt, und wie auch der Krieg ausfallen möge, vorschlagen, so würden wir unsere eigene Sache aufgeben und dieselbe entehren." Oder am 4. Dezember 1917: „Die Untaten, die schweren Untaten, die während des schweren Krieges verübt worden sind, müssen selbstverständlich gesühnt werden. Aber man kann und darf dieselben nicht sühnen dadurch, daß man Deutschland und seinen Verbündeten ähnliches Unrecht zufügt." Endlich am 22. Januar 1917: „Friedensbedingungen, die dem Besiegten aufgedrungen würden, würden als Demütigung und Härte, als ein unerträgliches Opfer hingenommen werden; sie würden einen Stachel, einen Groll, ein bitteres Gedenken hinterlassen, eine Basis, auf der das Friedensgebäude nicht in dauerhafter Weise, sondern nur auf Flugsand stehen würde." — Wie sind damit die uns aufgezwungenen Friedensbedingungen zu vereinbaren, und welches Ergebnis erhofft Herr Wilson von diesem Frieden?

Heinrich Schneider.

Bilder aus der Geschichte Danzigs und Probleme der Gegenwart. I. Bild: Konrad Letzkau und seine Zeit. Von Major a. D. v. List. Druck von A. W. Kafemann. M. 2.75.

Der durch seine vielgelesene Broschüre „Die Zukunft Danzigs" bekannte Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß alle Dinge, Ursachen und Wirkungen sich in einem Kreislauf bewegen, und die Weltgeschichte in ihre altgewohnte Bahnen wieder einlenkt. Das Studium der Geschichte ist daher nötig, um den dunklen Weg in die Zukunft zu erhellen. Die Aehnlichkeiten unserer jetzigen Zeit mit der Konrad Letzkaus, d. h. des Beginns des 15. Jahrhunderts, welche uns der Verfasser in seiner bekannten lebendigen Art schildert, sind allerdings überraschend. Die Schrift enthält vier Kapitel: Danzig und seine Bewohner, Danzig und der deutsche Ritterorden, Danzigs Handel und auswärtige Beziehungen, von denen die mit Polen und England gepflegten am interessantesten sind, und die Ermordung Konrad Letzkaus und ihre Folgen. Ein beigefügter Plan zeigt uns das Bild Danzigs am Ende der Ordensherrschaft.

Grundfragen der Soziologie. Von Georg Simmel (Sammlung Göschen). Berlin und Leipzig, G. J. Göschensche Verlagsbuchhandlung.

Lebensanschauungen. Von Georg Simmel. Vier metaphysische Kapitel. München und Leipzig, Duncker & Humblot.

Aus dem ersten Büchlein des leider von uns genommenen Denkers, der unsere stärkste philosophische Persönlichkeit war, dürfte der Abschnitt über die Geselligkeit die weiteste, der über das soziale und das individuelle Niveau die tiefste Wirkung üben. Jener bietet köstliche Anregungen, indem er bekannte Erscheinungen — bis zu den Gesellschaftsspielen und zur Koketterie hin — zergliedert, dieser belehrt über die Unterhaltungsweise der Masse: daß die Masse tief stehen muß und nur radikalen Gedanken zugänglich ist, wird einleuchtend bewiesen. Sachlich am bedeutendsten ist jedoch das erste methodologische Kapitel. Immerhin spürt man auch bei ihm noch, daß die in ihm enthaltenen Ueberlegungen in eine ältere Denkperiode Simmels zurückreichen, wäh-

Digitized by Google

rend das andere Buch offenbar ganz aus den letzten Jahren stammt. Es enthält folgende vier Aufsätze: Die Transzendenz des Lebens; die Wendung zur Idee; Tod und Unsterblichkeit; das individuelle Gesetz. Ueber ihren Inhalt kann in der Kürze kaum etwas gesagt werden, da die Probleme von äußerster Verwicklung und als solche nur in langsamer Auflösungsarbeit mit Hilfe einer fein schattierenden Sprache klarzustellen sind — von einer (kaum denkbaren) Erledigung ganz zu schweigen. Der Grundgedanke ist der, daß der Lebensvorgang, insbesondere der geistige und sittliche, durch eine fortgesetzte Grenzüberschreitung seiner eigenen Form gekennzeichnet ist, wie sich z. B. darin zeigt, daß wir eine Weltgegebenheit denken können, die wir eben nicht denken können, d. h. eine ganz andere Welt als die unsere, oder daß der Mensch als sittliches Grenzwesen ohne Grenze etwas in sich überwindet, das nur dazu da ist, um überwunden zu werden. Aber wie gesagt: der Leser muß schon zum Buche selber greifen. D.

Bethmann Hollwegs Kriegsreden. Herausgegeben von Friedrich Thimme. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 12.—, geb. M. 15.20.

Die Herausgabe der Kriegsreden des fünften Reichskanzlers ist durch das Erscheinen seiner „Betrachtungen zum Weltkrieg" nicht etwa überflüssig geworden; sie bildet vielmehr, wie der Herausgeber in seinem Vorwort richtig betont, eine höchst erwünschte Ergänzung zu dem Buche des Herrn v. Bethmann Hollweg selbst. Auch für das zumindest vor dem Forum des europäischen Gewissens so bald und so gründlich wie möglich durchzuführende Wiederaufnahmeverfahren gegen das uns im Friedensvertrag abgepreßte innerlich unwahre Schuldbekenntnis Deutschlands als des einzigen Kriegsurhebers bieten die Kriegsreden Bethmann Hollwegs ein höchst bedeutsames Material, dessen Schlagkraft durch die neuesten österreichischen Enthüllungen nur noch verstärkt wird. Ihre geschichtliche Bedeutung also rechtfertigt auch im jetzigen Augenblick ihre Veröffentlichung in Buchform in vollem Maße; darum ist es doppelt erfreulich, daß der Herausgeber das ihm gebotene Material mit aller nur denkbaren Sorgfalt bearbeitet und erläutert hat. Neben einer einleitenden, historisch-kritischen Gesamtübersicht sind den einzelnen Reden Vorbemerkungen beigegeben, die die besonderen Umstände darlegen, unter denen der Kanzler jeweilig gesprochen hat. Ein Nachwort zu jeder einzelnen Rede gibt Aufschluß über die Aufnahme, die sie im In- und Ausland gefunden, wobei die Kritik der Bethmann feindlichen Presse besonders berücksichtigt ist — ein Beispiel für die große Objektivität, mit der Friedrich Thimme seines Herausgeberamtes gewaltet hat. Auch das die rasche Orientierung erleichternde Personen-, Sach- und Schlagwortregister ist ungewöhnlich eingehend gestaltet worden.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Aus Natur und Geisteswelt. Band 700: J. Öhquist, Finnland. Band 701: R. F. Kaindl, Böhmen. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. je M. 1.50.

Bahr, Hermann, Tagebücher 2 (1918). Innsbruck-Wien-München, Verlagsanstalt Tyrolia. M. 12.—.

Baumgartner, Alexander, S. J., Im hohen Norden, Reiseskizzen aus Schottland, Island, Skandinavien und St. Petersburg. Mit 10 Bildern. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 4.50, geb. M. 6.—.

Boghitschewitsch, Dr. M., ehemaliger Geschäftsträger in Berlin. Kriegsursachen, Beiträge zur Erforschung der Ursachen des Europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Rußlands und Serbiens. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. Fr. 3.50 (M. 4.50).

Cathrein, Viktor, Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. Freiburg i. B., Herdersche Verlagshandlung. Kartoniert M. 10.40.

Die neue Zeit. Schriften zur Neugestaltung Deutschlands. Dr. Erich Eyck, Des deutschen Bürgertumes Schicksalsstunde. M. 1.—. Dr. Ernst Günther, Wie steht es um die deutsche Volkswirtschaft? 80 Pf. Geh. Rat D. Dr. Otto Mayer, Die Trennung von Kirche und Staat. Was sie bedeutet und was sie zur Folge hat. 80 Pf. Dr. Alice Salomon, Die deutsche Frau und ihre Aufgaben im neuen Volksstaat. M. 1.—. Leipzig, B. G. Teubner.

Feldkeller, Paul, Der Patriotismus, eine kulturphilosophische Monographie. Geh. M. 4.50, geb. M. 6.20. Vaterland, eine

Digitized by Google

philosophische Stellungnahme. Geh. M. 1.80, geb. M. 3.30. Baden, Felsen-Verlag Buchenbach.

Flugschriften der „Stimmen der Zeit". Heft 4: Zimmermann, Otto, S. J., Trennung von Kirche und Staat. 75 Pf. Heft 5: Pesch, Heinrich, S. J., Sozialisierung. 75 Pf. Heft 6: Duhr, Bernhard, S. J., Der Bolschewismus. 75 Pf. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung.

Gleich v., G., Generalmajor, Die alte Armee und ihre Verirrungen. Eine kritische Studie. Leipzig, Verlag K. F. Koehler. Geh. M. 3.50.

Humboldt v., Wilhelm, Dokumente der Menschlichkeit, historisch-politische Bücherei. Band 9: Die Grenzen des Staates. München-Wien-Zürich, Dreiländerverlag. M. 1.50.

Jahrbuch der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Band 34. 1. Lieferung Mai 1919. Berlin SW 11. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.

Kahane, Arthur, Willkommen und Abschied. Roman. Berlin W 62, Erich Reiß. Geh. M. 8.—, geb. M. 10.50.

Klein-Roden, Ottomar, Ein Schrei nach dem Leben! II. Teil. Düsseldorf, Kommissionsverlag C. Friedrich Otto. 50 Pf.

Literarischer Ratgeber des Dürerbundes. Geleitet von Wolfgang Schumann. 5. Aufl. München, Georg D. W. Callwey. Geh. M. 14.—, geb. M. 16.—.

Matthien, J., Die Bedeutung der russischen Literatur. Zürich, Institut Orell Füßli. Fr. 2.50. (M. 3.—.)

Naturwissenschaftliche Monographien und Lehrbücher. Erster Band. Allgemeine Erkenntnislehre, von Moritz Schlick. Berlin, Julius Springer. M. 18.—.

Niepage, Dr. Martin, Eindrücke eines deutschen Oberlehrers aus der Türkei. Potsdam, Der Tempelverlag. Geh. M. 1.—.

Opitz, Dr. Erich, Sozialismus und Liberalismus in deutscher Demokratie. Berlin, Hans Robert Engelmann. Geh. M. 1.20.

Redivivus, Augustinus, Des heiligen Kirchenvaters philosophisches Weltbild. Vom Verfasser des Spinoza Redivivus. Halle (Saale), Weltphilosophischer Verlag.

Sägmüller, Dr. Johannes Baptist, Der Apostolische Stuhl und der Wiederaufbau des Völkerrechts und Völkerfriedens (6. Heft: Das Völkerrecht). Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 3.80.

Schäfer, Professor Dr. Diedrich, Die Schuld am Kriege. Oldenburg i. Gr.—Berlin, Verlag Gerhard Stalling. M. 2.50.

Schücking, Dr. Walther, Prof. der Rechte (Marburg), Internationale Rechtsgarantien. Ausbau und Sicherung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Hamburg, Verlagsbuchhandlung Brochek & Co. Geh. M. 5.—.

Spanische Bücherei, I. und II. Band: Baroja, Pio, Der Majoratsherr von Labraz. Roman. Benavente, Jacinto, Der tugendhafte Glücksritter; Die frohe Stadt des Leichtsinns; Das letzte Menuett. München, Verlag Georg Müller. Preis pro Band brosch. M. 9.—, geb. M. 12.—.

Stegemann, Dr. Herbert, Rettet das Saarland! Ein Aufruf. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 60 Pf.

Unger, Hellmuth, Die Kentaurin. Dramatische Dichtung in einem Aufzuge. Leipzig, Theodor Weicher. M. 3.—.

Voigt, Arno, Der deutsche Offizier der Zukunft. Gedanken eines „Unmilitärischen". Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger. M. 3.50.

Vorst, Hans, Baltische Bilder. Leipzig, Der Neue Geist-Verlag. Geh. M. 3.—.

Walther, Andreas, Neue Wege deutschen Geistes. Tat-Flugschriften 31. Jena, Eugen Dieterichs Verlag. Brosch. M. 1.50.

Weigert, Josef, Das Dorf entlang. Ein Buch vom deutschen Bauerntum. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 10.—, geb. M. 12.—.

Weiß, Dr. Karl, Die Betriebsgewinne der deutschen Versicherungsgesellschaften. Ein Beitrag zur Frage der Verstaatlichung des Versicherungswesens. Mannheim, Berlin, Leipzig, J. Bensheimer. M. 6.—.

Zum Charakter Spinozas. Erläuterung der wichtigsten Nachrichten über sein Leben. Vom Verfasser des Spinoza Redivivus und Augustinus Redivivus. Halle (Saale), Weltphilosophischer Verlag. Geh. M. 8.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Die nationale Erhebung in der Türkei und ihre Vorgeschichte

Von

H. v. Hoff

Seit Frühjahr 1919 tagt der Oberste Rat der Alliierten, um die Beute aus dem großen Krieg zu verteilen und den überwundenen Völkern, soweit man sie überhaupt bestehen läßt, ein nie erfüllbares Maß von Kriegslasten aufzubürden. Man zögert mit der Ratifizierung der Friedensverträge und nützt die Zeit vor derselben zu unerhörten neuen Drangsalierungen und restloser Zermürbung der gegnerischen Völker. Und diese nehmen ihr hartes Schicksal hin, ohne mehr als papierene Proteste zu erheben; nur ein Volk hat noch einmal zur Waffe gegriffen und sich drohend gegen die Zerstückelung seines Landes erhoben, die Türken. Die Entente findet dort, wo sie dies sicherlich für am wenigsten möglich gehalten hat, bewaffneten Widerstand und steht damit vor einer sie selbst wie uns ehemalige Bundesgenossen überraschenden Tatsache, die keineswegs nebensächlichen Charakter trägt und auch unser deutsches Interesse lebhaft in Anspruch nehmen sollte. Nachdem sich die „Deutsche Revue" schon im Juni- und Oktober-Heft mit türkischen Fragen befaßt hat, möchten die nachfolgenden Ausführungen einen näheren Einblick in den Werdegang und die ursächlichen Zusammenhänge der türkischen Volkserhebung bieten, soweit die Kenntnis der Verhältnisse des Landes während der Kriegszeit und der Nachrichtendienst der Auslandspresse aus den letzten Monaten dies ermöglichen.

Im Juni-Heft der „Deutschen Revue" hatte ich versucht, den tieferen Ursachen des Zusammenbruches der Türkei auf den Grund zu gehen. Jene Darlegungen scheint die neuerliche Volkserhebung in Kleinasien auf den ersten Blick Lügen zu strafen. Die Klärung dieses Zwiespalts gibt willkommenen Anlaß, für unseren türkischen Bundesgenossen eine Lanze zu brechen. Jener Aufsatz im Juni-Heft befaßte sich mit den Schwächen nomadischen und phantastischen Wesens und seinen nachteiligen Folgen für die türkische Volksentwicklung. Es ist nicht zu leugnen, daß einem flüchtigen Beobachter vor allem diese Fehler in die Augen stechen; hieraus entstand unsererseits weithin eine abfällige und geringschätzige Kritik alles Türkischen. Träger derselben waren

Copyright 1919 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

vielfach Leute, die nur kurz, ohne tieferen Einblick in das Volksleben, in der Türkei während des Krieges tätig gewesen waren und von dort enttäuscht zurückkehrten. Daß an dieser Enttäuschung auch der Umstand Mitschuld trug, daß wir dem Rätsel osmanischen und islamitischen Wesens nicht genügend nachforschten, daß wir unvorbereitet in eine uns völlig fremde Welt eintraten, ist bisher zum Nachteil der Türken nicht genügend hervorgehoben worden. Wir wollen ehrlich bekennen, daß viele Deutsche mit großer Überhebung auf den türkischen Waffengefährten herabblickten, ihre eigenen Fähigkeiten in verletzenden Gegensatz zu denen der Türken setzten und ihnen manchmal höchst unklug und kränkend zu verstehen gaben, wie tief sie doch unter uns hochkultivierten Westländern ständen. Wir wollen uns fragen, ob unsere heutige seelische Verfassung nicht den Beweis erbringt, daß solche Überhebung nicht am Platze war. Unsere Innenkultur hat Schiffbruch gelitten, ein weitgreifender Verfall aller Moral und eine Irreleitung alles Gefühlslebens ist bei uns eingetreten, indes das wegwerfend beurteilte Türkenvolk zu den Waffen greift, um das heilige Heimatland Anatolien vor der Zerstückelung durch Feindeshand zu retten. Während man bei uns ein Abwenden von allem Hohen und Heiligen beobachtet, hohlem Wesen, blinder Genußsucht und lärmender Frivolität allerorts begegnet, schart sich jenes als fatalistisch-faul verschriene Volk um glaubensstarke und hoffnungsfreudige Führer zur Rettung vor fremder Knechtschaft.

Mag entgegengehalten werden, uns hätten die Lasten und Opfer des Krieges und sein tragisches Ende im Verein mit der Hungerblockade so weit heruntergebracht. Wie aber stand es um die Türkei zur selben Zeit und namentlich vor dem großen Kriege? Sie trat uns als Kampfgenosse zur Seite, weil sie allein hierin die Möglichkeit sah, ihr Ideal der Selbständigkeit zu erreichen. Sie folgte zur Verwirklichung dieser Ziele ihren führenden Staatsmännern bis zum letzten Ende ohne Opposition, und das Volk brachte ohne Murren vergleichsweise weit größere Opfer an Blut und Gut als das unserige. Die Bevölkerung litt zufolge der Blockade furchtbar; man muß die Wirkungen von Hungersnot und weitverbreiteten, verheerenden Seuchen gesehen haben, um einen gerechten Vergleich mit unseren Verhältnissen ziehen zu können. Eigennutz und unlautere Gewinnsucht, die bei uns zu vernichtender Zersetzungswirkung gelangten, traten auch unter den Türken in häßlichster Form auf, selbst im Kreise der Volksvertreter, denen das Volk sein Schicksal anvertraut hatte. Der Glaube an die Verwirklichung des türkischen Selbständigkeitsideals wurde trotz alledem nicht erschüttert, fast ohne Widerspruch fand die einmal eingeschlagene Kriegspolitik im ganzen Volke bis zum Schluß Billigung. Die Haltung gegen den deutschen Bundesgenossen blieb auch nach dem völligen Zusammenbruch vornehm und ritterlich, die freundschaftlichen Gefühle für uns und der Glaube an unsere ehrlichen Absichten bestehen bei den Türken fort, kein unschönes Wort ist über uns gesprochen worden, obwohl wir manchen Anstoß erregten. Aber noch mehr! Das

Digitized by Google

türkische Volk hatte vor seinem Eintritt in den Weltkrieg ganz anders geartete Zeiten hinter sich als wir. Während wir in Jahren überschnellen Aufschwunges auf allen Gebieten begannen, übermütig und überhebend zu werden, durchlebte das Türkenvolk Jahrzehnte heißer und blutiger Kämpfe mit äußeren Feinden und mit aufständischen Stämmen im Inneren; der Balkankrieg war eben erst beendet, vor allem die anatolische Landbevölkerung hatte in allen diesen Waffengängen unübersehbare Opfer an Blut und Leben gebracht, als sie aufs neue für den Weltkrieg unter die Fahnen gerufen wurde.

Es ist hier nicht der Platz, auf die kriegerischen Operationen der türkischen Streitkräfte einzugehen. Trotz verlorenen Krieges wird aber eine gerechte Beurteilung ihnen eine gewaltige Leistung zuerkennen und die Bundestreue Enver-Paschas gegen uns voll würdigen müssen. Allzu wenig sind bei uns die Schwierigkeiten bekannt, die auf den örtlich weitgetrennten Kriegsschauplätzen der Türkei überwunden werden mußten. Für das eben im Balkankrieg durch gewaltige Verluste und Seuchen physisch und moralisch fast aufgelöste Heer gab es keine Mobilmachungsvorarbeiten, keine Grundlisten zur Neuaufstellung und Ergänzung anläßlich des Eintrittes in den Weltkrieg. Dazu kamen die althergebrachte Mißwirtschaft zahlreicher Ausnahmen von der Dienstpflicht, die Loskaufsmöglichkeit für Wohlhabende, die Bestechungen bei der Aushebung und demzufolge tief eingewurzelte Vorurteile gegen den Heeresdienst, sowie dauernd sich mehrende Fälle von Fahnenflucht. Der Ausbildung stand die früher hier geschilderte Kulturrückständigkeit hemmend im Wege, der Heeresverpflegung die ungünstigen Ernährungsverhältnisse, Mißernte, Heuschreckenfraß, Mangel an Transportmöglichkeiten. Neben den deutschen Sanitätsoffizieren kämpfte ein noch recht wenig geschultes türkisches Ärzte- und Pflegerpersonal gegen die Ausbreitung der Seuchen, wobei die gesundheitswidrige Lebensweise, Unwissenheit, Unsauberkeit und Aberglauben überall erschwerend wirkten. Für ausreichende Unterkunft war keine genügende Vorbereitungszeit geblieben, Märsche über Hunderte von Kilometern durch Gebirge, Steppen, Wüsten und verseuchte Ortschaften zehrten am Bestand des Heeres; Armenierunruhen schädigten Truppe und Bevölkerung im Operationsgebiet und in den Etappenorten.

Trotz alledem tat das Volk seine Pflicht bis zum Ende des Völkerringens, vertraute seinen Führern und hielt fest an der Überzeugung, daß es mit Hilfe seiner Verbündeten, namentlich der Deutschen, seine Selbständigkeitsideale erfüllt sehen werde — es blieb sich selber treu und war durchdrungen von der Überzeugung, daß die Ententemächte seine Vernichtung wollten.

Als dann der Zusammenbruch in Palästina und Syrien kam, hinter den zurückströmenden Heeresresten der Feind in das Land eindrang, lebte in den Türken Einmütigkeit, sich nicht widerstandslos den Bedingungen eines vernichtenden Friedens zu fügen; keine Opposition gegen die bisherige politische und militärische Führung rüttelte an ihr. Eben jährt sich der Abschluß des

Digitized by Google

Waffenstillstandes mit der Türkei. In aller Stille haben sich seitdem dort die Ereignisse vorbereitet, die seit einigen Monaten unsere Aufmerksamkeit erregen und sich immer mehr zum Bilde einer nationalen Erhebung des Türkenvolkes verdichten.

Höchstwahrscheinlich wird auch bei uns schon wieder mit überhebendem Achselzucken und Kopfschütteln über dieses Vorgehen gesprochen, das ja doch keine Aussicht auf Erfolg habe. Vielleicht tun wir diesmal besser, angesichts unseres Waffenstillstandes und Friedensschlusses jegliche Überhebung beiseite zu lassen und mit Hochachtung von diesem wackeren Volk zu sprechen, das den letzten Blutstropfen für die Freiheit seines Landes von Sklaverei und Knechtsdienst hergibt; vielleicht lernen wir auch aus den sichtlichen Verlegenheiten des Viererrates in Paris, wie solches Auftreten selbst auf einen mehr als übermütigen Sieger zu wirken vermag, und warten den weiteren Verlauf ab, ehe wir urteilen.

Vergegenwärtigen wir uns aus den Nachrichten der Auslandspresse die Absichten der Entente und ihr Verfahren gegenüber der Türkei, so tritt uns tatsächlich der Plan völliger Zerstückelung klar vor Augen, unverkennbar aber zugleich auch tiefgehende Uneinigkeit unter den Ententestaaten selbst über die Lösung der türkischen Frage. Der „Temps" legte dieselbe Mitte Mai d. J. folgendermaßen fest: Nach den Beschlüssen des Viererrats erhalten die Vereinigten Staaten das Mandat über Konstantinopel und Armenien. Armenien solle Adana und Mersina als Ausgang nach dem Mittelländischen Meer erhalten. Griechenland erhält den Küstenstrich von Smyrna. Italien wird das Mandat über Südanatolien mit Adalia als wichtigstem Hafen und Konia als Zentrum zugewiesen. Dieses Südanatolien soll im Norden durch die Kleinasien von Ost nach West durchziehende Küste begrenzt werden. Der übrige, nördliche Teil von Anatolien mit Brussa und Angora bleibt der eigentliche türkische Staat, in dem der Sultan residiert, dessen Unabhängigkeit von Frankreich gewährleistet wird.

Der „Temps" fügt seinem Bericht gleich bei, daß gegen diese Lösung verschiedene Bedenken, insbesondere vom Staatssekretär für Britisch-Indien, Montagu, erhoben würden.

Wenn auf der einen Seite mit dieser Zerstückelung die Türkei auf den Stand zu Beginn ihrer Entstehung als Volkseinheit unter Ertogrul-Bei und seinem Sohne Osman vor 700 Jahren zurückgeworfen würde, so würde England trotz dieses gründlichen Zerstörungswerkes nach vorstehendem Plan auf den ersten Blick leer ausgehen oder doch seine Interessen im Südosten des Türkenreichs, in Palästina und Mesopotamien, unerwünscht beeinflußt sehen. Sein ganzes Streben ging aber doch bei dem letzten Kampfe in diesen Gebieten auf Eröffnung und Sicherung des Landweges nach Indien. Kein Wunder also, daß der Staatssekretär für Britisch-Indien Bedenken erhebt, daß seitdem ein dauerndes Hin und Her zwischen dem Viererrat in Paris und London zu beobachten ist und daß man schließlich, zweifellos wegen der

Digitized by Google

bestehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente, die in Paris weilende türkische Friedensdelegation recht unhöflich wieder nach Hause schickte. Den Anlaß dazu hatte zweifellos Frankreich gegeben in seinem Bestreben, mit der vom „Temps" verbreiteten Lösung den Einfluß Englands einzudämmen und durch Beseitigung des bisherigen türkischen Einflusses in Syrien und Palästina dort freie Hand zu bekommen. England andererseits war sich wohl klar geworden, daß es seine bisherige Taktik im nahen Orient ändern müsse. Es hatte sich 1916 bezüglich der Regelungen der syrischen Frage gegenüber Frankreich vertraglich gebunden; als Frankreich dann bei den Verhandlungen des Vierrates Frühjahr 1919 seine Ansprüche geltend machte, erhielt es überraschend Kenntnis von einem Vertrag, den England schon im Jahre 1915 mit dem König von Hedschas hinter seinem Rücken abgeschlossen hatte. Nach diesem sollten dem König Hussein und dem Prinzen Faissel Unterkönigreiche in Syrien mit Ausnahme eines kleinen Staates an der Küste zufallen und das Protektorat Frankreichs in Syrien sollte diese Neuschöpfungen nicht berühren dürfen. England wollte damit die arabischen Elemente des Türkenreiches in seine Hand bekommen und zur Sicherung seines Landweges nach Indien ausnutzen, wobei es den französischen Bundesgenossen hinterging und an die Wand zu drücken suchte. In einem Punkte aber hatte sich auch England verrechnet: der Gedanke, das Kalifat von dem Sultan der Osmanen in Konstantinopel auf einen von England eingesetzten arabischen Fürsten übergehen zu lassen, setzte die islamitische Welt in Bewegung. Der Moslem kennt seit Jahrhunderten nur die Tatsache, daß sein Kalif und Padischah der Sultan ist, der in der Hauptstadt des Türkenlandes Konstantinopel im Der-i-seadet (der Pforte zur Seligkeit) seinen Sitz hat. Dafür, daß dies so bleibe, ist das türkische Volk jetzt in die Erhebung getreten. Noch ein weiteres tritt hinzu: Während des Krieges hörte ich allerorts den Ausdruck der Sorge um Freihaltung des Pilger- und Karawanenweges nach Mekka und Medina zu der Grabstätte des Propheten. „Wenn wir Moslems nicht mehr wie bisher aus allen Teilen unseres Türkenreiches zu dieser heiligen Stätte gelangen, alljährlich mit der heiligen Karawane, der Sure, unsere Gaben und Gebete dort anbringen könnten — es wäre der Todesstoß für unsere Glaubensgemeinschaft und damit für unsere Zusammengehörigkeit; die Türkei wäre damit tatsächlich vernichtet," — wie oft habe ich diesen Ausspruch vernommen.

Nun setzt zugleich mit der Volkserhebung die längere Zeit in den Hintergrund getretene panislamitische Bewegung ein und gewinnt rasch an Ausdehnung. Sie propagiert die oben wiedergegebenen Grundsätze konservativ-islamitischen Denkens und schlägt die Brücke zu den arabischen Elementen, die England während des Krieges zeitweilig durch Bestechung auf seine Seite gebracht hatte, neuerdings aber, namentlich in Mesopotamien durch rücksichtsloses Vorgehen vor den Kopf gestoßen haben soll. Alles in allem, die in Vorderasien entstandene ententefeindliche Erhebung ist erst in der Entwicklung begriffen und

Digitized by Google

mag besonders England noch viel Kopfzerbrechen und Schwierigkeiten bereiten. Das ist auch aus den Zeitungsnachrichten der letzten Wochen schon deutlich zu ersehen. Nach denselben haben die indischen Mohammedaner durch ihre Vertreter in Paris Stellung gegen die Pläne der Friedenskonferenz genommen, indem sie die Belassung des Kalifats in Konstantinopel und die Erhaltung der Souveränität des Sultans über die anatolisch-türkischen Stammlande fordern. Nach ihrem Vorschlag soll Amerika an Stelle des Mandats über Konstantinopel ein solches über das neue armenische Reich erhalten. Die Friedenskonferenz gab einstweilen diesem Vorschlag ihre Zustimmung. Freilich haben sich in Amerika sehr kräftige Stimmen gegen eine solche Regelung erhoben. Man fühlt sich dort mit Recht in die Ecke gedrückt, hat sich eine recht bedeutende Truppenmacht als notwendig zur Sicherung des neuen Armenierstaats errechnet und betrachtet ihn als wirtschaftlich und politisch nicht wert der zu bringenden Opfer. Man ist gegen England mißgestimmt und gibt nach den Nachrichten des „Daily Herald" vom 26. August d. J. dieser Mißstimmung recht deutlich im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten dadurch Ausdruck, daß man sich mit derben Ausdrücken gegen die englische Unterdrückerpolitik in Ägypten wendet. Es sind günstige Aussichten für die Volkserhebung in Kleinasien, daß während ihres Anwachsens der Zwiespalt unter der Entente andauert und die Lösung des Türkeiproblems einstweilen in die Ferne gerückt scheint, denn die Zeit wird im neuen Kampfe der beste Bundesgenosse der Türken sein. Der tiefsitzende Haß gegen England wird sie wohl auch davor bewahren, bei zweifellos eintretender Wendung der englisch-türkischen Politik zu scheinbarer Milde und Nachgiebigkeit sich täuschen zu lassen. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" vom 8. Oktober d. J. wird die Lage in der Türkei die Friedenskonferenz zu einer ernsten Durchsicht ihrer Politik in der Türkei veranlassen. Das Blatt meint, es blieben nur zwei Wege offen, entweder sich mit den türkischen Nationalisten zu verständigen oder die gewollte Lösung ihnen mit Gewalt aufzuzwingen. Bisher sei die Politik der Alliierten in der Türkei zu sehr auf die eigenen Vorteile bedacht gewesen.

Wenden wir uns nun zu den Vorgängen in der Türkei selbst und greifen dabei kurz in die Vorkriegszeit und Kriegszeit zurück, um die jetzige Volksbewegung richtig zu verstehen. Ein Jahrzehnt ist vergangen, seit der jugendliche Volksführer Enver in Mazedonien den Ruf erschallen ließ: „Das Vaterland ist in Gefahr, auf, laßt uns die Fahne der Freiheit entfalten!" Ihm folgten die Anhänger der jungtürkischen Partei, um die Türkei von der drückenden Herrscherwillkür Abd ul Hamids zu befreien. An seiner Statt wurde der gütige und freundliche Mehmed V. Reschad mit dem Schwerte des Propheten gegürtet. Unter ihm nahm Enver-Pascha die Geschicke des Landes in die Hand, voller Ideale, denen er treu blieb, bis er der feindlichen Macht weichen mußte. In Bürgerkriegen und Aufständen, im Überfall Italiens auf Tripolis, im nachfolgenden Balkankrieg behielt er unter schwierigsten Verhältnissen sein hohes Ziel, die Selbständigkeit der Türkei und die Hebung ihres Volkes fest

Digitized by Google

im Auge. Er wurde der Gründer eines einheitlichen politischen Programms in der türkischen Armee und huldigte der osmanisch-nationalen Idee, die er durch festeres Gefüge der kleinasiatischen Landesteile zu verwirklichen und zu innerer Kraft zu führen suchte. Derart blieb er der wahre Vertreter der ursprünglichen und reinen Absichten des jungtürkischen Komitees „Einheit und Fortschritt". Mit unbeugsamer Willenskraft beseitigte er manchen, der sich ihm nicht fügte; unter diesen entstand ihm wohl mancher Widersacher, aber die Allgemeinheit folgte ihm auf dem Wege zur Verwirklichung seiner Ideale. Es soll nicht geleugnet werden, daß sich in das jungtürkische regierende Komitee manche Elemente nach und nach einschlichen, an deren Lauterkeit zu zweifeln wir leider Anlaß haben. Im türkischen Volksleben entstand jedoch darüber keine Zwiespältigkeit, und jetzt, nachdem die Alliierten beim Einzug in Konstantinopel die nicht geflüchteten leitenden Persönlichkeiten des Komitees nach Malta verbrachten oder doch völlig kaltstellten, lebt in den Kreisen, die überhaupt an Politik teilnehmen, der Wunsch zur Errettung der Ideale Envers weiter, und das an sich unpolitische Landvolk wird trotz aller Not und Opfer des Krieges unter neuen Volksführern zu alten Idealen begeistert und zur Erhebung gegen den verhaßten Bedrücker geführt. Ob die Bezeichnung als „nationale" Erhebung für diesen unpolitischen Volksteil zutreffend ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. In den Ausführungen des Juni-Heftes wurde dargetan, daß zufolge des unsteten Nomadengeistes der Begriff des gemeinsamen Vaterlandes bisher in der Türkei noch nicht durchdringen konnte, daß das neugeprägte Wort „Wattan" (Vaterland) für den Osmanen noch ein recht leerer Begriff geblieben war. Hinter der Einmütigkeit der Volkserhebung steht unzweifelhaft vor allem der Islam als treibendes Element. Ich bezeichnete ihn schon im Juniaufsatz als das einzig beständige Element, das einzige, was das turkmenisch-osmanische Völkerleben zusammenhielt und was erfolgreiche Kriegszüge zeitigte. Zwar war dem Aufruf des Padischah zum Heiligen Kriege zu Beginn des Völkerringens nicht der von uns erhoffte Erfolg über die Grenzen des Türkenreiches hinaus beschieden, jetzt aber, in der Not der Stunde, angesichts des drohenden Unterganges islamitischer Glaubensgemeinschaft und der Trennung von den heiligsten Orten und Überlieferungen scheint es, als ob die grüne Fahne des Propheten die alte Anziehungskraft noch einmal bekäme und der „heilige" Krieg tatsächlich erst beginne. Ich komme um so mehr zu dieser Auffassung, als ich während des Krieges nur Anfänge nationaler Volkserziehung beobachten konnte und die Bestrebungen der hierzu 1916 besonders begründeten Gesellschaft „Milli Taslim ve Terbié Djémieti" unter dem Präsidenten am Appellationsgericht, Hadschi Evlia, dem Dichter Sami-Bei und dem Generalsekretär des Komitees Midhat Schükri-Bei im Sande verlaufen sah. Meine eigene Arbeit zur Gründung einer Jugendorganisation, der „Osmanli gentsch dernegleri" und zur Heranbildung der Offizierkorps zu Jugendführern und Volkserziehern hat zwar der Armee brauchbaren Nachwuchs geschaffen; ob sie aber bei den

Digitized by Google

neuerlichen Ereignissen weiter wirkt, entzieht sich meiner Beurteilung. Der jetzige Sultan scheint zwar äußerlich nach der Ententeseite zu neigen, das Volk aber sieht in ihm nicht den politischen Herrscher, sondern den religiösen Oberherrn, den Padischah, und will ihn sich in alter Souveränität erhalten wissen. Er bildet für dasselbe das Bindeglied zum Propheten, die Repräsentationsfigur der islamitischen Glaubensgemeinschaft, um die der Kampf geht. Aus diesen Gedankengängen des Volkes heraus sind die jetzigen Volksführer auch bestrebt, mehr als Enver und das bisherige Komitee, den panislamitischen Gedanken zur Geltung zu bringen. Neben dem in den Zeitungen vor allem genannten Aufstandsführer General Mustafa Kemal-Pascha nennt ein Drahtbericht aus Bern vom 3. September d. J. den Kapitän zur See Rauf-Bei. Abgesehen davon, daß er einer der volkstümlichsten Männer in der Türkei ist, an dessen kraftvoller Persönlichkeit ich bei persönlicher Begegnung stets meine helle Freude hatte, nicht weniger wie an seiner klaren Erkenntnis aller gegen sein Vaterland gerichteten englischen Machenschaften, ist er vor allem der Träger des pan-islamitischen Gedankens über das ganze türkische Gebiet, besonders auch zu den arabischen Elementen, welche vielfach mit den bisherigen jungtürkischen Auffassungen nicht einverstanden, sich dem Einflusse des ehemaligen Komitees zu entziehen suchten. Rauf-Beis Führerschaft bietet die Aussicht, daß hierin eine ausschlaggebende Änderung im Südosten des Türkenreiches vor sich geht.

Was den Hauptführer General Mustafa Kemal-Pascha anbelangt, so hat erstmals am 30. Juni die „Times" aus Athen gemeldet, man habe dort amtliche Mitteilung erhalten, Mustafa Kemal-Pascha habe sich, nachdem er unlängst zum Inspekteur der anatolischen Armee ernannt worden sei, an die Spitze eines gegen die türkische Zentralregierung (!) gerichteten Aufstandes gesetzt. Er fordere in seiner Proklamation die Bevölkerung auf, sich zur Verteidigung des Landes zusammenzuschließen (gegen die türkische Zentralregierung?). Man sieht schon aus dieser Berichterstattung eine wohl absichtliche Unklarheit hervortreten. Natürlich gab es schon längst keine türkische Zentralregierung mehr. Die umgebildete und seit Schluß des Waffenstillstandes wiederholt umgebildete türkische Regierung wurde ganz und gar von der Entente und nach ihren Bedürfnissen dirigiert. Konstantinopel wurde bekanntlich militärisch besetzt, unbequeme türkische Persönlichkeiten wurden gefangengesetzt, an Stelle der Zivilverwaltung traten militärische Kontrollorgane der Alliierten, und wenn das alles auch im Waffenstillstandsvertrag nicht vorgesehen war, man legte in bekannter Siegerwillkür das ganze türkische Staatsleben lahm und nahm es selbst in die Hand. Unter diesem Gesichtswinkel sind alle die nachfolgenden Zeitungsnachrichten zu beurteilen. Da heißt es am 30. Juni in der „Times": „Eine Sonderkommission ist von Konstantinopel nach Anatolien entsandt worden, um die dortige Bevölkerung zu beruhigen. Die türkische Regierung hat Mustafa Kemal-Pascha aufgefordert, nach Konstantinopel zu kommen; er hat sich jedoch geweigert." Über Bern

Digitized by Google

wird am 3. September bekannt, Mustafa Kemal-Pascha habe auf eigene Faust den Widerstand gegen die Entente (das klingt schon anders!) in der Türkei organisiert und Anatolien in drei militärische Zonen eingeteilt: Erzerum unter dem Kommando von Djemal-Pascha, Amasia, wo er selbst sich befinde und seinen Einfluß über das ganze Wilajet Brussa bis zur britischen Besatzungszone geltend mache, und Uschak, wo Rauf-Bei kommandiere, welcher die Organisation gegen die Griechen führe. Mustafa Kemal-Pascha habe sich zum Generalgouverneur von Anatolien ausrufen lassen. Seit 9. September beschäftigt sich besonders der „Corriere della Sera" lebhaft mit der inneren Lage der Türkei. Er betont, die Regierung in Konstantinopel verfüge über keinerlei Machtmittel und Leute, um sich gegen Mustafa Kemal-Pascha Geltung zu verschaffen; General Abdullah-Pascha sei von ihr nach Trapezunt und Erzerum entsandt worden, um Mustafa Kemal das Kommando zu entreißen, habe aber nicht gewagt, die Reise auszuführen. Die nationalistische Bewegung mache indes Fortschritte. Auf den ersten Nationalkongreß in Erzerum sei ein zweiter in Balikesir gefolgt und ein dritter stehe in Uschak, dicht am Operationsgebiet Kemals gegen die griechischen Truppen bei Smyrna unmittelbar bevor. Aus allen folgenden Nachrichten ergibt sich, daß die Bewegung über ein schon außerordentlich weitverzweigtes Netz von Organisationen verfügt, bis in den Kaukasus und nach Mesopotamien reicht. Berichte des „Corriere" sprechen von einem formellen Vertrag zwischen den Türken und der Republik Asserbeidschan, die am Kaspischen Meer über ein von türkischen Offizieren befehligtes Heer verfügen und unter Ali Meidan-Bei fanatisch muselmanisch gerichtet sei. Auch Georgien stehe im Bündnisvertrag mit den Türken von Baku. Die Georgier sollen die Absicht haben, die georgischsprechenden Landesteile muselmanischen Glaubens um Latistan an sich zu nehmen und sich anstatt an ein von allen Seiten bedrohtes Armenien an einen starken muselmanischen Block anzuschließen. In Mossul und Umgebung herrschen nach weiteren Nachrichten Unruhen, denen die englische Regierung offenbar nicht gewachsen ist. Zwei arabische Stämme von Mesopotamien rüsten zum Heiligen Kriege. Kein Wunder, daß am 16. September „Havas" berichtet, Lloyd George werde aus Paris abreisen müssen, um sich nach London zu begeben, die Arbeiten der Friedenskonferenz sollen auf eine Woche unterbrochen werden, nur das türkische Problem müsse weiter beraten werden.

Kurz nachher wird aus Versailles gemeldet, ein Vertreter des „Journal des Débats" sei vom Sultan Mehmed V. empfangen worden, der ihm gegenüber ausgesprochen habe, die Türkei befinde sich seit zehn Monaten mit Frankreich und seinen Alliierten weder im Zustand des Krieges noch dem des Friedens; diese beispiellose Lage bringe das Osmanische Reich in das schwerste moralische und materielle Elend. Er hoffe, daß die Alliierten die Unabhängigkeit der Türkei und ihr Anrecht auf türkischen Grund und Boden auf Grund eines tausendjährigen Besitzes anerkennen würden. Mitten im Waffenstillstande und gegen seine Abmachungen seien Gebiete des türkischen Besitzes,

Digitized by Google

obwohl dort keinerlei Unruhen geherrscht hätten, von Fremden besetzt worden, die der Türkei den Krieg nie erklärt haben. Es sei nicht zu verwundern, daß die Festsetzung der Griechen in Smyrna und die Nachricht, daß rein türkische Städte und Länder im westlichen Teil des türkischen Reiches der Türkei weggenommen werden sollen, den heftigsten Widerstand bei den türkischen Untertanen gefunden haben. Von der Friedenskonferenz erwarte die Türkei ein gerechtes Urteil.

Diese Sprache des recht englandfreundlichen Sultans Ende September d. J. läßt bereits deutlich erkennen, daß die Volkserhebung im Landesinnern seinem Herzen nicht ferne steht, wenn er sich auch nicht offen dazu bekennen kann, ohne Gefahr zu laufen, gefangengesetzt zu werden. Andererseits ist gar nicht zu bezweifeln, daß ein inneres Band zwischen dem Padischah und der Volkserhebung besteht und die Bevölkerung unausgesprochen für ihren Padischah im Namen des Islam kämpft. Solange er nicht in seinen Regierungsfunktionen durch Gefangensetzung völlig ausgeschaltet ist, wird sich daran nichts ändern und werden die Volksführer im Landesinnern in seinem Namen weiter werben, aufrufen und kämpfen. So ist es erwünscht, daß der Sultan selbst sein Verhalten so einrichtet, daß die Entente ihn nicht ausschalten kann.

Über den Haag wird Ende September aus Konstantinopel berichtet: „Die patriotische Bewegung unter General Mustafa gewinnt täglich an Bedeutung. In ausländischen Kreisen wird diese Bewegung nicht als eine aufrührerische, sondern als nationale Aktion bezeichnet, die den Zweck verfolgt, der ungerechten Behandlung, welche die Entente dem türkischen Volk zuteil werden läßt, Widerstand zu leisten. Sowohl die oberen Schichten, wie auch das Volk im allgemeinen stehen der Bewegung günstig gegenüber. Je mehr die Macht der Regierung (wohl der Entente?) abnimmt und diejenige Mustafa Kemals wächst, beginnen die ausländischen Einflüsse sich halbamtlich an ihn, dann an die Regierung zu richten."

Ein Drahtbericht aus Genf spricht von Mißerfolgen der bisherigen Politik der Alliierten gegenüber der Türkei und von einer Änderung in ihrer Haltung. Ein Leitartikel des „Temps" von Ende September gibt offen zu, daß keiner der Ententestaaten in der Lage sei, der nationalistischen Bewegung in Anatolien militärisch entgegenzutreten, die sich in gefahrdrohender Weise leicht zu einer panislamitischen Erhebung auswachsen könnte.

Diese doch wohl auf die Ansicht des Quai d'Orsay zurückzuführende Äußerung ist recht bedeutungsvoll. Man scheint tatsächlich auf dem Wege zu sein, über die Unabhängigkeit der Türkei zu verhandeln, und nach dem „Temps" scheint man in diese Verhandlungen auch die Führer der nationalistischen Erhebung einbeziehen zu wollen. Die Persönlichkeiten dieser Führer bürgen dafür, daß die Türken dabei nicht übers Ohr gehauen werden. Mustafa Kemal-Pascha ist angestammter Anatolier, liebt sein Heimatland über alles, ist von glühendem Patriotismus und von gesundem Ehrgeiz be-

Digitized by Google

seelt. Er kennt sein Volk und das türkische Heer in all seinen Schwächen und Vorzügen und ist reich an Kriegserfahrungen von den verschiedensten türkischen Kriegsschauplätzen. Neben ihm wird der Kapitän zur See Rauf-Bei seinen Mann sowohl in der Aktion selbst, wie bei etwaigen Verhandlungen stellen. Er kennt vor allem den Engländer, in dessen Marine er gestanden und dessen Marinekommission in Konstantinopel mit ihrem vernichtenden Wirken gegen die Türkei er nicht vergessen hat, wie ich aus Gesprächen mit ihm entnehmen konnte. Die Türkei hat wieder Männer gefunden, Männer der Tat, obwohl Enver in ihren Reihen fehlt, und braucht deshalb die Hoffnung auf Erfolg nicht aufzugeben. Das Volk, welches hinter diesen Männern steht, ist noch fähig, fanatisch zu hassen, und scheut sich deshalb nicht, noch einmal zur Waffe zu greifen. Daß es soweit gekommen, ist eigene Schuld der Alliierten. Nicht nur, daß ihr Hauptvertreter, der Oberkommandierende der Gesamttruppen im Osten, General Franchet d'Esperay, in unerhört rücksichtsloser Weise gegen die Türken nach dem Waffenstillstand auftrat, noch viel mehr Erbitterung rief der Einmarsch griechischer Truppen in Konstantinopel und vor allem der gewaltsame Einfall solcher in Smyrna hervor. Man lernt nur im Lande selbst den tiefgehenden Haß zwischen Türken und in der Türkei ansässigen Griechen kennen. Ich erinnere mich lebhaft der Zeit, wo Venizelos darauf drängte, den Türken den Krieg zu erklären, wie aber damals auf Vorstellung des griechischen Patriarchen in Konstantinopel davon Abstand genommen wurde, weil das Schicksal der osmanischen Griechen in diesem Falle besiegelt gewesen wäre. Umgekehrt sind jetzt die bei Smyrna gelandeten griechischen Truppen mit Mord und Brand über die schöne Hafenstadt hergefallen, und in den Tälern der Umgebung bis Aidin hat sich ein regelrechter Guerillakrieg zwischen Türken und Griechen entwickelt, in den Rauf-Bei einzugreifen anscheinend bei Uschak bereit ist.

Wie sich die Dinge in Vorderasien weiter entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Der Landeskenner kann sich wohl vorstellen, daß die Entente der Lösung der Frage recht ratlos gegenübersteht. Große Truppenmassen müßten nach Anatolien geschafft werden. Die schon in der Türkei befindlichen reichen nicht aus und sind kriegsmüde; die in die Heimat zurückgekehrten sind es nicht weniger. In England erklärt man sich in Arbeiterkreisen heftig gegen jegliches Eingreifen britischer Truppen in Rußland und wird kaum für eine neue Übersee-Expedition gegen die Türken zu haben sein. Wenigstens weist „Daily Express" gerade jetzt ausdrücklich auf die schlechte wirtschaftliche Lage Englands hin und erklärt, daß man kein Geld mehr für kriegerische Unternehmungen hinauswerfen dürfe. Nach den Erfahrungen des Gallipolifeldzuges kann England die Kosten für Truppentransporte nach Kleinasien, Errichtung von Etappenlinien und Verpflegungsstationen und was alles mit einer solchen Expedition verbunden ist, als recht gewaltige ja leicht errechnen. Frankreich ist nicht in der Lage, sich zu beteiligen, und pflegt lediglich seine bedrohten Interessen in Syrien, weit entfernt davon, nach Hintergehung durch England

Digitized by Google

sich für dessen Wünsche in Zentral-Kleinasien und Mesopotamien zu erwärmen. Italien ist einstweilen zufrieden mit dem Zwölf-Insel-Sprungbrett und bereit, irgendeine günstige Gelegenheit zu benützen, auf das kleinasiatische Festland überzuspringen. Amerika hält vorsichtig zurück, und einstweilen sind nur die Griechen um Smyrna — vielleicht von der Entente vorgeschoben — kämpfend aufgetreten.

Wenn nun dennoch Ententetruppen gegen Mustafa Kemal-Pascha auftreten sollten, so wird dies zugunsten seiner Truppenorganisation wohl reichlich lange dauern und dann zu äußerst schwierigen Operationen führen, denen ein ausschlaggebender Erfolg kaum beschieden sein dürfte. Der Türke wird einen erfolgreichen Guerillakrieg im ganzen Lande führen und sich nicht fassen lassen. Aus näherer Kenntnis der einzelnen Landesteile kann ich mir ausmalen, wie da und dort in dem unwegsamen Land aus Gebirgsklüften und von Randgebirgen her türkische Freischaren dem Gegner überraschend entgegentreten, um ebenso rasch und ohne sich in ernste Kämpfe mit ihm einzulassen, wieder zu verschwinden. In derselben Weise werden Etappenorte, Verpflegungsstationen und etwa in die Hand genommene Bahnstrecken dauernden Überfällen ausgesetzt sein. Zunächst sind die wenigen Bahnen in der Hand der Türken und auf allen Strecken zufolge der Gestaltung des Landes in Engen und auf Pässen leicht in der Gewalt zu behalten. Großzügige Ententemanöver finden kein rechtes Ziel und keinen ausgesprochenen Angriffspunkt, von einer Besetzung des Landes kann gar keine Rede sein. Die eingangs ausdrücklich hervorgehobenen Schwierigkeiten für die Truppenoperationen im Weltkrieg im türkischen Gebiet, die Rückständigkeit des Landes werden auf einmal zum Bundesgenossen des Türken — eine eigenartige Wandlung der Dinge. Zum starken Bundesgenossen wird weiterhin der einende islamitische Glaube, das Gefühlsleben, welches im heiligen Kampf damit unter den Moslems wieder erstarkt, indes in anderen Ländern unter kalter politischer und wirtschaftlicher Berechnung und rein materialistischem Denken die Ideale nationaler Begeisterung völlig im Schwinden begriffen sind. Häufen sich auf seiten der Alliierten auch die technischen und die Ernährungsschwierigkeiten, so vermag andererseits Mustafa Kemal durch geschickte Verteilung seiner Truppen über das ganze anatolische Gebiet beider leichtlich Herr zu werden. Man muß, um dies zu behaupten, gesehen haben, wie Hunderte und Tausende von Türken irgendwo unterzuschlüpfen und unterzukriechen verstehen, wo uns eine Unterbringung ganz undenkbar scheint, und man muß die völlige Anspruchslosigkeit in der Ernährungsfrage kennen, der das Land aus eigenem Erträgnis selbst nach dem Kriege noch gerecht werden wird. Hier in den anatolischen Gefilden herrscht tatsächlich ein idealer Kommunismus, der jedem einen Unterschlupf und das Nötigste zum Leben bietet, freilich tief unter den Grenzen dessen, was wir uns auszudenken vermögen. Im großen Kriege haben sich für den Fall, daß es zu ernsteren Kämpfen kommen sollte, überall Waffen angesammelt, Munition und Materialien zu ihrer Herstellung sind übrig-

Digitized by Google

geblieben und in ehemaligen Etappenorten und Depots des Landesinnern weithin zerstreut. Der Freiheitskämpfer Mustafa Kemal wird sich dies zunutze machen, ja aus dem früher in dieser Zeitschrift gekennzeichneten Nomadentum seiner Türken jetzt Vorteil ziehen können. Zu allem hin sind es, dies wollen wir nicht vergessen, die letzten noch übrigen anatolischen Männer, die für die Unabhängigkeit ihrer Scholle im eigenen Land erneut in den Kampf getreten sind. Wo sie fechten müssen, liegt hinter ihrem Rücken das heimatliche Tschiftlik, ihr Dorf, und der Glaube, daß Allah nicht will, daß der Fremde hier siegt, wird die Freischaren zu zähem und fatalistischem Ausharren gegen den verhaßten und glaubenstörenden Eindringling stärken.

Greift die Bewegung unter pan-islamitischem Einfluß vollends auf arabische und kurdische Stämme über, so stehen wir vor einer überraschenden Wende in der türkischen Geschichte unter dem Zeichen des nicht mehr erwarteten heiligen Krieges. Dann sind vielleicht die ungeheuren Opfer nicht umsonst gewesen, welche der türkische Bundesgenosse im Weltringen gebracht hat. Daß er sie nicht für sich allein, sondern auch für die gemeinsame Sache brachte, sollten wir um so weniger vergessen, als der mehrfach genannte Freiheitskämpfer Rauf-Bei eben heute, am 31. Oktober vor einem Jahre, beim Abschluß des Waffenstillstandes zwischen der Türkei und der Entente als erste Bedingung den freien Abzug der deutschen Bundesgenossen gestellt haben soll.

Schwankungen in der modernen Physik

Von

Dr. Felix Jentzsch-Graefe, Privatdozent an der Universität Gießen

Im Gespräch mit Vertretern anderer Fächer hört man oft die Physik als das Musterbild einer exakten Wissenschaft rühmen, als dasjenige Gebiet unserer menschlichen Erkenntnis, wo alle Resultate und Begriffe ganz besonders sicher und fest verankert sind. Den Physiker selbst beschleicht dabei oft ein etwas unbehagliches Gefühl, leben wir doch gerade jetzt in einer Zeit des Umsturzes oder wenigstens der Kritik aller Grundlagen. Es ist natürlich etwas ganz Selbstverständliches, daß auch in der Physik, wie in jeder Wissenschaft, wo Entwicklung herrscht, die Begriffe sich fortbilden, daß auch hier durch neue Resultate die alten Systeme unserer Erkenntnis umgewandelt und bisweilen vollständig umgestürzt werden. Das wäre nichts besonderes! Man muß aber noch weiter gehen und bekennen, daß die Verfeinerung unserer Methoden, besonders die Elektronenforschung und die Ultramikroskopie der kolloidalen Lösungen es mit sich gebracht haben, daß fast sämtliche vorher fest umgrenzten Begriffe ihre festen Grenzen verloren haben, und zwar nicht gerade ins Wesenlose aufgehen, sich aber schließlich nur

Digitized by Google

noch als Mittelwerte halten lassen. Es gibt nichts ganz Festes mehr. Selbst anscheinend so feste, klare Begriffe wie Volumen, Oberfläche, Dichte hören auf Begriffe mit ganz scharfen Grenzen zu sein. Die Erscheinungen der Natur sind in einem ständigen Strömen und Fluten, das sich um diese Grenzen auf und ab bewegt. Andere, anscheinend nicht minder klare Begriffe, wie etwa die Temperatur, haben überhaupt nur einen Sinn, wenn man dies Hin- und Herfluten zugrunde legt. Erst aus der Unordnung der Teile erheben sich die Begriffe mancher Eigenschaften der Gesamtheit. So kann man z. B. nicht von der Temperatur einer einzelnen Molekel sprechen, nur von der eines Molekelhaufens. Man glaubte lange und manche philosophische Systeme glauben auch heute noch, die Natur sei einfach. Die Natur ist aber kompliziert, und es wird unmöglich sein, sie auf wenige ganz einfache Prinzipien zurückzuführen. Alles fließt.

Es handelt sich hier letzten Endes um den Kampf zweier Weltanschauungen, der energetischen oder thermodynamischen Betrachtungsweise einerseits und der atomistischen Theorie, die mit Statistik und dem Bilden von Mittelwerten arbeitet, andererseits. In diesem Kampf scheint die letztere heute endgültig zu siegen.

Nach der Blüte der klassischen Mechanik erlebten wir schon um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts die erste moderne Atomtheorie, wenn wir von den mehr philosophischen Systemen früherer Zeiten absehen. Sie entwickelte sich aus den Anfangsgründen der Chemie und knüpft sich etwa an die Namen Dalton, Avogadro und Berzelius.

Es kam dann noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zeit der großen Prinzipien. Es wurde der Erhaltungssatz, das sogenannte Energiegesetz, aufgestellt, es wurde der Begriff der Entropie geschaffen und damit das unverwüstliche Gebäude der Thermodynamik erreicht. Man lernte weiter das Prinzip der „kleinsten Wirkung" gebrauchen. Damals glaubte man mit diesen großen Prinzipien alles Naturgeschehen erklären zu können, indem man sagte, es kann keine Materie vernichtet werden, es kann keine Energie vernichtet werden, es können nur solche Vorgänge stattfinden, bei denen die Entropie gleich bleibt oder vermehrt wird, d. h. nur solche Vorgänge, die mit dem Erfahrungssatz in Übereinstimmung stehen, daß Wärme stets vom heißeren zum kälteren Körper fließt, niemals umgekehrt. Danach wird alles Naturgeschehen in umkehrbare, sogenannte reversible, und unumkehrbare oder irreversible Vorgänge eingeteilt. Hier wären etwa die Namen Robert Mayer, Helmholtz, Clausius zu nennen.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich dann, aus dem Bemühen heraus, die Wärme auf verborgene Bewegungen zurückzuführen, etwas grundsätzlich ganz anderes, die kinetische Gastheorie. Danach besteht die Materie aus äußerst vielen, einander ganz gleichen Molekeln, deren regellose Durcheinanderbewegung in Stoß und Rückprall alles Weitere erklären sollte. Das gelang tatsächlich im weiten Umfange für die Gase. Auf die

Digitized by Google

Flüssigkeiten und festen Körper konnte man die Theorie zunächst nicht weiter ausdehnen, glaubte aber, daß sie eines Tages sich würden in derselben Weise erklären lassen. Hier wären die Namen Krönig, Clausius u. a. zu nennen. Der Skeptiker könnte denken, man hätte nur gewissermaßen die Eigenschaften der Körper in die der Atome verlegt und es wäre eigentlich keine Erklärung, sondern nur eine Verschiebung des Problems eingetreten. Das wäre allerdings keine wertvolle Leistung. Denn man kann natürlich jede Eigenschaft der Körper erklären, wenn man sie schon in den Atomen voraussetzt. Aber das ist auch nicht der Fall. Die kinetische Gastheorie begnügt sich vielmehr mit wenigen, ganz einfachen Grundannahmen und vermag damit einen großen Komplex sehr verschiedenartiger Erscheinungen zu erklären. Insbesondere gelingt es, die Unumkehrbarkeit mancher Vorgänge zu erklären und somit den Satz von der Vermehrung der Entropie in Einklang mit der Mechanik zu bringen.

Gleichzeitig, und die Atomistik bald an Bedeutung weit übertreffend, entwickelte sich ein anderer Standpunkt in der Physik, der die ganze zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, besonders die achtziger und neunziger Jahre, beherrschte. Das ist die Zeit der Maxwellschen Gleichungen, die von den Kraftlinien und Spannungen im Äther ausgehen, vor allem aber nur ein Kontinuum kennen und keine aus diskreten Teilen aufgebaute Materie. Mit diesen Zauberformeln gelang es, den gesamten vielgestalteten Bereich der elektrischen und magnetischen Erscheinungen zusammenzufassen in wenige Zeilen mathematischer Symbole. Man konnte immer wieder neue Erscheinungen aus ihnen voraussagen, die sich sämtlich erfüllten. Von diesen Triumphen sei hier nur die drahtlose Telegraphie erwähnt und die Idee des elektromagnetischen Spektrums, wonach sich an die optischen Schwingungen auf der einen Seite die chemisch wirksamen, ultravioletten Strahlen und auf der anderen Seite die ultraroten Wärmestrahlen und freien elektrischen Schwingungen in lückenloser Folge anschließen. Auch das Relativitätsprinzip stammt wohl noch aus dieser Wurzel. Es ist allgemein bekannt, wie mit dem Relativitätsprinzip ein umfassender Gesichtspunkt gewonnen wurde, von dem aus sich das ganze Universum betrachten läßt.

In der Blütezeit der Energetik und der elektromagnetischen Ättertheorie wurde die Atomistik „als eine naive, kindliche, zumindest entbehrliche Hypothese" bezeichnet, z. B. von Mach. Indessen, nach einer Pause von mehreren Jahrzehnten, kam sie wieder zu erneuter Anerkennung, als der Durchgang der Elektrizität durch Gase studiert wurde, als man die Kathodenstrahlen und andere Korpuskularstrahlen, und vor allem, als man die Radioaktivität entdeckte, Erscheinungen, die so gar nicht mit den bisherigen Theorien zu erklären waren. Es drängte sich der Begriff der Elektronen auf. Die Elektronentheorie ist im Grunde nichts anderes als die kinetische Gastheorie, nur in ein höheres Stockwerk verlegt. Hier sind nicht mehr die Atome das Ursprüngliche, sondern sie gelten als aufgebaut aus kleinen elektrischen Teilchen,

Digitized by Google

die im ganzen Universum die gleichen sein sollen. Es schien die Zeit nahe gerückt, wo die Materie und damit alle ihre mechanischen Eigenschaften ausschließlich auf elektrische Erscheinungen zurückgeführt werden könnte. Es sind nicht alle Hoffnungen der Elektronentheorie in Erfüllung gegangen, aber sie gab den Anstoß zu der noch viel weitergehenden Zerstückelung der Natur, wie sie in der Quantentheorie, der modernsten Schöpfung der Physik, vor uns steht.

Hier wird auch die Strahlung ihres kontinuierlichen Charakters entkleidet. Es gilt nicht mehr als möglich, eine beliebig kleine Lichtmenge herzustellen. Die Energie selbst, und damit auch die Entropie, besteht aus einzelnen diskreten Teilen, eben den sogenannten Quanten.

Heute haben wir eigentlich nur noch zwei kontinuierliche Begriffe in unserer Weltanschauung, den Raum und die Zeit. Wer kann wissen, ob nicht auch diese noch eines Tages atomisiert werden? Vielleicht gibt es auch im Raum ein Elementarvolumen und in der Zeit einen Elementarmoment. Dann würden die Sätze der Geometrie nur Mittelwerte darstellen und alles Geschehen würde sich schritt- und ruckweise, nicht kontinuierlich abspielen. Daß dann natürlich auch die Gedanken an sich etwas Diskontinuierliches haben müssen, das wir danach auch nur in Quanten denken können, wäre dann sicher. Das alles mag in ferner Zukunft liegen. Die nächste Entwicklung wird uns jedenfalls eine Versöhnung der beiden Richtungen bringen, eine Vereinigung der Kraftfeldertheorie und der atomistischen und Quantenauffassung.

Was uns diese ganzen Krisen gebracht hat, war der Übergang von der makroskopischen zur mikroskopischen Betrachtungsweise. Dem Makroskopiker erscheint die Welt einfach und von großen Prinzipien beherrscht, der mikroskopischen Betrachtungsweise dagegen erscheint sie so unendlich kompliziert, daß man vielleicht die Hoffnung aufgeben muß, in alle Einzelheiten der Natur einzudringen. Man kann sich nur durch Bildung von Mittelwerten helfen und muß sich mit den Durchschnittszahlen der Statistik begnügen. Wenn nun aber die physikalischen Größen, die sich zur Messung darbieten, aus nur statistischen Ursachen entstehen, so ist es klar, daß sie sich für eine gröbere Betrachtungsweise zwar noch als feste Größen darstellen lassen, daß sie aber für den mikroskopischen Naturbetrachter überhaupt keinen festen Wert haben, sondern daß dann ständige Schwankungen um diesen Wert herum auftreten müssen und daß man in geeigneten Fällen und mit genügend feinen Hilfsmitteln diese Schwankungen auch muß feststellen können.

Betrachten wir als einfachstes Beispiel ein geschlossenes Gefäß voll irgendeinem Gase, so ist z. B. der Begriff der Dichte, d. h. die Masse, die sich in der Einheit des Volumelementes befindet, für den makroskopischen Beobachter etwas ganz Eindeutiges. Für den mikroskopischen Beobachter besteht das Gas aus einem ungeheuren Schwarm von Molekeln, und die Dichte ist die Zahl der Molekeln im Volumelement. Wenn diese aber in beständiger Bewegung begriffen sind, so werden augenscheinlich durch die Grenzen

Digitized by Google

eines herausgegriffenen Volumteilchens in jedem Augenblick viele Molekeln hindurchtreten. Ungefähr ebensoviel, wie auf der einen Seite neu hinzukommen, werden es auf der anderen Seite wieder verlassen. Die Dichte kann also nur durch die Zahl der Molekeln bestimmt werden, die sich in einem bestimmten Moment gerade darin befinden. Sollten nun wirklich in einer bestimmten Zeitspanne gerade 1000 eintreten, könnten es nicht auch 1001 sein oder 999? Man braucht nur die Frage aufzuwerfen, um ohne weiteres klarzulegen, daß man von einer bestimmten Dichte, einer mathematisch feststehenden Zahl, für den mikroskopischen Beobachter überhaupt nicht anders als von einem durchschnittlichen Werte sprechen kann. Es ist selbstverständlich, daß für ihn die Dichte einer gewissen Schwankung unterworfen ist. Nimmt man dazu, daß nach den Grundanschauungen der kinetischen Theorie auch die Geschwindigkeit der Molekeln sehr verschieden ist und nur um einen bestimmten Mittelwert herumliegt, so folgt, daß ähnliche Schwankungen auch alle übrigen aus der Zahl und Energie der Molekeln abgeleiteten Begriffe aufweisen müssen, z. B. die Temperatur. Die Temperatur ist nach den bekannten grundlegenden Auffassungen nichts anderes als die in der Bewegung der Molekeln enthaltene Energie. Es wird also in unserem Gasvolumen auch die Temperatur ständig kleinen Schwankungen unterworfen sein. Ferner, wenn wir z. B. zwei Sorten von Molekeln in unserem Gasvolumen haben, etwa atmosphärische Luft, die ja in der Hauptsache ein Gemisch aus Stickstoff und Sauerstoff ist, so wird das Mischungsverhältnis nicht zu allen Zeiten das gleiche sein, sondern es werden sich auch hier Schwankungen zeigen. Es wird also möglich sein, daß in einem bestimmten Moment auf der einen Seite unseres Volumens „zufällig" mehr Sauerstoff, auf der anderen Seite mehr Stickstoff ist usw.

Ist das alles mehr wie Hypothese? Besteht Aussicht, diese zufälligen Schwankungen, bei denen es sich doch sicher nur um winzige Beträge handelt, wahrnehmbar zu machen? Es scheint zunächst unmöglich, aber doch ist es der Fall. Denn nun kommt uns Hilfe von der mathematischen Analyse, von der Analyse des Zufalls. Wir wollen uns hier nicht auf die philosophischen Erörterungen einlassen, die sich an den Begriff „Zufall" angeschlossen haben. Für uns Physiker ist Zufall keineswegs bloß die „Negation des Gesetzmäßigen". Sondern Zufall in physikalischem Sinne ist nichts weiter als das Eintreffen eines von vielen möglichen Fällen. Und die „Analyse des Zufalls" berechnet die Wahrscheinlichkeit für das Eintreffen eines bestimmten Falles. Man sollte wohl besser dafür „Möglichkeitsgrad" sagen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Wahrscheinlichkeit irgendeines Ereignisses sich nach dem sogenannten Gaußschen bzw. Maxwellschen Verteilungsgesetz regelt. Danach können für irgendeine Größe alle überhaupt möglichen Werte von minus unendlich bis plus unendlich vorkommen, aber ein Wert bleibt der wahrscheinlichste, und der Möglichkeitsgrad stark abweichender Werte ist außerordentlich gering. So sind beispielsweise unter 10000 Molekeln mit einer mittleren Geschwindigkeit w durchschnittlich nur 55 vorhanden, deren

Digitized by Google

Geschwindigkeit mehr als das Doppelte dieses Durchschnittswertes beträgt. Ähnlich liegt der Fall für ganz kleine Geschwindigkeiten. Immerhin sind größere Abweichungen zwar äußerst unwahrscheinlich, aber schließlich nicht unmöglich. Gegen diese ganze Art zu schließen, kann man nun sehr gewichtige Einwände erheben. Vor allem kann man sagen, daß doch der zweite Hauptsatz der Thermodynamik lehrt, alle Naturvorgänge gingen nur in einer ganz bestimmten Richtung vor sich, Wärmeströme niemals von einem kalten Körper zum warmen hin, sondern stets in umgekehrtem Sinne. Wenn aber solche Abweichungen vom Durchschnittswert, wenn derartige Schwankungen überhaupt möglich sind, so müßte es vorkommen können, daß gelegentlich durch die Grenze eines kalten gegen einen warmen Körper mehr Bewegungsenergie, d. h. mehr Wärme in der Richtung zum warmen Körper hin geführt wird als umgekehrt. Diesen Widerspruch gegen den zweiten Hauptsatz kann man in der Tat nicht anders lösen, als indem man ihn einschränkend so formuliert, daß eine Wärmebewegung vom kalten zum warmen *auf die Dauer* unmöglich ist, d. h. für den makroskopischen Beobachter. Für den mikroskopischen Beobachter dagegen kann sie allerdings vorübergehend einmal auftreten.

Ein weiterer sehr interessanter Einwand gegen die statistische Betrachtungsweise ist der sogenannte *Umkehreinwand* von Loschmid (1876). Wenn man eine bestimmte Verteilung der Molekeln nach Lage und Geschwindigkeit herausgreift, so ist diese Verteilung die unmittelbare Ursache für alle weiteren Schicksale jeder einzelnen Molekel und für alle Zustandsänderungen des ganzen aus ihnen aufgebauten abgeschlossenen Systems. Es wäre dann auch möglich, daß in einem anderen Moment sämtliche Molekeln zwar dieselbe Lage, aber die entgegengesetzte Geschwindigkeit hätten. Dann müßten augenscheinlich alle Zustandsänderungen unseres betrachteten Systems im umgekehrten Sinne verlaufen als beim ersten Male. *Das Weltgeschehen würde rückwärts laufen.*

Ein anderes Bedenken gegen die Statistik liefert der sogenannte *Wiederkehreinwand* von Zermelo (1896). Nach einer gewissen, vielleicht sehr langen Zeit könnte genau die gleiche Verteilung der Molekeln und ihrer Geschwindigkeit wieder auftreten, wie sie früher schon einmal geherrscht hat. Wir haben in einem abgeschlossenen System ja nicht unendlich viele Molekeln, sondern nur eine bestimmte endliche Zahl. Demzufolge ist auch die Zahl der möglichen Verteilungen — „Komplexionen" sagt man dafür in der Physik — nur eine endliche, und es wäre denkbar, daß nach sehr langer Zeit *genau die gleiche Welt, wie sie heute in Trümmer geht, wieder entsteht.*

Gegen alle diese Einwände läßt sich nicht viel sagen, höchstens gegen den „Umkehreinwand", daß er eine bestimmte Ordnung der molekularen Bewegung annimmt, während die ganze Theorie gerade auf der allgemeinen „*molekularen Unordnung*" beruht. Man muß die aus ihnen gezogenen Schlüsse als zulässig anerkennen, aber man muß betonen, daß die Wahrscheinlichkeit, der Möglichkeitsgrad dafür, daß etwas Derartiges eintritt, so außerordentlich

Digitized by Google

gering ist, daß man diese Fälle für gewöhnlich gänzlich außer Betracht lassen kann.

Denn die Zahl der Komplexionen ist in den meisten Fällen so ungeheuer, daß man nur die Mittelwerte beobachten kann. Anders würde es in Fällen liegen, wo die Zahl der Molekeln klein genug ist, so daß das Fehlen oder Hinzutreten einer einzigen Molekel auf die Gesamtwirkung einen Einfluß ausübt, der nicht wie 1 zu Milliarden mal Milliarden, sondern etwa wie 1:1000 oder 1:100 oder noch stärker ist. Solche Fälle sind nun tatsächlich realisierbar, und dann müssen wir die bisher nur theoretisch als möglich anerkannten Schwankungen tatsächlich wahrnehmen und die wunderbaren Folgerungen beobachten können.

Betrachten wir noch einmal unser kleines Gasvolumenelement. Denken wir uns in ihm einen Körper eingebettet, der beträchtlich größer als die Molekeln ist. Er wird von allen Seiten Stöße der Molekeln erleiden. Im Durchschnitt wird die Zahl dieser Stöße sich aufheben, so daß der Körper im wesentlichen in Ruhe bleibt. Wenn wir aber nur genügend feine Beobachtungsmittel haben, so ist die Sache doch etwas anders, z. B. mag unser Probekörper in einem bestimmten Moment von der einen Seite 1000 Stöße, von der anderen Seite 1001 erleiden. Er müßte sich also unter der Einwirkung dieses einen überzähligen Stoßes bewegen. Wenn er tausendmal so groß wie eine Molekel ist, seine Masse also etwa eine Milliarde mal so groß wie die einer Molekel, so würde er sich mit dem milliardsten Teil der Geschwindigkeit der stoßenden Molekel nach der anderen Seite bewegen. Das ist vielleicht nicht mehr wahrnehmbar, außerdem würden sich diese überzähligen Stöße außerordentlich schnell wiederholen und dabei nach Richtung und Stärke schnell wechseln. Er wird vibrieren, aber sicherlich nicht in Ruhe bleiben. Aber beobachten können wir diese Schwankungen erst dann, wenn wir den Probekörper genügend klein wählen. Das gelingt tatsächlich, ohne daß man ihn so klein zu wählen braucht, daß er nicht mehr sichtbar wäre. Diese Bewegung nennt man, da sie ja von den Molekeln verursacht wird, nach ihrem Entdecker die Brownsche Molekularbewegung. Sie ist schon 1827, vor fast hundert Jahren, beschrieben worden, wenn man auch erst etwa 1904 dazu gekommen ist, sie näher zu erforschen und vor allem messen und berechnen zu können. Im übrigen ist sie jedem, der einmal ein Mikroskop benutzt hat, genau bekannt. Die kleinen Einbettungen verschiedener Art, die sich in jedem flüssigen mikroskopischen Präparat finden, zeigen alle diese Vibrationsbewegung. Die großen Teilchen langsamer, die kleinsten oft so schnell, daß sie sofort das Gesichtsfeld wieder verlassen.

Die Brownsche Molekularbewegung ist das Abbild des molekularen Aufbaues eines Gases. Die Flüssigkeiten und festen Körper sind natürlich ebenfalls aus einzelnen Molekeln aufgebaut, wenn auch charakteristische Unterschiede auftreten. So müssen wir mindestens bei den festen Körpern annehmen, daß die Molekeln sich nicht mehr auf längere Strecken durcheinander bewegen,

Digitized by Google

sondern daß sie an die Nähe bestimmter Punkte gebunden sind, um die herum sie schwingungsartige Bewegungen vollführen. Diese Ruhelagen werden aufrecht erhalten durch die Kräfte, die die Molekeln aufeinander ausüben und die nach außen hin als die elastischen Eigenschaften des Körpers zu bemerken sind. Der Wärmeinhalt der festen Körper besteht dann in der Energie der Schwingungsbewegung um die Ruhelagen herum. So kommen wir in einfacher Weise zu einer Beziehung zwischen der spezifischen Wärme und den elastischen Eigenschaften, ja noch weiter zu der Frequenz der Eigenschwingungen, die die Molekeln auszuführen imstande sind, d. h. zu ihren Absorptions- und Emissionslinien im Spektrum. Die moderne kinetische Theorie der festen Körper hat es mit Hilfe der sogenannten Quantenlehre ermöglicht, die spezifische Wärme zu berechnen aus den elastischen Eigenschaften und die Lage der Spektrallinien aus der spezifischen Wärme.

Wieder werden wir mit besonderem Interesse nach Erscheinungen forschen, wo man die auch hier zu erwartenden Schwankungen makroskopisch beobachten kann. Man hat lange vergeblich danach gesucht, bis es im Jahre 1913 dem genialen Physiker Professor v. Laue gelang. Wenn überhaupt die Molekulartheorie der festen Körper richtig ist, so müssen augenscheinlich in den Kristallen die Molekel besonders regelmäßig angeordnet sein. Sie liegen etwa in den Ecken eines Würfels oder anderer einfacher Figuren, sie bilden ein sogenanntes „Raumgitter". Bekanntlich werden nun Lichtwellen an einem Gitter gebeugt, wobei es wesentlich auf das Verhältnis der Wellenlänge zur sogenannten Gitterkonstante, d. h. dem Abstand entsprechender Teile des Gitters ankommt. Wenn man nun Strahlen hätte, deren Wellenlänge im richtigen Verhältnis zur Konstante der Raumgitter in den Kristallen steht, so würde man auch hier Beugung erhalten — das war Laues Grundgedanke. Er fand die geeignete Wellenlänge bei den Röntgenstrahlen. Als er ein dünnes Büschel von Röntgenstrahlen durch eine Kristallplatte hindurchtreten ließ, fand er auf der photographischen Platte nicht, wie sonst, einen einfachen Fleck, sondern dieser war umgeben von zahlreichen weiteren Flecken von regelmäßiger Anordnung. Das ist die Beugungswirkung der im Raumgitter angeordneten Molekeln bzw. Atome selbst. Die Abstände und Lage der Flecken stimmten genau mit der Theorie überein. So konnte Laue mit einem Schlage die Wellennatur der Röntgenstrahlen und die Richtigkeit der kristallographischen Strukturtheorien gleichzeitig beweisen. Aber die Atome ruhen nicht in ihren Lagen fest, sie schwingen ja hin und her. Wie werden wohl diese Wärmeschwingungen auf die Beugung der Röntgenstrahlen wirken? Die ursprüngliche Theorie war nur gegründet auf Annahme fester Raumgitter, doch bald zeigten die Rechnungen von Debije, daß durch die Wärmebewegung des Raumgitters die Lage und Schärfe der Interferenzpunkte nicht beeinträchtigt, sondern nur durch eine allgemeine diffuse Überlegung ihre Intensität herabgesetzt wird. Er berechnete noch weitere Einzelheiten, wie vor allem die Intensitätsverteilung innerhalb der Flecken. Man fand alle Einzelheiten am Turmalin und Stein-

Digitized by Google

salzkristallen in dem weiten Bereich zwischen der Temperatur der flüssigen Luft und Rotglut vollkommen durch die Erfahrung bestätigt. Es ist das einer der bedeutendsten Fortschritte der Physik in den letzten Jahren und mit eine der besten Stützen für die Richtigkeit unserer Grundanschauungen.

Damit kommen wir zu einem neuen Gebiet, das wir noch etwas eingehender behandeln wollen, nämlich dem Verhältnis der Schwankungen zur Ausbreitung und zum Durchgang des gewöhnlichen Lichtes. Nach den geschilderten Grundanschauungen ist alle Materie ein trübes Medium. Der Durchgang des Lichtes besteht in einer fortgesetzten Beugung an vielen kleinen Teilchen. Die Gesetze der trüben Medien aber sind seit langem bekannt. Am besten oder charakteristischsten treten sie am Opal auf, wenigstens wurden sie hier zuerst genauer beachtet. Daher nennt man die ganze Erscheinung Opaleszenz. Sie wurde z. B. von Goethe aufs genaueste beschrieben und ist in seiner Farbenlehre so eingehend dargestellt, daß man auch heute kaum imstande ist, viele wesentliche Einzelheiten neu hinzuzufügen. Betrachten wir zunächst nur ein einzelnes Teilchen und stellen uns vor, wie die verschieden langen Lichtwellen an ihm vorbeirauschen. Es erscheint klar, daß ganz lange große Wellen unverändert über unser Teilchen hinweggehen werden, daß mittlere ein klein wenig gekräuselt werden, dabei wohl auch an Energie verlieren, daß aber genügend kurze Wellen zur Seite geworfen, reflektiert und gebeugt werden, wie wir es an einer Wasseroberfläche oft ähnlich beobachten können. So ist es auch mit den verschiedenen Farben des Spektrums. Die langen Wellen des roten Lichts laufen in einem Medium über die eingebetteten Teilchen hinweg und treten auf der anderen Seite ziemlich unverändert, nur wenig geschwächt, wieder aus. Die kurzen Wellen, das blaue Licht hingegen, werden nicht hindurchgelassen, sondern zur Seite gebeugt. So ist es das optische Kennzeichen eines trüben Körpers, daß er im durchscheinenden Licht rot, dagegen seitlich betrachtet blau aussieht. Goethe drückte das so aus, „er sehe gegen das Helle rot, gegen die Finsternis gehalten tiefblau aus". Jedes durchsichtige Milchglas zeigt diese Erscheinungen, wir können es täglich an Lampenglocken, im Zimmer und auf der Straße beobachten, wir können es an Bahnhöfen und Fabrikanlagen, am Rauch der Schornsteine sehen, wie die Sonne, die durch den Rauch hindurchscheinend rot gefärbt wird und wie von der Seite beleuchtet der Rauch blau aussieht. Und endlich sehen wir es am schönsten an dem großen täglichen Experiment eines Sonnenunterganges. Die Sonne färbt sich erst tiefgelb, dann dunkelrot. Seitlich beleuchtete Wolkenstreifen dagegen, zu denen wir in etwa 90 Grad Abstand von der Sonne hinblicken, erscheinen tiefblau, oft fast violett. Der Grad der Erscheinung hängt augenscheinlich von der Größe der beugenden Teilchen ab. Je kleiner die Teilchen sind, um so reineres Blau und um so tieferes Rot werden wir haben. Auch das hat Goethe schon eingehend beschrieben. Sehr leicht können es auch alle Raucher an ihrer Zigarre erkennen, wie der an der Spitze der Zigarre austretende Rauch blau erscheint und der am Ende entweichende

Digitized by Google

Rauch weißlich. Noch mehr gilt das für den Rauch, den man aus dem Munde wieder ausbläst. Dort haben sich die kleinen verbrannten Tabaksteilchen mit Wasserdampf beladen. Sie sind größer geworden und vermögen nicht mehr so gut das Licht zu beugen wie die kleinen Teilchen am trockenen Ende der Zigarre. Wer sich näher damit beschäftigt, wird bald auch finden, daß die feinsten Tabake die kleinsten Teilchen liefern und der Rauch bei ihnen am gesättigtsten blau erscheint.

Das hat nun zunächst noch nichts mit Schwankungen zu tun, aber das merkwürdige ist, daß Gase und Flüssigkeiten, die sonst ganz durchscheinend sind, in gewissen Momenten ebenfalls opaleszierend werden, nämlich im sogenannten „kritischen" Zustand, d. h. bei einer Kondensation oder Verdampfung. Ist die Umwandlung vor sich gegangen, so erscheint der Stoff wieder so klar und durchsichtig wie vorher. In der Nähe eines solchen Zustandes ordnen sich augenscheinlich die Teilchen zu größeren Komplexen an, die ganze Materie wird körnig, der Abweichungsgrad von der mittleren Unordnung sehr groß und gerade dann tritt Opaleszenz auf. So ist diese Opaleszenz im kritischen Zustand ein Beweis geworden nicht nur für die kinetische Theorie im allgemeinen, sondern auch gerade für die Theorie der Schwankungen, wie sie die statistische Mechanik verlangt. Ganz dasselbe läßt sich von der Farbe der Luft überhaupt sagen. Das allgemeine Himmelsblau kann ebenfalls — zuerst hat es Lord Rayleigh getan — durch Beugung an den Molekeln erklären oder richtiger an den das Licht zerstreuenden Teilchen, die durch zufällige lokale Zusammenballungen der Molekeln entstehen, an den „Dichteschwankungen" der Gastheorie.

Hatten wir uns bisher mit den Schwankungen im Innern eines Körpers beschäftigt, so wollen wir nun noch die Natur seiner Begrenzung, der Oberfläche, näher untersuchen. Auch hier werden wir ähnliche Erscheinungen erwarten müssen und auch hier wird uns die Optik das Hilfsmittel sein, um diese Schwankungen zu erkennen. Die Oberfläche eines Körpers ist eigentlich ein ganz merkwürdiger Begriff. Bei den meisten Größen der Physik zeigt es sich, wie mit der fortschreitenden Genauigkeit der Messungen die zu bestimmende Zahl immer näher fixiert, zwischen immer engeren Grenzen eingeschlossen wird. Durch die Verfeinerung der Messung werden nur neue Dezimalen angehängt. Ganz anders ist es mit der Oberfläche. Sie scheint eine Größe zu sein, die bei Verfeinerung der Messung nicht um weitere Bruchteile vergrößert wird, sondern die dabei um das Vielfache, vielleicht ins Ungemessene wächst. Betrachten wir einmal die Oberfläche unserer Erde. Je nach dem Beobachtungsabstande und der Genauigkeit des verwandten Maßstabes werden wir ganz verschiedene Resultate finden. Während wir uns zuerst damit begnügen, die Erde als eine Kugel zu betrachten, später die Abplattung berücksichtigen, müssen wir bei immer genauerer Messung noch die Berge und Täler in Betracht ziehen, weiter die Klüfte und kleinen Einschnitte in den Bergen, dann die einzelnen umherliegenden Steine, endlich

Digitized by Google

noch die Oberflächen der Risse und Spalten in den Steinen. Wenn wir nur genau genug messen könnten, so würden wir immer wieder neue Unebenheiten finden, die die Oberfläche fortgesetzt vergrößern. Es gibt überhaupt keine bestimmte Oberfläche. Wenn wir endlich in den Größenbereich der Atomistik treten, so stehen wir vor derselben Aufgabe wie etwa die Oberfläche eines Mückenschwarms zu bestimmen.

Es seien nun die Lichtwellen unser Werkzeug, das wir an die Oberfläche anlegen wollen, und unser Einheitsmaßstab sei die Wellenlänge, die immerhin noch etwa das Tausendfache von dem Durchmesser einer Molekel beträgt. Es werden also die einzelnen Molekeln dabei nicht in Betracht kommen, sondern unsere Lichtwelle wird an der Oberfläche noch nahezu wie an einer einfachen mathematischen Fläche gespiegelt. Ganz anders ist es aber, wenn wir die Schwankungen der Molekeln in der Grenzschicht betrachten. Die einfache Wärmebewegung spielt dabei allerdings keine Rolle. Es lassen sich aber Fälle realisieren, wo der Abweichungsgrad von der Mittellage so erhebliche Beträge annimmt, daß er gegen die Lichtwellenlänge in Betracht kommt und eine regelmäßige Spiegelung des Lichtes verhindert. Es ist dann eine diffuse Zerstreuung des Lichtes zu erwarten, die sich wahrnehmen lassen muß. Da die Molekeln in der Oberfläche im wesentlichen durch die Kapillaritätskräfte der sogenannten Oberflächenspannung gehalten werden, so muß man Fälle suchen, wo die Kapillaritätskonstante außerordentlich gering ist, der Abweichungsgrad also recht groß ist. Der Straßburger Physiker Mandelstamm hat im Jahre 1913 an der Grenzfläche eines Gemisches von Methylalkohol und Schwefelkohlenstoff diesen Versuch ausgeführt. Bei einer bestimmten Temperatur hat man an der Trennungsfläche der übereinander geschichteten beiden Flüssigkeiten noch einen durchaus merkbaren Unterschied der Brechungsvermögen, so daß deutliche Reflexion eintritt, aber eine so außerordentlich geringe Kapillaritätskonstante, daß die Oberfläche mit dem Maßstab der Wellenlängen gemessen nicht mehr eine einfache mathematische Fläche ist, sondern eine Hügellandschaft, in der ständig neue Kuppen und Senken auftauchen. Das Licht wird an solchen Oberflächen ähnlich wie an einer Mattscheibe diffus reflektiert. Das kann man tatsächlich experimentell beobachten, indem man einfach das Spiegelbild einer kleinen scharfen Lichtquelle, etwa eines Nernststiftes, betrachtet. Bei einer bestimmten Temperatur tritt neben die reguläre Spiegelung eine beträchtliche diffuse Reflexion, die nicht anders als durch diese Schwankungen erklärt werden kann.

Wir haben bisher verschiedene Beispiele betrachtet, wie das Licht imstande ist, Licht zu bringen in die Zustände der Materie und ihre molekulare Zersplitterung. Da liegt es nahe, die Frage zu erheben, ob denn das Licht selbst ein einfacher kontinuierlicher Vorgang ist, ob nicht auch beim Licht selbst derartige „Schwankungen" auftreten können. Es gehört zu den Grundlagen der Strahlungstheorie, daß unsere Lichtquellen im allgemeinen Licht von sogenannter „natürlicher Unordnung" aussenden, d. h. die Amplituden und Phasen ebenso wie die Schwingungsebenen schwanken in regelloser Folge

Digitized by Google

hin und her. Was unsere Augen und die optischen Instrumente wahrnehmen, ist nur der Mittelwert dieser ständig wechselnden Schwingungen. Könnte nicht auch bei diesen Schwankungen gelegentlich ein derartig starker Abweichungsgrad auftreten, daß er wahrzunehmen ist? Die Frage ist noch nicht entschieden. Aber nach neuerlichen Versuchen von Professor v. Laue scheint das in der Tat möglich zu sein. Betrachten wir die altbekannte Erscheinung der Lichtbeugung an vielen kleinen unregelmäßig gelagerten Teilchen, etwa durch eine betaute Fensterscheibe oder eine mit feinem Blütenstaub bedeckte Glasplatte. Jeder hat das sicher schon einmal beobachtet, wenn er durch die beschlagenen Fenster eines Eisenbahnwagens die Bogenlampen eines Bahnhofs betrachtete. Man sieht dann von einer Lichtquelle gewöhnlich einen hellen Fleck, umgeben von konzentrischen hellen und dunklen Ringen, deren Abstand und Intensität von der klassischen Optik untersucht und genau in der Übereinstimmung mit der Theorie gefunden wurde. Nun konnte Laue nachweisen, daß diese Ringe noch eine feine Granulation aufweisen, d. h. radiale Fasern, die von der klassischen Optik nicht zu erklären sind und augenscheinlich in Schwankungen im Zustand des Lichtes selbst begründet sein müssen.

Statt wie bisher ins Mikroskopische oder Ultramikroskopische können wir mit unseren Betrachtungen aber auch in Gebiete ganz großen Maßstabes gehen. Wir müssen dann nur eben alles mit diesem großen Maßstab messen und vor allem über die erforderlichen großen Zeiträume verfügen. So läßt sich z. B. die Milchstraße, zu der unser Sonnensystem gehört, ja sogar die gesamte Fixsternwelt mit denselben Hilfsmitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung behandeln wie die Welt der Atome. Man muß dann die einzelnen Sonnensysteme als Molekeln oder Atome des großen „Weltgases" betrachten. Die Strahlungstheorie und die Theorie der Radioaktivität hält bekanntlich die Atome nicht für etwas Einfaches, sondern für ein kompliziertes Gebilde, bestehend aus einem positiven Kern, dem sogenannten α-Teilchen, und einem Ring von Elektronen, der bisweilen zerplatzt und β-Teilchen aussendet. Ähnlich werden dann die Atome unseres Weltkörpergases aus einem festeren Kern, der Zentralsonne, bestehen und aus einer Menge von kleinen Körperchen, die als Planeten und Monde ihn umkreisen, die etwa den Elektronen entsprechen würden. Trotz des gewaltigen Unterschiedes in allen Dimensionen kann man auch für dieses System die einfachen Begriffe der kinetischen Gastheorie festhalten und z. B. die mittlere freie Weglänge berechnen oder die Wahrscheinlichkeit für den Zusammenstoß zweier Atome, sprich Sonnensysteme. Man kann die Zeitdauer berechnen, die zwischen zwei Zusammenstößen liegt, man kann von Druck und Temperatur des Fixsternhaufens sprechen und gelangt dabei zu Zahlen, die durchaus nicht mit der Erfahrung in Widerspruch stehen, sondern vollständig mit unseren Beobachtungen übereinstimmen, wie wir sie etwa an der Häufigkeit des Aufleuchtens neuer Sterne machen. Warum sollte es nicht auch hier Abweichungen vom Mittelwerte, „Schwankungen" geben?

Digitized by Google

Ist nun unsere atomistisch-statistische Betrachtungsweise auf die materiellen Dinge beschränkt? Kann man sie auch auf psychische Erscheinungen anwenden, vielleicht auf sozialpsychologische? Es steht mir als Physiker nicht zu, derartige Probleme zu behandeln, aber ich wünschte, daß sich unter den Geisteswissenschaftlern jemand finden möchte, der versucht, in einer neuen „Philosophie der Gesellschaftslehre" analoge Begriffe zu bilden. Eins kann man jedenfalls sagen: Wie ein Haufen von Gasmolekeln ganz andere Eigenschaften aufweist als die einzelne Molekel, ja wie er sogar Eigenschaften zeigt, von denen das einzelne Molekel keine Spur, auch nur qualitativ, aufweist, so kann man vielleicht auch bei den Beziehungen der Menschen untereinander feststellen, daß eine größere Gemeinschaft, eine Organisation, ein Volk, ein Staat, Eigenschaften aufweisen, von denen man in den einzelnen Elementen nichts findet. Die Massenpsychosen des Krieges und der Revolution sind genügend Beispiele dafür. Wie manche Begriffe, wie z. B. die Temperatur, jeden Sinn verlieren, wenn man sie auf die Atome selbst anwenden will, so mag es wohl auch geistige Begriffe geben, die ihre ganze Existenz erst dem Zusammenwirken, dem Durch- und Gegeneinanderarbeiten vieler Elemente verdanken.

Sechs ungedruckte Briefe Ernst Moritz Arndts an Karl Friccius

Zum 150. Geburtstag Arndts, 26. Dezember 1919,

mitgeteilt von

Wolfgang Iren v. Carlowitz, Oberleutnant a. D.

Nachstehende sechs Briefe Ernst Moritz Arndts, des großen Vaterlandsfreundes, an Karl Friccius, Generalauditeur der K. Preußischen Armee (geb. den 28. Juni 1779 zu Stendal, gest. den 7. November 1856 zu Berlin, Erstürmer des Grimmaischen Tores zu Leipzig am 19. Oktober 1813) sind bis jetzt noch niemals veröffentlicht worden, da sich dieselben in nachgelassenen Papieren von Karl Friccius vorfanden, die ich nach und nach zu veröffentlichen gedenke. Gerade jetzt, in dieser ernsten Zeit, zeigen sie uns, wie groß diese beiden gedacht haben, wie weit sie ihrer Zeit voraus waren.

Über Vater Arndt bedarf es wohl keines Wortes mehr, er und seine Lebensgeschichte ist sattsam bekannt; anders steht es um Karl Friccius, der in weiteren Kreisen noch nicht so gewürdigt wird, wie er es verdient. Bedauerlicherweise hat es sogar solche gegeben, die ihm den wohlverdienten Ruhm, mit seinem Königsberger Landwehrbataillon am 19. Oktober 1813 zuerst durch das äußere Grimmaische Tor in Leipzig eingedrungen zu sein, zu schmälern gedachten. Den Besuchern Leipzigs ist sein Bild von dem ihm gewidmeten

Digitized by Google

Denkmal wohlbekannt, doch von seiner Lebensgeschichte weiß man im großen Volke nur wenig.

Karl Friccius im Andenken des Volkes wieder aufleben zu lassen und ihn hier im geistigen Verkehr mit einem der Edelsten seiner Zeit zu zeigen, ist ein Hauptzweck dieser Veröffentlichung.

I.

Bonn, den 14. September 38.

Ich bin einige Tage abwesend gewesen, mein verehrter Freund; daher kommt dieses Blättchen etwas später in Ihre Hände. Schicken Sie nur alles, was Sie fertig haben; vielleicht kann ich einige Bemerkungen wie andere Streusand darauf und darein streuen, vielleicht auch einige Winke geben. Versteht sich, es bleibt alles unter uns: Ich freue mich schon auf Ihre Handschrift. Ich werde sie Ihnen dann bald wieder zurückschicken. Über Stein könnte ich Ihnen wohl Manches geben; aber ich darf nicht. Köstliche Züge aus seinem Leben liegen für eine künftig herauszugebende Biographie (nicht von mir herauszugeben) abgeliefert verwahrt. Es ist nun gegen meinen Charakter dasselbe Ding zweimal zu geben. Sie verstehen mich. Haben Sie auch Dank, daß Sie eines alten Mannes gedacht, der unter anderm Gerümpel wie altes Eisen hingeworfen liegt. Ich überarbeite jetzt alte Manuskripte Suecana, Selbsterlebtes. Gott weiß, ob es zu seiner Zeit durch unsre bänglichen und bengeligen Censoren passiren wird. Es wird uns die Geschichte jetzt schwer gemacht. Anderes möcht ich noch vor meinem Tode vollenden, da ich anfange von schweren Streichen, womit auch Gottes Hand mich geschlagen, mich ein wenig zu erholen. Ade!

Nella furia. Ihr E. M. Arndt.

II.

Bonn, Martinstag 38.

Diesmal ist zur Gesch. der Ldwehr vom 25. Oktbr. richtig eingelaufen; ich aber war noch nicht eingelaufen (nämlich auf einer Geschäftsreise in Belgien abwesend), sondern bin eben angekommen, und eile Ihnen, mein theurer Freund strax und flugs zu antworten. Das Exemplar von Lorenz habe ich nicht erhalten, auch das zweite nicht. Vielleicht belauern unreine Fäuste noch Sachen an mich und von mir zuweilen, wie ich aus mehreren Zeichen vermuthen muß; aber es waltet hier in Bonn noch ein anderer Unstern, wodurch Briefe in unberufene Hände kommen oder wenigstens durch Hin- und Hertragen verloren werden oder gar nicht zur rechten Stelle getragen werden können: ich habe hier nämlich einen Namensvetter Prof. Juris Arndts, einen ganz braven Mann; bitte Sie daher auf Briefe für mich das E. M. A. nicht zu vergessen.

Ich laufe nun 1) Ihr Schriftchen durch und streue einige Notizen darauf, wie sie mir eben einfallen.

Digitized by Google

S. 2. wo Sie der Milde gegen die zertrümmerten unglücklichen Feinde erwähnen, hätten Sie neben den Betrachtungen der Vernunft über gemeinsame menschliche Verhängnisse wohl dem Deutschen überhaupt nicht rauhmord-süchtigen Karakter doch sein Theil Lob abgeben sollen. S. 5. Den alten E. M. A. loben Sie zu sehr, aber wenn Sie von seinem Haß sprechen und vom bittern Tadel der Einrichtungen Preußens, so hätten Sie vor dem Worte Einrichtungen noch alte setzen sollen: die waren aber seit 1807—8 schon niedergeworfen durch bessere zeitgemäßere Gesetze — hinter Feind seines Reichs erklärte[1]) müssen Sie noch setzen „und in allen Ländern und Gränzen, wo französische Heerhaufen standen, als einen Vogelfreien ausrufen ließ." 10. Stein hatte vielleicht Preußen die Begeisterung nicht voll zugetraut, die es nachher offenbarte; aber Schleier und Kappen, die ihm nicht aus dem Herzen kamen, mußte er unter anderen auch der Russen wegen mehrere vor- und umhängen auch drohte er absichtlich diesem und jenem, den er als feig und unentschlossen kannte, mit der Furcht, sie könnten als russische Eroberung behandelt werden; nie habe ich aber eine Äußerung gehört, die nur von fern auf eine Möglichkeit hinwies, solches drohe und dürfe vielleicht geschehen. Ich bin überzeugt, bin einer solchen Ahnung, nur hatte er in Preußen aus russischen Gründen sich keine Regierungsregel übergeben lassen. 25. Der brave L. Dohna hat sich an dem Herzg. Alex. von Württemberg und dessen Drauflosleben-Lust und ob den Kämpfen über die Stellen[2]) Besetzung die Krankheit angeärgert, die ihn hinnahm. 2.) Und nun mein Urtheil: Sie sind, lieber Freund, gewiß berufen, ein größeres Werk eben über die Leistungen der Landwehr, cujus pars ipse eximia fuisti, zu schreiben. Denn es thut allerdings Noth alle aner und aster, die jetzt wieder träumen und schlafen, wo nicht noch Schlimmeres wollen, der hohen Vergangenheit zu erinnern und auch der Gefahren, die unser wohl noch warten bei dem losen und nirgends ordentlich gebundenen noch verbundenen Zustand Europas. Ich glaube mit Ihnen: acerba fata germanos agent und sehe meine Jungen oft darauf an; aber ich glaube auch, Deutschland wird diese fata bestehen. Freilich aus dem Todesschlummer der Geister und daß sogar die Pfäfflein voranspielen und Trumpfaus! rufen dürfen, sollte man wenig Gutes weissagen. Indessen fester Muth und redlicher Wille könnten das noch wohl bannen, wenn sie die rechte Bannformel den Preußen und Deutschen — denn auch zu denen müßte sie gesprochen werden — nur auszusprechen wagten. Aber, aber — ich weiß, was hell ist wie Sonnenschein am Mittage, viele wissen es; aber wer fragt uns die Geheimnisse ab?

Sie mögen, theurer Freund, mich vielleicht fragen oder gleichsam fragend denken: warum ich so still und faul sitze? warum ich nicht auch meine Stimme aus der Wüste erhebe gegen die leugnerischen und geistigen Verunglimpfer

---

[1]) Bezieht sich auf die Ächtung Arndts durch Napoleon I.

[2]) Im Original abgekürzt: St.

Digitized by Google

Preußens und unsrer Ehren- und Heiligthümer? Sie begreifen meine Lage wohl: Ich bin auf eine Art behandelt und gemishandelt grade wegen dessen, was ich am besten gemeint und gewollt habe, daß es fast scheinen werde, ich ergreife nun die Feder nicht als ein erzürnter Freiwilliger sondern als einer, der sich bei der Regierung einstellen wolle — also ein Knecht mit Herrengesinnung. Daher — Auch, wie ich oben andeutete, sind immer noch die Verbotenes in von mir Geschriebenen aufzuhaschen meinen. Vollends die Censur: was Hunderten durchginge, läßt sie unter meinem Namen nicht laufen. Ich habe aber ein Buch schwed. zum Theil erlebter Geschichten zum Druck abgesandt. Ich hoffe es wird durch die deutsche Censur kommen; durch die preußische wäre Vieles gewiß nicht gekommen. Sonst hätte ich einen preußischen Verleger gewählt.

So bin ich ins Sprechen gerathen. Unsern Briefwechsel mögen alle Österreicher lesen, wenn sie die Briefe nur nachher an die Aufschriften gelangen lassen. Glauben Sie nur immer fest und fort an meine Hoffnungen und meine Liebe für und zu dem Vaterlande, und auch an meine Liebe für Sie selbst. Wenn wir auch einsam stehen, es steht einer hinter und über uns, der nicht die Häupter sondern die Herzen und Köpfe zählt. Immer wird es mich freuen, etwas von Ihrer Hand zu lesen.

Gott mit Sie! — mit Blücher zu segnen.

Ihr E. M. Arndt.

III.

Bonn, den 14. Julii 1840.

Quod felix faustumque sit! müssen wir jetzt wohl alle Tage beten und betet gewiß mit Andacht für das geliebte Vaterland, welchem er ein unbeflecktes und unsterbliches Leben wünscht, niemand inniger als Ihr treuer und dankbarer unterschriebener Freund. Wir beginnen ja eine neue Zeitrechnung mit diesem bedeutungsvollen Jahr 1840 wo ein Fürst den Thron besteigt, der so viel Treffliches gelobt und verspricht und dem Gott ja auch gewähren wird, Einiges davon erfüllen und verwirklichen zu können. Mir ist es nun recht rührend gewesen, mein geliebter und verehrter Freund, mit welcher treuen Zärtlichkeit Sie eines Greises noch gedenken, dessen Erinnerung im raschforttreibenden Strudel der Zeit den Meisten sicher lang schon verdunkelt ist; und ich danke Ihnen aus ganzem vollen Herzen dafür. Von der guten Nachricht, welche Sie mir geben, habe ich bis jetzt keine Kunde, weiß überhaupt nicht, wie weit und wohin sie zu deuten ist. Verehren muß ich, wann es geschieht, die Gütigkeit und Gnädigkeit, welche S. M. der König dadurch gegen mich offenbaren will, obgleich die Folgen davon jetzt nicht mehr von großer Bedeutsamkeit nnd Wirksamkeit seyn können. Hören Sie: a.) Mein Leben als Professor ist geschlossen. Ich habe 20 Jahre unthätig seyn müssen und bin durch das Alter und durch die vielfachen geist- und herz- und auch vermögen-tödtenden Plackereien, die eine Zeit von zehn Jahren an mir geübt,

Digitized by Google

langsam zerrieben, und das Feuer ist gestorben und fächelt sich höchstens nur noch zuweilen zu einzelnen Fünklein aus der Asche auf, jenes Feuer, wodurch ich sonst Andern vielleicht etwas Lebensothem zublasen konnte. Meine Stelle ist lange von jüngeren frischeren Männern eingenommen, und die Jahre wo die Kathedervögel noch singen können und dürfen, sind dahin.

Geliebter Freund, ich bin im 71ten Jahre, doch nicht ohne Denkzeichen dieses Alters, die durch die äußeren und inneren Glieder meines Lebens hinzucken, und obschon ich noch ziemlich grad auf den Füßen stehe, so muß ich mich doch schon zu dem Ort, unde negant huc redire quemquam überneigen fühlen. b.) Hinsichtlich der sogenannten Ehre. Nun da ist es mir gleichgültig. Ich habe meine Ehre unbefleckt gewußt in Beziehung auf mein politisches Leben, und also alles faule und stinkende Wasser, was zum Theil selbst öffentlich darauf gesprützt ist, mit leidlicher Tapferkeit abgeschüttelt; ich habe auch meine Rolle gefühlt, wozu ich berufen war und mich selbst berufen hatte, und habe Ehren und Orden und andere Zierden dieser Welt nicht begehrt, noch erwartet. Doch muß ich mich allerdings freuen, wenn meines Königs Gnade das gewährt, was man publicam restaurationem honoris nennt.

Ich aber habe diesen honos immer noch frisch blühend in mir gefühlt. c.) Ich hatte wohl die Kraft in frischen männlichen Jahren, auch Vermögen zu erwerben. Auch das war mir abgeschnitten, und bei einer zahlreichen Familie habe ich Vieles entbehren müssen, was Glücklichere genießen, und muß es noch entbehren. Das wird und kann mir niemand ersetzen; ja selbst eine kleine Entschädigung wer wird, wer kann sie mir bewilligen? Hier giebts also auch nichts von Triumphen.

Diese müssen ja dem Alter fehlen, wo, wie das Sprichwort sagt, Glück zu spät kommt.

Boyen, der Vortreffliche Bescheidenste, im Staatsrath! wohl ist das auch mir eine Freude, und ich will es mit Ihnen als ein glückliches Zeichen ergreifen; Gott segne und führe den König! Steins Biographie liegt bis jetzt noch unter dem Siegel, und ich weiß nicht, wann beabsichtigt ist, sie erscheinen zu lassen. Ihr Verfasser ist der berühmte Pertz in Hannover. Mein Verhältniß zu Stein und Andeutungen meiner Wirksamkeit in jenen großen Tagen von Jz. 12—16 finden Sie etwas beleuchtet in den Erinnerungen des äußeren Lebens, ein Buch von meiner Hand, das nun wohl zur Vertheilung versandt wird. Verlegt bei Weidmanns, muß aber fertig seyn.

Und nun noch einmal herzlichsten Dank für Ihre alte treue Liebe und alle guten Wünsche für unsern Herrn, unser Vaterland und somit auch für uns selbst.

Ihr E. M. Arndt.

IV.

Bonn, den 25. Julii 1841.

Rührend, mein verehrter Freund, ist mir Ihre liebe Zuschrift und die zu liebe Meinung gewesen, welche Sie und die Frau von J. hinsichtlich meiner

Digitized by Google

haben in Beziehung auf eine Lebensbeschreibung unseres würdigsten tapfern Ritters vom Stein, der nun auf helleren Auen weidet. Ich muß Ihnen beteuern, ich hatte vor 7—8 Jahren selbst einen solchen Vorsatz und solche Art Meinung, aber die Familie, d. h. die Tochter und Eidame des Seligen hatten einen andern Mann aufs Korn gefaßt, besonders durch den Vetter und Eidam Grafen Kielmannsegg dahin bestimmt, nämlich den mit Recht berühmten und gelehrten Herausgeber der Monumenta Histor. German. Dr. Pertz; und ich glaube, daß das eine gute Wahl war. Diesem hat sie nun die in den Papieren des Seligen gefundenen und andere von allen Seiten herbeigeschickte und -gesuchte Materialien zur Bearbeitung übergeben. Als ich das wußte, trat ich zurück, schon aus Frömmigkeit gegen das Andenken des Seligen und gegen die Familie, und habe in einigen seltenen Zügen auch meinen Beitrag dazu geliefert. Das Werk wird wohl meist durchgearbeitet seyn; woran es liegt, daß es noch nicht erscheinen darf, weiß ich nicht. Ich danke Ihnen und der Frau Gräfin von J. sehr für das Übersandte und frage an: ob ich es der Gräfin Giech, die mit ihrem blinden Mann bis Michaelis in Schloß Nassau sitzen wird, zur Mittheilung an Pertz überschicken darf? Es enthält doch einzelnes sehr Interessantes. Zugleich bitte ich Sie, Geliebter, falls die Frau Gräfin J. noch vielleicht mehr solchen Stoff hat, ihn mir für solchen Zweck gütigst zusenden zu wollen. Wir haben alle, wie viel wir können, zu einem vollständigen überschaulichen Leben eines solchen Helden unsers Volkes mitbeizusteuern. Das von Ihnen erwähnte Buch ist eine Zusammenstoppelung ohne Karakter, wo, um es kurz auszusprechen, die matten und tollen Winde der verschiedensten Ansichten und Urtheile durch einander wehen, abgerechnet das garnicht dahin gehörige Stroh, das man zur dickeren Füllung des Bauches des Buches zu schlechtem Häcksel geschnitten hat. Wie es mir geht? O mein lieber Freund! Meine Freunde haben mich ein Bild der Vergangenheit, das in zu freundlichen Farben sich vor ihnen malt, im Herzen; aber, aber — Ich bin bald 72 Jahre, und das lange Leben hat auch in mancherlei Rüttelung und Schüttelung an mir gearbeitet. Mein freundlichster edelmütigster König stäubte den Schimmel der Vergeßlichkeit wieder von mir, er stellte mich wieder her, was die Menschenkinder so zu nennen belieben; aber kein König kann Jugend und Jugendmuth wiederherstellen. Ich durfte mich im ersten Augenblick nicht weigern; aber hin ist das alte Feuer, der alte Muth, auch die alte Gesundheit, und ich muß täglich mit Cicero bekennen: sunt plurima incommoda et mala senectutis. Bald werde ich mein Buch zumachen und wieder zur Ruhe gehen müssen, zumal da mein stilles, einsamer gewordenes Herz schon immer mehr mit denen leben muß, die lange jenseits sind. Doch nehmen Sie treuesten Dank und wärmsten Hand- und Herzens-Druck für alle Ihre Liebe Ihr E. M. Arndt.

Sehr werde ich mich freuen und danken, von Ihnen, theurer Freund etwas zu lesen.

Digitized by Google

V.

Bonn, den 20ten November 41.

Für Ihren lieben Brief, mein verehrter Freund, vom 31. des verflossenen Monats zuvörderst meinen herzlichsten Dank, wie für zugleiche gute zu freundliche Meinung von einem Alten, der am abschüssigen Rande des Lebens steht, von welchem die müden Beine bald ins Jenseits hinüberrutschen müssen.

Pertz? Wohl gut, daß der würdige Mann und tüchtige Gelehrte bei uns eine feste Stätte gewinnt! Aber, aber — in Hinsicht der von ihm zu hoffenden Lebensbeschreibung des Ministers Stein mag das wohl eher eine Verzögerung oder gar Verschmähung und Minderung bedeuten. — a) Verzögerung, vielleicht in Erwägung der nun gewonnenen Stellung in Preußen noch längere Zurückhaltung der Veröffentlichung derselben. b) Minderung. Ich weiß, der alte Herr hatte selbst manche sehr freie Urtheile über Zustände, Verhältnisse und Persönlichkeiten der beiden letzten Regierungen Fr. W.s II. u. III zum Teil mit eigensten Worten handschriftlich niedergelegt um nach seinem Tode, wann F. W. III die Augen geschlossen, einmal veröffentlicht zu werden. Ich fürchte fast, das dürfte bei der bekannten frommen Liebe unsers Königs gegen die hohen Seinigen kaum so der Welt gegeben werden; und wenn Pertz, um dies zu können oder vielmehr zu dürfen, die hellen und starken Farben der Gemälde irgendwie schwächen und verwischen müßte und wollte, so wäre das sehr schade. Schon, fürchte ich, hat eine gewisse politische Furchtsamkeit und Bedenklichkeit des Hannoverschen Theils der Familie Steins, der Grafen Kielmannsegge dem wackeren Pertz hin und wieder Fesseln des Urtheils angelegt. Doch wir wollen das Beste hoffen.

Ja mein geliebter Freund, wenn ich auch äußerlich noch lebhaft bin und mein Fußgebein meinem Fußgängerglück noch ziemlich beisteht, so muß ich wohl fühlen, daß ich Weihnachten 72 Jahre erreiche, oder vielmehr, daß sie mich erreichen. Mit den Alten zu reden: senectutis sunt plurima incommoda et mala; ich aber habe seit 3 Jahren mit einem besonderen hypochondrischen Übel zu kämpfen, das von Zeit zu Zeit eintritt und mich dann zu allen Geschäften unfähig macht, auch mich, da es seit einigen Monaten häufiger plagt, nöthigen wird bei meinem Minister um die sonst unfreiwillige Ruhe zu bitten, woraus meines Königs Gnade den Vergessenen vor anderthalb Jahren wieder in das Andenken der Menschen zurückrief. Ich leide oft an Harnverhaltung, die gottlob nicht von Steinen herrührt, aber doch — um mit dem alten Philander von Sittewald zu reden — ein maulhänkolisches Übel ist: denn nicht bloß das Maul läßt man dabei hängen, sondern, wann es antritt, hängt der ganze Kerl mit seinem bischen Geist und Muth, und wird ein Hundsvott.

Politischer Geist? Er zieht ja mehr und mehr und die Deutschen scheinen mehr und mehr zu empfinden, daß, wenn sie überhaupt Deutsche seyn wollen, sie nach Einheit streben müssen.

Digitized by Google

O die Jahre 1814 und 1815! Hatten wir 1815 nicht 400000 Preußen und 300000 Österreicher unter den Waffen und doch fehlte es unsern Fürsten an Gefühl und Einsicht die eroberten Belgien und Holland als deutsche, nothwendige deutsche Bundeslande festzuhalten und einzuverleiben. — Und 1830 wieder — Wir sind ja kaum halb ohne die Küsten der Nordsee —

Wann ich Muse habe, denke ich selbst dran meine kleinen disjecta membra zu sammeln. Zwei meiner Söhne studieren jetzt in Berlin. Sollten sie sich den Muth nehmen Sie mal zu begrüßen, so werden Sie sie freundlich aufnehmen.

Es bleibt beim Alten

Ihr E. M. Arndt.

VI.

Bonn, den 14. Wintermonds 1843.

Ihr werthes und ehrenwerthes Geschenk, mein verehrter Freund, ist seit zwei Wochen in meinen Händen und ich habe es mit Andacht und Freude durchgelesen.

Mit Andacht in Erinnerung der großen Zeit, welche viele kleine Menschen uns leider klein genug zerschnitten und in einzelnen Stücken zugeschnitten haben, mit Freude wegen der Unmittelbarkeit, Lebendigkeit und Klarheit der Schilderungen und Beschreibungen und wegen der Tüchtigkeit und Zweckmäßigkeit der Abfassung, wodurch man wirklich über viele Punkte jenes großen Jahres 1813 eine leichte und angenehme Übersicht gewinnt. Dafür hatte ich Ihnen endlich auch noch zu danken, daß Sie meines kleinen Namens an mehreren Stellen zu freundlich erwähnen. Das aber kann ich Ihnen nicht danken, daß Sie fast in allen politischen Ansichten mit mir auf derselben Linie stehen; wir müssen aber bei dieser Ähnlichkeit auch denselben Schmerz tragen und ich möchte bei vielen Stellen Ihres Buches Ihnen Virgils zurufen: „Eheu infandum mihi renovas dolorem.“ —

Meine Hoffnungen für die Deutsche Zukunft und die Preußische Zukunft bei allen einzelnen Misgriffen und Krebsgängen oder gar Fuchssprüngen, die man hin und wieder macht, sind die größten, und ich kann mich also mit fröhlichem Muthe zu meinen Vätern schlafen legen. (Ich bin aber 73 Jahre und leide wieder an einem Übel, das mich wohl bald hinführen wird, unde negant huc redire quemquam). Überhaupt die unendliche Kraft, welche in dem germanischen Stamme liegt, wer mißt sie aus? O ein wirklich großer Mann, der die Deutschen einmal recht zu gebrauchen versteht — und Wunder werden unsere Kinder und Enkel sehen. Ich habe mich über dieses Kapitel besonders ausgesprochen in einem Buche Über vergleichende Völkergeschichte, welches um Ostern wohl vom Stapel laufen wird.

Wenn man nur an tüchtige Ordnungen und Gesetze dächte zur Erhaltung und Wiedererschaffung eines tüchtigen ehrenhaften freien Bauernstandes! Ich erblicke leider mit Schmerz zu viel Praalen und Junkern; der kleine Adel ist überhaupt nicht mehr an der Zeit, den sollte man nicht fördern, am aller-

Digitized by Google

wenigsten neue arme Junker machen, weil sie wirklich keine Wurzel mehr im Volke haben. Ich hoffe, Sie werden nicht Herr von Friccius. O wie viel Ernstmühes, Tüchtiges wäre zu machen und sollte und konnte gemacht werden! Doch wer hat dafür Sinn und Zeit?

Doch ich könnte bei den Wünschen auf das Feld der Klagen geraten, für deren Weite dieses Papier keinen Raum hätte — also nur hübsch beim fröhlichen Hoffen und Wünschen geblieben, und Ihnen zuvörderst und Ihren Geliebten und dem ganzen lieben Vaterlande ein fröhliches Neujahr!

Mit alter Treue

Ihr E. M. Arndt.

Aus den Geheimnissen von Rom

Von

Robert Kohlrausch

Auf dem Pincio

Ach, es gibt nichts Neues unter der Sonne! Wie häufig ist mir der alte Gedanke schon gekommen, wenn ich auf der Piazza di Spagna stand und über die leise sprudelnde Barcaccia hinweg das wundervolle, hochaufgerichtete Bild vor mir betrachtete. Wenige gibt es, die mit ihm wetteifern können in Rom. Alles ist schön daran: das breite, bunte, duftende Blütenband in der Tiefe, das die Blumenverkäufer täglich erneuern; die mächtige, von Absätzen unterbrochene Treppe darüber, die sich um vorgebaute Terrassen her teilt, um sich oben am gleichen Ziele wieder zusammenzufinden; auf der Höhe der halbkreisförmig vorgeschobene, weithinschauende Platz vor der Kirche S. Trinità de' Monti, deren schlanke, durchbrochene, kuppelbekrönte zwei Fassadentürme mit ihrem gesättigten Gelb so fröhlich in den blauen Himmel hineinwachsen, während ein ernster, dunkler, vor die Kirche gestellter Obelisk als Dritter im Bunde bedeutungsvoll nach oben weist. Man schaut und bewundert und meint, solch ein Stimmbild habe noch nie zuvor eines Baukünstlers Geist erdacht, nie zuvor eines Menschen Hand geschaffen.

Aber ach, es gibt nichts Neues unter der Sonne! Schön ist sie, die spanische Treppe, die mit ihren ausgebreiteten Armen die Menschen gewaltsam zu fassen und zu der Kirche dort oben hinanzuziehen scheint. In all ihrer Schönheit aber ist auch sie nichts Neues, nur Kopie, Wiederholung, Nachahmung. Die Herren de Sanctis und Specchi, von denen im ersten Viertel des barocken 18. Jahrhunderts dieser herrliche Stufenweg zur Höhe des grünenden Gartenhügels emporgetürmt wurde, sie waren auch nur Nachgeborene der alten Römer. Sie schufen zum zweiten Male, was jene vor

Digitized by Google

ihnen hier ganz in der Nähe vielleicht noch kühner, noch großartiger, noch stolzer schon einmal geschaffen hatten.

Ja, das alte Rom besaß auch schon seine spanische Treppe, nur unter anderem Namen. Sie hieß wahrscheinlich nach dem berühmten, unermeßlich reichen Geschlechte der Acilier, denen dies Wunderwerk sein Entstehen verdankte. Sie hatten sich oben auf der Höhe des Collis hortulorum, des Gartenhügels, der seine schöne, nach Blütenduft, Baumesgrün und Springbrunnenrauschen klingende Bezeichnung seit alten Zeiten trug, eine der prächtigsten Villenanlagen der Kaiserzeit geschaffen. Zu dieser Villa führte die stolzeste von allen Treppen hinauf. Sie begann auf dem Boden des Marsfeldes in der Tiefe, lief zuerst in gerader Linie direkt auf die mächtige, doppelte Stützmauer der schweren Erdmassen oben zu, teilte sich im rechten Winkel nach links und rechts, klomm parallel zu der Stützmauer nach beiden Seiten weiter hinan, machte scharf kehrt auf ein paar großen Podesten und erstieg in zwei weiteren Armen unmittelbar am Substruktionsmauerwerk entlang die Höhe, wo jetzt Obelisk und Kirche stehen. Der kühne Bau lag nur ein Stückchen weiter nach der Seite der jetzigen Villa Medici hin, und was heute das Ganze, war damals nur ein Teil von ihm. Ein breiter, freier Platz dehnte sich damals wie gegenwärtig aus auf der gewonnenen Höhe, doch endete hier der antike Treppenbau noch nicht. Einmal noch nahm er einen Anlauf, stieg mit einem Doppelarm eine neue Höhe hinan und fand sein Ziel erst hier auf einer weitausgebreiteten Plattform, die nach hinten in großem Halbkreis mit einer prächtigen Säulenhalle geschlossen war. Sie bildete für den von unten Schauenden auf höherem Punkt einen schimmernden Abschluß des Bildes, wie heute die gelbe Kirchenfront mit ihrem Obelisken ein wenig tiefer die spanische Treppe schließt. Nischen, Säulen, Statuen schmückten und belebten den herrlichen Bau, der den Ruhm seiner stolzen Beschützer über Stadt und Land weit hinweg rief. Die Kaiserwürde selbst war ihrem Hause nahe gewesen, als Acilius Glabrio zugunsten des Pertinax auf den Thron verzichtete, zu dem dieser mit eigener Hand ihn geführt hatte. Nicht ohne Grund hat Herodian diesen Vertreter des großen Geschlechtes als den erlauchtesten aller Patrizier gepriesen, der seinen Stammbaum von keinem Geringeren als dem Äneas ableitete.

Doch auch Acilius Glabrio mußte sterben und wurde vergessen; fernab vom Gartenhügel fand er an der salarischen Straße die letzte, stille Wohnung in der Gruft seines Geschlechts. Der stolze Treppenbau zerfiel und verschwand, und wir wüßten heute kaum noch etwas Genaues von ihm, wenn in einem späteren Jahrhundert nicht ein Rekonstruktionsbild von Ligorios Hand geschaffen worden wäre, das Professor Hülsen mit Forscherfleiß und Forscherglück im Archiv zu Turin wieder aufgefunden hat. Auf dieser Zeichnung sieht man auch — höher hinauf noch als die große, halbkreisförmige Säulenhalle — einen kleinen, runden Tempel ungefähr an der Stelle, wo heute das Belvedere der Villa Medici sich in ähnlicher Tempelform erhebt. Ja, nichts Neues unter

Digitized by Google

der Sonne! Wirklich hat hier ein Tempel von drei Glücksgöttinnen gestanden; hierher kamen vor den Wahlen zu den öffentlichen Ämtern die Bewerber in kurzen, weißen Gewändern, die Gunst ihrer Wähler zu erbitten. Zu jener Zeichnung von dem gewaltigen Treppenbau gibt es heute noch einen einzigen sichtbaren, sie bestätigenden Rest. In dem stillen Klostergarten von S. Trinità de' Monti ruht in freundlichem Grün ein halbrunder, zertrümmerter Ziegelbau, der allein von der strahlenden Säulenhalle hier oben, zu der er gehörte, zu reden weiß. Nichts weiter ist übrig von all der unerhörten Pracht. Wer eine Predigt über die Vergänglichkeit alles Irdischen hören will, der lausche der leisen Stimme, die hervorklingt aus diesem weltabgeschiedenen Klostergarten.

Wie schön aber mußte der Blick sein, wenn man oben stand vor jener Säulenhalle, wenn man auf das leuchtende Rom zu Füßen hinunterschaute. Damals erstrahlte das Marsfeld im Glanz unzähliger, heller Marmorbauten. Da sah man das unversehrte Mausoleum des Augustus, den säulenreichen Tempel des Neptun, die prunkenden Thermen des Agrippa, die gewaltige, siebenschiffige Halle für die Wahlen, die Saepta, die zahllosen Säulen der Portiken, die sich schattenspendend an den Straßen hinzogen. Und lebendiges Grün unterbrach auf dem Gartenhügel auch nach der Stadtseite hin die tote Marmorpracht. Wo heute die Via Sistina, die Via Gregoriana, die Via Capo le Case mit nüchternen Häusern auf ein buntes, lautes Volksleben hinunterschauen, da beschatteten immergrüne Bäume kaiserlich-stolze Gebäude. Lucull, der große Feinschmecker des Altertums, hatte sich hier seine Gärten geschaffen. In ihnen grünten und blühten wohl zuerst in Europa die Kirschbäume, die von ihm aus Kleinasien eingeführt worden waren. Die stillen Gänge des hügelansteigenden Parks aber waren belebt von den Gestalten der Gelehrten und Philosophen, die der Besitzer gastfreundlich bei sich aufnahm, und kluge Reden klangen durch das Grün. Dem Lucull war es vergönnt, sich bis an seinen Tod an dieser schönheitsreichen Besitzung zu erfreuen. Aber in Rom gab es neidische Götter, die mit gieriger Hand nach allem griffen, was ein anderer sich zur Lust seines Lebens geschaffen hatte. Die Kaiser waren es, mitunter auch einmal eine Kaiserin. Der Nachfolger im Besitz des Hügelgartens, Valerius Asiaticus, mußte das erfahren. Er hatte den Park mit ausgesuchter Pracht noch mehr verschönert — so sehr, daß Messalina, die große kaiserliche Buhlerin, Lust bekam, ihn zu besitzen. Kaiser Claudius, ihr immer betrogener, immer gläubiger Gatte, glaubte wieder einmal dem gefährlichen Weibe, ließ den Asiaticus auf unbewiesene Verleumdung hin verhaften und sprach ihm das Todesurteil. Da man dem Unglücklichen die Wahl der Todesart aus angeblicher Milde frei ließ, ihm aber den Hungertod als besonders angenehmes Ende vorschlug, so kam er dem Furchtbaren mit eigener Hand zuvor. In bewundernswert ruhiger Heiterkeit schied er vom Leben. Er nahm seine gewohnten Leibesübungen vor, badete, ging zu Tisch und öffnete sich die Adern. Von der Liebe zu seinen wundervollen Gärten aber gab er in der Stunde seines Todes einen rührenden Beweis. Er ließ den schon auf-

Digitized by Google

gerichteten Scheiterhaufen, auf dem sein Körper verbrannt werden sollte, nach einer anderen Stelle schaffen, damit Flammen und Rauch das Laubdach der Bäume nicht beschädigten. Durch diesen einen Zug lebt Valerius Asiaticus als ein Mensch von feinster, zartester Seele für die Nachwelt fort.

Aber auch Messalinas letzte Stunde war nahe. Das gerechte Schicksal machte den Garten des Lucull, wo Valerius Asiaticus durch ihre Schuld hatte sterben müssen, ebenso zum Schauplatz ihres Todes. Durch ungeheure Frechheit im Ehebruch zog sie die Vernichtung auf sich herab. Im Gegensatz zu vielen Eintagsfliegen ihrer Neigung hatte Gajus Silius es verstanden, sie dauernd an sich zu fesseln. So sehr, daß ihr der tolle Gedanke kam, zwei rechtmäßig ihr verbundene Gatten gleichzeitig zu besitzen. Ein bacchantisches Fest war dieser kühnen Hochzeit Einleitung. Messalina ließ eine Nachahmung der Weinlese veranstalten. „Keltern preßten, Kufen flossen, und Weiber, mit Fellen umgürtet, tanzten daneben wie opfernde oder rasende Bacchantinnen; sie selbst, mit fliegendem Haar den Thyrsusstab schwingend, und neben ihr Silius, mit Efeu umkränzt, auf Kothurnen gingen sie, warfen das Haupt empor, und rings umtobte sie der mutwillige Chor," — so hat uns Tacitus dies Bild gezeichnet. Nicht er, aber ein anderer hat von einer neuen, fast genialen Frechheit Messalinas bei der Hochzeit selbst berichtet. Wäre die Geschichte wahr, man könnte der kaiserlichen Dirne manches verzeihen, um dieses guten Witzes willen. Das boshafte Rom erzählte sich nämlich, Messalina habe den betrogenen Gatten selber den Ehevertrag mit ihrem geliebten Silius mit unterzeichnen lassen, indem sie die Heirat nur als eine Scheinzeremonie darstellte, veranstaltet, um von seinem teuren Haupt ein durch Vorzeichen verkündetes, drohendes Unheil abzuwenden!

Dieser gute Claudius mit seinem immer zitternden Kopfe, seiner stotternden Sprache, seinen unsicheren Beinen ist ein köstliches Bild, wenn man ihn sich vorstellt als Trauzeugen bei der Hochzeit seiner eigenen Gattin. Aber die Sache scheint leider nicht wahr zu sein. Tacitus wenigstens weiß nichts davon. Er gibt an, daß der Kaiser in Ostia die Kunde von Messalinas Plänen erhalten habe, die nichts Geringeres bedeuteten, als ihn aus dem Wege zu räumen und Silius als Gatten und Herrscher an seine Stelle zu setzen. Einer von Messalinas abgedankten Liebhabern sei bei jenem Bacchantenfest im Übermut auf einen Baum geklettert und habe, gefragt, was er dort oben sähe, geantwortet: ein furchtbares Unwetter, das von Ostia heraufziehe. Wirklich kam nun dies Unwetter heran und entlud sich auf der Schuldigen Haupt. Botschaften liefen ein, daß Claudius, vom Vorhaben des verbrecherischen Paares unterrichtet, auf dem Wege sei, tödliche Rache zu nehmen. Da flüchtete sich Messalina nach den Gärten des Lucull und sann dort auf neuen Betrug. Und fast hätte sie's erreicht, ihren immer schwankenden Gatten wiederum zu betören, wenn dessen Freigelassener Narcissus nicht auf eigene Verantwortung die Hinrichtung der Kaiserin angeordnet hätte. Der Vollstrecker des Urteils fand sie weinend und jammernd am Boden liegen, und

Digitized by Google

erst als der Tribun schon vor ihr stand, versuchte sie zögernden Selbstmord. Er aber kam ihr zuvor und stieß die hundertfach Schuldige nieder. So floß auch ihr Blut in den luculliſchen Gärten.

Von ihnen ist heute keine Spur mehr übrig. Die Prachtbauten, die das Grün durchleuchteten, sind verschwunden, aus dem Boden sind an Stelle der immergrünen Bäume moderne Mietshäuser aufgeschossen. Auf der obersten Höhe des alten Gartengeländes allein, bei der Villa Malta, die König Ludwig I. von Bayern, später Fürst Bülow bewohnte, grünt heute noch ein Park von südlicher Üppigkeit — ein bescheidenes Denkzeichen dessen, was hier einstmals war. Unter den Häusern der angrenzenden Straßen aber kommen bei Neubauten mitunter schöne Mosaikpflaster und sonstige Reste der zertrümmerten Paläste wieder ans Licht. Und wer, durch die Via Sistina schlendernd, vor einem der vielen Läden mit Skulpturen stehenbleibt und irgendeine Cäsarenbüste betrachtet, könnte wohl vor dem Gedanken erschrecken, daß gerade unter ihm vielleicht in der Tiefe die Stelle liegen mag, wo die sterbende Messalina sich in Todesnot wand.

Wie versteinert unter der Last seiner Häuser liegt so der südliche, nach der Stadt hin gerichtete Teil des Monte Pincio. Die Gärten sind nach Norden geflüchtet, aber dafür auf jener Höhe schöner als jemals erblüht. An den verborgenen Klostergarten der Trinità schließt sich die Villa Medici mit ihren Hecken, ihren Pinien, ihren Palmen in ernsthaft-feierlicher Schönheit an, ihr aber folgt jene wundervolle Dichtung der Gartenkunst, an der für den heutigen Römer der Name des Pincio fast ausschließlich haftet. Unsterblich dauert in diesem Namen der jener alten Gens Pincia fort, an die von den Aciliern der prächtige Villenbesitz hier oben überging; ihr Name lebt weiter, obwohl auf die Pincier auch wieder andere Besitzer, die Anicier-Petronier, folgten. Es ist eine beneidenswerte Unsterblichkeit. Wer stille Morgenstunden warmen, römischen Frühlings unter den immergrünen oder frischbelaubten, blühenden Bäumen des Pincio hat verleben dürfen in sanftem Schönheitstraum, der verlernt niemals wieder das Heimweh nach dieser geliebten Stätte. Rings um ihn her klingt eine ganze Sinfonie von Grün. Da gibt es Ahornsorten mit feinen, scharfgezackten Blättern, deren Grün ins Weiß hinüberspielt; über ihnen aber steigen Steineichenwipfel hoch empor, deren Laub vor dem blauen Himmel — seine Farbe machtvoll vertiefend — beinahe schwarz erscheint. Mit weichem, frischem, deutschem Grün umgeben die Kastanien ihre weißen Blütenkerzen, die Pyramiden und Schirme der Nadelhölzer tragen ein mattes, dumpfes, ernsthaftes Grün, die Magnolienbäume strahlen das Licht wie mit unzähligen blanken Schilden zurück, von den gebogenen Wedeln der Palmen scheint es leise niederzurieseln. Leiser noch als das Wasser der beiden kleinen Springbrunnen unter blutfarbenen Bäumen; das Fallen der feinen Wasserfäden weckt einen so sanften, träumerischen Laut, als wenn die friedvolle Natur selbst hier Sprache gewonnen hätte. Leuchtendhelle, kraftvolle Farben aber mischen sich in das grüne Bild. An den grauen,

Digitized by Google

gleich schlanken Kirchensäulen unter Nadelgewölben stehenden Pinienstämmen winden sich Glyzinen empor, schütten eine Blütenflut von blauen Trauben herab und machen aus den ernsthaften Pinien weithin leuchtende, duftende Zauberbäume. Die Palmen werden von Rosen freundlich umrankt, und wehende Girlanden von weißen, roten, gelben Blüten schwanken um sie her. Am steilen Absatz nach der Villa Borghese hin läuft ein breites, lila-rotes Band schimmernd entlang, aus den Blüten der Judasbäume gewoben. Marmorvasen und -büsten stehen weiß in den anderen Farben, und unter einem grünen Gewölbe her schaut von weitem die Peterskuppel in all die Schönheit herein, dem Himmelsgewölbe selbst verwandt an Gestalt und Farbe, die stolze Krone auf dem Haupte von Rom.

Aber auch in diesem Reiche der Schönheit wohnt ein Schatten, schwärzer, finsterer als der immer noch mit Sonnenlicht getränkte der Bäume. Wie drüben auf der Stadtseite des Gartenhügels der Schatten Messalinas umgeht, so haust hier der fast noch häßlichere des Nero. Denn im prunkvoll auf das Marsfeld hinunterblickenden Grabmal der Domitier ist er auf dieser Hügelhöhe begraben worden. Und so vieles vergessen wird im Laufe der Jahre, sein Andenken, das Entsetzen vor solchem Zerrbild eines Herrschers hat jahrhundertelang fortgelebt an dieser Stelle. Nur ein wenig vom richtigen Platze fortgewandert, in die Tiefe gesunken ist sein Schatten. Oben auf der Höhe war das Grabmal der Domitier gelegen, und noch auf einem Panorama von Rom, das um den Anfang vom 16. Jahrhundert von Antonio Tempesta sorgsam gezeichnet wurde, stehen die Worte Sepulcrum Neronis, Neros Grabmal, oben über einem Hügel, der aus dem Gartenhügel selbst am nördlichen Absturz hervorwächst. Hier war schon damals von des Altertums Pracht kein Rest mehr zu finden, an Stelle der Parkanlagen und Marmorpaläste bedeckten ländliche Weinpflanzungen die Nordseite des Monte Pincio, während auf des Hügels Mitte bereits die Villa Medici thronte. So hat noch Goethe den Gartenhügel gesehen, als er durch die Porta del Popolo der glücklichsten Zeit seines Lebens in Rom entgegenfuhr. Erst unter Napoleons Herrschaft von 1809—1814 hat Valadier das Kunstwerk aus Grün und Stein geschaffen, das heute Pincio heißt und noch viel großartiger geplant war, als es dann zur Ausführung kam. Der Aufbau nach der Piazza del Popolo hin sollte durch mächtige Wasserstürze belebt werden, um dem durchs Tor einfahrenden Fremden gleich den reichen, lebendigen Wasserschatz der ewigen Stadt anzukündigen.

Die genaue Kenntnis von der Lage des alten Kaisergrabmals gab es aber in den Tagen des Tempesta nur noch bei den Archäologen, das Volk hatte lange schon den Schatten des Nero nach unten an den Fuß des Berges verbannt. In einem Nußbaum, der dort in der Tiefe wuchs, wohnte nach allgemeinem Glauben des verabscheuten Kaisers böser Geist und stiftete so viel Unheil, daß man schließlich zur Entsühnung der Stätte dort eine Kirche baute.

Digitized by Google

Der ehrenwerte Nürnberger Patrizier Nikolaus Muffel, der seine Reise nach Rom im Jahre 1452 in einer Beschreibung — der kirchlichen Merkwürdigkeiten vor allem — verewigt hat, erzählt in prächtig naiver Weise die Geschichte von diesem Geisterspuk wie von der Kirchengründung. Er schreibt über Santa Maria del Popolo: „Und der Altar steht an der Statt, da Nero, der bös Kaiser, begraben lag, und die Teufel allen Leuten und allem Vieh die Häupter absprachen, die zum Tor aus- oder eingingen; die Teufel waren auf dem Nußbaum, der von ihm wuchs aus seinem Herzen, und konnte niemand wissen, wovon das kam, als der Papst; der bestellte eine Prozession und ging darin mit allem Volk, fastend drei Tage lang; und darnach kommt eine Stimme von der Jungfrau Maria dem Papst im Schlaf, sagt ihm, daß Nero da begraben wär' und in dem Nußbaum die Teufel ihre Wohnung hätten; und sagt dem Papst, daß er den Baum ausgrüb' und den Nero herausnähm' und an die Stätte eine Kapelle bauet, ihr zur Ehre; das geschah, und die Kapelle ward ganz gebaut von allem Volk nur in einem Tag und darumb wurde sie geheißen Maria de Populo."

Des bösen Geistes wegen soll also die Kirche zu Füßen des Hügels entstanden sein, von deren altem Bau nur der graue, spitzbehelmte Glockenturm heute noch aufrecht steht. In dem Kloster aber neben der Kirche, die solch bösen Teufelsfrevel sühnte, hat Luther, der tapfere Teufelskämpfer, gewohnt bei seinem Aufenthalt in Rom!

Nero, Messalina, Luther, Goethe, Napoleon — fünf Schatten, die sich zu seltsamem Reigen um den Gartenhügel vereinigen. Und ein sechster noch gesellt sich ihnen unter den Bäumen des Pincio, nicht häßlich und abschreckend wie der des hier begrabenen Kaisers, anmutig, rätselhaft und schwermütig vielmehr, der Schatten des durch seine Schönheit und seinen Tod unvergeßlich gebliebenen Kaiserlieblings Antinous. Er liegt nicht auf dem Pincio begraben, aber ein Stück von dem Totendenkmal, das Hadrian ihm schuf, steht wieder aufgerichtet hier in Gestalt eines bräunlichroten Obelisken, der über grauen Stufen und einem weißen Unterbau schlank in den blauen Himmel hineinwächst. Man hat ein Zeugnis dafür, daß der geheimnisvoll im Nil Ertrunkene dort an der Stelle seines Todes in der ihm zu Ehren erbauten Stadt Antinoupolis bestattet worden sei. Dieser Obelisk aber widerspricht. Nur daß er in Hieroglyphenschrift redet, und erst vor nicht langer Zeit ist es dem Professor Erman gelungen, ihren Sinn zu deuten. Jetzt aber verkündet sie, daß Antinous an einer Stätte ruhe, die sich im Grenzfelde von Rom befinde. Dort hat wirklich dieser Obelisk einstmals gestanden, dort ist er auf dem Gebiete der ehemaligen varianischen Gärten in einer Vigna vor der Porta Maggiore gefunden worden. Er hat lange dann zerbrochen im Hofe des Palazzo Barberini gelegen, hat ein halbes Jahrhundert im Giardino della Pigna des Vatikans geruht und ist schließlich im Jahr 1822 von Pius VII. zur Verschönerung des Gartenhügels am Schnittpunkte von fünf grünenden Alleen wieder aufgerichtet worden. Vor der Porta Maggiore

Digitized by Google

draußen berichtet eine weiße Marmortafel am Pfeiler der dort ihre Bogen spannenden grauen Wasserleitung der Acqua Felice, daß der Obelisk hier von den Brüdern Saccocci gefunden und in ihrer Vigna wieder aufgestellt worden sei. Weiter nichts redet über der Erde dort von dem verschwundenen Totendenkmal, aber vielleicht hat Hadrian wirklich den Körper des geliebten Jünglings hierher in seine Nähe bringen lassen, vielleicht ruhen die vermoderten Reste seltener Schönheit wirklich noch an jener Stelle, die jedes Jahr, wenn der Frühling wieder einmal seine Wunder tut, von blühenden Fruchtbäumen mit weißen und rosenfarbigen Schleiern freundlich geschmückt wird.

Den schönen Jüngling selbst sieht man in ägyptischer Umformung dreimal auf dem Stein des Obelisken, einmal auch seinen kaiserlichen Freund; beide huldigen den fremdartigen Gottheiten vom Ufer des Nil. Hadrian, der „Herr der Diademe", der „ewig lebende", opfert vor dem Sonnengotte Harmachis, Antinous aber, durch Krone, Kleidung und Bart selbst als Gott gekennzeichnet, empfängt von den Göttern ein „ewig lebendes Herz". Man sieht ihn dort oben, horcht auf die Sprache der Hieroglyphen und fragt sich gedankenvoll, ob es wirklich ein so gnadenvolles Geschenk der Götter sei, solch ein ewig lebendes Herz?

Grabmal und Blütenpracht, Vergehen und Werden, Weltmacht und Niedergang, Schönes und Furchtbares, Verbrechen und Größe, Blutvergießen und Liebe — das alles klingt wunderbar ineinander auf dem Gartenhügel. Hier und im ganzen, gewaltigen Rom. Und im Zusammenhang so verschiedener Töne, die sich schließlich doch zu wunderbarer Melodie vereinen, liegt wohl das größte, tiefste, lockendste von allen Geheimnissen Roms.

Einiges über die Entwicklung der Tierwelt

Von

Geheimrat Prof. Dr. Branca

I

Völker steigen hinauf in Sittlichkeit, Kultur, Arbeitsleistung, Ordnung, Macht; und Völker steigen hinab. Aber nicht etwa vollzieht sich das eine oder das andere in der Weise, daß das ganze Volk in dichten geraden Reihen, ich möchte sagen wie ein wohlgeordnetes Heer bei einer Parade, marschiert. Sondern das Vorwärts und ebenso das Rückwärts der Entwicklung des Volkes vollziehen sich in wirrster, aufgelöstester Ordnung. Weit allen anderen voran beim Aufstieg ganz vereinzelte erlesene Geister, so weit voran, daß ihr Volk, selbst die Menschheit, sie gar nicht versteht. Hinter diesen dann immer noch vereinzelte, aber doch schon mehrere. Wiederum hinter diesen schon dichtere kleinere Trupps. Dann hinter diesen zu größeren

Digitized by Google

Trupps Vereinigte, aber das alles, die einen weiter voran, die anderen mehr zurück. Und nun erst folgt ganz allmählich, in unabsehbar große Massen zusammengeballt, wogend das übrige marschierende Volk.

Aber wie hinter dem Heere der Troß und die Wagen mit den zahlreichen Schwachen folgen, so folgt auch hier dem langsam voranschreitenden Volke die große Zahl solcher, die nur widerwillig vorangehen oder die zurückbleiben und die gar Widerstand leisten und so die anderen hindern. So ist es auf allen Gebieten; aus den vielen will ich nur eines herausgreifen, das politische: Langjährige gänzliche Verneinung einer Mitarbeit an der Gesetzgebung. Wütende Bekämpfung der festen Organisation unseres Heeres, die sich nun doch als die einzige Rettung unseres Staates vor dem Untergang gegenüber einer Welt voll Feindseligkeit und Bosheit gezeigt hat. Ansturm gegen die Erblichkeit der obersten Herrschaft, welche Erblichkeit uns doch ein festes Knochenrückgrat gibt gegenüber dem gallertigen Rückgrat eines Staates, dessen Präsident alle paar Jahre neu zu wählen ist. Widerstand gegen eine feste, großzügige Sicherung der Landesgrenzen, die uns gegen die spätere, ja doch unabwendbare Wiederkehr eines Überfalls durch unsere Nachbarn schützen soll; unabwendbar, gleichviel, ob wir unsere Grenzen jetzt sichern oder nicht. Ja sogar der Gipfel alles Widerstandes: Verweigern des zum Kriege nötigen Geldes, was doch den Zusammenbruch unserer Verteidigung, die Überflutung Deutschlands mit feindlichen Heeren, die Verwüstung unseres Vaterlandes zur unausbleiblichen Folge haben müßte. Vergessen die unsäglichen Greuel, die Rußland in Ostpreußen verübte, vergessen die wütenden Drohungen, die England und Frankreich ausführen wollten, sobald sie uns mit ihren schwarzen, braunen und gelben Hilfstruppen überrannt haben würden — lieber das alles aufs neue, und nun über unser ganzes Vaterland hereinbrechen lassen, als den Widerstand gegen das Vorwärtsschreiten des Volkes aufgeben!

Das sind Widerstände gegen die Entwicklung eines Volkes auf politischem Gebiete. Leicht ließe sich ein entsprechendes Bild geben von den Widerständen gegen das Vorwärtsschreiten des Volkes auf allen anderen Gebieten.

Das gleiche Bild gewährt uns aber auch die Entwicklung der ganzen Lebewelt. Auch hier kein Aufwärtssteigen in wohlgeordneten Reihen, sondern ein wirres Gemenge, die einen weit voran, die anderen weit zurück; und auch hier Widerstrebende. Aber wie dort, im Volksleben, die widerstrebenden Kräfte, die einer Entwicklung zum Höheren sich entgegenstellen, von der vorwärtsstrebenden Gesamtheit überwunden werden, so ist es auch mit der Höherentwicklung der ganzen Lebewelt im Laufe der Jahrmillionen der Erdgeschichte gegangen. Sie hat gesiegt über die Widerstände; aber sie konnte sie freilich niemals restlos beseitigen.

Wenn man die Entwicklung der Tierwelt im Laufe der Jahrmillionen der Erdgeschichte verfolgt, so liegt im großen und ganzen ein Vorwärtsschreiten von niederer zu höherer Gestaltung, und zwar auf körperlichem wie auf geistigem Gebiete, klar zutage. Zuerst treten im ältesten Abschnitte der

Digitized by Google

alten Zeit der Erdgeschichte nur wirbellose Tiere auf; erst später lassen sich die höherstehenden Wirbeltiere erblicken. Aber auch unter diesen letzteren erscheinen wiederum zuerst die niedrigststehenden, die Fische; demnächst stellen sich die schon höher organisierten Amphibien und Reptilien ein.

Erst im Mittelalter der Erdgeschichte, zu einer Zeit, in der die Reptilien bereits die Höhe ihrer Entwicklung, eine ungeheure Formenmannigfaltigkeit, erreicht hatten, stellen sich, schüchtern möchte man sagen, winzig kleine und seltene Säugetiere ein. Durch das ganze Mittelalter der Erdgeschichte hindurch bleibt dieses gegenseitige Verhältnis beider Gruppen ungefähr ebenso bestehen, während zugleich auch die Vögel ganz vereinzelt sich auf dem Schauplatz einfinden.

Erst in der Neuzeit der Erdgeschichte beginnt wie mit fieberhafter Geschäftigkeit die Entwicklung der Vögel und besonders der Säugetiere in immer mannigfaltigere und höherstehende Formenkreise hinein. Später erst läßt sich der Formenkreis der Menschenaffen erblicken und erweitert sich allmählich. Zuletzt dann tritt der Mensch auf, das höchststehende Wesen, das Gehirnwesen; und mit ihm tritt nun die Höherentwicklung des Geistes erst nur sehr langsam und allmählich, schließlich stürmisch und immer stürmischer in die Erscheinung.

Die herrschende Auffassung der Entwicklungslehre nimmt an, daß dieser unendlich vielzweigige Baum der Tier- (und Pflanzen-) Welt aus einer und derselben Form allerniederster Lebewesen sich entwickelt habe, ganz ebenso, wie ein Baum aus einem einzigen Samenkorn. Ich habe schon früher in diesen Blättern (November/Dezember-Heft 1913: „Hypothesen über die Herkunft des Lebens") meine Bedenken dagegen geltend gemacht und gesagt, daß mir eine ursprüngliche Verschiedenheit dieser „Samenkörner" der Tierwelt mehr einleuchte. Daß aus den Reptilien einerseits die Vögel, anderseits die Säugetiere entsprungen sind, ist sicher; daß aber ganz im Anfange alles Lebens das „Samenkorn", aus dem einst die ältesten Ahnen der Reptilien erwuchsen, ganz derselben Art war wie dasjenige, dem z. B. die Stachelhäuter entstiegen, das ist Glaubenssache, die mir höchst unsicher zu sein scheint.

Es gibt in der Tierwelt ganz verschiedene Kreise von Körperformen, die sehr verschieden voneinander sind; man denke z. B. an den Kreis der Stachelhäuter (Seesterne, Seelilien, Seeigel), oder der Mollusken (Muscheln und Schnecken), oder der Fische, oder der Säugetiere. Ein jeder dieser Kreise, sei er hoch oder niedrig organisiert, hänge er mit dem anderen zusammen oder nicht, kann im Laufe der Stammesentwicklung denjenigen Grad der Vollkommenheit erreichen, der für ihn überhaupt möglich ist.

Jedem dieser Kreise von Körperformen ist aber auch eine Geistesform beziehungsweise eine Bewußtseinsgestaltung eigen, die ebenfalls für diesen Kreis ein Maß der Vollkommenheit erreichen kann. So sicher wir in die Erkenntnis dieser verschiedenen Körperformen eindringen können, das Verständnis jener verschiedenen Geistesformen bleibt uns doch mehr oder weniger

Digitized by Google

verschlossen. Zwar sehen wir die Wirkungen des Geistes dieser Tierkreise in ihren Handlungen, aber ein Verständnis ihres Geistes fehlt uns doch, weil ihr Geist zu sehr verschieden von dem unseren ist. Tiere z. B. mit so ausgesprochenen Geisteseigenschaften wie die Bienen und die Ameisen, die Staaten bilden, deren Bürger ein so hohes Maß von Mut, Pflichttreue und Gehorsam dem herrschenden Gesetze beweisen, daß sie uns Menschen als Muster dienen können, bleiben uns doch ein Rätsel, wenn wir diesen Geist, der sie antreibt, solches zu tun, richtig einschätzen wollen. Ist das bei diesen Ameisen und Bienen wirklich der Ausdruck eines verhältnismäßig so hohen Geistes, wie es nach den Äußerungen desselben scheint, oder ist es nur ererbte Gewohnheit, geistloses Handeln? Wir wissen es nicht, wir stehen dem fremden Geiste, dem fremden Bewußtsein dieser Tiere ebenso fremd gegenüber, wie wir ihren fremden Körper uns nach allen Richtungen hin erklären können.

Ich habe oben das Vorwärtsschreiten der Tierwelt im Laufe der Erdgeschichte verglichen mit dem unregelmäßigen Vorwärtsschreiten eines Volkes; und wie dort, so will ich auch hier bei der Tierwelt von den Widerständen reden, und zwar von dem schlimmsten der Widerstände, der vollständigen Verneinung bei der Mitarbeit an der Entwicklung. Blicken wir auf die niedersten aller, die Urtiere oder Protozoen, die in ungeheuren Mengen im Meere, aber auch auf dem Festlande leben: ein schleimiger Klumpen, ohne Organe, das ist das ganze Tier. Der Klumpen streckt fadenförmige, feine Ausläufer von sich aus, das sind seine Scheinfüße. Er umfließt seine Nahrung und verdaut diese dann in sich, das ist sein Mund, sein Schlund, sein Magen. Der Klumpen teilt sich in zwei Teile, das ist, zum Teil wenigstens, seine Vermehrung. Viele bilden sich kalkige, auch kieselige Schalen, die den weichen Klumpen schützen, andere sind schalenlos. Schon vor vielen Jahrmillionen, als die Erde sich unter 100 Grad Celsius an ihrer Oberfläche abgekühlt hatte, so daß überhaupt Leben entstehen und bestehen konnte, waren diese Tiere offenbar bereits ganz ebenso, wie sie heute noch sind. Verneinung einer jeden Entwicklung, das ist also ihr Denkspruch; Hopfen und Malz sind anscheinend an ihnen verloren.

Das täte nun hier nichts, wie es dort, beim Volke, das Vorwärtsgehen auch nicht hindern konnte. Die übrige, höherer Entwicklung zustrebende Lebewelt würde sich auch trotz solchen entwickeln. Aber die Sache bildet doch ein Rätsel. Nach der Entwicklungslehre hat sich aus dem Niedersten allmählich das Höchste entwickelt; d. h. gerade jene niedersten Lebewesen sollen es gewesen sein, aus denen die ganze übrige Lebewelt bis hinauf zum Menschen sich entwickelt hat. Wie ist das nur möglich gewesen, da sie doch heute noch alle Entwicklung zu verneinen scheinen, heute noch so sind, wie sie vor Jahrmillionen waren? War es etwa die Art und Weise ihrer Vermehrung, die sinnlos war? Und damit wären wir bei der Frage nach den Ursachen der Entwicklung angelangt.

Vermehrung. Als Eva geschaffen wurde, da mußte bekanntlich eine Rippe Adams herhalten. Aber damit hat der alttestamentliche Erzähler die

Digitized by Google

Erschaffung des anderen Geschlechtes sich doch allzu bequem gemacht. Und doch, ganz unbewußt und ohne naturwissenschaftliche Kenntnisse zu besitzen, hat er mit kühnem Griff die niederste Form der Vermehrung, die wir sonst nur bei niedersten Tieren kennen, auch dem ersten Menschen angedichtet: die ungeschlechtliche Vermehrung durch Teilung; denn Adam wurde ja geteilt, die Rippe war ein Teil von ihm; und plötzlich waren nun zwei vorhanden, wo vorher nur einer war. Eva war die kleinere Hälfte von Adam. Aber der alttestamentliche Erzähler machte es klüger, als die Natur es bei jenen niedersten Lebewesen gemacht hat; denn aus der Teilung ließ er sofort die beiden verschiedenen Geschlechter hervorgehen, während bei jenen niedersten Wesen das nicht der Fall ist: es gibt vor wie nach der Teilung weder einen „Er" noch eine „Sie", sondern „Es" — z. B. ein schleimiger Protoplasmaklumpen — schnürt sich ein und zerfällt schließlich in zwei Teile. Aus einem Tier sind damit zwei geworden. Aber man weiß hier nicht, wer Koch und wer Kellner ist, welche von den beiden Hälften man als Ältertier — denn von „Mutter" kann man ja nicht reden, da es hier keine Geschlechter gibt — und welche man als das Junge ansehen soll. Es gibt hier weder ein Altes noch ein Junges, denn das eine Tier hat sich nur in zwei geteilt; und so geht es weiter fort. Es lebt auf diese Weise ewig.

Das ist nun zwar die einfachste, aber zugleich auch die sinnloseste Art der Vermehrung — falls nämlich der Sinn der Vermehrung nicht nur in der Erhaltung der Art liegt, sondern zugleich auch in der Veränderung der Nachkommen, in der Entwicklung des ganzen Stammes. Die Natur ist hier offenbar auf einen falschen Weg geraten, und vielleicht erklärt sich daraus die Tatsache, daß diese Urtiere heute, nach vielen Jahrmillionen, vermutlich noch ebenso unverändert geblieben sind wie damals, als sie entstanden. Es ist auch eine Sinnlosigkeit der Natur, daß eine solche Art und Weise der Vermehrung überhaupt durch viele Jahrmillionen hindurch sich erhalten konnte, daß sie nicht längst, wie sie es verdient, ausgestorben ist.

Auch eine andere Art der ungeschlechtlichen Vermehrung, die Knospung — sie findet sich z. B. auch bei den jedermann bekannten Korallen —, kann nicht zu dem Ergebnis führen, daß das Junge sich notgedrungen verändert, daß eine Entwicklung also möglich wird. Bei der Knospung entsteht in und an einem Ältertier an einer Stelle eine Wucherung von Zellen; und wie an einer Pflanze eine Knospe, so entsteht hier an dem Tierleib eine Knospe. Diese bleibt entweder mit dem Ältertiere verbunden, aus dem dann weitere Junge herausknospen können, so daß eine ganze Kolonie, ein Stock entsteht. Oder die Knospe löst sich von dem Ältertier los und bildet ein selbständiges Lebewesen. Auch hier ist das Junge doch immer nur noch ein Teil des Ältertieres, das ohne neue Zutat eines zweiten Ältertieres entstanden ist. Ebenso wie bei der Teilung, so könnte sich daher auch bei der Knospung eine Veränderung der jungen Tiere, also eine Entwicklung, höchstens durch äußere Umstände vollziehen, nicht aber durch Zutun seiner Eltern.

Digitized by Google

Offenbar kann ein von den Tieren selbst ausgehender Anstoß zu einer Veränderung der Nachkommen erst gegeben werden bei einer Art und Weise der Vermehrung, bei der ein Junges durch eine Vereinigung zweier verschiedener Zellen entsteht, die zwei verschieden beschaffenen Individuen angehören, die letztere aber auch zugleich verschiedenen Geschlechtes sind. Wenn nämlich diese letztere Bedingung nicht erfüllt ist, dann fehlt das Wesentliche, und der Vorgang wird wieder stümperhaft.

Das Stümperhafte ist auch noch der Fall bei einer dritten ungeschlechtlichen Vermehrungsform, der Konjugation, Autogamie, Endomixis, die ebenfalls bei jenen niedersten Lebewesen vorkommen. Zwei solcher niederen Lebewesen legen sich aneinander, vereinigen sich und trennen sich wieder; aber beide sind, soviel wir das erkennen können, nicht verschiedenen Geschlechtes, beide sind ein „Es". Und doch kann hier schon ein erster Schritt auf dem Wege zu einer höheren Vermehrungsform geschehen, indem beide Tiere Stoffe austauschen: aus dem einen „Es" strömt ein kleiner Teil, der „Wanderkern", in das andere „Es"; aber auch aus diesem anderen „Es" strömt zugleich ein „Wanderkern" in jenes hinein.

Erst also, sobald die beiden Geschlechter entstanden wären, war die Bahn für eine Veränderung der Jungen und damit eine notgedrungene Entwicklung des Stammes freigegeben; denn beide Beteiligten sind ja nun verschieden beschaffen. Beide geben je eine Zelle, aus deren Vereinigung das Junge erwächst; in jeder dieser zwei Zellen aber ist gewissermaßen die Quintessenz des ganzen Wesens, aller seiner Eigenschaften vorhanden. So muß aus deren Mischung, indem bald des einen Eigenschaften im Jungen vorwalten, bald des anderen, das Junge notwendig von beiden Eltern verschieden werden.

Ursachen der Entwicklung. Erst also bei einer geschlechtlichen Vermehrungsweise der Lebewesen war die Grundbedingung erfüllt, aus der eine stärkere Veränderung der Eigenschaften der Nachkommen gegenüber denen der Vorfahren, also eine Entwicklung des ganzen Stammes, notwendig erwachsen mußte. Aber zweifellos liegt der Antrieb zur Veränderung nicht nur in einer einzigen Ursache, sondern in einer Verquickung einer ganzen Anzahl von solchen.

Zunächst einmal muß es in den Lebewesen selbst liegen, daß die einen in sich den Antrieb nach starker Veränderung, die anderen nach schwacher, wieder andere nach gar keiner Veränderung haben, obgleich sie doch alle unter denselben äußeren Bedingungen leben. Während z. B. an gewissen im Meere lebenden Molluskengattungen eine Entwicklung sich vollzog, z. B. bei den ausgestorbenen Ammoniten, so blieben andere Gattungen von Mollusken oder auch Brachiopoden, z. B. die Gattungen Nautilus und Lingula, seit vielen Jahrmillionen als Gattung unverändert. Warum? Offenbar doch, weil hier in den Tieren selbst die Ursache lag; die einen haben diese Fähigkeit in höherem Grade, die anderen in geringerem, die dritten fast gar nicht.

Digitized by Google

Sodann wird der Antrieb zur Veränderung sicherlich gegeben durch äußere Einflüsse, die auf die Lebewesen einwirken, durch eine Veränderung der äußeren Lebensbedingungen (St. Hilaire): Veränderung der Nahrung, der Temperatur, des Feuchtigkeitsgehaltes, kurzum des Klimas; bei Wassertieren der Beschaffenheit des Wassers, ob süß oder salzig oder brackisch; auch durch mechanische Einwirkungen. Aber auch hierbei zeigt sich die erstgenannte Ursache tätig: die eine Tiergattung erträgt eine Veränderung der äußeren Lebensbedingungen gar nicht, sie stirbt unter ihrem Einfluß, die andere verträgt sie und verändert sich unter ihrem Einfluß.

Eine dritte Ursache liegt in dem Gebrauch beziehungsweise Nichtgebrauch eines Organes (Lamarck). Wie sehr dies auf die stärkere Entwicklung eines Organes beziehungsweise auf sein Schwinden hinwirken kann, werden wir bei der Besprechung des Schwindens der Zahl der Zähne und der Zehen sehen.

Eine vierte Ursache kann man in der allbekannten Selektionstheorie (Ch. Darwin) erblicken: diejenigen Lebewesen, die infolge irgendwelcher Ursachen irgendeine für sie vorteilhafte Veränderung erleiden, müssen im Kampfe um das Dasein natürlich begünstigter dastehen als andere Lebewesen, die eine sie schädigende Veränderung erleiden. Kräftigere, schnellere, gesündere, klügere, in Nahrung anspruchslosere Wesen werden infolgedessen auch mehr zur Fortpflanzung gelangen als andere Wesen, die das Gegenteil davon sind. Dadurch können jene ihre günstigen Eigenschaften auf ihre Nachkommen vererben, und in den Nachkommen steigern sich dann diese günstigen Eigenschaften, so daß zuerst neue Arten, später dann neue Geschlechter, Familien, selbst Ordnungen entstehen. Es ist indessen doch sehr fraglich, ob das so ohne weiteres der Fall sein kann. Zwar daß durch bewußte Züchtung, also durch richtige Auswahl der zu paarenden Tiere oder Pflanzen mit gleichen günstigen Eigenschaften, diese letzteren bei den Nachkommen sich steigern lassen, ist zweifellos. Die Tier- und Pflanzenzucht liefert die sichersten Beweise davon. Bei Tieren aber, die im Zustande der Freiheit leben, wird vermutlich nicht eine solche Auswahl bei der Paarung stattfinden, daß immer Tiere mit den gleichen günstigen Eigenschaften sich zusammenfinden; es wird vielmehr durch die unvermeidliche Kreuzung von Wesen mit ganz verschiedenen Eigenschaften nie zu einer solchen Steigerung nützlicher Eigenschaften kommen können, sondern immer wieder ein Ausgleich erfolgen.

Nur dann, wenn einige mit gleichen günstigen Eigenschaften versehene Paare durch irgendeinen Umstand von den anderen, ihnen ungleichen, getrennt werden (M. Wagner), wird es zu einer Steigerung dieser günstigen Eigenschaften kommen; ganz ebenso wie bei der von den Menschen geleiteten Tier- und Pflanzenzucht.

Immer aber ist die notwendige Voraussetzung, daß sich solche zunächst an einzelnen Wesen auftretenden Veränderungen auch vererben; und das wieder erscheint nur möglich, wenn diese zu vererbenden Eigenschaften in den

Digitized by Google

beiderseitigen Zeugungsstoffen, den Keimzellen, in der Anlage bereits vorhanden sind; wenn also diese beiderseitigen Keimzellen gewissermaßen die Quintessenz von dem darstellen, was die beiderseitigen Tiere sind (Weismann).

Damit hätten wir in Kürze die möglichen Ursachen der Entwicklung der Tierwelt uns vorgeführt; es mögen nun einige Beispiele der Entwicklung folgen.

II

Beispiele der Entwicklung einzelner Organe. Entwicklung der Tierwelt besteht, wie wir sahen, in einer Veränderung der Eigenschaften der Nachkommen gegenüber denen ihrer Vorfahren. Diese Veränderung kann das ganze Tier erfassen, sie kann aber auch sich vollziehen ganz besonders an einzelnen Organen.

An einigen Beispielen möchte ich nun zeigen, wie im Laufe der Jahrmillionen solche einzelnen Organe sich teils vorwärts, teils rückwärts entwickelt haben. Sodann zeigen, durch welche Ursachen das bewirkt wurde — soweit wir überhaupt in selteneren Fällen imstande sind, diese Ursachen angenähert richtig zu erkennen. Endlich zeigen, wie einerseits die Vorwärtsentwicklung eines Organes so unaufhaltsam in derselben Richtung hin sich vollziehen kann, daß sie aus dem Sinnvollen in das Sinnlose umschlägt und das Tier schädigt; und wie anderseits die Rückwärtsentwicklung eines Organs hier das Tier schädigen, dort dem Tiere aber nutzbringend sein kann. Ich will auf solche Weise hier vorführen Schicksale, die gewisse Zähne erlitten haben, teils durch die Verringerung ihrer Anzahl bis zum völligen Verschwinden des ganzen Gebisses, teils durch maßloses Wachstum, das schließlich sinnlos wurde. Dann Schicksale, welche die Zehen erlitten, deren Anzahl sich von der ursprünglichen Fünfzahl mehr und mehr, selbst bis auf die Einzahl hin verringerte. Ferner Schicksale, denen die Geweihe unterlagen, deren Größe sich mehr und mehr in das Sinnlose steigerte. Endlich will ich die bemerkenswerte Erscheinung besprechen, daß in verschiedenen Tiergruppen im Laufe der geologischen Zeiten eine Riesengröße sich entwickelt hat.

Angesichts der Entwicklung einzelner Organe darf man aber nicht außer acht lassen, daß alle Organe eines Tieres in Wechselbeziehung stehen; so daß, worauf Cuvier zuerst hinwies, wenn das eine Organ sich umwandelt, auch alle anderen Organe in Mitleidenschaft gezogen werden. Dieser Satz ist indessen doch nur mit großer Vorsicht zu betrachten. Für wichtige, bedeutungsvolle Organe mag er gelten; für andere hat er kaum Gültigkeit. So wird z. B. die gewaltige Ausbildung des Eckzahnes von Machairodus, die weiter unten besprochen werden wird, zwar die benachbarten Zähne und den Schädelbau sowie die Ernährung etwas beeinflussen, aber die anderen Organe unberührt lassen.

Schicksale der Zähne. Zähne kommen und Zähne gehen wieder. Solange man Kind ist, kehren sie noch einmal wieder; aber wenn man erst die zwölf oder dreizehn überschritten hat, was von Zähnen dann geht, das geht, ohne aufs neue wiederzukehren. Wie es den Einzelwesen für ihre Lebenszeit

Digitized by Google

in dieser Beziehung geht, so ist es im Laufe der Jahrmillionen auch großen Abteilungen der Tiere für die ganze Dauer ihres Daseins in der Erdgeschichte gegangen; einzelne Zähne, ja sogar alle Zähne, das ganze Gebiß gingen ihnen auf immer verloren.

Aber glückselig alle die Fische und Reptilien. So oft auch sie ihre Zähne verlieren, so oft wachsen ihnen Ersatzzähne wieder, bis an das Lebensende hin; ganz wie uns die abgeschnittenen Haare und Nägel immer wieder wachsen. So heißt es wenigstens, und viele Beobachtungen an Fischen und Reptilien sprechen dafür. Bei der giftigen Viperschlange wird der Giftzahn sogar alle sechs Wochen neu ersetzt. Ob aber ausnahmslos für alle Fische und Reptilien und für deren ganze Lebenszeit ein so immerwährender Zahnersatz Tatsache ist, das dürfte noch zu erweisen sein.

Wie stümperhaft ist dagegen unser stolzes Menschensein. Nur in der Kindheit blüht uns der Zahnersatz einmal, für die verloren gegangenen Milchzähne. Aber auch das gilt nur von den vordersten 20 unserer 32 Zähne, nur von den Schneidezähnen, dem Eckzahn und den zwei vorderen Backzähnen. Von den hinteren drei Backzähnen gilt es leider nicht, die bekommen wir nur einmal; und wenn sie uns Lebewohl gesagt haben, dann ist es vorbei mit ihnen. Freilich, die beiden vordersten von ihnen sind stattliche Knochen, die lange aushalten können; aber der hinterste, der „Weisheitszahn", der erst mit dem achtzehnten bis vierzigsten Jahre, mit der Weisheit, erscheint, ist ein armseliger Bursche; denn der pflegt bei den meisten Kulturmenschen so klein zu sein und so leicht schlecht zu werden, daß er viel früher als die anderen uns wieder Lebewohl sagt. Ja, sehr vielen Menschen sagt er gar nicht einmal Gutentag, bleibt verkümmert im Kiefer stecken oder fehlt ganz, weil im Kiefer heute kein Platz mehr für ihn vorhanden ist. Wenigstens bei uns Kulturmenschen, denen mit etwa achtzehn bis vierzig Jahren zwar bisweilen die Weisheit, aber sehr oft nicht der Weisheitszahn kommt.

Freilich die Wilden und die Menschenaffen, die sind noch glücklicher daran; denen kommt zwar nicht die Weisheit, aber dafür fast stets der Weisheitszahn und überdies in solcher Größe und Stärke, daß er alle anderen übertrifft. Ja, Menschenaffen bekommen sogar nicht selten hinter diesem noch einen zweiten Weisheitszahn. Kein Wunder, denn sie tun ja auch das ihre dazu. Wie üben doch heute noch die Wilden und die Affen von Kindheit an ihre Zähne mit Beißen harter Nahrung, ganz wie unsere Vorfahren in diluvialen Zeiten das noch taten, die darum noch stärkere Zähne und Kiefer hatten; wogegen wir Kulturmenschen von Kindheit an das Brot und die Speisen nicht weich genug bereitet erhalten können. Am liebsten kauten wir gar nicht mehr, sondern zerdrückten die weich zubereitete Speise nur mit leisem Druck der Zunge gegen den Gaumen.

Da kann ja die Strafe nicht ausbleiben, „denn alle Schuld rächt sich auf Erden", so auch die Kaufaulheit an den Zähnen. Wer seine Muskeln übt, dem strömt das Blut reichlich zu den Muskeln und ernährt sie kräftig, so daß

Digitized by Google

sie größer und stärker werden. Ganz ebenso bei Zähnen. Der Wilde und der Affe üben ihre Zähne durch mühevolles und tüchtiges Zubeißen von Jugend an täglich; denen strömt täglich das Blut reichlich zu den Zähnen und ernährt sie kräftig, so daß sie felsenfest und groß werden. Aber gleichzeitig werden natürlich auch die Kiefer dadurch kräftiger ernährt und größer, so daß sie genügenden Raum für eine größere Zahl zudem größerer Zähne darbieten.

Freilich, das, was wir Schönheit nennen, leidet sehr darunter, daß die Kiefer und die Zähne so groß werden; darum haben die Wilden wie die Affen, und hatten auch zum Teil noch unsere diluvialen Vorfahren eine vorspringende „Schnauze". Wogegen bei uns Kulturmenschen nicht nur die Zähne, sondern auch die Kiefer aus Mangel an kräftiger Übung und Ernährung so klein geworden sind, daß uns die „Schnauze" schwand. Damit aber wurde auch der Raum für die Weisheitszähne verkümmert bzw. für die Schneidezähne; denn Menschen, denen der Weisheitszahn nicht fehlt, fehlen dann nicht so selten im Oberkiefer zwei von den vier Schneidezähnen.

Doch diese Strafe ist für uns Kulturmenschen einstweilen noch recht milde; wie überaus hart sie aber vielleicht noch werden kann, wenn wir in dieser Unweisheit beharren, das läßt uns der Spiegel der Tierwelt ahnen, in dem uns hier und da ein fernes, fernes, abschreckendes Zukunftsbild entgegengrinst: völlige Zahnlosigkeit.

Freilich, die Mühlen der rückwärtsschreitenden Entwicklung mahlen ebenso langsam wie die der vorwärtsschreitenden. Aber sie mahlen; und wehe den Künstlern jener fernen Zeit, die so entstellte Menschenangesichter nachbilden müssen. Ein greuliches Menetekel! Das Los der Vögel und Schildkröten zeigt uns jenes Zukunftsspiegelbild. Es läßt uns sehen, wie in altersgrauer Zeit die Ahnen der Schildkröten und der Vögel den Rachen voller Zähne hatten, während ihren jetzigen Nachkommen schon längst der letzte Zahn verloren ging; vielleicht weil auch bei ihnen die Veränderung der Nahrung das herbeiführte. Notgedrungen gab dann die Natur, um die weiche, leicht verletzliche Schleimhaut der Kiefer zu schützen, ihnen einen Hornbelag auf den Kiefern. Sollte der Zukunftsmensch nach Jahrmillionen ebenfalls einen solchen Hornbelag auf zahnlos gewordene Kiefer bekommen?

Wie eigen, erst gibt sich die Natur die größte Mühe, so wichtige Knochen wie die felsenfesten Zähne entstehen zu lassen, und dann läßt sie den köstlichen Erwerb wieder fahren. Doch nicht etwa tat sie letzteres freiwillig, sondern nur gezwungen, durch den Mangel an Gebrauch der Zähne, also durch die Schuld der Lebewesen.

Ein anderes: Die beiden langen Stoßzähne des Elefanten, denen wir das Elfenbein verdanken, bilden eine starke Waffe für das Tier, aus dessen Oberkiefer sie, ein wenig aufwärts gekrümmt verlaufend, schräg nach vornunten gerichtet sind. Aus kleinen Anfängen sind diese beiden Schneidezähne im Laufe der Stammesentwicklung der Elefanten allmählich so riesig groß ge-

Digitized by Google

worden; denn bei den alttertiären Vorfahren der heutigen Elefanten waren sie noch recht klein.

In einer gewissen Zeit des Tertiär versuchte die Natur auch im Unterkiefer der Elefanten zwei Schneidezähne zu solchen langen Stoßwaffen auszubilden, so daß diese Vorläufer des Elefanten, die Mastadonten, im Ober- und Unterkiefer so bewehrt waren. Das war aber zuviel des Guten, die Natur hat diesen Versuch wieder eingestellt, der heutige Elefant hat überhaupt keine Schneidezähne im Unterkiefer mehr. Aber dafür ließ sich die Natur bei einem Teile der diluvialen Elefanten, bei gewissen Mammuten, an jenen Oberkieferschneidezähnen zu sehr die Zügel schießen. Hier wuchsen die Schneidezähne zu riesigen Stoßzähnen aus, deren unteres Ende sich ganz nach oben umbog, einrollte, so daß ein Gebrauch als Stoßwaffe damit unmöglich wurde.

Hier führte also diese Vorwärtsentwicklung der Schneidezähne bei einem Teile der Mammute zu einer Schädigung des Tieres; es war eine Sinnlosigkeit der Natur.

Das gleiche gilt von einem tertiären Löwen, den man wegen seiner riesigen Eckzähne Machairodus, „Säbelzahn", genannt hat, da sie aus dem Oberkiefer wie zwei lange, krumme Säbel nach unten ragten. Alle Raubtiere haben ja starke, etwas gekrümmte Eckzähne, die sie wie einen Haken in ihr Opfer schlagen, um es damit festzuhalten. Aber bei diesem Machairodus war die Vergrößerung des Zahnes so in das Unsinnige hineingegangen, daß das Tier zuletzt, so weit es auch seinen Rachen aufriß, diese Zähne nicht mehr als Haken in den Gegner einzuschlagen vermochte, weil sie zu lang waren. Auch ihm wurde dies unsinnige Wachstum zum Verhängnis.

Schicksale der Geweihbildung. Ganz ähnlich wie mit dem riesigen Eckzahn des Machairodus verhält es sich mit dem Geweih der Hirsche. Als die hirschähnlichen Tiere sich aus der großen Gruppe der Huftiere absonderten, d. h. also, als sie entstanden, hatten sie überhaupt noch kein Geweih; sondern ihre Waffe bestand in einem ziemlich großen Eckzahn, der im Oberkiefer saß und wie ein kleiner gebogener Dolch nach unten ragte. Im selben Maße, in dem nun in dem Geweih den männlichen Tieren eine neue Waffe entstand, schrumpfte der Eckzahn ein.

Anfänglich war das Geweih eine sehr praktische Waffe. Es war klein, etwa so wie das Gehörn eines großen Rehes, und hatte nur eine, höchstens zwei Spitzen. Vor allem aber wurde es noch nicht alljährlich abgeworfen und dann neu gebildet, sondern es blieb zeitlebens fest mit dem Schädel verwachsen, es war also wie ein fester, auf dem Schädel angewachsener Spieß.

Erst recht spät, in jungtertiärer Zeit, begann die Natur, wie dort beim Machairodus so auch hier, diese Waffe bis ins Übermaß und damit in die Schädlichkeit für das Tier hinein zu entwickeln; nur ein kleiner Teil des Geweihes, der unterste, blieb als sogenannter „Rosenstock" fest und dauernd mit dem Schädel verwachsen. Aber oberhalb dieses kurzen Knochenfortsatzes des Schädels wurde und wird nun das Geweih alljährlich abgeworfen. Am

Digitized by Google

unteren Ende des Geweihes nämlich, da wo es mit dem Rosenstock verwachsen ist, beginnt das Knochengewebe des Geweihes zu gewisser Zeit alljährlich abzusterben, so daß der Hirsch schließlich das ganze obere Ende abschlagen kann oder daß es von selbst abfällt. Nun ist er waffenlos, denn das stumpfe obere Ende des Rosenstockes kann nicht als Waffe dienen. In der kurzen Zeit von drei bis vier Monaten bildet dann der Hirsch ein neues Geweih; aber in der Weise, daß es alljährlich um eine Stange vermehrt wird, so daß schließlich bei dem alten Hirsche ein aus vielen Stangen bestehendes, verhältnismäßig riesengroßes Geweih vorhanden ist, das nun alljährlich in kurzer Zeit immer wieder neu gebildet werden muß.

Es ist zweifellos ein großer Übelstand für den Hirsch, daß er alljährlich diese große Masse von Knochensubstanz neu bilden muß, denn er kann das nur auf Kosten seines Körpers oder großer Nahrungsaufnahme tun. Dazu kommt, daß das Gewicht des Geweihes mit seinem Wachstum immer größer wird; ein großes Geweih wiegt 5—8 Kilogramm. Wie schwer der Hirsch an dieser Last zu tragen hat, sieht man deutlich an seiner Kopfhaltung beim Laufen, denn hierbei wird der Kopf ganz nach hinten gelegt, so daß die Nase ebenso hoch liegt wie die Stirn. Dazu kommt das Hindernde des breit ausladenden großen Geweihes, wenn der Hirsch dichten Wald durcheilt. Aber zu diesen Übelständen gesellt sich noch ein vierter, größter. Solange die Natur bei ihrer ersten einfachen Bildung des nicht abwerfbaren Geweihes stehen blieb, bot dieses eine ganz vorzügliche spitze Waffe dar, die gefährlicher ist als das jetzige vielendige Geweih, das sich noch dadurch hinderlich erweist, daß es sich unter Umständen mit dem Geweih des Gegners beim Kämpfen verfängt. Es ist, als ob man dem Soldaten anstatt des einspitzigen Bajonetts ein so verzweigtes geben wollte.

Diese Verhältnisse, wie wir sie hier bei dem übermäßigen Wachstum des Geweihes, dort bei dem übermäßigen Wachstum des Eckzahnes von Machairodus und bei der Aufwärts- und Einwärtsbiegung des Stoßzahnes vom Mammut sahen, lassen uns erkennen, daß die Natur oft blindlings auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortschreitet. Ganz ähnlich, wie ein von seinen Leidenschaften beherrschter oder ein auf seinen Grundsätzen herumreitender Mensch schließlich dadurch, daß er ihnen blindlings folgt, sich und andere ins Unglück stürzt, so stiftet auch hier die Natur, ich möchte sagen durch ihre Grundsatzreiterei, Unheil anstatt Nutzen.

Schicksale der Zehen. Wie der Traum eines Wahnwitzigen würde uns der Gedanke anmuten, daß Mutter Natur uns in ferner Zukunft so hoch entwickeln könnte, daß wir allmählich an unserer Hand nicht nur den ersten, zweiten, vierten und fünften Finger, sondern auch die dazugehörigen ersten, zweiten, vierten nnd fünften Mittelhandknochen, welche die Fläche der Hand bilden, verlören: So daß uns nur der mittelste, dritte Finger mit seinem dazugehörigen Mittelhandknochen verbliebe; ein langer schmaler Haken mit drei Gelenken, anstatt der jetzigen breiten Handfläche, aus der fünf solcher

Digitized by Google

kurzer Fingerhaken herauswachsen. Und vollends wenn dann gleichzeitig am Fuße sich derselbe Vorgang vollzöge, so daß nur die dritte Zehe mit ihrem dritten Mittelfußknochen übrig bliebe, und wenn diese sich dann auch noch senkrecht aufrichtete. Wie sollen wir auf der Spitze dieses langen schmalen Knochensteges stehen, gehen, laufen, springen?

Vor solchem Lose sind wir freilich gesichert. Aber das ist in Wahrheit unseren Pferden widerfahren; denn die gehen ja heute nur noch auf der Spitze einer einzigen, der dritten Zehe, während ihre Vorfahren einst, wie wir noch heute, auf fünf Zehen und auf der ganzen Sohle des Fußes daherschritten. Das ist ihnen indessen nicht zum Nachteil ausgeschlagen, sondern im Gegenteil zum Vorteil. Wie schnell und sicher sie auf der Spitze dieser schmalen einen Zehe laufen und springen können! Viel schneller als ihre Ahnen auf ihren breiten, plumpen fünfzehigen Füßen.

Man sieht, die Pferde sind uns in dieser Beziehung weit voran in der Entwicklung; wir sind mit unseren Händen und Füßen unverändert, unentwickelt auf der untersten Stufe dieser wunderbaren Entwicklungsleiter stehengeblieben, heute noch ganz so wie einst unsere unbekannten Ahnenwesen.

Auch die Schafe, Rinder und alle Wiederkäuer haben uns weit überholt auf diesem Entwicklungswege, wenn auch nicht so weit wie die Pferde. Ihre Ahnen standen ebenfalls auf breiten, fünfzehigen Füßen und haben dann allmählich die erste, zweite, fünfte Zehe nebst ihren dazugehörigen Mittelfußknochen verloren, so daß die heutigen Wiederkäuer nur noch zwei Zehen, die dritte und vierte, besitzen, auf denen sie stehen.

Selbst das Rhinozeros ist in dieser Beziehung immer noch weit über uns hinaus entwickelt, denn es hat seine erste und fünfte Zehe verloren, so daß es auf drei Zehen läuft.

Drei Dinge mußten erfüllt sein, um diese Verringerung der Zahl der Zehen zu bewirken. Gewaltig lange Zeiten, während derer die Natur daran arbeiten konnte, bis sie es fertig brachte, aus den fünf Zehen, wie alle Säugetierahnen einst hatten, solche ein- oder drei-, zwei oder vierzehigen Tiere zu machen. Sodann mußten die übrigbleibenden Zehen und Mittelfußknochen verdickt und verstärkt werden, da nun die ganze Last des Körpers auf ihnen ruhte, die vordem auf fünf Zehen verteilt war. Endlich und vor allem aber mußten die Mittelfußknochen und ihre Zehen aus der wagerechten Lage in die senkrechte allmählich aufgerichtet werden; d. h. die Füße, die ursprünglich mit ganzer Sohle auftraten, mußten zuletzt so gestellt werden, wie bei einer auf der Spitze ihrer Zehen gehenden Tänzerin.

Unklar ist uns, warum diese senkrechte Aufrichtung der Zehen und Mittelfußknochen sich vollzog. Leichter ist jene Verringerung der Zahl der Zehen zu verstehen. Derselbe Grund, der bei den Zähnen ihr Schwinden bewirken konnte, nämlich geringerer Gebrauch, der konnte auch das Schwinden einer Anzahl der Zehen hervorrufen.

Digitized by Google

Bei dem fünfzehigen Fuße kann die Last des Körpers auf allen fünf Zehen und Mittelfußknochen gleichmäßig ruhen. In diesem Falle werden sie gleichmäßig gebraucht, angestrengt, ernährt und bleiben alle erhalten.

Wenn aber das Gewicht des Körpers vorwiegend auf den mittleren Zehen lastet, dann werden diese stärker beansprucht, daher stärker ernährt und darum verdickt; wogegen zunächst die erste und fünfte Zehe, auf denen der Körper hier weniger lastet, weniger gebraucht und ernährt werden, so daß sie mehr und mehr verkümmern und schließlich am Nichtgebrauch zugrunde gehen.

Nun ruht die Last des Körpers nur noch auf den mittelsten drei Zehen, und wenn sich hier das Spiel wiederholt, daß das Körpergewicht namentlich auf der mittelsten, dritten Zehe ruhte, dann schwanden auch die zweite und vierte; und so blieb unseren Pferden nur noch die mittelste Zehe, auf deren Spitze sie gehen. Wenn aber die Last des Körpers vorwiegend auf zwei mittleren Zehen ruhte, dann schwanden erst die erste und fünfte und dann die zweite, wie bei unseren Wiederkäuern, die auf der dritten und vierten gehen.

Frägt man nach dem Nutzen oder Schaden dieser allmählichen Verringerung und Aufrichtung der Zehen für die Tiere, so wird man sagen können, daß im allgemeinen die Schnelligkeit der Tiere dadurch zunehmen mußte. Sehr deutlich tritt das bei dem Pferde in die Erscheinung. Die Reibung am Boden ist zweifellos geringer, wenn der Boden nicht mit der ganzen Fußsohle, sondern nur mit der Spitze der Zehen berührt wird und wenn das zudem nur noch mit einer Zehe geschieht. Auch wir, wenn wir schnell laufen, tun das ja nur auf den Zehen, erheben also die Sohle über den Boden.

Riesengröße. Alte Sagen erzählen, daß früher Riesenmenschen gelebt haben sollen; und in der Tat mag den Sagen Beobachtetes zugrundeliegen, riesige Arm- und Beinknochen, die man in der Erde fand. Der Irrtum lag nur in dem, daß man sie dem Menschen zuschrieb, während sie in Wirklichkeit dem diluvialen Elefanten, dem Mammut, angehört hatten. Aber sogar bis auf die lieben Engel erstreckte sich in den Köpfen mancher besonders dafür Begabter diese Vorstellung von Riesen; denn die Backenzähne eben dieses Mammuts, die fast so groß wie ein kleiner Menschenkopf sein können, erklärte einer für die Zähne gefallener Engel.

Wirkliche Menschenknochen, selbst fossile, aus diluvialen Zeiten, überschreiten nie das Maß der Größen, die dem heutigen Menschen im Durchschnitt innewohnt. Kollmann ist sogar ganz im Gegenteil der Ansicht, daß die Menschen früher viel kleiner gewesen seien als heute und daß sie sich erst allmählich zu ihrer heutigen Größe aufgeschwungen hätten. Noch heute gibt es ja, so im Innern von Afrika, in Ozeanien, auf Ceylon Menschen, die ausgewachsen nur 125—150 Zentimeter hoch sind, also nur die Größe eines etwa vierzehnjährigen Durchschnittsknaben erreichen. Schon Schriftsteller der Alten tun ihrer Erwähnung. Kollmann hält diese Pygmäen, Zwerge möchte man sie nicht nennen, da wir damit den Begriff des Verwachsenseins verbinden, für die letzten Überreste jener, wie er meint, einst allgemein verbreitet ge-

Digitized by Google

wesenen kleinen Menschen. In der Tat sind auch Knochen solcher Pygmäen in prähistorischen Schichten gefunden worden. Aber unter den Skelettresten des prähistorischen Menschen sind solche kleinen Knochen doch durchaus selten, während sie umgekehrt sehr häufig sein müßten, wenn wirklich die Menschen damals, in diluvialer Zeit, kleiner gewesen wären als heute. Aber deswegen könnten sie doch in noch früherer, in tertiärer Zeit kleiner gewesen sein als später.

Kollmanns Ansicht stützt sich auf die Tatsache, daß auch in der Stammesentwicklung fossiler Wirbeltiere sich erkennen läßt, daß sie im Laufe der Zeiten immer größer geworden sind. Das heutige Pferd z. B. begann in alttertiärer Zeit mit Formen, die nicht größer waren als etwa ein Wolf. Die ältesten Vorläufer der allmählich riesengroß gewordenen Elefanten waren ebenfalls in alttertiärer Zeit noch weit von solchem Riesenwuchs entfernt. Auch die ausgestorbenen fliegenden Reptilien, die „Flugsaurier", begannen im Mittelalter der Erdgeschichte mit kleinen Formen, so groß wie ein Huhn, und erlangten am Ende dieses Zeitabschnittes vor ihrem Aussterben zum Teil Riesengröße. Diese „Pteranodonten", „Ohnezahnflieger" genannt, weil sie im Laufe der Stammesentwicklung ebenso ihre kegelförmigen Reptilzähne verloren hatten wie die Vögel und die Schildkröten, hatten mit ausgespannten Flügeln eine Weite bis zu 7 Metern, die kein anderes Flugtier erreicht. Andere, auf dem Lande lebende Reptilien der Vorzeit, die „Dinosaurier", die „schrecklichen Reptilien", die ebenfalls mit kleineren Formen begonnen hatten, wuchsen sich am Ende der Jura- und Beginn der Kreidezeit zu so gewaltigen Riesen aus, daß sie die größten Landtiere wurden, welche je über diese Erde dahinschritten, Riesen, gegenüber denen unsere Elefanten noch klein sind.

Die Körpergröße hat sich also wirklich im Laufe der geologischen Zeiten bei gewissen Wirbeltiergruppen in das Riesenhafte hinein gesteigert; und darauf gestützt, kann man natürlich auch für den Menschen die Vermutung aussprechen, daß er in tertiären Zeiten mit kleinen Formen begonnen haben mag. Aber Beweise dafür haben wir bisher doch nicht; denn Knochen des fossilen Menschen sind selbst aus mitteldiluvialer Zeit recht selten und aus tertiärer bisher mit Sicherheit nicht bekannt. Vielleicht weil der Mensch damals noch so sehr selten auf Erden war.

Indessen könnte beides richtig sein: Einmal, daß der Mensch einst mit kleineren Gestalten als heute begann, dann größer wurde; sodann aber, daß der Kulturmensch in neuerer Zeit wieder in der Größe herabgehe, weil durch die starke Beanspruchung der Gehirntätigkeit sowie durch das Aufreibende des „Kulturlebens" der Körper geschädigt und geschwächt werde. Wenn man z. B. die Schilderung liest, die Julius Cäsar von der bedeutenden Körpergröße der Germanen und von der fast ebenso großen der gallischen Kelten gibt und damit heutige Nachkommen beider vergleicht, so könnte man darin einen Beweis für die schädigende Wirkung der Kultur in bezug auf die Körpergröße erblicken. Cäsar selbst führt die körperlich nicht ganz die Germanen erreichende Leistung der gallischen Kelten darauf zurück, daß die

Digitized by Google

Gallier schon mehr durch die griechische und römische Kultur geschädigt gewesen seien als die dieser fernerstehenden Germanen.

Jedenfalls spielen Ernährung und Lebensweise beim Menschen und bei den Haustieren in dieser Frage eine sehr große Rolle, und bei den wilden Tieren ebenfalls. Es ist feststehend, daß ein kleiner Wuchs durch kärgliche Ernährung eines Menschen- oder Tierstammes entstehen kann; und daß er auch, wenn er einmal erst eine bleibende, festgewurzelte Eigenschaft geworden ist, sich fest vererbt und selbst bei reichlicherer Ernährung noch bleibt. Entsprechendes gilt von dem großen Wuchse.

Aber dies ist wohl nicht die einzige Ursache der Erscheinung des Riesenwuchses. Die Frage liegt nicht so einfach, sie ist offenbar eine verschlungene. Zunächst einmal sind nicht so sehr die Menge der Nahrung und ihr Gehalt an Nährstoffen das Entscheidende, als vielmehr die Fähigkeit des einzelnen, aus der Nahrung eine möglichst große Masse von Nährstoffen herauszuziehen, also die Nährstoffe auszunutzen. Das aber liegt begründet in der größeren oder geringeren Fähigkeit der Verdauungsorgane, vor allem des Einzelwesens, dann auch der Rasse. Reichtum in Nahrung ist also nicht gleichbedeutend mit Reichtum in Ernährung; wo die Organe versagen, kann man angesichts der reichsten Nahrung den Hungertod sterben.

Bei jenen ausgestorbenen Riesenreptilien war gewiß die Fähigkeit dieser Verdauungsorgane eine gewaltig große. Auch bei den heutigen Reptilien ist sie sehr groß. Die Schlange verschlingt das ganze Tier und verdaut es mit Haut und Knochen; das Krokodil ebenso; es verdaut die Knochen seiner Opfer vollständig. Während bei uns die Verdauung schon im Munde beginnt durch das sorgfältige Zermahlen der Nahrung mit den Mahlzähnen und das Einspeicheln, fällt dieser Teil der Verdauung bei den Reptilien ganz fort; ihre kegelförmigen Zähne sind dazu nicht geschaffen. Alle Verdauung wird hier von dem Magen usw. bewirkt, der bei uns gar nicht imstande sein würde, ganz Unzerkautes zu verarbeiten.

Sodann kann das Alter, das die Tiere erreichen, eine große Rolle bei der Erlangung der Riesengröße spielen. Eine Tierart, die ein sehr hohes Alter erreicht, wird auch eine lange Zeit hindurch wachsen. Es leuchtet ein, daß von zwei sonst gleichen Tieren dasjenige sehr viel größer werden muß, dem vierzig Jahre zur Verfügung stehen, bis es ausgewachsen ist, als das andere, das nur eine Wachstumszeit von zwanzig Jahren hat.

Auch die größere oder geringere Lebenstätigkeit muß eine große Rolle spielen. Ein Tier, das von beständiger Unruhe geplagt ist, das „wie ein Wiesel" umherläuft, wird einen ansehnlichen Teil seiner Nahrung dazu verbrauchen. Ein Reptil, das sehr träge ist, wie das unter den Reptilien besonders bei Schlangen der Fall ist, wird die ganze Nahrung zur Erlangung seiner Körpergröße verwenden können. Jenen Riesenreptilien mag auch eine sehr geringe Lebenstätigkeit eigen gewesen sein.

Digitized by Google

Von Einfluß muß auch unter sonst gleichen Umständen das Klima sein; denn ein kaltes Klima beansprucht zur Erzeugung der nötigen Wärme die Verbrennung einer größeren Nahrungsmenge als ein warmes Klima.

Endlich aber wird ein Umstand hinzukommen, den ich schon bei Besprechuug der Entstehung der gewaltigen Säbelzähne von Machairodus anführte. Wenn einmal die Natur eine gewisse Entwicklungsrichtung eingeschlagen hat, dann verfolgt sie diese unter Umständen blindlings, sinnlos, gleichviel, ob dem Lebewesen damit ein Vorteil oder ein Nachteil zugefügt wird. So dürfte das bei der Erlangung des Riesenwuchses ebenfalls mit in Rechnung gezogen werden müssen, wobei die Frage unberührt bleiben soll, ob der Besitz solchen Riesenwuchses für eine Tiergruppe nicht mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt.

Aus meinen Kindertagen

Von

Fürstin Marie zu Erbach-Schönberg, Prinzessin von Battenberg[1])

I

Erinnerungen

Wie lange ich schon gelebt, ehe ich dieser Tatsache gewahr wurde, weiß ich nicht, und daß man Monate und sogar Jahre als kleines, lebensfrohes, vollberechtigtes Menschenkind auf dieser schönen Erde existiert hat, ohne die geringste Erinnerung daran zu haben, ist und bleibt ein unheim-

---

[1]) Genealogische Vorbemerkung:

Meine Eltern waren: Alexander, Prinz von Hessen und bei Rhein, geb. 1823, gest. 1888, und Julie, Prinzessin von Battenberg, geb. Gräfin v. Hauke, geb. 1825, gest. 1895.

Ihre Kinder sind: 1. Marie Karoline, geb. in Genf 15. Juli 1852, vermählt 1871 mit Gustav Ernst, Grafen, und späterem Fürsten zu Erbach-Schönberg, gest. 1908. (Die Erzählerin der „Erinnerungen".) 2. Ludwig, geb. in Graz 1854, späterer großbritannischer Admiral und bis 1914 Erster Seelord, vermählt mit Viktoria, Prinzessin von Hessen (Schwester des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen und der Kaiserin Alexandra von Rußland). 3. Alexander, geb. in Verona 1857, der erste Fürst von Bulgarien, gest. in Graz 1893 als Graf von Hartenau, vermählt mit Johanna Loisinger. 4. Heinrich, geb. in Mailand 1858, vermählt 1885 mit Beatrice, Prinzessin von Großbritannien und Irland, gest. in Afrika 1896 bei einem Kriegszug gegen die Aschantis. Seine Tochter Viktoria Eugenie, Königin von Spanien, ist vermählt seit 1906 mit König Alfonso XIII. 5. Franz Joseph, geb. in Padua 1861, vermählt 1898 mit Anna, Prinzessin von Montenegro.

*

Meine Großeltern väterlicher Seite waren: Ludwig II., Großherzog von Hessen, und Wilhelmine, Großherzogin von Hessen, geb. Prinzessin von Baden. Ihre Mutter, die Markgräfin Amalie von Baden, war ebenfalls eine geborene Prinzessin

Digitized by Google

liches und doch auch trostreiches Rätsel. Und wer weiß, ob diese unbewußt durchlebte Zeit nicht eine der glücklichsten des menschlichen Daseins ist? Jene Zeit, in der man ahnungslos zwei jungen Menschenherzen das höchste Glück gebracht — jene Zeit, in der man Liebe und Zärtlichkeit erfährt, wie später

---

von Hessen und Tochter der bekannten „großen" Landgräfin Karoline, Freundin Friedrichs des Großen, der auf ihr Grabmal die ehrenvollen Worte setzen ließ: Femina sexu, Ingenio vir). Meine Großmutter, Wilhelmine, hatte nur einen Bruder, den Großherzog Karl von Baden, vermählt mit Napoleons Adoptivtochter, Stéphanie Beauharnais, und mehrere Schwestern: Kaiserin Elisabeth von Rußland, Gemahlin Alexanders I.; Königin Karoline von Bayern, Großmutter Kaiser Franz Josephs; Königin Friederike von Schweden, Mutter des letzten Wasa; Herzogin Marie von Braunschweig, Mutter der letzten Herzoge Wilhelm und Karl; Prinzessin Amalie, die unvermählt blieb. Durch die große Nachkommenschaft dieser Geschwister meiner Großmutter war die Verwandtschaft meines Vaters eine sehr weitverzweigte und interessante. Mein Vater hatte drei Geschwister: 1. Ludwig III., Großherzog von Hessen, vermählt in kinderloser Ehe mit Mathilde, Prinzessin von Bayern, Tochter König Ludwigs I. 2. Karl, Prinz von Hessen, vermählt mit Elisabeth, Prinzessin von Preußen, Tochter des aus den Freiheitskriegen bekannten Prinzen Wilhelm. Sein ältester Sohn Ludwig wurde 1877 Großherzog, und war vermählt mit Prinzessin Alice von Großbritannien und Irland. 3. Marie, geb. 1824, vermählt 1841 mit Alexander II., Kaiser von Rußland. Mein Vater, der diese einzige Schwester über alles liebte, begleitete sie bei ihrer Heirat nach Petersburg und trat in russische Militärdienste ein. Am Hofe lernte er dann meine spätere Mutter, Gräfin Julie v. Hauke, kennen, und heiratete sie im Jahre 1851 nach mancherlei Schwierigkeiten. Er verließ dann Rußland, diente von 1853 bis 1863 in der österreichischen Armee, und lebte dann bis zu seinem Tode, 1888, in Hessen.

Meine Großeltern mütterlicher Seite waren: Graf Moritz v. Hauke, polnischer Woiwode und russischer Kriegsminister; ein verdienstreicher Soldat, durch die Verteidigung von Dargo bekannt. Er wurde 1830 bei der polnischen Revolution in den Straßen von Warschau ermordet. Seine Gattin, Gräfin Sophie v. Hauke, geb. de la Fontaine, war die Tochter eines französischen Arztes, Leopold de la Fontaine. Sie starb in jungen Jahren, bald nach der Ermordung meines Großvaters, und ihre drei kleinen Töchter, von denen meine Mutter die jüngste und erst fünf Jahre alt war, wurden dann nach Petersburg gebracht und dort auf kaiserliche Kosten erzogen.

Meine Großmutter Sophie war von seltener Schönheit, mit großen, traurigen, dunklen Augen. Bei ihrer Hochzeit wurde ihr durch eine Zigeunerin gewahrsagt, daß zwei ihrer Nachkommen auf europäischen Thronen sitzen würden. Diese so unwahrscheinlich klingende Prophezeiung wurde ihrer Merkwürdigkeit halber damals niedergeschrieben und erfüllte sich später buchstäblich: ihr Enkel, Alexander von Battenberg, wurde Fürst von Bulgarien, und ihre Urenkelin, Viktoria Eugenie von Battenberg, Königin von Spanien.

Die Mutter meines Großvaters Moritz Hauke war eine geistig bedeutende und interessante Frau: Salome Schweppenhäusser, Tochter des Pfarrers von Sesenheim, die im gleichen Pfarrhause aufwuchs wie Friederike Brion. Die Vorfahren meiner Mutter waren alle, soweit es zu ermitteln möglich war, tüchtige, arbeitsfreudige Menschen: Ärzte, Ingenieure usw., und eine Neigung zu diesen Berufen zeigte sich bei vielen ihrer Nachkommen, auch bei meinen Brüdern, Neffen, Söhnen und Enkeln. „Ein Mann der Arbeit" — mit diesem ehrenvollen Titel wurde mein Bruder Ludwig, als er zum Ärger der Engländer — trotz seiner deutschen Geburt — das höchste Amt in der englischen Marine bekleidete, von dem gerecht denkenden Teil der englischen Presse bezeichnet. Und diese Signatur sei und bleibe der Ehrenschild der „Battenberger".

Digitized by Google

vielleicht nie wieder — in der man in unbefangenster siegesfroher Freudigkeit mächtiger regiert wie ein König — in der man die Wonne und den Schmerz in zwei winzigen Fäustchen hält und mit dem ersten Lächeln Himmelsgrüße auf die Erde zu bringen scheint. Es gibt keine Größe, keine Majestät auf dieser Welt, vor der ich mich so willig beuge, wie vor der Himmelsmacht, die einem kleinen jauchzenden Menschenkind aus den großen fragenden unschuldsvollen Augen leuchtet. —

Mit Kanonendonner und den üblichen Freudenbezeugungen loyaler Untertanen bin ich nicht bei meiner Ankunft in der Welt empfangen worden — ich glaube sogar, daß außer meinen Eltern niemand an der Geburt des kleinen Mädchens große Freude empfand, das dort in der schönen Schweiz zum ersten Male die Augen öffnete. Für meinen Vater aber, dem ich an seinem eigenen Geburtstage zum ersten Male in die Arme gelegt wurde, bin ich ein Gottesgeschenk gewesen. Er hat mir später erzählt, wie er mit Freudentränen hinausgestürzt sei an den blauen See und sich immer wieder selbst zugerufen habe: „Ich habe eine Tochter und an meinem Geburtstage ist sie mir geschenkt worden." Daß ich eine junge und sehr schöne Schweizerin, die Martha hieß, als Amme bekam, ist das einzige, das ich je über mein erstes Lebensjahr in Genf erfuhr.

Meine Liebe zu den Bergen, zur Freiheit und manche etwas republikanische Neigungen schreibe ich meiner schweizer Geburt und Ernährung zu und freue mich darüber. Als ich ein Jahr alt war, trat meine spätere treue Erzieherin und Freundin, Fräulein Adele Bassing, schon ihr Amt bei mir an. Ihr Bild, das meiner Eltern und der guten treuen Diener des Hauses, des Ehepaares Illert und der Kammerfrau Büchler, tauchen erst viel später in meiner Erinnerung auf. —

Ich muß etwa zwei Jahre alt gewesen sein, als wir nach Graz kamen. Dort wurde mein Bruder Ludwig geboren, und ich glaube mich an seine Taufe zu erinnern. Da ich mich aber dabei in einem wollenen Unterröckchen sehe, kann es wohl nur der Moment sein, als ich für diese Feier angekleidet wurde, der mir vorschwebt. — Von Graz erinnere ich mich deutlich nur einer Brücke, auf der ich stand an der Hand meiner Bonne und eines alten Herrn, der in späteren Jahren eine sehr beliebte Rolle in unserem Kinderleben spielte und Baron Drachenfels hieß. Er hatte mich angefaßt und drohte mir, daß er mich über die Brücke hinunter in den Fluß werfen wolle. Die furchtbare Angst und den Trotz, den ich bei diesem dummen Spaß empfand, fühle ich heute noch in der Erinnerung. — Das gute runzlige Gesicht einer alten Kinderfrau, die Evi hieß und aus Steiermark war, ist mir aus jenen ersten Lebensjahren noch im Gedächtnis; sie hatte aber mehr mit meinem Brüderchen zu tun als mit mir. Als ich etwa vier Jahre alt war, lebten wir in Verona, und dort wurde Sandro geboren. Seiner Taufe erinnere ich mich mit Bestimmtheit: ich sehe einen Prediger im Chorrock, ein großes Zimmer, einige Damen und Offiziere und einen uralten weißhaarigen General mit ge-

Digitized by Google

beugtem, zittrigem Haupte und triefenden roten Augen, der das kleine Kind auf den Armen hielt und den alle mit der größten Ehrfurcht behandelten. Es war der große Feldmarschall Österreichs, Radetzky, und nach ihm wurde der Kleine Josef genannt. Alexander hieß er nach dem russischen Kaiser. Sandro nannte ihn seine Amme, die schöne Italienerin Corona, deren Kranz von silbernen Nadeln auf dem Hinterkopfe ich immer so sehr bewunderte, und die vor Jahren, als ihres Pflegekindes Ruhm bis in ihr fernes Dorf gedrungen war, nach Deutschland pilgerte, um ihren Principino wiederzusehen und ihm zu huldigen.

Von Verona selbst weiß ich an nichts anderes mich zu erinnern, als einen Spaziergang auf Festungswällen und die melancholischen Trompetensignale der dort stationierten „Jäger". Auf den Wällen wuchs weicher Rasen, der in mir immer den Wunsch erweckte, mich darauf ausstrecken zu dürfen und mit dem ich den Begriff von „Landleben und Freiheit" verband. Ludwig und ich waren damals gleichmäßig gekleidet — karrierte Wollenkleidchen und weiße Hüte — der meinige mit Rosen — der seinige mit Gänseblümchen garniert. Als er dann das russische Kostüm bekam mit hohen Stiefeln, weiten Beinkleidern und gestickten Blusen und ich meine Kleidchen weitertragen mußte, war mir das gar nicht recht. Wir waren ein Herz und eine Seele, Tag und Nacht unzertrennlich, und als Sandro zu sprechen anfing, nannte er uns: „Der Puppi — Luli." Puppi wurde ich von allen genannt wegen meiner Kleinheit.

In die Zeit, als ich vier oder fünf Jahre alt war, muß ein Aufenthalt meiner Eltern in Jugenheim gefallen sein und ein Besuch in Bad Brückenau bei meiner Tante und Patin, der Kaiserin Marie von Rußland, Gemahlin Alexanders II. Ich erinnere mich an Alleen, wie sie in Italien nicht vorkamen, an ein Hotel oder Kurhaus, an das ernste, liebevolle Gesicht einer vornehm aussehenden Frau, die Papas Schwester war, wie man mir sagte, und die „Majestät" genannt wurde, an ein kleines Mädchen, das so alt war wie ich und blonde Haare hatte,[1]) und mit dem ich, schön geputzt, im Eßzimmer erscheinen mußte, wenn die großen Leute noch bei Tisch saßen. Da war auch ein Junge in weißem Anzuge, der sehr ausgelassen war und mich neckte und den ich schrecklich beneidete, weil er schon sieben Jahre alt war, mit am Tische saß und nicht hereinzukommen brauchte. (Es war der Großfürst Alexis.)

Dieses zum Dessert „Hereinkommenmüssen" war noch viele Jahre eine der „Prüfungen" meiner Kindheit. Unaussprechlich habe ich dabei gelitten, weil es meinem innersten Wesen widerstrebte, erst an der Türe eine Verbeugung zu machen, die jedesmal linkisch ausfiel und mir einen französischen Verweis von Mama zuzog, und dann, verlegen, den einzelnen fremden Leuten guten Tag zu sagen. Ohne Tränen ging es fast nie ab, und ich erinnere mich

[1]) Großfürstin Marie, Witwe des Herzogs Alfred von Sachsen-Koburg.

Digitized by Google

genau, daß recht häßliche und unfreundliche Gefühle in meinem Kinderherzen aufstiegen gegen die Gäste meiner Eltern, denen zu Ehren ich mich dieser „Pein" unterziehen mußte. Ludwig hingegen, der lächelnd und freundlich alle begrüßte, erregte sehr bald meinen Neid; je unbefangener er sich gab, je mehr er bewundert wurde, um so verschlossener und unfreundlicher wurde ich. Es gibt ein Bild von mir aus jener Zeit, als ich vielleicht fünf Jahre alt war, ein Daguerrotyp, auf dem ich ganz finster vor mich hinsehe, mit kurzen, gescheitelten dunklen Haaren, einem karrierten Kleidchen und ausgespreizten Händchen — recht wenig hübsch und mit einem Nolimetangere-Ausdruck, der es begreiflich macht, daß Ludwigs „sonniges" Wesen neben der ernsten kleinen Schwester sehr vorteilhaft abstach. Warum ich für sogenannte „fremde Leute" — und zu dieser Kategorie rechnete ich alle, die nicht in das Haus gehörten — in diesen jungen Jahren so wenig Wohlwollen empfand, obschon jedermann freundlich gegen mich war, kann ich mir nicht erklären. Es lag wohl in meiner Natur, denke ich mir, gar keine Neugier für andere zu empfinden und die teilnehmenden Blicke fremder Menschen wie einen Eingriff in meine Rechte zu betrachten. Es ist mir auffallend, daß ich mich jetzt, nach so vielen Jahren, der äußerlichen Erlebnisse jener fernen Zeiten nicht deutlich erinnere und dafür mit voller Klarheit mir der Empfindungen bewußt bin, die meine Kinderseele bewegten. Ich kann es deswegen auch nicht ertragen, wenn man Kinder neckt oder über ihren Gesichtsausdruck Bemerkungen macht. Welche Fülle von stürmischen, gehässigen, leidenschaftlichen und liebevollen Regungen in einem solchen kleinen Herzen Raum haben — das weiß ich nur zu gut.

Während der zwei oder drei Jahre, die wir in Verona zubrachten, ist mir ein Aufenthalt zu heißer Sommerszeit in einem alten Landhause, Chievo genannt, in Erinnerung. Die Gegend muß nicht schön gewesen sein — Maisfelder und wenig Schatten, eine weite Ebene und ein ewig blauer Himmel, an dem wir Abend für Abend vergeblich nach einem Regenwölkchen spähten — ein düsteres, winkeliges Haus und ein dunkler Saal mit einer Bühne darin, auf der wir Kinder mit Wonne uns herumtummelten — das sind so ziemlich die einzigen Eindrücke, die mir geblieben. Dann weiß ich noch, daß die Cholera in dem Dorfe herrschte, das zum Landhause gehörte, und daß auch in unserer allernächsten Nähe Fälle vorkamen und Illert, der spätere Haushofmeister, wegen seiner übertriebenen Angst etwas verspottet wurde.

Von meinen Eltern erinnere ich mich nicht viel in jenen Jahren; wir Kinder lebten mit Adele und der Bonne, erst Eve, die alte Kinderfrau, später Hortense, eine Schweizerin, und Harriet, eine Engländerin, ganz für uns. Papa sahen wir meist in Uniform und zu Pferd — es war aber immer ein Jubel, wenn er zu uns kam, mit uns lachte und spaßte. Er war und blieb der Sonnenschein in unserem Leben, sowohl in der Kindheit als in späteren Zeiten, und ich kann mich keines einzigen Augenblicks entsinnen, an dem er anders wie liebevoll, freundlich und gütig gegen uns gewesen wäre. Vor Mama fürchteten wir uns immer etwas, weil sie streng war und ver-

Digitized by Google

langte, daß wir französisch mit ihr sprächen. Sie hatte uns jedenfalls alle gleich lieb, aber es lag in ihrer Art, gegen das jüngste Kind stets am zärtlichsten zu sein, und ich erinnere mich, daß wir Ältesten uns manchmal darüber aufhielten. Wenn sie uns lobte, machte es uns immer großen Eindruck.

Der kurzen Aufenthalte in Jugenheim in jenen Jahren kann ich mich fast gar nicht erinnern — es müssen wohl nur sehr flüchtige Eindrücke gewesen sein, die ich damals empfing, und das Heimatsgefühl für unseren schönen lieben Berg muß erst erwacht sein, als wir 1859 einige Monate dort zubrachten. Im Jahre 1857 wurde Papa nach Mailand versetzt. Dort wohnten wir in einem schönen großen Hause, Casa Somailow; es gehörte einer russischen Dame, von der allerhand merkwürdige Geschichten erzählt wurden. Sie selbst wohnte aber nicht darin, sondern war immer auf Reisen. In dem schattigen Garten lagen mehrere Hunde der Gräfin Somailow begraben und ihre Grabsteine mit darauf eingravierten Namen interessierten uns Kinder sehr. In diesem Garten verbrachten wir glückselige Stunden, besonders als wir zwei schwarze Schafe zum Geschenk erhalten hatten, die an einen kleinen Wagen angespannt wurden.

In dem Hause waren prachtvolle Räume: ein Tanzsaal mit himmelblauseidenen Möbeln und viel Gold, ein Eßzimmer, dessen Decke und Wände mit pausbackigen Kindern bemalt waren, die Früchte und Gemüse, Geflügel und Wildbret in ihren Händen trugen. Unser Kinderschlafzimmer war ein sehr großer, hoher Raum — den Boden bedeckte ein glatter grüner Teppich, der mir wie eine Wiese vorkam, und an der Decke wimmelte es von Göttern und Göttinnen. Es stellte den Olymp dar, wie man uns erzählte. (Dabei fällt mir ein, daß ich doch erwähnen sollte, daß ich, dank eines Lesekartenspiels, das Adele mit mir trieb, schon mit vier Jahren fließend lesen konnte und daß man mir, um meiner Lesewut zu steuern, mit sechs Jahren die Bücher zeitenweise wieder wegnahm. Geschrieben habe ich auch schon in sehr jungen Jahren, aber das Rechnen war mir ein Greuel. Das Klavierspielen fing ich auch im siebenten Jahre an, und als ich neun Jahre alt war, konnte ich schon mit Papa vierhändig die Ouvertüre zur „Stummen von Portici" spielen.)

Um zur Beschreibung des Mailänder Hauses zurückzukehren, muß ich noch ein kleines, heimliches, dunkles Zimmer erwähnen, in dem meine Eltern nach Tisch zu sitzen pflegten. Papa saß dann rauchend am Kamin, nahm Ludwig und mich auf die Knie, ließ uns reiten und hinunterfallen, schenkte uns die Strohnadeln, die in seinen langen Virginiazigarren staken, und las dann immer zum Schluß eine Zeitung. Geduldig warteten wir Tag für Tag, bis er sie zu Ende gelesen — und dann kam der große Moment, wo er das Blatt, völlig entfaltet, auf die Flammen des Kamins warf. Mit täglich neuer Freude und Spannung verfolgten wir dann, vor dem Kamin kniend, die Krümmungen und seltsamen Figuren, die das brennende Papier machte, bis es endlich zu einem Häuflein Asche zusammensank.

In dieser Stunde nach Tisch waren wir aber selten allein mit den Eltern; es war meistens noch einer oder der andere Adjutant dabei, und einiger Ge-

Digitized by Google

sichter erinnere ich mich noch ganz deutlich. Einen Baron Riesenfels, der persönlicher Adjutant war, seine Frau und sein Töchterchen, das manchmal zu mir kam, sehe ich noch vor mir. Ich glaube aber, daß diese Gestalten noch nach Verona gehören und daß in Mailand Baron Rotsmann schon im Hause war. Wenigstens sehe ich ihn in seiner weißen Uniform in jenem kleinen Zimmer sitzen; er neckte mich oft, und ich hatte ihn nicht besonders gern. Dann war manchmal ein ganz junger Offizier da, der Leutnant Bauer hieß, der mir einmal in einem Obstgarten vor der Stadt Pflaumen von den Bäumen holte und den ich deswegen in mein Herz geschlossen hatte. — Es tat mir sehr leid, als ich hörte, daß er bei Solferino gefallen sei. Hier und da tauchte auch ein sehr lustiger Offizier in weißer Uniform auf, der sehr wenig Haare hatte und einen großen Schnurrbart, der uns Kindern Faxen vormachte und sich viel mit uns abgab. Es war Hugo v. Erbach-Fürstenau, mein späterer Schwager. Dann erinnere ich mich eines Generals Marsano, der ein gutes ernstes Gesicht hatte und eine mit mir gleichaltrige Tochter namens Giuseppina besaß. Dieses etwas derbe und nicht sehr hübsche kleine Mädchen wurde mir öfters zum warnenden Beispiel aufgestellt, und die merkwürdigsten Geschichten kursierten über sie. Eine davon ist mir im Gedächtnis geblieben, und ich glaube, daß ich sie nicht von Mama oder Adele, sondern von irgend sonst jemand im Hause hörte. Es wurde erzählt, daß sie im Vorzimmer ihres Vaters auf dem Schoße einer Ordonnanz gesessen habe, als Besuch hereinkam. Übrigens vertrat diese Ordonnanz im Marsanoschen Hause die Stelle der Bonne, und die arme Giuseppina wurde recht wunderlich erzogen.

Von der Stadt Mailand selbst weiß ich nicht mehr viel — nur an den Dom erinnere ich mich deutlich, weil ich seine weißen, spitzenartigen Verzierungen grenzenlos bewunderte. Die Spaziergänge beschränkten sich täglich auf den Giardino publico, und dort erwachten die ersten Eitelkeitsregungen in mir, wenn ich unter den vielen vornehmen Kindern, die dort spazierengingen, herumwandelte. Ich trug damals einen rotbraunen Samtmantel, der mein Kleid ganz zudeckte und von oben bis unten mit wunderschönen rotseidenen Klunkern zugeknöpft ward; darauf einen Kragen vom gleichen Samt mit weißem Atlas gefüttert und ein Kapotthütchen von weißer Seide mit einem Rosenknöspchen daran. Der Anzug gefiel mir ausnehmend und ich fühlte mich ganz hochmütig darin und weiß noch, welchen Stoß mein Hochmut erlitt, als eine kleine Italienerin, die auch schön angezogen war und mit der ich täglich musternde, bewundernde Blicke wechselte, eines Tages, so beim Vorübergehen, eine kleine Uhr herauszog und mich triumphierend ansah. Eine Uhr besaß ich noch nicht, und sie wurde von da an der Gegenstand meiner heftigsten Sehnsucht. (Ich war schon zwölf Jahre alt, als ich die erste Uhr bekam, eine kleine, von dunkelblauer Emaille, die der Großherzogin Mathilde[1]) gehört hatte — aber leider nicht gehen wollte.) — In Mailand wurde unser dritter Bruder

[1]) Meine Tante, Großherzogin Mathilde von Hessen, geb. Prinzessin von Bayern.

Digitized by Google

Heinrich[1]) geboren, der von seiner italienischen Amme, einer Bauersfrau aus der Umgegend, Enrico, Rico genannt wurde, woraus Sandro, der das R nicht aussprechen konnte, Liko machte, wie er in der Familie dann immer genannt wurde.

Ein Sommeraufenthalt in der Nähe Mailands, in einem Ort, der Somma hieß, ist mir noch erinnerlich — besonders ein verwilderter Obstgarten mit vielen Bäumen, an denen große gelbe Pflaumen hingen, und Weinrebengänge mit prachtvollen Trauben, schien mir ein paradiesischer Aufenthalt. Ein freundlicher Abbate, dem der Garten gehörte, führte uns darin herum und beschenkte uns reichlich mit den schönen Früchten. Daß Trauben Uva benannt wurden, erfuhr ich damals; wir sprachen wohl italienisch ziemlich geläufig, aber nur mit der Dienerschaft.

Im Frühjahr 1859 hörten wir oft und viel von Kriegsmöglichkeit sprechen, und eines Tages hieß es, nun müßten wir so rasch als möglich nach Deutschland reisen und von dem geliebten Papa Abschied nehmen. Ludwig hatte damals gerade Mumms und wurde aus dem Bett in den Reisewagen gebracht. Alle weinten, das ganze Haus war in Unordnung, überall Soldaten, Koffer, Aufregung und Jammer. Von der langen Fahrt in einem geschlossenen Wagen, die bis Trient ging, weil die Eisenbahn nicht benützt werden konnte, habe ich noch heute den lebhaftesten Eindruck trostlosester Ungemütlichkeit. Es war tief in der Nacht, als wir endlich an einem Wirtshaus anlangten; der Regen hatte stundenlang geströmt, und als ich aus dem Wagen gehoben wurde, entdeckte man, daß der Vordersitz, auf dem wir Kinder gesessen hatten, vom Regen durchnäßt war. Über die weitere Heimreise weiß ich nichts mehr und füge hierüber einige Briefe meiner Mutter ein.

Briefe meiner Mutter an ihre Schwester Sophie v. Hauke über den Krieg 1859 (übersetzt aus dem Französischen)

Mailand, 5. März 1859.

„Man packt alles ein bei uns, liebe Sophie — der Krieg wird hier für unabwendbar gehalten... Die militärischen Vorbereitungen geschehen in sehr großem Maßstab — alle Tage kommen neue Truppen an... Ich weiß nicht, woher eine solche Ruhe über mich kommt — aber ich habe gar keine Angst... ich hoffe noch auf die Diplomatie... es wäre ein so grausamer, ungerechter Krieg, daß es mir unmöglich erscheint, sich nicht noch zu verständigen...

Doch die Angst ergreift alle, und Mailand ist verödet! — In dieser Jahreszeit mit vier kleinen Kindern abzureisen... ich kann mich nicht dazu entschließen und will wenigstens den Monat April noch abwarten, um vielleicht nach Graz zu entfliehen — Darmstadt ist so weit, um mit dem ganzen Haushalt hinzureisen.

---

[1]) Gestorben 1896 in Afrika, Gemahl der Prinzessin Beatrice von England.

Digitized by Google

Einstweilen schicken wir aus Vorsicht einen Teil unseres Gepäckes an einen sichereren Ort, nach Verona oder nach Triest ... das ist alles recht traurig und peinlich ...

Der Zukunft nicht mehr sicher sein, ja nicht einmal des kommenden Tages — all diese Unruhe um eines „bösen Traumes" Louis Napoleons wegen! Es hat gar keinen Sinn ... Die Frage der Nationalitäten ist gewiß eine große und schöne, aber warum soll sie nur in Österreich angewandt werden?... Louis Napoleon hätte selbst damit anfangen sollen, Elsaß und Lothringen zurückzugeben usw. Schließlich würde nicht ein Staat in Europa übrigbleiben mit dem, was ihm gehört.

Ich glaube, daß die Weissagung des Fürsten Metternich sich erfüllen wird: „daß die italienische Frage den Sturz Napoleons III. herbeiführen wird."

Nicht nur die Frauen — und diese hauptsächlich —, auch die Portiers und Diener reden über die Politik — sogar die Kinder, groß und klein, mischen sich hinein —, und das ist sehr charakteristisch. Neulich frug mich meine kleine Marie mitten bei Tisch: „Mama, ist es wahr, daß der Kaiser der Franzosen helfen will, die Österreicher zu verjagen?"... Wir mußten alle lachen!... Sie wurde dann sehr verlegen und fügte errötend hinzu: „Das Stubenmädchen habe davon gesprochen."

*

Mailand, 20. April 1859.

„Ich bin noch nicht abgereist, liebe Sophie! Der älteste meiner Knaben ist krank geworden, am Tage, der für unsere Abreise bestimmt war ... er liegt nun schon vier Tage zu Bett.

Heute geht es besser, und der Arzt glaubt, daß wir in einigen Tagen die Reise nach Deutschland antreten können. Ich bin froh, die Karwoche und Ostern noch hier bleiben zu können, und wenn es der Zustand des kleinen Ludwig erlaubt, wollen wir am Osterdienstag abreisen. Die Dinge entwirren sich nicht ... der Kongreß ist zweifelhaft, der Krieg steht vor der Türe ... Man glaubt hier allgemein, daß, wenn man auch versuchen würde, einen vorläufigen Frieden herzustellen, ernste Unruhen in diesem Land die Folge sein würden ...

Auf dem Punkt, an dem man nun angelangt ist, scheint ein Konflikt zwischen Piemont und Österreich unvermeidlich ... wir müssen also dieses für uns jetzt so ungastlich gewordene Land fliehen."

*

Heiligenberg, 12. Mai 1859.

„Wundere Dich nicht, meine liebe Sophie, wenn ich Dir selten schreibe... das Unglück macht verstimmt, hypochondrisch, ja zuweilen böse ... wenn ich dem Kaiser der Franzosen irgendeinen schlimmen Streich zufügen könnte, ich täte es mit Wonne, glaube ich ... Meine Reise war äußerst peinlich, traurig und lang. Ich erreichte Darmstadt erst am zehnten Tag. Ich mußte mich

Digitized by Google

zwei Tage in Verona aufhalten, ohne zu wissen, auf welche Weise ich weiterkommen sollte ... die Eisenbahnen und die Post wurden für Militärtransporte gebraucht. Ich konnte nur mit Vetturini abreisen, die uns, ohne die Pferde zu wechseln, von Verona nach Trient, von acht Uhr morgens bis Mitternacht, schleppten — es war gräßlich! — die armen Kinder kamen ganz erschöpft an, und ich selbst erhole mich nun langsam von diesen Reisestrapazen, hier auf dem Lande, wo es eben göttlich schön ist ...

Diese Schönheit erhöht aber freilich nur meinen Kummer und tiefen Schmerz. — In Darmstadt wurde ich von der ganzen Großherzoglichen Familie mit Liebe und großer Teilnahme aufgenommen ...

Seit ich hier bin, sehe ich niemand und lebe nur in den Zeitungen und Karten von Piemont ... Wäre es nicht wegen der Kinder gewesen, hätte ich niemals Italien verlassen. Dort wäre ich wenigstens Ihm und dem Kriegsschauplatz näher — und könnte Ihn pflegen, falls ein Unglück geschähe ... die weite Entfernung, die mich von dem Geliebten trennt, entsetzt mich! ... ich denke oft daran, allein zurückzukehren, und oft glaube ich, daß dieser schauderhafte, aussichtslose Krieg nur ein böser Traum ist."

*

Heiligenberg, 20. Mai 1859.

„Heute bin ich in froher Stimmung, denn mir wurde der erste große Trost zuteil, seit diesem unglückseligen Kriege, und dafür danke ich Gott von ganzer Seele!

Mein geliebter Mann ist wohlbehalten und gesund aus dem mörderischen Kampfe von Montebello hervorgegangen! ... Er hat mir seitdem schon selbst geschrieben, die Einzelheiten sind schrecklich ...

Man hat sechs Stunden lang gerungen ... welches Glück, mein Gott, daß er in dieser furchtbaren Gefahr keine Wunde davontrug! ...

Der Kaiser von Österreich hat dem Grafen Rechberg einen eigenhändigen Brief für den Großherzog von Hessen geschickt, um ihm sowohl als auch mir mitzuteilen, daß der Prinz Alexander von Hessen sich ganz besonders auszeichnete in dieser blutigen Schlacht von Montebello, „durch seine heldenhafte Tapferkeit", und gestern erhielt der Großherzog Ludwig eine Depesche aus Wien, die ihm anzeigt, daß mein Mann zum Feldmarschalleutnant ernannt wurde und zum Inhaber des 46. Linienregiments und des Maria-Theresien-Ordens. Bei uns herrscht große Freude, wie Du Dir denken kannst, und die Ihr teilen werdet. Warum muß diese Freude gestört werden durch neue Befürchtungen für die Zukunft? ... aber Gott wird ihn beschützen ... gern würde ich etwas über die Politik sagen — diese Geißel unseres Jahrhunderts —, aber Zeit und Raum mangeln mir ... Die Nationalitätenfrage bedeutet die Revolution ... Polen erntet jetzt den Dank für sein blindes Vertrauen in die Großmut der Rasse der Bonaparte! ... Dieser bewirkt alle diese Unordnungen,

Digitized by Google

weil er seit dem Attentat des 24. Januar verfolgt wird von der Angst, daß ein Italiener nach dem andern ihn zu ermorden versuchen wird — nur die Furcht leitet ihn."

*

Heiligenberg, 10. Juli 1859.

„Ich schicke Dir, liebe Sophie, einen interessanten Zeitungsartikel über meinen Mann, den ich mir zurückerbitte, nachdem Emilie (ihre Schwester, Baronin Stackelberg) ihn gelesen.

Du kannst Dir nicht vorstellen, welche Begeisterung hier für meinen Alexander herrscht und wie stolz man auf ihn ist. Seit der Waffenstillstand abgeschlossen ist, atme ich wieder auf und hoffe auf ein Wiedersehen — aber wann? und wo? weiß ich nicht... die Aufregung und Ungeduld verzehrt mich... O mein Gott, gib uns Frieden!"

*

25. Juli 1859.

„Mein Geliebter kehrt zurück! Freue Dich mit mir, Sophie! — Er ist in Wien, und heute hat er mir telegraphiert, daß er Montag früh in Frankfurt sein wird, wohin ich ihm entgegenfahre.

Ich überlasse es Deiner Einbildungskraft und Deinen Gefühlen, Dir vorzustellen, was ich empfinde an Glück und Seligkeit und Ungeduld! Mein Gott, welche Gnade! Und welche Dankbarkeit schulde ich dir! Der Großherzog bereitet seinem geliebten Bruder einen glänzenden Empfang vor — und hier in unserem guten Jugenheim herrscht Aufregung und Freude; man errichtet Ehrenpforten und will ein Feuerwerk abbrennen — und auch die weißgekleideten Mädchen werden nicht fehlen... Anhänglichkeit und Begeisterung spricht aus allen Vorbereitungen...

Die militärische Laufbahn meines Mannes hat mit einer diplomatischen Mission geendigt.

Am Tage vor der Zusammenkunft in Villafranca wurde er vom Kaiser von Österreich zu Louis Napoleon gesandt mit einem eigenhändigen Brief Franz Josephs und mit mündlichen Aufträgen und „carte blanche". Mein Mann hat mir geschrieben und verspricht mir sehr interessante Details über diese Mission, deren Folge ein hochinteressanter Briefwechsel zwischen ihm und Napoleon war. Übrigens kannten sie sich schon von Plombières und Stuttgart her, denn es war mein Mann, der damals von Napoleon gebeten wurde, die Entrevue von Stuttgart zu vermitteln. Ich verstehe nicht, durch welchen Zufall diese letzte so wichtige Mission nicht zur Kenntnis der Zeitungen gelangte."

*

10. August 1859.

„Tausend Dank, geliebte Sophie, für Deine Glückwünsche... mein Glück ist unermeßlich, und ich kann Gott nicht genug danken.

Mein Alexander sieht wohl und gesund aus, wenn auch etwas abgemagert und gebräunt.

Digitized by Google

Ich fuhr ihm bis Gießen entgegen — unsere zwei Ältesten erwarteten ihn in Frankfurt. Unsere Ankunft in Darmstadt war wie ein Triumphzug. Die ganze Familie vereint — die ganze Stadt auf den Füßen — der Bahnhof voll Menschen... Sowie man Ihn erblickte, ertönten die Hochrufe, ohne Ende...

Auf Wunsch des Großherzogs fuhren wir in einer offenen Kalesche voraus, nach dem Schlosse.

Ich war sehr stolz und doch sehr demütig, so neben meinem Helden zu sitzen, dem alle zuriefen.

In Jugenheim war der Empfang ebenso rührend, wie durch die Gefühle der Bewohner wohltuend!

Unsere Kalesche verschwand buchstäblich unter einem Regen der schönsten Blumen, so daß wir uns nicht mehr rühren konnten...

Ich hoffe, liebe Sophie, daß Deine Bewunderung für Louis Napoleon sich etwas abgekühlt hat?... Er hat alle diese Umwälzungen hervorgerufen für seine eigenen selbstsüchtigen Interessen; seit dem Attentat Orsinis war er von dem Entsetzen vor italienischen Mördern besessen. Früher durch Eide mit den Karbonari verbunden, war er genötigt, ihnen die beabsichtigte Befreiung Italiens vorzuheucheln, um die Mörder zu beruhigen. Jetzt zieht er zurück, weil er weiß, daß die überall angefachte Revolution ihn zuallererst stürzen würde.

Du siehst, liebe Sophie, daß Preußen und Rußland gleichmäßig (alles, was ich Dir sage, entspringt der sichersten Quelle) protestieren gegen die Behauptung, Österreich Bedingungen vorgeschlagen zu haben, die härter gewesen wären, als die von Napoleon gemachten.

Und doch hat letzterer dies meinem Mann versichert und so gut wie bewiesen... Wem soll man dann noch glauben?... Nur das Wort des Kaisers Alexander ist wie das Evangelium! — Was beweist, daß für Louis Napoleon „alle Mittel gut sind!"

Dadurch auch, daß die Wahrheit an den Tag kam, hat das französische „engouement" abgenommen und ist das Vertrauen in dasselbe vollkommen erschüttert.

Der Kaiser Alexander hat soeben meinem Mann das St. Georgenkreuz, am Hals zu tragen, geschickt... eine Auszeichnung, die ihn sehr glücklich macht."

Es folgte nun ein längerer Aufenthalt in Jugenheim und großer Jubel, als Papa nach beendetem Feldzug heimkehrte und wegen seiner Heldentaten bei Solferino gefeiert wurde. Die Liebe, die ich immer schon zu unserem herrlichen edlen Vater in so beglückender Weise gefühlt, wurde von da an noch erhöht durch den Stolz, den ich empfand, die Tochter eines „österreichischen" Helden zu sein. In meinen Kinderjahren fühlte ich mich überhaupt ganz als Österreicherin, das hessische Bewußtsein kam erst viel später hinzu, und der Kaiser von Österreich war und blieb für mich der einzige Monarch der Welt, dessen Untertanin ich sein möchte und für den ich noch heute Begeisterung empfinde. Den Kaiser von Rußland, Alexander II., habe ich,

Digitized by Google

nach meinem Vater, in meinen Jugendjahren am meisten geliebt, aber dienen hätte ich nur dem österreichischen Kaiser mögen. Ich weiß noch, wie heftig mein Schmerz war, als ich hörte, daß die schöne Lombardei dem König Viktor Emanuel zufallen sollte und wir nicht mehr dahin zurückkehren dürften.

Für den Heiligenberg, unsere hessische Heimat, erwachte in jenem Sommer in meinem Herzen eine heiße Liebe, die sich dann in den nächsten Jahren, als wir in Padua lebten, manchmal zu Heimweh steigerte. Ludwig und ich vertieften uns dann in Erinnerungen an die waldigen Berge, an die grünen Täler und an die duftige blaue Rheinebene in der Ferne. Wir liebten es, bei solchen sentimentalen Anwandlungen mit Stöcken auf der Holzlehne eines Stuhles ein klapperndes, in langsamen, regelmäßigen Intervallen wiederkehrendes Geräusch hervorzurufen, das uns das Klappern der Ölmühle im Stettbacher Tal erinnern sollte. Soviel ich weiß, war es im Winter 1860, daß meine Eltern nach Treviso gingen und nur Sandro mitnahmen, der damals, dieser Reise zu Ehren, die ersten Höschen bekam. Er war ein sehr reizbares, schwer zu behandelndes Kind und soll, da er nicht einmal eine Bonne mitbekam, sondern nur auf die alte Kammerfrau Büchler angewiesen war, meinen Eltern viel Ungelegenheiten bereitet haben. Wenigstens wurden seine damaligen Unarten und Untaten noch jahrelang im Familien- und Adjutantenkreise erzählt und belacht. Wir anderen Geschwister blieben unter „Adelens" Aufsicht den Winter über im Alten Palais in Darmstadt. Unsere Tante, die Großherzogin Mathilde, für die wir schwärmten, besuchte uns jeden Vormittag, spielte mit uns und machte kleine Zeichnungen für uns (meistens den Watzmann, und wir konnten es nie recht begreifen, daß dieser Mann ein Berg sein sollte). Nachmittags durften wir oft in das Schloß und hörten manchmal zu, wenn sie mit der alten Frau Wagner, die auch Papas Klavierlehrerin gewesen (eine Münchnerin), vierhändig spielte. Die Hofdamen Gräfin Anna Seinsheim, spätere Frau v. Westerweller, und Freiin Carlotta v. Breidenbach, spätere Gräfin Boos von Waldeck, waren auch immer anwesend und tanzten Quadrillen mit uns; beide waren wunderhübsch und wir liebten sie sehr.

Der Weihnachtsabend im Schloß machte uns tiefen Eindruck. In Italien gab es nur immer einen und denselben kleinen Tannenbaum, der stets wieder eingepflanzt wurde — hier strahlten wohl ein Dutzend der schönsten Christbäume, und die Pracht schien mir märchenhaft. Ich bekam damals zwei Puppen, die ich nach den Geberinnen Mathilde und Elisabeth nannte. Erstere erlebte das traurige Schicksal, im Laufe des Winters hinter einem Ofen zu zerschmelzen. Ich hatte sie einer Erkältung wegen in meiner großen Zärtlichkeit und Fürsorglichkeit dorthin in die Wärme gebettet und mein Kummer war unbeschreiblich, als ich das verwischte, zerschmolzene Gesicht meines Lieblings entdeckte.

Im Frühjahr kamen, wenn ich mich nicht irre, die Eltern zurück und der ganze Haushalt zog bald darauf wieder einmal über die Alpen in ein neues italienisches Heim, nach Padua. Ich sehe uns auf der Höhe des Splügen

Digitized by Google

in mehreren Wagen verteilt — Papa brachte uns Schneeballen — dann ging es hinunter in Schlangenlinien und an jeder Kurve winkten wir dem schwerfälligen Fourgon zu, auf dem hinter allerlei Koffern das Ehepaar Illert saß — die treuen Gefährten unseres Nomadenlebens. In Padua lebten wir zwei Jahre, und von dort habe ich noch ganz lebhafte und klare Eindrücke. Wir bewohnten die Casa Arenberg, ein schönes großes Haus mit einem gepflasterten Hof, in dem eine ungeheure Herkulesstatue stand. Angesichts dieses Kolosses mit der Riesenkeule erfuhren wir zum erstenmal die wohlbekannten Einzelheiten aus seiner Halbgotterexistenz, und da gerade hinter der imposanten Steingestalt eine Mauertüre zu den Stallgebäuden führte, so verbanden Ludwig und ich den Begriff „Augiasstall und Herkulesarbeiten" noch lange Zeit mit diesem ersten Eindruck des Paduaner Hofes. Neben diesem Hofe lag der Garten, dessen schönes Eingangstor mit reichen architektonischen Verzierungen einem Triumphbogen glich. Diesen Garten, der eigentlich aus einer ganz verwilderten, grasbewachsenen Einöde bestand, liebte ich ganz besonders. Bemooste, barocke Statuenüberreste, Weinranken, wucherndes Gebüsch, viel Gras und keine Blumenbeete, die Schonung erheischten — einen angenehmeren Spielplatz konnte es für Kinder kaum geben. Das Haus war groß, mit schöner Treppe und prächtigen Wohn- und Empfangsräumen. Auch unsere Kinderstuben waren ausgedehnt und bequem; besonders groß und behaglich war das Wohnzimmer mit einem runden Tisch in der Mitte, an dem öfters abends die Eltern mit uns saßen und spielten. Um 9 Uhr erschien dann der alte Eberhard, ein Kammerdiener, der viele Jahre bei uns war und als Darmstädter Palaisverwalter starb, in der Tür und meldete, daß es 9 Uhr sei, worauf wir, meistens sehr ungern, zu Bette gehen mußten. In Padua hatten wir regelmäßigeren Unterricht als bisher. Adele gab uns beinahe alle Stunden, aber für Rechnen und Geschichte hatten wir einen deutschen Lehrer, Herrn Rensch, der täglich in das Haus kam. Abends hatten wir längere Zeit Tanzstunde bei einem alten Franzosen mit buschigen Augenbrauen und sehr gezierten Bewegungen, Monsieur Grisot genannt. Am Schlusse jeder Stunde mußte ich mit drei Verbeugungen und einer girlandenmäßigen Armbewegung, die mich in höchste Verlegenheit und Verzweiflung setzte, Monsieur Grisot eine Karte überreichen. Wir lebten nach wie vor verhältnismäßig wenig mit den Eltern zusammen und hatten auch alle Mahlzeiten für uns allein.

Mittags war die Einrichtung getroffen worden, daß Ludwig und ich abwechselnd mit den Eltern und den Adjutanten speisten. Sehr pädagogisch war diese Maßregel wohl nicht, denn ich entsinne mich, daß wir uns untereinander das Versprechen gaben, kein Wort vom Tischgespräch zu verlieren und es uns getreulich zu wiederholen. Die Herren, die täglich zur Tafel kamen, waren außer Baron Rotsmann, einem Hessen von Geburt, der bis zum Tode meines Vaters in seinen Diensten blieb, ein ältlicher Oberst Rosborsky, ein gutmütiger, etwas bedächtiger Mann mit einem borstigen Schnurrbart was ich in Anbetracht seines Namens ganz natürlich fand), über den oft ein

Digitized by Google

wenig gespottet wurde, wie wir Kinder bald herausfanden. Gegen uns war er immer besonders freundlich und schenkte Ludwig eine ganze Menagerie in einzelnen Kartonbildern, die heute noch existieren. Dann war ein Husarenrittmeister da, Baron Hügel, mit rotem Gesicht und strohgelben Haaren, und ein Ulanenoffizier (Hulan, wie Ludwig sagte), der sehr schlank und groß war, eine gebogene Nase hatte und Baron Noe hieß. Ich habe lange ganz ernstlich geglaubt, daß er von Noah abstamme.

Da wir, wie natürlich, sehr viel von Militärverhältnissen sprechen hörten, bestand ein Lieblingsspiel von uns echten Soldatenkindern darin, nach dem Tee noch eine Weile allein am Tisch sitzenzubleiben und Offiziere zu sein. Ich war dann ein Oberst, Ludwig ein Major oder umgekehrt — wir steckten uns Strohhalme oder lange Hölzchen als Zigarren an, schlugen die Beine übereinander und unterhielten uns, mit Benützung des bei Tische gehörten Gesprächsstoffes. Ich war dann stets verheiratet und Vater von vielen ungezogenen Kindern, über deren Untaten ich seufzte und meine Erziehungstheorien entwickelte. Politische Ansichten gaben wir uns auch zum besten, soweit wir sie aus den Tischgesprächen aufgefangen. Umgang mit anderen Kindern hatten wir anfangs gar nicht; nach einiger Zeit entspann sich jedoch eine Bekanntschaft mit einer Paduaner Familie, Baron Zigno und seiner Frau, geborene Gräfin Emo Capodistrias. Ihre Schwester war die Frau des österreichischen Grafen Hans Wilczek, des Förderers der Nordpolfahrten. Die zwei ältesten „Zignokinder", wie wir sie nannten, waren ungefähr in unserem Alter, ein Mädchen, Maria genannt, sehr blond mit wasserblauen Augen, und ein Knabe mit einem Lockenkopf, Alberto mit Namen. Wir sprachen französisch und italienisch mit ihnen und sahen sie oft, wurden auch manchmal in ihr Haus eingeladen und in ihren großen, schönen Garten. Zwischen Maria und mir entwickelte sich eine lebhafte Freundschaft, die bei der nach zwei Jahren erfolgten Trennung mit vielen Tränen und gegenseitigem Schenken von Ringen besiegelt wurde. Den meinigen, einen Goldring mit einem Granaten darin, trug ich noch viele Jahre, bis er mir zu eng wurde.

Wir machten auch sehr oft Spaziergänge mit diesen unseren Freunden; der beliebteste führte an der Brenta entlang. Man kam da an Bauernhäusern vorbei, die mich interessierten, weil man durch die stets offenen Türen in die Wohnräume sehen konnte, wo Kinder, Hühner und Schweine gemütlich zusammen hausten. Öfters sah man auch alte oder junge Bäuerinnen, die, fleißig eine Spindel zupfend, schwarze Schweine oder Schafe hüteten, am Wegesrand. Da war's, als ich zum erstenmal Atropos nennen hörte und die wundersame Legende vom Schicksalsfaden. Die besondere Anziehung aber, die dieser Weg am Flußufer für uns hatte, war weniger poetisch als materiell. Es wohnte nämlich da am Wegesrand in einem langgestreckten, niedrigen Landhause, von Maulbeerbäumen beschattet, ein alter Engländer, Mr. Fryer hieß er, und wir hatten durch unsere englische Bonne Harriet erfahren, daß man bei ihm selbstgebackenes englisches Brot bekommen könne.

Digitized by Google

Hier und da durften wir nun solch einen appetitlichen weißen „loaf of bread" dort abholen, und das war jedesmal eine Freude. Bei einem Bäcker in der Stadt kauften wir auch manchmal runde weiße Kringel, die in Öl gebacken waren und die wir zum Tee sehr gern aßen. Solche kleine Abwechslung im Essen beglückte uns sehr, denn wir waren nicht verwöhnt in dieser Beziehung, und wenn Papa, wie er im Winter öfter zu tun pflegte, auf der Straße gebratene Kastanien kaufte, sie in einer grauen Papiertüte hereinbrachte und uns daran riechen ließ, ehe wir sie öffnen durften — das war ein Jubel! Sehr interessierten wir uns auch für die safrangelben Kürbiskuchen, die, appetitlich angeschnitten, auf der Straße verkauft wurden; diese aber sowohl als die trockenen braunen Johannisbrotfrüchte und die weißen Rüben, die dampfend in Kesseln an den Straßenecken zum Kaufen lockten, haben wir nie versucht. Ein großer Spaß und ein Ereignis in unserem sehr gleichmäßigen Kinderleben war es, wenn Baron Drachenfels, der nebenbei gesagt eine unerreichbare Virtuosität im Gesichterschneiden besaß und die von uns tief beneidete Kunst verstand, mit der Zunge in einen Kirschenstiel Knoten zu schlingen, bei seinen Besuchen in unserem Hause uns in das Café Pedrocchi mitnehmen durfte. Dort bekam jedes von uns ein sehr großes Glas Orangengranita, und der gute alte Herr unterhielt uns während dieses Schmauses auf das beste.

In den engen und belebten Straßen herumzugehen, wurde ich nie müde, und am besten gefielen mir die Arkaden, unter denen stets die bunteste und mannigfaltigste Ausstellung von Waren zu sehen war. Die zahllosen Bilder und Bildchen, Statuetten und Medaillen des heiligen Antonius von Padua interessierten mich ganz besonders, und ich ließ mir gern von ihm und seinen Wundertaten erzählen. Dazu war die hübsche Portierstochter, Rosina, die mir Unterricht im Weißsticken gab, stets gern bereit, und wir unterhielten uns öfter über religiöse Dinge. Ich weiß noch, wie groß meine Entrüstung war, als sie mir sagte: „Protestanti non sono Christiani." In einen evangelischen Gottesdienst kamen wir selten; nur hier und da kam ein Feldgeistlicher und ein oder das andere Mal hörte er uns im Katechismus ab. Sonntag las Papa uns aus einem Band Kinderpredigten vor, und am Weihnachtsabend sangen wir stets den Choral: „Ehre sei Gott in der Höhe, der Herr ist geboren", und kein anderer Choral hat mich je wieder so andächtig gestimmt wie dieser, der im fremden Land und inmitten Angehöriger einer anderen Konfession in meinem sehr deutschen und sehr evangelisch fühlenden Kinderherzen erklang.

Trotzdem übten aber schon damals, wie auch jetzt noch, die katholischen Kirchen eine große Anziehungskraft auf mich aus, mit einem gewissen Gruseln verbunden. Ebenso erging es mir mit den Klöstern, in denen wir manchmal die Handarbeiten der Zöglinge beschauten. Von den „Barmherzigen Brüdern" habe ich eine besonders fatale Erinnerung behalten. Ich litt längere Zeit an Zahnschmerzen — einen Zahnarzt muß es wohl in der Stadt nicht gegeben

Digitized by Google

haben — kurz, eines schönen Tages führte mich Adele, ahnungslos wie ein Opferlamm, in ein Spital oder Kloster, das lange öde Gänge hatte, und in eine Stube, die ich in ihrer ungetünchten Einfachheit noch vor mir sehe. Da stand ein brauner, recht unappetitlicher Kapuziner, mit braunen Nägeln und Sommersprossen auf den Händen, und ehe ich wußte, was mir geschah, hielt er meine zappelnde kleine Person fest zwischen seinen Knien und zog mit kräftigem Ruck meinen kranken Backenzahn heraus. Nachher war er sehr freundlich und streichelte mich mit seinen dicken, fleckigen Fingern, was meine Empörung und Wut nur noch vermehrte. Ich konnte es gar nicht vertragen, wenn Papa mich später mit diesem Erlebnis neckte oder mit einem kleinen Abenteuer, das mir in einem Laden zustieß. Man hatte mir erlaubt, während Adele mit den Brüdern auf der Straße wartete, hineinzugehen und selbständig in meinem besten Italienisch „un mazzetto di seta" zu kaufen. Der Verkäufer, ein junger Mensch, bediente mich sehr höflich, und als ich ihn bezahlt hatte, mit großer Genauigkeit (denn im Rechnen war ich stets langsam und niemals fest), nahm er das Geld, beugte sich lachend über den Tisch und gab mir einen Kuß. Als ich auf der Straße war, vergoß ich einige Tränen, wurde von den Brüdern ausgelacht und ging nie wieder allein in einen Laden.

Im Sommer 1861 brachten wir sechs Wochen in Venedig zu, zur Zeit der größten Hitze, die Mama, die nicht wohl war, dort eher zu ertragen hoffte als in Padua. (Im September kam dort, in Padua, unser jüngstes Brüderchen, Franz Josef, zur Welt.) Wir wohnten in einem villenartigen Hause am Canale Grande. Das Haus stand in einem ziemlich großen Garten, der sich bis an den Kanal erstreckte, und ist das einzige seiner Art am Canale Grande. Es hieß Casa Barbier und sieht heute noch gerade so aus wie damals.

Unsere Zimmer lagen nach einem engen Seitenkanal zu und waren ziemlich klein und sehr heiß. Wir standen oft am Fenster und sahen zu, wie kleine Knaben von einer Brücke in das Wasser sprangen und vorher ein Kreuz schlugen. Die Hitze war so entsetzlich, daß wir den ganzen Tag im Hause bleiben mußten und wir nur mit Hemdchen, Röckchen und Schürze bekleidet spielen durften. Erst am Abend, wenn die Sonne untergegangen war, konnten wir in den Garten gehen oder in der Gondel spazieren fahren. Nachts hinderten uns die Schnaken am Einschlafen, trotzdem unsere Betten mit weißen Moskitonetzen verhüllt waren. Die Fenster standen weit offen, und ein großer, wunderbar leuchtender Komet, von dem wir viel reden hörten, schien uns auf das Gesicht. Ludwig hatte Angst vor diesem Stern und sagte oft, wenn wir nicht einschlafen konnten: „Ich kann den Chines' nicht leiden." Sonst war er aber ein sehr tapferer kleiner Mensch, viel mutiger als ich, was sich hauptsächlich in der Schwimmstunde sehr zu meinem Nachteil zeigte. Fast jeden Vormittag fuhren wir nach San Giorgio hinaus in die Militärschwimmschule, in der auch eine Abteilung für Damen und Kinder war. Ludwig ging mit Freuden in das Wasser und lernte so gut und rasch, daß er sehr bald schon frei schwimmen konnte und seine

Digitized by Google

Neigung für das Wasser schon damals dokumentierte. Ich hingegen vermochte niemals meine Angst zu bemeistern. In dem großen Damenbad, wo noch fester Grund unter den Füßen war, gefiel es mir sehr gut. Aber als ich mit einem Schwimmgürtel um die Taille von einem hohen Sprungbrett in das freie, grundlose Wasser springen sollte, ergriff mich namenloses Entsetzen, und nichts, weder Bitten noch Drohungen, auch nicht die von zwei schönen russischen Fürstinnen in eleganten Badekostümen angebotenen Bonbons konnten mich dazu bewegen. Das Springen wurde aufgegeben, aber auch das Schwimmen verursachte mir Qualen wahrer Todesangst, und ich erlernte es nie. Sandro, der erst fünf Jahre alt war, wurde in eine Art von Gänsestall gesetzt, der sich in einer Ecke des großen Damenbades befand, und schrie dort Tag für Tag jämmerlich. Mit uns beiden wurde in San Giorgio keine große Ehre eingelegt.

Obschon ich viel zu jung war, um etwas von den Sehenswürdigkeiten oder Kunstschätzen Venedigs zu genießen, so erinnere ich mich doch, daß die Poesie und Eigenart dieser wunderbaren Stadt mir tiefen Eindruck machte — so tiefen, daß ich die Sehnsucht nach Venedig mit mir nahm in mein späteres Leben, und daß, als ich nach dreißig Jahren die Lagunen wiedersah, alles noch klar vor meiner Seele stand. Das Schicksal wollte, daß es dort war, wo ich 1893 meinen heißgeliebten Bruder Sandro zum letztenmal im Leben sah. Nach jahrelanger Trennung voll Tragik hatten wir uns dort wiedergetroffen — und in einer Gondel stehend und zu meinem Fenster aufblickend wurde er dann langsam von Charons Nachen entführt. — Sechs Monate darnach starb er in Graz im 37. Lebensjahre.

Die Kirchen und besonders San Marco lebten noch in meiner Erinnerung, und ich begrüßte sie wie alte Bekannte, ebenso den Dogenpalast, dessen schauriger Bleidächer- und Seufzerbrückenzusammenhang mich schon damals lebhaft interessierte.

In Venedig feierte ich meinen neunten Geburtstag. Papa zu Ehren spielte ich auf dem Klavier eine Reverie von Rosselleu, deren Einstudierung mir viel Pein verursacht hatte. Ich bekam damals unter anderem einen Anzug, der mir so sehr gefiel, daß ich ihn heute noch vor mir sehe. Es war ein spanisches Jäckchen von schwarzer Seide mit Perlen gestickt, und dazu ein Rock von rosa Wollenkrepp, mit einem Besatz von schwarzem Samtband. Meine Puppen, für die ich ein kleines unbenütztes Durchgangszimmer eingerichtet hatte, durften den Geburtstag festlich mitfeiern.

Noch ein Bild taucht in meiner Erinnerung auf, wenn ich an Venedig denke. Ich weiß aber nicht, in welches Jahr es gehört. Es war ein Osterfest, und ich sehe uns Kinder mit der Mutter, festlich geschmückt, in einer Gondel am Garten des damals noch „kaiserlichen" Palastes anfahren. Eine feenhaft schöne Frau, von Kindern umgeben, erwartete uns dort. Ihr reiches dunkelblondes Haar hing in breiten Zöpfen verflochten bis in den halben Rücken herunter und umrahmte ein entzückendes Gesicht mit großen dunklen Augen, das ich nie wieder vergaß. Ein langer schwarzer Samtrock umfloß ihre Gestalt,

Digitized by Google

und eine mit Gold reichbestickte griechische Jacke war mit einer roten Schleife an der Brust geschlossen.

Andächtig sah ich zu ihr auf, denn wie eine Märchengestalt stand sie vor mir, und als sie mich lächelnd anblickte, erschienen zwei Grübchen um ihren Mund.

Es war Österreichs Kaiserin, Elisabeth, die einst am Genfer See, von Mörderhand getroffen, ihr Leben aushauchen sollte. Die Kinder neben ihr waren Kronprinz Rudolf und Erzherzogin Gisela, und noch ein kleiner Junge war da. Er wurde uns genannt, und ich verstand nur das Wort „König" — das imponierte mir gewaltig.

So ein kleiner Bub und schon ein König! Ich sah ihn den ganzen Nachmittag scheu an. Am Abend zu Hause erfuhr ich dann, daß es ein Graf Königsegg war, der mir so viel mehr Ehrfurcht eingeflößt hatte als der kleine Kronprinz!

In dem kaiserlichen Garten durften wir Ostereier suchen. Beseligt hielt ich ein rosa Riesenei in den Armen, in dem eine reizende Puppe lag, und ein blumenbemaltes Porzellanei auf goldenem Gestell, das zwei Kristallflakons enthielt. Viele Jahre lang stand das letztere im Zimmer meiner Mutter, und ich betrachtete es mit freudigem Stolz.

Während der Zeit unseres Aufenthaltes in Padua müssen wir wohl öfters tageweise in Venedig gewesen sein, denn es tauchen in meiner Erinnerung allerhand dortige Bilder auf, die nicht mit jenen heißen Sommertagen zusammenhingen.

Auch ein kleines Mädchen mit wunderschönen Augen spielt darin eine Rolle. Sie hieß Maria Pallavicini und wurde mir, ihres stets liebenswürdigen Betragens und ihrer prachtvollen Handschrift wegen, immer als Muster hingestellt. Trotzdem liebte ich sie heiß und bemühte mich, ihre schöne englische Handschrift nachzubilden.

Dies gelang mir aber nur dann, wenn ich an sie selbst schrieb. Schon damals machte ich die Erfahrung an mir, daß es leicht ist, Schrift und Stil der Persönlichkeit nachzuahmen, an die man schreibt — vorausgesetzt, daß diese einem sympathisch ist. Es muß da eine Art Telepathie möglich sein. Mich wundert nur, daß ein zehnjähriges Kind eine derartige Beobachtung an sich machen kann, ohne darauf aufmerksam gemacht worden zu sein. Dies war niemals der Fall. Denn es würde genügt haben, um ein für allemal diese Tendenz in mir zu ersticken.

Auch an verschiedene Erwachsene erinnere ich mich, die mit den Eltern in Venedig verkehrten und mich sehr interessierten: eine schöne Gräfin Beatrice Strozzi (sie heiratete bald darauf den Prinzen Leopold von Croy. Nach ihrem Tode heiratete dieser die verwitwete Fürstin Rosa Hohenlohe, die ich dann in Wien als achtzigjährige „Rosa Croy" noch oft sah), sie war die Tante von Maria Pallavicini. Dann eine Fürstin Clary, der die schwarze Spitzenmantille so gut stand, und ihre Mutter, Gräfin Fiquelmont. eine liebe alte Dame.

Digitized by Google

Als im September 1861 unser jüngstes Brüderchen in Padua geboren wurde, vertrat die alte Gräfin bei der Taufe meine russische Tante. Kaiser Franz Joseph war der Hauptpate. Dieser kleine Bruder, den wir alle besonders liebten, weil er sehr zart war und oft krank, wurde Franzjos genannt.

Unsere italienische Nomadenexistenz nahm im Jahre 1862 ein Ende, und die dauernde Heimkehr nach Deutschland stand bevor. Eine wehmütige Abschiedsstimmung lag auch auf uns Kindern, und daneben eine heiße, atemraubende Freude, daß wir nun in der Heimat leben würden — auf dem geliebten Heiligenberg, und in einem „eigenen" Palais in Darmstadt.

Eine „deutschere" Heimat als die, die wir gehabt, inmitten des fremden Landes, konnte es aber dort nie und nimmer werden. Wie wurde die gehegt und gepflegt durch unsere ganze Umgebung und durch die treuen hessischen Diener, die jahraus und jahrein mit uns über die Alpen gezogen. Auch den Marmorpalästen Italiens drückt deutsches Wesen seinen Stempel auf. Daß unsere Mutter polnisch-russisch und katholisch war, hatte nur einen guten und fördernden Einfluß auf die deutsche Erziehung ihrer Kinder und auf den evangelischen Geist des Hauses, da sie ganz und gar aufging in den Lebenselementen ihrer Familie. Es war eine glückliche Kinderzeit, die meine „Erinnerungen" im buchstäblichen Sinne nun abschließt. Denn alles, was ich bisher aufgezeichnet, beruht auf den in meinem Kindergemüt eingeprägten „Gedächtnisbildern", ohne Zutat von Erzähltem der Miterleber jener Zeiten.

II

Mein Tagebuch während des Krieges von 1866 im Alter von dreizehn Jahren

Heiligenberg bei Jugenheim.

Samstag 16. Juni.

Ein trauriger, schreckensvoller Tag!

Die Nachricht kam, daß die Preußen, Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau und Oberhessen in der Nacht besetzt haben. Papa[1]) ging augenblicklich nach Darmstadt. Wann er zurückkommt, und was jetzt Alles geschehen wird, das weiß Gott!

Sandro[2]) weinte bitterlich nachdem Papa fort war. Adele[3]) sagte ihm er solle beten. Er tat das und zog dann einen Spruch aus unserem Bibelspruchkästchen, und der lautete: „Der Herr wird für Euch streiten und Ihr werdet stille sein."

Das ist doch wunderschön!

---

[1]) Prinz Alexander von Hessen war zum Befehlshaber des VIII. Bundesarmeekorps ernannt worden.

[2]) Der spätere erste Fürst von Bulgarien.

[3]) Adele Bassing, unsere Erzieherin.

Digitized by Google

Alles war hier natürlich in der größten Aufregung. Um 6 Uhr fuhr Mama nach Darmstadt. Nach dem Tee besuchten uns die Onkels Karl und Wilhelm.[1])

Wir hörten, daß die Preußen bis Gießen vorgedrungen seien; der Bund habe Papa sagen lassen, er solle mit so viel Truppen als er auftreiben könne nach Frankfurt kommen um die Preußen zu empfangen. Man befürchtet ein Gefecht in der Nacht. Glücklicherweise ist es aber noch nicht dazu gekommen. In der Nacht kam Eberhard an, von Mama geschickt, um unsere wertvollen Sachen einpacken zu lassen, die in das Prinz Karlsche Palais kommen. Er brachte auch einen sehr kummervollen Brief von Mama mit, in dem sie uns schrieb, wir sollten für Papa beten. Das haben wir Alle schon getan, seitdem Papa das Kommando hat.

Sonntag, 17. Juni.

Adele fuhr nach Darmstadt für den Tag. Es war sehr häßliches Wetter, kalt und windig. Um 9 gingen wir in die Kirche. Der Wind nahm zu, bis gegen 11 Uhr ein Sturm daraus wurde wie ich noch nie einen erlebt habe.

Die Bäume bogen sich und krachten. Die Orangenbäumen im Hof fielen um, die Läden schlugen zu, und im Hof konnte man nicht gehen. Valentin wurde ein Paar Ellen weit weg geschleudert. Das ganze Hauspersonal versuchte mit vereinten Kräften das Vordertor zu schließen. Das war aber eine Unmöglichkeit.

Bis nach 1 Uhr dauerte der Sturm und als wir später hinuntergingen, waren beinah alle Kirschen, Äpfel und Birnen von den Bäumen herunter gefallen.

Es war so unfreundlich und kühl, daß wir den ganzen Tag im Zimmer blieben.

Nach Tisch spielten wir im Gartensalon, und später las ich den kleinen Brüdern aus „the Children's Friend" vor. Um 7 Uhr kam Adele zurück. Sie sagte, daß sie Papa nicht sehen konnte. In Darmstadt sei ein schreckliches Durcheinander. Jeden Augenblick passiren Soldaten ein, und die Leute schreien und jauchzen. Man befürchtet Aufstände. Was wird noch werden!

Nun wir sind in Gottes Hand.

„Ein feste Burg ist unser Gott,
Ein gute Wehr und Waffen."

Wenn es mir Angst werden will, sage ich mir das herrliche Lied vor, und dann bin ich immer wieder ruhig.

Montag 18. Juni.

Sehr kühles Wetter. Stunden wie immer. Um 4 Uhr gingen wir, Adele, Ludwig, Sandro, Liko, Franzjos,[2]) Herr Hager[3]) und ich mit dem

[1]) Prinz Karl von Hessen und sein Sohn.
[2]) Meine vier Brüder.
[3]) Der Hauslehrer.

Digitized by Google

Pony und dem Eselwagen nach Bickenbach an den Bahnhof, in der Hoffnung einen der zahlreichen Züge mit Württembergern vorbei fahren zu sehen. Aber leider kam gerade keiner vorbei, während wir dort waren.

Um 7 Uhr kam Mama.

Sie sah sehr bekümmert aus und sagte, Papa sei in Frankfurt. Die Preußen sind jetzt in Gießen. Weiter hat man sie bis jetzt nicht vordringen lassen. Kurhessen ist auch auf Österreichs Seite. Vorigen Sonntag kamen preußische Abgesandte zum Kurfürsten, um ihn im Namen ihrer Regierung zu bewegen, mit Preußen zu gehen. Wenn er drauf einginge, versprächen sie ihm als Belohnung unsere Provinz Oberhessen.

Der Kurfürst erwiderte aber:

„Die Provinz Oberhessen gehört meinem Vetter, dem Großherzog, und ich bin kein Räuber wie Ihr Minister!"

Drauf drohten ihm diese — Preußen im Namen ihrer Regierung, ihn abzusetzen und Prinz Friedrich einzusetzen.

Der Kurfürst sagte aber: „Mein Vetter Friedrich ist zwar ein hessischer Prinz. Dächte er aber so wie Sie, würde ich ihn als einen Verräter behandeln."

Könnte man glauben, daß eine derartige Unverfrorenheit möglich wäre? So ohne Weiteres unser Land wegschenken zu wollen und Bundesfürsten ein- und abzusetzen?! Welch' schwere Verantwortung haben Bismarck und der König von Preußen auf sich geladen!

Mama brachte das Schreiben mit, das Papa an seine Soldaten gerichtet hat: es ist wunderschön, ganz wie der liebe Papa schreiben mußte.

Herr Geyer[1]) erzählte gestern, wie glücklich alle Leute sind, daß Papa das Oberkommando hat und wie viel Vertrauen sie in ihm haben. Die Soldaten singen in der Straße: „Und unser Prinz Alexander, der jagt sie Alle auseinander!" — Auch die Württemberger und Nassauer waren begeistert, als sie hörten, daß sie unter Papas Befehle kämen.

Mama wohnt in Darmstadt, um so viel als möglich bei ihm zu sein. Alle paar Tage will sie hier nach uns sehen. Wir sollen so lange als möglich hier bleiben. Mama sagt, es hinge ganz vom Schicksal Frankfurts ab, wie lange wir auf dem Land sein können. Sowie Frankfurt von den Preußen genommen wird, müssen wir nach Darmstadt.

Alice[2]) hat gestern Victoria und Ella nach England geschickt, damit sie ihrem Mann[3]) überall hin folgen kann.

Dienstag 19. Juni.

Es regnete den ganzen Tag. Mama aß mit uns zu Mittag. Nach Tisch arbeiteten wir und lasen.

---

[1]) Ein Lehrer aus Darmstadt.

[2]) Prinzessin Alice von Hessen, geborene Prinzessin von England.

[3]) Prinz Ludwig von Hessen, kommandierte die hessische Division.

Digitized by Google

Es wurde Alles gepackt für Papa und das war so traurig zu sehen. Um 1/2 6 hatte ich Botanikstunde. Um 7 fuhr Mama nach Darmstadt. Nur wir fünf Kinder, Adele, Herr Hager, Mrs. Thornton, Frau Illert, Logoz, Balser und der Koch sind da. Leonhard ist krank, und alle übrigen sind mit Papa fort.

Mittwoch 20. Juni.

Schönes Wetter. Stunden. Um 4 Uhr kamen die Baumbach Kinder zu uns herauf.

Ich erhielt einen Brief von Mama, daß Papa dieser Tage fort muß, und Ludwig, Sandro und ich mit Adele und Herr Hager den nächsten Tag nach Darmstadt kommen sollen. Franzjos und Liko am Freitag.

Donnerstag 21. Juni.

Bis 10 Uhr Stunden. Um 1/2 12 nachdem wir gegessen hatten, fuhren wir zur Eisenbahn. Um halb eins kamen wir in unserem Hause in Darmstadt an. Die Eltern waren beim Frühstück, und so konnten wir gleich zu Papa. Wir waren so glücklich ihn zu sehen.

Um ein Uhr ritt Papa mit dem Generalstab, württembergischen, badischen, hessischen, nassauischen, bayerischen und zwei österreichischen Offizieren an den Bahnhof, um vier Kompagnien Österreicher zu empfangen, die als Depot nach Darmstadt kamen. Wir waren so froh, als wir hörten, daß wir Österreicher sehen sollten.

Nach einer halben Stunde kamen sie auf dem Louisenplatz vor unserem Hause an. Die Musik spielte, und die Soldaten stellten sich auf. Sie sahen so schön aus in ihrer guten österreichischen Uniform.

Papa ritt vor sie hin und sprach mit ihnen. Dann spielte die Musik ein Gebet, wobei alle Soldaten und Offiziere salutierten, und dann spielte sie noch die liebe Hymne: „Gott erhalte Franz den Kaiser".

Es war so traurig diese armen Soldaten zu sehen, die jetzt hingehen, um sich für eine Ursache, die ihnen ganz unbegreiflich ist, tot schießen zu lassen.

Es war ein merkwürdiges Gefühl, so die guten Österreicher wiederzusehen, und doch machte es mich traurig.

Um drei Uhr bekamen wir Kaffee, und dann konnten wir glücklicher Weise ziemlich viel mit dem lieben Papa zusammen sein und sogar gegen sieben Uhr mit ihm spazieren gehen. Es schien mir, als seien wir wieder in Padua, da man so viele Österreicher in den Straßen sah. — Um acht Uhr spielte die österreichische Militärmusik vor unserem Hause. Der Louisenplatz war mit Menschen angefüllt, die Musik war prachtvoll, aber ich konnte sie nicht hören, ohne sehr traurig zu werden.

Unser lieber, prächtiger Papa — wenn er nur glücklich zurückkommt!

Um 9 Uhr fuhren wir auf den Heiligenberg zurück. Der Abschied wurde uns schwer, aber wir werden ihn wahrscheinlich noch einmal sehen. Die Heim-

Digitized by Google

fahrt war wunderschön bei Mondschein in offenen Wagen, trotz trauriger Gedanken.

Freitag 22. Juni.

Stunden wie gewöhnlich. Die kleinen Brüder fuhren mit Mrs. Thornton und Frau Illert nach Darmstadt.

Samstag 23. Juni.

Nach Tisch überraschte uns Mama mit einem Besuch. Sie brachte schlimme Nachrichten mit. Der Kurfürst von Hessen ist preußischer Kriegsgefangener; in Hannover regiert ein preußischer General, und die sächsische Königsfamilie hat fliehen müssen, weil Dresden belagert wird.

Außerdem lügen die Zeitungen auf eine schauderhafte Art. In der „Indépendance Belge" standen vier Tage nacheinander Details über eine große Schlacht, die bei Frankfurt stattgefunden. Das vierte hessische Regiment sei ganz niedergehauen worden, und „le Prince Alexandre de Hesse était parmi les morts".

Es ist unbegreiflich, wie man so lügen kann!

Mama blieb bis acht Uhr da.

Als sie weg war und Alles wieder so einsam und still, wollten wir anfangen traurig zu werden besonders bei dem Gedanken an den Sonntag, den Tag, an dem wir sonst immer so glücklich in die Kirche gingen, und jetzt ist es so anders geworden.

Da hatte Adele den prächtigen Einfall, wir könnten den nächsten Morgen nach Beedenkirchen[1]) in die Kirche zu gehen. Das begrüßten wir mit vieler Freude.

Sonntag 24. Juli.

Herrliches Wetter. Um 7 Uhr frühstückten wir, und um halb acht machten wir uns auf den Weg: Adele, Herr Hager, Ludwig, Sandro und ich. Es war ein wunderschöner Morgen, überall herrschte Sonntagsruhe, nur die Vögel sangen. Um ½10 kamen wir in Beedenkirchen an, und gingen direkt in die kleine Dorfkirche. Wir hörten eine schöne Predigt von Pfarrer Helferich, der früher katholischer Geistlicher war und übergetreten ist. Er predigte über das Wort Jesu: Richtet nicht auf daß Ihr nicht gerichtet werdet.

Nach dem Gottesdienst gingen wir in das Gasthaus „Zum Felsenmeer" und frühstückten dort. Wir bekamen recht gute Suppe, Käse, Brod, Butter und Erdbeeren. Nach 11 Uhr gingen wir wieder heim. Auf dem Rückweg pflückte ich einen großen Strauß Kornblumen.

Um ein Uhr kamen wir nach Hause, sehr müde und heiß, aber sehr vergnügt. Es war so ein stiller, schöner, friedlicher Morgen.

Nach Tisch las ich in einem schönen englischen Buche „To seem and to be" und dann bekam ich einen wunderhübschen Brief von Rosa Lützow.

[1]) Ein Dorf im Odenwald.

Digitized by Google

Montag 25. Juni.

Die Nachricht kam, daß Erzherzog Albrecht die Italiener bei Custozza völlig geschlagen hat. Wie waren wir froh!

Ich war den ganzen Tag sehr fleißig. Es wird bei uns viel gearbeitet für die verwundeten Soldaten: eine Menge Strümpfe, Hemden, Binden, Tücher, Kissen, Charpie usw. Für unser Bretzelgeld[1]) wollen wir Cigarren kaufen. — Es ist sehr still oben auf dem Heiligenberg. Außer uns fünf Kindern, Adele, Herr Hager und Mrs. Thornton, sind nur die Illerts da, Frau Chapuis (die Verwalterin) und ihre drei Kinder, Carolina (meine Kammerjungfer), die Köchin, Leonhard, Logoz und Kätchen. Der Koch geht mit Papa.

Dienstag 26. Juni.

Wieder fürchterliche Hitze. Stunden. Auch Klavier bei Herrn Schmitt, der aus Darmstadt kam. Meine zahme kleine Bachstelze setzte sich auf seinen Kopf und blieb lange auf seinem dichten Haar sitzen, ohne daß er es merkte, was mir viel Spaß machte.

Mama schrieb mir aus Frankfurt, wo das Hauptquartier sich seit einigen Tagen befindet. Papa geht Samstag fort und wir sollen Donnerstag hin kommen, um ihm Adieu zu sagen.

Abends hatte ich Botanikstunde bei Herr Geyer.

Mittwoch 27. Juni.

Wieder entsetzlich heiß. Stunden. Nach Tisch arbeiten, stricken, Aufgaben machen. Abends Spaziergang mit Emilie Ernst und Anna Baumbach, bei dem wir viele Erdbeeren pflückten.

Donnerstag 28. Juni.

Um acht Uhr fuhren Ludwig, Sandro, Herr Hager und ich nach Bickenbach und mit der Eisenbahn nach Frankfurt. Um 1/2 11 kamen wir an. Mama war im Wagen da und wir fuhren in das Palais.[2]) Wir wurden in Mamas Schlafzimmer geführt, weil sonst kein Eckchen frei war.

Die ganze Großherzogliche Familie war da, und alle übrigen Räume von Offizieren, Ordonanzen und Kanzleien in Anspruch genommen.

Wir konnten vorderhand Papa nicht sehen, weil er gerade Kriegsrat hielt. Mama sagte, daß er übermorgen fort reise nach Norden zu. Die Österreicher haben in Böhmen die Preußen besiegt.

Aber bei uns geschieht Schreckliches: Der Kurfürst von Hessen ist nach Stettin abgeführt worden! In der Nacht setzte man ihn in einen Wagen mit drei preußischen Gensdarmen, und den Adjutanten die ihn begleiten durften, band man die Hände auf den Rücken.

---

[1]) Anstatt unsere Frühstücksbretzeln zu essen, bekamen wir Geld, das wir armen Leuten schenkten, ebenso für den Zucker, den wir uns absparten.

[2]) Der Großherzog von Hessen hatte damals ein Palais auf der Zeil.

Digitized by Google

Und so etwas geschieht im Namen des Königs von Preußen!!

Mama erzählte, daß in der vorigen Nacht alarmiert wurde, weil Papa Nachrichten bekommen hatte, daß man einen Einfall der Preußen befürchte.

Die Eltern hatten gar nicht geschlafen. Mama sieht übel und angegriffen aus und ist in einem schlimmen Zustand von Aufregung und Kummer.

Da wir Papa doch nicht sehen durften, gingen wir ein wenig auf der Zeil spazieren. Man kann sich keinen Begriff machen von der Bewegung, dem Spektakel und dem Durcheinander in Frankfurt. Man sieht Soldaten und Offiz'ere in allen erdenklichen Uniformen umhergehen. Die anderen Leute rennen mit wichtigen aufgeregten Gesichtern herum. Dazu hört man ein Gerassel von Wagen, Kanonen, Munitionswagen, Pferdegetrappel, Trommeln, Musik, Peitschenknallen. Dort kommen Bayern anmarschiert, dort reiten Österreicher, vor dem Palais sind immer eine Menge Menschen versammelt, und es ist ein Gewühl, daß man kaum gehen kann.

Bis gegen halb zwölf blieben wir draußen. Dann kamen wir ins Palais und nun konnten wir Papa einen Augenblick sehen. Er sah bekümmert aus, aber trotzdem sagte er Jedem von uns etwas Liebes, der teuere gute Papa.

Wir Kinder zupften nun Charpie, und Papa kam ab und zu herein, aber beinah beständig war Jemand draußen, der mit ihm sprechen mußte.

Herr von Ricou hatte an dem Tage den Dienst, und der schritt so feierlich in großer Uniform im Saal draußen herum, und meldete die Leute an, und machte Alles mit einem so bedenklichen Gesicht, daß es Einem ganz kurios zu Mute wurde.

Dann kamen sehr oft Depeschen, darunter eine sehr wichtige, daß die Preußen Nassau besetzt haben, und noch eine, daß die Hannoveraner bei Langensalza geschlagen worden.

Um ein Uhr aßen wir im Russischen Hof, neben dem hessischen Palais, zu Mittag, und dann fuhren wir Kinder in den zoologischen Garten, wo wir bis vier Uhr blieben. — Dann waren wir noch so viel als möglich bei Papa, denn die Stunde des Abschieds war sehr nah. Und nun erlebten wir sehr trauervolle Augenblicke.

Mama, die sehr angegriffen war, fing an zu weinen und zu schluchzen, obschon sie doch noch zwei Tage bei Papa bleibt. Die Brüder brachen auch in Tränen aus, und es war wirklich recht trostlos. Ich kämpfte mit mir, so daß ich bis zuletzt nicht weinte, aber als Papa uns segnete, ach! da konnte ich auch nicht mehr! Diese Stunde werde ich nie vergessen. Weinend gingen wir hinunter an den Wagen. Papa blieb am Tore stehen und sah uns nach.

Dann ging er hinauf — wann und wie werden wir ihn wiedersehen? — Die arme Cousine Alice fuhr im selben Zug zurück. Die Arme! sie muß ihren Mann auch hergeben, und wenn sie heimkommt, findet sie nicht einmal ihre Kinder.

Digitized by Google

Freitag 29. Juni.

Alles war wie gewöhnlich bei uns, Stunden, arbeiten und kummervolle Gedanken. Wir sehen schweren Zeiten entgegen. Es wird täglich in Böhmen gekämpft, wobei die Österreicher immer siegen. Aber Entscheidung ist noch keine da.

Samstag 30. Juni.

An dem Tage zog Papa fort, und Mama kam des Abends hierher, blaß, verweint und schrecklich betrübt und niedergeschlagen. — Papa ist nach Friedberg. Er hatte sich am letzten Tag in seiner Kriegsuniform photographieren lassen, weil ganz Frankfurt nach seinen Bildern fragte. Mama brachte Jedem von uns Papa's liebes Bild in einem Rahmen, auf unseren Tisch zu stellen. Sie sagte, daß wenn wir in Versuchung kämen, etwas Unrechtes zu tun, so sollten wir auf sein Bild sehen, und das würde uns gewiß einhalten.

Bei der Samstagabends-Andacht beteten wir noch laut für alle Soldaten und für unseren Papa.

Sonntag 1. Juli.

Um zehn Uhr gingen wir mit Mama in die Kirche. Die meisten Leute weinten, besonders als vom Krieg geredet wurde. Es giebt wohl sehr wenige Familien, die nicht einen Angehörigen dabei haben.

Es regnete, und wir brachten den Tag viel mit Charpie zupfen und derlei zu.

Die Preußen werden immer noch in Böhmen geschlagen; aber in Berlin wird dann erzählt, daß sie gesiegt hätten. Vorgestern illuminierten sie die Stadt, riefen den König auf den Balcon, und sangen:

„Heil Dir im Siegeskranz . . .!"

Der arme Papa ist in einer so schwierigen Lage. Die Preußen können während er nach Norden marschiert, von Coblenz herüber kommen. In Bingen sind sie schon, und die Frankfurter sind in Todesangst.

Was wird das werden?!

Mama weint und jammert den ganzen Tag.

Aber wir müssen und wollen auf unsern himmlischen Vater vertrauen. Er hat das Unglück zugelassen und wird es auch wieder von uns wenden.

Er wird unserm Papa beistehen.

Von Montag und Dienstag kann ich nicht viel erzählen. Die Tage gehen schnell herum. Mama erhielt Briefe von Papa aus Butzbach, Wetzlar und Ulrichstein.

Hier regnet und stürmt es unaufhörlich. Mama war in Darmstadt bei Cousine Alice. Sie soll so mutig und ruhig sein.

Ich habe vergessen zu schreiben, daß das VIII. Bundes-Armeekorps auf Papa's Befehl schwarz rot goldene Armbinden trägt.

Digitized by Google

6. Juli.

Es sind fünf Tage vergangen, seit ich mein Tagebuch schrieb, und es ist unbeschreiblich, welch' trostlose Dinge geschehen.

Die Österreicher sind unter Benedek in Böhmen geschlagen worden und haben 20000 Todte und Verwundete zurückgelassen. Der Kaiser Franz Joseph hat in Folge davon Venetien an Victor Emanuel abgetreten.

Papa's Lage ist verzweiflungsvoll. Er bekommt keine Preußen zu sehen und kann sich nicht mit den Bayern vereinigen, die unter dem alten 70jährigen Prinzen Karl von Bayern immerzu nach Hannover weiter marschiren, wo doch nichts mehr zu tun ist, da die Hannoveraner kapituliert haben. Prinz Karl wird beständig in kleinen Abteilungen geschlagen, und schickt dabei Papa alle möglichen Befehle, die er nachher wieder zurücknimmt.

Papa bekommt gar keine Nachrichten. Er kommt nun wieder in die Gegend von Frankfurt zurück. Es ist zum Verzweifeln.

7. Juli.

Mama und Adele waren in Darmstadt. Dort scheint es schlimm herzugehen. Verrat im Spiele ... nicht nur dort ... Armer Papa!

Sonntag 8. Juli.

Ernstine und Clara Pauer waren Nachmittags bei uns, und wir unterhielten uns sehr gut. Sandro mußte sich mit Fieber zu Bett legen.

Dienstag 10. Juli.

Mama telegraphierte heute früh von Frankfurt, sie käme morgen. Papa ginge wahrscheinlich morgen weiter. Scheint also kein Waffenstillstand zu sein, von dem so viel gesprochen wird. Mir wäre es lieber, wenn Papa die Preußen schlüge! —

Gestern fuhren wir Alle spazieren nach Pfungstadt, wo ich noch nie war. Abends brachen wir Lindenblüten auf der Terasse.

Mittwoch 11. Juli.

Heute früh kam eine sehr schöne Nachricht aus Darmstadt: Alice hat ein drittes Töchterchen. Die arme Kleine[1]) ist in einer traurigen Zeit auf die Welt gekommen.

Ihr Vater wird wohl nicht bei der Taufe dabei sein können.

Wie sie wohl heißen wird?

Ich glaube, daß ihre Eltern vielleicht einen Sohn mehr gewünscht hätten.

Jetzt muß ich doch in mein Tagebuch die schönste Lügengeschichte schreiben, die man weit und breit hören kann.

In ganz Darmstadt, Frankfurt, Mainz und der Umgegend verbreitete sich das Gerücht, der General von Stockhausen, ein sehr guter alter Freund

---

[1]) Prinzessin Irene, vermählt mit Prinz Heinrich von Preußen.

Digitized by Google

von Papa, habe Papa's Pläne an die Preußen verraten wollen. Dies sei entdeckt worden, und in folgender absurden Weise:

Papa sei in der Straße in Bornheim dem Burschen des Generals v. St. begegnet, der einen Brief seines Herrn an Bismark auf die Post trug! Papa habe ihm denselben abgenommen und sei damit zu General Stockhausen.

Dieser stand am Fenster, und als er Papa mit dem Briefe kommen sah, erschoß er sich auf der Stelle! —

Als Mama von Bornheim zurückkam, erzählte sie, an dem Tage, an dem es geheißen hatte, der General habe sich umgebracht, habe er mit Papa und Mama zu Mittag gegessen. Kein Wort an der ganzen Geschichte ist wahr.

Am 13. und 14. Juli fanden Gefechte statt, zwischen den Preußen und Papa's Truppen. Die Hessen schlugen sich sehr tapfer, aber Papa hat nur 40000 Mann und die Preußen haben 70000.

So konnte man natürlich nicht viel ausrichten. Sehr viele Soldaten und Offiziere fielen, und ein großer Transport Verwundete kam nach Darmstadt. — Papa telegraphierte aus Dieburg, daß er wohl sei.

Es ist furchtbar, sich sagen zu müssen, daß die armen Menschen ihr Leben lassen, ohne daß man davon Erfolg erwarten kann.

Am 14. schrieb ich ein Briefchen an Papa, um ihm zu seinem Geburtstag zu gratulieren, und schickte ihm den wunderschönen 94. Psalm, der so recht für die jetzige Zeit paßt.

So traurig bin ich noch nie am Vorabend seines und meines Geburtstages eingeschlafen.

Sonntag 15. Juli.

Das war auch ein trauriges Erwachen. Sonst wurde ich an dem schönen Doppelgeburtstag immer in der Frühe durch Böllerschüsse aufgeweckt, und Alles war Freude. Heute wachte ich mit schwerem Herzen auf ...

Als wir gegen Abend spazieren fuhren, nach Zwingenberg zu, begegneten wir dem Oberst von Willich, der nach Herpenheim fuhr. Mama hielt ihn an, um ihn nach Nachrichten zu fragen. Er sagte, daß heute kein Gefecht im Gange sei, aber die Preußen seien in Dieburg eingerückt und man erwarte sie noch in der Nacht oder morgen in Frankfurt.

Papa ist wieder nach Oberhessen, um sich mit dem Bayern zu vereinigen.

Mama sagt, daß wir ganz ruhig hier bleiben werden, denn der Heiligenberg und unser Palais in Darmstadt stehen unter russischem Schutz.

Montag 16. Juni.

Mama war in Darmstadt in der Turnhalle, die für die Verwundeten eingerichtet wurde.

Sie sagt, daß es ganz prächtig hergerichtet ist. Es geschieht ungeheuer viel für die Verwundeten in Darmstadt. —

Um 5 Uhr rückten die Preußen in Frankfurt ein, aber in Darmstadt sind sie noch nicht.

Digitized by Google

17. Juli.

Papa telegraphierte aus Erbach im Odenwald. Abends bekamen wir die Nachricht, daß am Nachmittag 14000 Preußen in Darmstadt eingerückt seien.

Es war ein fürchterlicher Schrecken!

Am nächsten Tag erfuhren wir, daß es wieder einmal ein falsches Gerücht gewesen sei, und nur Patrouillen da waren. Wir hörten dann, daß die Darmstädter Gassenbuben diesen Preußen — einige dreißig Mann — nachgelaufen seien, rufend und schreiend: „Bismark soll sterben!" Da zog Einer seinen Säbel und jagte sie auseinander.

Einem Dr. Wolf erging es an diesem Tage auch übel. Er erzählte auf der Straße einem preußischen Offizier Alles, was er von dem Bundesheer wußte. Einige Herrn hörten das und folgten ihm in den Herngarten, und als die Preußen abgezogen waren, wurde er von den Leuten, die sich angesammelt hatten, fürchterlich geprügelt.

Freitag 20. Juli.

Herr Hager brachte einen Brief von Mama in das Hauptquartier.

Samstag 21. Juli.

Hier war Alles ruhig bis Nachmittags. Da kam ein preußischer Husar in den Hof gesprengt!

Es entstand ein großer Schrecken auf dem Heiligenberg. Auch mir stockte das Herz im ersten Augenblick.

Der Preuße wollte aber nichts Anders, als ein Schreiben bringen von seinem Oberst, in dem stand, daß auf den Befehl des Königs die Besitzungen Papa's respektiert werden sollen, da sie unter dem Schutz des Kaisers von Rußland stehen.

Als Illert[1]) das Schreiben quittiert hatte, ritt der Husar wieder fort.

Illert war im Dorf gewesen, und als er auf dem Heimweg noch ganz unten am Berg war, hörte er den Preußen hinter sich heraufgaloppiren. Der Ärmste kriegte nun eine Todesangst und rannte immer dicht vor dem Husar den Berg hinauf. Keuchend und atemlos stürzte er in den Hof herein:

„Die Preußen sind da!" und immer weiter bis in den Garten zu Mama: „Da kommt schon Einer! hinter mir ist er heraufgaloppiert — soll ich geschwind die russische Fahne aufstecken lassen?"

— Aber sehr bald kam er wieder mit beruhigterem Gesicht und brachte Mama das Schreiben.

Das ganze Haus war in eine Panik versetzt worden. —

Um acht Uhr erhielt Mama einen Brief von Direktor Menges: Die Preußen wären in Darmstadt eingerückt, und hätten uns Schildwachen vor das Palais gestellt, auf Befehl des Königs zum „Schutz gegen etwaiges Ge-

[1]) Der Haushofmeister.

Digitized by Google

findel", hätte der Major sich ausgedrückt, den Menges gebeten hatte, die Wachen zurückzuziehen.

Sollte das ein Spott oder eine Beleidigung sein? Die Darmstädter würden es für Einverständnis mit den Preußen halten.

Mama fuhr augenblicklich nach Darmstadt, um Manteuffel zu telegraphieren, daß sie die Wachen um keinen Preis dulden wolle. Lieber solle man ihr das Haus zertrümmern.

Als sie aber ankam, war es zu spät, um noch zu telegraphieren, und am andern Morgen früh marschierten die Preußen wieder ab, sodaß garnichts getan werden konnte. Was werden die Darmstädter gedacht haben!

Ein paar Tage später kamen die Preußen wieder und nahmen Alles, was in den Kasernen und im Zeughaus geblieben war, über 100000 Gulden Schaden.

Sogar den Unteroffiziersfrauen nahmen sie die Wäsche weg.

Wie sie in Frankfurt hausen, ist himmelschreiend. 31 Millionen Taler haben sie verlangt, außer den Kontributionsgeldern, und noch vieles Andere. Und als nach dem festgesetzten Termin die 31 Millionen nicht gezahlt waren, haben sie den geringen Leuten zur Strafe 50 Mann Einquartierung gegeben, und den Reicheren 100, 200 bis 250 Mann.

Außerdem fahren die Offiziere den ganzen Tag mit Fiakern herum, die sie nicht bezahlen, sondern auf die Rechnung der Stadt setzen, gehen in die Läden, kaufen Diamantschmucksachen, Stoffe und was ihnen gefällt, und setzen es auf die Rechnung der Stadt.

Der Bürgermeister Fellner erhängte sich aus Verzweiflung.

*

Österreich hat jetzt auf vier Wochen Waffenstillstand geschlossen, und Bayern ebenfalls. Papa schickte nun dem Manteuffel auch Parlementairs, denn was kann er denn mit seinen wenigen Soldaten noch ausrichten. Die treulosen Badener sind ja auch abgezogen.

Manteuffel sagte aber, er habe keine Befehle mit Papa zu unterhandeln. So steht er nun von aller Welt verlassen da.

Als er viel hätte tun können, durfte er sich nicht regen ohne die Erlaubnis des Prinzen Karl von Bayern, der ihm immer den größten Unsinn auf die gröbste Art befahl. Jetzt aber darf er sich allein helfen. Nun kümmert sich der alte Prinz Karl nicht mehr darum, was Papa macht. Es ist eine verzweifelte Lage, und man weiß nicht mehr, was man wünschen möchte.

Herr Hager kam nach einigen Tagen von seiner Expedition zurück. Er hatte Papa in Tauberbischofsheim getroffen, und brachte Briefe mit. Papa schickt sonst seine Briefe durch irgendwelche Boten, denn schon die ganze Zeit gehen keine Eisenbahnzüge mehr, und die Post nur wie es den Preußen gefällig ist.

Die Lehrer kommen deshalb nur noch einmal in der Woche und wir Kinder fahren jeden Dienstag für unsern Unterricht nach Darmstadt.

Digitized by Google

Es sieht dort ganz entsetzlich traurig aus. Die Straßen sind wie ausgestorben. Man sieht nur hie und da Ansammlungen von Preußen und sonst beinah keinen Menschen.

Wenn einmal eine Dame über die Straße geht, so ist sie schwarz angezogen.

*

15. August.

Heute in acht Tagen, also am 22. geht der Waffenstillstand zu Ende, und dann kommt der liebe Papa so Gott will hierher. Er hat das unselige Kommando niedergelegt, und ist eben in Cannstatt, wo Mama seit zwei Tagen auch ist.

Dann geht er noch nach Wien, und wenn die Preußen abgezogen sind, kommt er zu uns.

Die glückliche Alice hat schon seit einiger Zeit ihren Mann wieder bei sich, und die Taufe ihrer dritten Tochter wird bald sein.

Sie soll wirklich Irene heißen, auf Griechisch: Friede, und die ganze Brigade des Prinzen Ludwig, Offiziere und Soldaten, werden ihre Paten sein.

17. August.

Mama kam von Cannstatt zurück. Papa ist nach Wien abgereist. Wie lange es noch dauern wird, bis wir uns wiedersehen, ist unbestimmt.

Der Waffenstillstand dauert noch so lange, bis die Friedensunterhandlungen unterzeichnet sind. Und die sind so hart, daß es lange währen wird, bis man darauf eingeht.

Österreich wird aus dem Deutschen Bunde gestoßen. Das heißt, es gehört nimmer zu Deutschland! Hannover und Kurhessen und Nassau werden „durch Gottes Ratschluß", wie sich der König von Preußen ausdrückt, annektiert und Preußen einverleibt. Hessen verliert die Hälfte seines Landes und muß 7 Millionen zahlen. Nur der Intervention des Kaisers von Rußland ist es zu danken, daß wir nicht das Loos Kurhessens teilen.

Bis das Geld bezahlt ist, bleiben die Preußen hier, und so lange kann Papa nicht kommen.

Mama sagt, daß seine Haare ganz grau geworden von dem Kummer dieser schrecklichen Wochen.

25. August.

Der liebe Papa kam zurück — sehr grau, aber gefaßt und ruhig. — Es ist ein solches Glück ihn wieder zu haben.

*

Ich werde es nie verstehen, warum Gott diesen Bruderkrieg zuließ und denen die im Unrecht sind, die Macht gab zu siegen.

Digitized by Google

Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges [1])

Von

Oberst Frhr. v. Dalwigk (Weimar)

Abermals haben wir recht lange warten müssen, bis der dritte Band des Stegemannschen Werkes, das seither mehr und mehr an Volkstümlichkeit gewonnen hat, erschienen ist. Beinahe zwei Jahre sind vergangen, zwei Jahre voll furchtbaren Geschehens: der Zusammenbruch der Mittelmächte, die Staatsumwälzung in Deutschland und Österreich, der Waffenstillstand und die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain. Für den deutschen Leser ist deshalb das Lesen dieses dritten Bandes, der uns gewissermaßen auf den Höhepunkt unserer militärischen Erfolge führt, ein wehmütiger Genuß. Soviel glänzende Entwürfe, so viele herrliche Beispiele von Tapferkeit, Selbstaufopferung und Ausdauer, so viele prächtige Siege, ein so ungeheurer Landgewinn — alles, alles umsonst, vergebens; nichts als die letzten großartigen Leistungen eines vom Schicksale dem Untergange geweihten Volkes! Dennoch muß jeder Deutsche und besonders die Jugend das Buch lesen, damit er erfährt, wie wir noch vor kurzem gewesen, was wir für Männer hatten, und daraus Mut und Zuversicht schöpfen auf eine bessere, wenn auch noch in weiter Ferne liegende Zukunft. Diesem Gedanken gibt auch der Herr Verfasser Ausdruck, indem er die schönen Verse Gottfried Kellers aus dem Jahre 1844 anführt, die mit den Worten schließen:

„Dein still Ergeben hat dem Herrn gefallen
Und hoch erheben wird er dich, sein Kind!"

Durchaus anzuerkennen ist, daß der Herr Verfasser durch das Sinken der Wagschale des Glücks zugunsten der Feinde Deutschlands sich nicht bewogen gefühlt hat, uns seine Teilnahme zu entziehen, sondern den Band als seine „persönliche, jedem fremden Einfluß entzogene Arbeit" vollendet hat. Wenn er zum Schluß des Vorwortes einen angeblichen Feldzugsplan Moltkes anführt, um mittelbar zu beweisen, daß es von unserer Heeresleitung richtiger gewesen wäre, unter Beachtung der Neutralität Belgiens im Westen defensiv, im Osten offensiv zu verfahren, so übersieht er hierbei, daß im Osten, besonders bei Beginn des Feldzuges, ja noch im Oktober 1914, ein greifbares Operationsziel fehlte, daß der Begriff des „zu Endeführens des russischen Krieges" schwer zu umschreiben ist, während im Westen die Entscheidung mehr als einmal dicht vor der Tür stand. Er übersieht ferner, daß unsere Stellung an der Westgrenze sofort auf das Empfindlichste flankiert war, wenn die Engländer und Franzosen ihrerseits Belgiens Neutralität nicht beachteten, womit unsere Heeresleitung bestimmt rechnete, ganz abgesehen davon, daß in diesem Falle unsere wichtigsten Industriebezirke schwer bedroht waren. Ich kann mir nur denken, daß Fürst Bismarck Moltke mißverstanden hat, wie er denn in militärischer Beziehung trotz seiner eigenen Behauptungen nicht als Autorität angesehen werden kann.

Die hauptsächlichsten Teile des Inhaltes sind: der Seekrieg vom 2. August 1914 bis 24. Februar 1915; der Feldzug im Westen vom 15. Februar bis 30. Oktober 1915; der Feldzug im Osten vom 21. Februar bis 13. November 1915; die Kämpfe der Österreicher gegen die Serben von Beginn des Krieges bis zum Rückzuge Potioreks im Dezember 1914; die Offensive der Deutschen, Österreicher und Bulgaren gegen Serbien und Montenegro im Herbst 1915, und endlich der Dardanellenfeldzug. Der gewaltige Stoff

[1]) Dritter Band. Mit 2 farbigen Kriegskarten und 2 Nebenkarten. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt 1919.

Digitized by Google

ist geschickt und übersichtlich gegliedert; besonders ergeben die in sich geschlossenen Schilderungen der Ereignisse im Seekriege, der Feldzüge gegen Serbien und des Gallipoliunternehmens drei schön abgerundete Geschichtsbilder. Ob nicht der ganze Feldzug im Westen, so wie er in diesem Bande geschildert werden sollte, besser in einem einzigen Abschnitt vereinigt worden wäre? Bei den häufigen Hinweisen des Herrn Verfassers auf den Zusammenhang wäre das mindestens kein Fehler gewesen.

Ein großer Teil der Ereignisse konnte diesmal auf Grund amtlicher Darstellungen, besonders von deutscher Seite, geschildert werden, so z. B. der Durchbruch bei Gorlice-Tarnow, die Schlacht am Narew, die bei Grodek-Lemberg, die Kämpfe der Bugarmee. Diese Hefte hätten aber im Quellenverzeichnis als deutsche Generalstabsberichte bezeichnet werden müssen. Gegen diese mit guten Skizzen versehenen, klar und übersichtlich geschriebenen Hefte fällt der österreichische Bericht über den Frühjahrsfeldzug besonders dadurch ab, daß er die Taten der Bundesgenossen in auffallender Weise übersieht. Natürlich hat Stegemann auch englische und französische Quellen benutzt, wodurch die Unparteilichkeit der Darstellung gesichert wird, aber keine russischen. Waren ihm diese nicht zugänglich?

Dagegen scheinen dem Herrn Verfasser weder Ludendorffs noch Tirpitz' Erinnerungen vorgelegen zu haben. Da nun in allernächster Zeit auch Falkenhayns Feldzugsaufzeichnungen erscheinen sollen, die hauptsächlich die Entschließungen der Obersten Heeresleitung enthalten werden, so ist es bedauerlich, daß Stegemann sich mit der Herausgabe des dritten Bandes so beeilt hat. Sein Buch hätte dann an Wert ganz erheblich gewonnen.

Die Schilderung des Seekrieges, die den ersten Abschnitt ausfüllt, ist dem Herrn Verfasser ganz ausgezeichnet gelungen. Es ist bewundernswert, wie der Dichter sich nicht nur in die technischen Einzelheiten des Land-, sondern auch in die des Seekrieges hineingelebt und -gedacht hat. Ein deutscher Marineoffizier schreibt mir darüber:

„Mit besonderer Freude und Genugtuung habe ich die Abschnitte über das Kreuzergeschwader gelesen, in denen der Verfasser die Fahrten, das Siegen und das Ende des Grafen Spee und seiner tapferen Schiffe ausführlich würdigt." Derselbe Herr machte mich auf folgende kleine Fehler aufmerksam: Die Stellung des Admirals Tirpitz ist zweimal nicht ganz richtig aufgefaßt. Als Staatssekretär des Reichsmarineamts hatte er auf die Seekriegführung nicht den von ihm erstrebten Einfluß. Deshalb kann man nicht sagen: „Tirpitz sammelte seine Hauptmacht in der Deutschen Bucht" (S. 12, letzter Absatz). Ebenso ging die Erklärung der Gewässer von Großbritannien als Kriegsgebiet vom 4. Februar 1915 nicht von Tirpitz, sondern vom Chef des Admiralstabes, Admiral v. Pohl, aus (S. 34, vorletzter Absatz). Zu S. 16, erster Absatz, ist zu bemerken, daß Korvettenkapitän Wallis nicht fiel, sondern nach Vernichtung seines Führerboots in Gefangenschaft geriet.

Es würde mich zu weit führen, wenn ich auf alle Abschnitte näher eingehen würde, deshalb beschränke ich mich darauf, aus einzelnen einiges hervorzuheben. So möchte ich besonders auf den Balkanfeldzug vom 28. Juli 1914 bis 25. Januar 1916 hinweisen, dessen erster Teil, nämlich bis zu Potioreks Rückzug im Dezember 1915, bisher fast unbekannt war. Es wird daher allen, die sich auch jetzt noch dafür interessieren, wie eigentlich alles so gekommen ist, von Wert sein, zu ersehen, daß unsere Bundesgenossen anfangs 7 Armeekorps (in 3 Armeen) oder — unter Hinzurechnung zahlreicher Einzelverbände — 300000 Mann gegen Serbien und Montenegro eingesetzt hatten. Das war zuviel für die Defensive, zuwenig für die Offensive. Diese 300000 Mann fehlten am rechten Flügel der Hauptarmee, als sie vom 22. August an ihren Vorstoß gegen Cholm und Lublin ausführte. Zwar wurde die 2. Armee sehr bald auf den nördlichen Kriegsschauplatz herangezogen, aber ihre Loslösung stieß auf Schwierigkeiten, weil sie schon in Kämpfe verwickelt war, und dann — war es zuwenig, um das Gleichgewicht der Kräfte an der russischen Grenze herzustellen. Noch bedauerlicher ist die Offensive Potioreks im

Digitized by Google

Spätherbst 1915, die, mit zu schwachen Kräften unternommen, mit einem Mißerfolg endigte, der vielen tapferen Streitern das Leben kostete oder ihnen ein wenig beneidenswertes Gefangenenlos bereitete. Zugegeben muß allerdings werden, daß auch die Serben, die, wie im Balkankriege, gut geführt wurden und sich tapfer geschlagen hatten, so geschwächt waren, daß sie der bald darauf einsetzenden gemeinschaftlichen Offensive Mackensens und der Bulgaren schneller erlagen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Diese Offensive wird in ansprechender Weise geschildert. Sie endigte mit der völligen Niederwerfung Serbiens und Montenegros, machte aber halt an der neugriechischen Grenze nördlich Saloniki. Ob dieses Haltmachen ein so großer Fehler war, wie Stegemann meint und wie es, rein militärisch genommen, war, kann nur der entscheiden, der die Fäden unserer auswärtigen Politik der damaligen Zeit genau kennt. Äußerst beschämend für uns Deutsche ist aber der durchaus berechtigte Ausspruch des Verfassers:

„Trotz allem blieb der Lebenswille der (serbischen) Nation ungebrochen." Ja, es ist wahr, trotz allem Elend, das der Krieg über dieses lebenskräftige Volk brachte, gab es die Hoffnung auf den Endsieg nicht auf, sondern kämpfte außerhalb des Vaterlandes weiter, bis sich all seine nationalen Wünsche schließlich erfüllten. Wollte Gott, daß unser Volk einer gleichen Willenskraft fähig gewesen wäre!

Mit lebhafter Teilnahme wird man auch den fesselnd geschriebenen Abschnitt über den Dardanellenfeldzug lesen. Was dort von den Türken unter Führung deutscher und eigener Offiziere — ich nenne von den unseren außer dem bekannten Marschall Liman von Sanders besonders den tüchtigen Organisator Oberst Wehrle — geleistet worden ist, verdient mit ehernen Lettern aufgezeichnet zu werden. Nicht zu vergessen sind auch die kühnen Taten unserer Kreuzer „Goeben" und „Breslau" unter Admiral Souchon, die nachher ihre Fahrten unter veränderten Namen und unter türkischer Flagge fortsetzten und vom 25. Mai 1916 an von U 51 unter Kapitänleutnant Hersing unterstützt wurden.

Es wird mir schwer, hier nichts zu erzählen von der großen Frühjahrsoffensive der deutsch-österreichischen Armee, von den Kämpfen in Ostpreußen, von der kühnen Einnahme von Prasznysz, endlich von den heldenhaften Kämpfen unserer schwachen Kräfte im Westen, die es allein ermöglichten, daß die großen Operationen im Osten ausgeführt werden konnten — es fehlt mir an Raum, das alles auch nur kurz zu erwähnen. Man lese Stegemanns Werk, und ich bin überzeugt, daß jeder, der nicht gerade eine rein fachmännnische Darstellung erwartet, es mit stets wachsendem Interesse durcharbeiten wird. Lobenswert ist der sich immer wiederholende Hinweis auf „die Zusammenhänge" von Land- und Seekrieg sowie auch der Operationen auf allen Kriegsschauplätzen, wodurch das Verständnis für die Entstehung der Entschlüsse der verschiedenen Heeresleitungen wesentlich erleichtert wird.

Die Ausstattung des Buches ist sehr gut, die beiden beigegebenen Karten sind klar und ziemlich übersichtlich. Besser wäre es ja, wenn Textskizzen mit Truppeneinzeichnungen die oft nicht ganz leicht zu verfolgenden Gefechtshandlungen erläuterten.

Würdig reiht sich somit der dritte Band von Stegemanns Weltkrieg seinen Vorgängern an.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Fritz Mauthners Ausgewählte Schriften. 6 Bände. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geb. M. 60.—.

Zu Fritz Mauthners 70. Geburtstag, dem 22. November d. J., sind diese sechs Bände erschienen, die von dem Lebenswerk des Dichters Mauthner ein konzentriertes Bild geben. Ein Bild, überraschend durch seine Vielseitigkeit und imponierend durch die feste Geschlossenheit des Charakters und der Grundanschauungen, deren poetisches Gewand und künstlerischer Ausdruck jene Vielseitigkeit ist. Den Grundton seines ganzen Schaffens läßt die Auswahl erklingen, indem sie eine Anzahl der berühmten Parodien „Nach berühmten Mustern" als Eröffnung des ersten Bandes bringt. Der scharfsinnige R. M. Meyer hat diese Parodien als „angewandte Kritik der Sprache" bezeichnet und damit nicht nur auf Mauthners große wissenschaftliche Tat hingewiesen, sondern auch auf die Einheit in seinem wissenschaftlichen und dichterischen Schaffen. Auch der Dichter Mauthner ist in einem wesentlichen Sinn Kritiker und Skeptiker; aber seine Kritik wird nie, wie bei manchen unserer Poeten der neuesten Richtung, pamphlethafte Verzerrung der Wirklichkeit; immer erweist sich seine Menschenliebe noch stärker als sein Zorn über die Torheiten und Schlechtigkeiten, deren die Menschennatur fähig ist. Und seine Skepsis führt nicht in die Tiefen tatlosen Verzichts und grämlichen Nörgelns, sondern in die reine Höhenluft einer Sittlichkeit, die das Gute um seiner selbst willen nicht gegen eine außerweltliche Belohnung liebt und übt, und mit ihrem Verzicht auf ein All-Erkennen eint sich eine All-Liebe, die im Grunde wahrste Frömmigkeit und echte Mystik ist. Doppelt anziehend ist es, in derselben Dichterphysiognomie, deren Grundlinien das edelste Mühen um die Wahrheit und erhabenes Denken gemeißelt hat, auch die menschlich-liebenswürdigen Züge heiter-überlegenen Humors und herzlicher Liebe zum Kleinen, Einfachen und Harmlosen zu beobachten. Und wenn der Kritiker und Skeptiker Mauthner in gar manchem an die besten Seiten und Taten französischen Geistes, an die Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts, mit Voltaire an der Spitze, und an Anatole France, den Enkel Voltaires erinnert, so dürfen wir uns doppelt freuen, daß Mauthner in seinem politischen und nationalen Empfinden durchaus Deutscher ist, einer der guten Deutschen, denen Friedrich der Große und Bismarck so hoch und so nahe stehen, wie Goethe und Beethoven. — Mögen diese allgemeinen Andeutungen genügen, um das Interesse „guter" Leser auf die reichen Schätze, die in den Einzelgaben der sechs Bände enthalten sind, hinzuweisen: auf die Auslese aus den „Berühmten Mustern", den „Totengesprächen", den Gedichten, und den hier zum erstenmal erscheinenden satirischen Roman in Märchenform: „König und Narr"; auf die imposanten Fragmente des Romans „Don Juan d'Austria" und die Romane „Xanthippe" (— zugleich in einer Sonderausgabe erschienen —), und Hypatia (Bd. 3), die in antikem Gewand, das mit wohlbedachter Sorglosigkeit umgeschlagen ist, ewig gültige Probleme behandeln und gestalten; die böhmischen Novellen, heute wieder von schmerzlicher Aktualität: der tiefernste „Letzte Deutsche von Blatna" und die satirisch-humorvolle „Böhmische Handschrift" (Bd. 4); die wahrhaft erhabene Prosadichtung „Der letzte Tod des Gautama Buddha" und das „Märchenbuch der Wahrheit" mit seinen sinnbeschwerten und doch leichtbeschwingten Parabeln und Symbolen; endlich die meisterhaften Erzählungen aus dem modernen Leben, von denen wir nur den „Armen Fränischko" nennen (Bd. 6).

—b—

Lotte Eßlingers Wille und Weg. Eine Erzählung von Ernst Zahn. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Gebunden M. 8.—.

Ernst Zahns neue Erzählung ist im wesentlichen eine Ehe-Geschichte; die Geschichte einer Ehe, die nicht auf tiefer innerer Zusammengehörigkeit der beiden Gatten begründet wurde und die darum, wenn auch erst nach langen Jahren ihres Bestandes, eine schwere Erschütterung und innere Krisis bestehen muß. Daß diese Krisis nicht zur Vernichtung des äußeren Glückes und Ansehens, sondern zu einem vertieften und geläuterten Zusammenleben der Gatten führt, wird aus den beiden im Grunde starken und sittlich wertvollen Charakteren mit großer psychologischer Feinheit und ethischem Empfinden entwickelt und begründet. Besonders die Frauengestalt, nach der die Erzählung den Namen trägt, ist wieder ein Beispiel für des Dichters gerade in dieser Richtung noch immer sich verfeinernde Kunst, Menschen sich vor des Lesers Augen aus Zwiespältigkeit und Aeußerlichkeit zu kraftvoller Geschlossenheit entwickeln zu lassen. Diese Lotte Eßlinger muß als gereifte Frau eine am eigenen Herzen begangene Untreue büßen durch eine An-

Digitized by Google

wandlung heißen Begehrens nach neuem, lebendigerem Glück, der durch folgerechte, tragische Verkettung ihr geliebter, hoffnungsvoller Sohn zum Opfer fällt. Ueber seinem Grabe gleichsam erwächst langsam aus Selbsteinkehr, Entsagung und Buße der Frau und dank dem starken, zielsicheren Willen des Mannes die Erneuerung ihrer Ehe in sittlicher Bewährung.

Die erste deutsche Nationalversammlung. Von Veit Valentin. München, Oldenbourg.

Auf 160 Seiten kann natürlich eine eingehende und erschöpfende Geschichte der Paulskirche nicht gegeben werden; aber wir erhalten doch eine vor allem auf die stenographischen Protokolle der Nationalversammlung als erste Quellen aufgebaute gute Orientierung über alle hauptsächlichen Punkte, über den äußeren Aufbau, Parteien und Redner, parlamentarische Technik, den Ernst der Verhandlungen, das Verhalten der Versammlung zur Volkswirtschaft, zur Heeresverfassung, zu den großen politischen Fragen. Die Darstellung ist flüssig und die Charakteristiken der hervorragendsten Abgeordneten anschaulich und gerecht. So ist das Ganze ein sehr nützlicher Beitrag zu einer der wichtigsten Epochen deutscher Geschichte. E.

Mein Bruder Benjamin. Roman von Rud. Presber. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geb. M. 10.—.

Ein neuer Roman von Rudolf Presber wird von der großen Gemeinde seiner Leser und Leserinnen immer freudig begrüßt werden. Doppelt freudig, wenn er durch fesselnde Handlung dem Dichter Gelegenheit gibt, seinen sonnigen Humor und seine fröhlich-ernste Lebensauffassung auch auf den Leser überströmen zu lassen. Die gemütvolle Verquickung liebenswürdigsten Humors und warmer seelischer Tiefe führt auch der echt Presberschen Hauptfigur des neuen Werkes wieder aller Herzen entgegen. Es war ein besonders glücklicher Gedanke, dem Buche die Form des Ich-Romans zu geben, zum Erzähler aber nicht den Helden selbst zu machen, sondern dessen älteren Bruder, der mit herzlicher Liebe und brüderlichem Stolz die innere Entwicklung und die äußeren Schicksale des „Benjamin" verfolgt und so von vornherein ein Band der Sympathie zwischen diesem und den Lesern knüpft.

Traumland. Von Isolde Kurz. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Gebunden M. 5.50.

Über Traumwesen und „Traumdeutung" hat sich in den letzten Jahren eine ganze Literatur gebildet. Man hat den Traum zum Ausgangspunkt sowohl wissenschaftlicher Untersuchungen wie mystischer Spekulationen gemacht. So darf heute das, was eine bedeutende Dichterpersönlichkeit über ihr Erleben und Schauen im „Traumland" berichtet, von vornherein auf gespannte Teilnahme und Aufmerksamkeit rechnen, besonders wenn es sich um eine Persönlichkeit von so liebenswürdiger und kraftvoller Eigenart wie Isolde Kurz handelt. Das kleine Buch, das sie uns vorlegt, zerfällt in zwei Teile: im ersten, „Die Welt des Traumes" überschrieben, gibt die Dichterin ihre in reizvoller, persönlich belebter Darstellung vorgetragene Theorie des Traumes; im zweiten Teil, „Traumchronik", schildert sie eine Reihe ihrer Träume, die zugleich durch das bunte, schrankenlose Spiel der Phantasie und durch den anmutigen oder tiefen Sinn, der oft durch die schimmernde und flatternde Hülle durchzublicken scheint, den Leser fesseln und entzücken, zum Teil aber auch erschüttern mögen. Das Buch müßte nicht von Isolde Kurz geschrieben sein, wenn es nicht trotz dem dunklen und rätselvollen Gebiet, in das es uns führt, fern von pseudowissenschaftlicher Spintisiererei und von muffigem Obskurantentum, über das „trübe Reich gestaltenmischender Möglichkeit", das sich im Traumleben auftut, einen Hauch hellenischer Klarheit, die Helle eines freien, starken Geistes ausbreitete.

Die deutsche Dichtung seit Goethes Tod. Von Oskar Walzel. Berlin, Askanischer Verlag. Geb. M. 12.—.

Walzels Darstellung der neuesten Entwicklung unserer Literatur seit Goethes Tod erschien zuerst als Anhang zu dem Neudruck von Wilhelm Scherers Literaturgeschichte, mit dem uns ein glücklicher Gedanke des Askanischen Verlages vor etwa Jahresfrist beschenkte. Sie ist damals an dieser Stelle (Januar-Heft 1919) angezeigt und nach Gebühr gepriesen worden, aber ein letzter Rest von Befangenheit blieb dem Beurteiler doch noch dem prachtvollen Buche gegenüber im Herzen. Jetzt ist es verflogen, und man erkennt genau, worin es begründet war: in der Verbindung der Walzelschen Darstellung mit dem unantastbaren Werke von Scherer. Da waren Rücksichten zu nehmen, Zusammenhänge zu pflegen, das Raumverhältnis zu wahren — jetzt, in der gewonnenen Freiheit und Loslösung, konnte sich Walzel ganz anders entfalten, und mit frohem Beifall wird man sich klar, welch reichen Gewinn das Werk durch die Erweiterung erfahren hat, und einen wie großen Anteil an diesem Gewinn auch die künstlerische Form der Darstellung davontrug. Es ist keine Frage, daß der „Anhang" eben als solcher für Scherers Werk unentbehrlich geworden,

Digitized by Google

keine Frage aber auch, daß Walzels „Deutsche Dichtung“ als selbständiges Werk und zugleich als einziges seiner Art einen noch rascheren Siegeszug antreten wird.

Hans Zimmer.

Das deutsche Land und die deutsche Geschichte. Von A. v. Hofmann. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geheftet M. 20.—, gebunden M. 24.—.

Das vorliegende Buch erscheint wie wenig andere geeignet, einem im besten Sinne national-erzieherischen Zweck zu dienen. Denn es führt — in ebenso gründlicher wie anschaulicher Darstellung — auf die naturgegebenen Zusammenhänge zwischen Land und Volk, zwischen Weltgeschehen und Heimatgeschichte hin. Das Werk steht unter dem Zeichen jener historischen Richtung, die in den geographischen Grundlagen und den mit diesen unmittelbar verknüpften Bedingungen wirtschaftlichen und sozialen Gedeihens einen der wichtigsten Faktoren, ja vielleicht den Urfaktor aller Völkergeschichte erblickt; wenn aber die „geopolitische“ Betrachtung bisher wesentlich ins Große ging und die einzelnen Staaten als wirtschaftliche Ganzheiten betrachtete, so verfolgt A. v. Hofmann den Weg der Völkerzüge und Stammeswanderungen bis in seine feinsten Verästelungen, seine Betrachtung erscheint nicht sowohl aufs Geographische, als aufs Topographische eingestellt. Die hier verfolgte Methode nun, hervorgegangen aus durchaus persönlichem Anschauungs- und Forschungstrieb, begründet in jahrelangen, fortgesetzten Einzelstudien, scheint vom schönsten Erfolg gekrönt. Der Leser erblickt die geschichtlichen Tatsachenfolgen in ganz neuen Perspektiven, sieht Wurzeln und Grundtriebe historischen Handelns bloßgelegt, an die er bisher kaum gedacht hat, lernt die engere Heimat in einem neuen Sinne als organisches Glied des gesamten Volks- und Landesganzen, als einen Teil der großen Weltbühne verstehen. Jeden wird dabei zuerst dasjenige Kapitel, das seinen eigenen Heimatgau betrifft, am meisten fesseln; dann aber wird er sich mit nicht geringerem Interesse auch den andern Kapiteln und Landschaften zuwenden. Neun Kapitel behandeln die im Sinne des Verfassers „historischen Landschaften“ Deutschlands; eine sehr eigenartige, auf den ersten Blick überraschende Zugabe, die sich dann aber als schlagend gelungene „Probe aufs Exempel“ erweist, sind die kunsthistorischen Bemerkungen, die jedem Kapitel beigegeben sind; sie sollen zeigen, „daß auch die kunstgeschichtliche Entwicklung eines Landes von denselben natürlichen Bedingungen abhängt, wie sein politischer Aufbau“.

—y—

Von der Liebe und vom Tod. Novellen aus drei Jahrhunderten. Von Maria Waser. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Gebunden M. 7.50.

Maria Waser, die ausgezeichnete Schweizer Dichterin, hat sich mit ihrem historischen Roman „Die Geschichte der Anna Waser“ eine weite Lesergemeinde erworben. Auch in den vier Novellen, die der vorliegende neue Band zusammenfaßt, führt uns Maria Waser zumeist in vergangene Jahrhunderte; aber wiederum versteht sie es meisterhaft, die geistige Luft, in der ihre Menschen atmen, und damit diese selbst, ihr Lieben und Leiden, ihr Streben und Scheitern uns wie etwas unmittelbar Gegenwärtiges empfinden und glauben zu machen. Wenn der Titel des Bandes auf einen gemeinsamen Ton in den Novellen hinweist, so sind diese doch unter sich wieder in Stoff und Stimmung durchaus verschieden: idyllisch und versöhnend bei allem Ernst mutet uns die erste, „Die Liebe des Stadtschreibers“, an, zu einem ergreifenden Bild aus der düsteren Zeit starren Fanatismus erwächst die heiter einsetzende Geschichte vom „Gespenst im Antistitium“, während im „Bluturteil“ eine Begebenheit aus der Geschichte Berns im 18. Jahrhundert, der an dem trefflichen Samuel Henzi begangene Justizmord, eine menschlich fesselnde, dramatisch packende Behandlung findet. Und endlich zeigt uns die Geschichte der „Jätzreni“, daß Maria Waser nicht des historischen Kostüms und Hintergrundes für ihre Menschen bedarf, um diese lebensvoll wirken zu lassen und uns für ihr Schicksal zu erwärmen.

Geschichte der deutschen Kunst. Von Georg Dehio. Des Textes 1. Band. Der Abbildungen 1. Bd. (484 Abbild.). Berlin und Leipzig, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. Preis der beiden Teile zusammen, geheftet Mk. 30.—, in Leinenbänden M. 41.—.

Über den Alters- und Spätwerken bedeutender Künstler liegt oft ein eigenartiger Hauch ruhiger Größe, verklärten Lebens. Manche dichterische Schöpfungen des alten Goethe, Beethovens letzte Sonaten und Quartette, „Effi Briest“ und „Stechlin“ von Th. Fontane — all diesen Gebilden ist jener vielleicht gar nicht in Worte zu fassende Zug zum hohen, schon von der Welt sich Abwendenden und doch mit der Welt in tiefem Einklang Stehenden gemeinsam. Es scheint, als müsse er auch wissenschaftlichen Werken nicht ganz fehlen; wir empfinden ihn, ergriffen und erhoben, wenn wir uns dem Buch hingeben, in dem Georg Dehio, der am Ausgang der sechziger Jahre stehende Gelehrte, dem deutschen Volk die Geschichte seiner Kunst darzustellen unternimmt. An eine ungeheure

Digitized by Google

Aufgabe ist hier ein Mann herangetreten, der sich ihrer Größe und Schwere voll bewußt war, der sich aber auch sagen durfte, daß ihn die unermüdliche, zugleich spezialisierende und umfassende Arbeit eines langen Gelehrtenlebens zur Erfüllung einer solchen Aufgabe befähigt und geweiht habe. — Nicht über das Wesen der Kunst wolle er seine Leser belehren, sagt Dehio im Vorwort; „mein wahrer Held ist das deutsche Volk". Und wenn wir trotzdem mittelbar schon (oder gerade) aus diesem ersten Band unendlich viel Belehrendes und Aufhellendes auch über das „Wesen der Kunst" erfahren, so wird doch jene bestimmende Linie des Programms mit einer Klarheit und Folgerichtigkeit innegehalten, die um so erstaunlicher ist, als sie fern von jeder Trockenheit und Monotonie bleibt. Das Werden der deutschen Kunst, als ein Teil und Spiegel vom Werden des deutschen Geistes, entfaltet sich im Rahmen dieses ersten Bandes bis etwa zur Mitte des 13. Jahrhunderts, von den der bildenden Kunst so erstaunlich fernen Anfängen unseres Volkslebens bis zum Abklingen des romanischen Stils, in dessen steinerner Sprache, der Architektur und der Plastik, der deutsche Geist manches seiner schönsten und tiefsten Worte gesagt hat. Wie versteht Dehio, unter meisterhafter Verwendung reichen Bildermaterials, uns den Geist jener Jahrhunderte nahe zu bringen, uns mit ihrer Formsprache zu befreunden! Wie lebendig und warm, bald beinahe feierlich in innerer Ergriffenheit, bald bis zum Humoristischen sich kleiner, glücklicher Züge freuend ist die Analyse einzelner Kunstwerke; wie groß und klar sind die weiten Linien der Gesamtentwicklung gesehen und nachgezogen! Spezialprobleme der Kunstgeschichte wie prinzipielle Fragen der Kunsttheorie werden berührt und erörtert, ohne alles Prunken mit Gelehrsamkeit, ohne jede Spur jener ärgerlichen Gelehrtenkoketterie, die mit nur dem Fachmann verständlichen Anspielungen um sich wirft. Denn immer behält Dehio auch diese Absicht im Auge: nicht für Fachgelehrte, sondern für „den weiteren Kreis, den man den der Gebildeten zu nennen pflegt", zu schreiben. Möge sich dieser weitere Kreis dankbar erweisen, indem er die Gabe des Forschers und Künstlers mit all der Teilnahme sich zu eigen macht, die sie verdient! Ein tragischer Grundton umklingt heute alles, was sich in großem Sinne mit deutscher Geschichte beschäftigt; er klingt auch aus Dehios Buch. Aber nicht minder vernehmen wir einen Nebenklang des Trostes. Möge es Dehio beschieden sein, sein Werk (es soll im ganzen drei Doppelbände umfassen) glücklich zu vollenden; es wird ein Buch nicht nur der Belehrung, sondern auch der Erbauung und des Trostes sein, im Leser Vertrauen und Freude an deutschem Wesen wieder erwecken und heilige Hoffnungen neu beleben können! —r.

Der Meister. Novelle von Josef Ponten. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis gebunden M. 5.50.

Es klingt, als ob man den Titel dieser Novelle zu einem Wortspiel mißbrauchen wollte; und doch drängt es sich einem nach dem Lesen auf die Lippen: das ist eine wirkliche Meisternovelle. Die allzuoft sich wiederholende Tragödie, daß an Geistesenge und Selbstsucht des Herzens das Edle, Jugendfrische, Seelengroße zugrunde geht, sie spielt sich hier im Schatten einer gewaltigen Kathedrale, im engen Kreis von vier Menschen, mit fortreißend jäher Entwicklung, in unerbittlicher Folgerichtigkeit vor uns ab. Der alte Dombaumeister Gottschalk in seiner aufgeblasenen, verlogenen, böswilligen Nichtigkeit und der junge Gottfried in seiner aufblühenden Genialität, in der herben, kühnen Frische erwachender Männlichkeit stehen einander gegenüber wie zwei von Meisterhand geformte, von innen heraus lebendige Steinbilder. Zwischen ihnen die leidenschaftlich und groß empfindende Frau des Baumeisters und die traumhaft zarte Tochter. Das Geheimnis, warum der Chor der Kathedrale dem Untergang geweiht scheint und wie er gerettet werden kann, hat der Jüngling mit divinatorischem Scharfblick dem Bau selbst abgelauscht; es ihm zu entreißen, wird der Alte zum Mörder und zum Zerstörer seiner Existenz und seiner Familie. In das persönliche Schicksal verschlingen sich fugenartig die Schicksale und Schönheiten des kirchlichen Bauwerkes, die Mysterien der Baukunst. Das Ganze aber ist ein Kunstwerk mit dem Gepräge der Vollendung und unvergänglichen Gültigkeit, wie es in der deutschen Literatur nur ein paar Gebilde der Gattung tragen — eines von den bleibenden Meisterwerken schlechthin. K.

Die Philosophie des Unvollendbar. Von Dr. Emanuel Lasker. Leipzig, Veit & Comp. Geh. M. 31.20.

Eine Gesamtkritik der hier gebotenen philosophischen Anschauungen zu liefern, würde den gegebenen Raum weit überschreiten; einige Andeutungen müssen genügen. Nach Auffassung des Verfassers hat die alte Philosophie versagt, wir bedürfen einer neuen, die hier gebracht werden soll. Ausgehend von einer Kritik der bisherigen Systeme dient dem Verfasser als Sprungbrett der Gedanke des Kampfes, der Entwicklung, um darauf eine neue Logik zu begründen, deren wichtigste Feststellung die ist, daß es Urteile gibt, die weder wahr

Digitized by Google

noch falsch, sondern unentscheidbar sind, und eine neue Metaphysik, aus der eine neue Mystik erblühen soll. Der Grundgedanke des Werkes ist der Begriff des Unvollendbar. Aus dem Cantorschen Grundtheorem der Mengenlehre folgert der Verfasser, daß die Menge der Gedankendinge unvollendet sei, da sich sonst eine größere Menge konstruieren ließe, die aber auch wieder nur aus Gedankendingen bestände. So ist auch die Menge aller arithmetischen Begriffe unvollendbar. Da also in der Welt eine unvollendbare Reihe möglicher, voneinander verschiedener Vorgänge vorhanden ist, so ist die Welt kein mathematisches Universum, d. h. keine vollendbare Reihe von stetigen Funktionen der Zeit. Die Wirklichkeit ist also unvollendbar. Wie schon aus diesen Andeutungen hervorgeht, arbeitet Verfasser mit vielen mathematischen und physikalisch-chemischen Begriffen, so daß allein aus diesem Grunde das Buch außerordentlich schwierig zu lesen ist, abgesehen davon, daß er sich auch noch eine Reihe neuer Ausdrücke geschaffen hat, um seine Gedanken wiederzugeben.

Heinrich Schneider.

Aus nachgelassenen Schriften eines Frühvollendeten. Von Otto Braun. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis gebunden M. 10.—.

Unter den vielen unersetzlichen Opfern des Kriegs war der Jüngling, von dessen Seelenleben und geistiger Entwicklung die in diesem Band gesammelten Selbstzeugnisse berichten, gewiß eines der edelsten. Otto Braun, der Sohn von Lily Braun und Dr. Heinrich Braun, tritt uns aus diesen Aufzeichnungen als eine in sich vollendete und doch an unerfüllten Verheißungen reiche Persönlichkeit entgegen. Eine Frühreife, die nichts Krankhaftes, nichts Anmaßendes hat, sondern der Ausdruck einer ererbten hohen geistigen Kultur ist, läßt schon die Tagebuchblätter und Briefe des Knaben (sie reichen bis in sein neuntes Lebensjahr zurück) interessant und gehaltreich erscheinen; erstaunlich ist die Vielseitigkeit seiner Interessen und Kenntnisse, noch erstaunlicher die ruhige Klarheit bei aller jugendlichen Wärme des Temperaments und Glut des Empfindens, mit der er sich der verwirrenden Vielheit der Erscheinungen des modernen Lebens gegenüberstellt. Edles Streben und vornehme Form charakterisieren auch seine Dichtungen. Weitere Veröffentlichungen sollen dieser ersten Auswahl folgen; sie werden das Bild dieses seltenen Menschen noch abrunden und bereichern, aber schon so, wie es in diesem Band sich uns darstellt, verdient es und erscheint es bestimmt, im nationalen Gedächtnis fortzuleben.

Das Ehebuch. Neue Gespräche über praktische Fragen. Von A. v. Gleichen-Rußwurm. Stuttgart, W. Hädecke.

In der zwanglosen Form von Gesprächen, meistens zwischen Bräutigam und Braut, die dann als Mann und Frau, zum Schluß als Eltern eines neuen Erdenbürgers vor uns erscheinen, streut der Verfasser eine Fülle von Gedanken, Beobachtungen und Anregungen aus, die zusammen ein treffliches Brevier für junge Eheleute bilden. Auch dies kleine Buch des so produktiven Verfassers will dienen und dient dem Ideal, dem A. v. Gleichen-Rußwurm seine Lebensarbeit widmet: der Verfeinerung und Vergeistigung der inneren und äußeren Beziehungen zwischen Menschen, einer seelisch vertieften und in anziehenden äußeren Formen sich bewegenden Kultur.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Affolter, Prof. Dr. F., Die Friedensentschließung des Reichstags und die Kriegsschuldfrage. Leipzig, Verlag Dr. Walther Rothschild. Geh. M. 1.—.

Bendix, Dr. Ludwig, Völkerrechtsverletzungen Großbritanniens. Nach englischen Parlamentspapieren. Breslau, J. U. Kerns Verlag. M. 8.—.

Brunn, Dr. Paul Landesrat, Welche Lehren ergeben sich aus der öffentlichen Angestelltenversicherung für die Sozialisierung der privaten Lebensversicherung? Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Colsmann, Walter, Leben und Leid. Von des Leides tiefem Beruf und heiligem Adel. Oranienburg-Eden, Verlag Jungborn (Haacke & Teilh.). Geh. M. 2.25.

Deraw, Alexander, Ein Weg zum ewigen Frieden, Betrachtungen eines Idealisten. Berlin, Verlag Karl Siegismund. M. 1.20.

Drache, Gertrud, Die Frauenfachschule, Zeitschrift für berufliche Frauenarbeit. Nummer 1. Verlag der Frauenfachschule Weimar, in Kommission Otto Hillmann, Leipzig. Preis des Heftes 50 Pf.

Eggeling v., Bernhard, Oberstleutnant (vor dem Kriege Militärattaché bei der deutschen Botschaft in St. Petersburg), Die

Digitized by Google

russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch. Oldenburg i./Gr.—Berlin, Verlag Gerhard Stalling. M. 2.20.

Ehwald, Karl Dr. jur., Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern. Rede zum 1. Mai 1919. Gotha, Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Geh. 80 Pf.

Fischer, Eugen, Worte englischer Minister, im Original nebst deutscher Uebersetzung. Berlin, Hans Robert Engelmann. Geh. M. 2.—.

François v., General der Inf. z. D., Zusammenbruch großer Heere. Berlin, Verlag August Scherl, G. m. b. H.

Friedländer, Prof. Dr., Frankfurt a. M., Wilhelm II., Versuch einer psychologischen Analyse. Halle a. S., Karl Marhold, Verlagsbuchhandlung.

Göhre, Paul, Der unbekannte Gott. Versuch einer Religion des modernen Menschen. Leipzig, Verlag Fr. Wilh. Grunow. Geh. M. 4.—, geb. M. 6.—.

Gohr, Wilhelm, Das neue Deutschland. Danzig, A. W. Kafemann, G. m. b. H. M. 1.50.

Grack, Anna, Fürs Vaterland! Roman. Halle a. S., Otto Thiele. M. 3.60.

Hellmann, Professor Dr. Siegmund, Die großen europäischen Revolutionen. Eine Gegenwartsstudie. München, Duncker & Humblot. M. 1.—.

Hentig v., Dr. Hans, Fouché. Ein Beitrag zur Technik der politischen Polizei in nachrevolutionären Perioden. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 2.60.

Hönn, Karl, Woodrow Wilson, Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Offener Brief. Gotha, F. A. Perthes A.-G. M. 1.20.

Jagow v., Staatssekretär a. D., Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin SW 68, Verlagsbuchhandlung Reimar Hobbing. Brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Kahler v., Erich, Das Geschlecht Habsburg. München, Verlag „Der Neue Merkur".

Kühn, Joachim, Deutschland und Frankreich. Ein Wort zur Friedenskonferenz. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 1.50.

Liebert, Dr. Arthur, Vom Geist der Revolutionen. Berlin W 62, Verlagsanstalt Arthur Collignon. Kart. 50 Pf.

Luckwaldt, Professor Dr. Friedrich, Deutschlands Anspruch auf einen Rechtsfrieden. Geschichtliche Betrachtungen über Krieg und Waffenstillstand. Danzig, Verlag von F. W. Burau.

Otto, Friedrich Karl, Aus heiligen Hainen. Oranienburg-Eden, Verlag Jungborn (Haacke & Teilh.). Geh. M. 1.40.

Potthoff, Dr. Heinz, Die staatliche Organisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zwecken. Denkschrift. München, Duncker & Humblot. M. 1.—.

Schnitzer, Otto, Gustav Rümelins politische Ideen. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). M. 6.50.

Schrader, Friedrich, Eine Flüchtlingsreise durch die Ukraine. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 3.—.

Schrempf, Christoph, Aus der Zeit — für die Zeit. Sieben Reden. Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag (E. Hauff). Geh. M. 3.20.

Schrörs, Professor Dr. Heinrich, Katholische Staatsauffassung. Kirche und Staat. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 3.20.

Schubert v., Hans, Christentum und Kommunismus. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.20.

Schwarzenega v., Otto, Japan und Wir. Eine Denkschrift. München, Hugo Bruckmann. Brosch. M. 2.—.

Steinhausen, Prof. Dr. Georg, Die Grundfehler des Krieges und der Generalstab. Gotha, F. A. Perthes A.-G. M. 1.50.

Wolf, Prof. Dr., Deutschlands Friedensschlüsse seit 1555. Ihre Beweggründe und ihre geschichtliche Bedeutung. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung m. b. H. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Zuchardt, Dr. Karl, Moderne Staatsverfassungen, ihr Wortlaut und ihr Wesen. Leipzig, Verlag K. F. Köhler. Geh. M. 3.50, geb. M. 5.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Übersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Ein neues Meisterwerk von

Ernst Zahn

erschien soeben unter dem Titel

Lotte Eßlingers Wille und Weg

Eine Erzählung

In dieser neuen Erzählung schildert der Dichter das Verhältnis zweier Gatten, die ihre Ehe nicht auf Grund innerer Zusammengehörigkeit geschlossen haben und die darum eine schwere Erschütterung bestehen muß. Wie diese Krisis beide Gatten zu einem vertieften und geläuterten Zusammenleben führt, wird von Zahn mit hoher psychologischer Feinheit entwickelt und begründet. Besonders die Frauengestalt, die der Erzählung den Namen gibt, ist wieder ein Beispiel für des Dichters Kunst, Menschen sich vor des Lesers Augen aus Zwiespältigkeit und Äußerlichkeit zu kraftvoller Geschlossenheit entwickeln zu lassen.

1.—50. Tausend ··· Gebunden M 8.—

Ein Verzeichnis sämtlicher in unserem Verlag erschienenen Bücher Ernst Zahns ist kostenlos von jeder Buchhandlung oder auf Wunsch auch direkt von uns zu erhalten.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Die Anleihe beträgt Fünf Milliarden Mark in Fünf Millionen Anleihescheinen zu Eintausend Mark, rückzahlbar innerhalb 80 Jahren nach untenstehendem Tilgungsplane. Sie ist eingeteilt in fünf Reihen (A, B, C, D, E). Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (1 bis 2500), jede Gruppe 400 Nummern (1 bis 400).

2. Halbjährlich findet eine Gewinnverlosung nach untenstehendem Gewinnplane statt.

3. Vom 1. Januar 1940 an steht dem Inhaber das Recht zu, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre die Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich des Zuschlags von 50 Mark für jedes verflossene Kalenderjahr unter Abzug von 10 v. H. des Gesamtbetrags zu verlangen.

4. Sollte vor dem 1. Januar 1930 eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Stücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

5. Die Inhaber der Stücke genießen die untenstehenden Steuerbegünstigungen.

Gewinnplan:

5	Gewinne	zu	1 000 000	Mark	= 5 000 000	Mark
5	"	"	500 000	"	= 2 500 000	"
5	"	"	300 000	"	= 1 500 000	"
5	"	"	200 000	"	= 1 000 000	"
10	"	"	150 000	"	= 1 500 000	"
20	"	"	100 000	"	= 2 000 000	"
50	"	"	50 000	"	= 2 500 000	"
100	"	"	25 000	"	= 2 500 000	"
200	"	"	10 000	"	= 2 000 000	"
300	"	"	5 000	"	= 1 500 000	"
400	"	"	3 000	"	= 1 200 000	"
400	"	"	2 000	"	= 800 000	"
1000	"	"	1 000	"	= 1 000 000	"

Im ganzen jedes Halbjahr 2500 Gewinne über zusammen 25 000 000 Mark

Gewinnverlosungen finden am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, erstmals im März 1920, statt. Bei jeder Verlosung werden 2500 Gewinne im Gesamtbetrage von Fünfundzwanzig Millionen Mark gezogen. Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für sämtliche fünf Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgemacht. Ein mit einem Gewinn gezogenes Stück nimmt auch ferner an den Gewinnziehungen bis zu seiner Tilgung teil. Ein und dasselbe Stück kann jedoch in jeder Ziehung nur einmal gewinnen. Die Gewinne werden von dem auf die Verlosung folgenden 1. März oder 1. September an, die der ersten Verlosung vom 1. April 1920 an unter Abzug von 10 v. H. ausgezahlt.

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus		
	jährliche Stückzahl	jährlicher Gesamtbetrag Mark	jährliche Stückzahl	im einzelnen Mark	jährlicher Gesamtbetrag Mark
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000

Digitized by Google

Die Tilgungsauslosungen finden am 1. Juli jedes Jahres, erstmals am 1. Juli 1920, im Anschluß an die Gewinnverlosung statt. Zur Feststellung der zu tilgenden Stücke (50 000, 75 000 oder 100 000) werden jedesmal 4, 6 oder 8 Nummern gezogen. Die gezogenen Nummern gelten für alle Gruppen und Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgemacht. Jedes gezogene Stück wird zum Nennwert zurückgezahlt mit einem Zuschlag von 50 Mark für jedes bis zur Fälligkeit verflossene Jahr; die Stücke jeder zweiten gezogenen Nummer erhalten außerdem den im Tilgungsplan angegebenen Bonus. Die Tilgungssummen mit Zuschlag und Bonus werden von dem auf die Auslosung folgenden 29. Dezember an gegen Aushändigung des Stückes ausgezahlt.

Steuerbegünstigungen:

a) Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlaßsteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbanfallsteuer. Keine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf fünf Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).

b) Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswert ergibt, unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer).
Der Überschuß des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer.

c) Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.

d) Bei jeder Art der Besteuerung werden die Anleihescheine bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

1. **Annahmestellen.** Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen. — Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919, mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

2. **Zeichnungspreis.** Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt 1000 M. Hiervon sind 500 M. in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und 500 M. in bar zu begleichen.
Die mit Januar—Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April—Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, fällig am 1. April 1920, einzureichen. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April—Oktober-Zinsscheinen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 91 Tage = 1,25% vergütet.

3. **Sicherheitsbestellung.** Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit 100 M. für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

4. **Zuteilung.** Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

5. **Bezahlung.** Die Zeichner sind verpflichtet, die zugeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen. Die Begleichung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.
Sollen 5% Schuldbuchforderungen zur Begleichung verwendet werden, so ist sogleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW 68, Oranienstraße 92—94, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Begleichung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Vordrucke zu solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Begleichung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsdienstsache. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

6. **Ausgabe der Stücke.** Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

7. **Umtausch der Kriegsanleihen.** Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als 500 M. in kleine Stücke tauschen.

Berlin, im November 1919.

Reichsfinanzministerium
Anleihe-Abteilung.

Digitized by Google

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

Oktober 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen III. 1

Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. VI 7

Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler (Fortsetzung) 20

Professor Dr. Konrad Lange (Tübingen): Theater und Kino im neuen Volksstaat (Schluß) 40

H. v. Hoff: Bietet Anatolien dem deutschen Auswanderer Aussicht als Siedlungsland? 51

Professor Wilhelm Foerster (Berlin): Über Weltzeit und Weltuhren 59

Robert Kohlrausch (München): Ein Hohenstaufenjagdbuch 65

Dr. Eduard Färber: Die chemischen Vorgänge bei der Assimilation der Kohlensäure 69

H. J. G. J. van der Mandere (im Haag): Das Gesetz zugunsten der Landarbeiter in den Niederlanden 76

Oberst Freiherr v. Dalwigk (Weimar): Eine halbamtliche Darstellung der Marneschlacht 1914 89

Literarische Berichte 93

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 96

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig
1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Die zweigespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum kostet 60 Pfennig.

Anzeigen

Bei größeren Aufträgen angemessener Nachlaß. Beilagen nach Vereinbarung.

Annahme bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart und sämtlichen Anzeigen-Geschäftsstellen.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.

Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER

Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3mal täglich
Zu haben in den Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer
oder direkt durch Vermittlung von

Dr. Carbach & Cie. in Coblenz II a. Rh.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Soeben erschien:

Brückenbauer

Von

Ludwig Finckh

Geheftet Mark 1.35

Worte an das deutsche Volk

sind es, die der Dichter den weitesten Kreisen in diesem Bändchen zugänglich macht. Nicht von irgendeinem Parteistandpunkt aus nimmt Finckh das Wort zu den Ereignissen und Sorgen des Tages, sondern als guter Deutscher, der mit besorgtem Blick und blutenden Herzens, doch mit unbesiegbarem Glauben an die guten Kräfte unseres Volkes in das Dunkel der Gegenwart und der nächsten Zukunft schaut. Wo sich, wie hier, klares Denken, dichterisches Fühlen und starkes vaterländisches Wollen verbinden, da gibt es einen guten Klang, der als Widerhall in gleichgestimmten Herzen Trost und Hoffnung wecken wird.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Unentbehrlich sind in heutiger Zeit

ZEITUNGS-NACHRICHTEN

für Großindustrielle, Industrielle jeder Art, Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, Verleger und sonstige Interessenten

Diese liefert **über jeden beliebigen Gegenstand** in Original-Ausschnitten sachgemäß ausgewählt und schnell das

Zeitungs-Ausschnitt-Bureau C. Freyer,

BERLIN-Südende.

Prospekte und Tarife gratis.

Digitized by Google

Die Deutsche
Arbeitgeber-Zeitung

Zentralblatt deutscher Arbeitgeber-Verbände

Publikationsorgan der größten und maßgebenden
Arbeitgeber-Vereinigungen.

Die Zeitung bringt wöchentlich politische Leitartikel über alle wichtigen Zeitfragen der Sozial- und Handelspolitik, Berichte über Ausstände, Tarifbewegungen, neue Gesetze und Verordnungen, über die Entwicklung der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch innerhalb der Landwirtschaft, ferner juristische Artikel, Abhandlungen über das Versicherungswesen, Zeitbetrachtungen usw.

Die Zeitung vertritt alle Interessen des selbständigen Unternehmertums, sie befürwortet ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bekämpft aber nachdrücklich alle übertriebenen Forderungen der Arbeiterschaft, wie sie auch gegen die das Wirtschaftsleben gefährdende Sozialisierung entschieden Front macht.

Für jeden Arbeitgeber

in der Industrie, im Handwerk, Handel und in der Landwirtschaft ein unentbehrliches Hilfsmittel der Unterrichtung und Beratung.

Probenummern kostenlos. ooooooo Bezugspreis jährlich Mk. 12.—

Verlag Berlin S. 42.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Soeben wurde ausgegeben:

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre

Von

Professor Dr. Robert Liefmann

II. Band: Grundlagen des Tauschverkehrs

Geheftet M 35.–, gebunden M 39.–

Eine verjüngende Tat – ein neuer schöpferischer Gedanke –

mit diesen Worten höchster Anerkennung hat die maßgebende Kritik das Werk gewürdigt, mit vollem Recht, da mit ihm zum erstenmal seit den Zeiten der Klassiker und ihrer Anhänger wieder ein geschlossenes und vollständiges System der ökonomischen Theorie auf neuer Grundlage, einer neuen Auffassung der Wirtschaft geboten wird und alles das, was bisher die Hauptprobleme der Wirtschaftstheorie bildete, in neuer Weise erklärt. – Mit dem 2. Bande ist das Werk nunmehr abgeschlossen, und es liegt damit

ein außerordentliches wertvolles Lehrbuch über dieses Wissensgebiet

vor, das bahnbrechend wirken und dem eine bedeutende Zukunft beschieden sein wird. Da man bei den unendlich zahlreichen Problemen, die heute das deutsche Wirtschaftsleben beschäftigen, doch zuletzt immer wieder auf die ökonomische Theorie kommt und bei ihr Rat sucht, kommt einer Lehre, die mehr als bisher auf der Beobachtung des praktischen Lebens aufgebaut ist und es verstehen lehrt, erhöhte Beachtung zu, und diese hat das Liefmannsche Werk auch schon bisher gefunden. Es wird für alle diejenigen von Interesse sein, die als Lehrer oder als Lernende, als im Wirtschaftsleben Stehende oder an der Wirtschaftspolitik Mitarbeitende sich mit der Volkswirtschaftslehre beschäftigen und eine vertiefte Einsicht in die Organisation des heutigen Wirtschaftslebens gewinnen wollen.

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre.
I. Band: Grundlagen der Wirtschaft. Geheftet M 16.–, gebunden M 18.50

Von Prof. Dr. R. Liefmann sind ferner bei uns erschienen:

Geld und Gold. Ökonomische Theorie des Geldes. Geheftet M 4.–, gebunden M 5.–

„Eine atemraubende Schrift. Liefmann sucht als Gelehrter von Ruf tiefschürfend rücksichtslos die Wahrheit ... In der Entwicklung der Theorie Liefmanns schließt sich Quader an Quader einfach wahr und gedankenklar, baut sich ruhevoll seine psychische Wirtschaftsauffassung auf."
(Grafs Finanz-Chronik, Berlin.)

Die Geldvermehrung im Weltkriege und die Beseitigung ihrer Folgen.
Eine Untersuchung zu den Problemen der Übergangswirtschaft.
Geheftet M 5.–, gebunden M 6.50

„Noch nie sind die vielumstrittenen Fragen des Geldwesens, der Kapitalbildung und der Besteuerung nach dem Kriege derart meisterhaft geklärt und dargestellt worden, wie in diesen hochbedeutsamen Ausführungen."
(Börsenhandelszeitung, Berlin.)

Digitized by Google

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

November 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
C. v. Weizsäcker: Württembergische Erinnerungen. IV	97
Erich Schramm: Das Problem des interkonfessionellen Religionsunterrichts	109
Philipp Zorn: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. VII	123
Dr. Walther Hasenclever (Düsseldorf): Ein Staatsbankrott vor hundert Jahren	133
Dr. Max v. Szczepanski, Oberstleutnant a. D.: Moltke bei Königgrätz	142
Freiherr Reinhard v. Dalwigk, Tagebücher 1866/67 und 1870/71. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler (Schluß)	148
Dr. Albert Hellwig, Amtsrichter (Frankfurt a. Oder): Zur Psychologie der Lichtspielvorführungen	163
Christian Meisner, M. d. d. N.: Die englische Einkreisungspolitik (1904 bis 1908)	171
Friedrich v. Oppeln-Bronikowski: König Friedrich Wilhelm I. — der Begründer der Nationalökonomie	183
Messen. Von E. K.	185
Literarische Berichte	188
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes	191

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig
1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.
Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.
Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei
Schlaflosigkeit und Nervosität
Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3mal täglich
Zu haben in den Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer
oder direkt durch Vermittlung von
Dr. Carbach & Cie. in Coblenz II a. Rh.

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven 340 Millionen Mark, über 90 Niederlassungen in Deutschland * **Stuttgart,** Schloßstraße 18, Depositenkasse Königstraße 35 * Depositenkasse **Cannstatt,** Königstraße 54 * **Heilbronn,** Clarastraße 5 * **Ulm-Donau,** Hafenbad * **Vermögensverwaltungen, Entgegennahme von Bareinlagen, An- und Verkauf von Wertpapieren, Panzergewölbe und Schrankfächer** zu dauernder oder vorübergehender Aufbewahrung von Wertgegenständen jed. Art * **Übernahme aller bankgeschäftlichen Transaktionen**

Unentbehrlich sind in heutiger Zeit
ZEITUNGS-NACHRICHTEN
für Großindustrielle, Industrielle jeder Art, Schriftsteller, Künstler, Gelehrte, Verleger und sonstige Interessenten
Diese liefert über jeden beliebigen Gegenstand in Original-Ausschnitten sachgemäß ausgewählt und schnell das
Zeitungs-Ausschnitt-Bureau C. Freyer,
Prospekte und Tarife gratis. **BERLIN-Südende.**

Digitized by Google

Die Deutsche
Arbeitgeber-Zeitung

Zentralblatt deutscher Arbeitgeber-Verbände

Publikationsorgan der größten und maßgebenden
Arbeitgeber-Vereinigungen.

Die Zeitung bringt wöchentlich politische Leitartikel über alle wichtigen Zeitfragen der Sozial- und Handelspolitik, Berichte über Ausstände, Tarifbewegungen, neue Gesetze und Verordnungen, über die Entwicklung der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch innerhalb der Landwirtschaft, ferner juristische Artikel, Abhandlungen über das Versicherungswesen, Zeitbetrachtungen usw.

Die Zeitung vertritt alle Interessen des selbständigen Unternehmertums, sie befürwortet ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bekämpft aber nachdrücklich alle übertriebenen Forderungen der Arbeiterschaft, wie sie auch gegen die das Wirtschaftsleben gefährdende Sozialisierung entschieden Front macht.

Für jeden Arbeitgeber

in der Industrie, im Handwerk, Handel und in der Landwirtschaft ein unentbehrliches Hilfsmittel der Unterrichtung und Beratung.

Probenummern kostenlos. ooooooo Bezugspreis jährlich Mk. 16.—

Verlag Berlin S. 42.

Geschäftliche Mitteilung

Diesem Heft liegt ein „Werbeprospekt" der bekannten Monatschrift „Die Kunst" (Verlag F. Bruckmann A.-G. München) bei, der gefl. Beachtung hiermit angelegentlich empfohlen wird. „Die Kunst" ist die führende Kunstzeitschrift, durch Reichtum in Bild und Text unübertrefflich. Preis vierteljährlich 10 Mark.

Soeben wurde ausgegeben:

Mein Bruder Benjamin

Roman von

Rudolf Presber

Gebunden M 10.–

Ein neuer Roman von Presber

wird von der großen Gemeinde seiner Leser und Leserinnen immer freudig begrüßt werden. Doppelt freudig, wenn es sich, wie hier, um ein Werk handelt, in dem

des Dichters fröhlicher Humor

die weit angelegte, immer fesselnde Handlung versöhnend erhellt, wenn der Ernst des Lebens schwere und schmerzliche Konflikte an den Helden herantreten läßt, dessen außerordentlich sympathische sonnige Natur von vornherein bestimmt erscheint, über alle inneren Schwierigkeiten zu triumphieren, bis von außen das Schicksal zum letzten Streich ausholt.

Der Roman gehört jedenfalls zu den besten Erzählungs-Büchern Presbers

Ein Verzeichnis sämtlicher in unserem Verlag erschienenen Werke Presbers kostenlos von jeder Buchhandlung oder der

Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Soeben erschienen:

Shakespeare
vor dem Forum der Jurisprudenz

von

Josef Kohler †

Geh. Justizrat, Dr. jur., Dr. ing. h. c., o. Professor der Rechte a. d. Universität Berlin

Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. – Mit einem Bildnis des Verfassers.
XI u. 366 Seiten Groß-Oktav. Brosch. **M. 18.–**; gebd. **M. 22.–**; Geschenkband **M. 24.–**

∞ ∞ ∞

Josef Kohler war unter allen Juristen derjenige, der dem Ideal umfassender Gelehrsamkeit am nächsten kam. In ihm verbanden sich Recht und Kunst zu unlöslicher Einheit. Schon in den Tagen seiner Würzburger Professur zeigte sich die besondere Note seines Geistes in einem Werke, welches bei seinem Erscheinen lebhaft umstritten, heftig angefeindet und begeistert anerkannt wurde: Shakespeare vor dem Forum der Jurisprudenz. Es ist klassisch geworden, ein Markstein in der Literatur der Rechtsgeschichte, der Rechtsphilosophie, der Rechtsvergleichung und nicht zum wenigsten der Shakespeare-Forschung. Viele Jahre vergriffen und dauernd gefragt erscheint es soeben – mit Kohlers Bildnis geschmückt – in neubearbeiteter Auflage: das Vermächtnis eines Großen.

Ausführliche Prospekte unberechnet. – Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. d. Verlag

Dr. Walther Rothschild, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 41.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Diesem Heft ist ein Prospekt von **Christian Gruenewald** in **Elberfeld** beigegeben, der gefl. Beachtung hiermit empfohlen wird.

Digitized by Google

Vierundvierzigster Jahrgang
Jährlich 12 Hefte

Dezember 1919

Preis vierteljährl. M. 7.50
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

H. v. Hoff: Die nationale Erhebung in der Türkei und ihre Vorgeschichte . 193

Dr. Felix Jentzsch-Graefe, Privatdozent an der Universität Gießen: Schwankungen in der modernen Physik 205

Wolfgang Iren v. Carlowitz, Oberleutnant a. D.: Sechs ungedruckte Briefe Ernst Moritz Arndts an Karl Friccius. Zum 150. Geburtstag Arndts, 26. Dezember 1919 217

Robert Kohlrausch: Aus den Geheimnissen von Rom 225

Geheimrat Prof. Dr. Branca: Einiges über die Entwicklung der Tierwelt 232

Fürstin Marie zu Erbach-Schönberg, Prinzessin von Battenberg: Aus meinen Kindertagen 248

Oberst Freiherr v. Dalwigk (Weimar): Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges 280

Literarische Berichte 283

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 287

Stuttgart Deutsche Verlags-Anstalt Leipzig

1919

Preis des Jahrgangs 30 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1625 Millionen Mark.
Leistungen für Kriegssterbefälle 35 Millionen Mark.
Dividenden der Versicherten in den Kriegsjahren 1914/18: 39 Millionen Mark.

Aufnahme vom 10. Lebensjahre an.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER

Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3mal täglich
Zu haben in den Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer
oder direkt durch Vermittlung von

Dr. Carbach & Cie. in Coblenz II a. Rh.

Diesjährige Neuheiten.

Goethe und Pauline Gotter. Mit Benutzung ungedruckter Briefe von Eberhard Waitz. gr. 8°, 61 S. Preis M. 3.60 geheftet.

Franziska Ellmenreich, Schauspielerin. Von Dr. Georg Fischer. gr. 8°, 154 S. Mit 6 Abbildungen. Preis M. 10.— gebunden.

Roderich v. Lehmann, Charakter-Komiker. Von Dr. Georg Fischer. gr. 8°, 40 S. Mit 2 Abbildungen. Preis M 3.— geheftet.

Schmidt-Klugkist und Dr. Grotewold, Argentinien. 2. Auflage. Preis M. 42.— gebunden, M. 36.— elegant geheftet.

Die Wünschelrute. Von Dr. Friedr. Behme. 3. Auflage. 5 Hefte. Preis I. M. 2.40; II. M. 3.—; III. M. 2.50; IV. M. 1.80; V. M. 2.25.

Verlag der Hahnschen Buchhandlung, Hannover.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

In neuer Auflage erschien:

Aus zwei Seelen

Neue Gedichte von

Rudolf Presber

3. u. 4., stark vermehrte Auflage

Geschmackvoll gebunden M 8.–

„... Er findet zarteste Töne für die Regungen des Herzens, er malt mit liebevoller Eindringlichkeit die Bilder aus Gottes freier Natur, er wird wuchtig, schroff und machtvoll in seinen Balladen."
(Deutsche Zeitung, Berlin.)

OTTO HARRASSOWITZ, VERLAG, LEIPZIG

Der Buddha und seine Lehre

von **Dr. KURT SCHMIDT**

Ladenpreis 1 Mark

Bayerische Staatszeitung (14. April 1917): „Es ist dem Verfasser gelungen, auf Grund seiner großen Belesenheit und Einsicht die Hauptlehren des Buddhismus in seiner lichtvollen Darstellung klarzumachen ... Wer sich über die Lehre Buddhas rasch und doch gut unterrichten will, der wird an Schmidts Schrift einen verläßlichen Führer finden. A. v. M.

Digitized by Google

VERLAG GESELLSCHAFT UND ERZIEHUNG G. M. B. H.
BERLIN SW 48, WILHELMSTRASSE 9

Rudolf Wissell, Reichswirtschaftsminister a. D.

Praktische Wirtschaftspolitik

Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatlichen Wirtschaftspolitik

Die einzige von Wissell autorisierte und selbst bearbeitete Ausgabe seiner Planwirtschaft

Das Werk enthält unter anderem alle diesbezüglichen Reden Wissells in der Nationalversammlung, vor Interessenten-Organisationen, auf dem Sozialdemokratischen Parteitag usw., ferner die vielerwähnten Denkschriften, das Wirtschaftsprogramm nebst ausführlichen persönlichen Kommentaren Wissells. In der umfangreichen Einleitung tritt Wissell mit hinreißender Begeisterung für seine Pläne ein. Preis **M 5.—**

Einküchenwirtschaft als soziale Aufgabe

Von dem Architekten **Robert Adolph**

Mit 4 Abbildungen

Eine Schrift, die das Einküchenwesen aus dem kleinlichen Charakter der kapitalistischen Unternehmung zu einem sozialen Problem größter Tragweite emporhebt. Preis **M 3.—**

Die Sozialisierung, ihre Aufgaben u. ihre Form

Von **Dr. Eduard Heimann**

ehemaligen Geschäftsführer der Sozialisierungskommission

Die Grundgedanken der praktischen Sozialisierung werden hier in gemeinverständlicher, flüssiger, aber durchaus sachlicher Form behandelt. Preis **M 1.—**

Unsre Finanzen

Eine Zeitschrift in zwangloser Folge, herausgegeben und verfaßt von **Dr. R. Kuczynski**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg

Heft 1: **Das „Reichsnotopfer".** Die Notwendigkeit einer Vermögensabgabe. Das „Reichsnotopfer". Der Gesetzentwurf (Wortlaut unter Hervorhebung der Änderungen durch den Staatenausschuß). — Der Gegenvorschlag. Vergleich von „Reichsnotopfer" und Gegenvorschlag. — Fragen und Antworten. — Bücherschau. Preis des ersten Heftes **M 3.50**

Staat, Kirche und Schule

Kulturpolitische Betrachtungen zu den Forderungen des Tages

Von Studienrat Professor Dr. **Heinrich Michelis**

Michelis begründet in dieser ausgezeichneten kleinen Broschüre die alten Kulturforderungen aller Freigeister: Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule und vollständige Gewissensfreiheit, in erster Linie in allen Religionsfragen. Preis **M 1.—**

Das Bildungsamt der Grossstadt

Von **Dr. Willy Pieth**

Eine Schrift, die sich mit den neuen Bildungsbestrebungen in Stadt und Land beschäftigt. Preis **M 1.—**

Ausführliche Prospekte kostenlos und portofrei.

Digitized by Google

Politische Bücherei

geleitet von
Geh. Rat Prof. Dr.
Erich Marcks

Geh. Rat Prof. Dr.
H. Schumacher und
Prof. Dr. R. Smend

In dieser Sammlung erschien soeben:

August Wilhelm Schlegel

Der Romantiker und die Politik

Von **Dr. phil. Otto Brandt**
Privatdozent der Geschichte an der Universität Kiel

Geheftet M 9.60, gebunden M 12.80
Für Subskribenten der „Politischen Bücherei": Geh. M 8.40, geb. M 11.20

In Schlegels politischer Laufbahn treten zwei wichtige Phasen hervor. Die eine ist sein Verhältnis zu Frau von Staël, die andere wird durch seine Tätigkeit in der Umgebung und im Interesse Bernadottes, des Kronprinzen von Schweden, bestimmt. Beidemal hat Schlegel seine Aufgabe durchaus als überzeugter deutscher Patriot aufgefaßt und ausgefüllt. Über beide Abschnitte seiner Tätigkeit und Lebensbahn unterrichtet dieses Buch in klarer lückenloser Darstellung. Ein wichtiger, viel Neues bringender Beitrag zur deutschen Geistes- und Weltgeschichte.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Ein Jahr in der Reichskanzlei

Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters

von **Karl Graf von Hertling**, Rittmeister

Mit 2 Bildern u. 1 Faksimile. 1.—10. Tausend.
gr. 8° (VIII und 192 Seiten). Kart. M. 12.—
(dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge)

Rittmeister Karl Graf von Hertling war während der Kanzlerschaft seines Vaters dessen persönlicher Adjutant. Er hat alle die für das deutsche Volk so folgenschweren Vorgänge in der Außen- und Innenpolitik des Jahres 1918 an erster Stelle miterlebt. Sein Buch ist für die Zeit der Kanzlerschaft Hertlings und damit für die politische Geschichte des Weltkriegs überhaupt ein ungemein wichtiger Beitrag, der neben die Veröffentlichungen Bethmanns und Ludendorffs gestellt werden muß.

Nach einer Einleitung, welche der Vorgeschichte der Kanzlerschaft gewidmet ist, wird die Amtszeit des Kanzlers in 8 Kapiteln chronologisch behandelt. Aus der überreichen Fülle des Gebotenen seien nur herausgegriffen Hertlings Verhältnis zum Kaiser, die Beziehungen zu Hindenburg und Ludendorff, die Ludendorffkrisis, die Stellung des deutschen Kronprinzen, die politischen Pläne der Marine, die Besuche Kaiser Karls, der Sixtusbrief, die Kühlmannkrisis, die Verhandlungen in Spa.

Herdersche Verlagshandlung / Freiburg i. B.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Richard Neff in Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Diesem Heft ist ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung **Friedrich Andreas Perthes A.-G.** in **Gotha** beigegeben, der gefl. Beachtung hiermit empfohlen wird.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google